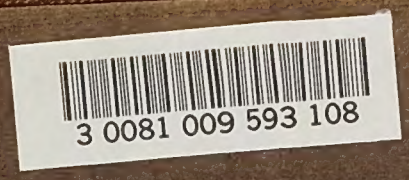
3 0081 009 593 108

JOINT UNIVERSITY
LIBRARIES

NASHVILLE TENNESSEE

603608

Date Due

MAY 10 '78			

DEMCO NO. 38-298

Bismarck, Die gesammelten Werke

Bismarck, Otto Fuerst von

Die gesammelten Werke

2. Auflage

Otto Stollberg Verlag G. m. b. H. Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1929 by Otto Stollberg Verlag,
G. m. b. H., Berlin SW 68

Den Druck des Werkes besorgte die Berliner Zentraldruckerei G. m. b. H., Berlin SW 48

JOINT UNIVERSITY
LIBRARIES
NASHVILLE, TENN.
NDEA HISTORY

603608

Reden

Bearbeitet
von

Dr. Wilhelm Schüßler
Professor an der Universität Rostock

Zwölfter Band

1878 bis 1885

Bismarck, Die gesammelten Werke, Band 12

Reden

Inhalt des zwölften Bandes.

Seite

Verzeichnis der Reden.*

Rede vom 9. Oktober 1878 in der 8. Sitzung des Deutschen Reichstags (über das Sozialistengesetz) 1
Rede vom 19. Oktober 1878 in der 17. Sitzung des Deutschen Reichstags 15
Deutscher Reichstag vom 12. Februar bis 12. Juli 1879 17
Thronrede vom 12. Februar 1879 in der Sitzung des Deutschen Reichstags 19
Rede vom 21. Februar 1879 in der 7. Sitzung des Deutschen Reichstags (Über die neue Wirtschaftspolitik) 21
Rede vom 4. März 1879 in der 14. Sitzung des Deutschen Reichstags 30
Rede vom 8. März 1879 in der 17. Sitzung des Deutschen Reichstags 37
Rede vom 21. März 1879 in der 24. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Lage Elsaß-Lothringens) 42
Rede vom 27. März 1879 in der 27. Sitzung des Deutschen Reichstags 49
Denkschrift vom 13. April 1879 über die Zoll- und Steuerreform 52
Rede vom 2. Mai 1879 in der 36. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Finanzreform) 58
Rede vom 8. Mai 1879 in der 40. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Getreidezölle) 69
Rede vom 21. Mai 1879 in der 50. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Notwendigkeit von Getreidezöllen) 79
Rede vom 24. Mai 1879 in der 52. Sitzung des Deutschen Reichstags 97
Rede vom 27. Mai 1879 in der 54. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Holzzölle) . 101
Rede vom 19. Juni 1879 in der 62. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Doppelwährung) 107
Rede vom 8. Juli 1879 in der 76. Sitzung des Deutschen Reichstags 114
Rede vom 9. Juli 1879 in der 77. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Frankensteinsche Klausel und den Bruch mit den Nationalliberalen) 117
Rede vom 12. Juli 1879 in der 80. Sitzung des Deutschen Reichstags 128

Seite

Deutscher Reichstag 12. Februar bis 15. Juni 1880 130
Rede des Grafen Stolberg vom 12. Februar 1880 bei der Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags 131
Rede vom 8. Mai 1880 in der 48. Sitzung des Deutschen Reichstags (über den Zollanschluß Hamburgs) 133
Rede vom 27. Januar 1881 in der Sitzung des Preußischen Volkswirtschaftsrates . . . 146
Preußischer Landtag vom 28. Oktober 1880 bis 23. Februar 1881 149
Rede des Grafen Stolberg vom 28. Oktober 1880 bei der Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags 150
Rede vom 4. Februar 1881 in der 53. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (zur Ausführung des Verwendungsgesetzes) . . . 152
Rede vom 16. Februar 1881 in der 13. Sitzung des Herrenhauses (über den dauernden Erlaß der Klassensteuer) 168
Rede vom 17. Februar 1881 in der 14. Sitzung des Herrenhauses (Rede gegen Camphausen) 174
15. Sitzung des Herrenhauses am 18. Februar 1881 180
Rede vom 21. Februar 1881 in der 17. Sitzung des Herrenhauses (Eulenburgs Sturz) . . 180
Rede des Grafen Stolberg vom 15. Februar 1881 bei der Eröffnung des Deutschen Reichstags 186
Rede vom 24. Februar 1881 in der 4. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Verfassung und parlamentarisches System) 188
Rede vom 3. März 1881 in der 8. Sitzung des Deutschen Reichstags 195
Rede vom 4. März 1881 in der 9. Sitzung des Deutschen Reichstags (Angriff auf die Berliner Stadtverwaltung) 203
Rede vom 28. März 1881 in der 23. Sitzung des Deutschen Reichstags 223
Rede vom 2. April 1881 in der 28. Sitzung des Deutschen Reichstags (zum ersten Unfallversicherungsgesetz) 236
Rede vom 29. April 1881 in der 36. Sitzung des Deutschen Reichstags 250

* Auch in diesem Bande ist (nur für die wichtigsten Reden) eine kurze Inhaltsangabe beigefügt.

Seite

Rede vom 5. Mai 1881 in der 38. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Gefahren der Parteibürokratie) 257
Deutscher Reichstag vom 17. November 1881 bis 30. Januar 1882 267
Rede vom 17. November 1881 bei der Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags (die Kaiserliche Botschaft) 270
Rede vom 28. November 1881 in der 4. Sitzung des Deutschen Reichstags (über den Kampf mit den Fraktionen) 273
Rede vom 29. November 1881 in der 5. Sitzung des Deutschen Reichstags 287
Rede vom 30. November 1881 in der 6. Sitzung des Deutschen Reichstags (über den Abbau des Kulturkampfs) 299
Rede vom 1. Dezember 1881 in der 7. Sitzung des Deutschen Reichstags (über den Volkswirtschaftsrat) 305
Rede vom 9. Januar 1882 in der 20. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Fortbildung der Sozialpolitik) 313
Rede vom 24. Januar 1882 in der 33. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Selbstregierung des Königs von Preußen) . . . 324
Deutscher Reichstag vom 27. April 1882 bis 12. Juni 1883 340
Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags vom 27. April 1882 341
Rede vom 12. Juni 1882 in der 16. Sitzung des Deutschen Reichstags (über das Tabakmonopol) 343
Rede vom 14. Juni 1882 in der 18. Sitzung des Deutschen Reichstags 366
Rede vom 9. Januar 1883 in der 29. Sitzung des Deutschen Reichstags 398
Rede vom 14. April 1883 in der 66. Sitzung des Deutschen Reichstags 400
Rede vom 2. Mai 1883 in der 77. Sitzung des Deutschen Reichstags 402
Deutscher Reichstag vom 6. März bis 28. Juni 1884 403
Rede des Staatssekretärs von Boetticher vom 6. März 1884 bei der Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags 404
Rede vom 13. März 1884 in der 4. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Lasker und seine Opposition) 406
Rede vom 15. März 1884 in der 6. Sitzung des Deutschen Reichstags (über das Unfallversicherungsgesetz) 416

Seite

Rede vom 20. März 1884 in der 9. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Sozialistengesetz und Sozialpolitik) 429
Rede vom 21. März 1884 in der 10. Sitzung des Deutschen Reichstags 439
Rede vom 26. März 1884 in der 12. Sitzung des Deutschen Reichstags 440
Rede vom 9. Mai 1884 in der 23. Sitzung des Deutschen Reichstags (über das Sozialistengesetz) 443
Rede vom 14. Juni 1884 in der 32. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Errichtung von Postdampferlinien) 467
Rede vom 23. Juni 1884 in der 1. Sitzung der Budgetkommission des Reichstags . . . 471
Rede vom 26. Juni 1884 in der 42. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Art deutscher Kolonien) 475
Deutscher Reichstag vom 20. November 1884 bis 15. Mai 1885 492
Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags vom 20. November 1884 494
Rede vom 26. November 1884 in der 3. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Diäten und Verfassung) 495
Rede vom 1. Dezember 1884 in der 6. Sitzung des Deutschen Reichstags 512
Rede vom 3. Dezember 1884 in der 7. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die Opposition des Zentrums) 515
Rede vom 4. Dezember 1884 in der 8. Sitzung des Deutschen Reichstags 531
Rede vom 15. Dezember 1884 in der 15. Sitzung des Deutschen Reichstags (über die zweite Direktorstelle im Auswärtigen Amt) . . 533
Rede vom 8. Januar 1885 in der 19. Sitzung des Deutschen Reichstags 542
Rede vom 10. Januar 1885 in der 21. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Kolonien und das Verhältnis zu England) 561
Rede vom 15. Januar 1885 in der 25. Sitzung des Deutschen Reichstags (über den Normal-Arbeitstag und Sonntagsruhe) . 578
Rede vom 10. Februar 1885 in der 45. Sitzung des Deutschen Reichstags (über Getreide- und Holzzölle) 582
Rede vom 12. Februar 1885 in der 47. Sitzung des Deutschen Reichstags 593
Rede vom 14. Februar 1885 in der 49. Sitzung des Deutschen Reichstags 608
Rede vom 16. Februar 1885 in der 50. Sitzung des Deutschen Reichstags 611

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Oktober 1878.

Der von der Kommission veränderte Entwurf des Sozialistengesetzes steht zur Beratung. Nachdem für das Zentrum Freiherr v. Franckenstein erklärt hat, seine Partei könne niemals einem Ausnahmegesetz zustimmen, und die Abgg. v. Marschall und Sonnemann für und gegen das Gesetz gesprochen haben, nimmt Fürst Bismarck das Wort:

Bevor ich mich zu Artikel 1 der Vorlage wende, nötigen mich einige Äußerungen des Herrn Vorredners zu einer Widerlegung, respektive Beleuchtung. Ich habe einmal den Insinuationen, die er in Bezug auf die Informationen im „Tageblatt" — ich kenne das Blatt weiter nicht, er hat es genannt — gemacht hat, gegenüber zu erklären, daß die verbündeten Regierungen und jede von ihnen, namentlich aber die preußische, diesen Publikationen absolut fremd ist. Erfordert diese Frage eine weitere Diskussion und Nachweis, so überlasse ich den meinen Herren Kollegen, und nur um bei der außerordentlichen Länge der Zeit, welche diese Debatten in Anspruch nehmen, dieselben heute nicht noch mehr durch neue Reden von der Regierungbank in die Länge zu ziehen, habe ich es auf mich genommen, diese Rektifikation zu machen.

Wenn ich weiter auf verschiedene Punkte der Rede des Herrn Vorredners eingehe, so geschieht es nicht, weil deren sachlicher Inhalt mich dazu veranlaßte. Ich glaube auch nicht, daß sie eigentlich für diesen Saal, respektive für mich und die Regierung gerade berechnet war, sondern der Umstand, welcher mich veranlaßt, Interesse zu nehmen, liegt auf dem Gebiet meiner diplomatischen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urteil und die Haltung desselben immer genau koinzidierte mit dem Urteil und der Haltung der französischen offiziösen Presse. (Rufe: Oho!) Ich reproduziere ja nur, was ich gefunden habe, Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische offiziöse Presse kennen; was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren habe, ist, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am anderen oder am dritten Tage darauf durch gesandtschaftliche Meldung als Äußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden. (Hört!)

Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französ-

sische einflößt, beruhen. Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reiches, auf Diskreditierung der Personen, die an der Spitze des Reiches stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanchepolitiker dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können? (Sehr richtig!)

Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennengelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preußische Regierung waren und die in Verbindung waren mit allem, was die preußische Regierung schwächen konnte; ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennenzulernen, welche sie veranlaßten, die preußische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen, und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annäherten, und die sie verwerten konnten, zu sympathisieren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt, und welche Akkorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die Tatsachen, ohne irgendwelche Schlußfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner hat in seinen Äußerungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen, er hat sich dabei auf die englische, amerikanische und auf die französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und habe namentlich in den Blättern, die eine Erstarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat. Auch die französischen Erscheinungen auf dem Gebiet, welches wir besprechen, hat der Herr Vorredner mit besonderem Wohlwollen behandelt; wenn ich nicht irre, so führte er uns Frankreich als mustergültig für die schonende und regelmäßige Behandlung der Gegner der Regierung an und sagte, niemals werden die Sachen der Sozialisten oder Kommunisten den Geschworenengerichten entzogen.

Meine Herren, der Herr Vorredner ist ja so genau vertraut mit den französischen Verhältnissen, hat ja ein so wohlwollendes Interesse für dieselben, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann, daß es ihm unmöglich entgangen sein kann, daß alle Kommunards durch die Kriegsgerichte abgeurteilt worden sind, daß sie flugs erschossen sind, deportiert sind, mit einer Rücksichtslosigkeit, wie sie keine andere Nation durchzuführen imstande ist als die Franzosen. Dieselben haben sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt, und Deutschland hat den Vorzug gewonnen, der Vorort der Sozialisten zu werden, der früher Frankreich war, nachdem man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er angesichts dieser ganz frischen Tatsachen, angesichts der Ebene von Grenelle, die eine Zeitlang keinen Tag aufgehört hat vom Blute der Erschossenen zu rauchen, wie kann er einer so erleuchteten Versammlung wie dieser gegenüber behaupten, daß die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien? Das macht mich bedenklich, und er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur Elsasser Protestpartei gehören, vielleicht auch zur sozialistischen. Ich weiß nicht, ob er sich dazu zählt, innerhalb des Fortschritts hat er meines Erachtens damit schon kaum einen Platz.

Das Ausland wünscht unsere Schwäche, natürlich nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten, der Herr Vorredner gewiß unbewußt und ohne böse Absicht, dem Ausland in die Hände.

Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß ich mich im Interesse der Herstellung des Friedens an ein englisches Blatt gewendet habe und nicht an ein deutsches. Ja, das ist doch ein Vorwurf, den er mir bei einigem Nachdenken über den Zweck, den ich anstrebte, nicht gemacht haben würde, denn es handelte sich damals darum, auf die englische öffentliche Meinung Eindruck zu üben. Wenn ich mich zum Beispiel an das Blatt des Herrn Vorredners gewendet hätte, um England zu überzeugen, daß es wegen Batum keine Kriegsfrage machen sollte — hätte die Stimme des Herrn Vorredners vielleicht denselben Widerhall gefunden wie die Stimme der „Times"? Ich bin nicht einmal sicher, ob der Herr Vorredner den Frieden in gleichem Maße gewünscht hätte, ich bin auch nicht vom Gegenteil sicher; in Bezug auf die „Times" hatte ich die Überzeugung, daß sie den Frieden wünschte; sie ist in England mächtig, und man setzt sich doch mit Kräften in Verbindung, von denen man Erfolg erwartet, nicht zu lediglich publizistischer Schaustellung, sondern für politische Zwecke, die auf keinem anderen Wege zu erreichen sind.

Wenn ich mich zum § 1 wende, so will ich von der Latitude, die der Herr Präsident uns gewährt, in allgemeine Fragen und andere Paragraphen übergreifen, zwar nicht in demselben Maße, wie der Herr Vorredner, Gebrauch machen; aber der Umstand, daß ich an der ersten Beratung nicht vollständig teilgenommen habe, wird mich vielleicht entschuldigen, wenn ich auf einige andere Paragraphen und auf allgemeine Betrachtungen zurückkomme. Ich knüpfe indessen zunächst an § 1 an.

Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt zu bemerken, daß ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zweck sind auch in Deutschland gar keine Neuerung; Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Tätigkeit wie heute. Sie haben im Anfang des 14. Jahrhunderts in den großen deutschen Städten von Breslau bis Colmar Beispiele von — Strikes, könnte ich nach dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter — der Gesellen, Arbeiter und Knechte nach damaliger Sprache, wobei das Wort Knecht nicht in der Bedeutung von Knechtschaft zu nehmen ist, sondern in der Bedeutung, in der noch heutzutage alte Leute den Schuhmachergesellen Schusterknecht nennen, junge kräftige Menschen, wie die Verwandtschaft des englischen knight, Ritter, zeigt. Also diese Strikes sind, wie heute, schon damals den Meistern gegenüber zur Erscheinung gekommen. Man hat sie mit wechselndem Glück geführt. Bald haben die Meister mit dem heutigen „lock out" geantwortet, bald haben sie nachgegeben, bald sind sie vertrieben worden aus der Stadt, und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt. Aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, und der Gedanke, sich an

den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenseitigen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigentum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den großen Exzessen des Bauernkriegs, wo die volle Herrschaft der gewalttätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war — wenn Sie dort die Verträge lesen, welche die Bauernschaft mit einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen hat, finden Sie nie, daß über das notwendige Bedürfnis das Eigentum dieser feindlichen Edelleute angegriffen war; Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines festen Schlosses, wegen Auslieferung der Geschütze und Feuergewehre, wegen Abschaffung der reisigen Knechte, kurz und gut eine Sicherstellung; aber diesen damaligen Kommunisten ist es nicht eingefallen, das Eigentum selbst ihrer Feinde irgendwo antasten zu wollen. Und wenn ich damit eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen.

Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgendein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. Es ist das nicht mein Departement, und ich kann darauf nicht näher eingehen, ich wiederhole nur das, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich vor 15 Jahren schon gehandelt habe, und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstages und der gesetzgebenden Versammlung empfehlen werde.

Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung gibt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen; — mein Gedächtnis läßt mich vielleicht im Stiche, aber ich appelliere an das eines jeden anderen: ist Ihnen bei den langen Reden, noch länger als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben .... ist Ihnen etwas derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. (Bravo! rechts.) Das ist einfach das Geheimnis,

weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. — Ich weiß nicht, wer von Ihnen so viel Zeit durch Krankheit gehabt hat, um den verschleierten Propheten von Moore einmal zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen schrecklichen Häßlichkeit jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unserer sonst so wohlgesinnten arbeitenden Klassen verfallen sind. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen; wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken. (Sehr richtig! Oho!)

Daß die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, ja das ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich, wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber nicht das Gelesene beurteilen — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktischen Urteils über das Gelesene vielleicht minder verbreitet als in den beiden Ländern — wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland!“ begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel hinstellen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Famlienverhältnisse, an den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder . . . wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben, und Fluch vor allem der Geduld!“ Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch . . . was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? (Sehr wahr!)

Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist, . . . ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Tätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt: „An Gott und bessere Zukunft glauben“, nicht hätte. (Lebhaftes Bravo!) Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Taten äußert, wie die, die wir erlebt haben.

Wenn wir fragen, wie ist es eigentlich gekommen, daß diese negativen Tendenzen, daß dieses Evangelium der Negation bei uns gerade in Deutschland einen solchen Anklang gefunden hat, so müssen wir der Zeit, in welcher das geschah, etwas näher ins Auge sehen. Wir sind erst seit 1867 mit den Führern der Sozialdemokratie amtlich bekanntgeworden durch die Gegenwart der Herren Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Schweitzer, Mende. Sie wechselten, es waren zwei, und man könnte, wenn ich — — nun, ich will mich auf das Gebiet der Dichtung nicht weiter verlieren — (Heiterkeit) aber diese Zwei, die landeten wie die Weißen in Amerika, und ich will keine Indianerklage darüber anstimmen, denn wir beherrschen noch die rote Rasse! Damals traten sie doch noch mit einer gewissen

Schüchternheit auf, wenn sie auch Sorge trugen, zu bekennen, daß sie nicht etwa die zahmen Leute wie Lassalle und dergleichen seien, sondern sie wären die eigentlichen Sozialdemokraten. Ich habe das in den Reden auch in diesen Tagen nachgelesen, aber der eigentliche Aufschwung zu dem Streben, das sie jetzt beseelt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und sie im Sinne ihrer Interessen und Ansichten in Zukunft auszubeuten, trat doch erst nach 1870 auf. Was hat nun 1870 für einen Unterschied in der Sache gemacht? Bis zu 1870, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, war doch Frankreich das eigentliche Versuchsfeld, das eigentliche Operationsfeld, und nur in Frankreich hatten sie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune schlagen konnte und sich auch wirklich der Hauptstadt auf eine Zeitlang bemächtigte. Haben sie nun damals, wo sie im Besitz der Gewalt waren, irgendein positives Programm aufgestellt, wie sie diese Gewalt für den Vorteil der notleidenden Klassen nutzbar machen könnten? Mir ist keines bekannt, was irgendwie praktisch ins Leben getreten wäre; es mögen in den Zeitungen utopische Phrasen gestanden haben, aber der Versuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn sie etwas konnten und wußten, damals, wo sie die Gewalt hatten, nun mit einem Beispiele zu zeigen, was sie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht. Es unterblieb, sie haben nichts wie gemordet, gebrannt, mißhandelt, nationale Denkmäler zerstört, und auch wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, so würden sie angesichts dessen immer noch nicht gewußt haben, was sie wollten: Wir sind unzufrieden, es muß anders werden, aber wie? das wissen wir nicht — dabei wären sie geblieben. Nun, nachdem sie von der französischen Regierung niedergeworfen waren, bei der Energie, mit der die französische Regierung gegen sie einschritt, und die der Herr Vorredner zu rühmen vergaß — oder vielleicht hat sie nicht seine Anerkennung, dann wäre es mir lieb, wenn er sich offen und tadelnd darüber ausspräche — bei der Energie sahen die Leiter wohl ein, daß dieses Versuchsfeld verlassen werden mußte, daß da ein zorniger und entschlossener, harter Wächter darüber stand, daß sie es räumen mußten. Sie sahen sich um in Europa, wo sie nun den Hebel anlegen könnten, wo sie ihre Zelte, die sie in Frankreich abbrachen, aufschlagen könnten; daß ihnen da Deutschland in erster Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich gar nicht. Ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gutmütigen Richtern — (Lachen und lebhafter Widerspruch) meine Herren, sind unsere Richter nicht gutmütig, sind sie etwa bös? — (Widerspruch. Heiterkeit) mit so gutmütigen Richtern, ein Land mit hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers noch heut für eine Tat gilt, als ob wir noch Anno 30 lebten — ein Land, wo die Anerkennung für irgendetwas, was die Regierung tut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbasen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren (Heiterkeit), wo die Diskreditierung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte — das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht (Heiterkeit) für den Sozialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich. Daß beide sich äußerlich, wenigstens in Reden — in Taten haben wir es noch nicht erlebt — bekämpfen, nun, das mag auch von der Eigen-

art der Fruchtarten gelten, die doch gern und gedeihlich aufeinander folgen. Tatsache ist aber, sie fanden die Achtung vor den Institutionen zerstört, die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohnes gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: Lasset uns Hütten bauen.

Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt. (Heiterkeit.) Ich kenne sehr viele Franzosen, die vollständig mit ihrem Geschick, mit ihren Erlebnissen zufrieden sind. Wenn sie ein Handwerk ergreifen, so stellen sie sich die Aufgabe, durch dasselbe, wenn's möglich ist, vielleicht bis zum 45., 50. Jahre eine gewisse Vermögensquote zu erreichen; haben sie die, so ist ihr ganzer Ehrgeiz, sich als Rentier bis zu ihrem Lebensende zurückzuziehen. Vergleichen Sie damit den Deutschen; dessen Ehrgeiz ist von Hause aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu genießende mäßige Rente gerichtet — sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etabliert, will nicht etwa der wohlhabendste Bäcker in seinem Ort werden, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, er will nach seinem größeren Berliner Ideal schließlich Bankier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat, es ist die deutsche Strebsamkeit, sie steckt sich ihr Ziel niemals zu kurz — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches, namentlich unter den unteren Beamtenklassen. Wo ist der Beamte, der in der Erziehung seiner Kinder nicht eine Stufe höher hinaufsteigen will, als die, die er selbst gehabt hat? Und die Folgen dieser Unzufriedenheit sind, daß ein großer Teil unserer Subalternbeamten von der sozialistischen Krankheit angesteckt ist.

Nun, wie bestätigte sich die deutsche Erwartung der Sozialisten? — Die internationale Agitation siedelte in das gelobte Land über, in welchem sie sich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen hin ganz neue Einrichtungen; wir hatten das Freizügigkeitsgesetz, kombiniert mit dem Unterstützungswohnsitz, die Abschaffung der Paßpflichtigkeit — Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleineren Städten und dem platten Lande entzogen und in den größeren Städten eine fluktuierende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit sehr abhängig war von den schwankenden Verkehrs- und Industrieverhältnissen in den großen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten — bis zu 10 Talern, sagt man, sei ein Steinträger bezahlt — nachher plötzlich wieder ein Rückschlag, und keiner hatte Neigung, in seine ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. Ich bin in der Lage gewesen, daß jemand, für den ich den Unterstützungswohnsitz zu leisten hatte, und welcher mir krank, entnervt, arm, abgerissen wiederkam, belastet mit Rechnungen der Charité und der Berliner Krankenpflege, nachdem er bei mir auf meine nicht bloß pflichtmäßig, sondern gern geleisteten Kosten hergestellt war, wieder nach Berlin zurückkehrte. Ich fragte ihn, ob er nicht genug hätte an dem einen Mal, und bei der Ermittelung der Motive, die ihn angezogen — es war ein ehrlicher Mann — was kam heraus? Ja, wenn er auf dem Lande einen Biergarten — er nannte es anders — mit Musik hätte, wo er des Abends hingehen könnte, so wolle er das Theater schon entbehren, und man kriegte auf dem Lande nicht eine anständig gekleidete Person zu sehen. Kurz und gut, die Vergnügungen der großen

Stadt haben sehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit — alles dies zieht die in den größeren Städten durch Vergnügungen festgehaltene Bevölkerung an sie, und dies hat der Agitation großen Vorschub geleistet. Noch viel stärker wurde dies, als wir das neue Preßgesetz schufen — wobei ich von Hause aus bevorworte, um jeder Verdächtigung der Reaktion zu entgehen, daß ich nicht die Absicht habe, dieses anzufechten; ich will nur die Diagnose der Krankheit geben. Das neue Preßgesetz schaffte plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es schaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewisses Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewisses Maß von Bildung vorhanden und erforderlich, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heutzutage kann man mit 100 bis 150 Mark dem Unternehmen nähertreten, und für Bildung ist ja gar kein Bedürfnis (Heiterkeit), man braucht bloß abzuschreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, was gedruckt werden soll. Und solche Blätter, die einmal in der Woche erscheinen, und die der Beteiligte, der sie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande oder in der kleinen Stadt, um so länger liest und um so mehr zirkulieren läßt und sich um so deutlicher einprägt, was darin steht — der Mann liest kein zweites Blatt; ich weiß nicht, wie die wohlfeilsten Abonnements sind, sie werden 20 Silbergroschen nicht übersteigen, ich weiß nur, daß die Gefälligkeit der Kaiserlichen Post sie zu einem Porto von 4 Silbergroschen das ganze Jahr lang viele hundert Meilen weit durch das ganze Land fährt, soweit sie gehen wollen; die Fazilität des Verkehrs, dieser Appell an den gemeinen Mann und seine gefährlichsten Instinkte, war früher nicht so leicht, die ist durch unser Preßgesetz außerordentlich gestiegen; sie ist gleichzeitig gestiegen durch die außerordentliche Milde unseres Strafgesetzes, und wenn wir sie bis zu so schweren Verbrechen sich aufschwingen gesehen haben, wie geschehen, so trägt dazu auch nicht unwesentlich bei, daß der Glaube an die Vollstreckung einer erkannten Todesstrafe geschwunden ist. Wird der Mörder nicht hingerichtet, was steht ihm dann bevor? Gefängnis. Die Hoffnung bleibt ihm, daß ein gelungener Putsch seiner politischen Freunde ihn frei machen kann und ihn aus einem Sträfling zu einem Helden der Partei stempelt; es schwebt ihm auch die dunkle Hoffnung auf eine Amnestie vor, daß man beim Regierungswechsel oder sonst eine Anzahl Menschen, über deren Unschädlichmachung man sonst froh ist, wieder auf die Gesellschaft loslassen werde. (Heiterkeit.)

Das ist meines Erachtens eines der mächtigsten Motive, welches auf die Verwegenheit des Verbrechers einen ganz wesentlichen Einfluß hat, und ich bin Seiner Majestät und Seiner Kaiserlichen Hoheit außerordentlich dankbar, daß wir an Hödel[1] endlich mal ein Beispiel gesehen haben, daß die Obrigkeit das Schwert noch zu handhaben versteht. (Bravo! rechts.)

Wenn auf diese Art und Weise es nun eigentlich nicht so sehr zu verwundern ist, daß die Gefahr angeschwollen ist, wenn wir sehen, daß der ungeheure Schwindel in den Geschäften in den ersten Jahren nach dem Kriege von einem vollständigen Verfall der Geschäfte gefolgt ist, und viel Leute, die eine Zeitlang einen großen Verdienst gefunden hatten, denselben nicht mehr haben, so kann es eigentlich nicht wundern, daß die Sache unter so exzeptionellen Verhältnissen, unter so neuen Verhältnissen, wie unsere ganze

[1] Hödel war am 16. August hingerichtet.

deutsche Gesetzgebung, wo so manches durch die Plötzlichkeit unserer Verschmelzung in Verstimmung geblieben ist, und wo alle mit der Regierung unzufriedenen Elemente sich in einem großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich ist — da kann man sich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu der Höhe angeschwollen ist, die vorliegt, und daß wir hier in Berlin zwischen 60 000 und 100 000 wohlorganisierte, in Vereinen gegliederte Männer haben, die sich offen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter diesen Umständen die Gewerbstätigkeit, der Kredit, der Aufschwung der Industrie in Berlin leiden muß, ist ganz natürlich; denn für den, der hier ein Kapital anlegen soll, oder der einem anderen ein Kapital leihen soll, in der beunruhigten Phantasie eines auf Verlust vorbereiteten Eigentümers hat doch diese Masse, diese Organisation von 60 000 bis 100 000 Menschen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unserer Mitte lebt und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo sie über den Eigentümer, den leichtfertigen Kapitalisten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigentum zu entziehen oder zu beschränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. Also die Frage der Verbesserung unseres Verkehrswesens, oder die Verbesserung der Lage der Arbeiter, will ich lieber sagen, und die Frage der Sozialisten, das sind zwei Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen; so lange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche Höhe haben, wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwicklung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, mit geringen Ausnahmen anhalten. Die Arbeiter selbst hätten es in der Gewalt, wenn sie sich von den Agitatoren lossagen, das Vertrauen früher wiederkehren zu lassen, als es bei der Haltung, die sie jetzt eingenommen haben, möglich ist. Die Furcht, die ich nicht teile, daß im Kern des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen seien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasselbe zu heben, glaube ich, daß es notwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andere; man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde; man ergreift dieses Gewerbe und steht sich dabei unter Umständen sehr viel besser, als wenn man bei dem ursprünglichen geblieben wäre, hat ein angenehmes und freies, vielleicht auch angesehenes Leben in gewissen Kreisen. Aber das hindert nicht, daß wir gegen die Herren, die diese Gewerbetätigkeit ergriffen haben, uns im Stande der Notwehr befinden, und je zeitiger wir diese Notwehr eintreten lassen, mit desto weniger Schaden für die Freiheit der übrigen und für die Sicherheit und den inneren Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen.

Diese Gefahren sind mir nicht neu. Meine Stellung und meine Erlebnisse bringen mich dazu, gefährliche Blätter mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen, als es von seiten der meisten hier Anwesenden der Fall sein mag, und wer die sozialistische Presse in den letzten Jahren hier verfolgt hat, der mußte ja doch die Gewalttat, den Mord, den Königsmord, die Abschaffung des Königtums zwischen den Zeilen durchblicken sehen, in so mancher Nummer; und so entgleitet in der Beurteilung solcher Schaden, wie unser Strafrichter das zum Teil auffaßt, so buchstäblich ist der Leser dieser Zeitung nicht, der hat ein feineres

Verständnis als der Strafrichter für diese Nuancen, der weiß, was die Presse sagen will, wenn auch der Strafrichter das nicht zugibt.

Mich hat die Lektüre aber doch nicht gerade auf die Wendung der Sache vorbereitet, die eine tief betrübende und für unser nationales Gefühl demütigende ist. Ich konnte nicht glauben, daß ein Monarch, der mehr als irgendein lebender — und ich möchte wohl sagen, auch ein der Vergangenheit angehöriger — getan hat mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei doch ohne jede Überhebung getan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur . . . wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, ja meine Herren, da reicht jedes andere Verbrechen ja gar nicht an dieses heran, da ist man wirklich auf jedes andere auch gefaßt. Dieser Blitz bei Nacht — doch, wie bekannt, es geschah ja am Tage — hat weithin die Situation beleuchtet, und hat auch in die Wählerkreise der ganzen Monarchie hineingeleuchtet, glaube ich; ich halte für richtig, was ein Artikel der „Nationalzeitung" vor kurzem sagte, daß die Wähler aller Abgeordneten, also auch des Zentrums und der Fortschrittspartei, mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten, von ihren Abgeordneten erwartet haben, daß sie der Regierung gegen Beseitigung dieser Gefahr beistehen würden. Ich habe ja darüber mit den Herren nicht zu rechten, wie sie sich mit ihren Wählern auseinandersetzen; wenn alle Parteien das Versprechen gegeben haben, so kann ich einigen wenigstens die Quittung, daß sie es erfüllt haben, nicht ausstellen. Ich bin vielleicht auch zu dieser Ausstellung nicht berufen, ich erkläre nur, meine Überzeugung sagt: was sie ihren Wählern versprochen haben, haben sie durch ihre bisherige Stellung zu dem Gesetz nicht erfüllt. Ich nehme davon in der Fortschrittspartei den Abgeordneten Hänel aus, der seinerseits zum ersten Mal den Bann der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, den ein anderer Abgeordneter des Preußischen Landtags auf diese Partei geworfen hat, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat mit einem positiven Antrage — meines Erinnerns der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schoße der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie alle, die Zeitungen lesen: hat er den Anschluß seiner sonstigen politischen Freunde dabei gefunden? Ich bin dem Herrn Abgeordneten Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschließen, daß die Fortschrittspartei an und für sich nur eine Partei der Negation sei, die, so lange sie existiert, noch keinen positiven Vorschlag zur Verwirklichung ihrer Theorien gemacht hat, und die dadurch auch eine gewisse Verwandtschaft mit der sozialistischen Partei hat, daß sie bekämpft, was besteht, ohne daß sie sagt, was sie an die Stelle setzen will — aber ich nehme den Herrn Abgeordneten Hänel, wie gesagt, aus.

Nun, wenn wir den Erwartungen der Wähler nähertreten, so befindet die Regierung und diejenigen, die mit ihr gehen wollen, sich in einer außerordentlich schwierigen parlamentarischen Lage. Das parlamentarische System fungiert leicht und elegant; wenn nur zwei Parteien bestehen, wie es in England nur Whigs und Tories gab, so wäre nicht zweifelhaft, wie die Sache sich zu gestalten hätte. Eine hatte stets eine Mehrheit. Es trat in England eine Zeit ein, wo, man kann wohl sagen, fünf Fraktionen bestanden, die freilich zu dem Zorn gegeneinander, den der Deutsche aus der Association zu Corps auf der Universität mitbringt und in die Fraktionen des Reichstags überträgt, zu dem gegenseitigen

Haß sich nicht aufgeschwungen haben, und die doch immer in erster Linie die Landesinteressen und erst in zweiter Linie das, was den rivalisierenden Fraktionen Unannehmlichkeiten bereitet, in Anschlag brachten; es gab aber damals doch keine anderen Ministerien in England wie Koalitionsministerien. Die Engländer haben eingesehen, daß unter das konstitutionelle Prinzip leidet, und ihr gesunder Sinn hat sie wieder dahin gebracht, daß sie nur zwei Parteien von irgendeiner Bedeutung haben — ich glaube, die anderen, die ich englische Nihilisten nennen möchte, brauche ich nicht mitzuzählen —, aber sie haben zwei große Parteien, von denen jede an sich unter Umständen die Majorität im Parlament hat. Wenn es bei uns eine solche Fraktion gäbe, so wäre es für den Minister, der regiert, ein Vergnügen, sich dieser Fraktion anzuschließen, ihr, wenn nicht äußerlich, so doch innerlich anzugehören und mit ihr gemeinschaftlich zu arbeiten. Von diesem Ideal sind wir aber weit entfernt; wir haben jetzt etwa acht Fraktionen, von denen ich kaum zwischen zweien eine so sympathische Vermittelung kenne, daß an eine Verschmelzung zu denken wäre; der Deutsche hält sich streng an den Korpsgeist und hält sich gesondert. Wir haben uns zwar der geschlossenen Firma von Fortschritt, Zentrum, Polen, Welfen in allen Situationen der letzten Jahre gegenüber befunden; aber wenn die nun wirklich einmal die Majorität hätten und sollten ihrerseits eine Regierung bilden, würde die Fortschrittspartei mit dem Zentrum doch nicht zusammengehen können; die Polen vielleicht mit den Welfen; Zentrum und Welfen vertragen sich wunderbar; Zentrum und Sozialisten haben vielfach mit Eifer übereingestimmt, es ist das aber nicht bloß beim Zentrum der Fall gewesen, auch andere Abgeordnete haben von den Sozialisten Stimmen geworben und erhalten; auch das Zentrum hat in allen Fällen mit Ausnahme von einem immer für den Kandidaten gestimmt, von dem zu vermuten war, daß er der Regierung der feindlichere sein werde. — Wenn ich sage, mit Ausnahme von einem, so ist das der Abgeordnete für Mühlhausen (Heiterkeit), für den die Wähler des Zentrums gestimmt haben, aber doch erst dann, nachdem man ganz sicher war, daß er auch ohne sie gewählt werden würde. — Auch andere Kandidaten haben aber, wenn sie einige tausend Sozialisten in den Wahlbezirken vorfanden, die Sympathien derselben sorgfältig geschont und vielleicht Versprechungen gegeben, daß sie nicht so scharf gegen sie vorgehen würden. Aber item, wir befinden uns in der traurigen Lage auf seiten der Regierung, daß wir bei Verständigung mit dem Reichstag uns drei Siebentel des Gebiets absolut verschlossen finden. Es ist das wie beim Manöver das Terrain, was nicht betreten werden darf. Wir haben von der Fortschrittspartei, vom Zentrum, wir haben von den zirka 150 Abgeordneten, die sich mit diesen beiden halten, unter keinen Umständen und für keine Vorlage, die wir zu machen imstande sind, eine Unterstützung zu erwarten, auch für die gegenwärtige nicht, darüber sind wir vollständig klar. Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf die vier Siebentel des Reichstages, welche durch die Fraktion der Nationalliberalen und die beiden konservativen Fraktionen gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Tatsache, daß drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Existenzbasis, auf der sich die Regierung ohne Zerfall des Ganzen bewegen kann, negieren würde (Oho! im Zentrum) — mit Worten gewiß nicht, meine Herren, aber mit der Tat, ich rechne immer mit der Tat! — den strengsten Zusammenschluß der übrigen, die überhaupt die bestehenden Institutionen halten und vertreten wollen, zur Folge haben. Bei uns in Deutschland ist aber der Korpsgeist in der Politik derselbe, der ja auch veranlaßt,

daß zwei Regimenter in einer Garnison, die aus denselben Orten rekrutiert werden, gar nicht ohne Stichelreden ausrücken können, ohne im Manöver aufeinander einzuhauen, bloß weil sie verschiedene Farben, verschiedene Namen tragen, schwarzes oder weißes Lederzeug — wer von Ihnen Soldat gewesen ist, wird das erfahren haben —, sie feinden sich an und wollen einander nichts gönnen. Meine Herren, dieser Geist ist es, den wir leider alle von der Universität einigermaßen mitbringen. Aber diese Erinnerungen von dort dürfen sich doch nicht auf das politische Leben übertragen, und ich kann nur die Bitte an diese drei Fraktionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienst erweisen, sich untereinander zu verständigen, und daß alle diejenigen, die überhaupt die staatliche Entwickelung des Reiches auf der jetzigen Basis wollen, sich näher aneinander schließen und sich nur über sachlich ganz unabweisliche Differenzen, aber niemals über die Frage einer Priorität einer Rivalität trennen.

Meine Herren, ich kann diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne dagegen zu remonstrieren, daß mir bei Gelegenheit der Auflösung eine Tendenzpolitik schuld gegeben worden ist, als wenn ich irgendwelche Reaktion oder Systemumwandlung erstrebt hätte. Ich habe bei der Auflösung nichts erstrebt, als daß die Abgeordneten sich mit ihren Wählern über die Situation besprechen möchten, und habe die Hoffnung gehabt, daß Sie wie — Antäus hieß er wohl — durch Berührung der heimatlichen Erde gestärkt wiederkommen möchten. Daß Sie es nicht alle getan haben, tut mir leid, aber Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war, aber für einen preußischen, einen deutschen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsch beide gemeinschaftlich helfen sollten. Aber wer die Ziele mit mir erstrebt — ob man sie sofort erreicht, oder nach langjähriger, gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an — ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgültig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebnisse mit verschiedenen Fraktionen gehabt, und ich muß mich, welches auch meine, jedem Manne, der Eifer für sein Geschäft hat, natürliche Empfindlichkeit sein mag, wenn ich im Stich gelassen werde bei dieser oder jener Gelegenheit, derselben vollständig entschlagen in meinem Amte. Ich kann mich von der Menschlichkeit, empfindlich zu sein, nicht lossagen; ich räume aber ein, daß ich als Minister nicht das Recht habe, empfindlich zu sein, sondern ich muß den Beistand annehmen, der mir geboten wird.

Von diesen drei Fraktionen also erwarte ich die Annahme des Gesetzes, mit welchem wir die Gefahr, die uns droht, bekämpfen wollen, und wir hatten zu diesem Behuf eine Vorlage gemacht, die mir als eine mäßige und sogar unzulängliche erschien. Ihrer Kommission ist sie zu weitgehend erschienen. Wir werden uns über das verständigen müssen, was annehmbar ist. Wenn Sie die Gefahr mit uns anerkennen, Ihre Wähler auch, Sie wollen aber das, was wir, die verbündeten Regierungen, zur Bekämpfung dieser Gefahr von Ihnen erbitten, nicht bewilligen — nun, so ist mir das der Beweis, daß Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maß von, nennen wir es Diktatur, zu geben, was wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Übels brauchen. Dieses Vertrauen läßt sich

nicht erzwingen, es läßt sich vielleicht erwerben durch eine sorgfältige loyale Ausführung des Gesetzes, das Sie uns geben sollen. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein; deshalb aber muß ich von Ihnen verlangen ein Gesetz, in dem wir uns mit der Erreichung des Zweckes ehrlich und ohne gewalttätige Auslegung bewegen können, denn ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen. Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speziell zu mir, der ich im Reich die Hauptverantwortlichkeit trage, daß dieses Gesetz seinen Intentionen gemäß ausgeführt werde, haben Sie die Befürchtung, daß wir es mißbrauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den vereinigten Regierungen als vor den Sozialdemokraten — ja dann, meine Herren, weiß ich, was ich zu tun habe, dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr anwenden wollen, als ich nach meinem politischen Urteil anzuwenden bereit bin.

Ich habe über § 1 gesprochen, indem ich sage, daß ich Vereine, die positive Zwecke verfolgen, die eingestanden sind, deren Ziel möglich ist, nicht bekämpfe. Wenn wir nicht Brücken hätten bauen wollen, von denen wir hofften, daß sie auch von den Herren, die einen Mißbrauch von seiten der Regierung fürchten, betreten werden würden, so würde nach meiner Ansicht der § 1 sehr viel einfacher gefaßt werden können, er würde nach meiner Ansicht lediglich zu lauten gehabt haben: Vereine, in welchen sozialdemokratische Tendenzen zutage treten, werden verboten. In der jetzigen Fassung, die ich nicht bekämpfe — denn sie ist die Fassung des Bundesrats, und wenn ich auch nicht dabei gewesen bin, so füge ich mich ihr doch — da ist dem hinzugefügt das Kriterium von Untergrabung oder Umsturz. Das klingt ja fast so, als ob andere, nicht sozialdemokratische Vereine, welche diesen Umsturz betreiben, dadurch ein Privilegium bekommen sollten; es klingt außerdem so, als wenn dieses ganze Gesetz, so notwendig und geboten wie wir es halten, doch der richtigen Grundlage entbehrt; denn wenn ich an die Tatsache glaube, daß die Bestrebungen, welche sozialdemokratische heißen, an und für sich schon als Umsturz und Untergrabung anzusehen seien, so hätten wir kein Recht zu diesem Gesetz in dieser Ausschließlichkeit, in dieser Art von bill of attainder gegen eine bestimmte Richtung; aber von dieser Einfachheit der Fassung hat vielleicht die Befürchtung abgehalten, daß man nicht klar feststellen könne, wer Sozialdemokrat ist und wer nicht. Welche Tendenzen sind sozialdemokratisch? Das ist eine Ängstlichkeit, die dem Richterstande angehört. Jeder Laie ist nicht zweifelhaft, welche Abgeordneten sozialdemokratisch sind, welche Zeitung sozialdemokratisch ist; wie kommt es, daß jetzt, da man dem Gesetz nähertritt, das einfachste, der allen Leuten sonst verständliche Ausdruck jetzt zweifelhaft wird, daß Blau nicht mehr Blau, Rot nicht mehr Rot ist? Kein Mensch ist darüber im Zweifel, was und wer sozialdemokratisch ist.

Meine Herren, ich bemerke indes nur beiläufig, vielleicht um eine Anknüpfung für die Zukunft zu haben: Wenn Sie uns dieses Gesetz nicht in dem Maße geben, wie wir es brauchen, so gibt es ja darüber verschiedene Abstufungen. Die eine ist die, daß wir es cum beneficio inventarii annehmen, aber gleich dabei erklären: Zur Erreichung des Zweckes, den wir erstreben, genügt es nicht, und wir werden in der Lage sein, bei dem nächsten Zusammentritt schon Nachtragsvorlagen zu machen. Aber wir wollen — ich wenigstens bin jetzt von der Vollkommenheit auch der Regierungsvorlage, von der Tat-

sache, daß sie erschöpfend sei, nicht in dem Maße überzeugt, daß ich mir schon ganz sicher bin, daß dieses umfangreich gezimmerte Schiff in dem ganz neuen Fahrwasser gleich richtig fahren wird; ich glaube, die Erfahrung wird uns erst belehren, welche Maschinenteile uns versagen, und wir werden vielleicht genötigt sein, Ihnen wiederum mit einer Vorlage näherzutreten, zur Aufbesserung dessen, was Sie uns heute bewilligen — ich glaube, selbst dann, wenn Sie uns die ganze Regierungsvorlage bewilligt hätten, aber ganz sicher, wenn Sie davon um ein Erhebliches abweichen. Es gibt gewisse Sätze in diesem Gesetz, die namentlich Bezug haben auf eine Einschränkung der Freiheiten in der Freizügigkeit und in der Presse, die ich vorher als die Hauptmotoren der plötzlichen und fruchtbaren Entwickelung andeutete, gewisse Bedingungen der Einschränkungen dieser schädlichen Einwirkung, ohne die ich das Gesetz für die Regierung überhaupt für unbrauchbar halten würde. Ich beschränke diesen Anspruch auf das Mäßigste und Unentbehrlichste. Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus dahin, womöglich aus den drei Fraktionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten, und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Teilen vertrauende Phalanx zu bilden, die imstande ist, allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Auf eine lange persönliche Bemerkung des Abg. Sonnemann entgegnet Fürst Bismarck:

Der Herr Vorredner hat sich über Vorwürfe gerechtfertigt, die ich ihm gar nicht gemacht habe. (Oh! oh! links.) Wir haben gewisse deutsche Sprichwörter, wenn sich einer getroffen fühlt, die ich hier nicht gerade wiederholen will, aber er sagte, er hätte mir keine Vorwürfe machen wollen. Ich habe ihm jedenfalls die Vorwürfe, die er jetzt akzentuiert hat, nicht gemacht. (Oh! oh! links.) — Meine Herren, warten Sie doch ab, bis ich die Sache entwickle, ich berufe mich auf die stenographischen Berichte für das, was ich sagen werde.

Einmal habe ich ihm durchaus keine Sympathien für die Kommune vorgeworfen, sondern ich habe eine gewisse Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er für die der Kommune gegenüberstehende französische Regierung vollkommen freiwillige, von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen beruhende Sympathien habe; die Kommune war der Gegner der französischen Regierung. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, nur gegen das, was der Herr Vorredner noch anführte, nochmals wiederholen, daß ich gesagt habe: Ich habe in meinem Leben französische Agenten in Deutschland gekannt, die unter dem Vorwande, einer oppositionellen Partei anzugehören, im Dienst der französischen Regierung standen, und das war vor 1870, vielleicht mag es auch deren noch heut geben, — das habe ich aber nicht behauptet, ich habe ausdrücklich gesagt, ich habe sie im Kriege von 1870 als solche erkannt, die als Katone der Republik passierten und mir 1870 als Kaiserliche Agenten offenbar geworden sind. Darauf habe ich gesagt: Auf den Herrn Vorredner kann das ja, da er Abgeordneter ist, gar keine Anwendung finden; — ich habe nicht gesagt, ich würde ihm den Vorwurf machen, wenn er nicht Abgeordneter wäre, sondern mein Schluß war ganz anders: wenn der Herr Vorredner sich in derselben Kategorie befinden sollte, so ist die Frankfurter Wählerschaft ja viel zu klug, um das nicht auf den ersten Blick zu erkennen, und dann hätte sie ihn nicht gewählt. So war mein Argument gemeint. Also ich hatte den Herrn Vorredner vollständig exkulpiert. Wenn dann der Herr Vorredner mit dem

qui s'excuse s'accuse die Sache wieder aufgenommen hat, so bedaure ich das, aber ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, ich habe ausdrücklich gesagt: Bei dem Herrn Abgeordneten ist das nicht möglich, weil ich den Wähler, und namentlich den Frankfurter — das sind ja ganz feine, gescheite Leute — für viel zu klug halte, um einen französischen Agenten zu wählen, also ist es nicht möglich, daß der Herr Abgeordnete in diese Kategorie fällt. Ich meine also, vollständiger kann man den Verdacht nicht abwehren, als hätte ich mit den Leuten, die ich vor 1870 kennengelernt habe, und dem Herrn Redner irgendwelche Analogie machen wollen. Ich habe nur angeführt, daß das Journal des Herrn Redners ganz ausgezeichnet unterrichtet ist, es hat manchmal früher, als ich durch diplomatische Berichte, die Intentionen der französischen Regierung erkannt. Das ist eine Geschicklichkeit des Zeitungsredakteurs, die sehr beneidenswert ist, und die ich jedem anderen, der mir in anderen Sachen sympathischer ist, auch wünschen möchte; aber den Vorwurf, gegen den der Herr Vorredner sich entschuldigt und behauptet, er widerstreite das, den habe ich ihm nicht gemacht. (Ruf: Zur Sache!) Meine Herren, die Sie mich „zur Sache" rufen, dazu haben Sie in keiner Weise das Recht! Ich nehme hier das Wort kraft der Erlaubnis des Präsidenten und des verfassungsmäßigen Rechts. Ich bitte den Herrn, der mir „zur Sache" zugerufen hat, sich zu nennen, damit er seine Gründe anführe! Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich zu schützen; ich bin nicht von der Sache abgewichen, viel weniger als der Herr Vorredner.

17. Sitzung des Deutschen Reichstags.

19. Oktober 1878.

Unmittelbar nach Annahme des Sozialistengesetzes, die mit 221 gegen 149 Stimmen erfolgt, erklärt Fürst Bismarck:

Ich habe die Ehre, dem Reichstag eine Kaiserliche Botschaft mitzuteilen:

(Die Anwesenden erheben sich.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. tun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Reichskanzler, Fürsten von Bismarck, ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 19. Oktober d. J. zu schließen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais bei Potsdam, den 12. Oktober 1878.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers:

(L. S.) Friedrich Wilhelm.
v. Bismarck.

Meine Herren, die Kaiserliche Botschaft ist verlesen. Wenn Sie mir gestatten wollen, am Schlusse der Sitzung noch einige Worte zu Ihnen zu reden, so ist es vorzugsweise, um dem Gefühl der Befriedigung Ausdruck zu geben, mit welchem die verbündeten Re-

gierungen die Tatsache begrüßen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche am Anfang unserer Sitzung das Schicksal ihrer Vorlage im ganzen oder doch in den wesentlichsten Teilen zu bedrohen schienen, auf dem Wege gütlicher Verständigung der Beteiligten ihre Erledigung gefunden haben, so daß ich mich nach der heutigen Abstimmung und vermöge der vertraulichen Besprechung, welche wir im Bundesrat in den letzten Tagen gehabt haben, in der Lage befinde, voraussehen zu können, daß Ihr heutiger Beschluß im Bundesrat einstimmige Annahme finden werde. Ich will damit nicht sagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in ihre Hand legen, vollständig ausreichen würden, um die Zwecke, zu deren Erreichung das Gesetz eingebracht worden ist, überall zu erreichen (hört!), sondern nur, daß alle Regierungen entschlossen sind, den aufrichtigen Versuch zu machen, mit den Mitteln, welche dieses Gesetz ihnen gewähren wird, die Krankheit zu heilen, von der unser Gemeinwesen ergriffen ist. Sollte die Erfahrung den Beweis liefern, daß dies nicht ausreichend der Fall ist, so werden die verbündeten Regierungen in der Lage sein, sich wiederum vertrauensvoll an Ihre Unterstützung zu wenden, um da nachzuhelfen, wo die jetzigen Mittel nach der Überzeugung der Regierungen nicht ausreichen sollten. Sie werden das tun, sei es auf dem Wege der Reform unserer allgemeinen Gesetzgebung, was das Erwünschteste sein würde, sei es durch Vervollständigung des eben votierten Gesetzes. Das letztere aber wird voraussichtlich der Fall sein in Bezug auf die Dauer, für welche dieses Gesetz eben gegeben ist (hört! links); denn niemand unter uns hat sich der Hoffnung hingeben können, daß die hiermit beginnende Heilung der Schäden in drittehalb Jahren vollendet sein werde. Die verbündeten Regierungen schöpfen aber aus dem Verlaufe dieser Sitzung die Zuversicht, daß auch dann, nachdem sie durch loyale Ausführung des Gesetzes das Vertrauen des Reichstags gerechtfertigt haben werden, die Hilfe und der Beistand, die Mitwirkung des Reichstags in dem Maße des Bedürfnisses ihnen nicht fehlen wird.

In diesem Vertrauen, meine Herren, bleibt mir nur noch übrig, die formale Aufgabe, welche mir die Allerhöchste Botschaft erteilt, zu vollziehen, und erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags hiermit für geschlossen.

Deutscher Reichstag.

12. Februar bis 12. Juli 1879.

Als die wichtigste Aufgabe für die endgültige Festigung des Reiches und die Überwindung der letzten Reste des Partikularismus betrachtete Bismarck schon seit der Mitte der siebziger Jahre eine Finanzreform, die das Reich von den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten unabhängig machen und es so aus der Rolle des „Kostgängers" der Länder befreien sollte. Die beste Lösung schien dem Kanzler die energische Durchführung indirekter Steuern zu sein, die den Massenverbrauch an Tabak, Alkohol, Kaffee, Petroleum usw. belasteten. Sein Ideal war zweifellos das Tabakmonopol.

Diese Pläne stießen auf zwei Hindernisse: auf den passiven Widerstand seiner Ministerkollegen und auf die liberale Lehre vom freien Spiele aller Kräfte, die sich frühzeitig gegen Monopole und Schutzzölle wandte, weil die Staatsmacht dadurch steigen und in demselben Maße die Macht der Volksvertretung sinken mußte. Aber Bismarck war nicht der Mann, vor diesen Hindernissen zurückzuschrecken. Als er sich während seines langen Urlaubs im Jahre 1877 in die wirtschaftlichen Fragen vertieft und seine Ansichten geklärt hatte, beseitigte er in den folgenden Jahren seine unbequemen Ministerkollegen oder duldete doch ihren Rücktritt nicht ungern, wie den des Finanzministers Camphausen. Den Liberalismus, der vor allem den Monopolgedanken zurückwies, machte er auf andere Weise unschädlich.

Denn im Lauf der siebziger Jahre hatte sich die Forderung der Finanzreform allmählich verquickt mit der nach dem Schutzzoll. Zunächst war es die deutsche Eisen- und Textilindustrie, die nach dem Schutzzoll rief, um nach dem großen Rückschlag, der auf die „Gründerjahre" gefolgt war, der ausländischen Konkurrenz nicht zu erliegen. Der Zentralverband deutscher Industrieller wurde das machtvolle Organ dieser Bewegung. Schließlich geschah das entscheidende parlamentarische Ereignis: aus Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen und — Zentrum bildete sich unter Führung des ehemaligen württembergischen Ministers v. Varnbüler die „Freie wirtschaftliche Vereinigung" von 204 Mitgliedern, die energisch für das System der Schutzzölle eintrat. Aber niemals hätte Bismarck ihrem Wunsch nach dem Schutz der Industrie nachgegeben, wenn er nicht seinerseits die Forderung der Landwirtschaft auf Getreideschutzzoll unterstützt hätte. Gerade in diesen Jahren nämlich wurde die Konkurrenz der Getreide ausführenden Länder Kanada, Argentinien, Rußland, Balkan so drückend, daß die deutsche Landwirtschaft zu erliegen drohte. So setzte er es durch, daß die beiden wirtschaftlich und sozial führenden Gruppen: Industrie und Landwirtschaft auf der Grundlage des Schutzzolls eine Verbindung eingingen.

Das Opfer dieser Entwicklung wurden vor allem die Nationalliberalen, die sich darüber spalteten und die, da das Zentrum die neue Wirtschaftspolitik Bismarcks mitmachte, diese bisher im Kulturkampf befehdete Partei bald zur mächtigsten des Reichstags werden sahen.

Man hat wohl gemeint[1], daß dieser „Schutz der nationalen Arbeit" nur den Arbeitgebern, nicht aber den Arbeitern zugute gekommen sei; aber die in dem Systemwechsel liegende Verlangsamung der Umwandlung Deutschlands von einem Agrar- in einen Industriestaat ist doch ein großer Segen gewesen. Ob allerdings die politische Wirkung der Schutzzollära, die auf Grund der Schutz- und Finanzzölle das Reich zwar tatsächlich kräftigten — wenn auch die Matrikularumlagen in gewissen Grenzen blieben —, in jeder Beziehung von Segen gewesen ist, muß wohl mit Recht bezweifelt werden. Die enge Gemeinschaft von Großindustrie und Landwirtschaft, die dadurch herbeigeführt wurde, hat ganz wesentlich dazu beigetragen, nach Bismarcks Sturz den notwendigen Umbau des Reiches in demokratischem Sinne zu erschweren und hat entscheidend mitgewirkt zu der klassenegoistisch-starren Haltung der herrschenden Schichten, weil jede Lockerung der Zügel mit der politischen Stellung zugleich die wirtschaftlichen Interessen dieser Kreise berühren mußte. So ist das Jahr 1879, wie es in der Außenpolitik den Beginn des Bismarckschen Bündnissystems brachte, auch für die Innenpolitik im höchsten Sinne entscheidend geworden.

---

[1] Johannes Ziekursch: Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs, Bd. 2, S. 341 f.

Sitzung des Deutschen Reichstags

vom 12. Februar 1879.

Der Kaiser eröffnet den Reichstag mit folgender Thronrede:

Geehrte Herren!

Indem Ich Sie willkommen heiße, drängt es Mich, auch von dieser Stelle Meinen Dank für Gottes Gnade zu wiederholen, die Mich in Gefahr beschirmt und von schweren Leiden geheilt hat. Ich spreche zugleich Meinem Sohne, dem Kronprinzen, nochmals Meine Anerkennung seiner Führung der Regierungsgeschäfte aus und danke Ihnen, geehrte Herren, für die Unterstützung, welche Sie den verbündeten Regierungen gewährt haben, um im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unseres staatlichen Kulturlebens gerichteten Agitation Einhalt zu tun. Ich darf demnach auch für die Zukunft in gleichem Maße auf Ihre Mitwirkung rechnen, soweit die Heilung unserer sozialen Schäden sich als unvollendet erweisen sollte.

Die verbündeten Regierungen beraten über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Übelstände, unter denen wir auf wirtschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern.

Die Vorschläge, welche Ich Meinen Bundesgenossen teils gemacht habe, teils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin Ich der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Tätigkeit in ihrem gesamten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag, und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für Meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß tatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben. Die Vorlagen in der angedeuteten Richtung werden, insoweit und sobald die Einigung der verbündeten Regierungen über dieselben stattgefunden haben wird, Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Für den diesjährigen Reichshaushaltsetat, welcher Ihnen ungesäumt zugehen wird, haben neue Einnahmequellen noch nicht in Aussicht genommen werden können, und es ist daher, um den Etatsabschluß bis zum 1. April zu ermöglichen, die Deckung der Bedarfsziffer durch Matrikularumlagen in Ansatz zu bringen gewesen. Ich darf hoffen, daß noch während Ihrer diesjährigen Session Ihnen die Vorschläge der verbündeten Regierungen über Ersetzung der Matrikularbeiträge durch andere Einnahmequellen werden zugehen können.

Als einen dringlichen Gegenstand Ihrer Verhandlungen darf Ich den am 16. Dezember v. J. mit Österreich abgeschlossenen Handelsvertrag bezeichnen, welcher Ihrer Genehmigung bedarf.

Die Verträge, durch welche der zu Bern 1874 begründete allgemeine Postverein befestigt und, im Abschlusse seines Grundgedankens, der Gesamtheit der Verkehrsländer zugänglich gemacht ist, werden Ihnen zur Genehmigung zugehen. Ebenso wird der Gesetzentwurf gegen Verfälschung der Lebensmittel Ihrer Beratung von neuem unterbreitet werden und werden die Entwürfe zur Ergänzung der Justizgesetze Ihrer Beschlußfassung unterliegen.

Um dem Reichstag die Möglichkeit zu gewähren, die Ehre der Mitbürger, welche dem Reichstag nicht angehören, gegen die Ausschreitungen einzelner Mitglieder zu schützen und seiner eigenen Autorität da, wo sie verkannt wird, vollen Nachdruck zu gewähren, haben die verbündeten Regierungen zu Ihrer Beschlußnahme einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch dessen Annahme die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstags, nach Artikel 27 seine Disziplin selbst zu regeln, eine erweiterte gesetzliche Unterlage gewinnen würden.

Die beunruhigenden Nachrichten über den Ausbruch der Pest im Osten Europas haben uns in die bedauerliche Notwendigkeit gesetzt, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, welche dem Verkehr lästig fallen. Die jüngsten Nachrichten geben der Hoffnung Raum, daß die baldige Unterdrückung der Krankheit wenigstens in Rußland den energischen Vorkehrungen der kaiserlich russischen Behörden gelingen werde. Sobald sich dies bestätigt, wird der Grenzverkehr sofort wieder auf den, den politischen Beziehungen beider befreundeten Länder entsprechenden nachbarlichen Fuß gesetzt werden.

Die Ungewißheit, in welcher die Schlußbestimmung von Artikel V des Prager Friedens von 1866[1] die Zukunft der Einwohner der nördlichen Distrikte von Schleswig erhielt, hat Mich, nachdem die Lösung dieser Frage in wiederholten Unterhandlungen mit Dänemark nicht gelungen war, veranlaßt, mit Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich und König von Ungarn in Verhandlung über eine Abänderung jenes Artikels zu treten. Den gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechend, ist eine Vereinbarung beider Höfe in dem gewünschten Sinne zustande gekommen und am 11. Januar d. J. ratifiziert worden, deren Wortlaut zu Ihrer Kenntnis mitgeteilt werden wird.

Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges im Orient, die Ich beim Beginn der letzten ordentlichen Session aussprach, hat sich erfüllt, und es ist den im vorigen Sommer versammelten Vertretern der Großmächte gelungen, sich über Anordnungen zu

[1] Über die Rückgabe von Dänen bewohnter Bezirke Nordschleswigs an Dänemark. Vergl. dazu das Aktenwerk von Tiedje, Platzhoff und Rheindorf über Bismarck und die nordschleswigsche Frage.

verständigen, von deren Durchführung der Schutz der Christen, die Sicherung der Ruhe im türkischen Reiche und die Wahrung des Friedens der Mächte Europas zu erwarten ist.

Die durch den Berliner Vertrag bekräftigten friedlichen Beziehungen der auswärtigen Mächte zu Deutschland und untereinander zu fördern, soll auch ferner die Aufgabe sein und bleiben, in deren Dienst Ich die große Macht, welche Deutschland durch seine Einigung gewonnen hat, verwenden will, soweit sie in Meine Hand gelegt ist. Wenn mir Gott die Erfüllung dieser Aufgabe gewährt, so will Ich mit dem dankbaren Gefühle, daß Meine Regierung bisher eine reich gesegnete sei, auch auf die schweren Erfahrungen des letzten Jahres zurückblicken.

7. Sitzung des Deutschen Reichstags.

21. Februar 1879.

Da zwischen der österreichischen und der deutschen Regierung über den neu abzuschließenden Handelsvertrag keine Einigung zu erzielen war, wurde provisorisch ein Vertrag für ein Jahr geschlossen und dem Reichstage vorgelegt. Diese Gelegenheit benutzte der Abg. Richter am 20. Februar, um die neue Wirtschaftspolitik Bismarcks heftig anzugreifen. Er fand es merkwürdig, daß die Wirtschaftspolitik von 1862 bis jetzt in der Thronrede als erfolglos bezeichnet wurde, obwohl doch Bismarck seit dieser Zeit die Verantwortung in Preußen und Deutschland trage. Er sah aus der neuen Wirtschaftspolitik große Gefahren für Deutschland entstehen. Ihm entgegnet Fürst Bismarck am 21. Februar mit folgender Rede:

Ich habe der Verhandlung gestern leider wegen Behinderung durch anderweitige Geschäfte nicht beiwohnen können und nehme deshalb heute Gelegenheit, auf einige Bemerkungen aus der gestrigen Diskussion zu antworten, soweit sie mir inzwischen zugänglich geworden sind. Zuerst in Bezug auf die Ausstellung, die der Herr Abgeordnete Delbrück an dem vorliegenden Vertrage machte, daß er nicht auf drei bis sechs Monate länger geschlossen worden sei. Ich würde die längere Dauer meinerseits sehr gern in den Vertrag hineingebracht haben, wenn wir ihn allein zu diktieren gehabt hätten; aber ich glaube nicht, daß wir ohne wesentlichen Zeitverlust mit Österreich zu einer weiteren Verhandlung gekommen wären. Es hat schon Mühe genug gemacht in der kurzen Zeit, die uns geblieben war, weil Österreich von uns erwartete, wir werden so gedrängt durch das Bedürfnis des Vertrages, daß wir uns fügen würden, und bis auf den letzten Moment abwartete. Die Zeit war schon so kurz, daß wir recht zufrieden waren, diesen Abschluß zu erreichen. Die Ermächtigung von den gesetzgebenden Gewalten zu erbitten, unter Umständen, falls Österreich inzwischen geneigt sein sollte, diesen Vertrag auf eine längere Zeit zu bewilligen, darauf eingehen zu dürfen, diese Ermächtigung nachzusuchen, liegt in meiner Absicht vor dem Schlusse des Reichstages.

Allerdings möchte ich auch, bevor ich in neue Verhandlungen mit Österreich eintrete, wissen, wie die gesetzgebenden Gewalten sich zu den Reformvorlagen in Bezug auf die Zolltarife stellen werden, die augenblicklich für den Bundesrat vorbereitet werden. Ich glaube, wir haben Zeit genug, uns die Frage der Verlängerung dieses Vertrages mit Österreich immer, falls Österreich will — woran ich wenig Glauben habe — noch zu überlegen.

Ich will dem System der Handelsverträge im ganzen nicht entgegentreten; ein Handelsvertrag an sich ist nichts, was ich erstrebe, es kommt auf den Inhalt an. Die anscheinend

glänzenden Resultate, welche die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrtabellen gewähren, täuschen bei der geographischen Lage Deutschlands sehr, weil wir keine Ursprungsatteste haben. In unserer Einfuhr nach Österreich ist, wie der Herr Abgeordnete Delbrück gestern schon richtig bemerkte, der ganze Transit des westlichen und nordwestlichen Europas durch Deutschland nach Österreich mit einbegriffen. In unserer Einfuhr nach Belgien und Frankreich, von der der Herr Abgeordnete Richter rühmt, daß sie im Steigen geblieben wäre, ist der ganze Transit durch Deutschland, den die russische und österreichische Importation, die wir zum Nachteil unseres früheren Handels mit Belgien und Frankreich in den analogen Produkten durch unsere Eisenbahntarife wesentlich gefördert haben, ist diese ganze Produktion mit einbegriffen, und ich glaube, eine genauere Untersuchung würde ergeben, daß bei den Ziffern, die der Herr Abgeordnete Richter für unseren Export nach Frankreich, Belgien und Holland anführte, der Transport für Rußland und Frankreich, für dessen Erleichterung wir unseren eigenen Export nach diesen Ländern lahmgelegt haben, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat.

Wenn ich mich zu den weiteren Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Richter wende, so rechne ich auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich absehe. Ich glaube, daß es nicht zu meinen amtlichen Pflichten gehört, mit dem Herrn Abgeordneten Richter in einen Austausch persönlich verletzender Redewendungen einzutreten, und ich bin außerdem in einer siebzehnjährigen ministeriellen Praxis daran gewöhnt, daß sich ein Minister in Deutschland manches gefallen zu lassen hat, was in anderen Ländern Sitte und gesellschaftliche Gewöhnung verbietet. (Bravo! rechts!)

Ich würde auf die Seite der Sache, die mich persönlich betrifft, dem Herrn Abgeordneten Richter gar nicht geantwortet haben, wenn ich nicht das Bedürfnis hätte, einige Tatsachen, die er anführte, richtig zu stellen.

Er hat mich in Widerspruch mit mir selber darzustellen versucht dadurch, daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862 zuschob, mit dessen Grundsätzen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt. Meine Herren, wenn ich in Widerspruch mit mir selber zu treten hätte, so würde ich es für mein eigenes Ansehen außerordentlich beklagen, wenn ich aber sehe, daß es im Dienste des Landes notwendig ist, so würde ich keinen Augenblick anstehen, den Weg, den ich für irrtümlich erkenne, zurückzugehen, meinen Irrtum offen einzugestehen und entweder anderen, die es besser verstehen, Platz zu machen, oder wenn es von mir verlangt würde, selbst die Sache besser zu machen, als früher; ich will vom Besseren und Schlechteren hier aber nicht sprechen. Der Herr Abgeordnete hat die Worte der Thronrede angeführt, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete, und in der die Tatsache zitiert worden ist, daß der damals inaugurierten Politik praktische Erfolge nicht zur Seite stehen. Ich glaube, milder kann man sich nicht ausdrücken. Die Tatsache, daß ihr solche nicht zur Seite stehen, kann von anderen Gründen herrühren, eine Tatsache ist es aber. In allem, was ich gleich sagen werde, fällt es mir nicht ein, meine Verantwortlichkeit auch da, wo sie formell ganz und voll eintritt, voll zu übernehmen; und wenn der Weg ein irrtümlicher war, würde ich, wenn ich ganz allein die Politik geführt hätte, diesen Irrtum bekennen und bitten, mir zu helfen, ihn gut zu machen. Aber der Herr Abgeordnete Richter hat sorgfältig das Datum des französischen Handelsvertrages ver-

schwiegen. Er hat das Datum meines ersten Erscheinens ganz genau genannt; er wird gewiß einen Blick in die Gesetzsammlung geworfen haben, wo der französische Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August 1862 als vollständig abgeschlossen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour, dem Freiherrn von Pommer-Esche und dem Herrn Leclerc — von französischer Seite völlig fertig vor meiner Zeit vorlag. Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Gesandter, sondern in Petersburg. Mit diesem Datum, 2. August 1862, befindet sich der Vertrag in der Gesetzsammlung; ich bin, wie auch der Herr Abgeordnete Richter nicht bestreitet, erst Ende September, wenn er auch das Datum nicht ganz richtig angibt, überhaupt Minister geworden, und nach den Einrichtungen des preußischen Ministeriums ist es nicht Beruf des Auswärtigen Ministers überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und Einfluß auf Tarifpositionen zu üben. Diese Tarifpositionen sind jederzeit nach unseren Traditionen bis auf die letzten Jahre, wo ich diese Traditionen durchbrochen habe, die gewesen, daß die inneren, technischen Ministerien die Handelsverträge schlossen und die tatsächliche Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag, die übrigens meines Erachtens nicht schwer zu tragen ist, fällt auf den damaligen Finanzminister von der Heydt, für die weitere Durchführung auf den damaligen Finanzminister von Bodelschwingh und den damaligen Handelsminister Grafen Itzenplitz. Ich selbst habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre 1862 eine lediglich politische Aufgabe gehabt, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu bekümmern. Wenn ich aber nach dem Maßstab dieser Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrag erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister wurde, die Erbschaft übernahm des Kampfes mit Österreich um die Hegemonie in Deutschland auf zivilem und friedlichem Gebiete, daneben eine mäßige Verstimmung mit Rußland, und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnismäßig politisch gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam — ich kann wohl sagen, einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, sondern zuerst diese Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr, den die Herren Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Richter damals unter dem Namen „Seeschlange“ auf das heftigste bekämpften, wie sie überhaupt durch Parteinahme für die polnische Revolution, mit der sie wohl jetzt nicht mehr in derselben Beziehung stehen, mir das Leben nach Möglichkeit schwer machten.

Eine zweite Frage war für mich — in Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Österreich um die Hegemonie in Deutschland — die Beziehung zu Frankreich; die war günstig gerade infolge dieses Handelsvertrages. Es war vorauszusehen, daß wir zur Verfallzeit einen starken Kampf mit Österreich haben würden über die Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden, ob es Österreich gelingen sollte, unseren preußischen Zollverein zu sprengen oder nicht, und zur Verteidigung unserer Interessen in dieser Frage fand ich diesen Handelsvertrag als eines der wesentlichsten Werkzeuge und Waffen vor. War nun — gesetztenfalls ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in Bezug auf die Handels- und Wirtschafts-

politik, und ich wäre zu der Überzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei — damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im ersten Entstehen töten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? Denn anders konnte ich diesen Vertrag nicht mehr ändern? Gewiß nicht! Ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir das gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns gegenüberstand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages, so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja, noch mehr: in dem weiteren Kampf, der 1865 mit Österreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der Tat glücklicherweise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte; dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte als mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. (Heiterkeit.) Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden, und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. (Heiterkeit.)

Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter gestern nachzuweisen versucht, ungefähr — wenn ich es in einem seiner Tonart mich annähernden Jargon ausdrücken wollte —, daß ich so dumm, wie ich mich damals stellte, doch nicht gewesen wäre (Heiterkeit), denn ich hätte gleich im Anfang eine Rede gehalten im Herrenhaus, anfangs Oktober 1862, die offenbar zeigte, daß ich wirtschaftliche Tendenzen schon damals in diesem Sinne verfolgte. Meine Herren, ich würde stolz darauf sein, wenn ich damals schon wirtschaftliche Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß aber zu meiner Schande eingestehen, daß ich sie noch nicht hatte. (Heiterkeit.) Wenn ich aber zu dem Herrenhaus sprach — eine Rede, die ja in dem Augenblick, wo der Kampf um die Sprengung des Zollvereins schon im vollen Gange war, doch vor der gesamten Öffentlichkeit Europas gehalten wurde —, wenn ich da etwa die wirtschaftliche Frage in den Hintergrund gedrängt und gesagt hätte, ich kenne die wirtschaftlichen Angelegenheiten gar nicht, ich kenne die Tarifpositionen nicht, ich kann sie ja lesen, habe aber kein Urteil über die Tragweite; indessen politisch ist es mir im höchsten Grade erwünscht, daß dieser Vertrag durchgeht; ich mache mir aus dem wirtschaftlichen Ergehen unserer Zollvereinsgenossen gar nichts, wenn ich nur mein Ziel erreiche, und ich muß fürchten, daß, wenn nun Frankreich sich auch noch zur Aufgabe stellt, wie Österreich, den Zollverein zu sprengen, daß er dann wirklich springt, und darum befürworte ich diesen Antrag: — ja, es ist möglich, daß der Herr Abgeordnete Richter von einem Auswärtigen Minister eine solche Sprache erwartet hat; aber ich habe mich doch nicht berufen gehalten, sie zu führen, sondern es war die natürliche Deckung der Stellung, daß ich von wirtschaft-

lichen Dingen sprach, die mir damals sehr fern lagen. Ich habe gar keine Eitelkeit in der Beziehung, daß die Art, in der ich über diese Dinge zu reden hatte, von mir damals nicht erfunden und entworfen worden ist, sondern wahrscheinlich ist mir von den technischen Ministerien und vermutlich nicht von ihren Chefs — denn von der Heydt war nicht mehr, und seinem Nachfolger [1] traue ich eine solche intime Teilnahme für sein Ressort nicht zu — (Heiterkeit) der Entwurf gegeben und gesagt worden, in welcher Beziehung der Auswärtige Minister reden möchte.

Ich will nur die Tatsache klarstellen, daß der Herr Abgeordnete Richter aus allem, was ich etwa bis zur Herstellung des Norddeutschen Bundes getan habe, bis ich Bundeskanzler — hieß es ja damals — wurde, daß er daraus gar keine Verantwortlichkeit für das System, von dem ich annehme, daß es sich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann. Die weitere Zeit — da bin ich ja weit entfernt zu bestreiten, daß die formale Verantwortung auf mir lastet und auf mir ganz ausschließlich. Ich wäre ja berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Präsident des Reichskanzleramts trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt gewesen wäre, daß sie nachteilig für unser wirtschaftliches Leben wäre. Es hätte das wahrscheinlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Präsidenten aus dem Reichskanzleramt geführt, aber meine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Konsolidierung des Deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen oder des Norddeutschen Bundes als Vorakt zum Deutschen Reich, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiet, wie der Herr Abgeordnete Delbrück es ist, mich bewarb und sie erhielt, so liegt doch ganz klar, und wir brauchen uns darüber in kein Silbenstechen einzulassen, ich bin auch nicht unbescheiden genug, um das zu bestreiten, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß der Herr Präsident Delbrück die wirtschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte, sondern es war natürlich cum grano salis gegeben, daß ich, wie es auch in der Tat der Fall, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt, zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nichts anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung.

Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, was ich begonnen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist — ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben, ich vermute, daß in den meisten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten.

Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht notwendig auf mein eigenes Urteil verwiesen bin, gern unterordnet. Wenn ich dem Rock entsprechend,

[1] v. Bodelschwingh.

den ich trage, zu Felde zu ziehen hätte, und ich hätte das Glück, vom Herrn Feldmarschall Graf Moltke geleitet zu werden, so würde ich mich unbedingt seiner Führung unterordnen, und erst dann, wenn er sagt: Jetzt gehe ich nach Hause, würde ich sagen: Ja, jetzt stehe ich auf mich selber angewiesen und muß mir selbst helfen. Ich weiß nicht, ob ich nicht damals, als der Herr Präsident Delbrück seine Stellung aufgab, noch weitere Opfer an meiner Ansicht gebracht hätte, um nicht bloß — es wäre unrichtig, wenn ich sagen wollte, mir —, sondern um der Gesamtheit die Mitwirkung meines Kollegen zu erhalten. Ich weiß nicht, inwieweit die stärker und stärker werdende Erkenntnis des Notstandes, in dem wir leben, mich schließlich genötigt hätte, einen Abschnitt zu machen. Ich habe die Hoffnung, angesichts der Notlage, in der sich das Land befindet, mich mit meinem früheren Herrn Kollegen zu verständigen über eine neue Form beiderseitiger Mitwirkung, noch vor einem Jahre nicht aufgegeben. Aber, nachdem er mir seine Mitwirkung versagt hat aus Gründen, über die er ja selbst Richter ist, so bin ich gezwungen, wenn ich nicht überhaupt zurücktreten will, was ich ja mehrmals versucht habe, und was mir aus Gründen, die nicht hierher gehören, nicht gelungen ist — wenn ich nicht zurücktreten will, bin ich durch meine Stellung gezwungen, mir eine Meinung über alles zu bilden, in dem ich früher der Führung des Herrn Abgeordneten Delbrück gefolgt bin.

Daß meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andere ist wie die, der ich bis dahin gefolgt war, ja das schäme ich mich in keiner Weise, zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz geteilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu müssen in allen Dingen, die ich nicht verstehe. Ich bin auch vielleicht nicht mit allen Einrichtungen der Post persönlich einverstanden; nichtsdestoweniger, da ich die Überzeugung habe, daß der Generalpostmeister im großen und ganzen vollständig seiner Sache mächtig ist und sie jedenfalls besser versteht als ich, folge ich seinen Wünschen und Anträgen und würde es ziemlich verwunderlich finden, wenn ich dermaleinst an meiner formalen Verantwortlichkeit dafür angefaßt werden sollte, daß diese oder jene Posteinrichtung nicht nach meiner eigenen Überzeugung sich bewährt hat, und ich sie anders wünschte, als ich damals zugestimmt hätte, daß sie sein sollte.

Sie sehen aus meiner ganzen Darlegung, daß ich weniger das Wort ergreife, um dem Herrn Abgeordneten Richter zu antworten, als um, was mir viel mehr am Herzen liegt, meiner Stellung zu dem Herrn Abgeordneten Delbrück Ausdruck zu geben. Ich weiß ja nicht, wieweit, wenn die Verhandlungen über unsere Tarifreform kommen, unsere Meinungen auseinandergehen; aber sie mögen so weit auseinandergehen sachlich, wie sie wollen, diese Differenzen werden niemals hindern, daß ich mich der großen Aufgaben, an denen wir gemeinsam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterstützung, die dabei Deutschland dem Herrn Abgeordneten Delbrück zu danken hat, jederzeit mit Achtung und Wohlwollen erinnere. Ich habe überhaupt nicht die Neigung, sachliche Meinungsverschiedenheiten auf das persönliche Gebiet zu übertragen, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Delbrück sehr dankbar, wenn er sachliche Meinungsverschiedenheiten ohne jeden Einfluß auf unsere persönlichen Beziehungen läßt, und ich bin auch überzeugt, daß er es tun wird.

Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln; ich bin genötigt gewesen,

den Sachen näherzutreten, über die wir verhandeln, ich habe meine Überzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde danach handeln, auch wenn ich einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte; ich werde dann denselben Weg von neuem versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Richter, was ich sachlich noch bemerken kann, mir vorgehalten hat, es sei mein Ideal gewesen, den Zolltarif auf wenige Finanzzölle zurückzuführen — ja, so ist das ganz richtig, das ist das sogenannte englische System. Ich habe es befürwortet; aber sagen Sie selbst, meine Herren, habe ich darin bei irgend jemand Gegenliebe gefunden, ist mir darin irgend jemand nur einen Finger breit entgegengekommen? Ist nicht der erste Versuch mit dem Tabak . . . (Zuruf: Monopol!) Ja, meine Herren, ich bin heute noch für das Monopol — (Bewegung links. Bravo! rechts) mit dem Tabak, dieses System einzuleiten, ist der nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen, die mir ganz neu war in den Fraktionen, mit denen ich früher in Beziehung gestanden habe? Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wie er mir persönlich gesagt hat, ich berufe mich auf sein Zeugnis, wegen der „Abschlachtung" — war sein Ausdruck —, die hier öffentlich von der Partei der Nationalliberalen und des Fortschritts mit ihm vorgenommen sei. Ich wiederhole, daß die Abgeordneten des Fortschritts an einer anderen Stelle, im Landtag, glaube ich, über die Geschichte dieses Rücktritts sich entweder nicht ganz klar gewesen sind oder nicht das Bedürfnis gehabt haben, daß darüber Klarheit im Publikum herrsche. Ich muß also sagen, daß dieser Versuch von mir ganz ehrlich gemacht worden ist, und daß mein ganzes Bestreben rein auf sachlichem Gebiet eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politischen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirtschaftlichen Gebiete so mit den politischen Gebieten kombiniert. Die Herren, die genauer mit den Fraktionsgeheimnissen vertraut sind, werden es besser wissen; ich kann nur aus der Öffentlichkeit urteilen und da muß ich allerdings sagen, daß die Hetzereien in der Presse ganz außerordentlich viel zu dieser Verstimmung beigetragen haben, und ich zitiere da mit vollem Bewußtsein Zeitungen, die ich seit langen Jahren lese, und die eine so achtbare Stellung haben, daß ich eine objektivere Auffassung von ihnen erwartet hätte, die „Kölnische Zeitung", die „Nationalzeitung". Es vergeht fast kein Tag in der Sozialistenfrage, in der jetzigen Frage, wo ich nicht aus diesen Zeitungen stets von neuem den Eindruck bekomme, daß hinter den Kulissen ein Bedürfnis ist, Feindschaft und Unfrieden zu säen. (Zuruf links.) Darf ich bitten, sich deutlich auszudrücken! Ich bin bereit, dem Herrn, der da spricht, zu antworten, nur anonyme Unterbrechungen machen nachher immer einen eigentümlichen Eindruck im stenographischen Bericht: wenn der Name gleich dahinter folgt, würde das weniger ausmachen. (Bravo!)

Ich muß das sagen und sage es ausdrücklich, weil ich damit den Wunsch verbinde, daß die Herren ihrerseits doch auch einen versöhnlicheren Ton anschlagen möchten und nicht dem Bedürfnis, jeden Tag einen sensationellen Zeitungsartikel zu liefern, den Frieden der Parteien opfern möchten. Für mich ist das so, wenn ich das Bedürfnis zu einer ruhigen Verhandlung habe, so lese ich an dem Tage die von mir gehaltene Nationalzeitung schon lieber nicht. Genützt hat das der Partei nicht, es sind Maßregeln unter Umständen getroffen worden, wo der letzte Tropfen Wasser aus den Leitartikeln dieser Zeitungen das Glas überlaufen machte. Vielleicht überschätzt man ihre Wichtigkeit, man darf aber

glauben, daß die hervorragendsten Leute der bedeutendsten und zahlreichsten Fraktion, die wir haben, ihre Meinung in diesem Blatte ausdrücken. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das nur Bruchteile sind, nur einzelne leidenschaftliche Charaktere sind, die vielleicht mit dem, was sie schreiben, nicht mehr die volle Bedeutung dessen, was die anderen herauslesen, verbinden, so wäre es wünschenswert, daß die Fraktionen im Interesse des allgemeinen Friedens die Fiktion zerstörten, als ob ein Organ dieser Art jeden Tag in der Kriegstrompete, in der Aufregung, in der Verbreitung von düsterer Unruhe und Befürchtung die Meinung einer großen, achtbaren Partei ausdrückt. Ich habe ja in diesen Sachen im Hause und außer dem Hause erleben müssen, daß ein großer Teil der Angriffe, die der Sache gelten sollen, sich gegen meine Person zuspitzen. Es ist nicht mehr, wie vor kurzem noch auf seiten anderer Parteien das Forschen in meinem Privatleben nach irgendeinem Stück schmutziger Wäsche, was man auftreiben könnte und nicht findet, die Neigung, um jeden Preis, weil ich an der Spitze des Landes stehe, mir etwas anhängen zu können, eine Neigung, die sich bis in die richterlichen Kreise verbreitet hat, sondern es ist das Bedürfnis, mich als einen dilettantischen, wie sie sich ausdrücken, genialen — nun, ich verstehe den Ausdruck, auf der Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen genial nennt. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, Sie sehen mich 25 Jahre — und ich erinnere dabei wieder daran, daß ich mit dem Herrn Abgeordneten Delbrück 25 Jahre, ein Vierteljahrhundert lang an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reiches gearbeitet habe —, es war im Jahre 1852 zu Frankfurt, wo wir die ersten gemeinschaftlichen Arbeiten hatten, so daß also eine Verstimmung, wie der Herr Abgeordnete Richter sie andeutete, auf meiner Seite wenigstens nicht denkbar ist — also 25 Jahre und 17 Jahre als Minister sehen Sie mich nun vor der Öffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurteilt worden in Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurteilt werde in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen, meine Pflicht, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. Ich erinnere mich, wie ich nach Frankfurt als Bundestagsgesandter ernannt wurde, kam in den Blättern, die den politischen Freunden des Abgeordneten Richter von damaliger Zeit, vielleicht seinen Vätern und Oheimen angehörten, die Bemerkung über mich: Dieser Mensch würde, wenn man ihm das Kommando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumutete, sagen: Nun, ich habe es noch nicht probiert, ich will es einmal versuchen. Das war die Schilderung, mit der man mich den Frankfurter Kollegen und vor allem den österreichischen in den liberalen Blättern empfahl. Nun, meine Herren, diese chirurgische Operation ist nachher zu Ihrer Zufriedenheit, wie ich glaube, vollzogen worden. Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: Wie kann man „diesem Menschen“ — und nun folgt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich aus der Versehung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade 17 Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Öffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenübergestanden hat — ob die zur Zufriedenheit erfüllt worden ist, ob in dem absprechenden und wegwerfenden Urteile über mich der Abgeordnete Richter recht bekommt vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der Gesamtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirtschaftliche Fragen habe;

darüber erwarte ich getrost das Urteil meiner Mitbürger — ich will von der Nachwelt nicht sprechen, es ist mir zu pathetisch. (Bravo! rechts.)

Abg. Witte findet, daß Bismarck den Beweis schuldig geblieben sei für das verwerfende Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik. Vor allem tadelt er, daß der Kanzler nicht auf die Verurteilung sofort fertige Pläne und Gesetzentwürfe zur Besserung der Übel unterbreite. Auf diese Rede, in welcher Witte zwar die Genialität Bismarcks anerkannte, aber die Sprunghaftigkeit beklagte, entgegnet der Kanzler:

Ich behalte mir vor, dem Herrn Vorredner auf seine Rede etwa im April oder Mai zu antworten, wenn dann zur Verhandlung stehen werden die Tarifvorlagen und die Verhandlungen über Schutzzölle oder Freihandel und nicht mehr der österreichische Vertrag. Für heute fürchte ich, die Diskussion unnötig zu verlängern, wenn ich auf diese ganze, sehr umfassende, aber, wie ich glaube, etwas zu früh gehaltene Rede eingehen wollte. (Heiterkeit.)

Ich erlaube mir nur zwei Bemerkungen zu zwei Stellen. Einmal klagt auch der Herr Vorredner mich wieder der Genialität und der Sprünge an. Ich muß bestreiten, daß ich der bin, der Sprünge macht; ich schlage bloß die Rückkehr in die altgewohnten Wege von 1823 bis 1865 vor. Wir haben uns von denselben entfernt 1865 — auch darauf werden wir später kommen. Ich bin auf dem Wege des reinen Trivialen, der trivialen Fortsetzung des Alten. Die Versuche liegen in der Zeit, die wir bis heut durchgemacht haben; die gewohnte fortschreitende Prosperität lag in der Zeit vorher. Ich will nicht, daß wir ganz zu ihr zurückkommen, ich will nur, daß wir uns annähern. So steht es in der Thronrede. Wenn der Herr Vorredner den weiteren Beweis hierfür von mir heute erwartet hat, dann müßte ich ebensosehr auf Ihre Nachsicht bei der Entfernung von dem Gegenstande der Vorlage rechnen können, wie der Herr Vorredner es konnte. Nur in einem Punkte würde ich wirklich sehr neugierig sein: wenn mich der Herr Vorredner belehren wollte, wie er sich eigentlich eine geheime Gesetzgebung denkt nach unseren Verhältnissen. Daß ich den Weg nicht beschritten hätte, geheime Gesetze fertig zu machen und, wie ein deus ex machina, oder fertig wie die Minerva aus dem Kopfe ihres Vaters hervorzuspringen, und kurz mit Ja oder Nein in vierzehn oder acht Tagen die Entscheidung zu gewinnen und dann den deutschen Handel einer ruhigen Spekulation zu überlassen — glauben Sie, daß die Nation sich so rasch über ein so fertiges Gesetz erklären würde? Im Gegenteil, sie würde gewiß mit viel größerem Staunen eine reine Mache ohne Diskussion, ohne Vorberatung empfangen haben, als die jetzige Art des Prozedierens, und wenn der Herr Vorredner mir nicht sagt, wie geheime Gesetze bei uns zu machen sind, dann möchte ich doch bitten, mich mit einem Rat der Art zu verschonen.

Ich setze voraus, daß über diese Fragen große, tiefgreifende Kämpfe der wirtschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seestädte, wie der Vorredner sie vertritt, um berechtigte Interessen gegenüber der Industrie, vielleicht auch gegenüber der Landwirtschaft, stattfinden werden; das ist ganz unvermeidlich. Ein Kampf kündigt sich im Militär an durch Artillerie. Um jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art, wie ich prozediert habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf! Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen; aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unseres Vaterlandes führen. (Bravo! rechts.)

14. Sitzung des Deutschen Reichstags.

4. März 1879.

Es wird die Beratung eines Regierungsentwurfs betr. die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder fortgesetzt. Der Zweck des Entwurfs war, wie der Kanzler ausführt, die Verbreitung sozialistischer und aufreizender Reden durch den stenographischen Bericht zu verhindern. Daneben sollte das Haus Ungebühr seiner Mitglieder ahnden können durch Verweis, durch Erzwingung des Widerrufs, Ausschließung für bestimmte Zeit. Die Mehrzahl der Redner spricht sich energisch gegen den Entwurf aus, zuletzt der Abg. Lasker, so daß die Ablehnung schon sicher ist, als Fürst Bismarck sich zu folgender Rede erhebt:

Ich habe keinen Anlaß, so tief und eingehend, wie der Herr Vorredner, mich auf die Vorlage selbst einzulassen, da ich es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstags betrachte, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz. Sie sind ja voll berechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann nur dazu sagen: beneficia non obtruduntur. Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen.

Ich muß aber doch dem Herrn Vorredner, ohne tiefer auf die Sache einzugehen, auf einige Sätze erwidern, und namentlich in Bezug auf den letzten Akzent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich, daß durch eine Annahme dieser Vorlage, an die ich ja nicht glaube, ich habe auch kaum gehofft, daß Sie die erste Vorlage, wie sie vom Bundesrat amendiert wurde, in ihrer Totalität annehmen würden; es ist hier auch nur das Bedürfnis der Regierungen, diligentiam zu prästieren und ihre Verantwortlichkeit freizustellen, das übrige ist Ihre Sache — wenn aber der Herr Vorredner damit schloß, durch die Annahme einer ähnlichen Vorlage würde die Gleichheit zwischen den beiden Körperschaften gestört, meine Herren, diese Gleichheit existiert aber gar nicht, wir gehören ja gar nicht zu der privilegierten Klasse, zu den oberen Vierhundert, wir gehören zur misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht (Heiterkeit); jedermann kann gegen uns klagen, wir sind durch kein Privilegium geschützt, und ich wundere mich, daß ein solcher Verfassungskenner, wie der Herr Abgeordnete Lasker, diese Tatsache zu ignorieren scheint. Der Buchdrucker, der Preßagent, der unsere Reden hier abdrucken läßt, ist durch den Art. 22 der Verfassung geschützt, wir nicht; wir sind durch Art. 30 nicht geschützt, Art. 30 bezieht sich ausdrücklich nur auf Reichstagsabgeordnete. Ich habe im Anfang diesem populären Irrtum mich auch wohl früher hingegeben; seit ich aber vor den praktischen Geschäften Muße bekommen habe, den Sachen theoretisch etwas näherzutreten, habe ich gefunden, daß wir vom Bundesrat nicht geschützt sind gegen jede Klage auf Grund des gemeinen Rechts, und seitdem bin ich sehr viel vorsichtiger in meinen Äußerungen geworden. (Große Heiterkeit.)

Wenn also hier verschiedene Beispiele, namentlich auf meine Kosten, angeführt werden, daß ich irrtümlich, in der Meinung, es sei ein Fremder, im englischen Sinne, und nicht ein Abgeordneter, eine Behauptung als eine Lüge qualifiziert hätte und sie sofort zurückgenommen habe, sowie ich merkte, daß es ein Abgeordneter war, habe ich angenommen, daß ein Abgeordneter sich durch ein gewisses Maß von Ehrgefühl gezwungen finden wird, aus Ritterlichkeit diejenige Gegenseitigkeit zu gewähren, die gesetzlich fehlt; da ich ihn nicht

verklagen kann, wird er es vielleicht seinerseits auch nicht angemessen finden, obgleich das sich wohl durchgehends nicht bewähren wird. Wenn die Herren auf diese Blöße in unserem Harnisch erst aufmerksam werden — ich glaube, sie haben es gar nicht gewußt, daß sie gegen uns klagen können, sonst würde es wohl schon geschehen sein. Wir stehen also keineswegs auf dem Fuße der Gleichheit, und diese Vorlage ist gerade in dem Sinne des Herrn Abgeordneten Dr. Lasker bestimmt, die Gleichheit einigermaßen, wenn nicht herzustellen, doch sich ihr anzunähern. Ich habe damals den Vorwurf der Lüge gemeint gegen jemand draußen, außerhalb des Hauses, zu richten, und ihm habe ich ja Rede zu stehen vor dem Richter, wenn er mich verklagt, insofern glaube ich, hat der Herr Abgeordnete Lasker auch nicht recht, sich über den Ausdruck, den mein Herr Kollege gebraucht zu haben scheint, „daß Gesetzvorlagen von oben kämen", zu beschweren. Ich erkenne bescheiden an, sie kommen von unten. (Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Abgeordnete in der Zeit, als ich kam — ich bin durch die Länge der interessanten Rede schließlich nicht in der Möglichkeit gewesen, dem letzten Teil mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen, wie als ich noch frisch hineinkam —, sich hauptsächlich deshalb gegen das Gesetz gewendet, als solle es Schutz gewähren gegen die Wirkung in diesem Hause, und als hegten wir Befürchtungen von Aufforderungen zum Aufruhr, die innerhalb dieser Mauern wirksam sein könnten. Meine Herren, das berührt uns gar nicht, und so ängstlich sind wir noch nie gewesen, daß wir glaubten, die ehrenwerten Herren Abgeordneten würden uns in eine körperliche gefährliche Position bringen (Heiterkeit); das steht auch nicht zu befürchten, sondern der Zweck, den die Vorlage hat, ist ein dreifacher: die Würde des Reichstages, der Schutz gegen Beleidigungen und die Abschneidung von Agitationen, die auf dem Privilegium des Art. 22 der unanfechtbaren Veröffentlichung beruhen.

Was die Würde des Reichstags betrifft, so halten wir uns gar nicht für die Richter darüber, sondern wir haben Ihnen eben zur Auswahl gestellt aus dem Arsenal der Gesetzgebung, was Sie davon haben wollen, um damit die Stellung des Herrn Präsidenten und den Rückhalt, die Reserve, die er an der gesamten Körperschaft des Reichstags hat, zu stärken. Wenn ich an der Vorlage oder in Bezug auf die Vorlage vom ersten Anfang an eine Meinungsverschiedenheit hegte, die ich aber besseren Sachkundigen gegenüber nicht durchzusetzen gesucht habe, so war es die Einsetzung einer Kommission. Mir hätte es besser gefallen, wenn jederzeit das Plenum des Reichstags die erkennende Behörde wäre; indessen dergleichen läßt sich ja, wenn nicht bei dieser Vorlage, die Sie ja wohl ablehnen, aber doch vielleicht später durch Amendements sehr leicht einflechten, wenn Sie selbst sich überzeugt haben werden, daß Sie die Ziele, welche sie erstreben, und über die, wie ich überzeugt bin, die Mehrheit unter Ihnen einig ist, um deswillen nicht werden erreichen können, weil über den Weg, auf dem sie zu erreichen wären, die Mehrheit unter Ihnen sich nicht einigen wird. Sie wird dazu der Hilfe der Gesetzgebung meines Erachtens bedürfen.

Die Würde des Reichstags also, darüber enthalte ich mich jeder Ausführung und berichte nur in Bezug auf die Vorlage, daß ich es lieber gesehen hätte, wenn der gesamte Reichstag und nicht eine gewissermaßen bevormundende Kommission spräche.

Das zweite aber ist doch schon etwas, worüber die Regierungen auch eine Ansicht haben mögen, nämlich der Schutz der Mitbürger gegen einen Mißbrauch des Privilegiums. Der Ordnungsruf des Präsidenten ist ja eine sehr erfreuliche Genugtuung für denjenigen,

zu dessen Gunsten er eingelegt wird, und jedenfalls erfreulicher, als ein Erkenntnis eines Gerichtshofes auf fünfzehn Mark Strafe für schwere öffentliche Beleidigung eines Ministers. Aber ist der Herr Präsident in der Lage, sich so in die Seele jedes Gekränkten hineinzuversetzen, daß er bei der schweren Aufgabe, die ihm obliegt, mit gespannter Aufmerksamkeit die Sitzung zu begleiten, nun auch das genaue richterliche Gefühl und die Vorkenntnis, die Information über den Fall haben kann, der gerade die Beleidigung konstituiert? Ich glaube, daß das von dem Präsidenten gar nicht zu erwarten und zu verlangen ist. Die Beantragung des Beleidigten, einen Ordnungsruf zu erteilen, ist aber nicht üblich, und ich weiß nicht, ob die Geschäftsordnung es für zulässig hält; keinesfalls für eine gekränkte Person außerhalb dieser Versammlung. Die Regierungen sind also der Meinung, daß sie gegen solche Exzesse, die durch Mißbrauch des Privilegiums auf Kosten einzelner Privatleute vorkommen, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Majestätsbeleidigung, daß sie da dem Beleidigten Schutz schuldig sind, einen Schutz, den sie aber nicht gewähren können ohne Zustimmung des Reichstags. Der gute Wille im Reichstag, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, ist vielleicht bei der Mehrheit vorhanden; aber durch die Rede des Herrn Abgeordneten Lasker bin ich auch daran zweifelhaft geworden. Es müßte eine Mehrheit sein, zu der der Herr Abgeordnete nicht gehört, da er die jetzige Geschäftsordnung für genügend hält und kein Bedürfnis einer Verschärfung hat. Es ist mir das auch sehr erklärlich, da ich kaum glaube, daß er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens einen Augenblick gehabt hat, wo er nicht auf Seite der Besserberechtigten gestanden hätte, d. h. Mitglied einer parlamentarischen Versammlung gewesen wäre. Dabei verliert er, glaube ich, etwas das ihm bei einer sonstigen wohlwollenden Gesinnung eigentümliche Mitgefühl mit dem, der nicht zu der privilegierten Klasse gehört. (Heiterkeit.)

Ein weiterer Grund, der uns zur Vorlage bestimmt hat, ist die Verhinderung derjenigen Agitationen, die durch den straffreien Abdruck von Reden, welche ausdrücklich zu diesem Behuf, um straffrei gedruckt und verbreitet zu werden, gehalten sind, im Lande hervorgerufen werden können. In dieser Beziehung glaube ich nicht, daß der gegenwärtige Zustand ausreicht. Der Herr Abgeordnete sprach, bald nachdem ich hereinkam, von einem Fall, wo der Herr Abgeordnete Hasselmann durch einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten ganz genügend zur Befriedigung des Hauses zur Ruhe gebracht worden sei. Ich will die Rede des Herrn Abgeordneten Hasselmann nicht wiederholen, welche der Herr Präsident mit dem milden Ausdruck charakterisierte, daß sie grenzte „an direkte Provokation zum Aufruhr". Ich glaube, sie war es schon vollständig (Zwischenruf: Nein!), und es ist richtig, daß der Herr Abgeordnete Hasselmann darüber zur Ordnung gerufen wurde. Welches war nun der Eindruck, den das auf den Herrn Abgeordneten Hasselmann machte? Er nahm noch einmal das Wort:

> „Nicht ich bin es, der provoziert; ich habe zur Genüge erklärt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe. Ja, ich ziehe ihn vor, ich bin aber auch bereit, mein Leben zu lassen; nochmals sage ich das! Und Fürst Bismarck möge auch einmal an den 18. März 1848 denken!"

Ist das nicht eine Fortsetzung derselben Tendenz, die der Herr Präsident milde als eine an den Aufruf zum Aufruhr streifende bezeichnete? Nun, hier in diesen Mauern wird zwar kein Aufruhr entstehen, aber die Sozialdemokratie ist geschickt genug, um das Maß

dazu zu finden, in welchem der Bericht als „vollständig“ gilt, sie scheut auch die Kosten nicht, um ihn in dieser Vollständigkeit mit starkem und fettem Drucke der Teile, die den Aufruf zum Aufruhr enthalten, in weiteren Kreisen zu verbreiten. Meine Herren, gegen diese Gefahr, gegen die Straflosigkeit der Verbreitung von Reden, die ausdrücklich zu Agitationen hier gehalten werden, hatten wir von diesem oder einem ähnlichen von Ihnen zu amendierenden Gesetze einige Abhilfe gehofft. Irgend etwas davon mag immer hier öffentlich gehört und mündlich weitergetragen werden — es ist doch immer noch etwas ganz anderes, als wenn es in 100 000 Exemplaren in die Analphabetenkreise getragen wird, das, was hier von privilegierter Stelle aus gesprochen wird. Das ist die Gefahr, die ich fürchte und der gegenüber ich Abhilfe gehofft habe. Freilich die Temperatur, die ich hier für die sozialdemokratische Frage jetzt vorgefunden habe, ist, wenn wir zurückdenken an die Zeit der schweren Attentate, immerhin eine wesentlich abgekühlte; gewiß nur äußerlich. Das Maß von Entschiedenheit des Beistandes des Parlaments, auf welches wir von seiten der Regierung im Herbste glaubten rechnen zu können in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der ja mit dem Gesetze von zwei Jahren Geltung nicht abgetan ist, liegt nicht vor, ich gestehe und habe das aus den jüngsten Abstimmungen schon ersehen: darin hat eine Täuschung bei den verbündeten Regierungen stattgefunden. Wir hatten auf energischeren und entschiedeneren Beistand gerechnet. Wir sind nicht der Meinung, daß dieser Kampf erledigt sei; ich brauche bloß auf die Wahl in Breslau hinzublicken und auf andere Wahlen. Die Organisation ist dieselbe geblieben. Bei der äußerst milden Ausführung des § 28 des Sozialistengesetzes von seiten der Regierungen sind die Verbindungen der Führer mit den Massen nirgends durchschnitten, außer versuchsweise in Berlin. Daß die üblichen Führer der lokalen Agitation außer Verbindung mit den von ihnen geleiteten Massen gesetzt werden könnten, war einer der Zwecke des Gesetzes. Es war das erreicht in Bezug auf Berlin. Wir konnten es ja ohne die Zustimmung des Reichstags nicht aufrecht erhalten; nach dem Votum des Reichstags aber ist die Wiederherstellung dieser Verbindungen eine Notwendigkeit geworden. Nach der milden Praxis, die das Gesetz bei den Regierungen gefunden hat, hat sich die Einführung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes auf Berlin beschränkt. Ich war gar nicht in Zweifel gewesen, daß, sobald das Gesetz publiziert würde, auch überall da, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit bilden und wo also deshalb, wenn wir überhaupt das Gesetz nicht ganz unnötig gemacht haben — das ist ja eine andere Frage — und wenn das Gesetz nicht überhaupt eine voreilige und übertriebene Ängstlichkeit von uns war, eine Gefahr vorhanden war, . . . da wäre meines Erachtens die Berechtigung der Regierungen vorhanden gewesen, unter möglichster Schonung der persönlichen Verhältnisse die Fäden, welche die Leiter der Bewegung mit den geleiteten Massen verbinden, zu durchschneiden. Der erste Anfang, der in dieser Beziehung, schüchtern, muß ich sagen, gemacht ist, ist von Ihnen mißbilligt worden, und meine Hoffnungen, die ich an die weitere Durchführung des Sozialistengesetzes geknüpft habe, haben dadurch allerdings einen schweren Stoß erlitten; ich bin ziemlich entmutigt, eine Sache fortzuführen, die ich ohne Beistand der parlamentarischen Majorität ja nicht durchsetzen kann. Wie weit Sie die Vorlage ablehnen wollen, ist ja ganz Ihre Sache; ich kann aber keinen wirksamen Erfolg des Gesetzes voraussehen, wenn die Mehrheit des Reichstags nicht die Hand dazu bietet, auch in unseren übrigen Institutionen die Konsequenzen des Sozialistengesetzes zu ziehen.

Zu den Konsequenzen dieses Gesetzes rechne ich die Vorlage, die uns heute beschäftigt, insoweit als sie die Möglichkeit geben soll, der richterlich unantastbaren Agitation durch ad hoc gehaltene Parlamentsreden, welche in einer Unzahl von Exemplaren im Druck verbreitet werden, ein Ziel zu setzen. Das, meine Herren, können Sie gesetzlich nicht herstellen ohne Mitwirkung der verbündeten Regierungen und des Bundesrats. Wir haben Ihnen die Hand dazu geboten, und, wenn Sie diese Vorlage gänzlich von der Hand weisen, so muß ich konstatieren, daß die von den Regierungen gebotene Hand nicht angenommen worden ist. Können Sie aus eigener Machtvollkommenheit etwas schaffen, was besser ist wie die Gegenwart, was den Wünschen entspricht, die, wie ich glaube, in der Bevölkerung vorherrschen, das ist, Ruhe vor sozialistischen Agitationen und Schutz gegen Mißbrauch des Privilegs zu Kränkung einzelner, können Sie dem in befriedigender Weise entgegenkommen, so werde ich mit dankbarem Beifall Ihren Bemühungen zuschauen, Ihnen behilflich sein, wo ich behilflich sein kann. Aber ich habe wesentliche Zweifel an dem Erfolge, auch dann, wenn die Herren in voller Majorität auch über die Wege einig wären, die zu betreten sind; ich glaube, daß Sie auch dann immer gegenüber den vielen Schranken, die in der Verfassung aufgebaut sind, hier und da auf ein Bedürfnis stoßen werden, daß die Gesetzgebung Ihnen helfen soll, und dann können Sie darauf rechnen, daß der Korb, den wir heut von Ihnen bekommen werden, uns in keiner Weise hindern soll, Ihnen bereitwillig Beistand zu leisten und die Hand zu bieten; nur möchte ich einmal den ersten Anfang eines Antrages in der Richtung erleben. Wir hätten gedacht, wir könnten uns die Initiative unsererseits ersparen, wenn beispielsweise nach den für den Herrn Präsidenten, ich glaube für die große Majorität höchst peinlichen Erscheinungen, die im Herbste v. J. und vorher vorgekommen sind, aus der Mitte des Hauses von irgendeiner Seite ein Versuch zur Abhilfe gekommen wäre. Es ist ja eine unpopuläre Aufgabe, und deshalb, meine ich, liegt es der Regierung ob, sie zu erfüllen; denn die Regierung ist dazu da, um unpopuläre Beurteilungen unter Umständen zu ertragen, während es für die Abgeordneten nicht immer annehmbar ist. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Lasker hat noch einiges in Bezug auf mich gesagt, was ich hier gleich absolviere, weil ich nachher zu einer persönlichen Bemerkung doch nicht zum Wort kommen würde, auch dann, wenn ich noch hier wäre; nämlich ich hätte 1870 diesem Gesetze zugestimmt. Ja, meine Herren, damals habe ich in dem Bedürfnis, die junge und zarte Pflanze der deutschen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, manchem zugestimmt, was weit entfernt von meiner politischen Überzeugung lag. Meine Aufgabe war es damals, ebensowenig wie über wirtschaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Vergleich zur Konsolidierung des Deutschen Reiches kleinliche Fragen ängstlich zu sein. Jetzt können wir in Ruhe darüber diskutieren; hätten wir damals das Deutsche Reich nicht befestigt, da hülfe jetzt kein Diskutieren. Ich habe diese Fragen im Verhältnis zu der größeren Aufgabe, die mir oblag, als Kleinigkeiten behandelt und noch andere Konzessionen gemacht im Strafrecht und in anderen Dingen, die mir, wie Sie mir wohl glauben können, nach meiner ganzen sonstigen Überzeugung sehr gegen den Strich gingen, aber in meiner Lage ist Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen — in einer Lage, wo keine Verantwortlichkeit ist, kann man sich den Luxus erlauben.

Der Herr Vorredner hat dann gesagt, gerade in England gebe es kein Mittel, die Öffentlichkeit und die Veröffentlichung auszuschließen. Nun, gerade in dem Fall, den er

angeführt hat, ist die Öffentlichkeit vollständig ausgeschlossen worden durch die einfache Bemerkung des Mr. King-Harman: „Herr Sprecher, ich möchte bemerken, daß ich Fremde erblicke.“ Ich sehe hier auch sehr viele Fremde, es würde mir aber nichts helfen, wenn ich darauf aufmerksam machte; in England hat es aber den Effekt gehabt, daß alle Zuhörer sich entfernt haben, und die Verschwiegenheit der englischen Abgeordneten gegenüber der Presse ist so groß, daß wir über die drei Stunden, welche hernach ohne Zuhörer debattiert wurde, nichts erfahren haben und trotz amtlicher Rücksprache auch nichts Zuverlässiges wenigstens erfahren konnten. (Hört! hört!) In England scheint eben die Verbindung zwischen einzelnen Abgeordneten und der Presse minder lebhaft zu sein wie auf dem Kontinent — ich will von dem hier gegenwärtigen Parlament gar nicht sprechen, aber in Frankreich würde vielleicht eine solche Ausschließung bloß der Zuhörer auf den Tribünen und reines Vertrauen auf die Verschwiegenheit der Mitglieder des Parlaments schon nicht zum Ziele führen; in Bezug auf unsere Verhältnisse in der Beziehung enthalte ich mich jeder Äußerung. — Also dieses Ausschließen der Fremden ist in England zugleich ein wirksames Mittel zur Verhinderung der Veröffentlichung solcher Reden, denen man, ich will nicht sagen, einen brandstiftenden, aber einen zündenden Charakter außerhalb des Parlaments, eine Schädigung der vaterländischen Institutionen und ihrer Solidität etwa zuschreibt. Dieses einfache Mittel ist wirksam bei der Zuverlässigkeit, mit welcher die englischen Abgeordneten im Interesse des Staats und des Vaterlandes über das schweigen, was ohne Zeugen vorgekommen ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir gegenüber die Autonomie des Reichstags vertreten, und darüber habe ich schon am Anfange gesagt: Ich glaube, sie wird erweitert und nicht verdrängt durch diese unsere Vorlage. Er hat den Fall des Abgeordneten Plimsoll angeführt, um nachzuweisen, daß in der Vorlage die englischen Zustände zu Unrecht zitiert worden seien. Auch da kann ich ihm nicht ganz recht geben. Herr Plimsoll ist von dem Sprecher angewiesen worden, „öffentlich Abbitte zu leisten“, und zwar eine Abbitte, die in ihrer Form unseren Sitten und Gewohnheiten ziemlich widersprechen würde; und wenn er diese Abbitte nicht geleistet hätte, so wäre es eben bei seiner Ausweisung geblieben. Der englische Sprecher sagte ihm: „Wie das die Praxis des Hauses ist, wird das ehrenwerte Mitglied von seinem Platze gehört werden und wird sich dann entfernen.“ Darauf hat Plimsoll, der erregt gewesen ist, sich beruhigt, und acht Tage nachher ist er gekommen und hat erklärt:

> „er nehme die von ihm gebrauchten unparlamentarischen Ausdrücke zurück und bitte frei und offen den Sprecher und das Haus um Vergebung“;

— so ist es Ihnen hier in der Vorlage noch gar nicht geboten worden —

> „übrigens halte er es durchaus vereinbar mit der Achtung, welche er vor dem Hause habe, wenn er hinzufüge, daß er bezüglich der von ihm angeführten Tatsachen nichts zurückzunehmen habe.“

Die Tatsachen waren auch gewiß ganz richtig. Es war nur die aufregende und verletzende Form, in der er sie vorbrachte, wofür er Verzeihung erbat.

In Bezug auf Frankreich und Amerika, wo die Sachen viel klarer liegen, wie in Bezug auf das englische Recht, welches aus einem Wust widersprechender Kompendien herauszuziehen ist, da hat der Herr Abgeordnete Lasker sich hinter seine angebliche Unwissenheit

zurückgezogen. Ich muß gestehen, ich halte ihn für viel unterrichteter, als er hier erscheinen will; ich glaube, er weiß das ganz genau, hat es aber für seine Argumentation hier nicht passend gefunden — und er ist ja nicht verpflichtet, alles einzugestehen, was er weiß. (Heiterkeit.) Er sagt uns ja schon so dankenswert vieles von dem, was er weiß. — Aber da ist in Amerika die Sache mit einer sehr kurzen Verfassungsbestimmung abgemacht:

> „Each house may determine the rules of its proceedings, punish its members for disorderly behaviour, and, with the concurrence of two thirds, expel a member."

Also zwei Drittel können jedes Mitglied ausschließen, und das Haus ohne Zweidrittelmehrheit kann strafen nach seinem Ermessen. Zu diesen Strafen gehört, wie die amerikanischen Rechtslehrer weiter ausführen, auch namentlich das Inhaftnehmen, was ja auch in England zulässig ist.

Die Bestimmungen in Frankreich sind nicht so weitgehend, aber sehr scharf einschneidend und gehen auch bis zur Exklusion; schon derjenige, der sich in einer Sitzung zwei Ordnungsrufe zuzieht, der sich in 30 Tagen drei Ordnungsrufe zuzieht, ist gewissermaßen ein verlorener Mann in seiner parlamentarischen Stellung — es kommen über ihn Übel, denen er sich nicht leicht aussetzt, wenn er überhaupt sonst eine soziale Stellung hat.

Ich möchte Sie nur bitten, meine Herren, daß Sie diese unsere Vorlage nicht als eine ausschließlich parlamentarische ansehen, gegen Unordnungen gerichtet, die im allgemeinen in unserem und in jedem Parlament vorkommen oder bei uns allgemein eingerissen wären — da bin ich mit dem Herrn Vorredner einverstanden: das, was im großen und ganzen geschieht, können wir aushalten — wenn auch einige Redner anderer Parteien mitunter sehr unangenehme Worte sagen, so halte ich diese doch in keiner Weise in ihrer Wiedergabe für gemeingefährlich. Aber die sozialistische Agitation ist ganz etwas anderes, eine Agitation, die sich an die urteilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Notstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das Mittel, das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuschneiden, war Hauptzweck dieses Gesetzes, und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben — als eine Notwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, ist uns der Gedanke der Vorlage gekommen, und unsere Frage an Sie ist: Wollen Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beschränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen, nicht gegen die ungefährlichen, sondern gegen die gefährlichen Tendenzen des Sozialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche, wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stiche lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welchen sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstags nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem Wege weiter zu kommen suchen. Wir sind berechtigt, als Mitglieder

der Regierung, darüber unsere eigene Überzeugung zu haben, so gut wie irgendein Abgeordneter, und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Überzeugung handeln wollten. (Bravo! rechts. Zischen links und im Zentrum.)

Die Vorlage wird am 7. März vom Hause abgelehnt.

17. Sitzung des Reichstags.

8. März 1879.

Zu der Etatposition von 50 000 M. zur Bekämpfung der Rinderpest äußert Abg. v. Bethmann Hollweg Wünsche zum Viehseuchengesetz. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich bin dem Herrn Vorredner für seine sachliche Kritik der Gesetzgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir soeben gehört haben, bei der Neubearbeitung des Seuchengesetzes und bei der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrat und im Reichstag gelangen wird, daß sachkundige Vertreter der Landwirtschaft, namentlich aus solchen Bezirken, in welchen Seuchenfälle vorgekommen sind, und die daher aus eigener Erfahrung beurteilen können, wo dieser noch wenig probierte Schuh drückt oder nicht, daß die hinzugezogen werden mit ihrem gutachtlichen Urteil.

Ich glaube, daß aus der Darlegung des Herrn Vorredners aber doch hervorgeht, daß es für die Behandlung der Seuchen, wenn sie einmal unsere Grenzen überschritten haben, an Sorgfalt nicht fehlt, im Gegenteil die Sorgfalt vielleicht eine zu weit getriebene ist, und daher eine Minderung stattzufinden hat. Auf der anderen Seite kann ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind; ich möchte aber bitten, dafür das Reich nicht als verantwortlich anzusehen und die Mängel, die dabei hervortreten, nicht einem Mangel an Sorgfalt von seiten des Reiches zur Last zu legen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu üben und zu fördern. Ja, selbst die Zollbeamten, die bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus anderen Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehes auf den verbotenen Strecken dieselbe Sorgfalt widmen, die sie sonst dem Schmuggel angedeihen lassen, selbst die Zollbeamten unterliegen in dieser Beziehung nicht der Instruktion des Reiches, sondern der einzelnen Staaten. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der mir manchen Zweifel angeregt hat, wenn ich gesehen habe und aus den Untersuchungen über die einzelnen Einschleppungsfälle entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehrere Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldpfaden und Furten die verbotene Einfuhr des Viehes stattgefunden hat, und es scheint mir doch fast unmöglich, daß die patrouillierenden Gendarmen, die patrouillierenden Grenzbeamten und der in seinem Kreise umherfahrende Landrat gar nicht auf den Verdacht kommen sollten, daß dort eine Umgehung der Verbotsgesetze, eine Übertretung der Strafgesetze stattfinden sollte. Ist nun vielleicht die Abneigung gegen irgendeine Art von Denunziation größer als die Furcht vor der Gefahr der Verseuchung des eigenen Landes, ich weiß nicht, woran es liegt, es scheint mir aber absolut unmöglich, daß unser Verkehr, wie

ich dies angedeutet habe, sich so lange Zeit, wie es der Fall gewesen zu sein scheint, der Kenntnis der zur Beobachtung der Gesetzesüberschreitung angestellten Beamten habe entziehen können. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben ja zur Genüge dargetan, daß Beamte, auch selbst von nicht ganz niedrigster Stellung, mit falschen Attesten bei diesen Einschleppungen, die uns so gefährlich gewesen sind, die unseren ganzen Viehhandel nach England zerstört haben — vorderhand — daß sie dabei mit Ausstellung von falschen Attesten tätig gewesen sind. Welches wird nun die Bestrafung sein dieser Übertretungen, man kann wohl sagen, angesichts der Kalamität, die dadurch über unser Land herbeigezogen ist, dieser Verbrechen, daß jemand leichtsinnig, um einen Gewinn zu suchen, das ganze Land der Gefahr der Seuche aussetzt? Nun, meine Herren, ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie das Gesetz wegen Bestrafung fahrlässiger oder verbrecherischer Einschleppung von Seuchen vorgebracht wurde, wie außerordentlich von der Seite, die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher wie für den ehrlichen Mann (Abg. Lasker bittet ums Wort) bei Stellung der Strafsätze sich zu interessieren, — Partei nehmen, will ich nicht sagen (Zuruf links), aber die mehr Angst haben, daß dem Verbrecher zu viel geschehe, als davor, daß die Gesellschaft unzulänglich beschützt sei . . . Es sind die Strafsätze ganz außerordentlich gemildert worden, so daß sie in ihren Konsequenzen kaum noch den nötigen abschreckenden Charakter haben, und ich glaube, wir werden durch die Erfahrung dazu gezwungen — ich tue es ja sehr ungern, einen gefaßten Beschluß des Reichstages nochmals vorzubringen —, ihn zu ändern, und ich weiß, einen wie schwierigen Stand ich damit haben würde. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Strafgesetzgebung gegen das verbrecherische Einschleppen verdächtigen Viehs eine zu milde ist, und daß wir da späterhin — ich will nicht wünschen, daß wir sehr schwere Erfahrungen machen; aber wenn sich dies häufiger wiederholt, so glaube ich, wird die Mehrheit unter Ihnen sich doch der Pflicht, den Geschädigten zu helfen, nicht entziehen können, und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden.

Einstweilen aber möchte ich nur bitten, das Reich nicht als verantwortlich anzusehen für diese Einschleppungen, für die Mißbräuche, die an der Grenze jedenfalls stattfinden müssen, um dergleichen zu ermöglichen, sondern lieber in den einzelnen Staaten durch die Landtage der Grenzstaaten und ihr verantwortliche Verwaltung darüber zu interpellieren, wie dergleichen möglich ist. Wir im Reiche haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben.

Abg. Lasker, der sich offenbar getroffen fühlt, spricht gereizt gegen die Art des Kanzlers, durch Bemerkungen die Debatte aufzuregen. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abg. Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, ich habe auch niemand persönlich genannt, ich habe namentlich den Abg. Lasker nicht genannt — ich glaube nicht, daß ich einen Namen genannt habe. Wenn der Herr Abg. Lasker sich zu der Bezeichnung derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer akzentuieren als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür.

Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis gibt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist

von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe an der Hand unserer Gesetzgebung und im Interesse der Sicherheit unserer Viehzüchter, und ich möchte den Vorwurf dem Herrn Abg. Lasker geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer Tat ertappe, wie er eine ganz allgemein sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben getan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber benutzt, um mir zu beweisen, daß ich irgend jemand allgemein oder besonders verdächtigt hätte. Ich habe an den Abg. Lasker in dem Augenblick, wo ich sprach, gar nicht gedacht, und es wird mir jetzt erst vollständig gegenwärtig, daß er einer der Redner war, der, wenn ich nicht irre, den Begriff hineinbrachte: es solle demjenigen, der Vieh schmuggelt, die gewinnsüchtige Absicht erst nachgewiesen werden. (Widerspruch des Abg. Dr. Lasker.) Ich glaube, es steht drin, ich will es nicht fest behaupten, aber es schwebt mir so vor. Ich bin auf diese Spezialien gar nicht vorbereitet, da ich an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abg. Lasker heute nicht im entferntesten gedacht hatte. Er hat gesagt, er habe nur das Minimum heruntergesetzt. Das ist aber für unsere Richter überhaupt ein regelmäßiges Herunterſetzen des Durchschnitts der Strafe. Wann wird ein Richter je zum Maximum greifen, ehe die Spannung nicht so hoch getrieben ist in dem öffentlichen Gefühl, wie vielleicht durch die schweren Verbrechen des vorigen Jahres sie getrieben worden war! Aber in den gewöhnlichen Eigentums- und eigennützigen Verbrechen ist es mir noch nie vorgekommen, daß der Richter sofort zum Maximum greift. Das Minimum herunterſetzen, heißt also die Strafe herunterſetzen.

Ich glaube auch nicht, daß in einer solchen Gesetzgebung, die recht sehr praktischer Natur ist zum Schutz unserer materiellen Interessen, die Herren Juristen das Hauptwort mitreden sollten, sondern die Interessenten. (Beifall rechts.)

Auf eine nochmalige erregte Ausführung des Abg. Lasker entgegnet Fürst Bismarck:

Ich glaube, die Diskussion wird überall den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete fixierte, nicht verlassen worden wäre, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergriffen hätte; erst von dem Augenblicke hat sie meines Erachtens die Grenze, die der Herr Abgeordnete selbst bezeichnete, verlassen. Ich habe mich vollständig in sachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich diejenigen bezeichnet habe, die stets für die mildesten Strafbestimmungen, für die Herabsetzung der Strafbestimmungen sind; daran hängt er sich, um mich zu kennzeichnen wie jemand, der ganzen Kategorien unüberlegte Vorwürfe macht. Ich halte das nicht für unüberlegt, sondern halte es für notwendig, die Ausdrücke so scharf und prägnant zu gebrauchen, daß sie auch im Publikum einen Eindruck machen, um klarzustellen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen Leute Anspruch machen, bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung uns nicht überall gewährt wird, daß unsere Gesetzgebung in ihren Strafbestimmungen zum großen Teil zu milde ist.

Ich bin außerdem vollständig berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgendeines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen, was sie getan haben durch

diese Abminderung, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande und wenn ich in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche.

Ich habe niemand persönlich genannt, niemand persönlich gekränkt; der Herr Abgeordnete hat sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich selbst urteilen. Ich weiß sehr gut, wohin ich strebe, und was ich mit diesem Angriff gegen die zu milden Strafbestimmungen bezwecke, ist mir vollständig klar und wird auch seine Wirkung tun.

Abg. Zinn bittet den Reichskanzler, den preußischen Ministerpräsidenten auf die Übelstände bei der Ausführung des Seuchengesetzes aufmerksam zu machen. Fürst Bismarck erwidert:

Im Namen des preußischen Ministerpräsidenten kann ich dem Herrn Vorredner sagen, daß diese Versuche bereits von mir gemacht worden sind, ich hoffe, mit Erfolg. Ich bitte ihn aber, zu erwägen, daß Preußen von verschiedenen Ministerien regiert wird, von denen jedes für sein Ressort verantwortlich ist, und daß der Ministerpräsident von Preußen keine verfügende Zuständigkeit gegen irgendeines dieser Ressorts hat. Aber dasjenige, was von seiten des Ministerpräsidenten in Preußen geschehen kann, ist geschehen, und ich hoffe auch, daß es zum Erfolg führen wird.

Ich habe nur die Verantwortlichkeit des Reiches für das, was bisher geschehen ist, salvieren wollen; die Verantwortlichkeit des preußischen Ministerpräsidenten bitte ich dafür doch nicht unmittelbar in Anspruch zu nehmen, namentlich da ich jetzt mit vollem Recht seit Jahren dort stellvertreten bin und die Identität in dem Grade, wie der Herr Abgeordnete das mit einer ironischen Wendung vorauszusetzen scheint, nicht mehr zwischen dem Kanzler und dem Ministerpräsidenten von Preußen stattfindet.

Abg. Lingens wünscht bei der Etatposition „Besoldung des Reichskommissars zur Überwachung des Auswanderungswesens“ genaue Angaben über die Art der Auswanderung. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete hat den Wunsch ausgesprochen, über das Herkommen der Auswanderung je nach den Provinzen, aus denen sie hervorgehe, nähere statistische Auskunft zu erhalten. Ich halte diesen Wunsch für einen vollkommen berechtigten und werde für seine Erfüllung meinerseits veranlassen, was notwendig ist. Ich lege um so mehr Wert darauf, als sich aus dieser Statistik zugleich die Frage des Herrn Abgeordneten nach den Gründen, die einen Deutschen veranlassen könnten, sein Vaterland zu verlassen, bis zu einem gewissen Grade beantworten würde. Es wird nämlich aus der Statistik, soweit sie mir bekannt ist, und zwar auch wenn man Jahre in derselben zurückgreift, der merkwürdige Umstand sich ergeben, daß die meisten Auswanderer aus den am wenigsten bevölkerten Gegenden kommen, und daß diejenigen fast übervölkerten Länder, die vermöge der Entwicklung ihrer Industrie 10 000 und mehr Menschen auf der Quadratmeile nähren, ein sehr dürftiges Kontingent bilden.

Ich glaube, der Herr Vorredner wird aus seiner fabrik- und industriereichen Heimat[1] nicht den Eindruck mitbringen, daß dort sehr viele Anwesen von Auswanderern zum Ver-

[1] Aachen.

kauf kommen, und die Auswanderer sehr zahlreich waren. Wenn er hingegen in den hauptsächlich auf den Betrieb der Landwirtschaft angewiesenen Provinzen wohnte, so würde diese Wahrnehmung häufiger vorkommen. Bei weitem die meisten der Auswanderer in den letzten Jahren sind aus Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, kurz und gut aus Gegenden, die in vielen Fällen die Zahl von 2000 Menschen auf die Quadratmeile nicht erheblich übersteigen, ja in den mir bekannten Landstrichen meiner Barziner Heimat kaum 1200 übersteigen, und da gerade war die Auswanderung außerordentlich zahlreich.

Was ist nun die Ursache davon? Die Ursachen werden uns vielleicht eingehender beschäftigen in einigen Monaten, wenn wir die Tariffragen prüfen, wenn wir die Verteilung der Lasten prüfen zwischen der Landwirtschaft und zwischen den übrigen Teilen der Bevölkerung, zwischen der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, und zwischen der, die nicht davon lebt. Ich will auf die Details jetzt nicht näher eingehen, ich will den Herren und auch dem Herrn Vorredner in Bezug auf seine Anfragen Rendezvous geben bei den Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen, da werde ich ihm angeben, warum die Bevölkerung der rein landwirtschaftlichen Provinzen bei uns in höherem Maße auswandert als die der übervölkerten Fabrikgegenden. Ich werde daraus zu dem Schluß kommen, daß einerseits das landwirtschaftliche Gewerbe bei uns durch unser Abgaben- und Steuerwesen und verschiedene andere Einrichtungen ungleich beschwert ist. Ich werde ferner zu dem Schluß kommen, daß es für die rein landwirtschaftlichen Gegenden ein Segen sein würde, wenn sie in ihrem Umfange eine entwickeltere Industrie fänden, welche sich weiter bilden könnte, so daß beide sich gegenseitig unterstützen. In den vorwiegend industriellen Gegenden ist dem Arbeiter die Karriere nicht verschlossen, die Karriere zu den höchsten Vorbildern, die seine Phantasie ihm stellen kann. Der Marschallstab, den angeblich der französische Soldat in seinem Tornister trägt, befindet sich dort in der Tat in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp, wie Diergardt, wie Borsig, ich könnte viele andere nennen, Marschälle der Industrie nennen darf. Die Karriere ist dort nicht verschlossen, der Arbeiter in der Industrie hat die Möglichkeit, aufzusteigen, er steigt zuerst auf zu dem höheren Tagelohn als besserer Arbeiter, zu dem höheren Wochenlohn, er bekommt eine bessere Anstellung als Contremaitre, als Werkführer, und die Beispiele sind nicht so sehr selten, daß sie nicht der Hoffnung eines jeden schmeicheln sollten, daß einer unter ihnen sich zum leitenden Beamten, zum Associé, ja zum Herrn einer großen Industrie, eines großen Vermögens aufgeschwungen hat. Die Hoffnung, deren der Mensch bedarf, daß in dem gewöhnlichen Einerlei des Arbeiterlebens, wenn nicht für ihn, doch für seine Kinder etwas besser werden könnte, die verläßt den industriellen Arbeiter nicht.

Anders ist es in der Landwirtschaft. Der ländliche Arbeiter, wenn er in dem Alter ist, daß er heiratet und nachdenkt über seine Zukunft, so findet er in rein landwirtschaftlichen Gegenden, daß die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation eine unübersteigliche ist, daß es einem arbeitsamen Glücklichen, insofern als er durch Krankheiten nicht zurückgebracht und gestört wird, eine in ihrem Erwerb glückliche Generation erfordert, um den Arbeiter eine Stufe vorwärts zu bringen und ihn zu einem kleinen Eigentümer eines Anwesens mit einer Dachtraufe, aber was ihm selbst gehört, zu machen, ihm zu einem kleinen Stück eigenen Landes zu verhelfen. Er sieht vor sich, daß sein Nachbar, der 60 Jahre lang das Gewerbe eines ländlichen Arbeiters

getrieben hat, eben in diesem Verhältnis geblieben ist. Eine große Schädigung in der Entwickelung der ländlichen Verhältnisse hat in dieser Hinsicht die gesetzliche Aufhebung der Erbpacht gebracht, die ein Mittel war, jemand leicht zu Land zu verhelfen und zu einem unantastbaren Grundbesitz, und ein viel leichteres Mittel als die Teilung von Domänen, die man vorgenommen hat, und wo man die Teilstelle viel zu hoch gegriffen hat nach dem Urteil eines jeden, der die ländlichen Verhältnisse kennt. Wenn man in unseren ausschließlich landwirtschaftlichen Provinzen den Erwerb von Grundeigentum durch das System der Erbpacht, das keine Kapitalanlage erforderte, erleichterte, wenn es unserer Gesetzgebung später gelingt, Industrie, die nicht eine Konkurrentin der Landwirtschaft ist, in jenen Gegenden zu fördern, so daß Produzenten und Abnehmer für verschiedene Artikel dicht nebeneinander wohnen, dann glaube ich, wird der Herr Vorredner nicht mehr über die hohen Ziffern der Auswanderung klagen. Sie sind ja in den letzten Jahren sehr viel vermindert; das hat aber meines Erachtens keine dauernden Gründe, sie würden unter gewissen Verhältnissen, die einseitig auch in Amerika eintreten könnten, ebensogut wieder einen Aufschwung nehmen.

Ich erlaube mir also, dem Herrn Vorredner zu versprechen, daß die statistischen Nachrichten, die ihm fehlen, nachgeliefert werden sollen, und die Absicht auszusprechen, auf diese Statistik und die Wirkung unserer bisherigen Gesetzgebung auf die Auswanderung zurückzukommen, wenn wir die wirtschaftlichen Fragen hier behandeln werden. (Bravo! rechts.)

24. Sitzung des Deutschen Reichstags.

21. März 1879.

Im Zusammenhang mit dem Stellvertretungsgesetz beantragen die reichsländischen Abgeordneten Schneegans, North, Nack und Lorette, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte. Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Ich glaube, es wird die Diskussion erleichtern und klären, wenn ich jetzt schon das Wort ergreife, nachdem wir ein Für und ein nicht volles Dawider aus dem Reichslande gehört haben.

Ich kann nicht leugnen, daß die ganze Entwicklung des ersten Herrn Redners[1] überwiegend wohltuend auf mich gewirkt hat und es noch mehr getan haben würde, wenn er es hätte unterlassen können, am Schluß seiner Rede einen gewissen Appell nach Paris hin zu richten, der hier kein Echo finden kann (sehr richtig!), wenn er es hätte unterlassen können, in diesem Teil seiner Rede seine Heimat als ein künftig neutrales Land darzustellen, auf dem die französischen Sympathien gleichberechtigt mit den deutschen sein würden. (Sehr richtig!) Diese geteilte Liebe, meine Herren, können wir nicht annehmen.

Der Herr Vorredner hat an die mehrfachen Äußerungen erinnert, mit denen ich im Jahre 1871 den autonomen Wünschen, die sich jetzt kund geben, entgegengekommen bin, in der Hoffnung damals, daß sie sich früher schon zum Ausdruck bringen würden in dieser Versammlung. Ich kann sagen, sie kommen spät, aber sie kommen, und mir persönlich sind sie willkommen. Ich bin ja nicht berechtigt, in meiner Eigenschaft als Reichskanzler hier zu sprechen, ich spreche in der eines Ministers von Elsaß-Lothringen, aber ich spreche doch im

[1] Abg. Schneegans.

prinzipiellen Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser, soweit es Elsaß-Lothringen anbelangt, und würde mich nicht speziell in der Sache äußern können, wenn ich mich davon nicht vergewissert hätte. Dieses Einverständnis Seiner Majestät, in diesem Fall meines territorialen Landesherrn, genügt aber nicht, um dem, was ich späterhin über die Zukunft, über die minimalen Bedingungen, die der erste Herr Redner formuliert hat, sagen werde, volle authentische Kraft zu gewähren. Dazu ist erforderlich eine gemeinsame Tätigkeit der gesetzgebenden Faktoren, und zwar vor allem der verbündeten Regierungen im Bundesrat. Ich kann nur das hier sagen, was ich bei Seiner Majestät dem Kaiser, wie ich glaube, mit Erfolg und bei den verbündeten Regierungen mit Hoffnung, befürworten will; ich glaube, daß der erste Herr Redner darin ein weites Entgegenkommen finden wird. Wenn ich nicht mehr ganz auf dem Punkte, ich könnte sagen, meiner ersten Jugendliebe zu den Reichslanden stehe, nicht mehr ganz auf dem für mein damaliges Alter schon kaum anwendbaren Ausdruck einer begeisterten Hoffnung, die ich daran knüpfte, in der glücklichen Empfindung, diese alten Reichslande wiedergewonnen zu sehen, so ist das doch wohl erklärlich nach den Zeiten, die wir inzwischen erlebt haben. Ich kann hier auf alle Elemente, die zu meiner Entmutigung mitgewirkt haben, nicht eingehen, der Herr Vorredner hat sie, zum Teil in übertriebener Form, erwähnt; ich will nur das eine nennen. Der erste Meltau, der auf meine Hoffnungen fiel, das waren die ersten Wahlen in Elsaß-Lothringen, die Erinnerung an den Protest, den wir hier, im Namen angeblich der ganzen Bevölkerung, aus dem Munde des Herrn Teutsch und unter Zustimmung seiner sämtlichen damaligen Kollegen hören mußten. Es war das dieselbe Tonart, wie wir sie noch heute aus dem Munde der geistlichen Vertreter dieses Landes, der Herren Winterer, Simonis und Guerber, zu hören bekommen, und die doch unter ihren Wählern zahlreich vertreten sein muß. Wir können annehmen, daß diese geistlichen Herren uns die Stimmung, welche sie zu vertreten haben, doch geläutert durch christliche Milde, die dem Geistlichen eigen ist (Heiterkeit), hier vorgetragen haben. Wir müssen also befürchten, daß die Wähler den laienhaften Zorn, der dem Geistlichen notwendig fehlt, den Priestern der Versöhnung und des Friedens, in diesem Hause schärfer zum Ausdruck bringen würden als die Geistlichen, die priesterlichen Vertreter, es ihrer Kleider und ihrer Würde und ihrer christlichen Mission angemessen finden. Wenn ich darauf zurückgehe, wenn ich mir diese Stimmung vergegenwärtige, wenn ich mir vergegenwärtige, daß sie im Lande vorhanden sein muß und noch immer vorhanden sein muß, sonst hätten die Herren nicht gewählt werden können, deren Abneigung gegen jede Annäherung doch die Grenze, die sich der zweite Herr Redner zog und die für seinen Standpunkt schon ein erhebliches Entgegenkommen bildet, weit hinter sich zurückläßt — wir werden daher doch immer alles, was wir diesem Land an Autonomie konzedieren, alles, was ich im Jahre 1871 nach Ausweis meiner damaligen öffentlichen Rede bereit war, zu konzedieren, immer unter dem Gesichtspunkt betrachten müssen, ob es mit der Sicherheit der Reichslande, ob es mit der Sicherheit des Reiches auch in weniger friedlichen Zeiten, wie sie im Augenblick vorhanden und in den nächsten Jahren zu hoffen sind, verträglich sein wird. Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, was mit der militärischen Sicherheit des Reichs auf dieser Seite verträglich ist. Das ist ein orakelhaftes Wort, was in sich selbst seine Grenzen verändern kann, was aber doch das Prinzip ausdrückt, nach dem wir allein handeln können und handeln

müssen — unsere Urteile über das Maß dessen, was wir geben wollen, können ja sehr verschieden sein. Ich habe damals unter dem Eindruck der Abkühlung, die ich durch das Auftreten der vorhin bezeichneten Protestabgeordneten erfuhr, mich weiter von den Geschäften des Elsaß zurückgezogen und bin mir selbst bedenklich geworden, ob es richtig war, daß ich als Reichskanzler zu den anderen Aufgaben, die ich hatte, zu den allgemeinen auch die eines alleinigen regierenden Ministers eines Landes von anderthalb Millionen Einwohnern übernahm, und zwar eines Landes, das, wie der erste Herr Redner richtig bemerkte, dadurch die Verwaltung erschwert, daß es so weit von dem Sitze des Souveräns und des Reichskanzlers abliegt. Wir haben uns zuerst geholfen durch Abbürdung eines Teils der ministeriellen Befugnisse auf den Oberpräsidenten, aber der Mangel ist allerdings der, daß die Leitung und die Hauptleitung der dortigen Politik einem Beamten anheimfällt, der nicht selbständig der verantwortliche Vertreter seiner Handlungen ist, auf dem die ministerielle Verantwortlichkeit nicht ruht, sondern der Reichskanzler trägt sie für ihn, und die Schwierigkeiten, die ein solches dualistisches Verhältnis bietet, hat ja der erste Herr Redner drastischer vielleicht, als für den Zweck der Annäherung nötig war (Heiterkeit), geschildert. Ich bin nicht berufen, hier öffentlich in die Einzelheiten seiner Kritik einzugehen, vielleicht wird das mein Kollege[2] neben mir in einem späteren Stadium der Beratung tun; ich will mich hier nicht mit der Vergangenheit, nicht mit der Widerlegung von Rekriminationen, sondern mehr mit der Zukunft beschäftigen.

Nach dem entmutigenden Gefühle, mit dem ich dieser ganzen Aufgabe, für mich als Reichskanzler doch notwendigen Nebenaufgabe, gegenüber stand, habe ich mich gefreut, auf dem Wege des Stellvertretungsgesetzes die Verantwortung von mir abbürden zu können, und ich möchte in diesem Punkte den ersten Herrn Redner berichtigen — es steht in Gestalt des mich vertretenden Ressortchefs kein unverantwortlicher, sondern ein verantwortlicher Minister Ihnen gegenüber, die Verantwortlichkeit geht mit der Stellvertretung auf die Herren über, die mich vertreten, sonst würde es keine Vertretung sein. Aber es bleibt ja richtig, daß die zweihundert Stunden, wie der Herr Vorredner sagt, die zwischen der hiesigen Verwaltung und Elsaß-Lothringen liegen, die Teilung, die zwischen der Ministerialbefugnis und der Oberpräsidialbefugnis so gemacht ist, daß die Hauptakzente der Geschäfte doch schon jetzt mehr in Straßburg liegen als hier in Berlin — so gemacht ist, daß nach den mir aus den Akten gewordenen Mitteilungen kaum einige hundert Nummern aus der ganzen Verwaltung jährlich überhaupt hier zur Entscheidung gelangen — daß diese Teilung keine richtige ist, und daß derjenige, der die Verantwortlichkeit trägt, auch den Geschäften näher stehen sollte. Damit konzediere ich schon eins der hauptsächlichsten Prinzipien für meine Person, die der Herr Vorredner angeregt hat. Für mich, für meine Stellung als Reichskanzler, werde ich ja nachher die Frage richten: Wird die Trennung eine vollständige, oder bleibe ich bis zu einem gewissen Maße noch verantwortlich? Mir wäre es erwünscht, wenn sie vollständig wäre: denn ich kann eine Verantwortung für Dinge, die ich nicht kontrollieren kann, und für Personen, die ich doch nicht ad natum revozieren kann in ihrer Ernennung, auf die Dauer nicht tragen. Die Geschäfte haben mitunter eine Wendung genommen, die ich nicht ändern konnte, obschon ich sie nicht billige, und deshalb wäre es mir am liebsten, ich würde von jeder Beziehung zu diesem mit meinen sonstigen Reichsgeschäften eigentlich

[2] Unterstaatssekretär Herzog.

nicht notwendig in Verbindung stehenden Nebenamt befreit. Es sollte dieses Amt eben kein Nebenamt sein. Wer Minister dieses Landes sein will, der muß es meines Erachtens als Hauptamt und als einziges Amt haben. (Sehr richtig!)

Ich bitte die Herren um Verzeihung, wenn ich mit etwas Ermattung spreche. Wie so viele von Ihnen, bin auch ich sehr unter Erkältung leidend, und wenn es mir diese Sache gerade nicht zum Zwang gemacht hätte, so würde ich vorgezogen haben, heute nicht unter Ihnen zu erscheinen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich nicht mit voller Geläufigkeit mein Thema beherrsche.

Ich komme zu dem, was der Herr Vorredner die Minimalbedingung nannte, und ich habe schon erwähnt, daß ich mit dem mich als elsässischer Minister in der Hauptsache und prinzipiell einverstanden zu erklären berechtigt bin und es auch tue. Ich habe den verbündeten Regierungen die Fragen, die sich daran knüpfen, vorgelegt. Die Zeit ist aber zu kurz, seitdem dies geschehen ist, als daß schon eine Verständigung darüber erfolgt sein könnte.

Ich hatte mir vorgenommen, überhaupt diesen Fragen nicht eher näher zu treten, als bis sie aus dem Lande selbst angeregt würden. Das ist jetzt geschehen; und ich habe seitdem erst den verbündeten Regierungen meine Ansicht mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers mitgeteilt. Die Beschlüsse sind zu erwarten, und ich werde dafür tätig sein, daß sie im Sinne des Planes ausfallen, den ich im Skelett darlege.

Es ist zunächst der Frage näher getreten, ob es richtig gewesen ist, und ob es nützlich ist, dabei zu verharren, daß Elsaß und Lothringen ein Land und eine gemeinsame Verwaltung bilden. Ich sehe diese Frage als eine offene an.

Es ist die Homogenität der Landschaft wesentlich vermindert dadurch, daß sie beide verschmolzen sind. Es ist möglich, daß Elsaß an sich und gesondert schneller und fester sich konsolidieren könnte, als wenn es mit dem heterogenen Element Lothringen gekuppelt bleibt, und es ist ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, für jeden dieser beiden Landesteile eine gesonderte Regierung einzurichten. Ich muß indessen gestehen, daß ich zu dieser Frage, die sorgfältige politische und militärische Erwägungen erfordert, eine Stellung nicht zu nehmen beabsichtige in diesem Augenblick, und namentlich nicht, bevor ich nicht weiß, wie die verbündeten Regierungen sich darüber aussprechen.

Anders liegt es mit den anderweiten Wünschen, denen der Verlegung der Regierung in der Hauptsache nach Straßburg, der Initiative des Landtages, der Verstärkung desselben und der konsultativen Stellung im Bundesrat.

Was zunächst eine Verlegung der Regierung von Berlin nach Straßburg betrifft, der Regierung, die heutzutage in der vermöge des Stellvertretungsgesetzes selbständigen, verantwortlichen Abteilung des Reichskanzleramts, die den Namen nach Elsaß-Lothringen führt, besteht, so ist die tatsächlich leicht möglich. Diese vollständig getrennte, in ihrer Verantwortlichkeit unabhängige Behörde kann einfach nach Straßburg versetzt werden. Ich bevorworte, daß unter dem, was ich anführen werde, nach Lage der Gesetzgebung für die Reichslande kaum eine einzige Maßregel sein wird, die ohne einen Akt der Reichsgesetzgebung vollzogen werden könnte. Die Gesetzgebung ist eine so mannigfaltige und beruht so sehr auf den einzelnen Voraussetzungen, die jetzt existent sind, daß wahrscheinlich für die kaiserliche Verordnung in allen den Fragen, die ich erwähnen werde, kein Spielraum sein wird, sondern das Ganze wird ein Akt der Gesetzgebung sein müssen.

Also die Verlegung der durch die Stellvertretung selbständigen Abteilung für Elsaß-Lothringen wäre gesetzlich leicht zu machen. Ich glaube aber aus Gründen, die wir in der weiteren Verhandlung der Gesetzgebung prüfen werden, nicht, daß es tunlich ist, die sozusagen kahle Abteilung dahin zu schicken. Ich glaube, wir müssen ihr eine Spitze von größerem Gewicht geben, wir müssen einen Statthalter dort einrichten, worunter ich nicht eine selbständige fürstliche Existenz, sondern einfach, was das Wort sagt, einen Statthalter verstehe, auf den aber ein Teil auch der Rechte, die nach französischem Gesetz dem Landesherrn zustehen, übertragen werden kann. Das französische Recht erfordert bekanntlich das persönliche Einschreiten des Landesherrn, seine eigene Unterschrift in sehr viel weiterer Ausdehnung wie irgendeine analoge deutsche Einrichtung, und ich glaube, daß ein großer Teil der monarchischen Rechte, so wie sie nach französischem Rechte liegen, in der Ausübung ohne Schaden einem Statthalter übertragen werden kann.

Ich halte es auch für dringend notwendig, daß die Landesteile, mag man das Elsaß allein oder Elsaß und Lothringen meinen, einen bestimmten, festen sozialen und politischen Mittelpunkt haben und eine Behörde mit mehr Machtvollkommenheit als der Oberpräsident, die unter Umständen mehr zu geben und zu nehmen imstande ist, im Lande sei und im direkten Verkehr von Mann zu Mann mit den Einwohnern stehe und rede — mit anderen Worten: ich stimme für die Herstellung einer Statthalterei mit einem verantwortlichen Ministerium, das drei bis vier Abteilungen haben kann, ohne daß es gerade drei bis vier Beamte mit Ministerrang zu haben braucht, sondern ähnlich wie ein Großherzogtum mit analoger Größe, mit Ministerialdirektoren, die dort wohnen.

Die schwierige Aufgabe ist die Verbindung dieser Organisation mit dem Landesherrn, der seine Residenz dahin nicht verlegen kann, wenigstens nur sehr vorübergehend. Da wird es also unabweislich sein, daß bei dem Landesherrn sich mindestens ein Kabinettsrat befindet, der den Vortrag hat und die Unterschriften herbeiführt, soweit kaiserliche Unterschriften erforderlich sind. Die Frage ist nun: soll dieser Kabinettsrat in irgendeine Beziehung zu dem Reichskanzler treten oder nicht? Ich kann darin eine Meinung nicht bestimmt äußern, sondern nur sagen, daß der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers sein würde, den Reichskanzler nicht absolut ausgeschlossen zu sehen, sondern sich die Möglichkeit zu wahren, über die Zweckmäßigkeit Allerhöchster Vollziehungen mit dem Reichskanzler in Verbindung zu treten. Indessen, es kann das ja auch eine rein persönliche Beziehung sein, und ich habe meinerseits nichts dawider, soweit Seine Majestät der Kaiser es befehlen würde, aus der Stellung eines Reichskanzlers in die eines Kabinettsrats oder eines Adjutanten zurückzutreten. (Heiterkeit.) Eine amtliche Klarlegung dieses Punktes wäre kaum erforderlich und für mich kaum erwünscht, weil dann doch die Verantwortlichkeit schließlich immer wieder schwerer auf mich anrücken würde, und ich möchte mich so weit davon abstellen, wie ich will — es würde immer bleiben, daß post equitem sedet atra cura, sie würde mir folgen.

Die zweite Frage ist die, die der erste Herr Redner gestellt hat, die der Initiative des Landesausschusses, eine Frage, die ich unbedenklich zu bejahen bereit bin, ebenso wie die der Verstärkung des Ausschusses. Es ist nur die Frage, wie diese Verstärkung zu gewinnen sein wird, ob durch Zusammenziehung der zwei oder drei Bezirksvertretungen, oder ob durch eine Ergänzung aus einem anderen Wahlmodus, sei es aus den Kreistagen oder wie sonst. Aber im Prinzip, um dessen Klarlegung es sich heute doch nur handelt, habe ich kein Be-

denken an diesen beiden Punkten der Initiative und der Verstärkung. Ehe wir den Details näher treten, würden ja formulierte Paragraphen, gesetzgeberische Vorlagen an den Bundesrat treten müssen.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Stellung des Reichslandes zum Bundesrat. Jede Berechtigung für das Reichsland, Mitglieder des Bundesrats zu ernennen, wenn sie ebenso ausgeübt werden soll wie für die übrigen Bestandteile des Reichsgebietes, würde in letzter Instanz nichts weiter sein als eine Vermehrung der preußischen Stimmen von 17 auf 19 oder 20, je nachdem man 2 oder 3 nimmt, denn Seine Majestät der Kaiser kann unmöglich die bundesrätliche Vertretung für die Reichslande persönlich anders konstruieren wollen als für das Königreich Preußen, und für beide beruht die Bestimmung schließlich auf dem persönlichen Willen und der persönlichen Entscheidung des Monarchen, sie mag durch ministerielle Verantwortlichkeit gedeckt oder getragen sein, wie sie wolle. Die preußischen und elsässischen Vertreter im Bundesrate würden nicht gegeneinander stimmen können.

Eine Verschiebung der jetzigen Stimmverhältnisse im Bundesrat wäre eine wesentliche Verfassungsänderung, und ich mag für deren Initiative die Verantwortung nicht auf mich nehmen, ich glaube, sie würde auch wenig Aussicht auf Erfolg haben, und von den preußischen 17 Stimmen einige an die Reichslande abzutreten, würde eben ja nur rein Formsache sein, da sie doch nicht anders instruiert werden können als die übrigen 15 oder 14 Stimmen, und da schon jetzt der Kaiser instruiert und dabei in seiner Eigenschaft als Inhaber der landesherrlichen Rechte des Elsaß doch auch den Beruf in sich fühlen wird, die Interessen der Elsässer wahrzunehmen. Stimmberechtigte Mitglieder des Bundesrats aber von seiten des Landesausschusses zur Vertretung der Landesinteressen ernennen zu lassen, würde in den Bundesrat ein neues Element hineinbringen, zu dem ich 1871 vielleicht noch Glauben und Vertrauen gehabt hätte, denen aber, angesichts der Vertreter, die wir heute in der Mehrheit noch haben, und die ich vorher namentlich genannt habe, ich nicht den Mut haben würde, ein Gewicht im Senat der deutschen Bundesgenossen einzuräumen.

Etwas anderes ist aber die Frage der Möglichkeit, die Interessen des Landes im Schoße des Bundesrats geltend zu machen, mit anderen Worten, es beschäftigt mich die Frage sehr lebhaft, ob und unter welchen Formen es möglich sein wird, dem Reichslande, also der Landesvertretung, das Recht zu geben, daß sie hier eine konsultative Vertretung im Bundesrate ausübt. Daß es in der Möglichkeit liegt, die Wünsche des Landes auch bei der Vorberatung der Gesetze im Stadium des Bundesrats mit der Autorität der öffentlichen Meinung oder der Stimmung der Landesvertretung im Bundesrate geltend zu machen — soweit ich überhaupt in der Lage bin, mich über die Frage, die uns beschäftigt, zu äußern, erkläre ich, daß ich auch diesem Anspruche zustimmen würde; ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, obschon das eine große verfassungsmäßige Neuerung ist, daß er auch im Bundesrat bei den verbündeten Regierungen Anklang finden würde, denn im Grunde liegt darin eine Teilung der Macht, die bisher der Kaiser allein landesherrlich ausübte mit dem Bundesrat. Es liegt darin die Zulassung eines Einflusses der übrigen verbündeten Staaten auch in den vorberatenden Stadien der Verwaltung und Gesetzgebung, es liegt darin die Herstellung einer, wenn man will, Beschwerdeinstanz gegen die Landesregierung, denn die Vertreter des Elsässer Landesausschusses würden in dem Falle sein, jederzeit eine Anregung

jeder Frage im Bundesrat wenigstens herbeizuführen, es würde eine sehr wirksame Beschwerdeinstanz sein, bei der die Beschwerde sofort an eine große und amtliche Glocke gehängt werden kann. Außerdem wäre es vielleicht nützlich, daß die Landesvertretung einen — ich könnte sagen, diplomatischen Vertreter beim Kaiser hier hätte, mag es zusammenfallend mit dem Bundesrat sein, mögen es zwei sein, aber ich meine, die beiden müßten sich teilen oder müßten gemeinschaftlich ausüben das Recht des Appells, der Beschwerde, der Initiative, des Antrages bei dem Kaiser als Landesherrn und bei dem Repräsentanten der Gesamtsouveränität, dem Bundesrat. In welcher Weise die Mitgliedschaft für dieses beratende oder diese beiden beratenden Mitglieder im Bundesrat konstatiert wird, amtlich und kalendermäßig, das ist eine Frage der Form, über die man leicht hinwegkommen wird.

Wenn es überhaupt gelingt, dieses Programm, wie ich es hier sehr unzusammenhängend und schlecht stilisiert augenblicklich skizziere, aber doch verständlich — wenn es gelingt, die Zustimmung der Regierung und dieses hohen Hauses zu gewinnen, so glaube ich, daß darin ein erhebliches Entgegenkommen liegen wird. Ich würde diese Konzession meinerseits ohne Besorgnis für die Sicherheit des Reiches machen, weil die militärischen Verhältnisse in der Hand des Reiches und des obersten Kriegsherrn bleiben und auch die übrigen staatlichen Attributionen, und weil ich, wenn die Sache sich nicht bewährt, die Konzession nicht als eine unwiderrufliche betrachte; auf demselben Wege der Gesetzgebung, auf dem sie geschaffen wird, kann sie, wenn sie sich nicht bewähren sollte, wieder aufgehoben, und wenn sie sich bewährt, vervollständigt und erweitert werden, und ich hoffe, daß das letztere in dem Maße der Fall sein wird, in welchem sich im Elsaß der gesunde Sinn der Bevölkerung von unten herauf durcharbeitet und sich der Herrschaft bemächtigt im Gegensatz zu einer großen Zahl von — Parisern möchte ich sagen, die im Elsasse geblieben sind, nicht Franzosen, denn zwischen Franzosen und Parisern unterscheide ich erfahrungsmäßig sehr scharf — der Elemente, die dort in den gebildeteren Klassen zu Hause sind oder doch in diesen allein ihren Ausgangspunkt und ihren Halt haben. Alle meine Nachrichten stimmen darin überein, daß in der Massenbevölkerung, namentlich aber in der ländlichen, die für uns Vertrauen erweckende Gestaltung der Dinge wesentlich im Wachsen und Zunehmen begriffen ist, auch namentlich durch die beginnende und werbende Wirkung, welche die allgemeine Wehrpflicht ausübt auf diejenigen, welche ihren Militärdienst durchgemacht haben und in ihre Heimat zurückkehren, und ich bin überzeugt, daß unser guter Wille, der ja unvermindert ist, wenn auch bei mir wenigstens der Mut und die Hoffnung auf die Zukunft nicht derselbe ist wie 1871 — daß unser unverminderter guter Wille mit der Zeit die Sprödigkeit der Kreise, die uns bisher widerstreben, überwinden wird, wenn wir sie ruhig bei ihrer Arbeit lassen. Ich möchte, daß wir es über uns gewinnen, sie nicht zu sehr zu stören, weder durch Einwirkung unserer gesetzgebenden Körperschaften, noch durch Einwirkung unserer Bürokratie. Ich habe noch heute Vertrauen zu dem deutschen Keim, der unzerstört, wenn auch überwuchert von dem glänzenden Firnis der französischen hundertjährigen Angehörigkeit, doch unzerstört vorhanden ist, und glaube, daß die früher französisch gezogene, von uns frisch gestutzte deutsche Eiche kräftig wieder ausschlagen wird, wenn wir Ruhe und Geduld haben, und wenn es uns gelingt, die Fehler unseres eigenen Charakters — am Zuvielregieren, möchte ich sagen — zurückzuhalten und zu mäßigen, und uns der

ruhigen Beobachtung des Wachstums mehr hinzugeben als dem Bedürfnis, an der Pflanze zu modeln und zu schneiden.

Ich werde es dankbar erkennen, wenn von den verschiedenen Standpunkten aus, die im Reichstag vertreten sind, den ersten Ideen, die ich hiermit Ihrer Kritik unterbreite, beleuchtend näher getreten wird, und werde sehr gern bereit sein, da, wo ich unvollständig, lückenhaft und unzusammenhängend gewesen bin, nähere Auskunft zu geben. (Lebhaftes Bravo!)

27. Sitzung des Deutschen Reichstags.

27. März 1879.

Nachdem Vertreter Elsaß-Lothringens und fast aller Reichstagsparteien über die Verfassungsfrage des Reichslandes gesprochen haben, äußert Fürst Bismarck:

Ich bin den Herren, die heut gesprochen haben, sehr dankbar, daß sie meine Bitte erfüllt haben, mir im Namen der verschiedenen Fraktionen mitzuteilen und öffentlich mitzuteilen, wie sie die oberflächliche Skizze, die ich von den Absichten der Reichsregierung bei der ersten Verhandlung über diesen Gegenstand geben konnte, aufgefaßt haben. Der Zweck meiner Anwesenheit bei dieser Sitzung mußte ein wesentlich informatorischer sein, und den habe ich ja zu meiner großen Genugtuung erreicht und mich darüber gefreut, daß wir hier über eine Frage verhandeln, in Bezug auf welche die Meinungen der verschiedenen hier vertretenen Richtungen sich weniger kampfbereit gegenüberstehen als in Bezug auf manche andere. Ich habe eine sehr wesentliche Abweichung von der Skizze, die ich mir zu geben erlaubte, eine so große Abweichung, daß ich heute schon erklären möchte, ich verzweifelte daran, die Kluft, die mich von ihr trennte, übersteigen zu können, nicht wahrgenommen, wenn ich die von den Herren Abgeordneten Windthorst und v. Schorlemer vertretenen Anträge, sofort auf eine den übrigen Bundesstaaten gleichbedeutende konstitutionelle Verfassung einzugehen, wenn ich die nicht als dringliche Anträge ansehe. Im übrigen aber habe ich auch in der Fraktion, der diese beiden Herren angehören, eine Bekämpfung dessen, was in Arbeit ist, nicht aus ihren Reden entnommen und verzweifle nicht daran, daß wir zu einem Ergebnis werden kommen können, welches im Reichstage einer großen Majorität sich erfreuen wird. Ich kann mich darüber bestimmter erst aussprechen, wenn ich die Ansichten der verbündeten Regierungen in weiterem Umfange kenne, als es bisher der Fall war. Ich habe bisher nur Gelegenheit gehabt, in vertraulichen Besprechungen, zum Teil mit den Landesherren selbst, Äußerungen darüber zu vernehmen, und noch keine, die nicht im Prinzip zustimmend gewesen wäre, aber die Majorität hat sich erst im Bundesrat festzustellen; dort wird sich auch feststellen, inwieweit die Wünsche des Herrn Abgeordneten Haenel erfüllbar sein werden, daß der Bundesrat zu einer Vereinfachung der Landesregierung die Hand biete, so daß die Landesregierung sich mehr als bisher zwischen dem Träger der landesherrlichen Rechte, Seiner Majestät dem Kaiser, und den Landesvertretungen von Elsaß-Lothringen abspinnt, und daß die Mitwirkung des Bundesrats parallel mit der des Reichstages da eintrete, wo die Reichsgesetzgebung angerufen werden muß, was ja ebensowohl von seiten des Landes und seiner Vertreter, wie von seiten der Bundesregierungen und des Reichskanzlers der Fall sein kann. Es liegt auch in meiner Ansicht nicht, daß diese höchste Kompetenz der Reichsgesetzgebung aufgegeben werde,

sondern nur, daß das Reich aus der Verwaltung und den gewöhnlichen Regierungsgeschäften, auch aus der laufenden Gesetzgebung sich mehr zurückziehe, daß aber die Reichsgesetzgebung in ihrem Zusammenwirken von Reichstag und Bundesrat doch die Instanz bleibe, an die von beiden Seiten appelliert werden kann, sowohl vom Lande wie von der Regierung, wenn sich beide Teile unter sich nicht vereinbaren können.

Daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ihre Vertretung im Bundesrat finde, halte ich nicht für eine republikanische Einrichtung, sondern im Gegenteil für einen genauen Ausdruck des wirklich stattfindenden Verhältnisses, indem dort die Vertreter der Bevölkerung sich — und es ist, glaube ich, der einzige direkte Berührungspunkt mit dem wirklichen Souverän in seiner Gesamtvertretung im Bunde — in unmittelbarer Berührung finden, nicht gleichberechtigt mit ihm, sondern in Achtung des monarchischen Prinzips an dieser Stelle, wo die Souveränität in ihrer korporativen Vertretung ihr Wort zu sprechen hat, nur mit konsultativer Stimme, während sie ihren immer nicht republikanischen Ausdruck hier im Reichstag durch volles Votum findet. Ich glaube, daß die Einrichtung und der Vorschlag die Charakterisierung eines republikanischen nicht verdient hat und diese Andeutung sie nicht mit Recht trifft.

Ich lege hauptsächlich aus zwei Gründen Wert auf die Beteiligung der Bevölkerung am Bundesrat. Einmal ist es, wie mir die Herren aus den Reichslanden versichert haben, im ganzen Lande als eine, wie sie sich französisch ausdrücken, question de dignité empfunden, also als eins der Imponderabilien in der Politik, die oft viel mächtiger wirken als die Fragen des materiellen und direkten Interesses, und die man nicht mißachten soll in ihrer Bedeutung; wenn es bei uns nicht bloß, sondern in der ganzen Welt noch, ich glaube, eine Majorität von Staatsbürgern gibt, die nicht absolut abgestumpft sind gegen eine Ordensverleihung, so ist das doch ein imponderabile im höchsten Maße — eine Empfindung, die dadurch befriedigt wird, und wenn sie — eine äußere Auszeichnung kann man es nicht nennen, sondern die äußere Gleichstellung eines der hervorragendsten Volksstämme im Deutschen Reich mit den übrigen wäre, so würde ich das schon für einen Fortschritt ansehen. Ich glaube aber nicht, daß bloß die Form beteiligt ist, ich halte es im Gegenteil nach der jetzigen Zusammensetzung des Bundesrats für einen Mangel, daß die Vertretung des Reichslandes in Bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung, ganz unabhängig von der Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, lediglich durch die zentralen Reichsbehörden stattfinde, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in seine lokale Verzweigung hinein nicht mit der Kenntnis vertreten können, wie es in den übrigen Bundesländern durch deren Landesministerien, die im Lande wohnen, der Fall ist. Ich erinnere bloß an die uns bevorstehenden Verhandlungen über die Zolltarifgesetzgebung. Da wäre es sehr erwünscht, auch eine Stimme des Elsässer Landes — mit wenigen Ausnahmen des industriereichsten, das wir im Reiche haben — schon im Stadium des Bundesrats hören zu können und nicht ausschließlich auf die Eindrücke der Reichszentralen in dieser Beziehung beschränkt zu sein. Jedenfalls wird das Land dort ein sehr wichtiges Recht in seiner Beteiligung an der gesamten Reichsgesetzgebung, wie sie in Artikel 4 der Verfassung aufgezählt ist, zu üben berufen sein.

Ich unterschätze durchaus nicht die Bedeutung, die der Herr Abgeordnete Windthorst dem konsultativen Votum beilegte. Ich glaube, daß ohne wirkliches Abstimmungsrecht ein

konsultatives Votum sich durch das Gewicht seiner Gründe, durch die Bedeutung und das Ansehen dessen, der es ausspricht, sehr wohl im Bundesrat Geltung zu verschaffen imstande sein wird. Ich halte das nicht für einen Fehler, sondern für einen Gewinn, wenn es der Fall sein wird, und glaube nicht, daß deshalb, weil ein konsultatives Votum schon an sich Bedeutung hat, das Bedürfnis, das konsultative in ein dezisives zu verwandeln, so dringend sein wird, daß man ihm nicht widerstehen könnte; und wenn es noch so dringend wäre, man wird ihm widerstehen.

Ich habe in Bezug auf die im Laufe der Reden ausgesprochenen kritischen Bemerkungen nur noch eine kurze Erwiderung.

Der Herr Abgeordnete Dr. Haenel motivierte die weitere volle Beteiligung des Reichskanzlers an den Angelegenheiten mit dem Bedürfnis, daß hier im Reichstage eine verantwortliche Persönlichkeit erscheine, welche die im Reichslande befolgte Politik vertrete. Ich weiß nicht, ob das gerade notwendig der Reichskanzler sein muß. Der Weg von Straßburg hierher ist nicht so weit, daß der dortige leitende Minister oder ein verantwortlicher Vertreter des dortigen Ministers nicht während der Reichstagssitzungen hier sein könnte und nicht während der Bundesratssitzungen hier sein könnte. Denn es wird doch immer die bisherige Vertretung der Reichslande im Bundesrat durch den Vorsitzenden des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen nicht ausfallen können, und es wird einer der Minister in Straßburg gerade so gut die Reise nach Berlin machen müssen, wie die Herren Minister in Stuttgart und München das ja zu wichtigen Verhandlungen des Bundesrats nicht vermeiden, und wird daher ein verantwortlicher Minister immer, auch wenn es nicht der Reichskanzler ist, hier die Verwaltung zu vertreten haben. Die Stellung des Reichskanzlers zu dieser Sache als verantwortlicher Minister ist sehr schwierig. Ich habe bisher schon Eindrücke gehabt, daß meine Verantwortlichkeit weiter reicht als mein Einfluß; beide decken sich nicht, und es würde das in noch höherem Maße der Fall sein, wenn ich den Dingen so weit fernträte, wie bisher beabsichtigt ist.

Ich will mich noch einer Ansicht des letzten Herrn Redners anschließen, das ist in Bezug auf die Anwendung von Äußerungen gereizter Stimmung aus der Vergangenheit auf die Gegenwart. Ich möchte anheim geben, daß wir da nicht zu genau in den Archiven und Bibliotheken nachsuchen (sehr wahr! Sehr richtig!), um irgend jemand zu beweisen, daß er vielleicht vor acht Jahren unter anderen Verhältnissen, unter anderen Hoffnungen und Aussichten eine Äußerung getan hätte, die er heute nicht wiederholen würde. Ich stelle mich zu solchen, der Vergangenheit angehörigen Erscheinungen bei einem Lande, das 200 Jahre und wohl darüber einer anderen Herrschaft angehört hat, nicht anders als gegenüber einem hannoverschen Offizier, der sich bei Langensalza tapfer geschlagen hat. Er hat dafür meine Achtung, aber ich bin weit entfernt, ihn daran zu erinnern, daß seine damalige Ansicht mit seiner jetzigen Stellung vielleicht nicht vereinbar wäre. Es ist nur zu wünschen, daß dergleichen Äußerungen, die einer vorübergegangenen Periode der ersten Erregung angehören, sich nicht in zu später Periode und bei den jüngsten Wahlen noch wiederholen (Bravo!), und darin stehen die angeführten Äußerungen sich nicht vollkommen gleich.

Ich wollte dann noch den von einem Herrn Redner[1] mir gemachten Vorwurf beant-

[1] Abg. v. Schorlemer.

worten, daß ich nicht früher, wenn ich Mißstände erkannt hätte, zu ihrer Abhilfe eingeschritten bin. Ich beziehe mich nur auf das zurück, was ich in der vorigen Sitzung über diesen Gegenstand gesagt habe, daß ich mich entschlossen hätte, abzuwarten, bis aus dem Lande Anregungen zu neuen Einrichtungen kommen, und daß ich der Ansicht gewesen wäre, es sei nicht ferner nützlich, dem Lande Wohltaten oktroyieren zu wollen, die vielleicht von niemandem im Lande als solche betrachtet würden. Dieses Moment ist eingetreten, es ist aus dem Lande eine Anregung gekommen, und darin ist, glaube ich, die Lage verändert und in dem Maße verändert, daß ich die Zurückhaltung, in der ich mich seit mehreren Jahren — Sie erinnern sich, daß ich vor länger als zwei Jahren um meinen Abschied gebeten habe, daß ich Jahr und Tag allen Geschäften fremd geblieben bin, und ich kann hinzufügen, daß ich den elsaß-lothringischen länger als diese beiden Jahre fremd geblieben bin . . . es ist die Anregung aus dem Lande der Grund, warum ich aus dieser Zurückhaltung heraus der Sache näher getreten bin, weil ich das in meinem Gewissen geboten fand, gegenüber einer Anregung, die doch immerhin von einem Viertel der Gesamtvertretung beider Länder und fast der Hälfte der Volksvertretung von Elsaß allein gerechnet ausgeht.

Im übrigen werden die Herren es natürlich finden, daß ich in Übereinstimmung mit den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Windthorst am Anfang seiner Rede auf das Detail erst dann eingehe, wenn uns ein Gesetzentwurf ausgearbeitet vorliegt. Ich kann mich über den Inhalt desselben hier nicht in verbindlicherer Weise aussprechen, als ich in der vorigen Sitzung es getan habe. Ich habe da nach einer vulgären Redensart meinen Sack vollständig vor Ihnen ausgeschüttet von alledem, was ich bisher darinnen hatte. Daß die Formulierung dessen, was hier alle im Prinzip übereinstimmend oder mit mäßigen Modifikationen anerkennen, immer noch eine außerordentlich schwierige sein wird, daß die Schwierigkeiten des Weges, der vor uns liegt, erst dann sich vollständig fühlbar machen werden, wenn es darauf ankommt, eine in der Sprache der Gesetzgebung gültige und annehmbare Form für die Empfindungen und Willensregungen, die uns beseelen, zu finden, das brauche ich nicht zu sagen; ich hoffe aber, wenn ich Ihnen Rendezvous gebe zu der Zeit, wo die Vorlage, die wir schon in Arbeit haben, dem Bundesrat vorgelegt und von ihm modifiziert oder gebilligt sein wird, so daß wir Ihnen die amtliche Vorlage bringen können, daß wir dann dieselbe sachliche, wohlwollende und versöhnliche Stimmung bei allen Fraktionen wiederfinden werden, die ich in der heutigen Debatte mit Freuden erkannt habe. (Bravo!)

Bismarcks Denkschrift vom 13. April 1879 über die Zoll- und Steuerreform.

Nachdem am 4. April dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Zolltarif des Zollgebietes, zugegangen war, ließ der Reichskanzler am 13. April eine ausführliche Begründung folgen, die in ihrem allgemeinen Teil folgendermaßen lautet:

Der Zolltarif, welchen das Deutsche Reich aus dem Zollverein überkommen hat, genügt unter den jetzigen veränderten Verhältnissen weder in finanzieller noch in volkswirtschaftlicher Beziehung den berechtigten Anforderungen.

Beides erklärt sich leicht aus der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Tarifwesens.

Der frühere Zollverein hatte als solcher, abgesehen von einigen geringen Zentralausgaben, kein eigenes Finanzbedürfnis. In den einzelnen Vereinsstaaten aber machte sich zu jener Zeit kein solcher Druck der direkten Staats- und Kommunalbesteuerung geltend, daß ein genügender Anlaß zu dem Bestreben der Vereinsregierungen vorhanden gewesen wäre, eine ausgedehnte Nutzbarmachung der indirekten Besteuerung durch eine Revision des Zolltarifs anzustreben.

Diese Verhältnisse haben sich nunmehr geändert. An die Stelle des alten Zollvereins ist das Deutsche Reich mit ansehnlichem eigenen Finanzbedarf getreten. Statt der früheren Hinauszahlungen an die Mitglieder der Zollgemeinschaft handelt es sich jetzt um die Leistung von Matrikularbeiträgen seitens derselben an das Reich. Zugleich haben sich allenthalben die Staatsbedürfnisse so entwickelt, daß trotz der Übernahme bedeutender, ehedem partikularer Ausgaben auf Reichsmittel die Einnahmen, welche den Einzelstaaten verblieben sind, nach Abzug der Matrikularbeiträge, nicht mehr genügen, um die fortwährend steigenden Bedürfnisse des Staatshaushalts zu decken.

Die Schwierigkeiten, mit welchen die Finanzverwaltungen der Einzelstaaten zu kämpfen haben, werden dadurch bedeutend vermehrt, daß die den Staaten verbliebenen Einnahmen (Domänen, Forsten, Eisenbahnen) zum großen Teile keiner Steigerung auf dem Wege der Gesetzgebung fähig sind, so daß das ganze Schwergewicht einer gesetzlichen Einnahmevermehrung in den einzelnen Staaten auf die direkten Steuern fallen müßte.

Die direkte Steuerkraft der Bevölkerungen aber ist durch die mehr oder minder überall an die direkten Staatssteuern angelehnte direkte Kommunalbesteuerung bereits in einem solchen Maße angespannt, daß das Ziel der partikularen Steuerreform nicht in Vermehrung, sondern in Verminderung der direkten Steuern liegen muß.

Die Finanzverhältnisse der einzelnen Staaten im Zusammenhalte mit den eigenen Bedürfnissen des Reichs erheischen demnach gebieterisch die Nutzbarmachung der in der Zollgesetzgebung des Reichs gegebenen Befugnis indirekter Besteuerung. Die hierüber in der Begründung zu dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Tabaks — welches am 9. Februar v. J. dem Reichstag vorgelegt wurde — enthaltenen Bemerkungen haben durch die inzwischen eingetretene weitere Entwicklung der Finanzverhältnisse in den einzelnen deutschen Staaten nicht nur volle Bestätigung, sondern auch bedeutende Verstärkung erfahren.

Die Richtung, in welcher sich die deutsche Finanzreform bewegen muß, ist auch heute noch dieselbe, wie sie in der gedachten Vorlage mit den Worten bezeichnet wurde:

> daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs eine Entwicklung eingeleitet werde, welche „eine Entlastung des Budgets der Einzelstaaten herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu beseitigen, beziehungsweise zu ermäßigen, oder, wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne, dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder teilweise zu überlassen".

Hinsichtlich des Zieles der Reform hat sich inzwischen nichts geändert. Wohl aber ist solches nach dem oben Gesagten und den heutigen Verhältnissen der partikularen Finanzen

hinsichtlich des Umfanges der Reform insofern der Fall, als das Bedürfnis einer durch Ausbildung des indirekten Besteuerungssystems herbeizuführenden Vermehrung der Reichseinnahmen in erhöhtem Maße hervorgetreten ist.

Neben dem finanziellen Bedürfnis sind es volkswirtschaftliche Interessen, welche eine umfassende Revision des Zolltarifs dringend erheischen. Auch in dieser Beziehung hat die geschichtliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse es mit sich gebracht, daß der Zolltarif in seiner gegenwärtigen Gestalt den Anforderungen nicht genügt, welche die nationale Erwerbstätigkeit mit Recht stellt.

Der Zollverein fand bei seinem Entstehen den preußischen Zolltarif vor, an welchem er sich im wesentlichen anzulehnen hatte. Neben der großen und für die gesamte Bedeutung des Zollvereins zunächst entscheidenden Errungenschaft der Verkehrsfreiheit im Innern enthielten die bei der Gründung des Zollvereins getroffenen tarifarischen Bestimmungen eine angemessene Berücksichtigung der damaligen Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft und der einzelstaatlichen Finanzen.

Abgesehen von einzelnen Schwankungen, von welchen die in den vierziger Jahren eingetretene, auf einen stärkeren Schutz der heimischen Produktion abzielende Strömung Erwähnung verdient, verblieb es während der ersten beiden Vertragsperioden des Zollvereins im wesentlichen bei den ursprünglichen zoll- und handelspolitischen Grundlagen des Vereins.

Die Verfassung des Zollvereins mit dem vertragsmäßigen Erfordernis der Übereinstimmung sämtlicher Vereinsmitglieder stand einer autonomen Fortbildung des Tarifs hindernd entgegen. Es ist deshalb erklärlich, daß wesentliche Änderungen des Tarifs erst auf dem Wege des Abschlusses von Zoll- und Handelsverträgen mit fremden Staaten zustande kamen.

In beschränktem Maße war dies zunächst bei dem österreichisch-deutschen Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 der Fall, da neben den im Zwischenverkehr mit Österreich gewährten Zollerleichterungen der allgemeine Tarif als Regel für den Verkehr mit dem übrigen Auslande in Kraft blieb. Dagegen wurde vom 1. Juli 1865 ab das Ergebnis der Vertragsverhandlungen mit auswärtigen Staaten, insbesondere Frankreich und Österreich, maßgebend für den gesamten deutschen Zolltarif. Was jenen Staaten vertragsmäßig zugesichert war, wurde ohne Vorbehalt differentieller Behandlung anderer Staaten in den allgemein gültigen Tarif vom 1. Juli 1865 aufgenommen. Das gleiche fand nach Abschluß des Handelsvertrags mit Österreich im Jahre 1868 statt.

Die frühere Organisation des Zollvereins hätte den Versuch aussichtslos erscheinen lassen, vor dem Abschlusse der Handelsverträge durch autonome Vereinsgesetzgebung eine für die Vertragsverhandlungen günstigere Grundlage zu schaffen. Es erübrigte daher nichts anderes, als auf Grund des aus älterer Zeit überkommenen Tarifs mit den fremden Staaten in Unterhandlung zu treten. Da letztere Gewicht auf vermehrte Erschließung des deutschen Marktes legen mußten, so war es unvermeidlich, daß die auf die Handelsverträge gegründete Tarifentwickelung des Zollvereins zu allmählicher Abminderung des früheren Schutzes der einheimischen Produktion führte. Nur teilweise und nicht durchweg im wünschenswerten Maße konnte hierfür durch Anbahnung größeren Absatzes deutscher Produkte im Auslande Ersatz geschaffen werden.

In dieser Weise hat die deutsche Tarifpolitik eine Wendung genommen, welche die Rücksicht auf die einheimische Produktion und insbesondere auf die Sicherung des einheimischen Marktes für dieselbe in den Hintergrund treten ließ. In volkswirtschaftlicher Hinsicht konnte diese Politik auf die Dauer nur unter zwei Voraussetzungen dem Interesse der Nation entsprechen. Erstens mußten die übrigen Staaten, mehr und mehr dem von Deutschland bei den Vertragsabschlüssen gegebenen Beispiele folgend, das Exportinteresse über die Sicherung des einheimischen Marktes stellen. In der Tat war diese Hoffnung in politischen wie in volkswirtschaftlichen Kreisen bis vor wenig Jahren weit verbreitet. Auch im Zollparlament und noch im Reichstag traten, wenn auch nicht unbestritten, gleiche Anschauungen so stark hervor, daß von deutscher Seite in den Tarifänderungen von 1870 und 1873 auf dem Wege der autonomen Gesetzgebung noch unter die den Vertragsstaaten zugesicherten Tarifsätze heruntergegangen wurde. Heute besteht nach der Lage der fremden Zollgesetzgebung und den Tarifprojekten verschiedener Staaten darüber kein Zweifel, daß diese erste Voraussetzung der seit 1865 maßgebenden deutschen Tarifpolitik nunmehr hinfällig ist.

Die zweite Voraussetzung, unter welcher die dauernde Beibehaltung jener Tarifpolitik gerechtfertigt werden konnte, besteht darin, daß keine für Deutschland ungünstige Änderung in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der Nationen gegenüber dem Zustande zur Zeit des Abschlusses der Handelsverträge in den sechziger Jahren eintrat. Auch diese Voraussetzung ist nicht eingetroffen. Die großartige Entwickelung der Verkehrsanstalten hat die Produktionsstätten und Absatzgebiete wesentlich anders gestaltet als vor zehn oder zwanzig Jahren. Der einheimische Absatz der wichtigsten deutschen Produkte der Land- und Forstwirtschaft wie der Industrie ist durch eine Massenproduktion des Auslandes und die erleichterte Ableitung derselben auf den deutschen Markt in einer Weise bedroht, wie es noch vor kurzer Zeit nicht vorausgesehen werden konnte. Dazu kommt weiter, daß umgekehrt die fremden Nationen vielfach — es genügt, an Nordamerika zu erinnern — gelernt haben, durch die Zollgesetzgebung und die Schaffung einer eigenen Industrie die Einfuhr aus Deutschland zu entbehren.

Der bisherige, im wesentlichen auf den Vertragsverhandlungen mit Österreich und Frankreich beruhende deutsche Tarif ist deshalb — wenn auch zur Zeit seiner gesetzlichen Feststellung mancher gute Grund für denselben geltend gemacht werden konnte — unter den gegenwärtigen Verhältnissen in volkswirtschaftlicher Beziehung nicht mehr genügend.

Waren die vorstehend angeführten Gründe entscheidend dafür, daß die verbündeten Regierungen das Bedürfnis einer umfassenden Reform des Zolltarifs anerkannten, so zeigten sie zugleich im wesentlichen die Art und Weise an, wie die Reform des Tarifs auszuführen sei.

Hinsichtlich des finanziellen Zwecks der Reform konnte die Frage entstehen, ob derselbe nicht in der Weise zu erreichen wäre, daß — neben der gleichzeitig in Aussicht genommenen höheren Besteuerung von Bier und Tabak — nur einzelne Artikel, welche dazu besonders geeignet erscheinen, als Gegenstände höherer Zollbelastung behandelt würden. Allein abgesehen davon, daß sich eine scharfe Grenzlinie zwischen sogenannten Finanzzöllen und sogenannten Schutzzöllen überhaupt nicht ziehen läßt, so mußte es auch aus anderen Gründen rätlicher erscheinen, die erforderliche Vermehrung der Reichseinnahmen

aus den Zöllen nicht durch eine sehr starke Belastung einiger weniger Artikel, sondern durch eine größere Reihe von mäßigen Zollbelegungen und Zollerhöhungen zur Verwirklichung zu bringen. Ein solches System der Tarifreform schließt sich der besonderen Natur der deutschen Verhältnisse an, weil gerade in der Mannigfaltigkeit der zur Besteuerung herangezogenen Gegenstände die Gewähr dafür liegt, daß trotz der in den einzelnen Staaten des Reichs sehr verschiedenartig gelagerten Konsumtionsverhältnisse keine einseitige Überlastung bestimmter Gebietsteile eintrete. Nur bei diesem Verfahren erschien es möglich, die unentbehrliche breite Grundlage für die deutsche Steuerreform zu gewinnen, durch welche eine Erleichterung auf dem Gebiete der direkten Steuern gesichert wird.

Auch die bei der Tarifrevision in Betracht kommenden volkswirtschaftlichen Rücksichten konnten nur dann zur vollen Geltung gelangen, wenn die Revision sich von vornherein auf alle Positionen des Zolltarifs erstreckte.

Im Hinblick auf die oben geschilderte Lage der deutschen Industrie, sowie der deutschen Land- und Forstwirtschaft handelt es sich nicht darum, nur einzelnen Industriezweigen durch besondere Schutzzölle zu Hilfe zu kommen, sondern vielmehr darum, der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markte zu gewähren, soweit überhaupt nach der Lage der betreffenden Produktionszweige die Gewährung eines solchen Vorzugs angemessen erscheint.

In diesem Sinne wurden die sämtlichen Positionen des Zolltarifs von der dazu niedergesetzten Kommission einer Prüfung unterstellt.

Die letztere führte zunächst bei den wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Produkten zu dem Vorschlage der Wiedereinführung mäßiger Zölle, deren eingehende Motivierung zu den betreffenden Positionen des Tarifs gegeben ist.

Unter den gleichen Gesichtspunkten wurde die Lage der verschiedenen deutschen Industriezweige gewürdigt. Auch hier ergab sich, daß verschiedenartige Anordnungen des bisherigen Tarifs im volkswirtschaftlichen Interesse geboten waren.

Die bereits oben erwähnte Verschiebung in der ökonomischen Machtstellung der Nationen, verbunden mit mannigfaltiger Überproduktion in anderen Ländern, mußte es bedenklich erscheinen lassen, der fremden Industrietätigkeit den deutschen Markt in dem gleichen Maße zugänglich zu lassen wie bisher. Es kam dabei insbesondere in Betracht, daß in anderen Ländern, und auch in solchen, die schon bisher vom Freihandel viel weiter entfernt waren als Deutschland, das Bestreben zutage tritt, der inländischen Produktion durch erhöhte Zölle in erster Linie den Absatz auf dem einheimischen Markte zu sichern.

Während die Vereinigten Staaten von Amerika schon seit längerer Zeit ihrer Industrie einen solchen Schutz erfolgreich haben zuteil werden lassen und Rußland seit dem 1. Januar 1877 durch die vorgeschriebene Zahlung der Zölle in Gold die fremden Waren höher belastet hat, haben Österreich-Ungarn und Italien bei dem Ablaufe der Handelsverträge Anlaß genommen, die Wareneinfuhr durch neu festgestellte allgemeine Tarife zum Teil beträchtlich zu erschweren, und auch in Frankreich — welches seinerseits unter dem Schutze der Handelsverträge den Schutz der nationalen Arbeit festzuhalten gewußt hatte — sind weitere Erwägungen über Anpassung des Zollsystems an die Bedürfnisse der einheimischen Erwerbstätigkeit im Gange.

Da die gegenwärtige Notlage der deutschen Industrie nicht erst in neuester Zeit entstanden ist, so fehlte es nicht an Material zur Beurteilung der berechtigten Ansprüche der Industrie an die deutsche Zollpolitik. Über zwei der wichtigsten, von dem Notstande ganz besonders betroffenen Industriezweige standen überdies die Ergebnisse der von den verbündeten Regierungen bereits im Sommer vorigen Jahres eingeleiteten planmäßigen Untersuchungen zur Verfügung.

Das Ergebnis der Prüfung der Bedürfnisse, welche für die einzelnen Industriezweige vom volkswirtschaftlichen Standpunkte geltend gemacht wurden, ist in den einschlägigen Positionen des Tarifs enthalten und weiter unten motiviert. Als Gesamtresultat darf hier folgendes bezeichnet werden:

Der einheimischen industriellen Produktion soll da, wo ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen ist, ein etwas höherer Schutz als bisher gewährt werden. Im ganzen aber soll derselben mehr als ein mäßiger Vorsprung vor der fremden Konkurrenz nicht eingeräumt werden. Auch ist überall sorgsam in Erwägung gezogen, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie erhalten und durch Sicherung des einheimischen Marktes angemessen verstärkt werde.

Da die Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs von den verbündeten Regierungen zu dem Zwecke erstrebt wird, um den Einzelstaaten finanzielle Erleichterungen und die Möglichkeit von Reformen auf dem Gebiete des direkten Steuerwesens zu gewähren, so würde es von großem Interesse sein, den Gesamtbetrag der Mehreinnahmen zu kennen, welche von den vorgeschlagenen Änderungen des Zolltarifs zu erwarten sind. Diesen Gesamtbetrag auch nur mit annähernder Sicherheit zu berechnen, hat sich jedoch als unmöglich ergeben. Die Verminderung der Einfuhr, welche infolge der Einführung oder Erhöhung von Zöllen zu erwarten ist, wird bei den verschiedenen, hierbei in Betracht kommenden Artikeln in ganz verschiedenem Maße stattfinden.

Das Gesamtergebnis der vorzunehmenden Zollerhöhungen entzieht sich jeder auch nur annähernd sicheren Berechnung in allen den Fällen, wo die Gegenstände der Verzollung früher frei eingingen. Verschiedene Versuche von Abschätzungen haben Resultate geliefert, welche zwischen 30 und 100 Millionen Mark schwanken, ohne daß für das eine Extrem mehr Sicherheit wie für das andere vorläge, so daß sogar darüber hinausgehende Übertreibungen in der Presse ebenfalls jedes Maßstabes und jeder Kontrolle entbehren. Nur da, wo die früher bestandenen Zölle erhöht worden sind, liefern die Listen wirkliche Anhaltspunkte, die aber immer unsicher bleiben, weil der Rückschlag der Zollerhöhung nicht zu berechnen ist.

Bei allen bisher unverzollten Artikeln haben die vorliegenden statistischen Nachrichten keinen Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit. Sie gehen in wesentlichem, zum Teil schon jetzt nachweisbaren Umfange mit den kontrollierenden Angaben der Eisenbahnen auseinander. Die eingeführten Massen zollfreier Waren sind natürlich nicht gemessen und gewogen. Noch weniger läßt sich die Ausfuhr feststellen, am wenigsten die Durchfuhr. Ertragsschätzungen, für welche die Regierungen die Verantwortlichkeit übernehmen könnten, lassen sich unter diesen Umständen schon deshalb nicht vornehmen, weil die Richtigkeit der über die Einfuhr gemachten statistischen Angaben amtlich nicht gewährleistet werden kann.

36. Sitzung des Deutschen Reichstags.

2. Mai 1879.

Fürst Bismarck eröffnet die Diskussion über die Zollvorlage mit folgender programmatischer Rede:

Wenn die verbündeten Regierungen durch ihre Vorlagen und durch die Motive dazu die Debatte eröffnet, das erste Wort gesprochen haben und die Erwiderung darauf erwarten dürfen, so ist es mir doch nach der Stellung, welche ich zu diesen Vorlagen von Hause aus genommen habe, ein Bedürfnis, auch diese Stellung persönlich mit wenigen einleitenden Worten zu rechtfertigen und meine Auffassung der Gesamtvorlagen, ihrer Motivierung und ihrer Notwendigkeit in kurzem vor Ihnen darzulegen.

Das Bedürfnis einer Finanzreform in Deutschland ist ja ein altes und nicht bloß seit der Zeit vorhandenes und lebendiges, seit wir mit dem Worte Deutschland wieder einen staatlichen Begriff verbinden, sondern es war meines Erachtens lange vor 1866, es ward seit 1848 vielleicht in allen Landesteilen, namentlich aber in dem größten Bundesstaat, in Preußen, lebhaft empfunden.

Unsere Finanzgesetzgebung, ich spreche nicht von der wirtschaftlichen, hat seit den Jahren 1818 und 1824, in Preußen wenigstens — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihrer Beziehung zur Reichsfinanz spreche, hier nur über meine engere Heimat mit Sicherheit urteilen — in Preußen also, sage ich, hat diese Gesetzgebung, vom finanziellen Standpunkt beurteilt, geruht; die Gesetze, die seit 1824 mit Ausnahme der untergeordneten in Preußen erschienen sind, waren mehr von politischer als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommensteuer, die im Jahre 1851 eingeführt wurde, und die einem, wie ich gern zugestehe, berechtigten Verlangen entsprach, die größeren Vermögen in höherem Maße als bei der alten Klassensteuer heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grundsteuer und die Gebäudesteuer, im übrigen aber ist meines Wissens vom preußischen Finanzministerium eine Initiative zu irgendeiner finanziellen Reform der seit 1824 gültigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungene. Es erklärt sich das ja durch das Verhältnis, in welchem die Staaten zum Zollverein standen, und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Teils dieser Epoche, wenigstens bis zu Anfang der fünfziger Jahre; der Zollverein, der den Schlüssel zu den indirekten Steuern besaß, war eine lösbare Schöpfung, die sich auf dauernde Steuerverfassungen nicht wohl einrichten konnte, da alle zwölf Jahre ihre Existenz in Frage gestellt wurde, und dieser mehr äußerliche Umstand rechtfertigt logisch die Tatsache, daß die Ausbildung unseres indirekten Steuerwesens im Vergleich mit anderen europäischen Ländern in dieser Zeit wesentlich zurückgeblieben ist.

Ich bitte, die wirtschaftliche Seite der Sache und die finanzielle hierbei nicht zu konfundieren, ich habe zunächst bloß die finanzielle in Aussicht.

Eine Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie es in anderen Staaten geschieht, trat erst ein mit der Schöpfung des Norddeutschen Bundes, des Zollvereinsparlaments, respektive des Deutschen Reichs.

Wenn ich für meine Person nicht damals der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in politischen Ge-

schäften und auch zum Teil in der mangelnden Gesundheit lagen, dafür anführen, daß ich es nicht als eine Aufgabe betrachtete, die in erster Linie dem Reichskanzler obläge, eine finanzielle Reform anzubahnen; es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Auffassung bewegt, indem Sie sich erinnern, daß der erste Versuch einer finanziellen Reform, bei dessen Anregung ich beteiligt war, sich entwickelte in dem sogenannten Steuerbukett des königlich preußischen Finanzministers Freiherrn von der Heydt, der selbst und persönlich für die Sache eintrat; seine Vorlage wurde hauptsächlich mit der Motivierung abgelehnt, daß einzelne Finanzmaßregeln dem Lande nicht nützlich wären, sondern daß es notwendig sei, eine volle, durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern in den Finanzen vorzunehmen. Ähnlich sind demnächst einzelne Vorlagen des Nachfolgers des Ministers von der Heydt, des Ministers Camphausen, mit ähnlichen Gründen bekämpft worden. Für mich war, wenn ich der Sache persönlich nahe treten sollte, eine Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren Bundesstaaten und namentlich mit dem Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befände, da ich vorgehen wollte nicht auf die Gefahr hin, die Stimmen meiner preußischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahre nicht vollständig der Fall, und soweit es prinzipiell der Fall war, war doch eine Einigung in concreto nicht zu erreichen. Nachdem diese für mich unerläßliche Vorbedingung hergestellt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem andere noch mehr wie ich überzeugt waren, daß es mir persönlich eigentlich nicht oblag. Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineinarbeitete, von der Notwendigkeit der Reform nur um so voller überzeugt und namentlich von ihrer Dringlichkeit.

Der heutige Zustand der deutschen Gesamtfinanzen, worunter ich nicht bloß die Reichsfinanzen, sondern die Gesamtheit der Finanzen des Reichs und der einzelnen Länder verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht getrennt behandeln und betrachten — ist derart, daß er meines Erachtens auf das dringlichste zu einer baldigen und schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nötigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfnis der finanziellen Selbständigkeit des Reiches. Dieses Bedürfnis ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für denjenigen, der in dieser beschäftigten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen nachzulesen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht so weit wie er in seinen Bezeichnungen; er nannte damals die Matrikularumlagen — die Umlagen, wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind.

Diesem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrikularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Verteilung, wie damals Herr Miquel sagte: 30 000 oder, wie er sagte, 100 000 Bewohner von Thüringen oder Waldeck können nicht ebensoviel bezahlen an Matrikularbeiträgen, wie 30 000 oder 100 000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Konsolidation des Reiches, der wir ja alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrikularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden; sie würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unbequemen Weise zu geben hatten.

Ein zweites Motiv, weshalb mir der gegenwärtige Zustand der Änderung notwendig bedürftig erscheint, liegt in der Frage: Ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse notwendig aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgelegt, in welcher sie am leichtesten zu tragen wäre, oder ist sie es nicht? Diese Frage muß ich nach meiner Überzeugung verneinen, und, wie Sie aus der Vorlage ersehen werden, wird sie von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit absolut verneint. Wir erstreben überhaupt nicht einen höheren Ertrag, eine höhere finanzielle Einnahme, insoweit nicht der Reichstag und die Landtage die Notwendigkeit mit uns erkennen und Ausgaben votieren, zu deren Deckung die Mittel beschafft werden müssen. An sich wüßte ich nicht, was das Reich mit einem Überschuß an Geldern anfangen sollte; wir haben es gehabt an den Milliarden und sind bei der Verwendung derselben in eine gewisse Verlegenheit geraten.

Diesen Zustand aber künstlich auf Kosten der Steuerpflichtigen zu erzeugen, indem wir in jedem Jahre mehr einnehmen als ausgeben, kann einer vernünftigen Staatsverwaltung an sich nicht zugemutet werden. Der Verdacht, der in dieser Beziehung stellenweise in der Presse ausgesprochen wird, ist ungerecht und, ich kann sagen, absurd. Wir verlangen nicht mehr, als wir jetzt haben, und als wir nach Ihrem und der Landtage Votum mehr haben sollen, wir wünschen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Votum notwendig aufgebracht werden muß, in der Form aufgebracht werde, in welcher es für die Kontribualen am leichtesten zu tragen ist. Die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß in dieser Beziehung die bei uns vermöge der Verhältnisse, die ich vorhin nannte, im Zollverein so lange vernachlässigte Quelle der indirekten Steuern diejenige ist, welche das Tragen der Last, der wir uns in irgendeiner Weise unterziehen müssen, am meisten erleichtern kann. Ich werfe also dem jetzigen Zustande vor, daß er zu viel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich strebe danach, direkte Steuern abzuschaffen und das Einkommen, was sie gewähren, durch indirekte Steuern zu ersetzen. Wenn ich auch hier nur mein näheres Heimatland, Preußen, in das Auge fassen kann, zweifle ich doch nicht, daß in den meisten, vielleicht in allen Bundesstaaten ähnliche Verhältnisse stattfinden werden. Die Belastung der direkten Steuern hat meines Erachtens in Preußen eine Höhe erreicht, mit Hilfe der Zuschläge, die für die Provinz, den Kreis, die Gemeinde erfordert werden, daß diese Höhe nicht fortbestehen kann, und daß, wo irgendwie wegen Ausdehnung der Selbstverwaltung oder aus anderen Gründen größere Kosten erforderlich sind, diese nach jetzigem System nicht aufgebracht werden können. Ich kann ja über das, was ich in Preußen erstrebe, kein bestimmtes Programm aufstellen, ich

kann nur sagen, für welches Programm ich meinen Einfluß in Preußen, soweit er reicht — und er ist geringer, als die meisten annehmen —, geltend machen werde. Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer bisher etwa 40 Millionen Mark, an Gebäudesteuer in diesem Augenblick — es pflegt ja bei ihr von Zeit zu Zeit eine Erhöhung einzutreten — ich weiß nicht, ob wir 21 Millionen jetzt schon bezahlen oder bezahlen sollen. Die Erhöhung dieser Gebäudesteuer schwebt über den Besitzern der städtischen und ländlichen Gebäude fortschreitend, so wie früher vor der Kontingentierung die Klassensteuer; diese beiden Posten schon, zusammen etwa 60 Millionen, wären meines Erachtens der Provinz, dem Kreis und der Gemeinde zu überweisen und diese dadurch von der Notwendigkeit zu entbinden, in der sie sich befinden, gerade zu dieser Steuer und anderen ähnlichen Zuschläge zu zahlen, die in einzelnen Gemeinden mehrere hundert Prozent betragen. Ich will nicht von Berechnungen sprechen, die mir vorliegen, nach welchen die städtischen Budgets einzelner Städte, und zwar der 170 größten Städte, von 100 Prozent, respektive bis über 2000 Prozent der direkten Steuern aufzubringen haben. Ich vermute, daß darin manche Lasten sein werden, wie der Ankauf von Gas- und Wasserleitungen, die eigentlich nicht zu den Steuern gehören; immer aber ist gewiß, daß die Zuschlagsteuern in einzelnen Gemeinden 400—500 Prozent betragen, in städtischen Gemeinden. Da ist eine Erleichterung meines Erachtens ganz unabweislich, und, wenn man die genannten beiden Staatssteuern, zu denen sie Zuschläge zahlen, überweist, so würde man ungefähr 60 Millionen Mark überweisen, während die Zuschläge, die sie bisher bezahlen, 58 betragen, was sie aber nicht hindert, daß sie außerdem noch Kommunalsteuern im Gesamtbetrage, zu diesen hinzugerechnet, von 139 Millionen aufbringen, und daß dabei, wie ich glaube, die 26 Millionen, die für Kreis- und Provinzsteuern in den östlichen Provinzen gezahlt werden, noch nicht mit eingerechnet sind, daß also noch lange nicht eine Kostenfreistellung der Gemeinden stattfindet, aber doch eine wesentliche Sublevation.

Dann glaube ich, daß — immer nur von Preußen und denjenigen, die gleiche Steuern mit Preußen haben, gesprochen — daß die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen soll, soweit sie vom Staate erhoben wird. Wollen einzelne Gemeinden sie für sich erheben, so ist das ihre Sache; aber ich könnte unter Umständen sogar für ein Gesetz stimmen, welches den Gemeinden das untersagt; denn ich halte diese direkte Steuer, auf Klassen gelegt, welche überhaupt mit der Not des Lebens nach ihrer Vermögenslage zu kämpfen haben, Klassen bis zu 1000 Talern Einkommen, wobei diese 1000 Taler Einkommen nicht der Arbeiter hat, der in Kleidung und Wohnung nicht geniert ist, sondern es muß dafür Steuer zahlen, der mit diesen 1000 Talern Einkommen seine Stellung schon schwer aufrechterhalten kann. Diese Art direkter Steuer, die nach mehr oder weniger Willkür des Veranlagenden von jemand erhoben wird, die er bezahlen muß, nicht nach seine Bequemlichkeit, sondern zu einem bestimmten Termin, wo die Exekution, wo die ganze Schmach der Exekution vor den Nachbarn, vor seinen Augen steht, wenn er sie nicht zahlt, eine Steuer, die mehr als irgendeine andere denjenigen, die die Erregung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sich zu ihrer Aufgabe stellen, zum Mittel und Hebel dient — diese Steuer sollte meines Erachtens vollständig wegfallen, am allermeisten in großen Städten wegfallen, wo man sie für die vielvermißte Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt hat.

Ich stimme, wobei ich von Hause aus erklären muß, daß ich für dieses Detail der Zustimmung der preußischen Kollegen nicht sicher bin und auch nicht sage, ich stehe und falle mit diesem Programm, sondern ich sage, es ist ein Ziel, nach dem ich strebe, und für das ich die Zustimmung meiner preußischen Kollegen zu gewinnen suchen werde.

Mir ist in den westlichen europäischen Staaten eine ähnliche Steuer wie die Klassensteuer, eine direkte Steuer auf diese vermögenslosen und zum Teil mit den Schwierigkeiten der Zeit in übler Lage kämpfenden Klassen der Staatsbürger nicht bekannt; nur in Rußland ist mir in Erinnerung die Kopfsteuer, die, wie mir vorschwebt, 112 oder 118 Millionen Rubel jährlich beträgt, also wächst der Branntweinsteuer der stärkste Posten des russischen Einnahmebudgets, eine Steuer, die pro Kopf zwischen 1 Rubel 18 Kopeken und 2 Rubel variiert — diese Steuer, die einzige, die mir in ähnlicher Weise bekannt ist — und wo die Sicherheit, mit der sie eingeht, doch nur dadurch verbürgt ist, daß jede Gemeinde solidarisch verantwortlich ist für die Steuerquote, die auf sie fällt wie auf die gesamten, der Gemeinde angehörigen Individuen, und daß die Gemeinde ausgepfändet wird vom Staate, wenn die Steuer nicht bezahlt wird. Daher ist die Steuer eine verhältnismäßig sicher eingehende; nichtsdestoweniger habe ich, ich weiß nicht, ob aus Zeitungen, aber jedenfalls aus den mir zugänglichen Berichten die Nachricht, daß die russischen Finanzmänner diese direkte Steuer für hart halten, die einzige, die sie haben, und damit umgehen, sie durch indirekte Steuern zu ersetzen. Ein Staat wie Rußland, der augenblicklich nach den schweren Kriegen, die er geführt hat, in keiner glänzenden Finanzlage sein kann, trägt doch seinerseits dem Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern so weit Rechnung, daß er sich zur Aufgabe stellt, die einzige große direkte, die er noch heute hat, und die auf dem Volke lastet, zu beseitigen. Ich halte die Klassensteuer für eine Steuer, die abgeschafft werden sollte. Die Einkommensteuer, die mit ihr in Verbindung steht, sollte meines Erachtens in der Weise revidiert werden, daß sie einen geringeren Ertrag gibt als jetzt. Sie gibt jetzt, soviel ich mich erinnere, zirka 31 Millionen Mark, und die Richtung, in der ich ihren Ertrag herabsetzen möchte, ist folgende:

Von dem Einkommen, welches aufhört, klassensteuerpflichtig zu sein, von 1000 bis zu einem Einkommen von 2000 Taler — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich der Kürze und Verständlichkeit wegen noch in Talern, noch nicht in Mark rede — also bei 1000 und 2000 Taler Einkommen sollte meines Erachtens nur fundiertes Einkommen eine Steuer bezahlen. Ich nenne fundiertes Einkommen dasjenige, was erblich übertragbar ist, dasjenige, was aus dem Besitz von zinstragenden Papieren oder Kapitalien oder aus Landgütern und Grundbesitz hervorgeht, und ich möchte dann noch einen Unterschied zwischen verpachteten und selbstbewirtschafteten Grundbesitzen machen, der das Einkommen von Pacht bezieht und nebenher noch ein Geschäft betreiben kann, also günstiger gestellt ist als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts paterna rura bearbeitet. Für die beizubehaltenden Kategorien der Einkommensteuer über 2000 Taler ist meines Erachtens derselbe Unterschied festzuhalten, aber nicht so, daß das täglich zu erwerbende und zu gewinnende Einkommen ganz steuerfrei bleibt, sobald es über 2000 Taler beträgt, daß es aber jedenfalls einen geringeren Satz bezahlt als der jetzige und jedenfalls einen geringeren Satz als das fundierte Einkommen. Wer als Kaufmann, als Industrieller, als Handwerker sich ein Einkommen durch tägliche Arbeit verdient, der Gefahr laufen kann, daß

es ihm morgen verringert wird, welches sich nicht auf seine Kinder übertragen läßt, ist ungerecht besteuert, wenn gerade soviel von diesem Manne bezahlt werden soll, wie von dem, der bloß die Schere zu nehmen und die Kupons abzuschneiden oder bloß eine Quittung zu schreiben braucht für den Pächter, der ihm das Pachtgeld bezahlt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Steuer für das nicht fundierte Einkommen heruntergesetzt werden sollte, und bin ferner der Ansicht, daß ein Staatsbeamter eine staatliche Einkommensteuer nicht bezahlen darf. Es ist das eine unlogische Auflage, die mir als solche schon erschien, wie ich mich erinnere, in der Zeit, wie sie gemacht wurde. Ich kann sie nur identifizieren mit der direkten Steuer, die der Staat etwa auf die Kupons seiner eigenen Schulden legen würde. Er schuldet dem Beamten das Gehalt, zieht ihm aber unter dem Vorwande der Staatssteuer etwas ab — ich spreche nicht von der Gemeindesteuer, es ist der Beamte in einer anderen Lage einer Gemeinde gegenüber — aber vom Staate finde ich es als ein unrichtiges Verfahren, daß er dem Beamten einen Teil des Gehalts als Steuer für den Finanzminister wieder abzieht. Entweder der Beamte ist ausreichend bezahlt, was ich von den wenigsten bei uns sagen kann, oder er ist nicht in dem Fall, oder er ist zu hoch bezahlt. In dem Fall, daß er zu hoch bezahlt ist, mag man ihm einen Teil des Gehalts entziehen; ist er ausreichend bezahlt, so ist es gut, ist er aber nicht ausreichend bezahlt, so ist es eine außerordentliche Härte, ihm durch die Steuer noch einen Teil des Gehalts zu verkürzen.

Ich bin in diesem Teile meines Vortrages etwas weitläufiger geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß über die Absichten der Reichsregierungen — ich bin ja nicht die Reichsregierung, es gibt nur Reichsregierungen — der Reichsregierungen nach dieser Richtung, nach der Richtung der Verwendung dessen, was einkommen könnte, dessen, was durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge flüssig werden würde, daß darüber die verschiedensten und wunderlichsten Meinungen bestehen. Es wird jedem Staate überlassen sein können, mit seinem Landtage darüber sich zu einigen, was er mit den disponibel werdenden Einnahmepositionen zu machen hat, in dem Falle, daß er keine Matrikularbeiträge mehr bezahlt, in dem noch günstigeren, von mir erhofften und erstrebten Falle, daß das Reich in der Lage sein wird, aus seinen indirekten Einnahmequellen noch an die einzelnen Staaten herauszuzahlen; also, was der einzelne Staat mit seiner Quote anfängt, wird er mit seinem Landtage abzumachen haben. Ich habe beispielsweise dargelegt, was mir, da ich zugleich preußischer Minister bin, in Bezug auf Preußen vorschwebt. Ich will nicht sagen, daß es sofort und glatt zu geschehen hätte, aber worauf ich meine Bestrebungen in Preußen richten werde, ohne daß meine Wünsche gerade absolut, schnell und vollständig befriedigt werden müssen; ich arbeite nach der Seite hin.

Ich komme dann auf einen anderen Mangel, an dem meines Erachtens die Erhebung unseres Einkommens leidet, und ich muß mich leider auch da mehr auf die preußischen Verhältnisse einschränken, da die Verhältnisse im ganzen Reich zu ungleichartig sind; indessen das, was für Preußen gültig sein wird, hat mutatis mutandis auch in allen nördlichen Staaten Geltung, die der preußischen Gesetzgebung seit längerer Zeit parallel gegangen sind, vielleicht auch in den südlichen. Es ist das die ungleiche Verteilung der Last, wie sie jetzt vorhanden ist, zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen. Der ländliche und der städtische Grundbesitz sind durch die Art, wie heutzutage die finanziellen Bedürfnisse in Preußen erhoben werden, wesentlich prägraviert im Vergleich mit dem beweglichen

Besitz. Die Steuern, die ich vorher anführte als neu eingeführt, zu denen die Grundsteuer kaum gehört — denn die Grundsteuer hat seit dem Jahre 1861 für den Staat kaum eine Erhöhung erlitten, sie ist anders verteilt worden, die Erhöhung ist wenigstens verhältnismäßig geringfügig — diese Steuern treffen ja mit ihrem Hauptgewicht den Grundbesitz.

In den Reden, die wir avant la lettre hier über die Fragen gehört haben, die uns heute beschäftigen, und in den Artikeln der Zeitungen ist ja sehr viel von der Notwendigkeit wohlfeilen Getreides und wohlfeiler Nahrungsmittel die Rede. Ich weiß nun nicht, ob es gerade ein Mittel gewesen ist, diese Wohlfeilheit herbeizuführen, wenn man den inländischen Getreideproduzenten mit einer Grundsteuer belegte, die 10 Prozent des Reinertrages nominell, ich will sagen, in Wirklichkeit nur 5 Prozent des damaligen höheren Reinertrags, aber da, wo eine Verschuldung auch nur bis zur Hälfte ist, ein Fall, der leider bei uns sehr häufig ist in großen und kleinen Besitzungen, doch 10 Prozent beträgt.

Derselbe Landwirt, der diese Grundsteuer bezahlt und sie abrechnen muß von dem Ertrag des von ihm zu Markt gebrachten Getreides, der hat außerdem nun noch für die landwirtschaftlichen Gebäude, die er braucht, eine Gebäudesteuer zu zahlen, in der eine gewisse Schraube liegt, die alle Jahre wächst und, ich weiß nicht, wie hoch noch wachsen wird, wenn sie nicht kontingentiert wird, und wo meiner Erfahrung nach unter Vorwänden, die ich mir nicht aneignen möchte — Zunahme der Nutzung bei Zurückgang der ganzen Landwirtschaft —, fast in jedem Jahre Erhöhungen vorkommen.

Dieselbe Gebäudesteuer schlägt also nochmals denselben Rohproduzenten, der durch die Grundsteuer betroffen ist. Dann kommt die Einkommensteuer, die ohne Rücksicht darauf, daß sein Einkommen aus Grund und Boden durch die Grundsteuer schon einmal und durch die Gebäudesteuer zum zweitenmal besteuert worden ist, ihn für dasselbe Einkommen aus den Gebäuden belastet, die wesentlich nur das Handwerkszeug zur Benutzung des Grundes und Bodens sind, für den er auch bereits steuert. Es ist dies nicht nur eine doppelte Steuer, es ist eine dreifache Besteuerung desselben Einkommens.

Die Besteuerung, soweit sie in der Grundsteuer liegt, beläuft sich also auf 5 Prozent bei einem schuldenfreien Gute, auf 10 Prozent bei einem Gute, was zur Hälfte verschuldet ist. Die Gebäudesteuer beträgt etwas über die Hälfte der Grundsteuer; sie ist auf 21 Millionen Mark gewachsen. Man kann also annehmen, daß auch sie, wenn nicht ganz den halben Betrag der Grundsteuer, doch mindestens 2 bis 5 Prozent auch von dem Ertrage des Getreidebaues vorweg nimmt, soweit sie auf landwirtschaftlichen Gebäuden beruht. Die Einkommensteuer nimmt sicher ihre 3 Prozent davon. Sie haben also, wenn Sie das addieren, in der Minimalposition, die ich angenommen habe, eine Belastung der inländischen Getreideproduktion von 5, von 2 und von 3, macht 10 Prozent für den unverschuldeten Grundbesitz. Ist er zur Hälfte verschuldet, so steigt diese Belastung auf gegen 20 Prozent, und die Verschuldungen, die vorhanden sind, wollen Sie doch den Leuten nicht so hoch anrechnen und nicht als Ergebnis der Verschwendung. Sie können zurückgehen auf die Entstehung der meisten Schulden. Wenn sie nicht aus Güterteilung entstanden sind, sowohl bei den Bauern- wie bei den Rittergütern, so haben sie zum größten Teil ihren Ursprung in den Verwüstungen, denen Norddeutschland, und namentlich das nordöstliche Deutschland, in den französischen Kriegen im Anfang dieses Jahrhunderts ausgesetzt gewesen ist, und in der allgemeinen Ratlosigkeit und Not, in die die Besitzer der östlichen

Landesteile gerieten, als ihnen durch die Ablösungsgesetze, jene vernünftigen Gesetze, aber für den Augenblick schwer drückenden, die vorhandenen Arbeitskräfte entzogen wurden, sie neue nicht bekamen und hatten kein Kapital! Also man kann die vorhandene Verschuldung mehr dem politischen Gange zurechnen, den Bestrebungen, die Preußen für die Stellung, die es hat und die schließlich zur Konsolidierung des gesamten Deutschlands geführt hat und dem gesamten Deutschland zugute gekommen ist, verfolgt hat. Für diese selbe Aufgabe ist der an und für sich kümmerliche Grundbesitz der östlichen Provinzen vielfach im Feuer der Verschuldung gewesen. Ich überlasse das den Statistikern — ich bin kein Freund von statistischen Zahlen, weil ich den Glauben an sie bei näherem Studium verloren habe — (sehr richtig!), aber ich überlasse es den Statistikern, zu erwägen, wie es sich auf den Scheffel Roggen ausrechnen läßt, diese zirka 10 bis 20 Prozent an Staatssteuern, die der Grundbesitz vorweg zu tragen hat im Vergleich mit dem beweglichen Einkommen, welches seinerseits nur 3 Prozent Einkommensteuer bezahlt. Rechnen Sie zu beiden noch dazu die kommunalen, Kreis- und provinzialen Zuschläge: Sie werden mir zugeben, daß 100 Prozent Zuschlag günstige Verhältnisse sind, und daß diese Zuschläge in den ackerbautreibenden Provinzen vorzugsweise auf der Landwirtschaft ruhen: so haben Sie für die einheimische Landwirtschaft eine Besteuerung der Getreideproduktion, die zwischen 20, 30, ja selbst mehr Prozent variiert, und demgegenüber findet die Einfuhr alles ausländischen Getreides unverzollt statt. Wenn es wirklich ein Glück einer Nation ist, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben, und wenn das rechtzeitig erkannt wäre, etwa im Jahre 1861, wie die Grundsteuer eingeführt wurde, so sollte man annehmen, daß man damals anstatt der Grundsteuer eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gezahlt hätte und, wenn man keine Prämie zahlte, es doch im höchsten Interesse der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländische Getreidebau mindestens steuerfrei wäre, damit er recht wohlfeil den Konsumenten versorgen könne. Statt dessen ist kein Gewerbe im ganzen Lande so hoch besteuert wie die Landwirtschaft. Bringen Sie die Landwirtschaft heute herunter auf die Gewerbesteuer, auf die durchschnittliche Steuer jedes anderen Gewerbes, und Sie werden sie um mindestens drei Viertel dessen, was sie heute trägt, erleichtern müssen, vielleicht um sehr viel mehr.

In allen anderen Produktionen ist die erste Aufgabe des Gesetzgebers auch schon früher immer gewesen, den inländischen Produzenten etwas besser zu behandeln als den fremden. In den landwirtschaftlichen Produkten ist es gerade umgekehrt. Es ist vielleicht der Glaube an die Unerschöpflichkeit der Bodenrente, daß der Boden immer noch etwas bringt, weil nur ein Mann, der ihn selbst im Schweiße seines Angesichts bebaut hat, die Grenzen kennt, in denen der Boden noch rentiert. Es ist vielleicht auch das Gefühl, daß die Repräsentanten und Interessenten der Landwirtschaft hauptsächlich die wenigen Besitzer von Latifundien seien, die man hier in Berlin unter Umständen, sei es im Reichstage, sei es bei Borchardt oder sonst wo zu sehen bekommt (Heiterkeit), und die, weil sie reiche Leute sind, auch noch reiche Leute im allgemeinen Notstand bleiben — daß das die Repräsentanten der Landwirtschaft wären.

Meine Herren, es gibt in ganz Preußen nur 15 000 Rittergüter, und wenn ich annehme, daß davon 3000—4000 wohlhabenden Leuten gehören, so ist es recht viel. Es gibt aber in Preußen allein und im Reiche noch mehrere Millionen Grundeigentümer. Die

statistischen Nachrichten sind so widersprechend, so ungenau und wie mir scheint, so absichtlich und tendenziös gruppiert (sehr richtig! rechts), daß es sehr schwer wäre, die Zahl der Grundeigentümer herauszufinden, aber auf drei bis vier Millionen belaufen sie sich ganz sicher. Diese Grundeigentümer haben ihre Angehörigen, und das Wohl und Wehe dieser Masse der Bevölkerung, mögen Sie sie auf zwei Fünftel oder drei Fünftel der Nation veranschlagen — auch darüber hat die Statistik keine Sicherheit — ist es, das meines Erachtens vom Gesetzgeber Gerechtigkeit und gleiche Behandlung mit den übrigen Gewerben verlangt.

Es ist ferner ein vierter Vorwurf, den ich der augenblicklichen Gesetzgebung mache, und das ist ja einer der gewichtigsten, der uns vielleicht in unseren Diskussionen mehr beschäftigen wird wie die rein finanzielle Seite der Sache — das ist derjenige, daß die jetzige Veranlagung unserer indirekten Steuern der einheimischen, vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz gewährt, was ihr gewährt werden kann, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden.

Ich lasse mich hier auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Bisher sind wir noch alle Schutzzöllner gewesen, auch die größten Freihändler, die unter uns sind, denn keiner hat bisher noch weiter heruntergehen wollen als der heute zu Recht bestehende Tarif, und dieser Tarif ist noch immer ein mäßig schutzzöllnerischer (sehr richtig! links), mäßig und schutzzöllnerisch ist auch die Vorlage, die wir Ihnen machen. Einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit verlangen wir. Wir sind weit entfernt von irgendeinem System der Prohibition, wie es in den meisten Nachbarländern stattfindet, wie es in unserem früheren Hauptabnehmer Amerika stattfindet, Zölle von 60—80 Prozent ad valorem im Durchschnitt. Alles das, was wir Ihnen geben als Schutzzoll, bleibt innerhalb der finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme derjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachteile für zahlreiche Klassen unserer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzzoll, was wir im Jahr 1864 besaßen. Die vergleichenden Übersichten der Tarife von 1864 und von heute sind in Ihren Händen, und Sie werden wahrscheinlich gleich mir überrascht sein beim ersten Anblick, wenn Sie die Höhe des Abhanges sehen, den wir allmählich herabgegangen sind, daß wir das getan haben, und daß ich es mitgetan habe, obschon die Neigung, mich nun in specie für die Gesetzgebung verantwortlich zu machen auf diesem Gebiete, eine stark tendenziöse ist, die ich vollständig ablehnen könnte; ich bin aber nicht schüchtern genug, um irgendeine Verantwortlichkeit, die mir nach dem Buchstaben des Gesetzes obliegt, abzulehnen. Ich glaube auch, die Strömung für minderen Schutz — ich will nicht sagen für Freihandel, denn soweit ist noch keiner von uns gegangen und kein Staat, vollen Freihandel, lediglich Finanz- und Konsumtionszölle ohne jeglichen Schutz der Industrie zu wollen, soweit ist noch niemand gegangen — aber die Strömung für allmähliche Verringerung der Schutzzölle war um die sechziger Jahre unter Führung des damals leitenden Staates in Europa, unter Führung Frankreichs, eine so starke, daß man wohl glauben konnte, sie werde sich konsolidieren und werde außer England und Frankreich noch andere Staaten mit in ihren Strom ziehen, daß man wohl Bedenken haben konnte, dieser Strömung zu widerstreben, die einem Ziel näher führt, das an sich, wenn es erreichbar wäre

in seiner Idealistik, ja ein sehr hohes wäre, daß jedem Lande die Entfaltung der Kräfte, die ihm eigentümlich sind, überlassen werden könnte und alle Grenzen offen sein müßten denjenigen Produkten, die anderswo brauchbarer und besser hergestellt werden könnten wie bei uns. Das ist ein Ideal, was deutscher, ehrlicher Schwärmerei ganz würdig ist. Es mag auch erreichbar sein in zukünftigen Zeiten, und ich verstehe deshalb vollkommen, daß man Bedenken hatte, einer Strömung, die dem entgegen führte, Opposition zu machen. Ich kann noch weiter hinzufügen, daß die Überzeugung von der Zukunft, welche diesen Bestrebungen blühte, meiner Erinnerung nach in den sechziger Jahren eine so starke war, daß jeder Versuch der Regierung, damals ihr entgegenzutreten, mißlungen wäre. Wir wären in keinem Parlament, in keinem Reichstage, so lange wir ihn hatten, in keinem Landtag damit durchgekommen, wenn wir im Jahre 1861 eine Schutzzollpolitik, eine mehr schützende Politik als die damalige hätten betreiben wollen, und ich erinnere Sie, mit welcher Freudigkeit von großen Majoritäten damals die Herabminderungen der Zölle aufgenommen sind. Sie können den Regierungen daraus, wenn sie den Versuch gemacht haben, ob die Ideale sich verwirklichen, ob man ihnen näherkommen könne, keinen Vorwurf machen. Keine deutsche Regierung konnte darauf rechnen, daß alle übrigen in kurzer Zeit hinter ihr abschwenken würden. Die einzige ist noch England, und das wird auch nicht lange dauern; aber Frankreich, Amerika haben diese Linie vollständig verlassen, Österreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe getan, nicht bloß durch die Goldwährung, sondern auch in anderer Beziehung. Also allein die Dupe einer ehrlichen Überzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuten. Wir sind bisher durch die weitgeöffneten Tore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Überproduktion des Auslandes geworden. (Sehr richtig! rechts.) Bei uns können sie einstweilen alles deponieren, und es hat, wenn es erst in Deutschland ist, immer einen etwas höheren Wert als im Ursprungslande, wenigstens so denken die Leute, und die Masse der Überführung Deutschlands mit der Überproduktion anderer Länder ist es, was unsere Preise und den Entwicklungsgang unserer Industrie, die Belebung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse meines Erachtens am allermeisten drückt. Schließen wir unsere Türen einmal, errichten wir die etwas höhere Barriere, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf dem die deutsche Gutmütigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet wird, der deutschen Industrie erhalten! Die Frage eines großen Exporthandels ist immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken gibt es nicht mehr, der Erdball ist umschifft, und wir können kauffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportieren können, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen ein sehr günstiger, es fragt sich nur bei jedem Vertrage: que trompe-t-on ici? wer wird übervorteilt? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich ist. Ich erinnere nicht an unsere Verträge, sondern nur an die, die zwischen Frankreich und England bestehen, wo beide sich auch gegenseitige Täuschung vorwerfen, aber ich erinnere daran, daß unserer Staatsmaschine in steuerlicher Beziehung viel weniger in der Hand der Regierung liegt, um die Intentionen des Landes gegen den Vertrag und trotz des Vertrages so zu fördern, wie es in den meisten unserer Nachbarländer der Fall ist. Unsere ganze Steuererhebung und -verwaltung ist publici juris, und es kann eine erlaubte oder unerlaubte

Abweichung von den Vertragsbestimmungen bei uns niemals stattfinden, während bei unseren Nachbarn die Tätigkeit des Beamten — Frankreich nicht ausgenommen, und Frankreich steht doch unseren Verhältnissen am nächsten — eine solche bleibt, daß dort die Vorteile des Vertrages durch die administrative Einwirkung mehr erschwert werden können, als es bei uns je der Fall sein wird, dem andern Kontrahenten die Ausbeutung des Vertrages zu erschweren. Aber jeder Handelsvertrag ist ja immer ein erfreuliches Zeichen der Freundschaft; in der Völkerwirtschaft kommt es bloß darauf an, was darin steht. Handelsverträge an sich sind gar nichts, sie können so übel sein wie möglich, es kommt darauf an, was darin steht, und können wir es erreichen, daß uns ein Staat mehr abkauft, als wir ihm, so werde ich, wenn das nicht ein großes Derangement in unsere inneren Angelegenheiten und unsere jetzige Produktionslage bringt, einem solchen Vertrage gewiß nicht entgegentreten. Ob wir bei den Verträgen Vorteile gehabt haben oder nicht, ist eine Sache, die sich jeder sicheren Berechnung entzieht. Tatsache ist, daß wir uns in leidenden Zuständen befinden, und zwar meiner Überzeugung nach mehr wie irgendeines unserer schutzzöllnerischen Nachbarländer. Wenn die Gefahr des Schutzzolls so groß wäre, wie sie von den begeisterten Freihandelsanhängern geschildert wird, müßte Frankreich längst, seit Colbert, ein ruiniertes, ein verarmtes Land sein, vermöge der Theorien, nach denen es lebt. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß Frankreich dieselbe drückende Lage, in der sich die zivilisierte Welt befindet, mit mehr Leichtigkeit erträgt, daß es, wenn wir sein Budget ansehen, was um 1½ Milliarden seit 1871 gewachsen ist, nicht bloß durch Schulden leistungsfähiger geblieben ist als Deutschland, und die Klagen über das Daniederliegen der Geschäfte sind weniger groß.

Wir sehen dasselbe bei unseren östlichen Nachbarn Österreich und Rußland, wir sehen namentlich Rußland prosperieren, hauptsächlich, glaube ich, vom deutschen Gelde. (Sehr richtig! rechts.)

Nach den amtlichen Nachrichten, die mir vorliegen, ist in dem westlichen Rußland, was hauptsächlich beim Korn- und Holzverkauf nach Deutschland interessiert ist, die Prosperität nie in dem Maße vorhanden gewesen wie heute, wo das übrige Europa leidet. Ich habe Verwandte und Bekannte dort, viele, mir sind Beispiele genannt worden von dem ungeheuerlichen Steigen des Bodenwerts, so daß in manchen Fällen der frühere Kaufpreis von vor 20 Jahren die jetzigen Revenuen ungefähr bildet, sobald eine Eisenbahn in der Nähe liegt, sobald ein mäßiger Holzbestand ist, oder sobald große, fruchtbare Steppen in der Nähe sind, die ausgebeutet werden können durch den Eisenbahntransport. Die Einlagen in den Sparkassen, die Einlagen in der Bank im westlichen Rußland, die Abschlüsse der dortigen Fabriken — mir sind von großen Fabriken Abschlüsse bekannt mit 35 Prozent und 10 Prozent Reservezurücklage, von russischen Industrien — ja, das ist eine geschützte Industrie, die Valuta ist niedrig und doch leistungsfähig in dem Lande, wo sie ist, und das deutsche Geld für Korn und Holz fließt in einem Maße zu, wie es nie geahnt worden ist. Kurz und gut, das sonst verrufene Polen, das Rußland, welches einen schweren und kostspieligen Krieg geführt hat und in seinen Finanzen nicht vollständig geordnet ist, schreitet fort in der Wohlhabenheit — ich glaube, auf Kosten des deutschen Produzenten und in Wirkung unserer Gesetzgebung — ich glaube es. In allen diesen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig wie in irgendeiner anderen Beurteilung organischer Bil-

dungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht; die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen demselben Rätsel heute gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt; ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: Wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit — auch dieses geht zum Schutzzoll allmählich zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich nicht eximiere —, in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahlung um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren soweit gekommen wäre wie heute. Angesichts dieser Sachlage, wie ich sie beurteile, liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeiten in eine Sache einzumischen, die wir, wenn wir ehrlich sein wollen, alle nicht beherrschen; so wenig wie die Frage des menschlichen inneren Körpers, von der ich sprach, so wenig, behaupte ich, gibt es einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirtschaftlichen Maßregel. Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen und ebenso die politische Seite; die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Frage. Wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemeinen deutschen reinen Interessenfrage fernzuhalten. Und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat, qui cito dat, und qui non cito dat, der schädigt unsere ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade. Ich glaube, daß diese Überzeugung die Verhandlungen des hohen Hauses beherrschen sollte, daß das deutsche Volk vor allen Dingen Gewißheit über seine wirtschaftliche Zukunft verlangt, und daß selbst eine schnelle Ablehnung dessen, was Sie nicht wollen, immer, auch in der Meinung der Regierung, noch günstiger ist, als ein Hinziehen der Ungewißheit, in der niemand weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird. (Lebhaftes Bravo!)

40. Sitzung des Deutschen Reichstags.

8. Mai 1879.

Auf eine heftige und die Begründung der Zollvorlage durch Bismarck scharf kritisierende Rede des Abg. Lasker erwidert der Kanzler:

Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht, in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Überzeugung, und ich glaube, auch diejenige der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen seitdem angeführt

worden sind, nicht erschüttert war; die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (Ah! Ah!), und es ist mir das ja ziemlich gleichgültig. — Ja, meine Herren, an dieser Stelle, von welcher das „Ah!“ ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die sachlichen Diskussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind, es ist das gerade in der Gegend der Fall, wo diese Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich sage also, ich hätte darauf so sehr viel Wert nicht gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung besser selbst überlasse, ob sie über meinen Verstand und meinen Charakter günstiger denken will oder nicht, und ob sie ihr Urteil über mich von meinen politischen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, leider in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien, einem solchen Maße von groben Ehrenkränkungen, von lügenhaften Verleumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier im Reichstage, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich, die mildere, wohlwollende Kritik, der ich hier unterzogen werde im Vergleich zu der Presse, gegen die bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde also auch darauf nicht reagiert haben, wenn ich nicht heute, ohne die Absicht herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abgeordnete Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat, mit der Gesinnung für mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß voll Verstimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube im Namen des Reiches verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich sagen kann nach jenem alten französischen Liede: On se rappelle avec plaisir des coups de poing qu'on s'est donnés, mich das Bedürfnis empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtigzustellen.

Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig sind, gesagt: mein Schriftwechsel mit dem Baron von Thüngen[1] habe alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet sei. Liegt darin nicht eine kleine rhetorische Extravaganz eher als die agrarische, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich zu dem Schreiben nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntnis hiervon eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen gegenüber den sehr scharf akzentuierten Klagen des Baron von Thüngen über die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen in der Tariffrage, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine höhere

[1] Am 12. April 1879 hatte Baron Thüngen-Roßbach an den Grafen Wilhelm Bismarck geschrieben und die Hilfe des Reichskanzlers für die Landwirtschaft erbeten. Am 16. April antwortete der Fürst im gewünschten Sinne. Der Briefwechsel ist abgedruckt bei Horst Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck Bd. 8, S. 52—55.

Verzollung der landwirtschaftlichen Produkte gewünscht hätte — in Bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meisten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, soll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll sein, und er wird gerade so gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten sich beschweren, daß sie jetzt für ihren Import in Spanien einen Zoll bezahlen müssen, von dem sie früher frei gewesen sind, und beim Getreide noch viel mehr, weil wir eine so außerordentliche Konkurrenz für den Import von wohlfeilem Getreide nach Deutschland haben. Indessen das gehört ja in die Spezialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Korrespondenten, der zu mir im Namen von 11 000 kleinen Grundbesitzern spricht, Rede stehe und ihm Auskunft gebe über die Motive, die mich geleitet haben, so ist dergleichen früher doch von niemand angefochten worden, und ich glaube, der Herr Abgeordnete Lasker als Jurist sollte doch auch wissen, daß man kein Urteil ohne Gründe gibt. Früher hat man es immer am Minister zu schätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und seine Meinung offen aussprach in betreff der Interessen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er irgendeinen Einfluß haben könnte, und ich sollte meinen, man sollte das an mir schätzen, anstatt es als eine „agrarische Extravaganz“ zu bezeichnen, als einen „Krieg“ zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt. Ja, das sieht doch noch anders aus! Man nennt gern jeden Kampf Krieg, der einem unangenehm ist. Es handelt sich hier um eine Rivalität der Interessen und um ein Ringen der Interessen miteinander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwischen Landsleuten, und der Bürgerkrieg, der der Phantasie des Herrn Lasker vorschwebt, ist nicht da.

Wenn ich es nun mir zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirtschaft und des Grundbesitzes — ich bitte das Herrn Lasker wohl zu erwägen, ich habe neulich fast nie von der Landwirtschaft, ich habe vorwiegend von städtischem und ländlichem Grundbesitz gesprochen, und der städtische Häuserbesitz leidet unter den Kalamitäten der Steuer, auf die ich nachher zurückkomme, ebenso wie der ländliche — wenn sich da ein Minister findet, der seinerseits für den Teil, der bisher in diesem Kampf zurückgedrängt wird, der unterlegen hat, der Amboß gewesen ist seit fünfzig Jahren und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, wenn für den ein Minister eintritt, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitk eines Besitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abgeordneten Lasker ebensogut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unserer Gesetze in allen Stadien der Gesetzmachung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet. (Heiterkeit.) Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie das das ganze Jahr lang tun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera contribuens plebs gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten tun — wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, was er wahr-

nimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden vielleicht im eigenen Interesse triebe.

Ich habe in der Beziehung in der Presse ziemlich grobe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückzukommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirte in den ministeriellen Stadien notwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze von Hause aus die Farbe der Theorie und des Büros in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben bei dem, der sie macht, damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derer, die vom Gehalt, vom Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande — irgendeine Art von Lehrstand — daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abgeordneten Lasker und denjenigen, welche neben ihm durch ihre überlegene Beredsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäfte das ganze Jahr hindurch teils in der Presse, teils in parlamentarischen Leistungen zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch ans Herz legen, daß noblesse oblige. Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fraktionen gewesen ist, der muß auch an den denken, der als Amboß dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt, und das vermisse ich bei dem Herrn Abgeordneten Lasker, wenn er sagt, ich hätte einen Krieg zwischen „Landwirtschaft und Industrie" eröffnet. Daß der besteht, ist hoffentlich nicht mehr wahr, ich hoffe, beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammenzugehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, so viel ich kann, so viel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen wäre, zu erwägen bitte — so viel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, ist der Kampf für Reformen!

Der Herr Abgeordnete Lasker hat dann nach meinen Notizen gesagt, größere Übertreibungen, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen gemacht hat, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Der Herr Abgeordnete Lasker übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Übertreibungen gewesen, die meinigen sollen aber noch größer sein als die, die wir gehört. Nun, wenn sie so groß sind, daß keine andere heranreicht, dann müßte doch irgendeine Zahl, irgendein Satz mir nachgewiesen sein, in dem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiet der Ziffern bewegt, und derjenigen Ziffern, die für jeden zugänglich sind, die in dem Gesetz liegen; ich habe gesagt: die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 Prozent. Ist das eine Übertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes! Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit da, wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 Prozent herabsetzen. Ist das eine Übertreibung? Im Gegenteil! Es ist eine sehr schüchterne, bescheidene Veranschlagung, und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt,

auf die ich nachher komme, ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlechtes Additionsexempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir leiht, nämlich auf 40 Prozent Steuern, gekommen, sondern ich habe gesagt 20 bis 30 Prozent. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchteil einer Zahl invalidieren, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchteil übertrieben. Er kann das nicht, und ich kann ihm also sagen, ich habe nie ähnliche Übertreibungen, wie die seinen, aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Ich verlasse diesen Gegenstand lieber, um innerhalb der parlamentarischen Grenzen zu bleiben.

Er fragt: Ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bestehen kann bei einer Besteuerung von 40 Prozent? Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 Prozent seiner Revenuen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein klein wenig innerhalb der Tore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so glaube ich, würde er diejenigen, die 60 Prozent ihrer Einnahme und noch mehr an Zinsen bezahlen und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unseres Landes dazu, zu sagen: bei 40 Prozent ist es gar nicht möglich, zu bestehen? Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen, die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu der Ziffer geführt haben, daß in Frankreich das ländliche Grundeigentum 44 Prozent seines Einkommens zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß das städtische Grundeigentum mit 14 Prozent besteuert sei und das bewegliche Eigentum keine 4 Prozent zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht überall. Aber wenn der Herr Abgeordnete Lasker sagt, bei 40 Prozent Belastung könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 Prozent gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder sein Gedächtnis; er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 Prozent gesprochen und kann das um so eher behaupten, als ich das Rechenexempel hier wiederholen könnte. Wenn man so etwas öffentlich hier vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von seiten eines Abgeordneten, der öffentlich zum Volke spricht und mit der weitschallenden Stimme, die dem Herrn Abgeordneten Lasker in seiner Stellung eigen ist, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reiches und des Staats in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Übertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis!

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kennte die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kennte die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abgeordnete Lasker so oft gezeigt, indem er sein Zensoramt dem Ministerium gegenüber geübt hat, dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, der heißt doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen müßte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vor-

bereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebensoviel Gerechtigkeit noch übrig hätte — nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen — dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumph darin zu suchen, jemanden, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar, wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt, und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, jetzt zu beseitigen oder durch einen Besseren zu ersetzen, den auf diese Weise — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — — (Heiterkeit) sonst würde ich ihn sagen. Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urteil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich verteidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abgeordnete Lasker gegen jede Meinungsverschiedenheit sogar jederzeit hat — schaudernd habe ich es selbst erlebt. Ich möchte ihn bitten, etwas mehr auch die Empfindlichkeit anderer zu schonen, ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Herrn Abgeordneten Lasker vollkommen eben so hoch und mit Vergnügen höher als die meinige. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensieren dürfen, und daß das die Sache fördert oder die persönlichen Beziehungen unter uns oder selbst das Ansehen dessen, der es tut. (Bravo! Bravo!)

Der Herr Abgeordnete sagt also, „ich kennte die Gesetze des Landes nicht, landwirtschaftliche Gebäude sind frei". Darauf sage ich, daß für ihn kein geringerer Vorwurf ist als der Mangel an Gesetzeskenntnis: er kennt die Landwirtschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirtschaftliches Gebäude ist. Ich habe eine Liste hier meiner Gebäudesteuer auf einem pommerschen Gut. Da sind 149 Positionen besteuerter landwirtschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern zusammen um etwa 20 Prozent erhöht worden sind in diesem Jahre, und deshalb wird mir die Liste eingereicht.

Ich will, da wir doch weiter mit dem Herrn Abgeordneten zu diskutieren haben, in dieser Sache ihm mitteilen, was ungefähr ein landwirtschaftliches Gebäude ist. Beispielsweise das Wohnhaus eines Rieselmeisters. Er wird mir zugeben, das gehört zur Landwirtschaft, oder zum Beispiel ein Zieglerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus! Das gehört nicht dazu!) Gut, dann will ich es streichen, bleiben immer noch 148. Dann zum Beispiel ein Taglöhnerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus!) Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich dann aussprechen wollen.

Präsident von Forckenbeck: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen!

Fürst Bismarck:

Es wäre mir sehr interessant, zu wissen, was Sie sagen, aber es war nicht artikuliert genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht. Es kommen dann zehn bis zwölf landwirtschaftliche Tagelöhnerhäuser und andere, das sind bei weitem die meisten der 148, es kommen Gebäude mit Stall, die höher zahlen, als die andern, aber alle sind für landwirtschaftliche Arbeiter und Pächter. Ich will Sie mit den Einzel-

heiten nicht ermüden, die Liste steht zu jedermanns Einsicht. Ich frage: Ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, den man notwendig zum Betrieb der Landwirtschaft braucht, ein landwirtschaftliches Gebäude oder nicht? Ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn solche Gebäude, sobald ein Stall dabei ist, höher besteuert werden? Ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur für den technischen Betrieb der Landwirtschaft gewählt wird und auf dem eine Menge Sachen vorgehen? Also ich glaube, die Beschuldigung der Unwissenheit in Bezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker in betreff der Unwissenheit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Lage der Landwirtschaft, über die er mit Sicherheit spricht, sich ebenso ausweisen kann, so soll es mir lieb sein.

Er hat ferner gesagt, kein Bauer zahle eine Einkommensteuer. Das trifft meine Rede nicht. Ich habe die Einkommensteuer, weil sie von Reichen bezahlt wird, beibehalten wollen, ich will nur die Klassensteuer abschaffen und in dem Maße, in welchem wir Ersatz durch die indirekten Steuern dafür bekommen werden. Ich hoffe, mich darüber auch später, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird und ich noch Minister sein sollte, mit meinen preußischen Kollegen zu verständigen. Ich bin und bleibe der Überzeugung, daß die Klassensteuer gar nicht bestehen sollte, daß sie abgeschafft werden sollte im ganzen Umfange, und daß wir uns bemühen sollten, indirekte Steuern zu dem hohen Belauf zu finden, daß wir imstande sind, die Klassensteuer zu erlassen. Der Herr Abgeordnete sagt nun, die Klassensteuer betrage nicht 3 Prozent: das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommensteuer gesprochen. Ob sie in ihren höchsten Positionen so sehr viel darunter ist, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liste nicht im Kopfe, wieviel jemand Klassensteuer bezahlt, der 1000 Taler Einkommen hat, also die höchste Klassensteuer. (Ruf: 24 Taler!) Wenn es 24 Taler sind, so sind 24 Taler vom Tausend nach meiner Rechnung fast 2½ Prozent; das ist also doch so sehr weit von 3 Prozent, die ich nicht nannte, nicht entfernt, weiter aber von 1 bis 2 Prozent, die der Herr Abgeordnete Lasker anführte, um diese Steuerbelastung herunterzudrücken und nachzuweisen, daß sie eine Belastung nicht ist. Auch hier schützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Übertreibung.

„Die ganze Rechnung des Herrn Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig.“ Meine Herren, diese Behauptung ist einfach eine unrichtige, eine falsche, die der Herr Abgeordnete macht. Meine Darstellung ist nicht irrig. Ich bitte, mir den Irrtum nachzuweisen. Und „unzuverlässig“, das bedaure ich, daß das hier so hingegangen ist. Wenn jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disziplin entgegentreten. (Rufe: O! o!)

Ich muß dagegen protestieren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist das ein geradezu beleidigender Vorwurf. Unzulässig, das heißt: man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen und nicht gegen andere damit operieren.

Der Reichstag dürfte also nach der Meinung des Herrn Abgeordneten Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit scheint anzunehmen. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen.

Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu benützen, um einem Vorurteil zu widersprechen, welches namentlich hier aus dem Mund eines sachlich sonst sehr wohlinformierten und gewiß zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Oechelhäuser, zutage trat. Die Herren werden sich erinnern — ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkt ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm gleich die Bemerkung gemacht haben, daß er in Bezug auf den geschichtlichen Teil seines Rückblicks sich im Irrtum befinde. — Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er sagte, er wollte der Fahne von 1818 folgen, und sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins, von hervorragendem Namen sind. Der Herr Abgeordnete befindet sich ohne Zweifel im Irrtum in Bezug auf die Jahreszahl. Ich kann aber eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen von dem Gedanken, daß der Ruhm unserer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, sich losreißen. Es ist das nicht der Fall. Im Jahre 1818 war preußischer Finanzminister ein Ehrenmann, glaube ich, aber kein berühmter Gesetzgeber auf dem Gebiet der Finanzen, es war Herr von Klewitz, und wie die Zölle im Jahre 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, was dem Herrn Abgeordneten Oechelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm dahin doch nicht folgen, er geht mir im Schutzzoll zu weit. (Heiterkeit.)

Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedaure, daß sie nicht mehr gelesen wird, und ich will Sie nicht ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich, überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist, und daß ich auch meinen Anteil tragen muß; aber hier also von 1818 bis 1821 waren beispielsweise die vier letzten Baumwollpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 125 Mark betragen, 142, 183, 183, 183 (Hört!), es war ferner das Blei mit 3½ Prozent besteuert, und es ist jetzt frei, Bleiwaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt, feine Bürstenwaren, welche jetzt und künftig mit 12 Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das meiste und ziehe nur die interessanteren Positionen heraus. Es waren die letzten und höchsten Positionen Eisenwaren, jetzt und künftig 30, und 1818 waren es 73 Mark; feine Stahl- und Eisenwaren jetzt 12 Mark, 1818: 73 Mark, geschliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 19 Mark, und grobe Eisen- und Stahlwaren ebenso 19 Mark pro Zentner, Hohlglas jetzt 1,50, damals 3,25, wobei ich zu dem Beispiele meines geehrten persönlichen und, wie ich überzeugt bin, auch in der Hauptsache politischen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer Flaschen und gefüllter Flaschen doch nicht in einem großen Gegensatz steht; wenn man die leeren Flaschen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken und nachher den Kork bezahlen wollte — das ist eine ziemlich teure Manipulation — und die gefüllten Flaschen wieder entkorken und spülen wollte, es würde dann mehr herauskommen, als der Zoll beträgt. Auf weißes Glas, rohes und geschliffenes, betrug die Steuer 1818: 16,75 und jetzt 12 Mark, dann Brennholz, was jetzt steuerfrei ist, zahlte damals 25 Pfennige. Seide und Florettseide jetzt 450 und 220, damals beide 513,35, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handschuhe jetzt 50, damals 238, Wein und Most jetzt 12, damals 47,70 Mark. Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden, ein jeder kann ja den Tarif nachlesen, ich will bloß den historischen

Irrtum bekämpfen, als wollten wir jetzt höhere Sätze erstreben, als früher stattgefunden haben. Das Jahr 1818 ist meiner Überzeugung nach auch in den Augen des Herrn Oechelhäuser entlarvt, ich glaube nicht, daß man es in freihändlerischer Beziehung anziehen darf. Wenn ich nun aber weitergehe, die eigentliche wirksame Zeit des Zollvereins, unter welchem wir uns 40 Jahre einer ziemlich ungetrübten Prosperität, trotz schwerer innerer Wirren im Jahre 1848, doch im großen und ganzen erfreut haben, so waren auch damals die Zölle bei weitem höhere, als die wir Ihnen jetzt vorschlagen. Für diese höheren Zölle stand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner ein, und meines Wissens auch die einzigen, die wir seit langer Zeit gehabt haben. Es waren das — in erster Linie will ich den Ältesten, ich glaube, er hielt auch am längsten aus, von ihnen nennen — es war Rother, dann Maaßen und Motz, die beiden M.; 1817 war es von Klewitz, 1825, 1830, 1834 waren es Herr von Motz und Maaßen und Graf Alvensleben. Zwischen und mit ihnen war Rother tätig, der großen Einfluß auf die Gestaltung gehabt hat und eben auch kein Fachmann war. Sie kennen sein Herkommen, er war Regimentsschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Kantonalpflicht, und er war kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Motz war Landrat und auch kein Fachmann. Dann aber von 1842 an ist eine Zahl von Namen, bei der, glaube ich, ein finanzieller Reformer sein Herz bei keinem wird erwärmen können. Es ist zuerst Bodelschwingh; dann ein Finanzmann, der ein sehr ausgezeichneter Oberpräsident und Minister war, der in Finanzgesetzen keine feste Spur hinterlassen hat, wenn auch sonst in vielen Dingen: Herr von Flottwell; dann Düesberg, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geist: Kühn, der aber schon anfing, die Finanzwirtschaft politisch zu betreiben. Meiner Überzeugung nach trieb er sie nicht mehr sachlich, sondern es war schon eine Politik nach einer bestimmten Richtung darin, der ordnete er die Finanzen bis zu einem gewissen Grade unter. Dann kamen die Herren Rabe, von Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, meine Herren, wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an die Fahne des freien Verkehrs sich anknüpfen soll, weiß ich nicht, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Zollvereinsstifter von 1824 meinen, und die Schutzzölle dieser Zollvereinsstifter reichen ja bis zum Jahre 1864, sie haben sich von 1822 bis 1864 immer auf schützender Höhe erhalten, in Baumwollenwaren auf 138 und auf 150 in der höchsten Position, und jetzt waren wir in der bei 78 angekommen und streben auf 125, also lange nicht so hoch, wie in der Hauptzeit des Prosperismus des Zollvereins. Die Erinnerung an den Zollverein spricht also für unsere Reform. Wir wollen die alte Zollvereinspolitik, die ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik, wieder in ihre alten Rechte einsetzen, und ich hoffe von ihr denselben Segen, den das Land lange Jahre hindurch von ihr gehabt hat.

Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebietes vermißt, ohne welches der Zolltarif doch keine Selbständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie liegt ja nicht hier in diesem Gesetze, sie schwebt auf einem anderen Gebiete, aber sie sollte womöglich auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich, eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnfrachtpolitik zu treiben. (Sehr wahr!) So lange die Tendenz unserer Eisenbahnen gewesen ist, uns alles, was Einfuhr ist, wohlfeiler hereinzufahren, als sie das, was Ausfuhr ist, herausfahren, so lange ist sie ein Gegenzoll gegen unseren Zolltarif, steht uns als Einfuhrprämie gegenüber,

die beispielsweise im Getreide, wie ich mich — der Herr Abgeordnete Dr. Lasker wird sich daran erinnern — in dem Briefe an Herrn von Thüngen geäußert habe, sehr häufig das Doppelte, manchmal das Drei- und Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir diesen Krebsschaden unserer Produktion haben, daß jede Ausfuhr von uns nach höheren Tarifen gefahren wird, als die Einfuhr, daß jedes deutsche, einheimische, nationale Gut teurer gefahren wird als das ausländische, so lange wir davon nicht erlöst werden, kann in Massengütern kein Grenztarif helfen, werden wir ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Gesellschaften oder in die Hand einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt ist und gelegt war. Zu meiner großen Freude hat in Preußen in der Eisenbahnpolitik eine Umkehr seit Jahr und Tag schon stattgefunden, in den übrigen Staatsbahnen der verbündeten Staaten hoffe ich, daß diese bald geschehen wird, wenn auch bisher der Taler, der aus Eisenbahnrevenuen kommt, noch einen höheren Wert zu haben scheint wie derjenige, der aus anderen Finanzquellen herrührt. Vielleicht sind die Eisenbahnminister in den Einzelstaaten mächtiger als die Finanzminister, ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieser Länder fahren zum Schaden, namentlich in ihren Forsten fahren sie ertraglos und sind genötigt, danach den in den Staatsforsten ausfallenden Betrag durch, wie es jetzt liegt, direkte Steuern von den Untertanen wieder einzuziehen.

Mir ist neuerlich schon die Klage vorgekommen, daß eine sächsische Papierfabrik eine Lieferung für ein englisches Journal an Papier hat. Das Journal ist, wenn ich nicht irre, der „Globe“, eins der großen Massenjournale, und das Quantum ist täglich so groß, daß diese Fabrik eines eisenbahnbesitzenden Landes nun in der Lage ist, sich darüber zu beschweren, daß sie jedes ausländische Produkt wohlfeiler ins Land hineingefahren bekommen könnte, als ihr auszuführendes Papier nach der Seegrenze, und ich glaube, wenn diese Beschwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu teuer gefahren wird, allgemeiner verlauten, werden wir Abhilfe finden; ich habe mich deshalb absichtlich bemüht, den Beschwerden so viel Öffentlichkeit wie möglich zu geben.

Ich kann meine Auseinandersetzung damit schließen, daß ich an dem ganzen Programm festhalte, wenn ich auch einzelne Positionen anders gewünscht hätte, und davon ist ja auch in meiner Korrespondenz mit Herrn von Thüngen die Rede. Aber wir haben zu einer Vorlage nur dadurch kommen können, daß wir kompromittierten, daß der eine in diesem, der andere in jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelheiten; mir liegt es an der Gesamtheit, und dieselbe Erwägung, denselben Gesichtspunkt möchte ich auch den Herren Abgeordneten empfehlen, die vielleicht mit Dreiviertel der Vorlage einverstanden sind, dann aber etwas haben, wo sie persönlich anderer Meinung sind, mitunter vielleicht ganz isoliert in ihrer Fraktion stehen.

Die Möglichkeit, daß jeder einzelne sich eine Vorlage genau nach seiner persönlichen Einsicht über das, was nach seiner Überlegung das Beste wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten, und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage stimmt, weil sie ihm zu einem Achtel nicht gefällt, geht gerade so gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie die, welche dagegen stimmen, weil ihnen das ganze System und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen.

Ich möchte deshalb auch in dieser Richtung zu Einigkeit ermahnen; und möge der einzelne, der mit dem größeren Teil der Vorlage einverstanden ist, es doch machen wie ich und dem Übrigen nicht so genau ins Gesicht sehen und sich sagen: „Das Beste ist des Guten Feind."

Ich kann auch nicht alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur: Ist das, was gebracht wird, in seiner Gesamtheit, in seiner Gesamtwirkung besser als das Bestehende?

Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesrats in mir trüge, würde ich vielleicht manches anders gemacht haben, aber ich muß es eben so nehmen, wie es vorliegt.

Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten sachlichen erschüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: Das Reich selbständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben und demnächst als den letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt und in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen. (Bravo! rechts. Zischen links.)

50. Sitzung des Deutschen Reichstags.

21. Mai 1879.

Nachdem der Reichstag am 9. Mai die erste Beratung des Zolltarifentwurfs beendet hatte und am 15. Mai in die Spezialberatung eingetreten war, begann am 20. Mai die Diskussion der Nr. 9 des Zolltarifs. (Zoll auf Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte von 1 M., auf Roggen, Gerste, Mais, Buchweizen von 0,50 M.) Zur Erläuterung des Motivenberichts nimmt Fürst Bismarck nach längerer Debatte das Wort:

Ich will im Laufe meiner Ausführung auf diese Details nicht zurückkommen und deshalb in betreff der letzten Worte des Herrn Vorredners gleich darauf aufmerksam machen, daß in dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten in ihrem Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen ins Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerfabrikation haben, und daß nur dadurch, durch die ungewöhnlich günstige Konjunktur, durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, welcher ihm zuteil geworden ist, erschwungen hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im übrigen liegt die vorletzte Periode, die der Herr Vorredner anführt, ja in der Zeit, wo die Getreidepreise höher waren als heute, wo die Eisenbahnentwicklung der großen östlichen Getreideländer noch nicht die Wirkung auf unseren Markt erreicht hatte wie jetzt. Im allgemeinen aber hat der Vorredner in seinem ganzen Plädoyer gegen unsere Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide teurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Nun, dabei drängt sich die Frage auf: Sind niedrige Getreidepreise in

wirtschaftlicher Beziehung an sich als Glück anzusehen? Wir alle erinnern uns und auch der Herr Vorredner, daß vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höher bei uns waren als heute, wo die große Konkurrenz des Auslandes, von der ich eben sprach, uns noch nicht überkommen war, und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Tätigkeit, vielleicht gerade infolge der höheren Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsierte als am heutigen Tage, wo bei niedrigen Kornpreisen alles darniederliegt. Wenn wir als richtig annehmen, daß niedrige Kornpreise ein Glück sind, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basiert, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Teil des europäischen Rußlands in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftigst entwickelten Länder in Europa sein. (Sehr richtig!) Wir müßten auch innerhalb des Deutschen Reiches einen erheblichen Unterschied empfinden im wirtschaftlichen Wohlbehagen, in unserer Vermögensentwicklung. Denn was auch der Herr Vorredner über den verschiedenen „Standard" der einen oder der anderen Orte gesagt hat, so ist die Wahrnehmung nicht bloß heute, sondern in allen statistischen Darlegungen, seit dreißig Jahren kann man sie sehen, ganz unzweifelhaft, daß wir die höchsten Getreidepreise im Westen des Deutschen Reiches haben, und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Es müßten deshalb, wenn der Satz richtig wäre, daß wohlfeile Preise an und für sich glücklich für eine Nation sind, auch die Wohlhabenheit und das wirtschaftliche Behagen nach Osten hin allmählich steigen, und Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 bis 30 Prozent glücklicher sein müssen als das Elsaß und der Breisgau. (Sehr wahr!) Es ist außerdem eine Erscheinung, die gegen diese Ansicht des Herrn Vorredners spricht, daß die höchsten Kornpreise in Europa gerade in den Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existieren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs, und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenteil die besseren Einnahmen des Landwirtes wahrscheinlich die Grundlagen sind einer Belebung der Tätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens, und ich bin überzeugt, wenn unsere Landwirte ihr Korn, ich will nicht sagen, teuerer, aber sicherer verkaufen — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück —, daß der Absatz gesicherter ist, daß wir dann auch sofort infolge dieses Tarifs überhaupt, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung der geschäftlichen Tätigkeit schon antizipiert, schon jetzt fühlbar macht, daß wir dann auch bei uns zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit gelangen werden. Wenn diese Überzeugung, daß wohlfeile Getreidepreise an und für sich ein wirtschaftliches Glück sind, den Herren, die auf dieser Basis plädieren, vielleicht aus wirtschaftlicher Überzeugung, vielleicht aus politischen oder aus anderen Gründen, kurz und gut, die dieses Argument geltend machen — wenn es damit so vollständig Ernst wäre, dann hätte man meines Erachtens doch damit anfangen müssen, daß man die Belastung, unter welcher wir im Inlande zu unserem Bedarf an Getreide gelangen, im allgemeinen und in betreff des viel größeren Quantums Getreide vermindert, welches im Innern unseres Landes entsteht. Kurz, wenn wohlfeiles Getreide vor allem das Ziel ist, nach welchem wir zu streben haben, dann hätten wir längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt und welches 400 Millionen

Zentner erzeugt im Vergleich zu den 27 bis 30 Millionen, die wir einführen. Daran hat aber niemand gedacht, im Gegenteil, man hat in Zeiten, wo die Theorie schon dieselbe war, wie jetzt, die Grundsteuer in ganz Deutschland, so viel ich weiß, allmählich gesteigert, in Preußen im Jahre 1861 um 30 Prozent gesteigert, indem sie von 30 Millionen auf 40 Millionen erhöht wurde, also ein sehr viel erheblicherer Zuschlag, als hier als Zoll auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll, und es sind seitdem eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unsere landwirtschaftliche Produktion notwendig verteuern müssen, dazu gekommen, namentlich ist klar, daß die in neuester Zeit erst lebhaft entwickelte Gemeindefinanz in ihren wesentlichsten Teilen auf den Grundbesitz, auf die Kornproduktion gelegt worden ist. Ich habe mir über diese Frage aus einer Provinz, von der ich entfernt wohne und wo ich weniger bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kommen lassen, wie hoch sich ungefähr die Lasten belaufen, unter deren Druck unser Getreide dort produziert wird, und deren Barzahlung doch von dem Preise, zu dem der deutsche Landmann sein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß, wenn er nicht andere Hilfsquellen hat, die er aus der Tasche hinzuschießen kann, um diese Barzahlung zu leisten. Ich habe da zum Beispiel hier sechs Güter aus dem Kreise Solingen, deren direkte Abgaben, sie bestehen in wirklich erhobenen Staats-, Grund- und Gebäudesteuern, welche in Staatseinkommensteuer und in Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuer, in Kommunaleinkommensteuer, in Einkommensteuer hier zusammengestellt sind: sie belaufen sich in Prozentsätzen von jenem Einkommen, welches der Berechnung der Einkommensteuer zu 3 Prozent zugrunde gelegt ist, also nicht etwa von fingiertem Einkommen, sondern von wirklichem Einkommen, wie die Gemeinde die Einkommensteuerkraft ihrer Mitglieder sehr wohl zu erkennen weiß, berechnet, indem die Einkommensteuer mit rund 3 Prozent figuriert . . . es beläuft sich beim ersten Gute die wirklich erhobene Staatsgrundsteuer auf 7,33 Prozent des Einkommens, des wirklich zur Erhebung der Einkommensteuer von 3 Prozent berechneten Einkommens, dann 3 Prozent Einkommensteuer, wie sich von selbst ergibt. Beide staatliche Steuern, bei der Grund- und Gebäudesteuer eingerechnet, von den ländlichen Gebäuden betragen 10,33 Prozent. Dazu kommt Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuer mit 9,22 Prozent, dann Kommunaleinkommensteuer mit 6 Prozent, die Kircheneinkommensteuer mit 1 Prozent, zusammen 27,50 Prozent von dem wirklichen Einkommen, wie es der Einkommensteuerberechnung zugrunde liegt.

Das zweite Gut in Solingen hat 21,51 Prozent, das dritte 22,15 Prozent, das vierte 22,16 Prozent, das fünfte 19,82 Prozent, das sechste 20,61 Prozent. Wenn ich nun diese Liste weiter durchgehe, im Kreise Mülheim, im Kreise Köln, Jülich, Cleve, so stoße ich auf Prozentsätze von dem wirklichen der Einkommensteuer zugrunde liegenden Einkommen von 16 Prozent, 21,64, 24,13, 18,53, 18,94, 25,42 — das ist der Kreis Neuß —, von 21,60 im Kreis Düsseldorf, von 23,15 im Kreis Düsseldorf, von 18,44 im Kreis Mettmann, von 24,13 im Kreis Mettmann nochmals, von 24,66 usw.; im Kreise Bonn 25,2. Ich kann also mit einiger Sicherheit wohl annehmen, daß man die durchschnittliche Belastung, unter welcher bei uns das landwirtschaftliche Gewerbe betrieben wird, an Staats- und Kommunalsteuern auf 20 Prozent desjenigen Einkommensatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommensteuer zugrunde gelegt wird, abschätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Besteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßstab zu

gewinnen, diejenige Belastung unseres Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländische Getreide gelegt werden soll, verallgemeinert auch auf das inländische Getreide, was im Inlande zu Markte gebracht wird, denken Sie sich, daß der Landwirt von jeder anderen auf der Getreideproduktion lastenden Steuer befreit würde, und daß dafür ihm als Äquivalent der Vorzug würde, mit dem Auslande gleichgestellt zu werden, und auch nur für jeden Scheffel Getreide, den er zu Markte bringt und verkauft, 25 Pfennige für Roggen, oder 50 Pfennige für den Weizen zu zahlen, — denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwert von 1500 Talern, 5 Taler pro Morgen in der Rheinprovinz kein ungewöhnlicher, bei dem eine Grundsteuerbelastung von 1 Mark auf den Morgen wahrscheinlich sein wird, — wir haben ja in der Provinz Sachsen, wo ich angesessen bin, bis zu 25 Silbergroschen und höher, in einigen Fällen auch 1 Taler pro Morgen, das ist also keine hohe Rechnung. Dieses Gut von 300 Morgen mit 1500 Taler Pachtwert wird also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Taler direkte Abgaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis, die auf der landwirtschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Taler würde er schon 3600 Zentner Roggen oder 1800 Zentner Weizen zu Markte bringen können, und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Zentner Roggen sind 4500 Scheffel, 1800 Zentner Weizen 2000, und jedermann, der von der Landwirtschaft auch nur annähernd eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gut von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel Roggen gebaut, geschweige denn verkauft werden können. Wenn der Mann sehr geschickt und sehr sparsam wirtschaftet, so wird er zwischen 600 und 900 Scheffel in der einen oder anderen Getreidegattung zu Markte bringen können, — 1000 ist schon recht gut; er hat also das Vier- bis Fünffache nach der jetzigen Steuer Lasten auf der inländischen Produktion, und dabei bringt die inländische, wie die Statistik angibt, 400 Millionen Zentner, also 13mal mehr wie die ausländische.

Wenn nun das Verhältnis in dieser Ungerechtigkeit zum Nachteil der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so möchte ich weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfnis als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appellieren. Soll die Gesamtlast, die für unsere Finanzen auf unseren Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Übermaß allein auf der inländischen Produktion liegen, und soll die ausländische zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Wenn man auf irgendein anderes Gewerbe, dem nicht 20 Millionen Menschen ihre Existenz verdanken, sondern sehr wenige verhältnismäßig, ich will einmal sagen auf Leder, dieselbe Theorie anwendete, daß die inländische Lederfabrikation mit einer Höhe von 20 Prozent des Reinertrages des Gewerbes besteuert würde, das ausländische aber nicht nur frei eingeht, sondern nach Möglichkeit prämiert, gefördert, rasch und wohlfeil gefahren würde, ja, würde man da nicht eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen die inländische Lederfabrikation finden? Und hat der inländische Landwirt, weil er sehr zahlreich ist, weil er vielleicht sehr viel geduldiger ist, nicht eben so viel Anspruch auf eine gerechte und gleichmäßige Behandlung?

Sie müssen bei diesem Tarif doch nicht allein die Einzelheiten dieser Tarifvorlage im Auge behalten, sondern die gesamte Zoll- und Steuerreform, die wir damit erstreben (sehr richtig! rechts), und wovon dieser Tarif einen Teil bildet. Ich erinnere namentlich die

Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: Legt den Plan einer gesamten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, die wir machen, und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen und mehr Entgegenkommen aufgenommen werden, wie damals, und daß meine Hoffnungen, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben herabmindern müssen. Aber ich bitte Sie doch, diesem Tarif die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß Sie ihn unter dem Gesichtspunkt der gesamten Zoll- und Steuerreform und nicht bloß an sich betrachten.

Es ist ja in der gesamten Finanzreform bisher nicht unsere Absicht, dem Getreidebedarf in seiner Gesamtheit eine höhere finanzielle Leistung abzufordern, als bisher, Wir beabsichtigen, nur einen Teil der direkten Steuern, die jetzt, wie ich vorhin nachwies, auf dem Landwirt lasten, in der Form, wenn Sie wollen, eines Konsumtionszolles, an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, so daß in der Gesamtheit der Belastung des Kornbedarfs eine Erhöhung nicht notwendig eintritt, sondern nur ein sehr schwacher Versuch einer ausgleichenden Gerechtigkeit angesichts der Nachteile, unter denen die Produktion von Getreide im Inlande bisher leidet, gegenüber den Privilegien der Steuerfreiheit und anderen, deren sich die ausländische Getreideproduktion bei uns erfreut. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, und während der Herr Vorredner das als ein Glück betrachten würde, an das er nicht glauben mag, sehe ich mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: Rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirtschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist, weil das Getreide auf einen Preis gedrückt wird, zu welchem es in Deutschland nach den Verhältnissen der Abgaben, der Kosten des Lebens, der Verschuldung nicht mehr produziert werden kann? Ja, meine Herren, wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Landwirtschaft zugrunde, dabei geht der preußische Staat, das Deutsche Reich zugrunde, ganz einfach. (Sehr wahr!) Sobald die Landwirtschaft nicht mehr bestehen kann, fängt zuerst an der Kredit, — und alle die Herren, die ihre Forderungen in Hypotheken und Pfandbriefen haben, werden zuerst von dem Ruin der Landwirtschaft leiden; es wird die landwirtschaftliche Tätigkeit in Verfall geraten, ich will kein schwarzes Bild von Wüsten und dergleichen machen, aber allmählich schränkt sich die Tätigkeit ein. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung angeben.

Wie in Preußen die gutsherrlichen, bäuerlichen Ablösungen stattfanden, so war namentlich in Hinterpommern, aber auch in andern östlichen Provinzen ein Notstand an Arbeitshand und Kapital, um sich Arbeit zu beschaffen. Infolgedessen trat die Tatsache ein, daß große Flächen von früherem Acker, die in allen alten Karten noch vor 60 Jahren und noch nach der Ablösung in den ersten Zeiten als Acker stehen, heutzutage Wald sind; es ist angeflogener Wald, man sieht noch heut, wie der Anflug zunächst die Ackerfurchen, dann allmählich die höheren Böden erfaßt hat, denn es steht jetzt 60- bis 80jähriger Wald darauf, der bisher einen Ertrag nicht gehabt hat, auch keinen gibt, der frühere Acker war aber doch immer Acker. Nun, ich brauche die Formen ja nicht zu schildern, in denen die Landwirtschaft und mit ihr unsere ganze staatliche und nationale Existenz zugrunde gehen

könnten, denn es wird nicht geschehen. 20 Millionen deutsche Landwirte lassen sich eben nicht zugrunde richten, es kommt bloß darauf an, daß sie zu dem Bewußtsein kommen, was ihnen bevorsteht, und sie werden sich mit den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln dagegen zu wehren suchen. (Sehr richtig! Bravo! rechts.) Wenn ich also behaupte, daß diese Zölle, in ihren niedrigen Ansätzen, wie sie jetzt sind, die Preise nicht steigern werden, so fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich darüber bei den Landwirten zu entschuldigen, als es den übrigen Nichtlandwirten zu beweisen gilt, warum sie nicht steigen werden.

Ich kann der Ansicht des Herrn Vorredners nicht folgen, ich vermute, daß die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht wesentlich, weil der Preis des Getreides bei uns gar nicht abhängt von dem Zoll, den man auflegt, sondern von der Ernte, vor allen Dingen in den großen Kornländern des östlichen Europas und Amerikas, einigermaßen auch von der Ernte in Deutschland, aber doch lange nicht in dem Maße, wie von diesen großen Ernten in Rußland, Ungarn, Amerika. Auf diese Ernten bleibt aber unser Zoll ohne jeden Einfluß, denn das Getreide wächst dort, wir mögen einen Zoll an der Grenze erheben oder nicht, es läßt sich dadurch vom Wachsen weder abhalten noch befördern. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird es eben nicht kommen, ist eine gute Regelernte, so wird es uns trotz Zoll doch kommen müssen, und darin divergiere ich von dem Herrn Vorredner. Er sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit großer Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machten. Das ist vollkommen irrtümlich, und mir nur erklärlich, weil der Herr Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind heut im ganzen in der Lage in der Welt, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im ganzen größer ist, als der Verzehr. Der Verzehr ist beschränkt, der Mensch kann im Brot nicht mehr tun, als sich satt essen, er kann das nicht zweimal im Tage leisten. Die Produktion in den fruchtbaren Ländern des europäischen Ostens und des amerikanischen Westens ist noch eine ganz unbeschränkte und kann sich beliebig steigern, und wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden gerade so viel Getreide liefern, als bisher, denn bis über 1 Mark hätten sie vollständig Spielraum, dem Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf letzterem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt so viel weniger; für ihn aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Das ist die Ansicht der Kornhändler, mit denen ich seit Monaten, seit Jahr und Tag darüber gesprochen habe, von denen ich manche persönlich kenne, sowohl russische wie deutsche. Die deutschen sagen mir: Wir geben dem Petersburger Zwischenhändler so viel weniger, und auch der verliert es nicht einmal, der gibt dem russischen Bauern und dem russischen Produzenten, der ihm das Getreide meist auf dem Halm verkauft, schon im Juni, in dieser Jahreszeit, um rascher Geld zu bekommen, so viel weniger.

Aber, meine Herren, ich könnte beinahe sagen, ich fürchte, der Zoll wird ganz einfach den Produzenten abgezogen, und wir werden dieselben Massen Getreide bis auf wenige Modifikationen, auf die ich nachher komme, doch bekommen. Es ist aber damit nicht, wie der Herr Vorredner annahm, der Landwirtschaft noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, auch wenn der Preis nicht steigt und sie den geringen Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, nur gesichert

hat, wenn ihr überhaupt nur der deutsche Markt gesichert wird, wenn die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markt um eine Kleinigkeit erschwert wird. Dies ist eine Kleinigkeit im Verhältnis zu den Schwankungen der Kornpreise, wie wir sie in den Jahren gesehen haben, wir haben sie ja schon öfter noch einmal so hoch wie jetzt gehabt, ohne daß unser Brot teurer geworden ist. Wenn da dem inländischen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den inländischen Markt zu demselben jetzigen Preise für sich sicher hat, so würde er auch dafür schon dankbar sein. Wir sind jetzt auf dem Lande ja in der Lage, daß die Müller auf unseren eigenen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern, da sie zugleich Bäcker in der Regel sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brot ins Haus auf dem Lande verkaufen. Ich selbst esse in Friedrichsruh russisches Brot und beschwere mich weiter nicht darüber, denn ich bin dort sehr wenig Landwirt, mein Ackerbau, den ich besitze in der Gegend, ist sehr gering, aber die Tatsache liegt so, die Konsumenten reißen sich nicht etwa um das Korn, sondern es wächst mehr, als gebraucht wird, und die Produzenten suchen nach Absatz. Wenn wir mehr äßen als wächst, so würde man freilich mehr hinterher sein, das letzte Korn, was in der Welt noch existiert, für sich zu bekommen, das liegt aber eben, wie ich auch speziell für Deutschland nachzuweisen versuchen werde, nicht vor, sondern es ist Überführung des Marktes mit Getreide in regelmäßigen Jahren in der ganzen Welt vorhanden, in England, Frankreich und Deutschland, und nun gar in den Produktionsländern erst recht, — wenn die Leute da alles verzehren wollten, was sie bei sich bauen, so müßte ihre Bevölkerung sich verzehnfachen.

Der Herr Vorredner, meine Herren, sagte und führte gegen diese Vermutung das an, es wären die Vorräte, die hier lagerten, außerordentlich gering, er gab ein paar tausend Wispel an, die am Ende des Jahres hier gelagert hätten; — da möchte ich darauf aufmerksam machen, einmal, daß das Ende des Jahres nicht der Termin ist, wo die Hauptzufuhr herankommt, denn auf den Kanälen, zu Wasser, kommt das Getreide lange nicht in dem Maße wie auf den Eisenbahnen, und da ist es namentlich der Winter, wo alle Frachten billiger sind, und wo man in Rußland das Getreide gedroschen hat, da wird das Getreide verfahren, und ich bin überzeugt, daß zwischen Januar und April die größten Vorräte herankommen. Es kommt aber dabei auf die Roggenvorräte gar nicht an, sondern wir müssen gleichzeitig ins Auge fassen die Roggenvorräte und Mehlvorräte, denn diejenige Form der Korneinfuhr, welche unsere Landwirtschaft augenblicklich am meisten belästigt, ist meines Erachtens die Einfuhr zur Verwandlung in Mehl im Inlande, wie sie teils zu Schiff von Petersburg via Riga und Libau nach Kiel, Lübeck und Stettin stattfindet, meines Wissens aber die größere Quantität auf den Eisenbahnen aus dem Inneren von Rußland, der Gegend des Mittelpunktes, von Kursk-Arjol und bis an die untere Wolga, Samarow, bis Nischney hinauf nördlich und östlich von Moskau, — aus diesen kommen mit den Eisenbahnen zu ganz außerordentlich wohlfeilen Frachten die Getreidemassen hier an, gehen zum Teil schon über Alexandrowo, die wohlfeilsten gehen, so viel ich gehört habe, über Breslau, aus der Gegend von Kiew bis Nischney nach Deutschland; hier werden sie in riesigen Dampfmühlen in Mehl verwandelt. Hier in Berlin ist mir gesagt worden, daß die tägliche Verarbeitung von Roggen in Mehl auf den Mühlen, die teils dem Weichbildsbezirk von Berlin, teils dem nächsten Eisenbahn- und Kanalrayon angehören, zwischen 4- bis 500 Wispel, also 8- bis 10 000 Zentner beträgt. Diese Mehlmasse geht dann mit der

Eisenbahn über das Land und tötet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Wie viel Vorräte nun in diesem Mehl stecken, das weiß ich nicht, und das entzieht sich auch der Berechnung, ich glaube jedenfalls aber mehr, als was überhaupt in der Zeit bis zum Nachschub hier gemahlen wird. Insofern halte ich also die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebensowenig, wenn er gesagt hat, daß die Ansicht, daß der Bäcker nicht den Hauptaufschlag macht . . . in Roggen will ich es nicht behaupten, in Weizen ist jedenfalls der Verdienst größer; inwieweit den Bäcker die Schuld trifft, weiß ich nicht, aber ich gönne ihm seinen Gewinn, aber die Meinung des Herrn Vorredners, daß in den Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr als nötig hängen bleibt, ist doch nur teilweise richtig. Es gibt zum Beispiel Brotfabriken, die mit Riesenmühlen identisch sind, die direkt ihren Roggen aus Rußland importieren und Kornhandel, Mehlfabrikation und Brotfabrikation in einer Hand betreiben, und bei denen ich glaube, daß doch ein sehr großer Gewinst stattfindet. Außerdem, wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das darin, weil ihrer zu viele sind. Wo heutzutage eine Stelle ist, an der man sieht, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich ja gleich Hunderte von Konkurrenten heran, bis der Verdienst so verkleinert und zerteilt ist, daß für den einzelnen in der Tat nicht viel übrigbleibt. Die meisten oder wenigstens hier die Kinder der städtischen Bevölkerung ziehen ein kaufmännisches Leben, wenn es auch gering nährt, wenn es aber nur zu keiner anstrengenden körperlichen Tätigkeit zwingt, einem Gewerbebetrieb mit täglicher Arbeit vor. (Sehr wahr! rechts.)

Sie alle werden Bekanntschaft haben nach der unteren Volksklasse hin, wenigstens ich habe sie, und habe dort immer gefunden, daß das Ideal eines Mannes von der Volksklasse, eines Dieners, der sich etwas erspart hat, nicht etwa ist, ein kleines Gut in seiner Heimat zu kaufen, sondern in Berlin einen Viktualienhandel anzulegen — darauf spart er — und dann mit seinen Gästen zu reden und mitzutrinken und ihnen das Bier zu bringen. Das ist heutzutage viel eher das Ideal, als sich, wie es früher war, einen kleinen, eigenen Hof zu kaufen und dort das Land zu bearbeiten und Korn zu bauen. Diese Tendenz bewirkt also, daß, wo durch den Zwischenhandel etwas zu verdienen ist, und jemand einen schönen Verdienst hat, gleich zehn bereit sind, ihn darin zu beschränken und mit ihm zu teilen.

Wenn nun ich schon zugebe — vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das allerbestimmteste, daß die Kornpreise und die Brotpreise in irgendeinem nachweisbaren Zusammenhange stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnot zwingend einwirkt, daß durch den Überfluß und Wohlfeilheit des Korns kein Wachsen des Brotgewichts und kein merkliches Sinken der Brotpreise eintritt. Die Brotpreise sind heute bei diesen niedrigen Kornpreisen dieselben, das heißt, das Gewicht des Brotes ist dasselbe, wie es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so teuer war als heut, das heißt im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre, und die Herren, die daran zweifeln wollen — — ich will nicht von den Brötchen sprechen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben, es kann ja jeder, wenn er nach Hause kommt, das erste beste Brot abwiegen und das Gewicht vergleichen mit den Preisen, das kann ja jeder sich berechnen, damit will ich Sie nicht aufhalten. Meine Erkundigungen über die Brotpreise stammen aus direkter Quelle, nicht aus den Kreisen, in denen wir leben, sondern aus

den Kreisen der Handwerker, der Diener, der kleinen Leute, und ich kann jedem, der darüber Näheres zu wissen wünscht, vollständig Rede stehen. Ich glaube deshalb, daß, wenn der Preis des Getreides durch diesen außerordentlich niedrigen Zoll auf Korn, der unter 5 Prozent des Wertes bleibt, nicht affiziert wird, daß auch unser Handel in keiner Weise davon beeinträchtigt werden kann, wenigstens in keinem höheren Maße, als er es der Gerechtigkeit im Ausgleich der gleichen Verteilung der Lasten schuldig ist. Etwas wird der Handel dem Kaiser und seinem Finanzminister doch auch wohl von seinem Verdienst abgeben können. Es ist ja für uns alle erfreulich, wenn unsere Kornhändler reich werden, aber wir können darüber das Prinzip der verteilenden Gerechtigkeit in den öffentlichen Lasten nicht opfern. Ich glaube auch, daß ihnen ihr Verdienst ungeschmälert bleibt, und wenn die beiden Hauptbeschwerden gewogen werden, die Erschwerung der Mischung des russischen Getreides mit deutschem in unseren Ostseestädten, und die Erschwerung des Transits, wo man wieder unterscheiden muß zwischen dem Ostseetransit und zwischen dem südwestlichen Transit, der hauptsächlich durch Süddeutschland, durch Bayern auf Mannheim geht — wenn man die näher ins Auge faßt, so glaube ich, daß die Herren künftig den verzollten Roggen gerade so gut werden mischen können, wie bisher den unverzollten, und ich glaube nicht einmal, daß sie 25 Pfennige weniger am Zentner verdienen werden, sondern daß der Zoll, wie ich schon vorhin sagte, von dem, der sein Korn notwendig los sein muß und der keinen anderen Abnehmer hat, wird bezahlt werden müssen.

Die Veränderung der Absatzwege aus Rußland — also ich will einmal sagen von Danzig nach Libau, wovon jetzt viel die Rede ist — damit kann man Leute bange machen, die das Geschäft und die Geographie nicht kennen. (Sehr richtig! rechts.) Es sollen heute zum Beispiel einige Königsberger Firmen sagen: sie können sich nur halten dadurch, daß sie Kommanditen in Libau errichten. Darüber würde ich mich freuen, wenn unsere Landsleute auch in Libau Geld verdienten, gleichviel ob in Libau oder in Königsberg, ich gönne es ihnen in beiden Fällen. Aber man muß Libau kennen und sich doch klar machen, daß das Ausgraben eines Hafenbassins an der Westküste von Kurland und das Anlegen einer Eisenbahn dahin noch keinen Handelsplatz und noch keinen Absatzhafen schafft.

Was ist es denn, was den russischen und namentlich westrussischen und polnischen Kornverkehr nach unseren Ostseestädten zieht? Es ist keineswegs, daß sie in Rußland keine guten Häfen hätten; sie haben in Riga, in Petersburg Häfen, und es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde oder Rügenwalde, wer das kennt, aber das genügt nicht zum Handel, und meines Erachtens kann Rußland viel Geld auf Libau verwenden, aber keinen Handelsplatz daraus machen. Was sie nach Danzig und Königsberg hinzieht, das ist der große Handelsplatz, die große Kaufmannschaft, das große Kapital. Wer hat denn Kapital zum Kornhandel in Libau? Das Kapital kommt aus den deutschen Ostseehäfen, und deshalb hat Danzig, hat Königsberg, weil sie das Geld hergeben, mit dem den russischen Bauern das Korn abgekauft wird, und einen Vorschuß machen, deshalb hat Danzig und Königsberg diesen Handel und wird ihn deshalb auch behalten, denn einen Handelsplatz können selbst die gewaltigen Kräfte des russischen Reiches nirgends improvisieren, am allerwenigsten in Libau oder Windau, wenn sie auch die Eisenbahn nach Windau legen, was mitunter etwas früher eisfrei wird, aber selten, weil es nördlicher liegt. Aber sie haben ja einen guten

Hafen in Riga, und es geht auch Getreide von dort nach Lübeck, um hier gemischt zu werden, oder nach Danzig oder Stettin, aber es ist doch unbedeutend. Die Rigaer Kaufmannschaft kann sich an Kräften mit der Königsberger, Danziger, Hamburger nicht messen, sie braucht das Kapital der deutschen Häfen und die kaufmännischen Verbindungen derselben notwendig, um ihr Korn zu verwerten, und wo soll denn, wenn Sie die Karte ansehen, das Korn aus dem Königreich Polen, aus der oberen Weichsel, aus Galizien anders hin, als daß es durch Deutschland geht, und ebenso aus Rußland, abgesehen davon, daß das russische Korn in seiner natürlichen Gestalt immer einen erheblich minderen Wert gegen das deutsche haben wird, mit Ausnahme des Südens, wo die Gunst des Klimas eine andere Gattung Korn herzustellen möglich macht als im Norden; das geht aber größtenteils über Odessa weg und kommt nicht zu uns. Das russische Korn, was zu uns kommt, wird fast immer der Mischung bedürfen, oder es wird sich mit einem sehr viel niedrigeren Preise als das deutsche auf den englischen und deutschen Märkten begnügen müssen. Wenn Sie die Preislisten ansehen, so werden Sie da, wo russischer Roggen ehrlich angeboten wird, denselben 10 bis 15 Mark auf die Tonne wohlfeiler angeboten finden als den deutschen; der deutsche ist an und für sich mehr wert, nicht weil der Roggen Rußlands, wenn man ihm die volle Reife läßt, schlechter ist — in Polen namentlich ist zum Beispiel der Weizen von Sandomir, der „hochbunte“ polnische, ein sehr viel besseres Produkt als der deutsche, und der ungarische ist noch besser — aber der russische Roggen kommt nicht trocken in die Scheune oder in den Handel. Diese Ungunst des russischen Klimas muß das russische Getreide tragen, wir nehmen sie ihm ab durch die Mischung; das russische Getreide wird nicht vollkommen reif, oder doch nicht trocken in den nördlichen Bezirken von Rußland; wo sich die deutschen und skandinavischen Einflüsse hin erstreckt haben, da ergänzt man diese Ungunst des Klimas durch das Darren des Getreides in heizbaren Scheunen, wo, bevor das Getreide zum Dreschen kommt — ich glaube, sie nennen es Riegen —, die Bündel auf einen mäßig erwärmten gewölbten Raum geworfen werden und dann sich das Korn mit mehr Leichtigkeit vom Halm löst, welches unreif oder feucht eingekommen ist. Wo diese Behandlung nicht herrscht, da kommt ein großer Teil des russischen und polnischen Getreides an und für sich unreif, jedenfalls unvollkommen trocken in den Verkehr. Diese unvollkommene Trockenheit äußert einmal die Wirkung, daß das Getreide, wenn es nachher getrocknet ist, nicht den vollen Wert hat, den es vorher hatte, namentlich aber auch, wenn es auf den Wittinen ankommt, wie sie die dortigen Fahrzeuge nennen; wer gesehen hat, wie die Getreidemassen auf den Strömen heruntergeflößt werden, der glaubt ein grünes Kornfeld zu sehen, das Korn grünt aus, dann wird es, um von den Kornkeimen befreit zu werden, im Freien ausgeschüttet, und es wird so behandelt, daß die Keime abgestoßen werden. Getreide aber, was angekeimt ist, kann den Nahrungswert nicht mehr haben, als wenn es noch nicht gekeimt hatte und der Keim noch nicht abgestoßen war; nachher wird dem russischen Getreide ein höherer Wert wieder dadurch verliehen, daß es mit deutschem vermischt wird, und dieses vermischte Produkt wird dann fälschlich als deutsches Korn mit Lokalnamen, „Stettiner Mischung“, „Danziger Mischung“, im Auslande verkauft und drückt den Standardwert unseres deutschen Getreides, die Reputation desselben wesentlich herunter, indem man diese halbe Mischung — ich will nicht sagen Fälschung, aber es erinnert dies doch an die üblen deutschen Lieferungen, über die in Ostasien geklagt wurde, daß die Waren nicht durchgängig

von gleicher Qualität waren. Ist das ein nationaler Vorteil für uns? Ich will es unentschieden lassen, ich glaube, es wird den Herren in den Seestädten nicht benommen werden, denn die Russen können in Libau ihr Getreide nicht mischen und dazu nicht deutsches Getreide dorthin fahren, was scheunentrocken ist, um es mit dem russischen zu mischen. Ich glaube also, das russische Getreide, wenn es überhaupt wächst, hat einen Zwangskurs, eine gebundene Marschroute, die es notwendig auf die Wege der deutschen baltischen Häfen weist. Es ist deshalb hier das Mittel gegeben, wo die Kampfzölle zur Eröffnung der russischen Grenze unter Umständen wirksam werden könnten. Der Herr Abgeordnete v. Treitschke hat gestern angeführt, daß dieses System versucht wurde und nicht zum Ziele geführt hat. Ich vermute, er hat angespielt auf eine Episode, die in den Jahren zwischen 1823 und 1825 spielte, wo Preußen von Rußland auf Grund der polnischen Teilungsverträge verlangt hatte, daß vollkommen freier Verkehr in den ehemals polnischen Ländern stattfinden solle, also daß eine russische Grenzsperre innerhalb des alten polnischen Reiches nicht zulässig wäre, und wo Rußland die Verpflichtung hierzu ablehnte, und wo man in Preußen empfindlich wurde und einen Zoll von 5 Silbergroschen — nicht auf den Zentner, sondern auf den Scheffel, der vier Fünftel bei Roggen und neun Zehntel bei Weizen ist, legte. Nicht etwa, weil der Danziger Handel darunter gelitten hätte, und weil die Russen nun ihr Getreide anderswo exportiert hätten, hat dieses Verhältnis aufgehört; wohin sollten sie es denn bringen? Es gab keine Eisenbahnen, es gab keine Chausseen. Der einzige Weg, auf dem das russische Getreide aus dem dortigen Gebiet des Njemen, der Weichsel und des oberen Dnjepr durch die Kanäle heraus konnte, war allein der Njemen, die Weichsel und die Warthe, der Wasserweg, und es wurde nicht etwa, weil man in Preußen den Handel leidend fand, sondern weil Kaiser Alexander sich persönlich an König Friedrich Wilhelm III. wandte und hierin eine Abweichung von der Tradition in der politischen Freundschaft zwischen Preußen und Rußland fand — auf diesem Wege wurde es durchgesetzt, mit einer leisen, fast merklichen Wendung, daß beim Transport „zu Wasser“ diese Zölle nicht Anwendung finden sollten, und so wurde die ganze Sache totgemacht; denn anders als wie zu Wasser, auf dem Njemen, der Weichsel und der Warthe, war kein Transit möglich. Denken Sie sich das ganze Land mit seinen sandigen, bergigen Wegen ohne Chausseen, ohne Eisenbahnen; es war kein Handel als auf dem Wasserwege möglich, und er wurde wieder gestattet, nicht aber, weil wir es wirtschaftlich nicht hätten durchführen können, sondern weil wir es unserer Politik nicht entsprechend fanden, den Kaiser Alexander I. zu verstimmen.

Diese Transitfahrt in Westpreußen berührt die deutsche Landwirtschaft nicht in dem Maße, wie der Transit, der sich in der Richtung auf die Nordsee und die französische Grenze und namentlich durch Bayern bewegt. Aber die Amendements, die darauf gestellt sind, im Interesse dieses baltischen Transits und dieser Mischungen gesetzliche Bestimmungen in den Tarif hineinzubringen, halte ich doch hier nicht angebracht. Sie bezwecken nicht eine Tarifposition, sondern eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869. Nach dem Zollgesetz von 1869 ist, wenn ich nicht irre, im 6. Artikel bestimmt, daß der Transit frei sein soll, und dann ist gesetzlich bestimmt, in welcher Art der Transit ausgeführt werden kann, mit anderen Worten, was Transit sei und wie es zu verstehen sei. Wenn Sie darin etwas ändern wollen, müssen Sie einen Antrag auf Änderung des Zollgesetzes von 1869 bringen.

Hier im Tarif hat eine solche gesetzliche beiläufige Bestimmung oder Resolution oder Empfehlung an den Bundesrat meines Erachtens keinen Platz; denn das Zollgesetz von 1869 gibt dem Bundesrat schon die nötigen Machtvollkommenheiten, um den Handel zu erleichtern, seine gesetzlichen Bestimmungen können auf dem beiläufigen Wege nicht geändert werden.

Sollen sie geändert werden, so ist die Frage, soll der Transit überhaupt frei bleiben, soll die Freiheit nicht lokalisiert werden, denn der Transit in ostwestlicher Richtung schädigt die deutschen und namentlich die süddeutschen Interessen in großer Erheblichkeit. Wir liegen in Deutschland inmitten zwischen dem Korn und Holz produzierenden Osten Europas und dem Korn und Holz kaufenden Westen Europas. Wir sind dabei leistungsfähig nach beiden Richtungen; wir können dem Osten Industriewaren liefern, wenn er sich nicht gegen uns verschlösse, und wir haben früher dem Westen landwirtschaftliche Produkte geliefert, haben uns aber selbst diesen Handel tot gemacht, indem wir dem Konkurrenten durch Abschaffung des Transithandels, also durch Gewährung der Transitfreiheit die Konkurrenz erleichterten und ihm außerdem schnell und wohlfeil bis an die Grenzen des kaufenden Staates hinfuhren (Hört, hört! — Sehr richtig! rechts.), damit er dort durch wohlfeile Produktion konkurriere und dem deutschen Verkäufer in Mannheim usw. den Absatz ruinierte. Ich appelliere an die Herren, die aus Bayern hier sind, welchen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten Süddeutschland in früherer Zeit mit Vieh sowohl wie mit Korn nach Frankreich hatte — vom Holzabsatz kann ich heute nicht sprechen, aber da werden namentlich die bayerischen Herren noch mehr davon zu sagen wissen wie die norddeutschen. — Dieser ganze Absatz ist uns durch das, meines Erachtens in dieser abstrakten Allgemeinheit nicht richtige Prinzip der Transitfreiheit verdorben. Wir haben dem Konkurrenten mit der dem deutschen Charakter eigenen wissenschaftlichen Großmut die Konkurrenz erleichtert. (Bewegung.) Das ist mehr kosmopolitisch als national. Ich will über die Transitfrage noch nicht entscheiden, nur würde ich dringend bitten, alle Amendements, die dahin gerichtet sind, gesetzliche Änderungen des bestehenden Zolls von 1869 bei dieser Gelegenheit durchzubringen, abzulehnen, und ich möchte empfehlen, daß, um diese beiden Verhältnisse, Zollausführungsgesetz und Tarif, nicht in große Verwirrung zu bringen, wir uns der Änderung des Gesetzes durch Tarif enthalten; die verbündeten Regierungen müssen den höchsten Wert darauf legen, daß diese Amendements, die irgendeine Änderung des Zollgesetzes bezwecken, abgelehnt werden.

Ich hatte mir noch einige Notizen über die Rede des Herrn Vorredners gemacht, aber ich glaube, ich kann über sie hinweggehen, bis auf das eine, was eine Entkräftigung des Beispiels mit der Maut von zehn verschiedenen Rittergütern betrifft. Es ist nicht mein Beispiel, und ich kann es in allen seinen Konsequenzen nicht durchführen, aber die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß das Gut, welches sich durch einen Chausseezoll belastet findet, eben auch einen anderweiten Verkauf wählen könnte, trifft hier nicht ganz zu. Ich würde lieber gegen das Beispiel anführen, daß derjenige, der den Chausseezoll zahlt, zwei- bis dreimal mehr aufladen kann als derjenige, der ohne Chaussee fährt, und daß die Rechnung sich dadurch ausgleicht. Aber die Möglichkeit, sich einen anderen Abnehmer zu wählen, findet bei Rußland, Galizien, Ungarn in dem Maße gar nicht statt. Wenn die 42 Millionen Deutschen nicht mit unter den Abnehmern sind, dann setzen jene so viel nicht ab, als sie

bauen können und wollen. Wir tun also wenigstens gut, unsere Grenzen gegen Überführung zu verschließen.

Ich komme nun zu einer anderen Frage, mich den landwirtschaftlichen Interessenten gegenüber darüber zu rechtfertigen, warum wir denn eine solche Vorlage gemacht haben; wenn sie die Preise nicht steigert, nützt sie dann dem Landwirt gar nichts? Ich habe schon erwähnt, daß sie ihnen insofern nützen kann, auch ohne die Preise zu steigern, wenn sie ihnen den deutschen Markt in ausgedehnterem Maße als bisher sichert, daß nicht, wie wir das jetzt erlebt haben, die Kornverkäufer herumfahren müssen in den verschiedenen Marktstädten, um ihren Roggen abzusetzen, und daß sie ihn vom Markt wieder nach Hause nehmen müssen, oder, wenn sie ihn einem Kaufmann anbieten, mit freundlichem Hohnlächeln ein Gegenangebot zu einem geringeren Preise bekommen. Das wäre schon ein sehr erheblicher Gewinn. Aber, wie schon anfangs gesagt, haben die verbündeten Regierungen bei dieser Vorlage einen eigentlichen Schutzzoll nicht erstrebt. Ich wenigstens bin von Hause aus davon ausgegangen, daß die Vorurteile zu ungeklärt und die öffentliche Meinung und die alles übertönende Stimme der großstädtischen Presse zu laut (Sehr richtig!) gegen diese Zölle sein würde, als daß sie verstanden und überlegt werden würden, und ich habe mir gedacht, man muß durch die Tat überzeugen, daß sie diesen Einfluß nicht haben können. Ich habe deshalb der Kommission von Hause aus empfohlen, man möchte für Getreide nur den Finanzzoll, d. h. die distributive Gerechtigkeit, die Verteilung eines Teiles der Lasten der inländischen Landwirtschaft nach Maßgabe des gesamten Steuerreformplans auf das Ausland erstreben, einen eigentlichen Schutz aber nur für die Viehprodukte erstreben. Auch das ist mir in vollkommenem Maße nicht gelungen. Ich halte die Viehzölle, und namentlich bei den besseren Rindviehsorten und beim Fettvieh, für die doch die Notlage, der Notstand und der arme Mann nicht so geläufig ins Feld geführt werden kann, für wesentlich zu niedrig. (Rufe links: Schmalz!) Wie befehlen die Herren? Rinderschmalz? Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgesprächen zu belästigen, Sie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten.

Die Viehzölle halte ich nicht für völlig ausreichend, aber da gestehe ich zu, sie sollen einen Schutz gewähren, und sie sind höher wie die Kornzölle. Von den Kornzöllen aber erwarte ich doch eines: einmal, daß das Gefühl der Ungerechtigkeit in der ungleichen Belastung der Besteuerung sich mildert, wenn die Gesamtreform der Finanzen zur Durchführung kommt, und daß die Landwirtschaft um so viel, als die Kornzölle bringen, gewinnt, mindestens später, wenn andere Finanzzölle durchgehen und sie mehr in der Grundsteuer dadurch entlastet wird, daß die Gemeindezulage nicht mehr zur Staatsgrundsteuer geschlagen wird, sondern direkt aus der Staatssteuer genommen wird. Das würde für die Landwirtschaft, wenn sich das durchführen läßt, eine Entlastung ihres Betriebes von durchschnittlich der einen Hälfte der 20 Prozent sein, mit denen sie bisher belastet ist. So viel wird dieser Kornzoll, wenn es auch bei seinem Ertrage wesentlich auf die Frage ankommt, wie man den Transit behandelt, doch nicht bringen können, sondern es werden da andere Steuerreformen mit hinzutreten müssen. Aber es ist doch immer der gute Wille der Gesetzgebung sichtbar, daß das landwirtschaftliche Gewerbe mit der gleichen Gerechtigkeit wie die übrigen behandelt werden soll. Dann aber sehe ich in diesen Kornzöllen, wenn ich so sagen darf, einen

Ordnungszoll, der etwas Ordnung in die Einfuhr bringt. Bisher, wo die Einfuhr ganz absolut frei ist, da werden beliebige Massen fremden Korns zu uns hereingefahren, weil jeder Zentner Korn, der in Deutschland liegt, schon einen höheren Wert hat, als wenn er in Ungarn, Rußland oder Galizien liegt, und die Aussicht, ihn vielleicht verkaufen zu können, ist hier größer. Ich muß auch dem Herrn Vorredner widersprechen, der sagte, daß es nicht Konsignationsgeschäfte wären; ich gebe es nach dem Wortlaut zu, aber wir wollen über den kaufmännischen Ausdruck nicht rechten, ich will lieber mich so ausdrücken: es sind zum großen Teil Hoffnungsgeschäfte, d. h. Einfuhr des Roggens auf Anlaß und Bestellung der deutschen Kornhändler, resp. der Großmüller. Sie werden angelockt zu dieser Masseneinfuhr, zu dieser Übereinfuhr durch die Beschaffenheit der Eisenbahntarife. Wer 100 000 Zentner gleichzeitig anmeldet, erhält den wohlfeilsten Tarif, d. h. in Massen wird die Fracht billiger gelassen von den Eisenbahnen, um möglichst viele Massen in den Eisenbahnverkehr hineinzuziehen. Die Versuchung ist außerordentlich groß, daß einer, der vielleicht nur 3000 Wispel unterbringen kann, sich 5000 bestellt, um den erheblich niedrigeren Tarif, den die sogenannten Fünftausendwispelmänner für ihre Mühlen und Kornhandlungen haben, zu gewinnen, ja bei der wagehalsigen Spekulation, mit der der Berliner Kornmarkt vertraut ist, ist es möglich, daß, wer nur 1000 Wispel oder gar nichts sicher unterbringen kann, 5000 bestellt, in dem Glauben, wenn es einmal im Lande ist, wird er es schon los werden. Ich glaube, daß wir auf diese Weise unter einer Überführung mit Getreide leiden, die notwendig sich etwas mildern, sich einschränken muß, wenn diese Herren, die diese 5000 Wispel kontrahieren, dafür einen Zoll von 25 000 Mark erlegen müssen und erst dann ihre Chance abwarten können. Ich glaube, daß das, was ich, ohne die Herren, die ihren Gewinn dabei suchen, zu beleidigen, eine leichtsinnige Einfuhr von Getreide nennen möchte, erheblich vermindert wird durch den Zoll. Ob das auf die Erhöhung der Preise wirken wird, ist mir sehr zweifelhaft, aber es wird vielleicht einem weiteren Herunterdrücken vorbeugen, denn durch die fortgesetzte Mehreinfuhr von mehr, als wir konsumieren und brauchen überhaupt, müssen die Preise viel mehr gedrückt werden, als durch irgendwelche anderen Umstände. Es ist ein bekannter Grundsatz, daß 1 Prozent Ware über den Bedarf am Markte um 2 Prozent drückt, und ein fehlendes Prozent wieder 5 bis 10 Prozent steigert. Aber dieser Druck von den überschießenden Prozenten findet bei uns meiner Überzeugung nach ganz zweifellos statt, und die jährliche Einfuhr übersteigt unseren Bedarf, ich will nicht behaupten um das ganze Quantum der Einfuhr in jedem Jahre, aber sie übersteigt ihn. Ich habe hier in einer Schrift, die mir von freihändlerischer Seite zugeschickt worden ist, eine Darstellung dieser Verhältnisse, die sie zu erklären und zu entschuldigen sucht, aus der ich entnehme, daß beispielsweise die Einfuhr von Getreide, oder ich will sagen der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr vom Jahre 1872 sich bloß bei Weizen und Roggen, von allen anderen Getreidesorten sehe ich vollständig ab, um 17 Millionen Zentner gesteigert hat. In dem ersten Jahre, 1872, wie ich mich noch erinnere, war ein Überschuß der Ausfuhr in Weizen von 200 000 Zentnern vorhanden, nachher im letzten Jahre ein Überschuß der Einfuhr auch in Weizen von einem sehr viel größeren Quantum. Im ganzen beträgt die Zunahme des Überschusses der Einfuhr von Weizen und Roggen über die Ausfuhr 17 Millionen Zentner. Dabei ist nun gesagt, dies erkläre sich aus der großen Zunahme der Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung ist angegeben auf 1 660 000

Köpfe in der Zeit, wir wollen in runder Summe sagen 1 700 000. Diese Bevölkerung von 1,7 Millionen ist meiner Überzeugung nach vollständig gesättigt mit 6 Millionen Zentner Roggen und Weizen. Die Ansätze, die heutzutage in der politisch sehr tendenziösen Statistik, wie sie in Preußen gemacht wird (Hört!), angenommen werden von 9 Zentnern pro Kopf, sind geradezu unsinnig, die von 5 Zentnern, die der Herr Vorredner angab, halte ich für zu hoch gegriffen. Die Konsumtion der Städte, die immerhin etwas weniger Brot essen mögen, weil sie mehr Fleisch essen, hat nach den Untersuchungen der Mahl- und Schlachtsteuer nur 125 Kilogramm = 250 Pfund, also gerade die Hälfte von dem, was der Herr Vorredner sagte, pro Kopf ergeben. Ich richte mich da auch nach meinen eigenen ländlichen Erfahrungen, und da weiß ich ganz genau, daß in den Deputaten, die ich zu geben habe, und bei den guten und kräftigen Essern, wie die pommerschen Arbeiter sind, der Kopf: Mann, Frau, Kind, mit 4 Scheffeln Roggen berechnet wird; und daß das reichlich ist, wird mir jeder zugeben, der auf dem Lande wirtschaftet, und auf dem Lande wird mehr Brot gegessen als in den Städten.

Indessen, ich will auch noch höher gehen, selbst über den Satz, den dieser freihändlerische Herr hier anführt, auf 345 Pfund Getreide pro Kopf. Ich will also annehmen bloß für Weizen und Roggen 345 und dies auch noch nach oben abrunden auf 350 Pfund. 4 Scheffel sind, wie bekannt, 320 Pfund Roggen. Ich gehe also 30 Pfund höher, auf 3½ Zentner, dann komme ich — die Konsumtion der Mehrgeborenen, die Vermehrung der Bevölkerung eingerechnet — auf 5 bis 6 Millionen Zentner, und es bleibt mir eine weitere Mehreinfuhr von 11 Millionen Zentnern übrig, für die der Konsument wenigstens sich nicht in dem Zuwachs der Bevölkerung findet, wenn man nicht allen neugeborenen Kindern den Magen mit Brot überfüllt. (Heiterkeit.) 11 Millionen Zentner sind es, wenn man die Konsumtion von 3½ (Zentnern) rechnet, zwischen 3 und 4 Millionen Jahresportionen eines Kopfes der Bevölkerung. Wenn also in jedem Jahre auch nur diese 3 bis 4 Millionen Jahresportionen zu viel zugeführt werden, sich ein bis drei Jahre herumtreiben bei uns im Lande und ganz unabsetzbar auch zu Schleuderpreisen sind, dann wieder in der Mehrausfuhr nach anderen Gegenden hin bei uns figurieren, so muß das eine Überführung von Getreide bei uns veranlassen.

Ich will noch eine andere Rechnung anstellen, mit der ich auf dasselbe Resultat komme. Ich fordere jeden auf, mir aus der Erfahrung, namentlich aus der der Landwirte oder aus der Statistik der mahlsteuerpflichtigen Städte zu widerlegen, daß die Konsumtion von Weizen und Roggen — wohlverstanden, ich spreche von keinen anderen Gattungen als von denen, die hauptsächlich zur menschlichen Nahrung dienen — 3½ Zentner pro Kopf übersteigt. Bis zum Gegenbeweis bleibe ich bei meiner Behauptung. Da finde ich, daß die 40 Millionen Deutsche, wenn sie recht hungrig sind, 140 Millionen Zentner Roggen und Weizen im Jahre essen können; oder, rechnen wir die Neugeborenen noch hinzu, so kommen wir auf einen Verbrauch von 146 bis 150 Millionen Zentnern Roggen und Weizen.

Nun, wie viel bauen wir von diesen beiden Brotfrüchten? — Daß das, was wir bauen, vollständig im Lande bleibt, geht daraus hervor, daß in beiden Fruchtgattungen die Ausfuhr von der Einfuhr erheblich überstiegen wird.

Also wir bebauen auf einer verhältnismäßig geringen Ackerfläche für die 54 Millionen Hektar, die das Deutsche Reich enthält, mit Winterkorn, Weizen und Roggen, nur etwa 8 200 000 Hektar. Davon befinden sich in Preußen — und ich muß das sondieren, weil mir nur über Preußen die weiteren statistischen Daten genau zugänglich geworden sind — 1 Million Hektar Weizen und 4½ Millionen Hektar Roggen; also im ganzen neun Elftel Roggenbau und zwei Elftel Weizenbau in Preußen. In Süddeutschland ist das Verhältnis anders. Die Fläche, die mit Roggen und Weizen bebaut wird, ist mir bekannt: es sind 1 200 000 Hektar, die mit Weizen bestellt werden, und 1 500 000, die mit Roggen bestellt werden, zusammen etwa 2 700 000 Hektar, also ziemlich genau die Hälfte von den 5½ Millionen, die in Preußen damit bestellt werden. Diese Weizen- und Roggenbestellung in Preußen liefert nun nach den Tabellen des Statistischen Bureaus einen jährlichen Ernteertrag im Durchschnitt des ganzen Staates in Roggen und Weizen ziemlich genau von derselben Millionenzahl, wie das deutsche Volk bei 3½ Zentner Konsum pro Kopf verzehren kann, d. h. von 146 Millionen, worunter 34 Millionen und einige Weizen und etwas über 110 Millionen Zentner an Roggen. Wenn ich nun, da ich vorhin fand, daß das, was in Süddeutschland an Roggen und Weizen bestellt wird, ungefähr die Hälfte von dem preußischen oder das außerpreußische reichlich die Hälfte von dem preußischen betrug, so kann ich bei den besseren Bodensorten, den besseren Ernten und zum Teil der besseren Wirtschaft doch annehmen, daß sie mindestens ebensoviel bringen verhältnismäßig, daß sie also die Hälfte von den 146, sagen wir der Rundung wegen — es kommt auf eine Handvoll Noten nicht an — 150 Millionen, ich will es bei der Halbierung abrechnen, daß sie 70 Millionen Zentner Roggen und Weizen aufbringen. So haben wir also das Gesamtprodukt der eigenen Ernte mit 220 Millionen Scheffel derjenigen Korngattungen, welche zur menschlichen Nahrung verwendet werden. Wir müssen dazu zurechnen die Übereinfuhr, die Sie auf 30 Millionen angegeben haben in diesen beiden Getreidegattungen ganz allein ohne die anderen, das macht 250 Millionen. Es ist noch ein kleines Item von zwei Früchten, die vorzugsweise zur menschlichen Nahrung dienen, das ist Buchweizen und Hülsenfrüchte, die beide zusammen noch 15 Millionen Zentner ergeben. Ich komme also dabei auf 265 Millionen Zentner, die zur menschlichen Nahrung dienen, und die in Deutschland zur Konsumtion gelangen. Nun muß ich abrechnen die Saat von 8 Millionen Hektar, die wahrscheinlich der Statistiker nicht abgerechnet hat. Das wird ungefähr mit 25 Millionen Zentner gedeckt sein, und es bleiben mir immer noch 240 Millionen Zentner. Dahinter steht eine Produktion von 500 Millionen Zentner Kartoffeln, die ja zum großen Teil zur Brennerei, zur Fütterung verwendet werden, aber doch auch einen sehr beträchtlichen Teil menschlicher Nahrung liefern.

Ich will nun zugeben, daß auch von diesem Roggen noch ein Teil zur Brennerei u. dergl. verbraucht wird, aber lange nicht in dem Maße, wie man glaubt. Die Kornbrennerei ist immer mehr eingeschränkt worden bei uns. Ich habe ganz sichere statistische Data darüber nicht finden können. Eins, was mir nicht ganz glaubwürdig war, beschränkte es auf 5 Millionen Zentner, ich halte es für etwas zu niedrig, es kommt so sehr viel nicht darauf an. Jedenfalls wird in vielen Gegenden an nicht berechneten Getreidegattungen, Hafer, Gerste, mindestens ebensoviel zur menschlichen Nahrung verwendet, sei

es in Brot, sei es auch nur in Gestalt von Grütze und Suppen, die auf dem Lande ja sehr viel genossen werden. Ich behalte aber immer meine Rechnung nach 240 bis 250 Millionen Zentner, die die deutsche Bevölkerung essen soll, während sie meines Erachtens nicht mehr als 140 Millionen Zentner von diesen Getreidegattungen essen kann. Ich überlasse dieses Problem den Statistikern zur Lösung, nur müssen sie es sich nicht so bequem machen, daß sie ganz einfach ihren aus der Luft gegriffenen Konsumtionssatz von 9 Zentner pro Kopf anführen (Heiterkeit), damit ist man dann leicht fertig. Es wird bestimmt noch Konsumtionen geben, die ich nicht habe anführen können, und die ich im Augenblick übergehe, aber dafür ist der Spielraum, den ich ihnen lasse, auf zirka 100 Millionen Zentner, deren Verwendung sie mir nachweisen sollen, ehe sie behaupten, daß wir Hunger leiden würden, wenn heute die fremde Einfuhr ganz gestrichen würde. Wir würden sie nicht brauchen, wir würden keinen Hunger, keine Not leiden, wenn sie fehlte, aber unser Handel würde einigermaßen leiden, und es ist das ja nicht beantragt.

Es ist in diesem freihändlerischen Werk, was mir hier vorliegt, jener außerordentliche Zuwachs der Einfuhr, der zu dem Zuwachs der Bevölkerung in keinem Verhältnis steht, damit erklärt, daß der Verbrauch von Korn für andere Verwendung, also beispielsweise für Bier, Branntwein, zugenommen hätte, daß weniger Getreide im Inlande gebaut sei wegen des Rüben- und Kartoffelbaues. Nun, das alles ist so hingeredet, um auf jemand, der das in der Stadt liest, Eindruck zu machen, aber das Bier wird doch überwiegend und ziemlich ausschließlich von der Gerste gebraut, und die Gerste ist in dieser Rechnung von Weizen und Roggen nicht mit einbegriffen, und der Branntwein wird wesentlich von Kartoffeln gebrannt, und von den Kartoffeln, mit dem gewaltigen Zuschuß von 500 Millionen Zentnern, habe ich gar nicht gesprochen. Was aber die Bezugnahme auf die Abnahme des Körnerbaues wegen des Rüben- und Kartoffelbaues betrifft, so zeigt das wieder die Unbekanntschaft mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen. Jeder, der Rübengüter kennt, weiß, daß von dem Augenblick an, wo volle Rübenkultur eingeführt wird, auf demselben Gut mehr Getreide wächst als vorher, viel stärkere Kornernten gemacht werden, Ernten, wie man sie vorher sich nicht hat träumen lassen, — wegen der tieferen Kultur. Ebenso ist bekannt, daß Leute, die von der Brennerei keinen Gewinn haben und suchen, lediglich zur Kultivierung ihres Gutes, also um mehr Körner darauf zu bauen, eine Brennerei anlegen. Der Rüben- und Kartoffelbau verhindert den Getreidebau nicht, und ich bleibe bei der Behauptung, daß wir unter einer Überführung mit Korn, vielleicht schon durch unsere eigene Kornproduktion, aber nur deshalb leiden, weil der deutsche Markt zum großen Teil von dem ausländischen Markt absorbiert wird.

Ich kann bei der Erwägung dieser Frage die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesamten Gesetzgebung der letzten 20 Jahre und aus anderen Gründen, auch in der weiter zurückliegenden Zeit die landwirtschaftliche Produktion, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen und stiefmütterlich behandelt worden ist. (Sehr wahr!)

Daß das in den alten Zeiten der Fall war, aus denen unsere ersten Steuergesetzgebungen im Jahre 1824 und vorher stammen, das war ja erklärlich, weil damals die Landwirtschaft fast vorwiegend das exportierende Gewerbe war. Es war das etwas,

was wir aus den Zuständen des landwirtschaftlichen Staates sozusagen mit herüber genommen hatten, und ich bin dabei genötigt durch die Rede des Herrn Abgeordneten v. Treitschke von gestern, nochmals dem Irrtum zu widersprechen, als hätten wir im Jahre 1818 eine ganz besonders freigebige und freihändlerische Gesetzgebung gehabt. Ich will Ihnen nicht den Tarif nochmals vorlesen, er ist in vielen Positionen noch einmal so hoch wie der, den wir Ihnen vorgeschlagen, jedenfalls viel höher als der, der bis 1864 noch galt, und der ist wieder noch höher als der, den wir Ihnen jetzt vorschlagen.

Das Getreide war an der Grenze mit Ausnahme der kurzen Zeit, die aber doch auch in der Zeit von 1818 mit inbegriffen ist — diese Anspannung gegen Rußland von 1823 war ja sehr verwandt mit den Traditionen von 1818 — aber das Getreide (war an der Grenze besteuert). Vor einer Verteuerung fürchtete man sich nicht, denn bekanntlich zahlte der Roggen bei der Einfuhr in die hauptsächlich konsumierenden Städte 50 Pfennige, ich weiß nicht pro Zentner oder gar pro Scheffel, und der Weizen zahlte 20 Silbergroschen, also das Vierfache von dem, was wir Ihnen vorschlagen; also auch bei dem Getreide war die damalige Gesetzgebung, um wohlfeilere Preise herzustellen, nicht so sehr besorgt, aber die Art, wie die Landwirtschaft in unsere neue Steuergesetzgebung eingeführt ist, rührt schon aus den Zeitverhältnissen her, die jetzt nicht mehr stattfinden, und von deren Konsequenz man sich losmachen sollte, wenn man wirklich die Produktion des Getreides im Inlande billiger machen will. Es ist die Grundsteuer aber nicht das einzige Gravamen, es ist die Doppelbesteuerung, daß das Einkommen aus dem Grundbesitz einmal mit 3 Prozent besteuert wird und vorher schon mit der Grundsteuer mit durchschnittlich dem Doppelten von der Einkommensteuer von 6 bis 7 Prozent ohne Rücksicht auf die Schuld. Es liegt aber die Ungunst der Verhältnisse für die Landwirtschaft auch auf einem anderen Gebiet, in der Stempel- und Sportelgesetzgebung. Nehmen Sie an, wenn Sie ein Gut verkaufen, wie hoch ist der Stempel im Vergleich zu anderen Geschäften. Wenn Sie ein Gut verpachten — so ist es wenigstens in Preußen, und das ist die größte fiskalische Ungerechtigkeit, von der ich je gehört habe — wenn Sie ein Gut auf 30 Jahre verpachten, so müssen Sie die ganze Pachtsumme, die bis zum dreißigsten Jahre fällig ist, an dem Tage, wo Sie die Pacht abschließen, verstempeln ohne jede Diskontierung, als ob die ganze Summe Ihnen heute schon zuginge — unter vielen anderen Sporteln und unter dem Hypothekenwesen, aber auch unter der Ungunst der sonstigen Gesetzgebung. Ich will nicht von den Eisenbahntarifen sprechen, die uns die Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte wohlfeiler besorgen als die Ausfuhr, aber auf der anderen Seite die Armenpflege, in Verbindung mit den jetzigen Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes — das hat zur Folge, daß die schwersten Teile der Armenpflege wesentlich auf die landwirtschaftlichen Gemeinden abgelastet werden. Auf dem Lande wachsen die Arbeiter auf, werden in ihrer Kindheit erzogen, mit erheblichen Kosten in der Schule unterrichtet — ihre Mütter, wenn sie Witwen sind, unterhalten — und von dem Augenblicke an, wo sie zum Militärdienst ausgehoben werden, gehen sie in die großen Städte, da gefällt es ihnen besser, und die Landgemeinde hört meist erst dann wieder von ihnen, wenn bei irgendeinem Unglücksfall oder bei einer bösen Krankheit eine Charitérechnung von 100 oder 200 Talern mit dem Manne wieder ankommt (sehr gut!); dann kommt er wieder, er muß auf dem Lande verpflegt werden nach Maßgabe des Unterstützungswohnsitzes, und sobald

er gesund ist, geht er und sucht in derselben Stadt sein Brot, immer mit der sicheren Assekuranz, daß die Angehörigkeitsgemeinde ihn im Alter pflegen muß. Nun haben die Landwirte im ganzen den Vorzug, eine geduldige und staatlich treue, konservativ erhaltend gesinnte Bevölkerung zu sein — ich will nicht sagen, daß sie nicht auch wesentlich liberal sein könnten, ich mache in dieser Beziehung zwischen den Liberalen und Konservativen nicht den Unterschied, daß die Liberalen notwendig zerstörend wirken müßten, sondern ich will den Ausdruck „konservativ", weil er eine Fraktionsbezeichnung ist, zurücknehmen und sagen, sie haben eine erhaltende Tendenz und geben dem Staate Sicherheit; sie geben dem Staate Sicherheit der Steuerkraft, sie sind in Gefahren, welche eintreten, die zuverlässige Quelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß, mag es in Kriegslieferungen sein, mag es in Pferdeställen sein. Der Grundbesitz liegt immer vor Gottes Sonne offen da, und die Hand des Fiskus greift in Gefahren zu, wo sie findet, was sie braucht; da sind sie auch die Exponierten. Sie trägt das alles geduldig, die landwirtschaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und der Übel, unter denen sie leidet, nicht vollständig zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu tun kann, sie zum Bewußtsein zu bringen, das will ich tun, nicht der Agitation wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Wir wollen alle mit gleichen Schultern tragen, und die Gerechtigkeit in Verteilung der Lasten soll sein für alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirtschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben. (Bravo! rechts. Zischen links.)

52. Sitzung des Deutschen Reichstags.

Nachdem die Abg. Graf Udo zu Stolberg und v. Flottwell den Antrag gestellt haben, den Reichskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session ein Gesetz über die Revision des Zollgesetzes von 1869 im Sinn der gesetzlichen Sicherung des Transit- und Veredelungsverkehrs vorzulegen und der Abg. Rickert sich für Verweisung aller Anträge an die Tarifkommission ausgesprochen hat, bemerkt Fürst Bismarck:

24. Mai 1879.

Ich bin weit entfernt, in die geschäftsleitenden Beschlüsse des Hauses mich einzumischen, aber ich besorge doch, daß, wenn eine Frage wie diese, an welche viele andere sich anhängen, in die Kommission verwiesen wird, dann die definitive Entscheidung über diejenigen Fragen, die wir, um schneller zu ihrer Erledigung zu gelangen, im Plenum verhandelt haben, sehr in die Länge gezogen wird. Ich sehe von meinem Standpunkte nicht ein, warum die Prinzipienfrage, die uns hier beschäftigt, nicht ebensogut im Plenum wie in der Kommission weiter beraten und bis zur dritten Lesung entschieden werden könnte.

Es handelt sich nicht um eine Störung des Transithandels, so lange das Zollgesetz von 1869 wirksam ist und dem Transit die Freiheit sichert. Der Bundesrat hat die Be-

rechtigung, diejenigen Erleichterungen zu gewähren, die die Herren Antragsteller, in deren Namen der Herr Vorredner sprach, durch das Gesetz zu einer ganz allgemeinen Verpflichtung ausgebildet zu sehen wünschen. Haben Sie nun zu dem Bundesrat, zu den Vertretern der Bundesregierungen, die ihrerseits bisher, ich glaube, keinen einzigen Beweis von besonders unbilliger Behandlung der materiellen Interessen nach irgendeiner Richtung hin gegeben haben, haben Sie zu denen nicht das Vertrauen, daß sie nicht auch in der Folge Gerechtigkeit und Vernunft werden walten lassen? (Zuruf links: Nein!) Wollen Sie den gesetzlichen Zwang — — ich bitte, von dem „Nein", was dort gesprochen worden ist, Akt zu nehmen. Sie haben also nicht das Vertrauen, daß die Regierungen gerecht und vernünftig sich verhalten werden? Der Herr, der der Regierung dieses Dementi ins Gesicht wirft, daß sie nicht gerecht und vernünftig sei, verschweigt seinen Namen; es wäre mir lieber, ihn genannt zu sehen — er scheint es vorzuziehen, ihn zu verschweigen. — Also ich glaube, die Mehrheit dieser Versammlung wird zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen haben, daß sie nach Gerechtigkeit und Vernunft von den Befugnissen, die ihnen zustehen, Gebrauch machen werden, ich glaube aber nicht, daß die verbündeten Regierungen in der Lage sind, einen gesetzlichen Zwang akzeptieren zu können, der sie unter allen Umständen nötigt, auch da, wo die Vermutung der Zollhinterziehung vorliegt, auch da, wo es sich um solche Geschäftstreibende handelt, welche sich nicht mehr im Besitz der Ehrenrechte befinden, welche wegen Schmuggel, wegen Mißbrauch dieser Berechtigung mehrfach verurteilt sind, doch überall zwangsweise dasjenige bewilligen zu müssen, was bisher ex bono et aequo bewilligt worden ist. Wenn Sie das wollen, meine Herren, dann schreiten Sie zu einer Änderung der Zollgesetzgebung von 1869. Ob eine Revision dieses Zollgesetzes erwünscht ist, lasse ich dahingestellt; wenn sie aber eintritt, dann würde ich in erster Linie den Antrag stellen, daß nicht ganz allgemein die Zusicherung der Transitfreiheit aufgenommen wird, und daß die Transitfreiheit nicht gesetzlich überall, sondern da, wo sie dem deutschen Verkehr nützlich oder doch nicht schädlich ist, streckenweise gesetzlich oder durch Verordnung bewilligt werden könne. Das würde meine Mitwirkung bei der Revision des Gesetzes sein. Und gelegentlich durch eine Intercalatie[1] in dem Tarif diese seit langer Zeit bestehende Gesetzgebung zu ändern, — ich weiß nicht, ob die verbündeten Regierungen dazu die Hand bieten werden; ich würde für meine Person alles aufbieten, zu verhindern, daß sie es tun. Wollen wir diese Zollgesetzgebung von 1869 revidieren, so brauchen Sie nur den Wunsch dahin zu äußern, und die Regierungen werden bereit sein, werden eine Kommission im Bundesrat niedersetzen, oder auch im Plenum die Frage in großer Kürze prüfen, ob sie dazu bereit sind. Wir würden ja dann, wenn es sich um Revision dieser Gesetzgebung handelte, noch zwei Verträge, einen mit Holland aus dem Jahre 1851 und einen mit England aus dem Jahre 1865, wo über die Transitverhältnisse vertragsmäßige Bestimmungen aufgenommen sind, welche bei Erlaß des Gesetzes von 1869 ihre Berücksichtigung gefunden haben, in Betracht zu ziehen haben. Also ich wehre mich nur dagegen, daß bei dieser Gelegenheit ganz außerhalb der Vorlage der verbündeten Regierungen ein wichtiges und einschneidendes Gesetz einer Revision unterzogen wird durch eine Tarifposition; das ist gegen den Usus der Gesetz-

[1] Einschaltung.

gebung. Wollen wir diese Position ändern, so stellen Sie anheim, in Front und offen, eine Revision des Gesetzes von 1869 in Angriff zu nehmen. Von diesen Anträgen, diesen Amendements zwischen zwei Tarifpositionen, dem Bundesrate das Recht zu nehmen, was er bis jetzt hat, und daraus eben eine gesetzliche Berechtigung ihm gegenüber zu machen, kann ich doch nur dringend abraten. Ich gebe ja zu, daß die Transitverhältnisse in den Teilen des Reiches, wo der Transit einen kurzen Weg zu machen hat, auf dem er nicht in Konkurrenz mit den Produkten der deutschen Landstriche tritt, durch die er zu fahren hat, etwas anders sind als da, wo er das ganze Deutschland durchfährt und die Bewohner der Landstriche, durch die er fährt, von dem Absatz ihrer Produkte auf demselben Wege an denselben Verkäufer abhält, namentlich im ganzen Süden, auch im Westen Deutschlands, auch schon im Elbegebiet; es kommt fast nur das Land jenseits der Oder, vielleicht nur das Weichselgebiet bei dieser Scheidung in Betracht, und ich bin nicht berechtigt, irgendeine Zusicherung über die Herstellung eines solchen Unterschiedes zu machen, aber ich bin überzeugt, der Bundesrat wird der Billigkeit und der Aufgabe, die ihm das Zollgesetz stellt, indem es die besprochene Befugnis verlieh, auch in dieser Frage mit Sicherheit Gehör geben.

Die Besorgnis, daß wir die Zufuhr von Getreide von unseren Ostseeprovinzen ablenken, ist, wie mir gesagt wird, vom Herrn Vorredner mit Angabe der zunehmenden Schiffszahl in Libau unterstützt worden, die sich seit 1872 von 367 bis auf 1278 im Jahre 1878 gesteigert hat. Ja, meine Herren, das ist ja ganz natürlich, daß auch der Verkehr von Libau sich gesteigert hat, daß die russische Ausfuhr auch über Libau eine stärkere ist, seit das russische Eisenbahnnetz vollendet worden ist und diese vielen Pferdeweiden, Viehweiden und Steppen, die sonst unkultiviert lagen, durch die Nähe der Bahn und der Bahnhöfe zu einträglichen Gütern geworden sind, seitdem die russische Getreideproduktion sich in dem Maße gemehrt hat, daß in den westlichen Provinzen Rußlands eine Wohlhabenheit im Augenblick besteht, die diese Provinzen sonst in Jahrzehnten nicht gekannt haben.

Es ist sehr wunderbar, daß sie sich nicht viel stärker vermehrt hat. Wenn es für die russischen Produzenten gleichgültig wäre, wenn nicht andere Gründe wären, die sie nach Preußen zögen, müßte Libau noch viel mehr aufgeblüht sein; denn wenn Sie die Karte ansehen, so werden Sie finden, daß alle diejenigen russischen Getreidehändler, welche östlich von Grodno, oder ich will sagen, von Wilna liegen, daß die näher, zum Teil viel näher nach Libau haben, als nach Preußen hereinzufahren. Von Wilna geht die Eisenbahn direkt nach Libau und von Dünaburg geht sie die Düna entlang nach Riga zu, also die Verbindung mit jenen Häfen fehlt ja nicht, und das ganze weite Gebiet, was vielleicht drei Viertel, wenn nicht neun Zehntel des russischen Exports liefert, hat schon immer viel näher nach Riga zu fahren und nach Libau, als nach Preußen.

Es muß also doch noch etwas anderes sein, was sie nach Preußen hinzieht und das ist, wie ich schon neulich bemerkte, die Existenz großer Handelsplätze mit großem Kapital und Handelsverbindungen, denn große Handelsstädte lassen sich nicht improvisieren und verlegen, und wenn, wie nach dem letzten Beschluß anzunehmen ist, der Zollsatz für Roggen auf dem niedrigen Satz von 25 bestehen bliebe, so hätte der Zoll doch nur dieselbe

Wirkung, als wie eine Fracht von 1 Pfennig pro Meile der Zentner, auf 25 Meilen so niedrig also, wie sie selten existiert; auch bei den großen russischen Bonifikationen ist sie kaum noch etwas über 1 Pfennig pro Zentner die Meile. Was will das sagen, wenn es sich um Entfernungen von 200, 250 und 300 Meilen handelt? Da ist ein Unterschied von 25 Pfennig pro Zentner auf die ganze Tour noch kein Grund, die bisherigen Beziehungen zu verlegen, und die Herren werden das verzollte Getreide so mischen und mahlen können, wie das unverzollte. Ich glaube auch, zu demselben Preise, weil ihre Abgeber es eben nicht anders loswerden.

In Bezug auf diese Frage des Transits und des Zollersatzes an der Grenze möchte ich doch auch bitten, die finanzielle Seite der Sache etwas mehr in Betracht zu ziehen. Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Reform, um den verbündeten Regierungen und dem Reich selbst die Mittel zu geben, die ihnen fehlen, um Finanzquellen zu eröffnen, um drückende direkte Steuern durch weniger drückende indirekte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel dazu herkommen, wenn nicht nur die Hauptsteuervorlagen, die gerade, die das Geld bringen sollen, um die Klassensteuer zu ermäßigen, in meinem Sinn, um sie ganz zu beseitigen, insbesondere um die Grundsteuer und die Grundsteuerzuschläge, wie ich neulich entwickelte, für die Landwirtschaft zu vermindern, um die Landwirtschaft im Inneren zu entlasten, wo sollen denn die Beträge dazu herkommen, wenn die wichtigsten Finanzartikel, wie Bier, Tabak, ein so wenig eifriges Entgegenkommen finden wie bisher, so daß wir fürchten müssen, daß wir mit denen in dieser Session wenigstens den Finanzministern keine weitere Quelle eröffnen können — (Zuruf). Darf ich bitten, fortzufahren? Ich habe Zeit und kann schweigen.

Die Herren Finanzminister, ich glaube, sie werden vielleicht in einer späteren Zeit mich in meinen Bemühungen erkennbarer unterstützen, wie bisher, denn um ihre Sache handelt es sich. Wo sollen sie die Mittel herbekommen, um unsere Steuern zu erleichtern, wenn die ertragreichsten kein Entgegenkommen finden und wenn bei diesen, wo wir bisher noch Hoffnung auf ihr Durchgehen hatten, die finanzielle Wirkung, der finanzielle Ertrag dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Teil der Einfuhr in die Lage gesetzt wird, daß der Zoll, der dafür erhoben wird, wieder vergütet werden muß, und daß Sie dem Finanzminister nur eine geringe Einnahme geben, und daß namentlich auf diese Weise die steuerliche Belastung unseres Kornbedarfs nicht gerechter repartiert wird zwischen dem Auslande und dem Inlande, wie mein Bestreben ist, sondern daß die Quote, die auf das Ausland gelegt wird, möglichst geschmälert und verkleinert wird, daß wir also um so viel weniger Mittel haben, um die Landwirtschaft im Inneren zu erleichtern? Der ganze Reformplan der verbündeten Regierungen liegt ja offen vor und liegt auch in der ganzen Öffentlichkeit jedermann zur Prüfung vor, und ich glaube, daß er im Lande im Durchschnitt eine günstigere Aufnahme gefunden hat, als hier in diesem hohen Hause. Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu verwirklichen, werden die Regierungen sich sagen können, daß sie das ihrige, um die bestehenden Steuern zu erleichtern, um neue Quellen zu eröffnen, getan haben. Ohne Ihre Unterstützung aber, meine Herren, würden wir natürlich nicht zu unserem Ziel gelangen.

54. Sitzung des Deutschen Reichstags.

27. Mai 1879.

Bei der Debatte über die von der Regierung vorgeschlagenen Holzzölle bemerkt Fürst Bismarck:

Ich würde in so vorgerückter Stunde nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Redner[1] nicht wiederholt auf meine Person und meine Äußerungen Bezug genommen hätte, obschon ich in dieser Debatte meinerseits noch gar nicht das Wort ergriffen und gar nicht gesprochen habe.

Der Herr Redner hat zurückgegriffen in die Debatte über die Getreidezölle und meine Äußerungen von damals; ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, sondern mich lediglich an das Holz halten, bei dem wir uns augenblicklich befinden, und da der Reihe nach, wie ich sie mir notiert habe, einige der Einwendungen und Angaben beantworten, die der Herr Vorredner gegen die Vorlage gemacht hat, was ich für unrichtig daran halte, richtigzustellen suchen.

Was zunächst seine Beschwerde darüber anbelangt, daß die weichen und die harten Hölzer gleich hoch verzollt würden, so hatten wir geglaubt, daß die Herren Holzhändler in dem Herunterſetzen des Zolles auf harte Hölzer die Konzession wohl erkennen würden, die wir damit machen wollten. Wir haben den mittleren Durchschnitt zwischen weichen und harten Hölzern von früher gewählt, um gerade die Zählung, die Abfertigung zu erleichtern. Was Sie an den weichen Hölzern mehr zu verzollen haben, haben Sie an den harten weniger, und nach den Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners, welcher sachkundig ist, muß man ja annehmen, daß die harten Hölzer beim Fluß- und Seeverkehr und dem Export nach England ihnen die Hauptsache bilden und die weichen Hölzer bloß zur Verkoppelung, um der mangelnden Schwimmkraft der harten aufzuhelfen, benutzt werden. Es ist hiermit eine Konzession beabsichtigt. Sollen die Herren wünschen, daß auf die weichen Hölzer ein niedrigerer Zoll wie der vorgeschlagene gesetzt würde, so müßte die Regierung sich vorbehalten, den auf die harten Hölzer ursprünglich bestandenen auch wieder herzustellen. Wir glaubten aber, daß das Interesse der Abfertigung gerade günstiger ist, daß nicht untersucht wird, was weiches, was hartes Holz ist, wie ja zum Beispiel nach dem alten preußischen Zollgebrauch die Buche zum weichen Holz gerechnet wurde, während sie sonst nach der Forstterminologie gewöhnlich zum harten zählt. Indessen kommt das ja hier nicht in Betracht, weil das Buchenholz ja wenig importiert wird.

Der Herr Vorredner hat dann mit besonderer Emphase die deutsche Nationalität des Holzhandels, die deutsche Nationalität betont, er sprach von dem deutschen Holzhandel, von deutschen Holzhändlern, und ich möchte da den Schlüssen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob diese Herren deutsches Holz verführen und verkauften, und als ob das deutsche Holz durch ihre Vermittlung einen Absatz fände, als ob die 8 Prozent, mit denen sie am Londoner Markt beteiligt sind, aus deutschem Holz bestänben. Nach dieser Richtung hin sind die Herren eher russische Holzhändler als deutsche (Heiterkeit); sie sind in ihrer Eigenschaft als Landsleute uns ja immer willkommen und wir freuen uns, wenn sie am russischen Holz etwas verdienen; aber deutsche Holzhändler in dem Sinn, daß

[1] Abg. Schlutow.

sie deutsche Produkte exportieren, — den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugestehen. Diese nationale Seite der Sache sollten sie lieber nicht berühren, denn sie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen sehen, wie unsere einheimischen Eisenbahnen, die zum großen Teil mit dem Gelde der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Geld der Deutschen gebaut sind, Verkehrsanstalten des Auslands geworden sind, die hauptsächlich zum Nutzen unserer ausländischen Nachbarn (Sehr richtig! rechts), viel weniger zum Nutzen der inländischen, deutschen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, was wir ja geographisch nicht ändern können, daß unsere deutschen Seestädte vermöge der Wendung, die das Geschäft genommen hat, wesentlich zu Emporien des östlichen Auslands geworden sind und mit den Produkten unserer ausländischen Nachbarn, welche so glücklich gewesen sind, ihre Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, bei uns durchfahren und für die Produzenten der gleichartigen deutschen Produkte nur einen Blick kühlen Mitleids haben gegenüber dem Vorteil, den sie an dem ausländischen Holz machen.

Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der sonstigen Behandlung des Holzes ihr Brot finden, so glaube ich, wird das immer auch bei der Annahme des Zolls der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statistik darüber anzustellen, welche Masse von Arbeitern in den inländischen Wäldern brotlos geworden ist dadurch, daß diese inländischen Wälder nicht mehr rentabel sind (Sehr wahr! rechts) und den früheren Absatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schlesien im Sinne, wo durch die schlesischen Wälder der Länge nach die österreichischen geschnittenen Hölzer durchfahren vor den Augen der brotlosen Arbeiter, die früher in den schlesischen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beschäftigung fanden, zum größeren Teil als Holzhauer und als Beaufsichtiger der ganzen Entwicklung, die mit der Verwertung des Holzes verbunden ist, als Sägemüller, aber zum eben so großen Teil auch als Unternehmer im kleinen für den Transport, der innerhalb unserer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin stattfindet. Alle diese kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beschäftigen, im Winter aber gar keine Beschäftigung für das Pferd haben, die verdienten erhebliches Geld den ganzen Winter hindurch mit den Holzfuhren, die in geschäftsfreie Zeit fielen, und diese Leute haben ihre Pferde abschaffen müssen, weil sie sie im Winter nicht mehr ernähren können. Und diese schlesischen Wälder, die sonst von Arbeitern wie ein Ameisenhaufen wimmelten, sind tot und still, nicht bloß zum Kummer des leitenden Oberförsters oder des Privatbesitzes, sondern namentlich zur drückenden Sorge für die Armenpflege und für die Arbeiter, die früher zu Hunderttausenden in allen jetzt ertraglosen inländischen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders ins Gewicht fällt, als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Teil, wir kennen ja alle die Flissacken, Ausländer sind und an der Spitze gewöhnlich einen Regimenter haben, der unserer Nationalität angehört.

Der Herr Vorredner sagte, es sei nicht richtig, daß das russische Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durch muß. Er hat dabei Angaben gemacht, die ich ja in ihrer Richtigkeit nicht alle prüfen kann, aber die eine, die er machte in Bezug auf den Absatz den Dniepr entlang über Cherson, da wird er doch nur Anklang finden bei den Leuten, die den Dniepr nicht kennen. Es ist möglich, daß kleine Quantitäten Brennholz den

Dniepr über die Wasserfälle weg hinabgeflößt werden können, aber wie die künstlich verbundenen Flöße von großen Nutzhölzern diese Wasserfälle und Stromschnellen heruntergebracht werden sollen, das weiß ich nicht, die würden in Trümmern ankommen, und da würde von einem irgendwie rentablen Handel mit Nutzholz nicht mehr die Rede sein können. Also mit solchen Aussichten darf der Herr Vorredner uns nicht zu ängstigen versuchen. Der Dniepr hat für den großen Holzhandel und für die großen Flöße keine andere Mündung, als nach Norden seinem Strom entgegen durch die Sümpfe und Kanäle, die ihn verbinden, nicht bloß mit dem Niemen, sondern auch nach der Weichselseite mit dem Bug. Was zum Dünagebiet gehört, das geht schon jetzt die Düna herunter, und was da zu flößen ist — denn es wäre ja sehr wunderbar, wenn man Holz, was im Dünagebiet liegt, nun auf das Niemen- oder auf das Weichselgebiet im Landwege übertragen wollte, um es anderwärts zu flößen, — also das fällt ganz außerhalb unserer Berechnung.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner nicht das alte Schreckbild für den Holzhandel wieder aufgewärmt hat, von dem Umweg aus dem Niemen heraus über Kowno mit der Libauer Bahn, sondern daß er es bloß auf Faßdauben und Nadelhölzer beschränkt hat, die aber doch auch auf den großen Flößen bequemer schwimmen; aber die großen Hölzer lassen sich ja gar nicht herausnehmen aus dem Strome, und wer die Ufer von Kowno kennt, wo die Hölzer 100 bis 150 Fuß heraufzuschaffen sein würden, wird zugeben, daß die Flöße durch diese Arbeit selbst schon entwertet werden würden. Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern sind auf den Wassertransport absolut angewiesen, und deshalb haben sie eine Zwangsroute notwendig nach unseren Häfen hin und können diese Bahn nur insoweit verlassen, als sie nach ihrer geographischen Verteilung überhaupt zum Dünagebiet und nicht zum oberen Dniepr-, Bug- oder Memelgebiet hin gravitieren, und selbst die sehr waldreichen Gegenden der Wilija werden doch auch dem Strome folgen nach der Memel herunter und werden nicht nach der Düna, in deren nächster Nähe sie entspringt, übergehen können.

Der Herr Vorredner hat dann den dringenden Wunsch ausgesprochen, wir möchten mit mehr Einigkeit und weniger Schärfe diskutieren; ja, meine Herren, die Schärfe kommt daher, daß Behauptungen aufgestellt und vor der Öffentlichkeit akzentuiert werden als ganz sichere, die der anderen Seite unbegründet erscheinen, und denen der andere dann aus seiner Überzeugung als unbegründet widerspricht. Im übrigen sachlich ist das ja eine Angelegenheit, die uns politisch nicht erregen sollte, aber es ist ein altes Sprichwort, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört, und daß hier eine Geldfrage für den einen oder den anderen Teil der Untertanen vorliegt, wo die Geldlast und die Geldvorteile nach Ansicht der verbündeten Regierungen etwas gleicher verteilt werden sollen, als sie in den letzten fünfzig Jahren verteilt gewesen sind . . . Auch das finanzielle Interesse habe ich ja oft hervorgehoben, aber mögen Sie daraus, daß ich es oft hervorhebe, doch nicht schließen, daß dabei das Reich in erster Linie interessiert ist. Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch sein Geld; für das Reich ist es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen, also aus der Grund- und Klassensteuer der Einzelstaaten kommen, oder aus den Zöllen des Reiches; das sieht man dem Taler nicht mehr an, wenn er in die Reichskasse kommt. Es ist vielmehr nur im Interesse der einzelnen Staaten und der Regierungen, daß ich die Finanzfrage so oft akzentuiere, daß ich

die Finanzfrage so hervorhebe. Deshalb kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß ich in der dritten Lesung eine festere und entschlossenere Unterstützung von seiten der Finanzminister der einzelnen Staaten in dieser Frage haben werde, denn ich als Reichskanzler bin zu leicht zu desinteressieren, wie ich schon bemerkt habe, da das Reich durch die Verfassung so glücklich situiert ist, daß die anderen sich bemühen müssen, die Herren Finanzminister der einzelnen Staaten, wo sie das Geld auftreiben, das als Matrikularbeitrag abzuführen ist, und meine Bemühungen sind ja durch mäßige und abgenutzte Kräfte begrenzt, und es wird der Moment kommen, wo ich meinerseits den Karren nicht weiter den Berg hinaufschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.

Der Herr Vorredner hat gesagt, die russischen Waldbesitzer würden, wenn man diesen Zoll, so minim er auch ist, auferlegt, — er beträgt ja, wenn ich den Festmeter weiches Holz zu 20 Mark Wert rechne, und den Festmeter hartes Holz zu 30 Mark, was ungefähr 6 bis 10 Silbergroschen auf den Kubikfuß Nutzholz von beiden Sorten sein würde, nur 2 bis 3 Prozent des Wertes, — ihr Holz nicht mehr nach Deutschland bringen. Aber daß der russische Waldbesitzer unter Umständen auch dieses Opfer noch bringen wird, das geht mir daraus hervor, daß die Preise, die unsere Holzhändler dort für Wälder von gleichartigem Bestande zahlen, je nach der Verlegenheit des Besitzers, je nach dem Leichtsinn des Besitzers, je nach seinem Geldbedürfnis außerordentlich verschieden sind; es werden Quadratmeilen zu 100 000 Rubel ausgeholzt, es werden Quadratmeilen zu 5000 Rubel gehandelt und zu 10 000, und es haben Holzhändler, mit denen ich darüber sprach und die ich nach dem Preise der Schwelle oder anderer einzelner Hölzer fragte, mir gesagt: Das können wir im einzelnen nicht berechnen, das erfahren wir, wenn wir im folgenden Jahre oder in zwei Jahren die Rechnung aufmachen, da kommen wir dahinter, wie das abgewickelte Geschäft war, aber im Augenblick können wir keine Auskunft darüber geben, welchen Bruchteil eines Pfennigs eine Schwelle auf die Quadratmeile Wald kostet. Also im einzelnen auf die Schwelle wird der russische Besitzer nichts nachlassen, aber auf die Quadratmeile kann er statt 100 000 Rubel 50 000 Rubel nehmen, oder 30 000 oder 5000, das werden die Herren mit der Geschicklichkeit, die sie in den Verhandlungen mit den dortigen Waldbesitzern gezeigt haben, sehr bald ermitteln. (Heiterkeit.)

Der Holzzoll, gerade weil das Holz gebunden ist an diesen Wasserweg, eignet sich Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll, und ich bitte den Herrn Vorredner doch zu glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und die Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte, wie er sagt, aus dem Walde so herausschreien, als wie man hineinschreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie. Unsere Nachbarn, Rußland und Österreich, haben alle Repressalien längst vorweg genommen; was bleibt ihnen übrig? (Sehr richtig! rechts.) Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweg genommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht tunlich, es ist gerade so wie jener sagte beim Schrotverkauf: Dieses schießt noch töter! So ist es auch bei den bestehenden Pro-

hibitivzöllen anwendbar: wir sind ausgeschlossen und können noch ausgeschlossener nicht werden.

Der Herr Vorredner sagte ferner, daß er wohl zugeben wolle, daß vorübergehend einige Quantitäten Holz in Deutschland geblieben wären, die Hauptsache wäre aber der Transit. Ja, von dem Standpunkt des Vertreters des Seehandels mag ihm der ganze Verkehr im Binnenlande entgangen sein. Was in Stettin und Danzig ausgeht, das mag ja wesentlich Transit sein, denn die schönen Zeiten, wo man in Stettin die inländischen Hölzer, die im Odergebiet wuchsen, exportiert hat, sind vorbei; sie sind den Leuten zu teuer, sie kaufen anderswo wohlfeiler. Auch bis nach Stettin, bis Hamburg erstreckt sich die Eigenschaft unserer Hauptseestädte, Emporien für das Ausland, für Österreich und Rußland geworden zu sein, und ihr ganzes Geschick und ihren Handel immer mehr von den dortigen Zuständen abhängig zu fühlen, als von den heimischen deutschen, und wir können ja nicht erwarten, daß sie freiwillig unser Holz kaufen; wenn sie doch, wie Herr v. Frankenberg sehr richtig bemerkte, das grobe Holz im Gegensatz zu dem feinen Holz, d. h. zu dem, was kleinere Jahrringe hat, — wenn sie das wohlfeiler kaufen, so ist das eben auch für den Käufer eine Überraschung, ich will auch hier nicht sagen, Täuschung, wo er später dahinter kommt, daß es sich nicht so lange hält wie die heimische gute Kiefer, die ja überhaupt das beste Nutzholz ist, was es gibt. Und wenn namentlich bei unseren Behörden häufig Wert darauf gelegt wird, amerikanisches Holz zu verwenden, und behauptet wird, pitch pine wäre besser, dauerhafter, so begreife ich nicht, wo sie das erprobt haben. Wir haben von unseren Eichen und Kiefern in den Dächern alter Häuser, Kirchen und Rathäuser den Beweis von zwei-, drei-, fünf- und sechshundert Jahren, in den alten Kirchendächern, wie sich unser heimisches deutsches Holz hält, aber von pitch pine weiß niemand, ob es 10 Jahre dauert oder nicht, ob es namentlich bei seinem Harzreichtum bei allen Trockenbauten nicht eine sehr gefährliche Qualität hat, nämlich die, daß kein Firnis diesen Harzreichtum abhält, unter der Sonne, in der Wärme auszuschwitzen, und auf diese Weise den Schutz illusorisch zu machen, den der Firnis bilden soll.

Viele Sachen sind sehr leicht einem einzureden. Jemand, der eine große Menge pitch pine gekauft hat, weiß einen Baubeamten zu finden, der auf sein Urteil hört, und der Baubeamte weiß einen Verwaltungsbeamten zu finden, der auf sein Urteil hört, und die Behörde stellt ein Attest aus, ohne geprüft zu haben, pitch pine sei besser. Und dies ist bei dem geringen Verbrauch der Behörden noch lange nicht so übel in der Wirkung, als das Beispiel ist. Alle Unternehmer glauben dann, die Behörden finden es, und es muß also feiner, besser, jedenfalls ausländischer sein als unser Holz.

Diese „vorübergehenden" Quantitäten, die in Deutschland bleiben — ich verstehe das nicht recht, wenn sie vorübergehen, so bleiben sie eben nicht, aber ganz sicher ist, daß sie zum größten Teil bleiben; sie gehen durch den Thorner Grenzpaß nach dem Bromberger Kanal hinauf, und gelangen durch den Genthiner Kanal bis nach Magdeburg, und dort ist ein Hauptemporium, gegen welches zum Beispiel die Hölzer des Harzes — eine unserer waldreichsten Provinzen — nicht mehr aufkommen können, namentlich weil auch dort die Behörden Zeugnisse ausstellen, das ausländische Holz sei besser, das böhmische sei besser, was eine bare Unwahrheit ist, denn das böhmische wächst auch auf besserem Boden als die märkische Kiefer. Jedermann weiß, daß es kein besseres und zäheres Bauholz —

und auch früher war im ganzen Holzhandel darüber kein Zweifel — gibt, als die Kiefer aus dem Oder- und Elbgebiet, da kommt keine Eiche und keine Tanne dagegen.

Also ich muß bestreiten, daß das meist Transit ist, denn das Hauptquantum bleibt im Lande und drückt entweder den Absatz Nord- und Süddeutschlands nach Frankreich und Belgien, oder drückt den Absatz im Inlande, und die Waldverwüstung, die daraus schließlich bei uns entstehen muß, wenn der Wald keinen Ertrag mehr gibt, hat Graf Frankenberg schon vorhin nachgewiesen. Ich will nur noch hinzufügen, wie es kommen wird. Der Waldbesitzer wird sein Holz zwar noch verkaufen, er wird aber keine Schonung mehr anlegen, weil er sich sagt, dies ist keine rentable Anlage mehr, der Wald wird einen Umtrieb noch haben, und wenn der zu Ende ist, wird er eine Wüste und Sandfläche sein, die dem Lande schadet, anstatt ein Vorteil für das Land zu sein. Ich glaube, ein Forstbesitzer, welcher genau rechnen wollte, der wird überhaupt keinen Wald mehr anlegen, wenn er kein besonderes pretium affectionis dafür hat; es gibt ja, Gott sei Dank, noch solche Holznarren in Deutschland, und zu denen gehöre ich selbst, die Freude haben am Wachstum des Waldes, ohne sich die Kosten Zins auf Zins zu berechnen, aber wenn es nicht mehr lohnt, Holz zu ziehen, so wird und muß der Wald verfallen; Sie haben keinen Zwang auf die menschliche Natur, um den Wiederaufbau des abgeholzten Waldes zu erzwingen.

Dann sagte der Herr Vorredner in Bezug auf die Zollabfertigung, daß die „Register" schwer verwendbar wären. Ja, bei unserer ganzen Zoll- und Steuerverwaltung, da ist bisher allerdings die Voraussetzung, daß jeder, mit dem der Fiskus zu tun hat, ein Dieb ist, bis er das Gegenteil beweist, und bevor der Beweis nicht geführt wird, ist es besser, ihn von Hause aus als solchen zu behandeln, damit man durch Vorsicht jede Schädigung des Fiskus verhindert. Dieser alte fiskalische Zug zieht sich seit Jahrhunderten durch unsere ganze Zollgesetzgebung. Auf die Existenz ehrlicher Leute im Lande rechnet die Zollgesetzgebung überhaupt nicht. Ich halte diese Voraussetzung für nicht zutreffend; nämlich wenn man falsche Konnossements und Register unter Strafe stellt als Betrug, sobald sich dies beim Ausladen ausweist, so glaube ich, kann man das Hauptgewicht auf die Register legen, die jeden Transport begleiten müssen, wo die Stücke numeriert sein müssen, und der Kaufmann weiß genau, wie viel abgefertigt sind. Das ist also so außerordentlich schwierig nicht, und es ist doch in früheren Zeiten der Zoll erhoben worden, ohne den Handel erheblich belästigt zu haben. Und was der Herr Vorredner sagte von der Benutzung des Augenblicks, die an der Zollstätte so wichtig wäre, daß man nicht schnell genug mit der Abfertigung vorgehen könnte, weil inzwischen Hochwasser kommen oder das Wasser sich verlaufen könnte, — meine Herren, ehe das Wasser der Weichsel bei Thorn abläuft, können Sie vollkommen alles Holz der Welt verzollt haben. Es sind das doch keine Bäche und Kanäle, wie im oberen Flußgebiet in Rußland; da mag die Wassersnot oder Hochwasser aufhalten und unangenehm berühren. Aber sind sie bei Schmalleningken oder Fordon angekommen, an den großen Zollpässen der Memel oder Weichsel, oder auch nur an der Warthe, dann will ich zwar nicht sagen, daß die Sache Zeit hätte, im Gegenteil, ich glaube, der Handel muß schnell gefördert werden, und es werden sich Mittel finden lassen, den Holzzoll schnell zu erheben, aber das Wasser läuft nicht ab; und wenn der Transit in seiner Beobachtung größere Schwierigkeiten hat — ja, meine Herren, über

2 Prozent des Geschäfts können diese Schwierigkeiten sich immer nicht belaufen, und sie werden vorziehen, den Zoll zu bezahlen, dann sind sie aller Plackereien überhoben und können mit dem Holz manipulieren wie sie wollen. Und sie sollten doch auch vom Holz dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben! (Lebhaftes Bravo rechts.)

62. Sitzung des Deutschen Reichstags.

19. Juni 1879.

Auf die Interpellation Delbrück, Bamberger und Harnier, ob die Regierung eine Änderung der Münzgesetzgebung (Einführung der Doppelwährung oder Silberwährung) beabsichtige, antwortet Fürst Bismarck:

Wenn ich mich an den Text der Interpellation halte, so kann ich zunächst zweifelhaft darüber sein, wer der darin bezeichnete Adressat sei, an den sie gerichtet ist. Die Interpellation sagt: Beabsichtigt die Regierung die Münzgesetze zu ändern? Der Ausdruck „die Regierung“ in Bezug auf Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er im außeramtlichen Gespräch gebraucht wird, so kann man darunter je nach den verschiedenen Funktionen des Reichs, um die es sich handelt, verschiedene Organe des Reichs verstehen. Wenn es sich um eine Initiative in der Gesetzgebung handelt, so kann aber darunter keinesfalls der Reichskanzler verstanden werden, da die Initiative in der Gesetzgebung bekanntlich einer jeden Regierung zusteht, und innerhalb dieser Regierung die Anregung einer solchen Initiative wiederum jedem Mitglied.

Wenn ich über die Absichten der Reichsregierung, worunter ich hier also verstehen würde: der verbündeten Regierungen, Auskunft geben sollte, so müßte ich sie alle darüber befragen, da sie mir Mitteilungen nicht gemacht haben. Es könnte mir dann leicht erwidert werden, daß ich doch abwarten möchte, bis solche etwa vorhandene Absichten sich verkörperten in Gestalt von Worten, wenigstens von Bemerkungen oder von Anträgen, daß sie es aber ablehnten, sich über ihre Gedanken katechisieren zu lassen.

Ich könnte dieselbe Antwort ja meinerseits auch hier geben, ich will indessen nur sagen, daß ich es nicht nützlich für das Reich halte, einen so schwierigen und für unser Kredit-, Geschäfts- und wirtschaftliches Leben so wichtigen Gegenstand ohne geschäftlichen Anlaß beiläufig, gewissermaßen akademisch, öffentlich zu besprechen und die Regierung en demeure zu setzen, daß sie sich amtlich ausspreche.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht gewesen, eine solche Interpellation zu stellen. Man habe davon Abstand genommen in der Meinung, daß man durch Herbeiführung einer öffentlichen Diskussion über die Frage der Reichsfinanzverwaltung Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich konnte diese Äußerung des Herrn Vorredners nur mit dem Gedanken begleiten, daß diese Erwägung eine sehr weise war. (Heiterkeit.) Warum die Lage nun seitdem verbessert worden ist — was hat sich denn geändert? Daß in einem ausländischen Parlament die

Sache besprochen ist in einer Weise, bei der niemand behauptet hat, amtliche Nachrichten zu haben, macht das nun die Stellung dieser Interpellation, die Stellung dieser Frage für die Regierung weniger unbequem, weniger schwierig? Der Herr Vorredner selbst teilte, wie er sagt, die Besorgnis nicht, die der Stellung der Interpellation zugrunde lag, die ihr den Ursprung gegeben hat. Muß aber nicht die ganze Welt glauben, wenn sein Name unterzeichnet steht, wenn ein so bedeutender Staatsmann, der der Regierung so nahe steht und zu ihrer Beobachtung so leichte Mittel hat, dem es so leicht gewesen wäre, privatim bei mir Erkundigungen einzuziehen, wenn der die Zweifel an den Absichten der Regierung bis zu dem Maße teilt, daß er eine öffentliche amtliche Befragung der Regierung für notwendig hält, — muß die Welt nicht glauben, daß doch sehr viel mehr dran sein müßte, als er selbst hier zugegeben hat, als es wahrscheinlich der Fall sein könnte? Ich halte die Interpellation im Sinn und Zweck der Herren Interpellanten für nicht wohl überlegt. (Oho! und Lachen links.) Was in den Zeitungen steht, das vergeht bald; Zeitungen haben einmal ein Bedürfnis mir gegenüber an Material für ihr Bedürfnis an sittlicher Entrüstung; dazu brauchen sie Stoff, und die Herren, die eben ein so sonores Gelächter erschallen ließen, werden mir das bestätigen, sie brauchen auch sonst Stoff; in dieser ereignislosen Zeit, wo kaum irgendwo in der Welt ein mäßiger Krieg im Gange ist — in Europa Gott sei Dank, gar keiner, — werfen sie sich begierig auf jeden Stoff, das liest man und vergißt es wieder. Wenn aber 58 Herren von der Bedeutung wie diejenigen, die dieser Interpellation durch ihre Namensunterschrift Nachdruck gegeben haben, durch Stellung derselben bekennen, daß auch sie zweifelhaft sind an den Absichten der Regierung, dann muß doch im Publikum die Meinung Platz greifen: diese Herren sind eingeweiht, das sind Sachkundige, die wissen mehr wie wir, da muß doch Grund sein, an den Intentionen der Regierungen zu zweifeln, sonst würden so bedeutende Finanz- und Staatsmänner, die ja jeden Tag zu vertraulichen Erörterungen Zugang zu jedem Minister gehabt haben würden, um ihrerseits ihre Besorgnisse zu zerstreuen, die würden nicht eine öffentliche Interpellation gestellt haben, die würden die Zweifel, die sie bekämpfen wollen, nicht sanktionieren, ja zum Teil durch ihre Unterschriften, durch ihre Interpellation erst schaffen.

Mir stellen Sie nun die Aufgabe, die Zweifel zu beseitigen, die Sie selbst schaffen, und zugleich mit der Verschärfung, daß diese Zweifel nachteilig auf unsere wirtschaftlichen Interessen wirken, was ich ja gar nicht bestreite. Aber wenn Sie davon überzeugt sind, dann hätten Sie diesem Zweifel nicht in Form einer so zahlreich unterzeichneten Interpellation Ausdruck geben sollen! Sie erwarten nun von mir, Sie schieben mir die Aufgabe zu, diese von Ihnen angeregten Zweifel aus dem Wege zu schaffen. Wenn ich auch sage, ich habe die Absicht nicht, kann ein anderer sie nicht haben? Wenn ich sage, ich bin nicht überzeugt von der Nützlichkeit einer Änderung in unserer Münzverfassung, könnte ich nicht beim näheren Studium der Frage, beim Anhören von Sachverständigen, bei Prüfung der Auffassung derjenigen Regierungen, die anderer Meinung darüber sind, als die unserige, könnte ich nicht zu der anderen Überzeugung gelangen? Ist meine einfache Verneinung, daß ich jetzt keiner Absicht mir bewußt bin, auch keine kenne, ist sie eine hinreichende Entkräftung eines so stark akzentuierten Zweifels in einem so wichtigen und ansehnlichen Zeugnisse, wie das der 58 Unterzeichner hier repräsentiert? (Sehr richtig!) Sie schaffen da einen Zweifel, den ich durch meine einfache Verneinung mich außerstande

fühle, vollständig wieder aus der Welt zu schaffen; es wird immer aliquid härieren von diesem Zweifel, und wenn Sie nachher die Schuld davon der mangelhaften Beantwortung der Minister zuschieben, dann, meine Herren, setzen Sie die Minister doch einigermaßen in die Lage, wie ein sehr hübsches Chamissosches Gedicht von dem Lemberger Juden sagt, der dem Steinwurf eines Studenten auswich: der zertrümmerte eine Scheibe, und der Jude wurde angehalten, die Scheibe zu bezahlen, denn hätte er sich nicht gebückt, so wäre die Scheibe nicht zertrümmert worden. (Heiterkeit.) Ebenso geht es auch dem Minister; es wird durch die Stellung der Interpellation eine nachteilige Wirkung erzielt; wenn der Herr Minister nicht geschickt, entschlossen oder nicht willens ist, diese Wirkung wieder zu zerstören durch seine Äußerung, so trifft ihn die Schuld. Ich bin ja an diese Argumentationen sonst vielfach gewöhnt, und von welcher Seite sie nachher kommen werden, weiß ich nicht, aber kommen werden sie gewiß.

Ich kann dieser Interpellation gegenüber ja nur über die Tatsachen Auskunft geben. Über die geschäftliche Lage, wie sie zu meiner Kenntnis kommt, kann ich versichern, daß von keiner Seite, weder im Bundesrat noch im preußischen Ministerium ein Antrag auf eine Veränderung unserer Münzgesetzgebung gestellt worden ist, daß die Frage, ob einer zu stellen wäre, von keiner Seite auch nur zur Sprache gekommen und von keiner Seite mit einem Worte berührt worden ist. (Hört! Bravo!) Die einzige tatsächliche Anknüpfung, der Kristallisationspunkt, an dem sich diese ganze Legende einschließlich der Interpellation gebildet hat, besteht in meinem an das Bankpräsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja für die Vergrößerung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreises bis auf 47, während 61 der normale Wert sein würde, erlitten, — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Person nicht mehr tragen wollte. (Sehr gut!) Ich hatte dabei im Sinne, die Verantwortlichkeit für die Sistierung persönlich zu tragen bis zur nächsten Session, weil ich Sie in dieser mit einer so neuen und schwierigen Frage nicht belästigen wollte, und dann in der nächsten Session die Tatsachen offen Ihnen vor Augen zu legen, um zu gewärtigen, ob die Legislative beabsichtigt, dem Leiter der Exekutive andere Aufträge zu geben, als bisher, oder ob sie die Fortdauer sanktioniert. Daß ich in der jetzigen Sitzung dergleichen nicht zur Sprache gebracht, glaubte ich, würden Sie mir Dank wissen, weil wir, meiner Meinung nach, genug andere Geschäfte und auch genug dringliche Geschäfte haben. Nachdem mir aber die Sache gegen meinen Wunsch gebracht wird, so bin ich genötigt, das, was ich ein Jahr später hier vorlegen wollte, ein Jahr früher vorzulegen, und wenn die Herren eine Diskussion jetzt daran knüpfen wollen, so haben wir ja den ganzen Sommer vor uns (Heiterkeit), und ich bin auch nicht abgeneigt, auf jede weitere Erörterung der Frage einzugehen, — meine dienstliche Stellung nötigt mich dazu.

Was sich nun an diese Inhibierung des Silberverkaufs geknüpft hat, das ist zuerst ein großes Mißvergnügen derjenigen Bankhäuser und anderer Geschäftstreibenden, die Gewinn von diesen Silberverkäufen hatten. (Sehr richtig!) Daß dieses Mißvergnügen in Verbindung mit den vielen anderen mißvergnüglichen Eindrücken, die ich das Unglück habe in der Presse zu erregen, nun auch sich dahin verkörpert, daß man mir allerhand abenteuerliche Pläne von Reaktion auf diesem oder jenem Gebiete andichtet, daran bin

ich ja gewöhnt; aber ich dachte, die Herren wären auch daran gewöhnt und ſtießen ſich an ſolche Inſinuationen und Verdächtigungen meiner Abſichten nicht weiter und ließen ſie ruhig paſſieren. Wenn das nicht iſt, ſo ſchenken Sie den Verdächtigungen der Preſſe, die mich betreffen, nicht dieſelbe Aufmerkſamkeit, zu der ich durch rotes und blaues Anſtreichen veranlaßt werde. Daß dieſe Herren Finanziers, wie ſie in dem Schreiben des engliſchen Botſchafters genannt werden, oder Finanzmänner, und zwar meiner Erinnerung nach nicht Finanzmänner in Deutſchland allgemein, ſondern in dieſer Hauptſtadt, der Meinung wären, — alſo es hat in dieſer Hauptſtadt Finanzmänner gegeben, die ſich dem engliſchen Herrn Botſchafter gegenüber das Anſehen gegeben haben, als ob ſie über die Abſichten der Reichsregierung mehr wüßten, wie andere Leute. Mein verehrter Freund und diplomatiſcher Mitarbeiter Lord Odo Ruſſell hat dieſe zu ſeinen Ohren gekommenen Gerüchte pflichtmäßig nach England gemeldet, wie ja auch uns die Vertreter der Regierung im Ausland ſehr häufig Gerüchte, die in der City von London oder in Paris über die Abſichten der engliſchen oder franzöſiſchen Regierung zirkulieren, als ſolche melden; dabei iſt ja gar nichts Außerordentliches. Etwas verwunderlicher iſt mir die Tatſache, daß ein nicht ſtärker verbürgtes Gerücht Gegenſtand einer amtlich akkreditierten öffentlichen Mitteilung wird; ich habe meinerſeits in ſolchen Fällen, wenn ich Andeutungen von Stadtgerüchten über die Abſichten einer fremden und namentlich einer uns ſo nahe befreundeten Regierung, wie der engliſchen, erhielt, doch dieſer Mitteilung nicht einen amtlichen und öffentlichen Charakter verliehen, als bis ſie mir auf anderem, ſicherem Wege beſtätigt wurde. Indeſſen iſt es ja nicht meine Aufgabe, Gründe zu ermitteln, welche die engliſche Regierung dabei hat, von dieſem vorausſichtlich in einem Privatbriefe von Lord Ruſſell gemeldeten Gerücht einen ſo ſtark akzentuierten Gebrauch zu machen; daß aber die Tatſache, daß die engliſche Regierung darin ein abweichendes Verfahren von dem unſerigen im einzelnen Falle beobachtet, nun die Natur und die Wirkung der Interpellation für die Reichsregierung weſentlich geändert haben ſollte, das kann ich denn doch nicht zugeben, und mir wäre es ſehr erwünſcht geweſen, wenn die Interpellation überhaupt nicht geſtellt worden wäre, oder wenn man mich doch vorher, was ja doch bei vielen meiner verehrteſten Bekannten, die jeden Tag Zutritt zu mir haben können, leicht geweſen wäre, wenn man mich vorher gefragt hätte: Was werden Sie dem ungefähr antworten, werden Sie ein kategoriſches „Nein“ geben: „nie und unter keinen Umſtänden!“ — Ja, das hat auch ſeine Unbequemlichkeiten. Wir wünſchen, daß die Silberpreiſe ſteigen. Wenn ich das „Nein“ aber ausſpreche, ſo wird man ſagen: Gut, wir wollen nur warten, kommen müſſen ſie uns doch mit dem wohlfeilen Silber, da ſie die Abſicht haben, es ſpäter jedenfalls zu verkaufen; paſſen wir nur auf, daß wir den Preis nicht hochgehen laſſen, und machen wir ein großes Geſchrei bei jedem Unterderhandverkauf, der von der Deutſchen Bank oder der deutſchen Regierung etwa kommen kann, dann werden wir den Silberpreis raſch wieder herunterwerfen, ſowie ſie nur eine Kiſte von dem eingeſchmolzenen Silber, was ſie noch hat, verkaufen will.

Das iſt alſo die Unbequemlichkeit, die mir die Herren verurſachen, und ich wäre ſehr dankbar, wenn ſie dieſe Interpellation unterlaſſen hätten. In dem geſamten Bundesrat und in dem preußiſchen Miniſterium ſind die Zweifel an der Stetigkeit unſerer Geſetzgebung, die durch die Interpellation ihren Ausdruck finden, niemandem beigekommen. Im übrigen erlaube ich mir aber doch, die Herren darauf aufmerkſam zu machen, daß ja irgend-

eine Veränderung des Gesetzes gar nicht ohne Zustimmung des Reichstags erfolgen kann; jede gesetzgeberische Vorlage bedarf ja Ihrer Bestätigung, unsere heutigen Münzzustände beruhen auf Gesetz, und wenn wir ein neues Gesetz einbringen wollten, so würde es Ihnen auch an Zeit nicht fehlen zur Abwehr und an den Mitteln, alle Vorbereitungen zu treffen, denn die Öffentlichkeit würde doch rasch in Kenntnis gesetzt werden, wenn die erste Anregung vom Bundesrat in dieser Richtung erfolgte, oder auch nur, was der vertrauteste Weg wäre, durch ein Zirkular an die verschiedenen Regierungen ihre Meinung sondiert wird. Ich kann indes versichern, daß ich bisher die Meinung nicht einer einzigen deutschen Regierung über die Sache sondiert habe, nicht einmal die der preußischen, und daß ich, weil ich auf die Zweifel, die laut wurden, auf die Zeitungsgerüchte meinerseits gar kein Gewicht legte, daß ich nicht einmal meinen preußischen Kollegen und Finanzminister um seine Ansicht in dieser Sache zu fragen Gelegenheit gehabt habe. (Hört!) Ich möchte also . . . die Herren schreien: „Hört!“, dadurch wollen sie wiederum insinuieren — ich bin ja in Beziehung auf Insinuationen mir gegenüber heutzutage sehr hellhörig — mir gegenüber insinuieren, ich verführe also, ohne den preußischen Finanzminister zu fragen. Ich muß meine Gedanken daher richtig stellen. Ich habe damit sagen wollen, das erste, wenn ich solche Absichten hätte, wäre das wohl, daß ich mit dem preußischen Finanzminister spräche, da ich ohne die 17 preußischen Stimmen im Bundesrat wenig machen kann und in dieser Beziehung ja wesentlich von dem preußischen Finanzminister abhängen würde. Also da bitte ich, dieses insinuante: „Hört! hört!“ richtig zu stellen dadurch, daß gerade der preußische Finanzminister die wichtigste Person ist, sehr viel wichtiger, als irgendeine andere. (Heiterkeit.)

Ich bitte Sie also, meine Herren, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung dadurch anzuerkennen, daß Sie über diese Interpellation — ich sage nicht zur Tagesordnung übergehen, aber eine weitere Diskussion der Frage daran nicht knüpfen. Wünschen Sie es aber, so bin ich bereit Rede zu stehen; jedenfalls aber bitte ich, damit Sie beurteilen können, ob ich mit Recht dieser Meinung nach die Silberverkäufe sistiert habe, zunächst um das Wort für den Herrn Bankpräsidenten, um die Tatsachen vorzutragen, welche mich bestimmt haben, diese Anordnung zu treffen.

Nachdem der Reichsbankpräsident Dechend kurz zur Angelegenheit der Silberkäufe gesprochen, nimmt der Interpellant Abg. Bamberger das Wort zur Erläuterung der Interpellation. Er zeigt sich mit der Antwort des Reichskanzlers nicht einverstanden und sagt, wenn Fürst Bismarck die Interpellanten für lächerlich erklärt hätte, würde er diese Erklärung mit Dank entgegengenommen haben; er hofft zum Schluß, der Reichskanzler werde ihn nachträglich auslachen. Fürst Bismarck erwidert:

Ich nehme allerdings das Wort, aber keineswegs zu dem Zweck, den Herrn Vorredner auszulachen, dazu ist mir die Sache doch zu ernsthaft, sondern um meine Betrübnis darüber auszusprechen, daß er durch seine jetzige Rede eben den Eindruck, als ob gewichtige Finanzmänner und Kenner unserer Regierungsverhältnisse in der Tat Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung hätten, wesentlich gesteigert hat. Er hat zwar mehrmals die Interpellation unter gewissen Bedingungen als lächerlich bezeichnet, eine Andeutung, die ich mir niemals erlauben würde, aber er selbst hat sie gemacht. Aber ich frage: Ist nicht die ganze letzte halbe Stunde seiner Rede ein Plädoyer gewesen, wie es nur dann Platz greifen könnte, wenn hier von dieser Stelle bereits der Antrag zur Rückkehr auf die Doppelwährung vorläge? (Sehr richtig! rechts.) Er hat in der ganzen

letzten Hälfte seiner Rede die Doppelwährung oder die Veränderungen bekämpft mit der ihm eigentümlichen Beredsamkeit und mit dem vielen Material, was er hierzu gesammelt zu haben scheint, so daß jeder, der diese Rede liest, den Eindruck haben muß: Mein Gott, der Herr muß doch sehr überzeugt sein von der Tendenz der Regierung, daß er so dringlich sie abmahnt und hier eine Rede zu Gunsten der Goldwährung mit Zitierung aller Staaten hält, die der Goldwährung anhängen, mit Darlegung einer Anzahl von bedeutenden Autoritäten für die Goldwährung, als ob von hier aus eine Vorlage dagegen schon gemacht wäre, als ob ich dem Interpellanten geantwortet hätte: Ja, es ist allerdings die Absicht. Dann wäre die Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger allerdings ganz am Platze gewesen, aber da das nicht vorliegt, so bestärkt sie nur den falschen Eindruck, den meiner Befürchtung nach die Interpellation überhaupt machen wird.

Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede, der viel weniger wohllautend und sehr viel schärfer war als das Ende — er hat ja überhaupt die Gewohnheit, durch weichen, wohlwollenden Ton am Schluß einer sehr langen Rede den mitunter sehr verletzenden Anfang wieder in Vergessenheit zu bringen, und ich würde es kaum behalten haben, wenn ich es mir nicht aufgeschrieben hätte —, sich mit einer Äußerung von mir beschäftigt. Ich habe gesagt, die Herren hätten meines Erachtens wohlgetan, wenn sie mich vor Einbringung der Interpellation gefragt hätten über die Art, wie ich sie beantworten würde — nicht darüber, ob sie mir genehm ist, denn das wäre wieder eine Andeutung eines diktatorischen Regiments und dergleichen —, ich habe mich vorsichtig ausgedrückt und habe gesagt, ich hätte gewünscht, daß sie sich vorher bei mir erkundigt hätten, wie ich sie beantworten würde. Da sagt der Herr Vorredner: Das ist den Tatsachen widersprechend, denn vor drei Monaten habe ich dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts etwas gesagt und habe von dem das und das gehört; — ganz andere Dinge, die gar nicht zur Sache gehören und die mit der Interpellation, die vor drei Monaten niemand voraussehen konnte, nichts zu tun haben. Schon scheinbar näher kommt er der Widerlegung meines Vorwurfs, wenn er sagt, vor einigen Tagen, in der vorigen Woche, sei der Herr Präsident des Reichskanzleramts beauftragt worden, mir mitzuteilen, daß man beabsichtige, diese Interpellation zu stellen. Das geschah, und darauf habe ich damals unter vier Augen zu dem hier gegenwärtigen Herrn Präsidenten zuerst gesagt: Ich kann mir das doch kaum denken, namentlich daß die Herren dergleichen tun sollten, — ich kann es kaum glauben. Darauf habe ich wiederholt die Bestätigung erhalten: Ja, es ist die Absicht. Gut, — sage ich, — ich habe noch nie einen Handschuh liegen lassen, den mir einer hingeworfen hat; ich habe, dem Sinne nach, wie der Herr Vorredner ausgeführt, gesagt, die Interpellation wäre mir unangenehm, aber ich würde sie beantworten. Ich habe mich aber dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gegenüber unter vier Augen sehr viel stärker ausgedrückt, — natürlich war der zu höflich, diese meine Worte den Herren so wiederzugeben (Heiterkeit), und sie sind auch nicht von der Art, daß sie sich von diesem Platze wiederholen ließen. Aber, habe ich gesagt, wenn die Herren die Interpellation stellen wollen, nun dann — wie wir in Reih' und Glied sagten — dann „'raus davor"! Eine Interpellation ist an und für sich da, wo die Privaterkundigung ausreicht, eine Demonstration, die mir einen feindseligen Eindruck macht. Ich habe bei Lesung der Unterschriften viele gefunden, auf deren Beistand und Freundschaft ich einen sehr hohen Wert lege; aber in der Hauptsache und auch namentlich in den anderen Fraktionen, auf

die der Herr Vorredner sich vorher bezog, außer der seinigen, sind es doch hauptsächlich diejenigen Herren, die wir bei den Abstimmungen über die Tariffragen stets in der Opposition zu sehen pflegen — (Sehr wahr! rechts), ich will sie Ihnen nicht namentlich zitieren. Ich habe also den Eindruck gehabt, daß vielleicht die Diskussion, die sich hierüber entspinnt, eine kleine Diversion zur Erholung vom Tarifkampf sein könnte, und in diesem Sinne habe ich den Herren anzudeuten gesucht: Glauben Sie nicht, daß Sie mich ermüden können, ich stehe im Dienst, und da werde ich nicht müde — und ich bin bereit, — wir haben den Sommer ja vor uns — hier weiter auch über diese Sachen zu diskutieren, wenn das Ihnen recht ist. Das habe ich damit andeuten wollen, daß auch diese Berechnung, die etwa der Sache zugrunde liegen könnte — ich will nicht sagen, zugrunde liegt —, mich immer auf dem Posten finden und mich nicht davon verdrängen wird. Aber was ich erwartet hätte: — Ist denn der Weg zu mir weiter als zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts? Ich habe namentlich mit dem Herrn an der Spitze der Interpellation jahrelang in den intimsten amtlichen Verhältnissen gestanden, in denen wir alles miteinander besprochen haben; ich schmeichle mir noch heutzutage, in persönlich freundschaftlichem Verhältnis mit ihm zu stehen, es wäre also doch eine große Leichtigkeit gewesen, mich über die Sache zu befragen. Ich würde in vier Wänden mich vollständig unumwunden ausgesprochen haben, und unumwundener, als ich glaube, es vor der Öffentlichkeit tun zu sollen. Den Vorwurf habe ich gemacht, daß sie dies unterlassen haben, und daß sie das unterlassen haben, hat der Herr Abgeordnete Bamberger in keiner Weise widerlegt, obschon er sich vorher das Ansehen gegeben hat, als hätte er diesen Vorwurf als einen unrechtmäßigen zurückgewiesen; denn wenn er dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts angekündigt hat, sie würden die Interpellation stellen, wenn ich nicht vorher freiwillig eine Erklärung gebe, was mir übrigens nicht gemeldet worden ist, so ist es doch himmelweit verschieden davon, daß sie mich fragen, was ich ihnen antworten würde. Der Herr Vorredner hat mein Beispiel von dem Lemberger Juden sehr viel schneller verwirklicht als ich glaubte, daß es möglich wäre. Ich bin schuld, daß die Interpellation gestellt ist, ich habe sie durch freiwillige Beantwortung und Beschwichtigung nicht verhindert; ja es fehlt nur noch, daß er sagt: Erst infolge der Antwort, die ich auf die Interpellation gegeben habe, sei sie gestellt worden. (Heiterkeit.)

So ungefähr dreht sich die Sache herum. Ich kann nicht alle und namentlich ganz unmotivierte — ich will nicht den Ausdruck frivol gebrauchen, den der Herr Vorredner gebraucht hat — aber ganz unmotivierte Befürchtungen beschwichtigen — wie ich über die nachdenken soll und Zeitungen lesen und mir den Kopf zerbrechen, wie ich die beschwichtigen soll, das fällt mir nicht im Traum ein, und Herr Bamberger mag fürchten, was er will, ich werde ihn nicht beruhigen. Ich tue meinen Dienst nach allen Richtungen hin und weiter nichts. Also deshalb zu sagen: Wir haben die Interpellation stellen müssen — ich glaube, er sagte, sie hätten alles getan, um die Interpellation zu vermeiden, nun, doch nicht alles, sie konnten sie einfach nicht stellen, dann war sie vermieden. (Heiterkeit.) Zeitungsberichte, Zeitungen — wer hat denn diese Artikel in den Zeitungen geschrieben? Ich will das nicht untersuchen, jede Zeitung nimmt sie, wenn sie geschickt und von sachkundiger Hand geschrieben sind. Der Herr Abgeordnete sagt, er hätte die Silberverkäufe gar nicht berühren wollen, aber seine ganze Argumentation knüpft er an die Gerüchte, die

infolge der Sistierung der Silberverkäufe entstanden sind, und die allerdings für jeden redlichen Deutschen ein viel größeres Gewicht bekommen haben, seit sie in englischer Sprache herüberschallen, als wenn sie in unserer eigenen zum Ausdruck gelangen.

Der Herr Vorredner hat von meiner Andeutung, daß zunächst durch die Sistierung der Silberverkäufe diejenigen, welche gewohnt waren, den Verkauf zu besorgen, empfindlich berührt waren, gesagt, er wolle das nicht als Insinuation bezeichnen. Ich habe damit in der Tat eine Insinuation nicht verbunden, sondern ich habe nur erklären wollen, wie auf ganz natürlichem Wege solche Redereien entstehen. Wenn der Herr Vorredner dagegen seinerseits insinuiert, daß der mutmaßliche Urheber dieser Gerüchte der britische Generalkonsul, das Bankhaus Bleichröder sei, wenn durch skandalöse und schnöde Prozesse weltbekannt ist, daß dieses selbe Bankhaus mein Bankier und Geschäftsführer in Privatangelegenheiten ist, so ist mir dabei doch etwas die Empfindung geworden, als hörte ich die Reichsglocke[1] klingeln — nicht die des Herrn Präsidenten, sondern eine andere — und ich möchte dem Herrn Vorredner doch empfehlen, mich auf dieses Gebiet nicht herauszufordern; ich habe nicht geglaubt, daß solche Anklänge hier in dieser Versammlung auch nur in der vorsichtigsten Andeutung möglich wären. (Bravo! rechts.) Mir ist bekannt, daß der Bankier Bleichröder ein Gegner der Goldwährung ist und immer gewesen ist, das wird auch wahrscheinlich dem Botschafter derselben Macht, für die Herr Bleichröder Konsul ist, bekannt sein, und also wird er darauf weiter kein Gewicht legen. Wenn Herr v. Bleichröder nach wie vor nach seinem finanziellen Urteil die Doppelwährung für richtig hält, so wird das für den Botschafter nichts Neues gewesen sein. Es müssen doch also noch andere Leute mit dieser Insinuation gekommen sein, auf die er Bezug nimmt, und ich kann das wiederholen, daß alle die Aktenstücke, die der Herr Vorredner nachher noch angeführt, von belgischen Zeitungen, belgischen Ministern, von englischen Korrespondenzen — er hat einmal, wenn ich recht verstanden habe, englisch vorgelesen — (Heiterkeit), aber das kann uns nicht den mindestens Eindruck machen. Ich bestreite absolut, daß die Aufregung und die Befürchtung vor unüberlegten Schritten der Reichsregierung in dem Maße vorhanden gewesen ist, daß sie irgendeiner Beruhigung bedurft hätte, und wenn die Interpellation keinen anderen Zweck gehabt hat, als diese Beruhigung für das Publikum herbeizuführen und die angeblich vorhandene Unruhe zu bekämpfen, dann sage ich nur, sie ist ein verfehlter Schritt gewesen. (Sehr gut! Bravo! rechts.)

76. Sitzung des Deutschen Reichstags.

8. Juli 1879.

Zu einem Antrag des Abg. Freiherrn v. Varnbüler betr. Errichtung von Transitlägern für Getreide und Holz, die für den Absatz in das Zollausland oder das Zollinland bestimmt sind, bemerkt Fürst Bismarck nach Reden der Abg. v. Heereman und v. Varnbüler:

Ich erlaube mir, der Empfehlung, die der Herr Vorredner seinem Antrag beigab, mit wenig Worten beizutreten. Der Kommissionsantrag, um den es sich handelt, deckt mehrere an sich nicht gleichbedeutende Gegenstände, die für die Bestrebungen, welche die Regierung und mit ihr ein großer Teil des Reichstags verfolgen, nicht gleichbedeutend

[1] Konservatives Verleumdungsblatt gegen Bismarck in den siebziger Jahren.

in ihrer Rückwirkung sind. Einmal handelt es sich um die Mühlenpreise einerseits und um die Transitläger andererseits. Der Herr Referent hat mit Recht bemerkt, daß die Mühlengeschäfte unter diesen beiden die günstigere Bedeutung für das innere wirtschaftliche Leben haben, abgesehen von der Fabriktätigkeit, die sie entwickeln, und von der gewinnreichen Beschäftigung inländischer Arbeiter in weit größerer Ausdehnung; wie der Transithandel, läßt das Mühlengeschäft der Landwirtschaft ein Produkt zurück, welches in die Kategorie derer zu rechnen sein möchte, die wir überhaupt zollfrei eingelassen haben, Futter, und dadurch indirekt Düngematerial, ich meine die Kleie und das Futtermehl, die Rückstände; wenn die Mühlenbesitzer den Vorteil haben, diese Rückstände ausländischen Korns unverzollt einzubringen, so kann man ihnen das gönnen, auch wenn, was ich nicht befürworte, der Kommissionssatz durchginge, 75 Prozent, 25 Prozent Abgang, den sie von ihrem Import zollfrei in den inländischen freien Verkehr bringen könnten, ich gönne es ihnen, weil es im ganzen für unseren wirtschaftlichen Verkehr nützlich ist. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß dies bei dem Transithandelt überhaupt nicht der Fall sei, ich meine nur, nicht in dem Maße, wie bei den Mühlen.

Nun liegt es den verbündeten Regierungen außerordentlich ferne, irgendwelche blühende Geschäftstätigkeit im Lande durch einen Eingriff mit rauher Hand plötzlich zu stören, die Besitzverhältnisse innerhalb der geschäftlichen Betriebsamkeit zu alterieren, umzustürzen; wir wissen ja, welche bedeutenden Werte, welche große Tätigkeit in dem Transithandel mit Getreide stecken, und man würde aufhören, im deutschen Sinne eine Regierung zu sein, wenn man solche Realitäten, die vorhanden sind, ignorieren und lediglich der Konsequenz eines gesetzgeberischen Gedankens zuliebe plötzlich zerstören würde. Gerade aber, weil eine Zerstörung des Transithandels den Regierungen ferne liegt, so hatten sie gewünscht, zu einer Unterscheidung berechtigt zu sein in der Behandlung derjenigen Länder, welche dem Transit ausschließlich dienen sollen, und derjenigen Läger, welche sich die Konkurrenz mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit des Inlandes vorbehalten. Auf diesen Unterschied hat auch schon der Herr Referent aufmerksam gemacht, und er wird beleuchtet namentlich durch die Anträge der Landwirte in Bayern, die sich gegen die dortigen in München und Lindau, vielleicht auch anderweit vorhandenen großen Handelsläger für den Transit- und den inländischen Handel richten. Ganz ohne steuerliche Aufsicht werden solche Läger ja immer nicht bleiben können; wenn das überhaupt möglich wäre, daß man sich ausschließlich auf die kaufmännische Buchführung in der Beziehung verlassen könnte — bei aller Glaubwürdigkeit derselben muß das doch nicht möglich sein, denn wenn es möglich wäre, wie einfach könnten wir dann unsere ganze Steuerbeaufsichtigung einrichten; wir brauchten bloß die kaufmännischen Bücher nachzuschlagen über alles, was importiert worden ist, und brauchten nicht die Kisten zu öffnen, nachzusehen und zu registrieren, sondern man könnte sich an den Empfänger wenden und in den Büchern aufschlagen, was er erhalten hat. Wenn das bisher bei der großen Ersparnis, die darin liegen würde, niemals angänglich befunden worden ist, so wird auch hier die kaufmännische Buchführung nicht die alleinige Kontrolle sein, um so weniger, als ganz ohne Zutun, ohne irgendwelchen Irrtum in der Buchführung, ohne Zutun der manipulierenden Diener auf dem Speicher, doch durch die Natur der Dinge Veränderungen in dem Gewichte des Getreides vorkommen; namentlich das russische Getreide, insoweit es nicht durch den Prozeß

der Darre in der Scheune gegangen ist, muß notwendig eine Gewichtsverminderung erleiden im Vergleich mit dem Augenblick, wo es die Grenze überschritten hat. Es ist dann in einem mehr oder weniger feuchten Zustand, auch nicht selten angekeimt, und gerade diese Manipulation des Ausbreitens, die der Herr Referent geschildert hat, ist mit bestimmt, die wässerigen Teile verdunsten zu lassen und die Keime abzustoßen. Diese Operation kann aber, wie einleuchtet, nicht ohne eine erhebliche Gewichtsveränderung vor sich gehen. Wenn Sie einen Scheffel Getreide in feuchtem Zustande wiegen und tun nichts weiter dazu, sondern lassen denselben Scheffel Getreide trocknen und wiegen ihn nachher wieder, so muß er notwendig einige Pfund weniger wiegen, also das Gewicht des eingeführten und ausgeführten Getreides deckt sich nicht notwendig; es können auch andere Verhältnisse hinzutreten. Eine gewisse staatliche Kontrolle wird, wie das auch der Kommissionsantrag in seiner Nr. 3 anerkennt, stets unausbleiblich sein.

Nun war es gerade die Absicht der verbündeten Regierungen, den Transit günstiger zu stellen als den im Inlande konkurrierenden Handel, die Transitläger mit derselben wohlwollenden Rücksichtnahme auf das Bestehen zu behandeln, wie, glaube ich, jedermann zugeben wird, daß alle Transitläger anderer zollpflichtiger Gegenstände bisher von seiten der verbündeten Regierungen und ihrer Zollverwaltungen behandelt worden sind. Das wird erleichtert, wenn beide Kategorien geschieden werden.

Diejenigen Läger, welche auf Verkauf nach dem Inlande hinein aus ihren Transitlägern nicht verzichten wollen, bedürfen schon wegen größerer Komplikation ihrer Arbeiten und Manipulationen und des stärkeren, nach mehreren Seiten hinausgehenden Wechsels ihres Bestandes einer genaueren Kontrolle als diejenigen, die sich auf reinen Transit beschränken, und lediglich, um den bestehenden Transit nicht zu stören, haben die Regierungen den Gedanken gehabt, der im Amendement des Herrn Abgeordnten v. Varnbüler seinen Ausdruck gefunden hat. Wird dieser Gedanke verworfen, so müssen natürlich sämtliche Transitläger der gleichen Behandlung unterzogen werden. Daß sie nicht gleich in ihrer wirtschaftlichen Wirksamkeit sind, darin besteht ein dritter Unterschied zwischen diesen Geschäften, die unter diese Kategorie gebracht werden.

Nämlich die Geschäfte der baltischen Häfen sind ganz anderer Natur, wie die Geschäfte in denjenigen Transitlägern, welche sich auf einem sehr viel längeren Transitwege durch das ganze breite Deutschland von Osten nach Westen hin bewegen, gerade diejenigen, über welche die bayerischen Landwirte klagen, und wenn die sächsischen darüber, wie der Herr Referent meinte, nicht auch klagen, so ist das doch nur, weil der niedersächsische Stamm geduldiger und weniger beweglich ist als der süddeutsche (Heiterkeit); — denn Grund zu klagen ist dort in demselben Maße vorhanden, und dieselben Unterschiede finden auch auf Holz Anwendung. Wenn es möglich wäre nach der Gleichheit vor dem Gesetze die Einrichtung zu beschränken auf die Ostseehäfen, da läge ja die Sache ganz anders. Da ist ein schmaler Strich, bei dem wenig inländische Produktion in Konkurrenz mit ausländischem durchgehenden Gute kommt, aber der Transit nach dem Westen durch die größere Breite Deutschlands hin ist doch zum größten Teil ein mehr auf Konkurrenz mit dem inländischen Getreidebau, mit der inländischen Landwirtschaft berechneter, als lediglich zur Durchfuhr nach den westlichen Ländern bestimmter, obschon er auch da nicht ganz so unschädlich für unsere eigene landwirtschaftliche Produktion wird, wie man an-

nehmen will, denn früher hat Deutschland einen ganz erheblichen Getreideabsatz nach Frankreich, Belgien, Holland gehabt. Jetzt ist es in der Hauptsache nur noch der Spediteur des ungarischen und russischen Absatzes nach jenen Gegenden hin, und an dieser Spedition haben eben die mit der Landwirtschaft beschäftigten Angehörigen des Deutschen Reichs keinen Anteil, haben keinen Anteil an dem Verdienst, der daran gewonnen wird. Wenn Sie es durch Zusammenschieben aller Transitläger den Regierungen erschweren, dort einen Unterschied zu machen, so wird die Regierung deshalb in der wohlwollenden und förderlichen Behandlung des bestehenden Verkehrs sich zwar nicht irre machen lassen, aber die Anordnungen über die Sicherheiten und Bürgschaften, die von den Lägern gefordert werden müssen, können doch nicht gar zu verschieden voneinander sein. Man kann nicht der Willkür der einzelnen Behörden einen zu großen Spielraum lassen, sie müssen allgemeiner Natur von den Zentralbehörden der einzelnen, die Zölle verwaltenden Staaten ausgehen. Und deshalb sage ich nur: Wenn Sie im Vergleich mit dem v. Varnbülerschen Amendement das Kommissionsgutachten annehmen und das Amendement verwerfen, so erschweren Sie den Regierungen die Ausführungen der guten Intentionen, die sie für den Transithandel haben.

77. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Juli 1879.

Die nachstehende Rede Bismarcks bezeichnet eine Epoche: nämlich den Bruch mit den Nationalliberalen und die Versöhnung mit dem Zentrum. Schon längst war die ehemals ausschlaggebende nationalliberale Partei von ihrer Höhe herabgestiegen. Die Frage des Sozialistengesetzes, bei welcher der entschieden liberale Teil der Partei sich zuerst versagt hatte, führte zur Auflösung des Reichstags und zur Verminderung ihrer Sitze. Die Frage der Finanz- und Zollreform besiegelte ihr Schicksal, weil die Partei sich in Anhänger und Freunde der neuen Wirtschaftspolitik spaltete, wobei nur der kleinere Teil sich um den alten Führer Bennigsen scharte, der Bismarck unterstützen wollte. Diese Entwicklung war aber um so gefährlicher, als sich ja Bennigsen und seine Partei durch jenes Übermaß an Forderungen im Dezember 1877 selbst um ihre entscheidende Mitwirkung an der neuen Politik gebracht hatte und weil Bismarck dadurch gezwungen war, sich dem Zentrum anzunähern, das die Zollpolitik begünstigte. Diese Entwicklung führte im Sommer 1879 dazu, daß die beiden nationalliberalen Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck und v. Stauffenberg ihre Ämter niederlegten, an deren Stelle der Konservative v. Seydewitz und der Zentrumsmann Freiherr v. Franckenstein traten. Gleichzeitig schieden die Minister Falk, der bisher den Kulturkampf geführt hatte, und der Landwirtschaftsminister Friedenthal aus; mit ihm auch der Finanzminister Hobrecht, den Bismarck vor kurzem erst entdeckt hatte. In dieser Lage, als sich das Schicksal der ganzen Tarifvorlage entscheiden mußte, kam es zu einem letzten Ringen Bennigsens und seiner kleinen Gruppe um Mitwirkung an dem großen Werk gegen das Zentrum. Um die doktrinären Mitglieder seiner Partei zu gewinnen, d. h. um das Budgetrecht des Reichstags zu wahren, schlug Bennigsen gegen die Bewilligung der Finanz- und Schutzzölle vor, den Kaffeezoll und die Salzabgabe, zusammen 74 Millionen, jährlich festzusetzen. Dieser Vorschlag aber wurde von Bismarck nicht angenommen. Zunächst bestand keinerlei Aussicht, die große Mehrheit der Nationalliberalen für die Schutzzölle zu gewinnen, dann auch, weil zu befürchten war, daß der Reichstag die leicht steigenden Einnahmen des Kaffeezolls einmal kürzen köne. Aus diesem Grunde entschied er sich für die von dem Zentrumsmann Freiherrn v. Franckenstein vorgeschlagene Klausel zur Wahrung des Budgetrechts des Reichstags: „Den die Summe von 130 Millionen im Jahr übersteigenden Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer den Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zu überweisen.“ Da jene Summe für die Reichsbedürfnisse nicht ausreichte, mußte wieder auf die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zurückgegriffen werden, die aber vom Reichstag zu bewilligen waren. Zwar wurde damit das Ziel Bismarcks: die Beseitigung der Matrikularbeiträge nicht erreicht und die Gegner konnten mit einem gewissen Recht auf die dadurch gerettete Position des Partikularismus hinweisen; die Hauptsache für Bismarck aber

war zunächst die gesicherte Einnahme von 130 Millionen für das Reich und dazu die Aussicht, mit dem Zentrum künftig seinen Frieden zu machen und an Stelle der zerbröckelnden nationalliberalen Partei eine neue, konservative Gruppierung im Reichstag zu erzielen. Seine Ansicht über den Antrag v. Franckenstein begründet Fürst Bismarck nach lebhafter Debatte am 9. Juli 1879 und benutzt die Gelegenheit, in einem großen geschichtlichen Überblick seine Stellung zu den Parteien, besonders zu den Nationalliberalen, seit Beginn seiner Amtstätigkeit darzulegen. In dieser programmatischen Rede klingen schon Töne an, die auf die Kampfzeiten des Fürsten mit den Parlamenten in den achtziger Jahren hinweisen.

Wenn man jahrelang nur an praktische Geschäfte gewöhnt ist, so wird es einem schwer, sich vorher eine Vorstellung zu machen von den Schwierigkeiten, mit denen jemand der deutschen Presse und dem deutschen Parlament gegenüber zu kämpfen hat, wenn man eine einfache, praktische, wirtschaftliche Maßregel vorschlägt, deren Notwendigkeit teils in ihren wesentlichsten Abschnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung absolut anerkannt ist. Ich habe mir in dem heutigen Stadium meines dauernden und seit 18 Jahren niemals unterbrochenen Strebens, die deutsche Einheit herzustellen und zu konsolidieren, die Aufgabe gestellt, so viel an mir ist, dazu mitzuarbeiten, daß die deutschen Finanzen in einen Zustand gelangen, der sowohl das Reich als auch die Einzelstaaten in die Lage bringt, den notwendigen Anforderungen unserer Budgets zu genügen. Diese Lage war bisher nicht vorhanden; Sie haben die Vorlagen darüber aus allen bedeutenden Bundesstaaten bekommen, Sie kennen den Finanzzustand unseres Reiches, Sie kennen den Zustand der gesamten deutschen Finanzen, der außer Zusammenhang, in Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten, gar nicht zu behandeln ist.

Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir — allerdings liegt mir alle Theorie in dem langjährigen praktischen Leben, das ich geführt habe, ziemlich fern — macht mir ungefähr den Eindruck wie das bekannte Wort bonnet blanc oder blanc bonnet, oder ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuch, weiter finde ich einen Unterschied nicht; jeder weitere Unterschied, den Sie hineinlegen, ist fingiert, widerspricht der Sachlage und widerspricht unserer Verfassung. Nach der Art, wie die Erregung bei uns durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation gesteigert worden ist (Unruhe), wenn in dem Publikum und in den Lesern, die nichts wie ein einzelnes Hetzblatt lesen, falsche Ansichten darüber entstanden sind, — ich will mich bemühen, nicht diese Ansichten zu widerlegen, das ist ja gar nicht möglich, wer Recht behalten will, der wird nicht überzeugt werden, Sie kennen den Spruch im Dichter, sondern nur meinen Ideengang, und wie ich zu demselben gekommen bin, Ihnen klar darlegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt von der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo die Glieder sich beklagten und den Magen nicht mehr ernähren wollten, da er seinerseits nichts täte; hier verweigert der Magen bisher seine Schuldigkeit, den Gliedern die Nahrung, die sie zu ihrem Bestehen notwendig haben, zufließen zu lassen. Das Reich hat alle Hauptfinanzquellen in Beschlag und hat die Schlüssel davon, und haben sich bisher wenigstens die Organe des Reiches, von denen unsere Bewilligungen abhängig sind, nicht darüber einigen können, auf welchem Wege diese Quellen flüssig gemacht werden können. Ich arbeite an der Reform unserer Steuern in meiner Stellung, die viele Leute für eine einflußreiche halten, für eine einflußreichere gewiß, als sie ist, mit großer Mühe und gegen die Schwierigkeiten, die mir mein eigener Gesundheitszustand schafft, gegen die größeren Schwierigkeiten, die mir die Friktionen der mitwirkenden Kräfte geschaffen haben, um den finanziellen Zuständen, unter denen wir ganz zweifellos

leiden, abzuhelfen. Aber seit der Zeit des Ministers v. d. Heydt und seit seinen Vorlagen werden Sie sich erinnern, daß jeder Versuch dazu, wenn mir die übrigen Geschäfte, da ich in der Hauptsache doch nicht Finanzminister bin, zu solchem Versuch Zeit ließen, daß jeder Versuch dazu mißlungen ist, und ohne meine Anregung ist ein solcher Versuch bisher überhaupt niemals in Szene gesetzt worden, und wenn meine Anregung jetzt nicht stattgefunden hätte, so wären wir überhaupt nicht dazu gekommen, über diese brennende Lebensfrage schon zu verhandeln. Also ich habe hier nicht leichtfertig und plötzlich etwa aus irgendwelchen Hintergedanken, die ich nicht eingestände, Vorschläge gemacht, sondern ich habe rein praktische materiell hausbackene, lange erwogene Vorschläge darüber gemacht, wie wir unsere Finanzeinrichtungen auf einen besseren Fuß bringen können. Ich habe mich dabei gegen jede Änderung, sofern sie nur den Charakter einer Mitwirkung zum gemeinsamen Ziele hat, offen und empfänglich gezeigt. Ich habe im Anfang auch geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen, als dies der Fall gewesen ist, es würde früher eine Verständigung stattfinden. Zu dieser aber ist von liberaler Seite nicht in dem Maße, wie ich erwartete, die Hand geboten, und es fehlt uns heut in der entscheidenden Verhandlung an jeder Vorlage von liberaler Seite, wie die Herren sich etwa denken, daß diese Finanzfrage gelöst werden könnte. So viel ich weiß, liegt gar kein Vorschlag als die reine Negation vor (Sehr richtig! rechts), die reine Negation dessen, was von anderen allenfalls gemacht werden könnte. Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitglied der Fortschrittspartei allerdings als Programm offen proklamieren hören, und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hatte, der sie widersprechen konnte. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Positive Pläne und Vorschläge über das aber, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen, und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir, und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisieren in den anderen Fraktionen (Sehr richtig! rechts und im Zentrum), und das zu behaupten bin ich in viel höherem Maße berechtigt, als jene Insinuation gegen meine Person es war. Streichen Sie meine Person, — ich wäre seit Jahren fort, wenn das ohne Pflichtverletzung, ohne Verletzung der Treue, die ich meinem Herrn schulde, geschehen könnte, und wenn der Herr, der so sehr danach strebt, mich zu beseitigen, es in einer ehrbaren, annehmbaren Weise durchzusetzen vermag, so will ich mich bemühen, nachher sein Freund zu werden. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Die Stellung zum Franckensteinschen Antrage wird hier[1] als ein Probierstein behandelt in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Meine Herren, zur Stellung von diesem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch zurück auf meine Vergangenheit! Ich werde den Franckensteinschen Antrag befürworten — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht —, und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntag bedingt

[1] Von den Abg. v. Bennigsen und Beseler.

dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesamtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei[2] stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolls auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nötigen mich, zu Rat zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reiches. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen (Anhaltende große Unruhe und lebhafter Widerspruch links), sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe daraus die Überzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu, bei so geschulten Parlamentariern, daß sie in die Minorität kommen gegen ihr Erwarten — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können in der Weise, daß die Regierung ihre Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung notwendig verbunden ist — ein anderes Verhältnis kann keine Fraktion von den existierenden erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittieren mit der anderen; wenn es eine Fraktion bei uns gäbe, die an sich eine geborene Majorität hätte und die von mir nicht verlangt, daß der Tropfen demokratischen Öls, den ein bekanntes Wort für die Salbung des Deutschen Kaisers verlangte, gerade ein Eimer werden soll (Heiterkeit), dann würde ich einer solchen Partei ganz andere Rechte in Bezug auf die Beeinflussung der Regierung einräumen können, als jetzt einer Partei, die, wenn sie hochkommt und wenn sie abgeschlossen einig ist, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur ein Viertel von der ganzen Versammlung kaum erreicht. Den Herren kann ich nur, wenn sie überhaupt auf mein politisches Urteil als Sachkundiger — und ich habe viel Politik getrieben — Wert legen, eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anraten. (Ah! links.)

Der Herr Vorredner[3] hat, was mich namentlich veranlaßt hat, in diesem Moment das Wort zu nehmen, während mir in dieser Frage an der Abstimmung so viel liegt, daß ich eigentlich lieber nicht geredet hätte, aus Sorge, daß ich das Maß vielleicht nicht halten würde, was zur Erhaltung des Standes der Stimmen nützlich ist, ich hätte lieber geschwiegen, aber da der Herr Vorredner, jemand, auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können, und den ich persönlich hochschätze und verehre, auch seinerseits der Meinung ist, die Finanzhoheit des Reichs ginge durch den Franckensteinschen Antrag verloren, so muß ich dazu bemerken, daß ich diese Behauptung für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halte. Die Finanzhoheit des Reichs ist in der

[2] Der nationalliberalen Partei.
[3] Abg. Dr. Beseler.

Verfassung begründet in verschiedenen Paragraphen; keiner dieser Paragraphen erleidet durch die Annahme des Franckensteinschen Antrags auch nur die mindeste Änderung. Auf die Erhaltung der Matrikularumlagen ist ja bisher von liberaler Seite ein so hoher Wert gelegt worden und es ist gesagt worden, wir müssen für dieselben einen Ersatz haben; wenn auch die Verfassung uns ein Einnahmebewilligungsrecht nicht gibt, so haben wir es bisher vermöge der Verfassung doch faktisch genossen, und wir wollen es nicht aufgeben, wenn wir nicht einen Ersatz dafür haben. Auf die Matrikularumlagen und ihre eventuelle Beibehaltung wird also von liberaler Seite ein außerordentlich hoher Wert gelegt. Ich war deshalb wohl darauf gefaßt, da ich mir die verschiedenen Mittel durchdacht hatte, in welchen man konstitutionelle Garantien finden könnte, so war ich auch auf dieses wie auf andere gekommen und erwartete einen Antrag wie den Franckensteinschen wohl von der nationalliberalen Seite. Um die konstitutionelle Wirkung der Matrikularumlagen beizubehalten, was mir im ganzen nicht erwünscht war, gab es ja kein einfacheres Mittel, als daß man sie in ihrem ganzen bisherigen Umfange bestehen ließ und dem Reich dafür in sein Ausgabebudget gesetzlich einen Posten schrieb, der zur Sublevation der notleidenden Einzelstaaten bestimmt war und denen die Mittel gab, diese Mehrumlagen zu leisten. Dann bleibt eben das Heft der Finanzverwaltung in den Händen des Reichstags, und es ist ein Beweis, daß mir diejenigen Unrecht tun, die mich unkonstitutioneller Gesinnungen beschuldigen und verdächtigen, wenn ich diesem Franckensteinschen Antrage, der dem Reichstag die Gewalt, die ihm das Votieren der Matrikularumlagen gibt, im vollen Umfange läßt, wenn ich dem zustimme. Ich bin ja seit langem gewohnt, daß man, wenn die Argumente aus der Gegenwart nicht reichen, mit der Verdächtigung meiner Absichten für die Zukunft mich bekämpft. Ich erinnere Sie daran, daß lange Jahre stets gesagt worden ist, ich strebte nach Krieg zu irgendwelchen Zwecken. Es hat das erst ein Ende genommen, seitdem die Stellung Deutschlands auf dem Kongreß zu Berlin, der gerade vor einem Jahr uns auch zu einer Sommersitzung, mich wenigstens, nötigte, — seitdem die den unwiderleglichen Beweis geliefert hat, daß alle jene Insinuationen Lügen und Verleumdungen waren, die zum geringsten Teil in Deutschland ihren Ursprung hatten. Seitdem ist es Sitte geworden, seit ungefähr Jahr und Tag, Reaktion zu schreien und auf diese Weise vielleicht den Teufel an die Wand zu malen. Durch das Verdächtigen der Reaktion, durch das Anschuldigen können Sie unter Umständen einen Minister, der schüchterner ist als ich bin, veranlassen, daß er gerade, um sich der Feindschaft zu erwehren, in die ihn der Verdacht der Reaktion bringt, bewußt oder unbewußt zu den Mitteln der Reaktion greift und Anlehnung da sucht, wo er für den Augenblick weniger Feindschaft findet. In der Lage bin ich nicht. Ich bin dem Ende meiner Laufbahn zu nahe, um zugunsten irgendeiner Zukunft noch meine Gegenwart zu verderben. Seit einem Jahre, seit etwas länger als einem Jahre, habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zuteil wurde, eine merkliche Abkühlung gefunden. Sie gab sich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch Reserve, durch eine kühle Hoheit, die andeutete, ich müsse ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß sie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leisten könnte.

Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung,

ihrerseits dagegen zu reagieren. Ich habe dies Gefühl namentlich gehabt, als ohne mein Wissen und ohne mein Zutun im Frühjahr 1878 inmitten des Reichstags durch Verständigung der beiden Präsidenten eine Landtagssession von mehreren Wochen eingeschoben wurde, als in dieser Landtagssession, die meiner Meinung nach erst nach Schluß des Reichstags hätte stattfinden sollen, Anträge, die im Grunde jedermann für sich hatten, der Regierung, ich kann nicht anders glauben, als weil ich sie einbrachte, abgelehnt wurden; denn die Gründe, die dafür angeführt wurden, waren spezios. Nun geht es in der Politik, in der inneren ja doch wohl auch ähnlich wie in der auswärtigen, wo oft Regierungen glauben, sie können ihrerseits diplomatisch oder selbst materiell rüsten, ohne daß der andere gerüstet ist. Es ist das in der Politik immer so, als wenn man mit unbekannten Leuten, deren nächste Handlungen man nicht kennt, in einem unbekannten Lande geht; wenn der eine seine Hand in die Tasche steckt, so zieht der andere seinen Revolver schon, und wenn der andere abzieht, so schießt der erste, und da kann man sich nicht erst fragen, ob die Voraussetzungen des Preußischen Landrechts über die Notwehr zutreffen, und da das Preußische Landrecht in der Politik nicht gilt, so ist man alternativ sehr, sehr rasch zur aggressiven Verteidigung bereit. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen, doch verlassen und isoliert gefühlt, ich habe das noch mehr gefühlt bei der ersten sozialdemokratischen Vorlage, und ich habe damals gehofft, daß bei einer Aussonderung die disparaten Elemente, die in einer großen und nominell die Regierung unterstützenden Fraktion vereinigt waren, sich sondern würden. Es ist das nicht gelungen, und so lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen immer vorsichtig in ihrer Anlehnung finden, und nicht so vertrauensvoll, als dies früher der Fall gewesen ist. Die vielen Andeutungen in der Presse, als hätte ich mit irgendeiner Fraktion gebrochen oder wäre zuerst aggressiv verfahren, die treffen nach meinem inneren Bewußtsein nicht zu.

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin sukzessiv von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, da ist in aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß mir gegenüber verkörperte, und bis zu gewissem Maße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und habe auch nie versucht, mich dafür zu rächen; ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel, und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu diesen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierungen, und halte es für Deutschland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug im Vergleich mit anderen Ländern unitarischer Verfassung, daß das dynastische Element auch außerhalb Preußens eine Gewalt hat, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß, und die wir, wenn wir deren Band unitarisch zerreißen wollten, durch keine andere gleich starke Bindekraft ersetzen können. Ich verlange nicht dieselbe Überzeugung von jedem, ich will überhaupt niemand überreden, ich will nur darlegen,

wie ich zu meiner Stellung jetzt den Fraktionen gegenüber komme. Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher wie heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: Jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und einschneidendste Reaktionspolitik, mit dem Erfolg, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegenteil getan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Teils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegenteil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System getan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin; ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, im Gegenteil, ich halte es für die einzige mögliche Regierungsform, — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt und gewissenlos zum Absolutismus geraten haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken — und ich habe schwere und mir teure, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: Nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weitergehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Überzeugung von der Gesamtmöglichkeit unserer Politik entspricht. Das Entgegenkommen, welches ich damals für die mit mir versöhnten Gegner gehabt habe, und welches in meiner vielleicht fehlerhaft angelegten Natur nach der Versöhnung wohl etwas überfließend sein mochte, hat mir zuerst also die Vorbereitung zu dem späteren Bruch mit der konservativen Partei eingetragen. Es entstand dann für mich, tatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polnischen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des Deutschen Reiches auszubauen und in Aktivität zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren, — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andere geworden, wenn die konservative Partei mich nicht damals im Stich gelassen hätte. Es kam dazu der schwere Kampf, den ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage, die in unserer Geschichte seit tausend Jahren jederzeit gelegen hat; zeitweise ist sie lebhafter geworden, zeitweise stiller. Ich habe in diesem Konflikt gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe, eigentümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: Ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt, — ja, so liegt es doch wahrlich nicht in meiner Berechtigung, als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraktion gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reichs und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt, und habe das in der Sozialistendebatte noch entwickelt, wir würden vom rechten Flügel ab gezählt in drei Bataillonen, vielleicht getrennt marschieren und vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß — daß die mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und akkreditiertesten Presse in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen sind, die mich ja vollständig degoutieren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder[4] der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen (Heiterkeit), öffentlich, wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraktion wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion getan haben würde.

Alles das sind Gründe, die mich gegenüber diesen meinen früheren, ich hoffe auch wieder zukünftigen Kampfgenossen in dieselbe Stimmung setzen, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben, „kühl bis an das Herz hinan". Ich kann, die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eigenen Wege gehen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie berichtigt werden durch die Beschlüsse des Reichstages, sie wird der Unterstützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraktion wird sie sich niemals unterwerfen können!

Unter diesen Umständen bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausscheiden meines Herrn Kollegen Delbrück im Reichskanzleramt ließ, mich nötigte, mich enger, näher als bisher mit den wirtschaftlichen Fragen zu befassen, bin ich zu Überzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick, wo sie bei mir feststanden, die ganze Kraft des Einflusses, der mir amtlich vertraut ist, gesetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorn anfangen muß, — ja, so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen, mein Vorbild ist darin Robert Bruce[5] in seiner Geschichte mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er sich ermutigte, um seinerseits das, was er für Recht und seinem Vaterland für nützlich hielt, auch bei den übelsten Aspekten nicht aufzugeben; für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Aspekte nicht einmal übel und entmutigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrat an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete, und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen solcher Quisquilien, meiner Ansicht nach, wie sie die eine Theorie von der anderen unterscheiden, das Ziel sollte unerreicht lassen in dem Augenblick, wo ich die Hand danach ausstrecken könnte. (Bravo!)

Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete v. Bennigsen darauf aufmerksam gemacht, daß ich in einer früheren Rede die Matrikularumlagen als nachteilig bekämpft, wobei ich

[4] Fürst Bismarck meint den Abg. Lasker.

[5] Robert Bruce, König von Schottland 1306 bis 1329.

mich auf den Abgeordneten Miquel bezogen habe. Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe, so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag prüfen. Was gibt er denn? Nun, er gibt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpft habe, die volle Abstellung derselben und der Übelstände, die ich gerügt habe. Ich habe gesagt, bisher sei das Reich ein lästiger Kostgänger bei den einzelnen Staaten, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der einzelnen Staaten sein müßte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden ist. Meine Herren, dieser freigebige Versorger wird das Reich aber durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages, der sich von dem früher in der Kommission vorgelegten Bennigsenschen* bezüglich der Versorgung der Staaten nur dadurch unterscheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Autonomie in der Verwendung dessen, was ihnen zugestanden wird, beläßt. Wenn das Reich den Einzelstaaten nach seinem Ermessen die Überschüsse zu überweisen hätte, so dürfte sich nach den Vorgängen, die wir neulich in der Kommission erlebt haben, wo die Herren Abgeordneten Rickert und Richter die württembergische Finanzverwaltung vor ihr Forum gezogen haben, sehr leicht ein System entwickeln, nach welchem alle Budgets, das preußische so gut wie das württembergische, hier vor das Forum der Reichstagsfinanzkommission gezogen werden, und das wäre ein Unitarismus, den ich für schädlich und verwirrend halten würde, und welchen sich die einzelnen deutschen Stämme mit ihrem Selbständigkeitsgefühl schwerlich gefallen lassen. Das wird vermieden, wenn die Überweisung von Rechts wegen im Gesetz steht, nicht in der Verfassung, sondern im Gesetz, welches dem Reich eine ständige Ausgabe zur Versorgung der einzelnen Staaten auferlegt. Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sich freigebig erweist, es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich steht in voller Berechtigung seiner Finanzhoheit da, wenn es sich der Pflicht unterzieht, durch Flüssigmachung der Quellen, die unter seinem Verschluß liegen, der Finanznot der einzelnen Staaten aufzuhelfen, ohne eine eifersüchtige und die Grenzen seines Ressorts überschreitende Einmischung in das Verwaltungswesen der einzelnen Staaten. Das System der bisherigen Matrikularbeiträge hatte das Ergebnis, daß das Reich die Einzelstaaten, durch Versagung der Zuflüsse, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte, und dabei doch in jedem Jahr als mahnender Gläubiger die Matrikularumlagen verlangte; — durch die heut in Aussicht genommene Reichshilfe aber schwindet die Finanznot der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Motivierung meines ganzen Vorgehens in dieser Frage gebildet hat; die Finanznot wird zum Teil gehoben, und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Sublevation der notleidenden Gemeinden sofort ausgeführt werden können, die mir vorschweben, so doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Teil davon schon bald, sobald nur die Ertrags-

* Ergibt sich im Reichshaushaltsetat nach der im einzelnen erfolgten Feststellung der Einnahmen und Ausgaben ein Überschuß der ersteren, so ist derselbe im Etat den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zu überweisen.

losigkeit der Tabaksteuer überwunden sein wird, die an dem Mangel der Nachsteuer liegt, dieses Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Die Ungleichheit der Belastung durch die Matrikularumlagen, die ich auch, wie ich hier sehe, damals gerügt habe, schwindet auch, wenn die Verteilung nach demselben ungleichen Maßstabe stattfindet, wie die Einzahlungen.

Wie nun dadurch die Finanzhoheit des Reichs geschädigt werden sollte, dafür suche ich vergeblich nach irgendeinem Verfassungsparagraphen[7]. Man könnte, wenn man theoretisch zu Werke gehen wollte, zuerst fragen: Wer ist denn eigentlich das Reich? Die Verfassung gibt darüber eine ganz authentische Auskunft, der gegenüber aber verschiedene abweichende Auslegungen im Publikum bestehen. Wenn ich in der Presse die Besorgnis lese, wie das Reich gefährdet sein werde, wenn den Bundesstaaten zwar nach wie vor die verfassungsmäßige und jederzeit innezuhaltende Verpflichtung obliegt, die Matrikularumlagen zu der vom Reichstag zu bewilligenden Höhe der Ausgaben unweigerlich einzuzahlen, — wenn dieses für das Reich gegebene Verhältnis erhalten wird, wo liegt dann der Unterschied, der hier zwischen dem Reich und den verbündeten Staaten gemacht werden will? Der beruht meines Erachtens auf ganz unrichtigen Behauptungen, namentlich für uns, die wir hier auf der Ministerbank sitzen, wir sprechen im Namen der „verbündeten Regierungen". Können nun die verbündeten Regierungen gegen sich selbst den Verdacht hegen, daß sie ihren Bundespflichten gegen das Reich nicht nachkämen? — gegen das Reich, was wiederum genau dasselbe ist, wie die Gesamtheit der verbündeten Regierungen; diese sind das Reich, und das Reich besteht aus den gesamten verbündeten Regierungen. Namentlich aber Preußen, welches das — Kaiserschwert, kann ich es wohl nennen nach der Genesis aus dem Bundesfeldherrn — in der Hand hat: Können Sie den Verdacht haben, daß Preußen sich gegen das Reich auflehnt, vielleicht in Verbindung noch mit einigen anderen mächtigen Partikularstaaten? Ja, dann wollen wir überhaupt nur das letzte Geläut auf dem Dom ansagen für das Reich. (Bewegung.) Das ist aber eine Voraussetzung, die doch unmöglich Ihren Deduktionen zugrunde liegen kann.

Wo ist also der Spalt, die Grenze, die sich bei Ihnen zwischen dem Reich und dem durch den Franckensteinschen Antrag angeblich begünstigten Partikularismus der Bundesstaaten zieht? Ist etwa der Kaiser und der Reichstag allein das Reich? Ich fürchte, Sie ziehen für das Reich noch eine viel engere Grenze, daß jeder in erster Linie vorzugsweise seine Fraktion darunter versteht (Große Heiterkeit.), und dann demnächst die anderen auch, soweit sie ein freundliches Verhältnis zur eigenen haben.

Die verfassungsmäßige Definition des Reiches befindet sich in dem einleitenden Satz zur Verfassung über den Bundesvertrag, den die verbündeten Regierungen untereinander abgeschlossen haben, und der da lautet, daß der König von Preußen und die übrigen einen ewigen Bund schließen; dieser Bund wird den Namen „Deutsches Reich" führen und nachstehende Verfassung haben. Durch diese Verfassung werden nun die Rechte des Reichstags hingestellt, die bei diesem Franckensteinschen Antrag, wie ich mir schon zu entwickeln erlaubte, ihre volle Wahrnehmung finden. Die Regierungen haben bisher schon nach

[7] Der Abg. v. Bennigsen behauptete, daß der von Franckensteinsche Antrag im Widerspruch stehe mit Art. 38 der Reichsverfassung, wonach der Ertrag aus den gesamten von den Zöllen und den übrigen Abgaben aufgekommenen Einnahmen in die Reichskasse zu fließen habe.

Art. 36 der Verfassung das Recht, die Zölle ihrerseits zu erheben durch ihre eigenen Beamten:

„Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebiets überlassen."

Wäre also eine Möglichkeit oder eine Neigung, diese Zölle dem Reiche vorzuenthalten, so wäre jeder Bundesstaat, namentlich ein so mächtiger wie Preußen, schon längst in der Lage, es zu tun. Soviel ich mich erinnere, erhebt Preußen an Reinertrag der Zölle, wenn man sie zu 104 Millionen Mark ansetzt, 63 Millionen, also ungefähr nach Verhältnis seiner Bevölkerung, auch darüber hinaus; wenn man der preußischen Erhebung die, wie ich glaube, 6 Millionen der Reichslande und die 5 Millionen der Zollvereinsämter in den Hansestädten zurechnet, so würde Preußen 74 Millionen der bisherigen Zölle erheben, und bei einer Steigerung der Zölle um den Prozentsatz, den das neue Gesetz liefern würde, würde das Verhältnis in dieser Repartition wohl unverändert bleiben. Der einzige Staat, der meines Wissens erheblich über seine Bevölkerungszahl erhebt, ist Sachsen, dessen Zolleinnahmen, die es an das Reich überweist, sich auf 10 Millionen belaufen, während nach dem quotierten Satz, der auf die Kopfzahl der Bevölkerung kommt, es nur etwa 7 Millionen sein müßten. Unter der Bevölkerungszahl bleiben dagegen die Einnahmen der süddeutschen Staaten. Hat nun diese Einrichtung der Erhebung, diese Tatsache, daß der Ertrag des Zolls zuerst in die partikularistische Gewalt des Einzelstaates vermöge des Art. 36 der Verfassung geht, jemals zu Befürchtungen bisher Veranlassung gegeben, daß die Reichsfinanzhoheit gefährdet sei, daß ein Partikularismus sich entwickeln werde? Meines Wissens in keiner Weise! Diese Zölle werden nun nach Art. 39 durch vierteljährliche und jährliche Abrechnungen, die an den Finanzausschuß des Bundesrats gelangen, buchmäßig verteilt, wieviel jeder von seinen Zöllen behält, wieviel er herauszuzahlen hat. Es ist dabei auch nicht bezweifelt worden, daß der Ertrag der Zölle, wie Art. 38 vorschreibt, unter anderen bezeichneten Ausgaben virtuell in die Reichskasse geflossen sei, obschon in natura der gezahlte Taler schwerlich in einer Reichskasse hier jemals geklungen hat, sondern es ist alles auf dem Wege der Abrechnung gemacht worden. Dieser selbe Weg der Abrechnung soll auch ferner beschritten werden bei Annahme des Franckensteinschen Antrages. Die eventuelle Überweisung zunächst an die Reichskasse wird verfassungsmäßig nach Art. 38 stattfinden. Von da wird nach dem Text des Franckensteinschen Antrages eine Überweisung an die einzelnen Staaten aus der Reichskasse stattfinden. Das Reich wird also vermöge eines Gesetzes, welches es sich selbst gibt, eine ständige Ausgabe in sein Budget aufzunehmen haben, deren Betrag den einzelnen Staaten zur freien Verwendung zufließt. Es bedarf daher auch nicht der Art. 70 der Verfassung einer Änderung, welcher verlangt, daß zunächst die Überschüsse zur Verwendung kommen sollen, da die Überschüsse sich erst dann ergeben, wenn alle Ausgaben bestritten sind, und wenn das Reich sich eine Ausgabe gesetzlich auferlegt, mag sie für das Germanische Museum, mag sie für die Gesamtheit der Einzelstaaten votiert werden, so muß immer diese Ausgabe erst geleistet werden, ehe Überschüsse entstehen können. Wir haben also unsererseits die Reichsverfassung in allen ihren Artikeln für uns, und die Verletzung, die in der Presse vielfach behauptet wird — ich weiß nicht, ob auch

heute in den Reden —, bestreiten wir und gewärtigen den Beweis, der bisher nicht vorliegt.

Ich möchte auch hier wiederum für die Herren die Ermahnung anknüpfen, doch bei so einfachen und die kühlste Überlegung fordernden Fragen, wie Zölle, Wirtschaftsangelegenheiten, Finanz- und Budgetsachen — man möchte sagen, nicht den alten Stammeshaß herauszukehren; der liegt nun hier nicht vor, aber wir riskieren bei der scharfen Trennung, die unter den Fraktionen stattfindet, daß wir die Fraktionen an die Stelle der Stämme setzen. Ob vielleicht späterhin wirklich alle Verbindungen, auch die Familienverbindungen zwischen den verschiedenen Fraktionen hinwegfallen, und jede einzelne Fraktion als gesonderter Stamm sich wieder entwickelt, — so weit wird es hoffentlich nicht kommen. Aber ich würde bitten, die hohe Politik und die Befürchtung, daß irgendein politischer Hintergedanke bei den einfachsten Maßregeln vorhanden ist, nicht auf alle diese Dinge zu übertragen und den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reichs darunter leiden und daß, wenn die Regierungen sich dadurch einschüchtern ließen, auch in diesem Jahr wiederum der erste Schritt zu einer finanziellen Verbesserung nicht zustande käme. Von seiten der Regierungen kann ich ganz bestimmt versichern, daß sie sich durch die meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den sie betreten haben, und über den sie sich am vergangenen Sonntag vorläufig verständigt haben, nicht werden irre machen lassen, und ich für meinen Teil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten —, das ist mir gleichgültig! (Bravo! rechts.)

Die Abstimmung ergibt die Annahme des v. Franckensteinschen Antrags in Verbindung mit dem v. Varnbülerschen Zusatze mit 211 gegen 122 Stimmen.

80. Sitzung des Deutschen Reichstags.

12. Juli 1879.

Fürst Bismarck schließt die Session des Reichstags mit folgender Rede:

Ich werde die Ehre haben, dem hohen Hause eine Botschaft Seiner Majestät des Kaisers mitzuteilen (Der Reichstag erhebt sich.):

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, tun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Reichskanzler, Fürsten Bismarck, ermächtigt haben, gemäß Art. 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 12. Juli d. J. zu schließen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 7. Juli 1879.

gez. Wilhelm.
gegengez. v. Bismarck.

(Die Mitglieder des Reichstags nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich am Schluß dem Dank der verbündeten Regierungen dafür Ausdruck gebe, daß Sie einem großen und wesentlichen Teil der von uns gebrachten Vorlagen Ihre Genehmigung erteilt und zur Herbeiführung dieser Genehmigung die Diskussionen einer langen, mühevollen und arbeitsamen Sitzung bis hierher durchgeführt haben. Erlauben Sie mir auch, daran die Hoffnung zu knüpfen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche in diesen Diskussionen zutage getreten sind, keine dauernden sein werden, sondern daß die Arbeiten, die uns in der Zukunft, voraussichtlich im Beginn des nächsten Jahres bevorstehen, uns bereit finden werden, mit vereinten Kräften und einigen Sinnes an unser gemeinsames Werk zu gehen. (Bravo!)

Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers den Reichstag für geschlossen.

Deutſcher Reichstag.

12. Februar bis 15. Juni 1880.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

12. Februar 1880.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, hält folgende Rede:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, die Sitzungen des Reichstags zu eröffnen.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden. Er ist unter Berücksichtigung der finanziellen Erträgnisse aufgestellt, welche die im verflossenen Jahre unter Ihrer Zustimmung vorgenommenen Reformen im nächsten Etatsjahre voraussichtlich ergeben werden. Zugleich ist sorgsam darauf Bedacht genommen worden, die Ausgaben des Reichs in den Grenzen zu halten, welche durch das dringende Bedürfnis vorgezeichnet sind; gleichwohl hat es sich als unerläßlich gezeigt, in einer Erhöhung der diesjährigen Matrikularbeiträge und in einer Anleihe Deckungsmittel für Aufwendungen vorzusehen, welche ohne überwiegenden Nachteil nicht zurückgestellt werden können. Dieser Erscheinung steht die schon bei Eröffnung des letzten Reichstages von Seiner Majestät dem Kaiser und König betonte Notwendigkeit zur Seite, den einzelnen Regierungen durch Erhöhung der Einnahme des Reiches die Mittel zu gerechter und wirtschaftlicher Ausgleichung der Landessteuern zu gewähren. Diese Bedürfnisse legen den verbündeten Regierungen die Pflicht auf, der im vorigen Jahre begonnenen Reform der Finanzgesetzgebung des Reichs eine weitere Ausdehnung zu geben; die Ergebnisse ihrer darüber schwebenden Beratungen werden, sobald sie zum Abschlusse gelangt sind, dem Reichstag zugehen.

Auch für die geschäftlichen Formen, in welchen bisher die gesetzliche Feststellung des Reichshaushaltsetats erfolgte, hat sich das Bedürfnis einer Änderung in jedem Jahre dringlicher herausgestellt. Die Bestimmung des Art. 69 der Reichsverfassung, nach welcher der Reichshaushaltsetat für jedes Etatsjahr vor dessen Beginn durch ein Gesetz festzustellen ist, macht es unvermeidlich, den Reichstag zu einer Zeit einzuberufen, zu welcher in der Regel zahlreiche Landtage die ihnen verfassungsmäßig obliegenden Geschäfte noch nicht zur Erledigung gebracht haben. Um der Beeinträchtigung, welche den Reichs- wie den Landesinteressen aus der Gleichzeitigkeit der Reichs- und Landtagssessionen erwächst, wirksamer zu begegnen, als es auf den seither eingeschlagenen Wegen erreichbar gewesen ist, werden die verbündeten Regierungen Ihnen eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, welche den Art. 69 und einige mit ihm in Verbindung stehende Artikel der Reichsverfassung

in dem Sinne abzuändern bezweckt, daß die gesetzliche Feststellung des Reichshaushaltsetats fortan auf einen Zeitraum von je zwei Jahren stattfinden soll.

Einer Umgestaltung und Weiterbildung bedürfen ferner die Grundlagen, auf welchen das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 das deutsche Heerwesen geordnet hat. Seit dem Erlaß dieses Gesetzes sind in benachbarten Staaten so umfassende Erweiterungen der Heereseinrichtungen zur Durchführung gelangt, daß das Deutsche Reich, unbeschadet der Friedfertigkeit seiner Politik, im Interesse seiner Sicherheit genötigt ist, auch seine militärischen Einrichtungen zu vervollständigen. Wenn angesichts der Opfer, welche das deutsche Volk schon jetzt für die Sicherstellung seiner Unabhängigkeit bringt, die verbündeten Regierungen nur mit Widerstreben eine Steigerung derselben in Aussicht nehmen, so hegt Seine Majestät der Kaiser und König doch keinen Zweifel daran, daß der Schutz der höchsten nationalen Güter gegen jede Gefährdung von außen her von dem gesamten deutschen Volke und seinen Vertretern mit gleicher Klarheit für notwendig erkannt und mit gleicher Entschiedenheit gefordert wird, wie von den verbündeten Regierungen.

Um die durch Umtriebe einer Umsturzpartei bedrohte innere Sicherheit des Reiches zu schützen, haben Sie in der ersten Session der gegenwärtigen Legislaturperiode dem Gesetze gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie Ihre Zustimmung erteilt. Dies Gesetz hat damals nur bis zum 31. März 1881 Geltung erhalten. Die Maßnahmen, welche zur Ausführung desselben ergriffen sind, haben den Erfolg gehabt, jene Bestrebungen in gewissen Schranken zu erhalten; sie völlig zu verhindern, ist in der seither verflossenen Zeit nicht gelungen und wird auch binnen Jahresfrist nicht zu ermöglichen sein. Es wird Ihnen deshalb vorgeschlagen werden, die Geltung des erwähnten Gesetzes auf eine angemessene Zeit über den 31. März 1881 hinaus zu verlängern.

Der Einschleppung und Verbreitung von Viehseuchen haben die Landesgesetzgebungen bisher mit ungleichem Erfolge abzuhelfen gesucht. Nachdem von Reichs wegen einheitliche Maßregeln zur Bekämpfung der Rinderpest festgestellt worden sind, haben die verbündeten Regierungen beschlossen, durch Vorlage des Entwurfs eines weiteren Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen Ihnen Gelegenheit zu eingehender Erörterung der Fragen zu geben, welche sich an diesen Gegenstand knüpfen.

Aus Anlaß der Justizreform waren Ihnen in der letzten Session die Entwürfe eines Gesetzes über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen sowie eines Gesetzes über das Pfandrecht an Eisenbahnen und über die Zwangsvollstreckung in dieselben vorgelegt worden, welche damals nicht zur Erledigung gelangten. Beide Entwürfe werden von neuem Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden.

Das Reich ist fortgesetzt bemüht, dem Handel und der Schiffahrt Deutschlands Schutz und Förderung zu gewähren. Ein zu dem Ende im vorigen Jahre mit Hawai abgeschlossener und von dem Könige dieses Inselstaats bereits ratifizierter Handelsvertrag wird Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegt werden. In gleichem Sinne werden Ihnen Vorschläge zu Gunsten der Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden und bisher blühenden deutschen Handelsbeziehungen mit Samoa und anderen Inselgruppen der Südsee zur Beschlußnahme zugehen.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen auswärtigen Mächten sind friedlich und freundschaftlich. Das Vertrauen auf die Sicherung des Friedens durch die Ergebnisse des Kongresses, welchem Seine Majestät der Kaiser und König im vorigen Jahr Ausdruck gab, hat sich als ein berechtigtes bewährt. Die Bestimmungen des Berliner Vertrags haben in nahezu allen Punkten ihre Ausführung bereits gefunden. An allen weiteren Bestrebungen, den Frieden Europas dauernd sicherzustellen, bleibt das Deutsche Reich nach wie vor eifrig beteiligt. Mit der Herstellung unserer nationalen Einigung sind die friedlichen Neigungen des deutschen Volkes in ihr volles Recht getreten. In Betätigung derselben bleibt die Politik Seiner Majestät des Kaisers und Königs eine friedliche und erhaltende; mit der unbeirrten Stetigkeit, welche das Gefühl eigener Kraft verleiht, wird sie auch ferner bestrebt sein, in voller Uneigennützigkeit für die Erhaltung des Friedens nicht nur selbst einzutreten, sondern die Mitwirkung und die Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen und sicherzustellen.

48. Sitzung des Deutschen Reichstags.

8. Mai 1880.

Die folgende Rede Bismarcks führt in den Beginn jener Kämpfe, die der Kanzler führte, um den Artikel 33 der Reichsverfassung zur Wahrheit zu machen: daß Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet bildet. Nach dem Artikel 34 blieben die Hansastädte Hamburg, Bremen und Lübeck außerhalb der Zollgrenze, mit einem entsprechenden Bezirk ihres Gebietes als Freihafen, und zwar solange, bis sie selbst den Zollanschluß beantragten. Nachdem Lübeck schon 1868 dem Zollverein beigetreten war, weigerten sich die beiden anderen Hansastädte auf Bismarcks Anfrage im Jahre 1879, den gleichen Schritt zu tun. Da der Kanzler somit den freiwilligen Entschluß nicht herbeiführen konnte, griff er zu dem beliebten Mittel der Pression, das in der Beschränkung der Freihafenzone bestand. Um zunächst das stärkere Hamburg zu bezwingen, stellte Preußen am 19. April 1880 im Bundesrat den Antrag auf Einschluß Altonas und der Hamburger Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet. Gleichzeitig bekämpfte Bismarck in einem Schreiben an den preußischen Finanzminister Bitter die Auffassung, als stehe die Elbschiffahrtsakte dieser Maßregel entgegen. Diesem Vorgehen widersetzte sich Hamburg unzweifelhaft mit guten Gründen unter Hinweis auf Artikel 34 der Verfassung und bat am 28. April 1880 den Bundesrat, die Aufnahme St. Paulis in das Zollgebiet ohne Zustimmung Hamburgs als verfassungswidrig zu bezeichnen. Gleichzeitig brachten die ergrimmten Freihändler (27. April) im Reichstag eine Interpellation über diese Angelegenheit ein, die am 1. Mai durch den Unterstaatssekretär Scholz kurz beantwortet wurde. Am 7. Mai beantragte der Abgeordnete Lasker eine Resolution des Reichstags im Sinne der Hamburgischen Auffassung. In dieser gespannten Lage der Dinge erschien Fürst Bismarck am 8. Mai nach längerem Unwohlsein im Reichstage zur zweiten Lesung der revidierten Elbschiffahrtsakte, die am 7. März 1880 nach längeren Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich unterzeichnet worden war. Die Kommission empfahl die Annahme, aber mit dem Zusatze: „daß die zur Zeit auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden könne.“ Dieser Zusatz erbitterte Bismarck um so mehr, als er durch den Mund seines früheren langjährigen Mitarbeiters Delbrück empfohlen wurde. Die ganze Erregung über die Widerstände, die seine Politik nicht nur bei Bundesregierungen, sondern auch Parteien, und alten Freunden fand, die ganze Enttäuschung über die stramm oppositionelle Haltung des Zentrums, das er schon durch die Zollgesetzgebung gewonnen zu haben glaubte und dessen Opposition das Zerbröckeln der nationalliberalen Partei doppelt gefährlich erscheinen ließ, das Vordringen des Partikularismus über das Reichsinteresse, wie es ihm in der Haltung Hamburgs deutlich zu werden schien, — alles das kommt in seiner großen Rede zum Ausdruck und gibt seinen Ausführungen eine stark pessimistische Färbung.

Ich erlaube mir zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß es mir aus Gesundheitsrücksichten nicht vergönnt gewesen ist, den Verhandlungen des Reichstags früher und andauernd beizuwohnen. Wenn ich heute von der mir vorgeschriebenen

Zurückhaltung eine Ausnahme gemacht habe, so bewegt mich dazu nicht die ungewöhnliche Bedeutung der Vorlage, die uns beschäftigt, und über die wir das Referat soeben gehört haben.

Die revidierte Elbschiffahrtsakte ist seit sechs Jahren, seit 1874, in Vorbereitung, in Verhandlung, in Superrevision. Sie ist ursprünglich, so viel ich weiß, entworfen von dem Herrn Abgeordneten, der soeben die Tribüne verläßt, in der Zeit, wie er Minister war, in ihrem ganzen ausnahmslosen Inhalt. Wir haben diese sechs Jahre hindurch über die Frage, ob sie ins Leben zu führen sei, beraten, — wir können auch noch sechs Jahre darüber beraten: es kommt dadurch nichts aus der Lage in Deutschland und in unseren Beziehungen zu Österreich. Die alte Elbschiffahrtsakte von 1821, die nunmehr 60 Jahre in Wirksamkeit gewesen ist, mit den Modifikationen, die sie durch die Herstellung des Deutschen Reiches, durch Verminderung der Elbuferstaaten von etwa zehn auf zwei, nämlich Österreich und Deutschland, erlitten hat, durch die Reichsgesetzgebung, welche die entgegenstehende Landesgesetzgebung seitdem aufgehoben hat, ist ein modus vivendi geworden, mit dem wir bisher ohne Schwierigkeiten gelebt haben. Es ist eben für uns keine Lebensfrage. — Wenn ich sage, für uns, so muß ich erwähnen, daß ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers spreche; es handelt sich nicht um eine Gesetzvorlage, die Ihnen auf Grund von Bundesratsbeschlüssen gemacht wird, sondern um das Recht des Kaisers, Verträge zu schließen, und um die Herbeiführung der Genehmigung des Reichstags, die zur Gültigkeit eines solchen Vertrags erforderlich ist, nachdem die Zustimmung des Bundesrats zu demselben durch frühere Verhandlungen gesichert ist. Ich kann also hier ausnahmsweise sagen, die Reichsregierung würde ohne Bewilligung dieser Elbschiffahrtsakte ihre Funktionen ungestört fortsetzen können und befindet sich durchaus nicht in einer Notwendigkeit, bei Gelegenheit der Annahme derselben sich Bedingungen auferlegen zu lassen, die das Verfassungsrecht ihr nicht ohnehin schon auferlegt. Auch der Vorbehalt, von welchem die Mehrheit Ihrer Kommission die Annahme abhängig gemacht, hat für mich nicht die Bedeutung, auf seine Annahme oder Ablehnung erhebliches Gewicht zu legen. Entweder haben die Herren Recht, die behaupten, der Antrag beanspruche nur gültiges Recht, dann ist er überflüssig, oder er hat die Tendenz, neues Recht zu machen, dann, meine Herren, überschreitet diese Absicht die Machtvollkommenheit, die dem Reichstag durch die Reichsverfassung beigelegt ist. Der Reichstag kann allein für sich nicht neues Recht machen, am allerwenigsten sollte er es meines Erachtens versuchen, im Wege von Bedingungen, die er der Reichsregierung stellt in dem Augenblick, wo sie von ihm die Genehmigung eines an und für sich, wie der Herr Vorredner anerkannt hat, unbedenklichen Vertrags verlangt. Das ist eine Art Pression, die auf die Regierung geübt werden soll, damit sie in die Anerkennung einer Auslegung des Verfassungsrechts willige, eine Pression, welche erhebliche Zweifel an der Sicherheit, mit welcher die Auslegung von anderer Seite für richtig gehalten wird, aufkommen läßt, eine Pression, der sich die Reichsregierung in keinem Falle fügt. Ich bitte also, wenn dieser Vorbehalt angenommen wird, nicht zu glauben, daß damit an unserer Verfassung etwas geändert würde; die Reichsgesetze sind vollkommen klar und lassen keine Zweifel übrig.

Der Herr Vorredner hat einen längeren Teil seiner Rede darauf verwendet, um das angebliche Vorhandensein von Landesgesetzen zu beweisen. Wenn es Landesgesetze über-

haupt gäbe, welche den Reichsgesetzen entgegenstehen, so tritt die bekannte Wirkung der Reichsgesetze ein, daß sie den Landesgesetzen derogieren, am allermeisten aber die Wirkung der Reichsverfassung, die sich in ihrem Art. 33[1] ganz unzweideutig darüber ausspricht, daß das Zollgebiet des Reichs mit seinen äußeren Grenzen zusammenfallen soll und damit den Einwohnern des Deutschen Reichs eins der wesentlichsten Grundrechte gibt, die sie überhaupt gegeben hat, das Recht des freien Verkehrs untereinander. Das angebliche Landesgesetz, soweit die praktischen Nachwirkungen seiner Bestimmungen überhaupt noch in Gültigkeit sind, besteht nur vermöge der Duldung von seiten des Bundesrats, welcher mit Bezug auf diesen Zollausschuß von der ihm zweifellos beiliegenden Berechtigung bisher noch keinen Gebrauch gemacht hat und, wie ich hoffe, keinen Gebrauch machen wird.

Was das Vertragsrecht anbelangt, so will ich in die Frage, inwieweit es durch die Reichsverfassung, durch die dazwischen liegenden Verhandlungen mit Österreich, durch die Zustimmung Österreichs, die hier vorliegt, alteriert sei, nicht eingehen, sondern abwarten, ob die österreichische Regierung reklamiert und uns Anlaß zu ähnlichen Reklamationen in Bezug auf die Elbschiffahrt jenseits der böhmischen Grenze geben wird. Jedenfalls glaube ich, daß es im Reichsinteresse liegt, hier nicht österreichisch-ungarischer zu sein als die österreichisch-ungarische Regierung, und das Reichsverfassungsrecht namentlich da, wo es die nationale Einheit anstrebt, nicht zu beugen durch Argumentationen, die ich für künstliche halte. Es tritt hier auch der nicht immer vorliegende Fall ein, daß es sich um ein Verfassungsrecht handelt, dessen Übung bisher vollständig außer Zweifel war. Der Besitzstand des Bundesrats in der Ausübung seines Rechts kann nicht angefochten werden. Einmal wird er von neuem bestätigt durch das Zollgesetz von 1869, in dem im Anschluß an die Verfassung wiederholt gesagt wird, daß die Zollinie mit der Landesgrenze zusammenfallen soll und da, wo letztere an das Meer stößt, das Meer die Zollinie bilden soll, während die Landeshoheit bekanntlich etwa in das Meer hineinreicht. Dieses Reichsgesetz, das Reichszollgesetz in seiner Wirksamkeit zu entkräften zu Gunsten einer künstlichen Konstruktion, künstlich wegen ihrer sorgfältigen und berechneten Vermischung des Douanezolls mit dem alten Elbzoll, das, glaube ich, wird den Gegnern unserer Auffassung nicht glücken.

Der Herr Vorredner hat von Zoll ab und zu mit doppelter Tragweite gesprochen, wo er nach seiner genannten Sachkunde ausschließlich den alten abgeschafften Elbzoll gemeint haben kann, und die Bestimmungen, die dessen Aufhebung betreffen, in discrimine[2] anzuwenden gesucht; ob er dabei in seinem for intérieur[3] alle die logischen Schlüsse gemacht hat, die er dadurch in seinen Zuhörern hervorrufen wollte, stelle ich ihm anheim. Aber wenn wir diese beiden Zölle trennen, so fallen diese beiden Zölle, der Elbzoll und der Grenzzoll, auf der Elbe oberhalb Hamburg gerade so wenig zusammen, wie der Sundzoll und der Stader Schiffahrtszoll mit dem Zollvereinszoll. Der Elbzoll hat mit dem, was

[1] Art. 33 der Reichsverfassung: „Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietsteile. Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen."

[2] Als ausschlaggebend.

[3] Inneres Forum, Gewissen.

wir hier beraten, absolut nichts zu tun, wie auch die schon von dem Herrn Vorredner angeführten Artikel der Wiener Schlußakte, die vielleicht jedem, der sie nicht nachliest, Sand in die Augen streuen können, hierauf gar keinen Bezug haben; sie erwähnen nur in einem einzelnen Artikel die Frage der „Douanen" — sie sind französisch gefaßt — und dort zu Gunsten der Douanen, daß die nicht geniert werden sollen.

Aber auch die Ausübung des Besitzstandes! — Der Herr Vorredner hat vergebens versucht, einen rechtlichen Unterschied zwischen der Oberelbe und der Unterelbe, vom Hamburger Standpunkt gerechnet, nachzuweisen. Das Recht für die ganze Elbe, soweit es vermöge der Elbschiffahrtsakte besteht, ist ein einheitliches, gleiches und identisches; kein Fuß breit des Elbspiegels kann sich den Wirkungen entziehen, welche die Elbschiffahrtsakte von 1821 heutzutage noch wirklich für ihn haben kann.

Wenn es richtig wäre, was der Herr Vorredner angeführt hat, daß früher es die Unbequemlichkeit war, welche die Schiffer wegen des Elbzolles hatten, die Anlaß gab, Douanenzölle an gewissen Orten zu erheben, so würde diese Bequemlichkeitsfrage noch immer kein Verfassungsrecht bei uns ändern und der Reichsverfassung nicht im Wege stehen, ebensowenig wie die Frage, ob das Anhalten unterhalb Hamburg für den Seehandel bequem oder unbequem ist, unser Verfassungsrecht ändert; das steht damit in keiner Beziehung, das sind Zweckmäßigkeitsfragen, die der Bundesrat zu erwägen haben wird und beachten wird. — Ich erwähne dabei, daß der Schiffahrtsverkehr in der Themse doppelt, vielleicht viermal so groß ist als der auf der Unterelbe, und daß man doch genötigt ist — und der freie Engländer, in der Hingebung für die Interessen seines Vaterlandes, fügt sich dem bereitwillig —, auf der unteren Themse viermal anzuhalten, um Zollbeamte aufzunehmen und sich der Kontrolle zu unterziehen.[1]

Also diese Bedenken kann ich mit dem nationalen Standpunkte, den zu alten Zeiten der Herr Vorredner mit mir gemeinsam vertreten hat, als er mir beistand, die jetzige Verfassung ins Leben zu rufen, nicht vereinigen.

Aber dafür, daß bisher das Recht des Bundesrats, die Elbe mit einer Zollinie zu durchschneiden, niemals bezweifelt worden ist, kann ich das Zeugnis aller höheren Beamten aller deutschen Staaten anführen, die mit der Sache zu tun gehabt haben, namentlich auch das Zeugnis desjenigen höheren Beamten, der augenblicklich als Abgeordneter die Tribüne verließ. Er ist damals über die Berechtigung des Bundesrats in keiner Weise zweifelhaft gewesen, und bei seiner Gewissenhaftigkeit würde er es nicht übernommen haben, dem Reichstage diese Tatsache zu verschweigen, — wie ich es vorher darstellte, als wenn gewissermaßen heimlich, schüchtern, daß der Reichstag es noch nicht erführe, diese Sache gemacht worden wäre und nur deshalb der Reichstag nicht angerufen wäre.

Kann heute die Unterelbe nicht von der Douanenlinie gekreuzt werden, so konnte es auch damals die Oberelbe nicht, so ist trotz der ganzen künstlichen Argumentation, die wir gehört haben, die Einbeziehung der Elbstrecke von Wittenberge bis Hamburg bisher nichtig und ungesetzlich, und die Zölle können zurückgefordert werden. Das war damals die Meinung des Herrn Vorredners nicht; er hat der Bundesratssitzung präsidiert, in welcher die Einverleibung jener Elbstrecke in das Zollgebiet beschlossen wurde, also die Verlegung der Zollrevision von Wittenberge, wo sie nach seiner Theorie auch schon un-

[1] Vgl. dazu: Tiedemann: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei S. 408.

berechtigt gewesen wäre und doch ein halbes Jahrhundert bestanden hat, — seit 1821; er hat die Verlegung von Wittenberge nach Bergedorf respektive Hamburg selbst sanktioniert an der Spitze des Bundesratsbeschlusses. Ja, noch mehr, er hat den Antrag, welchen Preußen auf diese Verlegung damals gestellt hat, unter seiner Leitung konzipieren lassen. Der Antrag liegt mir vor im Konzept. Er ist, wenn ich nicht irre, von der Hand des damaligen Rats Herrn Jungmann geschrieben, vielfach durchkorrigiert von der Hand des damaligen Ministers Delbrück. Das Konzept fängt an:

„Die Bestimmung im Art. 6 des Vertrages vom 8. Juli v. J., nach welchem die Hansestadt Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets —"

und nun ist im ursprünglichen Kontexte fortgefahren:

„Freihafen außerhalb der Zollgrenze bleiben soll".

Darauf ist von der Hand des Ministers Delbrück hereinkorrigiert:

„vorläufig außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze" (Heiterkeit), also die Anerkennung des Provisoriums, und ich lade jetzt den Herrn Abgeordneten ein, seine eigene Handschrift zu rekognoszieren, nach der er dieses „vorläufig" für notwendig gehalten hat, um dem provisorischen Charakter des Zollausschusses Ausdruck zu geben, in seiner damaligen Eigenschaft als Minister; seitdem ist nichts geschehen, was das Recht in seinem Sinne hätte ändern können; nur in meinem Sinne hat es sich geändert. Ich hoffe also, er wird seine damalige Rechtsauffassung nicht diffitieren wollen; denn dieses „vorläufig" ist nachher auch in die amtliche Eingabe übergegangen, die Minister Delbrück hat abfassen lassen; es ist auch in den Ausschußbericht übergegangen vom 16. Juli 1868, nach Art. 6 des Vertrages. Es beginnt dieser Bericht vom 16. Juli 1868:

„Es soll die freie Hansestadt Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets vorläufig außerhalb der gemeinschaftlichen Grenze bleiben."

Dieser Ausschußbericht ist unterschrieben von den Herren v. Pommer-Esche, v. Dümmel, v. Philipsborn und v. Liebe. Diese Herren haben sich daher zur Anerkennung des provisorischen Charakters dieses Zollausschusses verstanden. Dieser Ausschußbericht hat den Beschlüssen des Bundesrats unterlegen und ist verbotenus[5] zum Beschluß erhoben worden mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Wortlaut, also einschließlich des Wortes „vorläufig", und der Beschluß lautete damals:

„Es wurde beschlossen:

a) Die Hereinziehung der in der Vorlage Nr. 58 näher bezeichneten hamburgischen Gebietsteile und der dortliegenden preußischen Enklave in den Zollverein zu verfügen."

Da ist gar nicht davon die Rede, beim Reichstage etwas zu beantragen, und nach meinem langjährigen Zusammenarbeiten mit dem Herrn Vorredner weiß ich, daß seine Gewissenhaftigkeit nach allen Seiten eine sehr große war, nach dem Verfassungsleben hin aber noch viel größer als nach einer anderen Richtung; er würde sich nie dazu verstanden haben, wenn er irgendeine Vermutung gehabt, daß der Reichstag etwas mitzureden hätte. Gefaßt ist dieser Beschluß unter dem Präsidium des Herrn Delbrück, unter der Mitwirkung der Herren Pommer-Esche, Philipsborn, Hennig, bayerischer Vertreter, säch-

[5] D. i. wörtlich

sischer, badischer, hessischer, Mecklenburgs, des Großherzogtums Sachsen, Oldenburgs, der sächsischen Herzogtümer Anhalts, Schwarzburgs, Waldecks, von Reuß ältere Linie, von Schaumburg-Lippe und den Hansestädten Bremen und Hamburg, für welche zugegen waren Senator Gildemeister und Dr. Kirchenpaur. Auch die haben durch Beschluß dies „vorläufig" anerkannt und sie haben anerkannt, daß der Bundesrat hier zu entscheiden hat, und kein Zweifel ist ihnen irgend beigekommen über das Recht des Bundesrats, über diese Ausführungsmaßregeln zu entscheiden. Es ist im Art. 7 der Verfassung Nr. 2 in der allbekannten Fassung[6] ausdrücklich verzeichnet, und Se. Majestät der Kaiser kann unmöglich gesonnen sein, dieses Recht des Bundesrats irgend in Zweifel ziehen zu lassen oder einen Vorbehalt, welcher dasselbe nicht nur in Zweifel zieht, sondern außer Kraft zu setzen bestimmt ist, an den Bundesrat gelangen zu lassen. Wenn dieser Vorbehalt angenommen wird, muß ich namens Sr. Majestät des Kaisers erklären, daß damit die Genehmigung, welche wir für diesen Vertragsentwurf mit Österreich vom Reichstage erbeten haben, und ohne welche dieser Vertragsentwurf seine Gültigkeit nicht erlangen kann, versagt ist, und die Sache ist damit also abgetan, und wir werden das Weitere zu tragen haben, was daraus folgt, aber von dem Rechte des Bundesrats, so wie es verfassungsmäßig feststeht, werden wir nichts nachgeben.

Ich erlaube mir, obschon es nicht erforderlich sein wird, zur Bestätigung meiner Rechtsauffassung noch die Stellen einiger Staatsrechtslehrer, und zwar wesentlich liberaler zu verlesen, die denselben Punkt behandeln.

Laband[7] sagt im ersten Band, Seite 265:

„Ferner steht die Aufhebung bestehender Zollausschüsse dem Bundesrat zu."

v. Rönne[8] sagt im zweiten Teil, Seite 197:

„Darüber, daß der Bundesrat berechtigt ist, solche Bestimmungen der Zollvereinsverträge, welche lediglich allgemeine Verwaltungsvorschriften enthalten, oder sich bei der Ausführung der Bestimmungen der gedachten Verträge als mangelhaft herausstellen, auf Grund der Vorschriften im Art. 2, Ziffer 2, beziehungsweise Ziffer 3 des Art. 7 der Reichsverfassung im Wege der Verordnung oder der dem Mangel abhelfenden Verfügung abzuändern, kann kein Zweifel bestehen. Denn dies folgt einfach aus der im Art. 40 enthaltenen Hinweisung auf den ganzen Art. 7[9].

---

[6] Der Bundesrat beschließt: über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist.

[7] Das Staatsrecht des Deutschen Reichs.

[8] Das Staatsrecht des Deutschen Reichs.

[9] Art. 7. Der Bundesrat beschließt:

1. über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse;
2. über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist;
3. über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten.

Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Beratung zu übergeben.

Die Beschlußfassung erfolgt ... mit einfacher Mehrheit. Nicht vertretene oder nicht instruierte Stimmen werden nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidialstimme den Ausschlag.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Art. 34. Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres

Es folgt auch für jeden, der die Entstehung der Verfassung kennt, aus der Genesis dieses ganzen Art. 7, der aus den Zollverträgen herübergenommen ist und der in der Verfassung des Norddeutschen Bundes eine andere Stelle hatte, als er sie heute hat, so daß er sich im Norddeutschen Bunde nur auf Zollvereinseinrichtungen bezog, auf die aber ganz zweifellos; und seine Übertragung auf Nummer 7 in der heutigen Reichsverfassung bei den Modifikationen, die vorgenommen sind, hat nur die Wirkung gehabt, dieses Recht des Bundesrats über die Zollvereinsfragen auch auf andere Fragen auszudehnen; in Bezug auf die Zollvereinsfragen aber war es schon jederzeit ganz zweifellos, es bedurfte nicht der neuen Fassung. Das Recht des Bundesrats, darüber selbständig zu beschließen, ist meines Erachtens vollständig so klar, wie das Recht der Hansastadt Hamburg auf einen Freihafen, was ja niemand anzufechten beabsichtigt. Mir sind Suggestionen von anderer Seite und aus Hamburg gemacht, daß dieses ganze Freihafenrecht Hamburgs kein Singularrecht sei, sondern daß der Art. 34 durch Gesetz, wenn nicht 14 Stimmen widersprechen, aus der Welt geschafft werden könne. Ich habe darauf mit großer Bestimmtheit und auch schriftlich nach Hamburg erklärt, daß ich dieser Deduktion nicht beistimmen könne, sondern daß das Recht auf den Freihafen nur mit Hamburgs Bewilligung aufhören könne, und daß ich, so lange ich mitzureden hätte, auch darüber wachen würde, daß es nicht eingeschränkt werde auf kleinere Grenzen als diejenigen, welche notwendig sind, damit es seiner Bezeichnung in vollkommener und loyaler Weise entspreche: ein wirklich voller Freihafen, der allen Evolutionen, die in einem Freihafen vorgenommen werden sollen, und allem Nutzen, den man von einem Freihafen erwarten kann, entspricht. Daß aber die Grenze, welche der Freihafen zu diesem Zwecke haben muß, der Bestimmung des Bundesrats unterliegt, das hat nie einem Zweifel unterlegen, und es ist auch damals, wie der jetzige Grenzbezirk geschaffen wurde, zweifellos gehandhabt worden; ja es ist damals von dem Hamburger Senat 1868 in einer amtlichen Publikation anerkannt worden, in welcher derselbe, nachdem eine Beschwerde der Bürgerschaft eingegangen war über die Trennung Bergedorfs und einiger anderer Distrikte — sogar Geestehacht — vom Freihafenbezirk, dieser Beschwerde gegenüber ganz unzweideutig erklärte: „Wir können uns auf die Beschwerde der Bürgerschaft nicht einlassen, da nicht der Staat, sondern der Bundesrat beschließt, wo die Grenze des Freihafens gehen soll."

Diese damalige Auffassung des Hamburger Senats ist, so viel ich weiß, in mehreren Blättern gedruckt, ich brauche sie wohl nicht zu verlesen, sie liegt mir vor, aber sie wird den Herren bekannt sein. Ich wünsche, daß davon doch auch Akt genommen wird, weil es mir überhaupt ankommt, die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtseins und der Rechtsvertretung nachzuweisen, die in allen Behörden erkennbar ist, seit die Begeisterung für die Einheit, für die deutsche Einheit und für die Herstellung des neuen Reiches etwas matter geworden ist. (Widerspruch links.) Ja, matter geworden, meine Herren! Ich stehe auf der Stelle, wo jedermann das am deutlichsten fühlt; der Geist des Partikularismus ist gewachsen (Sehr richtig! links.), die Kämpfe der Parteien — und das

---

oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen.

Art. 40. Die Bestimmungen in dem Zollvereinigungsvertrage vom 8. Juli 1867 bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind, und so lange sie nicht auf dem im Art. 7, beziehungsweise 78, bezeichneten Wege abgeändert werden.

wirkt auf die Haltbarkeit des Verfassungsbodens als Tummelplatz für dergleichen Kämpfe; entweder man hält den Boden für unzerstörbar, oder man macht sich nicht viel daraus, ihn zu zerstören, und ich bin vollständig berechtigt, von meinem Standpunkt her ein vollwichtiges Zeugnis abzulegen; ich bin kompetenter Zeuge dafür.

Deshalb also, wenn Sie mich fragen, warum ich den Beschlüssen, die heut gefaßt werden können, eine praktische Tragweite nicht beilege und dennoch mich an der Debatte unter persönlichen Schwierigkeiten beteilige, so kann ich darauf nur erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, doch noch einmal in meinem Leben von dieser Stelle aus die Perspektive auf den Reichstag zu haben (Heiterkeit.), und zu ihm zu reden und noch einmal, wie ich es eben schon getan habe, von hier aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Bestrebungen, und Zeugnis abzulegen gegen die partikularistischen und Parteibestrebungen, die der Entwicklung des Reiches im Wege stehen; und wenn ich nicht in der Lage sein werde, dieses Zeugnis von dieser Stelle her zu wiederholen, so glaube ich, wenn mir Gott das Leben gibt, doch vielleicht in der Lage zu sein, von denselben Sitzen, wo Sie sitzen, hernach auch dem großen Gedanken der Nationalität, der uns vor zehn Jahren noch beinahe alle begeisterte, auch dann als Reichstagsmitglied Ausdruck geben zu können, auch gegen eine partikularistische Handhabung der Reichsverfassung, die etwa dann von hier aus vertreten werden könnte. (Bewegung.)

Es ist also wesentlich meine Sorge für die weitere Entwicklung unserer Reichsverfassung und mein Bedürfnis, sie, soweit es an mir — ein einzelner Mann kann da nicht viel tun — liegt, vor Stillstand, ja vor Rückläufigkeit zu bewahren, die mich herführt, und ich muß sagen, wenn ich sehe, daß mein tätigster und bedeutendster Mitarbeiter, den ich bei der Herstellung der Reichsverfassung gehabt habe, heutzutage Arm in Arm mit dem Zentrum und mit den Parteien (Widerspruch links.), die damals gegen die Reichsverfassung waren, mir gegenübertritt, so habe ich das Gefühl, daß die rückläufige Bewegung, die Minderung der Begeisterung für die nationale Entwicklung, die damals uns alle, alle beherrschte, einen ganz außerordentlich weiten Weg schon zurückgelegt hat. Ich kann ihn nicht aufhalten, aber ich kann wenigstens meine Stimme als Warner von einer Stelle her, wo ich sicher bin, gehört zu werden, gegen diese Wege erheben. Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und partikularistischen Strebungen zu dienen, welche heutzutage auf demselben ausgefochten werden sollen. Es ist meines Wissens das erste Mal, daß wir uns vor einer Verfassungsfrage zwischen Bundesrat und Reichstag befinden, wo der Reichstag im Begriff ist — wenigstens hat die Majorität Ihrer Kommission sich dafür entschieden —, dem Bundesrat ein Recht zu bestreiten, welches im Verfassungsrecht ganz zweifellos feststeht, und für welches die preußische Regierung auf jede Gefahr hin einzutreten entschlossen ist. Es ist das erste Mal, es ist auch das erste Mal, daß im Bundesrat der Antrag, Verfassungsstreitigkeiten durch Majoritätsbeschluß zu entscheiden, so weit getrieben worden ist, daß nur die Machtvollkommenheit, die mir nach der Verfassung in Bezug auf die Leitung der Geschäfte beiwohnt, mich in den Stand gesetzt hat, weitergehende Abstimmungen darüber zu verhindern.

Ich komme auf die Gefahr, die darin liegt, zwischen den Bundesregierung Zwietracht zu säen, nachher zurück; ich will mich hier nur einstweilen zu der Konstellation wenden, die

uns — ich meine, den Vertretern der Reichspolitik — in dieser Session entgegengetreten ist. Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen. Das Zentrum hat seit sechs Monaten in allen Fragen des Preußischen Landtages und in allen Fragen des Reiches ausnahmslos mit wenig Diskussion und wenig Aufwand von Argumenten geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Das ist ein Gegner, der an und für sich so stark, so disziplíniert ist, daß er von seinen über 100 Mann ja an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Präsenzzahl, die augenblicklich in diesem Jahre üblich war, zu stellen imstande ist. Das ist ja eine sehr gewichtige Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Bei der Abstimmung über Samoa war genau die Hälfte der Majorität dieser Versammlung vom Zentrum gestellt, 64 von 128. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken und was sie dabei erreichen. Mein Gravamen, worauf ich nachher zurückkomme, wendet sich mehr gegen die Appendizes des Zentrums, die diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist, dieses tote Gewicht benutzen, um hinaufzuspringen, um von diesem Turm — damit ich bei dem Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung einzusetzen und, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, die Regierung anzugreifen und gegen sie zu stimmen. Früher war es ja üblich, daß in allen diesen Bestrebungen des Zentrums — Zentrum, Polen, Fortschritt war die Firma, gegen die wir zu kämpfen hatten, neuerdings ist denen nun noch die Firma des Freihandels hinzugetreten, und wir können in Sachen wie Samoa u. a. sagen: wir haben gegen uns Zentrum, Fortschritt, Freihandel; der Freihandel reicht ja bis in die konservativen Parteien hinein (Große Heiterkeit.), Gott sei Dank, nur in sehr geringem Maße — von allen diesen ist die Regierung stets sicher, daß alle ihre Vorlagen abfällig beurteilt und bekämpft werden. Zunächst also wende ich mich gegen diese Parteigruppierung und ihre Einwirkung auf die Entwicklung unseres Verfassungslebens. Das Zentrum wird ja selbst wissen, warum es so handelt, und ich kann es mir wohl denken; ich kann nur Rechenschaft davon geben, welchen Eindruck das Verfahren der Zentrumspartei mir seit dem vorigen Herbst gemacht hat, oder vielmehr, wie es auf meine praktische Tätigkeit zurückgewirkt hat.

Im vorigen Jahre verließ ich den Reichstag mit der aufrichtigen Überzeugung, daß die Herren vom Zentrum beabsichtigten, sich der Regierung zu nähern und zu einem Kompromiß mit derselben zu gelangen, nicht bloß über Schutzzollfragen, sondern auch über Fragen, die hier nicht vorliegen, mit denen Sie ja in 14 Tagen, hoffe ich, im Preußischen Landtage sich beschäftigen werden. Durch diese Wahrnehmung fühlte ich mich ermutigt, mit Vertrauen an die Verhandlungen mit der römischen Kurie zu gehen, denn ich versprach mir damals wirklich ein Ergebnis davon. Dieses mein Vertrauen zu Ergebnissen dieser Verhandlungen ist durch das inzwischen ausnahmslos im Landtage und Reichstage vom Zentrum beobachtete Verhalten erschüttert worden. Für mich liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutsche respektive preußische Regierung eine Interpretation für die Intentionen des Römischen Stuhls, ein Barometer für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben. (O! O!) Meine Herren, unter Ihnen sind viele Priester; andere, ich glaube, die meisten von Ihnen sind unter priesterlichem Einfluß gewählt worden und werden unter demselben wiedergewählt werden, also Ihr „Oh!“ ist nicht ganz gerecht-

fertigt. Ich glaube, Sie sind doch alle in der Lage, auf die Meinung des Papstes Rücksicht zu nehmen, und wenn diejenigen Intentionen vorhanden wären, auf die wir rechnen müssen, um Frieden zu machen, so hätten Sie die Rolle nicht spielen können, die Sie im Landtag und Reichstag seit dem vorigen Herbst gespielt haben, sondern Sie würden dasjenige Verhalten fortgesetzt haben, welches zu meiner Freude und zur Belebung meiner Friedenshoffnungen im vorigen Sommer von Ihnen bekundet wurde. Indessen das ist Ihre Sache, Sie werden ja Ihre Politik treiben, wie Sie sie verstehen, und wir müssen schließlich unsere Rechnung machen so, wie die Dinge liegen.

Dann komme ich nun zu den anderen Fraktionen, die ich vorhin Appendizes des Zentrums nannte, die das Zentrum für geschaffen halten, um unter seiner Deckung gelegentlich gegen die Regierung Ausfälle zu machen. Es ist danach bei der großen Macht des Zentrums, bei der Gewißheit seiner Opposition und bei dem unregelmäßigen Besuch des Reichstages eine ziemlich keine Anzahl von Gegnern der Regierung in einer bestimmten Sache hinreichend, um die Majorität gegen die Regierung zu sichern. Die Bereitwilligkeit, von dieser immer bereiten Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, gewissermaßen auf die Schultern des Zentrums zu springen, um von dort aus die Regierung zu bekämpfen, hat doch ihr Bedenkliches, meine Herren! Alle diejenigen Parteien, die das Reich haben bilden und bisher vertreten helfen, — haben die wirklich dabei zu gewinnen, in diesem Kampf die Bundesgenossenschaft eines mächtigen Elements zu suchen, welches seinen Frieden mit uns, wie ich mit Bedauern wahrgenommen habe, noch nicht zu machen an der Zeit hält? Haben Sie sich nicht überlegt, was für Folgen und Rückwirkungen das auf die Reichsverfassung und auf ihre fernere Entwicklung, auf die Auffassungen der Regierung, auf die Hoffnungen haben muß, mit denen die Regierung in die Zukunft sehen muß?

Ich erwähnte schon vorhin, ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit, mit dieser Sicherheit sich der deutschen Neigung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für jemand, der etwas gegen die Reichsregierung hat, aus besonderen Gründen, aus Überzeugung oder aus Fraktionsgründen. Ich wende meine Klage gegen keine Fraktion insbesondere; jede hat geglaubt, ab und zu am Zentrum eine feste Anlehnung nehmen zu können, und hat sich gewundert, aber nach kurzer Zeit gewundert, wenn die Wand, an die sie sich zu lehnen glaubte, eine Schwenkung machte. Jeder greife da in seinen eigenen Busen! Aber die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der zu meinem Bedauern ein prinzipieller Zwiespalt herrscht, als einen willkommenen Kristallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benützen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich verderblich im Sinn der Liberalen, noch mehr als im Sinn der Konservativen. Ich werde Ihnen nachher sagen, warum; — aber ich richte besonders an die liberale Partei die Frage: Ist es nützlich, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum Äußersten zu verfolgen, den Punkt auf das i zu setzen im Streit zwischen Reichstag und Bundesrat? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Er ist stark genug ohne Sie, meine Herren! Die Haltung der Majorität der Kommission

wie sie vorliegt, appelliert an den Partikularismus, und ganz zweifellos nicht ohne Erfolg. Es gibt Regierungen, die aus partikularistischen Bedürfnissen, weil sie sagen: Jedes Sonderrecht wollen wir bereitwillig schützen, denn wir haben auch Sonderrechte, und deshalb wollen wir es hier mit dem Buchstaben der Bundesverfassung nicht so genau nehmen, wir sind also bereit, die vorhandene Opposition im Reichstag zu stützen, mag sie ausgehen, von wem sie will, für sie mit einzutreten, das Hemd ist uns näher als der Rock, es geht uns der Partikularismus über die Reichsinteressen . . . Es finden sich auch andere Regierungen, die sich durch den Reichstag einschüchtern lassen — die Furcht vor parlamentarischen Unannehmlichkeiten ist ja bei den meisten Politikern und auch bei denjenigen, die ihr ganzes Leben darunter zugebracht haben, vielleicht viel größer, als sie bei mir ist. (Heiterkeit.)

Ich habe in meinem Leben Gelegenheit gehabt, meine Probe dahin zu machen, daß ich mich nicht überlaufen lasse; ich habe mich weder von parlamentarischen noch von partikularistischen Bestrebungen überlaufen lassen, und ich hoffe, Gott wird mir auch für mein jetziges Alter, obschon ich körperlich geschwächt bin, die geistige Energie nicht verkümmern, daß ich jedem solchen Versuch des Überlaufens dauernd und fest entgegentrete. (Bravo! rechts.)

Vor allem möchte ich warnen vor dem Versuch — also ich spreche von den Einschüchterungsversuchen gegen einzelne Regierungen —, vor allem möchte ich warnen vor der Tendenz, bei diesen Einschüchterungen zwischen den Regierungen Unfrieden zu säen. Meine Herren, der Friede der Regierungen, der feste, vertrauensvolle Friede der Regierungen untereinander ist der unentbehrliche Hort der Sicherheit unserer Verfassung. Glauben Sie nicht, daß irgendein Reichstagsrecht fester steht als ein Regierungsrecht, als die Bundesratsrechte, als die Rechte des Präsidiums; alles beruht auf derselben Basis des Vertrags, den die Regierungen untereinander geschlossen haben, des Bundesvertrages (Sehr wahr! links), und jeder Zweifel bei einer Regierung, namentlich bei einer mächtigen Regierung, ob dieser Bundesvertrag gehalten wird, hat seine sehr bedenklichen Nachwirkungen. Der König von Preußen hat seine Zollrechte den Händen der Majoritätsbeschlüsse des Bundesrats anvertraut, den Händen der Reichsgesetzgebung hat er sie nicht anvertraut; man kann ja auf ein anderes System kommen. Ich habe es mir bisher zur Aufgabe gemacht, die Rechte der Regierungen sorgfältig zu vertreten, dieses mein Bestreben beruht aber auf der Voraussetzung der vollsten Gegenseitigkeit in genauer Beobachtung der Verfassung. Wenn ich mich darin täusche, so bin ich gar nicht abgeneigt — in der Notwendigkeit, vor allen Dingen für die Erhaltung der Reichsinstitutionen eine feste Basis zu suchen —, auch den Weg zu gehen, den die Majorität Ihrer Kommission vorschlägt, nämlich alles auf die Zentralisation der Gesetzgebung durch den Reichstag hinauszudrängen; nur kann ich das nicht in meiner Stellung als Reichskanzler, es würde mich aber freuen, wenn mir Grund zu dieser Art Kriegführung gegeben wird, als Mitglied der Versammlung, die ich vor mir zu sehen die Ehre habe, einen festen Kampf auch für zentralistische Politik zu kämpfen, wenn ich finde, daß die Regierungen die verfassungstreue, zuverlässige Stütze für unsere Einheit nicht bilden, deren wir bedürfen. Deshalb sage ich: Sie spielen ein für das Ganze bedenkliches Spiel, wenn Sie darauf spekulieren, Unfrieden zwischen den Regierungen zu säen, wenn Sie daran Freude haben, daß die Re-

gierungen gegeneinander stimmen. In Utilitätsfragen mögen die Regierungen gegeneinander stimmen, soviel sie wollen — in einer Frage über Verfassungsrechte Preußen in die Minorität zu bringen, meine Herren, das ist nicht unbedenklich. (Heiterkeit.) Ich sage das in vollem Bewußtsein der ganzen Geschichte, die ich seit 30 Jahren durchlebt habe; aber wenn ich sage: nicht unbedenklich, so nehmen Sie nicht an, daß ich mich vor Bedenklichem scheue und davor zurücktrete — jetzt so wenig wie früher.

Ich wollte noch darauf zurückkommen, warum ich dieses Benutzen des Zentrums von seiten solcher Parteien, die nach ihren politischen Überzeugungen gar nichts mit dem Zentrum gemeinsam haben, für bedenklich in ihrem eigenen Interesse halte. Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit 30 Jahren geführt; es sind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin, es sind 18 Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem französischen Historiker, den ich vor einiger Zeit in einer schlaflosen Nacht las, wohl sagen kann — er spricht von einem Staatsmanne, dem man mehr Verdienst zuschrieb, als ich für mich in Anspruch nehme —: „Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir"[10]. Ich fürchte, daß ich nach 18 Jahren längst in dieser Lage war, ich hatte alle Parteien wechselnd zu bekämpfen, gegen jede hatte ich einen heftigen Strauß zu kämpfen — davon kommen „les haines inassouvies", von denen der französische Historiker spricht. Nun, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt — (Heiterkeit), gefochten auch, und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können, — versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen: Ich bin müde, todmüde, und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will. Ich will das nicht charakterisieren, ich würde den Gleichmut verlieren; aber ich möchte die Parteien darauf aufmerksam machen: Ich muß, wenn ich dem Kaiser vorschlage, die Last, die ich nicht zu tragen vermag, in andere Hände zu geben, doch Vorschläge machen; ich bin auch überzeugt, daß Se. Majestät, nach dem langen Vertrauen, was mir geschenkt worden ist, auf diese Vorschläge einige Rücksicht nehmen wird. Nun, wenn ich sehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich ist, daß die Zerrissenheit aller übrigen Deutschen die gleiche bleibt, so muß ich in meinem Interesse für den inneren Frieden, wenn ich zurücktrete, Sr. Majestät vorschlagen, das Kabinett, welches mir nachfolgen wird, in einer Sphäre zu suchen, der es möglich sein wird, die Wünsche des Zentrums und die der konservativen Parteien miteinander zu vereinigen. Wenn ich die Hoffnung, daß, weil ich mich dem System, welches das Zentrum vertritt, nicht unterwerfen kann und auch glaube, daß mit den Ansprüchen, die die Herren vertreten, der Friede in Preußen dauernd nicht zu finden sein wird, wenn sie die Ansprüche nicht modifizieren — — ich will es ihnen wünschen, mir ist es ja ziemlich einerlei, ob nach mir „Fortschritt und Freihandel" meinen Nachfolger auf den Weg nach Canossa drängen, ich kann es aushalten so gut wie andere; der andere Weg ist nur dann möglich, wenn alle diejenigen, die mit den Bestrebungen der Zentrumspartei

[10] „Er mußte erliegen unter der Last des ungesättigten Hasses, der sich über dem Haupte eines jeden Ministers ansammelt, der zu lange im Besitze der Macht bleibt."

nicht einverstanden sind, ihrerseits geringere Streitigkeiten als diejenigen, die die Erhaltung und Fortbildung des Reiches betreffen, so lange ruhen lassen; kurz, wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen. Können sie das nicht, dann sind meine Voraussichten trübe; können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen, — aber ich kann jeden Mißerfolg so ruhig mit ansehen wie irgendeiner von Ihnen. Ich weiß nicht, warum mir das Deutsche Reich und seine Zukunft näherstehen sollte als irgend jemand unter Ihnen. Sie sind alle Deutsche; Minister kann jeder eine Zeitlang sein und nicht mehr sein; daß ich gerade ein stärkeres Interesse als andere Deutsche am Reich haben müßte, weil ich zufällig lange Kanzler gewesen bin, das glaube ich nicht, wenn ich mich auch nicht zu der saturnischen Politik meines früheren Kollegen, der vor mir gesprochen hat, verstehen kann — das nicht! — so ruhig zusehen, daß das Deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht! In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller, ich habe ein Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit; — dann richten Sie sich das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reiches in Frage zu stellen. (Lebhaftes Bravo rechts, Zischen links und im Zentrum.)

Da in der Sitzung vom 10. Mai der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg-Wernigerode die Sitzungen des Reichstags schloß, blieb die Vorlage unerledigt.

Preußischer Volkswirtschaftsrat.

27. Januar bis 11. Februar 1881.

Je deutlicher Fürst Bismarck zu bemerken glaubte, daß die Vertreter des Volkes in den Parlamenten ihre Tätigkeit als Selbstzweck auffaßten und sich den wahren Interessen des Volkes entfremdeten, indem sich eine Parteibürokratie herausbildete, desto unliebsamer und bedenklicher mußte ihm sein, daß die Bürokratie am grünen Tisch die wichtigsten Gesetze für das wirtschaftliche Leben der Nation ohne wahre Kenntnis der praktischen Bedürfnisse ausarbeitete. Das war aber jetzt nach dem großen Umschwung der Wirtschaftspolitik im Jahre 1879 doppelt gefährlich. Deshalb versuchte der Fürst eine Einrichtung zu schaffen, die imstande sein sollte, die staatliche Gesetzgebungsarbeit bei wirtschaftlichen Fragen zu beraten; d. h. es sollten endlich die Sachverständigen neben der staatlichen und Parteibürokratie zu Worte kommen. Aus diesen Erwägungen heraus entstand der „Preußische Volkswirtschaftsrat", eine Art Sachverständigenparlament für alle wirtschaftlichen Fragen.[1] Im Oktober 1880 erging die entsprechende Verordnung. Danach bestand der Preußische Volkswirtschaftsrat — der sich nach Bismarcks Wunsch später zum allgemein deutschen erweitern sollte — aus 75 Mitgliedern, die in drei Sektionen des Handels, der Industrie und des Gewerbes und der Landwirtschaft geteilt waren. Es ist kaum ein Zweifel, daß Bismarck mit der Schaffung dieses Sachverständigen- und Interessentenparlaments den Grund legen wollte zu einer berufsständischen Vertretung des deutschen Volkes, die er ja noch in den „Gedanken und Erinnerungen" als sein Ideal bezeichnet hat. Aber die Gegnerschaft der staatlichen Bürokratie und der Parlamente war zu stark. Selbst Minister wie Lucius nannten diese Einrichtung eine neue Friktionsmaschine, und die Abgeordneten witterten im Volkswirtschaftsrat eine gefährliche Konkurrenz. Deshalb konnte Bismarck mit diesem zukunftsreichen, aber seiner Zeit noch unverständlichen Gedanken nicht durchdringen. Fürst Bismarck eröffnet am 27. Januar 1881 die Sitzungen mit folgender Rede:

Indem ich Ihnen, meine Herren, für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie dem Rufe Seiner Majestät zum Eintritt in den Volkswirtschaftsrat gefolgt sind, den verbindlichen Dank der Staatsregierung ausspreche, empfinde ich das Bedürfnis, mit einigen Worten den Gedanken Ausdruck zu geben, welche bei der Schaffung der neuen wichtigen Institution leitend gewesen sind.

Bei der Diskussion über den bedauerlichen Rückgang, in dem sich unser volkswirtschaftliches Leben einige Jahre hindurch bewegte, und bei den Verhandlungen über die Reformen, welche Seine Majestät der König in Gemeinschaft mit den übrigen Bundesfürsten erstrebte, haben sich wesentliche Meinungsverschiedenheiten darüber ergeben, welchen Ursachen dieser nicht minder auf landwirtschaftlichem wie auf gewerblichem Gebiete hervorgetretene Rückgang zuzuschreiben sei. Eine ebenso verschiedene Auffassung haben die Erscheinungen gefunden, welche in neuester Zeit auf die allmähliche Rückkehr regelmäßigerer Verhältnisse auf dem wirtschaftlichen Gebiete hindeuten.

[1] Vergl. dazu: H. Herrfahrdt: Das Problem der berufsständischen Vertretung. (1921.) S. 58 ff.

In dieser Wahrnehmung lag der letzte entscheidende Grund, dem schon lange gefühlten Bedürfnis entsprechend, Seiner Majestät eine Einrichtung vorzuschlagen, welche ich heute zu meiner Freude verwirklicht sehe — eine Einrichtung, welche die Garantie bietet, daß diejenigen unserer Mitbürger, auf welche die wirtschaftliche Gesetzgebung in erster Linie zu wirken bestimmt ist, über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zu erlassenden Gesetze gehört werden. Es fehlte bisher an einer Stelle, wo die einschlagenden Gesetzesvorlagen einer Kritik durch Sachverständige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden konnten, und die Staatsregierung war außerstande, für ihre Überzeugung von der Angemessenheit der Vorlagen das Maß von Sicherheit zu gewinnen, welches nötig ist, um der von ihr zu übernehmenden Verantwortlichkeit als Grundlage zu dienen.

Sie, meine Herren, werden uns die Sachkunde aus dem praktischen Leben entgegenbringen, Sie sind berufen, ein einheitliches Zentralorgan zu bilden, welches durch ausgleichendes Zusammenwirken die gemeinsamen und besonderen Interessen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft durch freie Meinungsäußerung wahrzunehmen hat.

Es ist nicht Zufall, sondern Folge ihrer an den heimatlichen Herd gebundenen Tätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft und noch mehr die Vertreter von Handel und Gewerbe nicht in gleichem Maße, als die gelehrten Berufsstände, an der parlamentarischen Tätigkeit teilnehmen können, und daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Innerhalb der Regierungskreise, in welchen die Vorbereitung der Gesetzvorlagen erfolgt, muß der Natur der Sache nach der Stand der Beamten und Gelehrten überwiegen. Es erscheint daher als ein Bedürfnis, nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Parlamente selbst, daß auch diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu empfinden haben.

Wie bei anderen Einrichtungen, so handelt es sich auch hier zunächst, den richtigen Weg im Vorgehen zu suchen; nicht in dem Sinne, daß die neugeschaffene Institution etwa wieder aufgegeben werden könnte, sondern um zu ermitteln, welche Änderungen und Zusätze sich im Laufe der Zeit auf dem Grunde praktischer Erfahrung als notwendig oder nützlich erweisen werden. Schon heute darf in einer erheblichen Beziehung die Bildung des Volkswirtschaftsrats als abgeschlossen nicht angesehen werden. Die Gemeinschaftlichkeit des deutschen Wirtschaftsgebiets und der deutschen Wirtschaftsinteressen, wie die Bestimmungen der Reichsverfassung, wonach die wirtschaftliche Gesetzgebung der Hauptsache nach dem Reiche zusteht, führen von selbst dahin, die Errichtung auch eines Volkswirtschaftsrats für das Deutsche Reich ins Auge zu fassen. Es würde dies von vornherein geschehen sein, wenn nicht zur Erreichung dieses Zieles eine längere Vorbereitung nötig gewesen wäre, für welche die Zeit bis zur nächsten Reichstagssitzung nicht ausgereicht hätte. Damit wäre die Möglichkeit ausgeschlossen gewesen, die wichtigen Vorlagen, welche gerade in nächster Zeit die Gesetzgebung beschäftigen werden, dem sachverständigen Urteil der Beteiligten rechtzeitig zu unterbreiten. Der Preußische Volkswirtschaftsrat wird sicher nicht zu einer partikularistischen Institution werden, die Einrichtung desselben erscheint vielmehr als der kürzeste Weg, um zur Herstellung einer entsprechenden Reichsinstitution zu gelangen. Daß dieses Ziel alsbald erreichbar sein werde, dafür habe ich gegründete Hoffnung.

Die ersten Gegenstände, welche Ihrer Beratung unterbreitet werden sollen, sind zwei Gesetzentwürfe

über die Versicherung von Arbeitern gegen Unfälle und

über die Neugestaltung des Innungswesens.

Die Möglichkeit besteht, daß Ihnen auch noch andere Vorlagen im Laufe Ihrer ersten Sitzungsperiode zugehen.

Mit jenen Entwürfen wird sich zunächst der permanente Ausschuß zu beschäftigen haben. Die Staatsregierung ist sich bewußt, daß sie die Tätigkeit der Herren nicht für zu lange Zeit in Anspruch nehmen darf; soweit indessen die Resultate der Beratungen in den Ausschüssen nicht ausreichen, um den Faktoren der Gesetzgebung die nötige Aufklärung geben zu können, wird es sich nicht vermeiden lassen, auch die Meinungsäußerung des Plenums herbeizuführen. Auch in diesem Falle aber wird sich die Tätigkeit des letzteren durch die von den Ausschüssen ausgegangene Vorarbeit wesentlich abkürzen.

Dieselben, auf Erleichterung des Geschäftsganges abzielenden Erwägungen sind es gewesen, welche das Staatsministerium bestimmt haben, für jedes Mitglied der Ausschüsse die Wahl eines ersten und zweiten Stellvertreters in Aussicht zu nehmen. Hierdurch wird es ermöglicht, daß die Herren nach eigener Wahl und Vereinbarung in ihrer Tätigkeit abwechseln und daß der einzelne nicht für zu lange Zeit seinen Berufsgeschäften entzogen wird. Für künftig wird es sich vielleicht auch empfehlen, daß die der Beratung zu unterstellenden Vorlagen den Mitgliedern einige Zeit vor der Berufung zugesendet werden. Es würde auf diese Weise Gelegenheit gegeben sein, sich schon im Kreise der Fachgenossen ein Urteil zu bilden und eine engere Beziehung zwischen den in den Ausschüssen tätigen und den übrigen Mitgliedern herzustellen.

Preußischer Landtag.

28. Oktober 1880 bis 23. Februar 1881.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags.

28. Oktober 1880.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, eröffnet die Sitzungsperiode mit folgender Rede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, den Landtag der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu eröffnen.

Zugleich haben Seine Majestät mir zu befehlen geruht, auch von dieser Stelle den Allerhöchsten Dank für die mannigfachen Beweise treuer Anhänglichkeit, welche Allerhöchst Ihnen neuerdings wieder zuteil geworden sind, Ausdruck zu geben, besonders für den herzlichen Empfang, welcher den Majestäten jüngst bei dem erhebenden Feste in Köln gewidmet worden ist. Es hat unserem Könige zu hoher Genugtuung gereicht, das Werk[1], welches einst Sein in Gott ruhender Königlicher Bruder, nach längerem Stillstand, begeisterten Sinnes wieder aufgenommen hat, zur Vollendung und letzten Weihe zu führen.

Die Finanzlage des Staates zeigt eine erfreuliche Wendung zum Besseren. Die Einnahmen des letzten Rechnungsjahres sind zwar noch, wenn auch in geringerem Maße, hinter den Ausgaben, welche zum Teil unerwartete waren, zurückgeblieben. Die im Steigen begriffenen Erträge aus den Reichssteuern und die sich günstiger gestaltenden Verhältnisse der Betriebsverwaltungen des Staates, insbesondere der Eisenbahnen, lassen jedoch die Hoffnung auf dauernde Wiederherstellung des völligen Gleichgewichts im Staatshaushaltsetat als eine wohlbegründete erkennen.

Der auf vorsichtige Annahmen gestützte Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das kommende Jahr gewährt das im Vergleich zu den Vorjahren erfreuliche Ergebnis, daß die ordentlichen Ausgaben in den Einnahmen nicht nur ihre Deckung finden, sondern daß noch ein Überschuß in Aussicht steht, vermöge dessen mit der Verminderung der direkten Steuern der Anfang gemacht werden kann. Es wird demgemäß in dem Entwurfe des Staatshaushaltsetats Ihrer Zustimmung der Vorschlag unterbreitet werden, aus dem Preußen zustehenden Anteil an den Reichssteuern die Summe von 14 Millionen Mark zu einem Steuererlaß zu verwenden.

Mit der Vorbereitung einer organischen Reform der direkten Staatssteuern ist die Staatsregierung beschäftigt. Schon jetzt wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes zugehen, nach welchem die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichssteuern an Preußen zu

[1] Bau des Kölner Doms.

überweisenden Geldsummen ausschließlich und unverkürzt zur Erleichterung der direkten Besteuerung, insbesondere durch Überweisung der Hälfte des Ertrags der Grund- und Gebäudesteuer zur Erleichterung der Kommunallasten verwendet werden sollen.

Durch den stattgehabten Übergang wichtiger Privateisenbahnunternehmungen in den Besitz und die Verwaltung des Staates ist die Durchführung des Staatseisenbahnsystems, wie die einheitliche Regelung der Verwaltung und des Betriebes auf den vom Staate verwalteten Eisenbahnen erheblich gefördert worden. Obwohl erst kurze Zeit in Wirksamkeit und noch in der Entwicklung begriffen, verheißt die unternommene bedeutungsvolle Reform schon vermöge ihrer seitherigen Ergebnisse fruchtbringende Erfolge für die Interessen des Verkehrs und zugleich für die Staatsfinanzen. Eine Ihnen zugehende Denkschrift wird dies näher darlegen.

Dank jener Reform ist auch die Bereitstellung derjenigen Geldmittel erleichtert, welche die Staatsregierung für die Herstellung neuer Schienenwege in verschiedenen Teilen des Landes in Anspruch nehmen wird, um für weite Kreise neue Quellen des Wohlstandes zu erschließen.

In Erfüllung der in der vorigen Session erteilten Zusage werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, welche eine erhöhte Gewähr für eine auch dem wirtschaftlichen Interesse des Landes entsprechende Verkehrsleitung auf den für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen zu bieten und die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung zu regeln bestimmt sind.

Der Verbesserung der Wasserstraßen widmet die Staatsregierung unausgesetzt die angelegentlichste Fürsorge. Im Anschluß an die in der letzten Session vorgelegte Denkschrift über die Regulierung der fünf Hauptströme werden Ihnen in einer gleichen Denkschrift die Ziele dargelegt werden, welche die Regierung bei der Regulierung verschiedener kleinerer schiffbarer Flüsse verfolgt und welche Mittel dafür erforderlich werden.

Die Verwaltungsreform ist durch die in der vorigen Session zustande gekommenen, inzwischen verkündeten Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verfassung und das Verfahren der Verwaltungsgerichte um einen bedeutsamen Schritt gefördert worden. Um mit diesen die bisher ergangenen Reformgesetze in Übereinstimmung zu bringen, werden Ihnen von neuem die in der letzten Session unerledigt gebliebenen Vorlagen über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte und über die Abänderung und Ergänzung der Kreisordnung, sowie eine Novelle zur Provinzialordnung zugehen.

Zur Ausdehnung der Verwaltungsreform auf ein weiteres Gebiet werden Ihnen Gesetzentwürfe vorgelegt werden, durch welche die neue Kreis- und Provinzialverfassung in den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein und Hannover mit denjenigen Abänderungen eingeführt werden soll, welche durch die besonderen Verhältnisse dieser Provinzen und die für dieselben geltenden Gesetze bedingt sind.

Um die Lage der Witwen und Waisen der Elementarlehrer zu verbessern, hofft die Regierung zu einer Erhöhung der Pension derselben unter Bürgschaft der Staatskasse Ihre Zustimmung zu erhalten.

Über den Betrieb des Pfandleihgewerbes, über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einrichtung öffentlicher Schlachthäuser, sowie zur Ausführung des Reichs-

gesetzes, betreffend die Abkehr und Unterdrückung von Viehseuchen, werden Ihnen Vorlagen zugehen.

Meine Herren! Neben dem Ausbau der Verwaltungseinrichtungen werden Sie hiernach an Ihrem Teile mitzuwirken haben an der Durchführung der wirtschaftlichen Reform, welche für das ganze Reiche in Angriff genommen ist. Es handelt sich dabei um die Wohlfahrt und das Gedeihen der Bevölkerung in allen Schichten; um so mehr glaubt die Regierung Seiner Majestät auf Ihr bereitwilliges Entgegenkommen rechnen zu dürfen.

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

53. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

4. Februar 1881.

Die Reform der Finanz- und Zollpolitik hatte neben der Erhöhung der Reichseinnahmen auch den Zweck, die direkten Steuerlasten in den Einzelstaaten und Gemeinden zu vermindern. Durch Gesetz vom 16. Juli 1880 wurden die vom Reich aus seinen erhöhten Einnahmen an Preußen überwiesenen Mittel zur Ermäßigung der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der Einkommensteuer verwendet. Zur Regelung jenes Verwendungsgesetzes wurde dem Landtag jetzt ein Entwurf vorgelegt, der die Beseitigung der vier untersten Stufen der Klassensteuer, die schrittweise Beseitigung dieser Steuer als Staatssteuer und die Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände vorsah. Nachdem in der Sitzung vom 3. Februar der Abg. Gneist dagegen, v. Wedell für die Vorlage gesprochen hat, nimmt nach eingehender Debatte, an der sich die Abg. v. Eynern, v. Zedlitz und Finanzminister Bitter beteiligten, Abg. Richter das Wort zu heftigen Angriffen gegen die ganze Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, die gescheitert sei: von dem prophezeiten gestiegenen Arbeitslohn sei keine Rede. Gegen den Reichskanzler mit seinen Versprechungen sei König Heinrich IV. von Frankreich ein elender Stümper, der jedem ein Huhn versprach. Das ganze System werde zusammenbrechen. Fürst Bismarck erwidert:

Meine Herren, ich hatte erst die Absicht zu sprechen, nachdem ich einige Redner über diese meinem sonstigen Ressort nicht ganz nahe stehende preußische Angelegenheit gehört hätte; aber der Drang anderer auch von mir nicht zu verlassender Geschäfte nötigt mich, jetzt das Wort zu ergreifen, und ich tue das um so lieber, als ich zum ersten Male seit langer Zeit Gelegenheit habe, mein Einverständnis in vielen Punkten mit dem Herrn Vorredner zu konstatieren; es ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht passiert (Heiterkeit), ich werde darauf nachher zurückkommen, ich will nur erst, um den guten Eindruck bis zuletzt aufzuschieben, auf einige Sätze, namentlich die er für den Schluß seiner Rede aufbewahrt hat, gleichsam als hätte es ihm leid getan, mir in so vielen Punkten entgegen gekommen zu sein, die aber eigentlich mit diesem Gesetz nur in einem sehr lockeren Zusammenhange stehen, erwidern. (Sehr richtig!)

Ich muß, da ich in dem weit umfassenden Material, was der Herr Vorredner der Diskussion unterbreitet hat, meinerseits in eine systematische Behandlung unmöglich eintreten kann — auch wenn ich nicht viele andere Sachen im Kopfe hätte, wäre es mir doch unmöglich, eine so umfassende, alle Verhältnisse der Menschen berührende Rede systematisch zu behalten und systematisch zu besprechen — ich muß mich also auf einen mechanischen Weg beschränken an der Hand der Notizen, die ich mir habe machen können, wo

aber doch mein Bleistift der Beredsamkeit nicht zu folgen vermochte, rückwärts einige der Ansichten zu widerlegen oder zu widersprechen — denn widerlegen kann man bekanntlich niemand, er behält doch recht — (Heiterkeit) aber doch einigem zu widersprechen.

Ich fange damit an, daß ich ganz bestimmt widerspreche: Ich habe niemandem irgendein Versprechen gegeben, ich habe weder ein Huhn im Topfe jemandem versprochen, noch sonst etwas irgend jemandem, und dies bezeichne ich als einen Irrtum, als einen unfreiwilligen Irrtum in den Äußerungen des Herrn Vorredners, als hätte ich irgendwelche Versprechungen gemacht. Ich bin zu den Herren, die die Steuern zu bewilligen das Recht haben, als Bittender, als Bettler im Namen der Armen gekommen, aber damit habe ich nichts versprochen, ich habe bisher teils direkte Körbe bekommen, teils hat man mich dilatorisch behandelt, indem die Anträge der Regierung, die auf eine bestimmte Äußerung berechnet waren dem Lande gegenüber, um die Stellung der Regierung klar zu machen, indem man die im Reichstage und, wie es scheint, auch hier in den Ausschüssen eingesargt hat, so daß man sich davon dispensiert hat, eingehende Meinungsäußerungen öffentlich geben zu müssen. Ich hoffe, daß dieses Gesetz dieser Behandlung nicht unterliegen wird, wie schon der Herr Finanzminister vor mir in den wenigen Worten, die ich von ihm gehört habe, auseinandergesetzt hat, und sollte der Zeitraum zu kurz sein, bis zum Eintritt des Reichstags dieses Gesetz zu erledigen, so wird die königl. Regierung in der Notwendigkeit sein, zu überlegen, ob sie mit Bewilligung des Landtages oder durch Berufung einer besonderen Session dies Gesetz weiter zu erledigen sucht. (Bewegung.)

Ich darf ferner dem Herrn Vorredner darin widersprechen, daß die vielleicht richtige, vielleicht unrichtige Tatsache, daß die Königsberger Arbeiter über Mangel an Arbeit geklagt haben, in keiner Weise gegen unsere Zollgesetzgebung spricht. Nicht diese Zölle, diese unbedeutenden Zölle im Vergleich mit dem, was die russischen Händler verdienen, halten den russischen Export zurück, sondern einfach die Mißernten im südlichen und südöstlichen Rußland, für die können wir nicht. Darin liegt es aber gerade, daß der Abgeordnete Richter, der jede Unterbrechung durch eine andere Meinung über staatswirtschaftliche Probleme in kathedraler Manier zurückweist, sich etwas belehre, daß hierin gerade eine Aufforderung liegt, die inländische Landwirtschaft zu fördern, aufzumuntern und zu ermutigen und uns nicht auf Rußland zu verlassen. (Sehr wahr! rechts.)

Die russischen Mißernten entstehen viel leichter, wie in einem durchschnittlich mäßig bewaldeten Kulturland Deutschlands; die Mißernten sind häufiger auf den großen waldlosen Teilen und durch Verwüstung der Wälder entwaldeten Flächen des Ostens. In Rußland ist der Regen seltener, die Dürre häufiger, und die Mißernten werden im Durchschnitt der Jahre häufiger eintreten, als bei uns. Wir dürfen uns auf die russischen Quellen nicht verlassen, ebensowenig auf die amerikanischen. Ich hoffe, daß es unbegründet ist, was man augenblicklich über die schlechten Aussichten der amerikanischen Ernte sagt, es ist noch zu früh meines Erachtens, um darüber zu urteilen. Aber nehmen wir an, daß Rußland und Amerika gleichzeitig Mißernten haben und unsere inländische Landwirtschaft so herabgedrückt ist, wie es in England und Frankreich zum Teil schon ist, durch stärkere Besteuerung des inländischen Kornbaus und durch Freihalten des ausländischen, der auch zu Hause keine Abgaben trägt, dann würden wir erleben, wohin die

Theorie des Herrn Abgeordneten Richter uns führt und daß Hungersnot eintritt und uns keine Zufuhr in Aussicht steht als aus dem Inlande. (Sehr wahr! rechts.)

Also das Leiden und die etwaige Brotlosigkeit der Königsberger Arbeiter liegt in den schlechten russischen Ernten. Königsberg hat sonst russisches Getreide verfrachtet; in diesem Jahre ist vielleicht nicht die Hälfte davon gewachsen, das wissen wir alle, und sollte Herr Richter es nicht gelesen haben, daß man in Rußland schon vielfach Maßregeln gegen Hungersnot getroffen hat und sogar von einem Kornausfuhrverbot die Rede war? — und für einen so gewiegten Nationalökonomen, wie er, geht doch daraus hervor, daß Rußland in diesem Jahr nicht so viel Getreide exportieren kann wie sonst, und daß davon notwendig die Folge eine Minderbeschäftigung der Kaufmannschaft und der Arbeiter sein muß. Wir haben vor kurzem erlebt, daß in Rußland die Zölle zu meinem Bedauern wiederum um 10 Prozent erhöht wurden. Da ist durch das ganze Land ein gewisser Schrei — ich will nicht sagen der Entrüstung, aber der Aufforderung — gegangen, doch etwas dafür zu tun, daß Rußland nicht in dieser Weise seine Zölle erhöhe. War das etwa ein Schrei im Interesse des russischen Konsumenten, war es nicht der klarste Beweis davon, daß diese Herren, die der Regierung aus allem, was in der Welt passiert, einen Vorwurf machen, selbst der Überzeugung waren, daß ein solcher Grenzzoll nicht etwa den Russen im Innern dadurch trifft, daß er ihm das ausländische Produkt verteuert, sondern daß er den Importeur trifft, also den Deutschen, der sein Produkt in Rußland importieren will? Läßt sich daraus nicht mit Sicherheit umgekehrt schließen, daß auch die Kornzölle, die wir erheben, namentlich in der minimalen Bedeutung, die mit den Preisschwankungen, die vorkommen, in gar keiner Beziehung stehen, von den auswärtigen Importeuren getragen werden sollen? Ich habe, als sie auferlegt wurden, mit vielen russischen Kaufleuten gesprochen, auch solchen, die diesen Handel betrieben, die gesagt haben: Diese Zölle sind für uns Kinderei, wir werden sie bezahlen und doch einen erheblichen Profit behalten. Aber darüber waren sie nicht zweifelhaft, daß sie sie bezahlen würden. Daß unsere Landwirte, aber nicht nur die Rittergutsbesitzer, sondern namentlich die Bauern, in der Grundsteuer einen ganz erheblichen Kornzoll ihrerseits für die inländische Produktion bezahlen, wird noch niemand in Abrede stellen. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß, was ich an Grundsteuer zahle, und welches das Verhältnis zur reinen Einkommensteuer ist, und ich habe gefunden, daß bei den meisten meiner Nachbarn ungefähr dasselbe Verhältnis besteht, und wenn ich meine Einkommensteuer auf 3 Prozent meines wirklichen Einkommens veranschlage, so beträgt die Grund- und Gebäudesteuer 6 bis 7½ Prozent des wirklichen Einkommens — ich glaube, so wird es überall sein — und dabei bin ich im großen und ganzen genommen unverschuldet. Hätte ich Schulden, so wären es mindestens 10 Prozent; beide Steuern zusammen würden sich sehr leicht auf 20 Prozent meines wirklichen Überschußeinkommens erstrecken. (Sehr wahr! rechts.) Das wird mir auch keiner, der ehrlich mit mir rechten will, bestreiten wollen.

Wo ist also da die gleiche Behandlung des Inländers und des Ausländers, nachdem man den inländischen Getreidebau mit einer hohen Steuer belastet hat, die ja doch notwendig auf die Verteuerung des inländischen Getreides wirken muß? Denn derjenige, der es produziert und zum Kaufe bringt, kann doch seine Grundsteuer nicht anders bezahlen als aus dem Ertrage, aus dem Verkauf seines Getreides. Er muß also bestrebt sein, sie

darauf aufzuschlagen, und da komme ich doch zu einer ganz anderen Höhe; wenn ich den Betrag der Grundsteuer, die ich bezahle unter Abrechnung der Forstgrundsteuer, ungefähr auf die Masse Korn, die ich verkaufe, verteile, so glaube ich, daß ich auf 1 bis 1½ Mark an Grundsteuer für jeden Scheffel Roggen komme, den ich verkaufe. Ich glaube nicht, daß ich mehr Scheffel Korn von meinen Gütern verkaufe, als ich Mark, respektive 1,50 Mark Grundsteuer bezahle. Ich will das nicht so bestimmt hinstellen, aber ich empfehle jedem, die Rechnung anzustellen, dann wird er wissen, wie hoch der inländische Getreidebau besteuert ist. Von der Verteuerung dadurch für die Arbeiter hat man bisher nicht gesprochen.

Ich will mich nicht für Abschaffung der Grundsteuer hier erklären, ich will mich an den Rahmen dieses Gesetzes halten; das liegt nicht darin, und ich teile alle die Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden. Ich halte die Grundsteuer für einen ungerechten Maßstab für Zuschläge. (Sehr wahr! rechts.)

Die Auflegung der Grundsteuer war meines Erachtens eine große Ungerechtigkeit, und es freut mich, heut gehört zu haben, daß Herr Richter damals dagegen gewesen ist; ich hätte das eigentlich kaum geglaubt, es freut mich, ich spreche ihm meine Anerkennung dafür nachträglich aus. (Heiterkeit.)

Ich bin auch dagegen gewesen und habe auf den Wunsch meines Höchsten Herrn, ich möchte im Herrenhaus sprechen, es abgelehnt und gesagt: Ich kann es dulden, aber ich kann nicht dafür stimmen. Diese Ungerechtigkeit ist 18 Jahre her, und es ist sehr schwer, sie wieder gut zu machen, ohne eine neue Ungerechtigkeit zu begehen. Ich habe mich auch deshalb nie dafür verwandt, die Grundsteuer zu vermindern, und warte darüber die Vorschläge anderer ab, ohne ihnen heute zu widersprechen; ich halte es für einen unpraktischen Weg aus den Gründen, die schon geltend gemacht worden sind. Wohl aber ist mein Bestreben, dahin zu wirken, daß die Grundsteuererhebung nicht ferner einen Maßstab für die Zuschläge der Kommunalsteuer bildet; denn dadurch wird die Ungerechtigkeit in jedem Jahre von neuem wiederholt. (Sehr wahr! rechts.) Derselbe Mann, der, ich will sagen, 800 oder 1000 Taler Einkommen hat und der sein Einkommen aus dem Grundbesitz bezieht, wird schon, wenn er ganz unverschuldet ist, nach der von mir vorhin gegebenen Rechnung 9 bis 10 Prozent von seinem Einkommen als Unterlage für Zuschläge hergeben müssen. Der Nachbar von ihm, der dasselbe Einkommen ohne Grundbesitz bezieht, wird mit 3 Prozent Einkommensteuer abgefunden sein, und dabei wird dasjenige Einkommen, das fundierte, das nicht aus dem Grundbesitz ist, viel schwerer zu taxieren sein und entzieht sich in der Tat in hohem Maße der Veranlagung; da stimme ich wieder mit dem Herrn Vorredner überein. Die Erträge der Landwirte liegen von Gottes Sonne klar beleuchtet offen da; daß da das Bestreben vorwalten möge, sie möglichst herabzudrücken, daß auch eine gewisse Gevatterschaft und Nachbarschaft bei der Kommission möglich sein mag, gebe ich zu; aber nach der Einschätzung zur Grundsteuer, und nach dem, was man wachsen sieht, übersieht man den Landwirt und kann ihn vollständig auch zur Einkommensteuer heranziehen; hat er aber nebenher noch Kapitalien, so kann er die verschweigen; wer nur Kapitalien hat, hat noch ein viel größeres Gebiet zum Verschweigen. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner nannte die Wehrsteuer[1], eine Art neuer Klassensteuer. Nun, wir verfolgen in dem Steuersystem, welches wir vertreten, einmal das Prinzip der tunlichsten Ermäßigung der direkten Steuern, zweitens das Prinzip der Gerechtigkeit, und zu der Wehrsteuer hat nur das Gefühl Anlaß gegeben, welches sich des die Muskete tragenden Soldaten bemächtigt, wenn er einen seiner Meinung nach auch diensttauglichen Nachbar zu Hause bleiben sieht. Ich will dem Herrn Vorredner auf das Gebiet der Verbesserungen, die man vielleicht an der Wehrsteuer im Reichstag anbringen kann, hier nicht folgen, ich will bloß sagen, daß sie mit der Klassensteuer in keiner Beziehung steht. Es ist ein Prinzip der Gerechtigkeit; findet der Reichstag es nicht für notwendig, die Gerechtigkeit so weit zu treiben, dann gut! dann wird er vielleicht andere Mittel geben für das, was wir brauchen.

Ich habe in Bezug auf die Steuerbefreiung im ganzen das Prinzip, daß derjenige, der nichts hat, als seine beiden Hände, um sein Brot zu erwerben, und zwar zwei ungeschulte Hände, der kein Gewerbe gelernt hat, meinem Ideale nach überhaupt ganz steuerfrei sein sollte, nicht bloß von Staatssteuern, sondern auch von Kommunalbeiträgen, und daß die Belastung erst da anfangen sollte, wo ein werbendes Kapital vorhanden ist. Dieses werbende Kapital kann in der Gestalt einer werbenden körperlichen oder geistigen Fertigkeit bestehen, aber es sollte meines Erachtens über dem Niveau des einfachen Handarbeiters stehen, der nichts hat lernen können, nicht durch seine Schuld, sondern wegen Mangels an Mitteln zu seiner Vorbildung. Denn um ein Gewerbe zu lernen, gehört ein geringer, aber immer einiger Grad von Vermögen, um einen Lehrling durch ein Gewerbe zu bringen; also derjenige, dem seine Mittel überhaupt nicht erlaubt haben, sich auf etwas anderes in der Welt zu verlassen, als auf den wechselnden Verdienst, der, wie hier in Berlin, im Winter Schneeschippen, im Sommer Erdarbeiten und dergleichen verrichten muß, der sollte meines Erachtens für den Staat nicht anders herangezogen werden, als daß er im Kriege das gemeinsame Dach mit verteidigen hilft, was ihn schützt gegen Fremde. Er sollte aber nicht mit Geld herangezogen werden, und in dieser Beziehung bin ich ganz entgegengesetzter Meinung des in einer sehr lehrreichen und geistreichen Broschüre Ausgesprochenen meines verehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten Gneist. Ich muß auch darüber dem Herrn Vorredner in einem Punkte widersprechen. Es ist nie und für keinen ein Vergnügen, Steuer zu zahlen, und es trägt das auch nicht bei zur Erhöhung des Selbstgefühls; im Gegenteil, capite census zu sein drückt den Bürger, nur wenn er von einem Besitztum Steuer zahlen kann, so zahlt er sie vielleicht, wie wir Grundbesitzer die Grundsteuer, mit einer gewissen Freudigkeit. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, wenn er nicht weiß, wo er Geld überhaupt hernehmen soll, so ist es ihm immer lieber, wenn er nichts bezahlt! und ohne Schulgeld ist ihm die Schule bei weitem lieber als mit Schulgeld. Ich habe mich gefreut wie selten in diesem Hause, wie ich hörte, daß ich einen so mächtigen Bundesgenossen auf diesem Gebiete hatte, wie den Abgeordneten Richter, um das Schulgeld und damit die ganze abhängige Sonderstellung des Lehrers in der Gemeinde zu bekämpfen und nach Möglichkeit abzuschaffen. Ich bin ganz mit dem Herrn Vorredner einverstanden, daß das Schul-

[1] Dem Reichstage war eine Vorlage zugegangen, wonach die aus irgendwelchen Gründen vom Militärdienst befreiten jungen Leute eine Steuer entrichten sollten.

geld in der Tat eine der drückendsten Abgaben ist. In den meisten Provinzen pflegt es so zu sein, daß von drei Kindern eines frei ist. Ich weiß nicht, wie es sich mit dem vierten verhält. Aber für zwei, für eines zu zahlen, ist den Eltern mitunter schwer, namentlich denen, die halbe Meilen weit zur Schule zu gehen haben und ihren Kindern das Brot, was sie brauchen, in der Tasche mitgeben müssen, weil sie über Mittag nicht nach Hause kommen, und es liegt darin oft ein großes Elend. Und gerade auf die Hinweisungen, die die Motive unseres Gesetzes für Berechtigung der Kreise enthalten, auf die Abschaffung der Lasten des Elementarunterrichtes hinzuwirken, meinetwegen unter Mitwirkung oder Kontrolle der höheren Behörden, auf die mache ich bei diesem Gesetz ganz besonders aufmerksam. Es bedarf das nur einer kleinen Nachhilfe durch Amendement, was freilich in dieser kurzen Zeit, wenn die Kommissionsverhandlungen ohne Abschluß stattfinden sollten, nicht wird stattfinden können, um den Einwohnern Preußens überall oder doch fast überall freie Schule und dem Lehrer eine freie und von dem Schulgeld unabhängige Existenz und nicht bloß von dem Schulgelde, sondern auch von den Beschlüssen der Gemeinden unabhängige Existenz zu geben. Er unterliegt bisher denselben Schwierigkeiten, wie die Geistlichen mit den Stolgebühren, wo der Geistliche im einzelnen Falle häufig einem gegenübersteht, der es noch weniger missen kann als er selbst, und doch beitragen muß. So ist es auch für den Lehrer eine Befriedigung seines Selbstgefühls, welches bei diesen Herren in hohem Grade ausgebildet ist (sehr wahr! rechts), wenn er nicht mehr den barfuß gehenden Schüler um Schulgeld zu mahnen braucht, sondern unabhängig dasteht. Wenn wirklich weiter keine Verwendung dessen, was wir den Kreisen überweisen wollen, vorhanden wäre, als die Herstellung der Unabhängigkeit der Schulen, so wäre das eine ganz außerordentliche Wohltat, die wir dem ganzen Lande erzeigen, und da möchte ich namentlich die Unterstützung meines früheren Kollegen, des Herrn Staatsministers Falk, erbitten, dessen Plan dahin ging, in seinen Entwürfen der Schulgesetze, dem Staate eine Zubuße von, wenn ich nicht irre, einigen dreißig Millionen für die Schulen zuzumuten. Wegen Mangels der Mittel sind die Vorlagen damals unterblieben, weil der jetzige Abgeordnete Falk sich mit seinem damaligen Kollegen[2] im Finanzministerium darüber nicht verständigen konnte. Hierin liegt eine Mahnung, die für uns noch offen steht, und die wir aufnehmen sollten, und Sie sollten nicht dadurch, daß Sie eiligst über dies Gesetz zur Tagesordnung übergehen, die Möglichkeit abschneiden, daß wir die ganze Schulfrage zur Zufriedenheit der Gemeinden und der Lehrer ordnen können, wenn nicht etwa die Kreise, wie deren sehr viele sind, noch dringendere Verwendungsbedürfnisse für das, was ihnen überwiesen werden soll, haben, wie das in den östlichen Provinzen ja zum Teil der Fall ist, wo die Kreislasten an sich erheblich hoch sind, als in den meisten westlichen. Ich spreche nicht von Hannover, wo für diesen Begriff Kreis der Begriff Amt zu substituieren ist, sondern von anderen — ich kenne die Lokalitäten nicht genau —, wo die Lasten, die wir zu tragen haben, wahrscheinlich zum Teil von anderen Faktoren, von Provinzen und besonders von den Gemeinden direkt übertragen werden. Die Kreise haben wir als eine mittlere Stellung zwischen den Gemeinden und Provinzen gegriffen, die die Lasten nach oben und unten ihrerseits durch Zuschüsse, wie sie unter Genehmigung der berechtigten Behörden gefaßt sind, zu erleichtern in der Lage sind. Diese

[2] Minister Camphausen.

Seite der Sache ist ja sehr amendierungsfähig. Der Gedanke, gerade die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden — so ist der ursprüngliche Ausdruck, worunter die Ortsgemeinden, Kreise, Bezirke, Provinzen, dies alles, verstanden war — zu überweisen, gerade diese Summe zu wählen, ist von mir nicht ausgegangen, sondern ich habe ihn aus der Hand meiner Kollegen in der Finanzverwaltung damals adoptiert, wie ich zuerst die Reform der Steuern öffentlich angeregt habe, nachdem ich im Schoß des Ministeriums für dieselbe schon länger tätig gewesen. Mein Prinzip im ganzen war nicht sowohl die Abschaffung bestimmter Steuern von Hause aus — darüber habe ich mir als einzelner, und ich bin lange Zeit allein Träger des Gedankens gewesen, nicht erlaubt vorzugreifen dem Urteil und der Zustimmung meiner Kollegen und schließlich dem Urteil der öffentlichen Diskussion, aus der wir alle lernen können. Denn Sie müssen nicht glauben, daß man dadurch, daß man Minister wird, sofort wesentlich klüger und einsichtiger wird, wie andere (Heiterkeit), man bedarf eben auch der Schulung und der Korrektur seiner eigenen Ansichten — so klug wird man nie wieder, wie man gewesen ist, als man einfacher Abgeordneter war ohne jede Verantwortlichkeit (große Heiterkeit), wo man mit unskrupulöser Sicherheit über alles urteilte, was überhaupt dem Menschen gebracht werden kann. Ich bin zu dieser Sicherheit in meinen Bewegungen nicht mehr berechtigt; sie sind unter Umständen zu folgenschwer, als daß ich nicht öfter überlegen und die Korrektur, die mir zuteil wird, nicht dankbar annehmen sollte. Ich habe also damals nur den allgemeinen Gedanken im Staatsministerium angeregt und später auch im Reichstag ausgesprochen — im ersteren auch zur Anerkennung gebracht, daß wir überhaupt in den deutschen Staaten und namentlich in Preußen ein zu großes Maß von direkten Steuern und ein zu geringes Maß von indirekten Steuern hätten nach dem Beispiel der Finanzen anderer Länder, die uns in der Finanzverwaltung, wenn ich bei den Franzosen auch nur bis zu Colbert und bei den Engländern vielleicht fünfzig Jahre weiter zurückgreife, doch faktisch immer voraus waren und noch heute darin überlegen sind, daß sie nicht durch die Bläße des theoretischen Gedankens angekränkelt werden, sondern praktisch das ergreifen, was dem praktischen Leben nützlich ist. Da habe ich den Gedanken vertreten, wir müssen überhaupt für die Staatseinnahmen weniger direkte und mehr indirekte Steuern haben. Wir müssen überhaupt dahin streben, Staatseinnahmen an die Kommunalverbände, also von der Provinz bis zur Lokalgemeinde herunter, überweisen zu können, um ihre Schäden damit zu heilen, um ihnen die Last, die sie zu tragen haben, zu erleichtern. Daß das dann die Hälfte gerade dieser Steuern sein muß, das ist ein Gedanke, der, ich glaube zuerst zur Zeit meines Kollegen Camphausen, aus dem Finanzministerium gekommen ist, den der Minister Hobrecht mit Entschiedenheit nachher entgegengebracht hat — man hätte ebensogut ein Drittel oder ein Viertel wählen können — oder, entsprechend den mehr prinzipielle Ziele steckenden als bestimmte Beschlüsse anstrebenden Äußerungen verfahren können, die ich im Reichstage getan habe, die sich gegen alle direkten Steuern richteten, womit ich nicht habe sagen wollen, daß wir sie alle abzuschaffen hätten, sondern daß es mir nicht so sehr darauf ankam, welche gerade abgeschafft würden. Ich hatte mich für Beibehaltung hauptsächlich nur der Einkommensteuer ausgesprochen, für Abschaffung von keiner Steuer mit Ausnahme der unteren Stufen, sondern nur für Überweisung an die Gemeinden und Verbände.

Ich habe hier die Ihnen allen gedruckt vorliegende, vielleicht aber doch nicht gelesene

(Heiterkeit) „Geschichte der Steuerreform im Reiche und in Preußen“. Da erlaube ich mir zuerst anzuknüpfen an eine Äußerung[3] von mir aus dem Dezember 1878:

> „Das Maß der Gesamtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfnis des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird.“

Es wäre ja ein, ich möchte sagen, kindisches Vergnügen von der Regierung, Steuern aufzuhäufen, deren Betrag nicht erforderlich ist für die durch die Parlamente gebilligten und anerkannten Bedürfnisse des Staates. Davon kann also nicht die Rede sein:

> „Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß deshalb die notwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staats wegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswert erscheint, so viel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.“

Diesem Ziele hatten wir uns zu nähern versucht mit dem Verwendungsgesetze vom vorigen Jahre, was indes doch noch unbestimmt läßt, je nach den jedesmaligen Forderungen der Regierung und den Beschlüssen, die der Landtag darüber faßt, was zur Abbürdung verwendet werden solle. Jedenfalls hat dies Gesetz nicht die Wirkung gehabt, daß man im Reichstage nun das Bedenken fallen ließ: „wir können indirekte Steuern nicht bewilligen, wenn wir nicht wissen, was damit gemacht wird, und welche direkten etwa dafür aufgehoben werden“. Im Landtage stießen wir dagegen und stoßen wir noch heute auf die Besorgnis, daß die Aufhebung oder Überweisung diesseitiger Einnahmen mit den Deckungsmitteln, die dafür im Reichstage erreicht werden, nicht kongruent wäre. Wir sind also noch heute in diesem vitiösen Zirkel, dem wir zu entrinnen suchten, weil uns im Reichstage gesagt wird: wir wissen nicht, was der Landtag beschließen wird, und im Landtage gesagt wird: wir wissen nicht, was der Reichstag beschließen wird, und daß dem allen eine gewisse Scheu, die vielleicht auf manchen Seiten in der Fraktionstaktik begründet ist, zugrunde liegt, überhaupt eine feste Stellung zu diesen Fragen zu nehmen. Die Regierung bedarf aber notwendig der festen Stellungnahme zu dieser Frage von seiten einer der parlamentarischen Versammlungen. Sie hat Ihnen deshalb diese Vorlage gemacht, hauptsächlich in der Absicht, sich selbst zu binden, damit nachher der Reichstag nicht mehr sagen kann: wir wissen nicht, was du mit den Steuern tust, die wir dir bewilligen. Die anderen Regierungen, die größeren unter ihnen, waren zum Teil schon gebunden durch ihre Gesetzgebung, indem ihre direkten Steuern in Simplen bestehen, die von selbst sich vermindern und ausfallen, je nachdem andere Einnahmen den Bedarf decken.

Sie haben also gewissermaßen das Verwendungsgesetz, welches wir im vorigen Jahre gemacht haben, schon vor uns gehabt. Bei uns in Preußen aber ist dieses neu, und die Regierung hat gefunden, daß sie damit im Reichstage noch nicht den Glauben findet für ihre angemessene Verwendung der Gelder, die der Reichstag bewilligen könnte, und den sie beanspruchen muß, um die Bewilligung zu erreichen.

Wir wollen uns also dem Landtage gegenüber binden, wie Karl Moor seine Hand dem

[3] In seiner Denkschrift an den Bundesrat.

Priester gegenüber an den Zweig band, wir können dann nichts mehr mit neuen Einnahmen machen, als Steuern erlassen. Wenn uns dieser Wunsch versagt wird, dann allerdings bleiben wir — nicht dadurch, daß Sie das Gesetz einschlafen lassen in der Kommission, sondern dadurch, daß Sie es ablehnen —, dann allerdings kommen wir dem Reichstag gegenüber wieder ohne Sicherheit dessen, was wir tun werden, aber doch nicht mehr ganz so verdächtig falscher Vorwände, weil wir unseren Willen und unsere Bereitwilligkeit in einer ganz unzweideutigen und, hier gebe ich das gern zu, promissorischen Form zu erkennen gegeben haben. Es würde für dasselbe Ministerium nicht schwierig sein, auch nachdem es die Vorlage bloß gemacht hat, mit den Mitteln, die ihm der Reichstag etwa bewilligte, etwas anderes zu tun, als Steuererleichterungen einzuführen.

Ich kann nicht auf alle die einzelnen ministeriellen Äußerungen der Herren Camphausen, Hobrecht und meine eigenen eingehen, die Sie in dem in Ihren Händen befindlichen Druckwerke aufgezeichnet finden, aber ich möchte doch die wiederholte Lektüre desselben empfehlen; wir könnten dann viel Reden sparen.

Der Minister Camphausen sagte am 22. Februar 1878:

> „daß ein Weg gesucht werden muß, um im Wege der indirekten Besteuerung die Mittel zu gewinnen, die Lasten bei der direkten Besteuerung, deren sich jene Verbände in der Regel zu bedienen haben, zu vermindern. Das ist die Stellung, die ich noch heut zu dieser Frage einnehme und zu der ich mich unumwunden bekenne."

Der Finanzminister Hobrecht hat am 20. November 1878 gesagt:

> „daß die einzelnen Staaten in den Stand gesetzt werden, durch Überschüsse, die ihnen überwiesen werden, teils lästige Steuern zu beseitigen, teils die Kommunen durch Überweisung von Steuern oder durch Steuerreformen zu erleichtern. Ich halte dieses Ziel fest, und ich glaube, daß die ganze Entwicklung unserer Verhältnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reich überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hilfsmittel zu suchen, um den nicht bloß in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen, und um uns in den Stand zu setzen, im Interesse der Kommunalverbände Steuerreformen herbeizuführen."

An einer anderen Stelle: „um eine Umgestaltung seines Systems der direkten Steuern unter Entlastung der Kommunen beziehungsweise Erleichterung der Aufbringung der Kommunallasten vorzunehmen."

Am 15. Juni 1877 erschien eine Denkschrift des Herrn Ministers Camphausen, die auch wieder sagt: „Diese Rücksicht macht es notwendig, eine stufenweise Durchführung der Reform von vornherein ins Auge zu fassen."

Stufenweise war mein Bestreben von Hause aus. Es ist also aus dem Finanzministerium der Vorschlag gekommen: zur Hälfte, aber auch diese Hälfte soll nur stufenweise ihrer künftigen Verwendung zugeführt werden. Nur au fur et à mesure, wie die Reichsgelder einkommen, soll diese Verwendung ins Leben treten. Also dieser Gedanke des Stufenweisen ist festgehalten.

> „Der in seiner Wirkung am meisten verständliche Schritt dürfte die vorgeschlagene Reform der Klassen- und Einkommensteuer sein, mit welcher daher zu beginnen wäre, sobald die Mittel dazu würden flüssig gemacht werden können."

Wenn man nach der Geneſis jedes einzelnen Satzes in der Vorlage fragt, ſo muß man notwendig die Akten des Finanzminiſteriums zu Rate ziehen, wie dieſe hauptſächlich dort verhandelten Angelegenheiten ſich gebildet haben. Das Finanzminiſterium fängt ja nicht an jedem Tage ſeine Geſchäfte von vorne an, indem es einen Strich durch die ganze Vergangenheit macht, ſondern ſeine Vorlagen, nach denen ich mich zu richten habe — denn ich kann nicht alle Details prüfen —, erfolgen nach Maßgabe des dort vorhandenen Aktenmaterials. Ich erwähne dies, um zu entwickeln, daß ja nicht alles, was wir Ihnen bringen, nicht ganz unumſtößlich iſt. Ich bleibe bei der Überweiſung an die Kreiſe als dem zweckmäßigſten Mittel, um eine Erleichterung herbeizuführen, und ich ſchlage daher vor, daß, nach Maßgabe der von meinem Kollegen in den Motiven angedeuteten und von mir ganz gewiß unterſtützten Gedanken, die Kreiſe für die Gelder, die ſie nicht zu notwendigen Zwecken brauchen, die Befreiung der Elementarſchulen von allen Kommunalbeiträgen zu erſtreben haben, und ich kann dies Ziel kaum mit beredteren Worten vertreten, als es der Herr Abgeordnete Richter vorher getan hat; ich bitte daher, jedem dieſen Teil des ſtenographiſchen Berichts der Rede des Herrn Richter nach Hauſe ſchicken zu wollen, damit die Leute ſehen, wie gut wir beide, der Abgeordnete Richter und ich, uns unterſtützen. (Heiterkeit.) Ich bin im Zuſammenhang der Gedanken in einen anderen Weg geraten, als ich urſprünglich verfolgte, und bemerke nur noch in Bezug auf die Schulausgaben, daß ſie in allen Kreiſen Preußens, mit Ausnahme der Stadtkreiſe, 63½ Millionen bisher abſorbierten, unter denen ſich, ſo viel ich habe überſehen können, nur zwiſchen 5 bis 6 Millionen Staatszuſchüſſe befinden, alſo alles, was auf dieſem Felde verwandt wird, würde von demſelben bereitwillig abſorbiert werden, und ſie würden noch nicht vollſtändig gedeckt werden. Sie würden auch die Genugtuung haben, daß es gerade den ärmeren Volksklaſſen am meiſten zugute kommt, und daß der zur vollen Gleichheit mit ſeinen Mitbürgern in der Meinung der Parteien nicht berechtigte Gutsbeſitzer hiervon ausgeſchloſſen bleibt, da ſeine Kinder doch nicht in dieſer Schule ſich befinden.

Mir fällt wieder in die Hände eine von den Aufzeichnungen, die ich mir über die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Richter gemacht habe, und wo ich geſehen habe, wie ein Mann von ſo viel Geiſt, wenn er immer in der Stadt zwiſchen Häuſern, Straßen und Zeitungen lebt (Heiterkeit), doch dem praktiſchen Leben entfremdet werden kann. (Heiterkeit.)

Er iſt der Meinung, daß die Kommunikationsmittel vorzugsweiſe den Grundſteuer zahlenden Elementen zugute kommen, er muß alſo nie einem Kreistage beigewohnt haben, der Chauſſeebauten beſchließen wollte, und muß ſich auch ſelten in ländlichen Kreiſen aufgehalten haben, wo die Städte immer das lebhafteſte Intereſſe für neue Chauſſeen bekunden — und wir ſehen auch, wenn die Chauſſee gebaut iſt, wie ſo eine kleine Landſtadt aufblüht, die früher zwiſchen Sandwegen gelegen hat (ſehr richtig!), mag ſie eine Hafenſtadt ſein, oder mögen ſie Landſtädte ſein, die Städte ſind ſo intelligent, daß ſie ihre Intereſſen wohl verſtehen, ſie ſind immer die erſten, die Chauſſeen verlangen, die Petitionen an die Regierung richten, und diejenigen, welche die Sache auf den Kreistagen betreiben (ſehr wahr!), doch gewiß nicht bloß aus Liebe für den Grundſteuer bezahlenden ritterſchaftlichen Nachbar; ſie halten mit demſelben ſehr gut zuſammen, aber ſo weit geht die Hingebung doch nicht, daß, wenn ſie gar kein Intereſſe daran hätten ihrerſeits, Chauſſee zu wünſchen,

sie dafür Beiträge à fonds perdu zahlen würden; es geschieht das fast nur von Städten. Ein Gutsbesitzer muß schon sehr wohlhabend und opferwillig sein, wenn er sagt: Ich gebe 1000 Taler à fonds perdu, aber bei den Städten findet sich das sehr häufig. Was der Herr Vorredner zitiert hat an Äußerungen über die Dezentralisation, die ich in früheren Jahren getan habe bei Debatten über den hannöverschen Provinzialfonds, so habe ich sie noch heute auf das vollständigste. Ich will ja gar keine Zentralisation in der Verwaltung, ich will nur eine Zentralisation im Bezahlen, in der Finanz, es soll von der großen Quelle der Staatseinnahmen abgezweigt werden, zur vollständig unabhängigen Verfügung der Kommunalverbände. Die Veranlagung soll staatlich sein, weil wir — vielleicht mit Unrecht — aber doch darin eine größere Garantie für die Gerechtigkeit derselben finden. Sie ist ja nicht immer gerecht, aber sie wird vielleicht noch ungerechter, wenn sie sich in den Händen von lokalen Einflüssen befindet. Also diese Dezentralisation will ich noch heute.

Der Herr Vorredner ist dann auf Äußerungen gekommen, welche die Zeitungen mir zuschreiben, und hat dabei gesagt, ich hätte behauptet, das Verwendungsgesetz wäre überflüssig, wenn beispielsweise diese oder jene Lasten, welche eigentlich Staatslasten sind, vom Staat getragen würden. Er sagt: Wozu also der Lärm um das Verwendungsgesetz? Er vergißt aber dabei ganz, daß die Prämisse nicht vorliegt, das Wenn und Aber. Der Zustand, den ich als den wünschenswerten angeblich bezeichnet habe, ist ja nur erreichbar, wenn wir mit dem Verwendungsgesetz anfangen. Es ist eine Tür, die sich dazu öffnet, eine andere wäre vielleicht besser, ich weiß es nicht, aber sie ist nicht offen, die richtige würde vielleicht nur die sein, wenn ein einziger Kopf oder ein Ausschuß sich fände, der imstande wäre, alle unsere wirtschaftlichen und kommunalen Verhältnisse mit einem Blick von einer Stelle aus zu beschauen und zu beherrschen und sie wie eine Chladnische Figur mit einem Strich neu zurecht zu legen. „Einen solchen möchte ich auch wohl kennen, möcht' ihn Herrn Mikrokosmos nennen", der das könnte. Wir müssen — in stümperhafter Weise, gebe ich zu — die Sache an einem Zipfel anfangen, es gibt keinen Menschen, der imstande wäre, Ihnen einen vollen, fertigen Abschluß aller der Reformen, deren wir bedürfen, auf einem Brett auf den Tisch zu legen. Solche Reformen sind die Frucht mühsamer Arbeiten und gegenseitigen Entgegenkommens, des schrittweisen Vorwärtsgehens; aber sie springen nicht wie Minerva aus dem Haupte Jupiters fertig heraus. Deshalb sage ich: Gehen Sie den Weg, der offen liegt, den lange Vorarbeitungen im Finanzministerium gebahnt haben, und dessen Genesis sich aus den Akten ergibt. Ich habe die Akten des Finanzministeriums auch nicht aus dem Gleise heben können, ich bin nicht mit allen Einzelheiten einverstanden, habe mich aber gefügt und füge mich auch heute und werde mich fügen, sobald ich sehe, daß überhaupt nur die Richtung des von mir erstrebten Zieles innegehalten wird. Ich möchte bitten, beherzigen Sie den Satz: Das Beste ist des Guten Feind. Wir kommen nie einen Schritt vorwärts in der Reform, wenn immer gesagt wird, das muß noch geschehen, und so muß die vollkommene Reform sein. Unter den zwanzig Rednern, die darüber im Reichstag und hier sprechen werden, werden wir zwanzig verschiedene Ansichten haben, die den ganzen Kosmos umfassen, von denen wir vielleicht eins oder eine Kombination durchführen können im Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren, und wenn dann unsere Söhne sagen: es ist besser geworden, dann wollen wir zufrieden sein, und daß es besser geworden ist in den letzten Jahren — post hoc oder propter hoc, das wird ja immer verschieden

ausgelegt —, aber jedenfalls, nachdem wir die Zollreform eingeführt haben, kann niemand bestreiten, und so überzeugend sonst der Herr Abgeordnete Richter sprach, in der Behauptung des Gegenteils wird er dreihundert ungläubige Gesichter sich hier gegenüber gefunden haben, und im ganzen Lande wird er 20 Millionen ebenso ungläubige Gesichter sehen. (Sehr gut! rechts.)

Das mag vom Parteistandpunkt sehr unerwünscht sein, wenn gewisse Reformen, die andere Parteien, wenn sie zur Regierung kämen, ganz gewiß auch machen würden, von einer gegnerischen Partei gemacht werden, das ist ein Hauptgrund mancher Opposition, die wir finden. Natürlich hier im Hause stehen die Motive höher, aber daß sonst sehr viele diesem Ministerium es nicht gönnen, diesen vernünftigen Gedanken auszuführen, begreife ich; wenn sie aber selbst Minister wären, würden sie ganz anders werden und sagen: Wie einfältig waren unsere Vorgänger, daß sie das nicht längst getan haben. Es fällt mir dabei ein sehr geistreicher Kollege[1] ein, den ich in der Politik gehabt habe, der im Jahre 1864, wo er anfing klar zu sehen, wo ich hinaus wollte, sagte: Mein Gott, nun macht der Mensch meine Politik und verdirbt sie vollständig. (Heiterkeit.) Dieses Gefühl haben auch heut die Herren von uns, die uns gegenüber jetzt die Steuerfähigkeit des Tabaks bis zu einer gewissen Höhe in Abrede stellen, als ob das schrecklich wäre, aus dem Tabak mehr Geld nehmen zu wollen, als ob jedermann sich schämen müßte, wenn er eine solche Überzeugung hätte, sie auszusprechen, und wenn er auf einem Worte ertappt wird, was so ausgelegt werden möchte, er sich schüchtern zurückziehen müßte, damit er nicht des Gedankens schuldig wird, daß der Tabak noch mehr Geld bringen könnte, als er bringt. Ich bekenne mich ganz unumwunden dazu, daß der Tabak mehr Geld bringen muß (Bravo! rechts) und es mag regieren wer da will, es mag Herr Richter oder Herr Rickert an meiner Stelle Minister sein: sie werden vielleicht das Monopol nicht einführen, ich strebe heut auch nicht dahin, aber es gibt viele Formen, dem Tabak mehr Geld abzunehmen, und das werden auch sie tun. Es ist ein Irrtum, daß die Führer der Handelspolitik, deren Epigonen wir vor uns sehen, gegen das Tabaksmonopol gewesen sind — wobei ich immer befürworte: Ich habe noch nicht dazu geschworen. Mein früherer Kollege, der Reichstagsabgeordnete Delbrück, wird mich ja im Reichstage rektifizieren können, wenn ich jetzt etwas Unrichtiges sage. Ich habe, als wir früher darüber gesprochen haben, ihn gefragt, ob er in Bezug auf das Tabaksmonopol nicht gehindert wäre durch eine Schrift, die er in den fünfziger Jahren dagegen geschrieben hat. Nein, sagte er, in keiner Weise; das Tabaksmonopol war eine ganz unmögliche Sache im Zollverein, der alle zwölf Jahre gekündigt werden konnte, und das Tabaksmonopol kann man nicht auf Kündigung einführen; aber er war kein prinzipieller Gegner des Monopols. Ebenso würde mir Herr Camphausen, wenn er in einer parlamentarischen Versammlung mit mir wäre, bezeugen, daß er ein prinzipieller Gegner des Tabaksmonopols früher zwar war, aber sich den Vorzügen dieser Einrichtung doch nicht dauernd verschloß. Also, meine Herren, ich bekenne mich offen dazu, der Tabak muß mehr bluten, als er bis jetzt blutet. Auch die Getränke. Wenn Sie sehen, daß die Getränkesteuer in Frankreich praeter propter 450 Millionen Francs einbringt — ungefähr so viel wird es sein —, daß der Tabak beinahe ebensoviel bringt, die Stempelgebühren mehr, ja, meine Herren, dann empfinde ich eine gewisse Beschämung und frage mich, sind

[1] Der Botschafter Graf Robert v. d. Goltz.

wir weniger klug, verstehen wir das Geschäft weniger als in Frankreich? Nein, meine Herren, bei uns ist nur der parlamentarische Sand, durch den wir müssen, tiefer, der Berg ist steiler, und es ist schwerer, eine Einrichtung, die wahrscheinlich jedermann, wenn er an der Spitze stände, gutheißen und fördern würde, durchzubringen, aber bekämpft, so lange er nicht an der Spitze ist, sondern ein anderer die politischen und ministeriellen Vorteile genießen würde, der bestimmten Fraktionen und Parteien nicht angehört. Der auf den Universitäten einmal herrschende Korpsgeist ist bei uns auch im praktischen Leben schärfer als im Auslande, so daß wir die parlamentarische Basis, die diese Säure des Korpsgeistes hinreichend abstumpft, noch nicht entdeckt haben. Die Parteigegensätze, die bei uns noch obwalten, schwinden nur vorübergehend, wenn das Vaterland in hohen Wellen der Gefahr steht, das ist aber eigentlich nur in Kriegszeiten der Fall, und diese sind, Gott sei Dank! nicht vorhanden, es ist auch gar keine Aussicht dazu. Ich bin deshalb auf recht lange parlamentarische Kämpfe, auf länger, wie mein Leben dauern wird, in dieser Frage gefaßt, aber ich werde nicht um ein Haar breit darin schwanken, und wenn ich müde bin, werde ich ausruhen, aber in keiner Weise umkehren, und ich werde auf der Bresche sterben, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst, wenn ich nicht mehr leben kann. (Heiterkeit. Bravo!)

Ein braves Pferd stirbt in den Sielen. Ich habe früher die Absicht, zurückzutreten, unumwunden erklärt, weil ich mich körperlich nicht leistungsfähig mehr fühlte, die Sache fortzusetzen, und weil ich bei meinen Kollegen nicht überall die Unterstützung fand, deren ich bedurfte — ich halte es für nützlich, zu konstatieren, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurückzutreten. J'y suis, j'y reste! (Lebhaftes Bravo!)

Ich sage, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Seine Majestät der Kaiser es für gut findet; Sein Wille ist das einzige, was mich aus dem Sattel heben wird. Es hat viel zu dieser meiner Überzeugung auszuhalten, beigetragen, daß ich gesehen habe, wer sich eigentlich freut, wenn ich zurücktrete.

Nachdem ich die Herren schärfer ins Auge gefaßt habe, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: Ich muß dem Vaterlande doch noch zu etwas nütze sein, wenn ich bleibe, und ich habe mich entschlossen, so lange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen. Diese Absicht hat mich zu allen Zeiten geleitet und erklärt das, was der Herr Vorredner von meiner wechselnden Überzeugung zum Beispiel in den Zollsachen sagte. Ich habe gar nicht gewechselt; bevor ich den Zollsachen persönlich nähergetreten bin, habe ich überhaupt gar keine Überzeugung vertreten, sondern die meines Kollegen Delbrück, den ich für den richtigen Mann an der richtigen Stelle hielt, ich hatte keine Zeit zu eigenen Ansichten. Denken Sie sich die Aufgabe, damals nur die auswärtigen Geschäfte zu führen, wo ich in allen anderen neu war, und wo das ganze Deutschland in einer Gärung war, wo man sehr rechts und links sehen mußte, daß einen die Welle nicht wegspülte, da habe ich keine Zeit gehabt, mich um Handelspolitik selbst zu kümmern, erst der Rücktritt Delbrücks hat mich dazu gezwungen, da war ich genötigt, mir eigene Ansichten zu bilden und sie auszusprechen. Daß ich früher andere gehabt hätte, kann ich eigentlich nicht sagen, man könnte ebensogut mit mir darüber streiten, ob ich in irgendeiner wissenschaftlichen Frage dieser oder jener Meinung, dieser oder jener Theorie gewesen. Ich habe damals keine Zeit

gefunden, mir ein ganz bestimmtes Bild von Handelspolitik zu machen. Ich bestreite, daß meine Ansichten von früher den heutigen entgegengesetzt wären, weil sie gar nicht existierten, ich war der folgsame Schüler des Herrn Delbrück, und ich habe Delbrücks Ansichten ausgesprochen, wenn ich dergleichen ausgesprochen habe; nachdem er mir die Gemeinschaft gekündigt hatte, bin ich gezwungen gewesen, eigene zu vertreten; die sind vielleicht in manchen Dingen von den seinigen abweichend, aber ich habe früher entgegengesetzte, die ich gewechselt hätte, nicht gehabt.

Der Herr Vorredner hat vielfach des konservativen Programms gedacht, wie man es nennt. Ja, meine Herren, dieses konservative Programm ist nicht ein Programm der Regierung, und ich habe auch keinen Beruf, dafür oder dagegen einzutreten. Ich halte das hier so bezeichnete konservative Programm als einen nicht unnützen Versuch, einen richtigen Zuschlagsmaßstab für Kommunalsteuern herzustellen, für Staatssteuern aber würde es mir nicht annehmbar sein, weil es, wie auch der Abgeordnete Richter richtig bemerkte, den Reformgedanken, von dem ich ausgegangen bin, und den ich hier entwickelt habe, vollständig durchschneidet und nicht die Ausbildung der indirekten, sondern die Ausbildung der direkten Steuern zum Zweck hat, die ich für die Kommune durchaus beizubehalten wünsche, da gehören sie hin, nur müssen dort zu der Gebäudesteuer und zu der Grundsteuer keine Zuschläge erhoben werden, denn dabei wird der eine Nachbar mit 10 bis 20 Prozent Zuschlag belastet, während der andere, der ausnahmslos sein Einkommen nur aus Papieren erhält, nicht höher als mit 3 Prozent herankommt und doch am leichtesten mehr geben könnte, weil ihn das Kuponabschneiden an gar keiner anderen Beschäftigung hindert, während der Landwirt, der Bauer, der Gutsbesitzer doch erst seine Scholle beackern muß und seine Früchte verwerten muß, um Einnahmen zu haben.

Über den Maßstab der Grundsteuer und Einkommensteuer habe ich mir vorhin schon zu reden erlaubt, und konstatiere nur noch, daß, wenn mir zum Beispiel die Hälfte meiner Grundsteuer erlassen würde, mir etwas mehr als meine ganze Einkommensteuer erlassen werden würde. Das ist ein faktisches Beispiel, das ich anführe, so weit würde die Tragweite gehen; das verlange ich aber gar nicht, und ich habe mich gehütet, einen Antrag auf Abschaffung der Grundsteuer zu stellen. Die Milderung der Belastung der Landwirtschaft besteht nach der Vorlage darin, daß die Staatsgrund- und Gebäudesteuer zum Teil nach Bedürfnis den Kreisen ausgeliefert wird, so daß also die Ungerechtigkeit des Zuschlags auf die Gebäude- und Grundsteuer ausfällt, wobei ich übrigens bemerke, daß, wenn der Herr Vorredner sagte, daß Berlin beinahe die Hälfte der Einkommensteuer bezahle, die überhaupt aufkommt, das doch einigermaßen im Widerspruch mit den Angaben steht, die er, wenn ich ihn recht verstand, über einen Rückgang der Verhältnisse der Städte zu denen des platten Landes machte. Bei dem Vergleich der Steuerbelastung beider war ihm im Augenblick wohl entfallen, daß in dem Zeitraum von 1866, von dem er sprach, noch die Mahl- und Schlachtsteuer bestand, von der ich ja zu meiner Freude einen Anfang wieder keimen sehe in der Schlachthausfrage, daß diese indirekten Steuern noch bestanden, und daß dagegen im Jahre 1876, zehn Jahre später, die ganze hohe Belastung der direkten Steuern, ich möchte sagen, die ungeschickte Besteuerung der Städte durch die direkte Besteuerung schon bestand, die früher nicht mitzählte. Ich erinnere mich bei dieser Ausführung eines recht charakteristischen Vorgangs aus dem Jahre 1848. Damals bin ich vielfach im Verkehr gewesen

mit einem sehr geistreichen Polen, ich will den Namen nicht weiter nennen, seine Landsleute werden ihn erkennen, wenn ich ihn als einen ausgezeichneten Schafzüchter seiner Provinz bezeichne, und wenn ich hinzufüge, daß er einer der gescheitesten Agitatoren in polnischen Interessen und Verschwörungen war, ich habe noch andere lebendige Zeugen, in deren Gegenwart er sagte: Der ganze Schlüssel für die Situation bei uns besteht in der Abschaffung der indirekten Steuern in den großen Städten und in der Einführung der direkten Steuern. Wenn wir das erst haben, daß in großen Städten die direkten Steuern eingeführt sind, daß für die Klassensteuer die Möbel gepfändet und auf die Straße gesetzt werden, dann haben wir gewonnen. Unter „wir" verstand er die polnische Revolution, deren kluger Vertreter er war. Ich bedaure also, daß der Staat das damals hat einführen können. (Ruf: Namen nennen!)

Sie fragen, wer er ist? Jeder unserer polnischen Herren Kollegen wird ihn Ihnen sagen; ich kann ihn übrigens auch nennen, es war Herr von Lipski, ich fürchte, er ist tot, es war ein sehr liebenswürdiger Mann, und sein Urteil zeugt von einem praktischen Geschäftsmann; wenn er in der preußischen Regierung gewesen wäre, hätte er wohl nie seine Zustimmung dazu gegeben, daß die indirekten Steuern in Berlin aufgehoben wurden und an deren Stelle direkte gesetzt wurden. Wenn also Berlin die Hälfte der Einkommensteuer trägt — woher fließt dieses Einkommen? Das fließt doch nicht aus Grundstücken in Berlin, es fließt zum Teil aus der Gebäudesteuer, das kann aber so sehr viel nicht sein, wenn es auch zeigt, wie ungerecht die Gebäudesteuer veranlagt ist. Ich habe in einer, wenn ich nicht irre, amtlichen Bekanntmachung kürzlich gelesen, daß der Feuerkassenwert der Berliner Häuser sich auf 1958 Millionen Mark belief, und daß dabei die Belastung, die darauf hypothekarisch ruhte, sich auf 2064 Millionen belief, es zeigt das, wie hoch der Berliner Hausbesitzer wahrscheinlich durch die Steuer überbürdet sein wird, und wie dankbar er sein wird, wenn wenigstens keine Zuschläge mehr dazu erhoben werden, und wie berechtigt ein Anspruch darauf ist, daß dies unterbliebe. Aber wenn hier aus dem Häuser- und Grundbesitz ein reines Einkommen kaum fließen kann, wie die Einkommensteuer es berücksichtigt, woher kommt dann dieses Einkommen, was, wie der Herr Vorredner sagte, sich verhält — ich glaube, er sagte: 25 zu 39 wäre ungefähr die Einkommensteuer von Berlin (Zuruf), es ist egal, aber es war beinahe die Hälfte —, dann muß ein gewaltiger Besitz von fundiertem Einkommen aus Papieren in Berlin stecken, was sich bisher einer höheren Steuer nach Analogie des Grundsteuereinkommens entzieht, und es könnte daher der Ertrag solcher Steuern nicht so gering sein, wie der Herr Vorredner es angeführt hat, was dazu treten würde, wenn man das in Papier fundierte Einkommen ebenfalls zum gleichen Maße, wie das in Grund und Boden fundierte, heranzöge, was ich in dem Maße gar nicht verlange. Ich will nicht dieselbe Ungerechtigkeit dem Aktienbesitzer gegenüber begehen, die der Grundbesitzer erlitten hat, wohl aber erstrebe ich eine stärkere Heranziehung des fundierten Einkommens auch in Papier, in Vergleich mit dem unfundierten.

Die Erhöhung der Gebäudesteuer, von der der Herr Vorredner gesprochen hat, und in der er eine Erhöhung des Wertes der Gebäude sieht, kann ich als Produkt dieser Werterhöhung nicht betrachten, sondern einfach als Produkt der Bestimmung des Gesetzes: sie soll erhöht werden. Es ist von der Regierung ausgeschrieben auf die einzelnen Bezirke und von denen auf die Kreise, von den Kreisen auf die Gemeinden, so viel Prozent müssen künftig

mehr aufgebracht werden. Wir Landwirte sollten ja eigentlich für landwirtschaftliche Gebäude keine Gebäudesteuer zahlen. Es ist das aber schon immer in der fiskalischen Art ausgelegt worden, daß es landwirtschaftliche Arbeiterhäuser nicht gibt, sie werden als lukrative Mietshäuser angesetzt, ebenso Deputanten-, ebenso Pächterwohnungen. Ja, die Wohnungen der Eigentümer — der Mann muß doch, wenn er sein Gut bewirtschaften will, ein Unterkommen haben —, das ist keine landwirtschaftliche Einrichtung, sondern wird behandelt wie ein Luxushaus in Berlin. Infolgedessen habe ich erlebt bei mir aus eigenster Erfahrung, daß meine Tagelöhnerhäuser, deren ich mehrere Hunderte besitze, plötzlich so- undsoviel mehr Miete bringen sollen, und da habe ich in ironischer Selbstbetrachtung als Minister erlebt, daß dieselben verfallenen Hütten mit denselben Strohdächern, und ohne daß seit der letzten Einschätzung ich einen Dachsplitt gerührt habe, auch keine Fensterscheiben erneuert sind, plötzlich wegen des „höheren Wertes“ um den befohlenen Prozentsatz erhöht wurden. Ich hätte es für geschmacklos gehalten, wenn ich mich bei meinem Kollegen, dem Finanzminister, hätte beschweren wollen, es hätte auch nichts geholfen, denn die Erhöhung steht im Gesetz, es zeigt aber, wie die Gesetze nicht zum Vorteil der Landwirte bei uns gemacht werden, und wie zweitens, wenn sie gemacht sind, nur in allen den Instanzen im Lande, die nicht Landwirtschaft treiben, die Tendenz herrscht, den Grundbesitzer als Nutznießer fundierten Einkommens stets recht scharf und fest in die Zange zu nehmen. Es ist aber recht nützlich, wenn man im Ministerium ein Mitglied hat, welches in seinem Privatverhalten auch das Gefühl kennt, wie einem zu Mute ist, wenn man regiert wird. (Heiterkeit.) Man wirft mir mitunter vor, nomina sunt odiosa, ich will niemanden nennen —, daß ich mich durch Interessen meines Berufsstandes etwa leiten ließe in den gesetzlichen Maßregeln. Meine Herren, es handelt sich in solchen Fragen für mich immer um Kleinigkeiten. Ich bin durch die Gnade des Königs so reich geworden, daß ich kleine Steuervorteile nicht nötig habe. Außerdem ist es auch nicht wahr. Ich habe zum Beispiel, wie ich mich auf kompetente Zeugen berufen kann, nichts mehr gefördert als wohlfeile Eisenbahntransporte inländischer Kohlen, und nichts ist mir als Waldbesitzer nachteiliger wie dieses. Das ist der einzige Konkurrent, den ich habe, ich habe ihn mit Vergnügen gesehen; indes ich will nicht weiter pro domo sprechen. Ich sage nur, wenn ein Minister sofort der Verdächtigung ausgesetzt ist, daß man ihm nachweisen kann: bei diesem Gesetz hat er das oder das Standes- oder Besitzinteresse — ja, meine Herren, dann müssen Sie nur solche Minister haben, die gar kein Interesse an irgend etwas haben (Heiterkeit), die kein Haus unter der Sonne haben und keinen Groschen im Vermögen, sonst werden sie durch solche Insinuationen jederzeit derselben Verdächtigung ausgesetzt. Dann lassen Sie uns aus den Klöstern, die das Gelübde der Armut haben — vielleicht ist auch das der Keuschheit notwendig (Heiterkeit) — die Männer holen, die hier am Ministertische sitzen sollen, aber verlangen Sie nicht mehr Leute von Fleisch und Blut, die Gefühl dafür haben, wie einem zu Mute ist, der Steuern und Staatslasten zahlt. Ich meine aber, daß wir gerade solche Leute zu Ministern haben müssen, die das wissen, und ich glaube, ich bin in dieser Beziehung auch ganz an meinem Platze. (Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe mich bei der Unmöglichkeit einer systematischen Vorbereitung auf die Äußerung etwas profus aussprechen müssen; meine Bitte geht in der Hauptsache dahin: Lassen Sie uns dieses Gesetz nicht begraben, sondern lassen Sie uns die Anknüpfung

festhalten, die darin geboten ist, um den Kreisen die Möglichkeit zu gewähren, den kommunalen Verbänden über ihnen oder unter ihnen, je nach den Beschlüssen, die die Genehmigung der Behörden finden werden, ihre Lasten zu erleichtern. Ich gebe zu, daß man es in sehr viel anderen Formen, in sehr viel anderen Proportionen auch würde machen können, aber ich wiederhole: Das Beste ist des Guten Feind, und das augenblicklich Vorliegende ist das einzige, was man zur Zeit hat. Läßt man das fahren, so entschlüpft uns die Sache wiederum bis zum Reichstage hin, und wir stehen wiederum denselben Zweifeln an den Intentionen der Regierung gegenüber, wie ich sie vorher schon charakterisiert habe, und kommen nicht vorwärts mit der Reform der Steuern.

Also, wem daran liegt, daß ein wirklich praktisch offengelegter Weg zur Reform der Steuern, zur Entlastung der mit direkten Steuern Überlasteten, zur Beschaffung von Mitteln durch leichter zu tragende indirekte Steuern — wem daran liegt, daß dieser Weg betreten wird, den bitte ich darum, dieses Gesetz nicht kurzerhand begraben zu wollen, und es nicht bloß zu einer Gelegenheit zu benutzen, weitergehende und zum Teil nicht ausführbare Steuerpläne und Reformpläne daran zu knüpfen, sondern einstweilen der Regierung über das, was sie Ihnen vorgelegt hat nach schweren Arbeiten, nach vielen inneren Kämpfen und Mühen, Ihre Meinung wenigstens dadurch zu zeigen, daß Sie Ja oder Nein sagen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

13. Sitzung des Herrenhauses.

16. Februar 1881.

Zu dem Vorschlag der Regierung, auf Grund des Verwendungsgesetzes aus den an Preußen fallenden Reichssteuern 14 Millionen Mark zu einem einmaligen Steuererlaß zu verwenden, stellte der Abg. Richter den Antrag, einen dauernden Erlaß an Klassen- und klassifizierten Einkommensteuern eintreten zu lassen. Das Abgeordnetenhaus nahm diesen Antrag an und formulierte ihn. Die Finanzkommission des Herrenhauses lehnte ihn jedoch ab und verlangte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage auf einmaligen Erlaß. Nach lebhafter Debatte über das Für und Wider bittet Fürst Bismark um Annahme des von Richter ausgehenden Vorschlags, weil nur so der Ernst der Regierungsabsichten bei der Steuerreform gegen die Zweifel der Opposition zum Ausdruck komme.

Meine Herren, ich bitte Sie, die Vorlage, wie sie aus dem anderen Hause gekommen ist, nicht zu objektiv, nicht zu sehr an und für sich, sondern im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte zu betrachten, welche vorhergegangen ist. Sie ist ein Teil des mühsamen Weges, den wir und den namentlich ich seit länger als fünf Jahren zurücklegen, nach dem Ziele der Steuerreform, von dem ich früher geglaubt habe und auch noch nicht daran zweifeln will, daß namentlich die Mehrheit des Herrenhauses den Beistand leisten würde, den ich auf dem wesentlich auf Reichsgebiet liegenden Wege aus preußischen Quellen bedürfen könnte. Der Herr Vorredner hat die Isolierung der heutigen Vorlage Ihnen zu beweisen gesucht, daß sie weder die Bedeutung hätte, die sie in meinen Augen hat, noch in dem Zusammenhange mit dem ganzen Reformplan stände. Ja, meine Herren, darüber, glaube ich, muß ich kompetenterer Richter sein als jedes einzelne Mitglied einer parlamentarischen Versammlung, weil ich seit Jahren in der Mitte dieser Arbeit stehe und auf den ganzen Weg zurückblicke, den ich bisher habe zurücklegen können, nicht mit Befriedigung, weil in demselben ein ungeheuerliches Maß von Kraftvergeudung, unnötigen und ich möchte sagen frivolen

Hindernissen liegt. Es hat zuerst große Schwierigkeiten gemacht, innerhalb des preußischen Staatsministeriums Übereinstimmung dahin zu erzielen, daß derartige Reformen überhaupt zu erstreben seien, daß nach dem Beispiele anderer großer Staaten und Finanzbudgets unsere indirekte Steuerverfassung einer aufmerksameren Pflege bedürfe und nicht alles mit Härte und Nachlässigkeit, weil es das Einfachste ist, auf die direkten Steuerzahler geworfen werden könne, nicht bloß in den Staatssteuern, sondern auch in den Zuschlägen, die in den Gemeinden darauf angebracht werden. Nachdem im Staatsministerium die Einheit prinzipiell hergestellt war über das zu erstrebende Ziel, ist noch immer eine große Verschiedenheit der Meinungen über die Mittel geblieben und die Wege, auf denen man dem Ziele näher kommen dürfe. Meine wiederholten Versuche sind im Prinzip zwar anerkannt, angebrachtermaßen aber bei meinen Kollegen nicht zum Durchbruch gekommen, und die praktischen Vorlagen, die nötig waren, um dem Ziel näherzutreten, erfolgten nicht in der Art, daß sie annehmbar waren. Nachdem auch diese Schwierigkeit gut oder schlecht überwunden war, hat sich die andere eines vitiösen Zirkels ergeben zwischen dem Reichstage und den preußischen parlamentarischen Körpern. Der Ursprung der Taktik, der wir uns gegenüber befanden, lag, wie ich mit Bedauern den Eindruck habe, nicht so sehr im Interesse für das Gemeinwohl als in der Besorgnis der Schädigung der einzelnen Auffassungen, der Parteiauffassungen, Schwierigkeiten, die nach unseren verwickelten Parteiverhältnissen ihre Fäden außerordentlich kreuzen, verwirren. Kurz, wir befanden uns im Reichstage jederzeit bei unseren Gegnern dem Einwand gegenüber, daß man neue Steuern nicht bewilligen könne, ehe man nicht wisse, ob sie wirklich zur Abbürdung der alten verwendet würden. Man behauptete, in Gefahr zu sein, schließlich beide zu behalten, wenn man neue Bewilligung in die Hände der Regierung legte. Im Abgeordnetenhause befanden wir uns, ich will nicht sagen denselben Leuten, so doch aber denselben Richtungen, denselben Fraktionen gegenüber, die dort wieder sagten, es sei unmöglich, die Einnahmen des Staates zu vermindern, bevor man nicht die Sicherheit habe, daß die Lücken, die dadurch entständen, auch im Reiche gedeckt werden würden.

Ich finde diesen Weg ja nicht unnatürlich und begreife, daß Finanzmänner, die keine Verantwortung für die politische Gesamtleitung des Staates fühlen, sich einfach an das Ressortverhältnis kehren und sagen: Ich gehe keinen Schritt, ehe ich nicht die Deckung habe für die Kosten, die in meinem Ressort daraus entstehen. Das ist für einen Ressortminister außerordentlich bequem, für den Ministerpräsidenten, für den leitenden Minister eines großen Staatswesens aber unmöglich; von einer eng auf das Ressort begrenzten Auffassung muß er sich frei machen oder die bequeme Lebensweise des bekannten Königs von Yvetot annehmen: Früh zu Bett gehen und spät aufstehen — domir fort bien, sans gloire —, wie es im Texte heißt. Das ist ein bequemes Leben für einen Minister, namentlich wenn man alt und angegriffen ist, und doch auch, wenn man sich mit dem Erreichten begnügt, dem Vorwurfe nicht ausgesetzt, daß man eben ein Tagedieb während seines Amtes gewesen wäre. Wenn ich mir die Aufgabe gestellt habe, nicht nachzulassen, so glaube ich, daß ich darin die Zähigkeit der Willenskraft gezeigt habe, die der Herr Vorredner vorhin mir die Ehre erzeigte, an mir zu rühmen. Aber es gibt nichts Lähmenderes für eine solche Willenskraft als das Gefühl, unnötigen Schwierigkeiten und Hindernissen zu begegnen. Gegen alle, die in der Natur der Sache liegen, kämpft man mit Leichtigkeit; alle, die von

den Seiten ausgehen, von denen man Unterstützung erwartet und vielleicht auch zu erwarten das Recht hatte, wirken lähmend — so ist meine Erfahrung — entmutigend, und in dem Eindruck muß ich wiederholen, daß eine Ablehnung dieser Vorlage, wie sie jetzt liegt, durch das Herrenhaus die bedauerlichste Rückwirkung auf das Gedeihen unseres finanziellen Reformwerkes haben würde, namentlich aber mein Vertrauen und meinen Mut, mit dem ich den weiteren Aufgaben dazu entgegen gehen würde.

Ich gehe weiter in meiner Entwicklung der Genesis der Vorlage, wie sie jetzt ist. Wenn res integra wäre, dann wäre es ziemlich gleich, „Ja" oder „Nein" dazu zu sagen, aber um jenen vitiösen Zirkel zu durchbrechen, hat das Staatsministerium zuerst den Beschluß gefaßt, der zu dem Gesetze vom Jahre 1880 führte, hat dann aber gefunden, daß das nicht genügte, die uns an Willenskraft vollständig gleiche Entschlossenheit der Gegner zu entwaffnen, daß wir deutlicher sprechen müssen. Man ist also dann dazu übergegangen, daß man entschlossen mit einem Steuererlasse in Preußen anfängt, und zwar, nach längerer Überlegung, auf dem vorsichtigen Wege des einmaligen Erlasses; aber der hätte gar keinen Sinn, wenn man nicht damit den Entschluß verbunden hätte, diesen Erlaß zu wiederholen im nächsten Jahre und so oft zu wiederholen, wie sich die Mittel böten, wenn man nicht das Vertrauen gehegt hätte, daß diese Mittel sich dauernd bieten würden. Ich kann die Ansicht des Herrn von Kleist nur bestätigen, daß ich gar nicht begreife, wie jemand für den einmaligen Erlaß stimmen kann und den dauernden prinzipiell ablehnen. Ich kann den formellen Grund wohl anerkennen, der da sagt: Wir wollen nicht das Budget verwerfen, und der einmalige Erlaß ist ein Teil des Budgets. Gut, damit erklärt man sich aber prinzipiell gegen jeden Erlaß der direkten Steuern und stellt sich auf den Standpunkt, den wir im Reichstage und im Landtage bei unseren prinzipiellen Gegnern zu bekämpfen haben: Wir wollen der Regierung es nicht leicht machen, aus diesem vitiösen Zirkel herauszukommen, sondern wir wollen sie darin festhalten.

Die erste durch die finanzielle Vorsicht eingegebene Vorlage beabsichtigte, ein Vakuum zu schaffen und die Wahrscheinlichkeit, daß das Vakuum ein dauerndes sein werde, und dadurch den Reichstag vielleicht milder zu stimmen und den Gegnern den Einwand zu entreißen: Wir wissen nicht, was mit dem Gelde wird, welches wir etwa bewilligen. Darauf wurde uns von der Seite der Gegner gerade der Antrag gebracht, den ich nach meinem lebhafteren Temperament von Hause aus gewünscht haben würde, nämlich der Richtersche Antrag, den Steuererlaß dauernd zu machen. Damit war von seiten der Antragsteller wohl nur der Zweck verbunden, dem Lande und namentlich dem später bewilligen sollenden Reichstage den Beweis zu liefern, daß es der Regierung mit dem Steuererlaß überhaupt nicht ernst wäre; sobald man sie öffentlich beim Wort faßte und sie daran festhalten wolle, zöge sie sich zurück und sagte: Ja, einmal wollen wir schon erlassen, aber dauernd, das ist zu viel, und es gehörte dann kaum eine fortschrittliche Logik dazu, um daraus zu folgern und im Reichstage geltend zu machen, sondern nur eine ganz gewöhnliche, um zu folgern (Heiterkeit), daß es der Regierung überhaupt mit Nachlässen nicht ernst wäre, daß sie das Trinkgeld eines einmaligen Steuererlasses sehr gern geben wollte, um dann eine doppelte Steuergarnitur zu bekommen, aber durchaus nicht dauernd auf eine derselben verzichten und sich mit einer einfachen nicht begnügen wolle, ein Thema, was ja zu einer Wahlrede wohl geeignet und fruchtbar ist, indem es den Nutzen hat, die Absichten,

die Aufrichtigkeit der Regierung nach Möglichkeit in Zweifel zu ziehen. In dieser Lage bin ich keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß wir den fortschrittlichen Antrag, der gegen uns gestellt war, für uns aufnehmen müßten, und habe dafür auch die Zustimmung meiner Kollegen im Ministerium gefunden; er lag in derselben Richtung wie unser einmaliger; er war nur radikaler und zeigte ein größeres und festeres Vertrauen auf die Bewilligung indirekter Steuern im Reichstage, indem er das Bakuum schaffte — vielleicht ein vor der Hand verhältnismäßiges Bakuum, vielleicht auch das nicht einmal, aber er schaffte es. Im Staatshaushalt, im Budget eines jeden geordneten Staatswesens ist nun ein entschiedener horror vacui, das Bakuum füllt sich notwendig auf irgendeine Weise, wir würden darüber nicht in Verlegenheit kommen — es wäre also gewissermaßen die Annahme dieses Antrages eine Handlung, als wenn ein Feldherr in alten Zeiten seinen Marschallstab über die Mauer warf und damit den festen Entschluß bekundete, ihn wieder zu holen; wenn aber das hohe Haus den Schritt vorwärts versagt, so wird es uns damit, soweit es am Herrenhause liegt, das Wiederholen des Stabes verboten und in diesem Augenblick unseren Weg zur Steuerreform mit einem entschlossenen Veto gekreuzt haben. Ich bin nicht gewohnt, ich glaube, auch nicht dafür bekannt, daß ich meine inneren Eindrücke nicht aufrichtig wiedergebe und etwa durch große Worte und Übertreibung von Gefahren die Argumente, die in der Situation selbst liegen, höher ausbringe, als sie wert sind, aber ich sage Ihnen, meine Herren, ich verliere den Mut, die Reformbestrebungen fortzusetzen, wenn ich durch ein Veto des Herrenhauses gehindert werde, welches nicht bloß die vorliegende Frage trifft, sondern uns im Wege zur Reform auf dem Punkte hemmt, bis zu dem wir mühsam gelangt sind. Was ist die Folge davon? Daß also Ihr Beschluß dann wieder an das Abgeordnetenhaus zurückgeht. Nach den Verhältnissen, wie sie dort liegen, ist keine Wahrscheinlichkeit, daß irgendeine andere Version durch die Majorität zustande komme. Wird man dann, im Hinblick auf die dankenswerte Unterstützung, die die Regierung in ihrer Politik gewöhnlich von dem Herrenhause erhalten hat, überall an die Aufrichtigkeit der Regierung bei diesem Spiele glauben, wird man die Regierung bei einem ablehnenden Votum des Hauses überall in der Reihe unserer Gegner für unbeteiligt halten? Ich fürchte, meine Herren, wir werden dann unverdienten Verdächtigungen ausgesetzt sein, und deshalb kann ich nicht umhin, meine Auffassung um so bestimmter öffentlich zu betonen, und bin trotz Abmahnung meiner Gesundheit heute hergekommen, um vor Ihnen Zeugnis dafür abzulegen, daß Sie die ganze Reform unserer Finanzen aufs schwerste schädigen, wenn Sie uns zur Umkehr nötigen, wenn Sie heute dieses Votum ablehnen, welches nicht das Abgeordnetenhaus, sondern die Regierung mit dem Abgeordnetenhause Ihnen vorlegt. Ich glaube nicht, daß das in der Absicht der Mehrheit dieses Hauses liegen kann, und hoffe deshalb mit vollem Vertrauen auf eine Annahme der Vorlage durch Ihre Mehrheit. Namentlich aber möchte ich dem ersten Herrn Vorredner, den ich nur teilweise hörte, dem Herrn Oberbürgermeister Becker, in Erinnerung rufen, daß eine der Hauptaufgaben, einer der Hauptvorzüge, die mich für die Steuerreform und für den Gedanken gewonnen haben, die Möglichkeit ist, gerade den großen Städten zu helfen in der schwierigen Lage, in die sie, wie Herr von Kleist richtig auseinandersetzte, zum Teil nicht ohne Verschulden ihrer damaligen Verwaltungen gekommen sind, indem in der damaligen Städteverwaltung vielleicht politische Parteirücksichten und politische Fraktionszwecke in manchen großen Städten

mehr Gewicht hatten, als das reine hausbackene einfache Interesse für das Wohl der verwalteten Stadt.

Um diese Bestrebungen mit Popularität zu decken, sind die sehr verständigen Einrichtungen, die früher den Städten ihre großen Budgets leicht machten und in Frankreich noch heutzutage leicht machen, die indirekten Einnahmen als Opfer gefallen, und sie haben statt ihrer die Klassensteuer mit ihren Auspfändungen; wenn der Herr Redner der Ansicht ist, daß vielleicht in den großen Städten die Arbeiter, die die Klassensteuer zu zahlen haben, in geringerer Anzahl vorhanden sind als auf dem Lande, so möchte ich das doch nicht unbedingt zugeben. Wenn ich im ganzen die größten Städte gegen das gesamte platte Land rechne, mag das sein, aber wenn Sie 100 000 Einwohner herausgreifen, weiß ich nicht, ob unter 100 000 großstädtischen Einwohnern nicht ebensoviel Leute der unteren Klassensteuerstufen sein werden, als unter 100 000 Einwohnern des platten Landes; die in den Städten sind aber sehr viel schlimmer dran als auf dem platten Lande. Auf dem platten Lande ist das Leben wohlfeiler, die Armenpflege eine natürlichere und leichtere und da, wo wohlhabende Wirtschaftsverhältnisse sind, auch freiwillig geleistete; in den Städten aber, wo der Arme von der 100 000 Kopf großen Bevölkerung, die ihn umgibt, niemand kennt, wo er nur die kalten Mauern und das Steinpflaster kennt, ist sein Schicksal häufig sehr viel übler als auf dem Lande, wo man sich von Gesicht zu Gesicht mit jedermann kennt und deshalb — die Hartherzigkeit will ich nicht sagen — aber die Gleichgültigkeit und die Unwissenheit über die Leiden des ärmeren Mannes nicht die gleiche ist, wie dies in einer ganz großen Stadt sein muß. Wer von uns hat nicht in seinem Leben den Eindruck gehabt, daß man nirgends einsamer ist, als in einer Stadt von ein paarmal Hunderttausend Einwohnern, von denen man keinen Menschen kennt — man ist im einsamsten Walde nicht so einsam —, und so geht es auch dem Armen der großen Stadt; ich möchte daher die Überzeugung aussprechen, daß gerade die Vertreter der großen Städte, die in unserer Mitte sitzen, ihren Gemeinden gegenüber allen Grund haben, die Regierung in ihren Reformbestrebungen nicht erlahmen zu lassen, sondern sie zu fördern, denn gerade das Schicksal der großen Städte mit ihren, ich kann wohl sagen, zum Teil ungeheuerlichen Budgets ist mit die dringendste Mahnung für uns und für mich persönlich gewesen, auf dem Wege der Steuerreform vorzugehen, und zwar derart vorzugehen, daß wir den Städten einen Teil der direkten Staatssteuern unmittelbar zuweisen können, damit sie nicht mehr Zuschläge zu denselben zu erheben haben, damit sie der Ungerechtigkeit überhoben werden, zur Gebäudesteuer, die auf einem verschuldeten Hause lastet, noch Zuschläge zu erheben, die den ganzen Steuerbetrag und nicht bloß den auf dem reinen Vermögen treffen. Deshalb wollten wir ihnen gern die Hälfte der Gebäudesteuer vollständig überweisen können respektive der Grundsteuer analog.

Ich habe im anderen Hause schon der Meinung Ausdruck gegeben, daß namentlich die Schullasten ein Punkt sind, in welchem den Gemeinden am gleichmäßigsten, in alle Klassen der Gemeinden hinein, zu helfen ist, und zugleich auf einem Punkte, der den Armen wunder drückt als den Reichen, aber auch die reichen Korporationen erheblicher drückt durch große Kosten als manche andere, und die Absicht des königlichen Staatsministeriums ist, wenn später ein erläuterndes Reformgesetz kommt oder die nötige Ergänzung des Verwendungsgesetzes über das, was die Kreise mit den Mitteln tun sollen, die ihnen zugewiesen werden, so wird

darunter die Abschaffung des Schulgeldes, der Schullast, die Übernahme der Lehrergehälter auf diese aus dem Staatssäckel fließenden Quellen ein Hauptitem neben der Herabminderung der Kreisabgaben und Lasten bilden. Deshalb kann ich eigentlich von meiner Verwunderung darüber, daß ein Vertreter der Stadt Düsseldorf gegen dies Gesetz sprechen kann, nicht zurückkommen. Es hat gewiß Gründe, weshalb es geschieht, die mir noch nicht klar sind. Es liegt vielleicht daran, daß ich nicht die ganze Rede des Herrn Becker gehört habe, aber ich habe geglaubt, daß, wenn ich für meine Bestrebungen, für die Reform, irgendeinen gerechten Dank verdiente, so würde es gerade bei der Bevölkerung der großen Städte sein, die mit direkten Auflagen nicht bestehen können. Ein zufälliges Zusammentreffen bringt mir gerade einen Jahresbericht der Düsseldorfer Regierung zur Hand mit Material, um dem Herrn Bürgermeister zu widersprechen. Es gehört dies eigentlich nicht hierher, sondern in die Frage der Zoll- und Handelsgesetzgebung, aber es liegt die Verwandtschaft vor, daß auch dieses Gesetz ein Teil der ganzen Steuerreform ist. In diesem Monatsberichte der Düsseldorfer Regierung ist das Zeugnis über die Wirkungen unserer Zoll- und Steuerreform ein vollständig entgegengesetztes von dem, was ich hier von dem Chef der Hauptstadt jenes Bezirkes habe andeuten hören, und auch das ist in dem Berichte gesagt, daß die Wünsche dahin gehen, „die harten und ungleich drückenden" direkten Steuern los zu werden und dafür indirekte zu bekommen, das wird im Namen der Bezirksregierung als Ausdruck der Stadt und des Regierungsbezirkes bezeichnet; und wenn Sie uns auf dem Wege, auf den das Reformwerk durch seine fünfjährige Genesis gedrängt ist, wenn Sie uns auf diesem Wege das Weitergehen abschneiden und das ganze Reformwerk aufhalten, dann sind wir auch nicht mehr verpflichtet, Klagen über Zustände anzuhören, für deren Abhilfe man uns die Mittel verweigert. Es ist das ein sehr bequemer Standpunkt jeder Oppositionspartei, über Notstände zu klagen, von denen das Leben in allen Staaten unzertrennbar ist, die Mittel zur Abhilfe aber der Regierung zu versagen, damit man die volle Berechtigung zum Klagen und der Schuldgebung an die Regierung nicht verlieren möge. Das ist aber eine Auffassung, die in diesem Hause doch wohl keinen Anklang finden wird.

Gelangen wir zur Ausführung der beabsichtigten Reformen nicht, so können wir den Städten überhaupt nichts überweisen. Dann bleibt die Sache der Reform liegen, wie sie liegt. Sie kann das auch um so mehr, als unsere Lage dadurch nicht schlimmer wird, als sie seit Jahren ist. Wenn ich gerechten Klagen abzuhelfen bemüht bin, so treibt mich dazu nicht mein Amt, sondern das Gefühl, daß ich mit zu den Regierten gehöre und selbst fühle, wo uns der Schuh drückt; wenn ich mich aber in anderen Ländern umsehe, so muß ich doch finden, daß das Lamentieren bei uns von wenig christlicher Geduld und Demut zeugt. Es geht uns, ich will nicht sagen besser, doch aber auch nicht schlechter als anderen Völkern. Sehen wir doch von dem äußersten Westen bis zum äußersten Osten Europas die Lage der uns gleichstehenden Nationen an, von der Spitze von Morea bis zur nordwestlichsten bewohnten Insel dieses Weltteils, von Gibraltar bis zur Newa: finden Sie da in irgendeinem Lande Zustände, die uns Deutsche zum Ausrufe veranlassen könnten: Da laßt uns hinziehen, dem üblen und gefährlichen Zustande, der über Deutschland wie eine düstere Wolke hängt, entrinnen — und wie die Zeitungsphrasen noch lauten — und endlich in den Hafen der Befriedigung einlaufen? — Ich will als Auswärtiger Minister keinen besonders nennen, aber Sie können jeden sich denken. Wer, um den unerträglichen Zuständen in der

Heimat zu entgehen, im Auslande bessere aufsuchen will, nun Grund zur Klage ist überall. Wenn mir als Mitglied dieses Hauses, als Mitglied von seinem ersten Entstehen an und als langjährigem Kampfgenossen in schweren Zeiten, wo die Herren Schulter an Schulter mit mir in bedenklichen Kämpfen gestanden haben, die Unterstützung des Herrenhauses auf dem Wege zum Besseren versagt wird, dann muß ich auf mein Streben zur Abhilfe verzichten und den Herren, die mir Beistand versagen, es überlassen, Reformen auszuführen. Ich bin dazu allein nicht imstande und nicht notwendig berufen. Darum bitte ich dringend, geben Sie mir bei dieser Vorlage, die nicht wir, sondern die Entwickelung der letzten fünf Jahre zu einem integrierenden Teil der Reform gemacht hat, und deren Durchführung jetzt in Ihre Hand gelegt ist, geben Sie mir jetzt keinen Korb.

Der Oberbürgermeister von Magdeburg, Hasselbach, ist gegen den Steuererlaß, solange der preußische Staat Anleihen aufnehmen müsse; diese Gegnerschaft bedeute aber noch nicht Abneigung gegen die Steuerreform überhaupt. Aber Dank werde die Regierung für den Steuererlaß nicht finden. Indem er zugleich auf Hasselbachs Urteil über die schreienden Mißstände der Mahl- und Schlachtsteuer eingeht, erwidert Fürst Bismarck:

Ich will nur wenige Worte sagen, um die Mahl- und Schlachtsteuer nicht unter dem Eindruck der Worte des Herrn Vorredners zu lassen. Wenn in den beiden Städten Bromberg und Anklam solche Mißstände stattgefunden haben, daß dort so viel bestrafte Schmuggler wohnten, daß daselbst 3000 Taler ausgegeben wurden, um 4000 einzunehmen, so glaube ich, hat das daran gelegen, daß die Bürgermeister dieser beiden Städte nicht so gut waren wie der Oberbürgermeister von Magdeburg, und daß die Stadtregierung dort nichts getaugt hat. Wenn sie so vorzüglich gewesen wäre wie in Magdeburg, so würde dergleichen nicht vorgekommen sein. Ich möchte das nicht auf dieser Steuer sitzen lassen, weil ich ihr noch eine Zukunft in dieser Welt zuschreibe. An die Absicht, die Reform nicht zu stören, glaube ich gern bei diesen Herren, aber sie stören sie doch. Sie stecken nicht in unserer Haut! Für uns ist die Reform gestört, wenn sie jetzt gehemmt wird. Diese tatsächliche Folge kann ich nur konstatieren.

Dann wollte ich erwähnen, wenn ich in meinen legislativen Bestrebungen im Lande von der Spekulation auf Dankbarkeit, mit Ausnahme derjenigen meines Allergnädigsten Herrn geleitet würde, so hätte ich schon vor zwanzig Jahren auf Sand gebaut. (Heiterkeit.)

14. Sitzung des Herrenhauses.

17. Februar 1881.

Die folgende Rede Bismarcks ist ungewöhnlich dadurch, daß sie eine Polemik gegen seinen früheren Mitarbeiter, den Finanzminister Camphausen, darstellt, von einer Schärfe, wie sie durch die vorhergehenden Darlegungen Camphausens allein kaum erklärt wird. Camphausen hatte sich gegen zwei irrtümliche Angaben Bismarcks vom 4. Februar gewandt: gegen die behauptete Autorschaft einer Denkschrift zur Steuerreform, die von Hobrecht herrühre, und gegen die Behauptung, daß er die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen habe verweisen wollen. Die Erbitterung in Bismarcks Antwort erklärt sich vielleicht auch dadurch, daß die Ernennung erst Hobrechts und dann Bitters zu Camphausens Nachfolgern ein offenbarer und schwerer Mißgriff gewesen war.[1]

Nach der erschöpfenden Äußerung meines Herrn Kollegen über die sachliche Seite würde ich für den Gegenstand, der uns beschäftigt, kaum etwas hinzuzufügen haben, wenn

[1] Vergl. dazu die von mir herausgegebenen Aufzeichnungen des Zweiten mecklenburgischen Bundesratsbevollmächtigten Oldenburg: „Aus Bismarcks Bundesrat", 1879—1885 (1929) und Gesammelte Werke Bd. 8 S. 400.

nicht der erste Herr Vorredner durch seine Darstellung eine politische Färbung in die Situation hineingebracht hätte, die mich als politischen Minister zu einer Antwort nötigt. Ich hoffe, meine Herren, daß, wenn ich jemals in die Lage komme, unter Ihnen zu sitzen und mir gegenüber meine Nachfolger und früheren Kollegen zu haben, ein günstiges Geschick mich davor bewahren werde, daß ich in die Versuchung gerate (Hört! hört!), meinen Kollegen oder Nachfolgern, deren schwierige Arbeiten ich aus Erfahrung kenne und lange mitgemacht habe, meinerseits die Geschäfte zu erschweren, die ich mich außerstande erklärt habe, mit ihnen weiter zu führen. (Hört! hört!) Ich muß bedauern, daß ich dieser unwillkommenen Erfahrung von seiten früherer Kollegen hier mehrfach ausgesetzt gewesen bin, von Kollegen, die ihrerseits wissen, wie dornenvoll die Aufgabe der Minister ist, und daß wir nicht zu unserem persönlichen Vergnügen und aus Parteianschauungen unser Geschäft betreiben, sondern daß wir ehrlich, wie wir es mit ihnen zusammen früher getan haben, das Beste des Landes erstreben. Irren können wir alle darin, irren tun wir heute, geirrt haben wir mit ihnen und sie mit uns, als sie noch unsere Kollegen waren. Der Vergleich aber, den der Herr Kollege Camphausen zwischen der jetzigen Finanzwirtschaft und der früheren hier anstellte, also zwischen der Tätigkeit des jetzigen verantwortlichen Ministeriums, an dessen Spitze ich stehe, und zwischen der desjenigen, dessen Mitglied er, und zwar dessen maßgebendes Mitglied er in Finanzsachen war, nötigt mich, gegen meinen Wunsch pro domo einiges zu meiner und meiner Kollegen Verteidigung zu sagen. Ich muß gestehen, ich habe noch nie einen schärferen und beredteren Angriff gegen die Finanzleitung des Herrn Camphausen gehört, als wie heut von der Tribüne in seiner eigenen Rede. Es geht ja in der Finanzwirtschaft so wie in der Landwirtschaft. Ein heruntergewirtschaftetes Gut kann man nicht zwingen, in den ersten Jahren wieder zwingen, glänzende Ernten zu geben; wenn eine verfehlte Verwaltung abgeht, die das Gut ausgepowert hat, die für die Zukunft keine Meliorationen, keine Besserung vorgesehen hat, dann ist das Gut verarmt und muß durch schonende langwierige Pflege wieder rentabel gemacht werden. Das üble Licht, welches durch diesen Vergleich auf uns, auf das heutige Ministerium, geworfen wird, zur Verherrlichung der Zeit, wo mein Kollege im Herrenhause noch mein Kollege im Ministerium war, nötigt mich zu Äußerungen der Abwehr, obschon ich meinerseits derartige Streitigkeiten, auch wenn ich dort sitze, nicht suchen werde, aber ich kann mir auch nicht gefallen lassen, daß die Fiktionen, die über die Ära Camphausen in der Welt existieren, gegen uns jetzige Minister ausgebeutet werden. Das damalige Finanzministerium hat sieben Jahre gehabt, wie die fetten Kühe Pharaos (Heiterkeit), aber keinen Joseph, der ihm zur rechten Zeit gesagt hätte, daß die sieben mageren nachher kommen werden. Die Josephs, die nachher sprachen, haben meinen damaligen Kollegen einfach bewogen, sich gegen meine Bitte aus dem Dienst zurückzuziehen, uns das abgewirtschaftete Finanzministerium zu übergeben und uns die Besserung zu überlassen. Es hat mir große Schwierigkeiten gemacht, einen Nachfolger für Herrn Camphausen zu finden, der diese Erbschaft sine beneficio inventarii zu übernehmen bereit war. Der erste Nachfolger [1] vermüdete an der Aufgabe. Wenn der jetzige mit Tapferkeit und Hingebung daran arbeitet, alte Schäden zu bessern, die Schäden, die während sieben, ja vierzehn Jahren hindurch, in denen so gut wie keine Finanzgesetzgebung stattgefunden hat, entstanden sind, bekämpft und wieder gut zu

[1] Finanzminister Hobrecht.

machen sucht, dann, glaube ich, hat er das Recht, auf die Unterstützung aller Wohlgesinnten zu rechnen, namentlich derjenigen Wohlgesinnten, die aus eigener Erfahrung so sehr genau wissen, wie schwierig diese Aufgaben sind. Hätte der erste Herr Vorredner einfach mit sachlicher Zusammenstellung gegen uns gekämpft, so wollte ich noch nicht so viel sagen; aber Ihnen allen wird nicht entgangen sein, wie er mit Zahlen kämpfte, über die er selbst noch zweifelhaft war, ob sie zutreffen werden, dann sofort auf der damit supponierten Basis, als ob sie zuträfen, scharfe Angriffe gegen meinen Herrn Nachbar richtete, wodurch sich in dem Sinne des Hörers und des Lesers sehr leicht die Meinung erzeugt, namentlich bei den mangelhaften Auszügen, welche die Zeitungen geben, daß dies alles, was auf Supposition gegründet war, auf Tatsachen sich gründete. Ich muß meinen verehrten Kollegen daran erinnern, daß ich im Staatsministerium lange vor seinem Abgange die Frage der Reform vielfach angeregt habe, daß ich viele amtliche Korrespondenzen geführt habe, von denen neulich nur ein sehr geringer Teil veröffentlicht worden ist, ich habe viel genauere darüber, die das beweisen. Es war im Jahre 1876 für mich kein Zweifel, daß wir schon damals mit einem verborgenen Defizit wirtschafteten, welches durch sachkundige Gruppierung einigermaßen verdeckt worden ist, und ich habe damals schon in meinen Korrespondenzen gesagt: Das muß anders werden, und ich muß vom preußischen Finanzminister erwarten, daß er mir nicht die Aufgabe, Finanzsysteme zu erfinden, überläßt, welche den vorauszusehenden Schäden ein Ende machen, sondern daß er sich selbst daran macht und sowohl der Not, an der wir wirtschaftlich leiden in unserer Zollvereinsgesetzgebung, der uns mehr und mehr in Blutleere versetzenden Handelspolitik ein Ende mache, als auch Reformen dafür schafft, um die Zukunft unserer Finanzen sicherzustellen. Herr Camphausen ist mir ein tapferer Kollege gewesen, und ich habe ihm das Zeugnis auch noch, als er zurücktrat, gegeben, ich habe seine guten Eigenschaften so sehr geschätzt, daß sie für mich überwogen und ich mich nur ungern von ihm getrennt habe, bis er freiwillig und entschlossen sein Abschiedsgesuch erneuerte und durchsetzte. Das Kassensystem war ja natürlich in ausgezeichneter Ordnung, die ganze Geldwirtschaft ausgezeichnet, aber von Finanzgesetzgebung, von einer Voraussicht der Zukunft kann ich das nicht sagen. Damals war die Zeit des Aufschwungs, wie der Herr Finanzminister schon gesagt hat, alle Quellen flossen, wie nach nassem Wetter selbst die Hungerquellen im Lande fließen, und der damalige Herr Finanzminister war in der Lage, im Segen der Milliarden, mit vollen Händen im Golde zu stecken. Da war es sehr leicht, zu wirtschaften, aber da war es Zeit, zu überlegen: Kann dies namentlich bei der Art, wie die Milliarden verausgabt wurden, kann das für immer so dauern, gibt die Zukunft die Bürgschaft? Auf mir, als dem Ministerpräsidenten, ruhen vielleicht auch für die einzelnen Ressorts, aber nicht mehr wie auf ihnen selbst, die Pflichten der Voraussicht für die Zukunft. Aber ich habe schon damals — und ich kann aktenmäßige Zeugen dafür bringen — darauf gedrungen, daß fruchtbare Reformen eintreten. Ich habe es zuletzt durchgesetzt, daß mein damaliger Kollege mit den Forderungen der Erhöhung, namentlich der Abgabe auf Tabak, und mit dem ganzen damaligen Programm mit mir vor die Öffentlichkeit getreten ist, ob mit voller Überzeugung von der Richtigkeit des Programms von Hause aus, das lasse ich dahingestellt sein, er hat mir nicht sehr rasch seine Hand dazu gegeben; aber nachdem er sie mir gegeben, bin ich überzeugt, würde er es ehrlich und entschlossen mit mir durchgeführt haben, wenn er nicht beim ersten Angriffe von der liberalen Seite unter

dem Drucke der Reden der Herren Bamberger und Lasker sofort seinen Posten aufgegeben hätte (Heiterkeit) und uns allein überlassen hätte, seine Erbschaft weiterzuführen. Es war damals meines Erachtens der Feldzug für ihn noch nicht verloren. Gerade mit der Parole, die seine letzte war, die er im Reichstage ausgab, konnte er die Versäumnis von sieben Jahren seines Ministeriums wiedergutmachen, und ich bedauere, daß er damals dabei beharrte, zurückzutreten. Jetzt muß ich ihn aber ermahnen, daß, wenn er in der amtlichen Stellung das Portefeuille des Finanzministers nicht hat beibehalten wollen, er es nicht von hier, vom Herrenhause aus, zu führen unternimmt und von den Bänken einer Opposition, die in seinem Munde etwas künstlich ist und mir nach unseren beiderseitigen Vorgängen etwas Überraschendes und Unnatürliches hat, und die mich zu dieser, mir abgedrungenen Erklärung, die ich schon vorher pro domo benannte, gegen meinen Willen nötigt.

Daß der Herr Kollege Camphausen in der Spezialfrage gegen uns ist, daran zweifle ich gar nicht, in der Konsequenz meiner gestrigen Rede zweifle ich nicht daran, weil die spezielle Vorlage einen ganz integrierenden Teil in der Kette der von ihm zum Teil nicht gewollten, zum Teil ihm aufgedrungenen Maßregeln und Wege bildet, die zur Steuerreformpolitik führen. Der Herr Kollege Camphausen hat Reformen der Art ursprünglich, wie er noch im Ministerium war, nicht gewollt, hat mir dann nach langen und schwierigen Debatten und Majoritätsbeschlüssen im Ministerium die Hand dazu geboten und zieht jetzt diese Hand wieder zurück, nachdem er sich von der ministeriellen Fessel und Verantwortlichkeit für unsere gemeinsamen Handlungen frei fühlt. Da er also die Reform überhaupt nicht will, wie er als Minister von Hause aus nichts gewollt hat, sondern im Gegenteil mir lange Zeit erschwert hat, zu Reformen irgendwelcher Art zu gelangen, so bin ich überzeugt, er will sie auch heute prinzipiell nicht, und muß also konsequent die Vorlage verwerfen. Er hat auch lange Zeit die Reformen, deren Einträglichkeit er jetzt rühmt, im Eisenbahnwesen, mir gegenüber bekämpft. Die Verstaatlichung, die zuerst auf dem Reichswege gesucht wurde, ist nur sehr schwer und nach schweren Kämpfen im Staatsministerium, ich glaube nicht durch Einstimmigkeit, schließlich zur Annahme gebracht worden. Es wurde dann die Ausführung irgend welchen Nähertretens an das Reich durch die Ungeheuerlichkeit der Anschläge unmöglich gemacht, faktisch der Summe nach, die wir dem Reich abfordern sollten, wenn wir ihm die preußischen Eisenbahnen anböten. Darauf habe ich sofort gesagt: Solches Angebot ist kein ernstliches, ich lehne ab, es dem Reich zu machen. Es gehört dies auch in die Taktik des Bekämpfens derjenigen Reformen, die unseren Finanzen aufhelfen konnten, wenn auch auf anderen Wegen als die Finanzpolitik, welche Herr Camphausen vertreten hatte. Mein Herr Kollege ist damals der Überzeugung gewesen, daß, wenn nicht in der ganzen Welt, doch wenigstens im preußischen Finanzministerium und seiner Verfassung alles auf das beste und vortrefflichste bestellt wäre und nicht besser bestellt sein könnte, und ist deshalb dem Glauben unzugänglich gewesen, daß in dem alten ehrwürdigen Gebäude manche Schraube nietlos und manches Rad bocklos geworden war. Ich habe ihn in der festen, sicheren und ehrlichen Überzeugung gefunden, mit der Gott an dem sechsten Tag der Schöpfung auf das Geschaffene zurückblickte, mit derselben Befriedigung hat er auf sechs Jahre seines Ministeriums zurückgeblickt und gefunden, daß alles gut sei, und mich vielleicht für einen mauvais coucheur als Kollegen gehalten, weil ich nicht auch alles so vortrefflich fand

und auf Reformen drängte. Ich bin dadurch auch zu anderen meiner Kollegen in schwierige Verhältnisse geraten, und gerade das Bedürfnis, darüber in der Öffentlichkeit keinen Zweifel zu lassen, veranlaßt mich, diese Gelegenheit wahrzunehmen und diese Äußerung öffentlich zu tun. Wenn dies nicht vollständig genügend sein sollte, und wenn Angriffe und Vergleiche der Art, die ein nachteiliges Licht auf die jetzige Verwaltung werfen, weiter fortgehen, so werde ich Seine Majestät um die Erlaubnis bitten, diejenigen Papiere amtlich zu veröffentlichen, die darüber volle Klarheit geben. Die Unzulänglichkeit der heutigen Einnahmen, die der Herr Kollege Camphausen auf dieser Tribüne seinem jetzigen Nachfolger im Finanzministerium vorwarf, ist ganz allein von dem Finanzminister Camphausen zu verantworten und ist das Ergebnis der damaligen sieben Jahre Passivität in der Steuerpolitik, die nicht rechtzeitig die Reformen ergriff, die notwendig waren. Meine Aufgabe als Ministerpräsident ist es eigentlich gar nicht, die Finanzpolitik zu betreiben, und ich habe damals schon erklärt: Nicht ich habe mir Finanzprojekte auszudenken und sie dem Finanzminister zur Superrevision und Kritik vorzulegen, und wenn er dann Nein sagt, mich zu beruhigen und zu versuchen, weiter zu arbeiten, sondern ich habe als Ministerpräsident vom Finanzminister Projekte abzuwarten, daran meine Kritik zu üben und nur dafür zu sorgen, daß ein sachkundiger Finanzminister vorhanden sei. Nachdem aber der zweifellos sachkundige Kollege anderer Ansicht war wie ich, so habe ich schließlich selbst der Sache nähertreten müssen und habe neben meinen anderen Geschäften — bekanntlich ist in der auswärtigen Politik in den meisten anderen Staaten ein einzelner Mensch genügend beschäftigt —, aber ich habe mich um diese Dinge bekümmern müssen, wenn ich länger als Ministerpräsident die Verantwortung tragen sollte — denn ein Teil der Verantwortlichkeit fällt immer von den Ressorts auf den zurück, der an der Spitze steht. Ich habe aus einem gewissen Aberglauben und kameradschaftlichem Gefühl getan, was ich tun konnte, um den Minister Camphausen am Rücktritt zu hindern, aber wenn ich klar zurückblicke, so kann ich ihm dankbar sein, daß er nicht auf meine Bitte eingegangen ist. (Heiterkeit.) Es ist damals nach dem Prinzip gewirtschaftet worden: Après nous le déluge; weil man sich in einer Flut von Geld befand, hat man nicht daran gedacht, daß dies je anders werden könne, und weil man fand, nicht bloß an der Stelle, von welcher ich spreche, sondern auch an anderen, daß das System schwach würde, so ist mir schließlich die Erbschaft hinterblieben, mit anderen Amtsgenossen, die ich etwa gewinnen konnte, die Sache weiter zu führen. Die Gesetzgebung hat jahrelang stagniert, weil momentan ein Geldbedürfnis nicht vorhanden war. Das Verdienst des Staatsmannes besteht aber nicht im Abmachen der Nummern, die vorkommen, sondern in der Voraussicht der Zukunft und in der rechtzeitigen Anregung der Reformen und Maßregeln, die für die Zukunft erforderlich sind; und weil ich der Überzeugung bin, daß diese Finanzreform erforderlich ist, wenn wir nicht wirklich der Armut verfallen wollen, die Herr Camphausen seinem heutigen Nachfolger vorwarf, kann ich nur nochmals die Bitte aussprechen: Nehmen Sie dieses Gesetz an, Sie halten uns sonst auf in den notwendigen Reformen. Diese Reformen sind ein Bedürfnis des Landes. (Bravo!)

Camphausen erwidert auf die scharfen Ausfälle in würdiger Weise, freut sich ebenfalls, mit Bismarck nicht mehr zusammenwirken zu müssen, erwähnt seinen eigenen Plan zur Steuerreform von 1875 und bedauert zum Schluß diese Auseinandersetzung; er habe nicht geglaubt, daß der Dank für alle seine Mühe so abgetragen werden würde, wie es eben geschehen. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich erlaube mir, an die letzten Worte, die den Vorwurf der Undankbarkeit enthalten, in der Art anzuknüpfen, daß ich denselben leicht zurückgeben könnte. Hat in den sieben Jahren, die wir zusammen gewirtschaftet haben, der Minister Camphausen mich getragen, hat er mich im Amte gehalten oder ich ihn gegen Angriffe von nicht zu unterschätzender Bedeutung? Es ist anzunehmen, daß die stärkere Tragkraft auf meiner Seite war. Es ist selten ein halbes Jahr vergangen, wo er nicht seine Stellung erschüttert fühlte und mich bat, ihm zu sagen, ob er bleiben sollte oder nicht. Ich habe ihn stets gebeten zu bleiben, auch gegen Angriffe, die von gewichtiger Seite kamen. Ich will kein Saldo der Dankbarkeit zwischen uns aufstellen; aber durch seine heutige Rede, durch den Angriff auf frühere Kollegen in dieser schwierigen Lage, durch die Zusammenstellung des Sonnenscheins auf der einen Seite und des Schattens auf unserer Seite hat er sich im Punkte der Dankbarkeit vollständig bezahlt gemacht. Oder hat er geglaubt, für die Unterstützung, die ich ihm im Amte geleistet habe, dadurch zu danken, daß er mit seinem Gewicht an der Spitze des jetzigen Angriffs steht gegen die Regierung in einer Frage, welche dieselbe als Kabinettsfrage behandelt? Seine pathetische Berufung auf Dankbarkeit könnte ich ihm mit denselben oder mit noch viel schärferen Worten zurückgeben, denn ich habe den Herrn wegen der Eigenschaften, die ich an ihm schätzte, als einen tapferen Kämpfer, aber nicht als Finanzgesetzgeber im Amte gehalten, nicht er mich. Wenn der frühere Herr Finanzminister von einer Zeit siebenjähriger Tätigkeit, die voll von Neubildungen war, nichts weiter anführen kann von Versuchen, die er aus eigener Initiative zur Verbesserung künftiger Verhältnisse ergriffen hat, die aber nicht an das Tageslicht getreten sind, als eine mir augenblicklich nicht gegenwärtige Äußerung über eine nicht gemachte Vorlage bezüglich des Tabaks, so ist das für die siebenjährige Tätigkeit zu wenig. Diese Vorlage, die bestreitbar scheint, hat das Licht nicht gesehen, sondern ist ein totgeborenes Kind geblieben. Der Herr Vorredner stand an der Spitze der Zollverwaltung des Reiches, in welcher der preußische Finanzminister derjenige ist, der sie leitet, er hatte das ganze Feld der Bearbeitung der Zölle in Händen, und wenn er nichts weiter anführen kann als einen von mir mühsam provozierten, von mir aber angebrachtermaßen nicht akzeptierten Versuch über Tabaksteuer, so bestätigt er nur, was ich sagte, daß seine Amtsführung unfruchtbar war. Herr von Bülow hat keinen Anlaß gehabt, die Briefe, die veröffentlicht worden sind, dem Herrn Vorredner mitzuteilen, wohl aber im Sinne derselben mit ihm zu sprechen. Er hat mir geschrieben, daß er es getan hätte; es existieren darüber genaue Angaben von Herrn von Bülow, und diese Unterredung kann mich veranlassen, auch diese noch zu veröffentlichen, da ich annehmen muß, daß Herr von Bülow, der wie immer auch hier ein genauer Diplomat war, genau im Sinne der Briefe mit dem Herrn gesprochen hat. Auf Zeitungsartikel kann ich kein Gewicht legen; wenn man diese anführt, so entfernt man sich von der Schwerkraft der geschichtlichen Verhältnisse. Eine ernsthafte Initiative zu Verbesserungen konnte nicht im Tadel bestehender Verhältnisse, sie konnte nur in Anträgen am Reiche bestehen, und vom Reiche hat sich nach den Klagen, die ich Herrn von Bülow damals ausgesprochen habe, der damalige preußische Finanzminister wesentlich zurückgehalten. Ich weiß auch den Tag noch, von dem das datierte; es war bei einer Abstimmung, wo der Vorsitzende des Bundesrats, Minister Delbrück, in Gegenwart des preußischen Finanzministers in einer preußischen Finanzfrage gegen diesen abstimmte, was ich allerdings nicht billige. Von dem Augenblicke aber hat das

preußische Finanzministerium die Reichsentwicklung durch direktes Eingreifen nicht gefördert, sondern sich, wie der Ausdruck in einer damaligen Äußerung des Herrn Finanzministers Camphausen lautete, auf die angenehme und unabhängige Stellung eines preußischen Staatsministers zurückgezogen. Meine weiteren Briefe an Herrn von Bülow sind nur Klagen, daß man mir allein das Erfinden von Finanzprojekten überließe und ich jede Unterstützung von dem preußischen Finanzminister dabei vermißte.

Der damals Ende 1877, Anfang 1878 zwischen uns vorhandene Zwiespalt löste sich später so weit, daß um die Zeit vor dem Rücktritt des Herrn Camphausen wir in die Lage gekommen waren, gemeinschaftliche Anträge einzubringen, aber wohlverstanden nur infolge der vollen Pression, die ich als Ministerpräsident und durch die Kabinettsfrage zu üben imstande war, nicht aus der freiwilligen Initiative des Finanzministers, von der ich nochmals erklären muß, ich habe sie sieben Jahre lang vermißt.

Die Vorlage wird tags darauf vom Herrenhause mit 94 gegen 41 Stimmen angenommen.

15. Sitzung des Herrenhauses.

18. Februar 1881.

Fürst Bismarck unterstützt den Antrag auf Schluß der Debatte mit wenigen Worten.

17. Sitzung des Herrenhauses.

21. Februar 1881.

In dem von der Regierung vorgelegten Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und Gerichte setzte der Artikel 17 fest, daß die Staatsaufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden, Ämter und Bürgermeistereien in Westfalen und Rheinprovinz vom Landrat und Regierungspräsidenten geübt werde. Das Abgeordnetenhaus hatte die Vorlage dahin geändert, daß die Aufsicht in erster Instanz von dem Kreisausschuß, in zweiter und letzter Instanz vom Bezirksrat geübt werde. In dieser Fassung kam die Vorlage am 19. Februar vors Herrenhaus. Der Innenminister Graf Botho zu Eulenburg erklärte, daß gegen die Fassung des Artikels 17 im Sinne des Abgeordnetenhauses kein Staatsinteresse spreche. Da erhob sich nach beendeten Reden des Grafen Brühl und des Freiherrn v. Landsberg zu allgemeiner Überraschung der Oberregierungsrat Rommel als Vertreter des durch Unwohlsein verhinderten Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck und verlas folgende „Instruktion“, die im diametralen Gegensatz zu den eben geäußerten Ansichten des Innenministers stand und größtes Aufsehen hervorrief:

„Durch die Tatsache, daß beide Artikel[1] in den bereits organisierten fünf Provinzen sich jetzt schon in Geltung befinden, sieht sich der Ministerpräsident verhindert, diese Artikel in der gegenwärtigen Fassung zu denen zu rechnen, welche ihn, wenn sie stehen blieben, verhindern würden, die königliche Sanktion des Gesetzes verantwortlich zu beantragen. Er kann indessen nicht umhin, schon jetzt zu erklären, daß er eine Revision dieser Artikel für eine unerläßliche Vorbedingung der Ausdehnung der Organisation auf die übrigen Provinzen ansieht. Beide Artikel enthalten in der gegenwärtigen Fassung die Bestimmung, daß die staatliche Aufsicht durch Organe geübt werden soll, welche keine Staatsbehörden sind und keine werden können, ohne für die Selbstverwaltung die Bedeutung zu verlieren, welche gerade ihre Unabhängigkeit von Weisungen der Staatsbehörden ihnen verleiht. Ohne

[1] Artikel 17 und der die Konsequenz dieser Bestimmungen bildende Artikel 142.

solche Weisungen ist aber eine Aufsicht nicht denkbar, und wenn sie ergehen, so kann die Ausführung von den Beschlüssen einer aus Wahlen hervorgehenden und nach Stimmenmehrheit entscheidenden Versammlung nicht abhängen. Das Prinzip der Kollegialität widerspricht dem der Unterordnung, sobald es sich um aktivere Betätigung handelt, als die Rechtsprechung in verschiedenen Instanzen darstellt. Eine Aufsicht kann sich nicht auf die Findung oder Verwerfung von Urteilen beschränken.

Mit der Übertragung einer Aufsicht auf kollegialisch beschließende Körperschaften schwindet außerdem das Prinzip der persönlichen Verantwortlichkeit, wie es den Landrat und jeden einzelnen Beamten kontrolliert. Für Mehrheitsentscheidungen ist niemand individuell verantwortlich, und kein Mitglied des Kreisausschusses ist zur Ausübung der Staatsaufsicht mehr wie ein anderer berufen, und deshalb kann auch kein Mitglied für Unterlassungen und Mißgriffe in der Aufsicht die Verantwortlichkeit tragen.

Es kommt dazu, daß die Unparteilichkeit bei einzelnen Beamten mit mehr Sicherheit vorausgesetzt werden kann als in beschließenden Versammlungen, jedenfalls daß sie beim einzelnen Beamten kontrollierbar ist. In beschließenden Versammlungen finden Parteiansichten erfahrungsmäßig und notwendig mit größerer Schärfe ihren Ausdruck, als bei verantwortlichen Einzelbeamten. Wenn in den bereits organisierten fünf Provinzen dieser Übelstand nicht mehr als geschehen zu Klagen Anlaß gibt, so ist zu bedenken, daß mit Ausnahme einzelner Distrikte, in welchen extreme Parteiauffassungen die Mehrheit haben, die politische Meinungsverschiedenheit in diesen organisierten Provinzen und ihren ländlichen Kreisen nicht so scharf entwickelt ist, wie in einem großen Teil der übrigen sechs Provinzen. In den letzteren kann die staatliche Aufsicht über Bürgermeistereien, Ämter und Landgemeinden nur von Organen geführt werden, welche der obersten Staatsleitung verantwortlich sind. Sie kann nicht einem Ausschuß überlassen bleiben, der das Ergebnis einer Sichtung durch mehrfache Majoratswahlen bildet, und in welchem infolgedessen leicht die schärfste Ausprägung des lokalen Parteilebens sich verkörpern kann.

Der Ministerpräsident muß nach diesem die Annahme der Artikel 17 und 142 in der jetzigen Fassung als ein neues Hindernis für die Fortbildung der in den fünf Provinzen begonnenen Organisation betrachten und ist der Überzeugung, daß die weitere Ausdehnung der Organisation erst nach Revision dieser Paragraphen wird erfolgen können.

Bei dieser Revision wird auch die Frage zu erledigen sein, ob die Aufsicht über die Standesbeamten nicht besser den Gerichten wie den Verwaltungsbehörden zu überweisen ist."

Infolge dieser Erklärung wurde die Vorlage nochmals an die Kommission verwiesen; und Fürst Bismarck nimmt am 21. Februar vor Eröffnung der Beratung das Wort zu folgender Erklärung:

Ich habe meine Zustimmung zu der Vorlage, wie sie heute wiederum vor uns liegt, bereits Sonnabend in persönlicher Verhinderung durch einen Vertreter aussprechen lassen. Ich hätte deshalb keinen Grund, in die sachliche Diskussion von neuem einzutreten, und wenn ich dennoch das Wort ergreife, so geschieht es, um unrichtigen Auslegungen der hier in meinem Namen verlesenen, von mir aber nicht zum Verlesen, sondern zur Instruktion des Herrn Kommissars bestimmten Auslassungen entgegenzutreten.

Ich war durch Zufall verhindert, diese Instruktion mündlich zu erteilen, und mußte sie deshalb schriftlich geben, aber sie war nicht darauf berechnet, daß sie buchstäblich verlesen

werden würde. Die irrtümlichen Eindrücke, die sich daran geknüpft haben, und denen die Presse auch schon Ausdruck gegeben hat, beruhen wesentlich auf einer ungenauen Unterscheidung der Natur der Vorlagen, die eine parlamentarische Versammlung beschäftigen. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung, so wie sie in Bezug auf diese Frage noch heut besteht in anderer Gestalt als die uns gegenwärtig beschäftigende, aber bisher die alleinige mit der königlichen Sanktion bekleidete — die ursprüngliche Vorlage der Regierung geht aus einem Beschluß des Staatsministeriums hervor. Es wird angenommen, daß jedes Mitglied des Staatsministeriums die Einwendungen, die es dagegen haben kann, in dem Kreise des Staatsministeriums erledigt. Meinungsverschiedenheiten finden ja über die meisten Vorlagen statt, sonst gäbe es keine Abstimmungen mit Majorität und Minorität. Die Verschiedenheit der Auffassung, auch die Verschiedenheit der Motive verschwindet aber, sobald die Vorlage mit der königlichen Unterschrift bekleidet wird und dadurch die Allerhöchste Sanktion erhält. Ein Staatsminister in Preußen ist ein Diener des Königs und kann gegen eine mit der königlichen Unterschrift bekleidete Vorlage an sich nicht anders auftreten, als wenn er die Allerhöchste Genehmigung dazu hat oder berechtigt ist, sie vorauszusetzen, wenn er hinreichende Gründe dafür beibringt. Also es ist ganz richtig, daß in der Regel über Vorlagen, die nomine regis an die Landesvertretung gebracht werden, zwischen Ministern eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr das Recht hat, zum Ausdruck zu gelangen, weil die königliche Unterschrift das Band bildet, welches durch diesen Ausdruck zerrissen werden würde. Bestehen können solche Meinungsverschiedenheiten ja dennoch, aber es ist notwendig, sie zu verschweigen. Nun hat sich, von dieser richtigen Voraussetzung ausgehend, das Vorurteil verbreitet, daß alle Vorlagen gleicher Natur wären. Das kann ich aber von einer Vorlage, die von seiten des Abgeordnetenhauses in das Herrenhaus gebracht wird, so unbedingt doch nicht zugeben. Als königliche Vorlage besteht noch heute die ursprüngliche; sie ist noch nicht geändert, und sie stimmt mit der Vorlage des Abgeordnetenhauses nicht überein. Nun muß aber auch in Bezug auf die Vorlagen, die aus dem Abgeordnetenhause kommen, im Ministerium eine Einigung beschafft werden; die Art des Geschäftsbetriebs zwischen den beiden hohen Häusern erschwert das indessen außerordentlich, wenn das Abgeordnetenhaus eine Vorlage drei Monate lang diskutiert und nachher in drei Tagen das Herrenhaus, einschließlich des Staatsministeriums, sich schlüssig und einig machen soll darüber, wie es diese Vorlage aufnimmt. Es ist dann menschlich natürlich, daß über die Novationen, die vom Abgeordnetenhause kommen, auch selbst unter dem Staatsministerium Meinungsverschiedenheiten obwalten können, die in drei Tagen vielleicht erledigt werden könnten, wenn alle Staatsminister weiter gar nichts zu tun hätten, als sich damit zu beschäftigen. Die Zeit aber, die dazu notwendig ist, müssen manche, deren Ressorts sie hierauf nicht gerade anweisen, mit Mühe von anderen für ihr Ressort gerade dringlichen Arbeiten ersparen. Es kann also dann nicht nur eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Ministern bestehen, sondern es können namentlich, wie hier der Fall anscheinend vorliegt, die Motive, aus denen jeder dennoch der Vorlage des Abgeordnetenhauses abweichend von der des Königs zustimmt, sehr verschiedene sein. Der eine tut es vielleicht aus der Überzeugung, daß das Amendement des Abgeordnetenhauses, wenn nicht besser, so doch ebensogut sei. Der andere tut es, um das Gesetz zustande zu bringen, indem ihm an sonst etwas mehr liegt; der dritte tut es, um eine ministerielle Krisis zu verhindern; der vierte tut es,

wie ich, in der Hoffnung, daß die Zustimmung ihn nicht ewig bindet, in der Hoffnung auf eine Revision, die früher oder später einmal wird eintreten können. Zu diesem Behufe habe ich aus keinem anderen wie sachlichen Beweggrunde das Bedürfnis gefühlt, bei meiner Zustimmung sozusagen den Haken einzuschlagen, an den zukünftig die Revision dieser selben Bestimmung angeknüpft werden kann, sobald sie aus der ziemlich unschädlichen Wirksamkeit, in der sie sich in den fünf alten Provinzen befindet, zu der schwierigen auch auf die anderen Provinzen übergeführt und erweitert werden soll. Das war, was ich mit meiner Erklärung zum Ausdruck bringen wollte. In welchem Stadium die Abgabe derselben in die Diskussion eingreifen, daß sie verlesen werden, was kurz vorher gesprochen sein würde — das alles konnte ich nicht vorhersehen, und ich hatte in der Tat nicht erwartet, daß die Diskussion gerade die Wendung nehmen könnte, die ich nachher aus den Sitzungsberichten ersah, und die eine anscheinende Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Ministern zum öffentlichen Ausdruck brachte. Ich sage anscheinend, denn zwischen den Voten beider Ministerien ist kein Unterschied. Beide stimmen der Vorlage zu, so wie sie uns damals hier beschäftigte, und so wie sie heute wieder vorliegt. Auch in der Motivierung sehe ich einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen beiden nicht, nur eine Nuance, eine andere Schattierung. Der Herr Minister des Innern ist der Ansicht, daß die jetzige Einrichtung doch so sehr schlimm nicht sein könne, denn es seien keine Klagen aus den alten Provinzen, in denen sie bisher gilt, eingegangen. Der Herr Minister des Innern stimmt zu, weil die Sache so schlimm, wie man annimmt, doch nicht sei nach ihrer jetzigen Wirksamkeit. Der Ministerpräsident stimmt zu, weil er hofft, sie werde zukünftig besser werden. Beide sind der gleichen Meinung, daß das tolerari posse besteht, vielleicht in einer Abstufung in Bezug auf das Urteil über das Maß des Unerwünschten, was mit dem tolerari verbunden ist; aber beide sind in der Sache gleicher Meinung; ob der Herr Minister des Innern über die Wirkungen mit mir gleicher Meinung sei, die eine Ausdehnung auf Provinzen haben könnte, wo die politische Erregbarkeit oder Spannung der Meinungsverschiedenheiten der Parteien schärfer ist als bei uns auf dem Lande — darüber hat er sich nicht ausgesprochen. Ich halte also die Folgerung, die von manchen gezogen ist, als ob innerhalb der königlichen Staatsregierung eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit obwalte, die eine Änderung im Personalbestande notwendig mache, für unrichtig; wenigstens aus den Erscheinungen, die am Sonnabend zu Tage getreten sind, kann meines Erachtens dies, wie ich glaube nachgewiesen zu haben, logisch nicht gefolgert werden. Ich kenne keine solche Meinungsverschiedenheit, keine solche Dissense im Schoße des Staatsministeriums, die Veränderungen in dessen Personalbestande notwendig machten. Ich muß mich auf den Kreis meines Wissens beschränken. Ob sie dennoch existieren, das weiß ich nicht. Ich erstrebe weder eine Änderung, noch wünsche ich sie; erfolgt sie, so wird Seine Majestät der König das weitere zu entscheiden haben. Ich habe nur meine Stellung zur Sache, die durch eine Kette von Zufälligkeiten, die ich nicht vorhersehen und berechnen konnte, vielleicht im irrtümlichen Lichte erscheinen könnte, hier darstellen und zugleich die Gelegenheit wahrnehmen wollen, auf den wichtigen staatsrechtlichen Unterschied aufmerksam zu machen, der zwischen königlich sanktionierten Vorlagen, durch die jeder Minister gebunden ist, durch die Unterschrift seines Monarchen, und den zwischen den Häusern des Landtages hin und her geschobenen Voten des einen oder des anderen existiert. Wenn bezüglich der letzteren nicht eine gewisse Latitüde der An-

sichten, eine gewisse Zeit zur Verständigung gestattet wird, dann entziehen Sie die Entscheidung über die Unterschiede, die dabei obwalten, der eigentlich allein dafür kompetenten Hand des unter der Leitung Seiner Majestät des Königs beschließenden Staatsministeriums, dann legen Sie sie in die Hände einzelner Minister, ja sogar der Kommissarien derselben, die sie im Ausschuß vertreten. Das kann weder in der Verfassung, noch im Willen Seiner Majestät des Königs, noch in dem des Staatsministeriums liegen, und ich glaube auch nicht, daß darüber zwischen zwei Ministern des Staatsministeriums eine Meinungsverschiedenheit besteht, denn diese Folgerung fließt ganz unmittelbar aus den Grundgesetzen unseres Staates. Soll das Staatsministerium in der geschlossenen Einheit auftreten, mit welcher es vor Sie tritt mit einer Vorlage, über die es sich im Sommer und vielleicht länger zu verständigen Zeit hat, so muß ihm mehr Zeit, als wir heut dafür haben, gelassen werden zur Erwägung und Verständigung, oder das Maß kann nicht so scharf im einzelnen angelegt werden, wie es hier von der öffentlichen Meinung angelegt wird; man muß gestatten, daß die nötige Verständigung sich auch öffentlich erkennbar vollziehe, denn die Minister sind keine Maschinen und kein Bataillon, welches kommandiert werden kann; jeder will seine Überzeugung bezüglich der von dem Abgeordnetenhause gewollten Änderung der königlichen Vorlage in selbständiger Erwägung in sich bilden und für den Ausdruck fertig machen. Es muß, wenn dies stattfinden soll, eine andere Einrichtung in der Konkurrenz der beiden Häuser stattfinden, daß die Zeit, die eine Landtagssession dauert, also in der Regel vier bis fünf Monate, billiger verteilt wird (sehr richtig!) zwischen diesem Hause und dem anderen. Es kann nicht verlangt werden, daß in den letzten acht Tagen einer Session alle die wichtigen Sachen, die das Abgeordnetenhaus den ganzen Winter über beschäftigt haben, in der kürzesten Zeit zwischen dem Herrenhause, zwischen dem Ministerium und wiederum dem Abgeordnetenhause noch zum Abschluß gebracht werden. Durch solches Verfahren, nicht durch die Stellung der Regierung zur Verhandlung, in der ich neulich hier gesprochen habe — durch ein solches Verfahren wird meines Erachtens die Würde dieses Hauses nicht genügend anerkannt und geschont, wie sie es verdient und wie sie das Recht hat (Bravo! Sehr wahr!), und ich werde dankbar sein und als Mitglied des Hauses, dem ich die Ehre habe anzugehören, jede Wünsche unterstützen, die zu diesem für die Fortbildung unseres ganzen Verfassungsleben schädlichen, aber eingerissenen Gebrauch eine Stellung nehmen. Ich muß aber leider gestehen, daß mir bisher schriftlich oder in amtlicher Form ein Ausdruck der Unzufriedenheit dieses Hauses nicht vorgelegen hat. Es liegt ja hierin eine wohlwollende Schonung der Schwierigkeit, in welcher sich die Regierung dem anderen Hause gegenüber befindet; aber ich verbinde mit meiner Äußerung bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die Zusage, daß ich als Mitglied des Hauses sowohl, wie des Staatsministeriums den Schritten, die auf Änderung, auf Abstellung dieses Übelstandes gerichtet sind, meine volle Unterstützung leihen werde. (Bravo!)

Graf v. Brühl bemerkt, man habe das Schreiben des Handelsministers als eine Art von Kanzlerbotschaft aufgefaßt. Für das Herrenhaus liege kein Grund zur Nachgiebigkeit gegenüber dem Abgeordnetenhause vor.

Fürst Bismarck entgegnet:

Ich bin während der Rede des Herrn Vorredners vielfach zweifelhaft gewesen, ob er für oder gegen die heutige Vorlage, für oder gegen den entgegenstehenden Antrag plädierte; ich habe aber das Gefühl gehabt, daß die Rede gegen mich, den Ministerpräsidenten, in

ihrem Prinzip und ihrer Tendenz gerichtet war, und ich will deshalb nur zwei Wendungen richtig stellen, die der Herr Vorredner gebrauchte, und die ich für formell ungerechtfertigt halte.

Die eine ist die Wiederholung der Behauptung, daß zwischen dem Herrn Minister des Innern und mir eine Meinungsverschiedenheit bestände. Diese Meinungsverschiedenheit besteht über unser Votum nicht, und über weiteres bin ich weder dem Herrn Vorredner noch der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig; über Motive wird nicht abgestimmt; aus welchen Motiven ich mit dem Minister des Innern einig bin, gehört nicht zur Sache, und nachdem ich hier ausdrücklich betont habe und das mit ein Hauptzweck meiner Erklärung war, daß materiell zwischen dem Minister des Innern und mir keine Meinungsverschiedenheit heute besteht, kann ich den Herrn Vorredner nicht für berechtigt halten, ausdrücklich zu erklären, sie bestände doch.

Nachher hat der Herr Vorredner unseren politischen Sprachgebrauch um ein geflügeltes Wort zu bereichern gesucht, indem er sich des Ausdruckes „Kanzlerbotschaft" bediente. Meine Herren, hier ist kein Kanzler, sondern der Ministerpräsident, der Diener des Königs von Preußen vor Ihnen. Der Ausdruck „Botschaft" ist im parlamentarischen Sprachgebrauch nur für Eröffnungen namens Seiner Majestät des Königs üblich und, wenn man mir die Anmaßung beilegt, daß ich Botschaften an eines der beiden Häuser des Landtages richten wolle und obenein in der Eigenschaft als Kanzler, so hat das einen Anklang an die Tendenzen, die ich in der Presse der Opposition und namentlich des Zentrums vielfach gefunden habe, die Tendenz, zu insinuieren, daß ich mich in meiner Stellung überhöbe und Rechte in Anspruch nähme, die mir nicht zustehen. Die Stelle, wohin diese Insinuationen in der Hauptsache gerichtet sind, ist zum Glück vollständig unzugänglich dafür und gepanzert gegen solche Insinuationen. Niemand weiß genauer als Seine Majestät der König, daß er nicht nur keinen treueren, sondern auch keinen untertänigeren Diener haben kann als mich, nicht bloß in meiner Eigenschaft als Beamter, Staats- und Reichsbeamter, sondern auch von Geburt ab in meiner Eigenschaft als kurbrandenburgischer Vasall und obendrein Altmärker, als Mitglied einer Familie, die dem regierenden Hause so lange treu gedient hat, als wir überhaupt das Glück haben, dasselbe als Landesherrschaft zu besitzen. Wenn der Herr Vorredner das Glück haben wird, das von sich sagen zu können, dann wird er auch gegen solche Insinuationen empfindlich sein.

Die Vorlage wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses mit 50 gegen 45 Stimmen angenommen.

Graf zu Eulenburg nimmt, zweifellos im Gefühl einer absichtlichen Kränkung durch Bismarck, sofort den Abschied.[1] Sein Nachfolger wird Herr v. Puttkamer.

[1] Vergl. zu dieser ganzen Angelegenheit: Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen. S. 196 ff. und 558 ff.

Deutscher Reichstag.

15. Februar bis 15. Juni 1881.

Die Sitzungsperiode wird vom Vizekanzler Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode mit folgender Rede eröffnet:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen.

Der Reichshaushaltsetat, welcher Ihnen unverweilt vorgelegt werden soll, wird Sie in den Stand setzen, die Ergebnisse zu übersehen, welche die vor zwei Jahren begonnene Reform der Reichsabgaben seither gewährt hat und ferner zu gewähren verspricht. In den bisher erreichten wirtschaftlichen und finanziellen Resultaten erblicken die verbündeten Regierungen die Aufforderung, die Grundgedanken jener Reform zu weiterer Durchführung zu bringen, und auf diesem Wege nicht nur die finanzielle Selbständigkeit des Reiches anzustreben, sondern auch den Bundesstaaten weitere Mittel zu gewähren zur Umgestaltung ihrer Besteuerungsverhältnisse, zur Minderung drückender Abgaben und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Welche Mittel die Einnahmen der einzelnen Staaten für diese Zwecke zu gewähren imstande sind, wird sich erst übersehen lassen, wenn die Überschüsse des Reichs aus den neuen Zöllen definitiv feststehen werden. Schon jetzt aber glauben die verbündeten Regierungen eine Vermehrung der für jene Zwecke zu verwendenden Einnahmen durch eine neue Ordnung der Stempelgesetze und der Brausteuer erstreben zu sollen.

Schon bei der Eröffnung des Reichstags im Februar 1879 hat Seine Majestät der Kaiser im Hinblick auf das Gesetz vom 21. Oktober 1878 der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Reichstag eine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung auch ferner nicht versagen werde. Diese Heilung wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein. In dieser Beziehung steht die Fürsorge für die Erwerbsunfähigen unter ihnen in erster Linie. Im Interesse dieser hat Seine Majestät der Kaiser dem Bundesrat zunächst einen Gesetzentwurf über Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen zugehen lassen, welcher einem in den Kreisen der Arbeiter wie der Unternehmer gleichmäßig empfundenen Bedürfnis zu entsprechen bezweckt. Seine Majestät der Kaiser hofft, daß derselbe im Prinzip die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden und dem Reichstag als eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum

Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen willkommen sein werde. Die bisherigen Veranstaltungen, welche die Arbeiter vor der Gefahr sichern sollten, durch den Verlust ihrer Arbeitsfähigkeit infolge von Unfällen oder des Alters in eine hilflose Lage zu geraten, haben sich als unzureichend erwiesen, und diese Unzulänglichkeit hat nicht wenig dazu beigetragen, Angehörige dieser Berufsklasse dahin zu führen, daß sie in der Mitwirkung zu sozialdemokratischen Bestrebungen den Weg zur Abhilfe suchten.

In demselben Stadium befindet sich bisher ein Gesetzentwurf, der auf einem nahe verwandten Gebiete die Verhältnisse der Innungen zu regeln bestimmt, indem er die Mittel gewähren soll, die isolierten Kräfte der in gleichartigen Gewerbszweigen beschäftigten Personen durch ihre Zusammenfassung in korporative Verbände zu stärken und dadurch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowohl wie ihre sittliche Tätigkeit zu heben.

In wiederholten Beschlüssen hat der Reichstag dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Versorgung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten gesetzlich geregelt werde. Es wird Ihnen demgemäß ein Gesetzentwurf zu Gunsten der Witwen und Waisen dieser Beamten zugehen.

Im Gebiet der Strafrechtspflege hat die bedenkliche Zunahme von Verbrechen und Vergehen, welche im Zustande der Trunkenheit verübt werden und infolgedessen einer strafrechtlichen Ahndung sich entziehen, das Bedürfnis einer Ergänzung der bestehenden Strafgesetzgebung ergeben. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Einige Abänderungen der Reichsverfassung, welche die Feststellung des Reichshaushaltsetat für einen Zeitraum von je zwei Jahren zu ermöglichen bezwecken, waren Ihnen bereits in der verflossenen Session vorgeschlagen worden. Die verbündeten Regierungen befinden sich nach wie vor unter dem Eindruck der Schwierigkeiten, welche von der jährlichen Konkurrenz der parlamentarischen Arbeiten im Reich und in den Einzelstaaten unzertrennlich sind, und legen deshalb den unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf von neuem vor.

Mit den Regierungen von Griechenland und Brasilien sind Verhandlungen über den Abschluß von Konsularkonventionen eingeleitet. Ich darf hoffen, daß derselbe noch im Laufe dieser Session erfolgt, und daß noch während der letzteren Ihre Zustimmung zu diesen Verträgen erlangt werden kann.

Zu allen auswärtigen Staaten erfreut sich das Deutsche Reich friedlicher und wohlwollender Beziehungen, und insbesondere entspricht unser politisches Verhältnis zu den uns benachbarten großen Reichen der Freundschaft, welche Seine Majestät den Kaiser mit den Beherrschern derselben persönlich verbindet[1]. Unter den europäischen Mächten herrscht nicht nur in dem Willen, den Frieden zu erhalten, die volle Übereinstimmung, sondern es besteht auch in betreff der wesentlichen Ziele der zwischen ihnen schwebenden Unterhandlungen keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit. Ich bin deshalb ermächtigt, dem Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers Ausdruck zu geben, daß es der Einigkeit der Mächte gelingen werde, auch partielle Störungen des Friedens in Europa zu verhüten und jedenfalls so zu beschränken, daß sie weder Deutschland noch dessen Nachbarn berühren.

[1] Damals standen die Verhandlungen über den Abschluß des ersten „Dreikaiserbundes“ vor dem Ende.

4. Sitzung des Deutschen Reichstags.

24. Februar 1881.

Nach der Rede des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Scholz zum vorgelegten Reichshaushaltsetat 1881/82 nimmt der Abg. Eugen Richter das Wort zu einer großen Rede gegen die gesamte Politik des Reichskanzlers. Diese führe zu immer schlimmeren Zuständen, das Land werde durch Bismarck schließlich ruiniert, wenn die Mittelparteien ihm keinen Damm entgegensetzten. Deutschland leide nicht an Kapitalmangel, sondern am Mangel des Vertrauens in die Sicherheit der öffentlichen Zustände; diese Unsicherheit liege in dem Überhandnehmen eines persönlichen Regiments, das mit einem stetigen und sicheren Gange der öffentlichen Angelegenheiten unvereinbar sei. Bundesrat und Reichstag würden als öffentliche Faktoren neben Bismarck immer weiter geschwächt. So sei ein Entwurf über die Anzeigepflicht bei Unfällen zwar vom preußischen Staatsministerium dem Bundesrat vorgelegt, dort aber durch ein Veto des Kanzlers liegen geblieben. Ferner würden selbständige Persönlichkeiten immer mehr beseitigt. Das Stellvertretungsgesetz habe nicht zum kollegialischen Prinzip der Reichsbehörden geführt usw. Fürst Bismarck entgegnet in einer hochbedeutsamen Rede über Verfassung und parlamentarisches System:

Die Äußerungen des Herrn Vorredners haben den uns in der Tagesordnung vorliegenden Gegenstand, das Budget, wenig berührt, seit ich hier bin; ich bin also auch wohl davon dispensiert, dem, was der Herr Staatssekretär des Schatzamts darüber gesagt hat, etwas hinzuzufügen. Der Herr Vorredner hat sich wesentlich mit der Kritik meiner Person beschäftigt. Die Gesamtzahl, in welcher das Wort „Reichskanzler" in seiner Rede vorkommt, zur Gesamtzahl der Worte seiner Rede überhaupt, wird das Resultat meiner Ansicht hinreichend rechtfertigen. Nun, ich weiß nicht, zu welchem Zwecke diese Kritik dient, wenn nicht zu meiner Belehrung, zu meiner Erziehung; ich bin aber im sechsundsechzigsten Jahre und im zwanzigsten Jahre meiner Amtstätigkeit — recht viel zu bessern ist an mir nicht mehr, man wird mich verbrauchen müssen, wie ich bin, oder man wird mich beseitigen müssen. Ich habe meinerseits nie den Versuch gemacht, den Herrn Abgeordneten Richter zu erziehen, ich würde mich dazu nicht berufen halten; ich habe auch nicht das Bestreben, ihn aus der Tätigkeit, in der er sich befindet, zu verdrängen — mir würden die Mittel dazu fehlen, ich habe auch keine Neigung dazu; aber mich aus der meinigen zu verdrängen, dazu, glaube ich, werden ihm auch die Mittel fehlen. Ob er mich nun in der Weise wird einengen und zurechtdrücken können, wie er das am Schluß seiner Rede für wünschenswert erklärte, wenn ich noch länger erhalten werden sollte, weiß ich nicht; bin aber für die Besorgtheit, mit der er meiner Gesundheit dabei gedacht hat, aufrichtig dankbar. Ich kann mich aber leider, wenn ich meine Pflicht tun will, nicht in dem Maße schonen, wie es der Fürsorge des Herrn Richter wünschenswert erscheint (Heiterkeit) — ich muß meine Gesundheit einsetzen.

Wenn derselbe gesagt hat, daß alle Übel, die uns plagen, auch der Diskontosatz, und ich weiß nicht, was sonst noch, in der Unsicherheit unserer Zustände ihren Grund hätten, wenn er das Wort eines anderen Kollegen[1] zitiert hat von einer heillosen Verwirrung bei uns — nun, meine Herren, dann muß ich wiederholen, was ich an einer anderen Stelle gesagt habe und in Gegenwart des Herrn Abgeordneten Richter: Sehen Sie sich doch vergleichend in anderen Ländern um! Wenn der Zustand, der bei uns herrscht, die geordnete Tätigkeit, die Sicherheit der Zukunft nach innen und nach außen, wenn das eine heillose Verwirrung ist, ja, wie sollen wir dann die Zustände in manchen anderen Ländern charakterisieren? Ich sehe in keinem europäischen Lande einen gleichen Zustand von Sicherheit und von Beruhigung, mit der man in die Zukunft blicken kann, wie im Deutschen Reich. Ich habe schon damals gesagt, meine Stellung als Auswärtiger Minister hindert mich an Exemplifikationen; aber jeder, der mit der Karte und der Zeitgeschichte der letzten zwanzig Jahre in der Hand meiner Bemerkung nachspüren will, der wird mir recht geben müssen, und ich weiß nicht, wozu die Übertreibung von „heilloser Verwirrung“ und „Ungewißheit und Unsicherheit der Zukunft“; es glaubt im Lande niemand daran, und das ist doch die Hauptsache. Die Leute im Lande wissen sehr gut, wie es ihnen geht, und jeder, dem es nicht nach Wunsch geht, ist ja gern bereit, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, und wenn ein Kandidat zur Wahl kommt und sagt ihm: An dem allen ist die Regierung oder — um mit dem Herrn Vorredner zu sprechen — der Reichskanzler schuld, so mag er viele Gläubige finden; er wird in der Mehrzahl aber Leute finden, die sagen: Gewiß hat er seine üblen Eigenschaften und Kehrseiten — aber daß ich an allen diesen Übeln schuld sei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen. Es geht mir freilich wie vor zwölf Jahren und länger dem Kaiser Napoleon, der auch, nicht in seinem Lande, aber in Europa als die Ursache alles Übels angeklagt wurde, von der Tatarei bis nach Spanien hin, und der bei weitem keine so böse Natur war, wie man ihm schuld gab — und ich möchte dieses Benefizium auch bei Herrn Richter in Anspruch nehmen: Ich bin auch so schlimm nicht, wie er mich schildert. Sein Angriff richtet sich in der Hauptsache, wenn er es recht überlegt, auch nicht so sehr gegen mich, gegen meine Person, gegen diejenige Tätigkeit von mir, in welcher ich freien Willen habe; er richtet sich in der Hauptsache gegen die Verfassung des Deutschen Reiches. Die Verfassung des Deutschen Reiches kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten wie den Reichskanzler. Ich könnte behaupten, daß meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit lange nicht so weit geht wie diejenige, die mir faktisch aufgelegt wird; ich könnte mich vielmehr zurückziehen und sagen: Die Reichspolitik geht mich in inneren Beziehungen gar nichts an, ich bin nur des Kaisers Exekutivbeamter. Ich will das aber nicht tun, ich habe die Verantwortung von Anfang an übernommen, ich habe die Verpflichtung übernommen, die Beschlüsse des Bundesrats, obschon ich in ihm in der Minorität sein kann, zu vertreten, nur muß ich das mit meiner Verantwortlichkeit verträglich finden. Ich will sie annehmen, wie sie liegt in der öffentlichen Meinung. Es kann aber jedermann doch nur für seine eigenen Entschließungen und Handlungen verantwortlich sein, es kann niemand eine Verantwortlichkeit auferlegt werden — und auch die Reichsverfassung hat das nicht tun wollen — für Handlungen, welche von seinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Rayons seiner

[1] Abg. Haenel.

Verantwortlichkeit einer vollständigen Unabhängigkeit und Freiheit genießen, sonst hört die Verantwortlichkeit auf, und wer sie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, sie schwindet gänzlich.

So lange Herr Richter also die Reichsverfassung nicht ändert, müssen Sie selbst darauf bestehen, daß Sie einen in seinen Entschließungen vollständig freien und selbständigen Kanzler haben, denn für alles das, worin er nicht frei und selbständig sich hat entschließen können, kann ihn kein Mensch verantwortlich machen.

Herr Richter hat nun dem Wunsch Ausdruck gegeben, diese verfassungsmäßige Selbständigkeit des Kanzlers nach mehreren Seiten hin einzuschränken; einmal nach einer Seite hin, wo sie ja schon eine beschränkte ist, wo er sie aber vollständig verschwinden lassen will: das ist gegenüber den Beschlüssen des Bundesrats und des Reichstags die Verantwortlichkeit für die Tätigkeit, die die Verfassung dem Kaiser in unserem Staatsleben beilegt. Es steht in der Verfassung, daß die Anordnung des Kaisers ihre Gültigkeit durch die Unterzeichnung des Reichskanzlers erlangt, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt. Zu diesen Anordnungen des Kaisers sind doch ohne Zweifel auch die Akte zu rechnen, von denen die Verfassung sagt, daß sie im Namen des Kaisers zu geschehen haben, also beispielsweise die Vorlage eines bundesrätlichen Beschlusses vor den Reichstag, wie Herr Richter nach der „Norddeutschen Zeitung" eine Tatsache ganz richtig angeführt hat, über die Unfallstatistik, über welche Beschlüsse vorlagen, die weiter zu befördern im Namen des Kaisers ich mit meiner Verantwortlichkeit nicht verträglich gefunden habe. Ich habe deshalb diese Handlung unterlassen. Man kann nun das Verfassungsrecht fragen: War ich berechtigt, diese Handlung zu unterlassen? War der Kaiser berechtigt, die Handlung zu unterlassen? Oder war Seine Majestät der Kaiser verfassungsmäßig verpflichtet, den Beschluß des Bundesrats vorzulegen?

Ich habe diese Frage einmal bei Herstellung der Verfassung mit einem sehr scharfen Juristen erörtert, der lange in einer hohen juristischen Stellung bei uns war und noch ist, Herrn Pape.[2] Der sagte mir: Der Kaiser hat kein Veto. Ich sagte: Verfassungsmäßig hat er es nicht, aber denken Sie sich den Fall, daß dem Kaiser eine Maßregel zugemutet wird, die er nicht glaubt erfüllen zu können, oder eine solche, die er glaubt erfüllen zu können, sein zeitiger Kanzler warnt ihn aber und sagt: Hierzu kann ich nicht raten, das kontrasigniere ich nicht. Gut nun, ist der Kaiser denn dann in diesem Falle verpflichtet, einen anderen Kanzler zu suchen, seinen Widerstreber zu entlassen? Ist er verpflichtet, einen jeden zum Kanzler zu nehmen, der ihm etwa von anderer Seite vorgeschlagen wird? Wird er sich den zweiten, dritten suchen, die beide sagen: Die Verantwortlichkeit hierfür, für diesen Gesetzentwurf, können wir nicht durch die Vorlage im Reichstag übernehmen? Darauf hat mir Herr Pape geantwortet: Sie haben recht, der Kaiser hat ein indirektes und faktisches Veto.

Ich gehe soweit nicht einmal, sondern alle diese Sachen werden nicht so haarscharf durchgedrückt. Nehmen Sie also einen konkreten Fall, an dem sich solche Sachen am besten erläutern, nehmen Sie an, daß die Majorität des Bundesrats mit Zustimmung Preußens dieses Gesetz beschlossen hat, und wobei in Preußen der Formfehler gemacht worden ist, daß der zur Instruktion der Vertretung im Bundesrat berufene preußische Minister der

[2] Präsident des Reichsoberhandelsgerichts bis 1879.

auswärtigen Angelegenheiten nicht zugezogen worden ist, um die Instruktion zur Zustimmung zu erteilen; aber ich nehme an, Preußen hat zugestimmt, dieser Minister wäre zugezogen und wäre auch im preußischen Ministerium in der Minorität geblieben, und der Kaiser trägt ihm auf, nun die Beschlüsse dem Bundesrat und dem Reichstag vorzulegen; der Kanzler sagt: Das glaube ich nicht verantworten, nicht verantwortlich vollziehen zu können, dann ist die erste Möglichkeit, daß Seine Majestät der Kaiser sagt: Dann muß ich mir einen anderen Kanzler suchen — die ist nicht eingetreten, die zweite ist eingetreten, daß die Vorlage unterblieben ist. Dadurch ist nun die Situation geschaffen, in der, wenn es einen Klageberechtigten gibt, ein solcher nur in der Majorität der Regierungen, im Bundesrat, die diesen Beschluß gefaßt haben, gesucht werden kann.

Es ist nun der weitere Weg gegeben — ich glaube auch, daß solcher Weg in schweren Fragen bis ans Ende gegangen werden würde; aber wenn man jetzt die tatsächliche Probe machen wollte, was schließlich rechtens wird, dann müßte in diesem vorliegenden Falle die Majorität des Bundesrats Seiner Majestät dem Kaiser erklären: Hier haben wir Beschlüsse gefaßt, unser verfassungsmäßiges Recht ist, daß der Kaiser sie dem Reichstag vorlegt, und wir fordern das. Der Kaiser könnte darauf antworten: Ich will den Rechtspunkt nicht untersuchen, ob ich dazu verpflichtet bin; ich will annehmen, ich wäre es, ich weigere mich nicht, aber ich habe augenblicklich keinen Kanzler, der bereit ist, das zu unterschreiben — kann dann dem Kanzler befohlen werden: Du sollst und mußt das unterschreiben!? Kann er mit Gefängnis wie bei Zeugenzwang bedroht werden? Wo bliebe da die Verantwortung? Bleibt also der Kanzler bei seiner Weigerung, so kann die Majorität des Bundesrats dem Kaiser sagen: Du mußt dir einen Kanzler schaffen, diesen entlassen; wir verlangen, daß unser Beschluß vor den Reichstag gebracht werde, und die Verfassung ist gebrochen, wenn das nicht geschieht. Nun, meine Herren, warten wir doch ab, ob der Fall eintritt, ob der Klageberechtigte diesen Weg verfolgen will, und wenn er ihn verfolgt, ob Seine Majestät der Kaiser dann nicht doch bereit ist zu sagen: Gut, ich werde suchen, einen Kanzler zu bekommen, der bereit ist, den Beschluß weiterzubefördern. — Ich will hier natürlich in eine Kritik der Gründe nicht eingehen, die mich im konkreten Fall abgehalten haben; es waren eben Gründe, die sich nicht am grünen Tisch, sondern im grünen Lande draußen finden, die mich veranlaßt haben, die Durchführung dieses Gesetzes für untunlich zu halten; ich hatte nicht die Sicherheit, daß diese Unmöglichkeit der Durchführung auch von der Majorität dieses Hauses angenommen würde, wollte aber das Land der Gefahr nicht aussetzen — Gefahr war es meines Erachtens — dieses Gesetz zu bekommen; der Moment, wo ich diese Gefahr verhüten konnte, war einzig und allein der der Vorlage im Namen des Kaisers. Das verfassungsmäßige Remedium gegen diese Benutzung liegt im Wechsel der Person des Kanzlers; ein anderes sehe ich nicht.

Ich komme dabei, da ich eben den Reichstag berührte, auf mein Zusammenwirken mit dem Reichstage. Das Ideal des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, vorsichtiger Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: Kann ich hier anstoßen, wenn ich dieses tue, kann ich da anstoßen — der einen ablehnenden Beschluß des Reichstags nicht abwartet, sondern, wie ich häufig bei Kollegen erlebt habe, aufgeregt nach Hause kommt und sagt: Mein Gott, das Gesetz ist verloren, der und der ist dagegen — und nach drei Wochen ist es durchgegangen. Auf solche Konjekturalpolitik, auf solche Indizienbeweise über das, was im Reichstag etwa

beschlossen werden kann, weil die Stellung von denen, die am lautesten sprechen, aber nicht immer das entscheidende Gewicht haben, dagegen ist, auf die kann ich mich nicht einlassen, und ich würde Ihnen wirklich raten, einen solchen ängstlich und besorgt nach jedem Wink hinhörenden Kanzler, wenn es dem Herrn Richter möglich ist, sich einen solchen zu verschaffen, auf dieser Stelle möglichst kurze Zeit zu dulden. Denn wenn ein leitender Minister — und ein solcher ist er im Reich — keine eigene Meinung hat und erst von anderen hören muß, was er glauben und tun soll, dann brauchen Sie ihn gar nicht. Was Herr Richter dabei vorschlägt, ist die Regierung des Landes durch den Reichstag, die Regierung des Landes durch sich selbst, wie man das in Frankreich genannt hat, und durch seine gewählten Vertreter. Ein Kanzler, ein Minister, der nicht wagt, etwas einzubringen, wovon er nicht sicher weiß, daß er es durchbringt, der ist eben kein Minister, der könnte ebensogut mit dem weißen Zeichen der Parlamentsdiener hier unter uns herumgehen und sich erkundigen, ob Sie erlauben, daß er dieses oder jenes einbringen will. Dazu bin ich nicht gemacht!

Inwieweit ich die Unterordnung unter den Bundesrat annehme, das habe ich vorher auseinanderzusetzen versucht, ich habe aber zugleich damit geschlossen, daß noch sub judice lis est, der Prozeß ist nicht geschlossen. Ob ich nach meiner verfassungsmäßigen Überzeugung der Mehrheit des Bundesrats mich fügen würde, wenn sie es verlangte, darüber habe ich mich nicht auszusprechen, das ist eine Frage, die bisher nicht vorliegt; die Mehrheit hat es nicht verlangt. Ob ich bei Durchsetzung der Forderung berechtigt bin, meinen Widerspruch aufrechtzuerhalten, darüber sage ich: non liquet, wir werden es künftig sehen. Dergleichen entscheidet sich schließlich durch das uralte Recht, was schon die Römer bei den Deutschen zu ihrem Erstaunen fanden, wovon sie sagten: „Herkommen vocant." Dieses Herkommen hat sich bezüglich der Handhabung der Verfassung noch nicht ausgebildet.

Dann hat Herr Richter bei mir noch nach einer dritten Richtung hin zu viel Selbständigkeit gefunden, gegenüber den Chefs der Reichsämter. Er hat, wenn ich recht gehört habe, sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß das Stellvertretungsgesetz mir eine willkommene Gelegenheit gäbe, mich auf einen mehr ornamentalen Standpunkt, wie er sich ausdrückte, zurückzuziehen und die Geschäfte und Tätigkeit denen zu überlassen, die mich vertreten, und das berühmte Arkanum der Majoritätsabstimmung auch in die Reichsregierung einzuführen. Auch da muß ich sagen, muß Herr Richter, ehe ich mich den höchsten Reichsbeamten unterordnen darf, doch die Verfassung ändern. Kann ich denn vor Sie treten und sagen: Ja, meine Herren, ich bin sehr zweifelhaft, ob ich dieses wohl verantworten kann, aber der Herr Staatssekretär aus diesem Ressort war der Meinung, und nach Anleitung des Herrn Richter habe ich mich dessen Autorität gefügt; wenn Sie es verhindern, tun Sie mir einen Gefallen, dem Staatssekretär aber nicht? Das wäre doch auch wieder eine ganz unmögliche Stellung, die Herr Richter mir zumutet. Die Herren Chefs der Reichsämter sind nicht für mich verantwortlich, außer insoweit sie vermöge des Stellvertretungsgesetzes substituiert sind, sondern ich bin für ihre Handlungen verantwortlich; ich habe dafür aufzukommen, daß es Politiker sind, die sich mit der Gesamtrichtung der Reichspolitik, so wie ich sie verantworten will, im Einverständnis halten, und wenn ich dieses Einverständnis dauernd und prinzipiell bei einem von ihnen vermisse, so ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, ihm zu sagen: Wir können beide zusammen nicht im Amte bleiben. Das ist auch eine Aufgabe, der ich mich, wenn sie an mich herantrat, niemals entzogen habe

(Heiterkeit links), es ist einfach meine Pflicht. Ich habe dazu nie so künstliche Maschinerien und Feuerwerke gebraucht, wie man mir zuschreibt, daß ich sie in der vorigen Woche[3] absichtlich und berechnet ins Werk gesetzt hätte. Sie müssen nicht glauben, daß Minister heutzutage an ihrem Posten so kleben wie manche andere hochgestellte Beamte, bei denen auch der stärkste Wink nicht hinreicht, um sie zur Einsicht zu bringen, daß es Zeit wäre. Ich habe noch keinen Minister heutzutage gefunden, bei dem es nicht notwendig wäre, ihm ab und zu zuzureden, daß er auf seinem Posten doch noch länger aushalten möge, daß er sich nicht daran stoßen möge, daß die harte und aufreibende Arbeit eine konkurrierende Friktion mit mindestens drei parlamentarischen Körpern, einem Abgeordnetenhaus, einem Herrenhaus und einem Reichstag, gibt, wo einer den andern ablöst, ja nicht einmal auf die Ablösung wartet, sondern alle gleichzeitig fungieren; und wenn der Kampf beendigt ist, und wenn die Abgeordneten zufrieden in ihre Heimat zurückkehren, dann kommt den anderen Tag ein Rat zum Minister und sagt: Jetzt ist es Zeit, die Vorlagen für die nächste Sitzung zu bearbeiten. Dabei ist das ganze Geschäft vielleicht ein sehr ehrenvolles, aber kein sehr vergnügliches. Wer ist überhaupt in der Lage wie ein deutscher Minister, sich so öffentlich mit einer solchen Schärfe und in einer solchen Tonart kritisieren zu lassen, gegen wen gilt es außerdem noch unter gebildeten Leuten, daß die Gewohnheit des gesellschaftlichen Lebens ihm gegenüber außer Geltung tritt? Man sagt einem Minister ohne das mindeste Bedenken öffentlich Dinge, die man, wenn er nicht Minister wäre, sich genieren würde, ihm auch nur privatim zu sagen, wenn man ihm etwa in einem Salon begegnet. Ich würde das im Reichstag nicht sagen, wenn derselbe nicht auch auf diesem Gebiet wie in allem übrigen eine Ausnahmestellung in Deutschland einnähme — ich habe hier so scharfe Dinge wie in anderen Versammlungen meines Wissens kaum zu hören gehabt, ich habe wenigstens ein versöhnliches Gedächtnis bis jetzt für sie gehabt, aber im ganzen werden Sie mir doch recht geben, daß in unseren politischen öffentlichen Debatten die Tonart nicht auf der Höhe steht wie in unserem gewöhnlichen gesellschaftlichen Verkehr, namentlich den Ministern gegenüber. Auch untereinander kommt es mitunter vor, aber darüber steht mir keine Kritik zu. Auch die ministerielle Seite kritisiere ich nicht, ich bin dagegen abgehärtet durch langjährige Erfahrung und kann es aushalten; aber ich schildere hier nur die Gründe, die es machen, daß kein Minister an seinem Posten klebt, und daß man mir Unrecht tut, wenn man glaubt, es gehörte irgendeine künstliche Anstrengung dazu, um einen Minister zu bewegen, daß er aus dem Posten weicht. Nicht jeder war gewohnt an die Behandlung, daß öffentlich in der Presse der unwissendste Korrespondent einen alten erfahrenen Minister herunterreißt wie einen dummen Jungen. Das lesen wir in jeder Zeitung alle Tage, und das mag man sich ja gefallen lassen. Darüber klagt man nicht so; aber können wir sagen, daß in unseren parlamentarischen Debatten den Mitgliedern der Regierung — den Kommissaren gegenüber wird mitunter noch härter verfahren — aber den Mitgliedern der Regierung gegenüber dieselbe Urbanität des Tones herrschte, durch die sich die gute Gesellschaft in Deutschland auszeichnet? Ich sage nicht nein, sondern ich überlasse Ihnen die Beantwortung dieser Frage, ich sage nur, daß das Geschäft ein sehr mühsames und freudeloses, nicht bloß Verdrießlichkeiten ausgesetztes, sondern ein aufreibendes und anstrengendes ist. Das bringt die Herren Minister in die Stimmung, daß sie mit großer Leichtigkeit ihre Posten auf-

[3] Beim Fall Eulenburg-Rommel.

geben, sobald sie ein anderes Motiv dafür finden können als das einfache: Ich will nicht mehr, ich mag nicht mehr, es ist mir über.

Übrigens ist bei uns, was ich Herrn Richter gegenüber als Zeugnis für meine kollegialische Liebenswürdigkeit anrufen darf, der Wechsel nicht so rasch und so häufig gewesen wie in allen anderen Ländern. Zählen Sie doch die Zahl der Minister, die seit meinem Antritt, seit 1862, über die Bühne gegangen sind, und addieren Sie die Rücktritte, die aus anderen als parlamentarischen Gründen erfolgt sind, und Sie werden im Vergleich mit allen anderen Ländern für die Verträglichkeit der Minister in Deutschland ein außerordentlich günstiges Fazit finden. Ich halte also diese Anspielungen, die auf meine Unverträglichkeit und auf meine wechselnde Überzeugung gemacht worden sind, für völlig unzutreffend.

Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit auf diese in der Presse und auch hier so oft vorkommenden Vorwürfe noch mit einem Worte zurückzukommen, als hätte ich meine Ansichten über diese oder jene Sachen häufig und schroff gewechselt. Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir einer sagt: Vor 20 Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieselbe Meinung noch, und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: Ja, so klug, wie Sie heute sind, war ich vor 20 Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den 20 Jahren. Aber ich will mich auf diesen berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Mensch, der nicht lernt, nicht fortschreitet mit seiner Zeit und also auch der Zeit nicht gewachsen bleibt; der bleibt zurück, wer feststeht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit gar nicht entschuldigen; für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica! Ich habe von Anfang meiner Tätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. (Bravo! rechts.)

Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern nähertreten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es gibt viele

Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe; seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Tätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe. (Bravo! rechts.)

6. Sitzung des Deutschen Reichstags.

28. Februar 1881.

Fürst Bismarck bittet den Abg. Gareis, kurz zu der von ihm behandelten Frage des Menschenhandels in Apia einen Antrag zu stellen, und unterstreicht die Kritik des Abg. Oechelhäuser über das Patentwesen in Deutschland.

8. Sitzung des Deutschen Reichstags.

3. März 1881.

Zur Debatte steht ein Antrag des Abg. Mendel, „die Wahlprüfungskommission zu beauftragen, dem Reichstag über die am häufigsten vorkommenden Verstöße gegen das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 und die mit Rücksicht darauf notwendig erscheinenden Abänderungen des Wahlreglements Bericht zu erstatten.“ Abg. Mendel tadelt die von den Behörden geübte Beeinflussung der Wähler; die Schuld an der zunehmenden Erbitterung schiebt er auf die offizielle und offiziöse Presse und ihren Ton; hoffentlich würden die nächsten Wahlen ein unverfälschtes Bild des Volkswillens bringen. Fürst Bismarck bemerkt:

Der Herr Vorredner hat zwar einen besonderen Antrag nicht gestellt, aber ich erlaube mir doch, einige Worte zu antworten, weil, wenn ich es nicht täte, seine Rede vielleicht im Publikum die Vermutung erregen könnte, daß ich, der ich als Reichsbeamter vorzugsweise zur Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze berufen bin, dieser Frage gleichgültig gegenüberstünde. Es ist dies durchaus nicht der Fall. So viel an der Reichsregierung und namentlich an mir als Kanzler liegt, bin ich den Einwirkungen von Beamten stets entgegengetreten, nicht immer mit Erfolg. Ich teile die Meinung des Herrn Vorredners, daß es der Würde des Beamten nicht entspricht, sich in die Wahlkämpfe zu mischen, namentlich in öffentlichen Reden. Aber ich möchte das noch erweitern; ich glaube, daß es auch der Würde der Richter nicht entspricht, sich unmittelbar an den Wahlagitationen zu beteiligen (sehr richtig!), weil von deren Rechtsprechung schließlich doch wesentliche Interessen der Wähler oft abhängen. Davon, daß zum Beispiel Richter dem Kandidaten, den sie befürworten, bei der Wahl gewissermaßen als Schwurzeugen öffentlich zur Seite stehen, und aus demselben Bezirk, sind mir Beispiele gemeldet worden. Ich habe die Lokalbehörden gebeten, Ermittelungen darüber anzustellen, bin aber auf keine große Willfährigkeit seitens der Beteiligten, um Zeugnis zu leisten, gestoßen. Ich habe einen anderen Fall kennengelernt, über den mir berichtet worden ist, daß ein Wahlkandidat in

einem Wahlkreise bei dem Landrate in dessen Dienstgebäude abgestiegen war und im Hause dort gewohnt hat, daß er von dem Landrat in dessen Equipage nach verschiedenen Wahlplätzen hingefahren wurde, und daß der Landrat dort zwar nicht gerade den Eingesessenen angemutet hat, diesen von ihm präsentierten Herrn zu wählen, aber doch durch seine Anwesenheit einen Druck auf die Wähler ohne Zweifel ausgeübt hat, den ich nicht für billig halte; es hat sich das mehrere Tage wiederholt, und der Wahlkandidat war stets der Gast des Landrats im Dienstgebäude geblieben; der Landrat hat ihn begleitet auf verschiedene Wahlversammlungen. Es war das nicht in Preußen. Ich habe darauf an die betreffende Regierung geschrieben und sie gefragt, ob sie mit diesem Verhalten einverstanden wäre, und ich habe darauf zunächst eine ausweichende Antwort erhalten, die sowohl auf die Frage der Berechtigung des Landrats, seine eigene politische Meinung zum Ausdruck zu bringen, wie auf seine Stellung zur Staatsbehörde in Bezug auf disziplinarisches Einschreiten überhaupt sich bezog. Ich bin so weit gegangen, mich an den betreffenden Landesherrn zu wenden, der mich wiederum an sein Ministerium verwiesen hat. Sie sehen also, daß ich so gleichgültig der Sache nicht gegenüberstehe, und ich bitte Sie, auch anzunehmen, daß ich da mit vollstem gleichem Maße messe. Der Fall, von dem ich sprach, betraf keinen konservativen Abgeordneten; derselbe [1] hat sich, wie ich trotz meiner Kurzsichtigkeit schon bemerkt zu haben glaube, bereits zum Wort gemeldet (Heiterkeit); aber ich bitte Sie, davon fest überzeugt zu sein, daß ich nach keiner Seite hin eine gesetzwidrige Beeinflussung dulden würde, so weit ich eine solche hindern kann. Sie werden sich erinnern, daß nach der ersten Vorlage der Reichsverfassung Beamte überhaupt nicht wählbar sein sollten. In manchen Ländern bestehen ähnliche Bestimmungen, und namentlich in Bezug auf die Richter. In dem freien Amerika ist die Ausübung des Richteramts mit der Ausübung der Funktion eines Abgeordneten unvereinbar. Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn das bei uns auch so wäre, denn ich bin sehr zweifelhaft, ob bei dem besten Willen ein Richter, bei der Lebhaftigkeit unseres Parteitreibens und — ich kann sagen — auch bei der Parteileidenschaft, mit der namentlich die Führer der einzelnen Parteien ihre politischen Fraktionsaufgaben verfolgen, ob es ihm da bei dem besten Willen dem Gegner gegenüber immer möglich sein wird, unparteiisch zu sein. Ich habe schon öfter die Anspielung gemacht, daß ich als Minister mitunter in meinem Leben die Erfahrung gemacht habe, daß ich vor Gericht nicht mit vollkommen gleichem Maß bemessen werde. Aus anderen Gründen als aus politischer Parteiabneigung kann diese von mir bemerkte Parteilichkeit nicht hervorgehen. Mir ist es daher sehr erwünscht, wenn diese Frage der Stellung der Beamten zu den Wahlen weiter urgiert wird, und ich würde das als einen Segen für unsere Richtergewalt und für das Ansehen unserer Richter betrachten, wenn es möglich wäre, zu erreichen, daß sie von dem Treiben der Parteien gesetzlich ausgeschlossen würden. (Bravo! rechts.)

Abg. Lasker behauptet, der Landrat Baumbach, sein persönlicher Freund, habe sich jeden Eingriffs in die Wahl enthalten; daß er ihn im Wagen in die einzelnen Wahlorte geschafft habe, sei reine Unwahrheit. Die Vorstellung an die Meininger Regierung, gegen Lasker zu wirken, habe Bismarck lange vor seinem, Laskers, Eintreffen im Wahlkreise gerichtet, um den Grafen Herbert Bismarck dort durchzubringen. Der Reichskanzler erwidert:

Ich muß zunächst konstatieren, daß die Angabe des Herrn Vorredners, als wäre von mir aus eine Reklamation an die Herzoglich Meiningensche Regierung ergangen, ehe er

[1] Abg. Dr. Lasker.

gewählt wurde, so wie er sich vorhin des Ausdrucks bediente, eine „reine Unwahrheit“ ist (Heiterkeit); auch ich kenne keinen anderen Ausdruck dafür, es ist eben eine Erfindung, die dem Herrn Vorredner — er sagte, „aus sehr glaubwürdiger Quelle“ — ich sage aus einer unreinen Quelle gekommen ist. Ich habe von der Sache früher keine Notiz genommen. Wenn mein hier nicht anwesender älterer Sohn sich gleichzeitig mit dem Herrn Abgeordneten in dem Kreise beworben hat, so ist das auf besondere Aufforderung von dort geschehen, aber von Hause aus ohne jede Aussicht auf Erfolg. Ich bin gefragt worden, ob ich nicht meine Zustimmung dazu geben wollte, daß er genannt würde, lediglich zu dem Zweck, um damit Zeugnis abzulegen, wie ich zu der Politik des Herrn Lasker stände, und da, zu diesem Zweck, habe ich „Ja“ gesagt; aber mein Sohn hat niemals die mindeste Aussicht gehabt, es dort über, ich weiß nicht, 30 oder 100 Stimmen zu bringen von einigen Herren, die ich nennen könnte, die ihn besonders eingeladen haben. Darauf habe ich durch dieselben Herren gehört, nachdem die Wahl gewesen war, daß der Herr Abgeordnete Lasker, was er im wesentlichen hier bestätigt hat, in dem Diensthause des Herrn Landrats und Abgeordneten Baumbach abgestiegen war. Sollte sich das nicht bestätigen, daß er mit dem landrätlichen Fuhrwerk und in Begleitung des Herrn Landrats auch nur auf eine einzige Wahlversammlung gefahren wäre? Es wäre das ja überflüssig gewesen; jeder dem landrätlichen Einfluß Zugängliche konnte ja wissen, dies ist der alte Freund des Landrats, der immer bei ihm absteigt, der bei ihm wohnt; das ist so gut, als ob der Landrat anwesend wäre, er schwebt im Geiste über dem Kandidaten mit schützenden Flügeln. Ich muß aber sehr bezweifeln, ob es nicht wenigstens in einem einzigen Falle so vorgekommen sein sollte, wie mir berichtet; denn ich habe nachher in dem Exposé, in der Beschwerde, die ich an die Herzoglich Meiningensche Regierung gerichtet habe, diese Behauptung aufgestellt, und sie ist nicht bestritten worden. Ich habe sie in meiner Beschwerde an Seine Hoheit den Herzog wieder aufgestellt, und sie ist mir unbestritten und unkritisiert von den herzoglichen Behörden zurückgekommen; dieselben haben nur mit einem „non possumus“ geantwortet, und ich glaube auch nicht, daß den herzoglichen Behörden, damals wenigstens, die Wahl des Herrn Lasker unwillkommen gewesen ist. Ich sehe also gar nicht ein, was den Herrn Abgeordneten bewegt hat, seiner vollen Bestätigung meiner Anführung hier den Anschein zu geben, als ob er mir widerspräche oder mich widerlegte. Ob da ein casus pro amico vorgelegen hat oder nicht, ist ja ganz gleichgültig; jeder unter uns wird wohl einen Landrat zum Freunde haben, bei dem er einmal abgestiegen ist; und wenn der Landrat eine Dienstwohnung hat und er steigt in der Dienstwohnung ab, so wird das im ganzen Kreise geflissentlich verbreitet. In den kleineren Staaten haben die Landräte ja viel größere Machtvollkommenheit, zu schonen und nicht zu schonen, als in Preußen, sie haben noch viele der alten Rechte der Bürokratie; also der landrätliche Einfluß ist dort stärker als irgendwo in Preußen, macht sich nur dort nach einer anderen Richtung geltend, als bei uns in der Regel der Fall ist. Ob also dabei ein casus pro amico vorliegt, ob eine Einwirkung durch passive Assistenz geübt ist oder eine ausdrückliche, ist ganz gleichgültig. Ich bin nur durch die Spitzen und Anspielungen des ersten Herrn Redners auf die preußischen Verhältnisse, als ob die Kritik nur Konservative träfe, veranlaßt worden, das Wort zu ergreifen. Ich bitte auch zu erwägen, daß ich keinen Namen genannt habe. Ich habe nicht einmal das Land genannt, in dem das passiert ist, und kaum hatte ich den Fall dunkel angedeutet, so sah ich,

daß mein verehrter Gegner von alter Zeit her (Heiterkeit) sich erhob, als ob er sich getroffen fühlte. Konnte der Vorfall, den ich anführte, nicht ebensogut in jedem anderen Staat, ja selbst in Preußen geschehen sein? Er muß also doch so sehr häufig nicht vorkommen, und er muß nicht so unauffällig sein, wenn jemand bei einer anonymen Andeutung gleich sagt: Das bin ich, das kann kein anderer sein. Ich glaube also, daß der Herr Vorredner mich nicht widerlegt hat, sondern peccatur inter muros et extra und ich glaube, daß er besser getan hätte, mich nicht zu einer so genauen und detaillierten Erzählung der Sache zu nötigen. (Bravo! rechts.)

Der Abg. Landrat Baumbach bestreitet, sich an der Wahlagitation beteiligt zu haben, gibt aber zu, den Abg. Lasker beherbergt und in einem Wagen zu einer Wahlversammlung gefahren zu haben. Zum Schluß nimmt er das Recht für sich in Anspruch, einen alten Freund in seiner Dienstwohnung aufzunehmen und seine politische Überzeugung auch mächtigen Einflüssen gegenüber offen zu bekennen. Fürst Bismarck antwortet:

Der Herr Abgeordnete hat vorhin mit großer Entschiedenheit es für eine „reine Unwahrheit" erklärt, daß ich in meiner Ausführung nach den mir gewordenen Mitteilungen konstatiert habe, daß er jemals mit dem landrätlichen Wagen, mit dem Herrn Landrat zusammen zu einer Wahlversammlung gefahren oder je bei einer Wahlversammlung gewesen wäre. Die Herren werden gehört haben, daß der beteiligte Herr Landrat selbst dies Faktum einräumt: wenigstens doch einmal, mit der alleinigen Ausnahme in Bezug auf das Eigentumsrecht der Equipage, das wird so genau nicht untersucht. (Unruhe in der Nähe des Redners.) Haben die Herren vielleicht etwas zu sagen? dann will ich warten!

Die Equipage hatte also nicht dem Herrn Landrat zu eigen gehört. Wenn das der Fall ist, wird es dann zweifelhaft, ob die Einführung des Kandidaten durch den Landrat, das Kommen in demselben Wagen mit ihm, das Dabeistehen in der Wahlversammlung irgendeinen Einfluß hat? Nicht wahr, meine Herren, da ist die Frage, wem die Equipage gehört, ob der Wagen ein Mietswagen ist oder landrätliches Eigentum, allein entscheidend nach Ihrer Meinung? Ich möchte doch nach dieser Berichtigung, der der Herr Abgeordnete Lasker durch seinen langjährigen und intimen Freund, den Herrn Abgeordneten Baumbach, ausgesetzt worden ist, ihn bitten, wenn er mir künftig eine „reine Unwahrheit" schuld gibt, daß er das etwas vorsichtiger und nicht in so pathetischem Ton ausspricht. Wir können uns alle irren.

Was ferner den Einfluß betrifft — ja die Tatsache, daß ein Abgeordneter als der intime Freund des Landrats bekannt ist, verschärft ja den Einfluß, den die Anwesenheit des Landrats und das Wohnen bei ihm ausüben muß. Der Landrat hätte also meinen Sohn zum Beispiel ohne Gefahr aufnehmen können in seinem Diensthaus, das würde nicht so aufgefallen sein, da er nicht als intimer Freund desselben bekannt war. Aber wenn die Tatsache der Freundschaft zwischen dem regierenden Beamten dort und dem Kandidaten so unterstrichen wird durch das Wohnen beieinander, durch das Kommen in demselben Wagen — ich wiederhole also meine „reine Unwahrheit" von vorhin —, dann kann es doch nicht ohne Wirkung auf den Regierten bleiben, wenn ein Landrat überhaupt Einfluß hat. Nun, ich kenne die bureaukratischen Verhältnisse in den Kleinstaaten und in Preußen einigermaßen und muß sagen, wenn ich in einem Kreise den Landrat zum Feinde haben soll, dann kann ich es in Preußen noch eher aushalten als in einem Kleinstaat, da ist der Landrat stark in kleinen Unannehmlichkeiten, die er jedermann zufügen kann.

Ich hätte ja den Fall nicht zur Sprache gebracht, wenn nicht gegen die preußische Regierung — eine Beschuldigung will ich nicht sagen, aber doch eine Kritik ausgesprochen wäre, und zwar eine, die so gedeutet wurde, als fänden nur von einer Seite solche kleine Einwirkungen statt. Ob die Tatsache des Wohnens beim Landrat nicht einen gewissen Einfluß geübt hat — nun, wer kennt denn die Gemüter der Wähler genau? Warum soll denn in anderen Kreisen der etwa ausgedrückte Wunsch des Landrats: Ich kann euch den und den als geeigneten Kandidaten empfehlen, oder: Wenn ihr mir einen Gefallen tun wollt, wählt den und den — genügen zur Beeinflussung der Wahl, während das oft genügt hat, eine Wahl zu kassieren, daß der Landrat den Wunsch ausgesprochen hat? Hier ist derselbe Wunsch nicht expressis verbis, aber doch mit großem Nachdruck nur durch die Umstände, durch die passive Assistenz ausgesprochen worden, und bei dem feinen Zartgefühl, welches sonst den Herrn Abgeordneten Lasker charakterisiert, hätte ich wohl erwartet, daß er bei dieser Gelegenheit seine Unterkunft anderswo genommen hätte als bei seinem Freunde, dem Landrat.

Abg. Haenel hofft, da der Kanzler sich eben als Gegner der Wahlbeeinflussung bewiesen habe, daß auch in Preußen danach verfahren werde und die offiziellen Artikel der „Provinzialkorrespondenz“ fortfallen würden. Nicht nur die Richter, sondern auch alle Verwaltungsbeamten müßten jede Einwirkung auf die Wähler vermeiden. Fürst Bismarck erwidert:

Ich kann den Herrn Vorredner nur beglückwünschen wegen der oratorischen Geschicklichkeit, mit der er die Diskussion von einem für ihn und die Sache unbequemen Felde auf ein allgemeineres übergeschoben hat; ich mache ihm mein Kompliment hierüber und werde mir das für ähnliche Fälle merken, aber ich möchte ihn doch bitten, mir die Schuld nicht aufzubürden, wenn hier die Debatte kleinliche Verhältnisse angenommen hat, man könnte eher sagen, eine überflüssige war. Ich habe das Motiv, welches den Herrn Abgeordneten Dr. Mendel trieb, hier diese generellen Ausführungen zu machen, nicht recht verstanden, und ich dächte, so gut wie er könnte auch ich die Zeit des Reichstags in Anspruch nehmen, wenn auch der Reichstag sie vielleicht, ohne uns beiden seine Mißachtung zu erkennen zu geben, nützlicher verwerten könnte; das gebe ich zu. Aber ich möchte den Herrn Vorredner bitten, nicht ganz dieselben Sachen, die, wenn sie auf der preußischen Regierungsseite passieren, mit hoher sittlicher Entrüstung gekennzeichnet werden als im höchsten Grade tadelnswert und strafbar, die nicht, wenn sie der Opposition einmal zur Last fallen, nun so ganz als Kleinigkeiten zu behandeln. Ich kann versichern — so feierlich auch seine Prinzipiendarlegungen, die Darlegungen der hier gar nicht in Frage stehenden Prinzipien der Wahlprüfungskommission, waren, so sehr sie auch im Augenblick die Aufmerksamkeit des Hauses auf ein anderes Thema gezogen haben, so bitte ich ihn, doch morgen, übermorgen die Presse zu lesen, wie die „Kleinigkeiten“ von den Herren Lasker und Baumbach viel mehr Eindruck machen werden in der ganzen Welt, als die Darlegungen der ganz unzweifelhaft richtigen, aber uns allen bekannten Prinzipien, die der Herr Abgeordnete Haenel daran knüpfte.

So ganz klein halte ich diese Sache doch nicht, ich wollte nur damit einmal beweisen, daß bei den Wahlreklamationen die Parteien nicht von beiden Seiten mit gleicher Schärfe verfahren. Aber ich will nicht weiter rekriminieren.

Der Herr Vorredner hat sodann den Versuch wiederholt, mir, dem Reichskanzler, die Verantwortlichkeit für alle möglichen Wahlumtriebe, die nicht in der Geburt erstickt

werden, zuzuschreiben, mir einen Einfluß auf die Presse beigelegt, welchen ich nicht habe, auch gar nicht beanspruche, und einen Einfluß auf preußische Lokalverhältnisse, der mir gar nicht zusteht. Ich wüßte auch gar nicht, wie ich ihn ausüben sollte. Ich erfahre die Fälle, die begangen sind, doch erst, wenn nur noch eine Repression, aber keine Präventivmaßregel möglich ist, und ich bitte ihn zu glauben, daß ich nach dieser Richtung hin nicht so mächtig bin, wie er mich schildert, aber viel tugendhafter. (Heiterkeit.)

Ich habe mich nie in dergleichen Sachen gemischt, ich habe nie Andeutungen gegeben, die Wahl zu beeinflussen. Ich kann nicht sagen, daß ich die Neigung dazu nicht hätte, aber ich unterlasse es aus Vorsicht, und Vorsicht ist eben die Mutter der Weisheit.

Mich für die Redaktion der „Provinzialkorrespondenz" verantwortlich zu machen, halte ich für unrichtig, die geht mich gar nichts an. Aber ich glaube, daß es der preußischen Regierung als solcher doch auch nicht verargt werden kann, eine Ansicht bei Wahlangelegenheiten zu haben, und daß sogar die Wähler ein Recht darauf haben, die Ansicht ihrer Regierung zu kennen. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt manchmal Wähler, die wollen gerade so stimmen wie die Regierung, die halten die Regierung für weiser wie sich selbst — gewiß sehr mit Unrecht, aber es gibt solche (Heiterkeit), die sagen: Wir wünschen den Kandidaten der Regierung zu kennen und wollen für den stimmen. Hat nun die Regierung das Recht, sich darüber auszuschweigen und die Wahlfreiheit dieser Wähler durch ihr Stillschweigen zu verkümmern? Ich weiß das nicht, das ist eine Frage, die diskutabel ist. Aber es sind doch auch Menschen, die die Regierung bilden, es sind Preußen, Urwähler, und haben das Recht, ihre Meinung durch die Presse kundzugeben so gut wie ein anderer.

Wenn die „Provinzialkorrespondenz" sagt: Wir müssen denjenigen, in dem und dem Kreise, zum Beispiel Herrn Lasker, empfehlen, und alle seine Gegner mit dem Zorn der preußischen Regierung bedrohen — so wäre das ein Versuch, Einfluß zu üben, der allerdings der Repression bedarf; wenn sie aber bloß im allgemeinen ihre Meinung über die Richtung der Regierung äußert, über das ihrer Meinung nach Gefährliche, was in der Richtung einer Partei liegen kann, so kann ihr das nicht verargt werden, und selbst wenn ich das könnte, so bin ich nicht der berufene Mann dazu. Der Herr Vorredner kennt ja die Kompetenzverhältnisse; warum wendet er sich nicht an die preußischen Minister, denen ich ferner getreten bin?

Wenn der Herr Vorredner sagt, in Preußen wäre die Zahl der Fälle größer wie anderswo — das bringt einmal die Bevölkerungszahl mit sich. Es wäre unnatürlich, wenn unter 25 Millionen Preußen nicht mehr Fälle vorkommen sollten wie unter 15 Millionen Nichtpreußen. Außerdem sind die Parteiverhältnisse in Süddeutschland anders gebildet. Die Parteien sind in Süddeutschland, mit Ausnahme von Mitteldeutschland, viel geschlossener als in Preußen. In Preußen balancieren sich die Parteien oft, und heute gewinnt diese den Sieg, bei einer anderen Wahl eine andere. In Süddeutschland werden Sie finden, daß gewisse Wahlkreise ganz konstant wählen, da sind diese vielen Nuancen gar nicht vorhanden. In Süddeutschland gehört der Wahlkreis entweder dem Zentrum oder den Liberalen. In sehr seltenen Fällen kommt die Minderheit dort überhaupt nur zu einem wirklich ernsthaften Kampfe. Daraus geht ganz natürlich hervor, daß gegen das Stimmverhältnis von 500 gegen 14 000 keine Reklamationen vorkommen, und so stellt es sich in den rein katholischen Gegenden sehr häufig. Diesen Punkt bitte ich doch auch zu

erwägen, die Angabe der preußischen Bevölkerungszahlen, und nicht einen Stein auf die preußische Verwaltung zu werfen, als ob sie nachlässiger in ihrem Dienste wäre oder weniger Gerechtigkeitsgefühl hätte wie andere. Wenn der Herr Vorredner nachher die Richter mit den Beamten auf gleiche Linie stellt, so muß ich doch bemerken, daß er mich richtig verstanden hat, wenn ich die Meinung habe aussprechen wollen, daß ich vom Richter noch ein höheres Maß von Unparteilichkeit erwarte wie von Administrativ- und Regierungsbeamten. Administrativ- und Regierungsbeamte haben einer bestimmten Regierung zu dienen und deren Weisungen bis zu einem gewissen Grade zu vollziehen. Ein solcher Beamter kann ganz parteilos nicht sein, und mir ist es immer eine peinliche und nicht ganz würdige Erscheinung gewesen, wenn ich jemand in einer höheren Regierungsstellung sehe, der mit der Politik der Regierung in diametralem Widerspruch steht und im Amte bleibt. Die Stellung in der Verwaltung bedingt ein gewisses Maß von Parteinahme für die Regierung, die Stellung eines Richters bedingt aber eine absolute, unantastbare, makellose Unparteilichkeit. Ich verlange von dem Richter ein höheres Maß von Unparteilichkeit als von Verwaltungsbeamten. Wenn Sie nicht der Meinung sind, dann sind wir über einen staatsrechtlichen Grundsatz und über eine Notwendigkeit unseres Staats- und Rechtslebens verschiedener Ansicht, da hilft kein Diskutieren. Ich stelle an den Richter das Verlangen und halte es für seine Ehrenpflicht, sich parteilos zu halten, während die Ehre eines Regierungsbeamten nicht darunter leidet, wenn er unter Umständen etwas schärfer Partei nimmt, als mit dem guten Geschmacke verträglich ist; und deshalb bestätigt es sich vollkommen, daß meiner Überzeugung nach die Repression unberechtigter Einflüsse nach beiden Seiten Bedürfnis ist. Der Richter kommt nicht in die Lage, da er Wahlen nicht leitet, bestimmte Äußerungen, die ihm durch Zeugen bestätigt werden und angegriffen werden können, vor der Wahlkommission zu tun, er kommt aber wohl in die Lage, gewissermaßen als Eideshelfer Kandidaten zur Wahl zu begleiten, so ungefähr wie der Herr Landrat Baumbach als Schatten oder Geist über dem Wahlkandidaten Lasker schwebte. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker bestreitet, daß Abg. Baumbach Bismarcks Darlegung bestätigt habe; der Landrat sei vielmehr in dem Wagen mit Lasker gefahren, den die Deputation gestellt habe. Unbegreiflich findet er des Kanzlers Bezeichnung „Gegner aus alter Zeit“, wo er doch lange Jahre Bismarcks Politik unterstützt habe; erst seit dieser die Richtung seiner Politik verlassen habe, sei ein Wandel eingetreten. Wenn allerdings der Kanzler Unterstützung mit voller Selbständigkeit der eignen Meinung Gegnerschaft nenne, sei er allerdings Gegner von alters her. Fürst Bismarck entgegnet:

Wenn ich an die letzte Bemerkung anknüpfen kann, so muß ich allerdings bemerken, daß, wenn der Herr Abgeordnete Lasker recht hat, ich ein undankbares Gedächtnis habe — es kann ja sein. Ich habe von Anfang an, von der Verfassungsgrundlegung an, die Empfindung gehabt, daß mir gerade ein so ausgezeichneter Redner wie der Herr Abgeordnete Lasker meine Aufgaben wesentlich erschwert hat und mich in vielen Richtungen das Ziel nicht früh genug oder unvollkommen hat erreichen lassen. Ich kann meine Bezeichnung von vorher nicht zurücknehmen. Der Herr Abgeordnete ist vielleicht in seinem Gemüt so organisiert, daß er für Wohltat hält, was der Empfänger für eine — ich will nicht sagen Kränkung — aber für einen Akt der Gegnerschaft hält. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner — ich habe gar kein Recht zu einer psychologischen Kritik und Analyse seines Charakters — ob der Herr Vorredner auch die ihm näher stehenden Kreise, die er nach seiner Meinung gewiß unterstützt hat — ob sie seine Tätigkeit immer als Unterstützung

empfunden haben; ich weiß es nicht, aber ich habe seine Tätigkeit von Anfang an als eine wesentlich gegen mich und meine Pläne, nicht im Prinzip, aber tatsächlich immer angebrachtermaßen bei jedem Vorschlag gerichtete empfunden. Ehe nicht ein Amendement Lasker angenommen war, hatte ich wenig Aussicht auf Unterstützung, und dieses Amendement Lasker kreuzte oft meine Tendenzen empfindlich. Ich muß darin mit rauher Hand die Illusionen des Herrn Abgeordneten zerstören. Ich fühle keinen Dank für eine mir von ihm zuteil gewordene Unterstützung, ich habe auch meine Ansicht nicht geändert. Ich habe damals keine andere Politik verfolgt, als ich sie jetzt verfolge, nämlich die Politik der Konsolidierung und Sicherstellung des Deutschen Reiches, wie ich das mit Worten, die ich nicht wiederholen will, neulich ausgesprochen habe. Über die Art, wie dies zu erreichen ist, ist der Herr Abgeordnete sehr häufig anderer Meinung gewesen. Ich bin dadurch, daß mir bald die eine, bald die andere Partei aus Gründen, die das eigene Gewissen ihnen eingab, den Rücken gedreht und mich im Stiche gelassen hat, im schwierigsten Moment genötigt worden, mit anderen Parteien zu gehen, vielleicht nicht immer mit meinem Willen — aber so lange das Gebäude nicht fertig war, hatte ich nicht die Absicht, zurückzutreten, und ich konnte ohne irgendwelche Zustimmung den Bau des Gebäudes nicht fortsetzen. Wenn ich dabei die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Lasker gehabt, so muß ich sagen, er hat sie mir immer sachlich ziemlich teuer verkauft. Wenn er sagt, daß es verwunderlich wäre, daß ich drei Jahre geschwiegen hätte, ja, das ist doch ein Beweis für meine diplomatische Diskretion. (Heiterkeit.)

Hätte ich eine besondere Freude an derartigen Diskussionen, warum hätte ich nicht gleich bei der ersten besten Wahlprüfung diesen Fall nennen sollen? Es war meine Absicht, ganz darüber zu schweigen, und wenn der Herr Abgeordnete[2] nicht dieses Faß gewissermaßen angestochen hätte, so wäre es mir gewiß nicht beigekommen, meinerseits das Wort zu nehmen, und wenn nun nach den anonymen Andeutungen, die ich machte, der Herr Abgeordnete Lasker nicht gleich das Wort ergriffen und sich dazu gemeldet hätte, so glaube ich, wäre es mir auch nicht beigekommen. Aber jetzt kann ich mir die Sache nicht so verschieben lassen, wie die Herren das versuchen. Und wenn der Herr Abgeordnete Lasker sagt, ich irrte mich, wenn ich glaubte, daß diese Kleinigkeiten Aufsehen machen werden und mit Interesse gelesen würden, so glaube ich, irrt er sich. Es sind andere, ja viel flagrantere, ich möchte sagen, rohere Fälle, wozu ich diesen nicht rechnen kann, vorgekommen, die weniger Aufsehen gemacht haben. Aber warum denn? Es handelte sich damals nicht um Herrn Lasker! Ein Fall, der Herrn Lasker betrifft, wird sicher Aufsehen machen. (Heiterkeit.)

Auf die Mahnung des Abg. Dr. Dreyer, den deutschen Richterstand nicht nach einem verlorenen Prozeß zu verurteilen, sondern zu bedenken, daß für die Richter trotz aller Verschiedenheit konfessioneller und politischer Ansichten nur das Gesetz maßgebend sei, entgegnet Fürst Bismarck:

Ich habe nur zu erwähnen, daß ich gar keinen Prozeß verloren habe in dem Sinne, wie der Herr Abgeordnete es vorhin bemerkte, und Prozesse über Mein und Dein kaum jemals geführt habe, wenigstens nicht mit meiner Initiative, und mit einer anderen Initiative äußerst selten, und nicht verloren. Ich habe mehr in strafrechtlicher Beziehung die Einwirkung der Parteistellung auf den Richter gefürchtet, eine gewisse Nachsicht in Beurteilung von Exzessen, die sich gegen die Polizeibeamten richten, eine gewisse Schärfe dagegen

[2] Dr. Mendel.

in Aburteilung von Exzessen, die von Polizeibeamten begangen werden; gewissermaßen die Knochen der Schutzleute sind wohlfeiler in den Augen unserer Erkenntnisse als die der übrigen Leute. Ich berufe mich einfach auf die Erfahrungen, die ich gemacht habe in Berlin; ich bin doch auch berechtigt, hier meine Ansicht zu sagen und die Eindrücke zu nennen. Wenn die von den Juristen, die anwesend sind, nicht geteilt wird, so finde ich das ganz begreiflich, und es wundert das mich auch gar nicht. Wenn ich von eigenen Erfahrungen gesprochen habe, so bin ich dazu namentlich veranlaßt worden durch das Verfahren vor Gerichten in Verleumdungsprozessen, die von mir angeregt waren, und die sich in der Hand von Richtern, deren Parteistellung scharf ausgesprochen war, zu einem Inquisitorium gegen mich entwickelten, ob man mir nicht irgendeine Schlechtigkeit, die mich in den Augen meiner Mitmenschen herabsetzen würde, nachweisen könnte. Das ist eins der Beispiele, die ich in neuerer Zeit erlebt habe. Ich bin auch hier wieder so diskret, keinen Namen zu nennen (Unruhe) — ich begreife, daß die Sache unwillkommen ist, aber Sie werden mich nicht mundtot machen, und wenn ich bis acht Uhr hier aushalten und Rede stehen sollte.

9. Sitzung des Deutschen Reichstags.

4. März 1881.

Die Sitzung dieses Tages gestaltete sich so heftig und dramatisch, wie sie im Reichstag bis dahin noch nicht vorgekommen war. Der Angriff Bismarcks auf die fortschrittliche Berliner Stadtverwaltung und ihre Steuerpraxis, der Vorwurf der Parteilichkeit gegen beeidete Steuereinschätzer, der Zwischenruf Struwes und Bismarcks Entgegnung, — alles das machte einen so unerhörten Eindruck, daß bald böse Gerüchte im Umlauf waren, um die Erregtheit des Kanzlers zu erklären: die furchtbare Wut über den Versuch seines ältesten Sohnes, eine geschiedene Frau zu heiraten, schlimme Krankheit, politischer Ärger.[1] Alles zusammen mit der ganzen Erregung eines geborenen Herrschers, gewisse Widerstände nicht besiegen zu können, mögen zu Bismarcks Auftreten beigetragen haben. Zunächst steht der Gesetzentwurf über Küstenfrachtfahrt zur Beratung, der zwar 1880 vom Reichstag geändert wurde, jetzt aber in alter Gestalt wieder vorliegt. Abg. Schlutow bezeichnet das als Geringschätzung der Volksvertretung. Fürst Bismarck entgegnete:

Ich wende mich, indem ich die sachliche Vertretung dem sachkundigen Herrn Kommissar überlasse, zunächst zu den politischen Einwendungen, die der Herr Vorredner gegen die diesjährige Wiederholung der Vorlage gemacht hat. Ich habe schon neulich Gelegenheit gehabt, über das Verhältnis des Bundesrats selbst zu abgelehnten Vorlagen zu sprechen und muß heute auf die Sache zurückkommen. Selbst wenn diese Gesetzesvorlage im vorigen Jahre im Reichstag vollständig durchberaten worden wäre und zu einem Beschluß in dritter Lesung geführt hätte, so blieben die verbündeten Regierungen auch dann noch berechtigt, bei ihrer eigenen Ansicht zu beharren. Es heißt das die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Faktoren des Reichs in Zweifel ziehen, wenn man sagt, daß eine vom Reichstag abgelehnte Sache, wenn sich die verbündeten Regierungen von der Unrichtigkeit ihrer Auffassung nicht überzeugen können, nicht wieder in derselben Form vorgelegt werden dürfe. Aber so liegt die Frage hier ja gar nicht einmal, sondern es wird auch hier wieder verlangt, daß die verbündeten Regierungen schon bei der ersten Anfühlung des Reichstags über die Annehmlichkeit oder Inpopularität ihrer Vorlagen — gewissermaßen wie ein

[1] Vgl. zu der Wirkung dieser Rede die von mir herausgegebenen Aufzeichnungen des mecklenburgischen Bundesratsbevollmächtigten Oldenburg 1879 bis 1885: „Aus Bismarcks Bundesrat".

Kammerherr seinem Fürsten gegenüber den Blick verstehen soll — auf dieses unliebsame Thema nicht wieder zurückkommen sollen. Ja, meine Herren, da regiert dann der Reichstag allein, und dann können Sie die verbündeten Regierungen von der nicht gerade leichten Teilnahme an der Gesetzgebung ganz dispensieren, wenn sie gar nichts mehr vorbringen können, dessen Ablehnung wahrscheinlich ist. Die verbündeten Regierungen bleiben, der Reichstag wechselt, und die Regierungen haben es nicht bloß mit dem Reichstag, sondern mit der Nation zu tun.

Es kann ja sein, daß bei fortgesetzter Diskussion bis zur vollen Klarstellung der Sache sich die Nation und in specie der Wähler überzeugt, daß die Regierung so ganz unrecht nicht gehabt hat. Die Regierungen sind vollständig berechtigt, ihre Politik nicht bloß auf eine Reichstagssession, nicht bloß auf eine Wahlperiode einzurichten, sondern sie sind verpflichtet, sie auf ein Menschenleben einzurichten und zu berechnen und auch Gedanken anzuregen, welche sich vielleicht erst mühsam Bahn brechen, wenn sie zu wiederholten Malen diskutiert und dadurch zu besserem Verständnis gebracht worden sind. Wenn der Reichstag im vorigen Jahre einen definitiven Beschluß gefaßt hätte, so hätte man ja, nachdem man die Stärke der Majorität, die dabei auftritt, die mehr oder weniger sachkundige oder unter dem Druck der politischen Stellung handelnde Zusammensetzung der Majorität erwogen hätte, darüber von seiten der verbündeten Regierungen verhandeln können. Wenn aber die Gewohnheit weiter einreißt, daß Vorlagen, die viele Arbeit und viele Erkundigungen auch bei anderen Sachverständigen, als hier zum Worte kommen, veranlaßt haben, nur halb oder gar nicht durchberaten oder in eine Kommission verwiesen werden und da liegen bleiben — ja, meine Herren, das ist wenigstens kein wohlwollendes Mittel, um den verbündeten Regierungen die abweichende Ansicht zu erkennen zu geben, indem man die Sache dilatorisch behandelt und sie liegen läßt. Die vorliegende Sache gehört zu den, ich glaube, nicht ganz wenigen, die in der vorigen Legislatur nicht zum Abschluß gelangten. Das ist der politische Teil der Sache, in dem ich nur die Rechte der verbündeten Regierungen verwahren will und mich dabei darauf berufe, daß der Reichstag doch auch nicht gerade erschrocken ist, wenn er Resolutionen faßt und findet, daß die verbündeten Regierungen ganz anderer Ansicht zu sein scheinen. In dem Falle zieht er sich nicht schüchtern zurück, sondern beharrt fest auf der Resolution und wiederholt sie im nächsten Jahre. Wir stehen, glaube ich, zu gleichen Rechten nach der Verfassung, also wenn Sie eine schüchterne, demütige Ängstlichkeit gegenüber Ihren Andeutungen von den Regierungen verlangen wollten, so müßten Sie wenigstens eine billige äquivalente Rücksichtnahme auf die Ansichten der Regierungen — sie können ja irrig sein, sie können es alle sein — verwenden. Es geschieht aber im Gegenteil, daß hier im Reichstag sogar die Minorität, die in gesetzgebenden Akten überstimmt ist, sich keinen Augenblick darüber bedenkt, die Beschlüsse, welche die Majorität des Reichstags in Übereinstimmung mit den Bundesregierungen gefaßt und zum Gesetz erhoben hat, anzufeinden und — ich will sagen — für vollständiges Fiasko zu erklären und zu behaupten, Zustände, die dadurch herbeigeführt würden, müßten sofort aufhören; so wenig ist da eine Gegenseitigkeit vorhanden. Eine Minorität im Bundesrat würde sich nie erlauben, gegen ein Gesetz in dieser Weise aufzutreten und zu seiner Beseitigung dieses Gesetz in den Augen derer, die danach leben und jahrelang leben sollen, herabzusetzen. Bei uns haben dieselben Herren, die mir früher den

Vorwurf gemacht haben, daß in der Wiederholung einer Vorlage eine Mißachtung des Reichstags liege, vom freihändlerischen Standpunkt die Gesetze, die in Übereinstimmung zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat beschlossen worden sind und als Reichsgesetze gelten, mit den schärfsten Worten anzugreifen und die Anträge auf Abänderung zwar nicht in formulierter Weise vorzulegen, aber bei jeder Diskussion implicite anzugreifen versucht. So viel über die politische Seite der Frage.

Was die materielle, die sachliche Seite der Frage anlangt, so bin ich sowohl wie der Herr Kommissar neben mir verpflichtet, Beschlüsse der verbündeten Regierungen zu vertreten. Aber lassen wir doch erst mal den Reichstag bis zu Ende uns einen vollgültig gemachten Beschluß vorlegen, dann werden wir mit uns auch handeln lassen. Wir sind nicht, wenn ich von den Vertretern der verbündeten Regierungen spreche, gesonnen, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen und nun zehn Jahre hintereinander ohne Aussicht auf Annahme dasselbe vorzulegen, aber daß wir gleich auf den ersten blinden Schuß davonlaufen, das können Sie von uns auch nicht verlangen. (Heiterkeit.)

Beschließen Sie doch mal erst definitiv, und dann bin ich gern bereit zu unterhandeln. Ich bin in einer Sache, in der ich mich selbst für einen Sachkundigen nicht halte, nicht so eigensinnig, daß ich guten Gründen nicht zugänglich wäre; wenn ein Reichstagsbeschluß vorliegt, dann wollen wir die Sachkundigen, auch andere als den Herrn Vorredner, gern hören, und dann sind wir vollständig bereit, über die Sache zu unterhandeln. Ich bin auch in keiner Weise abgeneigt und bin dankbar für die Anregung, dann eine Kommission von Sachverständigen zu berufen und mit denen die Sache zu beraten. Aber erst bitte ich im Namen der Regierungen um einen fertigen Reichstagsbeschluß und muß, nicht im Namen der Regierung, aber in meinem eigenen die Ansicht aussprechen: Solange wir mit den Verweisungen in Kommissionen und halben Beschlüssen und Liegenlassen abgespeist werden, halte ich es für eine berechtigte Taktik der Regierung, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und jedes Jahr dieselbe Vorlage zu wiederholen, bis sie ein responsum des Reichstags mit Ja oder Nein bekommen; darauf haben wir, glaube ich, ein Recht! (Bravo!)

Nachdem Fürst Bismarck dem Abg. Karsten dasselbe erwidert hat, wird die Vorlage einer Kommission überwiesen. Dann kommt der Entwurf über die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten erneut zur Beratung. Danach soll in Gemeinden, die eine Mietssteuer erheben, für die Dienstwohnungen der Reichsbeamten der Mietwert nicht höher als mit zehn Prozent des Diensteinkommens bemessen werden. Abg. August Reichensperger tadelt die Einrichtung der Dienstwohnungen überhaupt und findet die Bemessung des Mietwertes von 10 Prozent des Diensteinkommens außer dem gewöhnlichen Verhältnis von Einkommen und Miete, also zu niedrig. Er rät zur Überweisung der Vorlage an eine Kommission. Fürst Bismarck erklärt dazu:

Ich stehe den meisten der Wünsche, die der Herr Vorredner ausgesprochen hat, meinerseits nicht feindlich gegenüber, ich hatte nur gehofft, daß, wenn er weiter nichts gegen das Gesetz einzuwenden hätte, als diejenigen Stellen, die er amendiert wünscht, er sich dann mit etwas mehr Sympathie für den Hauptkern des Gesetzes, nämlich die Unabhängigkeit der Reichsbeamten von der Gemeinde, in der sie wohnen, wenigstens von jeder Willkür, die an sie ergehen kann — daß er sich für dieses Hauptprinzip mit mehr Teilnahme an dem Gesetz eingesetzt hätte mit seinem Einfluß.

Ich bin zuerst darin mit ihm vollständig einverstanden, daß ich möglichste Beschränkung der Dienstwohnungen auf die Fälle, für die sie unentbehrlich sind, wünsche, also zum Beispiel für große Zentralbehörden, die mit ihren Akten und ganzen Einrichtungen nicht der

Kündigung von dem Hauswirt und dem Umziehen ausgesetzt sein können, sei es hier in Berlin, sei es, daß es die Botschaften im Auslande betrifft, namentlich aber bin ich seiner Meinung über die vielen Inkonvenienzen, die mit den Dienstwohnungen verbunden sind, besonders nach den Traditionen unserer Baubehörden in den letzten Jahrzehnten. Ich kenne diese Dienstwohnungen alle ziemlich genau, und ich benutze diese Gelegenheit, um die Verantwortlichkeit für ihre Gestaltung von mir abzulehnen. Ich bin nicht hinreichend Sachkundiger, um selbst einen Bau der Art zu leiten, ich bin also notwendigerweise an die amtliche Technik gewiesen; in dieser bin ich aber nicht berechtigt, eine Personalveränderung vorzunehmen. Der Beamte, der die Sache leitet, gehört nicht zu denen, deren Dispositionsstellung ich beantragen kann, wenn er mir nicht zu Danke baut. Ich bin also gezwungen, mit dem Beamten zu wirtschaften, den ich habe. Ich bin mit den Leistungen, die daraus hervorgegangen sind, aus ähnlichen Gründen wie der Herr Vorredner nicht einverstanden. Die Herren brachen zum Teil in Heiterkeit aus über das Wort „Fassade", aber damit traf der Herr Vorredner gerade den richtigen Punkt; es wird hier, wie er sagt, von außen hineingebaut auf das Aussehen. Und nächst der Fassade ist es die kolossale Treppe, lebensgefährlich und ohne Geländer; ich erinnere nur an das Bankgebäude, an das Auswärtige Amt, wo die Treppe einen kolossal großen Raum einnimmt und den Wohnraum außerordentlich einschränkt. Das dritte Erfordernis für Baubeamte sind die Prunksäle, die für Vermögen und Gehälter berechnet sind, die wir bei uns gar nicht haben, Säle, die im Gebäude einen großen Teil der häuslichen Bequemlichkeit und des Bureauraumes wegnehmen. Ich erinnere namentlich an das Gebäude in der Voßstraße für das Reichsjustizamt und an unser jetziges Handelsministerium. Ja, die Säle, die da sind, sind ohne jedes Judizium in Bezug auf die Gehaltsbeirätigkeit der Bewohner angelegt, sie stehen leer, und der Nutznießer ist in Verlegenheit, wie er sie möblieren und benutzen soll, er gibt sie zu Wohltätigkeitsausstellungen her; deshalb werden sie aber doch nach ihrem objektiven Wert zur Mietssteuer angesetzt; ob er diese riesigen Korridore und Prunksäle benutzen kann, danach wird von seiten der Stadtbehörde nicht gefragt. Wie viel nutzloser Raum, wie viel toter Raum in dem Hause ist, das wissen die Herren nicht, sie kommen ja nicht in die Häuser hinein, wenn sie taxieren. Das sind wirkliche Inkonvenienzen bei den Bauten für die Dienstwohnungen. Im Auswärtigen Ministerium wird das Beziehen der Dienstwohnung verweigert wegen der mephitischen Dünste darin; die Leitung der Kloakenverbindung ist derart auch in dem Hause, welches ich bewohne, daß ich fortwährend zu Änderungen genötigt bin, weil die Kloakenröhren ohne Sachkunde angelegt sind, in das einfache, rohe, poröse Mauerwerk hinein, wo die Dünste durchdringen und durch die Dielen herauskommen. Das sind Schäden der Dienstwohnungen, ganz unabhängig von denjenigen, die uns heut beschäftigen.

Wenn der Herr Vorredner dann sagt, 10 Prozent ist zu niedrig, so ist mir das ziemlich gleichgültig. Die allgemeine Präsumption ist dafür, daß ein Beamter in einer Stadt wie Berlin im großen und ganzen 20 Prozent, den fünften Teil seines Einkommens, für seine Unterkunft zu verwenden hat. Es trifft auch das nicht immer zu, namentlich bei ärmeren Leuten steigt es auf ein Viertel, ja, wenn die Leute Kinder haben, selbst auf ein Drittel ihres Gehalts. Zum Beispiel Kanzleidiener — es entschlüpft mir da immer wieder die Talerrechnung — die 400 oder 500 Taler Einkommen haben, sind, wenn sie verheiratet

und kinderlos sind, genötigt, 140 bis 150 Taler für ihre Wohnung zu geben, wenn ihnen ihr Dienst nicht die Möglichkeit gewährt, weit außerhalb der Stadt zu wohnen und auf einer Omnibuslinie das Hereinkommen zu besorgen; dann allerdings können sie billiger wohnen; aber haben sie Kinder, dann wird es ihnen schwer, unter 200 Taler in der engeren Stadt ein Unterkommen zu finden, sie sind notwendig gezwungen, zur Vorstadt ihre Zuflucht zu nehmen. Aber damit wäre ich vollständig einverstanden, wenn der Herr Vorredner ein Amendement stellte, die Grenze, bis zu welcher die Kommune eine Dienstwohnung einschätzen kann, auf 20 Prozent des Diensteinkommens zu setzen anstatt 10 Prozent, das würde ich akzeptieren; mir ist der finanzielle Betrag so außerordentlich wichtig nicht, sondern nur die Stellung der Reichsbeamten zu den Gemeinden, die Unabhängigkeit von willkürlichen Einschätzungen.

Der Herr Vorredner hat uns gesagt, zu welchem Preise in Köln ein Beamter eine „anständige, seiner sozialen Stellung entsprechende" Wohnung in der Regel finden könnte, und ist auch da auf den Satz von 20 Prozent, ein Fünftel des Einkommens, gekommen. Ich glaube, man kann ihn auch hier festhalten; ich würde zum Beispiel für einen preußischen Minister in Berlin, der 12 000 Taler Gehalt hat, der Meinung sein, daß nach der Gegend, wo er wohnen will, für höchstens 3000 Taler eine „anständige, seinen sozialen Verhältnissen entsprechende" Wohnung beschafft werden kann, soweit es für seinen Privatgebrauch erforderlich ist. Auch ich würde dafür wohnen können, und wenn ich frei wäre, würde ich überhaupt nicht in Berlin wohnen, ich habe Häuser genug, die ich lieber bewohne, und Orte, die angenehmer sind zum Aufenthalt.

Ich wiederhole, mir ist die Finanzfrage vollständig gleichgültig; wenn ich auch nur in einem einzigen Jahre meine Ausgabe in dem Hause, das ich bewohne, von dem Dreifachen auf das Doppelte meines Gehalts herunterzusetzen will, so erspare ich die Summe, um die es sich handelt, auf 100 Jahre; das könnte ich ja sehr leicht tun, das hat für mich keinen Wert, es ist rein die Frage der Würde und Unabhängigkeit der Reichsbeamten gegenüber den Kommunalbehörden, die für mich vorliegt.

Also ich könnte nach meinem Geschmack gut und behaglich für 3000 Taler wohnen — ich bin eingeschätzt auf 8000 Taler, der Wert meiner Privatwohnung, und wenn Sie sie vermieten wollten, glaube ich nicht, daß Sie 3000 Taler bekämen. Sie sehen also — es ist das aber gleichgültig.

Der Herr Vorredner wollte nachher auch die Repräsentationskosten in die Berechnung ziehen. Ich habe auch dagegen für meine Person nichts einzuwenden, es handelt sich hier aber in der Hauptsache um ein preußisches Gesetz, nach dem wir leben; ich weiß nicht, wer noch als preußischer Minister außer mir Repräsentationskosten hat — ich gebe sehr gern meine Zuschüsse in den Kauf, wenn nur die Höhe überhaupt limitiert wird, daß man nicht der beliebigen Einschätzung unterliegt — also dem würde ich nicht widersprechen, weder in Beziehung auf die Einbeziehung der Repräsentationsgelder, noch in Beziehung auf die Heraufsetzung der 10 auf 20 Prozent. Ich gehe aber nach einer anderen Richtung weiter wie der Herr Vorredner. Nämlich meines Erachtens muß jeder politische Minister dahin wirken, daß die Mietssteuer überhaupt ganz abgeschafft werde. Die Mietssteuer ist eine der unvollkommensten, drückendsten, nach unten hin wachsende, sogenannte degressive Steuer, eine der unbilligsten, die überhaupt gefunden werden kann. Sie besteht deshalb auch nur in

außerordentlich wenigen Städten, außer in Berlin nur in Frankfurt am Main, Danzig, Halle, Emden, Ottensen usw., im ganzen überhaupt nur in neun preußischen Städten; in den anderen Städten außer Berlin besteht sie aber zu einem so mäßigen Satze, daß die Unbilden davon allenfalls getragen werden können. Von der gesamten Mietssteuer, die in diesen neun Städten aufkommt, kommen auf Berlin 98 Prozent und auf die anderen acht Städte nur 2 Prozent. Es ist ferner bemerkenswert, daß der Berliner Magistrat in einer mir hier vorliegenden Eingabe vom 16. Februar 1869 selbst weit entfernt ist von der Überzeugung, daß dies eine gerechte Steuer sei; nichtsdestoweniger aber erhebt er nach dieser Steuer 48 Prozent, also nahezu die Hälfte seiner gesamten städtischen Besteuerung. In dieser Eingabe heißt es — es ist eine Erwiderung nämlich auf eine ministerielle Ansicht, daß die Mietssteuer eine Art von Einkommensteuer wäre — es erwidert der hiesige Magistrat:

„Es wird keinem Zweifel unterliegen können, daß die erste Bedingung und Voraussetzung, um der Mietssteuer den Charakter einer Einkommensteuer beizulegen, die sein müßte, daß die Mietssteuer die verschiedenen Einwohner und Einwohnerklassen auch nur in ungefährem Verhältnis zu ihrem Einkommen belastet, daß sie sich mit anderen Worten in ihrer Höhe nach dem Einkommen reguliert; gerade das Gegenteil trifft aber bei der Mietssteuer in zahlreichen Fällen zu, und ihr Hauptvorwurf ist wesentlich stets aus ihrer Unverhältnismäßigkeit zu der Höhe des Einkommens herzuleiten gesucht."

Und nach dieser Steuer erhebt der Berliner Magistrat 48 Prozent seines Steuereinkommens überhaupt!

„Wir dürfen nur auf die Gewerbetreibenden hinweisen, welche häufig einer sehr hohen Mietssteuer unterliegen und ein verhältnismäßig sehr geringes Einkommen beziehen; wir dürfen nur auf die überaus große Anzahl sehr wohlhabender und reicher Einwohner hinweisen, welche oft zur Befriedigung ihres Wohnungsbedürfnisses eine verhältnismäßig sehr unbedeutende Ausgabe machen und infolgedessen einer unbedeutenden Steuer unterworfen sind."

Das ist die Charakteristik, die der Berliner Magistrat selbst der Mietssteuer gibt, die er erhebt, nichtsdestoweniger sind Versuche, sie abzuschaffen, sie zu ändern, nach keiner Seite hin jemals gemacht worden. Im Gegenteil, als in der Erwiderung auf diese Petition die beteiligten Ministerien der Stadt den Gedanken nahegelegt haben, die Mietssteuer abzuschaffen und statt dessen andere Steuern einzuführen, ist die Stadt auf diese Anregung nicht wieder zurückgekommen und hat sie fahren lassen. Die Stadt ist also entschlossen, diese, wie sie selbst sagt, „mit dem Einkommen in gar keiner Beziehung stehende" Steuer, von der sie aber dennoch die Hälfte ihres Aufkommens an Steuern bezieht, beizubehalten. Ich halte diese Steuer um so mehr für reformbedürftig, als sie, wie ich schon erwähnte, den Armen ganz unverhältnismäßig höher trifft als den Reichen und unter den Armen den Kinderreichen wieder höher als den Kinderlosen, und es liegen in dieser Steuer ganz andere Härten als in den so viel und auf ganz unbegründeten Voraussetzungen behaupteten Belastungen des armen Mannes durch die Korn- und Petroleumzölle. (Sehr richtig! rechts.)

Die Stadt Berlin erhebt an Mietssteuer — mir stehen nur die Daten von 1876 zu Gebote, die anderen sind mir noch nicht zugegangen — beinahe 10 Millionen Mark; sie hatte damals Einwohner nicht ganz 1 Million, man kann also sagen, sie nahm etwas über 10 Mark auf den Kopf. Denken Sie sich diese Steuer im ganzen Deutschen Reiche aus-

gebreitet, so haben Sie eine Besteuerung von 450 Millionen Mark direkter Steuern. In diesem Maßstabe besteuert also die Stadt Berlin ihre Eingesessenen, und namentlich die ärmeren, wie ich vorhin schon berührt habe, schärfer als die wohlhabenden. Es ist meines Erachtens eine der dringendsten Aufgaben der preußischen Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieser reformbedürftige Zustand in der Hauptstadt des Deutschen Reiches aufhöre, und ich glaube, sie wird damit auch wesentlich zur Befriedigung namentlich der großen Massen armer und mitunter erwerbsloser Leute beitragen, wenn sie diese bis in das Kleinste hinein treffende Steuer beseitigt. Der Schlafbursche muß seine Mietssteuer zahlen, nur ist der Hauptmieter, dessen Aftermieter er ist, genötigt, sie auszulegen. Daher die Sicherheit des Eingangs, da diesen Hauptmieter sofort die Exekution trifft, wenn er nicht auslegt. Also der Mann, der nichts weiter hat als die Schlafstelle, die er mietet, der in der ganzen übrigen preußischen Monarchie sonst steuerfrei ist, wird in Berlin, wenn er überhaupt ein Unterkommen haben will, zu dieser Steuer herangezogen; denn natürlich wird sie auf die Miete aufgeschlagen.

Ich muß überhaupt bei dieser Gelegenheit bemerken — und da wir genötigt sind, hier in Berlin zu tagen und zu wohnen, so ist die Bemerkung auch nicht unberechtigt — daß mir das Finanzsystem dieser Stadt, die wir zu bewohnen gezwungen sind, im allerhöchsten Grade reformbedürftig scheint und den Aufgaben, die einer so großen Verwaltung gestellt werden müssen, in keiner Weise entspricht. Es hängt das ja zusammen mit den Steuer- und Zollreformen, die ich überhaupt erstrebe, die die Mittel dazu geben können. Es liegt das zum Teil darin, daß die Verwaltungen unserer großen Städte nicht ohne Einwirkung der Theorie und der Politik geführt werden, daß nicht die wirtschaftlichen Interessen allein maßgebend sind, sondern daß diejenigen politischen Theoreme, die im Staatsleben die beteiligte Stadtverwaltung über Steuern überhaupt hat, schon aus prinzipiellen Gründen auf die Stadt — zu deren Schaden — übertragen werden. Sonst ist es mir ganz unverständlich, wie eine Stadt wie Berlin auf die letzten Residuen ihrer indirekten Einnahmen hat verzichten können und einen so ungeheuren Bedarf, wie ihn eine so große Stadt nötig hat, mit direkten Steuern aufzubringen unternommen hat.

Dieser Versuch zeugt meines Erachtens bei den Herren, die ihn gemacht haben, von einer Unbekanntschaft mit den Traditionen des Steuerwesens überhaupt, und von einem nicht sehr nachdenklichen Experimentieren mit dem Schicksal der großen und besitzlosen Massen, die in den großen Städten wohnen. Durch Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer ist der ganze Fremdenverkehr in Berlin steuerfrei geworden. Wie groß der ist, das kann ungefähr daraus geschlossen werden, daß im Jahre 1877 die mit der Eisenbahn in Berlin angekommenen Personen im Laufe des Jahres 4 494 000 betrugen und im Jahre 1878 4 713 000. Wenn auch mancher Berliner mit dabei ist, wenn auch Leute dabei sind, die nichts oder wenig verzehren, so sind doch ganz gewiß darunter mehrere Hunderttausende, wenn nicht Millionen wohlhabender Leute, die teils zu ihrem Vergnügen herkommen, teils hier durchreisen und früher ein sehr hübsches Item der Berliner Steuern tragen halfen. Es muß also, was früher der reiche Fremde zahlte, jetzt der arme Mann in Berlin und der kleine Beamte mit kümmerlichem Gehalt im Wege der Mietssteuer zum großen Teil aufbringen, lediglich wegen des Mangels an Geschick und Umsicht und des Mangels an Aufsicht seitens der Regierung über eine für das Gesamtwohl des Staates so erstaunlich

wichtige Verwaltung, wie die finanzielle Verwaltung von Berlin ist. Wenn ein Abgeordneter[2] neulich sagte, daß die Zollgesetzgebung, die der Reichstag und die verbündeten Regierungen votiert haben, ein „gewaltiges Fiasko" gemacht hat, so muß ich sagen, gegen das Fiasko, was die zwanzigjährige Berliner Finanzwirtschaft gemacht hat, ist jene Staatsfinanzwirtschaft noch ein glänzender Erfolg. Und dergleichen verschwenderische Experimente geschehen in einer Stadt, die keineswegs in dem Maße wohlhabend und in ihren Verhältnissen rangiert ist wie andere Städte von derselben Größe. Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit erwähnt, daß mir aus statistischen Daten zugekommen ist, daß der Feuerkassenwert der Berliner Häuser etwas über 1900 Millionen beträgt, die Hypotheken aber, die darauf eingetragen sind, über 2 Milliarden; der Wert unter 2 Milliarden, die Schulden über 2 Milliarden. Wenn man in solchen Verhältnissen lebt, sollte man doch dem Berliner Bürger und Einwohner die Rücksicht schulden, daß man nicht eine so harte und nach dem Bekenntnis des Magistrats selbst so ungleiche Steuer, wie die Mietssteuer ist, 20 bis 30 Jahre unverändert beibehält und nicht nachdenkt über Reform und keinen Versuch dazu macht; es liegt bei der Regierung kein Antrag vor der Art. War es die Überzeugung, daß in der Stadtverwaltung alles wie bei Candide auf das Vortrefflichste in der Welt bestellt ist? Ich möchte den regierenden Häuptern der Stadt ans Herz legen, etwas mehr Fürsorge für die Armen zu haben und aus diesem Grunde eine Änderung in dem Steuersysteme vorzunehmen, die dem Tragen des gewaltigen Bedarfs einer so großen Stadt etwas mehr Rechnung trägt. Ich möchte sie auch bitten, mit Rücksicht auf den ärmeren Teil ihrer Bevölkerung die Bestrebungen zu unterstützen, von denen die Reichsregierung im Bunde mit der preußischen geleitet ist, aus den Staatsrevenuen abgeben zu können an die Gemeinden, um ihnen tragen zu helfen einen großen Teil der Lasten, die ihrem Ursprung nach Staatslasten sind, die der Staat per fas et nefas auf die Gemeinden abgewälzt hat, und für deren Leistung der Staat wenigstens die moralische Verpflichtung hat, erhebliche Zuschüsse zu machen. Um diese Zuschüsse machen zu können, müssen aber höhere, indirekte Steuern erhoben werden, denn Sie wollen doch nicht die Mietssteuer verdoppeln oder verallgemeinern im Reich, so daß 450 Millionen im Reich durch Mietssteuer aufgebracht werden. Also Sie werden indirekte Steuern bewilligen müssen, wenn Sie dem Armen helfen wollen, wenn Sie den Regierungen helfen wollen, den Gemeinden einen Teil der Schullast abzunehmen, so weit es sich um den Elementarunterricht handelt. Das ist eine Staatslast, denn der Staat fordert den Unterricht, daß jedes Kind so viel lernen soll, der Gemeinde ist es gleichgültig. Der Staat ist zu Beiträgen verpflichtet. Ebenso die Armenlast zum großen Teil. Es ist unbillig, daß die gesamte Armenlast dem Ort zur Last falle, wo der Anlaß dazu entsteht. Es liegt hier auch wiederum nicht in der Geschichte und in dem Naturrecht, daß die Pflicht zur Armenpflege existiert, sondern es ist die Gesetzgebung des Staates, der das Gesetz geschaffen hat, daß niemand verhungern soll. Vor Erlaß des Preußischen Landrechts konnte jeder das besorgen, wie er wollte, und es gibt noch heut Länder ohne Armenrecht. Kurz und gut, die Armenpflege ist eine Staatslast. Dann ist die erhebliche Polizeilast, die man Berlin aufgebürdet hat, eine Staatslast. Wenn ich die Ehre hätte, Mitglied des Magistrats zu sein, würde ich seit Jahren nicht geruht haben, in meinem öffentlichen Auftreten und in der Vertretung im Parlamente von Berlin dafür zu sorgen, daß diese meines

[2] Abg. Richter.

Erachtens vom Staate zu tragenden Laſten auch vom Staate wenigſtens teilweiſe übernommen werden, und daß den Gemeinden Sublevationen gewährt werden. Um dieſe Sublevationen zahlen zu können, um die Gemeinde Berlin in den Stand zu ſetzen, daß eine ſo ungerechte, von ihr ſelbſt für ungleich erachtete Steuer wie die Mietsſteuer abgeſchafft werde, bedarf es der Bewilligung indirekter Steuern auf Tabak, Branntwein und andere Luxusgegenſtände. Wenn Sie uns das verſagen und werfen uns vor, durch die Zölle nehmen wir den Armen das Brot, ſo verhindern Sie den Staat, die Armenlaſt zu erleichtern. Die Gemeindeverwaltung und die Oppoſition gegen die Vermehrung der indirekten Steuern ſind es, die dem armen Manne mehr auflegen, und nicht die Zölle ſind es. Die direkten Abgaben, wie ſie beſtehen, ſind die härteren; ſie treffen das Recht zu exiſtieren, jede direkte Steuer trifft nicht das Brot des Armen, ſie trifft ſein Recht zu atmen. Der Exekutor iſt da, wenn er nicht zu rechter Zeit zahlt, und der ganze Haushalt einer Familie wird umgeworfen und zurückgeſtürzt in die unterſte Stufe ſeiner Mitbürger durch eine einzige Steuerexekution; durch ſie wird eine Kalamität über eine Familie gebracht, die ſich ſchwer wieder verwinden läßt, namentlich bei der Schnelligkeit der neuen Juſtizeinrichtungen, wo nicht einmal das Mobiliar zum Werte verkauft wird. Ich führe beiſpielsweiſe an, daß die direkte Beſteuerung in Paris auf den Kopf 12 Francs, alſo ungefähr 9 bis 10 Mark beträgt; in Berlin aber 21 Mark, nach dem mir vorliegenden ſtatiſtiſchen Material, alſo in Berlin mehr als das Doppelte auf den Kopf. Nun ſagen Sie mir: Ja, Paris erhebt dafür ſo und ſo viel Abgaben an Oktroi an den Toren, die das Leben verteuern. Ich frage jeden, der in Paris geweſen iſt, ob das Leben dort in der Tat teurer iſt. (Rufe: Ja! ſehr!) Es kommt ſehr darauf an, welche Vergnügungen man aufſucht. (Große Heiterkeit.)

Wenn jemand in Paris längere Zeit gewohnt hat, wenn er andere oktroipflichtige Städte in Frankreich in der Provinz beſucht hat, ſo muß er geradezu erklären, es lebt ſich dort wohlfeiler. Wenn ich mich in Paris in einem eigenen Quartier oder ſelbſt in einem chambre garnie bürgerlich einmieten und leben will, und da appelliere ich an diejenigen unſerer Handwerker, die etwa in Paris gelebt haben, ob ſie nicht dort für ihr Geld mehr haben, jedenfalls beſſer leben wie in Berlin. Wir lebten auch in Berlin beſſer zur Zeit der Mahl- und Schlachtſteuer. Die Preiſe waren wohlfeiler; es mag ſein, daß inzwiſchen höhere Viehpreiſe beſtehen, aber man war früher ſicher, immer gutes Fleiſch zu haben. Es gab damals weniger Metzger, aber das Leben war beſſer und wohlfeiler, und durch die, wie ich glaube, nicht geſchickte Abſchaffung der indirekten Steuern hier iſt das Leben teurer und ſchlechter geworden; alſo halb Reuleaux, aber die ſchlechtere Hälfte davon. Der Geheime Rat Reuleaux nannte unſere Produktion billig und ſchlecht, ich nenne dieſe Steuerart teuer und ſchlecht.

Ich wiederhole alſo, daß mein erſtes Beſtreben dahin geht, eine ſo ungleiche und ungleich treffende Steuer abzuſchaffen. Die Mietsſteuer beträgt für Nichtbeamte $6^2/_3$ Prozent von der bezahlten Miete; es iſt dies ein außerordentlich hoher Anſatz; für die Beamten nur $3^1/_3$ Prozent. Aber auch ſelbſt für dieſe, wenn man zugibt, daß die Mietstaxe bis zur Höhe von 87, 84, bei einigen 60 Prozent des Dienſteinkommens geht, da kommt man in einzelnen Fällen mit der bloßen Mietsſteuer ſchon ſo weit, daß das Maximum, was die Gemeinden von den Geldern erheben ſollen, nämlich 2 Prozent von dem wirklichen Gehalt, allein ſchon aus der Mietsſteuer gedeckt wird. Nun können Sie prozentualiſch ſehr leicht

wahrnehmen, wie viel mehr als 2 Prozent bei 3⅓ Prozent von 80 Prozent Zuschlag zur Erhebung kommen. Ist das eine gerechte Verteilung der Lasten im Sinne des Gesetzes? Die natürliche in der Mietssteuer nach den Erklärungen des Magistrats selbst liegende, unverbesserliche Ungleichheit und „Unverhältnismäßigkeit zum Einkommen", wie der Magistrat sich ausdrückt, wird nun außerordentlich noch gesteigert durch die Art, in welcher dieses Prinzip auf die Reichsbeamten, und ich vermute auch auf die preußischen — das weiß ich nicht — in Berlin angewendet wird. Diese Beamten, deren Gehälter bis zu 600 Mark und selbst noch weiter heruntergehen — ich finde hier welche, die bei 600 Mark Gehalt 10 Mark Mietssteuer zu zahlen haben, ich weiß nicht, welche Stufe der Klassensteuer das an und für sich sein würde, mit 10 Mark, mit 3⅓ Talern, ich habe das nicht genau in Erinnerung; aber es ist jedenfalls eine ungewöhnlich hohe Besteuerung für jemanden, der in der Wahl seines Aufenthalts durch sein Amt beschränkt ist und diesen Druck empfindet. Ich habe das Gefühl, daß der Beamte in der Gemeinde, die ihn besteuert, nicht das Maß von Schutz hat, auf das er Recht hat. In die Stadtverordnetenversammlung wird er nicht gewählt, er hat nicht die Zeit, nicht den Einfluß, nicht das Vertrauen dazu, weil er dort eben nicht als rechter Bürger, als Angehöriger der Stadt betrachtet wird, er ist eine Art Zugvogel, der keine Schonzeit hat. Was man ihm abnehmen kann, ist für den Stadtsäckel, und ich kann nicht behaupten, daß die Beamten mit dem billigen Wohlwollen und mit Gleichheit behandelt würden. Es widerspricht diese Stellung der Beamten dem alten oder dem neuen Satz in unserem Recht, daß man keine Steuern zahlen soll, bei deren Bewilligung man nicht beteiligt ist. Nun ist der Beamte notwendig unbeteiligt bei der Bewilligung der städtischen Abgaben, er hat gar nicht die Möglichkeit, darauf Einfluß auszuüben und auch nur eine Wahl anzunehmen, man könnte ja sonst einen resoluten und streitbaren Beamten wählen, dann wäre diese Ungleichheit beseitigt. So aber, wie es liegt, bin ich der einzige Vertreter der Sache und wohl der einzige, der den Druck, unter dem die Beamten in Berlin leben, an die große Glocke hängen und geltend machen kann und zugleich den stark reformbedürftigen Zustand des städtischen Steuerwesens der Residenz öffentlich als solchen kennzeichne.

Dies zwingt mich, noch auf ein Thema zurückzukommen, was ich gestern nicht zur Freude aller meiner Zuhörer effloriert habe. Wir sprachen von der politischen Parteinahme der Staatsbeamten, der Richter. Ich erlaube mir zu sagen, daß ich vom Richter die höchste Unparteilichkeit verlange und das mindeste Maß der politischen Parteinahme, vom Staatsbeamten schon ein gewisses Zugeständnis der Parteinahme, aber der städtische Beamte, der gar keine Schranken in dieser Beziehung hat, die der Kritik anheimfallen könnten, kann meines Erachtens, so wie sein Gewissen es ihm immer erlaubt — und Gewissen sind ja von verschiedener Qualität —, sich jedem Parteieindruck hingeben und ihn überall anbringen, wo er Gelegenheit dazu hat.

Ich komme auf die Frage der Würde und Unabhängigkeit der Beamten. Wenn auf die Wahl eines Abgeordneten oder auf seine Abstimmung der leiseste Druck von Einfluß geübt worden ist, so wird, wie wir das gestern erlebt haben, eine große Empfindlichkeit darüber laut. Darf nun ein Mitbürger, der in sehr viel einflußreicherer Stellung wie der einzelne Abgeordnete sich befindet, von dessen Entschließung und Stimmung sehr viel mehr für die Entwicklung unseres Ganzen abhängt —, ich meine, ein Minister, darf der solchen

Maßregelungen ausgesetzt sein? Ich will dabei ganz unparteiisch verfahren, ich will nur zuerst ein Erlebnis erwähnen, was ja einen Anklang hat an die Organisationsfragen, die uns kurz vorher in Preußen beschäftigt haben. Ich habe mit meinem Gute Varzin früher dem Kreise Schlawe angehört. Der Kreisausschuß befand sich unter der Leitung ganz fester politischer Gegner von mir von der äußersten Rechten, und ich habe denn doch als Minister in meinem Privatleben für meine amtlichen ministeriellen Sünden zu büßen gehabt, bis ich sah, daß ich schließlich der Schwächere war, und die Flucht ergriff. Mir war die Tür offen. Ich hatte die Klinke zur Gesetzgebung und bewirkte, daß ich aus dem Kreise Schlawe ausgeschieden und in den duldsameren Rummelsburger Kreis übergeführt wurde. (Heiterkeit.)

Wenn, meine Herren, auf diese Weise in unseren Einrichtungen ein Ministerpräsident, wie Sie sagen, „ein so mächtiger Mann im Lande, der alles kann," nicht einmal einem Kreisausschuß gegenüber zu dem Gefühl kommen kann, unparteilich behandelt zu werden, wie soll in so großen, mächtigen Verhältnissen, in einer an der Politik so anteilnehmenden Stadt wie Berlin nicht ähnliches der Fall sein? Ich könnte mich ja damit irren, aber ich habe den Eindruck, daß bei diesen Einschätzungen manche Menschlichkeiten doch mit unterlaufen. Mir ist von einem Bürger hier gesagt worden: Der uns einschätzende Mann ist zum Beispiel ein Spezereihändler, und wir haben das Gefühl, daß er die Kunden, die von ihm nehmen, milder behandelt als die, welche nicht von ihm nehmen. Allerdings können Empfindlichkeit, Neid bei solchen Einschätzungen sehr leicht Irrtümer veranlassen. Ich bin nicht der einzige, aber auch ich habe gegenüber der Stadtverwaltung ungefähr das Gefühl gehabt, was ein Abgeordneter haben würde, der nach einer Session, wo er die Regierung heftig und scharf angegriffen hat, plötzlich in seiner Einkommensteuer oder sonstigen Steuer zur Strafe um 50 Prozent erhöht wird.

Ich hatte früher meine alte, mich sehr befriedigende und behagliche Wohnung, in der ich gern war, und wie ich überging in die jetzige, so wurde ich in der Einschätzung von 9000 Mark auf 15 000 Mark erhöht. Mir war das unerwünscht, und ich war dagegen, da schon die 9000 Mark ganz sicher 50 Prozent mehr waren als das, wofür man mein altes Haus, soweit ich es privatim bewohnte, überhaupt je hätte vermieten können. Ich habe nie in meinem Leben seit meiner Studentenzeit so beschränkt gewohnt wie in meinem alten Hause, weil ich früher entweder immer auf dem Lande oder doch in großen, auswärtigen Quartieren gewohnt habe, aber ich habe dazu geschwiegen. Wie ich nun übersiedelte, so wurde ich plötzlich auf 15 000 Mark in meinem neuen Hause eingeschätzt. Ich weiß nicht, wer die Wohnung kennt, und wenn ich auf diese Sache eingehe, so bin dabei wirklich, wie ich schon vorhin sagte, finanziell nicht interessiert. Wenn Sie immer wohlhabende Reichskanzler haben, können Sie das tun; einer, der sein Geld nicht zu Rate hält, wird gleichgültig darüber sein, aber es ist doch zur Kritik unserer öffentlichen Einrichtungen zu erwähnen. Ich wurde also für einen Mietwert, wo ich unparteiisch auffordern will, auch nur 3000 Taler Miete dafür zu erlangen, für meine Privatwohnung wurde ich auf 15 000 Mark eingeschätzt. Dagegen habe ich reklamiert, und was war die Folge? Ich wurde sofort — ich kann es nicht anders als in Beziehung mit meiner Dreistigkeit bringen, daß ich mich zu beschweren gewagt, und daß ich dieses Gesetz eingebracht hatte —, so wurde ich sofort auf 23 000 Mark in die Höhe geschnellt (Heiterkeit), und nach diesem fingierten Maßstab neu

besteuert. Durch diese Erhöhung, die ja wirklich — ich will keinen harten Ausdruck brauchen — aber verwunderlich sein muß für jeden, dem ich das Wertobjekt einmal zeigen könnte, für 8000 Taler, wer sich das ansehen möchte! Diese Schraube hat ja gar kein Ende! Man hat mich damit — ich bezahle es ja mit Vergnügen — auch zugleich in eine höhere städtische Einkommensteuerklasse künstlich gebracht. Dadurch, daß man den Wert meiner Wohnung von 15 000 auf nahezu 24 000 Mark setzte, überschritt mein putativ fingiertes Einkommen nun die Klassengrenze, aber ich habe ja keine Revenuen aus diesem Hause, ich überschritt indes nun die Grenze der nächsten Einkommensteuerklasse, und deshalb wurde erklärt, ich wäre aus Mißverständnis so niedrig wie im vorigen Jahre abgeschätzt worden. Ja, meine Herren, wenn ich nun unter allen den Eröffnungen, die ich darüber bekomme, die Namen „Runge, Hagen" lese, so kann ich mich nicht erwehren, ich fühle mich fortschrittlich angeweht. (Große Heiterkeit.) Das sind sehr bekannte Leute, Parteiführer, die eben ihren Namen gegeben haben. Ich kann nicht voraussetzen, daß die Herren besondere Liebe und persönliches Wohlwollen für mich besitzen, aber gerade deshalb sollten sie in ihrer amtlichen Eigenschaft den politischen Gegner mit Schonung behandeln, in dem unbeschränkten Mandate, welches die regierenden Stadtherren haben. Die Tendenz dieses Gesetzes ist ja nur, solchen Bedenken, die in einem politisch nicht sehr mißtrauischen Menschen, wie ich bin, vielleicht auftauchen können, die Spitze abzubrechen. Setzen Sie uns mit den Stadtverwaltungen auseinander, indem Sie uns einen festen Satz einführen, meinetwegen 20 Prozent, wir wollen nur nicht der Willkür unterliegen (Oho! — Unruhe); wir wollen auch nicht entfernt zu dem Verdacht gegen einen Mitbürger Anlaß haben, daß er sich durch Parteirücksichten leiten lasse. (Oho! — Unruhe.) Auch der finanzielle Betrag kann ja für eine so ungeheuer reiche Stadt wie Berlin nicht in Betracht kommen gegenüber den Beamten von 600 Mark Gehalt. (Unruhe. Ruf: Schamlos!)

Meine Herren! Das Wort „schamlos" ist ein ganz unverschämter Ausdruck, den ich hiermit zurückweise! (Große Unruhe.)

Reichstagspräsident von Goßler: „Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Ist der Ausdruck ‚schamlos' gefallen? Ich habe ihn nicht mit Sicherheit gehört." (Rufe: Ja!)

Fürst Bismarck:

Er ist gefallen, ich habe ihn gehört, dort (links) ein Herr, der selbst keine Scham kennt, hat ihn gebraucht. (Unruhe.)

Der Herr wird sich gewiß melden — die Herren, die neben ihm sitzen, werden es ja wissen. Der Herr wird doch den Mut haben, sich zu nennen?

Abgeordneter Struve: „Ja wohl! Ich bin es gewesen, Struve!"

Reichstagspräsident von Goßler ruft den Abgeordneten Struve zur Ordnung.

Fürst Bismarck:

Nun, ich bin nicht überrascht, von Herrn Struve da wundert es mich nicht.

Ich wollte auch nur diesen Vorgängen gegenüber bemerken, daß ich und mit mir wahrscheinlich die meisten Reichsbeamten zu der Klasse von Leuten gehören, die weniger auf hohes Gehalt als auf gute Behandlung sehen, und wenn wir dafür eine Garantie bekommen könnten, wenn wir gegen eine ungleiche Behandlung eine Deckung durch die Reichsgesetzgebung bekommen könnten, würden wir sehr dankbar sein. Sonst muß ich sagen, daß

meine Überzeugung so unumstößlich fest ist, daß ich, so lange ich lebe, ein Gegner der Mietssteuer bin und auf eine Reform der Berliner Stadtfinanzen dringen werde und auf den Schutz der Reichsbeamten auch nur vor der Vermutung einer Willkür.

Ich bitte Sie also, meine Herren, weisen Sie das Gesetz nicht so von der Hand. Der Herr Abgeordnete Loewe[3] — ich weiß nicht, welcher der beiden Herren Loewe — hat im vorigen Jahre gesagt, es sei das eine so unbedeutende Sache, mit der man sich so lange aufhalte. Ich möchte noch bemerken, Rechtsfragen, die das Recht und das Ehrgefühl einzelner verletzen, sind an sich nie unbedeutend, und die Steuerlasten, die notorisch den armen Mann ungerecht drücken, sind — das gebe ich zu bedenken — auch nicht unbedeutend.

Abgeordneter Struve fragt den Präsidenten, was er gegenüber dem Reichskanzler tun werde, der gesagt habe, der Ausdruck sei von einem Abgeordneten gefallen, welcher selbst keine Scham habe.

Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Ich habe zu meiner Rechtfertigung zu bemerken, daß ich diese Äußerung getan habe, bevor der Herr Abgeordnete die Güte gehabt, sich zu nennen. (Heiterkeit rechts.) Nachdem er sich genannt hat, nehme ich den Ausdruck zurück: — der Herr Abgeordnete kennt gewiß Scham. (Heiterkeit.)

Der Berliner Oberbürgermeister Abg. v. Forckenbeck erklärt die Aufhebung der Mietssteuer für unmöglich, die fast 10 Millionen von den 42 Millionen des Berliner Etats bringe. Ferner verteidigt er die Unparteilichkeit der Einschätzungsdeputation, die Bismarcks Dienstwohnung im Verhältnis zu andern noch niedrig taxiert habe; durch die Beamtenprivilegien entstehe der Stadt jetzt schon ein Schaden von 900 000 Mark. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich knüpfe zunächst an die letzte Bemerkung des Herrn Vorredners an. Er sagt, die Beamten wären daran schuld, daß die Stadt 900 000 Mark mehr ausgebe, wie sonst. (Zuruf links: Nein!) Ich glaube, er hat sich wohl unrichtig ausgedrückt, er hat wohl sagen wollen, daß sie 900 000 Mark weniger einnimmt, als sie einnehmen würde, wenn die Beamten — was eine große Ungerechtigkeit wäre — in ihrem Zwangsaufenthalt ebenso besteuert würden, als ob sie vollbürtige Bürger der Stadt wären. Dieser Ausfall wird wohl reichlich entschädigt durch den Zwang, der auf die Beamten gelegt wird, überhaupt hier zu wohnen und ihr Domizil zu haben, und wenn zum Beispiel der Stadt Berlin damit gedient wäre, von dieser Beamtenlast befreit zu werden — ich habe mich immer dem Gedanken nicht verschließen können, daß der Reichstag und die Zentralbehörden besser in einer anderen, weniger bevölkerten und der Unruhe weniger ausgesetzten Stadt wie Berlin ihre Sitzungen hielten (Bewegung), so würden wir ja dann sehen, ob Berlin eine große Erleichterung von dem Weggang der Beamten und der Verlegung der Reichsresidenz nach einem anderen Ort verspürt, wo es für uns vielleicht doch aus manchen Gründen angenehmer sein würde zu leben.

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß jene Behauptung, daß ein politischer Einfluß stattfände, unbegründet wäre, wegen der Mannigfaltigkeit der Instanzen. Ja, ich glaube, es ist eine weltbekannte Sache, daß in Berlin der Fortschritt regiert, ein fortschrittlicher Ring die Stadt beherrscht (Widerspruch links), der gar nicht zu durchbrechen ist. Wie kommt da irgendeine andere Partei auf? Sehen Sie bei den Wahlen, bei den Anstellungen, bei den Stadtverordneten — alle Instanzen gehören in ihrer Majorität der gleichen Fortschrittspartei an, einer Partei, die bei allen ihren ausgezeichneten Eigen-

[3] Loewe-Berlin.

schaften ich doch für eine der lebhaftesten in ihrer politischen Tätigkeit halte, die wir überhaupt haben, und die gerade mit am meisten geneigt ist, die politischen Empfindlichkeiten auf das Privatleben zu übertragen. Nehmen Sie (nach links) das nicht übel, das ist eine naturgeschichtliche Beobachtung, die ich habe machen können. Also zum Beispiel die lebhaftesten Ausdrücke der Entrüstung, die vorher von dieser Seite kamen, das lebhafte „Hört! hört!“ auf kurze Entfernung ist mir von keiner anderen Partei vorgekommen. Die Empfindungen in der Fortschrittspartei sind entschieden lebhafter wie in allen anderen. Ich will nicht sagen, daß die Fähigkeit, sich zu beherrschen, geringer wäre (Heiterkeit), aber es ist eben die Lebhaftigkeit der Empfindung, die Überzeugungstreue vielleicht stärker als bei anderen. Deshalb bricht sie auch in der Berliner Stadtverwaltung durch zum Schaden derer, der ihr nicht angehören.

Wenn der Herr Vorredner sagte, wenn mein Entwurf durchginge, so würde zum Beispiel der Meistbeerbte in der Steuer, Geheimrat Tiedemann, 6 Mark weniger bezahlen, so glaube ich, ist er da im Irrtum. Ich hoffe, ich habe dieses Register hier. Der Geheimrat Tiedemann zahlt gegenwärtig 252 Mark 60 Pfennig Mietssteuer. So hoch könnte er, wenn er also zu 20 Prozent, wie ich gern zugebe, seines Diensteinkommens veranlagt würde, niemals kommen. Es würde dann der Wert seiner Wohnung nicht zu 7000 Mark eingeschätzt werden können, sondern nur zu 1800, nämlich ein Fünftel von 9000, was der Betrag seines Gehalts ist. Diese Berechnung des Herrn Vorredners, obschon ich sonst seine Sachkunde in Berliner Details anerkenne, ist eine irrtümliche. Ich weiß nicht, wie das Exempel stimmen soll mit den 6 Mark. Mehr oder weniger muß das auf einem Irrtum des Herrn Vorredners beruhen. Finanziell ist die Sache ganz gleichgültig, 6 Mark mehr oder weniger; unser Bestreben als Beamte ist, von der Kommunalregierung und von dem Geiste, in dem sie betrieben wird, unabhängig zu sein, und wir verlangen nur Schutz und Deckung dagegen. Die Herren sagen: Wir trüben kein Wasser und üben keinen Einfluß. Wir Beteiligte haben andere Eindrücke: die Ihrigen sind gewiß berechtigt, aber die in der Stadt Regierenden haben nicht immer eine ganz genaue Kontrolle von den Eindrücken der Regierten. (Sehr wahr!) Die Steuerausschreibenden kennen nicht immer die Eindrücke der Steuerzahlenden. Ich freue mich, daß mir die Herren hier beistimmen, und ich hoffe, Sie werden mir in meinen Reklamationen gegen die allmächtige und für mich gänzlich inappellabele Stadtverwaltung beistehen. Ich bin verwiesen worden in meiner Appellation auf den Staat. Ich habe nicht so viel Zeit, um mich um meine Privatangelegenheiten zu bekümmern, daß ich das zur rechten Zeit hier erfahre. Ich habe auch keine Anzeige bekommen, es ist ein Irrtum. Wenn es Vorschrift ist, daß die Beteiligten benachrichtigt werden, so ist sie mir gegenüber nicht innegehalten worden. Ich bestreite das, und es wäre mir sehr lieb gewesen, ich würde bestimmt reklamiert haben, wenn ich irgendeine Instanz kannte. Ich habe mich an das Ministerium des Innern gewendet; es hat sich für inkompetent mir gegenüber erklärt und erklärt, es könne mir nicht helfen, und ich habe dann den Weg der Gesetzgebung betreten. Was der Herr Vorredner sagte von den 2 Prozent, so ist es ganz richtig, daß es darin steht, und ich selbst erwähnte es schon, die 2 Prozent können aber bei den fiktiven hohen Werten der Mieten, die eingeschätzt werden, nie zur Anwendung kommen, denn die 2 Prozent können das Kapital, von dem 2 Prozent berechnet werden, nie einholen. Es wird immer ein neuer fiktiver Mietswert dem Kapitale, von dem die

2 Prozent berechnet werden, zugeschrieben, obwohl die Häuser, die man bewohnt, nichts einbringen; sonst auf 2 Prozent des wirklichen Diensteinkommens, abgesehen von dem angeblichen Wohnungswert — zum Beispiel die Wohnung des Geheimen Oberregierungsrats Tiedemann, er bezahlt 250 Mark Mietssteuer, und 2 Prozent von seinem Gehalte von 9000 Mark, das wären erst 180 Mark, also wenn man bloß sein wirkliches Diensteinkommen, was er in Geld bezieht, rechnete, bezahlt er 72 Mark über die gesetzlich zulässigen 2 Prozent, wenn Sie ihm aber immer ein neues Einkommen beilegen dadurch, daß Sie den Mietswert der Wohnung höher schätzen — und dazu sind Sie ja nach dem städtischen Gebrauche vollständig berechtigt — so hat das ja keine Grenze, und es wird die Grenze der 2 Prozent dann immer von einer noch einmal so hohen Summe berechnet, nicht von 100, sondern von 180, und so ist es auch bei meinem Hause. Da hat die Einschätzung keine Grenze. Das Grundstück ist bekanntlich für 2 200 000 Taler gekauft, also könnte man als Mietswert ebensogut und mit ebensoviel Berechtigung, wie die mir angesetzten 23 000 Mark, auch 4 Prozent, ja, was die Hauskäufer gewöhnlich in Berlin berechnen, 6 bis 7 Prozent der Kaufsumme anrechnen, und Sie wären gerade so gut berechtigt, mir 4 Prozent von 2 Millionen Talern, also vielleicht 80 000 Taler Mietwert anzusetzen, wie 23 000 Mark.

Wenn der Herr Vorredner einige Data angeführt hat von benachbarten Häusern, so hat mich ganz außerordentlich überrascht, daß ihm entfallen ist, daß ich nicht die Miettsteuer von dem ganzen Hause zahlen kann, sondern nur von meiner Privatwohnung, die nicht ein Viertel des ganzen Hauses in sich begreift. Das ganze Erdgeschoß ist von amtlichen Lokalen eingenommen, es sind teils Büros darin, teils die notwendigen amtlichen Portiers und Kanzleidiener, teils diejenigen Zimmer, worin die Sitzungen der Minister stattfinden und ich die fremden Gesandten empfange, und ich habe nur ein einziges Ankleidezimmer unten. Oben habe ich fünf Zimmer; darauf beschränkt sich mein ganzer Privatanteil. Außerdem stehen drei oder vier Zimmer leer, abgesehen von den nicht zu besteuernden riesigen Korridors und Treppen. Wenn man das Gebäude von außen abschätzt oder nach dem Kaufwert, da muß ich sagen, diese Abschätzung ist gründlich und richtig. Ich bewohne viel weniger als ein Viertel des Hauses, welches so verbaut ist, daß die Treppen einen sehr unbilligen Raum einnehmen. Die Flügel sind eine nur einfache Kette schmaler Zimmer, und ich glaube deshalb, daß es sich mit den Palais des Fürsten von Pleß, Bleichröder und anderen nicht vergleichen läßt. Im Gegenteil, wenn das Grundstück des Fürsten von Pleß nur zu 65 000 Mark Mietswert abgeschätzt ist, was im Privatbesitz berechtigt sein mag, zum vollen Wert abgeschätzt zu werden, so kann ich immer behaupten, daß ich mit den 15 000 Mark schon zu hoch abgeschätzt war, denn ich bewohne kaum ein Viertel des Grundstücks, und es ist ganz außerordentlich ungerechtfertigt, wenn die Schraube noch um 50 Prozent mehr angezogen wird. Aber ich bin darauf gefaßt, daß ich das nächste Jahr auf 30 000 eingeschätzt werde. Ich habe keine weitere Möglichkeit mich dagegen zu wehren, wir sind ganz wehrlos gegenüber der städtischen Verwaltung. Also die Einschätzungen sind in keiner Weise niedrig, sondern sie sind ungerecht hoch, und ich fordere jeden Mietsverständigen heraus, ob die Zimmer, die ich persönlich bewohne, und die geräumiger sind, als ich sie mir sonst mieten würde, auch nur um 3000 Taler zu vermieten sein würden — da rufe ich jede Taxe heraus. Ich habe Wohnungen für Verwandte gesucht

und unter Umständen auch für mich angesehen und weiß, daß ich selbst „Unter den Linden", wo die Wohnungen noch teurer sind, für 3000 Taler das mieten kann, was ich brauche. Also meine Behauptung von der Unrichtigkeit der Einschätzung ist durch das, was der Herr Vorredner sagte, nicht widerlegt, er kann es auch nicht widerlegen, denn Fakta schlagen, und er ist nur unbekannt mit den Faktis. Wie kann er auch in dem weiten Bereiche der Millionen, die er regiert, alles einzelne wissen, er hat ja mehr zu tun im Reichstage und in der Politik! Die Werte, die er angegeben hat, existieren gar nicht, sie sind nicht vorhanden.

Nun der Tadel über meine Bemerkung, über politische Eindrücke, den muß ich mir ja gefallen lassen, ich tadle wiederum die Ahnungslosigkeit, mit der man sie abstreift. Als der Herr Vorredner sagte, die Mietssteuer sei eine Ziffer und er sie genau angab, da rief ein Herr hier: „Hört! hört!", wie wenn ich schlagend widerlegt worden wäre. Ich hatte gesagt, „unter 10 Millionen Mark". Der Herr Vorredner nannte 9 Millionen und etwas, und ich weiß nicht, welcher von den Herren daraus schließen wollte, als wäre ich recht widerlegt, nachdem meine Bemerkung von dem Herrn Oberbürgermeister genau bestätigt wurde. Ich habe mich ausdrücklich auf die Ziffern von 1876 berufen, weil mir die jetzige Zählung noch nicht vorlag, seitdem sind die Mietserträge zurückgegangen unter dem Druck der Mietssteuer, während die Bevölkerung gestiegen ist. Man hätte aus dem Steigen der Bevölkerung schließen sollen, daß auch die Wohnungen im Preise steigen würden; die Wohnungen sind aber unter dem Steuerdruck im Preise gefallen, und deshalb war mein Satz von 10 Mark pro Kopf, für das Jahr 1876, genau richtig. Ja, es ist noch eine Kleinigkeit, ein geringer Bruchteil mehr als 10 Mark in den Daten von 1876, die mir hier gedruckt vorliegen. Die Mietssteuer ist also so hoch, daß sie, auf das Reich verbreitet, 450 Millionen Mark Ertrag geben würde.

Wenn der Herr Vorredner nachher eine Berechnung anstellt, über die Vorteile, die Berlin aus der Steuer- und Zollreform ziehen könnte, nun, so möchte ich zuerst bitten, selbst von einem Betrage von 4 Millionen Mark, den er als den höchsten ausgerechnet, nicht so ganz gering zu denken. Wenn Sie 4 Millionen Mark Einnahme von den Staatssteuern hätten, so wären Sie imstande, beinahe die Hälfte der Mietssteuer nachzulassen. Das wäre eine außerordentliche Erleichterung, namentlich wenn Sie die geringeren Mieten von der Steuer befreiten. Mit diesen 4 Millionen Mark, die Sie selbst hoffen, aus der Steuerreform für sich abrechnen zu können, womit ich vollkommen übereinstimme — ich hoffe sogar noch mehr — da glaube ich doch, daß Sie den ärmeren Mietern eine ganz außerordentliche Wohltat erweisen könnten.

Ich gehe aber in meinen Reformbestrebungen noch erheblich weiter wie diese 4 Millionen. Ich will nicht bloß den Städten Zuschüsse nach Prozentsätzen von Steuern zahlen. Wir wollen in Preußen — und die Gesetzgebungen sind schon unter Falk vorbereitet und von dem jetzigen Ministerium — wir wollen die Schule in der Weise reformieren, daß den Gemeinden die Lasten des Elementarunterrichts ganz oder zum größten Teil abgenommen werden. Ist das ein so kleines Item? Mir ist die Ziffer der Schulausgaben für Berlin nicht gegenwärtig, aber ich müßte sehr irren, wenn sie nicht 6 oder 8 Millionen erreichte. Ich kann mich darin täuschen und will nur eine Vermutung aussprechen. Ich bin deshalb berechtigt, nach wie vor um Unterstützung der regierenden Herren der großen Städte zu

bitten, wenn ich die Zoll- und Steuerreform weiter ausdehne und anstrebe. Denn diesen großen Gemeinden müssen diese Massenausgaben, die eigentlich der Staat tragen sollte, wie Schule, Armenpflege, zum Teil abgenommen werden. Wenn die Herren die Reform unterstützen wollten, so würden sie, glaube ich, den Dank der von ihnen regierten Gemeinden mehr als durch die Bekämpfung erwerben, und sie würden der Regierung ihre Aufgabe sehr erleichtern. Vielleicht gestatten das politische Antezedentien und Überzeugungen nicht, aber hier sollte doch in Bezug auf die wirtschaftliche Pflege der Städte hauptsächlich deren wirtschaftliches Bedürfnis und nicht die politische Überzeugung maßgebend sein.

Wenn der Herr Vorredner ferner zu Gunsten der Mietssteuer angeführt hat, sie bestände seit 1815, ja dann ist man ganz erschreckt, daß diese ungeheure Summe von Ungerechtigkeit, die darin liegt, schon so lange dauert, und über die Geduld des ärmeren Volkes. Ich will nicht noch einmal verlesen, was ich vorhin verlesen habe, die außerordentlich scharfe Kritik über die Unverhältnismäßigkeit dieser Steuer zum Einkommen. Wenn das der Berliner seit 1815 ganz ruhig ertragen und nie eine Forderung gestellt hat, so muß ich annehmen, daß die Herren Stadtverordneten mit ganz anderen Fragen als mit den wirtschaftlichen Fragen ihrer Städte beschäftigt gewesen sind und sich um das finanzielle Wohl der Einwohner der Stadt sehr wenig bekümmert haben seit 1815; — jetzt gewiß werden sie sehr tätig sein, und ich habe meinerseits zur Verbesserung schon die Hand geboten, was zeigt, daß ich keine Ranküne hege über schlechte Behandlung, die ich glaube in Berlin zu erfahren, indem ich als Handelsminister in Preußen für eine kleine Herstellung der Schlachtsteuer, vielleicht eine recht große, eingetreten bin, und ich glaube, daß das den finanziellen Verhältnissen der großen Städte schon recht viel mehr Vertrauen zuwendet, ich meine die Schlachthäuser und das Recht, die Benutzung der Schlachthäuser unter Steuer zu legen und sie zu erzwingen und außerhalb der Schlachthäuser nicht schlachten zu lassen. Da glaube ich, wird mir die Stadt Berlin dankbar sein müssen und die anderen großen Städte, daß ich da mit Entschiedenheit im Staatsministerium dafür eingetreten bin, und in dieser Beziehung habe ich mich ja, trotz aller entgegengesetzten Prinzipien, des Beistandes der Vertreter der großen Städte erfreut. Ich gebe also auch die Hoffnung noch nicht auf, daß ich für weitere Fortschritte auf dieser Bahn der Erleichterung der direkten Steuern, die auf den besitzlosen Klassen lasten, auch ferner die Unterstützung finden werde.

Ich muß noch einen faktischen Irrtum berichtigen des Herrn Vorredners, oder den der Herr Vorredner bei mir voraussetzte, daß nämlich die Schlafleute nicht direkt zahlen. Das ändert ja an sich gar nichts, das ist wieder dieselbe streitige Frage, ob der Konsument die Steuer trägt, wie mit dem russischen Zoll. Diesen russischen Zoll, der aufgelegt wurde, trägt den etwa der eingeborene Russe? Ist der betrübt darüber, daß dieser Grenzzoll erhöht ist? Ich habe nie davon etwas gehört, ich habe bloß von der deutschen Kaufmannschaft die Klagen gehört, daß er aufgelegt sei. Und so ist es auch hier. Diese Mietssteuer, die muß ja natürlich der Schlafstellenvermieter zahlen — ich habe das auch vorhin schon angeführt, davon kämen die wenigen Ausfälle, weil die Schlafstelleninhaber nicht direkt herangezogen würden, sondern die Vermieter für sie haften müssen. Ich bin also da mit dem Herrn Vorredner in voller Übereinstimmung.

Was die Anfechtung der Ziffer meiner Einschätzung anbelangt, so habe ich sie hier in dem amtlichen, vor zwei Jahren gedruckten Aktenstück. Ich zahle doch 746 Mark Miets-

steuer für einen Schätzungswert von 22 380 Mark, also von dicht an 22 400 Mark, wie ich mir vorhin zu sagen erlaubte, und ich habe hier inzwischen auch meinen Ansatz in der Versteuerung mit der Hälfte hiervon 11 191 Mark, mit der mir politisch wohlbekannten Unterschrift des Herrn Hagen, Steuer- und Einquartierungsdeputation der Magistratsabteilung, erhalten. Ich bin also da vollständig gerechtfertigt in meinen Angaben, und die des Herrn Vorredners, daß sie nur 20 000 Mark betrüge, ist ein Irrtum.

Abg. Loewe verteidigt im Sinne Forckenbecks die Berliner Stadtverwaltung, rügt die Bezeichnung „Ring", die aus der Unkenntnis von Personen und Verhältnissen stamme, und die dem Kanzler von böswilliger Seite soufflliert sei; verteidigt die Mietssteuer und greift im Gegensatz zu ihr die Schutzzölle an. Schließlich erklärt er, das Redeturnier nicht fortsetzen zu wollen. Fürst Bismarck bemerkt:

Ich kann trotz der vorgerückten Zeit auf die Fortsetzung doch nicht verzichten; vielleicht hätte der Herr Vorredner eher darauf verzichten können, genau dieselben Argumente, die Herr von Forckenbeck vor ihm gebraucht hatte, und auf die ich schon geantwortet, und die ich, glaube ich, widerlegt hatte, von dem Mietswert des Hauses des Fürsten Pleß, seinerseits noch einmal mit dieser Breite wieder vorzubringen. Sie sind beide unberechtigt und hinfällig durch die einfache Tatsache, daß ich durchaus nicht das ganze Haus zu versteuern habe, und ich kann nicht zugeben, daß diese Unwahrheit, diese unrichtige Vergleichung in das Publikum übergeht, als seien 23 000 Mark gering im Vergleich mit 65 000 Mark, während es ganz außerodentlich hoch ist im Vergleich von einem Viertel und einem Sechstel von 65 000 Mark, wie meine Wohnung zu der des Fürsten Pleß im Verhältnis steht. Wir können auf diese Weise die Diskussion bis morgen fortsetzen, wenn der zweite Redner immer das wiederholt, was der erste gesagt hat. Ich bin nicht verpflichtet, das alles zweimal zu widerlegen vor dem Hause, aber leider — und ich muß das Haus dafür um Verzeihung bitten, daß ich seine Zeit so in Anspruch nehme — leider ist es der öffentlichen Meinung gegenüber wiederum mir ein Bedürfnis, daß diese Unrichtigkeiten, die objektiv unwahren Darstellungen der Sache, nicht in das Publikum dringen. Es ist das eine unrichtige Darstellung der Situation.

Der Vorredner hat ferner wieder den alten nationalökonomischen Irrtum vorgebracht, der schon so oft widerlegt worden ist, daß die Pariser indirekte Steuer, das Oktroi, von den Parisern an und für sich bis auf den letzten Pfennig gezahlt würde. Es ist das nochmals dieselbe Geschichte, wie mit dem russischen Zoll, als wenn der Russe den Zoll trägt, den wir an der Grenze um 10 Prozent höher als früher, in Gold, bezahlen müssen. Sie, meine Herren, bedürfen dieser Fiktion, daß der Konsument den Zoll bezahle, Sie halten sie also hartnäckig aufrecht, und keine Tatsache und kein Räsonnement wird Sie widerlegen können. Es ist der Ausspruch im „Faust" ja überall zutreffend: Du hast recht, und wer Recht behalten will und hat nur eine Zunge, der behält es auch, und wer sie zu gebrauchen weiß. Ich würde außerordentlich überrascht sein, wenn der Abgeordnete Loewe mir in irgendeiner Weise zustimmte, er spricht natürlich pro domo, ich gewissermaßen auch (Heiterkeit), im recht eigentlichen Sinne — und es war wohl zu erwarten, daß er in längerer Rede den Vorwürfen der Kritik, die ich über die Berliner Finanzverwaltung ausgesprochen habe, widersprechen würde, da gerade sein Name auf das engste mit dieser Finanzverwaltung verbunden ist, und meine Kritik ist recht eigentlich an seine Adresse mit, ich hatte ihn vorzugsweise nebst anderen Mitgliedern seiner Partei gemeint; er selbst sagt, er stände mitten in der Fortschrittspartei; das habe ich bisher nicht gewußt, ich dachte, er

stände auf der linken Grenze der Fortschrittspartei, vielleicht unter Umständen in einer anderen nahe verwandten, indessen ich akzeptiere das Bekenntnis des Vorredners, dadurch rückt er in meinen Augen viel weiter rechts, als ich ihn bisher aufgefaßt habe.

Er hat ferner eine irrtümliche Ansicht zu Gunsten der Berliner Finanzverwaltung angeführt, daß Berlin im Vergleich zu den westlichen Städten der Monarchie mit 100 Prozent Einkommensteuer auskomme. Ja, da vergißt er ganz den Gegenstand, von dem wir sprechen; die Mietssteuer hat ja keine jener Städte. Die Mietssteuer beträgt ja gerade so viel wie die Einkommensteuer zur Zeit, zwischen 8 und 9 Millionen, 1876 betrug die Mietssteuer gerade so viel wie die Einkommensteuer und Klassensteuer zusammen genommen, nämlich die Einkommensteuer 6 und die Klassensteuer 3 Millionen. Also wenn er die Güte haben will, diese äußerst drückende und ungerechte Steuer zu den 100 Prozent hinzuzurechnen, dann zahlt Berlin eben 200 Prozent, und das muß ich doch zur Rechtfertigung der westlichen Städte Berlin gegenüber anführen. Außerdem haben die unter Umständen mehr nutzbringende, gemeinsame nützliche Einrichtungen. Also Berlin zahlt 200 Prozent zur Einkommensteuer, 100 Prozent in der richtigen Form der Einkommensteuer und 100 Prozent in der außerordentlich drückenden Form der Mietssteuer. Es zahlt gegen 10 Mark Mietssteuer pro Kopf, was ich immer wiederholen muß, auch nachdem die Bevölkerung gestiegen und ihre Wohlhabenheit gesunken ist; indem die Mieten zurückgegangen sind und die Mietssteuer infolgedessen auch zurückgegangen ist, stimmt das Exempel mit 10 Mark nicht mehr ganz, aber da suche ich die Schuld wesentlich in dem irrtümlichen und nach meiner Auffassung fehlerhaften Finanzsystem, nach dem die Stadt regiert wird. Dieses mein Urteil wiederhole ich. Ich erkenne ja vollständig an, daß die Herren, die ich angreife, ein Recht haben, von der Richtigkeit ihrer Sache überzeugt zu sein, ich habe aber auch ein Recht auf eine Ansicht und ein Recht auf ein Urteil über die Sache, und ich halte es für mein Recht und für meine Pflicht in der Stellung gerade, in der ich bin, wie der Herr Vorredner sagte: in der „hochgestellten Stellung", von wo aus ein Wort ein weitgreifendes Echo hat, da halte ich es für meine Pflicht, der Katze die Schelle anzuhängen, die Sache offen zu besprechen, so wie ich sie auffasse, namentlich solche Dinge, die außer mir niemand eigentlich in die Lage kommt, mit öffentlicher Wirksamkeit zu sagen, weil gegen die Korporation, gegen die Farbe, die Berlin beherrscht, nicht so leicht einer aufkommt, und die Farbe in sich hält fest zusammen.

Ich habe gesagt „der Ring", und der Vorredner hat für den Ausdruck, um mir eine Beleidigung imputieren zu können, den übelsten Ursprung zurückgesucht, auf welchem Wege dieser Ausdruck zu uns gekommen wäre, nämlich von einem New Yorker Verbrecherring. An den habe ich nicht gedacht, der Ausdruck ist bei uns geläufig, es ist ein guter, richtiger Ausdruck, wir hatten früher in Köln einen spezifischen Ausdruck, den die meisten Leute nicht verstehen, und der etwas Ähnliches bedeutet — ich will ihn nicht wiederholen. Bedenkt der Herr Vorredner nicht, welche Beleidigung er für alle männlichen und weiblichen Besucher des Skating Rings ausspricht, wenn er unter „Ring" immer einen Verbrecherring versteht? Er kann also unmöglich der Wahrheit gemäß geglaubt haben, daß ich damit eine Insinuation habe ausdrücken wollen, ich habe damit bezeichnen wollen ein festes Konglomerat von Parteien, die unter sich gegen die ganze übrige Welt zusammen-

halten und im Besitz der Stadtverwaltung sind und fest entschlossen sind, sich in dem Besitz zu erhalten. Dazu ist kein Verbrechen nötig und keine gerichtliche Untersuchung, es ist nur eine, wie ich glaube, nicht richtige Ausbildung des Parteiwesens, daß eine Stadt in dieser Schärfe so rettungslos einer einzelnen Partei verfallen kann. Man kann ja darüber Bücher schreiben, wie das gekommen ist; einem Großstädter passiert so etwas viel leichter als einem Kleinstädter, daß er auf solche Sachen verfällt; er kennt die Dinge aus seiner großen Stadt, vielleicht aus großen Städten in ganz Europa, aber was hinter dem Mauerstein und dem Steinplaster der Stadt liegt, nicht, da ist mir das Urteil von Provinziellen unter Umständen glaubwürdiger. Ich kann diesen Versuch also, meinen Angriff auf eine Verwaltung, die ich für unrichtig halte, als Minister in Preußen und als Reichskanzler, als etwas zu bezeichnen, was unerhört ist und eine Verleumdung und Verdächtigung einzelner Herren wäre, als vollständig mißlungen bezeichnen. Ich bin vollständig in meinem Recht; daß die Herren, die sich durch die Kritik wie ich sie im Interesse des Staates und des Reichs gegenüber einer Finanz übe, von der ich glaube, daß sie auf Mißbräuchen beruht, daß die mit mir nicht einverstanden sind, daß die das empfindlich berührt, ist klar, ist nicht zu verwundern. Es ist aber mein Recht und meine Pflicht, dergleichen, wo ich es zu sehen glaube, und wo ich in meiner Eigenschaft als Minister glaube, hier ist Remedur zu schaffen, ganz offen und hart anzufassen, und Sie werden mich auch nicht darin irremachen. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mir Unkenntnis der Sachen und Personen zugeschoben. Ja, worin liegt die eigentlich? So etwas ist leicht hingeworfen: es macht den Eindruck, als wäre wirklich etwas Wahres daran, wenn der Herr auch nicht versucht hat, mir einen einzigen Irrtum vorzuführen; Verdächtigung nenne ich das nicht, wenn ich sage, der und der ist ein schlechter Finanzier. Wie oft haben die Herren uns, den Ministern, das im Landtag und im Reichstag gesagt, daß unsere Finanzgesetze schlecht seien, daß wir ein schlechtes Gesetz vorgelegt — lesen Sie doch Ihre eigenen Reden nach — es hieß oft: Das Gesetz taugt nichts, es ist fehlerhaft. Sollte ich nicht auch darüber urteilen dürfen, wenn ich etwas für schlecht halte? So viel Respekt habe ich vor den Größen dieser Stadt nicht, daß, wenn ich als Minister etwas sehe, was ich nicht für gut halte, ich nicht Remedur zu schaffen suche. Ich bestreite bloß den städtischen Behörden, die seit 1815 die Mietssteuer beibehalten, so wie Savigny unserer Zeit den Beruf zur Gesetzgebung bestritt, den Beruf zur finanziellen Reglementierung der Stadtverhältnisse. Sie haben das meines Erachtens nicht verstanden; dasselbe haben Sie hundertmal von uns gesagt, und Sie haben die Gesetze, die wir vorlegten, mit viel schärferen Ausdrücken, auch für „erbärmlich“ erklärt, als wir je gebraucht haben, ohne daß wir über Verdächtigungen geklagt haben; dergleichen Ausdrücke sind sehr leicht zu finden und hinzuwerfen. Dann möchte ich den Herren gegenüber auf den Ausdruck zurückkommen, daß wir uns hier, und zwar so lange, mit Kleinigkeiten beschäftigen. Meine Herren, wenn das wirklich Kleinigkeiten wären, so glaube ich nicht, daß das Haus dieser Debatte so lange mit Interesse zugehört hätte, und ich muß sagen, daß ich schon über viel kleinere Kleinigkeiten hier zweistündige Reden als geduldiger Minister mit angehört habe, ohne daß von irgendeiner Seite Zeichen der Ungeduld gekommen wären, aber wo es sich um eine Kritik dieser hier vor mir sitzenden Seite handelt (links), ist alles Kleinigkeit und unbedeutend und sollte unterbleiben, sowie es auf der anderen Seite etwas zu kritisieren

gibt, geht es ins Ungeheure, wie einer[1] der Abgeordneten gestern sagte: Was auf jener Seite und der Regierungsseite Tadelnswertes passiert, das ist immer das Kamel, und was hier passiert, ist die Mücke, um die nur ein ganz empfindlicher, nervöser Minister sich überhaupt kümmern kann.

Aber ich möchte dem Herrn Vorredner gerade bei dem außerordentlichen Einfluß, den er in der Stadtverwaltung hat, und bei der hohen Verantwortlichkeit, die er persönlich für die, wie ich glaube, unzulänglichen Ergebnisse dieser finanziellen Stadtregierung hat, nur zu Gemüte führen, daß das Schicksal des armen Mannes, die ungerechte und ungleiche Besteuerung desselben niemals Kleinigkeiten sind, für mich wenigstens ganz gewiß nicht! Um 4 Millionen, 10 Prozent vom Stadthaushalt — wenn je ein Finanzminister davon sprechen wollte, als ob 10 Prozent vom preußischen oder deutschen Staatshaushalt eine Kleinigkeit wäre, wie würde der Minister von den Zeitungen zugedeckt werden! Aber die Zeitungen sind eben nicht auf unserer Seite, sie haben eben auch den Ring! (Heiterkeit.)

Der Gesetzentwurf wird sodann an eine Kommission verwiesen.

23. Sitzung des Deutschen Reichstags.

28. März 1881.

Im Frühjahr 1880 hatte der Reichstag sich geweigert, die neuen Steuern zu bewilligen. Da Bismarck diese zur Verminderung der direkten Steuern in den Bundesstaaten verwenden wollte, suchte er einen Druck auf den Reichstag auszuüben, indem er jenen Neuerlaß der direkten Steuern in Preußen — Klassensteuern und Einkommensteuern — von 14 Millionen beantragte. Die von dem Fortschritt geforderte Umwandlung dieses einmaligen Erlasses in einen dauernden nahm er an. Gleichzeitig wurden vom Reichstag große neue Summen indirekter Steuern gefordert, etwa 110 Millionen.[1] Am 17. März gingen dem Reichstag die Entwürfe über die Verdoppelung der Braustеuern, die Reichsstempelabgaben und eine Wehrsteuer der nicht Dienstpflichtigen zu nebst einer eingehenden Denkschrift, welche eine völlige Ablehnung der direkten Steuern bedeutete. Man plante, in Preußen aus den vom Reiche zufließenden Mitteln die vier untersten Stufen der Klassensteuer ganz aufzuheben, d. h. 86 Prozent der preußischen Steuerzahler davon zu befreien, und bei ausreichenden Mitteln, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer und die noch vorhandenen acht Stufen der Klassensteuern den Kommunalverbänden zu überweisen; diesen sollten so die Lasten für Volksschule, Armenpflege, Polizei usw. erleichtert werden. In der Sitzung vom 28. März 1881 kommen diese Steuerentwürfe und die Denkschrift zur ersten Beratung. Abg. Lasker bekämpft in zweistündiger Rede die Denkschrift und die Vorlagen, indem er vor allem die Unrichtigkeit der Behauptung von dem Segen der indirekten Steuern feststellt. Er weist auf den Widerspruch der — direkten — Wehrsteuern zum Preise der indirekten Steuern hin, hält die Erbschaftssteuer und Tabakssteuer für den richtigen Anfang der Steuerreform, fordert die Reform der Stempelsteuer und vertritt die Ansicht, daß gerade indirekte Steuern die ganze Nation treffen; so würden die Armen zu Gunsten der Reichen belastet. Eine bedenkliche Folge sieht er von der Unterstützung der Gemeinden voraus: die Selbstverwaltung werde zu Gunsten der Staatsallmacht beschränkt.[2] Fürst Bismarck erwidert:

Ich bin leider noch Rekonvaleszent und deshalb nicht imstande, alles das zu sagen, was ich sagen möchte, und auf die Rede, die wir soeben gehört haben, in derselben ausführlichen Weise zu erwidern. Ich werde mir vielleicht einige Worte nachher sparen, wenn ich gleich auf einen Punkt antworte, mit dem der Herr Vorredner schloß, nämlich den: wie ich mir dächte, daß der Staat den Gemeinden in ihren Armenlasten und sonstigen Lasten zu Hilfe komme. Er hat darüber ein Zerrbild hingestellt von einem Finanzminister, der beliebig den Sack über die Armenpflege in den Gemeinden ausschütte, und ich will nur mit

[1] Abgeordneter Dr. Lasker.

[1] Vgl. dazu: J. Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs, Bd. 2, S. 349 f.

[2] Die Denkschrift zur Steuerreform ist abgedruckt bei Horst Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 8, S. 391 ff.

einem Wort dem Gedanken eine andere Richtung geben. Mir ſchwebt als Ziel vor, den Gemeinden einen großen Teil ihrer Armenlaſten dadurch abzunehmen, daß mit ſtaatlicher Unterſtützung eine Alters- und Invalidenverſorgungsanſtalt im ganzen Reich eingeführt wird, wie jetzt die Unfallverſicherung, und daß dies nicht ohne ſtaatliche und Reichszuſchüſſe tunlich ſein wird, daß die Ziele, wenn man ſie erreicht, die man damit verfolgt, aber dieſer Zuſchüſſe wert ſein werden. Man kann darüber ſtreiten, der Vorredner ſelbſt hat daran erinnert, daß ich geſagt habe, die Ziele, die ich mir ſtelle, haben vielleicht ein Menſchenalter nötig, um zu entſcheiden, ob ſie überhaupt erreicht werden ſollen, oder ob ſie verworfen werden; aber der Weg muß eben einmal betreten werden, und nun glaube ich, daß die Gemeinden, und beſonders die mit Armen vorzugsweiſe belaſteten, eine erhebliche Erleichterung dadurch empfinden würden, auch die Kreiſe unter Umſtänden, wenn die Armenlaſt auch auf dem Lande richtiger auf größere Verbände verteilt wird wie bisher, daß ſie eine erhebliche Erleichterung ohne direkten baren Zuſchuß dadurch haben werden, wenn ihnen alle diejenigen auf natürlichem Wege durch Invalidität oder Alter unterſtützungsbedürftig Werdenden durch eine vom Staat zu errichtende Verſicherungsanſtalt abgenommen werden. Ich meine, dadurch iſt die Sache, die der Herr Abgeordnete durch ſcherzhafte Bilder ad absurdum führen wollte, wieder auf ein ernſtes Gebiet gebracht. Den Gemeinden die Schullaſten abzunehmen iſt leichter; nach meinem Erachten ſoll die Schule, wenigſtens der Elementarunterricht, Staatsanſtalt ſein. Meine Abſicht iſt keineswegs, in die Selbſtverwaltung der Gemeinden einzugreifen, und der Herr Abgeordnete hat eine Behauptung ausgeſprochen, die mit allen Tatſachen im Widerſpruch ſteht, wenn er ſagt, daß meine Trennung vom Grafen v. Eulenburg meine Abneigung gegen die kommunale Verwaltung, gegen die Selbſtverwaltung zum Grunde hätte. Ich bin nur mit meinem früheren Kollegen verſchiedener Anſicht über die Ausdehnung, das Maß und die Form derſelben; aber die Diskuſſion hierüber gehört nicht hierher. Wenn der Herr Abgeordnete von der Omnipotenz des Staats geſprochen hat, ſo erwidere ich ihm mit derſelben Übertreibung, die darin liegt: Ich widerſtrebe meinerſeits einer Dekompoſition des Staatsverbandes in kommunale Republiken,[3] ich erſtrebe eine Staatsautorität, die über demſelben ſchwebt, und nicht nach Majoritäten beſchließende Organe, die keine Verantwortlichkeit mehr leiſten, und von denen niemand mehr weiß, wer im einzelnen die Schuld und die Verantwortung trägt.

Bei dem Wort „Anonymität“ erlaube ich mir zu der Frage zurückzukehren, mit der ich urſprünglich meine Erklärung beginnen wollte. Der Herr Abgeordnete hat im Anfang ſeiner Rede Zweifel darüber ausgeſprochen, von wem die „Denkſchrift“ herrühren könnte, und er hat dann im Laufe ſeiner Rede wohl die Zweifel ſelbſt als gelöſt angeſehen. Sie konnten meines Erachtens gar nicht exiſtieren, wenn hier ganz offen geſagt iſt, daß ich im Namen Seiner Majeſtät des Kaiſers Entwürfe überreiche und zugleich eine Denkſchrift anſchließe. Es iſt damit ja offen ausgeſprochen, daß dieſe Denkſchrift die Stelle vertritt, die früher in einem Geſchäftsgang, den ich generell zu beſeitigen beſtrebt geweſen bin, die mehr oder weniger lange, obſchon ſelten zwei Stunden lange Rede erſetzte, die der verantwortliche Miniſter, der einen Geſetzentwurf einzubringen hatte, bei deſſen Einbringung zu

[3] Vergl. dazu Bismarcks Unterredung mit Buſch am 4. Mai 1881. Geſ. Werke Bd. 8, S. 412 ff.

halten pflegte. Ich hätte Ihnen ja alles dieses mündlich ebensogut sagen können, wenn ich die Sache mündlich vorgelegt hätte. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für den vollen Inhalt der Denkschrift. Ich habe sie vorgelegt ebenso wie das Ganze im Namen Seiner Majestät des Kaisers, was also ausdrückt, daß hier entweder, wenn Sie wollen, eine kanzlerische Äußerung vorliegt, die von Seiner Majestät dem Kaiser und König von Preußen gutgeheißen ist und dadurch einen gewissen Vorsprung vor anderen hat, oder daß eine kaiserliche Meinungsäußerung vorliegt, für welche der Kanzler verfassungsmäßig die Verantwortlichkeit übernimmt — wie Sie sich das konstitutionell zurechtlegen wollen. Der Reichstag, und noch mehr die ganze Nation, hat ein Recht darauf, zu wissen, wo die Regierung mit ihren Bestrebungen eigentlich hin will, und der Fehler, daß man das nicht wisse, ist uns ja oft genug vorgeworfen worden. Ich habe deshalb geglaubt, es würde mit großem Dank aufgenommen werden, daß, soweit die Reichsverfassung es erlaubt, ich den Versuch gemacht habe, hier die Intentionen eines der wichtigsten Faktoren der Reichsregierung — ich will mit Worten nicht rechten — oder des Verfassungslebens offen klarzulegen; ich habe aber leider bisher wenig Dank für dieses Entgegenkommen geerntet, wie ich ja immer erfahren habe, daß, wenn etwas lange gewünscht ist, und man erfüllt den Wunsch, dann erhält man den neuen Vorwurf über die Art, wie man sich ausgesprochen hat, man gibt neues Material für die Kritik ohne Gegenvorschlag. Indessen, wenn man so lange wie ich daran gewöhnt ist, jedes positive Material für die Gesetzgebung selbst bringen zu müssen und auf der anderen Seite nur der Kritik zu begegnen, so faßt man sich auch darüber leicht. Ich glaube also, daß die Bevölkerung, namentlich die Wähler bei der nächsten Wahl, der wir entgegengehen, ein Recht darauf haben, zu wissen, wo die Regierung hinaus will. Der Bundesrat ist nicht in der Lage, über Zukunftsprogramme zu beschließen, man kann über die nicht abstimmen in einer Majoritätsversammlung. Ich glaube aber mit der Mehrheit der Bundesregierungen einig zu sein oder mich in diesem Sinne einigen zu können; ich bin gewiß, mit meinen preußischen Kollegen in der Richtung einig zu sein, und vor allen Dingen bin ich gewiß, daß ich den Intentionen meines Herrn, des Kaisers und Königs von Preußen, entspreche, wenn ich diese Vorlage mache, und ich will die Allerhöchsten Wünsche und Bestrebungen nicht weiter in die konstitutionelle Diskussion einführen als genügt, um mich zu legitimieren, wenn ich einen gewissen Akzent auf diese Dinge lege.

Der Kaiser und König von Preußen verfügt im Bundesrat über 17 Stimmen, er hat eine wesentliche Initiative und einen nicht unerheblichen Einfluß im Deutschen Reich und auf seine Bundesgenossen. Es ist also dieses noch nicht die sichere Meinung der Zukunftsbeschlüsse des Bundesrats, aber doch die sichere und feststehende Ansicht desjenigen der verschiedenen dabei mitwirkenden Faktoren, den man als den gewichtigsten an sich ohne Verletzung der übrigen betrachten kann.

Wir werden für dieses Programm einstehen, soweit wir können, es wird durch die Beschlüsse des Bundesrats ausgeprägt, vielleicht modifiziert werden, es kann durch die Beschlüsse des Bundesrats — in seinen Hauptteilen wird es ja den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen —, des künftigen Reichstags wesentlich geändert, es kann verworfen werden, es kann an den zweiten, dritten Reichstag kommen, die Diskussion über diese

Fragen wird so bald nicht von der Tagesordnung verschwinden, und wenn sie schließlich zu keinem Resultate führen sollte, so kann ich mich damit trösten: in magnis voluisse satis est.

Wir nehmen die Initiative, die ich fest entschlossen bin, soweit durchzuführen, wie meine Kräfte und amtlichen Attributionen dazu reichen.

Der Plan ist ja in dem Aktenstück, was hier vor mir liegt, nur unvollkommen skizziert, und ich habe darauf gerechnet, daß die Diskussion über diese Gesetze als auch später über das Unfallversicherungsgesetz die Gelegenheit geben werde, diese Skizze weiter auszuführen. Material für die Kritik ist ja, wie ich das eben gesehen habe, schon hinreichend vorhanden.

Wenn ich mich des Ausdrucks „Reichsregierung" wiederholentlich bediene, so muß man sich darüber verständigen, was der zu bedeuten hat. Eine Reichsregierung im Sinne der Landesregierung haben wir nicht; ich verstehe — und ich akzeptiere den Ausdruck nicht seiner logischen Richtigkeit wegen, sondern seiner Kürze wegen — unter „Reichsregierung" den „Stab des Präsidiums", also die Beamten des Kaisers, den Kanzler mit allem, was zu seinem Ressort gehört, aber ich begreife darunter nicht den Bundesrat; wenn ich von dessen Beschlüssen spreche, so würde ich mich des Ausdrucks „verbündete Regierungen" bedienen, die in höherer Potenz die Reichsregierung bilden, namentlich soweit es sich um die Legislative handelt, und bei dem erwähnten Bündel von Beamten ist ja nur die Exekutive und eine gewisse notwendige Initiative der Gesetzgebung, insoweit das Präsidium im Bundesrat damit betraut ist; es liegt mir daran, diesen Ausdruck ein- für allemal klarzustellen. Ich habe von der Rede des Herrn Abgeordneten den Eindruck, daß er eigentlich in den wesentlichsten Zwecken, die ich verfolge und die die Denkschrift als Ziel aufstellt, mit mir einverstanden ist, und wenn die Denkschrift von einer anderen Seite käme, so würde sie vielleicht eine mildere Beurteilung erfahren. Es scheint mir, daß sein Urteil über die Sache beeinflußt ist durch den Umstand, daß so zweckmäßige und richtige Ziele von einer Seite aufgestellt werden, mit der er politisch zufällig nicht im Einklang geblieben ist; ich möchte sagen: Er gönnt uns das nicht, wir werden uns aber dadurch nicht irremachen lassen, wir werden es ruhig weiterführen.

Der Herr Vorredner hat nun zunächst, um die Denkschrift zu kritisieren, weniger ihren Inhalt angegriffen, er hat uns zugegeben, daß die untersten direkten Steuern abgeschafft werden müßten, er hat uns zugegeben, daß gewisse direkte Steuern wünschenswert wären, er hat — worin ich ihm gern recht gebe — den Tabak und die Getränke als hauptsächlich geeignete Gegenstände zur indirekten Besteuerung hingestellt — also in dem allem sind wir ja einig, und er hat etwas künstlich die Momente herausgesucht, die uns trennen. Wenn er bei den Getränken nur den Branntwein und nicht in gleicher Höhe das Bier akzentuiert hat, so kann ich darin nicht mit ihm gehen. Bisher ist das Bier in der Besteuerung wesentlich im Rückstande gegen den Branntwein, und meines Erachtens sollte das Bier verhältnismäßig höher besteuert sein als der Branntwein, denn es ist vergleichsweise das Getränk einer schon mehr wohlhabenden Klasse, der Branntwein aber ist das Getränk des berühmten armen Mannes (Heiterkeit), den der Herr Vorredner weit ins Feld geführt hat, und es ist der Branntwein ein Getränk, welches der Arbeiter nicht immer entbehren kann. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner Gelegenheit gehabt hat, öfter unter harter körper-

licher Anstrengung bei schlechtem Wetter mehrere Stunden lang im Freien sich energisch zu bewegen (Heiterkeit), und wenn harte Winde über die Ebene streichen — ich glaube, dann würde er mir zugeben, daß der Branntwein von demjenigen, der auf solcher harter Arbeit gewesen ist, weniger leicht entbehrt werden kann als das Bier. Ich habe nie gefunden, daß der Arbeiter bei der Arbeit, wenn sie schwer wurde, mit bayerischem Biere sich erholte, einmal weil er es nicht hatte — es ist das Getränk des Wohlhabenden im Vergleich mit ihm — und zweitens hilft es ihm nicht nach Bedarf. Auch wenn der Herr Vorredner es je persönlich versucht hätte, bei heißem Wetter ein Schwad auf einer Wiese auch nur einmal zehn Schritte lang zu mähen (Heiterkeit), dann würde er, glaube ich, auch einen tüchtigen Schluck Branntwein, wie der Arbeiter ihn nimmt, wenn er dieselbe Leistung hundertfach in einem Tage macht, nicht verachten. Dort hilft das bayerische Bier nicht, das Bier macht im Gegenteil träge, anstatt die Nerven anzureizen; es hat außerdem den Fehler vom national-ökonomischen Standpunkt: es ist ein Zeittöter, es wird bei uns Deutschen mit wenig soviel Zeit totgeschlagen, wie mit dem Biertrinken. (Heiterkeit.)

Wer beim Frühschoppen sitzt oder beim Abendschoppen und gar noch dazu raucht und Zeitungen liest, hält sich voll ausreichend beschäftigt und geht mit gutem Gewissen nach Haus, in dem Bewußtsein, das Seinige geleistet zu haben. (Heiterkeit.) Branntwein hat in keiner Weise diese Wirkung, und lassen Sie den arbeitenden Mann wählen zwischen Wein, Bier und Branntwein, so wird er den Wein von Haus aus zurückschieben, er ist an dieses Getränk hierzulande nicht gewöhnt. Das Bier, wenn es nicht zu bitter ist, namentlich das etwas moussierende, dünne, durstlöschende, wie es unter verschiedenen Namen geht, wird bei körperlicher Arbeit mit großer Dankbarkeit angenommen und getrunken werden. Das angebliche bayerische Bier aber macht ihn müde, schwer, namentlich in der Gestalt, in der es fast überall da zutage kommt, wo die Surrogate nicht, wie in der ausgezeichneten bayerischen Gesetzgebung, absolut und bei Strafe verboten sind.

Wenn ich soviel für den Branntwein anführe, so bin ich doch vollständig bereit, beide Gegenstände steuerlich fester in Angriff zu nehmen, und viel fester als bisher. Aber ob das beim Branntwein gerade in Gestalt einer höheren Brennsteuer oder Maischsteuer geschehen soll, das weiß ich nicht. Die hohen Einnahmen aus den Getränkesteuern in Frankreich, die noch auffallender sein würden, wenn der Herr Vorredner spezifiziert hätte, wieviel davon auf Branntwein kommt — ich weiß im Augenblick nicht, 180 oder 280 Millionen Franken, es ist aber ungefähr eine dieser beiden Ziffern, was bloß der Branntwein an indirekten Steuern in Frankreich einbringt, und dabei zahlt er nicht einen Groschen Brennsteuer, sondern das alles wird durch eine Steuer erreicht, die erst, nachdem das Fabrikat fertig ist, von ihm erhoben wird, hauptsächlich in ähnlicher Art, wie in Amerika der Tabak besteuert wird, so daß das Produkt von dem Augenblick seines Entstehens bis zur Konsumtion von der Steuerbehörde nicht aus dem Auge verloren wird — es ist das eine unbequeme Sache, aber sehr ergiebig. Der Herr Vorredner hat also sehr unrecht, die Regierung anzuklagen, daß sie den Branntwein etwa verschonen wollte, er hat auch, glaube ich, sehr unrecht gehabt, durch das Organ seiner Rede hier die Meinung verbreiten zu wollen, als ginge die Tendenz der Gesetzgebung dahin, den armen Mann zu belasten und den Reichen zu entlasten. Er hat auch — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die irrtümliche Angabe gemacht,

als würde die Branntwein- und Erbschaftssteuer von der Regierung absichtlich nicht in Angriff genommen. Nun erinnere ich daran, daß wir die Branntweinsteuer in Form der Lizenzabgabe an den Bundesrat zu bringen versucht haben, daß wir dort aber auf Widerstand gestoßen sind und auf den Wunsch, es lieber in Form der Landesgesetzgebung als Gewerbeabgabe zu tun. Das Bedürfnis der Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen hat uns diesen Ausweg annehmen lassen. Wir haben demnächst die entsprechende Steuervorlage in den Preußischen Landtag gebracht, von dem ja sehr viele Herren hier sitzen. Sie werden also wissen, welches Schicksal dieser Vorlage geworden ist. Ich kann mich im Augenblick nicht besinnen, ist sie totgelagert worden, oder ist sie in dem Ausschußkeller begraben oder ist sie abgelehnt worden, jedenfalls aber kam nichts dabei heraus. Ich führe das nur an zum Beweis, wie ungerecht die Behauptung ist, als wenn wir uns fürchteten, den Branntwein anzufassen, wie ungerecht die Deduktion ist, als ob wir dieses Getränk des armen Mannes höher zu besteuern uns scheuten; denn bei Branntwein wird wahrscheinlich bei der verbotähnlichen Verzollung der Einfuhr die Preiserhöhung den armen Mann als Konsumenten treffen. In Rußland kostete zu meiner Zeit das Quart, ich weiß nicht, Branntwein oder Spiritus, etwas wie 25 Silbergroschen nach unserem Gelde, ungerechnet die Kursdifferenz. Das wäre für den armen Mann ein hoher Preis, da er des Branntweins, wie gesagt, bedarf, in mäßigem Grade zwar, aber doch zur Ernährung bedarf, ein kleines tägliches Quantum, da seine Mittel ihm bayerisches Bier und Wein nicht gewähren.

Ferner hat der Herr Vorredner angeführt, daß wir die Erbschaftssteuer nicht in Angriff genommen hätten. Ja, meine Herren, ich bin nicht Finanzminister, ich habe seit vielen Jahren die Entwicklung der Stempelsteuergesetzgebung befürwortet, und der Herr Vorredner hat auch darin sich in einem Irrtum befunden. Ich möchte ihn überhaupt bitten, da er doch sonst ein so scharfer Jurist ist, nicht so viel auf den Indizienbeweis einzugehen; er würde gegen keinen Schurken von Verbrecher so viel Indizienbeweis anwenden, als einem Minister gegenüber. Das geringste Indizium reicht hin, um einen Minister im bedenklichen Lichte erscheinen zu lassen, was er einem halb überführten Verbrecher gegenüber aus richterlicher Unparteilichkeit ignorieren würde. Also die Anregung meines früheren Herrn Kollegen Camphausen über die Stempelsteuer — er ist leider in dieser Versammlung nicht anwesend, aber wenn er anwesend wäre, würde ich auf sein eigenes Zeugnis provozieren, und das Ergebnis davon würde sein, daß jede Anregung einer Revision der Stempelsteuer, so lange ich Minister bin, auch unter dem Minister Bodelschwingh, entweder von mir ausgegangen ist oder meine lebendigste Unterstützung gefunden hat. Ich kann die einzelnen Vorgänge — ehe der Herr Vorredner seine Rede hielt, hat er die Akten durchgesehen, ich aber nicht — nicht in meinem etwas überlasteten Gedächtnis behalten, ich bin aber ganz gewiß, weil ich meiner eigenen Überzeugungen sicher bin, daß ich jederzeit auch die leiseste Anregung, der Stempelsteuer näherzutreten, gefördert habe, und daß die Anregungen dazu meistens auf meine Initiative und auf meine Einwirkung auf den Finanzminister zurückzuführen sind. Auch da hat der Herr Vorredner mich wieder in ein übles Licht versetzt, ohne daß ich es verdiene, und ich hoffe, seine Gerechtigkeitsliebe, da er ja doch Jurist ist, wird ihn bewegen, das zurück- und von mir abzunehmen und selbst einzugestehen, daß er

wieder etwas durch seine weittragende Stimme in die Öffentlichkeit gebracht hat, was mit der Wahrheit nicht übereinstimmt.

Der Herr Vorredner hat die Frage aufgeworfen, wozu wir die neuen Steuern überhaupt wollten. Ich habe sie in einem Punkte, indem ich das Zerrbild beleuchtete, mit dem er schloß, schon beantwortet: für Zwecke, die diesem Reichstage noch nicht vorliegen, für die wir uns aber beizeiten die öffentliche Meinung sicherstellen wollen, und wir haben auch die Absicht, den Wählern damit zu sagen, wer für diese Zwecke, die wir hier angeführt haben, den Gemeinden die Schullasten, die Armen-, die Polizeilasten und die Standeslasten zu erleichtern, wer für den Zweck der Alters- und Invalidenversorgung wirken will, wird wohltun, jemand zu wählen, von dem er erwartet, daß er die Bestrebungen der Regierung unterstützt, und wer von den Wählern das nicht will, der wird allerdings wohltun, wenn er jemand wählt, der den Widerstand der Fortschrittspartei gegen die Regierung unterstützt. Daß wir darüber den Wählern Klarheit geben, ehe die Wahlen kommen, und recht häufig und recht oft, das halte ich nicht nur für das Recht der Regierung, sondern für die Pflicht der Regierung; der Wähler hat ein Recht, zu wissen, wohin die Regierung hinaus will, und deshalb wollen wir das, wie man sagt, recht breit treten, damit für jedermann verständlich und klar wird, wie wir denken. Wer einen Bedarf an mit der Regierung unzufriedenen Wählern hat, wie neulich ein großes süddeutsches Blatt sich ausdrückte, wird im großen an den direkten Steuern festhalten wollen, wer dahin strebt, daß in der Bevölkerung Zufriedenheit herrscht, der wird mehr für die indirekten Steuern sein. Es stellt sich das praktisch und in der Erfahrung heraus, und ich brauche die psychologischen Gründe nicht zu entwickeln; wer Opposition macht, der braucht Unzufriedenheit in der Bevölkerung und wird Mittel finden, sie zu erregen, indem er die Regierung als unfähig, als übelwollend und vielleicht nur als ungeschickt darstellt, und es ist dies in allen konstitutionellen Staaten der Fall, aber man soll es der Regierung nur nicht verdenken, wenn sie den entgegenstehenden Einwirkungen gegenüber auch ihrerseits der Bevölkerung Klarheit zu verschaffen sucht.

Ich komme noch auf den Vorwurf des Widerspruchs zurück, den mir der Herr Abgeordnete gemacht hat, wenn er sagte, daß die Denkschrift den Vorlagen widerspreche, indem die Denkschrift alle direkten Steuern verurteilt. Das ist nicht richtig. Er selbst hat die Stellen angeführt, worin gesagt ist, daß dies nicht die Absicht sei, nun plötzlich alle direkten Steuern abzuschaffen. Ich darf mich auch darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit, einer der ersten, wo die Steuerfrage hier zur Sprache kam, ein etwas weitgehendes Zukunftsprogramm, welches angeblich von anderer Seite als Zukunftsmusik bezeichnet worden ist, vorgetragen habe, indem ich immer mir vorbehielt, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfnis für die wohlhabenden Klassen in irgendeiner Form beizubehalten und nur dabei einen Unterschied zu machen in Zukunft zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit, Unternehmungsgeist täglich erworben werden muß, und zwischen demjenigen Einkommen, welches die Natur einer Rente hat und entweder aus nicht selbst bewirtschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt oder lediglich die Mühe des Kuponabschneidens bedingt, und namentlich die letztere Klasse des Einkommens ist bei uns in dem Maße niedrig besteuert, daß darauf die Klagen des Herrn Vorredners, daß die Lasten den Reichen erspart und dem gemeinen Mann aufgewälzt würden, im höchsten Maße

Anwendung finden, denn alle diejenigen Arten der Besteuerung des Einkommens, die gerade die reichsten Klassen, die kuponschneidenden Klassen treffen, sind in der Regel meines Erachtens, wie es auch in der Natur dieser Revenuen liegt, die nicht aus einem offen an der Sonne liegenden Felde stammen, sondern schwer erkennbar sind, zu niedrig veranlagt, und da erwarte ich noch eine Fundgrube, sobald es gelingt, das System der Selbsteinschätzung mit eventuellen Konventionalstrafen einzuführen, die ich kaum für notwendig halte, denn so sehr häufig, wie die meisten Finanzminister annehmen, sind bei uns die gebildeten Leute nicht, die für Geld lügen.

Es muß früher mehr der Fall gewesen sein, sonst würden unsere Zollbehörden nicht so ängstlich sein, wenigstens Männern gegenüber nicht. (Heiterkeit.)

Ich muß sagen, ich habe von Jugend auf, so unbequem es mir war, an der Grenze auf die Frage: „Haben Sie etwas Steuerbares bei sich?“ nie eine Unwahrheit über meine Lippen bringen können — so unbequem es auch war —, und ich glaube, so wie ich, fühlen die meisten Leute. Keiner wird sich der Überführung der Unwahrheit aussetzen. In den Hansestädten fungiert dieses System mit großer Anerkennung und wird, wie man sagt, mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt, und ich glaube, daß wir unseren hanseatischen Landsleuten in dieser Gewissenhaftigkeit keinen Vorsprung lassen würden, wenn es gelänge, dahin zu kommen.

Dann aber bin ich überzeugt, daß die Einkommensteuer noch neue Quellen flüssig machen wird, die bisher unbekannt geblieben sind. Also wenn der Herr Abgeordnete dafür mit mir tätig sein will, daß das Einkommen aus Kupons höher besteuert wird als bisher und dadurch der arme Mann erleichtert, dann will ich sehr gern Hand in Hand mit ihm gehen. Der Widerspruch ist daher nicht vorhanden, der darin läge, wenn ich alle direkten Steuern abschaffen wollte. Mir schweben überhaupt so gewalttätige Entschließungen, als ob nächsten Dienstag alles anders sein solle, durchaus nicht vor. Das Programm, welches ich habe, ist ja nichts Neues, es ist fünf oder sechs Jahre, seitdem ich für dieses Programm öffentlich aufgetreten bin, und Sie können daraus sehen, was es mit der Allmacht, die man mir in ministeriellen Dingen zuschreibt, auf sich hat. Fünf Jahre habe ich gekämpft, habe mitunter die Anerkennung im Prinzip bekommen, aber angebrachtermaßen ist nachher die Sache, die man überhaupt nicht wollte, abgelehnt worden und in irgendeiner Weise zu Falle gekommen. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß ihm bekannt sei, daß vom preußischen Finanzministerium ein Aktenstück vorläge, was die weitere Ausbildung oder Ausdehnung — das weiß ich nicht — der direkten Steuern bezwecke. Ja, da ist er über das, was im Finanzministerium vorkommt, besser unterrichtet als ich. Mir ist dieses Aktenstück einstweilen nicht bekannt. Es kann ja zum Beispiel die Reform der Einkommensteuer betreffen, es kann auch sein, daß zwischen meinem Kollegen im preußischen Finanzministerium und mir Modalitäten der Ansicht entstehen, die nachher im Staatsministerium sich beschlußmäßig ausgleichen, aber ich weiß von diesen Sachen bisher nichts, ich weiß nur, daß die preußische Finanzverwaltung mit mir beispielsweise darin einverstanden ist, auf Abstellung des Schulgeldes, so weit es überhaupt noch erhoben wird, hinzuwirken, nicht nur mit Rücksicht auf die Gemeinden, sondern auf die Stellung des armen Mannes, um diesen und die barfuß gehenden Schulkinder, die das Schulgeld bezahlen müssen, zu erleichtern. Wenn Herr Lasker

diese Schulkinder zu den reichen Leuten rechnet, die entbürdet werden sollen, um noch ärmeren diese Last aufzubürden, so glaube ich, geht er darin doch zu weit. Was ich hauptsächlich an den direkten Steuern drückend finde, das ist beispielsweise vor allen Dingen die Mietssteuer in Berlin (Heiterkeit), die müßte meines Erachtens abgeschafft und die Gemeinde in den Stand gesetzt werden, diese durch ihre Gemeindemitglieder selbst und durch ihre berechtigten Organe als ungleich wirkend anerkannte Steuer durch eine andere Steuer zu ersetzen, und in dieser Beziehung schrecke ich auch vor dem Aushilfsmittel der Staatshilfe nicht zurück, nur denke ich mir das auch nicht so kindlich, wie der Herr Vorredner es schildert, daß die Stadtverwaltung von Berlin in den offenen Säckel des Finanzministers hineingreift, sondern ich denke mir, daß im Budget spezialisiert derartige Fälle vorkommen, daß die Gemeinden, die vermöge ihrer besonderen Verhältnisse Anspruch darauf haben, soundso viel Zuschuß von der Staatskasse haben, ohne ihre Selbstverwaltung und ihr Verfügungsrecht in Bezug auf diese Zuschüsse anzufechten. Eine Stadt wie Berlin leistet mehr wie andere auf staatlichem Gebiete, Leistungen, die ihrer Natur nach nicht kommunale Leistungen sind, die aus einer gewissen finanziellen Plusmacherei früher den Gemeinden in dieser Ausdehnung aufgebürdet sind, und die dem Staate zur Last fallen sollten. Es sind diese staatlichen gerade diejenigen Lasten, die zur Überlastung der Gemeinden geführt haben, und ich glaube, daß viele von den Städten deshalb auf einen Staatszuschuß Anspruch haben, und das könnte geschehen durch ein Pauschquantum aus den zu überweisenden Steuern — wozu also in Preußen zum Beispiel die Grundsteuer und die Häusersteuer gerechnet wird —, die Überweisung kann staatsbudgetmäßig geschehen, oder provinziell oder bezirksmäßig, oder sei es in den kleineren Gemeinden durch Kreistagsbeschluß und Beratung, je nach ihren Bedürfnissen, aber alles natürlich öffentlich, unter Kontrolle der Öffentlichkeit und ohne Durchstecherei und mit möglichster Verhinderung, daß irgendein Ring sich bildet, welcher die Dinge nach außen deckt und der öffentlichen Kritik entzieht. Die Häusersteuer und die Grundsteuer haben die Eigentümlichkeit, daß sie sich gleich der Mietssteuer nicht nach dem Vermögen dessen richten, der sie zahlt, auch nicht die Absicht haben, dies zu tun, sondern sie besteuern brutto das Objekt, aus dem der Steuerschuldner seine Revenuen zieht, und deshalb bin ich der Meinung, sie sollten wenigstens keinesfalls den Maßstab für irgendwelche Zuschläge bilden. Ich habe niemals — und das ist wiederum ein Irrtum, den der Herr Abgeordnete Dr. Lasker öffentlich verbreitet hat — für Verminderung der Grundsteuer gestimmt, nicht um einen Heller! Ich bin von der Überzeugung ausgegangen, die ja vielleicht irrtümlich ist, daß die Ungerechtigkeit, die bei der Veranlagung der Grundsteuer vorgegangen ist, die heutige Generation nur wenig, manche gar nicht, in verkauften Gütern usw. berührt; die Grundsteuer ist eine Belastung des inländischen Getreides und Brotkornes ihrer Natur nach. Das Anbauen des inländischen Korns wird durch sie verteuert, während das ausländische nicht besteuert werden soll; das ist so die Logik der Herren, die die Zölle bekämpfen, aber die Grundsteuer völlig aufrechterhalten. Dennoch gehöre ich zu denen, die die Grundsteuer nicht vermindern wollen, und diese Überzeugung ist in regierenden Kreisen allgemein; wenn ich sie teile, so kommt das nicht daher, weil ich sie objektiv für richtig halte, sondern daher, weil ich gerade den Entstellungen, die sich an solche Dinge knüpfen, keinen Raum geben will, weil ich die Möglichkeit abschneiden will, daß sogar so scharfsinnige Leute wie der Herr Abgeordnete Lasker in den Irrtum fallen, es bestehe bei uns ein

Rassen- und Klassenkampf, den gemeinen Mann in Steuerfragen unter die Füße zu treten und von seinem Schweiß die reichen Leute, namentlich die so verhaßten großen Grundbesitzer reich zu machen. Diese Entstellungen sind es, die ich befürchte, und weil ich die Neigung zu solchen Insinuationen gerade gegen den Grundbesitz in einem großen Teil unserer politischen Welt, in den meisten derjenigen, die keinen großen Grundbesitz haben, gefunden habe, habe ich aus politischer Vorsicht, nicht aus Überzeugung, im Staatsministerium stets erklärt: Ich willige in keine Verminderung der bestehenden Grundsteuer, aber ich verlange, daß sie wegen der Unverhältnismäßigkeit, in der sie zur Leistungsfähigkeit des Zahlers steht, aufhört, Maßstab für Zuschläge zu sein; dadurch wird die alte Ungerechtigkeit in jedem Jahre neu wiederholt, und ich wünsche, daß anstatt dieser Zuschläge eine Hälfte der Grundsteuer oder mehr, je nachdem das Bedürfnis ist, den Provinzen und Kreisen und mit der Haussteuer den Städten überwiesen werde, wo auch wieder der Grundeigentümer das Steuerobjekt für die Beschließenden bildet, die es zum großen Teil nicht sind, und für den einzutreten, halte ich für kein Verbrechen. Der Grundbesitzer ist im ganzen, wenn Sie auf unsere deutsche Geschichte zurückdenken, ein Stand von gutem und ehrbarem Ruf gewesen, und er hat seine Schuldigkeit ebensogut getan wie die Literaten, wenn ich eine Klasse unter diesem allgemeinen Ausdruck begreifen kann; er hat in keiner Leistung zurückgestanden, er hat in Krieg und Frieden vorzugsweise die Lasten getragen, er besteht nicht bloß aus reichen Gutsbesitzern, sondern auch aus armen, er besteht nicht bloß aus reichen Bauern, er besteht auch aus armen, verschuldeten Bauern, er besteht auch aus den kleinen Besitzern, von denen ich wünschte, wir hätten ihrer viel mehr, als wir haben, und die mit einer anerkennenswerten Zähigkeit an dem Hause und dem Grundbesitz hängen, den sie haben, und die, wenn sie auch nur minimale Beträge zahlen, doch mit Grund- und Häusersteuer ohne Rücksicht auf Schulden belastet sind, wovon sie, glaube ich, sollten erleichtert werden. Also um diese Möglichkeit zu haben, nicht aber zur Verminderung der Grundsteuer der großen Besitzer, sondern zur Überweisung eines Teiles derselben an die Gemeinden und Verbände, darum wünsche ich die Einnahmequellen des Reiches und infolgedessen die Herauszahlungen des Reiches an die einzelnen Staaten zu vermehren.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß die Wehrsteuer mit der Vorliebe in der Denkschrift für die indirekten Steuern im Widerspruch stände, so gebe ich das zu, es ist auch in der Denkschrift empfunden, aber zugleich gesagt, daß, ebensowenig wie die Einkommensteuer der höheren Klassen abzuschaffen ist, der Grundsatz nicht überall anwendbar ist, keine direkten Steuern zu behalten. Wir wissen nicht, wie eine Ausgleichung zwischen dem, der im Heere dienen muß, und dem, der nicht zu dienen braucht, anders zu schaffen ist, und der Unterschied ist doch in der Belästigung zu Gunsten des Staats ein großer. Halten Sie diese distributive Gerechtigkeit für nicht angebracht oder nicht erforderlich, nun gut, dann werden Sie sie ablehnen; sie hat mit der Theorie der Steuern nichts zu tun, sie ist nur die Ausgleichung einer Last, für die ich einen anderen Weg nicht finden kann. Finden Sie einen anderen oder wollen Sie gar nicht ausgleichen, dann ist es ja auch gut, dann werden wir uns darin finden müssen.

Der Herr Vorredner hat ferner die Anführungen bemängelt, die in Bezug auf das indirekte Aufkommen in anderen Staaten gemacht sind, und er hat aus dem Verhältnis der

anderen Staaten nachzuweisen versucht, daß diese mehr indirekte Steuern brauchten als wir. Das mag ja auch ganz richtig sein, sie haben ja mehr Schulden. Es hat durch diese Tabelle nur nachgewiesen werden sollen, daß eine indirekte Belastung, wie sie von uns erstrebt wird, durchaus keine übertriebene und keine unmögliche ist. Ich lege den meisten Wert auf das Beispiel aus den Ländern, wo der Kopf im Durchschnitt weniger wohlhabend sein wird wie im Deutschen Reich, also auf Rußland, ich glaube auch, wir können sagen, auf Österreich und Italien, daß die noch eine erheblich höhere Last an indirekten Steuern tragen, als wir sie erstreben. Sie werden natürlich an Steuern nur tragen, was sie für den Staat brauchen, aber auch wir werden uns sicher nicht höher belasten, als wir es brauchen, und deshalb steht meines Erachtens die ganze Argumentation, die der Vorredner darüber entwickelte, daß die Verhältniszahlen so nicht wären, daß die anderen Staaten auch direkte Steuern hätten —, diese ganze Argumentation steht meiner Ansicht nach vollständig in der Luft, sie trägt gar nicht die Frage, die hier vorliegt. Die Frage ist die: Was brauchen wir? und nicht: was braucht Frankreich? Daß wir mehr wie den Bedarf erheben werden, daß wir die Steuern thesaurieren werden, dessen hat uns auch der Vorredner nicht fähig gehalten, obschon er manches andere von uns zu erwarten scheint, worin er uns unrecht tut; aber daß wir mehr erheben werden wie nötig, davon ist nicht die Rede, sondern es fragt sich bei uns einmal: Brauchen wir das, was wir in Aussicht nehmen? Ist das nützlich, es in Aussicht zu nehmen? Wenn wir es brauchen, wenn es nützlich ist, wird beschlossen werden, daß die Summe aufgebracht werden soll. Dann fragt es sich weiter: Wie soll sie aufgebracht werden? Etwa durch Zuschlag zu den direkten Steuern? Der Herr Vorredner schien dazu nicht übel Lust zu haben, er sagte, wir wären noch lange nicht so hoch mit direkten Steuern belastet wie andere. Nun, ich will darauf nicht eingehen; hoch genug ist es vielleicht nicht für jemand, der, wie der Herr Vorredner, so viel ich weiß, weder Grund- noch Häusersteuer zahlt, das gebe ich zu; aber für jemand, der mit dieser Doppelbesteuerung betroffen wird, die einmal in der Grundsteuer liegt, zweitens in der Einkommensteuer, die dasselbe Einkommen, was er aus dem Grundbesitz bekommt und was er nötig hat, um seine Grundsteuer zu zahlen, nochmals trifft, wenn auch mit einem geringeren Prozentsatz, auch selbst dann, wenn das Grundeinkommen nicht unverschuldet wäre, und der Hausbesitzer, der noch außerdem die Häuser versteuern muß, die zur Ausbeutung des Grundbesitzes unentbehrlich sind — wenn diese dreifache Besteuerung auf dem Herrn Vorredner lastete und er persönlich in diesem weiteren Kreise kontribuabel wäre, dann würde er doch vielleicht auch das Gefühl haben, daß es bei den Wahlen nicht nützlich sein wird, für Erhöhung der direkten Steuern eintreten zu wollen. Ich wenigstens kann mich dazu nicht verstehen; ich würde glauben, daß die Regierung dann bei den nächsten Wahlen vollständig durchfallen würde, wenn sie ein solches Programm aufstellen wollte.

Ich frage also nur: Soll das, was wir brauchen, durch direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden? Und ich bin da nach den Argumentationen, die in der Denkschrift enthalten sind, in keiner Weise zweifelhaft, daß es nur durch indirekte möglich ist. Der Herr Vorredner hat bestritten, daß die indirekten Steuern sich ins Niveau setzen, sich verteilen, mit anderen Worten, daß sie abbürden, direkt oder auch auf dem umgekehrten Wege, so daß jeder das, was ihm am notwendigen Lebensbedarf verteuert wird, auf die

Ware aufschlägt, die er selbst herstellt, verkauft, oder auf die Arbeit, die er selbst leistet; ehe er überhaupt bezahlte Arbeit annimmt, wird er sehen, daß er dabei zu leben hat, und wird seine Arbeit nicht wohlfeiler hergeben, als er dabei bestehen kann. Es kommt daher in Verhältnissen, die man überhaupt kennt und übersehen kann, nicht vor, daß an Hunger jemand gestorben ist, auch nicht, daß jemand diesem Verhältnis nahe gekommen wäre. Wenn der Herr Vorredner dergleichen nachweisen kann, würde ich daraus nicht schließen, daß die Zölle aufgehoben werden müssen, sondern daß die Gemeinde angefaßt werden muß, die ihre Armenpflicht so vernachlässigt, und daß die Zollgesetzgebung so eingerichtet werden muß, daß die Arbeitslöhne sich erhöhen. Wir sind ja alle in der Lage, und zum Teil recht lange, um zu wissen, was uns ein Paar Stiefel kostet; ich erinnere mich, daß ich vor vierzig bis fünfzig Jahren für ein Paar Stiefel 3 bis 4 Taler bezahlt habe, heutzutage bekomme ich dieselbe Arbeit nicht unter 8, mitunter nicht unter 10 Talern. Ist nun das eine Phantasie des Schuhmachers, ist das eine Erpressung, die er mir gegenüber macht, daß er mir 200 Prozent mehr abnimmt, oder eine Abbürdung seiner Auslagen? Und nehmen Sie die Ausgaben, die wir alle machen müssen: für Kleidung, für Wohnung — ist das nicht alles in einer Weise gestiegen, daß heutzutage die Preise mehr als verdoppelt sind? Woher kommt das? Das kommt nur daher, daß der Schuhmacher sagt: Ich liefere Ihnen ein Paar Stiefel nicht wohlfeiler wie das, denn wenn ich leben will, muß ich soundso viel für mich übrig haben, und kein Mensch wird so einfältig sein, darüber weiter zu handeln, jeder wird die Rechnung bezahlen, wie er sie für seine Stiefel bekommt. Die Tatsache, daß die Preise für Schuhzeug, Kleider auf 200 bis 300 Prozent zugleich mit den Bedürfnissen der Handwerker gestiegen sind, wird mir jeder bestätigen, der in meinem Alter ist, und zugeben, daß sie sich ganz schlagend gegen die Theorie des Vorredners wendet, die die Wissenschaft allerdings nicht lösen kann, sondern die nur die Praxis lösen kann. Nehmen Sie als weiteren Beweis, wie wenig die Steuer mit den Preisen der Lebensbedürfnisse zu tun hat: Als die Finanziers in den großen Städten den Fehler begingen, die Mahl- und Schlachtsteuer abzuschaffen, da erwartete jedermann, daß Fleisch und Brot wohlfeiler werden würden. Ich frage jeden, der in Berlin damals und jetzt gelebt hat: Ist das Fleisch jetzt wohlfeiler? Die Preislisten sind ja zu haben — aber eines ist ganz gewiß: es ist schlechter! Ich habe vor zirka dreißig, vierzig und fünfzig Jahren in Berlin Fleisch gegessen, und habe es mit Bewußtsein später gegessen, und ich habe die Überzeugung — und ich bin ja ein berechtigter Zeuge — die Nahrung ist schlechter geworden. Ist seit Aufhebung der Mahlsteuer das Brot größer geworden und wohlfeiler? — Ich spreche von der Zeit, wo der „furchtbare Druck" der Kornzölle noch nicht auf uns lastete und wo das Korn nicht wohlfeiler war; ich glaube auch nicht, daß der Bäcker reicher wird, sondern es sind mehr Bäcker geworden, es sind mehr Metzger geworden; daran liegt es, es sind mehr geworden, die leben wollen von dem, was sie erheben zwischen dem Produzenten, dem Zwischenhändler und dem Konsumenten. Überall, wo die Steuer eine solche Lücke leer läßt, wenn sie aufgehoben wird, da tritt nicht immer notwendig das Sinken der Preise ein, sondern der geschäftliche Zwischenhandel, der ein bequemes Leben führt, füllt die Spalte sofort und nimmt das Überschießende für seinen Verdienst schneller in Anspruch, als der Konsument überhaupt darauf kommt, daß es eigentlich hätte wohlfeiler werden sollen.

Ich bin darauf gefaßt, daß die üblichen Ausfälle auf die Zölle sich noch oft wiederholen werden, und ich muß daher die üblichen Einwände dagegen, die wir nur aus Erfahrungen sammeln können, machen, wie auch der Herr Vorredner, was mich freute und überraschte, sagte, daß die Wissenschaft hierbei vollständig im Stich läßt. Es handelt sich nicht um exakte Wissenschaft, sondern um Behandlung von Organisationen, um lebendige Körperschaften, deren Wesen ebensowenig von den Menschen seziert und ergründet worden ist, wie das des einzelnen menschlichen Körpers von den gelehrtesten Ärzten; soweit das Auge hinreicht, soweit die Chirurgie tätig ist, haben wir ganz außerordentliche Leistungen, in der Behandlung innerer Krankheiten aber sind zu unserem und der Ärzte Bedauern die Fortschritte der Wissenschaft seit der Zeit, die uns die Geschichte zugänglich gemacht hat, nur gering gewesen, und deswegen sind auch die Ärzte mir die liebsten, die Erfahrung haben und zu Rate ziehen, wenn Sie wollen: Empiriker, wenn man sie beleidigen will — wenn man sie braucht: erfahrene alte Herren; und so ist es auch in der Politik, in der Nationalökonomie, in der Statistik; die Wissenschaft ist da mitunter auf einem sehr hohen Pferde, aber sie sieht den Boden nicht, auf dem sie reitet, und erkennt ihn nicht.

Ich weiß nicht, ob ich die sehr reichhaltige Sammlung von Einwänden, die der Herr Vorredner machte, erschöpft habe, aber ich glaube es beinahe. Die Preise der Gegenstände, von denen wir eine Vermehrung der Einnahmen künftig erwarten — wo ich also mit dem Vorredner über Tabak und Getränke vollständig einig bin, hängen von der Steuer allein nicht ab. Ich schrecke auch nicht vor Einnahmequellen zurück, wie sie sich in Amerika aus den Zöllen in überraschendem Maße entwickelt haben. Ohne leidenschaftlicher Schutzzöllner zu sein, bin ich doch ein leidenschaftlicher Finanzzöllner wegen der Überzeugung, daß die Finanzzölle, die Grenzzölle, fast ausschließlich vom Ausland getragen werden, namentlich für Fabrikate, und daß sie immer eine nützliche schutzzöllnerische Rückwirkung haben; und bei der Entwicklung unseres Tarifs bin ich fest entschlossen, jeder Modifikation des Tarifs nach der anderen, freihändlerischen Seite hin zu widerstreben, und nach der Seite des größeren Schutzes, einer höheren Revenue vom Grenzzoll hilfreich zur Seite zu stehen, soweit mein Einfluß reicht.

Sie sehen, daß ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache und den Mut meiner Meinung habe, was ebenso unpopulär ist, wie das Tabaksmonopol. Aber vor allen Dingen glaube ich mich dabei auf dem richtigen Wege zu befinden, um für die Regierung und für die verbündeten Regierungen und deren Gesetzgebung, wie es meine Pflicht ist, die Zufriedenheit des besteuerten Volks zu erstreben. Ich finde es ja natürlich, daß die Forderung dieser Zufriedenheit von den Gegnern der Regierung nach Möglichkeit verhindert und bekämpft wird; ich kann mich aber dadurch nicht aufhalten lassen und werde unbeirrt den Weg gehen, der durch das Programm der Denkschrift, für welches ich die Verantwortlichkeit übernehme, gekennzeichnet ist. Ich werde für möglichste Verbreitung und Kenntnisnahme und Ausarbeitung dieses Programms nach allen Richtungen in der Presse und auch sonst Sorge tragen, und werde dafür so viel Anhänger werben, wie ich im Lande irgend finden kann. Das halte ich für mein Recht und meine Pflicht. (Bravo! rechts.)

Von den drei Steuerentwürfen gelangt im Laufe der weiteren Verhandlungen nur die Stempelsteuer für Börsenpapiere zur Annahme.

28. Sitzung des Deutschen Reichstags.

2. April 1881.

Daß die Kehrseite des Sozialistengesetzes eine Hilfe des Staates für unverschuldete Not des Arbeiters sein müsse, war dem Kanzler von vornherein klar gewesen. Vor allem galt es, den Arbeiter gegen Unfälle zu versichern. Zu diesem Zwecke mußte man an Stelle des seit 1871 bestehenden Reichshaftpflichtgesetzes etwas Neues bieten. Denn der in jenem Gesetz geforderte Nachweis des Verschuldens des Unternehmers, um zu Schadenersatz zu kommen, machte das ganze Gesetz illusorisch. Deshalb forderte Bismarck eine allgemeine Unfallversicherung durch das Reich. Am 8. März wurde dem Reichstage dies erste Unfallversicherungsgesetz vorgelegt, dessen Hauptinhalt darin bestand, daß alle in Bergwerken, Salinen, Brüchen, Gruben, Werften, bei Bauarbeiten, in Fabriken und Hütten beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten mit einem Jahresverdienst bis 2000 Mark in einer Reichsversicherungsanstalt gegen Unfälle versichert werden. Die Versicherungsprämie ist, je nach der Höhe des Verdienstes aufzubringen, teilweise vom Versicherten, teilweise vom Unternehmer. Dieser Gesetzentwurf kam am 1. April 1881 zur Beratung, die nach lebhafter Debatte am 2. April fortgesetzt wird. Die Oeffentlichkeit war überwiegend gegen den Entwurf; das Versicherungsmonopol, der Versicherungszwang wurde ebenso verworfen, wie der „Staatssozialismus“, den man in der Übernahme eines Teils der Versicherungsprämie durch den Staat erblicken wollte und der gerade im Liberalismus die vornehmste Gegnerschaft fand. Als erster Redner des Tages spricht Abg. Eugen Richter; er billigt die Erweiterung der Haftpflicht, ist aber entschiedener Gegner der Zwangsversicherung, der Reichsversicherungsanstalt und des Versicherungsmonopols. Er begrüßt es, daß die schädlichen Folgen der Bismarckschen Wirtschaftspolitik dem Volke die Augen geöffnet und eine kritische Betrachtung der Politik Bismarcks ermöglicht habe; er habe das Prestige im Volk verloren. Das neu erwachte politische Interesse im Volke werde hoffentlich einen Schutz gegen die Fortsetzung der schädlichen Experimente des Kanzlers bieten. Fürst Bismarck erwidert:

Ich will, bevor ich auf die Sache eingehe, kurz auf einige der letzten Bemerkungen des Herrn Vorredners antworten, weil ich sie bei ihrem geringeren Schwergewicht sonst vielleicht vergessen möchte. Er hat damit geschlossen, daß mein Prestige im Schwinden wäre. Ja, wenn er recht hätte, möchte ich sagen: Gott sei Dank! Denn Prestige ist etwas furchtbar Lästiges, etwas, an dem man schwer zu tragen hat und das man leicht satt wird. Mir ist es vollkommen gleichgültig. Ich habe, wie ich sehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Herrn Vorredners, als vielleicht noch mehr Ehrgeiz in mir steckte, jahrelang ohne jedes Prestige, im Gegenteil als Gegenstand der Abneigung, wenn nicht des Hasses der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und gesünder befunden, als in den Zeiten, wo ich am populärsten gewesen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung; ich tue meine Pflicht und warte ab, was daraus folgt.

Der Herr Vorredner hat das hauptsächlich damit begründet, daß die Arbeiter den Beistand ablehnen, den ihnen die Reichsregierung zu bringen sucht. Darüber kann der Herr Vorredner noch gar keine Nachricht haben; was die Masse der Arbeiter denkt, das weiß der Herr Vorredner gar nicht; er weiß, was die eloquenten Streber, die an der Spitze der Arbeiterbewegungen stehen, was die gewerbsmäßigen Publizisten, die die Arbeiter als ihr Gefolge brauchen und die unzufriedenen Arbeiter als Gefolge brauchen — was die darüber denken, darüber wird der Herr Vorredner ganz gewiß genau unterrichtet sein. Aber was der Arbeiter im allgemeinen denkt, das wollen wir abwarten. Ich weiß nicht, ob diese Frage in ihrer Bedeutung überhaupt schon bis zu ihrer Erwägung außerhalb der gelehrten Arbeiterklubs, außerhalb der leitenden Streber und Redner vollständig durchgedrungen ist. Wir werden ja bei den nächsten Wahlen die erste Probe davon haben, ob der Arbeiter sich dann, geschweige jetzt, ein volles Urteil darüber schon gebildet hat.

Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetz betreten wird und von dem der Herr Vorredner ganz mit Recht urteilt, daß es noch eine sehr weite Perspektive hat, die

vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milder in ihrem Urteil über die Regierung stimmen kann — dieses Feld, welches hiermit betreten wird, berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung so bald nicht abkommen wird. Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen; die Mahnung ist bis zu diesem Augenblick an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig ins reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß, so daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte; das ist der Weg einer organischen Entwicklung. Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen, ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung — ich bedaure, daß die Parteifragen so hineinspielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht tut.

Der Herr Vorredner hat, was ich nur beiläufig erwähnen will, weil es vor einigen Tagen auch in einer anderen Rede vorkam, angespielt auf einen angeblich lebhaften Telegrammwechsel zwischen „gewissen Kreisen und einer hochstehenden Person", unter welcher Bezeichnung ich mich in diesem Falle verstehen muß. Meine Herren, es ist dies eine sehr einfache Sache; ich bekomme Tausende von Telegrammen — ich bin ein höflicher Mann und würde sogar wahrscheinlich auf ein Telegramm von Herrn Richter antworten (Heiterkeit), wenn er mich mit einem freundlichen Telegramm beehren wollte; ich kann auf ein freundliches Telegramm zur Begrüßung nur freundlich antworten und keine polizeiliche Recherche darüber anstellen, welcher politischen Richtung diese Absender etwa sind. Ich bin auch nicht so ängstlich in meinen Anschauungen, daß ich besondere Katechisationen über die politische Partei der Absender anstelle. Macht es jemand Vergnügen, mich als Mitglied der antisemitischen Verbindungen darzustellen, so gönne ich ihm das. Ich habe mich, wie es mir meine amtliche Stellung gebietet, von allen diesen Bewegungen, die mir nicht erwünscht sind, ferngehalten; ich möchte nur wünschen, daß auch die übrigen Herren und namentlich diejenigen, welche die Regierung und mich in Person mit ihrem Wohlwollen beehren, sich von den Aufhetzungen der Klassen gegeneinander, von Wendungen der Rede, die den Klassenhaß schüren, mehr als bisher entfernt halten möchten. Wenn wir neulich von dem Herrn Abgeordneten Lasker die Bezeichnung hörten, die wirtschaftliche Politik, welche die Regierung treibe, sei eine „aristokratische" Politik, und damit alles, was zur Aristokratie gehört, als des Eigennutzes verdächtig, dem armen Manne, auf dessen Kosten sie angeblich lebten, denunziert wird — wie sollen nicht, wenn solche Äußerungen auf antisemitischen Boden fallen, dort die richtigen Repressalien für ein solches Wort gefunden werden? so daß man die Politik, die uns entgegensteht, mit einem anderen Epitheton, was ich gar nicht aussprechen will, was aber jeder selbst finden wird, bezeichnete? Wenn nachher eine Zeitung, wie die „Tribüne", von der gesagt wird, daß sie Eigentum des Herrn Bamberger sei, diesen Ausdruck des Herrn Lasker noch durch ihr Sprachrohr weitergibt und weiterverfolgt, daß dies die richtige Bezeichnung, daß dies eine Kolumbusentdeckung

sei, dieses Wort gefunden zu haben, daß Fürsorge für den armen Mann und Aristokratie nicht in derselben Gedankenordnung nebeneinander stehen können, ja, dann denken Sie sich das umgekehrt im Munde des Antisemiten, was für ein Element der statt Aristokraten setzen wird, ob er ganz dasselbe setzen wird, in alle den Wendungen, mit welchen das Organ des Herrn Bamberger der Aristokratie egoistische Ungerechtigkeiten unterschiebt. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates für das, was er tut, auf dem Gebiet, welches er heut betritt, aufmerksam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laisser faire, laisser aller", „das reine Manchestertum in der Politik", „Jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe", „Wer nicht stark genug ist, zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten", „Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen" —, daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz der Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgendeinen Einfluß der Regierung gestört wird.

Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konsequenz dieser Gesetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, so werden wir seinen Erwartungen und seinen Wünschen in dieser Beziehung vielleicht später entsprechen können —, nur nicht zu schnell und nur nicht alles auf einmal! Solche Gesetze entstehen ja nicht auf der Basis einer theoretischen Willkür, die darüber grübelt, was wäre jetzt wohl für ein Gesetz zu machen, sondern sie haben ihre Genesis, ihre Vorgeschichte, aus der sie entstehen. Daß wir bis heute nur mit einem Unfallversicherungsgesetz kommen, hat seinen Grund darin, daß gerade diese Seite der Fürsorge für den Armen und Schwachen schon früher besonders lebhaft betrieben ist, in Zeiten, wo ich diesen Dingen überhaupt noch nicht nähergetreten bin. Ich habe Aufforderungen, Andeutungen, Anfänge zu diesem Gesetz schon vorgefunden, es war das Gesetz, was nach Lage der Akten am meisten urgierte und am meisten dringend erschien, und wie ich ihm zuerst nähergetreten bin, habe auch ich anfangs das Gefühl gehabt, daß das Gesetz seiner Theorie nach nicht umfassend genug sei, mir ist die Versuchung nahegetreten, in dem ersten Paragraphen, in dem, glaube ich, der Satz vorkommt: „Alle Arbeiter, die" und „müssen so und so entschädigt werden" —, anstatt dessen zu sagen: „Jeder Deutsche". Wenn man diesem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, wenn man namentlich auch die selbständigen Arbeiter, die in niemandes Auftrage verunglücken, umfassen will, dann hat die Sache auf dem Wege der Versicherung ihre noch größeren Schwierigkeiten, und das erste, was uns da beschäftigt hat, und sehr viel ernster beschäftigt, als irgendeine zweistündige Rede irgendeines Abgeordneten tun kann, das war die Frage: Wie weit läßt sich das Gesetz ausdehnen, ohne daß wir in den Beginn dieser Gesetzgebung gleich im Anfang eine nachteilige Lage, einen zu weitgehenden Griff, also einen Mißgriff bringen? Mir lag als Landwirt wohl die Frage sehr nahe: Läßt es sich beispielsweise auf die Landwirtschaft,

der bei weitem die größte Anzahl der Arbeiter, wenigstens in den östlichen Provinzen, angehören, ausdehnen? Ich will die Hoffnung, daß dies möglich sei, nicht aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, die uns für den ersten Augenblick abgehalten haben, einige Worte sagen. Daß die landwirtschaftlichen Gewerbe, soweit sie sich der Maschinen- und elementaren Kräfte bedienen, nicht ausgeschlossen sind, versteht sich von selbst. Nun ist aber auch die übrige größere Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maschinen, die nicht von elementaren Kräften, sondern von Pferden, mitunter auch von Menschenhänden geleitet werden, und diese Berührung ist vielfach eine lebens- und gesundheitsgefährliche; es ist aber außerordentlich schwer, den Prozentsatz dieser Bevölkerung, das Beitragsverhältnis, welches daraus hervorgeht, zu fixieren. Der Herr Abgeordnete hatte ja seinerseits schon fertige Erfahrung, wieviel in jedem Zweige der menschlichen Beschäftigung der Prozentsatz beträgt, und er hat ihn mit großer Sicherheit angeführt; ich würde ihm dankbar sein, wenn er diesen Schatz und die Quelle, aus der er ihn gezogen hat, uns mitteilen wollte. Wir haben versucht, uns zu helfen, die Vorarbeiten waren sorgfältig nach Daten — nota bene nach sicheren, nicht nach beliebigen statistischen, auf Konjunkturen begründeten Ziffern, sondern sicher begründeten Ziffern ausgesucht, und wenn wir die gefunden hätten, die der Herr Abgeordnete ja mit seinem schärferen Blick sofort entdeckt zu haben scheint, wenn sie uns zugänglich gewesen wären, und wenn wir sie für richtig gehalten hätten, würden wir in dieser Vorlage weitergegangen sein.

Wenn ich sage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirtschaft auch schließlich hineingezogen wird, so schwebt mir dabei eine Organisation vor, die so rasch in einer Session nicht hergestellt werden kann, mit der das Kind, wenn es überhaupt zur Welt kommt, überhaupt nicht geboren werden kann, sondern in die muß es erst allmählich hineinwachsen, nämlich eine Organisation, nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter versichert haben, in sich korporative Genossenschaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entschädigungen durch Prämien in sich aufbringen, und welche zugleich die genügende Kontrolle über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall so sind, daß der Genossenschaft mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit anderen Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Mitgenossen zum Wächter der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es, im Wege der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirtschaftende Landwirtschaft wahrscheinlich den richtigen Prozentsatz im Wege der Erfahrung finden. Der Mangel an Erfahrungen auf diesem Gebiete hat uns auch bestimmt, in der Frage, wie die Beitragspflicht verteilt werden soll, vorderhand sehr vorsichtig zu sein, und ich muß sagen, ich würde meinerseits nicht den Mut haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Gesetz mit sich bringt, ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollen. Wenn die Staatshilfe, sei es in Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in Form des Staats, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Mut haben, für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen. Es ist möglich, und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurteilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitieren, oder wie man das will, aber ohne jedes schon gemachte Experiment, ohne jede praktische Ermittelung dessen, was uns da bevorsteht, habe ich nicht den Mut, die Industrie mit den

vollen Kosten dieser staatlichen Einrichtungen zu belasten, sie in höherem Maße zu belasten wie bisher, um ihr dasjenige aufzuerlegen, was die Lokalarmenverbände bisher an Fürsorge für den verunglückten Fabrikarbeiter zu tragen gehabt haben, und was künftig in einem höheren, vollkommeneren und würdigeren Maß durch die Versicherer getragen werden soll in Gemeinschaft mit dem Staat. Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Übertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vorteil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht, nur nicht um dieses volle Drittel, welches dem Staate zugemutet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Loses des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staate anrechnen, und es fragt sich da: ist diese Differenz des damit erstrebten Zieles wert, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist, und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zuschuß hat, der dabei vom Staate gefordert wird, ist der gleichwertig mit dem Vorteile, welcher erreicht wird? Ich glaube dies im allerhöchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll niemand verhungern; ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, über das er als Armer selbständig verfügen kann und das ihm manche Tür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird, und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend nähergetreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat, und selbst bei den bestverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird im Hause von Stiefmüttern, von Verwandten irgendeiner Art, von sehr nahen Verwandten mitunter, der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich sagt: Es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, was er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Das kommt vor! Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine! Hat er aber nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur 6 oder 5 Taler monatlich gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Bares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Also sage ich, wir haben das Bedürfnis, in diesem Gesetze auf eine menschen-

würdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken, und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konsequenzen im nächsten Jahre — mag dieses Gesetz abgelehnt werden oder nicht — vollständig befriedigen in Bezug auf die Masse und Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerbslosen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hineinzutreten. Man kann gegen diese Dinge nicht in der Weise sich decken, daß man eine geläufige, glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgesetzes empfiehlt, ohne nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man sich diese Ausbildung denkt. Damit kann man diese Sache nicht erledigen, damit spielt man den Strauß, der den Kopf versteckt, um die Gefahr nicht zu sehen. Die Aufgabe der Regierung ist es, den Gefahren, wie sie uns vor einigen Tagen von dieser Stelle hier aus beredtem Munde mit überzeugenden Belegen geschildert wurden, ruhig und furchtlos ins Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren erst gelehrig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig. Wenn Sie es Sozialismus nennen, so liegt natürlich der wunderliche Hintergedanke dabei, die Regierung des Kaisers dieser Vorlage der verbündeten Regierungen gegenüber gewissermaßen in die Schußlinie der Kritik zu stellen, die Herr v. Puttkamer uns hier über die Bestrebungen der Sozialisten darlegte, man sollte daran glauben, daß von dieser Vorlage bis zu der Mörderbande von Hasselmann und den Brandschriften von Most und bis zu den Umsturzverschwörungen, die uns vom Wydener Kongresse enthüllt wurden (Ruf: Oho!), daß uns davon nur ein ganz kleiner Raum noch trennt, der allmählich auch überschritten wird. Nun, meine Herren, im Gegenteil, das sind mehr oratorische Ornamente, mit welchen man kämpft, die keinen Hinterhalt haben, man bedient sich dabei der Vielseitigkeit des Wortes „Sozialismus“. Nach dem, wie die Sozialisten es in ihrem Programm getrieben haben, ist das eine Bezeichnung, die mit „verbrecherisch“ in der öffentlichen Meinung beinahe gleichbedeutend ist. Nun, diese Bestrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft besser und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, seinen noch gesunden Genossen nicht das Beispiel eines sozusagen auf dem Kehricht langsam verhungernden Greises zu gewähren —, das kann man doch nicht in dem Sinne als sozialistisch bezeichnen, wie diese Mörderbande uns neulich dargestellt worden ist, und das ist ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man „sozialistisch“ darüber ruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger, der ja an dem Worte „christlich“ keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen. (Bravo! rechts.)

Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, dann werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden —, das weiß ich nicht, ob sie das ertragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei einigen ginge es allerdings; es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesamtproduktionskosten ist. Ich

nenne als solche Produktionszweige chemische Fabriken, oder Mühlen, die in der Lage sind, mit einigen zwanzig Arbeitern bei einem Umsatz von einer oder mehreren Millionen ihr Geschäft zu machen; aber die große Masse der Arbeiter steckt eben nicht in solchen, ich möchte sagen, aristokratischen Betrieben, womit ich aber keinen Klassenhaß erregen will, sondern sie steckt in denen, wo der Arbeitslohn bis zu 80 und 90 Prozent der Kosten beträgt, und ob die dabei bestehen können, weiß ich nicht. Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder auf die Unternehmer legt, das halte ich für ganz gleichgültig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen, und was der Arbeiter beiträgt, das ist doch notwendig schließlich zu Lasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im ganzen keinen Überschuß und keine Ersparnis gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohn noch eine Last auferlegen, ja, dann muß der Unternehmer diese Mittel zulegen, damit der Arbeiter die Last tragen kann, oder der Arbeiter geht zum anderen Geschäft über. Der Herr Vorredner sagte, gerade das sei ein Mangel des Gesetzes, daß der Grundsatz der Freiheit des Arbeiters von Beiträgen nicht vollständig durchgeführt sei. Er tat so, als wenn er gar nicht eingeführt wäre; er gilt allerdings nicht für die Arbeiter, die über 750 Mark Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht eben auf der Genesis des Gesetzes, daß es so gekommen ist; es stand ursprünglich im ersten Entwurf, daß ein Drittel der Beiträge von den Ortsarmenbehörden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkt der vom Staate auferlegten Armenpflege zur Last fallen würde, und es ist kein Grund, diesen Gemeinden, respektive der gesamten Armenpflege, denen bisher die 80 Prozent der vom Haftpflichtgesetz nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk damit zu machen, und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entsprechend der Satz angenommen, daß der Armenverband, dem im anderen Falle die Verunglückten zur Last fallen würden, ein Drittel tragen solle. Dieses Raisonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne so hoch stehen, daß sie, wenn sie verunglückten, dem Armenverband schwerlich zur Last fallen würden nach ihrer ganzen Wohlhabenheit, nicht mit derselben Sicherheit Anwendung. Ich bin sehr gern bereit, diese Beschränkung fallen zu lassen. Es ist schon oft davon die Rede gewesen. Nachdem die Gesamtheit des Reichstags aber sich bisher gegen einen Staatszuschuß überhaupt zu meinem Bedauern ausgesprochen hat, würde ich damit dem Gesetz auch nicht mehr Stimmen zuführen. Ich erkläre indessen, daß diese Grenze von 750 gegenüber der ganzen Theorie, die dem Gesetz zugrunde liegt, kein wesentlicher Punkt ist. Das ist ein Billigkeitsgefühl gegen die Armenverbände ursprünglich gewesen, denen man keine höheren Lasten auferlegen würde, als man ihnen Ersparnisse durch dieses Gesetz ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es stellte sich nachher heraus, daß aus vielen praktischen Beispielen den einzelnen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Verteilung, die in unserer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Last steht, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt stattfindet. Nach der geographischen Lage sind kleine impotente Gemeinden sehr häufig mit Armenpflege überlastet und große reiche Gemeinden haben darin sehr wenig, und es hätte das eine zu ungleiche Verteilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem Ortsarmenverbande stehen blieb. In dieser Überzeugung schlug ich vor, statt Ortsarmenverband zu sagen Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang sein

Leben gefristet, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirtschaftsrats diese Bezeichnung fallen gelassen und statt dessen dem Einzelstaat überlassen bleiben sollte, wie er entweder selbst eintreten wollte als Landarmenverband oder wie er seine Landarmenverbände heranziehen wollte. So ist die Grenze von 750 Mark entstanden, daß wir zuletzt auf reine Staatshilfe in dieser Form, die immer noch das Moderamen der Staatsgesetzgebung im Wege der Verteilung auf die Landarmenverbände oder die Kreisarmenverbände ist, hinausgekommen sind; wir werden ja doch einer Revision unserer Armengesetze überhaupt bedürfen; wie man das nachher wenden will, ist gleichgültig.

Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, so tief in unser Leben eingreifenden und so wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenstand die Meinungen sehr weit auseinandergehen, und ich bin vollständig darauf gefaßt, daß wir wegen dieser Divergenz der Meinungen in dieser Session einen annehmbaren Gesetzentwurf nicht zustande bringen. Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme, daß die Stimmung der Landesgesetzgebung gegen den Staatszuschuß sich ausspräche. Dann würde damit die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs sozusagen gewiesen werden, man würde dann die Versicherer der Privatindustrie vielleicht besser überlassen, als daß man eine staatliche Einrichtung ohne Zwang übt. Denn ich würde nicht den Mut haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Würde der Zwang ausgesprochen, so ist es notwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, was wohlfeiler und sicherer ist wie jedes andere. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konkurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinsung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungsgesellschaften begründet —, er hat sich stark ausgedrückt: daß die erdrückt, zermalmt werden würden, und hat gesagt, daß diese Versicherungsgesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger. (Heiterkeit.) Wenn sie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, so ist das eine geschickte Operation. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung ihrer Versicherungsgesellschaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch schwer davon überzeugen. (Abgeordneter Bebel: Sehr gut!)

Und für solche Privatversicherungsgesellschaften, die in Konkurs geraten können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, durch große Unglücksfälle, die genötigt sind, ihre Beiträge so einzurichten, daß noch für den, der sein Kapital dazu hergibt, Dividende übrigbleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und auch die Hoffnung auf Dividende, zu solchen Versicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen, und da möchte ich meinen Beistand dazu versagen. Das Korrelat für den Zwang bildet meines Erachtens auch die Übernahme der Versicherung durch den Staat in der Form des Reiches oder in der Form des Einzelstaats —, ohne das kein Zwang! Ich habe auch nicht, wie ich schon erwähnte, den Mut, den Zwang auszuüben, wenn ich nicht etwas dafür zu bieten habe. Dieser Drittelbeitrag des Staates ist ja viel geringer, wie ich schon vorher gesagt habe, als er aussieht, weil dafür den Verbänden, auf die der Staat seine ihm obliegende Armenpflege

abgebürdet hat, doch auch sehr wesentliche Leistungen abgenommen werden. Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner sagte, nicht Sozialismus, so ist das mir wiederum gleichgültig, ich nenne es immer wieder praktisches Christentum in gesetzlicher Betätigung —, aber ist es Kommunismus, dann ist der Kommunismus ja längst in den Gemeinden im höchsten Maß getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang. Der Herr Vorredner sagte, daß auf unsere Weise die unteren Klassen durch indirekte Steuern belastet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, meine Herren, was geschieht denn aber in den großen Städten, in dem nach seiner Meinung vom fortschrittlichen Ringe so glänzend verwalteten Berlin? Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende, der morgen sein gleich armer Bruder sein wird, wenn er wegen der Mietssteuer ausgepfändet ist, durch Mietssteuer den Beitrag aufbringen muß, um den schon Armen zu verpflegen. Das ist viel härter, als wenn das aus der Tabak- oder Branntweinsteuer käme.

Der Herr Vorredner hat gesagt, ich hätte eine Rede gegen die Branntweinsteuer gehalten. Das ist mir wirklich nicht erinnerlich, und ich wäre sehr dankbar, wenn er mir das aus irgendeinem Worte nachwiese. Ich habe immer den Tabak und den Branntwein als die Gegenstände zu stärkerer Belastung genannt, ich habe nur in Zweifel gezogen, ob es nützlich ist, den Branntwein im Fabrikationsstadium zu besteuern, welches manche anderen Staaten, wie Frankreich, ganz frei lassen, oder in einem anderen Stadium zu treffen. Der Herr Abgeordnete hat also — gewiß unfreiwillig — einen Irrtum begangen. Indessen der Irrtum macht sich, indem er später in vielen Blättern, auf die der Herr Abgeordnete Einfluß hat, ohne Widerlegung gedruckt erscheint, immer nicht übel im Eindruck.

Auf die Fehler des Haftpflichtgesetzes will ich nicht weiter zurückgehen; sie werden von sachkundigen und mehr beteiligten Herren besprochen werden. Es war dies eines der Motive, die mich neben den Versprechungen, die beim Erlaß des Sozialistengesetzes gegeben worden sind, deren Sie sich alle erinnern werden und an deren Erfüllung ich oft gemahnt worden bin —, die unerwartet nachteilige Wirkung der Haftpflichtgesetzgebung war eins der Hauptmomente, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entstehenden Prozesse einen ganz ungewissen und oft unverhältnismäßigen Ausgang haben, wenn sie gelingen, und einen ebenso unverhältnismäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo sie verlorengehen, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten versichert worden ist, daß, statt daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbessert wurde, an vielen Orten, wo die Prozesse häufig sind, besonders wo Winkeladvokaten, denen an Erregung der Unzufriedenheit in Hinsicht auf die Wahlen liegt, schüren, daß dort die Erbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegensatze zu der wohlmeinenden Absicht, welche das Gesetz gehabt hat, nur gesteigert worden ist, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Gesetzes sich geschädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntnis schwerlich je überzeugt wird, daß er unrecht hat, namentlich wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegenteil sagt: und wenn es vier oder fünf Instanzen gäbe, er würde seine Sache so weit bringen.

Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungierendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist und die Frage, ob irgendein Verschulden obliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgültig, er bleibt unglücklich, er bleibt verstümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist, und seine Hinterbliebenen

bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata, oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein. Wir haben es daher nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu tun, sondern mit dem Schutz eines ohne das Gesetz ziemlich wehrlosen Teils der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle, und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigene peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen.

Ich gehe auf den Vorwurf des Kommunismus nicht weiter ein; ich möchte nur bitten, daß man sich in Fragen, wie diese, wo wir wirklich alle unseren Weg noch nicht sicher vor uns liegen sehen, sondern ihn eben mit Stab und Sonde mühsam erforschen, daß man da doch nicht alles aus dem Gesichtspunkt der Parteitaktik, aus dem Gesichtspunkt der Fraktionstaktik, aus dem Gefühl „Fort mit Bismarck“ und dergleichen betreiben möge. Ich wünsche ja, so schnell wie möglich, an meiner Stelle einen anderen, wenn er nur das fortsetzen wollte, ich würde gern sagen: „Sohn, hier hast du meinen Speer“, wenn er auch nicht mein eigener Sohn wäre. (Heiterkeit.)

Diese unerwünschte Art der Diskussionen hat sich schon neuerlich gezeigt. Da hat man sich um den „armen Mann“ gerissen, wie um die Leiche des Patroklus. (Heiterkeit.) Herr Lasker hat ihn an dem einen Ende gefaßt, ich suchte ihn ihm nach Möglichkeit zu entreißen. Und wohin kommen wir denn mit diesen Unterschiebungen von Motiven und mit dieser Zuhilfenahme des Klassenhasses, der Verstimmung, des Elends und des Leidens? Darin liegt schon eher Sozialismus, getrieben in der Art, wie Herr v. Puttkamer ihn neulich hier brandmarkte.

Das Almosen ist das erste Stadium christlicher Mildtätigkeit, wie sie zum Beispiel in Frankreich in weiter Verzweigung existieren muß.

In Frankreich hat man kein Armenpflichtgesetz, jeder Arme hat dort das Recht, zu verhungern, wenn nicht mildtätige Leute ihn davon abhalten.

Das ist die erste Pflicht. Die gesetzliche Hilfe des Armenverbandes ist die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung „christlicher Staat“ perhorreszieren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte, leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen läßt. (Bravo!)

Die sehr weitgehenden Auseinandersetzungen, die ich teils heute gehört, teils gestern in dem vielleicht nicht ganz vollständigen Oldenbergschen Auszug gelesen habe, nötigen mich noch zu einigen Erwiderungen. Der Herr Abgeordnete Richter hat gesagt, die ganze Vorlage wäre eine Subvention für die Großindustrie. Nun, das ist wieder die Frage des Klassenhasses, die neue Nahrung bekommen würde, wenn man dies allgemein glauben könnte. Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde, parteiische Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen ein allerdings meistens vom Glück begünstigter Teil unserer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei anderen; ihre Existenz aber zu schwächen und zu schmälern, wäre doch ein sehr leichtsinniges Experimentieren. Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen lassen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig

bleibt, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben wird tragen können, so würden wir damit vielleicht Beifall bei allen finden, die mit Ärger jeden sehen, der reicher ist wie andere, namentlich wie sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Falle, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann stünden wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abgeordnete Richter sorgend anregte, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müßten; denn wir können, wenn ein Etablissement zugrunde geht, das zwanzigtausend und mehr Arbeiter beschäftigt, wenn es zugrunde geht, weil die Großindustriellen stets der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung denunziert werden als gemeinschädlich und als lange nicht genug besteuert, wenn sie dann erlägen —, wir könnten doch nicht zwanzigtausend und mehrere hunderttausend Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu wirklichem Staatssozialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir das ja bei jedem Notstande tun. Wenn die Einwendung des Herrn Abgeordneten Richter richtig wäre, daß man sich wie vor einer ansteckenden Krankheit vor der Möglichkeit des Staatssozialismus hüten müsse, wie kommen wir darauf, bei Notständen in einer oder der anderen Provinz Arbeiten zu organisieren, Arbeiten einzurichten, die wir sonst nicht machen würden, wenn die Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hätten? Wir veranlassen in solchen Fällen den Bau von Eisenbahnen, deren Rentabilität zweifelhaft ist; wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst jedem auf eigene Rechnung überlassen. Ist das Kommunismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit solchen prinzipiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Fleck. Ich bemerkte schon das Eintreten des Herrn Abgeordneten Bamberger für die Privatversicherungsanstalten; ich bin der Überzeugung, daß wir keine Verpflichtung haben, gegenüber jenem großen wirtschaftlichen Bedürfnis für jene allein und in erster Linie einzutreten. Er hat ferner erwähnt die „vier Wochen", die außerhalb des Versicherungswesens fallen. Es ist das, wie erwähnt, geschehen in der Hoffnung, daß die Knappschaften und Genossenschaften ihrerseits das Bedürfnis haben würden, auch etwas zu tun. Man kommt uns immer mit dem Grunde, der Arbeiter hält es wider sein Ehrgefühl, wenn er gar nichts beitrüge. Wir haben diese vier Wochen dazu ungedeckt gelassen. Ich weiß das so genau nicht, aber wenn es anders besser wäre, so bin ich der Meinung, daß dies Gesetz auch diesen Hiatus decken sollte. Darin liegt kein prinzipielles Hindernis.

Wie erheblich die Lasten sind, die unter Umständen dem „Gemeindekommunismus" in Gestalt der Armenpflege abgenommen werden und auf den Staatskommunismus in dieser Gestalt übergehen würden, darauf wirft eine vereinzelte Tatsache einen Lichtblick. Es hat mir nicht gelingen wollen, die Zahl der überhaupt in Armenunterstützung sich befindenden Personen im Reich oder in der Monarchie zu ermitteln, noch weniger den Betrag, der dafür verwendet wird, weil auf dem Lande und in sehr vielen anderen Verhältnissen die Privatwohltätigkeit und die gesetzliche Armenpflege so ineinander fließen, daß die Grenze nicht zu ziehen ist, auch nicht Buch darüber geführt wird. Nur von den 170 Städten über 10 000 Einwohnern steht fest, daß dieselben für ihre Armenpflege im Durchschnitt einen Aufwand von 4 Mark pro Kopf machen. Es wechselt dieser Aufwand zwischen 0,63 und 12,84 Mark —, also sehr verschieden.

Am auffallendsten ist das Ergebnis aber da, wo die Mehrzahl der arbeitenden Klassen sich in Knappschaften und ähnlichen Verbänden befinden. Man sollte glauben, daß stark

bevölkerte Fabrikorte, wie Oberneunkirchen und Duttweiler, in dieser Berechnung einen außerordentlich starken Appoint haben müßten. Berlin, was nur teilweise ein industrieller Ort ist, teils auch nicht, also gewissermaßen, wenn es richtig und geschickt in seinen Finanzen verwaltet wäre, eine Art von Durchschnittspunkt geben könnte, zahlt weit über den Durchschnitt für seine Armenpflege, ohne daß die Armen — wie jeder, der sich Privatwohltätigkeit und das Aufsuchen der Armen in ihren Wohnungen etwas zur Aufgabe stellt, sich leicht überzeugen kann, was für beklagenswerte Zustände der Armut in Berlin mitunter vorhanden sind —, also ohne daß die Armen brillant verpflegt werden; aber dennoch beläuft sich das Armenbudget in Berlin auf 5 200 000 Mark nach den neuesten Angaben, und die Armenkrankenpflege — ich weiß nicht, aus welchen Gründen sie davon geschieden ist — auf zirka 2 000 000 Mark, also zusammen auf über 7 Millionen Mark, also 7 Mark pro Kopf, während der Durchschnitt der großen Städte nur 4 Mark pro Kopf beträgt. 7 Mark pro Kopf würden, wenn man diese Armensteuer in ähnlicher Weise auf das ganze Reich verteilte, die Summe von über 300 Millionen Mark machen, ebenso wie, wenn man die Berliner direkte Belastung von 23 Mark pro Kopf auf das ganze Reich erweitern wollte, man über eine Milliarde Mark direkte Steuern, teils aus der Mietssteuer, teils aus der Einkommensteuer haben würde. Indessen, es leben ja nicht alle im Reich unter dem fortschrittlichen Ring (Heiterkeit), namentlich aber an diesen Orten, wo die Tatsache vorliegt, daß die meisten der Arbeiter Knappschaften und dergleichen Verbänden angehören; wo sich vorwiegend dichte Fabrikbevölkerung befindet, ist die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß Oberneunkirchen nur 58 Pfennige pro Kopf Armenlast hat, wenig über eine halbe Mark, und Duttweiler 72 Pfennige. Das sind Beispiele, die recht schlagend beweisen, welche Last unter Umständen, wenn man das Knappschaftssystem oder etwas Ähnliches in Anwendung brächte — ich bin weit entfernt, eine so teure Anlage jetzt zu erstreben; aber ich habe auch gesagt, wir werden ein Menschenalter an dieser Gesetzgebung arbeiten — hier liegt das Ergebnis recht schlagend vor, daß die Gemeindearmenlasten in Duttweiler und Oberneunkirchen, die sonst, wenn sie sich auch nicht über den Durchschnitt, wenn auch nicht auf die Berliner Höhe erheben würden, doch wohl 5 Mark pro Kopf betragen könnten, daß sie unter 1 Mark, beinahe bis auf ½ Mark heruntergehen. Welche gewaltige Last in einer Stadt von 10 000 Einwohnern wird mit einem solchen Gesetz dem Armenverbande abgenommen! Warum sollte also nicht für ähnliche Interessen eine Leistung den Armenverbänden angesonnen werden? Nur kann es nicht der Lokalverband sein, es muß ein größerer Armenverband sein, und der größte ist der Staat, und deshalb halte ich unbedingt fest an dieser Staatshilfe und würde, wenn diese den verbündeten Regierungen nicht gewährt wird, auch ruhig und sine ira einer weiteren Verhandlung, einer weiteren Legislaturperiode entgegensehen. Ich betrachte dies als integrierenden Teil des Gesetzes, ohne welchen es nicht mehr denselben Wert für mich haben würde, den ich ihm bisher beilege, und der mich veranlaßt, mich dafür einzusetzen.

Der Herr Vorredner hat, wie ja auch der Herr Abgeordnete Bamberger, einige scheele Seitenblicke auf den Volkswirtschaftsrat geworfen. Ja, meine Herren, ich finde ja das ganz erklärlich; die Konkurrenz in der Beredsamkeit wird ebenso gescheut, wie in der Industrie (Heiterkeit), und es sind unter diesen volkswirtschaftlichen Mitgliedern des Wirtschaftsrates nicht nur überragende Sachkenner, sondern sogar sehr gute Redner, die, wenn

das Institut besser entwickelt sein wird, vielleicht ebensolange und noch sachkundigere Reden halten werden, als hier von den Herren, die sich vorzugsweise als sachkundige Vertreter der Arbeiter ausgeben, geschieht. Mit solcher Geringschätzung von den Männern zu sprechen, die hier auf den Ruf ihres Königs gekommen sind, um Zeugnis von ihrer Meinung abzulegen, halte ich wirklich kaum für höflich, aber auch staatlich nicht nützlich. Aus den meisten Wäldern ruft es so heraus, wie man hineinschreit, und warum will der Herr Abgeordnete Richter sich unnötig noch mehr Feinde machen, als er hat? Er teilt das mit mir, daß die Zahl im Wachsen und schon nicht ganz gering ist; sein Ohr ist nur nicht so geschärft für die Existenz der Gegner, wie das meinige, und ich warte da ruhig ab, wer von uns zuletzt das Richtige getroffen haben wird, vielleicht entscheidet sich das in unserem Leben gar nicht. Auch das würde ich mir gefallen lassen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat beim Wirtschaftsrat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß den Vertretern der Seestädte die Frage des Schießpulvers und der Spielkarten überlassen wird. Ja, meine Herren, die Delegierten der Binnenländer sind außerordentlich viel zahlreicher als die der Seestädte, und wir haben diese Teilung nicht mutwillig getroffen. Sie können doch unmöglich verlangen, daß, wenn wir die Freihandelstheorien für eine gemeinschädliche Krankheit halten, die ähnlich wie der Koloradokäfer und dergleichen uns heimsucht (Heiterkeit), wir nun gerade da, wo wir irgendwie die Wahl haben, den Freihändler als den Vertreter der Interessen des gesamten Landes anrufen. Der Freihändler vertritt im allgemeinen die Interessen des Seehandels, der Kaufmannschaft und einer sehr kleinen Anzahl von Persönlichkeiten. Dem steht das ganze große Binnenland mit stärkerem Gewicht gegenüber, und je mehr sich dieser Volkswirtschaftsrat ausbildet — und ich freue mich, daß er alle Aussicht hat, sich über das Reich auszudehnen — desto mehr wird die Zweckmäßigkeit und Vernünftigkeit dieser Einrichtung allgemeine Anerkennung finden; das Wohlwollen der Herren Richter und Bamberger glaube ich mir durch die Andeutungen allerdings nicht zu erwerben, das wäre für mich freilich auch ein argumentum e contrario; ich glaube stets, daß das Gegenteil ihrer Meinung für den Staat und für die vaterländischen Interessen, wie ich sie auffasse, nützlich ist.

Über den Vorwurf des inländischen Sozialismus äußerte ich mich bereits, der Herr Vorredner geht aber so weit, daß er mich, weil ich die Verantwortung und die intellektuelle Urheberschaft für dieses Gesetz gern übernehme, mit Ausländern identifiziert, die in ihrer Art gewiß ausgezeichnet sind, die aber Ausländer sind und mit unseren Interessen nichts zu tun haben, nämlich mit der Kategorie Nadaud, Clemenceau, Spuller, Lockroy und anderen. Es soll dies, wie ich glaube, ein komplizierter Vorwurf des Sozialismus und des Kommunismus sein, aber immer noch dieselbe Melodie. Dann kommt auch die „Unerschrockenheit", welche die Regierung kennzeichnet, was ich für meinen inneren Menschen übersetze mit leichtfertiger Dreistigkeit, mit der die Regierung diese Sachen vorbringt, die der Vorredner aller mit höflichem Wohlwollen Unerschrockenheit nennt. Meine Herren, unsere Unerschrockenheit beruht auf dem guten Gewissen, auf der Überzeugung, daß das, was wir bringen, das Ergebnis sorgfältiger pflichtmäßiger Überlegung ist und nicht die mindeste Färbung von Parteipolitik hat, und dadurch sind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von ihrem Ursprung, von dem Boden der Parteikämpfe, der an ihren Schuhen klebt, sich niemals werden freimachen können.

Wenn der Herr Vorredner in seinen weiteren Vorwürfen uns mit den Römern vergleicht — seine historischen Exkurse sind, nicht bloß nach Frankreich, sondern in die Vergangenheit gegangen — so liegt der Unterschied zwischen unserer Auffassung, die Herr Lasker immerhin eine aristokratische nennen mag, und der des Herrn Bamberger schon in dessen Ausdrucksweise; er spricht von Theatern, die wir dem „süßen Pöbel" bauen.

Nun, ob der Pöbel für den Herrn Vorredner etwas Süßes hat, weiß ich nicht, für uns ist es ein angenehmes Gefühl, für die weniger vom Glück begünstigten Klassen, die der Herr Vorredner mit dem Namen Pöbel bezeichnet, auf dem Wege der Gesetzgebung sorgen zu können, wenn Sie uns die Mittel dazu geben, und sie auf diesem Wege, soweit es möglich ist und an uns liegt, dem verderblichen Einfluß einer ihrer Intelligenz überlegenen Beredsamkeit der eloquenten Streber, die die Massen auszubeuten suchen, zu entreißen. Der Ausdruck Pöbel ist nicht aus unserem Munde gekommen, und wenn der Herr Abgeordnete einerseits von „Pöbel" und dann von „Kuponabschneidern" spricht — so habe ich auch den Ausdruck nicht gebraucht. „Kuponabschneider", er ist mir sprachlich nicht geläufig, ich glaube, ich habe gesagt „Kuponschneider" (Heiterkeit), indessen der Begriff bleibt derselbe. Ich halte diese indessen für eine achtbare und vom ministeriellen Standpunkt aus sehr zahlreich wünschenswerte Klasse von Staatsbürgern, weil sie Reichtum mit einer gewissen Schüchternheit verbinden, die sie hindert, an Handlungen teilzunehmen, die mit einem Vorwurf oder mit Gefahren verbunden sind. Ein hoher und dabei friedliebender Steuerzahler ist immer für den ministeriellen Standpunkt der angenehmste Staatsbürger (Heiterkeit), nur muß er sich den Lasten, die seine leicht erhobenen Revenuen in Konkurrenz mit den anderen tragen sollten, nicht entziehen wollen, und Sie werden sehen, daß er das schließlich auch nicht tut. Er ist ein ehrlicher Mann, und haben wir erst das finanzministerielle Mißtrauen der alten Zeit — meine heutigen Kollegen teilen es nicht mehr — überwunden, so werden wir sehen, daß nicht jedermann bereit ist, zu seinem finanziellen Vorteil zu lügen, und daß auch der Kuponschneider sich selbst richtig einschätzen und besteuern wird.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner gefragt: Woher nehmen Sie denn die Mittel, die dazu nötig sind?

Wie ich schon bemerkte, dieses Gesetz erfordert im ganzen wenig neue Auslagen, die Regierung verlangt nur die Erlaubnis, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu lassen und dann eine kleine, mäßige Zulage für den Erwerbsunfähigen, die aber von dessen Willen absolut abhängig bleibt und ihm anklebt, ohne daß sie von ihm getrennt werden kann, ihm also eine gewisse Unabhängigkeit auch in seiner Stellung als Invalide im Leben läßt; nur ein mäßiger Zuschuß zu dem bisherigen — ich weiß nicht, ist er auf die Hälfte des Drittels, auf ein Sechstel zu veranschlagen, oder geringer, aber das sollte meines Erachtens ein Staat, der sich im Kampf mit diesen infernalen Elementen befindet, die Ihnen dieser Tage hier näher charakterisiert wurden — ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christentum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Manne nicht. (Bravo rechts.)

Der Entwurf wird einer Kommission überwiesen und am 15. Juni vom Hause angenommen, jedoch in so veränderter Gestalt, daß der Bundesrat seine Zustimmung dazu versagte.

36. Sitzung des Deutschen Reichstags.

29. April 1881.

Die Kommission betr. die Besteuerung der Dienstwohnungen der Beamten erstattet Bericht und schlägt vor, den Prozentsatz des Diensteinkommens, der als Höchstgrenze für die Bemessung des Mietswerts zugrunde zu legen sei, von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen. Der Abg. Richter bekämpft den Entwurf in sehr langer Rede, in welcher er den Kanzler diktatorischer Gelüste anklagt und behauptet, daß dieser sich nur mehr durch persönliche Motive leiten lasse. Nach einer befürwortenden Rede des Abg. v. Mirbach erklärt Fürst Bismarck:

Ich will mir nur wenige Worte gestatten, um die prinzipiellen Grundlagen der Gesetzesvorlage gegenüber den vielen ausweichenden Deduktionen, die sich an dieselbe geknüpft haben, wieder in den Vordergrund zu stellen. Ich will nicht darauf eingehen, obschon das wohl dazu gehören könnte, die Frage, ob die Mietssteuer eine harte und ungerechte sei, und inwieweit, nochmals zu erörtern; das Schärfste, was darüber gesagt werden kann, habe ich mir erlaubt bei der ersten Diskussion zu verlesen in Gestalt einer Eingabe des Magistrats von Berlin an den Minister des Innern, in der gerade als eine besondere Eigenschaft dieser Steuer hervorgehoben wurde, daß sie mit der Leistungsfähigkeit und dem Vermögen des Besteuerten in gar keinem Zusammenhang stände, sondern im wesentlichen ungleich wäre. Ich will auch nicht auf die allgemeine Frage der Stellung der Beamten zu den Gemeinden eingehen und der Schädigung, welche die Gemeinden und ihre Finanzen durch die sogenannten Beamtenprivilegien erleiden könnten. Es wird sich ja dazu Gelegenheit finden, wenn die von dem Herrn Vorredner nur obenhin berührte Frage der Verlegung der Reichsregierung, vielleicht auch der preußischen, nach einem anderen Orte wie Berlin uns amtlich beschäftigen wird; ich hoffe, daß das bereits in der nächsten Session der Fall sein wird. Die politischen Nachteile, die mit dem Tagen des Reichstages in Berlin verknüpft sind, auseinanderzusetzen, dazu würde ich von der Sache noch weiter abweichen müssen wie die Vorredner. Sie bestehen, kann ich hier nur sagen, nicht bloß in der äußerlichen Gefährdung der höchsten Behörden und des Reichstages, sondern noch mehr in dem Einfluß, welchen das Tagen an einem Ort von mehr als einer Million Bevölkerung, schließlich durch die Bequemlichkeit, hier zu wohnen, auf die Wahlen, also auf die Zusammensetzung des Reichstages übt, welche aufhört, die Zusammensetzung des Volkes richtig wiederzugeben — ich berühre dies nur obiter — wir haben jetzt zu viel Berliner im Reichstage (Heiterkeit), und es ist ja auch natürlich, denn sie brauchen keine Reisen zu machen und brauchen sich ihrer sonstigen Beschäftigung nicht zu entziehen und dabei wird sich ja finden, welchen Wert die Stadt Berlin darauf legt, daß Beamte hier wohnen. Wenn in der Tat dieses Privilegium ein so lästiges ist, so hoffe ich, daß alle Abgeordnete, die der Stadt angehören, mit dafür stimmen werden, daß eine andere Residenz für diese für die Gemeinde unnützen Brotesser, die Beamten, aufgefunden wird.

Der Hauptgrundsatz, den ich bei diesem Gesetz im Vordergrunde zu halten wünschte, ist der, daß die Bemessung der Besteuerung einer Dienstwohnung nach dem Werte des Objekts an sich eine Ungerechtigkeit ist. Es handelt sich hier nicht um eine Finanzfrage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit, und die Verletzung in Fragen der Gerechtigkeit, die Herunterdrückung auf eine der Ungerechtigkeit ausgesetzte Position durch eine lokale Übermacht, die Herabdrückung in das Gefühl des Helotismus unter den Stadtbewohnern muß verhindert werden, und das ist die Absicht dieses Gesetzes. Namentlich für die höchsten

Behörden des Landes ist es nicht nützlich, ihnen die Freiheit des Gemüts dadurch zu verkümmern, daß man sie dergleichen Einwirkungen, wie sie hierbei stattfinden, aussetzt; sie haben mehr zu tun, als sich mit dergleichen herumzuzanken; aber gerade deren Freiheit zu erkämpfen, wenn auch nur für meinen Nachfolger, ist meine Absicht gewesen, indem ich die Vorlage dieses Gesetzes wiederholt urgiert habe, und es liegt im Interesse des ganzen Reiches und des ganzen Landes, daß seine höchsten Beamten von lokalen Eindrücken und Einflüssen möglichst unabhängig werden, schon die Würde des Reiches erfordert es, aber namentlich da, wo sie Ungerechtigkeiten ausgesetzt sind, die notwendig, auch ohne einen so scharfen Parteigegensatz, wie wir ihn hier bei uns haben, erbitternd auf das Gemüt des einzelnen wirken müssen.

Die Besteuerung des Beamten nach dem Wert der Dienstwohnung zu bemessen, die ihm angewiesen wird, ist um deswillen ungerecht, weil er gar keine Wahl hat in Bezug auf seine Wohnung; in der Regel wird sie ihm als eine zu große angewiesen, und wenn sie gegen eine frühere, kleinere gewechselt wird, wachsen nicht bloß seine Unbequemlichkeiten, sondern auch seine Kosten. Ich weiß, daß mehrere meiner Vorgänger im preußischen Ministerium sich gegen Übertragung desselben, des Auswärtigen Amts, nach größeren Lokalien- wie zum Beispiel die des jetzigen königlichen Hausministeriums es sind, und demnächst auch gegen andere gewehrt haben, weil sie erklärten, mit ihren Gehältern den vermehrten Kosten, die die Bewohnung eines größeren Hauses macht, nicht standhalten zu können. Lediglich die Bewohnung größerer Räume führt mit sich eine Veränderung in den Ausgaben des Hausstandes, die nicht nur auf Tausende von Mark, sondern auf Tausende von Talern sich berechnen. Also je teurer der Mann mit der Dienstwohnung bedacht wird, um so teurer ist das Bewohnen derselben für seinen Haushalt, und doch hat er desto mehr Steuern zu zahlen bei demselben Gehalt; und wenn Sie ihn nun nachher nach dem objektiven Werte der ihm aufgedrungenen, mit seinem Amte zusammenhängenden Dienstwohnung auch sonst noch höher besteuern wollen, so begehen Sie eine doppelte Ungerechtigkeit, die gar keine Grenze hat, auch dann nicht, wenn der Wert der Wohnung ganz ungerecht beurteilt wird und ohne Abneigung und Vorliebe gegen die Person, die sie bewohnt. Es wäre, wenn ich beispielsweise mein Haus etwas anders bewohnte, als jetzt meine Einteilung ist, eine Kleinigkeit, mir das ganze Haus für meinen Privatgebrauch anzurechnen. Das sachkundige Urteil eines „Kastellans", von dem, wie ich höre, die Herren dabei geleitet worden sind, wird unmöglich dafür maßgebend sein können, was zu den Amtslokalitäten eines Ministers, was zu den Repräsentationszimmern und was zu seinem persönlichen Gebrauch gehört. Wenn Sie dafür keine weitere Autorität anführen können, als die eines Subalternbeamten, der, wie ich höre, die Herren herumgeführt hat, so muß ich die doch sehr in Zweifel ziehen, es ist das eine Frage, die über seinen Horizont hinausgeht, nach dem man ganz bestimmt nicht aburteilen kann. Meines Erachtens ist es für die Abschätzung und den Wert einer Dienstwohnung ganz gleichgültig, wie groß dieselbe ist, welchen Wert sie objektiv hat, und wie teuer sie etwa vermietet werden könnte. Das bauliche Objekt der Wohnung ist gar nicht das, was einzuschätzen ist; was einzuschätzen ist, ist das Recht, frei zu wohnen, für den Beamten, und dieses Recht, frei zu wohnen kann nur danach beurteilt werden, welche Wohnung, zu welchem Werte der Beamte wahrscheinlich sich nehmen würde, wenn er freie Wahl hätte. Dazu gibt, solange Sie nicht auf sein Privatvermögen für staatliche

Leistungen rekurieren wollen, allein das Gehalt des Beamten den einzigen sicheren Anhaltepunkt. Es ist gesagt worden, gewöhnlich verwendeten Leute 20 Prozent ihres Einkommens für ihre Wohnung, deshalb habe ich auch früher schon gesagt: Setzen wir es auf 20 oder auf 15 Prozent, darauf kommt es nicht an, wenn wir nur das vernünftige Prinzip an Stelle des unvernünftigen setzen; das vernünftige, wie es das Recht, frei zu wohnen, mit sich bringt, nach Maßgabe des Gehalts und der mit dem Gehalt durchschnittlich verbundenen Lebenshaltung, ohne Rücksicht auf Privatvermögen. Infolgedessen finde ich die Angabe der Kommission durchaus billig und verständig und würde meinerseits mich auch nicht gewundert haben, wenn sie höher gegangen wäre. Aber beispielsweise, mein Haus könnte, wenn ich es anders bewohnte, und wenn der Kastellan anderer Meinung wäre in Bezug auf die Einteilung (Heiterkeit), dann könnte es sehr leicht auf dieselbe Höhe gebracht werden, wie das benachbarte Haus des Fürsten Pleß, welches bekanntlich auf 65 000 Mark Mietswert eingeschätzt ist, obwohl es in ganz Berlin keinen Menschen gibt, der so töricht ist, die Annehmlichkeit hier zu wohnen, mit 65 000 Mark zu bezahlen; eine solche Miete bezahlt kein Mensch in Berlin; möglicherweise könnte sich jemand ein eigenes Haus bauen, welches so viel wert wäre, wenn es gerade eine augenblicklich wohnungslose fremde Botschaft gäbe, die ein Haus haben muß, dann könnte man vielleicht einen solchen Kontrakt augenblicklich machen. Diese Botschaften ohne Unterkommen sind aber leider nicht so häufig, wie es für die Hausbesitzer zu wünschen wäre.

Es wäre also eine Kleinigkeit — und ich würde auch das nach den geltenden Prinzipien gar nicht so überraschend finden —, wenn die Dienstwohnung des Reichskanzlers so, wie sie einmal ist, ebenso hoch, vielleicht noch höher taxiert würde, wie Fürst Pleß. Denn es ist ja noch ein großes Gartengrundstück dabei, was das Pleßsche Haus nicht hat, und die Annehmlichkeit, im Garten zu spazieren mitten in Berlin, ist eine sehr große, die auch ihren Mietswert hat; wenn man gegen Eintrittskarten das Recht vermieten wollte, im Garten zu spazieren, ich glaube, es würde das ganz erhebliche Revenuen geben.

Also es ist noch eine außerordentliche Nachsicht, daß die Berliner Stadtbehörden die Wohnung des Reichskanzlers nur zu 20 000 oder 21 000 oder, wie mir durch einen Schreibfehler zuerst mitgeteilt worden war, 23 000 Mark eingeschätzt haben. Sie hätten sie ebensogut auf das Dreifache einschätzen können, und ich würde gesetzlich auch nichts dagegen machen können. Aber ich komme darauf zurück, es ist ganz einerlei, ob sie mehr oder weniger wert ist. Ich verlange auch kein Opfer für einen Beamten dafür; wenn er etwa 10 000 Taler Gehalt hat, und also nach dem Prinzip des Kommissionsantrages seine Wohnung 1500 Taler wert sein sollte, so will ich ihm nicht das Recht einräumen, zu sagen: Diese Wohnung hat den Mietswert nicht, ich sollte eine größere und bessere haben. Aber wenn er zufällig in eine für ihn ganz unerschwingliche Wohnung gebracht wird, so bitte ich dringend darum, doch dieses Gefühl der ungerechten Behandlung von uns zu nehmen, was darin liegt, wenn man nach einem Objekt, dessen Wert einen gar nichts angeht, eingeschätzt wird. Es muß bei solcher Einschätzung ja notwendig Willkür eintreten, denn bestimmte Prinzipien sind für sie gar nicht möglich, und wenn sie angewandt werden, so geben sie falsche, rein theoretische Resultate, wie die Einschätzung des Pleßschen Hauses. Einen solchen Mietswert von 65 000 Mark gibt es in Berlin nicht, weil sie keiner bezahlt. Man muß also die Willkür zulassen, sie tritt ein, aber ich halte es nicht für nützlich, daß leitende

Minister in ihren persönlichen Verhältnissen der Willkür vor irgend jemandem, die nicht gesetzlich geregelt ist, unterliegen, am allerwenigsten, wie hier, derjenigen ihrer politischen Gegner. Es mögen ja sehr tugendhafte Leute sein, die ihre Gegnerschaft nach Möglichkeit in den Hintergrund treten lassen. Aber ich mag nicht in den Händen meiner Gegner sein; dieses Gefühl verdirbt mir jedes Gefallen an und jedes Behagen in meiner Stellung, wenn ich mich für irgend etwas in den Händen meiner politischen Gegner finde, die bei mir Haussuchung halten können in Begleitung meiner Dienerschaft, während meiner Abwesenheit meine Sachen perlustrieren, sich dann ein Bild zu machen, als hätte ich 30 Privatzimmer, während ich das, was ich für meinen Privatgebrauch benutze, neulich wie auch heute auf sieben Zimmer angebe, und vielleicht noch einige leere, die ich nach Belieben ab und zu benutze, um Gäste darin unterzubringen. Aber allerdings, ich habe vielleicht in dem Hause über 20 Dienerschaftszimmer vorgefunden, von denen stehen noch fünf bis sechs leer. Ich habe meistens verheiratete Leute, und gerade diese leeren Räume sind für die Leute die Verführung gewesen, zu heiraten, was für mich neue Belästigungen mit sich bringt. (Heiterkeit.) Aber ich habe nicht daran gedacht, diese Wohnungen dabei mitzurechnen, wenn ich sage, so viel habe ich zu meinem Privatgebrauch, und ich hätte jedenfalls eine viel weniger zahlreiche Dienerschaft, wie sie durch das Bewohnen eines so großen Hauses bedingt wird. Ich bin genötigt, dieses anzuführen, sonst klingt es so, wenn man die wohlwollende Darstellung des Herrn Abgeordneten Richter gehört hat, als hätte ich über Sachen, die ich wissen muß, Falsches angeführt, und der Kastellan scheint die Herren nicht sachkundig aufgeklärt zu haben, und von selbst scheinen sie nicht gewußt zu haben, daß die Sache so liegt. Ich bitte also dringend, ändern Sie das Prinzip dieser Einrichtung, und ändern Sie das Prinzip dahin, daß das Gehalt die Grundlage der Besteuerung der Miete ist und nicht der unberechenbare, unermeßliche, jeder Schätzung sich entziehende, der willkürlichen Schätzung unterworfene Wert einer Dienstwohnung. Ich kann darauf wohl verzichten und ich würde auch die Zeit und die Kraft nicht haben, der Rede des Abgeordneten Richter in allen ihren Teilen zu folgen. Es wird mir ja recht oft das Vergnügen zuteil, eine Probe seiner Eloquenz mit anzuhören, und da habe ich nachgerade dasselbe Gefühl, wie bei einer Vorstellung der Jungfrau von Orleans, wo einen der endlose Triumphzug im Anfang überrascht, bis man beim dritten Vorbeimarsch bemerkt: Mein Gott, das sind ja immer dieselben Leute (Heiterkeit), die nochmals über die Bühne ziehen in demselben Kostüm. So sind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten, mit derselben Eleganz vorgetragen, stets wiederkehren. Wir kennen sie meist schon vorher aus den Blättern, an welchen der Herr Abgeordnete beteiligt ist, wenn wir Muße haben, sie zu lesen; ich bin deshalb wahrscheinlich auch schon öfter in der Lage gewesen, auf die meisten dieser Gründe zu antworten, und ich kann heute wohl darauf verzichten. Eins will ich aber noch erwähnen, und das hat mich frappiert: er hat sich der Unverhältnismäßigkeit zwischen der Schätzung der Wohnung und den dienstlichen Einnahmen der Stelle nicht ganz entziehen können, und er hat da an meine Großmut dem Staat gegenüber in Geldsachen appelliert und mir klar gemacht, daß ich eigentlich nicht meine, sondern die Mietssteuer meines Nachfolgers zahle, der viel mehr Gehalt haben würde wie ich und also sachgemäß zu einer höheren Schätzung des Wertes seiner Wohnung berechtigt und auf einem höheren Kothurn überhaupt zu erscheinen berufen sein würde. Er hat dann auch gesagt, es wäre das mit Berück-

sichtigung meiner Privatverhältnisse geschehen. Nun, meine Herren, ich bin durch meine Lage ohnehin schon genötigt, aus meinen Privatmitteln, die der Herr Abgeordnete in ungeheuerlich übertriebener Weise geschildert hat, erhebliche Zuschüsse für den Staat zu leisten und Staatskosten aus eigenen Mitteln zu zahlen; ich bin sehr viel mehr Verlusten in meinem Besitz durch meine Abwesenheit ausgesetzt, als der Staat mir Gehalt gibt; aber ich würde darüber nicht weiter reden, wenn es nicht gerade die Wohnung beträfe. Es ist mir das gerade peinlich, weil ich sehr viel bessere und angenehmere Häuser wie das in Berlin besitze, wo ich sehr viel lieber wohnen würde, und die ich mir selbst nach meinem Geschmack ausgebaut und eingerichtet habe, und für die ich Steuer zahle, und daß ich nun hier noch in meiner Berliner Wohnung, wo ich ungern bin, wo ich nur auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers mich aufhalte, daß ich da noch für meinen Nachfolger vorweg schon jetzt die Mietssteuer bezahlen soll (Heiterkeit), die für ihn gerecht sein wird, weil er sehr viel mehr erhalten werde wie ich, das geht mir doch etwas über das Maß, welches ich mir pekuniär zumuten lasse. Mein Privatvermögen hat hiermit nichts zu tun, ich fechte auch nicht für mich, ich fechte für die Zukunft und für den Fall, mögen es 25 Mark oder 25 000 sein, das ist mir vollständig gleichgültig. Ich verlange nur, daß ich von dem willkürlichen Befinden der hiesigen Stadtregierung unabhängig gestellt werde, wie hoch oder wie niedrig, ist mir einerlei. Und dann, was er sagte, daß die Stadtregierung über alles so außerordentlich wohl unterrichtet wäre, dann habe ich noch eine kleine Sache erlebt. Es existiert nämlich hier eine Art von Pferdesteuer, und die wird nach einem bestimmten Kalendertage berechnet, wie viel Pferde an diesem Tage im Stall sind. Wenn ich nicht irre, geschieht es im November, und da habe ich einmal plötzlich Mitteilung bekommen, daß in meinem Stall zehn oder elf Pferde gewesen sind — es war mir das sehr angenehm, aber ich wußte nichts davon. Ich habe mich weiter erkundigt und habe erfahren, daß die Wissenschaft des Magistrats auch hier auf dem Zeugnisse jenes Kastellans beruhte wie gewöhnlich. Es war aber zufällig an diesem Tage gar kein Pferd in dem Stall, und auch mehrere Monate vorher und einige Monate nachher befand sich auch nicht ein einziges Pferd in demselben. Es ist das zwar nur eine Kleinigkeit, es zeigt das aber doch, wie richtig meine Meinung ist, daß der Herr Oberbürgermeister nicht alles übersehen kann. Ich halte denselben überhaupt nicht für so einflußreich in der Stadt, daß man ihn dafür verantwortlich machen könnte, ich glaube, daß auch er gegen den bestehenden Ring in keiner Weise aufkommen kann. Die Herrscher in den Versammlungen und die Herrscher der Stadtverordneten sind einmal diejenigen Leute, welche die herrschenden Zeitungen in ihren Händen haben. Mir fiel heute gerade ein interessantes Preßerzeugnis in die Hand — es ist zwar aus Königsberg, aber es paßt auch anderswo — da schreibt einer:

Geehrter Herr Redakteur!

Der Umstand, daß die hiesigen liberalen Zeitungen im Besitz der Führer der liberalen Parteien sind, und infolgedessen über nichts berichten, was den Herren nicht paßt, so bitte ich Sie, als Vertreter der einzigen noch unabhängigen Zeitung folgenden Artikel aufzunehmen,

und darin wird nun gesagt, wie die Dinge zugehen und gemacht werden. Die Herrscher der Stadtverwaltung sind meines Erachtens weniger der legitime, aber sehr konstitutionelle

Oberbürgermeister, sondern es sind diejenigen Herren, welche die Berliner Blätter beherrschen, und die durch die Schärfe der Rede, von der wir heute wieder eine Probe gehabt haben und auch neulich schon, die dadurch, daß sie die eloquentesten sind, die durch ihre Beredsamkeit die Versammlung beherrschen, nicht dadurch, daß sie die Stadtverordneten überzeugen, sondern kein Parteigenosse getraut sich gegen den Redner den Mund aufzutun — jeder sagt, ich möchte mich nicht einer öffentlichen Zurechtweisung aussetzen, wenn ich mich unterstehen wollte, gegen „ihn" aufzutreten: „metuentes verbera linguae", wie es im Horaz heißt. Das ist die Stimmung, die in Fraktionen ja auch so häufig vorkommt; ich appelliere da an Ihre Erfahrung, auch Sie werden das Gefühl gehabt haben, daß Sie manches besser wissen, wie der beste Redner unter Ihnen. Sie haben vielleicht auch den festen Entschluß gehabt, es ihm heut zu sagen, vor der Ausführung fährt er gerade mit einem anderen gewaltig ab, Sie denken: Lieber heute noch nicht. So geht es auch anderswo. Der stärkste Ringer, auch im Felde der Rede, schüchtert die anderen ein. Es ist aber der Redner nicht immer der beste Beurteiler der Politik. Um ein guter Redner zu sein, gehört ein Stück vom Dichter, eine glänzende Improvisationsgabe dazu, wie wir das wohl früher selbst erlebt haben, bei öffentlichen Vorstellungen, wo Musik mit rednerischen Improvisationen abwechselte, daß ein Thema gegeben wurde, irgendein Gegenstand, der dem Improvisator unbekannt war, über den er aber Reden hielt, mitunter wirklich brillant, und die mich für den Augenblick, wenn mich die Umgebung nicht enttäuscht hätte, fast überzeugt haben würden. Ich will damit nur sagen, daß man den Meistern in der bloßen Beredsamkeit so wenig wie solchen Improvisatoren den leitenden Einfluß auf große Gemeinwesen einräumen darf, wenigstens nicht mit offenen Augen, noch viel weniger soll man den Rednern die leitende Stelle als Fraktionschef oder als Minister geben. Ich führe das nur an, um zu beweisen, daß die Beredsamkeit eine Gabe ist, die heutzutage über ihren Wert Einfluß übt und überschätzt wird über ihren wahren Wert. Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen. (Heiterkeit.) Er muß anstachelnd, erregend, leicht entzündlich sein, um zündend zu wirken, aber ich denke mir, daß ein guter Redner selten ein guter Whistspieler, selten ein guter Schachspieler, noch seltener ein sicherer Staatsmann sein wird. Das gemütliche Element muß bei ihm vorherrschen, nicht der Verstand; und ich glaube, daß schon vermöge der physischen Konstitution des Menschen es nicht vereint gefunden wird, daß einer zugleich ein guter Redner und ein kühler Richter wäre. Ich erinnere an die Aufzählung all der Eigenschaften von Mephisto, des Löwen Mut, des Hirsches Schnelligkeit, es findet sich das nie alles in einem Körper vereinigt, und so findet sich Beredsamkeit sehr häufig in einem den Verstand überwiegend und gefährlich beherrschenden Maße vor, hinreichend für die urteilslose Menge, die der Herr Abgeordnete Richter vorhin so richtig zitierte, aber ein Mann von kühler Besonnenheit und sicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer, wichtiger Geschäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner sein. Ob man bei unserer heutigen Kulturentwicklung gegen dieses Übel der Beredsamkeit Remedur finden kann, weiß ich nicht, aber es ist schon eine halbe Remedur, wenn man das Übel erkennt, und wenn man sich stets vergegenwärtigt das bekannte Beispiel von dem König Friedrich Wilhelm I., der zwei Advokaten hintereinander hörte und hinter jeder Ausführung ausrief: „Der Kerl" — wie er sich unehrerbietig ausdrückte — „hat

recht", und dann so in Zorn geriet gegen die Wirkung der Beredsamkeit, daß nach der damaligen monarchischen Verfassung beide Redner, vermöge der Übertreibung ihrer Gabe, zu überzeugen, in sehr üble Lagen gekommen sind. Ich sehe kein gesetzliches Mittel dagegen, aber das Übel erkennen, heißt schon ihm teilweise abhelfen, und ich möchte Sie deshalb darauf aufmerksam machen, daß Sie sich das Beispiel des alten Königs immer gegenwärtig halten, wenn einer mit einer Eloquenz spricht, die so ausgebildet ist, daß er eigentlich für andere Geschäfte wenig Zeit haben kann, und obschon er das, was er vorträgt, vollständig beherrscht und so beherrschen muß, wie es nur einer beherrschen kann, der mehrere Wochen hindurch stets über dasselbe Thema öffentlich gesprochen und in Zeitungen geschrieben hat. Dann bildet sich eine Sicherheit in ihm aus, daß er keinen Souffleur braucht; er beherrscht seinen Stoff, ihm fällt in der einen Woche noch eine bessere Redewendung ein wie in der vorigen; kurz, es tritt das Beispiel ein, was mich in meiner parlamentarischen Jugend in Erfurt so frappierte, daß ich die Rede eines Heidelberger Professors bewunderte und ein Landsmann und Fraktionsfreund von ihm sagte mir: Ach, die Rede hätten Sie im vorigen Jahre von ihm hören sollen, da hielt er sie ganz anders, da war er noch frisch dabei. (Heiterkeit.)

So möchte ich die Ermahnung an Sie richten, in unserem parlamentarischen Leben, wo wir der Zeit nach uns sehr enge gedrängt finden, doch auch mit dieser Schaustellung der Beredsamkeit weniger Zeit zu verlieren als wie bisher. Dagegen gäbe es vielleicht Mittel, aber ich bin nicht Mitglied und habe kein Recht, sie vorzuschlagen. Ich will hier noch eine einzige Notiz machen, für die ich dem Herrn Abgeordneten Richter noch eine Berichtigung schulde. Er ist der Meinung gewesen, ich hätte — der Herr Regierungskommissar hat schon die Zeitfrage berichtigt, in der der Abgeordnete sich irrte, aber meine Erhöhung in der Mietssteuer nach ihrer ganzen Entstehungsweise war wohl nicht die Folge dieses Gesetzentwurfs, ich weiß auch nicht, ob ich dies gerade gesagt habe, ich habe in ihr vielmehr eine Strafe dafür erkannt, daß ich mich beschwerte. Mir ist das bei Staatsbehörden doch eigentlich neu, auch selbst in der absolutistischsten Zeit, so zornig — ich habe noch unter ihr gelebt — waren wir damals doch nicht, daß eine schüchterne Beschwerde sofort mit einer Erhöhung von 50 Prozent beantwortet wurde. Die Erhöhung hatte hier noch eine Eigentümlichkeit. Ich hatte auch in der Einkommensteuer reklamiert; dadurch, daß der Mietwert meiner Wohnung nun so von 15 000 auf 21 000 Mark heraufgeschoben wurde, gelang es gerade auch, meine städtische Einkommensteuer um ein oder zwei Stufen höher zu schrauben —, der Betrag ist ja für eine so reiche Stadt, wie es Berlin nach seinen gewaltigen Ausgaben sein muß, kein bedeutender, und ich habe auch da keinen üblen Willen weiter empfunden, als nur ein gewisses Gefühl des Zornes über unbotmäßige Minister gegen die regierenden Stadthäupter, die sich sagten: Dem wollen wir doch keine Lust zum Wiederkommen machen. Und wenn man hier von diesen Bagatellen redet, so lange reden muß zu einem Reichstag, der wirklich mehr zu tun hätte, wie sich damit zu beschäftigen, so möchte ich Sie doch immer an meine erste Bitte erinnern, das Gefühl jedes einzelnen für Gerechtigkeit nicht zu unterschätzen, und wenn die Rechtskränkung sich um einen Pfennig handelte. Der Herr sprach vorher von Sammlungen, ich weiß nicht, ob das zu meinen Gunsten wäre. Da wird er mich, wenn es darauf ankommt, sehr freigebig finden. Es wird im Lande, sagt man, für fortschrittliche Fonds jetzt gesammelt; ich bin bereit, zuzuschießen

soviel, wie die Herren für die Mietssteuer der Beamten zusammenbringen, da soll es mir gar nicht darauf ankommen, da wollen wir uns gegenseitig keine Kargheit vorwerfen, und ich bin bereit, soviel einem der Diätenfonds einer gegnerischen Partei zu geben, soviel von ihr gesammelt wird für die Mietssteuer. Aber das ändert ja in der Frage der Gerechtigkeit gar nichts. Wenn es auf die Gerechtigkeit ankommt, so will ich nicht um einen Pfennig prinzipiell verkürzt werden, und ich will nicht von der Willkür meiner politischen Gegner abhängig sein. Ich glaube, ich habe ein Recht darauf in meiner arbeitsamen Tätigkeit für das Gemeinwohl, daß mir dieser ungerechte, privative Dorn herausgezogen wird — nicht nur mir, sondern allen, die unter derselben Ungerechtigkeit und unter derselben lokalen Willkür leiden. (Bravo! rechts.)

Das Gesetz wird in einer späteren Sitzung in der Fassung der Kommission mit unerheblichen Änderungen angenommen.

38. Sitzung des Deutschen Reichstags.

5. Mai 1881.

Die Verhandlungen des Reichstags litten seit langem darunter, daß die Tagungen der Landtage der Einzelstaaten sehr oft stattfanden, so daß die Mitglieder, die beiden Parlamenten angehörten, ihrer Abgeordnetenpflicht nicht voll nachkommen konnten. Um diesem Übelstande zu entgehen, schlugen die Verbündeten Regierungen die Einführung zweijähriger Etatperioden für das Reich und die Einzelstaaten vor, aber so, daß die Etatperioden nicht im gleichen Jahre beginnen sollten. Zu diesem Zwecke ging dem Reichstage eine Vorlage zu, die eine Änderung der betreffenden Artikel der Reichsverfassung bezweckte. So sollte der Artikel 13 jetzt die Berufung von Bundesrat und Reichstag mindestens alle zwei Jahre — statt alljährlich — festsetzen; der Artikel 24 die Legislaturperiode von drei auf vier Jahre erhöhen; entsprechend sollen die Artikel 69 und 72 über Veranschlagung des Reichshaushaltsetats und Rechnungslegung verändert werden. Die Kommission verwarf die Vorlage und wünschte die Berufung des Reichstags ein für alle Mal zum Monat Oktober. Dieser Bericht steht am 5. Mai auf der Tagesordnung. Nach verschiedenen Rednern verteidigt der Führer der Nationalliberalen, v. Bennigsen, das ablehnende Votum der Kommission. Es ist unzweifelhaft, daß der gesamte Liberalismus in der Verlängerung der Etat- und Legislaturperioden eine Minderung der Parlamentsautorität erblickte, und ebenso gewiß ist, daß Bismarck diese Vorlage nicht ohne den Hintergedanken einbrachte, im Kampfe gegen oppositionelle Parlamente eine Waffe zu gewinnen. So spricht sich Bennigsen gegen diese Vorlage aus, die geeignet sei, die berechtigte Stellung des Reichstags zu schwächen und damit den Einheitsgedanken zu trüben. Fürst Bismarck entgegnet mit einer bedeutungsvollen Rede, in welcher er energisch die Gefahren eines Berufsparlamentariertums, einer Parlamentsbürokratie, schildert und Bennigsen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen des Herbstes dringlich mahnt, nicht zur Linken überzugehen.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit seiner letzten, mit erhobener Stimme gesprochenen Versicherung, daß er und die Seinigen beabsichtigen, das Reich vor Schaden zu wahren, nicht hat ausdrücken wollen, daß uns und namentlich denjenigen, die berufen sind, einen amtlichen Einfluß auszuüben, dieses Bedürfnis, dieses Streben auch nur um ein Haar breit ferner läge als dem Herrn Vorredner und seinen Genossen. Es kommt nur darauf an, wie der Schaden abgewehrt werden soll, und wodurch der Schaden dem Reiche getan wird, über den der Herr Vorredner klagte.

Ich will zunächst einige Fragen, einige Teile des Gebiets, auf dem wir uns in der Diskussion befinden, mit kurzen Worten beiseite schieben. Zunächst habe ich dabei den Vorwurf im Auge, daß die Diskussion von seiten der Regierung mit Rücksicht auf die zukünftigen Wahlen und die Wähler geleitet, auch die Vorlagen zum Teil darauf berechnet

wären. Dem muß ich entgegenstellen, daß die Reichsregierung und die verbündeten Regierungen meines Erachtens gar nicht das Recht haben, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu lassen, was sie beabsichtigen, namentlich wenn diese Absicht durch parlamentarische Reden und durch eine monopolisierte Presse in den Augen des Wählers verdunkelt zu werden (Heiterkeit) Gefahr läuft. Allerdings ist ein wesentlicher Teil meines Bestrebens und der Ausübung meiner Pflicht gegen die Nation und ihre Wähler, sie darüber vollständig ins klare zu setzen, wo die Reichsregierung hinaus will. Ob es mir gelingt, sie auch darüber ins klare zu setzen, wo die einzelnen Parteien hinauswollen und was die Motive ihres Verhaltens und ihrer Fraktionspolitik sind (Aha! links), das weiß ich nicht. Ich will mich nach Kräften dazu bemühen, bei den Wahlen und durch Vorlagen und bei allen Diskussionen, und ich will die Publizität und das Tribünenrecht, was mir meine Stellung hier dazu gibt, jeden Tag dazu benutzen, die Nation darüber aufzuklären, wo jeder von uns hin will. Ich fürchte nicht, daß ich irgendwie meine Wege, die offen daliegen, daß ich die Beleuchtung meiner vergangenen Wege im Dienste des Reiches zu scheuen habe. Ich habe an dem, was wir besitzen, gearbeitet, unter Beihilfe der Fraktionen, bald von der einen unterstützt, bald von der anderen, was sie „unterstützt" nennen. Sie haben mit mir gemeinsam gearbeitet, das heißt: sie haben die Heckenschere angelegt und das, was beantragt war, verkürzt, vielleicht verstümmelt, vielleicht verbessert, vielleicht in eine mehr künstlerische, den allgemeinen politischen Grundsätzen entsprechendere Form gebracht. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzung des Erreichbaren angenommen, demgegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen (Unruhe links), und wenn wir noch nicht weiter gekommen sind, so mache ich den Fraktionen den Vorwurf, auch auf die Gefahr hin, daß von der äußersten Linken noch einmal der Ausdruck des Verdrusses darüber laut wird, daß ihre Kämpfe untereinander hauptsächlich schuld daran sind, daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, sich mit hoher Politik und mit Fraktionspolitik zu befassen. (Bravo! rechts; Oho! links.) Es will seine praktischen Interessen wahrgenommen sehen, die Streitigkeiten der Fraktionen halten es davon ab und sind ihm langweilig; und das werden Sie finden bei dem Ausgang der Wahlen (Bravo! rechts), und wenn nicht bei diesen, dann bei den folgenden.

Der Herr Vorredner hat ferner gegen Schluß seiner Rede darüber geklagt, daß die parlamentarischen Körperschaften mit Arbeiten überhastet und mit Gesetzesvorlagen überschüttet würden, auch mit solchen, die schon einmal vorgelegt wären. Ja, da komme ich auf das eben erwähnte Argument zurück. Wir wiederholen die Gesetzvorlagen, in denen die Überzeugung der Regierung sich ausdrückt, um den Wählern dadurch zu sagen: Wir haben die Überzeugung, daß unsere Vorlagen richtig waren, keineswegs deshalb aufgegeben, weil wir an der Majorität von 103 gegen 101 damit gescheitert sind; wir halten vielmehr an unserer Überzeugung fest, wir haben sie nicht frivol gefaßt, sondern nach sorgfältigem Nachdenken und halten daran fest, solange der einzelne von uns lebt und strebt. Das haben wir sagen wollen mit der Wiederholung unserer Vorlage! Auch sie ist eine Sprache zu den Wählern, zu der ich uns berechtigt und verpflichtet halte, um dieselben aufzuklären über die Ziele der Regierungen. Gerade die Hast und die Überlastung der Geschäfte, über die

der Herr Vorredner klagt, wollen wir ja vermindern dadurch, daß wir Ihnen die Möglichkeit geben zu längeren Sitzungen, indem Sie nicht eingeengt sind durch die Notwendigkeit, in jedem Jahre zwei große Körperschaften, groß oder klein, den Reichstag und die Landtage, nebeneinander fungieren zu lassen, und die Zeit, die eine dieser Versammlungen braucht, der anderen zu verkümmern, wenn wir dahin kämen, und allerdings ist, wenn die Annahme des Systems, welches die Vorlage zum Ausdruck bringt, sich auf das Reich beschränkt, das Werk nur halb getan, es muß auf sämtliche Landtage übergehen, es muß die Gesetzgebung des Reiches ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen; ein Jahr soll der Reichstag haben für seine Geschäfte. Daneben sind ja Berufungen nicht ausgeschlossen. Die Hauptarbeit liegt eben im Budget und dem Zwang der Termine. Die dringende Hast, über die der Herr Vorredner klagt, liegt hauptsächlich in dem Zwang zum Fertigwerden des Budgets, welches in jedem Jahre neu geschaffen werden muß. Man hat mit berechtigtem parlamentarischem Egoismus bisher nur von den Schwierigkeiten gesprochen, die Ihnen aus dem Landtage nur die eine oder andere Entwickelung der Sache bringt. Eine leise Anwandlung von Mitgefühl mit der Lage der Minister oder des Bundesrats habe ich in keiner der Reden bisher finden können, und doch sind diese gerade die Gehetzten bei dem bisherigen System, und es gibt keine Ministernatur, die ledern und interesselos genug wäre, um das auf die Dauer aushalten zu können. Wollen Sie andere Minister und Leute, so hetzen Sie die tot, die gegenwärtig am Ruder sind, aber jeder geht bei dieser Überarbeitung zugrunde, und nicht bloß die leitenden Minister, auch alle gouvernementalen Kräfte nutzen sich ab. Ich habe erlebt, daß im Preußischen Landtage bei der Budgetberatung die Blüte der Geheimräte, fünfzehn vielleicht, weil am Budget ihre Aufgabe herankommen konnte, am Montage erschienen sind, am Dienstag, und so an jedem Wochentag bis Sonnabend — ich kann das Beispiel tatsächlich mit Daten belegen — und am folgenden Montag ist endlich der Gegenstand der Etatberatung herangekommen, für den diese, außerhalb der Minister zirka ein Dutzend der höchstgestellten und am meisten beschäftigten Beamten, eine Woche lang im Landtage gesessen und Reden, die für sie kein Interesse hatten, stundenlange Reden angehört haben, und die ganze Sache ist für alle fünfzehn am nächsten Montage ohne ein Wort der Diskussion vorübergegangen, sie konnten am nächsten Montag abend, ohne gebraucht zu sein, nach Hause gehen. Das ist ein Zeittotschlagen, welches von dem System vielleicht nicht ganz zu trennen, aber doch etwas zu vermindern ist. Auch den Ministern ist es so gegangen, den Leitern der Ressorts im Reich, die gerade in dieser Zeit viel zu tun haben, daß sie hier im Reichstage drei, vier Tage hintereinander erschienen sind auf die Gefahr hin, ob der zweite Gegenstand der Tagesordnung daran kommen werde oder nicht, und daß sie nachher nach Hause gegangen sind und so viel Arbeitstage verloren haben. Man kann arbeiten, auch wenn man hier sitzt und zuhört, aber doch nicht jede Arbeit machen, namentlich die ernsteren nicht.

Ich möchte deshalb all die Argumente, die der Herr Vorredner vorhin gegen das jetzige System „der Hast“ anbrachte, wegen der Art der Vorlagen der Regierung in engere Schranken führen; und sie fallen mit erheblichem Gewicht in die parlamentarische Wagschale. Wir werden beiderseits Zeit haben, wenn der Reichstag oder der Landtag in dem Jahre, wo er sich versammelt, sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann,

daß es kein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt, und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie wirklich die Vorlagen rechtzeitig fertigstellen können. Das ist sehr leicht gesagt, daß die Säumigkeit der Minister, die die Vorlagen nicht rechtzeitig bringen, schuld am Zeitmangel ist — wie ein Diener, der nicht rasch genug die Treppe heraufgekommen ist. Aber die Herren sollten doch einmal sehen, ob sie imstande wären, in dieser kurzen Zwischenzeit, die bleibt, die Dinge früher fertigzustellen. Das Budget ist kaum votiert, so habe ich drei Tage darauf schon die Vorlagen für das neue zur Arbeit bekommen, die bereits in vorrätiger Arbeit waren. So geht es in Preußen, so geht es im Reich. Die Herren, wenn sie hier mit ihren parlamentarischen Geschäften auseinander sind, dann mag es für einige unangenehm sein, in ihre Büros wieder zurückzukehren, für sie hören die Ferien dann auf, allerdings (Heiterkeit), für die anderen aber, die wirklich nur hierher gekommen sind, um den Beruf eines Volksvertreters zu erfüllen, die diesen Beruf nicht mit dem eines Redakteurs einer Zeitung verbinden, kombinieren und so das ganze Jahr für denselben Beruf beschäftigt sind, für diese fangen dann ihre eigentlichen und regelmäßigen Geschäfte erst wieder an. Für die Minister ist in beiden Zeiten die Arbeit gleich schwer, gleich ermüdend, gleich aufreibend, und das ist, glaube ich, nicht nützlich, die Minister zu nötigen, daß sie ihre Arbeiten flüchtig und mit mehr Gleichgültigkeit machen sollen. Sie würden, wenn Sie immer solche Minister gehabt hätten, gar nicht soweit gekommen sein, wie wir uns hier beieinander sehen, und es ist nicht nützlich, die Träger der Staatsarbeit auf diese Weise zu ermüden und ihnen die Zeit zur Besinnung nicht zu lassen. Diese Rücksichtslosigkeit auf die ministerielle Menschenklasse liegt auch in dem Antrag, daß der Reichstag im Oktober zusammentreten solle. Es ist ja klar, daß der Bundesrat in diesem Falle drei bis vier Monate früher zusammentritt; wir können das auf drei Monate abkürzen, aber unter drei Monaten vorher wird der Bundesrat seine Arbeit nicht erledigen können. Wenn Sie also den Reichstag im Oktober hier haben wollen, dann müssen Sie von dem Bundesrat verlangen, daß er Ende Juli etwa zusammentritt. Alle die bundesstaatlichen Minister, welche eben noch im Gefechte mit ihren Landtagen waren, kommen nicht her, um sich an dem Bundesrat zu beteiligen. Dann wird der Bundesrat schließlich etwas, was dem alten Frankfurter Bundestage mehr und mehr ähnlich sein wird. Die Hauptsache, daß dieses Zentrum der Regierungsautorität im Reich in Ansehen und wirksamer Tätigkeit bleibt, ist die, daß die dirigierenden Minister selbst im Bundesrat erscheinen. Wir haben deshalb in unserer Geschäftsordnung im Bundesrat die Änderung getroffen, daß alle wichtigen, entscheidenden Beschlüsse auf eine kürzere Zeit der Sitzung konzentriert werden.

Ich wage nicht, dem Reichstage etwas Ähnliches vorzuschlagen, denn dieser, wie ich glaube, fruchtbare Gedanke würde dadurch unannehmbar werden, daß er von ministerieller Seite zuerst gebracht wäre; aber im Bundesrate spüren wir seitdem eine große Erleichterung und die Möglichkeit, daß auch diejenigen Herren, die zu Hause notwendig sind, sich an wichtigen Beschlüssen persönlich beteiligen können, und wir haben dort noch eine zweckmäßigere Einrichtung, wir haben gar keine Grenze der Beschlußfähigkeit, und ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er die nicht hätte, so daß diejenigen, die ein Vergnügen daran haben, Reden zu hören, jederzeit erscheinen können, ohne ausgezählt zu werden, daß aber eine höhere Beschlußfähigkeit wie die jetzige gesetzt wird, wenn solche

Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche die Zukunft des Reiches durch Gesetze binden. Das Reich hat ein Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der im Lande gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag, so wie die Verfassung ihn kennt, er hat auch nicht das Ansehen im Publikum und in der öffentlichen Meinung. Die Abspannung, von der der Herr Vorredner so viel sprach und die er, wie es schien, der ministeriellen Politik zuschrieb, geht vorzugsweise von dem Beispiel aus, welches eine große Anzahl der Herren Abgeordneten gibt, und davon, daß es eine reichliche Anzahl dieser Herren nicht der Mühe wert hält, den Sitzungen beizuwohnen; bei einer der letzten Abstimmungen ist mir gesagt worden, daß ohne Angabe des Grundes, ich glaube, 111 Mitglieder des Reichstags gefehlt haben. Wie wollen Sie da annehmen, daß die Bevölkerung noch mit demselben Eifer wie früher an den Geschäften des Reiches teilnehme, wenn ihre gewählten Vertreter ihr ein solches Beispiel geben?

Der frühere Eifer hatte auch wohl darin seinen Grund, daß das Deutsche Reich anfangs etwas Neues war, man hatte eine gewisse Weihnachtsfreude daran, es zu besitzen, und nahm mit Vergnügen teil daran. Aber das „beati possidentes“ findet hier keine Anwendung; was man hat, verliert an Wert, der Besitz macht gleichgültig; was man hat, das will man nicht, und was man nicht hat, das will man, und so geht es mit dem Deutschen Reich. Seitdem es als wohl besessen erscheint, hat man nicht mehr dieselbe lebendige Teilnahme, es ist nichts Neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer so gewesen wäre, namentlich denjenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben, und als ob es immer so bleiben müßte. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahne nicht hingibt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohltaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte. (Sehr richtig!)

Ich wollte ferner noch eine Frage womöglich aus der Diskussion ausscheiden, das ist die Frage von der Prärogative des Kaisers. Es ist ja zweifellos, daß hierin, in der Beschränkung des Berufungsrechts des Kaisers auf den Oktober, oder vielmehr in der Nötigung zur Berufung dadurch, daß Sie also im Art. 13 einschalten hinter: der Kaiser kann berufen: der Kaiser muß im Oktober berufen — eine Beschränkung der Prärogative liegt, aber ich meine, diese Frage sollte nicht Gegenstand der Diskussion dieses Hauses sein, solange Seine Majestät der Kaiser Seine Ansicht darüber nicht geäußert hat. Wenn der Kaiser es den Interessen des Reiches entsprechend findet, Seine Prärogative zu beschränken, so wird die Frage der Prärogative Seine Majestät nicht abhalten, dem Land dieses Opfer an Machtvollkommenheit zu bringen; aber wohl kann es Ihn empfindlich berühren, daß man über Seine Rechte aburteilt, ehe Er Seine Meinung geäußert hat, und Beschlüsse faßt, ob Er sie aufgeben soll oder nicht. Ich glaube, da könnte man eine Initiative oder Andeutung des Kaisers durch Seine berufenen Organe abwarten, ob Er dazu geneigt sei, denn ohne Seine Bereitwilligkeit kommen Sie doch nicht darüber hinweg, und das ist deshalb eine Frage — ich kann die Diskussion nicht hindern, sich beliebig zu bewegen, aber ich muß sagen, das hängt allein von der Entschließung des Kaisers ab. Der Kaiser hat

bisher Seine persönlichen Rechte noch nicht zur Diskussion und Beschlußfassung durch den Reichstag gestellt.

Die Frage der Priorität des Reichs, die durch den Oktober erreicht werden soll, und die der Herr Abgeordnete Rickert durch seinen Antrag ganz allgemein erreichen will, wäre ganz einfach dadurch zu erreichen, daß man den Anfang des Budgets noch um drei Monate verschiebt; und dann würde bei jährlichem Budget für die Landtage der Zeitraum nach der Reichstagssitzung von Ostern bis Johanni ein vollkommen geeigneter sein zur Beratung. Daß der Reichstag und der Bundesrat im allgemeinen auf eine für sie unbequeme Zeit abgeschoben werden sollen, damit kann ich als Reichskanzler mich nicht einverstanden erklären, und schon diese Zurücksetzung des Reichstages und des Bundesrats würde mich zu einem Gegner solcher Bestimmung machen, welche die angenehmere Sitzungszeit den Landtagen zuwiese. Das Deutsche Reich ist uns noch lange nicht, bei unserem angeborenen Partikularismus, nicht nur staatlichem, sondern auch provinziellem und Ressortspartikularismus, noch nicht so in Fleisch und Blut eingedrungen, daß wir nicht wohltäten, es stets vor aller Augen auf den ersten Platz zu schieben und ihm den Ehrenplatz zu lassen, und ich werde, solange ich irgend mitzureden habe, für den Reichstag oder den Bundesrat die günstigste Zeit, den Winter, nicht aufgeben, das heißt natürlich für die Regel — es kann ja notwendig werden, auch im Sommer Reichstage und Landtage zu berufen, wir waren früher darin nicht verwöhnt —, ich erinnere an die Jahre 1848 bis 1852 und 1853, da haben wir im Monat Juni, Juli, August, ja das ganze Jahr hindurch hier und auch in Erfurt getagt, hier auch in den heißesten Sommertagen, wo Berlin von allen denen, die nicht hier bleiben müssen, sorgfältig gemieden wird. Da bitte ich nun also die Herren, deren Interesse sich mehr den Landtagen als dem Reich zuwendet, ihr Wohlwollen für jene nicht so weit zu treiben, daß die Landtage im Januar und Februar in der Stadt bleiben wollen, und nachher die Sommerzeit für den Reichstag respektive für den Bundesrat übrigbleibt. Wann müßten denn die Mitglieder des Bundesrats mit ihren Arbeiten beginnen, um im Oktober mit der Pünktlichkeit, die Herr Abgeordneter v. Bennigsen verlangt und gegenwärtig vermißt, als fertige Arbeit abzuliefern sowohl das Budget als auch die übrigen Vorlagen? Hoch im Sommer! Es ist als eine Ungeheuerlichkeit in der Diskussion bezeichnet worden, daß jetzt überhaupt noch Vorlagen kommen; ja, meine Herren, Sie werden auch noch später manche erhalten, und ich will mich fragen, ob meine Pflicht nicht von mir fordert, außer denen, die jetzt in Arbeit sind, Ihnen noch andere zuzuschicken. Sie sind ja nicht gezwungen, sie zu verarbeiten, aber die Regierung hat doch das Bedürfnis, ihre eigene Meinung vollständig kundzugeben und über dieselbe in der Öffentlichkeit keinen Zweifel zu lassen.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei früher Großes geschehen und jetzt nicht — so verstand ich ihn —; nun, wir haben auch jetzt, glaube ich, große Aufgaben vor uns, und ich habe die Hoffnung, daß auch weiter Großes geschehen werde. Es ist zum Beispiel vor anderthalb Jahren Großes geschehen dadurch, daß wir in der Zollgesetzgebung aus dem Wege, auf welchem das Land der langsamen Aushungerung unterzogen wurde, wieder in eine verständige Bahn eingelenkt sind, in die alte gute Gesetzgebung des Zollvereins — lange nicht so weit wie früher —, wir hatten damals, als wir prosperierten, einen viel höheren Schutzzoll als heute und als wir ihn jetzt erstreben, namentlich aber, als wir ihn

bisher erreicht haben. Aber dieses Herausrücken des Staatswagens und des Reichswagens aus der fehlerhaften freihändlerischen Richtung, bei der das Land von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr ausgehungert wurde, und ohne den gleichzeitigen Zuschuß der Milliarden viel früher an Verblutung und Entkräftung zugrunde gegangen wäre — das Ausbiegen aus der falschen Bahn war eine große Leistung, für die ich Anerkennung erwarte, soweit ich dabei mitgewirkt habe, wenn auch nicht von denen, denen dadurch ihre politischen Zirkel gestört worden sind. Das Interesse an theoretischen Prinzipien und großen Grund-, Rechts- und Verfassungsfragen und parlamentarischen Gleichgewichtsfragen im Staate ist eben, nachdem man den ersten Durst an der parlamentarischen Quelle dreißig Jahre lang gestillt hat, im Lande sehr vermindert, und man sieht sich jetzt um und fragt, was erfordert unser praktisches Interesse? Die praktischen Interessen leichter zur Vertretung zu bringen, ist der Zweck der Vorlage, und ich würde erfreut sein, wenn — nicht in dieser Session, worauf ich nach der Lage der Dinge wenig Aussicht habe, aber in der nächsten — dieser Zweck erreicht würde, wo ich, wenn ich lebe, wiederum und zum vierten- oder fünftenmal, wenn es sein muß, dieselben Vorlagen mache — ich muß nach meiner Überzeugung handeln, wenn ich ein ehrlicher Mann bleiben will. Wenn ich die Vorlage immer wieder vorbringe, so verbinde ich damit allerdings das Interesse, denjenigen, die im Volke eine produktive Beschäftigung haben, der sie für die Dauer ihrer Teilnahme an den parlamentarischen Debatten entsagen müssen, wenn sie den ehrenvollen Auftrag ihrer Mitbürger annehmen, denen die Teilnahme am Parlament dadurch etwas zu erleichtern, daß sie nicht genötigt sind, in jedem Jahre an zwei Parlamenten teilzunehmen. Wenn wir das nicht tun, machen wir den Leuten, die im praktischen Leben stehen, ich meine, die irgend etwas materiell produzieren, Handwerker, Kaufleute, Advokaten und Ärzte mit wirklicher Praxis (Heiterkeit), Landwirte, Fabrikbesitzer, Industrielle, Leute, deren praktische Erfahrungen uns von hohem Wert sind und die ein volles Recht haben, ihre Interessen hier vertreten zu sehen und deshalb von den Wählern hierher geschickt werden — denen machen wir es bisher ja beinahe unmöglich, daß sie an den parlamentarischen Sitzungen auf die Dauer teilnehmen. Einer nach dem anderen wird es müde, hierher zu kommen und — verzeihen Sie, ich will niemand persönlich verletzen, ich selbst verfalle in den Fehler, zu lang zu reden — bei der ungeheuerlichen Länge der einzelnen Reden und bei den sehr geringen Bezirken politisch betrachtet, bei dem sehr geringen Bruchteil der politischen Elemente des Reichstages, von dem die Redner gestellt werden — das ermüdet zuletzt außerordentlich; namentlich da man viele von den Reden vorher zu Hause gedruckt gelesen hat, lieber als daß man sie hier anhört, wo man dazu die Natürlichkeit des Redners vor sich hat. Wir bekommen auf diese Weise schließlich zwei verschieden veranlagte Kategorien von Abgeordneten: die einen, die die Zeit des Schlusses gar nicht abwarten können, um ihre Geschäfte, worin sie schwer vermißt werden, wieder aufzunehmen; die anderen, die bedauern und seufzen, wenn sie der lieb gewordenen Gewohnheit, hier öffentlich zu sprechen und den Fraktionen und Kommissionen beizuwohnen und den ganzen öffentlichen und kameradschaftlichen Beziehungen entsagen zu müssen, weil sie in Gottes Welt weiter Beschäftigung eigentlich nicht haben, wenigstens keine solche, die sie lieben. (Heiterkeit.) Wenn ich mir einen Beamten in guten oder geringen Verhältnissen denke, der nach einer Reichstagssitzung bei gutem Sommerwetter wieder seine staubigen Büros besuchen und seinen

ſtrengen Dienſt tun ſoll und demſelben Vorgeſetzten wiederum eine gewiſſe Anerkennung zollen ſoll, auf den er bis dahin von ſeinem kuruliſchen Seſſel mit einer gewiſſen Geringſchätzung herabgeblickt hat, von der Höhe des Abgeordneten, ſo begreife ich, daß den, wenn er an die Annehmlichkeiten des vergangenen parlamentariſchen Lebens zurückdenkt, ein gewiſſes Heimweh beſchleicht und er wegen Ermüdung durch die parlamentariſchen Arbeiten einen berechtigten Badeurlaub anſtrebt. (Heiterkeit.) Aber dabei läuft ein ſolcher Abgeordneter, der mit dem Lande nicht die Fühlung hat, welche gemeinſame Arbeit, gemeinſames Schaffen und Erwerben mit den Wählern geben, auch ſehr leicht Gefahr, jede Fühlung und jede Möglichkeit der richtigen Beurteilung der Intereſſen und der Wünſche des Kreiſes, der ihn gewählt hat, zu verlieren. Es iſt ja ſchwierig und langdauernd, bis der Wähler in ſeiner Provinz ſich über dieſen Mangel vollſtändig klar wird, denn es gibt immer ſehr viele Mittel, ihn darüber zu einer unerwünſchten Anſicht nicht kommen zu laſſen. Ich habe ja ſelbſt früher Wahlreden zu halten gehabt — ſtenographiert werden ſie in der Regel nicht — und ich habe ſehr oft das Gefühl gehabt, wenn der Wähler mich vollſtändig und meine ganze Tätigkeit kannte, würde er mich nicht wählen (Heiterkeit); ich habe aber von anderen das Gefühl, wenn er mich kannte und wüßte, was ich erſtrebe, ſo würde er mich wählen. Alſo es iſt nicht leicht, eine vollſtändig klare Anſicht über ſeine Vertreter zu gewinnen. Aber ich halte es im Intereſſe des Reichs für eine große Gefahr, wenn es dahin kommen ſollte, daß die Mehrheit unter die Herrſchaft derjenigen Abgeordneten fallen ſollte, die eine andere, eine bürgerliche Beſchäftigung eben nicht haben, die gewerbsmäßig Volksvertreter und deshalb im Reden die geübteſten ſind, und die die Stoffe, über die geſprochen wird, auf Monate und Wochen vorher ſorgfältig durchgearbeitet haben, weil ſie dieſelben auch in der Publiziſtik vertreten und ihnen Anklang zu verſchaffen ſuchen — ihre Zeit erlaubt es ja, ſie ſind ausſchließlich darauf angewieſen. Und ſie ſtehen dann, ſo wie es auf die Geſchicklichkeit, auf die rhetoriſche Menſur ankommt, ja, vermöge der größeren Menſurpraxis, die ſie haben, außerordentlich im Vordergrunde. In den Volksverſammlungen kennen wir ja die Typen, die ſich bis zu rhetoriſchen Klopffechtern ausbilden — die es natürlich hier nicht gibt (Heiterkeit) —, aber dort ſieht man, wie die jeden Widerſtand ſofort niederrennen und ſcharf im Zaume halten. Aber ich wiederhole, wie ich das ſchon neulich bemerkt habe, daß im Reichstage die Reden zwar zur Orientierung dienen, aber daß ſie keine Herrſchaft üben dürfen; der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredſamkeit weder beeinflußten noch eingeſchüchterten Vertreter.

Ich erwähnte, daß mein Syſtem, von dem ich ja hier nur die erſten Jalons zu ſtecken ſuche, dahin gehen würde, daß auch die Landtage durch Reichsgeſetz genötigt werden ſollen, dieſem ſelben Syſtem zu folgen, und dann wird auch die Priorität des Reichsbudgets zu erreichen ſein, das Reichsbudget von 1881/83 wird die Unterlage ſein des Landesbudgets von 1882/84, und ſo werden ſie eins in das andere greifen und ſich rechtzeitig ergänzen und korrigieren.

Die finanzielle Schwierigkeit, die der Herr Vorredner in der Vorlage fand, kann ich doch in dem Maße, wie er ſie ſchilderte, nicht anerkennen. Schwierig ſind beide Wege. Aber wir haben früher manches Schwierigere überwunden, es gibt in einzelnen Bundes-

staaten schon längst mehrjährige Budgets, und ich habe nicht gehört, daß deren Finanzen schlechter verwaltet werden wie die anderen — vielleicht im Gegenteil!

Wenn man durch die Übertreibung und Häufung der parlamentarischen Sitzungen und durch die Übertreibung der Dauer der einzelnen, denen, die auch noch andere Geschäfte haben, denen, die nicht bloß fruges consumere nati sind, die nicht bloß von Gehalt, Honorar und Kapital leben, wenn man denen die Beteiligung am Reichstag schwer macht, dann wird man mit der Zeit dahin kommen, daß die Volksvertretung nur eine neue Spezies, oder ich will lieber sagen Gattung der „Bureaukratie" wird, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Hause aus ihr Studium darauf richten, und die, wie der volkstümliche Mund sich ausdrückt, sagen: „Ich will Abgeordneter lernen" (Heiterkeit), und wenn man findet, daß dieses Gewerbe doch auch seinen Mann nährt und zuweilen einen recht gut in die Höhe bringt — meine Karriere ist ja auch lediglich eine parlamentarische, von mir hätte niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des Vereinigten Landtages von 1847 gewesen wäre —, also ich rechne mich immer ein, wenn ich von Parlamentariern rede. (Heiterkeit.) Aber die Bureaukratie weiter hinaus und auf das parlamentarische Leben auszudehnen, und auch dieses zu einem Zweige der Reichs- und Landesbeamtenverwaltung werden zu lassen, der mit der misera contribuens plebs, die da schafft und arbeitet, wagt und wettet, erwirbt, gewinnt oder verliert, wenig Berührungspunkte und namentlich nicht gemeinsame Interessen und Denkungsweise hat, halte ich für schädlich; denn der beste Beamte, dessen Großvater und Vater Beamte waren, dessen ganze Erziehung darauf gerichtet war, weiß bestimmt nicht, wie seinem Wähler, der nie Beamter gewesen ist, der auch in seiner Familie nicht einen Beamten gehabt hat, in seinem Hause, seinem Streben, seinem Wesen zu Mute ist. Wir haben früher auf dem Lande gesehen: wenn die Herren Regierungsräte auf das Land kamen, um praktische Dinge zu untersuchen, so hatte man leicht den Eindruck: Na, recht viel versteht er nicht davon, aber man hatte bei dieser Bureaukratie doch noch die Beruhigung, daß sie kein anderes Streben kannte, als zu finden, was Rechtens war. Letzteres ist jetzt leider mehr in Hintergrund gedrängt durch manche neuere Einrichtungen; die ehrliche, rechtliche Überzeugung, der dringende Wunsch, zu finden, wer recht hat, war unserer Verwaltungsbureaukratie vollständig treu geblieben und ist bei ihr durch politisches Parteiwesen noch heute nicht so beeinflußt, wie bei anderen Kategorien.

Nun weiß ich nicht, ob ich die mannigfachen und mir im Munde des Herrn Vorredners nach ihrer Schärfe unerwarteten Ausstellungen, die er an der Vorlage und an der Tendenz derselben machte in der ganzen Politik der Regierung, indem er sie als die Ursache des Zurückgehens des öffentlichen Interesses am Deutschen Reiche anführte, ob ich die werde alle beleuchten können, es ist mir ja nicht möglich; obschon ja der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit klar und verständlich sprach, so würde ich doch darauf nicht eingehen können, indem ich mich physisch nicht beherrsche. Aber ich möchte ihn bitten, sich persönlich und mit den Freunden, die ihm anhängen, doch nicht dieser traurigen pessimistischen Auffassung hinzugeben, die ich im Namen der Fraktion, welcher er angehört, zuerst ankündigen hörte von seiten der „Nationalzeitung", etwa vom Ende 1877 an, wo alle unsere Zustände geflissentlich in den düstersten Farben gemalt wurden, es gehe zurück,

die Reaktion sei im Anzug, die Reaktion jeder Art, die schließlich doch nur darauf sich konzentrierte, daß auch die Schutzzölle zur Reaktion gerechnet wurden, ohne zu bedenken, daß die beiden freiesten Republiken, die wir augenblicklich haben, Amerika und Frankreich, recht tüchtige Schutzzölle uns gegenüberstellen. Also diese Klagen über Befürchtung der Reaktion, die düstere Mißstimmung — ich verweise jeden auf den Stil der Leitartikel in der „Nationalzeitung", mir ist er nicht geläufig, weil er zu beladen und zu schwer ist in den Schilderungen der Wolken, die über uns herabhängen. Die „Nationalzeitung" betrachte ich jetzt nicht mehr als Blatt der Fraktion, aber sie war es damals.

Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, der mir unter seinen Fraktionsgenossen der Mitkämpfer gewesen ist, dem ich wirklichen Beistand verdanke, und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung, für seine Konsolidierung so viel schuldig ist, für seine Politik von langen Jahren her — an ihn möchte ich persönlich doch die Bitte richten, sich durch Bestrebungen und Einflüsse, die ich für sachliche nicht halten kann, nicht der Reichspolitik, wie sie jetzt getrieben wird, weil ich, solange ich die Leitung in den Händen habe, keine andere gegen meine Überzeugung treiben kann — und sich nicht der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich es befürchten muß, wenn ich die Richtung und Tonart seiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verlust für unsere parlamentarische Entwicklung auf der Basis der Verständigung zwischen Parlament und Reichsregierung nach allen Seiten hin, und mir persönlich sehr schmerzlich, nicht bloß wegen meiner persönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, sondern auch wegen der Pläne, die ich an die Möglichkeit geknüpft hatte, daß zwischen den Herren, die der Führung des Herrn Vorredners folgen, und denen, die sich rechts an ihn anschließen, eine Verschmelzung eher möglich sein würde, als zwischen denen, die sich links an ihn anschließen, und deren äußerster linker Flügel überhaupt im Ende gar nicht abzusehen ist. (Große Heiterkeit.)

Nachdem wir bei mehreren Wahlen gesehen haben, daß die Sozialdemokraten einstimmig für fortschrittliche Kandidaten stimmen, müssen wir befürchten, daß zwischen diesen Verbindungen eine Art Kartellverhältnis für die Wahlen doch eingetreten ist; nachdem wir gesehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraktion nach links hin ausgeschieden sind, ihre Fühlung bei der Fortschrittspartei nehmen, so kann ich wohl sagen, daß auf diese Weise, wenn die jetzige nationalliberale Fraktion die Anlehnung nach links fester nimmt, die Kontinuität der gegenseitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Sozialdemokratie hinein, wenigstens in dem praktischen Zusammengehen, wieweit sie in der Theorie auch voneinander entfernt sein mögen, nicht ausgeschlossen ist, sondern zu meinen Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zurufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit der vollen Herzlichkeit bitte: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen!" (Heiterkeit; Bravo! rechts.)

Die Debatte wird vertagt; die Vorlage wird in dritter Lesung abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

17. November 1881 bis 30. Januar 1882.

In den Jahren, die nun folgten, kann man einen bestimmten Grundzug der Bismarckschen Politik erkennen: den Kampf mit dem Reichstage, mit den widerstrebenden, seine innere, seine Wirtschafts- und Sozialpolitik befehdenden Parteien. Dieser Kampf spitzte sich dann kurz vor seinem Sturz zu den ernstesten Erwägungen Bismarcks zu, den Reichstag zu beseitigen oder doch seine Zusammensetzung zu ändern.

Schon im Jahre 1881, vor und nach den Reichstagswahlen, sparte der Kanzler nicht mit Drohungen und dunklen Andeutungen. Wiederholt zitierte er in dieser Zeit den Ausspruch des österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten Felix Schwarzenberg über den Reichstag von Kremsier 1849: „Diese Einrichtung hat sich nicht bewährt"; des öfteren deutete er die Möglichkeit an, das Parlament überhaupt aufzuheben und nur das Zoll- und Militärbündnis der deutschen Fürsten zu behalten.

Worin hat dieser Kampf und dieser Gegensatz seinen Grund?

Zunächst mußte ja jede Opposition gegen seine Pläne — Steuerreform, Sozialpolitik — den geborenen Herrscher reizen, und um so mehr, je weniger er die Opposition besiegen konnte. Dazu kommt aber, daß Bismarck in dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm einen Freund des entschiedenen Liberalismus kannte, der Fortschrittspartei; und sein Haß gegen diese stammt zum Teil aus der Erkenntnis, daß ihr Rückhalt am künftigen Kaiser dereinst eine furchtbare Gefahr für ihn selbst und für seine Staatsauffassung werden konnte.

Für Bismarck war die Krone der tragende und unentbehrliche Mittelpunkt des Staates, da sie das Ganze des Staates, kurz, jene „permanent identische Persönlichkeit" darstellte, die mehr war als die Teile, als die Parteien, die ihrerseits unfähig waren, nach der Staatsraison zu handeln. Die starke Monarchie war für Bismarck schlechthin notwendig, weil sie allein von persönlichen, unsachlichen Motiven, von dem Buhlen um die Gunst des Wählers, von persönlichen Interessen absehen und das Interesse und das Wohl aller Stände, Klassen und Parteien wahrnehmen konnte. Man muß sich klarmachen, daß die Erhaltung der Macht der Krone — nicht etwa ihr Absolutismus! — für Bismarck schlechthin ein Gebot staatlicher Selbsterhaltung, ja politischer Sittlichkeit war, um seine furchtbare Erbitterung zu ermessen, die ihn im Kampfe gegen den Linksliberalismus leitete.

Mit scharfem Blick, der sofort die äußersten Folgerungen einer Sache und eines Programms erkannte, sah er in den politischen Zielen des Linksliberalismus eine große Gefahr für die konstitutionelle Monarchie; denn logischerweise erfordert der Parlamentarismus doch letzten Endes die Volkssouveränität, die Republik. Deshalb erklärte er im Staatsministerium einmal die Sozialisten für eine geringere Gefahr als den Fortschritt; denn jene erstrebten Unmögliches, was doch einmal mit dem Schwerte niedergeschlagen werden müsse, während der Linksliberalismus eine mögliche Staatsform, die Republik, wolle.

Da nun aber große Kreise des deutschen Volkes dem konservativ-monarchischen Staate Bismarcks widerstrebten, weil Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie sich der Demokratie annäherten, entstand notwendig eine wachsende Spannung zwischen der Mehrheit der Nation und ihrer Vertretung und dem leitenden Staatsmann. Das konstitutionell-monarchische System, wie es Bismarck handhabte, setzte ein Gleichgewicht zwischen Krone und Volksvertretung fest, um den die Verantwortung ertötenden Absolutismus sowohl der Krone wie einer parlamentarischen Mehrheit auszuschließen. Nach Bismarcks eigenem Ausspruch aber wird jeder Teil immer wieder versuchen, dem anderen vor der Nation den Rang abzulaufen, sei es durch maßlose Agitation und Versprechungen an die Wähler, sei es durch große und schöpferische Taten. Daraus aber entsprang notwendig eine gereizte und oft feindselige Stimmung, so daß die Nation den falschen Eindruck erhielt, als ständen sich Regierung und Volksvertretung wie geborene Gegner gegenüber.

Man hat nun neuerdings mit Recht darauf hingewiesen, daß Bismarck das dumpfe Gefühl von dem schließlichen Siege seiner Gegner trotz allem gehabt habe. Es ist aber kennzeichnend für sein Heldentum, daß er den Streit deshalb nicht etwa aufgab, sondern die Demokratie mit allen Mitteln bekämpfte, wie er sagte „bis zum letzten Atemzuge". So ist der alternde Bismarck, der einsam wie ein riesiger Fels sich dem Strom seiner Zeit entgegensetzt und aus Pflichtgefühl den „deutschen Staatsgedanken" gegen den westeuropäischen zu verwirklichen sucht, von ergreifender Tragik umwittert.

Seine stolze Zuversicht aber zog er aus den großen Erfolgen der Vergangenheit, da er sein Werk gegen Majoritäten errichtete. Und so ging er in den achtziger Jahren auch daran, die von ihm als notwendig erkannte Sozialpolitik allen Widerständen der Zeit zum Trotz durchzusetzen.

Als das Sozialistengesetz vorgelegt wurde, hatte der Kanzler sofort als Ergänzung eine soziale Gesetzgebung versprochen; und er war überzeugt, daß schon die einfachsten Forderungen des Christentums eine Sicherung des Arbeiters gegen Unfälle, Siechtum und Alter erheischten. Man hat der Bismarckschen Sozialpolitik vorgeworfen, daß sie vor allem den Fehler begangen habe, den politischen Zweck zu sichtbar zu machen. Und in der Tat wollte Bismarck versuchen, durch die Sozialpolitik die gesunde Arbeiterbewegung von der marxistischen Doktrin zu trennen und durch die Vereinigung von Repression und Sozialpolitik der deutschen Sozialdemokratie das Schicksal des englischen Chartismus zu bereiten. Daß er mit dieser Hoffnung scheiterte, lag in der aus seiner Herkunft und Lebenserfahrung als Gutsherr erklärlichen Verkennung der seelischen Verfassung des Arbeiters. Wurde doch der Arbeiter auch durch die Sozialpolitik nicht aus einem Objekt des Staats- und Wirtschaftslebens zu einem Subjekt. Nicht Wohltaten *vom* Staate aber wollte der Arbeiter, sondern Anteil *am* Staate; nicht allein Besserung seiner sozialen Lage, sondern

Umwandlung des Staates in die reine Demokratie und Republik. Diese psychologisch so enge Verbindung von Sozialismus und Demokratie wurde damals meist verkannt, und hier ist der Punkt, wo der Bismarcksche Staat und der vierte Stand notwendig zusammenprallen mußten. Zwischen der Monarchie Bismarcks und dem staatlichen Ideal der Arbeiterschaft gab es keine Aussöhnung.

Man hat der Bismarckschen Sozialpolitik ferner vorgeworfen, daß sie im Grunde gar nicht die Schäden der Gesellschaft und des vierten Standes in erster Linie habe heilen wollen, sondern politische Zwecke verfolgt habe. Die Forschungen von Rothfels haben uns in der Tat gezeigt, daß nicht die Gesellschaft, sondern der Staat dabei im Vordergrunde stand, daß Bismarck nicht Gesellschafts-, sondern Staatspolitik trieb. Und gerade weil er, der geborene Mann des Staates und der Staatsmacht, nicht der Gesellschaft, sondern dem Staate die Aufgabe stellte, den sozialen und wirtschaftlichen Kosmos aus einem Chaos zu gestalten, mußte er gerade beim Liberalismus, bei allen Individualisten den stärksten Widerstand finden, denen die Stärkung der Staatsmacht das Ende der individuellen „Freiheit" und alle Sozialpolitik von Staats wegen „Sozialismus" bedeutete.

Trotz aller unleugbaren Einseitigkeiten und Schwächen der Bismarckschen Sozialpolitik wird man doch anerkennen müssen, daß hier etwas ganz Großes, Neues und Schöpferisches geschah, das ein neues Zeitalter ankündigte: die Epoche, die überwiegend sozialistisch gefärbt ist, nachdem die überwiegend individualistisch gefärbte zu Ende gegangen war.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

17. November 1881.

Die Neuwahlen zum Reichstag am 27. Oktober ergaben eine völlige Niederlage der Bismarckschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Trotz gewaltiger Agitation der Regierung, trotzdem das Tabakmonopol gefordert und seine künftigen Erträge als „Patrimonium der Enterbten", d. h. als Mittel für die Sozialpolitik proklamiert wurden, führte die allgemeine Verärgerung des Bürgertums, das das Tabakmonopol, wachsende Belastung des Verbrauchs, neue Lasten für die Sozialpolitik, weitere Schutzzölle befürchtete, zu einem Siege der Opposition. Am auffälligsten war der Niederbruch der Nationalliberalen, die 53 Sitze verloren und nur 46 behaupten konnten. Da die Sezessionisten, d. h. die freihändlerisch-liberale Gruppe der alten Nationalliberalen ebenfalls 46 Sitze einnahmen und die Fortschrittspartei 60 Mitglieder zählte, hing eine Mehrheitsbildung von den 100 Zentrumsleuten ab, die auf die 18 Polen, 10 Welfen, 15 Elsaß-Lothringer und 2 Dänen bestimmt rechnen konnten. Der Regierung unbedingt ergeben waren nur die 50 Konservativen und 28 Reichsparteiler. Um der Opposition von vornherein an der Absicht der Regierung keinen Zweifel zu lassen, ließ Bismarck den Kaiser durch eine Botschaft zum Reichstage und Volke sprechen, die er in der Eröffnungssitzung vom 17. November selber verliest und die eine historische Bedeutung erlangen sollte. Fürst Bismarck sagt:

Seine Majestät der Kaiser sieht Sich wider Erwarten durch Unwohlsein verhindert, die Session, wie es in der Allerhöchsten Absicht lag, Selbst zu eröffnen. Seine Majestät hat mir befohlen, Ihnen, geehrte Herren, Sein Bedauern hierüber auszusprechen, Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen zu heißen und bei der mir aufgetragenen Eröffnung Ihrer Session eine Allerhöchste Botschaft mitzuteilen, welche ich die Ehre haben werde, zu verlesen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben den im vorigen Reichstag kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen, den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Tätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushaltsetats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstage unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der fortschreitenden finanziellen Entwicklung des Reiches und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstags eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reich zu überweisenden Beträge ist erheblich höher als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Daß der Gesamtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reichs nicht abzuweisen sind.

Die Einigung, welche mit der freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Einschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit Uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß der Reichstag den Abschluß der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vorteile, welche dem Reich und seiner größten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reichs nicht zu teuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen werde.

In dem Bestreben, die geschäftlichen Übelstände zu beseitigen, welche sich aus der Konkurrenz der Reichstagssessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reichs vorschlug, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Notlage der Regierungen und die Notwendigkeit, den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper des Reichs sowohl wie der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlaßt die verbündeten Regierungen, der Beschlußnahme des Reichstags wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die

Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen. Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Überschüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gefestigt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.

Die Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten sozialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reichs, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. Soweit letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein.

Wenn danach auf dem Gebiete der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage Unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können.

Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben Wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohltat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche Wir in Gastein mit dem Kaiser von Österreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche Uns mit den Uns so nahe befreundeten Monarchen, und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen, verbinden. Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Übereinstimmung gerichtet ist. Darauf, daß diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen Wir um so sicherer bauen, als auch Unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat

bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen Wir als Unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 17. November 1881.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bismarck.

4. Sitzung des Deutschen Reichstags.

28. November 1881.

Der von Bismarck mit allen Mitteln politischer Pression erstrebte Zollanschluß Hamburgs war am 25. Mai 1881 zustande gekommen.[1] Um der Stadt Hamburg die dadurch notwendig gewordenen Kosten für Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu erleichtern, wird vom Reiche ein Beitrag von höchstens 40 Millionen Mark verlangt. Diese Vorlage steht am 28. November auf der Tagesordnung. Die Abg. Haenel und Barth finden, daß die Aufopferung von Nationalvermögen nicht im Verhältnis stehe zu den Vorteilen des Anschlusses von Hamburg an den Zollverein. Nachdem Abg. v. Minnigerode und Finanzminister Bitter für die Vorlage unter Betonung des nationalen Gesichtspunktes gesprochen, kritisiert Abg. Windthorst die Vorlage, besonders die Höhe des Reichszuschusses. Nur dann, wenn Hamburgs Beitritt nicht freiwillig, sondern unter dem Druck des Staates gegen den Schwachen erfolgt sei, wie es allerdings den Anschein habe, sei ein Beitrag des Reiches gerechtfertigt. Er stellt eine genaue Prüfung auch dieses Punktes in der Kommission in Aussicht. Fürst Bismarck entgegnet:

Es war nicht meine Absicht, mich in dieser mehr technischen Frage an der Diskussion in diesem Stadium zu beteiligen, und es ist von meiner Seite gewagt, wenn ich es tue, da ich durch anderweitige dienstliche Beschäftigung verhindert war, dem ersten Teil der Sitzung beizuwohnen, nämlich die Äußerungen der ersten Redner zu hören. Indessen ist meine Absicht zu schweigen erschüttert worden durch eine Äußerung, die der Herr Vorredner tat, indem er sagte in Bezug auf die Vorlage: Wenn der Starke so vorgeht gegen den Schwachen, dann sieht es schlimm aus; das sieht aus, als ob innerhalb des Deutschen Reiches eine Vergewaltigung eines einzelnen Staates, und zwar eines der schwächeren, durch die Reichsgewalt vorläge, oder, da die Reichsgewalt auf dem Gebiete des Rechts nie als der Stärkere bezeichnet werden kann, da beide auf dem Rechtsboden stehen, als ob etwa die preußische Regierung mit einer Pression gegen die Hamburger, ihr verbündete Regierung vorgegangen wäre, die nicht in der notwendigen Konsequenz der Verfassung und ihrer Einrichtungen gelegen hätte. Aus der Rede des Herrn Vorredners und schon aus der Besprechung der ganzen Frage in den öffentlichen Blättern habe ich ersehen, daß die ganze Angelegenheit, wie mir scheint, zu sehr von dem einseitigen hamburgischen Standpunkte aus betrachtet wird, aus dem Standpunkt der Frage: Ist es für Hamburg nützlich oder nicht? und daß der Herr Vorredner zu der Konklusion kommt, daß, wenn es für Hamburg nützlich wäre, Hamburg auch allein die Kosten tragen möge, wenn es aber für Hamburg nicht nützlich wäre, dann sei es überhaupt nicht nützlich. Auch der Herr Vorredner, einer unserer scharfsinnigsten Politiker, verschließt daher den Blick für das große Interesse, das das Reich

[1] Vergl. dazu H. Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 9, S. 88—104.

seinerseits daran nimmt und nehmen muß, daß seine größte Handelsstadt von ihm nicht durch eine Zollinie getrennt sei. Wenn Sie glauben, meine Herren, daß das eine gleichgültige Sache ist, so denken Sie sich doch einmal den Fall, daß alle unsere Häfen in Deutschland durch eine Zollinie vom Binnenlande getrennt wären. Ich weiß nicht, ob es für die Häfen selbst ein Glück sein würde, ich glaube es nicht, denn ich habe gefunden, daß in ganz Europa diejenigen Hafenstädte, die mit Freihafenprivilegien gesegnet waren, auf die Dauer nicht daran festgehalten, ja, wenn nicht andere politische Vorteile und Bestrebungen sich damit kreuzten, sich bemüht haben, diese Privilegien als onerose mit der Zeit loszuwerden. Aber denken Sie sich den Fall, daß auch Stettin, auch Danzig, auch Königsberg, alle unsere Handelsstädte vom Binnenlande durch eine Zollinie getrennt wären, daß alle unsere Handelsstädte Freihäfen im Sinne von Bremen und Hamburg und alle für uns Zollausland wären. Ist wirklich einer unter Ihnen, meine Herren, der behaupten will, daß das für das gesamte Binnenland eine gleichgültige Sache wäre, daß es nicht eine gewaltige Schädigung des Binnenlandes wäre, von dem direkten, unverzollten und durch keine Zollinie unterbrochenen Verkehr mit den sämtlichen Hafenstädten abgeschnitten zu sein? So aber liegt in Bezug auf Hamburg die Frage für das gesamte Elbegebiet, zu dem auch unsere Hauptstadt gehört, und noch weiter als für das Elbegebiet, denn der Rayon von Hamburg und die Fühlbarkeit der Blüte oder Nichtblüte des Verkehrs mit Hamburg erstreckt sich bis nach Bayern, tief nach Österreich hinein, umfaßt Schlesien, umfaßt mehr als der Stettiner Handel, kurz, das ganze Reich ist bei dem Hamburger Handel interessiert. Ich kann hier in den Beweis dieser Wahrheit nicht eintreten, ich glaube aber, sie liegt ganz offen auf der Hand, und es wird von niemand, wenn die Frage klargestellt wird, so wie ich sie stelle, bestritten werden, daß das Reich selbst und das ganze Gebiet, auf das der Hamburger Handel sich erstreckt, ein sehr großes Interesse daran hat, mit seiner Haupthandelsstadt zu demselben Zollgebiet zu gehören. Ja, das Elbegebiet, das gesamte Hamburger Handelsgebiet, hat ein Recht darauf, daß die Stadt, deren Blüte auf dem Verkehr beruht, auf der Industrie dieses — ich nenne es einmal Elbegebiets, obschon es sehr viel weiter reicht —, nur auf der Basis dieses Gebiets kann eine Handelsstadt von 300 000 Einwohnern an der Mündung dieses Stromes sich festsetzen und bestehen, es gehört zur Vervollständigung des ganzen Handels- und Wirtschaftssystems dieses gesamten Handelsgebiets der freie Verkehr, der Import und Export seiner Haupthandelsstadt. Ich muß daher bestreiten, daß das Reich kein Interesse hätte, irgendwelche Summe zu bezahlen; ob sie zu hoch oder zu niedrig gegriffen ist, darüber kann ich nicht rechten, das sind Details, die sich meiner Entscheidung entziehen, die habe ich auch meinerseits unerwogen so annehmen müssen, wie sie mir geliefert worden ist. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß uns alle Geldsummen heutzutage zum Nachteil des finanziellen Interesses, seit wir in Mark rechnen, viel höher erscheinen, als sie uns in Talern erscheinen würden, und auch dadurch, daß man die ganze Summe als Kapital in Ansatz bringt, als Kapital, das angeblich in einer Summe aufzubringen und zu zahlen wäre. Wenn Sie die Rechnung in die uns allen nach langjähriger Gewohnheit noch vertraute Talerrechnung umsetzen, so finden Sie, daß es sich um die Aufbringung von jährlich etwa einer halben Million Talern, von 500 000 Talern Zinsen handelt, 4 Prozent von dem Kapital, welches hier in 40 Millionen Mark ausgedrückt wird. Ist das wirklich ein so ungeheures Opfer für das Deutsche Reich, 500 000 Taler

jährlich mehr aufzubringen, um mit seiner Haupthandelsstadt in denselben Zollverein zu gelangen, um die Reichsverfassung in einem ihrer wichtigsten und früher immer vorzugsweise betonten Prinzipien, dem Artikel 33, endlich auszuführen, ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet zu schaffen, um diese nationale Forderung zu verwirklichen, und um die jenigen Zusagen einzulösen, die der Stadt Hamburg bei der Verhandlung über ihren Beitritt gegeben worden sind, daß, wenn sie genötigt sein würde, in Zukunft Entrepoteinrichtungen zu machen, daß dann das Reich einen wesentlichen Zuschuß dafür leisten würde? Ich erinnere mich, daß damals im Jahre 1867, wie hierüber verhandelt worden ist, gar kein Zweifel darüber bestand, daß die Freihafeneinrichtung, die zum Vorteil Hamburgs getroffen werden sollte, eine provisorische sei, durch die ein Übergangsstadium — als solches betrachtete man es damals ganz zweifellos von beiden Seiten — den beteiligten, bis dahin mit dem Auslande frei verkehrenden Städten erleichtert werden solle, und daß schon damals Anschläge gemacht wurden, was die Entrepoteinrichtungen ungefähr kosten könnten, ohne deren Herstellung die Einbeziehung Hamburgs in den Zollverein nicht tunlich sein würde, daß damals Summen von 6 Millionen Talern genannt worden sind, Summen von 10 Millionen Talern, und daß die Frage urgiert worden ist: Werden diese Summen vom Reich allein zu tragen sein? — so lautete damals die Frage — oder wird das Reich zwei Drittel oder die Hälfte und Hamburg das übrige tragen? Auch Hamburg faßte damals die Einbeziehung als überwiegend im Interesse des Reichs und unserer nationalen Entwicklung liegend auf und war der Meinung, daß ein Zuschuß von 6 bis 10 Millionen Talern dann wohl geleistet werden würde. Es liegt also meinem Gefühl nach eine Art von Ehrenpflicht inmitten, die damals Hamburg gegenüber übernommen worden ist, allerdings in der Voraussetzung, daß auch Hamburg die Ehrenpflicht, die es meiner Überzeugung nach damals übernommen hat, halten und seinerseits den ersten Augenblick, wo das Freihafensystem bestand, und die Jahre, die seitdem verflossen sind, dazu benutzen würde, um das Endresultat vorzubereiten, die Zollscheidewand zwischen sich und der übrigen Nation fallen lassen zu können. Diese Pflicht ist allerdings von Hamburg nicht innegehalten. Wenn ich infolgedessen eine Pression mit berechtigten Mitteln geübt habe, und, soweit ich sie geübt habe, so, glaube ich, ist es ungerecht, mich dafür anzuklagen; im Gegenteil, ich sollte dafür gelobt werden, wenn ich strebe, im nationalen Sinn die nationalen Zwecke des Reichs zuende zu führen, und wenn ich dazu diejenigen gesetzlichen Mittel in Anwendung bringe, die geeignet sind, Hamburg die Voraussetzungen in Erinnerung zu bringen, unter denen die Freihafenqualität damals bewilligt wurde. Wenn ich die außer Anwendung ließe, so würde ich meinerseits kein gutes Gewissen haben, wenn ich irgendeine Arbeit, irgendeine Überredung, irgendeinen Druck, soweit er mir gesetzlich und verfassungsmäßig gestattet ist, unterlassen hätte, um das nationale Prinzip der Verfassung zur Durchführung zu bringen. Ein solcher Druck, meine Herren — Sie werden sich erinnern, diejenigen, die politisch alt genug sind, um dabei mitgewirkt zu haben, daß der bei allen deutschen Staaten bis zu einem gewissen Grade zur Herbeiführung der Einigung notwendig war, und daß mit großer Lust und Liebe für die deutsche Einheit sehr wenig Staaten überhaupt derselben näher getreten, noch viel weniger sich den Konsequenzen, die sich aus derselben ziehen lassen, freiwillig und mit Lust und Liebe unterworfen haben. (Sehr richtig!) Verlangen Sie einen Kanzler, der das mit Ruhe ansieht, und der es nicht für seine Aufgabe erkennt, die

Einheit des Reichs auch in diesen Beziehungen zu fördern, so müssen Sie einen anderen haben, als ich bin — von mir werden Sie das nie erreichen. Ich werde jede Pression, zu der ich gesetzlich berechtigt bin, um den Artikel 33 der Verfassung zur Wahrheit zu machen, mit gutem Gewissen, mit der vollen Überzeugung, meine Pflicht zu tun, üben, und keine Mißbilligung von der Seite der Opposition wird mich darin irremachen! (Bravo! rechts.) Ich verlange dafür Anerkennung und nicht Tadel. — Es wäre ja für mich außerordentlich leicht, mir alle diese lästigen Geschäfte fernzuhalten, wenn ich nicht von dem kategorischen Imperativ des Pflichtgefühls dahin getrieben würde, daß ich, so viel mir zu wirken noch vergönnt ist — ich kann wohl sagen, so lange ich zu wirken noch genötigt bin, denn freiwillig tue ich es nicht — daß ich meine Schuldigkeit tue, die bestehenden Reichseinrichtungen zu vollenden und zu befestigen, soviel bei meinen schwachen und abnehmenden Kräften ich noch die Mittel dazu habe. In den ersten fünfzehn Jahren meiner ministeriellen Tätigkeit, wenn ich die Konfliktszeit abrechne — oder auch ohne diese abzurechnen — ist meine Tätigkeit wesentlich durch die auswärtigen Aufgaben, in deren Bewußtsein ich mein Amt übernommen hatte, absorbiert gewesen. Ich habe diese Aufgaben als zu einem solchen Abschlusse, den sie in einem Menschenleben überhaupt erreichen können, geführt betrachtet, wie das Reich nicht nur durch seine großen Kriege befestigt, sondern auch durch die zehn Jahre, die darauf folgten, über die sehr gefährlichen und sehr schwierigen Wege, in denen wir von der Gefahr übermächtiger europäischer Koalitionen bedroht sein konnten, hinweggeleitet wurde, so daß diese Gefahr, wie Sie selbst das Gefühl davon haben, jetzt geschwunden ist; sie kann wieder auftreten, aber sie ist einstweilen beseitigt. Es ist uns gelungen, auch da, wo wir durch die Fertigstellung des Deutschen Reichs Verstimmung und Bitterkeit hinterlassen mußten, schließlich freundschaftliche Beziehungen, die weit über das, was wir zur Zeit des Deutschen Bundes besaßen, hinausreichen, herzustellen und zu gewinnen. Also meine Aufgaben, die ich mir vor meinem Diensteintritt auf dem auswärtigen Gebiet gestellt hatte, gaben mir in den letzten Jahren keine Berechtigung, keinen Vorwand mehr, meine Augen für die übrigen, für die mir auf dem inneren Gebiet erwachsenden Aufgaben zu schließen. Wenn ich dies ins Auge fasse unter dem Gesichtspunkt der Frage: Was kann ich tun, um bei einem demnächst vorauszusehenden Rücktritt oder Aufhören meiner Wirksamkeit das Reich gefestigter und vollendeter zu verlassen? so habe ich diese Aufgabe meines Erachtens niemals suchen können auf dem mir empfohlenen Gebiete, vielleicht eine Anzahl verantwortlicher Minister neben dem Reichskanzler zu schaffen — ich glaube, daß das umgekehrt das Reich wesentlich lockern und die Verantwortlichkeit für die Führung seiner Politik abschwächen würde — sondern ich habe sie gesucht in der Verbesserung und Vervollkommnung der inneren Reichseinrichtungen, in Verbesserung unserer wirtschaftlichen Zustände, in Verbesserung unserer Finanzlage, in Befestigung unseres inneren Friedens und in Vollendung derjenigen Verfassungseinrichtungen, welche überhaupt noch unvollendet sind, und zu denen gehört auf das schreiendste und flagranteste der Artikel 33 der Verfassung, die Wohltat eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebiets, welche bisher der deutschen Nation nicht zuteil geworden ist. Daß ein Kanzler, welcher aus Pflichtgefühl alles tut und keine Anstrengung scheut, um diese Vollendung zu erreichen, im Reichstage einen energischen und die Grenzen des gewöhnlichen Parteikampfes überschreitenden Widerstand findet und gehindert wird, die nationale Aufgabe weiterzuführen, war mir

damals unerwartet. Ich fand ursprünglich mehr Unterstützung, nicht bei den Regierungen, wie heut bei der hamburgischen, sondern umgekehrt im Parlament; heutzutage muß ich die Regierungen als die stärkeren Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Parlament, mit dem Reichstage betrachten. (O! o! links.) In der Durchführung der nationalen Einheit sehe ich mich durch die Regierungen gefördert, aber durch den Reichstag gehindert — ohne Verschulden des einzelnen, es liegt das an der Zerfahrenheit unseres Fraktions- und Parteilebens und in der Neigung, die heutzutage vorherrscht, die Bestrebungen, die ein Reichskanzler zur Vollendung unserer nationalen Aufgabe macht, als eine Bedrückung des Schwachen, als eine verfassungsmäßig unberechtigte Pression zu bezeichnen. Von dieser Neigung war in der Zeit, als wir zuerst die deutsche Einheit im Norddeutschen Bunde sich anbahnen und bilden sahen, ganz und gar keine Rede; wenn damals ein Mitglied solche Schwierigkeiten gemacht hätte, wie sie jetzt in der Hamburger Frage gekommen sind: unter dem allgemeinen Unwillen hätte er schweigen müssen, meine Herren! (O! o! links.) Soweit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung für die deutsche Einheit! Und, meine Herren, Sie stellen, wie das Glück von Edenhall, diese deutsche Einheit auf harte Proben und scheinen mir bereit zu sein, sie auf noch härtere zu stellen. Die Folge von dem Parteihader, der uns zerreißt, sehen Sie darin, daß die Fraktionen, die dem Deutschen Reich notwendig ihrer ganzen Tendenz nach entgegenstehen, beispielsweise die polnische, die dänische, die welfische, die franzosenfreundliche, will ich sagen, in ihrer ganzen Ausdehnung wachsen, zunehmen und gedeihen. Das wäre noch vor fünfzehn Jahren nicht möglich gewesen. Es ist sehr leicht, die Regierung anzuklagen, es ist sehr leicht, deshalb zu sagen: Nehmt liberale Minister — nun, meine Herren, wir werden ja, wenn Sie bereit sind, darüber reden können — dann wird man uns bereit finden! Ich bin überzeugt, es liegt nicht an der Regierung, sondern es liegt an dem Überwuchern des Parteihaders und des Fraktionshasses, wie er dem deutschen Charakter eigentümlich ist. Wir haben ja acht Fraktionen, von denen keine einzige eine Majorität bilden kann, und von denen keine imstande ist, auch nur mit der nächst benachbarten gemeinschaftlich ein positives Programm aufzustellen; in der Negation dessen, was die jetzige Regierung, dessen, was ich in Betätigung meines Pflichtgefühls und mit Aufopferung meiner besten Kräfte für die deutsche Nation unternehme, das zu verneinen, dazu ist eine große Majorität bald hergestellt; aber was können Sie denn Positives leisten? Für welches positive Programm haben Sie eine Majorität in diesem Reichstag? Glauben Sie nicht das, was die Zeitungen irrtümlich von mir behaupten, daß mich in diesem Ausdruck der Besorgnis — ich kann wohl sagen, des Unwillens über diese Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermißte, auf den ich Anspruch gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn auch nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern habe einfach meine Schuldigkeit getan, niemand zuliebe, nichts weiter; und wer seine Pflicht tut, ist ein getreuer Knecht, hat aber keinen Anspruch auf Dank. Ein solcher Anspruch liegt mir außerordentlich fern. Ich habe gelernt, ohne den Dank der Welt zu leben, ich habe ihn erworben und verloren, ich habe ihn wieder gewonnen, ich habe ihn wieder verloren — ich mache mir gar nichts daraus (Heiterkeit), ich tue einfach meine Pflicht. Wenn Sie irgend jemand für

die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer: der Kaiser, der als König von Preußen seine Existenz, seine Krone dafür einsetzte, das Heer, welches unter einer intelligenten Führung, aber auch mit großen Leistungen, wie sie selten sind, sich schlug; diesen sind Sie Dank für die deutsche Einheit und das Deutsche Reich schuldig, mir in sehr geringem Maße und auf das geringe Maß, was etwa vorhanden ist, verzichte ich. Nehmen Sie an, daß der böhmische Krieg mißlang, daß dieser zur Entscheidung der deutschen Verhältnisse, zur Durchhauung des gordischen Knotens, in dessen Verschlingung wir seit langen Jahrhunderten lagen, leider notwendige Bürgerkrieg für Preußen verloren ging, so war ja ganz klar, daß ich, wenn ich überhaupt nach diesem Vorfall lebendig meine Heimat wiedergesehen hätte, der allgemeine Sündenbock war, der Verbrecher, der das Vaterland leichtfertig ins Verderben geführt hatte, und alle die Ovationen — das habe ich mir beim Einzuge von 1866 gesagt — wäre es anders gegangen, wären in ihr Gegenteil umgeschlagen. Es drückte sich einer meiner Kameraden auf dem Schlachtfeld so aus: „Die alten Weiber hätten Sie zu Hause mit Besenstielen totgeschlagen." Das Verdienst nehme ich also nicht an, ich hatte meine Existenz, meine Ehre und Zukunft, mein Gewissen, möchte ich sagen, eingesetzt gehabt für das Gelingen dessen, was gelungen ist. Ich hatte meinem Herrn denselben Rat erteilt, der zum Guten ausgeschlagen ist, auch wenn er nicht so ausschlug. Nehmen Sie an, woran ich viel unschuldiger war, der französische Krieg mißlang, wie rasch wäre gesagt: Daran ist allein der leichtsinnige Kanzler schuld, dessen politische Verirrungen, dessen Ehrgeiz allein hat das Vaterland in das Verderben dieses unglücklichen Krieges gestürzt! Das allgemeine Verdammungsurteil wäre sehr rasch gewesen, wie ja jetzt schon die jüngsten Wendungen erkennen lassen, dazu kenne ich die öffentliche Meinung genug.

Also mein Verdienst und meine Bemühungen waren in beiden Fällen, wenn diese Kriege gelangen oder mißlangen, ganz dieselben, und mißlangen sie, gewiß wäre ich dann dem allgemeinen Haß und der Verfolgung, vielleicht Schlimmerem, zum Opfer gefallen. Nun sind sie gelungen, meine Herren, das ist das Verdienst des Heeres, mir ist niemand Dank schuldig, und wer von mir behauptet, ich erwartet ihn, der verleumdet mich — ich habe meine Pflicht getan und weiter nichts! (Bravo! rechts.)

Abg. Lasker wendet sich gegen Bismarcks Rede, die eine Anklage schwerster Art gegen Nation und Reichstag sei. Er verweist nicht mit Unrecht darauf, daß der Kanzler selber Schuld an der Zersplitterung der Parteien trage; er habe die positiv wirkenden Parteien auseinander getrieben. Hoffentlich werde eine große liberale Partei zustande kommen, die ein Bollwerk bilde gegen die zerstörende Macht, die offenkundig geworden sei. Ablehnend müsse die liberale Partei sich gegen die wirtschaftlichen Pläne Bismarcks verhalten, die unausführbar seien. Die Wahlen hätten bewiesen, daß bei den Wählern die Politik der materiellen Interessen, wie die Regierung sie treibe, verurteilt sei. Er würde sich freuen, wenn Bismarck sich ganz auf die auswärtige Politik zurückziehe. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Vorredner hat unserer Diskussion noch eine weitere Unterlage untergeschoben, als sie, glaube ich, durch meine Rede hatte, und mich dadurch genötigt, auf einige seiner Anführungen noch zu erwidern.

Er fing an mit dem Irrtum, den er, wie ich hoffe, eingesehen hat, als hätte ich mich über Mangel an Dank beklagt, der mir zuteil geworden wäre für die einfache Erfüllung meiner dienstlichen Pflicht, während ich im Gegenteil hier glaube in den unzweideutigsten Worten, die der Herr Vorredner überhört haben muß, erklärt zu haben, daß mir viel

mehr Dank zuteil geworden ist, als ich beanspruchen konnte, und als ich je erwartet, ja, ich kann wohl sagen, gewünscht habe; es hat darin eine gewisse Übertreibung stattgefunden, und man hat viele Verdienste, die anderswo lagen, bei mir gesucht und bei mir anerkannt; aber ich weiß nicht, was der Herr Vorredner unter dem Danke, der mir im reichen Maße zugeflossen sein sollte, überhaupt versteht. Wenn er darunter materielle Güter versteht, die ich der Huld Seiner Majestät des Kaisers verdanke (o! links) — gut, ich entnehme hieraus, daß das ausgenommen ist, was mir sehr angenehm ist. Wenn er darunter Ehrenbezeigungen versteht — ich habe in Blättern, die dem Herrn Vorredner nahestehen, unter anderem angeführt gesehen, ich wäre „mit Ehren und mit Gütern" überhäuft worden — die „Kölnische Zeitung" sagte das (hört! hört! links), man hätte „mir Statuen geschaffen". Meine Herren, meine Ehre steht in niemandes Hand als in meiner eigenen, und man kann mich damit nicht überhäufen; die eigene, die ich in meinem Herzen trage, genügt mir vollständig (Bravo! rechts), und niemand ist Richter darüber und kann entscheiden, ob ich sie habe. Meine Ehre vor Gott und den Menschen ist mein Eigentum, ich gebe mir selbst so viel, wie ich davon glaube verdient zu haben, und verzichte auf jede Zugabe. Was aber die „Statuen" anbelangt, so muß ich ihm doch sagen, daß ich für diese Art von Dank gar nicht empfänglich bin. Ich wäre in der größten Verlegenheit, wenn ich beispielsweise in Köln wäre, mit welchem Gesicht ich an meiner Statue vorbeigehen sollte (Heiterkeit); ich erlebe das mitunter in Kissingen, es stört mich in Promenadenverhältnissen, wenn ich gewissermaßen fossil neben mir dastehe. Ich glaube, man könnte ebensoviel von Orden sprechen und so weiter.

Der Herr Vorredner hat ferner behauptet, ich könne nicht verlangen, daß die Herren von der Opposition mir „ihr Gewissen und ihre Überzeugung" opfern sollten. Wer verlangt denn das von Ihnen? Umgekehrt, Sie verlangen es von mir. Wie ist denn unser Verhältnis? Ich mache Vorlagen, und Sie sind in der Berechtigung, sie abzulehnen. Anstatt sie einfach abzulehnen, machen Sie mir die heftigsten Vorwürfe darüber, daß ich diese Vorlagen mache. Ich kann doch nur Vorlagen nach meiner Überzeugung machen. Sie verlangen also von mir, ich soll meine Überzeugung verleugnen und mich in irgendwelchen Fraktionsdienst begeben und ich solle meine Vorlagen so einrichten, wie sie bestimmten Fraktionen willkommen sind — und schreien über Gewalt, über Kanzlerdiktatur und Absolutismus, Kanzlerabsolutismus, Ministerialdiktatur und was dergleichen mehr ist, während ich mich doch auf das verfassungsmäßige Recht, ich kann wohl sagen, die verfassungsmäßige Pflicht beschränke, Ihnen Vorlagen nach Überzeugung zu machen, und Ihr Recht, sie zu kritisieren, zu amendieren, abzulehnen, zu verwerfen, noch niemals in Zweifel gezogen habe. In diesen Übertreibungen über unsere Zustände, in diesen Redensarten von Absolutismus, von allen diesen Worten, die sich ja einstellen, wo Begriffe fehlen (Oho! links), wie Reaktion, Absolutismus, Hausmeier und dergleichen (Heiterkeit), da fehlt bloß noch die gewöhnliche Litanei dahinter: Junker und Pfaffen, Erbuntertänigkeit, Jagdfronden und was dergleichen mehr ist, kurz und gut, die ganzen fossilen Überreste der — ich möchte sagen — Liasformation, um mit Scheffels Gedichten zu sprechen, des deutschen Liberalismus und des deutschen Philistertums in kleinen Städten, alle die Ungeheuerlichkeiten, die denen als möglich vorschweben, die werden mir gleich auf den Leib geredet, wenn ich einfach nach meiner Überzeugung Vorlagen mache, mit der bescheidenen Bitte, sie in Erwägung zu ziehen

und, wenn sie Ihnen gefallen, sie anzunehmen, wenn sie Ihnen nicht gefallen, sie abzulehnen, und wenn Sie glauben, daß sich daraus etwas machen läßt, sie zu amendieren. Meine Überzeugungen soll ich aufgeben Herrn Lasker zuliebe. Ich gebe die Tendenz zu Absolutismus, zu Vergewaltigung fremder, verfassungsmäßig berechtigter Überzeugungen dem Herrn Vorredner einfach zurück. Die liberalen Fraktionen oder besser die freihändlerischen Fraktionen wollen mir einfach verbieten, nach meiner Überzeugung Vorlagen zu machen, sie wollen, ich soll mit meinen Vorlagen als Knecht in Parteidienste treten von irgendeiner Fraktion. Sie sind alle meine lieben Freunde (Heiterkeit), sobald ich einen Pakt mit Ihnen schließen will und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion stelle. Sie haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen, sobald ich Ihnen den Willen nicht tue; ich habe mit allen Fraktionen in meinem Leben, wie ich glaube, in Vertretung der Einheit und des Fortschritts der deutschen Nationalentwicklung zu kämpfen gehabt und bis aufs Messer — kann ich wohl sagen. Es ist mir kein Vorwurf, der mich persönlich kränken oder politisch diskreditieren könnte, von irgendeiner Fraktion erspart worden, mit der ich gerade im Kampfe gelebt habe. Der Herr Vorredner hat also auf das Publikum den Eindruck machen wollen, als übte ich irgendeinen Gewissensdruck dadurch, daß ich hier Vorlagen machte — ist der Ton unserer Vorlagen etwa drohend, vergewaltigend mit irgendwelchen verfassungswidrigen Mitteln? Sind Sie nicht vollständig im Genusse Ihrer Rechte, Ihre Kommissionen zu wählen, zu prüfen, zu verwerfen? ja, im Genusse des deutschen Urrechts, von den Ministern so schlecht zu sprechen, wie Sie wollen bei der Gelegenheit? Es werden Ihnen ja gar keine Schranken gezogen.

Der Herr Vorredner führt als ein Moment gegen meine Bestrebungen den Ausfall der Wahlen an. Ja, meine Herren, auch wenn die Wahlen wirklich eine liberale Majorität an die Sonne gefördert hätten, so könnte ich deshalb doch meine Überzeugung nicht ändern, ich könnte zurücktreten, ich könnte fragen, ob die Herren nun bereit seien, sich mit Seiner Majestät dem Kaiser darüber zu einigen, und ihr Programm selbst durchzuführen, aber meine Überzeugung würde doch dieselbe bleiben, und Sie könnten in der Tat eine wirkliche große Majorität gewonnen haben, so würde ich dennoch, solange ich Reichskanzler bin, es für meine Pflicht halten, Ihnen dieselben Vorlagen zu machen, die ich Ihnen in dieser Session gemacht habe im Namen des Kaisers oder machen werde, und Ihren Ausspruch darüber, Ihre Anschauung in Ruhe zu gewärtigen; aber zur Beruhigung meines Gewissens brauche ich immer die Quittung Ihrer Ablehnung, und die können Sie mir ja geben, ich werde nicht einmal böse darüber sein. Aber ich glaube, der Herr Vorredner überschätzt die Bedeutung der Wahlen — ich meine die letzten — in ihrer Tragweite, und ihm sind die Ergebnisse nicht in allen ihren Phasen genau bekannt, sonst würde er sich doch darüber nicht täuschen, daß, ganz abgesehen von dem zufälligen Gesamtresultat von mehr als hundert Stichwahlen, wobei eine Zwangslage für die Wählenden geschaffen ist — ganz abgesehen von dem zufälligen Resultat der definitiven Wahlen doch auch ein kleines Gewicht darauf zu legen ist: wieviel Wähler haben denn bei der ersten Wahl, wo die Überzeugungen völlig frei zum Ausdruck kamen, sich für die eine oder andere Richtung ausgesprochen? Der Vorredner hat gemeint, die wirtschaftlichen Vorlagen wären von „der Nation“ — ich weiß nicht, was er damit meint, vielleicht die Meininger Wähler, die

ihn gewählt haben —, wären von „der Nation“ verurteilt worden. Liegt denn in irgendeiner Wahl eines Zentrumsmitgliedes, eines Konservativen, eines Freikonservativen, ja selbst eines Nationalliberalen notwendig eine Verurteilung der wirtschaftlichen Stellung der Regierung? In dieser liegt der politische Schwerpunkt. Eine solche Verurteilung liegt nur in den sezessionistischen Wahlen, weil die Herren dieser Fraktion ja den Freihandel und alle Gegensätze der Reformen, die ich anstrebe, an die Spitze ihres Programms gestellt haben. Wenn wir prüfen, wie viele Wähler haben sich am 27. Oktober für die eine oder andere Seite ausgesprochen, so kommen wir zu dem merkwürdigen Resultat, daß die einzige größere Fraktion, die überhaupt einen Zuwachs an Stimmen erhalten hat, die deutschkonservative ist. (Heiterkeit links.) Ja, meine Herren, lachen Sie nachher; wer zuletzt lacht, lacht am besten; warten Sie nur noch ein wenig. Ich kann Ihnen hier eine vergleichende Übersicht der Abstimmung vom 27. Oktober geben. Es gibt wahlberechtigte Wähler im Deutschen Reich 9 Millionen rund. Von denen haben 1878 gestimmt 5 760 000; im Jahre 1881 trotz der leidenschaftlichen Agitation $^2/_3$ Million weniger; 666 000 Wähler mehr als im Jahre 1878 haben sich der Wahl überhaupt enthalten, sie konnten also bei keiner Fraktion gezählt werden. Von den zur Vergleichung kommenden Parteien will ich zuerst die zahlreichste erwähnen, die große liberale Partei; sie hat im Jahre 1881 am 27. Oktober 54 000 Stimmen weniger bekommen als 1878. Da sehen Sie die Stimme der „Nation“. Die Nation, wo es sich um Majoritäten handelt, entscheidet auch mit einer Mehrheit von 1 gegen 1000 Stimmen. Die große liberale Partei ist also um 54 000 Stimmen zurückgegangen in der Schätzung der „Nation“. Nach den amtlichen Nachrichten haben für das, was früher Nationalliberale, Fortschrittspartei und liberale Gruppe hieß, im Jahre 1878 54 000 Wähler mehr gestimmt als im Jahre 1881 für die liberale Gesamtheit, die heutzutage gebildet wird aus der liberalen Gruppe, den Nationalliberalen, den Sezessionisten und dem Fortschritt. Es ist also hier das Resultat nur das, daß die Nation der liberalen Partei in Erinnerung gegeben hat, sie möge sich weniger mit politischen und mehr mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, indem sie ihr 54 000 Stimmen weniger gegeben hat als das vorige Mal. In Bezug auf die Gesamtheit der Konstellation machte dies keinen Eintrag, es hat nur eine Verschiebung innerhalb der großen liberalen Partei nach links stattgefunden.

Die Möglichkeit, eine konservativ-liberale Majorität zu bilden, die ich zu meinem Ruhme erstrebt habe, und welchen Bestrebens ich mich nicht schäme, wie der Herr Vorredner anzunehmen schien, hat sich wesentlich verringert, indem das Schwergewicht innerhalb der großen liberalen Partei zu weit nach links hin ausgeschlagen ist. Ich will auf die Wahlen und auf die Einflüsse, die hierbei stattgefunden haben, heut nicht eingehen; die werden ein anderes Mal besprochen werden, das wird sich finden. Die „liberale Gruppe“ ist zurückgegangen von 156 000 auf 153 000 Stimmen in der ersten Abstimmung, also unbedeutend, die Nationalliberalen sind zurückgegangen von 1 330 000 auf 640 000. Da liegt hauptsächlich der Umschlag. Die Sezessionisten, die sich aussonderten aus den Nationalliberalen, weil ihnen die Nationalliberalen vielleicht zu national und nicht liberal genug waren, die bilden ja einen Teil dieses Ausfalles, ein anderer Teil mag anders weggegangen sein. Die Sezessionisten haben bei den Wahlen im Jahre 1878 noch nicht existiert und haben diesmal 370 000 Stimmen bekommen, die früher in den nationalliberalen

Stimmen enthalten waren. Der Fortschritt hatte 385 000 Stimmen und hat jetzt 653 000, also mehr: 268 000 auf Kosten seiner liberalen Kollegen. Die liberale Gesamtpartei hat gehabt das eine Mal, wo allerdings kleine Zifferirrungen möglich sind in den Einern, aber nicht weiter, rund 1 750 000 Stimmen vor drei Jahren und dieses Jahr 1 664 000, sie sind also in ein niedrigeres Hunderttausend gekommen, und, meine Herren, ich möchte Sie bitten, die Liberalen, diese Stimme der Nation doch wohl zu beherzigen, die Ihnen ans Herz legt, in sich zu gehen und zu überlegen, ob der Weg, den Sie wandeln, der richtige sei. Sie haben diesmal trotz einer gewaltigen Agitation in der Gesamtheit an Stimmenzahl 54 000 verloren; Ihren Hauptgegnern, den Deutschkonservativen, sind 120 000 Stimmen zugewachsen, sie sind von 13 Prozent der Wähler im Jahre 1878 auf 17 Prozent Wähler im Jahre 1881 gekommen. Und das ist die Partei, die der Herr Vorredner belehren will, sie solle die Stimme der „Nation" ihrerseits beherzigen und von dem Weg ablassen, auf dem sie wandelt! Das Zentrum, so blühend seine Macht ist, hat auch von der einen Wahl zur anderen einen Verlust von 142 000 Urwählern zu verzeichnen; die Polen, die vier Stimmen mehr hier unter uns haben, als sie früher hatten, haben 15 000 Urwählerstimmen verloren, sie hatten 210 000 vor drei Jahren und haben jetzt 194 000. Die Sozialdemokraten — und da möchte ich die Herren doch bitten, zu erwägen, ob nicht eine kleine Vermutung dafür spricht, daß einerseits das Sozialistengesetz, anderseits das Entgegenkommen der Regierung, um denjenigen, die der Verführung, der sozialdemokratischen Aufwiegelung ausgesetzt sind, ihre Existenz zu erleichtern, ob die beiden Elemente nicht zusammen etwas dabei tätig gewesen sind, wenn die Sozialdemokraten von 437 000 auf 311 000 gekommen sind; sie haben also 125 000 Stimmen verloren und haben noch 311 000, sie haben also fünf Zwölftel dessen verloren, was sie jetzt noch haben — doch ich will mich hier in Rechnungen nicht einlassen —, sie haben jetzt 311 000 und haben verloren 125 000. Die Volkspartei ist eine wesentlich neue Einrichtung, sie hat 37 000 Stimmen gewonnen. Im übrigen aber sind die einzigen, die aus der Wahlschlacht mit dem gehobenen Gefühl ihrer Anerkennung durch die Nation hervorgegangen sind, die Deutschkonservativen. (Heiterkeit links.) — Ja, Sie lachen darüber, aber das sind sehr schlagende Wahrheiten, denn die Ziffern sind amtlich, sie liegen unantastbar vor, es haben in der Tat bei der jüngsten Wahl 120 000 Urwähler mehr für die Deutschkonservativen gestimmt als bei der Wahl von 1878, die Partei hat also einen eminenten Fortschritt gemacht. Die gesamten Liberalen haben einen zwar kleinen, aber immerhin einen Rückschritt gemacht, und Sie wissen, daß eine Majorität von 10 050 gegen 10 049 immer Majorität bleibt; die Liberalen aber sind um 54 000 Stimmenlängen in der letzten Wahl geschlagen. Das konstiert amtlich.

Das wollte ich auf die „Stimme der Nation" erwidern, mit solch pomphaften Redensarten muß man nicht zu freigebig sein, wenn man nur an der Spitze von einigen tausend Meininger Wählern steht.

Der Herr Vorredner hat ferner verstanden, ich hätte behauptet, im Jahre 1867 hätte niemand wagen dürfen, mit einem solchen Widerstand gegen nationale Bestrebungen aufzutreten, wie ich ihn im vorigen Jahre hier in der Diskussion über die Vervollständigung der nationalen Zollpolitik gefunden habe. Das habe ich nicht gesagt, ich habe behauptet, man hätte es nicht gewagt, dieses „dürfen" ist eine kleine Verschärfung meiner Äußerung, die ich nicht annehmen will. Die Hamburger Debatte im vorigen Jahre — der Wider-

stand, den ich gegen die nationalen Zollbestrebungen, gegen die Zolleinheit im vorigen Jahre bei den Debatten gefunden habe mit den Mitteln, die dabei angewandt sind, wäre 1867 nicht möglich gewesen, der wäre bei dem damals heiß brennenden nationalen Gefühl erstickt und beseitigt worden, das behaupte ich auch noch heute. Wir sind zurückgegangen, wir sind heruntergekommen und wissen, wenigstens viele von uns, selber nicht wie. Mir aber ist es klar, daß wir heruntergekommen sind; das, was das Schwert uns Deutschen gewonnen hat, wird durch die Presse und die Tribüne wieder verdorben.

Der Herr Vorredner hat ferner wiederholt die Andeutung eines anderen Vorredners[2], als hätte ich eine „Pression" gegen Hamburg ausgeübt, als ob Hamburg mit Gewalt gemaßregelt wäre. Ja, welche Gewalt denn? Dergleichen Worte sind leicht lanciert, und man glaubt dann, daß irgend etwas Unrechtes passiert ist. Die Gewalt, die ich geübt habe, die ich pflichtmäßig geübt habe, besteht darin, daß ich dem Staate Hamburg erklärt habe: Sobald Ihr das nach unserer ersten Abrede provisorische Abkommen als ein definitives behandeln wollt, dann müssen alle diejenigen Gutmütigkeitskonzessionen, die wir Euch in der Rechnung gemacht haben, daß dies ein Provisorium sei, und daß Ihr uns freiwillig und ehrlich mit dem Definitivum entgegenkommen würdet, um Artikel 33 der Verfassung zur Wahrheit zu machen, die müssen dann in Wegfall kommen. Das ist auch noch heute meine Überzeugung, daß solche anomalen Einrichtungen, wie wir sie in Hamburg provisorisch getroffen haben, nicht bestehen können, sobald es sich um definitive Einrichtungen handelt. Das Reich und der größte Staat im Reich, Preußen, können nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, eine unvollkommene Ausführung der Verfassung durch ihre Konnivenz zu unterstützen, und wenn die Versagung dieser Konnivenz oder der Fortsetzung dieser Konnivenz eine „Pression" ist, dann bleibe ich stets bereit, sie zu üben. Ich erinnere nochmals daran, daß die Pressionen in den Jahren 1866 und 1867 ganz anderer Natur gewesen sind; wenn die geheimen Akten darüber mal zutage kommen würden, so würden Sie dies daneben eine sehr unschuldige Sache finden gegen das, was notwendig war, um die deutsche Einheit überhaupt zu schmieden. Zur Beseitigung dieser vorübergehenden Erleichterung des Übergangszustandes ist das Reich vollkommen berechtigt, und ich protestiere gegen den Ausdruck „Pression", gegen den Ausdruck „Starke und Schwache". Ich tue auch in dieser Frage einfach meine Schuldigkeit als Reichskanzler, und die werde ich auch künftig nach vollen Kräften tun, um den Artikel 33 zum Abschluß und zur Erfüllung zu bringen. Es ist mir eine Freude, dabei die Unterstützung der hamburgischen Regierung gefunden zu haben, die ihrerseits einsichtig genug ist, um den Vorteil und die Interessen ihres Staates richtig zu beurteilen und deshalb sagte ich vorher, ich habe in der Förderung der deutschen Einheit in den letzten Jahren mehr Unterstützung bei den Regierungen als beim Reichstage gefunden. Vergegenwärtigen Sie sich nur den Kampf über Hamburg im vorigen Jahre hier; der hat mich eigentlich viel mehr entmutigt als die letzten Wahlen. Wenn ich sah, welche Leute — und mit welchen Argumenten — sich dagegen wehrten, daß eine ganz zweifellos nationale Einrichtung ihrer Vollendung entgegengeführt werde, so kann ich sagen, das war ein trauriger, niederschlagender Eindruck, den ich aus diesen Reichstagsverhandlungen damals mitgenommen habe, wo die Fraktionslandsmannschaft weit über die deutsche Landsmannschaft ging.

[2] Abg. Windthorst.

Der Herr Vorredner hat geklagt über diplomatische Geheimnisse, er hat angenommen, daß das, was ich vorhin über die Hamburger Verhandlungen bei Einrichtung der Verfassung gesagt hätte, nicht öffentlich gemacht worden wäre, und der Herr Vorredner hat daraus, daß das nicht öffentlich wäre, eine Berechtigung geglaubt ableiten zu können, die Regierung ohne Sachkenntnis, ohne Kenntnis dieser Vorgänge angreifen zu können. Meine Herren, es ist das ein Prinzip, welches ich nicht zugeben kann; über Dinge, die man nicht weiß, soll man lieber schweigen, nicht aber sagen: Hätte ich das gewußt, würde ich nicht so gesprochen haben. Es hat keine Geheimniskrämerei von unserer Seite stattgefunden. Ich glaube mich vielmehr zu erinnern, daß ich dasselbe, was ich heute darüber sagte, und was Herr Lasker nicht kannte, schon einmal auf dieser Stelle gesagt habe — ich meine, daß ich bei der vorjährigen Hamburger Debatte davon gesprochen habe und außer mir andere, auch 1867; ich glaube sogar, daß ich die Summen von sechs und zehn Millionen schon damals genannt habe — ich werde Recherchen darüber anordnen; aber ein Geheimnis lag nicht vor. In vielen Recueils hätte der Vorredner das lesen können: wenn er nicht genug liest, dann sollte er auch weniger reden. Es ist das kein Geheimnis gewesen.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich die Fraktionen in ihrem soliden Bau zerstört hätte. Ja, ich habe jede Fraktion schon bekämpfen müssen, jede Fraktion, sobald ich mich ihrer Unterstützung bedient habe, hat bald die Neigung gehabt, die kaiserliche sowohl wie die königlich preußische Regierung in ihren Dienst zu nehmen. Die konservative Fraktion hat damit angefangen und hat mir die Bundesgenossenschaft aufgesagt, als ich verlangte, daß die Politik im Rate des Königs und nicht in der Fraktion gemacht werde. Mit der Zentrumsfraktion bin ich durch die historische Entwicklung, weniger durch meine Schuld, als die Herren annehmen, wesentlich durch die Polonisierungsversuche in unseren polnischen und schlesischen Landesteilen, in einen Kampf geraten, der an Bitterkeit nichts zu wünschen übrigläßt, der aber sofort besänftigt worden wäre, sobald ich mich erboten hätte, in den Dienst der Fraktion zu treten. Von seiten der nationalliberalen Fraktion habe ich wesentliche Unterstützung gehabt, bis die Herren fanden, ihres Unterstützens der Regierung wäre nun genug, sie wollten, ich sollte nun die Fraktion unterstützen. So drehte sich die Sache im Jahre 1878. Ich will diesen dolorem heute nicht erneuern, das führte uns zu weit in der späten Stunde, aber ich konstatiere nun vor dem Lande: Nicht ich habe die nationalliberale Fraktion angegriffen, sondern sie hat mir das Bündnis aufgekündigt und hat mich erst dilatorisch, dann kühl, dann abwehrend und feindlich behandelt. Dabei ist es namentlich der Führer, der letzte Vorredner, der Herr Abgeordnete Lasker gewesen, der wesentlich meine Beziehungen zur nationalliberalen Partei untergraben hat durch die Art seiner Opposition, durch den Ton, den er öffentlich hier gegen mich anschlug — ich erlaubte mir damals den Ausdruck „abkanzeln", den ich nicht wiederholen will, sondern nur als historische Reminiszenz — und demnächst ist ein Blatt, was ich den Totengräber der Partei nenne, die „Nationalzeitung", an der Entfremdung schuld. Ich habe schon einmal über den verderblichen Einfluß dieser Zeitung hier geklagt, aber bei den Herren, deren Interessen sie zu vertreten vorgab, keinen Anklag damit gefunden. Der Bruch vollzog sich damals, als mir im Preußischen Landtag die natürlichsten Dinge abgeschlagen wurden, die nachher anderen mit Leichtigkeit bewilligt wurden, lediglich um auf mich einen Druck zu üben, damit ich mich fügen sollte; als man mir damals auch jeden Beistand bei

der Neubildung des Ministeriums versagte und ein gewisses Fraktionsverbot ausgegangen war, mit mir in Verhandlungen zu treten (Heiterkeit); als man mir die erste sozialistische Vorlage ablehnte und als man, sobald die Wahlen eröffnet waren, aus Zorn über die Auflösung, mich feindlich angriff, wogegen ich mich natürlich wehrte. Die Herren sind darin noch gerade, wie alle Menschen sind: Jedermann glaubt, sein Schlag sei erlaubt, aber daß der andere sich wehrt und wieder schlägt, gilt nicht. Ich bin nur defensiv verfahren gegen die nationalliberale Fraktion. (Heiterkeit.) Ich bin mit derselben in eine mir nicht erwünschte, von mir nicht erstrebte Stellung gekommen. Die Gefälligkeit, daß ich durch die Auflösung eine Rücksicht auf diejenigen Herren nahm, die gegen die erste Sozialistenvorlage gestimmt haben, ist unverstanden geblieben. Ich konnte dem Anstandsgefühl nicht zumuten, daß dieselben Herren, ohne durch die Läuterung einer Neuwahl gegangen zu sein, nun wenige Monate später gerade das Gegenteil von ihrer Abstimmung betätigen sollten, nachdem inzwischen nur der Unterschied vorlag, daß von zwei Mördern der zweite Erfolg gehabt hatte und der erste nicht. Ich konnte doch nicht glauben, daß dieser rein äußerliche Erfolg die Überzeugung der abstimmenden Herren hätte ändern können. Ich mußte annehmen, daß die Überzeugung in der Erkenntnis unserer Situation, wie sie sich bei der Hödelschen Vorlage ausgesprochen hatte, den Herren überhaupt und bleibend eigentümlich war. Es war von meiner Seite ein Entgegenkommen, für das ich Dank verdient hätte, wenn ich ihnen Gelegenheit gab, geänderte Ansichten durch die Neuwahl und die Meinung der Wähler zu motivieren. Ich habe das schon damals in den Konseilsitzungen ausgesprochen, daß ich den Herren Gelegenheit gab, sich durch das Bad einer Neuwahl die Möglichkeit des Wechsels ihrer Ansicht anzuschaffen — das liegt in den Akten vor. Ich habe damals erklärt, es sei eine Zumutung, die man den Herren nicht machen kann, daß sie, ohne daß sie ihre Wähler befragen konnten, nun das Gegenteil von dem votieren sollten, was sie bei der Hödelschen Vorlage mit großer Majorität votiert hatten; — es war eine Minorität von nur 75 damals, die für die Annahme des Sozialistengesetzes stimmte. — Für diese Gefälligkeit, die ich hatte, ihnen das Geschäft der Zustimmung zu erleichtern, habe ich allerdings wenig Dank gefunden.

Wenn ich mit dem Fraktionswesen im Kampf gewesen bin, dann ist es immer in Vertretung des Reichs gegen die Fraktionen, des nationalen Patriotismus gegen den Fraktionspartikularismus gewesen. Nach meiner Überzeugung — Sie mögen ja eine andere haben — sucht jeder bisher die Nation nur in seiner Fraktion und hat die Überzeugung, daß die Nation nur von seiner Fraktion gut regiert werden würde. Dabei hat aber keine Fraktion die Möglichkeit, eine Majorität zu bilden, auch keine hat hinreichende Bundesgenossen, mit denen sie ein positives Programm aufstellen könnte. Es wäre unter solchen Umständen jede patriotische Rücksicht dafür sprechend, daß Sie den Besitzstand des Reichs, für den Sie keinen Ersatz bieten können, einstweilen respektieren und nicht in der Weise, wie es in der Presse, in Wahlen und Wahlprogrammen geschehen ist, versuchen, mich persönlich zu diskreditieren in meiner Stellung und dieselbe zu untergraben und mir zu verleiden.

Wenn ich vorhin sagte, ich mache auf Dank keinen Anspruch, so habe ich damit doch nicht sagen wollen, daß ich nicht ein gewisses Wohlwollen in der deutschen Nation erwartet hätte, eine nachsichtige und wohlwollende Beurteilung; auch die Statue, die mir in Köln

gesetzt ist, hatte mir durch den Ausdruck des Wohlwollens, der darin lag, einen angenehmen Eindruck gemacht. Nachdem mir aber dieses Wohlwollen in Wegfall gekommen und vielmehr diese Leistung mir vorgehalten worden ist als eine Quittung dafür, daß ich meinen Dank weg hätte, da hat eine Statue für mich auch keinen Wert mehr, und ich würde kein gutes Wort geben, um deren Abbruch zu widersprechen. Und so geht es auch mit den Eindrücken, die ich von den Wahlen gehabt habe — nicht das Ergebnis der Wahlen hat mich entmutigt, denn auf dergleichen war ich gefaßt. Es war ja für mich ein außerordentlich günstiges (Heiterkeit), daß die Leute, die mich unterstützen, um 120 000 Stimmen zunahmen, und diejenigen, die teils entschieden, teils ab und zu mich bekämpfen, um 54 000 Stimmen abnahmen; mehr kann man in dieser schlechten Zeit wohl nicht verlangen, und nicht das ist es, was mich schmerzt. Aber die Art von bitterer Bosheit, von Geifer, Gift und Galle, die über mich ausgeschüttet ist in den Wahlprogrammen und Wahlreden, das hat mir einen verletzenden und, ich darf wohl sagen, niederschlagenden Eindruck gemacht. Ich bin auf so viele verleumderische Hetzereien meiner Person gegenüber nicht gefaßt gewesen, wie sie ausgesprochen worden sind, und zwar nicht bloß von Leuten niederen Bildungsgrades, sondern von solchen, die hoch in der Bildung und auf anderen Gebieten hoch in Ansehen stehen, und die mich verleumden, als ob ich dem Absolutismus zustrebte, und die mir Verfassungsbruch — also Lügen, Heuchelei — öffentlich vorwerfen, recht gebildete Leute,[3] die über eine zweitausendjährige Vergangenheit ein historisches Urteil sich beilegen, was doch einigermaßen an Glaubwürdigkeit verliert, wenn man sieht, wie sie blind für die Erscheinungen der Gegenwart sind.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat also meine Tätigkeit auf dem auswärtigen Gebiet auch anerkannt, hat mir aber die Befähigung auf dem Gebiet der inneren Politik gänzlich abgesprochen und hat seine Befriedigung darüber geäußert, daß ich ja bereit wäre, mich auf das Altenteil des Auswärtigen zurückzuziehen. Ich möchte doch bitten, darüber nicht mit so voller Sicherheit schon einen Schluß zu ziehen (Heiterkeit) — ich warte ab, wie sich die Abstimmungen bei uns gestalten werden, denn auf bloße Wahlprogramme und Wahllisten hin kann ich keine definitive Entschließung fassen und dem Kaiser die Unterlage für solche machen. Ich muß abwarten, wie sich die Abstimmungen hier gestalten, dann erst werde ich mich über die Zukunft äußern können. Aber ich möchte doch wissen, warum mir der Herr Abgeordnete jedes Urteil über innere Politik abspricht. Er hat gesagt, ein Mann kann nicht alles beurteilen. Ja, das möchte ich ihm zurückgeben; es gibt keine Sache, über die wir nicht sichere und kompetente Urteile von dem Abgeordneten Lasker hier schon gehört hätten. Sollte ich nicht das auch können, was der Herr Abgeordnete Lasker kann? Ich halte mich nicht für begabter als den Durchschnitt der Menschen, aber auch nicht für unbegabter. Ich glaube, was Eure Alba können, das kann auch Karl, nicht mehr. Der Herr Abgeordnete möge mir die Vergleichung seiner mit Alba verzeihen; allein er glaubt alles beherrschen zu können, er gibt hier ein sicheres Urteil als Abgeordneter über jede Frage, innere und äußere; seine Reden sind schneidig und vernichtend für den andersdenkenden Gegner, er hat ein Urteil über alle inneren Angelegenheiten und auch noch dazu auf einem Gebiete, auf dem ich mir niemals angemaßt habe mitzureden, auf dem juristischen Gebiet — sein umfassender Geist stellt damit den meinigen in Schatten; ich aber bin seit

[3] Abg. Mommsen.

zwanzig Jahren als Ministerpräsident und Kanzler genötigt, mich mit allen inneren Fragen zu beschäftigen, meine Unterschrift dazu zu geben und sie also, soviel ich Zeit hatte, zu prüfen; da möchte ich ihn doch um die Nachsicht bitten, daß auch meine gegen die seinige weit zurückstehende und von Hause aus geringer veranschlagte Befähigung durch diese zwanzigjährige Schulung und Disziplin eine gewisse Gewohnheit des Urteils über diese Dinge erlangt hat, und daß ich sein Verdikt über meine Unfähigkeit, mit der ich geboren bin, ja vollständig annehme, aber doch durch mein Amt ein Menschenalter hindurch gezwungen gewesen bin, mich mit manchen Dingen auch im Innern vertraut zu machen; ich habe manches gehört, ich lese mit Nutzen (Heiterkeit) — kurz, ich habe mich gezwungenerweise etwas vorgebildet, auch für die Beschäftigung mit der inneren Politik; ich bin auch durch meine Vergangenheit in der Lage gewesen, Landwirtschaft und Fabriken zu betreiben, ich habe die Welt von sehr vielen verschiedenen Seiten sehen können, von oben und aus der ländlichen Einsamkeit her, der Herr Abgeordnete kennt sie nur aus der Studierstube, und ich möchte bitten, daß er mir gestattet, auch wenn ich zu weiter nichts brauchbar bin, doch der Anwalt des praktischen Lebens bei ihm zu sein. Grau, möchte ich ihm sagen, ist die Theorie, und grün allein des Lebens goldner Baum, unter dem ich meine Erfahrungen gesammelt habe. Außerdem kann niemand über sein Vermögen und seine Kräfte hinaus; wenn ich unzulänglich bin, so schaffen Sie mir meinen Abschied, aber „in Gnaden", vom Kaiser, dann lasse ich Sie Ihre ganze innere Politik selbst besorgen. Es handelt sich bei uns nur um Meliorationen, um keinen notwendigen Zwang der Änderung. Die Meliorationen, die ich vorschlage, wenn Sie sie nicht wollen, wenn Sie keine Vollendung unseres Zollsystems wollen, wenn Sie keine Verbesserung der Armenpflege wollen, keine Erleichterung von Gemeindelasten und von direkten Abgaben, wenn Sie die Zölle abschaffen wollen und dafür die Klassensteuern verdoppeln und verdreifachen, so tun Sie es doch, ich werde sie hoffentlich bezahlen können, und ich werde den status quo aushalten, ich mag Minister sein oder nicht Minister sein. Wenn Sie unsere Vorlagen ablehnen, so werden die Meliorationen, die die Reichsregierung nach dem Willen Seiner Majestät des Kaisers anstrebt, unterbleiben müssen; dabei ist von Tyrannei und Absolutismus nicht die Rede; aber die Verantwortung dafür, daß diese Meliorationen unterbleiben, weise ich von mir ab, und meine ganze öffentliche Tätigkeit wird dahin gerichtet sein, die Verantwortlichkeit dahin abzulenken, wohin sie gehört. (Bravo! rechts.)

Die Vorlage wird mit unwesentlichen Änderungen am 23. Januar 1882 in dritter Lesung angenommen.

5. Sitzung des Deutschen Reichstags.

29. November 1881.

Abg. Rickert bezweifelt die Richtigkeit der Angaben des Reichskanzlers über das Wahlergebnis und bittet um Überweisung der amtlichen Statistik. Staatsminister v. Boetticher sagt das zu und Fürst Bismarck spricht kurz ergänzend zur Statistik der Neuwahlen. Dann rühmt Abg. Rickert an seiner Fraktion, der „Liberalen Vereinigung", ihr freihändlerisches Programm, das sie nicht so schnell, wie der Kanzler, gewechselt habe. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich kann nur die Versicherung wiederholen, daß dieses Material dem Reichstag vorgelegt werden und alles darüber mitgeteilt werden wird, was wir haben. Ich ergreife

nur nochmals das Wort, um den Herrn Vorredner und den Reichstag darauf aufmerksam zu machen, daß selbst diese kurze inzidentielle Debatte nicht vorübergehen kann, ohne daß sie benutzt wird, um gegen mich persönlich (Lachen und Widerspruch links) und gegen meinen politischen Charakter Insinuationen zu richten. Sie haben eben gehört, der Herr Vorredner hat mir vorgehalten, er gehöre im Vergleich mit mir nicht zu den Leuten, die ihre Überzeugung rasch wechseln. Er hat gesagt, ich sei früher Freihändler gewesen; er macht mir den Vorwurf, daß ich meine Überzeugung mit leichtfertiger Schnelligkeit wechselte — ist das etwa kein persönlicher Vorwurf? Weshalb also diese unartikulierten Töne, mit denen Sie meine Beschwerden darüber soeben begrüßten? Der Vorwurf ist höchst persönlich und sachlich vollständig überflüssig. Es kommt nicht darauf an, was für eine Sorte Mensch ich bin, ob ich leichtfertig oder zuverlässig bin, es kommt darauf an, ob meine Vorlagen gute und richtige sind; die haben Sie zu prüfen. Ich muß aber seit zwanzig Jahren immer hören: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt". — Nun, mag er Unsinn geredet haben, es fragt sich immer nur, ob seine Vorlage gut ist; sachliche Diskussion ist beinahe nie gewesen. Es ist immer bei der Kritik meiner Person verblieben, bei dem Versuch, mich in Widerspruch zu bringen mit meiner Vergangenheit. Ich könnte dem Herrn Vorredner darauf antworten: delicta juventutis meae ne memineris! denn es ist schon lange her. Aber ich will lieber wiederholen — was ich in Bezug auf diesen Punkt schon öfter gesagt habe, und was damit endlich abgetan sein könnte, so daß ich bitten darf, doch der Versuchung zu widerstehen, die Debatte immer wieder auf das persönliche Gebiet zu lenken und an mir selbst herumzumäkeln und herumzunörgeln. Ich habe schon gestern wiederholt, ich habe schon oft gesagt: Ich bin die ersten fünfzehn Jahre meiner ministeriellen Tätigkeit von der auswärtigen Politik absorbiert gewesen und habe es gar nicht für meinen Beruf gehalten, mich um die innere Politik des Reichs wesentlich zu bekümmern, auch nicht die Zeit dazu gehabt, ich habe angenommen, daß das Innere in guten Händen wäre. Nachher bin ich, da mir die Hände, die ich für gut hielt, abhanden kamen, genötigt gewesen, mir die Sache selbst anzusehen, und habe gefunden, daß, wenn ich bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die tatsächlichen Resultate den Voraussetzungen nicht entsprechen, die unserer Gesetzgebung zugrunde gelegen hatten. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Auszehrung verfielen (sehr richtig! rechts), die durch den Blutzufluß der Fünfmilliardenkontribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es notwendig sei, hier eine Remedur eintreten zu lassen. Meine Herren, ich will Ihnen wünschen — Sie werden vielleicht einmal eine fortschrittliche Regierung haben —, daß Sie dann Staatsmänner finden, die nie mit sich selbst in Widerspruch getreten sind, auch wenn Sie zwanzig Jahre weit zurückgreifen, und die mit einer übermenschlichen Sicherheit und Weisheit von Haus aus vor zwanzig Jahren schon erkannt haben, wie sie nach zwanzig Jahren über die Dinge, wie sie dann liegen, denken würden. Das würden aber eben Leute sein, die mit ihrer Zeit nicht fortgeschritten sind, die aus ihrer Zeit nichts gelernt haben (sehr richtig! rechts), wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß die Fortschrittspartei — und die ihr nahe verwandte, für die ich immer die richtige Bezeichnung vergesse — ihren Namen des Fortschritts mit Unrecht trägt; die Reichspolitik schreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortschrittspartei würde eher den

Namen Hemmschuhpartei verdienen (Heiterkeit), sie negiert, was die Regierung bringt, und bringt ihrerseits nichts, weil sie nichts weiß. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter weist höhnisch auf den raschen Gesinnungswechsel des Kanzlers über die Wirtschaftspolitik hin und hofft, daraus den Schluß ziehen zu können, daß er auch ebenso schnell zu den alten Auffassungen zurückkehren könne. Er bekämpft dann die Angaben des Kanzlers über die Wahlen und die daraus gezogenen Schlüsse. Fürst Bismarck erwidert:

Ich möchte zuvörderst, um auf meine Beschwerde von vorher zurückzukommen, an den Reichstag appellieren, ob in der eben gehörten Rede vom Anfang bis zum Ende — mit Ausnahme des Schlusses allenfalls — etwas anderes als eine Kritik meiner Person und ausdrückliche Absehung von dem Sachlichen, von dem wir reden, vorhanden war. Ich weiß wirklich gar nicht, wovon Sie reden werden, wenn ich plötzlich in einer Versenkung verschwinde. (Heiterkeit.) Dann bietet die Diskussion kein Objektiv; der Kugelfang, zu dem ich gewissermaßen diene, an dem jeder seine üble Laune ablagert in persönlicher Kritik gegen mich, fällt dann fort, und die Herren werden dann genötigt sein, aufeinander Feuer zu geben, wenn niemand mehr zwischen ihnen steht, während sie sich jetzt an die Person des Reichskanzlers halten dafür, daß er nicht gerade bei der Fraktion des Redners Dienste nimmt. Die Vertretung sachlicher Vorlagen, die sachliche Vertretung der eigenen Ansichten, der eigenen Pläne, der eigenen Ziele kommt dabei ganz zu kurz. Man hat über die positiven Ziele, zu denen die Fortschrittspartei schließlich hinauskommen will bei dieser Art zu verfahren, niemals etwas erfahren; sie hat von Hause aus, wie es scheint, über keine Sache eine feste positive Meinung, über kein Ziel, das sie verfolgt, sondern sie bildet sich eine Meinung erst im Widerspruch gegen die der Regierung — es ist immer die entgegengesetzte; wenn die Regierung ihre Meinung verschweigt, dann werden die Herren in einiger Verlegenheit sein, was für eine Meinung sie ihrerseits haben. Ich will nur konstatieren, daß auch diese Rede wieder vom Anfang bis zum Ende sich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt, und werde Gelegenheit nehmen, das noch öfter zu konstatieren, wo ich es wieder finde, daß die Aufgabe der Redner hier darin besteht, bloß weiter zu verfahren auf der Basis, die mir seit achtzehn Jahren in der Stimme des Herrn Professor Virchow vor den Ohren gegenwärtig ist: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt!“ Darauf basiert dann die ganze Rede. Nun gut! Sie werden unter Umständen einen Ministerpräsidenten oder einen Reichskanzler haben, der gar nichts sagt, und das wird vielleicht günstig sein, damit Sie sich weniger mit der Person beschäftigen.

Ich habe ausdrücklich gesagt: fünfzehn Jahre hat mich die auswärtige Politik absorbiert; die Ziffer des Jahres 1877, die ich genannt habe, habe ich aus Gründen, die mir bekannt sind, ausdrücklich als eine entscheidende, einen Abschnitt bildende betrachtet für meine diplomatischen Aufgaben, aber zugleich als eine solche, wo mir die Not des Landes, das Ausblasen aller Hochöfen, das Zurückgehen des Lebensstandes, der Industrie, der Arbeiter, das Daniederliegen aller Geschäfte äußerlich so nahe trat, daß ich mich um diese Dinge bekümmern mußte. Wenn der Herr Vorredner meint, daß ich seit der Zeit, also in vier Jahren, darüber nicht so sehr viel gelernt haben könnte, so muß ich ja in meiner Bescheidenheit das zugeben, ihm gegenüber ebensogut wie gestern dem Herrn Abgeordneten Lasker gegenüber, daß ich nicht die angeborene Sicherheit habe, alles von Hause aus zu wissen; aber mit vierjähriger ehrlicher Arbeit kann man, wenn man an der Spitze der

Geschäfte steht, sich immer einige zutreffende Ansichten bilden, namentlich wenn man vorher fast lebenslang auch in der Mitte des praktischen Lebens gestanden hat, was von den Herren nicht gesagt werden kann, deren Lebensaufgabe es ist, ihre Meinung in Schrift und in der Presse und auf der Tribüne zwar zu vertreten, aber sie nicht dadurch zu berichtigen, daß sie selbst im Volke leben — ich verstehe darunter, daß sie selbst produzierend mitwirken, daß sie die Leiden und Freuden des arbeitenden und produzierenden Volkes an sich selbst mitempfunden haben —, dabei erkennt man mehr als aus der bloßen Büchergelehrsamkeit, was dem Volke fehlt.

Der Herr Vorredner hat ferner den Wunsch ausgesprochen, die Wahlziffer der Freikonservativen zu kennen. Ich werde diesen Wunsch sofort erfüllen, berichtige aber doch zuerst die Tendenz meiner gestrigen Äußerung, daß die Deutschkonservativen gewonnen haben. Das war ja nur eine beiläufige Bemerkung von mir, meine Hauptabsicht war nur, dem Selbstgefühl, welches bei den Liberalen den Ausdruck fand in der Rede des Herrn Abgeordneten Lasker: Wir sprechen hier im Namen der Nation, wir vertreten die Nation, wir wissen, was die Nation will, Ihr übrigen habt also stille zu sein, die Nation will dies und das — einen kleinen Dämpfer aufzusetzen, indem ich den Liberalen nachwies, daß sie 54 000 Stimmen verloren haben. Das werden auch die amtlichen Untersuchungen bestätigen in der Gesamtheit der Ziffern der Wahl am 27. Oktober. Daß daneben die Freikonservativen ebenfalls verloren haben, tut mir außerordentlich leid, ändert aber nichts daran, daß die Liberalen in ihrer Gesamtheit auch verloren haben. Die Deutsche Reichspartei hat in der Wahl von 1878 gehabt 785 000 Stimmen und in der Wahl vom 27. Oktober 347 000, sie ist also von 14 Prozent der Wählerschaft von 1878 auf 7 Prozent der Wählerschaft von 1881 zurückgegangen. Ja, meine Herren, das zeigt Ihnen nur, daß im parlamentarischen Leben die Mittelparteien auf der Defensive stehen und deshalb im Nachteil sind. Ja, im Festungskrieg — denn was ist das parlamentarische Leben anders als die Belagerung dieser Festung hier? (Heiterkeit) — sind die defensiven Parteien immer zuletzt im Verlust, wie bei jeder Festung von dem Ingenieur berechnet wird, wann sie kapitulieren wird müssen; — daß wir werden kapitulieren müssen, das ist nun glücklicherweise nicht der Fall, wegen der Fehler in der Belagerung (Heiterkeit); aber daß die Mittelparteien verlieren und die extremen gewinnen, lehrt die Geschichte überall. Die Leitung der liberalen Partei gleitet immer und überall mehr und mehr nach links hinüber und wird auch bei uns noch mehr nach links gleiten; es wird sich immer noch einer finden, der Herrn Richter noch überrichtert, und der dann die Führung haben wird, weil er sozusagen auf der Bank noch einen höheren Sprung ausführt, und so werden Sie allmählich dem sehr nahe kommen, was Sie mit so vieler Entrüstung von sich weisen: der Lösung der ganzen Entwicklung, die wir in Frankreich ja schon mehr als einmal erlebt haben, und der Sie, wie ich gestern aus Ihrer Entrüstung ersehen habe, unbewußt entgegengehen, aber meines Erachtens unaufhaltsam zugleiten, der Lösung, die in Frankreich stattgefunden hat, weil die Mittelparteien allmählich ausgemerzt werden. Wenn zum Beispiel die ganze parlamentarische Situation mehr nach rechts hinüberglitte, so wäre die größte Gefahr meines Erachtens, daß schließlich die Führung den extremen Rechten anheimfallen würde, wie wir das zuzeiten auch schon gehabt haben, also ungefähr denjenigen „Konservativen", die ich auch, wie ich gestern sagte, in die Liasformation verweisen muß, die in einem mir

früher nicht bekannt gewesenen Blatte — ich glaube, es heißt „Konservative Monatsschrift“ — unter der Leitung eines Verwandten des früheren „Kreuzzeitungs“-Redakteurs Nathusius ihr Wesen treibt. Auch die würde, wenn die Konservativen in einer kämpfenden Opposition wären, allmählich die Führung erlangen als die extremste Partei. Es ist ein großer Schaden für die Zukunft des Reichs, für die Befestigung desselben, daß die beiden Mittelparteien, die freikonservative und die nationalliberale, so viel an ihrem Bestande verloren haben, so viel weiter links hin abgegeben haben; das kann ich als Reichskanzler und als Patriot nur bedauern. Wenn der Herr Vorredner angeführt hat, in der Zahl der Konservativen sei eine erhebliche Anzahl von Zentrumsstimmen mit einbegriffen, weil viele Gesinnungsgenossen des Zentrums für die Deutschkonservativen gestimmt hätten, so mag das ja der Fall sein. Aber ich möchte fragen — ich kenne die Transaktionen so genau nicht —: Hat denn nicht auch eine erhebliche Anzahl Deutschkonservativer für die Zentrumskandidaten gestimmt? Es sind Transaktionen gemacht, die wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Ich weiß nicht, wer besser dabei weggekommen ist, aber wahrscheinlich hätten die Transaktionen von einer Seite nicht stattgefunden, wenn diese Seite gefürchtet hätte, dabei zu kurz zu kommen. Es wird erlaubt sein, dies anzunehmen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß in den Stichwahlen manche Konservative für die Sozialdemokraten gestimmt hätten, so ist nach meinen statistischen Nachrichten von diesem Vorwurf jede Fraktion betroffen, keine ist ausgenommen, sie haben alle unter Umständen für Sozialdemokraten gestimmt, respektive deren Stimmen für sich in Empfang genommen. (Zuruf.) Ich habe darüber noch Aktenstücke, die ich noch vervollständigen werde, über die Natur der Geschäfte, die dabei gemacht sind in bestimmten Lokalen. Wir werden darüber weiter sprechen können.

Also die Wirkung meiner gestrigen Ausführungen in Bezug auf die Zifferangabe ist auch durch den Herrn Vorredner nicht mit Recht in Zweifel gestellt, wohl aber nehme ich Akt davon — und werde jede weitere Rede darüber wiederum kontrollieren —, daß er sich auch in dieser Rede lediglich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Haenel rügt Bismarcks Angriffe gegen die Fortschrittspartei und höhnt über des Kanzlers Prophezeiung, daß diese Partei letzten Endes der Republik zustrebe. Das hätten alle Diktatoren und Imperatoren der Geschichte vorausgesagt. Der diktatorische Geist des Reichskanzlers mache ihm einfach den Konstitutionalismus an sich verdächtig. Nach längeren Erörterungen über das Wesen der konstitutionellen Monarchie klagt er Bismarck an, durch seine Angriffe auf die Fortschrittspartei dieser das Ohr des Kaisers zu verschließen! Fürst Bismarck entgegnet mit einer bedeutsamen Rede über die Fraktionen und die republikanischen Tendenzen des Linksliberalismus:

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Ansicht, daß die Fortschrittspartei unbewußt republikanischen Zielen entgegengleite, dieselbe irrtümliche Prophezeiung ausgesprochen hätte, wie sie zu jeder Zeit, wo sich das, was er „wahres konstitutionelles Leben“ nennt, entwickelt hatte, von seiten der Reaktion, des Absolutismus, ausgesprochen worden sei. Ich bin weder Reaktionär, noch Absolutist, ich halte den Absolutismus für eine unmögliche Sache; aber ich halte mich an unsere geschriebenen Verfassungen, die wir in Deutschland und in Preußen besitzen, die mir genügen, die aber von dem parlamentarischen System, wie es dem Herrn Vorredner vorschwebt, nichts enthalten. Die Preußische Verfassung behandelt die drei Faktoren der Gesetz-

gebung auf gleichem Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuser, sondern den König und die beiden Häuser, und die Reichsverfassung gibt nicht der Reichsregierung, von der hier immer die Rede ist, sondern dem Kaiser ganz bestimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, ist von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber sie bleibt deshalb doch die Politik des Kaisers; ich vertrete die Politik des Kaisers, bin verantwortlich für dieselbe, und der sachliche Kampf gegen die Politik des Kaisers wird mich immer bereit finden, diese Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers zu übernehmen. Ihr Prinzip aber ist insofern nicht das monarchische, als dem, was der Herr Vorredner unter „wahrem Konstitutionalismus" versteht, zur ersten Grundlage das kluge Wort dient, welches die englische Aristokratie nach der großen Revolution, um ihre Herrschaft zu befestigen, erfunden hat: The king can do no wrong; dann kann der König aber gar nichts tun, wenn er kein Unrecht tun kann; den König mundtot zu machen, den König als eine Waffe für die Erhaltung der Herrschaft der englischen Aristokratie zu ihrer Verfügung zu behalten, ihn zu sequestrieren, das ist der Sinn davon; seine Beziehungen zum Volk in ihrer Gewalt zu haben, sie nicht zu stark und mächtig werden zu lassen, sich möglichst zwischen König und Volk zu schieben, über seine Unterschrift zu disponieren — denn die braucht das englische Volk, um zu gehorchen: noch heute glaubt es das nicht zu müssen, wenn nicht „Victoria" darunter steht; die Unterschrift ist unentbehrlich. Das war vom Standpunkt der herrschsüchtigen Aristokratie eine weise Einrichtung, daß sie den König obsolet werden ließ, seine Unterschrift aber zur Verfügung behielt. In England hat sich diese Tradition entwickeln können; bei uns aber ist es nicht möglich. Wir unterscheiden uns von England dadurch, daß wir eine geschriebene Verfassung haben, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaisers in Deutschland und Preußen, in Bayern und Sachsen, in Württemberg und in allen übrigen Staaten definiert, und daran allein habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkt durchaus nicht stehe, als ob der Kaiser im Deutschen Reich nicht zu seinem Volke sprechen dürfte, nicht zur Nation. Daß ich mich mit meiner Namensunterschrift als verantwortlich einstelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die der Kaiser ausspricht, zu vertreten, das ändert an der Tatsache gar nichts, daß dies die berechtigte, verfassungsmäßige Äußerung des Kaisers ist. Es heißt in der Verfassung: Der Kaiser macht Anordnungen und Verfügungen, und in solchen besteht eben die kaiserliche Politik im ganzen, und für diese habe ich die Verantwortlichkeit zu tragen und trage sie gern, weil meine Überzeugungen mit denen meines hohen Herrn durch langjähriges Zusammenleben und von Hause aus, schon vor dem Vereinigten Landtag von 1847, wesentlich zusammenfielen. Es bedurfte für mich nicht einmal des Gefühls des Untertanen gegenüber seinem hundertjährig angestammten Herrscher, um mich dem kaiserlichen Gedanken zu beugen. Das Verhältnis ist durch die Verfassung das, daß die Politik des Kaisers nicht ins Leben treten kann, wenn der Kanzler nicht durch seine Kontrasignatur die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, also entweder sein Einverständnis oder seine Bereitwilligkeit, sie zu vertreten, aus anderen Gründen, weil er es nicht für tanti hält, um deshalb dem kaiserlichen Willen zu widersprechen, dadurch dokumentiert. Wenn der Kaiser einen Kanzler hat, der das, was die kaiserliche Politik ist, nicht kontrasignieren will, so kann er ihn jeden Tag entlassen. Der Kaiser hat eine viel freiere Verfügung als der Kanzler, der von dem Willen des

Kaisers abhängig ist. Der Kanzler kann ohne die kaiserliche Genehmigung keinen Schritt tun, und wenn er einen Schritt täte, so würde er nach unseren dienstlichen Begriffen eine Art Prävarikation treiben, eine Art Mißbrauch des Amts, indem er der Kenntnis des Kaisers etwas entzieht, um eine von der kaiserlichen unabhängige Politik zu üben. Das würde bei uns dienstlich bis zu dem Grade gemißbilligt werden, daß es bei den strengen Ansichten des Kaisers vielleicht die Entlassung des Kanzlers nach sich ziehen würde. Also, während der Kaiser eine freie Bewegung in der Politik hat, indem er den Kanzler wechseln und die monarchische Autorität ihm gegenüber eintreten lassen kann, namentlich wenn ein Kanzler etwa lebhaft an seinem Posten hängen sollte, kann der Kanzler seinerseits auch nicht einen einzigen Schritt tun, kann ich hier keine Meinung vertreten, für die ich nicht des Einverständnisses Seiner Majestät sicher bin oder es vorher eingeholt habe. Ich kann keinen Antrag einbringen, für den ich nicht die kaiserliche Unterschrift habe; und wenn Sie glauben, daß diese Unterschrift immer leicht zu haben ist, so sind Sie in einem großen Irrtum. Ich vertrete die kaiserliche Politik, und ich bin bei den vielen Äußerungen, die über die kaiserliche Botschaft gefallen sind, nicht zum Wort gekommen, deshalb konstatiere ich erst hier meine Überzeugung: Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht. Den Kaiser Wilhelm nach zwanzig Jahren unserer Geschichte mundtot zu machen — das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Überzeugung zu haben, wenn er sie hat, sie auszusprechen; wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern! Wenn die andere Ansicht richtig wäre, so wäre es gleichgültig, wer regierte. Wo kommt es denn in Preußen her, daß die Regierung des hochseligen Königs nach ganz anderen Prinzipien geleitet wurde als die des jetzigen, wenn nicht eine königliche, eine monarchische Politik der ganzen Sache erst den Trieb und Stempel aufdrückte? In demselben Sinne will ich gleich eine meiner Notizen antizipieren, die ich mir gemacht habe erst am Ende der Rede des Herrn Vorredners. Er sagt, der Monarch ist der feste Punkt. Nun, meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen diene! Ich diene dem Kaiser, dem festen Punkt, den Sie anerkennen; das ist das Motiv, welches mich 1862 unter sehr schwierigen Verhältnissen, unter großen Bedrohungen meiner persönlichen Sicherheit, meines Vermögens — ich meine gesetzlichen Bedrohungen — in den Dienst gezogen hat, daß ich sah, mein angestammter Herr brauchte einen Diener und fand ihn nicht; da habe ich gesagt: Hier bin ich. (Bravo! rechts.) Ich fand keinen, der es mir vormachen wollte, und sehr wenige, die es mit mir haben versuchen wollen. Es ist dasselbe Prinzip der angeborenen Untertanen- und Vasallentreue und Dienstbereitschaft, die mich vor zwanzig Jahren bewog, alle übrigen Rücksichten beiseite zu lassen und dem König mich zu Diensten zu stellen. Das ist auch noch heute die Basis meiner Politik. Diese Gesinnung — ich hoffe nicht, daß sie mit mir ausstirbt, aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner sagt, ich hätte dem Volk das Ohr des Kaisers verschlossen. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiser ein Mann ist, der sich die Ohren zuhalten läßt von einem anderen; der Kaiser kennt vollkommen die Situation, kennt vollkommen die Ge-

fahren, die ihm von der extremen Entwicklung des Liberalismus drohen; er hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens die Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß Sie das Ohr des Kaisers finden könnten mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie daran nach Möglichkeit zu verhindern. Ich wüßte aber nicht, wie ich es anstellen könnte; sollte ich Seiner Majestät die Zeitungen vorenthalten? Außerdem, meine Herren, haben Sie ja das große Sprachrohr hier; warum — wie der Herr Abgeordnete Windthorst mit Recht sagte — anstatt meine Person zu kritisieren, stellen die Herren denn nicht Anträge öffentlich? Sie könnten eine Adresse an Seine Majestät beantragen, Sie könnten einen Antrag hier einbringen, der Kaiser möge diesen unheilvollen Kanzler, der seine, des Kaisers, Ohren dem Volke verschließt, entlassen. Ich will den Antrag mit Vergnügen befördern; will einer der Herren eine Adresse einreichen, ich will sein Introdukteur sein, Sie sollen meiner Unterstützung nicht entbehren, wenn Sie glauben, daß der Kaiser die Wahrheit nicht erfährt. Ja, in der öffentlichen Presse, da macht sich das ganz schön: „Das Ohr des Kaisers dem Volke zu verschließen.“ Ich habe allerlei Reminiszenzen aus der Zeit der ersten revolutionären Bewegungen im Jahre 1830 und 1848; da schwirrte es mir vor den Ohren, daß die Minister angeklagt wurden, daß sie dem Volke „das Ohr des Monarchen verschlössen“. Das sind Dinge, die ich als Student erlebte; ich habe sie auch in späterer Zeit, 1848, gehört. Meine Herren, das gehört in unsere Zeit wirklich nicht mehr hinein, das sind unpraktische Worte, die keinen Wert mehr haben (Heiterkeit), solange Sie nicht entsprechende Anträge hier, wo Sie dazu berechtigt sind, ausdrücklich stellen, die Ihrer Meinung Ausdruck geben. Der Kaiser liest die Verhandlungen — da reden Sie doch nicht davon, daß ich dem Kaiser das Ohr verschließe; soweit reicht meine Macht nicht.

Der Herr Vorredner erklärte jene Prophezeiungen bezüglich des Nachlinksgleitens in immer beschleunigterem Tempo, die früher wohl ausgesprochen sind, für falsch. Ja, dem Herrn Vorredner kann doch nach seiner Stellung zur Universität und zur Wissenschaft unmöglich unbekannt sein, wo diese Prophezeiungen sich auf das Glänzendste bewahrheitet haben: es sind stets die Girondins gewesen, die den Staatswagen bis an den Rand des Abgrundes schoben, sie haben überall die konstitutionelle Entwicklung fördern wollen in demjenigen liberalen humanen Sinne, wie es dem Herrn Vorredner vorschweben mag, sind aber schließlich immer über ihr Ziel hinausgeraten. Es sind immer Leute gewesen, die sich beispielsweise auf einen Potsdamer Zug gesetzt haben, während sie nur bis Kohlhasenbrück wollten, und denen der Schaffner sagt: Der Zug hält da niemals; so meinen sie: Er hat bisher da zwar nie gehalten, wird aber vielleicht heute da halten. So werden sie nicht nach Kohlhasenbrück gelangen, sondern darüber hinaus nach Potsdam. So ist es auch in der Politik; der Liberalismus gerät immer weiter, als seine Träger wollen. Sie können die Wucht von 40 Millionen, einmal in Bewegung, nicht anhalten, wo Sie wollen. So ist es in Frankreich gegangen. Ist denn nicht in Frankreich eine erbliche, tausendjährige, solid erbaute Monarchie mit manchmal sehr verständigen Verfassungen, die das Ergebnis von 1789 und später waren, vorhanden gewesen mit allen möglichen Sorten der Monarchie, mit dem Kaisertum, mit der Restauration? Ist der Weg aber nicht unaufhaltsam an der Hand der äußersten konstitutionellen Linken in die republikanische Bahn geglitten? Und haben Sie irgendwelche Voraussicht, daß in nächster Zeit eine Monarchie dort wieder

möglich sein werde? Und halten Sie das Untergehen einer erblichen, angestammten Monarchie für das französische Land und das französische Volk nicht für ein Unglück? Ich weiß nicht, ob Sie es tun. Ich halte es dafür.

In anderen Ländern, außer Frankreich, haben wir allerdings das gleiche geschichtliche Experiment, ich möchte sagen, die konstante Praxis der Vorsehung, nicht in gleichem Maße sich verwirklichen sehen, weil nicht alle Länder so selbständig und unbeeinflußt sich entwickeln, wie Frankreich. Nehmen Sie unsere beiden kleineren Nachbarstaaten Belgien und Holland. Ja, wenn diese von der Größe Frankreichs wären, von gleicher Selbständigkeit in ihrer politischen Entwicklung, dann weiß ich nicht, ob sie noch innerhalb des Stadiums der Monarchie sich befinden würden. Nehmen Sie Italien: Haben wir da nicht die Republik vorübergehend teilweise — ich weiß nicht, ob im Einverständnis der Gesamtheit — schon gehabt? Jedenfalls spukt sie in vielen Köpfen, und man ist dort dem deutschen Fortschritt schon voraus. Können Sie irgendwelche Garantie für die Zukunft übernehmen, namentlich wenn Gott die Dynastie, die auf wenigen Augen steht, nicht im Leben erhielte? Sind Sie gewiß, daß die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner für falsch erklärt, dann sich dort nicht verwirklichen könnten? Das ist unmöglich vorherzusagen. Ist der Weg, den Italien seit zwanzig Jahren gegen dieses Ziel hin zurückgelegt hat, nicht erkennbar, und ist nicht der Endpunkt — ich will nicht behaupten, daß es ihn erreicht — ist dieser Endpunkt nicht erkennbar? Ist dort nicht von Ministerium zu Ministerium der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten, so daß er, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gleiten kann? Haben Sie nicht in Spanien temporär die Republik gehabt, ja sogar verschiedene Arten von Republiken, die sich untereinander bekämpften? Haben Sie denn nicht in Deutschland, in Baden, sobald der Fortschritt sich selbst überlassen war, und so lange der preußische Militarismus dem nicht einen Damm entgegensetzte — haben Sie nicht in Baden zur Zeit von Struve und Hecker dieselbe Bereitwilligkeit gesehen, die liberalste Monarchie über Bord zu werfen und die Republik zu proklamieren?

Also so ganz windig und unberechtigt sind die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner in seinem Ton der sichersten Überzeugung als frivol und unhaltbar hinstellte, doch nicht. Die Geschichte spricht für mich. Die Doktrinäre der Wissenschaft haben sich durch den Mund des Vorredners gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte. Und, meine Herren, über diese Dinge — ich kann Ihnen ja das nicht beweisen, ich bin auch nicht hier, um in die Beweisführung einzutreten, sondern um Zeugnis zu geben; ich lege Zeugnis für meine Meinung ab. Ich bin in einer Stellung, wo ich beobachten kann, ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik, wie Sie mir zugestanden haben, zwanzig Jahre lang den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegenführen kann. Also mit dem Gewicht meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß meiner Überzeugung nach die Politik der Fortschrittspartei uns der Republik langsam näher führt — nicht die jetzigen Herren, ich bin weit entfernt, die Herren dessen zu beschuldigen, ich glaube, sie bleiben der Monarchie treu; aber die Stellung, die sie sich für Minister denken, ist nicht die Art Stellung, die die Monarchie von ihren Ministern verlangt und verlangen muß, wenn sie bestehen will. Darum zweifle ich Ihren aufrichtigen Willen, die konstitutionelle Monarchie in ihren äußersten liberalen Grenzen zu verwirklichen, noch in keiner Weise an; ich glaube

nur, Sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, Sie drücken die Augen denselben gegenüber zu; Sie werden nicht imstande sein, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da angekommen ist, wohin Sie sie geleitet haben — der Weg wird abschüssig, und Sie sind nicht imstande, der gewaltigen Last von 45 Millionen auf Kommando Halt zu gebieten — das können Sie nicht, es wird Sie überwältigen und fortreißen. Es wird, wie ich hoffe, so nicht kommen — es könnte aber sein, ich spreche nur das Ergebnis meiner politischen Erfahrung und Beobachtung aus — dazu bin ich berechtigt, es kann ein irrtümliches sein, aber es ist meine Überzeugung.

Dann hat der Herr Vorredner auch wieder Worte der Kritik meiner Persönlichkeit und meiner Bestrebungen gesprochen — es ist also, wenn ich nicht irre, die Rede Nummer 4, die ich in meine Sammlung aufnehmen kann — indem er mich anklagte, daß ich eine Diktatur anstrebte oder übte. Ich habe gestern schon gesagt: Für Sie, meine Herren, ist Nichtherrschen immer schon Unterdrückung durch eine Diktatur, und wenn ich mich darauf beschränke, Vorlagen zu machen, die Ihnen nicht gefallen, heißt es Diktatur. Wenn ich von meiner Zunge denselben Gebrauch mache wie Sie und meine Meinung auch verteidige, welche der Ihrigen widerspricht, so heißt es Diktatur. Das heißt doch mit anderen Worten: Wer nicht will, was wir wollen, ist ein Diktator, der alle freie Überzeugung unterdrückt, denn wir allein besitzen das Monopol der freien Überzeugung, und unsere Überzeugung nicht anerkennen, sich unserer Herrschaft nicht unterwerfen, das ist Diktatur. Ja, womit soll ich mich denn beschäftigen, wenn ich Ihnen keine Vorlagen mache? Müssen die immer gerade so beschaffen sein, wie es Ihnen gefällt? Ich habe neulich noch im kleineren Kreise eine Reminiszenz aus meinem Leben erzählt, daß ein witziger alter Herr, der Baron Rothschild in Paris, von einem Geschäftsfreund gefragt wurde: „Herr Baron, was denken Sie über amerikanische Häute?“ Rothschild drehte sich um und sagte über die Schulter: „Herr Meyer, was ist meine Meinung über amerikanische Häute?“ Soll ich nun vielleicht auch, wenn ich Steuervorlagen mache, fragen: Herr Bamberger, was ist meine Ansicht über Zölle? (Heiterkeit.) Das können Sie nicht von mir verlangen, ich kann nur meiner Meinung Ausdruck geben, und wenn Sie einen Kanzler brauchen, der gar keine hat — ja, meine Herren, Sie können ja die Entwicklung der Geschäfte zur vollständigen Stagnation bringen, Sie brauchen nur zu allem Nein zu sagen; gut, dann wird die Regierung sich auf die Vorlage des Budgets beschränken können, und wenn wir das Budget vereinbart haben, werden wir nicht weiter zusammenkommen und lassen dem Reichstage Ruhe bis zum Februar 1883; dann wird eben Ruhe, Sie werden gar keinen Streit haben, Sie werden nicht den Verdruß haben, daß ich vor Ihnen hier abweichende Meinungen entwickele, es wird eben eine Stagnation in den Reichsgeschäften eintreten. Ob das für die Entwicklung des Reichs nützlich ist, das überlasse ich Ihnen — meiner Gesundheit wird es jedenfalls nützlich sein.

Der Herr Vorredner hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich nicht die Parteien zu nützen wüßte zum Heil des Ganzen — ich glaube, er sagte, die großen Strömungen in der öffentlichen Meinung oder in den Fraktionen nicht zu pflegen wüßte, in der Nation, die großen Strömungen. Ja, meine Herren, ich sehe von diesen großen Strömungen nichts, ich sehe nur eine Masse von kleineren. Eine große kann ich nur eine solche nennen, die das Maß einer Majorität überschreitet. Ich sehe, glaube ich, acht oder

zehn größere oder kleinere Fraktionen: Sie haben da die Konservativen, die Freikonservativen, Sie haben das Zentrum, Sie haben die Nationalliberalen, Sie haben die Partei, die der Herr Abgeordnete Windthorst nicht liberal nennen wollte (Heiterkeit), Sie haben den Fortschritt — dies sind sechs, Sie haben dann eine recht beträchtliche Zugabe noch, die bei diesen schwankenden Majoritäten die Zunge der Wage in der Hand hält: da sind die Polen, das sind sieben; da sind die Elsässer — das sind acht. Wir haben das aufgehende Gestirn der Volkspartei noch nicht erwähnt — die könnte man sehr wohl als die neunte ansehen — und die Sozialdemokratie, die recht stark ist und jeder einzelnen liberalen Fraktion die Waage hält, das wäre die zehnte. — Wie soll ich denn diese großen Strömungen nun pflegen? Ja, der Anspruch steht mir wohl gegenüber, und ich bin ja nicht kurzsichtig genug, um den nicht zu erkennen. Die stärkeren Fraktionen stellen an mich den Anspruch, ich soll ihnen nicht nur meine Person, sondern das kaiserliche Gewicht zur Verfügung stellen für ihre Fraktionszwecke, dann würden sie wohl auskommen können und mit mir zusammen wirtschaften. Ja, wenn das meine Überzeugung wäre, wenn meine Überzeugung mit einer dieser Fraktionen vollständig übereinstimmte, so würde ich mich gern der Fraktion anschließen und würde aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, vorausgesetzt, daß ich voraussähe, mit dieser Fraktion kann ich mein Jahrhundert in die Schranken fordern, und die ist stark genug, um das Deutsche Reich mit ihrer Hilfe zu festigen, auszubilden, zu regieren. Wo ist denn aber die Fraktion, an deren Spitze, oder, wie Sie sagen würden, in deren Gefolge ich dies leisten könnte? Zeigen Sie mir die, und dann will ich sie als große Strömung behandeln, ich würde sie studieren und mit ihr in Beziehung treten. Jetzt ist mir aber die schwierige Aufgabe zuteil geworden, zwischen allen Parteien, die sich gegenseitig ohne Sieg bekämpfen bis aufs Blut, zu balancieren und zu lavieren und die Regierung in solcher Lage, ohne besondere Krisen, so lange zu führen, wie ich sie geführt habe. Das ist eine Leistung, der Sie Anerkennung zollen sollten. Ich habe schon vor recht langer Zeit, im Jahre 1847, auf dem Vereinigten Landtage, einmal meine Überzeugung ausgesprochen, daß das englische System der Majoritätsregierung ein ganz zweckmäßiges sei, so lange es nur Whigs und Tories, so lange es nur zwei Fraktionen in der Hauptsache gegeben habe, die untereinander abzählen, wer die Majorität hat, und sobald abgezählt ist, heißt es: „Ablösung vor", und das Ministerium geht ab, und das andere tritt vor. Das spielt sich leicht ab und ist, was die Franzosen nennen, „le jeu de nos institutions". Ich habe schon gesagt im Jahre 1847: Warten wir ab, bis wir verschiedene Parteien in England haben. Schon wenn Sie drei Parteien haben, ist das Rezept nicht mehr durchführbar; wenn Sie aber fünf haben, wie sie eine Zeitlang bestanden haben, so wird es ganz unmöglich; ich sagte damals, dann sind nur Koalitionsministerien möglich; solchen sind dann weite Gebiete der Politik, die der Regelung bedürfen, zu betreten verboten, weil auf ihnen die Koalition sich löst. Solche Koalitionsregierungen sind also notwendig schwache. Bei uns aber liegt eine Notwendigkeit dafür nicht vor, weil es ganz unmöglich ist, eine Majorität zu bilden; auch die Koalition würde dazu nicht führen. Sie glauben vielleicht, durch Neuwahlen, wenn also ein liberales Ministerium jetzt ans Ruder käme und auflöste und mit dem ganzen Hochdruck des Einflusses der Wahltechnik, deren Geheimnis die Herren besitzen, nun auf die Wahlen wirkte, daß Sie dann eine volle und große liberale Majorität haben würden. Es ist ja möglich. Sie haben den Beweis aber noch nicht

geliefert, und ich glaube, Sie überſchätzen den Regierungseinfluß. Die Herren ſind darin im Irrtum: Wenn einige aus Ihrer Mitte Miniſter würden, ſo würden ſie zunächſt den Widerſtand derjenigen ihrer eigenen Fraktion, die nicht Miniſter geworden ſind, zu bekämpfen haben. Sie irren ſich, wenn Sie glauben, daß Sie die Majorität, wenn Sie dieſelbe überhaupt erreichen, was ich nicht glaube — die Maſchine iſt dazu nicht ſtark genug — wenn Sie im Volk die Majorität erreichten, ſo würden Sie dieſelbe doch nur ſo lange beſitzen, wie Sie in der Oppoſition ſind; Sie würden mit derſelben das Miniſterium, ſo lange es ſich dazu hergibt, bedrücken und beeinfluſſen können, das iſt ja wohl möglich. Aber ſobald Sie Miniſter werden, würden diejenigen von Ihnen, die Miniſter geworden ſind, ſofort mit der nota levis oder mehr behaftet werden, die nach dem Begriffe eines deutſchen Liberalen jedem Miniſter anklebt. (Widerſpruch links.) Ihre bisherigen Genoſſen würden es für Schmach halten, eine miniſterielle Partei zu ſein; ſie würden von der Unmöglichkeit, eigene Überzeugung aufzugeben, reden, von Byzantinismus, Adulation — was iſt da alles zu hören geweſen — das würde ſofort in der eigenen Partei ihren alten Führern der Bruder dem Bruder vorwerfen. Die Meinung, daß ein Parteiführer glaubt, er könne ſeine Fraktion als Miniſter mit in die Regierung nehmen und ſie werde ihn auch da unterſtützen, iſt eine ganz irrtümliche, und wer das glaubt, der kennt die Deutſchen nicht, und mag er achtzig Jahre alt ſein. Ich habe darüber meine Erfahrung, da ich mit allen Fraktionen über das Thema in Kampf geweſen bin. Wenn ich mit zehn Fraktionen und in den ſchwierigſten Verhältniſſen, häufig mit Sturm und Wind, ſo lange zu kämpfen gehabt habe, und wenn ich da die Regierung zwiſchen zehn Fraktionen im Kampf habe führen können, ohne daß es zu weiteren Zwiſtigkeiten als zum Auswechſeln böſer Worte gekommen iſt, meine Herren, das hat man mir wenig gedankt. Es war das eine angreifende Arbeit. Dieſe hätte ich aber nicht leiſten können, wenn ich mich einer Fraktion ſo zu Dienſten hätte geben wollen, wie es ab und zu von der einen wie von der anderen beanſprucht worden iſt. Denn der Anſchluß an die eine Fraktion involviert den Bruch mit der andern, und die Schmach, miniſteriell zu ſein, wird jedem vorgeworfen, der mit dem Miniſter ſtimmt. Dieſes Vorurteil findet ja auch an meinen beſten und nächſten Freunden in der konſervativen Partei, der mein eigener Bruder angehört und meine nächſten Verwandten angehören, vollen Anklang; ſie ſagen mir: Glaube doch nicht, daß wir miniſteriell ſeien, eine ſolche demütigende Meinung von uns muß man nicht haben, wir ſind unabhängige Leute, die eine eigene Meinung haben. Wo es für eine Schande gilt, miniſteriell zu ſein, da iſt eine konſtitutionelle Regierung eine vollſtändige Unmöglichkeit. Ich habe oft Engländer geſprochen, die dem Parlament angehörten, und die mir ſagten in Bezug auf irgendeine beſtimmte Maßregel: ich halte dieſe Maßregel für töricht, für gefährlich und für unglücklich, aber der Miniſter, der die Partei führt, der Führer der Partei hat es gewollt, er muß die Verantwortung dafür übernehmen — ich glaube, er begeht eine Torheit. Ja, meine Herren, zu dieſer Entſagung werden Sie den deutſchen Partikularismus, der ſich in dynaſtiſchen Ländern, in Reichsdörfern wie in Reichsſtädten, in Häuſern, in Farben, in Fraktionen verkörpert oder Dorf gegen Dorf abſchachtelt, wo jeder in ſeiner ſtolzen Unabhängigkeit allein die Meinung ſich nach ſeinem Kopfe bildet — dazu werden Sie es bei uns nie bringen, und deshalb glaube ich, daß wir nicht zu der Regierungsform, die dem Herrn Abgeordneten Haenel vorſchwebt, befähigt ſind. Ich

habe in allen diesen Kämpfen nur eine einzige Magnetnadel gehabt, die mich leitete. Das war das: Was ich in jedem Falle für das Reichsinteresse erkannte, das habe ich vertreten, mochte die Fraktion, die ich dabei bekämpfen mußte, mir nahe stehen oder nicht; eine andere Aufgabe kann ich mir auch künftig nicht stellen. Daß ich dabei meine Position habe wechseln müssen, war natürlich; das lag aber nicht an einem Wechsel meiner Überzeugungen, sondern an der Notwendigkeit, zu tun, was unter so oder so veränderten Umständen für das Reich zu tun war. Die Versatilität lag auf der Seite der Fraktionen, nicht bei mir; sie sind alle allmählich weiter nach links geglitten, so daß sie mit dem, womit sie im Jahre 1866 noch zufrieden waren, heute nicht mehr zufrieden sind, sie verlangen heute mehr. Seitdem haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Sie haben jede einzeln den Punkt, bis zu dem ich mit ihnen gehen konnte, überschritten, und jetzt suche ich zu hemmen und zu halten. Es liegt also die Versatilität nicht an mir, sondern an den Fraktionen. Denken Sie zurück, was war früher Liberalismus? Zu den Zeiten, wo wir alle schon im Parlamente waren, da waren Fraktionen wie Camphausen und Beseler, die sogenannten Altliberalen, schon der schärfste Ausdruck der Opposition, vor deren Blick jeder Minister, der zu den Höflingen der Majorität gehörte, den seinigen niederschlug. Wo ist die Herrlichkeit geblieben? Jetzt gelten die Altliberalen für Reaktionäre, für einen überwundenen Standpunkt der großen liberalen Partei gegenüber, und so werden hinter dieser immer wieder neue Größen auftauchen, die das, was Sie, meine Herren, schließlich als Äußerstes erreicht haben, als Ausgangspunkt für neue Forderungen und Bestrebungen betrachten. Das können Sie nicht ändern, und deshalb seien Sie doch mit dem Vorwurf, daß ich veränderlich in meiner Überzeugung wäre, etwas sparsamer. Es kommt mir das gerade so vor, als wenn man meinem verehrten Freunde, dem Grafen von Moltke, hier vorwerfen wollte: Warum haben Sie nicht in der Schlacht von Sedan dasselbe Manöver wie in der Schlacht von Mars la Tour ausgeführt? Das ist auch eine Inkonsequenz, die man von einem so einsichtigen Strategiker nicht erwartete. Er wird sagen: Der Fall lag eben anders, der Feind stand anders, er schoß mit anderem Material. So ist es auch bei mir, verlangen Sie von mir keine Konsequenzmacherei, sondern ich führe die Regierung nach meiner Überzeugung, die immer auf seiten des Reichs und nie auf der Seite einer Fraktion stehen wird. (Bravo! rechts.)[1]

6. Sitzung des Deutschen Reichstags.

30. November 1881.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des Auswärtigen Amts. Abg. Virchow bittet den Reichskanzler, über den Stand der Verhandlungen mit Rom Auskunft zu geben, die zu einer lebhaften Beunruhigung im Lande geführt hätten. Fürst Bismarck antwortet mit der Darlegung seiner Absicht, einen preußischen Gesandten bei der Kurie zu ernennen und deutet an, daß die Entwicklung der Parteien, insbesondere der Fortschrittspartei, ihn dem Zentrum und dem Abbau des Kulturkampfs zutreibe:

In dem Budget, über das wir diskutieren, befindet sich eine Position, welche zu der Interpellation über Beziehungen des Reichs zum Papst Anlaß geben könnte, nicht. Ich kann jedoch dessenungeachtet die Anfrage des Herrn Vorredners dahin beantworten, daß Verhandlungen des Deutschen Reichs mit dem römischen Stuhl überhaupt nicht statt-

[1] Vergl. Bismarcks Bemerkungen über seine Reden im Familienkreise: Ges. Werke Bd. 8, S. 434 ff

finden. Ich kann seine Ansicht nicht teilen, daß es dem Lande oder dem Reiche nützlich wäre, die Beziehungen, in denen beispielsweise das Königreich Preußen, auch andere Bundesstaaten, zu Rom steht, hier zum Gegenstand der Diskussion zu machen. Die konfessionellen Fragen gehören nicht zu den unter Artikel 4 der Reichsverfassung aufgeführten, und ich halte es für nützlich, den Streit darüber auf diejenigen Grenzen zu beschränken, in die er sachlich möglicherweise eingegrenzt werden kann. Die Beziehungen, die dem Herrn Vorredner vorschweben, sind wohl nicht die des Reichs, sondern die Preußens, und ich wäre gern bereit, näher auf die Frage einzugehen, wenn er mir im Preußischen Landtage eine ähnliche Anfrage vorlegte; dann würde ich über die Absichten der preußischen Regierung dort Auskunft geben. Der König von Preußen sowohl, wie andere Mitglieder des Reichs — ich meine wie andere Bundesstaaten — haben ein wesentliches Interesse oder fühlen die Pflicht, können sie fühlen, und der König von Preußen fühlt sie jedenfalls, die Interessen ihrer katholischen Untertanen in Rom auch vom Standpunkte der weltlichen Gewalt wahrzunehmen, und deshalb ist die Absicht, demnächst in das preußische Budget eine Position einzufügen, die den Zweck hat, direkte Beziehungen und Verhandlungen über die vielen Personal- und anderen Fragen, die vorkommen, über viele Lokalfragen, auch über wichtigere und prinzipiellere Fragen, wieder direkt möglich zu machen. Die Aufhebung derjenigen Gesandtschaft, die von Preußen auf den Norddeutschen Bund und dann noch auf das Deutsche Reich übergegangen war, die früher in Rom bestand, hat an und für sich prinzipielle Gründe, die mit dem, was man Kulturkampf in Preußen nennt, in einem logischen Zusammenhange ständen, nicht. Sie werden sich aus den Verhandlungen erinnern, daß wir damals empfindlich berührt wurden durch die Tonart der Sprache, die von Rom aus in Bezug auf die preußische Regierung, respektive den Kaiser, der ja gleichzeitig König von Preußen ist, geführt wurde, und daß das Grund war, warum wir zuerst die Verhandlungen abbrachen und demnächst die Gesandtschaft nicht wieder in Ansatz brachten. Dieses Motiv der Verstimmung unsererseits ist seitdem weggefallen. Wir stehen in den höflichsten und freundlichsten Beziehungen mit dem jetzigen Inhaber[1] des römischen Stuhles, und es liegt kein Grund mehr vor, die Interessen der katholischen Untertanen der einzelnen Staaten nicht wahrzunehmen.[2] Wenn diese Aufgabe nach meiner Auffassung zunächst durch den preußischen Staat mehr als durch das Deutsche Reich zu erfüllen ist, so leitet mich dabei kein prinzipielles Bedenken, sondern nur die Logik der geschäftlichen Lage. Das Reich hat die konfessionellen Fragen und den Schutz der Eingesessenen der einzelnen Länder, die Vertretung und Befürwortung ihrer Interessen in Rom, die ja von evangelischen und katholischen Staaten seit Jahrhunderten immer stattgefunden hat, in einer eingestandenen oder offiziösen Form — das Reich hat sie unter seinen Attributionen in der Verfassung nicht aufgezählt. Es würde das an sich kein Hindernis sein, da auch andere Landesinteressen, die mehreren Bundesstaaten gemeinsam sind, wie diese, unter Umständen durch Beamte des Reichs wahrgenommen werden, und das Interesse, mit dem höchsten Priester der katholischen Kirche, welcher ein so wesentlicher Teil der deutschen

[1] Leo XIII.

[2] Vergl. über die langsam fortschreitenden Friedensverhandlungen des Staates mit Rom jetzt den Vortrag Siegfried v. Kardorffs „Fürst Bismarck und der Kulturkampf“ in seinem ausgezeichneten Buche „Bismarck“. (1929) S. 186 ff.

Untertanen angehört, direkt zu verhandeln, ist geschäftlich nicht nur in Preußen vorhanden, es ist in allen deutschen Staaten vorhanden, welche katholische Untertanen haben. Von Bayern wird es durch einen eigenen bayrischen ständigen Gesandten wahrgenommen, und logisch zunächst lag mir die Lösung der Sache in der Form nahe, daß der König von Preußen die Interessen seiner Untertanen selbst wahrzunehmen habe. Das würde nicht hindern, wenn beispielsweise, was bisher nicht der Fall gewesen ist, in Sachsen, in Württemberg, in Baden, in Hessen die gleiche Auffassung der Dinge bestände, daß dieselbe Vertretung auch von seiten des Reichs stattfinden könnte, nicht als eine Vertretung bei einer auswärtigen Macht, sondern als eine Vertretung bei dem Haupte einer Kirche. Ich habe mir dabei die Frage vorgelegt: Kann ich die katholische Kirche in Deutschland als eine ausländische Institution betrachten, die dem rein diplomatischen Verkehr unterworfen ist? Ich habe geglaubt, diese Frage verneinen zu sollen. Ich rechne die Bekenner der katholischen Kirche zu unseren gleichgestellten Landsleuten und die Institutionen der katholischen Kirche in Deutschland mit samt der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört, für eine einheimische Institution der deutschen Bundesstaaten, respektive des Deutschen Reichs, insofern komme ich infolge der Logik der Tatsachen, nicht durch irgendein Prinzip, immer nur dahin, daß ich die Einzelvertretung zunächst indiziert halte, daß ich aber die Gesamtvertretung derjenigen Bundesstaaten, die hierin ein gleiches Interesse haben, durch das Reich nicht ausgeschlossen finde. Die schwebenden Verhandlungen haben bisher keine Tragweite, die selbst den Herrn Vorredner beunruhigen könnte. Wir wünschen, daß nicht bloß im Reiche, welches keinen Kulturkampf hat, sondern auch in den einzelnen Bundesstaaten wir dem Frieden näher und näher kommen und so nahe kommen, wie es irgend mit der traditionellen und seit Jahrhunderten den Gegenstand des Kampfes bildenden staatlichen Unabhängigkeit, auf die der Staat bestehen muß, verträglich ist. Diese Quadratur des Zirkels wird sich in Vollkommenheit niemals lösen lassen und hat sich nie lösen lassen, aber wir hoffen, daß ein für beide Teile annehmbarer modus vivendi durch eine direkte Vertretung bei Rom möglich und nützlich ist. Wir haben bisher diese Vertretung im Sinne und im Namen des Einzelstaates Preußen ins Auge gefaßt; wir könnten aber von dort, wenn es der Wunsch der übrigen Regierungen notabene ist, die darüber doch erst zu befinden haben, wie sie ihre Interessen vertreten zu sehen wünschen — wir könnten aus dieser Situation, wie wir sie erstreben, in jedem Jahre und an jedem Tage leicht in die der Reichsvertretung übergehen.

Über den materiellen Stand der Verhandlungen mit dem römischen Stuhle hier Auskunft zu geben, beabsichtige ich nicht; ich teile, wie gesagt, die Ansicht des Herrn Vorredners nicht, daß es dem Reiche oder dem Lande nützlich wäre, wenn ich es täte.

Im Verlauf einer Polemik gegen den Abg. Windthorst, der Virchow den Vorwurf machte, neuen Samen der Zwietracht auszustreuen, tadelt dieser die Inkonsequenz Bismarcks beim Kulturkampf, freut sich aber, daß mit dem Papste nicht wie mit einer auswärtigen Macht verhandelt werden soll. Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Der Herr Vorredner[3] hat ja vollständig recht, wenn er sagt, daß dieser Kampf, den er selbst Kulturkampf genannt hat, seine wesentliche politische Seite hat. Die römische Kirche ist von jeher nicht bloß eine geistliche und kirchliche, sondern auch eine politische Macht gewesen, und der Herr Vorredner hat uns darüber nichts Neues gesagt, die wir

[3] Abg. Virchow.

unsere deutsche Geschichte tausend Jahre rückwärts kennen. Das Papsttum ist, wie jede Kirche gelegentlich, eine sehr starke politische Macht gewesen. Rein konfessionelle Kämpfe würde ich überhaupt nicht führen, wenn der politische Beisatz, die Machtfrage, nicht wäre, eine Machtfrage, die auch in der vorchristlichen Zeit sich zwischen Königen und Priestern kenntlich gemacht hat — wenn die nicht da wäre, würde ich ja mit einer solchen Entschiedenheit in diesen Kampf nicht eingetreten sein, da ich konfessionelle Stellungen nicht bekämpfe.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen und hat auch darin wieder den üblichen Mangel an Konsequenz bei mir entdeckt, daß ich diesen Kampf nicht fortgesetzt hätte, daß ich ihn eine Zeit hindurch mit Lebhaftigkeit betrieben und nachher fallen gelassen hätte. Nun, jeder Kampf hat seine Höhe und seine Hitze, aber kein Kampf im Innern zwischen Parteien und der Regierung, kein Konflikt, kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. (Heiterkeit links.) Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zweck, den Frieden zu erlangen; diese Kämpfe können sehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab — aber mein Endziel ist dabei immer doch der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit diesem Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit näher zu kommen als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, so ist es ja an sich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht weiter zu fechten, bloß um zu fechten gleich einem politischen Raufbold (Heiterkeit), sondern ich fechte, um den Frieden zu erlangen. Kann ich ihn haben, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, erlangen durch einen annehmbaren modus vivendi, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich diesen Frieden nicht akzeptieren wollte. Aber selbst wenn ich händelsüchtiger wäre und den Kampf fortsetzen wollte, so würde ich das haben aufgeben müssen, nachdem die Bundesgenossen, mit denen ich in Gemeinschaft damals gefochten habe, mich verlassen haben oder für ihre weitere Unterstützung Preise gefordert haben, die ich im Rückblick auf das Reich und das Land Preußen nicht gewähren konnte. Es berührt das ja dieselben Fragen, über die wir gestern reichlich diskutiert haben. Wenn ich zuletzt durch die Bewegungen und Verschiebungen, welche innerhalb der liberalen Parteien vorgehen, die mir damals beistanden, jetzt aber nicht mehr, in die Alternative gestellt werde, zwischen einer Annäherung an das Zentrum und einer Annäherung an den Fortschritt zu optieren, so wähle ich aus staatsmännischen Gründen das Zentrum. (Hört! links.) Das Zentrum kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich, wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann (Unruhe links) — wenigstens in den deutschen Provinzen nicht, in Polen ist es anders. Da wähle ich als Politiker, der zu einem Urteil, zu einer Meinung verpflichtet ist, notwendig das kleinere Übel, wenn es eins ist — ich will damit keine unhöfliche Bezeichnung verbinden — was mir das kleinere erscheint. Ich will sagen, ich wähle die Seite, durch welche meiner Ansicht nach das Staatsschiff weniger periklitiert, sondern nur in seiner Steuerung einigermaßen geniert und gehemmt wird, ohne geradezu Gefahr zu laufen. — Sie sehen, ich lege auch hierin meine Ansicht offen dar, und ich bitte, Sie an das gestrige Bild erinnern zu dürfen, daß, wenn ich im Kampf gegen die Parteien und gegen die ununterbrochen sich drehenden Strömungen und Wirbel der Parteien am Steuerruder des Staates stehe, ich nicht alle Jahre, alle Tage und in jedem wechselnden Moment wie ein theoretischer Narr dasselbe tun kann, was ich vor fünfzehn Jahren etwa

getan habe, während eine vollständig veränderte Situation da ist, und der Kampf, den ich pflichtmäßig vielleicht, ich weiß nicht wie viel Jahre und, ich gestehe gern ein, mit der mir eigenen Lebhaftigkeit geführt habe, jetzt meines Erachtens nicht mehr notwendig ist. Ich ordne diese meine Lebhaftigkeit, wie ich glaube, immer, vielleicht nach meinem gestern getadelten Temperament mitunter nicht schnell genug, doch dem mich beherrschenden Gesetz der salus publica bereitwillig unter. (Bravo! rechts.)

Nach einer gegen Virchow gerichteten Rede des Abg. A. Reichensperger stellt Abg. Haenel fest, daß sich die Politik des Reichskanzlers gerade in Bezug auf das Zentrum geändert habe. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich muß mich von neuem gegen den ungerechten Vorwurf eines willkürlichen oder schnellen Wechsels meiner Überzeugungen verwahren, der in keiner Rede von jener Seite gestern und heute mir erspart geblieben ist, und den ich in keiner Rede vorübergehen lassen werde, ohne ihn zu berichtigen. Der Herr Vorredner hat gesagt, meine Stellung zu den Parteien sei von mir wesentlich verändert worden. Er hat das mit Bezug auf meine Äußerung gesagt, daß ich von den Bundesgenossen, die ich gehabt hätte, verlassen worden sei. Zu diesen Bundesgenossen habe ich nun die Fortschrittspartei niemals zählen können. Der Herr Vorredner wird wohl von mir nicht behaupten können, daß in meinem ganzen politischen Leben ein Moment existierte, wo ich mich in irgendeiner Intimität mit der Fortschrittspartei befunden hätte, die ich hätte aufgeben können. In allen meinen Bestrebungen, und zum Teil erfolgreichen, im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag habe ich immer und unwandelbar die Fortschrittspartei zu Gegnern gehabt. Sie hat immer versucht, das zu verhindern, was ich erstrebt habe; ich habe sie immer auf der gegnerischen Seite gefunden. Ich kann mich also in der Beziehung nicht geändert haben; sie hat mich die Farbe der Unterstützung, die ich aufgegeben haben soll, nie kennenlernen lassen. Der Herr Vorredner hat also unrecht, zu sagen, ich hätte erklärt, oder es läge überhaupt vor, daß ich, zwischen der Unterstützung der Fortschrittspartei und der Unterstützung des Zentrums wählen sollend, die des Zentrums vorzöge. Ich darf gar nicht sehr wählerisch sein in den Unterstützungen; ich bin verpflichtet, wenn ich das Wohl des Reichs erstrebe oder zu erstreben glaube, die Unterstützungen anzunehmen, die mir gewährt werden. Ich sage nur, wenn ich mich in einem gewissen Maße zu einer Heerfolge mit einer Fraktion engagieren soll, daß ich dann die Wege des Zentrums für weniger reichsgefährlich halte als die der Fortschrittspartei, weniger gefährlich für unsere monarchische Ordnung. Die Unterstützung des Zentrums habe ich selten gehabt, aber doch in einer sehr wichtigen Frage, in der Zollfrage, und von da ab wurde die Änderung in der Haltung der liberalen Fraktionen zu mir definitiv, die im Frühjahr 1878 begann, wo man mich für die Unfolgsamkeit strafte und mir Sukkurs entzog, mich politisch auszuhungern bemüht war, um mich folgsam zu machen. Das wurde dadurch besiegelt, daß im Jahre 1879 mit den Liberalen über diese Zollsache nicht zu verhandeln war, ohne wie ich vorhin sagte, einen Preis dafür zu zahlen, den ich nicht geben wollte, während das Zentrum auf bloß sachlichem Grunde seine Unterstützung anbot (Widerspruch links), ohne andere Bedingungen als formelle zu stellen. Ja, meine Herren, man gewinnt auf eine Regierung nicht Einfluß dadurch, daß man sie bekämpft, reizt, beschimpft, sondern man gewinnt Einfluß dadurch, daß man sie unterstützt. Diejenigen Regierungen, die für den Druck, für Grobheit, möchte ich sagen, empfänglicher

sind, als für Unterstützungen, taugen überhaupt nicht viel. (Heiterkeit.) Das sind, wie ich sie gestern nannte, die Höflinge der Majorität, die Registratoren der Majorität. Solche Leute können Sie in untergeordneten Schichten finden, die bloß fragen: Wie fällt die Majorität aus, der werden wir gehorsam sein ohne Kopfzerbrechen; es wird abgezählt: 150 gegen 140 — was nun dem Staate nützlich ist, darüber bildet man sich kein Urteil, das hängt allein von der Majoritätsfrage ab. Es wird abgezählt, das ist so ungemein bequem, dazu brauchen Sie keine Männer von Fähigkeit, von Diensteifer oder von derjenigen Sachkenntnis, die auch an mir von Ihnen so sehr vermißt wird, dazu brauchen Sie mich nicht, dazu brauchen Sie einfache Protokollführer der Majorität, denn der Byzantinismus ist in unseren Zeiten nie so weit getrieben worden als in der Anbetung der Majoritäten (sehr wahr! rechts), und die Leute, die der Majorität unter Umständen fest ins Auge sehen und ihr nicht weichen, wenn sie glauben im Rechte zu sein, die finden Sie nicht sehr häufig, aber es ist immerhin nützlich, wenn der Staat einige davon in Vorrat hat. (Bravo! rechts.)

Wenn ich vorher von der Unterstützung gesprochen habe, die ich früher hatte, und die ich verloren habe, so habe ich damit gar nicht die Fortschrittspartei gemeint, sondern die nationalliberale Partei. Allmählich ist in ihr der linke Flügel der stärkere geworden, vielleicht ist er auch der beredsamere, und die Beredsamkeit hat ja ein viel größeres Gewicht, als sie eigentlich in politischen Dingen verdiente; denn es ist nicht immer geschrieben, daß der beste Redner auch der beste politische Urteiler wäre. Ich habe das schon im vorigen Jahre zu sagen Gelegenheit gehabt, und ein Ministerium, zusammengesetzt aus lauter Leuten, die auch nur so viel sprechen wie ich, würde schon dadurch unbrauchbar sein. (Heiterkeit.) Ich fühle, daß ich darin sündige; ich verlasse keine Sitzung ohne eine gewisse Beschämung, daß ich eine erhebliche Zeit meiner und anderer mit Reden, die die Sache selbst weiter nicht fördern, verbracht habe. Aber, meine Herren, Sie können von mir als Minister doch nicht verlangen, daß ich hier dabeisitze — und hier bleiben muß ich, weil mein Etat zur Beratung steht — und nun ruhig mit anhöre, daß jeder Redner seine sachlichen Darlegungen mit einigen Hieben gegen den Reichskanzler, seine Vergangenheit, das, was er gesagt hat, das, was von ihm zu erwarten ist, verbindet, und ich soll mich ruhig schlagen lassen! Das bin ich nicht gewohnt; ich schlage wieder, wenn ich geschlagen werde. (Heiterkeit.) Dann heißt es in den Blättern, der Reichskanzler allein habe — darüber ist alles einig — die Debatte von dem sachlichen Gebiete auf das persönliche geführt. Ich muß dagegen sagen: Dazu habe ich mich nicht vermietet, daß ich mich injurieren lasse, sondern ich wehre mich und antworte; aber dann suchen Sie die Ursache, warum die Sachlichkeit aufhört, in den Spitzen und Hieben, die gegen mich eingeflochten werden in den sachlichsten Debatten. Lesen Sie doch den Ursprung unserer dreitägigen Debatte hier nach! Wie bin ich denn hereingezogen? Immer durch die Spitzen, die gegen mich geschleudert werden; ehe ich wußte, was die Tagesordnung war, habe ich schon solche Angriffe abzuwehren gehabt. Das werde ich immer tun. Sie können mich bis zu einem gewissen Grade ermüden und aufreiben, aber so lange meine Kräfte reichen, fechte ich, und ich bitte Sie doch auch, daß Sie nicht bloß die Leistungen der Abwehr und der Verteidigung zählen und öffentlich besprechen, sondern auch die Angriffe. Das ist ja bei den Kämpfen unter erwachsenen Leuten zwar seltener als unter den anderen Teilen unserer Familien der Fall, daß

jeder sich nur der Schläge erinnert, die er empfängt, aber nie derer, die er gegeben hat. (Sehr richtig! rechts.)

In seiner Rede behauptet der Abg. v. Kleist-Retzow, die Fortschrittspartei habe den Kulturkampf zu einem Angriff auf die christlichen Grundlagen des Staates erweitert und habe dem Reichskanzler gegen seinen Willen die Zivilehe aufgedrungen. Fürst Bismarck erhebt sich zu folgender Berichtigung:

Ich will nur eine faktische Angabe meines verehrten Freundes, der soeben die Tribüne verläßt, richtig stellen.

Die Zivilehe, sagte er, sei mir durch eine Fraktion aufgedrängt worden. So hängt es faktisch nicht zusammen, und der Herr Vorredner würde den richtigen Zusammenhang erfahren haben, wenn nicht etwa damals — wie er schon darauf anspielte — die politischen, die diplomatischen Beziehungen zwischen uns abgebrochen gewesen wären. Ich bin nicht durch eine Fraktion, sondern durch meine damaligen Kollegen im preußischen Ministerium zu diesen Konzessionen bewogen worden (hört! hört! rechts) — die mir erklärten, sie würden zurücktreten (hört! hört! rechts), wenn ich die Unterzeichnung weigerte. Da ich in Varzin krank lag, zum Teil krank an Gemütsbewegung über den damaligen Konflikt, den ich mit der konservativen Partei hatte, und nicht imstande war, Seiner Majestät dem Könige von dort aus ein anderes Ministerium zu bilden, so mußte ich sagen: In diesem Augenblick halte ich das Übel eines Ministerwechsels für ein größeres, und habe so, nachgebend, meine von Berlin aus wiederholt urgierte Zustimmung erteilt.

In derselben Sitzung fordert der Abg. Sonnemann eine wesentliche Vermehrung der Berufskonsuln und ihre praktische Ausbildung in einem Geschäft einer Hafenstadt. Fürst Bismarck erklärt sich mit dieser Forderung, die seine eigne Ansicht wiedergebe, vollkommen einverstanden.

7. Sitzung des Deutschen Reichstags.

1. Dezember 1881.

Obwohl eine Vorlage auf Erweiterung des Preußischen in einen Deutschen Volkswirtschaftsrat am 20. Mai 1881 vom Reichstag abgelehnt worden war, legte Fürst Bismarck diese Forderung von 85 000 Mark zu Tagegeldern und Fahrkosten wiederum vor und erschien zur Verteidigung der Vorlage am 1. Dezember im Reichstag. Nach einer ablehnenden Rede des Nationalliberalen v. Benda erklärt der Reichskanzler:

Ich erlaube mir, gegen diesen Antrag auf Ablehnung meinerseits die Annahme nochmals mit denselben Gründen wie das vorige Mal zu empfehlen, und möchte doch davor warnen, daß die Herren nicht hinter einfachen Bestrebungen, die Geschäfte zu erleichtern, stets politische Motive wittern. Der Herr Vorredner sagte, er wiese alle politischen Unterstellungen zurück. Ich tue das meinerseits auch. Der Gedanke, damit das parlamentarische Gewicht zu schwächen, hat uns außerordentlich fern gelegen, als wir in Preußen die analoge Einrichtung ins Leben zu rufen suchten; wir haben einfach gefühlt, daß wir für unsere Vorlagen nicht überall die hinreichende sachliche und vielseitige Vorbereitung gehabt hatten. Es ist uns das ja auch sehr lebhaft hier zu Gemüte geführt worden, daß unsere Vorlagen unvollkommen, unvollständig sind; man hat sie, wie die Lehrer eine Schularbeit kritisieren, hier von Hause aus so bezeichnet: die Arbeit sei schlecht, sie müsse neu gemacht werden. Nun, die Regierung glaubt ja nicht alles zu verstehen. Wenn man so lange wie ich in ihr tätig gewesen ist, so drängt sich einem notwendig mit der Zeit die Überzeugung

auf, daß die Art, wie Gesetzentwürfe entstehen, eine mangelhafte ist, weil den Regierungsorganen und Ministerien bei der Überlastung mit Arbeiten, die aus der alljährlichen Konkurrenz der parlamentarischen und der administrativen Aufgaben entstehen, die Zeit zu genauer Selbstprüfung nicht übrigbleibt — und außerdem, wenn sie die Zeit dazu hätten, so haben sie nicht immer alle Kenntnisse. Es hat das zur Folge, daß die Gesetzesvorlagen sehr häufig nichts anderes sind, als das Ergebnis der Überzeugung eines einzelnen vortragenden Rats, der gerade das Departement unter sich hat, es vorzugsweise pflegt, es wahrscheinlich auch versteht, aber doch einseitig, vom grünen Tisch aus auffaßt, weil er mit den Arbeiten des praktischen Lebens als Ministerialrat nicht die notwendigen Beziehungen hat. Viele von diesen Herren haben, wenn sie in diese Stellung kommen, irgendein Lieblingsprojekt in ihrem Fache liegen, und ihr Chef verweigert ihnen, vielleicht mehrere Jahre hindurch, die Gefälligkeit, diesen Lieblingsgesetzentwurf sich anzueignen und in die Öffentlichkeit zu lancieren; schließlich wird er weich, und der Verfasser hat die Freude, sein Werk in die Öffentlichkeit gehen zu sehen. Er ist Spezialist, er hat das Werk mit Sachkunde, aber doch vom einseitigen und theoretischen Standpunkte ausgearbeitet; sein Chef ist nicht einmal Spezialist. Nun wird das Werk beispielsweise in das preußische Staatsministerium eingebracht — ja, da ist im allgemeinen in Fachsachen doch bei den Ministern dasjenige kollegialische Vertrauen vorhanden, daß man glaubt, der Ressortkollege wird die Sache hinreichend sorgfältig geprüft haben; die anderen Herren — ich spreche rein aus Erfahrung — haben große Pakete von Unterschriften daneben, manche haben ja Hunderte von Unterschriften täglich zu leisten, ein Paket schwindet, das andere wächst auf der anderen Seite; währenddessen ist in ununterbrochen gleichem Tone der Vortrag des beteiligten Ministerialrats hörbar; der Vorsitzende ist vermöge seiner Pflicht, die Debatte zu leiten, genötigt zuzuhören, kann aber den 120 Paragraphen in ihren Einzelheiten nicht folgen. — Im ganzen wird der Gesetzentwurf im Ministerium angenommen im Vertrauen auf die Sachkunde und die sorgfältige Prüfung des Ressortministers, während dieser wieder überzeugt ist von der Sachkunde seines tüchtigen Rats, der sich jahrelang damit beschäftigt hat. Die Arbeit mag vielleicht vom Standpunkt des einzelnen eine ganz gute sein, aber sie leidet an ihrer Einseitigkeit. Wir glauben im Staatsministerium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urteils angeboren ist; wir haben das Bedürfnis, uns zu informieren, und ich möchte doch glauben, die parlamentarischen Versammlungen sollten dieses Bedürfnis auch einigermaßen haben; Sie sind ja natürlich von Hause aus, da Sie von der Nation gewählt werden, viel erleuchteter als die Minister, die nur von dem Monarchen gewählt werden (Heiterkeit); aber auch Sie können unmöglich in der Kürze der Zeit, in dem Drange der Geschäfte, in dem Überwuchern der anderweiten sachlichen Geschäfte, mitunter auch in den Friktionen und Kämpfen mehr politischer Art, wie sie vorkommen — es kann unmöglich jeder einzelne von den vier Hunderten in jede Sache so eindringen, daß ein klarer Fingerzeig von wirklich sachkundiger Seite nicht auch ihm erwünscht sein sollte. Mir scheint dies so natürlich, daß ich in die Notwendigkeit gerate, politische Motive unterzuschieben und an die Befürchtung zu glauben, als wenn durch die Konkurrenz Sachkundiger die parlamentarische Autorität gefährdet wäre, als wenn eine Rivalität eintreten könnte, während wir nur ein Hilfsorgan für alle Faktoren der Gesetzgebung damit anstreben, was Ihnen in gleichem Maße dienstbar sein soll. Sie

können und sollen unter Umständen beschließen, die Sache pro informatione an eine solche Enquete durch Sachkundige zu verweisen. Daß Sie dazu eine ständige Institution haben, halte ich um deswillen für nützlich, weil nur diejenigen Erwählten oder Ausgesuchten aus den wirtschaftlichen Verhältnissen, welche sich eingearbeitet haben in solche Sachen, nur die, welche auch durch ihre Annahme des Mandats zu erkennen gegeben haben, daß sie Zeit und Lust dazu haben — weil nur diejenigen überhaupt sich damit so befassen, daß in der oft kurzen Zeit eine geschäftlich hinreichend geformte Äußerung ohne viel Diskussion abgegeben wird. Sind das eine Zeitlang hintereinander immer dieselben Leute, so werden sie eine gewisse Praxis in der Behandlung dieser Sachen und dadurch eine Abkürzung ihrer Diskussion haben, die man vermißt, wenn man eine einmalige allgemeine Enquete veranlaßt, wo man sich beliebig ohne den mindesten Fingerzeig jedesmal die Sachkundigen aussuchen und einberufen soll, von denen man gar nicht weiß, ob sie bereit und geneigt sind, dergleichen anzunehmen.

Es ist der Regierungen Wunsch, der Ihnen heute wieder von uns entgegengebracht wird, und der so dringend auf unseren Ministern lastet, daß er in jeder Session Ihnen wieder entgegentreten wird. — (Heiterkeit. Hört! hört links.) Ja, meine Herren, es handelt sich doch nicht um Ihre Bedürfnisse hier, da Sie alles selbst wissen. Es handelt sich um die Bedürfnisse der Regierung; die weiß nicht alles. Daß Sie uns die Mittel versagen, Ihnen sorgfältig allseitig geprüfte Vorlagen zu bringen, ist in der Tat eine außerordentliche Härte und eine Hemmung der Staatsmaschine und des einen Gliedes der Gesetzgebung, welches mit Ihnen zusammen arbeiten soll. Sie sollten uns helfen, uns aufzuklären, Sie sollten mit Freuden das Bekenntnis der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwissend ist und nicht in bürokratischer Allmacht vom beschränkten Untertanenverstand — wie das früher geschehen sein soll — spricht, sondern sich an diesen Untertanenverstand vertrauensvoll wendet. (Bravo! rechts.) Dieses Vertrauen fehlt Ihnen, meine Herren. Darum liegt eine Verachtung des Volkes und des praktischen Lebens in Ihrer Weigerung. (O, o! links.) Sie sollten uns doch dieses Hilfsmittel nicht versagen. Wenn Sie es uns versagen, erwarte ich auch, daß Sie künftig die Kritik über unvollkommen ausgearbeitete Vorlagen — die uns zuerst auf diesen Gedanken gebracht hat, weil wir innerhalb der bürokratischen Sphäre beim besten Willen und bei der besten sorgfältigsten Besetzung nicht alle die Auskunft haben können, die wir brauchen — daß Sie diese Kritik künftig aufgeben. Sie sollten uns doch entgegenkommen und überhaupt die wirtschaftlichen Ziele mit uns gemeinsam festzustellen suchen und die Wege, die zu diesen Zielen führen, mit uns gemeinsam erwägen und uns helfen, diese Wege zu ebnen, und sie mit uns wandeln. Tun Sie es nicht, so ist das eine Erschwerung, eine Hemmung des öffentlichen Dienstes, über deren wirkliche vor dem Volk offen zu rechtfertigende Gründe ich mir nicht klar werden kann, und deshalb wiederhole ich: Wir können nicht anders, wir müssen Ihnen mit dieser Forderung wieder kommen, wir brauchen diese Institution ganz notwendig. Wollen Sie uns das, was wir erbitten, wollen Sie uns die Mittel, die die Regierung zu ihrer Amtsführung bedarf, versagen, um die Regierung gewissermaßen lahmzulegen, um sie ohnmächtig, unwissend zu machen und sie nachher desto schärfer angreifen zu können, wenn sie unvollkommene Werke vorlegt — ja, meine Herren, daß wir uns gegen ein solches System wehren durch jedesmalige Wiederholung der Vorlage, können Sie uns nicht verdenken. Sie könnten sonst sagen, daß die

einmalige Einbringung eine mutwillige Forderung von uns gewesen wäre und das Bedürfnis erledigt sei. Es ist nicht erledigt, es ist ein offenbares Bedürfnis, auf dessen Erfüllung und Abhilfe die Regierung ebensogut bestehen muß, wie auf die Besoldung der notwendigen Zahl von Beamten und auf sonst notwendige sachliche Ausgaben. Wenn Sie uns dies versagen wollen, ja, dann hört das Geschäft auf.

Wir sind in Preußen genötigt gewesen und haben dort unter großem Entgegenkommen der Beteiligten und unter Opfern, materiellen und an Zeit, die Möglichkeit gefunden, uns diese Belehrung zu verschaffen. Für uns ist diese Belehrung, deren wir bedürftig sind, eine erwünschte und nützliche gewesen. Ich erlaube mir, Sie an ein altes Sprichwort zu erinnern; es ist noch länger, ich will bloß den Schluß davon anführen, der da heißt: „Wer nicht weiß und weiß, daß er nicht weiß, der kommt immer noch sehr viel weiter als der, der nicht weiß und nicht weiß, daß er nicht weiß.“ Zu den ersteren gehören wir. Wir wissen manches nicht und sind uns dessen bewußt, daß wir es nicht wissen, und erkundigen uns deshalb und suchen uns zu belehren. Zur zweiten Kategorie gehören alle diejenigen, die glauben, alles zu wissen, und jede Belehrung sich versagen, wenn sie von Bauern oder sachkundigen Arbeitern kommen kann. Wir haben in Preußen dieses Institut, und da habe ich das Gefühl, daß es eine für den nationalen einheitlichen Gesichtspunkt unerwünschte Situation ist, wenn da über die Vorlage, die der König von Preußen in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser macht, nur preußische Sachkundige gehört werden können, und wir haben das Bedürfnis, unsere süddeutschen resp. sächsischen Landsleute usw. dabei in gleichem Maße vertreten zu sehen. Alle Regierungen haben dasselbe Bedürfnis. Sind denn alle 25 Regierungen so wenig zurechnungsfähig über das, was sie bedürfen, daß sie in einem solchen Verlangen einig sind und sich dennoch so dabei irren, daß sie etwas ganz Überflüssiges dabei fordern? Das Bedürfnis bei den Regierungen ist so stark, daß, wenn Sie uns die Mittel versagen, wir an die Opferfreudigkeit des Volkes gegenüber der Versagung des Reichstags werden appellieren müssen und mit den Regierungen uns verständigen, ob sie ihrerseits bereit sind — und ich glaube, sie sind dazu bereit — den preußischen Wirtschaftsrat, den wir demnächst gerade für die uns zunächst vorliegenden Aufgaben berufen wollen, durch Beschickung von seiten der übrigen bundesstaatlichen Regierungen zu vervollständigen. Dann müssen wir einen vom Reichstag unbewilligten, aber faktisch doch herzustellenden Volkswirtschaftsrat haben, bei dem wir uns Rat holen, um Ihnen etwas besser informiert gegenübertreten zu können, als es sonst der Fall sein würde. Gerade die Aufgaben, die die Regierung sich zunächst gestellt hat, die sozialen Reformen und die finanziellen, erfordern eine ununterbrochene Wechselwirkung mit den praktischen Erfahrungen, die darüber in den wirtschaftlichen Kreisen des Volkes vorhanden sind, weil sie auf die Entdeckung einer für die Regierung und für die bürokratische Welt so gut wie neuen terra incognita ausgehen, und weil man diese Aufgaben, die ich mir allerdings nicht von Hause aus gleich so weitgreifend denke, wie sie geschildert werden, sondern die allmählich und empirisch, vielleicht nie sich vollständig erfüllen werden, aber doch der Erfüllung in jeder Sitzung näher gebracht werden können. Auf diesem Gebiete, das wir neu betreten wollen, neu betreten müssen — wenn es von uns nicht geschieht, so wird das Bedürfnis später darauf dringen — auf diesem Gebiete bedürfen wir mehr denn je des Stabes, der Führung, nicht wie ein Blinder sie braucht, aber doch wie einer, der eine Reise in eine

bisher unentdeckte Gegend unternimmt. Denn die Wissenschaft, die nach einigen Seiten sehr weit eindringt, ist in die Verhältnisse, welche man zur praktischen Lösung der Aufgaben, die sich das kaiserliche Programm gestellt hat, kennen und erwägen muß, bisher nicht so tief eingedrungen, daß sie uns hinreichend Belehrung gäbe; und wer wie ich, von seiner Kindheit her das Innere der Arbeiterhäuser und ihr Familienleben kennengelernt hat, wird darin oft Eindrücke und Wahrnehmungen erhalten haben, die er in keinem noch so gelehrten wissenschaftlichen Buche richtig wiedergegeben findet. Ich glaube, daß gerade diese Fragen sich von den praktischen Industriellen, Landwirten, Kaufleuten besser beantworten lassen, als von den wissenschaftlich gebildeten und bei uns hauptsächlich das Wort führenden Mitgliedern des Reichstags (Heiterkeit), und selbst besser, als es von seiten derer möglich ist, die im Reichstag denselben praktischen Kreisen angehören, aber hier immer in einer ziemlich kurzen Zeit, und ohne auf die anderen Aufgaben zu verzichten, genötigt werden, sich ein sicheres Urteil zur Abstimmung über eine, ich kann wohl sagen, riesenhaft ausgedehnte Aufgabe zu bilden. Ich glaube, Sie können uns auf die Dauer diese Beihilfe, die wir zu unserer Information fordern, gar nicht versagen; und wie der Tropfen den Stein höhlt, und wie schließlich es schon in der Schrift gesagt ist, daß unablässiges Bitten den Versager doch endlich ermüdet, werde ich in jeder Sitzung wiederkommen und, wenn Sie es uns diesmal abschlagen sollten, was ich nicht hoffe, immer von neuem bitten: Geben Sie uns diese Unterstützung zu unserer Information. (Bravo! rechts.)

Nach einer befürwortenden Rede des freikonservativen Abg. Leuschner verurteilte Abg. Bamberger den Volkswirtschaftsrat als gefährliches Nebenparlament, das der Regierung die Möglichkeit biete, das Parlament zu umgehen und zu einem Instrument gegen die Volksvertretung zu werden. Er bezweifelt, daß der Volkswirtschaftsrat jemals eine andere Ansicht als die der Regierung äußern werde und der objektiven Wahrheit dienen. Besser sei es, besondere Enqueten zu veranstalten. Fürst Bismarck erwidert:

Bevor ich auf die Sache eingehe, will ich dem Herrn Vorredner die Erklärung geben, daß es mir, wenn ich ihn gestern oder vorgestern persönlich erwähnte, nicht eingefallen ist, ihn, wie er meinte, damit lächerlich zu machen, es würde mir auch schwerlich gelungen sein, sondern ich habe ihn gerade als einen der hervorragendsten meiner Gegner zitiert, um dadurch zu zeigen, wie es für mich doch nicht möglich wäre, meine Vorlagen nach den Wünschen einzurichten, die hier im Reichstage mir gegenübertreten. Dann muß ich aber auch auf seine Äußerungen, was ich leider in der Ausdehnung, in der er gesprochen hat, nicht vermögen werde, doch noch einiges erwidern, weil der Herr Vorredner die Bedeutung, die Tragweite der ganzen Vorlage, wie wir sie bringen, wesentlich verschoben hat, vielleicht unabsichtlich; vielleicht mißversteht er selbst, was wir erstreben. Er hat wiederholt den Akzent darauf gelegt, er wolle Zeugen zulassen, aber Sie brauchten keine Richter. Nun, meine Herren, weiter wie Zeugen über Sachverhältnisse suchen wir ja auch gar nichts. Richter! Mein Gott, worüber sollten denn diese richten! Ein Nebenparlament, das liegt uns ja ganz und gar fern. Ich möchte sagen, da kommt bei Ihnen das Mißtrauen des argwöhnischen Alleinherrschers zum Vorschein, der keine andere Größe neben sich dulden will; uns liegt das aber sehr fern. Der Herr Vorredner hat gesagt, dieser Wirtschaftsrat würde nicht unparteiisch sein. Das soll er auch gar nicht. Die Regierung setzt ihn zusammen, das ist ja ganz natürlich. Die Regierung sucht dabei keinen Richter, weder über sich noch über den Reichstag, sie sucht ein Hilfsorgan, um ihren eigenen Schwächen, ihrem Mangel an Kenntnis zu Hilfe zu kommen, oder, wie der Herr Vorredner schärfer gesagt

hat, sie sucht Zeugen über die wirklichen Tatbestände, die durch die Vorlagen der Regierung berührt werden können. Sie beabsichtigt auch nicht, sich die Meinung machen zu lassen von dem Volkswirtschaftsrat, sondern sie will nur ihre Meinung nicht eher feststellen, als bis sie diese Sachkundigen über die Tatbestände, über die Bedürfnisse, über die Leiden der betreffenden Industrien gehört haben wird.

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich nach so kurzer Zeit, fünf oder sechs Monate nachdem Herr v. Bennigsen zu meinem großen Bedauern diese Vorlage, die gar keinen politischen Charakter hat, was ich schon damals sagte, bekämpft hat, sie wieder einbringe. Ja, meine Herren, wenn wir das nicht täten, so würden Sie glauben, daß das Bedürfnis, eine solche Institution zu haben, bei uns nicht fortbestehe. Wir müssen Sie mahnen, diesem Bedürfnis abzuhelfen, wir sagen Ihnen, wir, die Regierungen, wir bedürfen der Informationen. Darauf sagt Herr Bamberger: Da irren Sie sich, Sie bedürfen deren gar nicht; — je weniger informiert Sie vor uns kommen, desto leichter ist unser Spiel — (Widerspruch links) mag der Gedanke zugrunde liegen — ich weiß es nicht, aber auf mich macht es den Eindruck und im Lande macht es den Eindruck: Sie brauchen diese Informationen nicht, Sie sollen Ihre Informationen allein hier im Reichstag suchen. Meine Herren, der Reichstag kann alles, alles ablehnen, alles amendieren, aber die Vorlagen kann er für die Regierung nicht arbeiten. Darauf kommt es aber an, und das liegt in der ganzen Motivierung, die wir voriges Jahr gebracht haben, und die wir immer wieder bringen. Zur Herstellung unserer Vorlagen brauchen wir den Wirtschaftsrat; da ist von Richten, von Beschränkung der Kompetenz des Reichstages nicht die Rede, wenn man nicht außerordentlich argwöhnisch und mißtrauisch in dieser Richtung ist, wie ich das zu meinem Bedauern von einem so angesehenen Parlamentarier, wie der Herr Vorredner ist, heut vernommen habe. Ich glaubte, Sie wären Ihrer Stellung und Herrschaft sicherer, als daß Sie sich vor dem Wirtschaftsrat fürchteten! (Heiterkeit rechts.) Unser Bedürfnis besteht fort, und davon haben wir Ihnen von neuem Kenntnis geben müssen. Außerdem hat der Herr Vorredner darauf doch zu wenig Gewicht gelegt, daß dies ein ganz neuer Reichstag ist. Wenn wir dem unser Bedürfnis nicht wieder anmeldeten, so würde man mit Recht annehmen: sie sind still, also sie sind zufrieden, daraus sieht man, es ist eine Quengelei und ein plötzlicher Einfall, einer von den vielen „schenialen" Einfällen, wie ein Herr sich gestern ausdrückte — ich würde „genialen" sagen — (Heiterkeit) die in dem Gehirn des Reichskanzlers entstehen und wieder vergehen, je nachdem es phosphoresziert. Den Vorwurf würde man wiederum gemacht haben; ich aber habe die Absicht, an diesem einmal erkannten Bedürfnis, solange ich lebe, zu beweisen, daß die Meinungswechsel bei mir nicht so häufig sind. Der Volkswirtschaftsrat soll gar nicht, wie der Herr Vorredner sagte, zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat stehen, er soll einfach hinter dem Bundesrat stehen, hinter den Regierungen, namentlich hinter der eigentlichen Präsidialinitiative, von der die meisten Vorlagen ausgehen, damit diese durch die Zeugenvernehmung dieser Sachkundigen sich informieren kann, bevor sie mit ihrer Weisheit an das Licht des Tages tritt. Ich erstrebe nicht eine Einrichtung nach Maßgabe der wiederum nicht passenden Berufung des Redners auf die gleichmäßige französische Institution. In Frankreich ist nie irgendein Parlament — und die französischen Parlamente, ich meine die heutigen, nicht die alten, waren sehr viel wechselnder und gefährdeter in ihrer

Stellung wie unsere — so kleinmütig gewesen, daß es sich vor dem französischen Volkswirtschaftsrat gefürchtet hätte. Daß es Turgot, dem Minister einer absoluten Monarchie, unter Umständen unbequem gekommen ist, das mag sein; mir ist auch nicht alles lieb gewesen, was aus unserem Wirtschaftsrat herausgekommen ist; aber belehrend sind seine Äußerungen doch immer, und ich möchte Sie bitten, namentlich von Ihrer Seite, sich nicht dem Verdachte des Absolutismus, der keinen anderen Einfluß neben sich duldet, auszusetzen, sondern es uns zu gönnen, wenn wir unsere Lernbedürftigkeit eingestehen, uns belehren zu lassen. Es ist das sonst eine außerordentlich geringschätzige Behandlung der Regierungen, wenn sie alle 25 darüber einig sind, sie bedürfen dessen, und hier wird uns gesagt: Nein, Sie irren sich alle 25, Sie bedürfen dessen nicht; Sie sind für unsere Bedürfnisse klug genug, Sie sollen sich nicht besser informieren, als wir; wir werden dafür keinen Groschen bewilligen.

Ich erwähnte schon, daß die Zusammensetzung des Wirtschaftsrates natürlich in den Händen der Regierung liegen muß, sie sucht ihre Information da, wo sie sie zu finden glaubt. An eine Art Richterkollegium dabei sich zu wenden, das fällt ihr nicht im Traume ein, Richter haben wir schon genug in der Welt. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat gemeint, wir würden denselben Zweck durch Enqueten ad hoc jedesmal mit weniger Arbeit erreichen. Er hat mir also nicht geglaubt, was ich vorhin sagte, die Enqueten ad hoc machen ganz zweifellos mehr Arbeit, weil man immer homines novi dabei bekommt, von denen jeder einzelne zuerst vielleicht das Bedürfnis hat, den Beweis zu liefern, wie sachkundig er ist, was für ein Mann er ist, was er versteht, was er weiß; diejenigen, die schon eine Position gewonnen haben, bei denen es nicht mehr zweifelhaft ist, welche Bedeutung sie haben, die keine Stellung mehr zu gewinnen haben, mit denen wird leichter zu arbeiten sein. Bei neuen Enqueten findet man sehr häufig unrichtige Vorstellungen über das, was für die Gesetzgebung überhaupt erreichbar ist, also was der Herr Vorredner bezeichnete mit dem Monopolbedürfnis eines jeden einzelnen, über das sich der Minister Turgot beklagt hätte. Das findet man bei den plötzlichen Enqueten, bei den Sachkundigen, die noch „grün“ sind auf diesem Gebiete, sehr viel häufiger als bei denen, die schon einigermaßen eingelernt sind.

Es ist wirklich bedauerlich, daß ich vor Ihnen so lebhaft plädieren muß für die Sorte Information, die wir zu brauchen glauben, und über deren Bedürfnis, ohne den Rechten des Reichstags zu nahe zu treten, meines Erachtens die Regierungen allein urteilen können. Wir können natürlich, soweit es Geld kostet, es nicht ohne Ihre Zustimmung machen; aber daß Sie uns den Brotkorb so hoch hängen, daß Sie uns die Information nicht gönnen, die wir zu brauchen glauben, das halte ich nicht der parlamentarischen Billigkeit und dem Entgegenkommen entsprechend, welches die gesetzgebenden Körper einander leisten sollen.

Der Herr Vorredner meint, daß man in dem Wirtschaftsrate die objektive Wahrheit nicht finden würde. Ja, da möchte ich nur mit Pilatus fragen: Was ist Wahrheit auf diesem Gebiete? Ich weiß nicht, ob wir darüber jemals vielleicht in einzelnen Fragen klar würden, ob wir jemals darüber einig würden, was objektive Wahrheit ist. Die suchen wir auch in dem Sinne, wie der Herr Vorredner es meinte, nicht. Wir suchen Kenntnis über dasjenige, was dem bürokratischen Blicke vermöge der Stellung, von der er allein ausgehen kann, entgeht. Wir suchen Belehrung, und ich wiederhole, wir glauben sie zu bedürfen, ohne unwissender zu sein wie andere.

Einer[1] der Herren Redner hat mir gestern die Fähigkeit abgesprochen, in vier Jahren überhaupt etwas zu lernen. Nun, ich habe schon gesagt, daß ich meine Lernfähigkeit nicht über den Durchschnitt der Menschen stelle, aber ein Triennium, drei Jahre, sind noch das Äußerste, was die meisten von den Herren hier, die etwas hierüber gelernt zu haben glauben, für sich anführen können. Ein Jahr mehr noch, namentlich wenn man durch eine fünfzigjährige bewußte Erfahrung im Leben für die Dinge, die man lernen soll, vorbereitet ist, kann mich wirklich dahin bringen, daß ich — vielleicht irre ich mich — von den Dingen doch ebensoviel verstehe, wie der Durchschnitt von Ihnen, meine Herren, den Herrn Redner selbst eingerechnet — von der Allgemeinheit, in einzelnen technischen Richtungen vielleicht nicht — aber in der Gesamtheit glaube ich darüber ebensoviel Urteil zu haben, wie jeder von Ihnen. Die Herren müssen doch nicht glauben, daß ihnen die Wahl ihrer Mitbürger zugleich durch eine gewisse mystische Weihe alle die Intelligenz, die gesamte Klugheit der zehntausend Wähler überträgt, die hinter ihnen stehen. (Heiterkeit. O! links.) Meine Herren, Sie verstehen von der Sache nicht mehr als ich. Seien wir also beide bescheiden, und räumen wir beide ein, daß wir der Belehrung bedürfen, und setzen Sie sich nicht auf das hohe Pferd, daß Sie uns sagen: Wir — nämlich die Fraktion, der der Herr Vorredner angehört — wir wissen genug für beide, für Regierung und Reichstag, die Regierung braucht nichts von Sachkundigen zu lernen.

Der Herr Vorredner sagte noch ganz beiläufig: „Seitdem ich mich vom Herrn Minister Delbrück getrennt habe" — es ist das wieder einer jener historischen Irrtümer, die einreißen — der Herr Minister Delbrück hat sich von mir getrennt, und zwar einfach unter Berufung auf seine Gesundheit. Ich will die ärztlichen Details hier nicht erwähnen, die er mir anführte, und ich habe mich vergeblich bemüht, irgendein anderes Motiv, ein sachliches, von ihm herauszubringen unter dem Erbieten, ihm entgegenzukommen in dem, worüber er etwa klagen könnte. Er ist einfach dabei beharrt, sowohl Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber wie mir, sich auf seinen Gesundheitszustand zu berufen, und ich habe nicht den entferntesten Grund, anzunehmen, daß er mir, der ich mit ihm seit dem Jahre 1851 pari passu in wirtschaftlichen Dingen, er in Zollvereinsgeschäften und ich in Bundesgeschäften in Frankfurt zusammen arbeitete, daß er jemandem, mit dem er so lange bekannt und vertraut wäre, irgendwie nicht die volle Wahrheit bekannt hätte; es liegt das überhaupt nicht in seinem Charakter, nicht die Wahrheit zu sagen. Wenn ich damals gesagt habe: Davon verstehe ich nichts, fragen Sie Delbrück — so muß das doch gegenüber einem Manne wie Delbrück nicht so buchstäblich genommen werden; ich habe damit sagen wollen, Delbrück versteht davon mehr wie ich, er hat das Ressort in Händen, ich greife ihm nicht leicht ein ohne Besprechung mit ihm. Da ist doch der Herr Vorredner mit den üblichen Formen, die zwischen Leuten wie dem Minister Delbrück und ihm und mir bestehen, vertraut genug, um aus dieser meiner Äußerung nicht gleich ein öffentliches parlamentarisches Argument für meine Unwissenheit machen zu dürfen. Ich habe schon öfters gesagt, ich habe mich in dieses Ressort nicht gemischt, so lange es in der Hand Delbrücks war, der eine große Autorität hatte, der seinerseits auch die Verantwortung und die Vertretung davon übernahm. Sie haben auch aus dem, was ich eben anführte, entnehmen können, daß über seine Geschäftsführung kein Meinungsstreit zwischen uns bestand, und daß meine An-

[1] Abg. Eugen Richter.

erkennung seiner Autorität so groß war, daß die wesentlichen Zweifel, die bei mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Überlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht verzichten wollte. Ich habe damals solchen Wirtschaftspolitikern gegenüber, die sich darüber beschwerten, daß nicht alles gut ginge — und ich glaube, ich kann Zeugen dafür aufrufen — gesagt: Es ist möglich, daß wir stellenweis auf einem irrtümlichen Wege sind, und daß nicht alles richtig ist, was Minister Delbrück unternimmt; aber ich weiß nicht, wie ich die Lücke decken sollte, die entstehen würde, wenn er ausscheidet. Ich kann sein Anteil neben allem, was ich sonst zu tun habe, nicht übernehmen und weiß keinen Ersatz; ich muß mir, wie es so häufig im Leben ist, eine tüchtige Kraft mit ihrem Können und Leisten und mit ihren Irrtümern, wenn welche da sind, erhalten und kann da nicht einen Mann von der Bedeutung wie Delbrück behandeln einfach wie einen vortragenden Rat, dem ich sage: Ich habe Sie bitten lassen, nicht um Ihre Meinung zu hören, sondern um Ihnen die meinige zu sagen; so geht das nicht, sondern ich habe mit Kollegen doch nur den Gesamtdurchschnitt und das Fazit zu ziehen und abzuwägen, ob ich unerachtet einzelner Verschiedenheiten mit ihnen weiter arbeiten kann und muß oder nicht, und kann nicht in Einzelheiten sagen: Das verstehe ich besser.

Der Herr Vorredner hat nachher wieder auf eine rein preußische Frage, auf die Antwort, die ich in meiner Stellung als Handelsminister der Handelskammer zu Grünberg in Schlesien erteilt habe, Bezug genommen. Es ist vorauszusehen, daß darüber in Zukunft Verhandlungen im Preußischen Landtage stattfinden werden, da werde ich als Handelsminister Rede stehen. Hier will ich zur Erläuterung bloß anführen, daß die Berichte der Handelskammern gesetzlich vorgeschriebene, amtliche Aktenstücke sind. Wenn ich in diesen amtlichen Aktenstücken aber solche Widersprüche in den Ziffern, solche Widersprüche der Schlußziehung mit den Ziffern finde, wie darin, so müßten die Herren Berichterstatter selbst und die ganze Welt annehmen, daß ein Handelsminister, der sich ruhig solche Berichte einreichen läßt, ohne darauf zu reagieren, sie gar nicht gelesen hat, und daß er seine Schuldigkeit nicht tut. In einem amtlichen Berichte verlange ich vor allen Dingen Wahrheit; die habe ich darin nicht gefunden, und das habe ich offen gesagt und bin bereit, es zu vertreten, und wenn Zeit wäre, so würde ich es beweisen, indem ich alle diese Ziffern, die hier zur Hand liegen, Ihrem Sitzungsprotokoll einverleibte. Ich will Sie aber nicht damit langweilen, und Sie werden heut gewiß mit mir gern darauf verzichten.

Die Vorlage wird mit Zweidrittelmajorität abgelehnt.

20. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Januar 1882.

Auf der Tagesordnung steht folgende Interpellation des Abg. Freiherrn v. Hertling (Zentrum): „Liegt es in der Absicht der verbündeten Regierungen, in ihrer Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen die bestehende Fabrikgesetzgebung einer weiteren Ausbildung zu unterziehen, insbesondere in der Richtung, daß die Sonntagsarbeit tunlichst beseitigt, die Frauenarbeit weiter eingeschränkt und eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter verhindert werde, daß ferner spezielle Vorschriften über die im Sinne des § 120 Abs. 3 der Gewerbeordnung in den gewerblichen Anlagen vorzunehmenden Schutzmaßregeln erlassen und die mit der Fabrikinspektion beauftragten

Beamten mit umfassenderen Befugnissen ausgestattet werden?“ Nach der begründenden Rede des Interpellanten erwidert Fürst Bismarck in einer außerordentlich bedeutsamen Rede zur Sozialpolitik, in welcher er schon jetzt die Grenzen andeutet, bis zu denen er die sozialen Lasten für die Industrie erträglich hält. Ebenso stellt er hier die Frage, ob die Sonntagsarbeit, das Verbot der Frauenarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt für das Budget des Arbeiters erträglich ist. Ferner ist an dieser Rede so wichtig, daß er die Bildung von Berufsgenossenschaften als Träger und Leiter der Versicherung in den Vordergrund stellt. Hoffte er doch, durch diese Bildung von Berufsgenossenschaften im ganzen Volke die Grundlage für eine berufsständische Volksvertretung schaffen zu können, die er als sein Ideal bezeichnet hat.

Die Antwort, welche der Herr Interpellant als die ihm liebste bezeichnet hat, kann ich ihm nach meiner Überzeugung vorweg geben. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Ich glaube, daß die Anregung eine für den Augenblick unnötige war. Ich will nicht sagen, daß sie nicht eine dankenswerte Unterstützung der Bestrebungen der Regierung gewesen wäre, aber als solche halte ich sie wesentlich verfrüht. Der Herr Interpellant selbst ist sich darüber klar gewesen, daß die verbündeten Regierungen verwandte Anträge zu den seinigen noch in diesem Jahre voraussichtlich einbringen werden; er hat aber geglaubt, daß einige der von ihm angeregten Punkte unabhängig und vorweg erledigt werden könnten. Ich glaube im Gegenteil, daß sie nur in Verbindung mit den für das Frühjahr in Aussicht stehenden Vorlagen der verbündeten Regierungen sachgemäß erledigt werden können. Ich glaube, daß die meisten der Ziele, die der Herr Vorredner uns stellt, nur auf der Basis korporativer Assoziationen mit annähernder Sicherheit, ich will nicht sagen erreicht werden können, aber daß es nur auf dieser Basis möglich sein wird, ihnen so weit näherzutreten, wie es nach menschlicher Unvollkommenheit tunlich ist. Um diese Basis zu schaffen, steht uns noch mindestens ein arbeitsvolles Jahr, vielleicht mehr wie das bevor. Die Vorlage über die Berufsstatistik, welche Ihnen diese Session gebracht hat, ist die erste Grundlage davon, und es wäre mir lieber gewesen, diese Vorlage gefördert zu sehen, als eine Interpellation gestellt zu sehen, dessen Beantwortung mir der Herr Vorredner dadurch erschwert hat, daß er sie selbst beantwortet hat, und zwar so, daß ich seiner Beantwortung so sehr viel kaum hinzuzufügen haben werde.

Der Herr Vorredner hat die Schwierigkeiten und Schäden, von denen unsere Industrie und die Mitwirkung der Arbeiter an derselben begleitet ist, lebhaft und drastisch geschildert; er hat dadurch das Interesse der Regierung, die Sorgfalt, mit der die Regierung bemüht ist, diesen Schäden abzuhelfen, nicht steigern können, wenigstens die meinige nicht. Es ist, wie ich schon häufig wiederholt habe, die einzige Aufgabe, die mir die Notwendigkeit, im Dienste zu bleiben, willkommen macht, und der Herr Vorredner kann in dieser Richtung meinen Eifer nicht stärker beleben. Ob durch die akademische Diskussion, in die wir nach der erheblichen Rednerliste, die ich vor mir liegen habe, eingehen werden, diese unsere Aufgabe gefördert werden wird — ich glaube es und hoffe es, denn diese Aufgabe gehört zu denen, die, je mehr sie diskutiert werden, je mehr sie von den Schlacken und den Vorurteilen befreit werden, von den Irrtümern, die absichtlich oder unabsichtlich darüber verbreitet werden, um so mehr gewinnen und um so mehr Hoffnung auf Lösung bieten werden. Ich bin also in dieser Beziehung dem Herrn Vorredner dankbar, daß er über die Fragen, die wir bearbeiten, eine öffentliche Diskussion angeregt hat.

Wenn ich vor dem Feste den Wunsch geäußert hatte, diese Interpellation selbst beantworten zu können, so bin ich dazu nicht veranlaßt worden durch das Bewußtsein, daß ich

mehr darüber zu sagen hätte, als irgendein anderer sagen könnte, sondern gerade durch die Empfindung, daß sich in dem jetzigen Stadium über diese Fragen nur wenig sagen läßt, und daß das Wenige wesentlich in der Kundgebung meiner persönlichen Ansichten besteht. Die verbündeten Regierungen sind bisher nicht in der Lage gewesen, sich schlüssig zu machen; sie warten dazu das Material ab, an dessen Vorbereitung wir gegenwärtig arbeiten. Ich bin nicht einmal in dem Falle, wie sonst wohl, im Namen des Kaisers bestimmte, schon Gestalt habende Ziele zu bezeichnen, da Seine Majestät der Kaiser in Fragen von der Wichtigkeit wie diese die definitiven Entschließungen nicht faßt, bevor das Für und Wider sorgfältig und funditus erwogen ist. Die Ziele, welche der kaiserlichen Politik vorschweben, sind durch die kaiserliche Botschaft gekennzeichnet. Es handelt sich nun aber um die Wege, auf welchen sie zu erreichen sind, und die Wahl dieser Wege ist gleich wichtig wie die Festlegung des Zieles überhaupt, denn jeder Weg kann ein richtiger sein, er kann auch ein Irrweg sein. Ich muß sagen: Ich selbst bin meiner Überzeugung über die Wahl der Wege — über die Ziele bin ich mir ganz klar — aber der Wahl der Wege bin ich so unbedingt sicher nicht, daß ich Ihnen heute mit Bestimmtheit amtliche Andeutungen über das machen könnte, was ich hoffe etwa im Monat April dem Reichstage vorlegen zu können auf diesem Gebiete. Ich bin teils noch nicht mit mir darüber einig, teils nicht mehr in dem Maße, wie ich es früher war; noch nicht, weil ich der Belehrung bedarf. Ich bin nicht durch die Weihe der öffentlichen Wahl gegangen und bin deshalb auch nicht in der Lage, über alle Dinge der Welt eine feste, unabänderliche Meinung (o! links) rasch in promptu zu haben, sondern ich überlege mir die Dinge selbst, und wie ich in manchem Konzept über wichtige Sachen viel streiche, viel ändere, sie kassiere und wieder neu arbeite, so ist es auch in diesen Fällen. Ich glaube nicht, es schon erreicht zu haben; ich glaube nicht, diese Dinge, die sich der menschlichen Beherrschung in demselben Maße entziehen, wie der Organismus des menschlichen Körpers der ärztlichen, so zu durchschauen, daß meine Meinung nicht der Belehrung und Änderung unterworfen wäre. Ich sage dies in der Erinnerung daran, daß ich über die Unfallversicherung erst seit der Vorlage des vorigen Jahres die Überzeugung gewonnen habe, daß ohne korporative Unterlagen die Sache faktisch nicht ins Leben zu führen sein wird. (Hört! hört! links.) Die bei der Vorlage vom vorigen Jahre uns vorschwebende, auf den ersten Anblick gewählte — ich möchte sie bürokratische Einrichtung nennen (sehr richtig!), hat mich als Geschäftsmann überführt, daß die Masse der Geschäftsnummern, die entstehen würden, für keine Zentralbehörde zu bewältigen sein würde. Es ist also notwendig eine Arbeitsteilung geboten, und zwar eine solche, die den Interessenten mit heranzieht, und welche den schließlichen Ersatz des Schadens kombiniert mit der Aufgabe, den Schaden durch Aufsicht zu verhindern und einzuschränken — ich meine also, eine Beziehung der Fabrikinspektoren — um dies obiter zu berühren — zu den Korporationen. Die Korporationen sollen wesentlich aus den gleichartigen Gefahrenklassen bestehen, so daß derjenige, der die Schäden zu bezahlen hat, auf den die Beiträge umgelegt werden, der also zugleich das Interesse hat, sie zu verhindern, gerade wie eine Brandassekuration feuergefährliche Einrichtungen zu verhindern sucht, daß der auch zugleich die Aufgabe habe, bei seinen Genossen darüber zu wachen, daß sie nicht leichtfertig Unfälle herbeiführen. Das Korporationsinteresse soll die Fabrikinspektion unterstützen, die ja immer in ihrem staatlichen Charakter bestehen kann, aber meines Erachtens nicht isoliert bürokratisch, sondern

getragen von irgendeiner kollegialisch oder unter öffentlicher Kontrolle arbeitenden Korrektur; sonst kommen wir in persönliche Willkür, die selten, aber doch auch, in diesem Fache vorkommt.

Wenn ich sage, ich bin nicht mehr so fest in meinen Überzeugungen, wie ich es war, so habe ich eine Ursache davon schon erwähnt: die, daß ich mich überzeugt habe, daß die korporative Organisation, die wir in der früheren Unfallversicherungsvorlage nur fakultativ ermöglicht hatten, zwangsweise eingeführt werden muß. Ich glaube, es gibt keinen anderen Weg, welcher zu praktischen Erfolgen zu führen verspricht.

Eine andere Einwirkung, die mich einigermaßen irre gemacht hat in meinem Glauben an Erfolg, liegt im Ausfall der Wahlen. Ich kann mich der Tatsache nicht verschließen, daß gerade in den industriellen und Arbeiterkreisen vorzugsweise Gegner der Regierung gewählt worden sind, nicht überall, aber doch vorwiegend nach der Majorität. Ich muß also daraus schließen, daß die Arbeiter im ganzen mit den ihnen doch kaum unbekannten Intentionen der gesetzgebenden Initiative nicht einverstanden sind (Rufe links: Sehr wahr!), daß die Arbeiter also von den Herren, die eben „Sehr wahr!“ rufen, von den Herren, welche die freie Konkurrenz aller Kräfte, der Schwachen wie der Starken in allen Beziehungen vertreten, also von den Herren des Freihandels, des Gehenlassens, wie der Herr Vorredner sagte, des laisser faire, mit einem Wort, von der fortschrittlichen und sezessionistischen Politik mehr erwarten, als von den Reformversuchen der Regierung. Das liegt unzweifelhaft in den Wahlergebnissen eines großen Teiles unserer Wahlkreise, und das ist es, was mir in den Ergebnissen der letzten Wahlen am meisten zu Herzen gegangen ist. Ob die politischen Parteien sich etwas verschieben, ob etwas mehr von den Mittelparteien nach den extremen hin abgeht oder umgekehrt, daß muß ich mir gefallen lassen, und das macht mich nicht irre; aber diese Wahrnehmung, daß die Massen der Arbeiter selbst den Versuchen der Regierung, ihre Lage zu verbessern, in dem Maße mißtrauisch gegenüberstehen, daß sie lieber Vertreter der Richtung wählen, welche auf dem Gebiete der Wirtschaftlichkeit das Recht des Stärkeren befürwortet (Rufe links: Oho! hört!), und welche den Schwachen in seinem Kampfe gegen die Macht des Kapitals, gegen all die Gefahren, die der Herr Interpellant beredter, als ich es vermag, geschildert hat, im Stiche lassen, ihm jeden Beistand versagen und ihn dafür auf seine eigene Menschenwürde, auf die freie Konkurrenz und die Privatassekuranz und auf ich weiß nicht was noch für Worte hinweisen, kurz, die ihm jede Staatshilfe versagen. — Ich habe als das System, welches ich nach dem Willen Seiner Majestät des Kaisers zu vertreten habe, bei früheren Gelegenheiten aufgestellt: Wir wollen dahin streben, daß es im Staate womöglich niemanden oder doch so wenige wie möglich gebe, die sich sagen: Wir sind nur dazu da, um die Lasten des Staates zu tragen, wir haben aber kein Gefühl davon, daß der Staat um unser Wohl und Weh sich irgendwie bekümmert — daß die Zahl dieser nach Möglichkeit vermindert werde. Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große sagte schon: Je serai le roi des gueux, und er hat es nach seiner Art durchgeführt in strenger Gerechtigkeit gegen Hoch und Gering nach der Art, wie seine Zeit es mit sich brachte. Friedrich Wilhelm III. hat dem damals hörigen Bauernstande eine freie Stellung verschafft, in der es ihm gegeben gewesen ist — bis zu einer rückläufigen Bewegung, die vor etwa fünfzehn Jahren anfing — zu prosperieren und stark und unab-

hängig zu werden. Unser oder mein jetziger Herr ist von dem edlen Ehrgeiz beseelt, in seinem hohen Alter wenigstens noch die Hand angelegt und den Anstoß gegeben zu haben, daß für die heutzutage schwächste Klasse unserer Mitbürger, wenn auch nicht die gleichen Vorteile und Ziele wie für den Bauernstand vor siebzig Jahren, aber doch eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation, des Vertrauens, mit dem dieser ärmere Mitbürger in die Zukunft und auf den Staat, dem er angehört, sehen kann — daß noch zu Lebzeiten Seiner Majestät hieran Hand angelegt wird, und daß die Bewegung, die damit angeregt wird, vielleicht in einem weiteren Menschenalter ihre Ziele erreicht, wenn sie vielleicht auch wieder ersterben mag unter dem Drange der Zeit und der Gewalt anderer Kräfte. Er hat es sich als Ziel gesetzt, auf diesem Gebiete nach einem früher oder später erreichbaren analogen Zustand der Arbeiter zu streben, wie sein hochseliger Vater in der ewig denkwürdigen Emanzipation der Bauern, die an die Namen Stein, Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. sich knüpft. Mit dieser Tendenz ist ja das Gehenlassen, das Anweisen des Schwachen auf seine eigenen Kräfte und auf Privathilfe im diametralen Widerspruch. Nichtsdestoweniger und bei der vielbewährten Treue, mit welcher der gemeine Mann bei uns an seiner Dynastie und an seinem Königtum hängt, sind die Verheißungen, die Anerbietungen, die Anfänge einer emanzipierenden Gesetzgebung in den großen Zentren der Industrie von dem Arbeiter mit weniger Vertrauen aufgenommen worden, als die Anerbietungen der Herren, die kühl und legal sagen: Helft euch selbst, ihr seid dazu imstande, ihr seid stark genug, eure Unabhängigkeit erfordert das, vom Staate habt ihr nichts zu erwarten; kurz, die Niederlage, welche die Regierung oder die ich persönlich mit meinen Reformbestrebungen in den großen Zentren der Industrie bei den Arbeitern in der Wahl erlitten habe, hat mich bis zu einem gewissen Grade entmutigt; allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu tun, so lange ich im Dienste bin, und wenn ich auch ganz sicher bin, einer ausnahmslosen Opposition gegen das, was ich den Herren vorlege, entgegenzugehen — ich sehe den Korb, den ich bekommen werde, schon vor mir, ich muß ihn aber bekommen, um das Bewußtsein zu haben, meine Schuldigkeit getan zu haben. Ich kann also auch nicht einmal meiner eigenen Überzeugung, meiner Entmutigung, unter der ich spreche im Hinblick auf die Arbeiterwahlen, einen vollen und unbegrenzten Ausdruck geben, sondern muß meinen Dienst weiter tun. Ich muß wiederholen, und ich bin gewiß viel zu wortreich, um zu entwickeln, daß ich eigentlich wenig zu sagen habe, und ich will daher lieber ohne weiteres dem Wortlaut der Interpellation nähertreten.

Wenn ich sie in der Allgemeinheit beantworten könnte, wie die Frage gestellt ist, dann wäre es ja außerordentlich leicht, dann brauchte ich die verbündeten Regierungen nicht zu fragen. Unter ihnen ist keine so übelwollend, daß sie nicht dem Arbeiter seine Sonntagsruhe und die Möglichkeit, seinem Gottesdienst zu folgen, daß sie nicht dem Arbeiter und seiner Frau die Möglichkeit gönnte, mit der kürzesten Arbeitszeit die notwendige Einnahme sich zu sichern, deren er das Jahr hindurch bedarf, um zu existieren. Ich glaube aber, eine so kurze Antwort ist wohl nicht die Absicht der Herren Interpellanten gewesen, mit denen ich sonst wesentlich in ihren Bestrebungen auf diesem Gebiet, nicht überall, auch nicht vollständig, aber in der Hauptsache, mich einverstanden erkläre; sondern sie haben gewiß beabsichtigt, daß ich zu der akademischen Diskussion, die uns bevorstehen wird, auch meinerseits mein Scherflein beitrage und Material der Kritik entgegenbringe, und das wird ja

auch geschehen. Die Ansprüche des Herrn Vorredners — ich bitte um Verzeihung, wenn ich unter Schwierigkeiten spreche, ich bin noch nicht ganz hergestellt, wollte mich aber heute der gestellten Aufgabe nicht entziehen — die Anforderungen des Herrn Vorredners könnte ich um so sicherer mit einem einfachen Ja beantworten und mich dann wieder hinsetzen, weil ich mich dabei ganz innerhalb des Gebiets befinde, was ich mir erlaubte bei einer früheren Gelegenheit „praktisches Christentum" zu nennen, das heißt Betätigung unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiet der Nächstenliebe. Ich habe gefunden, daß in der Presse mehr als im Parlament diese Bezeichnung manchen Anstoß gegeben und manche Gegner geschaffen hat, denen das Wort „christlich" so scharf akzentuiert zu sehen, unangenehm ist — ich meine nicht von konfessionellen Unterschieden, ich meine nur von dem Unterschiede in dem Grade des Glaubens oder Nichtglaubens. Aber auch diejenigen, die an die Offenbarungen des Christentums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß doch die ganzen Begriffe von Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen sie ihre anderen Handlungen in dieser Welt einrichten, wesentlich nur die fossilen Überreste des Christentums ihrer Väter sind (sehr gut!), die unsere sittliche Richtung, unser Rechts- und Ehrgefühl noch heute, manchem Ungläubigen unbewußt, bestimmen, wenn er auch die Quelle selbst vergessen hat, aus der unsere heutigen Begriffe von Zivilisation und Pflicht geflossen sind. Ich glaube also auch ihnen und selbst denen, die einer anderen Konfession angehören, ist doch das Gebot der Nächstenliebe, das Gebot der Wohltätigkeit auch in ihrer Konfession ein vorherrschendes. Ich sehe daher nicht ein, mit welchem Recht wir für unsere gesamten Privathandlungen die Gebote des Christentums, lebendig oder fossil, anerkennen und sie gerade bei den wichtigsten Handlungen, bei der wichtigsten Betätigung unserer Pflichten, bei der Teilnahme an der Gesetzgebung eines Landes von 45 Millionen in den Hintergrund schieben wollen und sagen: Hier haben wir uns daran nicht zu kehren. Ich meinerseits bekenne mich offen dazu, daß dieser mein Glaube an die Ausflüsse unserer offenbarten Religion in Gestalt der Sittenlehre vorzugsweise bestimmend für mich ist und jedenfalls auch für die Stellung des Kaisers zu der Sache (Unruhe links) und daß damit die Frage von dem christlichen oder nichtchristlichen Staate gar nichts zu tun hat. Ich, der Minister dieses Staates, bin Christ und entschlossen, als solcher zu handeln, wie ich glaube, es vor Gott rechtfertigen zu können. (Bravo! rechts.)

Wenn ich also von diesem Standpunkt die Ansprüche — deren lebhafte Schilderung der Interpellant uns nach den Bedürfnissen und der Lage der Arbeiter gemacht hat —, die Ansprüche, die er darauf gründete, ohne seinerseits etwas zur positiven Lösung der Frage beizutragen — wenn ich die als vollständig gerechtfertigt anerkenne, so bin ich doch als Minister in einer anderen Lage, als ein einfacher parlamentarischer Redner, der von dem, was er sagt, eine unmittelbar praktische Folge, für die er selbst eine Verantwortlichkeit fühlte, nicht erwartet, und ich kann deshalb so dreist und entschlossen der Sache nicht nähertreten, wie das in der Interpellation geschehen ist. Es liegt in all den Aufgaben, die aus der Interpellation für unsere Gesetzgebung hervorgehen, die Frage: Wo ist die Grenzlinie, bis an welche man die Industrie belasten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, die ihm die Eier legt? Wenn man an die Industrie Forderungen stellt zur Erfüllung staatlicher Zwecke — und ein staatlicher Zweck ist die Herstellung eines höheren Maßes von Zufriedenheit bei allen Angehörigen, die der Industrie an sich ziemlich gleichgültig sein kann — wenn man die Anforderungen zur Erfüllung staatlicher Zwecke an die Industrie stellt, so muß

man sich die Grenze der Tragfähigkeit dieser Industrie doch sehr genau vergegenwärtigen (sehr richtig! links); das kann man wiederum meines Erachtens, wie der Herr Vorredner auch bemerkte, nicht en bloc und im ganzen, das wird man mit einzelnen Berufsklassen vielleicht können, unter deren Zustimmung und mit deren Mitwirkung. Aber wenn man, ohne diese Grenze zu respektieren, ohne sie auch nur zu ermitteln — und gerade dazu, meine Herren, nehme ich Ihre und die Hilfe des von Ihnen verkannten Wirtschaftsrats in Anspruch, um diese Grenze richtig zu finden — wenn man hineingeht, ohne die Grenze zu suchen, ohne sie zu respektieren, so läuft man Gefahr, die Industrie mit Anforderungen zu belasten, zu deren Erfüllung sie gar nicht imstande ist. Mit Schaden betreibt niemand eine Industrie, oder auch selbst für geringen Gewinn betreibt sie niemand; wer mit fünf Prozent seines Kapitals zufrieden ist, hat es bequemer, wenn er sich rein auf die Kuponschere verläßt, die brennt nicht ab, die versagt auch nicht, es ist ein reinliches Geschäft. Wer ein Risiko unternimmt durch Anlage großer Kapitalien in Unternehmungen, deren Verlauf niemand vorhersehen kann, der tut es für den Gewinn, den er dabei zu machen hofft, zur Vermehrung seines Vermögens, zur Versorgung seiner Familie. Schwindet dieser Gewinn, so tritt das Unglück für den Arbeiter ein, welches meines Erachtens viel größer ist als die lange Dauer der Arbeitszeit, nämlich die Gefahr der Brotlosigkeit mit dem Übergangsstadium der Lohnverringerung. Das ist das erste, worin sich das Übel fühlbar macht, daß es die Löhne verringert, wenn der Bedarf an Arbeit sich so mindert, daß, anstatt daß jetzt geklagt wird, es wird zu viel Arbeit verlangt, dann zu wenig verlangt wird, und daß dann für sechs Tage nur für drei Arbeit geboten wird, ja, daß schließlich die Industrie, auf die der Arbeiter nach seinem Wohnort, nach dem, was er gelernt hat, nach dem, was er gewohnt ist, angewiesen ist, ganz eingeht, und die schwierige Frage der vollständigen Brotlosigkeit in drohender Form erscheint. Man kann sich darüber nicht täuschen, daß jede von den Verbesserungen, die wir für den Arbeiter erstreben, mit einer Belastung der Industrie verbunden ist. Sind wir, wenn wir, auch selbst ohne es zu wollen, die Grenze berühren, wo die Belastung für die Industrie nicht erträglich ist, sondern die Folgen eintreten, die ich erwähnte — sind wir dann entschlossen, der Industrie, deren Opfer wir für Erfüllung der Staatszwecke in Anspruch nehmen, staatliche Zuschüsse zu geben? Die Fraktion, der der Herr Interpellant angehört, hat sich bisher dem versagt. Ich schrecke vor der Frage nicht zurück. Ich bin sehr weit entfernt davon, einem Teil der Staatsbürger sein Gewerbe zu erleichtern durch Zuschüsse von seiten der anderen; ich fasse die Sache nur so auf: Wenn man von einem Teil der Staatsbürger zur Erfüllung von Staatszwecken verlangt, daß er über das hinausgeht, was sein Gewerbe an sich von ihm fordert, nämlich den Arbeiter zu nutzen, wenn er Nutzen davon hat, ihn laufen zu lassen, wenn er keinen hat — wenn man ihm die Pflicht auferlegt, eine kürzere Arbeitszeit mit demselben Tageslohn einzusetzen, so muß man auch darauf gefaßt sein, daß die Industrie, um nicht zugrunde zu gehen, durch künstliche Zuschüsse zu halten sein wird. Das ist die Frage, vor der man steht, und die Herren, welche die Grenze, bei der sie beginnt, nicht überschreiten wollen, erlaube ich mir auf die Resultate der Erfüllung aller der in der Interpellation gestellten Forderungen kurz hinzuweisen.

Der Herr Vorredner hat von Arbeitszeiten gesprochen, die mir ganz unbekannt sind. Ich habe Fabriken in meiner Nachbarschaft, da ist die eigentliche Arbeitszeit eine neunstündige, mitunter eine zehnstündige, die Schicht eine zwölfstündige mit drei Stunden Ruhe;

es sind das auch Industrien, die vierundzwanzig Stunden die ganze Woche durcharbeiten und wo die Leute auch zwölf Stunden in der Fabrik oder in ihrer Wohnung, danebenliegend, in der Nähe der Fabrik, anwesend sind und von diesen zwölf Stunden in bestimmter Einteilung in mehreren Abschnitten drei Stunden ruhen und neun Stunden in der Fabrik sich aufhalten. Wenn in irgendeiner Industrie eine sechzehnstündige Arbeitszeit gefordert wird, so bedauere ich die Lage dieser Industrie, denn ich halte das für eine Last, die auf die Dauer nicht zu tragen ist. Wenn man sich aber vergegenwärtigt — ich will nicht von sechzehn Stunden sprechen, ich halte das für eine Ausnahme — den Unterschied zwischen einer vierzehnstündigen und einer zehnstündigen Arbeitszeit, wenn für die Herstellung eines Quantums verkäuflicher Ware hundert Arbeitsstunden erforderlich sind: welches ist der Unterschied, der sich für den Unternehmer herausstellt, wenn er für diese hundert Stunden sieben Arbeitstage zu vierzehn Stunden oder zehn Arbeitstage zu zehn Stunden zu bezahlen hat? Es macht das auf das gesamte Lohnkonto eines solchen Unternehmers einen Unterschied von drei Siebentel, also sagen wir über 40 Prozent. Wenn Sie nun ein mäßiges industrielles Unternehmen ins Auge fassen, welches hundert Arbeiter nach dieser Rechnung hat, und jeder Arbeiter hat einen Jahresverdienst, wie das gewöhnlich angenommen wird, von 750 Mark, so ist das ein Gesamtaufwand des Unternehmers von 75 000 Mark. Nehmen Sie davon 40 Prozent, vier Zehntel, als Zuschlag wegen der verkürzten Arbeitszeit ohne Reduktion des Lohns, so haben Sie einen Zuschlag von 30 000 Mark Arbeitslohn und steigern die Kosten der Fabrik von 75 000 auf 105 000 Mark. Es wird mich freuen, wenn die Industrie das tragen kann. Kann sie es aber nicht tragen, dann schädigen wir den Arbeiter in viel höherem Maße, als wir ihn erleichtern, indem wir ihm die Industrie stören, auf die sein ganzer Lebensunterhalt basiert ist, wir kommen dann zu trostlosen Zuständen bei einem großen Teil der Bevölkerung, für die der Gesetzgeber die Verantwortung hat, weil sein Eingriff — ich möchte sagen — roh, gewalttätig und ohne sorgfältige Prüfung der Situation erfolgt ist, und dem Arbeiter ist damit am allerwenigsten gedient.

Wenn man nun diese drei Punkte, die in der Interpellation voranstehen, die Sonntagsarbeit, die Frauenarbeit und die Ausdehnung der Männerarbeit — sie haben das miteinander gemein, daß sie die Zeitfrage betreffen — wenn man sie kumuliert, die Beseitigung der Sonntagsarbeit in denjenigen Geschäften, wo sie bisher üblich ist — ich will es ja nicht rechtfertigen, aber ich rechne mit den gegebenen Verhältnissen, wie wir sie tatsächlich haben — es repräsentiert immer, sowohl für das Einkommen des Arbeiters wie für den Unternehmer, ein Item von einem Siebentel des Lohns. Kann der Arbeiter nun das Siebentel Lohn, also 14 oder 15 Prozent seines wöchentlichen und jährlichen Einkommens, etwa auf die anderen Wochentage schlagen, so ist es gut, dann bleibt seine Jahreseinnahme dieselbe; kann er das nicht, so vermindert sein Budget sich um ein Siebentel, also bei einem Durchschnittseinkommen von 750 Mark etwas über 100 Mark. Mir liegt — ich will nachher darauf kommen, es betrifft die Arbeitszeit der Männer — eine Jahresrechnung vor, die Arbeiter in einer Petition aufstellten, wobei ich sagen muß, daß 100 oder gar 107 Mark bei dieser Rechnung in keiner Weise zu erübrigen sind in dem Budget eines Arbeiters, aber man muß sich doch klarmachen: Wo soll das Ergebnis der Sonntagsarbeit in dem Budget des Arbeiters oder in den 14 Prozent, die etwa noch auf die Lohnausgabe des Unternehmers aufzuschlagen sind, im Zusatz zu der Rechnung von 40 Prozent, die wir vorhin hatten, her-

kommen? Ich weiß es nicht. Kann die Industrie solche Auflage tragen? Wir müssen uns die Ziele nicht zu hoch stellen; wie hoch wir sie stellen dürfen, werden wir meines Erachtens erst beurteilen können, wenn wir zu korporativen Bildungen gelangt sein werden, wo wir dann mit jeder einzelnen verhandeln können und wissen, wie weit sie in Konzessionen den Staatszwecken gegenüber gehen kann ohne Zuschuß. Das werden wir aber frühestens im nächsten Frühjahr auf Grund der Ihnen dann zu machenden Vorlagen in Angriff nehmen können; bis jetzt bin ich außerstande, darüber ein Urteil zu geben. Eine Verminderung des Arbeitstages von vierzehn auf zwölf Stunden, von zwölf auf zehn, beträgt immer noch etwas wie 20 Prozent; können wir die auferlegen? und wenn ich den Sonntag noch abziehe und 14 Prozent noch weitere Reduktion zuschlage, können wir, kann die Industrie die decken?

Dasselbe findet auf die Frauenarbeit Anwendung. Ich halte es im höchsten Maße wünschenswert, wenn die Fabrikarbeiter auf den Fuß gelangen könnten, auf dem die ländlichen Tagelöhner fast überall stehen, daß die Frau in der Regel nicht mit auf Arbeit geht, sondern den ganzen Tag zu Hause bleibt, mit alleiniger Ausnahme der Zeit, wo in der Landwirtschaft Not am Mann ist, also der verschiedenen Ernteprozeduren. Ob das bei den Fabrikarbeitern erreichbar ist, das weiß ich nicht, aber das, was die Frau bisher verdient, mag es die Hälfte, ein Drittel oder zwei Drittel von dem Verdienst des Mannes sein — es ist zum Budget von 750 Mark immer ein Zuschuß, der bisher nicht entbehrt werden kann. Ich erinnere mich aus meinen eigenen Erlebnissen, als zuerst die Einrichtung zum Schutz der jugendlichen Arbeiter bei uns erfolgte, daß die Mütter auf dem Lande zu mir gekommen sind, mir Vorwürfe gemacht und verlangt haben, ich sollte ihnen angeben, was sie mit diesem unbeschäftigten und ihnen zur Last liegenden Jungen zu Hause machen sollen; früher habe er etwas verdient, jetzt verfalle er dem Müßiggang und anderen schlimmeren Lastern mit den übrigen Kameraden. Es hat ja diese sehr humane und vortreffliche Einrichtung, die Jugend und die zartere Konstitution schützen zu wollen, auch ihre Kehrseite, wie sich hier jeder vergegenwärtigen kann, der weiß, was für Neigungen in einem Jungen, der sich in den sogenannten Flegeljahren befindet, von zwölf bis sechzehn Jahren, auftauchen, wenn er zum Müßiggang gesetzlich verurteilt wird.

Dann, was die Arbeitszeit der Männer betrifft, so findet auf diese, da diese drei Fragen sehr verwandt sind, die Sonntags-, die Frauen- und die Männerarbeit, dasselbe Anwendung. Im Gegensatz zu dem Herrn Interpellanten darf ich aus den Petitionen schließen, die mir zugehen, daß die Hauptklage über die zu lange Arbeitszeit der Männer geführt wird; mir ist noch nie eine Petition gegen die Arbeit der Frauen oder Kinder zugegangen, vielleicht deshalb, weil die Schreiber der Petitionen eben die Männer sind; aber die Klagen über die zu lange Arbeitszeit der Männer, namentlich infolge der jüngsten Aufbesserung der Geschäfte, besonders in den Bergwerken, die Klage über die Überschichten, die ist eine sehr allgemeine. Eine Gesellschaft von Petenten begleitet die mir vorliegende Anforderung auf Verminderung der Arbeitszeit mit der Darstellung des Budgets eines Arbeiters, aus welchem folgt, daß dieses Budget einen Ausfall durch Kürzung der Arbeitszeit nicht verträgt, falls nicht der Unternehmer in der Lage ist, den Schaden einzubüßen; da wird aufgestellt bei einem Budget von 750 Mark im Jahr, das heißt 300 Arbeitstage zu 2 Mark 50 Pfennige, ein Bedarf an Hausmiete von 100 Mark, Feuerungsbedarf an Kohlen 30 Mark, Seife 50 Mark, Öl 26 Mark, Steuern 29 Mark; nun vermute ich, daß

diese Steuern hauptsächlich in Kommunalzuschlägen bestehen, denn es ist ja dies eine der größten und am meisten belasteten rheinischen Städte, denn an Staatssteuern kann ein Arbeiter mit 750 Mark Einkommen unmöglich 29 Mark bezahlen, und ich hoffe, wenn die Herren uns das Tabakmonopol bewilligt haben werden (Heiterkeit), daß diese Klasse im Staate ganz steuerfrei gestellt, und die Klassensteuer als ein Übel vollständig aus der Welt geschafft werden kann, aber wie es scheint, dauert dies noch lange — also 29 Mark Steuern, Kleidungsstücke für die Familie 150 Mark, das macht also ohne leibliche Pflege 350 Mark. Diese abgerechnet von 750 Mark, bleiben 400 Mark, und davon kann nach der Erklärung der Bittsteller eine Familie von fünf bis sechs Gliedern nicht leben. Nun vermute ich, daß in der Familie von fünf bis sechs Personen Frau und Kinder auch etwas verdienen, und daß das hinzutritt, und Ziffern sind bekanntlich unzuverlässig, vielleicht auch diese, aber die Nennung von Ziffern führt meines Erachtens die Diskussion auf das praktische Gebiet, wo im Raume die Dinge sich hart aneinander stoßen, während die Gedanken den Zusammenstoß leicht überfliegen, und deshalb möchte ich das vorgetragene Budget zu beherzigen bitten. Soll es nicht durch Verminderung der Arbeitszeit noch verkürzt werden, so fragt es sich: Kann man den Unternehmer zu einem Zuschuß nötigen, ohne daß er zur Geschäftsauflösung schreitet, ohne daß infolgedessen der Arbeiter brotlos wird, denn mit Schaden arbeitet kein Unternehmer? —

Es sind das alles Fragen von großer Schwierigkeit, deren Lösung wir bisher nicht näher getreten sind, auch nicht durch Mittel, die uns die Interpellation angegeben hätte. Ich bin indessen sehr gespannt, ob nicht in der Diskussion die Herren, die das Wort ergreifen werden, der Regierung zu Hilfe kommen werden mit praktischen Vorschlägen, die den Übelständen abhelfen, ohne die Schäden, die ich befürchte, und die mich ängstlich machen. Die Rednerliste, die vorliegt, besteht aus den Herren, die sich am meisten und mit dem größten Erfolg mit solchen wirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben; ich hoffe also noch in diesen Reden einigen Ersatz zu finden für die Versagung des Wirtschaftsrats, der wir uns gegenüber sehen. (Heiterkeit.)

Ich erlaube mir noch in Bezug auf die allgemeine Beschränkung der Arbeitszeit, die der Herr Vorredner schon selbst abgelehnt hat, einiges zu bemerken. Auch in dem einzelnen Geschäft kann man doch genau und diktatorisch die Arbeitszeit nicht für alle Fälle beschränken. Jedes Geschäft hat seine Ebbe und Flut. Wir brauchen bloß an die Zeit der Festtage hinter uns zu erinnern. Welches Berliner Geschäft hat nicht seine Flut gehabt im Monat Dezember vor Weihnachten? Und so ist bei anderen Geschäften in anderen Jahreszeiten in regelmäßiger Wiederkehr Ebbe und Flut. Wollte man dieselbe Arbeitszeit oder ein Maximum der Arbeitszeit ansetzen, was nicht überschritten werden darf, in einer Weihnachtszeit, wo die Leute, um zu verdienen, mit Vergnügen die Nächte daran setzen, um zu arbeiten, so würde man hart und störend in ihre freie Erwerbstätigkeit eingreifen. Aber auch in anderen Geschäften unabhängig von Festen und von solchen Zeiten kommen nach der Natur des Verkehrs doch Ebbe und Flut vor. Wenn nun zuzeiten, wo großer Begehr nach einem bestimmten Produkt ist — wir wollen sagen, nach den Kohlen — die Kräfte nicht mehr angespannt werden können und dürfen, wie in denjenigen Zeiten, wo man die Kohlen umsonst anbietet und kann sie nicht loswerden, und wo die Schichten so reduziert werden müssen, daß nur drei dem einzelnen in der Woche bewilligt werden,

dann kommt die gesamte Bergwerksindustrie, die auf dem Jahresverkehr beruht, zu kurz. Es muß eine Freiheit der Bewegung sein, bei stärkerem Verkehr die Arbeitskräfte stärker heranzuziehen, als es bei schwächerem Verkehr der Fall ist.

Es tritt ferner bei der Normierung eines Arbeitstages noch eine Gefahr ein, das ist diejenige, daß das Maximum, welches damit bestimmt wird, an vielen Orten die bestehende Arbeitszeit übersteigt, denn man kann das Maximum nicht zu niedrig halten. Wenn man also da, wo zu meiner Verwunderung sechzehn- oder vierzehnstündige Arbeitszeit üblich ist, eine zwölfstündige Arbeitszeit einführt, so werden alle die Geschäfte, die bisher eine zehnstündige haben, sich sagen: Warum sollen wir nicht zwölf Stunden annehmen? und man würde dann diese Arbeiter schädigen, wenn man nicht abwartet, bis die Berufsklassen sich gebildet haben, die in sich eine Korporation herstellen können, die ungefähr gleichartige Interessen vertritt, mit der man nachher verhandeln könnte, und von der man erwarten kann, daß sie auch ihre eigenen Interessen dabei wahrnehmen wird.

Ich erlaube mir noch, auf die Fabrikinspektoren in bestimmterer Weise als vorher zurückzukommen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausbildung dieser Institution von den Regierungen keineswegs aus den Augen verloren ist, sondern daß wir nur eine Pause gemacht haben, um wo möglich die korporativen Grundlagen auch hierfür zu gewinnen, so daß demnächst der Fabrikinspektor unter der Kontrolle der Korporation ebensowohl wie des Staates steht. Als ich zuerst praktisch mit diesen Fabrikinspektoren in Berührung gekommen bin, habe ich sofort das Bedürfnis empfunden: hier muß die Kontrolle der Öffentlichkeit und ein Appell an irgendeine der Sache fremdstehende kollegiale Entscheidung sein; es kann von einer einzelnen Person und ihrem Dafürhalten nicht definitiv abhängen, was geschehen muß. Unter diesen Herren sind ja ganz ausgezeichnete Beamte, welche die Hoffnung der Zukunft auf Vervollkommnung der Einrichtung bilden. Es sind aber auch andere, die mit weniger Sicherheit und weniger zweckmäßig sich bewegen, und bei solchen isoliert stehenden bürokratischen Beamten kommt häufig das Selbstgefühl und die Vorliebe für eigene Erfindungen und Theorien in einer Weise mit in Frage, daß da der Gewerbetreibende mit den geringen Rechten, die er dem Beamten gegenüber hat, fürchtet, sich diesen zum Feind zu machen, und lieber in Schädigung und in einen Zustand von Bedrückung und Verstimmung gerät. Deshalb glaube ich, daß auch diese Einrichtung, wenn sie weiter ausgebildet wird, wofür ich durchaus stimme, der Kontrolle und der Mitwirkung der Korporation der Beteiligten unterzogen werden sollte. Es kann das um so wirksamer sein, wenn die Körperschaft der Beteiligten zugleich diejenige ist, welche unter fehlerhaften Einrichtungen durch Deckung der Unfälle, die daraus hervorgehen, zu leiden hat. Dieselbe Solidarität der Interessen, die wir in den Korporationen erstreben, kann zugleich dahin wirken, daß die Kräfte, die der Arbeitgeber zu verwenden hat, mehr als bisher geschont werden; namentlich wenn wir dahin gelangen sollten, was im weiten Felde steht, auch zur Altersversorgung zu kommen, dann liegt es im Interesse der gesamten Korporationen, die Behandlung des Arbeiters bei allen seinen Kollegen in der Korporation, bei allen Mitgliedern so eingerichtet zu sehen, daß das Bedürfnis der Altersversorgung nicht zu früh eintritt.

Ich hatte mir noch gewisse Einzelheiten notiert, ich glaube aber, ich habe sie im Laufe meiner Äußerungen schon berührt und kann also mit der Versicherung schließen, daß mich

die ganze Darlegung des Herrn Vorredners sympathisch berührt hat, daß ich aber auch ihn und seine Gesinnungsgenossen bitte, die Schwierigkeiten, die einer praktischen Ausführbarkeit des Wünschenswerten — die Wünsche teilen wir ja — entgegenstehen, auch ihrerseits zu würdigen und nicht zu große Hoffnungen, nicht unerfüllbare Hoffnungen zu erregen, und daß ich Sie bitte, mit Geduld den Zeitpunkt abzuwarten oder den Zeitraum — ich hoffe, er wird im April d. J. beginnen — wo die verbündeten Regierungen in der Lage sein werden, nach den Intentionen des Kaisers das Bestreben zu betätigen, daß auch bei den bisher Schutzlosen im Staate sich die Überzeugung aus der Praxis allmählich einbürgert, daß der Staat nicht bloß sich ihrer erinnert, wenn es gilt, Rekruten zu stellen, oder wenn es gilt, Klassensteuern zu zahlen — ich hoffe, daß wir über diesen Fehler unserer steuerlichen Einrichtungen mit der Zeit ganz hinwegkommen können — sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden. (Bravo! rechts.)

33. Sitzung des Deutschen Reichstags.

24. Januar 1882.

Gegen die mit immer erneuter Kraft vorgetragenen Behauptungen des Linksliberalismus, daß der Monarch, wie bei der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, nicht das Recht der eignen Meinungsäußerung besitze und daß konstitutionelle Regierung in Wahrheit die Herstellung des parlamentarischen Regierungssystems erfordere, daß der König wie in Westeuropa, nur herrsche, aber nicht regiere, gegen diesen wachsenden Druck der Opposition führte Bismarck das schwerste Geschütz ins Gefecht: folgenden Erlaß Wilhelms I. an das preußische Staatsministerium über die Selbstregierung des Königs von Preußen, der die Frage nach dem Verhalten der politischen Beamten bei den Wahlen beantwortete und der in der offiziösen Provinzialkorrespondenz eine Erläuterung dahin fand: der König regiert und herrscht in Preußen: „Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlaß der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung verfassungsmäßig durch sie ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Die Verfassung Preußens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwicklung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht übertragen, denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Notwendigkeit für Preußen. Es ist deshalb Mein fester Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gesetzgebenden Körpern des Reichs über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preußen jederzeit bestandene und durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Notwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung Meinen Regierungsakten die Natur selbständiger königlicher Entschließungen benommen hätte. Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrung gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Dank erkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten. Berlin, den 4. Januar 1882. Wilhelm. v. Bismarck.“ Obwohl diese preußische Angelegenheit eigentlich nicht vor den Reichstag gehörte, bringt der Abg. Haenel die Veröffentlichung dieses Erlasses im bedauernden Tone zur Sprache und wirft Bismarck

vor, daß er sich mit der Person des Monarchen decken wolle. Durch die Mahnung an die Beamten würde die Person des Herrschers von neuem in den Wahlkampf gezogen; er behauptet zum Schluß, daß die Liebe, Treue und Anhänglichkeit an Kaisertum und Königtum in Deutschland und in den neuen Provinzen Preußens identisch sei mit der Liebe und Anhänglichkeit an die konstitutionelle Verfassung dieser Länder. Fürst Bismarck zeichnet in seiner großen Antwortrede das Wesen und die Bedeutung der Monarchie für Deutschland:

Der Herr Vorredner ist, wie ich höre, im Anfang seiner Rede zweifelhaft gewesen über seine Legitimation, hier im Reichstage einen Erlaß des Königs von Preußen, an Seine Minister gerichtet, zu besprechen. Ich muß ihm überlassen, sich mit seiner Legitimation als Reichstagsabgeordneter abzufinden; ich bestreite sie nicht. Die meinige ist mir ganz zweifellos. Wenn ich hier als Reichskanzler und nur als solcher existierte, so wäre ich vielleicht zweifelhaft, aber ich muß da eine Fiktion — der Verfassung gegenüber ist es eine Fiktion — berichtigen: Der Reichskanzler, so oft er hier genannt wird, ist eigentlich hier gar nicht anwesend. Nach Artikel 9 der Verfassung haben die Mitglieder des Bundesrats und nur diese, resp. die vom Bundesrat ernannten Kommissarien, das Recht, hier zu erscheinen und jederzeit gehört zu werden, um die Ansichten ihrer Regieruug — so steht es in der Verfassung — zu vertreten. Ich bin also vollständig berechtigt, wenn ich die Ansicht meiner Regierung über den von mir kontrasignierten und verantwortlich vertretenen Erlaß hier nach Artikel 9 der Verfassung vertrete.

Nach Artikel 6 der Verfassung werden die Mitglieder des Bundesrats, die also allein berechtigt sind, hier zu erscheinen, von den „Bundesgliedern" ernannt, der Reichskanzler aber wird von Seiner Majestät dem Kaiser ernannt, und der Kaiser gehört nicht zu den bei der Einteilung der Ernennung der Bundesratsmitglieder aufgeführten Bundesgliedern. Der Kaiser als solcher ist im Bundesrat nicht stimmführend vertreten. Der Reichskanzler hat den Vorsitz, aber wenn es Seine Majestät der Kaiser nicht für gut findet, einen der preußischen Bevollmächtigten im Bundesrat zum Reichskanzler zu ernennen, weil vielleicht keiner derselben ihm dazu geeignet scheint, dann ist es sehr fraglich, ob der Reichskanzler hier das Vergnügen haben kann, wenn es eins ist, vor Ihnen zu reden.[1] Ich bin also hier und spreche hier in meiner Eigenschaft als königlich preußischer Bevollmächtigter. Als solcher ist meine Legitimation nicht zweifelhaft; im Gegenteil, ich ergreife mit Vergnügen die Gelegenheit, die Ansichten meiner Regierung hier auszusprechen. Ich würde nicht den Mut gehabt haben, meinerseits hier die Initiative zu ergreifen; nachdem sie aber ergriffen ist, so bin ich dafür dankbar.

Der Erlaß hat in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, steht auch in keiner Verbindung mit irgendwelchen Aussichten auf Konflikt. Wenn der Herr Vorredner von dem hochseligen Könige von Bayern sprach, der Frieden mit seinem Volke haben wollte, so hat den der jetzt regierende König von Preußen im vollsten Maße. (Bravo! rechts.) Er hat nur mit einigen Fraktionen des Landtags nicht den vollen Frieden, wie er wünschte, aber doch auch keinen Konflikt; und einen Konflikt — meine Herren, das sind fromme Wünsche — einen Konflikt, den werden Sie nicht haben. (Heiterkeit rechts.) Und wenn der Herr Vorredner das an Wiener Blätter — und an was für Wiener Blätter! an solche, die in französischem Solde stehen — anknüpft, so sollte man solche Autoritäten in diesen Räumen doch überhaupt nicht zitieren; gegen den Konflikt übernehme ich

[1] Vergl. zu dieser Ausführung die späteren Pläne Bismarcks, den Reichstag dadurch lahmzulegen, daß er sich kein preußisches Mandat zum Bundesrat mehr ausstellen ließ: Gedanken und Erinnerungen Kap. 33 und Egmont Zechlin: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II., S. 44 ff.

die Garantie, meine Herren! — ja, auch selbst, wenn er von anderer Seite gesucht werden sollte, Sie werden ihn nicht finden!

Aber, wenn der Erlaß kein neues Recht hat schaffen wollen, so hat er den Zweck, wie aus seinem Inhalt ja hervorgeht, die Verdunkelung des bestehenden Rechtes zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der Preußischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preußischen geschriebenen Rechte, als ob die zufällig in anderen Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgendwelche Gültigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten. Das Ergebnis dieser Legendenbildung, die wir ja im vollsten Umfange in wucherischer Üppigkeit in der Rede des Herrn Vorredners hier vor uns haben entstehen sehen, geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere, im Sinne des französischen régner — wir, nach richtigen preußischen Traditionen, unterscheiden beides nicht — aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Betätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des Preußischen Landtags. Wie man sich nach französischen Begriffen eine solche Regierung denkt, finde ich in dem ausgezeichneten Werk von Taine „L'origne de la France contemporaine" gesagt, nach welchem der König der Girondins „serait une espèce de président honoraire de la république, auquel ils donneraient un conseil exécutif nommé par l'Assemblée, c'est-à-dire par eux-mêmes".

Das ist ungefähr das konstitutionelle Ideal der ministeriellen Regierung, die dem selbstregierenden König von Preußen gegenübergestellt werden könnte, und die dann allerdings, gestützt auf eine sichere und wohlgeschulte Majorität, sehr wohl imstande wäre, das Ideal zu realisieren, was beispielsweise der Abgeordnete Mommsen in seinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königtum verschwinden würde zu der Rolle schattenhafter Erbkönige, die, wenn man einen neuen Minister braucht, aus den Kulissen vorgeführt werden und unterschreiben und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der landtäglichen Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, ein neues Ministerium — mit anderen Worten — angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommsen mit einer für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit (Heiterkeit rechts) mir vorwirft — ich kann nur annehmen, daß die Vertiefung in die Zeiten, die zweitausend Jahre hinter uns liegen, diesem ausgezeichneten Gelehrten den Blick für die sonnenbeschienene Gegenwart vollständig getrübt hat (Heiterkeit rechts), sonst hätte er unmöglich in Reden, die er gehalten hat, mir schuld geben können, daß die „Reaktivierung des absoluten Regiments" erstrebt werde, in der Rede: „Es geht um die Zukunft des deutschen Verfassungsstaates! — Rettet, was noch gerettet werden kann! Es gilt die Reaktivierung des absoluten Regiments" — es ist wirklich eine nationale Beschämung für mich, wenn ich einen so ausgezeichneten Gelehrten, der unseren Ruhm dem Auslande gegenüber als Historiker vertreten soll, bezüglich der Gegenwart so reden höre — also dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdiktatur ist etwas, was gerade

dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Miniſterregiment an die Stelle des königlichen Regiments ſetzen, wenn es Ihnen gelingt — es wird Ihnen aber nicht gelingen, denn Sie haben gar keine Unterlage hinter ſich, die preußiſche Verfaſſungsurkunde weiß davon garnichts. Es iſt das eine Urkunde, die, fürchte ich, viel zu wenig geleſen wird; viele Leute haben ſie auf ihrem Tiſche liegen, ſehen ſie aber niemals an. Ich will nur den Titel von dem Könige leſen: von den Miniſtern iſt nur ganz kurz in der Verfaſſung die Rede, wo geſagt wird, daß ſie verantwortlich ſein ſollen, und wie ſie angefaßt werden ſollen, wenn ſie das Mißfallen der Majoritäten ſich zugezogen haben. Es heißt in Tit. 3, „vom Könige“, Art. 43: „Die Perſon des Königs iſt unverletzlich.“ Nun, das iſt ſie, Gott ſei Dank, in Preußen immer geweſen, und es hat außer einigen Verbrechern, die dem Strafgeſetz verfallen, noch nicht jemand über ſich gebracht, die Perſon des Königs zu berühren, zu ſchädigen, kurz, ſeine Unverletzlichkeit zu mißachten. Zu derſelben rechne ich auch, daß das königliche Anſehen, die königliche Würde, die Ehre des Königs in Worten geſchont wird überall, wo der König erwähnt wird. Dieſer Paragraph ſagt meines Erachtens: In allen Diskuſſionen, wo vom Könige die Rede iſt — wenn ich etwa, wie Luther die zehn Gebote in ſeinem Katechismus weiter ausſpinnt, hier die feineren Konſequenzen ausführen ſoll, ſo heißt dies nach der Verfaſſung: ihr ſollt vom Könige nicht anders als in Ehrerbietung ſprechen und nicht in ſo unehrerbietiger Weiſe, wie es hier in dieſem Jahre vorgekommen iſt. (Bewegung und Widerſpruch links.) Meine Herren, ich meine die Rede des Herrn Abg. Dr. Virchow[2]. (Bravo! rechts.)

Die Miniſter des Königs ſind verantwortlich. — Nun, gut! Gewiß ſind wir das, und ich ſchrecke vor dieſer Verantwortlichkeit nicht zurück. Mein Name ſteht auch unter dieſem Erlaß, und ich bin, obſchon im Krankenrecht, heute erſchienen, weil mein Name darunter ſteht. Die Miniſter ſind verantwortlich: Ich kann mich auch verantwortlich machen für meine eigenen Handlungen und kann mich auch verantwortlich gemacht haben durch eine Bürgſchaft, die ich übernehme für Handlungen eines anderen, und ich habe mich verantwortlich gemacht auch für alle Handlungen meines Königs, die ich gegenzeichne, und auch für die, welche ich nicht gegenzeichne, werde ich am letzten Ort die Verantwortlichkeit gern übernehmen. (Bravo!) Das ändert alſo gar nichts am Königsrecht; die Regierungsakte, welche zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, ſie bleiben doch Regierungsakte des Königs. Sie werden ja als ſolche hier in der Verfaſſung ausdrücklich bezeichnet: Regierungsakte „des Königs“ bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung.

Sind ſie gegengezeichnet, werden ſie dadurch etwa „miniſterielle“ Akte? Iſt der König dabei Nebenſache und der Miniſter die Hauptſache, die miniſterielle Unterſchrift, die tief unten in der Ecke ſteht? — Ja, meine Herren, wie Sie das mit der weitgetriebenen Verehrung, die der Herr Vorredner für die königliche Stellung hat, zuſammenbringen wollen, daß Sie den Hauptakzent von den beiden Unterſchriften, die untereinander ſtehen, wie unter dieſem Erlaß, auf die Miniſterunterſchrift legen, verſtehe ich nicht. Es iſt ganz erklärlich, wenn man ſich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König ſo hoch ſteht und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Menſch mehr merkt und kein Menſch mehr ſpürt vor

[2] Abgeordneter Virchow hatte am 11. Januar ausgeführt, man komme in die ſchwierigſte Lage, wenn das, was der Reichskanzler in Beziehung auf die Unfallverſicherung mitgeteilt habe, daß er von einer Seſſion auf die andere eine totale Konverſion ſeiner Anſichten durchgemacht, ſich fortſetze auf alle Gebiete, und wenn Seine Majeſtät auch in demſelben Maße mitgehe.

lauter Verehrung; nicht aus Herrschsucht stellen Sie ihn so hoch, nein, aus lauter Verehrung für das Königtum, so daß er zuletzt, wie früher der geistliche Kaiser in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird, von unten, auf einem Gitter gehend, so daß man nur seine Sohlen sehen kann. Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr, als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand; bei uns aber regiert der König selbst, die Minister redigieren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht.

Dem König allein — sagt die Verfassung — steht die vollziehende Gewalt zu — von den Ministern ist gar nicht die Rede.

„Der König besetzt alle Stellen in allen Zweigen des Staatsdienstes" — auch da ist von Ministern nicht die Rede.

„Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt." — Ja, das preußische Volk hat die beiden Kammern akzeptiert, so daß die früher dem König allein zustehende gesetzgeberische Gewalt geteilt wurde; der König hat den Kammern zwei Drittel der Legislative abgetreten, das ist bei uns geschriebenes Recht; aber wenn dieses letzte Drittel noch auf ein Ministerium, das der König ernennen kann, etwa, wie ich früher einen Justitiar ernennen konnte und noch unter Umständen einen Pfarrer ernnenen kann — ist er aber einmal ernannt, so steht er mir gegenüber unabsetzbar, und unabsetzbar ist ein Minister, wenn er eine starke Majorität in einer Kammer oder gar in beiden Kammern oder im Reichstage hat und diese Majorität befriedigt mit Rechten und Konzessionen, die er dem König abgewinnt. Ein solcher Minister kann sich dem König gegenüber genau in der Lage befinden, wie ein Pfarrer, den ich voziert habe, und der mir, nachdem ich ihn voziert habe, das Leben so sauer macht wie möglich.

Die Verfassung sagt: „Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Dem Könige sowie jeder Kammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Gesetze, die . . . vom König einmal verworfen worden sind, können . . . nicht wieder eingebracht werden."

Der Minister ist also ein in der Verfassung kaum genannter Lückenbüßer; ob das nun in die konstitutionelle Theorie paßt oder nicht, ist mir vollständig gleichgültig, es steht das in der Preußischen Verfassung, und ich kenne kein anderes Grundgesetz, nach dem in Preußen zu regieren und zu leben ist; Seine Majestät der König von Preußen hat aber den Eindruck gehabt, daß diese seine zweifellosen verfassungsmäßigen Berechtigungen einigermaßen verkannt zu werden anfingen, namentlich auch aus den letzten Diskussionen hier, und Er hat das Bedürfnis gehabt, das geltende Verfassungsrecht so, wie wir alle es beschworen haben, auch der König, neu in Erinnerung zu bringen in seiner ganzen nüchternen Nacktheit, frei von den Zutaten legendärer Gebilde, die der Herr Vorredner uns vorgetragen hat, und daran ändert weder die Unverletzlichkeit, noch die Verantwortlichkeit das geringste.

Die preußischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung: es ist von den preußischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Pflichten aufgefaßt worden. Unsere Könige, bis zu den Kurfürsten zurück, haben nie geglaubt, daß sie „fruges consumere nati" wären und zu ihrem Vergnügen an der Spitze des Staates ständen, sondern sie haben das streng dienstliche Gefühl der Regentenpflicht gehabt, wie

Friedrich der Große es in seinem Ausspruch bestätigt, daß er sich selbst für den ersten Diener des preußischen Staates erklärte. Diese Tradition ist in unseren Regenten, wie wir ja alle wissen — ich erzähle ja nichts Neues, wir wissen, wie unser jetziger Herrscher lebt und seine Zeit ausfüllt vom Morgen bis zum Abend — in dem Maße lebendig, daß in der Tat bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befiehlt und die Minister gehorchen, so lange sie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Können sie das nicht mehr, so ist der Wechsel eines Ministers so sehr schwierig nicht; wir haben ja von Politikern jeder Art sehr reichliche Auswahl auf Lager (Heiterkeit), und der König, wenn er nicht ganz etwas Exzentrisches will, würde für alles, was seine gegenwärtigen Minister nicht kontrasignieren wollen, leicht andere Minister finden, welche bereit sind, die Verantwortung dafür zu tragen. Es wird uns aber nichts Exzentrisches angesonnen, sondern in den festen, tiefen Gleisen, die die Politik Preußens im Deutschen Reich allein gehen kann, bestimmt Seine Majestät der König im Prinzip. Er bestimmt, was geschehen soll, wie die preußischen Vertreter am Bundesrat danach instruiert werden sollen, bestimmt, daß danach die Vorlagen im Landtag und im Reichstag gemacht werden sollen, nach der eigenen Überzeugung, und die Ausarbeitung, das Formale in der Sache, ist Sache der Minister. Nun können ja Minister abweichender Meinung sein — dann findet ein Kompromiß statt, wie ich schon früher sagte, das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen, und ein König, der einen Minister nicht ohne weiteres entlassen will, konzediert ihm wohl etwas, was er eigentlich lieber nicht gewollt hätte. Noch häufiger aber kommt es vor, daß die Minister für eine Arbeit oder eine Schrift, die ihrer Meinung nach aus einem Guß und richtig war, die königliche Zustimmung nicht gewinnen können und sich dann fragen müssen: Soll ich nun die ganze Sache fallen lassen? Soll ich sie zu einer Kabinettsfrage machen, zurücktreten, oder es für das Vaterland und für den Dienst nützlicher finden, dem königlichen Willen Konzessionen zu machen? Der königliche Wille ist und bleibt der allein entscheidende. Der wirkliche, faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Seine Majestät der König. Ich, der vor Ihnen steht, habe meinen Kollegen gar nichts zu befehlen, ich habe sie nur zu bitten und ihnen Briefe zu schreiben, die sie nicht immer überzeugen, das ist sehr angreifend, und ich tue es deshalb nicht immer, sondern wenn ich glaube, daß etwas geschehen muß, und ich kann es nicht durchsetzen, dann wende ich mich an den wirklichen Ministerpräsidenten, an Seine Majestät den König; finde ich da keinen Anklang, so lasse ich die Sache fallen, finde ich ihn, so kommt ein königlicher Befehl, es so und so zu machen, und dann geschieht's, oder es folgt eine Kabinettskrisis, die sich dann ruhig vollzieht.

Diese Regentenpflicht, die Freude an der Arbeit, wenn überhaupt eine Freude bei dem Regieren ist, wird nun von dem Könige von Preußen innerhalb der Schranken, welche die Verfassung gezogen hat, mit derselben Hingebung geübt und erfordert vielleicht noch eine größere Arbeit, weil die Schranken die Bewegung erschweren, und der Raum, auf dem man sich bewegt, ein sehr viel engerer ist. Die Könige von Preußen waren im Vollbesitz der Macht, der gesetzgebenden wie jeder anderen, zu der Zeit, wo die Verfassung erlassen wurde. Die Herren, die mit mir, es werden wenige sein, in den Jahren 1849, 1850 und 1851 an der Verfassung gearbeitet haben, und die noch parlamentarisch tätig sind, die mit mir 1851 die Verfassung beschworen haben, wissen, wie fern uns damals die konstitutionelle Theorie der Majoritätsregierungen lag, und wie stark die Vorbehalte waren, die der hoch-

selige König bei der Beeidigung machte über die „Möglichkeit", mit dieser Verfassung zu regieren. Es waren, wenn Sie es vom Gesichtspunkt des contrat social betrachten wollen, wie dieser Vertrag geschlossen wurde, die Ansprüche der parlamentarischen Einflüsse hinter dem heute von Herrn Abgeordneten Dr. Haenel uns skizzierten Ideal damals noch sehr weit zurück.

Daß es so in Preußen ist, ist doch ein großes Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, dann wären wir ja gar nicht hier, ich hätte gar nicht den Vorzug, zu Ihnen hier in diesem Saale zu reden, wir hätten gar keinen Deutschen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 ab Seine Majestät, unser konstitutioneller König, die Konstitution nach den Haenelschen Grundsätzen ausgelegt hätte und bis zur Entlassung der Minister die ministerielle Politik, also beispielsweise die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger, zur Ausführung gebracht, sich ihr gefügt hätte, und daß Seine Majestät die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags es damals angezeigt erscheinen ließ, daß also der König seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Haenelsche Legende ins praktische Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächst keine reorganisierte Armee gehabt, das ist doch klar (sehr wahr! rechts); denn die Herren im Parlament verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das erste, was man dazu brauchte, eine starke preußische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preußen. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen wurde dieser König von Preußen in seinem Versuch, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs äußerste bekämpft, und wir hätten zunächst die Armeereorganisation gar nicht, wir hätten die Armeeorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister[3] zur Olmützer Zeit — doch veranlaßte, mir, als ich, als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu sagen: „Wir können uns gar nicht schlagen, wir sind gar nicht in der Lage, wir haben erst in vierzehn Tagen 70 000 Mann zwischen Oder und Elbe, wir können die Österreicher gar nicht hindern, Berlin zu besetzen, wir müssen mobilisieren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müssen wir unser Land und die Hauptstadt wieder erobern; also, ich muß Sie bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben — Sie haben Urlaub von Ihrem Regiment —, wiegeln Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht schlagen, wir haben Kadres von 150 000 Mann in Baden stehen und haben sie nicht zusammen." — In derselben Verfassung wären wir militärisch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlament ging.

Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage gewesen wäre, seine eigene Politik durchzusetzen, sondern die parlamentarische, ministerielle, legendare Politik, war, daß wir 1863 unter Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Behrend aus Danzig, für die polnische Insurrektion Partei nahmen gegen Rußland, daß wir die polnische Insurrektion ermutigten — ich erinnere Sie an den Antrag Donalies aus Ostpreußen und dergleichen, ich habe das im Gedächtnis, die sogenannte Seeschlange. (Heiterkeit.) Kurz, die königliche Politik war, Rußland zu schonen für künftige Kriege, für große Zeiten; die parlamentarische Politik war: „Mein Gott, da ist Lärm, da ist Auf-

[3] v. Stockhausen.

ſtand, da iſt Inſurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unſere Sympathie“ (Heiterkeit), und ohne weitere Überlegung wurde parlamentariſch Jeszcze Polska[4] geſungen, und damit vorwärts. Das war die Politik, die man dem König aufgezwungen haben würde, wenn er nicht ſeine eigene befolgt hätte.

Es würde weiter im Jahre 1864 in Bezug auf die Elbherzogtümer Preußen ſich, wenn es nach der Mehrheit des Parlaments damals ging, in den Dienſt der Frankfurter Majorität geſtellt haben. Das war ja die damals im Abgeordnetenhauſe populäre Politik. Wir würden alſo im Dienſte dieſer Frankfurter Majorität wahrſcheinlich eine Bundesexekution auf Grund der Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollzogen haben. Leſen Sie doch die damaligen Verhandlungen: wie bin ich vilipendiert worden, weil es mir neben der Bundesexekution gelungen war, Öſterreich für gemeinſame Operationen zu gewinnen! Wir hätten alſo Öſterreich den Kauf aufſagen, auf den gemeinſchaftlichen Feldzug verzichten müſſen und dafür die Bundesexekution vollziehen müſſen, um dann ein gutes Zeugnis des Bundespräſidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn getan hätten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Öſterreich viel wahrſcheinlicher durch Europa, von dem europäiſchen Seniorenkonvent, gemaßregelt worden ſein und uns bundesprotokollariſch gefügt haben; wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben.

Das wären die Folgen geweſen, wenn damals parlamentariſche Politik und nicht königliche Politik getrieben wäre, wir würden dann wahrſcheinlich, meine Herren, noch heute in der Eſchenheimer Gaſſe[5] feſtſitzen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgeſandter ſein würde, ſo wäre ein anderer dort und würde meinen Inſtruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beſchließen, und Sie alle wären hier gar nicht vorhanden.

Statt deſſen hat der König an ſeiner eigenen Politik feſtgehalten, und hat, trotzdem die königliche Minorität in der Kammer auf 11 Stimmen reduziert war — es waren 11 Konſervative —, feſtgehalten an dem, was die Traditionen der preußiſchen Dynaſtie, die Traditionen ſeiner Vorfahren ihm als Politik vorzeichnen, was ſein deutſches Herz, ſein deutſches Gefühl ihm als Ideal vorzeichnen. Seine Majeſtät hat damals in den holſteiniſchen Sachen, als ich nicht raſch genug im deutſchen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort geſagt: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutſcher?“ — So waren die Geſinnungen Seiner Majeſtät in nationaler Richtung engagiert, und ſo genau vorgezeichnet war die Politik, für deren Gelingen man der Armee danken kann, für deren Beginn und Durchführung aber der Dank bei mir an eine falſche Adreſſe gerichtet iſt — er gebührt für die politiſche Konzeption einzig Seiner Majeſtät dem Könige (Bravo! rechts); — und dafür, daß der König ſeine Miniſter gewechſelt hat, bis er ein Miniſterium fand, welches bereit war, dem Könige den Willen zu tun, und, was man ſagt, flott mitzugehen, losgeſagt von der Ängſtlichkeit der drei Vorgänger, die ich im Auswärtigen Dienſt gehabt habe, eine nationale Politik, auf die Spitze des Schwertes geſtellt, durchzuführen dadurch, daß der König eben keine miniſterielle Hausmeierei ſich bilden ließ, geſtützt auf erdrückende Majoritäten, die der Krone entgegenſtanden; und leſen Sie die Verhandlungen von damals durch, noch heute laſſen an Lebhaftigkeit die Redner nichts zu wünſchen übrig, aber es iſt doch ſeit zwanzig Jahren einiger Fortſchritt in der Höflichkeit

[4] „Noch iſt Polen nicht verloren.“
[5] Zu Frankfurt a. M., wo ſich das Palais des Bundestags befand.

parlamentarischer Diskussion zu bemerken gegen damals. (Heiterkeit.) Nichtsdestoweniger hielt der König seine Politik fest, setzte sie durch, und was wir haben, danken wir nicht der parlamentarischen, sondern der königlichen Aktion. Deshalb, meine Herren, sollten wir, glaube ich, die königliche Aktion, die lebendige Wechselbeziehung zwischen dem Könige und dem Volke, wie sie in Preußen immer gewesen ist und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren. Der Herr Vorredner hat keine preußischen Jugendeindrücke, wenn er glaubt, daß der direkte Verkehr mit dem Volke und seiner Vertretung dem Ansehen der Monarchie schaden könnte; unsere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft (Bravo! rechts), und je mehr sie heraustreten und mit dem Volke in engere Beziehungen treten, wie dies früher ohne jede ministerielle Vermittlung der Fall war, wie unser König, und noch Anno 1847 bei den Vorlagen für den Vereinigten Landtag, ohne verantwortliche Minister im konstitutionellen Sinne direkt der parlamentarischen Diskussion, die auch mitunter die Roheit des Neulings hatte, gegenüberstand — das hat dem Königtum bei uns nichts geschadet; im Gegenteil, auf diesem Boden der Wechselbeziehungen zwischen Volk und König ist das Königtum so stark und so groß geworden, daß Sie, meine Herren (nach links), nicht in direkte Beziehung mit ihm zu kommen wünschen, sondern Sie wünschen das Königtum durch einen Vorhang verdeckt. (Bravo! rechts.)

Aber wenn wir sehen, was das Königtum bei uns geleistet hat, so sollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben und nicht dahin zu wirken, daß es gewissermaßen durch Nichtgebrauch absolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank stellt und nicht benutzt, das verliert an seiner Anwendbarkeit und seiner Brauchbarkeit, und so ist es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchischen Element, welches in unserem stark monarchisch gesinnten Volke herrscht. Nehmen Sie uns das, was können die Herren dann an dessen Stelle setzen? „Was kannst du armer Teufel geben“ — womit ich aber niemanden in diesem Saale meine (Bravo! rechts) — wenn Sie uns diesen starken, in unserer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tiefwurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, so hoch, daß wir ihn gar nicht mehr erblicken? Sie bringen uns damit das Chaos, und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbackene, direkte persönliche Beziehung zum Königtum nehmen; und weil ich das weiß aus meinen eigenen Erlebnissen — ich bin alt genug, ich habe im Volke in allen Provinzen gelebt —, weil ich das weiß aus der preußischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir gar nichts haben an dessen Stelle, darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindizieren, und welcher sagt: Ich habe das Recht und lasse es Mir nicht nehmen, durch keine Reden und falsche Auslegungen der Verfassung, durch keine Legenden, die sich an die Verfassung knüpfen, und die nicht drin stehen. (Bravo! rechts.)

Lassen Sie das Königtum durch Nichtgebrauch schwach werden, was sind dann die Vorteile davon? Ja, die Belagerung dieser kleinen Ministerzitadelle hier wird allerdings wesentlich erleichtert; wenn dem Königtum die Verpflichtung auferlegt wird, stets inkognito zu bleiben, es darf nicht genannt werden, es darf seinen Namen nicht laut nennen, es darf nur mit einer ministeriellen Maske vor Ihnen erscheinen — da ist jeder Angriff außerordentlich viel leichter. In solchem monarchisch gesinnten Volk wie das unserige kann man

bei den Wahlen das leicht erreichen, daß das Volk sich die Minister getrennt und isoliert von dem Könige denkt und dahinter den König, der zwar unterschrieben hat, weil er gerade keinen Ministerwechsel wollte, aber doch mit seinem Herzen, mit seiner Überzeugung, mit seinen Traditionen nicht bei der Sache ist. Wenn das geglaubt wird, so ist es sehr leicht dem Volk zu sagen: Was hat das Volk an mir und meinen Kollegen, es sind unbekannte Leute! Man sieht auch recht gern einen Wechsel, zwanzig Jahre derselbe Minister, ist sehr langweilig; — aber sobald von dem König die Rede ist, müssen die Herren ganz andere Glacéhandschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung, möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn all die Verdächtigungen, deren die Regierung geziehen wird, nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König von Preußen, den Deutschen Kaiser treffen — da würde man gar nicht den Mut haben, diesen Unsinn in die Welt zu schicken. Auch der Beamteneid fällt ja dem Minister gegenüber gar nicht ins Gewicht — ich komme nachher auf die Sache und finde mich da zu meiner Freude mit dem Herrn Vorredner fast wesentlich einverstanden — wir sind darin gar keiner verschiedenen Meinung; er hat auch so viel gouvernementales Gefühl für zukünftige Möglichkeiten, daß er so ganz die Sache des Erlasses nicht wegwerfen will, und ich habe einzelne Äußerungen von liberalen Abgeordneten gehört, daß sie für den Fall, daß ihnen angesonnen würde, ein Ministerium anzunehmen, doch in einer für die Beamten erschreckenden Weise aufräumen würden, sie würden so gelinde, so milde, wie wir jetzt, von der Dispositionsbefugnis ganz sicher nicht Gebrauch machen, und sie würden wohl daran tun; denn wir sind darin bisher viel zu milde gewesen.

Ich komme auf den Vorwurf, den auch der Herr Vorredner wiederholt heute ausgesprochen hat, und der in allen Zeitungsblättern toto die zu lesen ist, als ob die Minister, wenn sie den Namen des Königs nennen, damit einen Akt niedriger Feigheit begingen, indem sie sich mit dem Könige als mit einem Schilde gegen die Angriffe des Parlaments decken wollten. Meine Herren, so gefährlich sind Ihre Angriffe nicht — bilden Sie sich das doch nicht ein! — daß die Minister dafür eine andere Deckung brauchen, als die der eigenen Brust; da überschätzen Sie sich, wenn Sie meinen, daß ich gegenüber einer Parlamentsrede, wie ich sie Tausende in meinem Leben gehört habe, daß ich deshalb meine Ehrerbietung vor dem Könige, meine — ich hätte fast gesagt soldatische — meine Pflicht eines Untertanen, wie ich sie meinem Könige gegenüber erkenne, verletzen, meinen König auch nur der leisesten Unannehmlichkeit aussetzen sollte, um mich Ihnen gegenüber zu decken. Jemand, der mir das sagt, muß die Geschichte der letzten zwanzig Jahre gar nicht gelesen haben. (Sehr richtig! rechts.) Habe ich nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? Habe ich das Königtum nicht gedeckt, nicht bloß mit meinen körperlichen, sondern auch mit meinen geistigen Leistungen, die ich zur Verfügung habe? Aber im Jahre 1862, wie sah denn da die Situation aus? Da waren sehr wenige, die bereit waren, diese Deckung des Königtums, die ich damals leistete, zu übernehmen. Lesen Sie die Zeitungen Ihrer eigenen Partei, da werden Sie finden — ich habe das schon einmal gesagt, aber Sie vergessen es so rasch — daß die Wohlwollenden bezüglich meiner damals von Strafford und Polignac sprachen, die gemeineren Blätter aber von Wollekrempeln im Zuchthause, was mein natürliches und berechtigtes Ende sein würde. Ich selbst habe wenigstens geglaubt, daß man

mir unter Umſtänden, wenn Gegner ans Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruinieren würde, und hatte für meine Kinder damals in Sicherheit gebracht, was ich von meinem Vermögen in Sicherheit bringen konnte. (Heiterkeit.) Als bonus pater familias werden Sie mir das nicht verargen. Ich führe das nur an, um zu beweiſen, was es damals hieß, auf die Breſche zu treten: auf der einen Seite Straffords Schafott, auf der anderen Zuchthaus, auf der dritten Vermögenskonfiskation — ich weiß nicht, wie viel Millionen ich hätte herauszahlen müſſen, und es waren damals ſehr wenig Leute geneigt, mit mir dieſes Riſiko zu übernehmen. Wenn Sie auf dieſe Zeit zurückblicken, dann ſollten Sie mir doch nicht ſolche Vorwürfe ins Geſicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienſte meines Herrn für meine Handlungen maßgebend geweſen wäre! Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Geſicht werfen! (Bravo! rechts. — O! o! links.) Ich möchte wiſſen, was haben denn die Herren ihrerſeits für Beweiſe von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Riſiko gehalten, die Sie zu gar nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Breſche ſtand, dem werfen Sie vor, er deckt ſich mit dem König! (Sehr gut! rechts. — Große Unruhe links.) Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören. (Widerſpruch links.) Die Herren ſcheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie ſich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen! (Ruf links: Den Vorwurf hat niemand gemacht.)

Alſo dann ſind Sie ja mit mir einverſtanden, daß das ein unwahrer Vorwurf iſt, den Sie mir gemacht haben. (Große Unruhe.)

Meine Herren, was feſſelt mich denn überhaupt noch an dieſen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Dienſttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte iſt? Viel Vergnügen iſt dabei nicht. Ich habe in früheren Zeiten meinen Dienſt gerne und mit Paſſion und mit Hoffnung getan; die Hoffnungen haben ſich zum großen Teil nicht verwirklicht. Ich war damals geſund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Iſt es denn ein Vergnügen, hier zu ſtehen wie der „Auff“* vor der Krähenhütte, nach dem die Vögel ſtoßen und ſtechen, und der außerſtande iſt, ſich frei zu wehren gegen perſönliche Injurien und Verhöhnungen, die in wohlverklauſulierte zweiſtündige Reden eingeflochten ſind, gegen unartikulierte Unterbrechungen ſich zu verteidigen? Ein Vergnügen iſt das wahrhaftig nicht. Wenn ich im Dienſte des Königs nicht wäre, und wenn mich der König heute in Gnaden entlaſſen würde, ſo würde ich von Ihnen, meine Herren, mit Vergnügen und auf Nimmerwiederſehen Abſchied nehmen.

Wir haben, wie ich ſchon erwähnte, vor der Verfaſſung und ſeitdem die Erfahrung gemacht, wie werbend das Königtum bei uns wirkt. Und, meine Herren, wirklich, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, ſollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfeſt iſt, was feſtſteht, was wie eine Burg ausſieht, das ſollten wir doch ſchonen und pflegen. Und alſo, laſſen Sie dem König doch ſeinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem miniſteriellen Inkognito heraustritt und direkt zu dem Volke ſpricht. Im Elſaß machen wir wenig Fortſchritte — zu meinem Bedauern — aus dem Grunde, weil wir uns dort an die Pariſer und nicht an die früheren Franzoſen wenden. Das ſind zwei Nationen, die in ganz Frankreich getrennt leben. Die Pariſer im

* Uhu.

Elsaß werden wir nie gewinnen, die Bevölkerung werden wir gewinnen. Aber was hat denn am meisten dort bisher gewonnen und geworben? Nächst dem Militärdienst die Persönlichkeit des Kaisers. Wenn Sie diesen Kaiser sequestrieren, so hoch über die Wolken, daß ihn kein Mensch sieht, wären solche Erfolge gar nicht möglich; kein Minister kann das; ich führe das nur an als Beleg für meine Politik, daß die richtig ist, wenn sie dahin geht: Alles, was wir Aktives und an Realitäten haben, das sollten wir schonen, pflegen und verwerten, aber nicht zinslos zurückschieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch wertlos werden lassen. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königtum das Wertvollste.

Wenn auch in der Verfassung etwas anderes stände, als diese ganz klaren und der freien Tätigkeit des Königs günstigen Bestimmungen, so würden, meine Herren, die artikulierten Bestimmungen eines Staatsgrundgesetzes doch allein nicht entscheidend sein für das Maß, was jedesmal ein Parlament, ein König, ein Minister an Gewicht übt. Es liegt zwar in der Tradition der Zeit, anzunehmen, daß alle Personen gleich schwer wiegen, ein Wähler ist ein Wähler und eine Stimme ist eine Stimme; sie wird voll gezählt, ein Unterschied ist nicht. Aber das ist auch wieder eine von den Legenden und Fiktionen. Es macht einen ganz außerordentlichen Unterschied, ob Sie an der Spitze eines Staates einen König wie Friedrich den Großen, oder auch nur Friedrich Wilhelm I. haben, oder ob Sie — ich will niemanden nennen — aber einen König an der Spitze haben, der seinerseits weniger begabt ist, als die meisten Regenten aus unserem Hause gewesen sind. Es macht ferner einen gewaltigen Unterschied, was für ein Parlament Sie haben, wenn Sie ein Parlament haben, was eine fest gesicherte Majorität hätte, homogen organisiert, unter einer Führung, wie sie in England die beiden Pitt oder Canning, oder selbst noch Palmerston, Peel geleistet haben — ja, das ist ein Schwergewicht, eine Masse, wo schon ein sehr starker König wie Wilhelm von Oranien, ein sehr geschickter König wie Leopold I. von Belgien gegenüberstehen kann und doch nur mit Mühe seinen Willen zur Geltung bringt; aber er bringt ihn auch zur Geltung. Immerhin wird ein solches Parlament eine gewaltige Macht sein, welche unter Umständen das Oberhaus und die Krone auf einen sehr kleinen Raum und geringe Bewegung beschränkt. Wenn wir das haben, meine Herren, dann kommen Sie wieder, dann wollen wir einmal über die Sache sprechen. Aber ein Parlament, welches aus einer erheblichen Anzahl Fraktionen, acht bis zehn, besteht, welches keine konstante Majorität, keine einheitliche, anerkannte Führung hat, das sollte froh sein, wenn neben ihm der Ballast einer königlichen Regierung, eines königlichen Willens im Staatsschiffe besteht. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde eben alles zugrunde gehen, das Chaos eintreten.

Ich komme auf den zweiten Teil des Erlasses, wie der Herr Vorredner ihn nannte, was die Beamten anlangt. Auch die Frage würde, wie ich schon sagte, sehr viel einfacher liegen, wenn man nicht die Figur des Königs aus der Bildfläche zu verdrängen bemüht wäre und ihr die Fiktion unterzuschieben, als wenn das Ministerium Bismarck-Puttkamer usw. einzig die Regierung von Preußen führe — eine unwahre Fiktion, diese Legende, die darauf berechnet ist, die königliche Gewalt abzuschwächen — vielleicht nicht mit der weiteren Aussicht berechnet, aber sie hat diese Wirkung. Wenn das nicht wäre, wenn die Beamten sich immer bewußt wären, daß sie dem König gegenüberstehen, dem sie den Eid geschworen

haben, wenn sie sich klarmachen, daß der König, dem sie den Eid der Treue und des Gehorsams geleistet haben, an der Spitze der Politik steht, dann würde auch deren Haltung manchmal eine andere sein. Der König hat den Eindruck gehabt, daß der Eid den Beamten gegenüber zu sehr in den Hintergrund, sozusagen in das Hintertreffen geschoben wird, und hat das Bedürfnis gefühlt, den Beamten den Eid, den sie geleistet haben, in Erinnerung zu bringen. Hat er dazu nicht das Recht? Er tut das in der schonendsten Weise, so daß selbst dem Herrn Vorredner eigentlich ein Objekt seines Zornes mangelte. Er sagte, es sei das unklar gesagt, und wahrscheinlich seien dabei zwei Federn tätig gewesen, wobei er mir vielleicht den unklaren Teil zuschreibt — oder den klaren, ich weiß es nicht. Aber so viel kann ich sagen: Der ganze Erlaß ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben aus einem Gusse, nach dem Willen des Königs. Die Ansprüche, die der König den Beamten gegenüber stellt, gehen nicht zu weit und durchaus nicht so weit, wie in dem Eulenburgschen Erlasse vom Jahre 1863. Ich weiß nicht, ob ich den, so wie er da steht, gegengezeichnet haben würde. Damals in heißspornigem Kampfeszorn war es möglich, heutzutage nicht, er geht mir zu weit. Daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigene Wahl, die Ausübung seines Wahlrechtes ist vollständig frei (hört! hört! links), sie wird nicht berührt, sondern es ist ja ausdrücklich im Erlaß gesagt: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen.“ Der Erlaß bezieht sich ja — und ich begreife nicht, wie der Herr Vorredner darin Klarheit vermissen konnte, der Erlaß ist ihm vielleicht nicht übel, nicht bös genug, aber klar ist er vollständig — der Erlaß wendet sich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eigenen Wahl tätig zu sein, und unterscheidet da zwischen zwei Kategorien der Beamten, den politischen und den unpolitischen. Beiden soll die Freiheit, zu wählen, wie sie wollen, gar nicht beschränkt werden; aber von den politischen Beamten spricht Seine Majestät die Meinung aus, daß ihr Eid der Treue sie verpflichtet, „die Politik Meiner Regierung zu vertreten“, nachdem vorher gesagt ist in Bezug auf die Minister, daß „gegen Zweifel, Verdunkelung und Entstellung die Vertretung der königlichen Rechte erwartet wird“. Der Herr Vorredner fragte, was unter dieser „Vertretung“ verstanden würde. Da ich den Erlaß gegengezeichnet habe, so wird meine Auslegung auch wohl die authentische sein. Ich verstehe darunter, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er zum Beispiel fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin „politische Brunnenvergiftung“ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen; und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich tun und sagen: Ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Übertreibung. Das ist es, was ich vom politischen Beamten erwarte; und wenn er das nicht einmal leistet, daß er einer notorischen Lüge und Entstellung, wie sie bei den Wahlen so oft vorkommt, entgegentritt, daß er der Wahrheit nicht die Ehre gibt, daß er die Intentionen der Regierung nicht gegen Entstellung, Irrtum und Verleumdung schützt, wenn sie ihm besser bekannt sind — also ein Oberpräsident zum Beispiel, der in dieser Beziehung fehlte, der wäre viel zu lang Oberpräsident gewesen, der sich nicht angelegen sein ließe, dergleichen Verleumdungen der Regierung zu widerlegen; er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Votum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt, das erfahren wir auch nicht, denn ein Mann von

Bildung wird immer so geschickt sein, das zu verbergen. Das wird also niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eigenen Wahlrechtes, gegen einen Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon genieren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei, und ich würde dazu nie die Hand bieten. Aber von diesen politischen Beamten wird erwartet, daß sie die Wahrheit, soweit sie ihnen bekannt ist, der Unwahrheit gegenüber vertreten. Ist das zuviel? Sollen sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? Sollen sie in bestimmten Wahlkreisen zusehen, ganz ruhig, wie den Anwohnern der königlichen Forsten gesagt wird: Der König hat mit den liberalen Abgeordneten einen Vertrag geschlossen, wonach ihr freie Weide in der Forst bekommt, wenn ihr liberal wählt? Soll der Beamte dies ruhig anhören und nicht sagen: Kinder, das ist eine Lüge!? Meine Herren, das Gegenteil ist doch gewiß nicht zuviel verlangt! Und von den unpolitischen Beamten verlangt eigentlich Seine Majestät nichts. Der Erlaß erwartet, daß sie sich der Agitation, feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten werden. Meine Herren, das ist eine Forderung, ich möchte sagen des Anstandes. Der Erlaß schreibt ja nichts vor, er befiehlt nicht, er droht nicht, er stellt keine Nachteile in Aussicht, er sagt bloß, welche Tragweite der König, dem sie geschworen haben, dem Eide beilegt, er bringt diesen Eid in Erinnerung und überläßt es nun dem Takte und Gewissen des beteiligten Beamten, seinen Weg danach zu finden. Wenn zum Beispiel ein solcher Beamter, königlicher oder kaiserlicher Beamter, einen Arbeiter, der zur Wahl geht, anhält und sagt: Was hast du für einen Zettel? und er findet, daß der Zettel für einen regierungsfreundlichen Kandidaten ist, er reißt ihm denselben aus der Hand und gibt ihm einen entgegengesetzten und bedroht ihn mit Ungnade, wenn er nicht diesen abgebe — meine Herren, das ist doch eine verwerfliche Agitation gegen die Regierung! (Rufe: Wo?) — Ich werde sehr gern bereit sein, die Namen, den Ort und die Zeugen seinerzeit zu nennen, denn ich habe gegen einen solchen Beamten die Disziplinaruntersuchung angeordnet.

Meine Herren, etwas Weiteres als Enthaltung von Agitation wird nicht einmal erwartet von den Beamten, namentlich aber keine Amtshandlungen, die beeinflußt werden könnten durch die Art, wie ein Dritter seine Stimme abgegeben hat, oder die einen Zwang irgendwie zur Wahl enthalten. Meine Herren, ein solcher Beamter würde strafbar werden, und ich glaube, nicht bloß disziplinarisch; und wenn der Herr Vorredner sagte, er findet zwischen diesem Erlaß und meinen früheren Äußerungen einen „diametralen" Widerspruch, so kann ich doch bei seiner sonstigen Schärfe in der Logik ihm darin nicht recht nachkommen. Er bezieht sich vermutlich darauf, daß ich mich beschwerte, daß ein herzogl. sachsen-meiningischer Landrat eine Einwirkung auf die Wahlen im Herzogtum Meiningen ausgeübt und seine amtliche Autorität gegen die Regierung ins Gewicht geworfen hat. Meine Herren, das war gerade eine solche feindliche Agitation gegen seine ihm vorgesetzte herzoglich meiningische Regierung, die ihrerseits mit den Gesetzen und der Politik, die vom Reiche betrieben und von Seiner Hoheit dem Herzoge von Meiningen mit beschlossen war, vollständig einverstanden war. Ich bin also der Meinung, daß ein solcher politischer Beamter, der in Meiningen, wie ich damals hörte, fehlerhafterweise nicht absetzbar ist (Heiterkeit links), über solche Kleinigkeiten können Sie immer lachen, über Meiningen reicht der Fehler nicht hinaus — wenn ein Beamter in seiner Stellung gegen seine eigene

Regierung, gegen die Reichsregierung, gegen die von seiner Regierung gebilligte Reichspolitik seine amtliche Autorität in die Waagschale legt — ich weiß nicht, ob er gelobt worden wäre, wenn er für die Regierung etwas getan hätte; aber dagegen — das fällt unter den Erlaß, wenn es in Preußen vorkommt, und es wird jedenfalls danach gehandelt werden.

Ich kann mich also dahin resumieren, daß Seine Majestät der König vollständig berechtigt war nach der Verfassung und nach den preußischen Gesetzen, sich in der Weise, wie geschehen, zu äußern, daß ich vollständig imstande bin, die Verantwortlichkeit, die ich durch die Kontrasignatur übernommen habe, der Verfassung und dem Gesetze gegenüber zu tragen, daß ich als Reichskanzler ebenso berechtigt war, den Reichsbeamten das mitzuteilen, was ich für sie von Interesse oder Nutzen zu lesen halte. Sie haben keine Weisung bekommen, irgend etwas zu tun; ich habe es bloß für zweckmäßig gehalten, daß sie wissen, wie ihr Kaiser, dem sie ihrerseits Treue und Gehorsam geschworen haben, als König von Preußen über die Tragweite eines solchen Eides denkt. Es ist vielleicht doch der eine oder andere darunter feinfühlig genug, um sich zu sagen: Ist es eigentlich, wenn ich so evident mit der Agitation heraustrete, daß ich einem Arbeiter seine Zettel wegreiße und ihm andere gebe, ihn bedrohe — ist das eigentlich mit meinem Eide ganz übereinstimmend? Das Nachdenken darüber hat Seine Majestät anregen wollen; kein Befehl, keine Drohung ist da.

Die Verfassung also, meine Herren, ist klar; Sie haben selbst nichts beibringen können, was dem widerspricht, und ich habe hier als preußischer Bevollmächtigter im Namen des Königs zu erklären, daß Seine Majestät der König sich seine verfassungsmäßigen Rechte weder nehmen noch verkümmern, noch sich selbst so hoch in die Wolken schrauben läßt, daß er sie nicht ausüben kann, sondern daß der König entschlossen ist, in dem durch seine Vorfahren überkommenen und gewohnten, durch die Regentenpflicht ihm vorgeschriebenen Wechselverkehr mit seinem Volke zu bleiben, und daß ich als Minister entschlossen bin, dem Könige auch dabei kämpfend zu dienen, aber als Diener und nicht als Vormund. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Haenel erklärt, daß er durchaus nicht den Vorwurf der Feigheit gemacht habe, daß der Reichskanzler einen solchen Passus wohl gebraucht und in seiner Rede hineingestellt habe. (Lärm rechts. Sehr gut! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Derartige Unterschiebungen kann ich dem Herrn Redner nicht gestatten!

Fürst Bismarck erwidert:

Meine Herren, ich bin zu wenig Rhetoriker und ich lege zu wenig Gewicht auf rhetorische Effekte, um dergleichen Vorwand zu einer Äußerung zu brauchen. Der Herr Vorredner ist viel geschulter in der Rhetorik, und ich habe mich etwas geschämt, in meinem hausbackenen Deutsch nach seiner wohlgeschulten Rede sprechen zu müssen. (O! links.) Ich kann es aber nicht anders geben, als es mir gewachsen ist. Aber das lasse ich mir denn doch nicht aufreden, daß der Herr Vorredner nun mit so starker Tonart und mit solcher Unterstreichung und bloß durch den rhetorischen Akzent, den er auf seine Sache legte, nun die Wirkung dessen, was er und vor ihm andere gesagt haben, abschwächen oder gar vollständig verleugnen wollte. (Ruf links: Gewiß.) Sie werden nachher das Wort nehmen können; lassen Sie mich ausreden! — Wenn man jemanden beschuldigt, daß er sich mit dem Herrn, der für ihn auf dieser Welt der Höchststehende und am meisten zu Schätzende und zu

Ehrende ist, also mit meinem angestammten König und Herrn — daß ich mich mit dessen Person — und das hat doch der Herr gesagt — mit dessen Namen mich decken wollte, um einer gesetzlichen Verantwortlichkeit zu entgehen, die sonst auf mir lastet, wenn das nicht einen Vorwurf der Feigheit im Dienste enthält, dann sind wir über die Logik der Worte nicht einig. (O! links. Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mich zweifellos beleidigt durch seine Worte; ich bin aber an Beleidigungen hier vollständig gewöhnt und bin zu alt, um mit Fleisch und Blut darüber zu Rate zu gehen. Aber ich bitte den Herrn Vorredner, sich doch darüber keine Illusionen zu machen, daß er eine unprovozierte Beleidigung gegen einen Ehrenmann, der in seinem Dienste seine Schuldigkeit tut, ausgesprochen hat, die er nicht dadurch gut machen sollte nach meiner Idee, daß er sie einfach ableugnet. (O! links.) Sie haben es gesagt und Ihre Ableugnung ist unrichtig! (Bravo! rechts.)

Deutscher Reichstag.

27. April 1882 bis 12. Juni 1883.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

27. April 1882.

Staatssekretär v. Boetticher eröffnet die Sitzungsperiode mit folgender Rede:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, die Sitzungen des Reichstags zu eröffnen.

Die gesetzgeberischen Aufgaben, für welche Ihre Tätigkeit in Anspruch genommen wird, sind Ihnen bereits durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. an das Herz gelegt worden.

Die Reichsgesetzgebung hat die Bestrebungen zur Abhilfe sozialer Schäden, welche die Kaiserliche Botschaft in Aussicht nimmt, mit dem Gesetzentwurfe über Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle begonnen. Aus den vorjährigen Beratungen des Reichstags über diesen Gegenstand haben die verbündeten Regierungen den Anlaß genommen, ihre frühere Vorlage einer Umgestaltung zu unterziehen. Die gegen die früher in Aussicht genommene Reichsversicherungsanstalt erhobenen Bedenken haben dabei insofern Berücksichtigung gefunden, als die Unfallversicherung der Arbeiter nunmehr auf eine korporative und genossenschaftliche Organisation der in Betracht kommenden industriellen Betriebe gegründet werden soll. Der Gesetzentwurf gewährt den industriellen Verbänden und Genossenschaften eine auf die Verhütung von Betriebsunfällen gerichtete Autonomie. Er geht von dem Bestreben aus, die verwaltende Tätigkeit tunlichst zu lokalisieren, die finanzielle Belastung dagegen auf möglichst breite Unterlagen zu verteilen.

Eine notwendige Ergänzung finden die Ihnen auf diesem Gebiete vorzulegenden Maßnahmen in einer anderweiten Regelung der jetzt bestehenden Hilfskassengesetzgebung und in der beabsichtigten Ausdehnung der Krankenversicherung. An Stelle des bisherigen bedingten wird Ihnen die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheitsfällen für alle Arbeiter vorgeschlagen werden, für welche die Durchführung dieser Maßregel möglich erscheint.

Seit Jahren ist in allen Teilen des Reiches mit steigender Dringlichkeit das Bedürfnis nach einer Revision der über den Gewerbebetrieb im Umherziehen geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung hervorgetreten. Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, Ihnen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Gewerbeordnung in dem Sinne

abgeändert wird, daß den mit dem Gewerbebetriebe im Umherziehen auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit verknüpften Gefahren wirksamer als bisher begegnet werden kann.

Auf dem Gebiete der Steuerreform hat die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. die Abschaffung drückender direkter Landessteuern und der Zuschläge in Aussicht genommen, durch welche Gemeinden und andere Kommunalverbände bisher genötigt sind, den harten und ungleich wirkenden Druck dieser Steuern zu verstärken. Diese wohlmeinende Absicht zu verwirklichen, kann nur dadurch ermöglicht werden, daß das Reich durch Erhöhung der seiner Gesetzgebung vorbehaltenen indirekten Steuern sich in die Lage bringt, auf Matrikularbeiträge zu verzichten oder die bisher dazu erforderlichen und eventuell auch höhere Beträge den einzelnen Staaten herauszuzahlen, damit sie zur Verminderung der Landes- und Kommunalsteuern verfügbar werden. Wenn ein Bedürfnis hierzu bei den Einzelstaaten und ihren Kommunalverbänden nicht empfunden würde, so läge auch kein Anlaß vor, eine Erhöhung der indirekten Reichseinnahmen zu erstreben. Ist ein solches Bedürfnis aber vorhanden, so kann es nur durch größere Ergiebigkeit der indirekten Einnahmequellen des Reiches befriedigt werden. Die verbündeten Regierungen sind von dem Vorhandensein des Bedürfnisses überzeugt und beantragen Erhöhung der Reichseinnahmen, um ihren Untertanen Steuererleichterungen gewähren zu können.

Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak in erster Linie; nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung dieses Genußmittels herbeizuführen sei, gehen die Meinungen im Reich auseinander und wird eine Entscheidung durch die Gesetzgebung herbeizuführen sein. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Konsumenten und der Tabakbauer am meisten schont und dabei an Ergiebigkeit alle anderen Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würde daher zu anderen Vorschlägen erst dann übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertreter zum Monopol aufzugeben genötigt wäre.

Wenn die Reichsregierung weder in der einen noch in der anderen Form Aussicht auf die Bewilligung höherer Reichseinnahmen hätte, so würde sie mit Bedauern und zum Schmerze Seiner Majestät des Kaisers für jetzt auf die Reformen der Steuerverfassung des Reiches und der Einzelstaaten verzichten müssen, welche als ein Bedürfnis der Bevölkerung von allen Regierungen seit Jahren erkannt und in der Botschaft vom 17. November v. J. von Seiner Majestät dem Kaiser verheißen sind.

Die mit der Anwendung des Zolltarifgesetzes gemachten Erfahrungen haben für die Mühlenindustrie die Gewährung einer Ausfuhrerleichterung und für einige andere Produktionszweige eine Änderung der Tarifsätze als wünschenswert ergeben. Es wird Ihnen daher der Entwurf eines Gesetzes hierüber vorgelegt werden.

Ein zwischen dem Reich und Brasilien abgeschlossener Konsularvertrag wird Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Die auswärtigen Verhältnisse des Reichs fahren fort, nach jeder Richtung hin das Vertrauen auf die Dauer der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu rechtfertigen, von denen die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. Zeugnis ablegte.

Je größer die Tragweite der Arbeiten ist, welche Sie, geehrte Herren, erwarten, desto-mehr vertrauen die verbündeten Regierungen, daß es Ihrer hingebenden Tätigkeit mit Gottes Hilfe gelingen werde, die großen Aufgaben, um die es sich handelt, einer für die Konsolidierung unserer nationalen Einrichtungen und für die gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes segensvollen Lösung entgegenzuführen.

Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Reichstag für eröffnet.

16. Sitzung des Deutschen Reichstags.

12. Juni 1882.

Am 27. April war dem Reichstage ein Entwurf über die Einführung des Tabakmonopols zugegangen.[1] Als Reinertrag für das Reich wurden 163½ Millionen Mark errechnet. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs fand vom 10. bis 13. Mai statt, an der sich der Reichskanzler wegen Krankheit nicht beteiligen konnte. Die eingesetzte Kommission von 28 Mitgliedern verwarf das Monopol und empfahl dem Reichstag das Gleiche. Die zweite Lesung beginnt am 12. Juni. Nachdem Fürst Bismarck zu Beginn der Sitzung kurz über notwendige Erweiterungsbauten des Auswärtigen Amtes gesprochen hat, nimmt er, beginnend mit einer Anspielung auf den vorangegangenen Streit um früheren oder späteren Beginn der Sitzung, das Wort zu seiner großen Rede über das Tabakmonopol, in deren Verlauf er in düster-pessimistischer Stimmung seine Abrechnung mit den Parteien hält:

Das Tabakmonopol ist in unserer amtlichen Geschäftsverhandlung, abgesehen von früheren gelegentlichen Erwähnungen, zuerst offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J., doch nicht als eine Institution, die wegen ihrer wohltuenden Eigenschaften an sich zu erstreben wäre, sondern als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel, welche notwendig sind, um Steuererleichterungen einzuführen. Der Text der Botschaft sagt darüber:

„Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierin liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen."

Danach, meine Herren, hat also die Regierung das Tabakmonopol nicht an sich vorgeschlagen, sondern ihr Hauptvorschlag geht auf die Gewährung von Mitteln zur Bestreitung von Steuererleichterungen, und als nächstliegendes Mittel ist dazu das Tabakmonopol Ihrer Entscheidung und der des Bundesrats unterbreitet worden. Dieser Gesichtspunkt ist einigermaßen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen anderen drückenderen Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Übel ist,

[1] Die Denkschrift zur Begründung bei Horst Kohl, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 9, S. 322 ff.

und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Übel gibt, im Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvorteilhaftes, ich möchte sagen ungerechtes Licht, was sie nicht ertragen kann. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung und — ich kann sagen — der verbündeten Regierungen bilden, sind dadurch besonders erschwert, daß die Verwendung der Beschlußfassung der Landtage unterliegt, die Beschaffung der Mittel der Beschlußnahme des Reichstags. Es entsteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwickmühle, hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu sagen: Wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewiesen und sichergestellt ist — und im Preußischen Landtage und in anderen Landtagen zu sagen: Wir können nicht über die Verwendung von Mitteln verfügen, so lange die Mittel nicht bewilligt sind. Daß man so von Pontius zu Pilatus geschickt wird und mit der Reform nicht vorwärts kommt, das liegt auf der Hand, und diese Schwierigkeit ist von den Gegnern der Regierung redlich ausgebeutet worden. Um ihr zu entgehen und den Widerstand, auf den wir bei der Durchführung der Reform stoßen, einigermaßen zu paralysieren, ist die Gemeinschaftlichkeit der kaiserlichen und der königlich preußischen Regierungsquelle benutzt worden, um gleichzeitig in der Saison in dem Preußischen Landtage — einem Landtage, der immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräsentiert — die Bedürfnisfrage erörtern zu lassen und in derselben Saison nach Erörterung der Bedürfnisfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgendeine Bewilligung anzugehen. Diese Vorlage mußte notwendig eine konkrete Form haben, wir konnten nur irgendeine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Der primus inter pares unter diesen ist uns immer erschienen das Tabakmonopol für das Reich, als dasjenige, welche die zweckmäßigste, wie die Botschaft sich ausdrückt, glaube ich, die wirksamste Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Notwendigkeit, Ihnen zunächst das beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen, und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwertigen Surrogaten behufs Beschaffung neuer Einnahmequellen schreiten. Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, damit man uns nicht später, wenn das Monopol dennoch vielleicht von einer anderen Regierung — ich meine einer anderen Reichsregierung — gebracht wird, sagt: Die damalige Regierung unter dem ersten Reichskanzler hat die Torheit begangen, dieses Mittel nicht von Hause aus vorzuschlagen. Die Verantwortlichkeit, es nicht vorgeschlagen zu haben, wollen wir nicht auf uns ruhen lassen, die wollen wir auf die Majorität dieses Reichstags abschieben, und dann werden wir in Ruhe sagen: Darum keine Feindschaft, aber wir brauchen Ihre Ablehnung, bevor wir zu minder guten Vorlagen schreiten.

Bei der Klarstellung des Bedürfnisses hat nun der Preußische Landtag seine Landesregierung vollständig im Stich gelassen, er hat sich der Erörterung entzogen, er hat gewissermaßen Strike gemacht, mit Rücksicht auf die Jahreszeit, mit Rücksicht auf die Parallelsitzungen der verschiedenen Landtage, kurz und gut, sachlich ist kein Grund zu ersehen, warum diese Körperschaft eine für das preußische Land so tiefgreifende, so wichtige Frage,

wie diejenige, ob unser direktes Steuersystem der Reform bedürftig ist oder nicht, der Erörterung nicht hat unterziehen wollen, sondern in wenigen kurzen Sitzungen und mit einer fast stürmischen Forderung auf Schluß sich der weiteren Diskussion entzogen und die kaiserliche Regierung dadurch in die schwierige Situation gebracht hat, hier das Monopol an sich, ohne den vorgängigen Nachweis des Bedürfnisses, auf den gerechnet war, zu vertreten. Wenn ich hier anwesend gewesen wäre und wenn ich überhaupt nach meinem Gesundheitszustande imstande gewesen wäre, die Geschäfte, die ich herbeiführe, zu vertreten, würde ich Seiner Majestät die Auflösung des Preußischen Landtags geraten haben, da wir die Feststellung der Bedürfnisfrage vor allem brauchten. Es würde daraus die Notwendigkeit hervorgehen, den Landtag Anfang August wieder zu berufen, und wir würden dann der heutigen Verhandlung noch überhoben gewesen sein, indem die Forderung des Monopols, ohne Anerkennung der Bedürfnisfrage, keinen Sinn und keine Bedeutung hat. (Hört! hört! Sehr wahr! links.) Ist kein Bedürfnis vorhanden, so brauchen wir keine neuen Steuern.

Es handelt sich also zunächst um die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden ist. Wird die bejaht, so werden wir weitere Anträge zu stellen haben; wird sie verneint, so ist ja alles in dieser besten der Welten ganz vortrefflich, wir brauchen uns nicht weiter zu bemühen, und ich bin der für mich sehr unbequemen weiteren Sisyphusarbeit gegenüber dem passiven Widerstand oder der dilatorischen Behandlungen durch die Fraktionen überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Gesundheitszustand mit Dank anzunehmen ist. Aber ich bin durch die Versagung der Klarlegung von seiten des Preußischen Landtages leider in der Notwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König von Preußen nötigen, im Interesse seiner notleidenden Untertanen vom Reiche die Eröffnung der Steuerquelle, die er seinerzeit an das Reich abgetreten hat, zu verlangen, zu fordern, zu erbitten — ich bin in der Notwendigkeit, die Motive dafür kurz auseinanderzusetzen. Dieselben liegen erstens in dem Vorhandensein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Rest früherer Zeiten, des Feudalstaates, bezeichne, der Klassensteuer, des Kopfgeldes, der Besteuerung der Person, des Lebens, des Atmens, der Besteuerung der Existenz ohne Rücksicht auf irgendein Objekt, an welches die Leistungskraft sich heftet, und ohne eine bestimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden ist. Eine ähnliche — ich kann wohl sagen barbarische — Einrichtung in steuerpolitischer Beziehung existiert außer in Preußen und einigen ihm anliegenden norddeutschen Staaten meines Wissens nur noch in Rußland in Gestalt des Kopfgeldes und in der Türkei; aber auch dort nur für die unterworfenen Völkerschaften dafür, daß sie überhaupt noch am Leben gelassen sind. In Rußland scheint man doch durch die Tatsache, daß die zivilisierten Nationen in dem Fortschritt der Zivilisation diesen Rest verschollener Zeiten von sich längst abgestreift haben, jetzt auch zu der Überzeugung gekommen zu sein — Sie werden mit mir die telegraphische Nachricht gelesen haben, daß die russische Regierung den kaiserlichen Befehl erlassen hat, betreffend die Aufhebung der Kopfsteuer. Und doch war sie in Rußland lange nicht so drückend wie bei uns, allerdings zu einem hohen Satze, aber durch Vermittlung der Gemeinden; die Gemeinden waren die Steuerzahler, die Gemeinden hatten ihrerseits die Unterverteilung und waren in der Lage, schonend zu handeln und die Steuerexekutionen zu vermeiden. Die Klassensteuer, an der wir allein unter den zivilisierten Nationen hiernach noch festhalten, trägt meines Erachtens in sich die Unmög-

lichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Steuern zu bewirken. Sie haben heutzutage doch noch zirka 5 Millionen besteuerte Positionen in Preußen — und können in diesen Massen, in den unteren wirtschaftlichen Stufen ganz unmöglich die Verhältnisse des einzelnen Haushaltes, des einzelnen Mannes, seine Erwerbsverhältnisse richtig beurteilen, seine Gesundheitsverhältnisse, Familienverhältnisse, die lokalen Ausgaben, zu denen er wegen seiner besonderen Stellung genötigt ist, das alles entzieht sich dem Urteil der Behörde; letztere hat nur Kriterien, die nach allgemeiner Schablone auf jeden angewendet werden, die aber nicht immer passen und sehr häufig drücken. Eine gerechte gleichmäßige Verteilung der Steuern, so wie die indirekten Steuern sich von selbst verteilen, wenn sie eine Zeitlang bestanden haben, und sich wassergleich in das richtige Niveau setzen, ist bei der Kopfsteuer gar nicht möglich, kein Steuerrat kann die Verhältnisse der Reklamanten mit Richtigkeit beurteilen; schon das spricht dagegen.

Ein noch viel stärkerer Grund aber dagegen ist die Notwendigkeit der Exekution der Steuer, wenn sie nicht bezahlt wird, die Notwendigkeit, die Tatsache, daß mitunter für einen rückständigen Betrag von 50 Pfennig Mobiliarwerte von 20 bis 30 Mark abgepfändet werden, und daß der Steuerpflichtige bei der Unmöglichkeit, diese abgepfändeten Sachen im Wege der Exekution zu dem vollen Werte zu verkaufen, den sie für ihn haben, um den Staat, den reichen Staat, den Fiskus, um 50 Pfennig zu bereichern, seinerseits um 15 oder 20 Mark geschädigt, in seiner bürgerlichen Existenz für eine Zeitlang erschüttert wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieser Art, die die Klassensteuer mit sich führt, öffentlich hinreichend bekannt ist. Sie könnte es sein, denn die Durchschnittsrechnungen davon sind in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welches der Preußische Landtag zu beraten keine Zeit hatte, den Abgeordneten in 500 Exemplaren gedruckt zu Händen gegeben, sind aber dort totgeschwiegen. In der damaligen Verhandlung und in der jetzigen über das Monopol habe ich auch keine Silbe gehört über die Übel, über die Leiden, die durch das mindere Übel des Monopols geheilt werden sollen.

Ich erlaube mir deshalb, da es in Preußen im Landtage totgeschwiegen worden ist, Ihnen aus der gedruckten Begründung des Verwendungsgesetzes nachstehende Ziffern mitzuteilen. In dem Jahre 1879/80 — ich weiß nicht, warum vom 1. Oktober zum 1. Oktober datiert — sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuernde und Haushaltungen in Preußen 5 087 470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückständen vollzogenen Pfändungen 438 973 (Hört! hört! rechts), und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die weiter nichts wie ihrer Hände Arbeit haben, von der sie leben, 254 166 (Hört! hört! rechts), in der zweituntersten Stufe 102 584, in der dritten noch immer 28 516. Die vierte bis zwölfte sind nicht gesondert angeführt, aber auch in ihnen, also in den vergleichsweise wohlhabenden Klassen, haben noch immer 53 707 Pfändungen stattgefunden, die wirklich vollzogen werden konnten und einen Ertrag lieferten. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine solche Pfändung um so empfindlicher wirkt, auf eine je höhere Stufe der Steuer sie Anwendung findet. Die Treppenstufen der wirtschaftlichen Leiter, welche der Betreffende damit heruntergeworfen wird, sind gerade so zahlreich, wie seine Klassensteuerstufe angibt.

Dann beträgt ferner die Zahl der fruchtlos versuchten Pfändungen außerdem 565 766 in der preußischen Monarchie (Hört! hört! rechts), davon in der untersten arbeitenden Klasse

386 017, in der zweiten 135 635, in der dritten 22 774, in den acht obersten immer noch 21 340 — also ein Zeichen, wie unvollkommen die Möglichkeit der Veranlagung dieser Steuer ist, daß in der vierten bis zwölften Klasse noch 21 000 Positionen inexigibel sein können. Es beträgt also die Summe der Spalten 3 und 4, d. h. die Gesamtheit der wegen Klassensteuer vollzogenen und versuchten Pfändungen, für ein Jahr 1 004 739. Ähnliche Resultate liefert ein dreijähriger Durchschnitt, den ich dem Statistischen Amte verdanke, der die Budgetjahre von 1878 bis 1881 — in deren Mitte bekanntlich ein Wechsel des Termins stattgefunden hat — umfaßt. Für diesen Zeitraum beträgt die Gesamtzahl der Auspfändungen im preußischen Staat 3 304 065 — ich will Sie verschonen mit der Aufzählung der einzelnen Jahre, Ihnen nur das Gesamtresultat geben — wobei die vollzogenen Pfändungen 1 617 831 betragen, die fruchtlos versuchten Pfändungen daneben 1 686 234. Es kommen danach in beiden Positionen zusammen auf diese drei Jahre 3 300 000, durchschnittlich auf jedes Jahr 1 100 000 Pfändungen. Die Anzahl hat im ersten Semester des Jahres 1881/82 infolge der Besserung der Zustände, vielleicht auch infolge der eingeführten Klassensteuernachlässe, eine Reduktion erfahren. Obschon mir das ganze Jahr nicht vorliegt, so läßt sich doch glauben, daß in diesem Jahre infolge der gebesserten Zustände und der Steuernachlässe die Pfändungen die 600 000 nicht vollständig erreichen werden. Indessen 600 000 ausgepfändete Staatsbürger, das ist auch schon eine starke Ziffer. Zu diesen starken Klassensteuerleiden kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Es ist nicht ersichtlich, warum wegen der Kommunalzuschläge weniger Auspfändungen stattfinden sollten, als wegen der Staatsklassensteuern. Im Gegenteil glaube ich, der Staat kommt früher zu seinem Recht, und vielleicht wird er noch eher bezahlt. Über die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Data nicht vor, wenigstens habe ich sie nicht ermitteln können; ich habe nur einige Angaben in Bezug auf die Berliner Ergebnisse der Steuer in den Jahren 1876 und 1877 vorliegen. Danach sind in der Stadt Berlin im Jahre 1876 im ganzen zur Klassensteuer veranlagt 355 992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen — ich werde gleich den anscheinenden Widerspruch erklären — 393 837 in der Stadt Berlin, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal zur Exekution kommen kann, daß also die Zahl der vorgekommenen Vollstreckungen die der veranlagten Steuerpositionen überschreitet. Von diesen 393 837 Fällen sind erledigt durch Stellung zur Exekution 276 902, durch Vollstreckung der Exekution, durch Versiegelung und Pfändung 25 280, durch fruchtlose Vollstreckung der Exekution 91 655. Auf 100 Klassensteuerveranlagte überhaupt, beziehungsweise in den betreffenden Steuerstufen vorkommende Fälle treffen danach in der untersten Stufe von unten 114,6 auf 100 Steuerpositionen, und in der fünften bis zwölften immer noch 46,7 Prozent, die zur Exekution gestellt werden.

Im Jahre 1877 steigt die Ziffer noch höher. Da sind in der untersten Stufe 121,2 Personen exequiert worden, in der zweiten 156,8, in der dritten 159,6 — immer auf 100 Besteuerte gerechnet — in der vierten 151,8: also die höchsten Sätze sind nicht in der untersten, sondern in der zweiten, dritten und vierten, also in den schon etwas wohlhabenderen, von der fünften bis zwölften sind immer noch von 100 Personen 71 exequiert worden in Berlin, und ich mache darauf aufmerksam, daß hier bei diesen Berliner Positionen die

Stufen von zwei bis vier von unten herauf ein stärkeres Kontingent stellen, als die unterste, daß also der Fall, daß jemand von einer sich heranbildenden Wohlhabenheit auf seinen Ausgangspunkt durch die Exekution zurückgeworfen wird, häufiger vorkommt.

Eine andere Berliner Angabe — die für 1880 habe ich nicht vollständig erhalten können, aber für 1881 — bezieht sich auf die Gesamtheit der direkten Steuern, wobei ich bemerke, daß die Staatsklassensteuer in Berlin von den Gemeindebehörden erhoben wird. Danach bringt die Haus- und Mietssteuer im ganzen an Steuerposten 1 048 203, die Einkommen- und Klassensteuer 1 468 856, zusammen also 2½ Millionen Steuerposten. Darauf sind Mahnzettel ausgeschrieben — wo also die Leute nicht prompt bezahlt haben — 647 981. Von diesen Zetteln sind erledigt durch Zahlung des Steuerrestes nicht ganz die Hälfte 308 814, durch fruchtlose Zwangsvollstreckung 244 968 (Hört! hört!), durch Anmeldung bei der Abteilung für Verzogene 85 302 — also Leute, die sich der Steuerschere in Berlin entziehen dadurch, daß sie in die Provinz hinausgehen; die werden sofort durch den Uriasbrief der „Abteilung für Verzogene" dort kreditlos gemacht und außer Stand gesetzt, sich neu zu etablieren, und sie kommen aus der Schere der Exekution nicht heraus; die Freizügigkeit hilft ihnen nichts — sonst unerledigt geblieben und weiter zu verfolgen bleiben 8897.

Meine Herren, Sie werden daraus ersehen, wie ich vermute, daß die Zahl derjenigen, welche wegen der direkten Steuern in Preußen in Stadt und Gemeinde ausgepfändet werden, eine recht große ist.

Wenn Sie sich nun die Wirkung einer solchen Exekution vergegenwärtigen — es ist anzunehmen, daß, ehe es jemand dazu kommen läßt, er seinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erschöpft haben wird, denn die sind noch nachsichtiger als der Steuerexekutor — nun erscheint der Exekutor, sofort geht der Kredit verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit ist, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinsen vorzustrecken und sich in den Besitz dessen zu setzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat, was von ihm noch herausgedrückt werden kann, oder er verfällt vor den Augen des Nachbarn der Tatsache, daß der Exekutor zu ihm kommt, das Wenige an Hausrat, Wäsche und Mobilien, was sich ein junger Hausvater angeschafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverkaufe gestellt — vielleicht zu einem geringen Ertrage: eine Kommode, die für 15 Mark gekauft wurde, geht vielleicht für 3 Mark weg — daß das alles den Mann, der auf diese Weise in seinem Aufstreben auf der sozialen und wirtschaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, schwer kränkt, ihn mitunter zur Verzweiflung, manchmal zum Selbstmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt, wenn der seiner Meinung überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen so ungeheuren Schaden an seinem häuslichen Besitztum, an seinem gesellschaftlichen Ansehen und an seinen aufstrebenden Hoffnungen zufügt, daß das den Mann mit Unzufriedenheit erfüllt, darüber, meine Herren, wird kein Zweifel sein, und ich schreibe einen großen Teil unserer Auswanderungen der Tatsache zu, daß die Auswanderer das Bedürfnis haben, sich der direkten Steuerschraube und Exekution zu entziehen und nach einem Lande hinzugehen, wo die Klassensteuer nicht existiert und wo sie außerdem die Annehmlichkeit haben, die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz beschützt zu wissen. (Sehr richtig! rechts.) Die amerikanischen Schutzzölle und die preußische Klassensteuer halte ich für die

Hauptmotive der Auswanderung. (Zuruf aus dem Zentrum: O nein!) Hauptsächlich, ich sage nicht ausschließlich, und es ist ja auch ganz natürlich. Ich weiß nicht, wer von den Herren Phantasie genug hat, sich in die Lage einer solchen, vom Steuerfiskus zerdrückten Existenz hineinzufühlen, daß da eine tiefe Bitterkeit eintritt gegen die Einrichtungen, unter denen er lebt, Einrichtungen, die in Frankreich, England, Amerika, in allen zivilisierten Staaten längst zu den überwundenen Standpunkten gehören, dort längst, weil dort die Fraktionspolitik die Regierung nicht hinderte, Verbesserungen einzuführen, und dort längst die direkten durch weniger drückende indirekte Steuerquellen ersetzt sind — daß er da nach anderen Ländern geht, daß er gegen unsere Einrichtungen einen stillen Ansatz von Haß behält, das ist wohl nicht verwunderlich.

Nun finde ich es ganz erklärlich, daß eine Opposition, welche die Absicht hat, die bestehende Regierung zu stürzen oder bei den Wahlen zu diskreditieren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und gar keinen Grund, da, wo sie vorhanden ist, die Hand zu bieten, daß sie gemildert werde, so lange diese mißliebige Regierung besteht. Die Opposition behält sich vielleicht vor, wenn sie selbst ans Ruder gelangt, sich dann das Verdienst zu erwerben, diese Leiden zu mildern. Es ist ja außerordentlich leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unserer kleinen Presse (sehr richtig! rechts) ist es ja außerordentlich leicht, den Wählern einzureden, daß eigentlich doch die Regierung an diesem allen schuld ist, obschon sie sich seit Jahren ehrlich und aufrichtig bemüht, diese Übelstände abzuschaffen, obschon Seiner Majestät dem König die Leiden seiner Untertanen schwer am Herzen liegen, und der König tut, was er kann; aber der König hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben, er hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben, das Reich versagt sie ihm, Seine Majestät der König kann tiefen Schmerz empfinden, kann sich dabei aber verfassungsmäßig nicht helfen. Nun, diese Unzufriedenheit also auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzuklagen, das ist ja der Presse gar nicht schwer. Das Motiv, weshalb wir mit unseren Reformen nicht vorwärts kommen, ist, daß es so sehr viel Leute gibt, die gar kein Bedürfnis und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgendeiner Verbesserung zu helfen. Es ist eine alte Whistregel: „Dem Feinde keinen Stich!“, das heißt für Sie: der Regierung keinen Erfolg, denn der „Feind“ bei uns ist die Regierung. (Oho! und Unruhe links. — Sehr richtig! rechts.)

Wie bereitwillig akzeptiert der deutsche Wähler stets die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu sein berechtigt ist; es ist ihm sogar nicht unlieb, wenn er eine solche wirklich hat, denn er hat noch so viel Gewissen, daß er sich doch zuzeiten schämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu schimpfen. Hat er eine, auf die er mit Recht schimpfen kann, so ist es ihm eine angenehme Satisfaktion. Das war das Erzeugnis der Politik in früheren Zeiten, wo die Regierungen im ganzen, ich will nicht sagen schlechter und ungeschickter waren, aber sich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten; da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutschen Bedürfnis, beim Biere von der Regierung schlecht zu reden, und wer den Ton anschlägt, der hat noch heut Wähler, von dem sagt man: Das ist unser Mann, für den stimmen wir, das ist kein Regierungsmensch, der ist nicht servil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen“. Meine Herren, das ist ja wirklich eine traurige Satisfaktion, dem Kanzler den

Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt ist, vielleicht zum Nutzen des Landes ist. Das will doch erst geprüft sein; es kann sein — es läßt sich ohne Sie ja nichts machen, und wenn Sie nichts bewilligen wollen, so ist es Ihr Recht und ist ja gut; aber daß der Kaiser als König von Preußen es schwer empfindet, daß er seinen Untertanen nicht helfen kann, daß er sich fragt: Waren die Gründe, die mein Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., derzeit gegen die Reichsverfassung hatte, die ihn abhielten, die Kaiserkrone anzunehmen, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? Habe ich wohlgetan, mich der Möglichkeit zu berauben, meinen Untertanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden könnte, aus den Händen gegeben und von anderen abhängig gemacht habe? Solche Nachgedanken können einem Könige, der seine von Gott ihm gegebene Mission ernst auffaßt, der ein Herz für die Leiden seiner Untertanen hat, wohl kommen mit der Zeit. Daß eine parlamentarische Körperschaft, auch selbst die des Preußischen Landtages, wenn die heißen Tage eintreten, dieselben ernsten Mitempfindungen für solche Notstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, was Leiden mitempfindet. Aber, die preußischen Landeskinder, die im Landtage sind, hätten so viel Herz für dieses Elend, welches sie aus den Druckschriften kennen, doch wohl haben können, daß sie der Sache ein paar Tage Sitzungen, auch bei gutem Wetter, mehr geliehen und nicht so unwillig die Sitzungen abgebrochen und der Regierung die Vorwürfe gemacht hätten, daß die Würde des Landtages beeinträchtigt werde durch die späte Vorlage. Ja, wir können die Vorlage nicht eher machen, ehe wir sie fertig haben, hexen können wir auch nicht, wir müssen unsere Arbeitszeit irgendwie haben und Bedenken berücksichtigen und prüfen, auch wenn sie spät kommen; der Landtag hätte wohl Zeit haben können in den drei Wochen, die nach der Vorlage verloren wurden, das Wohl des Landes zu beraten und die Vorlagen näher zu prüfen. Die Frage der Parallelsitzungen, die dabei den Hauptvorwand abgab, um uns der mangelnden Rücksicht zu zeihen, ist ja eine Zwangslage, aus der wir uns nicht retten können, denn wir können in den Sommermonaten vom Juni bis zum 1. Oktober die parlamentarischen Versammlungen nicht berufen, ohne uns schon einer Verstimmung auszusetzen, die sich nachher in gewissem Übelwollen gegen die Regierung fühlbar macht und namentlich bei denen, die, wenn sie nicht Abgeordnete sind, doch auch noch etwas Nützliches zu tun haben. Wir müssen also, wenn wir irgendwie können, diese vier Monate außer Rechnung lassen. Im Oktober ist es auch schwierig, teils noch aus denselben Gründen, teils müssen doch auch die Minister und der Bundesrat irgendeine Zeit zur Vorbereitung dessen haben, was sie vorlegen sollen. Sie können doch nicht verlangen, daß wir Tag und Nacht arbeiten, daß wir von eiserner Gesundheit sind — Sie trauen uns das auch nicht zu. Kurz und gut, fünf Monate gehen ziemlich auf die Abneigung des Zusammenkommens und auf das Bedürfnis der ministeriellen Beratungen. Dann haben die parlamentarischen Körperschaften die Gewohnheit, zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten jedesmal drei Wochen Ferien zu machen, das macht neun Wochen, das sind wiederum zwei Monate, damit sind sieben Monate verbraucht. Ist es nun möglich in den übrigen fünf Monaten, die bleiben, die Budgetfragen, wie sie bei uns betrieben werden, befriedigend zu erledigen, und Gesetze, welche die Notdurft des Landes, die Notlage unserer Mitbürger betreffen, zu erledigen? Der Preußische Landtag in diesem Frühjahre hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß ihm

die Zeit zur Prüfung der Not seiner Mitbürger und der preußischen gravamina fehlt. Das Bedürfnis des Königs von Preußen, Abhilfe zu schaffen, beschränkt sich nicht auf die Klassensteuer allein, es ist außerdem allgemein bekannt, daß unsere Gemeinden zum Teil trotz aller Klassensteuerexekutionen, die ich vorhin vortrug, doch in einer großen Notlage in Bezug auf ihre Finanzen sind, und daß die Regierung sehr geneigt ist, ihnen zu helfen. Sie kann dies aber nur, wenn ihr Mittel dazu bewilligt werden. Ich habe hier eine Angabe über Gemeindebesteuerungen mitgebracht, die — es war dies in gewissen Gemeinden in der Rheinprovinz — Berechnung der Steuerbelastung eines für 1881/82 zur zweiten Klassensteuerstufe veranlagten Grund- und Gebäudesteuer nicht entrichtenden Zensiten in verschiedenen rheinischen Gemeinden. Danach zahlt in der Stadt Witten jemand, der 6 Mark Klassensteuer entrichtet, 350 Prozent Zuschlag als Kommunalsteuer, worin die Schullast mit enthalten ist, da dieselbe auf den Kommunaletat übernommen ist — macht 21 Mark, 50 Prozent evangelische Kirchenauflage — macht 3 Mark, zusammen wird aus den 6 Mark, die der Staat verlangt, 30 Mark. In der Stadt Wattenscheid stellt sich dieselbe Rechnung von 6 Mark durch denselben Zuschlag von Kommunalsteuer und evangelischer Schulsteuer auf 39 Mark 20 Pfennig; in der Stadt Hattingen von 6 Mark auf 34,08 Mark, in der Gemeinde Königssteele von 6 Mark auf 42,60 Mark, in anderen wieder auf 39 Mark usw.

Also Sie sehen, daß das eine sehr starke Belastung unserer Gemeinden ist, und es ist zu vermuten, daß bei diesen Kommunalsteuern im ganzen nicht weniger Exekutionen stattfinden werden, als in den Staatssteuern, daß auch dort die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen künstlich genährt wird, namentlich in der Art, wie die Zuschläge zum Teil aufgebracht werden zur Häusersteuer, wobei die Schulden, die auf dem Hause lasten, vom Steuerobjekt nicht abgezogen werden. Rheinische und auch hannöversche Gemeinden sind, wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, bei der Regierung eingekommen, man möchte ihnen gesondert gestatten, daß sie indirekte Steuern erheben. Sie sind also ihrerseits auch vollständig zu der Überzeugung gelangt, die die Staatsregierung leitet, daß indirekte Steuern leichter zu tragen und leichter aufzubringen sind, als die direkten. Aber weit entfernt, für die Gesamtheit ihrer Mitbürger diese Erleichterung zu erstreben, durch ihre Abgeordneten die Regierung in dieser Richtung zu unterstützen, verlangen sie für sich das Privilegium, nur auf ihrem engeren Bezirk die Wohltat der indirekten Steuern einzuführen und bei ihnen das Leiden der direkten abzustellen, es dann aber der misera contribuens plebs auf dem platten Lande zu überlassen, sich weiter zu helfen, wie sie kann. Sie haben dann ihrerseits kein Bedürfnis mehr und haben noch weniger Neigung als heute, die Regierung in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Die Regierung aber hält an dem Prinzip fest: „Gleiche Gerechtigkeit für alle“ und ist entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. Daß die großen Städte ihrerseits, weil sie in noch höherem Maße als die Kreise und Landgemeinden eigentliche Staatslasten übernommen haben, bei einer Verteilung und bei einer Zuwendung von Erträgen indirekter Steuern, die wir vom Reich erstreben, stärker bedacht werden müssen, als die gleiche Kopfanzahl der sonstigen Bevölkerung, daß sie mit dem, was für sie in Aussicht genommen ist, Zuweisung der halben Gebäude- und Grundsteuer, nicht auskommen, ist ganz klar; es ist aber dann Sache der Prüfung und Bewilligung in den Verhandlungen des

Landtags, wie der Hauptsache nach die Verteilung von Mitteln, sobald wir deren haben, stattfinden soll. Wir sind nicht bereit, einzelnen Klassen unserer Mitbürger vor anderen ein Priviligium zu geben, sondern die Erleichterung gleichmäßig zu schaffen für alle. Die Kreise sind in derselben Lage, und bei ihnen ist die Ungerechtigkeit des Zuschlages zu der Steuer, die ohne Rücksicht auf die Verschuldung der besteuerten Einnahmequellen auferlegt ist, allerdings in höherem Maße auf die Grundsteuer anwendbar, wie sie es auf die Häusersteuer ist.

Nun sind die Herren in den großen Städten gewöhnlich der Meinung, daß die Grundsteuer hauptsächlich den reichen Grundbesitzer treffe, der ihnen unangenehm auffällt, wenn er selbstzufrieden und wohlgenährt in die Stadt kommt, sich bei Borchardt oder sonst wo sehen läßt. Das ist aber entfernt nicht der Fall, und aus jedem statistischen Buche können Sie sich dahin belehren, daß die Gesamtheit der Gutsbesitzer, die noch lange nicht lauter reiche Leute sind, sondern vielfach arme, da auch dem kleinsten Besitze angehörige Zensiten zu den Gutsbezirken gehören, von den 42 Millionen Grundsteuern, die im ganzen bezahlt werden, nur 8 Millionen tragen, 28 Millionen auf den Kleinbesitz, auf die Landgemeinden fallen, und der Überrest auf die Städte. Wenn Sie also geneigt sind, über den Gutsbesitzer eine gewisse Ungerechtigkeit zu verhängen, weil er Ihrer Meinung nach eine üble Persönlichkeit ist — so treffen Sie mit demselben Schlag, mit dem Sie einen Gutsbesitzer treffen, immer wahrscheinlich fünf arme Leute. Die Kreise, wie Sie aus den statistischen Listen ersehen, sind fast alle verschuldet und meist mit sehr starken Kreisbudgets belastet. Davon machen allein eine Ausnahme achtzehn hessische Kreise, und annähernd einige holsteinische; aber das nicht etwa, weil die Lasten, die sonst die Kreise verschulden und beschweren, dort überhaupt nicht getragen werden — sie werden nur von anderen Formationen getragen, so in Hannover von den Ämtern, so in der Rheinprovinz, in Hessen und in Holstein teils von den Gemeinden, teils früher vom Staate, teils sind sie überhaupt erst existent geworden nach der preußischen Besitznahme.

Der einzige Kreis in der preußischen Monarchie, der vermöge seiner eigenen Wohlhabenheit steuerfrei ist, ist das Herzogtum Lauenburg, welches von seinem Abgeordneten, Herrn Westphal, seinerzeit hier als die „ausgequetschte Zitrone“ bezeichnet wurde, die nach der „Ausquetschung“ mit dem Fuße fortgestoßen worden wäre. Das ist der einzige Kreis, der so reich ist, daß er keine Kreissteuern umzulegen braucht, der bares Vermögen hat, und der bei einer richtigen Art der Verwaltung seines Vermögens noch erheblich mehr zu leisten in der Lage wäre. Ich kenne die Verhältnisse sehr genau, weil ich — ich weiß nicht: acht oder zehn Jahre — Minister dieses Ländchens gewesen und noch heute der größte Grundbesitzer in diesem Kreise bin und dadurch gezwungen werde, an den dortigen Kreisinteressen Anteil zu nehmen. Aber außerdem gibt es überhaupt keinen Kreis, der nicht entweder in sich, in seinen Korporationen oder in den Gemeinden, aus denen er besteht, verschuldet wäre. Auch diesen hat Seine Majestät der König von Preußen das Bedürfnis zu helfen, und Er steht hilfesuchend vor der Pforte des Reichstags und klopft an, ob Sie ihm beistehen wollen, Seine preußische Untertanen aus den ungerecht und drückend veranlagten Steuern zu befreien.

Ein dritter Punkt ist die Schule, deren Belastung auch in der Regel nicht nach ihrem vollen Werte gekannt wird. Aus den sehr lehrreichen Motiven, die der Preußische Land-

tag nicht Zeit hatte zu lesen und zu beraten, geht unter anderem hervor, daß die Schullasten in ihrer Gesamtheit für Personal- und Realausgaben zwischen 94 und 95 Millionen betragen, und daß sie die Belastung des Staates durch die Klassensteuer mehr als doppelt übersteigen, indem in Preußen auf den Kopf 3,59 Mark an Schullasten kommen und wahrscheinlich auch in demselben Bruchteil von Exekutionen, namentlich für diejenigen Lasten, die unter dem Namen von Schulgeld exigibel sind, von den ärmsten Mitgliedern der Gemeinde und immer in erhöhtem Maße von kinderreichen Familien als von kinderlosen oder einkinderigen, und wie es dabei für die Stellung des Lehrers eine betrübende Beziehung gibt, daß der Lehrer, der in Bezug auf Kleidung und Lebensstand doch gegenüber dem barfüßigen Schuljungen eine höhere Lebensstufe einnimmt, die Mutter durch die Kinder mahnen lassen muß wegen weniger Groschen Schulgeld. Schon im Interesse der Lehrer haben wir in Preußen das Bedürfnis, daß diese Sache aus der Welt geschafft wird.

Es sind außerdem noch die Ihnen bekannten Bedürfnisse des Königs von Preußen, seine Beamten auf diejenige Stellung im Gehalt zu bringen, die unter Vortritt der Reichseinrichtungen den Richtern bewilligt worden sind. Es besteht dabei eine Ungleichheit, die zu Unzufriedenheiten Anlaß gibt, und diese wird ausgeglichen werden müssen entweder durch eine Steigerung der Gehälter der übrigen Beamten oder durch Herabsetzung der jetzigen Richtergehälter. (Bewegung.)

Dasselbe findet statt in Bezug auf die Ungleichheit der Verstempelung des mobilen und immobilen Vermögens. Ihnen ist bekannt, und das Gravamen ist schon öfter vorgebracht, daß der Stempel der Immobilien ein ganz maßlos hoher ist, ebenfalls ganz ohne Rücksicht auf die Belastung des Grundstücks mit Schulden; wenn es für 80 000 Taler verkauft wird, und es sind 80 000 Taler Schulden darauf, so muß es doch seine 800 Taler Stempel zahlen, und das vermehrt die Not des in Konkurs befindlichen oder sonstigen Besitzers. Es handelt sich ja auch nicht immer um Grundstücke von 80 000 Taler, sondern auch um kleinere. Jede Verpachtung wird in der ungerechten Weise verstempelt, daß zum Beispiel bei einer dreißigjährigen Verpachtung die ganze Summe zusammengezählt wird, die der Pächter in dreißig Jahren zu zahlen haben wird, und daß diese sofort am Tage des Abschlusses der Verpachtung verstempelt werden muß, als wenn sie heute gezahlt würde. Tritt inzwischen in der Person des Pächters eine Änderung ein oder löst sich durch Konkurs oder sonst vor Ablauf der dreißig Jahre dieser Kontrakt, so wird der zu Unrecht verstempelte Teil, und wenn der Vertrag auch noch dreiundzwanzig Jahre liefe, nicht zurückbezahlt, sondern der neue Pachtvertrag muß wieder neu und voll verstempelt werden, und so kann man in die Lage kommen, bei einer längeren Pachtdauer drei-, viermal dieselbe Summe für dasselbe Geschäft zu verstempeln. Schon eine bloße Änderung der Firma, daß ein Associé ausschied, hat mich in die Lage gebracht, einen neuen Pachtvertrag abschließen zu sollen; ich habe mich dagegen mit Erfolg gewehrt, aber doch nur in verschiedenen Instanzen. Dadurch wird die Existenz aller Pächter unbillig beschwert.

Wenn ich alle diese Gravamina, die der König von Preußen für seine Untertanen beim Reich anbringt und für die er Deckung verlangt, hier einmal aufzählte, so habe ich damit nur das Bedürfnis, Ihnen die Größe der Not, in der der preußische Steuerzahler sich befindet, zu schildern. Keineswegs verbinde ich damit die Hoffnung, daß der gesamte Bedarf dieser Summe nun mit einer Bewilligung gedeckt werden könnte. Aber ich glaube,

wir müssen doch ein Ziel anerkennen, nach dem gestrebt werden muß, dem man allmählich sich zu nähern sucht. Wir müssen wenigstens den guten Willen betätigen, der Prüfung dieser Sache näher zu treten, sie nicht zu scheuen und nicht unter dem Vorwande, daß Witterung und Parallelsitzungen uns daran verhindern, uns der Prüfung der Not unserer Mitbürger zu versagen. Dieses Bedürfnis zur Anerkennung zu bringen, war unsere Hoffnung als wir das Verwendungsgesetz dem Preußischen Landtage vorlegten. Dieser Landtag hat unsere Hoffnung getäuscht, und wenn ich dazu nehme, daß auch mehrere der verbündeten Regierungen ihrerseits ein Bedürfnis zur Steigerung des Landeseinkommens aus Reichsquellen nicht empfinden, indem sie das Monopol abgelehnt haben, ohne einen anderen Vorschlag oder auch nur die Neigung auszusprechen, auf anderen Wegen zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten, wenn ich dazu nehme, daß der Bericht Ihrer Kommission das Bedürfnis geradezu bestreitet und, ganz abgesehen von der Resolution Lingens, die sich in schroffen Gegensatz zu der Königlichen Botschaft vom 17. November 1881 stellt und das Reich als bedürfnislos bezeichnet und seine Glieder — wenn ich sehe, daß auch das Gutachten der Kommission dahin vorläufig sich äußert, daß kein Bedürfnis vorläge, die Allgemeinheit mit neuen Steuern zu belasten, wenn ich dazu nehme die indirekte Leugnung des Bedürfnisses, wie sie in der Abneigung des Preußischen Landtages liegt, die Frage auch nur zu beraten — wenn ich das alles zusammennehme, so kann ich zweifelhaft werden, ob das Bedürfnis, was seine Majestät der König und seine Minister mit ihm in Preußen sehr lebhaft empfinden, im ganzen Lande empfunden wird, ob es wirklich vorhanden ist.

Wir stehen in Preußen vor neuen Wahlen, und ich rechne darauf, daß diese Wahlen uns darüber Auskunft und Entscheidung bringen: Fühlt das preußische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht, oder nicht? Der bisherige Landtag hat uns eine Erklärung darüber versagt. Wir erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen die Frage ein Hauptkriterium bilde: Soll die Klassensteuer mit ihren Millionen Exekutionen beibehalten werden, mit ihrer Verfolgung der Verzogenen, das ganze veraltete Institut? Soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Das werden Fragen sein, über die der Ausfall der nächsten preußischen Wahlen der Regierung einen Fingerzeig und der Landtag eine durchschlagende Antwort geben wird. Ist der nächste Preußische Landtag gegen die Leiden seiner minderbegüterten Mitbürger ebenso gleichgültig wie der jetzige, ja, dann, meine Herren, liegt vielleicht keine Not vor, sonst wäre er nicht gewählt worden, denn wozu der Lärm? Was sollen wir uns dann quälen mit der Sisyphusarbeit, eine weitere Erleichterung und Reform zu schaffen? — beneficia non obtruduntur! Ich kann das aushalten, sobald ich ein reines Gewissen habe, und mein Gewissen zu befreien, ist der Grund meines jederzeitigen Auftretens. Wollte der nächste Landtag wiederum, wie der bisherige, sich einer eingehenden Diskussion der Bedürfnis- und Verwendungsfrage, einer Beschlußnahme darüber, welche Verwendung er haben will, versagen, so könnte ich Seiner Majestät nur raten, so oft an die Wähler zu appellieren, bis darüber die notwendige Entscheidung erreicht ist, und ich werde kein Bedenken tragen, Seiner Majestät zu raten, den Preußischen Landtag, sobald er nur gewählt ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne weiteres von neuem an die Wähler zu appellieren, wenn uns wiederum in der bis-

herigen Weise ausgewichen wird. Der Landtag kann beschließen, was er will, aber er darf sich der Beratung der Not seiner Mitbürger nicht versagen; wenn er das tut, so verdient er nicht den Namen „Volksvertretung“ (Bravo! rechts); die Volksvertretung liegt dann mehr bei dem Monarchen, der ein Herz hat für das Volk und dessen Leiden.

Ich habe schon erwähnt, daß wir das Monopol vorgeschlagen haben, weil wir dasselbe nach sorgfältiger Beratung und Erwägung der Sache für das beste und zweckmäßigste Mittel gehalten haben, dessen Ablehnung wir gebrauchen, bevor wir zu anderen übergehen. Durch die Tatsache, die ja in die Augen springt, daß das Monopol sehr unpopulär ist und durch die Wahlarbeit künstlich noch unpopulärer gemacht ist, als es zu sein braucht, werden wir uns niemals abschrecken lassen, das vorzuschlagen, was wir für vernünftig halten. Ich frage gar nichts danach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur danach, ob sie vernünftig oder zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf das, morgen auf jenes richtet, die ich genossen und verloren habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu tun, und das übrige stelle ich Gott anheim. Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: Ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf Akklamation stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessiert mich nicht, ob die Sache populär ist, da meine Existenz im Amte von jedem Wahlkreise unabhängig ist, und der einzige Wähler, den ich habe, Seine Majestät der Kaiser, mit mir zufrieden ist. Also von Wahlfurcht und Sorgen, wie die Sache aufgenommen wird, bin ich nicht beherrscht, und diese Freiheit erlauben Sie mir zu benutzen, denn die Freiheit ist nicht viel vertreten in den parlamentarischen Körperschaften, da sie sich nicht unabhängig bewegen können von dem, was ein Wähler, von dem, was jedermann in ihren Wahlkreisen aufwirft, der vielleicht im Liberalismus um ein paar Zentimeter höher springt als der Vorredner, und Mittel findet, ihn in seiner Stellung zu erschüttern. Das ist eine Fraktionsfrage, eine Mandatsfrage, wir aber sind unabhängig von lokalen Verhältnissen und Popularitäten. Die Frage ist für mich allein die, ob der Vorzug, den wir dem Tabakmonopol geben, objektiv berechtigt ist. Ich erlaube mir, unter den vielen Zeugnissen, die mir in die Hand gekommen sind, das eines Ausländers anzuführen, der auch von keinem deutschen Wahlkreise abhängig ist; es ist ein vielen von Ihnen wohlbekannter Nationalökonom, Leroy-Beaulieu, der seinerseits in seinem großen Werk über Finanzwissenschaft vom Monopol sagt:

> Es fällt uns gar nicht schwer, die Steuer auf den Tabak zu billigen, selbst wenn sie zu sehr hohem Satz und in der Form des Staatsfabrikationsmonopols eingehoben wird. Die Finanzen eines Landes müßten eigentümlich günstig stehen, wenn es auf eine so unschädliche, so moralische, so ergiebige Auflage und auf eine so leichte Einhebungsweise verzichten wollte.

Der Mann ist kein Freund unseres Regierungsprinzips; er ist Freihändler.

> Das Tabakmonopol hat selbst auf dem Standpunkt der Fabrikation und der Warenqualität nicht bloß Unzukömmlichkeiten; bei höchsten Steuersätzen liefert allein das Monopol unverfälschte Ware; das ist unzweifelhaft. Der (frühere) Vizepräsident des Reichstags, Herr von Stauffenberg, hat bemerkt: Wir Raucher wissen

wohl, daß wir rauchen, aber nicht, was wir rauchen. Die Steuersätze in Frankreich sind viel höher als die vor drei Jahren in Deutschland diskutierten, gleichwohl sind die Fabrikate rein; das ist ein sehr starkes Argument für das Monopol. Die gemeinen Sorten französischen Tabaks sind, wie man weiß, sehr geschätzt. Wenn es sich um einen Gegenstand handelt, dessen Erzeugung nur Sorgfalt und Ehrlichkeit erheischt, und welcher überdies schädlich ist, ist das Monopol keine schlechte Sache, wenn es dem Staat jährlich 270 bis 280 Millionen Reinertrag liefert. Will man große Erträge aus dem Tabak ziehen, so hat man nur zwischen zwei Besteuerungssystemen die Wahl; demjenigen Englands und dem direkten oder indirekten (verpachteten) Staatsmonopol. Das direkte Staatsmonopol ist vorzuziehen; es bietet dem Raucher mehr Garantien . . . Es ist nicht zu verwundern, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches, Herr von Bismarck, daran gedacht hat, das Monopol in seinem Lande einzuführen. Man begreift nicht, wie ein Staat mit solchen Bedürfnissen sich damit zufrieden gibt, jährlich 20 Millionen aus einer Abgabe zu ziehen, welche bei guter Veranlagung das Sechsfache und selbst das Zehnfache einbringen kann, ohne die ökonomische Lage des Reichs zu schädigen. Der Tabak ist in Deutschland geringer besteuert als die gesunden Getränke; das ist finanziell eine Absurdität und moralisch ein Skandal. Man macht geltend, die Einführung des Monopols koste 300 Millionen Francs und werde lebhaftem Widerstand begegnen; aber der Ertrag rechtfertigt es, daß man diese Ausgabe macht und einer vorübergehenden Unpopularität sich aussetzt.

Nun, meine Herren, der Bericht der Kommission entkräftet keine dieser Angaben. Ich habe den Bericht überhaupt mit Überraschung gelesen; der Herr Verfasser hat das ganze — allerdings sehr umfangreiche Material, welches die Enquete von 1878 über diese Frage bietet, unbenutzt gelassen, das ganze Material, welches für die Bedürfnisfrage die Motive des preußischen Verwendungsgesetzes geben, vielleicht gar nicht gekannt, jedenfalls unbenutzt gelassen; also die Frage, ob wir überhaupt Geld brauchen, ist gar nicht erörtert, und erst, wenn diese klar ist, können wir darüber reden, ob Monopol oder nicht. Das ganze macht auf mich den Eindruck des Requisitoriums eines Staatsanwaltes, der à tout prix eine Verurteilung braucht. Ich sehe keine Berücksichtigung, keine Erwähnung des Regierungsstandpunktes darin; die Kritik, die es enthält, haftet an Äußerlichkeiten, Detailfragen, einzelnen technischen Positionen — darüber ließe sich ja diskutieren und amendieren. An der Spitze von allen Einwendungen steht am wunderlichsten die Beschwerde darüber, daß die Straßburger Manufaktur sich geweigert hätte, ihre Bücher vorzulegen. Was in aller Welt hat die Straßburger Manufaktur, die außerhalb der Monopolverhältnisse steht, mit der Frage zu tun, ob der Staat, das Reich Bedürfnisse hat, die durch indirekte Steuern, durch neue Steuern befriedigt werden sollen und ob das Monopol der nützlichste Weg dazu ist? Bekanntlich wirtschaftet die Fabrik ohne Monopol, und sie könnte geschickt oder ungeschickt geführt sein, sie könnte Schätze sammeln oder sie könnte dicht vorm Bankerott sein, es würde uns nicht die leiseste Aufklärung über die Frage liefern, mit der wir uns hier beschäftigen, und ich halte es für einen unnötigen Wortverbrauch, durch Verwendung von dergleichen Äußerlichkeiten die Diskussion des inneren Kerns der Frage zu hindern. Aus dem ganzen Verlangen leuchtet die Auffassung der kon-

kurrierenden Landsleute des Herrn Referenten[2] vor, denen die Tabakfabrik in Straßburg ein Dorn im Auge ist. — Aber wenn der Herr Verfasser damit die Rentabilität des Monopols in Frage stellen will, weil etwa die Straßburger Manufaktur infolge nicht richtiger oder französierender Leitung nicht genügende Erträge brächte, was ich nicht weiß, so trifft dies Argument in keiner Weise die Rentabilität des Monopols; diese ist ja vollständig ad oculos demonstriert durch die Ergebnisse, die es in unseren Nachbarstaaten hat; dort ist die Sache geprobt, und sie wird toto die geprobt, und die Frage, ob das Monopol 1815 etwas eingebracht in Frankreich oder 1845, ist ebenso irrelevant, wie die Frage der Straßburger Manufaktur. Seit 1815 hat der Franzose überhaupt erst rauchen gelernt, und 1845 war selbst bei uns in Deutschland das Zigarrenrauchen eine Art von Privilegium der größeren Städte und wohlhabenden Leute, es war noch nicht in allgemeinen Gebrauch übergegangen; also der Vergleich hat gar keine Bedeutung. Wer in Frankreich und England gewesen ist vor vierzig Jahren und wieder hinkommt, wird erstaunt sein, wie das Rauchen zugenommen hat in Frankreich und in demselben Maße in England; was die Franzosen im Rauchen leisten können, können die Deutschen auch (Heiterkeit) und mehr als die. Die Rentabilität ist vollständig außer Betracht und auch an unseren einheimischen Fabriken und Händlern bis zur Evidenz nachgewiesen. Ich habe in der langen Zeit, daß ich mich mit der Monopolstellung beschäftigt habe — ich kann es aktenmäßig nachweisen, zurück bis zum Jahre 1867, wo ich zuerst bei dem Anerbieten der Stellung, die er nachher einnahm, den Minister Delbrück, ehe ich ihm Vorschläge machte, durch einen unter uns anwesenden Abgeordneten darüber sondierte, wie er über die Monopolfrage dächte, und es Seiner Majestät dem Könige mitteilte — mich davon überzeugt, daß in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten sein würden, sobald ein Substrat vorliege, so dauerhaft wie das Deutsche Reich von ihm veranschlagt wurde, und nicht mehr der kündbare Zollverein. Ich habe außerdem schon im Jahre 1878 daraus gar kein Hehl gemacht, daß ich die Besteuerung als Durchgangsform zum Monopol erstrebte, und die betreffenden Akten geben darüber Aufschluß; ich habe mich nur dem fiskalischen Prinzip nicht anschließen wollen, zuerst durch die Modalität der verlangten Steuern die Tabakfabrikation zu ruinieren, um nachher eine mindere Entschädigung zahlen zu müssen. Es liegt aber meiner Meinung nach die Zeit nicht fern, wo das Monopol allmählich populär werden wird, zuerst bei den Tabakbauern, wo es ja jetzt schon in denjenigen, die wirklich die Weltverhältnisse übersehen können und die so ziviliſiert sind, daß sie nicht jeder Unwahrheit über die Wirkung des Monopols zugänglich sind, populär ist. Es ist darin sehr lehrreich, was zum Beispiel in der Pfalz darüber gesagt wird, von wo ich von der Hauptgemeinde dort erst kürzlich eine Petition mit der Bitte bekam, an dem Monopol festzuhalten, und worin ich eine Notiz finde über die Stellung des Elsaß dazu; da heißt es:

> Wenn noch Zweifel über die Gründe beständen, warum die reichsländischen Reichstagsabgeordneten sich auf die Seite der Gegner des Monopols stellten, so wären dieselben endgültig durch die Ausführungen beseitigt, welche der „Expreß“ dieser Tage veröffentlichte.
>
> Einer der Abgeordneten machte nämlich den Versuch, die elsaß-lothringische Vertretung im Reichstage gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie sich in dieser

[2] Abgeordneter Dr. Barth-Bremen.

Angelegenheit in Gegensatz zu der ausgesprochenen Ansicht ihrer Wähler gesetzt habe. Die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der Vorlage, heißt es in dem Artikel, müssen vollkommen anerkannt werden. Wenn gleichwohl die reichsländischen Abgeordneten das Wort zur Verteidigung des Monopols nicht ergriffen haben, so seien sie im letzten Augenblicke durch politische Bedenken davon abgehalten worden.

Nun, die politischen Bedenken kann man sich vorstellen, worin sie bestehen — sie fürchten das Reich zu kräftigen durch Bewilligung des Monopols; aber im übrigen geht daraus hervor, daß die Elsasser Abgeordneten ihren Wählern gegenüber genötigt sind, durch politische Gründe, reichsunfreundliche politische Gründe, ihre Abstimmung gegen das Monopol zu rechtfertigen.

Die Rentabilität ist keine terra incognita, auch bei uns nicht. Wenn sie die Listen der Ladenmieten hier in Berlin für die Zigarrenhändler durchgehen, wie sie für kleine Lokale bis zu 9000 Mark steigen, so muß das Geschäft doch etwas abwerfen. Mir hat ein persönlich befreundeter Inhaber einer der größten Zigarrenfabriken in Schleswig-Holstein darüber mitgeteilt, daß er seinerseits als Hauptprodukt eine Gattung Zigarren fertigt, die von seinen Abnehmern unter verschiedenen Nummern verkauft wird; er erhalte seinerseits für das Tausend 28 Mark, die Herstellung dieser tausend Zigarren koste ihm 18 Mark und, wenn er eine so große Einrichtung hätte wie im Monopol, vielleicht nur 17; aber für ein Fabrikat, was mit 18 Mark zu Buche steht, bekäme er 28 Mark, das sind ungefähr 60 Prozent. Er sagt ferner: Wenn ich zufällig meine Zigarren nicht bei mir habe, dann muß ich diese von mir zu 18 Mark hergestellten Zigarren mit 5 Mark pro 100, mit 50 Mark pro 1000 meinerseits bezahlen, um sie zu rauchen, und wenn ich sie einzeln kaufe, kosten sie überall 5 Pfennig. Das ist etwa 75 Prozent, was der Händler Profit nimmt; zwischen beiden stecken also etwa 130 Prozent, die an dem Geschäft profitiert werden. Wenn Sie danach die Rentabilität bezweifeln, so glaube ich nicht, daß Sie das mit Überzeugung tun können. Das Monopol ist keine terra incognita mehr, seine Ergebnisse sind anderwärts vollständig bekannt.

Was die sonstigen Einwendungen gegen das Monopol betrifft, so will ich zuerst eine Frage berühren, die, so viel ich habe sehen können, in dem Bericht gar nicht berührt ist. Es ist das die Arbeiterfrage. Die hat früher eine große Rolle gespielt. Ich habe behaupten hören, es würden 400 000 Arbeiter brotlos, dann waren es 40 000, und ich weiß nicht, welche phantastischen Ziffern den Wählern darüber eingebracht sind. Das einzige amtliche Material, was wir darüber haben und was zuverlässig ist, liegt in der Tabaksenquete von 1878. Da ist die Zahl der gesamten in der Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter auf 110 000 angegeben, von denen 4000 außerhalb des Zollvereins wohnen. Die Zahl aller der in dem Tabakhandel beschäftigten Individuen — und in ihnen liegt der Hauptwiderstand — ist angegeben auf 8525 Köpfe im ganzen Deutschen Reich. Die regieren ihrerseits die heutige Bewegung und haben ja einen erheblichen Einfluß, und jeder, der Opposition gegen die Regierung treibt, steht ihnen ja bereitwillig bei. Aber diese 110 000 Arbeiter mitsamt den 8000 im Handel Beschäftigten, also sagen wir 120 000 Leute, würde die Regie doch mit Leichtigkeit absorbieren und unterbringen, und es werden da keine Arbeiter brotlos. Wenn Sie jeden, der ab und zu als Kellner oder sonst mit Zigarren

handelt, oder jeden, der in dem Materialladen zwischen Heringsfässern und Petroleum auch ein paar Zigarren stecken hat, dazu rechnen wollen, dann freilich werden Sie höher kommen. Aber die Enquete liegt vor; sie ist amtlich, hier ist sie gedruckt. Seite 14 in Nr. 37 der damaligen Drucksachen gibt keine höhere Ziffer an.

Diesen Arbeitern würde es keinesfalls so schlecht gehen; es würde besser für sie gesorgt werden, als zum Beispiel für die meiner Rechnung nach zirka 100 000 Arbeiter der Eisenindustrie, die vor einigen Jahren dem Moloch des Freihandels ohne alles Mitleid geopfert wurden. (Sehr wahr! rechts.) Ist denn der Eisenarbeiter seinerseits minderwertiger als der Tabakarbeiter? Wenn wir das Tabakgeschäft schädigen, werden wir angeklagt, als wenn wir uns an den Heiligtümern der Nation vergriffen hätten. Und damals wurden lediglich aus theoretischen Freihandelstendenzen, von den, mögen es 400 000 oder 600 000 sein — die Statistiken sind sehr unvollkommen in dieser Beziehung — aber zirka 100 000 Arbeiter in der Eisenindustrie ganz sicher brotlos, und um ihr Schicksal hat sich kein Mensch gekümmert, weder um sie, noch um ihre Frauen und Kinder. Während der Einführung des Eisenbahnmonopols in früheren Zeiten — ob da die Fuhrleute, die Gastwirte brotlos wurden, wer hat danach gefragt? Und das Eisenbahnmonopol war meines Erachtens sehr viel ungerechter, in dem Maße ungerechter, als es ein Privatmonopol war. Eine an Privataktiengesellschaften verpachtete Ausbeutung der Verkehrsbedürfnisse einer Provinz — das war der Ausdruck für das faktische Eisenbahnmonopol. Das Monopol entstand notwendig, nachdem alle anderen Transportmittel tot gemacht waren, und jeder, der sie brauchte, der Eisenbahn in die Hände fallen mußte, nachdem man nach Analogie der französischen Generalpächter der Steuern einer Provinz die Ausbeutung des Verkehrs einer Landschaft an eine Privatgesellschaft abließ, um daraus so hohe Aktiendividenden herauszuschneiden wie möglich — das war ein außerordentlicher Mißbrauch des steuerzahlenden und verkehrsbedürftigen Publikums zu Gunsten der Kapitalisten, die dieses Monopol der Eisenbahnen erhielten. Wer hätte daran gedacht, die Brennereien zu entschädigen, als 1820 das jetzt mutatis mutandis noch geltende Brennereigesetz eingeführt wurde? Da gingen zwischen 20 000 bis 30 000 landwirtschaftliche Brennereien ein (sehr richtig!), die nicht mehr bestehen. Die Besitzer haben das Schicksal getragen mit der Ergebenheit und Bescheidenheit, die man von einem Landwirte in steuerlicher Beziehung erwartet. (Heiterkeit.) Sie haben gehungert, haben gehorcht, sind zum Teil bankerott geworden und ihrer Wege gegangen. Es ist kein Geschrei gewesen, und es waren nicht lauter Landjunker (Heiterkeit), es waren eine Menge Bürgerlicher darunter. So schlecht soll es also den Tabakarbeitern nicht ergehen.

Auch die Leiden der Stadt Bremen, die dem Herrn Referenten am Herzen liegen müssen, als die seiner engeren Heimat, werden nicht so schwer sein, wie er sich vorstellt. Tabakhandel wird die Regie auch brauchen, und es ist nicht zu denken, warum sie nicht durch die geübten und erfahrenen Bremer Firmen ihre Geschäfte besorgen sollte. Ich wenigstens würde mich dem nie widersetzen — ich werde es ja nicht erleben, aber ich spreche nur meine Ansicht aus, um den Sinn klar zu machen, in dem ich die Vorlage gemeint habe. Man würde doch immer noch den bisherigen Handelsweg festhalten, um das Rohmaterial zu beziehen. Ich erinnere die älteren Herren daran, daß Hamburg früher der Hauptort für indischen Zucker war. Hamburg wimmelte von Zuckersiedereien. In Hamburg gab es allein 90 Zuckermakler. Wie groß muß die Zahl der dortigen Fabrikarbeiter gewesen sein?

Durch die Entwicklung des Rübenzuckers und zum Teil auch durch die Zollgeſetzgebung iſt dieſe Hamburger Induſtrie, ohne welche Hamburg damals nicht leben zu können glaubte und bankerott zu werden fürchtete, zugrunde gegangen. Solche Fälle ſind öfter vorgekommen und immer iſt man wieder zu neuer Blüte gekommen, von den Kalamitäten nichts mehr zu ſpüren. Und wie es mit dem Zuſammenbruch der indiſchen Zuckerraffinerien und -ſiedereien geweſen iſt, ſo wird es auch bei Bremen mit dem Tabak gehen, daß es in ein paar Jahren überwunden ſein wird.

Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialiſtiſch ſind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird ſich der Staat bei unſerem Reiche überhaupt angewöhnen müſſen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfniſſen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müſſen, wenn wir dieſelbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergſche Geſetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem anderen zu geben, ein ſehr viel ſtärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es ſo gekommen iſt, daß man dieſen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen ſehr wohlhabenden, freien Bauernſtand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit Ähnliches für die Arbeiter erreichen — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerſtande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wiſſen. — Aber Sie werden genötigt ſein, dem Staate ein paar Tropfen ſozialen Öls im Rezepte beizuſetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachläſſigung der Pflichten der Geſetzgebung, wenn ſie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erſtreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie ſofort bis zum Ende durchberaten. Sozialiſtiſch war Herſtellung der Freiheit des Bauernſtandes; ſozialiſtiſch iſt jede Expropriation zu Gunſten der Eiſenbahnen; ſozialiſtiſch im höchſten Grade iſt zum Beiſpiel die Kommaſſation, die Zuſammenlegung der Grundſtücke, die dem einen genommen werden — in vielen Provinzen iſt das Geſetz — und dem anderen gegeben, bloß weil der andere ſie bequemer bewirtſchaften kann; ſozialiſtiſch iſt die Expropriation nach der Waſſergeſetzgebung, wegen der Berieſelung und ſo weiter, wo dem einen ſein Grundſtück genommen werden kann, weil es ein anderer beſſer bewirtſchaften kann; ſozialiſtiſch iſt die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, daß heißt der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundſtücken einen Weg für die Durchreiſenden unterhalten muß. Das iſt alles ſozialiſtiſch. Ich könnte das Regiſter noch weiter vervollſtändigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können oder Geſpenſter zu zitieren, ſo ſtehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längſt überwunden habe und deſſen Überwindung für die ganze Reichsgeſetzgebung durchaus notwendig iſt.

Nun, wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, ſo will ich damit nur motivieren, warum wir gerade dieſen Weg, trotz ſeiner Unpopularität, zuerſt vorgeſchlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwiſchen den Wegen eine Auswahl zu treffen; die Frage liegt auf Ihrem Gebiete und in Ihrer Attribution, und ich kann nur mit einer alten Berliner Redensart ſagen: Darum keine Feindſchaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur mögen Sie es uns auch nicht übelnehmen, daß wir es vorgeſchlagen

haben, und ich begreife gar nicht, wo der Zorn herkommt als wären wir mit Landesverrat und Verkennung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch zu Werke gegangen. Wenn wir Ihnen einfach eine Vorlage darüber bringen, ob Sie das Geld, das gebraucht wird, auf diesem Wege aufbringen oder auf einem anderen Wege — Ihre Berechtigung zur Ablehnung in Zweifel zu ziehen, wird niemand einfallen —, so verstehe ich nicht, warum der zornige Eifer über diese reine Utilitätsfrage überhaupt entstanden ist. Ich kann ihn nur auf demselben Gebiete suchen, auf dem ich die Ursachen der Abneigung suche, diese Fragen überhaupt zu diskutieren. Ich habe den Eindruck von dem Verhalten des Preußischen Landtages und der da führenden und herrschenden Parteien und von dem Verhalten des Reichstags dem jetzigen Monopolgesetze gegenüber, daß die Gegner der Regierung die Diskussion scheuen; sie suchen sie zu verhüten und, soweit das nicht gelingt, die Sache so rasch und flüchtig wie möglich abzumachen, ohne gründliche Prüfung der Fragen für und wider. Das ist ein sehr brillantes Zeugnis für die Richtigkeit der Vorlage. Sie scheuen die gründlichste Diskussion derselben, wir aber nicht; und wenn Sie uns durch eine ganz bestimmte Weigerung nötigen, sie einstweilen vom Brette abzuschieben, so werden Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen vor dem Volke. Wir lehnen die Last dieser Verantwortung von jetzt an ab, wir bedauern, daß Sie sich so bestimmt dagegen erklären; aber in der Tatsache, daß Sie die Diskussion scheuen, finde ich zugleich die Begründung der Überzeugung, daß der Gedanke sich schließlich doch durchschlagen wird, wie Goethe von dem braven Reiter und dem guten Regen sagt: er findet seinen Weg überall. Ein Minister kann ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden, und wäre er unrichtig, so mag er meinethalben in die Brüche gehen. Ich halte ihn für richtig und glaube, er wird sich mit Erfolg schlagen und er wird noch von anderen Leuten in Zukunft mit Überzeugung vertreten werden. Ich habe kein Bedürfnis, ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also immerhin das Monopol ab — die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die Reformfrage aus der Welt schaffen, weder die Reformfrage noch die Frage, ob der Tabak höher besteuert werden könnte. Sie kann aufgeschoben werden, wird aber immer wieder kommen. Mit der einfachen Ablehnung schaffen Sie auch den Steuerexekutor nicht aus der Welt, und der muß doch aus unserer Steuererhebung beseitigt werden, wenn wir in steuerlicher Beziehung die reine Wäsche einer zivilisierten Nation uns erwerben wollen. Also ich habe genug getan und sage mit dem kurzen französischen Ausdruck, was das Monopol anbelangt: J'en ai fait mon deuil — ich bin die Verantwortung los.

Die Unausführbarkeit der Abhilfe wird Seiner Majestät dem Kaiser als König von Preußen sehr schmerzlich sein, daß er seinen Untertanen nicht helfen kann. Ich werde aber, soviel nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu suchen, um diesen Leiden meiner Mitbürger Abhilfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebensowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol und wie beispielsweise — es wird ja sehr viel von der Besteuerung der Getränke gesprochen, es war im Jahre 1880 oder 1881, da hatten wir ein Schanksteuergesetz vorgelegt, was namentlich den Branntwein erheblich besteuern sollte. Ja, das ist einfach abgelehnt worden, kaum mit einer tieferen Begründung, als daß man es uns eben nicht

bewilligen wollte. Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgendeiner Richtung behufs der Reform tue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgendeinem „do ut des", was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgendein Kanossa zu machen — ich meine nicht ein klerikales (Heiterkeit und Zuruf links.), ich meine ein liberales Kanossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwischen vielen Gegnern, und ich erinnere Sie daran, daß vor ihm, unter Heinrich III., noch das Deutsche Reich in höchster Machtfülle dastand, und zwar seit lange, seit den karolingischen und sächsischen Kaisern her, und die kurze Zeit der Minorennität Heinrichs IV. hat hingereicht, um den dem deutschen Gemüte einwohnenden zentrifugalen Elementen eine solche Stärke zu schaffen, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurteilt, in der Notwendigkeit war, mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, um gegen den anderen freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Christlichkeit — in ihm steckte das germanische Arianerblut, und die Art, wie er sich benahm, nachdem er aus dem Bann getan war, gibt darüber vollständige Klarheit; aber er war politisch in der Notwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche ihm gegenüberstand, zu versöhnen. Hätte er sich gebeugt vor den Großen des Reiches, von den damaligen Billungen oder Welfen oder vor den Sezess ... (Große Heiterkeit links.) vor den partikularistischen Niedersachsen, ich meine die plattdeutschen alten Sachsen, hätte er sich vor denen gebeugt, dann würde der Klang, den der Name Kanossa in den deutschen Reminiszenzen hat, vielleicht Harzburg oder Mainz oder einen anderen Namen tragen. Kurz und gut, die deutsche Reichsgewalt ist schon öfter in die Lage gekommen, sich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktieren, um gegen die anderen freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn sie überhaupt dazu kommt, sie darin treffen will. Es wird in diese Verlegenheit immer nur eine Parteiregierung kommen. Wir, eine unparteiische, von jedem Partikularismus freie, wie die bisherige Reichsregierung, können in diese Lage nicht gut kommen; die deutschen Großen, die die Reichseinheit unter Heinrich IV. in Frage stellten, die niedersächsischen Partikularisten von damals, diese Großen gefährden die Reichseinheit nicht mehr. Wir haben statt ihrer die Zersetzung in 25 souveräne Staaten, deren Grenzen wiederum durchschnitten sind von den viel tiefer einschneidenden Grenzen von acht bis zehn Fraktionen, so daß wir zu zweihundert bis zweihundertundfünfzig Partikeln des Deutschen Reichs kommen, und der Partikularismus der Dynastien und der Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Sie werden das ja auch in Ihren Fraktionen fühlen, daß er bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzterer Zeit.

Diesem Fraktionspartikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen überhaupt dilatorisch behandelt zu sehen; es gibt da viele Leute, die denken: „Zeit gewonnen, alles gewonnen, interim fit aliquid, und dann wird alles anders, und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei schaffen." Es ist ja alles

möglich, ich kann in die Zukunft nicht sehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Aussicht genommen werden, und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieser Welt, und ich habe das Gefühl, daß keiner dieser Regierung irgendeinen Erfolg noch gönnt; man meint: Warum sollen wir die noch befestigen in ihrer Existenz, wie lange kann die überhaupt noch dauern, dann fängt unser Reich an! Nun, ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nicht helfen, wenn irgendeine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es ist in Deutschland und in Preußen keine stark genug, um die Regierung zu führen, und auch nicht, wenn sie alle Unterstützung hätte, die sie dabei nur wünschen könnte, dann ist weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkt aus überhaupt zu regieren, das liegt in unseren Fraktionsverhältnissen, und die Fraktionskrankheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Prinzip überhaupt in allen Ländern schwer leidet und in manchen zugrunde gehen kann. (Hört, hört, rechts.) Die Fraktion ist etwas, was sich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweist. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gesamtheit des Reichstags persönlich gegenüberzutreten, der findet eine ansprechende Vermittelung in dem Eintritt in eine Fraktion. Er hat vielleicht nicht das politische Kapital bei sich, um sich hinreichende Geltung zu verschaffen ohne eine solche Vermittelung, aber er hat immer genug Kapital, um für die Aktiengesellschaft, die politische Gründung, die eine Partei in sich bildet (Oh! links.), einen Einschuß und eine Mitwirkung zu leisten. Er wartet auf seine politische Dividende und hat außerdem eine große Bequemlichkeit, er braucht sich keine eigene Meinung zu bilden, er kriegt sie fertig geliefert von der Majorität (Bravo! rechts.), und wenn er zu Hause diskutiert, so braucht er sich nicht zu rechtfertigen, er kann sagen: Die Majorität unserer Freunde war dafür, und die Fraktionstaktik hat es notwendig gemacht, so zu handeln. Stat pro ratione numerus! Die Fraktion hat sich entschieden, die sachliche Seite ist vollständig gleichgültig.

Auf der anderen Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner, durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt: „Fraktion geht vor Reich", das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit. Man hat mir einmal eine ähnliche Äußerung schuldgegeben: „Gewalt geht vor Recht". Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Dies ist mein Eindruck, den ich habe. Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im ganzen geschädigt. Ich will ja nicht davon sprechen, daß ohnehin, wie man sagt, unsere bedeutendsten und edelsten Kräfte im Hausierhandel beschäftigt sind![3] (Große Heiterkeit. — Rufe rechts und im Zentrum: Sehr gut!) Aber die wir für die Politik dabei übrig haben, werden durch das Fraktionswesen in die Lage gesetzt, daß sie, wenn es darauf ankommt, die Regierung zu übernehmen, den Fraktionsballast aus ihrem Schiffe nicht los werden können, um eine praktische und staatsmännische Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktion abhängig, sie bleiben in der Wahlangst, die unsere Verhältnisse beherrscht, abhängig von Wahlumtrieben. Sobald es heißt: „Der und der wird nicht wieder gewählt, wenn das und das

[3] Anspielung auf eine Äußerung des Abgeordneten Lasker.

nicht geschieht", so ist ein Führer in der Lage, daß er jeder Wahlsorge Rechnung tragen soll, ein Minister aber nicht. Der kann auf Fraktionsfreunde und auf Wahlsorgen und Parteitaktik nicht Rücksicht nehmen; er muß das alles abschütteln. Das Deutsche Reich und der Preußische Staat kann von einer Partei nicht regiert werden; dazu ist keine Partei stark genug und keine versöhnlich genug, sie können nur unabhängig von jeder Parteistellung, unabhängig von jeder Fraktionstaktik und von Wahlkreisrücksichten regiert werden. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Ich habe genug in meinem Leben getan und bin gegen Enttäuschungen ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit getan zu haben glaube, so überlasse ich Gott das übrige, die Geschäfte haben das Interesse für mich verloren.

Ich habe also kein Bedürfnis, diesen Fraktionsring meinerseits zu durchbrechen. Ich komme immer mehr zu der Rolle des Zuschauers, der sieht, wie sich die Sachen auf der Bühne entwickeln, aber ich habe lange genug in diesen Verhältnissen gelebt, um sie zu kennen, und meine Ansichten darüber haben so viel Wert, wie die eines jeden andern in Deutschland, nur außerhalb Deutschlands vielleicht einen höheren. Kein Prophet gilt im eigenen Lande. Ich erwarte auch nicht, daß sich jemand danach richten werde, aber ich lege mein Zeugnis ab. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndtsche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!" Der in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß; es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse, und in der Fraktion — ich will ja niemand zu nahe treten — wie ein Naturforscher — verliert der Volksvertreter den Blick für das Allgemeine. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen. Man fragt nur noch: Was hat die Fraktion davon, nicht: Was hat das Reich davon? wenn man einen Entschluß faßt. Ich habe gelegentlich gelesen oder gehört, daß man sagt: „Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt." Das ist eine wunderliche Redensart. Was sollte ich mit dem Gelde? (Heiterkeit.) Mir kann es einerlei sein, ob Sie Geld bewilligen. Der Ausdruck „Bewilligung" ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken des Landes verwendet werden soll. Ist Ihr Beschluß richtig, so muß es dabei bleiben, ist er schlecht gewesen, so hätten Sie ihn nicht fassen sollen; aber ich habe mit dem Gelde nichts zu tun, Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke Geld, der Nation, dem Reiche, das heißt: Sie beschließen, daß soundso viel für bestimmte Zwecke aufgewendet werden soll, und wir können das ohne Sie nicht aufwenden; aber wir schulden Ihnen keinen Dank dafür. Der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, klingt fast komisch; mir ist es vollständig gleichgültig, was Sie bewilligen.

Nun, meine Herren, wenn ich so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir soviel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine so bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, so können Sie mich ja fragen: Was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Überzeugung hat, er kommt zu nichts? Meine Herren, wir haben, in Preußen wenigstens, eine eigentümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Interesse am Geschäft ist es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus persönlichen Gründen, aus

den Rücksichten, die ich Seiner Majestät schulde, verhindert bin, der Absicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Tätigkeit ein Ziel setze — wenn ich daran verhindert bin, so bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, solange ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amtes zu warten, und ich muß meinen Dienst tun, es mag mir sauer werden, es mag mir wider den Strich sein. Ich lebte viel lieber auf dem Lande, als unter Ihnen, so liebenswürdig Sie auch sind. (Heiterkeit.) Wenn ich es dennoch tue, so ist es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit" benennt, solange ich den Titel des Kanzlers trage. (Bravo! rechts.)

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubnis dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. (Bravo! rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Sonst im übrigen würde ich die Geschäfte gern einem andern übergeben. Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft der Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich dreißig Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgnis erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnützen, sich nicht bewähren sollten, das ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch bescheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Ansehen, dessen wir uns heutzutage im Auslande erfreuen, erst mal einen Stoß erlitten haben sollte. Wir haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt: die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsere Einheit liege im Reichstage, deshalb müsse man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundestäglichen Verhältnisse, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Besorgnis beherrscht war, der nationalen Einheit und damit der Unabhängigkeit von Fremden einen möglichst prägnanten, scharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugestimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu setzen, daß er seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern allerdings auch wesentlich schädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Ökonomie des Deutschen Reichs eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. (Hört, hört!) Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt,

sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammenzustehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reichs belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später, sich festigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Tätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte (Lachen links.) — in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen. (Lebhaftes, andauerndes Bravo! rechts. — Wiederholtes Zischen links.)

18. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. Juni 1882.

Am 13. Juni griff Abg. Richter den Kanzler in der heftigsten und persönlichsten Weise an. Ihm antwortet Fürst Bismarck in folgender großer Rede, die zugleich einen Höhepunkt des Kampfes gegen die Opposition und die Parteien bildet:

Es ist mir gestern anderweitiger Geschäfte wegen nicht möglich gewesen, der Sitzung beizuwohnen, und ich habe von den Vorgängen in derselben nur durch die mir bisher zugänglichen gedruckten Berichte Kenntnis nehmen können. Ich habe auch die vorgestern bereits gehaltene Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger nicht hier mit anhören können, sondern mir nur davon anderweit Rechenschaft geben können. Ich habe in dieser, so viel ich weiß, nichts gefunden, was die uns beschäftigende Frage objektiv berührte und die Gründe, die ich für die Regierungsvorlage angeführt habe, widerlegte. Der Herr Abgeordnete hat meine Politik im allgemeinen angegriffen, wie bei anderen Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch seine Rede dazu beigetragen, die nachteilige Meinung, die er von meinen politischen Absichten und Leistungen in der inneren Politik hat, in möglichst

weiten Kreisen zu verbreiten, ohne sich dabei sehr an die Vorlage des Tabakmonopols zu binden. Ich muß mir das gefallen lassen, ich bin daran gewöhnt und habe darauf auch weiter nichts zu erwidern. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenbergschen Berichte Kenntnis von der Rede des Herrn Abgeordneten Richter erhalten, die eingehend die Frage selbst behandelt, die uns beschäftigt.

Ich vermeide in der Regel, so viel ich kann, mit dem Herrn Abgeordneten Richter direkt in Diskussion zu treten; es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in der Art, wie jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in Bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es anderen gewährt. In Bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abgeordnete Richter mit der seinigen nicht vollständig zusammen, und es ist schwer, auf Vorwürfe gewisser Art und auf Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten. Ich werde indessen doch eine sachliche Kritik versuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich sein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat mir zunächst — ich kann nur nach dem Oldenbergschen Berichte urteilen, etwas anderes liegt mir nicht vor — zunächst vorgeworfen, die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers sei eine neue Auflage seiner bereits 1879, dem Reichstag 1879 vor der Zollbewilligung, gehaltenen Rede. Ja, ich glaube, der Abgeordnete Richter sowohl wie ich kommen, wenn wir bestimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage, dieselben Argumente in mäßig veränderter Form öfter als einmal vorbringen zu müssen, und der Abgeordnete Richter, der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb dieses Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal ihm gegenüber mit dem Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Herr Abgeordnete Richter, und sage nicht so häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche; dann aber auch glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns: Das, was ich wiederhole, ist wahr; das, was der Herr Abgeordnete Richter wiederholt, halte ich nicht immer für wahr, ja, in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt hat, in der Regel nicht! Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen, was man sagt, einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann schwächt sich der Zweifel immer etwas ab und findet Leute, die selbst nicht denken, aber annehmen, mit so viel Sicherheit und Beharrlichkeit könne Unwahres nicht behauptet und gedruckt werden.

Der Herr Abgeordnete hat dann erwähnt, es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution, der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, gehe jetzt immer noch um, wie damals. Meine Herren, das ist es ja eben, wogegen ich kämpfe und was ich bedaure, daß alle Anstrengungen, die im Namen des Königs von seiten der Regierung gemacht werden, um diese Anomalie der Kopfsteuer, die in allen anderen Staaten verschwunden ist, aus dem preußischen Staatsleben auch zu entfernen, fruchtlos sind. Ein Übel wird dadurch nicht erträglicher, daß es länger dauert, und wenn es vor drei Jahren

bestand, noch früher bestand und noch immer fortbesteht, so werden Sie erleben, daß, wenn ich zum Reden imstande bleibe und genötigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalte und zwar so lange, bis einer von uns beiden tot ist, entweder der Exekutor oder ich. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt, und darin liegt eine Unwahrheit, eine objektive: Der Schluß liegt nahe, ob nicht das System der neubewilligten Zölle die Ursache sei — von den Exekutionen nämlich. Sie werden sich erinnern, der stenographische Bericht wird es ausweisen, daß ich in der Hauptsache von der Zahl der Exekutionen von 1876 und 1877 gesprochen habe, dann vom Jahre 1878, also auch noch ein Jahr vor dem Erlaß von 1879, wo wir die Zölle machten, von 1880, wo sie noch nicht in Wirkung waren und von weiter nichts. Diese Insinuation des Herrn Abgeordneten Richter steht also vollständig in der Luft, der Herr Abgeordnete hat nicht seine gewöhnliche Geistesgegenwart in Vergegenwärtigung der Daten, von denen die Rede war, wie sie in der Zeit aufeinander gefolgt sind, in promptu gehabt. Wie sollen die Zölle, die wir erst 1879 beschlossen haben und die 1881 ungefähr einigermaßen in Wirkung waren, aber noch nicht zu vollem Maße, wie sollen diese auf die Exekutionen von 1876 und 1877 gewirkt haben! Da fordere ich dem Herrn Abgeordneten Richter den Beweis dafür ab, und jeden seiner Gegner bei Wahlreden ersuche ich, auf dieses Faktum, was ich hiermit öffentlich in perpetuam rei memoriam verkünde, Bezug zu nehmen, wenn Herr Richter wieder eine solche Insinuation über die Wirkung der Zölle macht.

Er sagt dann, er klagt:

„Wer im Laufe des Monats derart sein Brot teurer bezahlen muß, den Liter Petroleum um 6 Pfennige, das Pfund Schmalz um 5 Pfennige, der hat natürlich am Schluß des Monats die 16 Pfennige nicht mehr übrig für die Klassensteuer, denn strenger als der Exekutor wirkt der Hunger."

Nun, in Bezug auf das Petroleum kann der Hunger bei unseren Landsleuten wohl nicht wirken (Rufe links: Au! — Heiterkeit); in Bezug auf das übrige, wenn er noch immer wirklich meint, daß die Zölle die Nahrung und das Brot verteuern, und wenn ihn die Bäcker- und Mehlpreise darüber nicht belehren können, so muß ich wieder etwas früher Gesagtes wiederholen und frage den Herrn Abgeordneten Richter: Wie oft hat er dieses unrichtige Argument schon wiederholt und vorgebracht hier in diesem Raume, außerhalb im Wahlkreise und bei seiner Tätigkeit in der Presse? Wie kann er also einem Minister vorwerfen, der seit 18 Jahren dasselbe Ziel verfolgt, daß auch der sich wiederholt, wenn er für dieselbe Sache, die ihm immer wieder bestritten wird, wieder dasselbe Argument bringt? Ich glaube, daß tausendmal nicht reicht, daß Abgeordneter Richter jenes Argument gebraucht hat. Er vergißt dabei immer die andere Seite der Sache, die ich anführte, als damals darüber debattiert wurde, seitdem aber nicht wiederholt habe, und ich sehe daraus, wie nützlich es ist, dergleichen öfter zu wiederholen, vielleicht alle Tage.

Der Herr Abgeordnete nötigt mich zur Wiederholung von Gemeinplätzen. Auf unseren Konsum an Brot und Brotkorn wirkt nicht allein der Kornzoll. Der Kornzoll beträgt, ich weiß die Summe nicht genau auswendig, etwas wie 13 oder 14 Millionen im Jahr. Nicht wahr? (Zustimmung.) Unser gesamter Brot- und Kornkonsum besteht aber doch nicht bloß aus den zwischen 16 und 30 Millionen variierenden Einführungen von Getreide,

sondern im sehr viel größeren Teil aus dem bei uns gebauten Getreide, und unsere gesamte Getreideproduktion beträgt im Durchschnitt jährlich zwischen 160 und 220 Millionen Zentner an Brotgetreide, wobei ich bloß Weizen und Roggen rechne und von Gerstenbrot und dergleichen Surrogaten, von Kartoffeln gänzlich absehe. Damit sind die 16 bis 30 Millionen Zentner Mehl und Getreide, nach Abzug dessen, was von dem Eingeführten wieder ausgeführt wird, was überhaupt an eingeführtem Getreide bei uns verbraucht wird, mit eingerechnet, wenn ich die Ziffer auf zirka 230 Millionen Zentner ausdehne. Auf diesem Gesamtkonsum von 230 Millionen Zentnern des deutschen Volkes lastet nun der Eingangszoll von 14 Millionen plus sämtliche direkte Abgaben, die unsere einheimische Landwirtschaft bestreiten muß, ehe sie überhaupt das Korn in Reinertrag ziehen, ehe sie ihr Korn zu Markte bringen kann. Sie muß, so viel sie irgend kann, die direkten Steuern, die sie bezahlt, aufschlagen auf den Scheffel Korn, den sie zu Markte bringt. Die direkten Steuern der einheimischen Landwirtschaft wirken also, wenn überhaupt die Getreidepreise nicht von viel größeren Verhältnissen des Weltmarktes als der Gesamtheit unserer Steuern und Lasten abhängig wären — eine gute Ernte in Rußland und Amerika und eine Mißernte in beiden macht sehr viel größere Unterschiede — aber die einheimischen direkten Lasten, die auf unserem Kornbrot ruhen, betragen, wie Sie das ebenfalls aus den vom preußischen Abgeordnetenhause leider nicht gelesenen und noch weniger in der Presse benutzten Motiven für das Verwendungsgesetz ersehen können, zusammen 200 Millionen Mark, welche bloß auf den Landgemeinden lasten an Grundsteuer, an Klassensteuer, an Schulsteuer und sonstigen Schullasten und an Zuschlägen hierzu, an Häusersteuer — auf diese komme ich weiter wieder zurück. Diese Gesamtbelastung der einheimischen Getreideproduktion schwankt nach der zitierten Quelle um 200 Millionen herum, also um ungefähr 1 Mark pro Zentner auf den Gesamtkonsum des einheimischen und ausländischen Getreides, welches wir verbrauchen, in manchen Jahren etwas niedriger, in manchen Jahren höher. Zu dieser wirklich recht schweren Belastung von dem Zentner des bei uns im Inlande produzierten Getreides mit 1 Mark einheimischer direkter Steuern kommt der verhältnismäßig geringe Eingangszoll mit zirka 14 Millionen. Diese 14 Millionen Zoll an sich betragen auf 45 Millionen Einwohner praeter propter auf je drei Einwohner 1 Mark — wenn ich im Kopf augenblicklich richtig rechne — also auf jeden Einwohner ungefähr 30 Pfennige im Jahre. Das ist also ein sehr schwaches Gegengewicht gegen die ungeheure Belastung des inländischen Getreidepreises mit mehr als 4 Mark pro Kopf der Bevölkerung, die durch die direkten Steuern dem „hungernden Armen“, für den der Abgeordnete Richter sich so sehr interessiert, den Zentner Brotkorn um eine volle Mark verteuert; denn ohne zu seinen ausgelegten Steuern wieder zu kommen, kann der Landmann das Getreide auf die Dauer nicht verkaufen, er müßte sonst die Wirtschaft aufgeben, er muß notwendig versuchen, was er kann, um seine ausgelegten Steuern durch den Marktpreis wieder zu bekommen. Die direkte Steuer, und nicht bloß die Grundsteuer, sondern alle Steuern — 28 Millionen Grundsteuer lasten allein schon auf den Landgemeinden, also 1 Mark, die allein an Grundsteuer pro Kopf bezahlt wird — alles das muß durch den Marktpreis wieder eingebracht werden, wenn der Landwirt bestehen soll.

Nun sind die Herren immer aufs tiefste zerknirscht über die verteuernde Wirkung der 14 Millionen Auslandszoll, der auf dem Konsum des armen Mannes lastet, und tun als

wenn auf jedem Scheffel, der im Inlande produziert und verbraucht wird, der gleiche Einfuhrzoll und sonst nichts läge, verschweigen aber jederzeit vollständig die Tatsache, daß dem armen Brotesser durch die direkten, auf unserer Landwirtschaft ruhenden Steuern der Zentner um mindestens eine volle Mark im Vergleich mit 3 Pfennigen, also um mindestens das Dreißigfache der Wirkung des ausländischen Zolles verteuert wird. Es ist also wohl berechtigt, wenn die Regierung bemüht ist, diese Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen Getreides bei der Verzollung des im Auslande steuerfrei erzeugten, grundsteuer-, klassen- und schulsteuerfrei erzeugten fremden Getreides in etwas wenigstens auszugleichen. Wenn sie das wirklich in vollem Maße erstrebt, so müßte sie nach dem, was ich eben gesagt habe, den Einfuhrzoll auf 200 Millionen bringen oder die direkten Steuern der deutschen Landwirtschaft auf 14 Millionen Mark herabsetzen. Sie ist weit entfernt, sich mit solchem Plan zu tragen; sie wird sich begnügen mit dem jetzigen finanziellen Erträgnis, und sie wird der von mir oft gerühmten Geduld unserer ackerbauenden Bevölkerung vertrauen, daß diese sich bemühen werde, die Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen und eingeführten Getreides durch Fleiß und Ordnung zu überwinden, und wenn wir eine gute Ernte haben und mehrere derart, so wird die vorhandene Ungleichheit eine Zeitlang bestehen können, weil die Einfuhr gering sein wird. Aber es wird immer dahin gewirkt werden müssen, daß die Lasten, die auf unserer Kornerzeugung im Inlande ruhen, vermindert werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben kein Recht, die Kornerzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen, wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nötigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Wenn wir wirklich dahin kämen, daß wir das Getreide, was wir notwendig verzehren müssen, nicht mehr selbst bauen können: in welcher Lage sind wir dann, wenn wir in Kriegszeiten keine russische Getreideeinfuhr haben und vielleicht gleichzeitig von der Seeseite blockiert sind, also überhaupt kein Getreide haben, oder wenn gleichzeitig in Rußland und Amerika eine Mißernte eintritt, was bekanntlich bei den dortigen klimatischen und Ackerbauverhältnissen ebensohäufig ist, wie die überreichen Ernten, weil dort die klimatischen Verhältnisse und Witterungswechsel auf die Erträgnisse des Getreides aus physikalischen Gründen, die ich hier nicht zu erörtern habe, einen viel einschneidenderen Einfluß haben, als es in einem regelmäßig bebauten, durch Wald, Gebirge usw. geschützten Lande alter Kultur der Fall ist? Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall geraten lassen, und die Äußerung, die der Herr Abgeordnete Richter nicht müde wird, immer zu wiederholen, „die Lasten des inländischen Getreidebaues womöglich zu erhöhen und die des ausländischen bei uns zu vermindern", kann ich nicht für patriotisch halten, aber ich halte sie auch für unbegründet und für nicht nachweisbar, höchstens in einer Wählerversammlung von leichtgläubigen Leuten. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter sagt dann: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß 1873 die Klassensteuer usw. beschränkt ist?" Er wiederholte diese Wendung: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß das und das ist?" an anderen Stellen wieder. Es ist dies eine von den Wendungen, die das Grenzgebiet, welches ich mir in der Erwiderung gesteckt habe, überschreiten — ich könnte ja sonst in derselben Tonart auch unhöfliche Bemerkungen ähnlicher

Art machen. Aber das, worüber ich nach Meinung des Abgeordneten Richter so unwissend bin, daß man berechtigt wäre, mir öffentlich meine Unwissenheit vorzuwerfen, ist wiederum nicht wahr. Es ist gesetzlich allerdings ausgesprochen, daß alle diejenigen, die weniger als 140 Taler Einnahmen haben, von der Klassensteuer befreit worden sind, und man hat deren eine ganze Menge herausgerechnet. Ich bestreite die Wahrheit der Annahme, von der die Gesetzgebung damals ausgegangen ist. Es gibt überhaupt keinen Hausstand bei uns, der weniger als 140 Taler Einnahme hat, wenn nur richtig gerechnet wird. Wenn die Wohnung, Kleidung, die Heizung, die tatsächliche Ernährung gerechnet werden, so ist dies einer der schlagendsten Beweise der Unbekanntschaft unserer städtischen, wissenschaftlichen, bürokratischen, gesetzgebenden Kreise mit den wirklichen Verhältnissen, daß sie annehmen, es könnte auch in den ärmsten Provinzen überhaupt eine Familie — ich will nur eine von vier Köpfen annehmen — existieren, die weniger als 140 Taler Einnahme hat und doch besteht. Wenn Sie annehmen, daß die kümmerlichste Ernährung — ich will sagen eines heranwachsenden Jungen, eines Lehrlings, der in der Landwirtschaft, Gärtnerei, Försterei untergebracht ist — unter den billigsten und entgegenkommendsten Verhältnissen pro Kopf niemals unter 50 Taler bis 64 Taler im Jahr geleistet werden kann, und wenn Sie nun dagegen einen erwachsenen Mann mit seinen Kleidungsbedürfnissen, mit seiner Wohnung, mit allem, was an ihm hängt, auch mit seinen Genußbedürfnissen, die auch der Ärmste, der Bettler, hat, annehmen, so sage ich, es gibt keine ortsarme Familie, die für 140 Taler erhalten werden kann; — und wer das widerstreitet, hat keine Erfahrungen (Bravo! rechts.), hat seine Erfahrungen aus den großen Städten gesammelt, wo die armen Familien überhaupt nicht regelmäßig unterhalten werden, einige über Gebühr, andere gar nicht, und wo Selbstmorde aus Nahrungssorgen vorkommen, die bei uns auf dem Lande ganz unerhört sind. Also wenn dieser Maßstab ferner angewandt werden soll, so ist von Rechts wegen kein Mensch klassensteuerfrei, kaum ein Ortsarmer, und nur die Kontingentierung schützt vor neuer Ausdehnung. Es sind das Rechnungsfehler, wie sie ja bei Berechnung des Einkommens der Lehrer und dergleichen auch vorkommen, weil da unpraktische Leute rechnen.

Der Abgeordnete Richter führt ferner die Gebäudesteuer an, mit der Frage, ob der Kanzler nicht wisse, daß landwirtschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei seien. Ja, der Herr Abgeordnete Richter irrt sich wieder und weiß seinerseits nicht, daß die Landwirtschaft Gebäudesteuer reichlich zahlt. Ich selbst zahle sie, ich weiß nicht wie viel. Ich bin überzeugt, es werden über 1000 Mark sein, die ich für Gebäudesteuer auf dem Lande zahle lediglich für landwirtschaftliche Einrichtungen. Da müßte es keine Fiskalität geben. Unbewohnte Häuser, die mir gehören, die niederzureißen mehr Kosten machen würde, als die Steuer, die darauf steht, werden mir zu 500 Taler Mietswert eingeschätzt, verlassene, unbenutzte Fabrikgebäude, so lange sie nicht niedergerissen werden, werden eingeschätzt. Aber was die große Hauptsache ist: alle Wohnungen werden besteuert. Wer kann eine Landwirtschaft treiben ohne Wohnung, ohne Menschen, ohne Arbeiter, also ohne Arbeiterwohnungen? — und jedes Wohnhaus wird nach seinem angeblichen Mietswert eingeschätzt, und damit hat der wirkliche Wert sehr wenig zu tun, sondern, wie in den öffentlichen Provinzen, im ganzen, soweit sie augenblicklich auf der fiskalischen Seite fungieren, sind es immer fiskalisch gesinnte Taxatoren und fiskalisch tätige Einschätzer; denen ist es ganz einerlei, ob die Hütte eines Arbeiters in zehn Jahren verbessert

ist in ihrem Wert oder nicht; sie beschließen: der Mietswert ist gestiegen — er mag verschlechtert sein, das Gebäude mag verfallen sein, man mag nachweisen, daß seit fünfzehn Jahren kein Dachstroh angerührt ist: sie sagen doch, es ist besser, als es vor fünfzehn Jahren war; wir haben es zwar vor fünfzehn Jahren nicht gekannt und nicht gesehen, aber wir sollen soviel Steuern herausbringen, und da wir hier quasi als Beamte stehen so ist uns der Steuerpflichtige weniger nahe als der Fiskus — und auf diese Weise bin ich zu meinem äußersten Erstaunen in meinen Besitzungen vor einigen Jahren, während die Gebäude tatsächlich verschlechtert waren, um mehrere Hundert erhöht worden. Und dabei sagt der Herr Abgeordnete Richter, daß die landwirtschaftlichen Gebäude überhaupt frei sind, und wirft mir die Unwissenheit darin vor. Es würde für Herrn Richter eine recht angemessene Vorbereitung und bei der großen Begabung, die ihm beiwohnt, auch für das ganze Land nützlich sein, wenn er im öffentlichen Interesse sich entschließen könnte, einmal ein einziges Jahr als Lehrling oder als Gutsbesitzer aufs Land zu gehen (große Heiterkeit), dann würde er zu anderen Erfahrungen und Ansichten kommen und würde in dergleichen Irrtümer nicht verfallen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in seiner Verteidigung der Klassensteuer:

„In sämtlichen großen Städten halten sich viele tausend Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend, wo der Steuererheber sie nicht gleich findet."

Daraus würde ich gerade das Argument entnehmen, daß in großen Städten bei unseren heutigen Verkehrsverhältnissen die Klassensteuer überhaupt kein geeigneter Modus der Besteuerung ist. Der Herr Abgeordnete Richter aber nimmt dieses Argument als einen der Vorzüge der Klassensteuer an, die ihre Besteuerten nicht zu finden vermag, und daß die Besteuerten große Leichtigkeit haben, sich ihr zu entziehen — auch kein pfandbares Objekt bieten; — ich kann daraus nur einen Grund entnehmen, daß er mir beistehen sollte, weil die Steuer nichts taugt.

Nachher sagt Herr Richter: „Die Klassensteuer ist bei uns nicht ein Rest der feudalen Vorzeit." Es kommt dabei nur darauf an, was man unter „feudal" versteht. Ich bin lange nicht so gelehrt und arbeitsam wie Herr Richter, aber so unwissend bin ich doch nach zwanzigjähriger Ministerzeit auch nicht, daß ich nicht wüßte, wie die Klassensteuer entstanden ist. Wenn ich sage „feudale Zeit", habe ich mich damit dem Sprachgebrauch der Freunde des Abgeordneten Richter angepaßt, die alles für feudal behandeln, was vor 48 existierte. Ich konnte mich prägnanter ausdrücken, wenn ich sagte: aus der Zeit des Absolutismus, aus der Zeit des Mangels an Verkehr und wirtschaftlicher Entwickelung, kurz und gut, aus einer vergleichsweise unvollkommenen Zeit; ich habe geglaubt, es den Freunden des Abgeordneten Richter geläufiger zu machen, wenn ich es mit „feudal" bezeichnete.

Sie trat auch nicht an die Stelle einer Mahlsteuer, das ist ein Irrtum von dem Abgeordneten Richter, den ich auch nicht in eine vorwurfsvolle Frage kleiden will, denn in den Städten — um diese handelt es sich ja hier hauptsächlich, sie sind hauptsächlich durch die Klassensteuer überbürdet, in den Städten namentlich ist die Klassensteuer ganz unhaltbar, auf dem Lande ist sie haltbar, aber ungerecht — aber in den Städten, wird der Herr Abgeordnete bei seiner kommunlen Tätigkeit mit mir wissen, daß sie ursprünglich nicht an die Stelle einer Mahlsteuer trat, „weil die Könige von Preußen, wie Friedrich der Große, nicht durch Steuern das Brot ihrer Untertanen verteuern wollten", sondern daß die Könige von

Preußen im ersten Anfange auch auf dem Lande eine Mahlsteuer — ich glaube, sie hieß Mühlensteuer, ich weiß es aber nicht gewiß — auferlegt hatten, aber ihre Finanzminister fanden, daß die Erhebung schwieriger wäre, und hoben deshalb auf dem Lande die Mahlsteuer, in der Zeit des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts, wieder auf, um dort die Klassensteuer einzuführen. Ich weiß, daß in Schönhausen beispielsweise die Mühlensteuer kurze Zeit gezahlt worden ist; diese Steuer war aber mit der Kontrolle der Mühlen außerordentlich lästig, so daß sie wieder aufgehoben ist, um auf dem Lande der Klassensteuer Platz zu machen; — daß aber die Mahlsteuer in den Städten von den Königen von Preußen nicht aus dieser Rücksicht aufgehoben wurde, wie hier gesagt ist, das wird mir der Herr Abgeordnete auch wohl zugeben.

Er bemängelt ferner meine Ansicht in Bezug auf Auswanderung; er sagt: Die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Ja, meine Herren, das ist ja gerade das Charakteristische, worauf ich schon öfter aufmerksam gemacht habe, daß die Auswanderung nicht ein Ergebnis der Übervölkerung ist; denn gerade aus den übervölkerten Landesteilen ist die Auswanderung die geringste; die Auswanderung ist bekanntlich am stärksten in den am wenigsten bevölkerten Provinzen; voran steht Westpreußen, dann folgt Pommern, Posen, und nur eine auffällige Ausnahme macht Ostpreußen. Daß da die Auswanderung geringer ist, kann ich mir gar nicht anders erklären, als durch die heilsame Verwaltung der dort herrschenden Fortschrittspartei (Sehr wahr! Heiterkeit), die in ihrer Liebenswürdigkeit auf den litauischen Gütern den Arbeiter an einer Auswanderung zu verhindern weiß. Sie hat ihre heilsame Wirkung auf Westpreußen, auch in der Zeit der Zugehörigkeit, nicht auszudehnen vermocht. In Westpreußen ist die Auswanderung außerordentlich viel stärker, der Ostpreuße hat ein besonders starkes Heimatsgefühl und hat vielleicht auf die Empfindung, daß er, sobald er den Kreis seiner Landsleute verläßt, nicht diejenige freundliche Aufnahme in fremden Kreisen findet, die man durch Liebenswürdigkeit zu gewinnen pflegt; zu Hause merkt er das nicht, da ist er unter seinesgleichen — aber ich kann es mir nicht erklären, es ist nur eine Vermutung, die ich habe.

Warum wandern nun die Leute gerade aus diesen landwirtschaftlichen Provinzen aus? Weil diese Kreise keine Industrie haben, und weil die Industrie durch den Freihandel heruntergedrückt und erstickt worden ist, die da früher ziemlich lebhaft stattfand. Friedrich der Große hat sie sehr gepflegt, jede kleine Stadt in Pommern, Posen, Westpreußen hatte eine große Wollen- und Tuchindustrie, von der einzelne Reste noch bestehen: es sind da noch Wollwebereien, aber sie sind auch im Verfall. Den Provinzen Pommern, Posen, Westpreußen schließen sich an Mecklenburg, Schleswig-Holstein; Hannover ist sehr stark vertreten, weil es außerhalb einiger Zentren, namentlich der Stadt Hannover, wenig Industrie hat. In der rein landwirtschaftlichen Bevölkerung ist die Laufbahn, die ein Arbeiter durchmachen kann, schnurgerade, ohne Abwechselung; er kann sie, wenn er achtundzwanzig, dreißig Jahre alt ist, übersehen bis ans Ende, er weiß, was er verdienen kann, er weiß, daß er sich über den Stand, den er einnimmt, durch eine landwirtschaftliche Beschäftigung nicht aufschwingen kann.

Ich glaube, ich habe auch dies früher schon einmal gesagt; ich bitte den Herrn Abgeordneten Richter um Entschuldigung, aber ich glaube, es ist ziemlich in Vergessenheit geraten, ich muß es doch wiederholen.

In der Industrie kann kein Arbeiter übersehen, wie er sein Leben abschließt, auch wenn er sich über das Niveau des Gewöhnlichen vielleicht nicht erhebt und keine Konnexion hat. Wir haben sehr viele Industrielle, die vom einfachen Arbeiter in einer oder zwei Generationen zu Millionären, zum mächtigen, bedeutenden Mann aufgestiegen sind; ich brauche keinen von ihnen zu nennen, die Namen schweben auf jedes Lippen, sie schweben aber auch auf den Lippen der Arbeiter. Die Industrie hat für den Arbeiter den Marschallsstab, von welchem man sagt, daß der französische Soldat ihn im Tornister trüge; das hebt die Hoffnung des Arbeiters und belebt sie, er braucht gar nicht Millionär zu werden. Aber die Industrie bietet tausend Beispiele, wie ich sie bei den industriellen Einrichtungen der davon sonst unberührt gebliebenen Provinz Pommern selbst schon gesehen habe, daß der Mann, der als landwirtschaftlicher Arbeiter niemals über den gewöhnlichen Tagelohn hinauskommt, in den Fabriken, sobald er mehr Geschick als andere zeigt, in kurzer Zeit sehr viel höheren Lohn verdienen kann, schließlich Werkführer wird und höher hinaufkommt; und für geschickte Arbeiter, die ja oft als Autodidakten weiter kommen, als die gelehrtesten Techniker, ist die Hoffnung, Associés ihres Chefs zu werden, nirgends ausgeschlossen. Das hält die Hoffnung lebendig und steigert zugleich die Arbeitslust. Industrie und Landwirtschaft sollten sich decken und ergänzen; die Industrie ist der Verzehrer der lokalen Agrarprodukte, die in einer öden Gegend die Landwirtschaft nicht absetzen kann, und wiederum ist der Landwirt, falls er Geld hat, der Abnehmer der Industrie. Ich glaube, daß der Mangel an einer Industrie, mit anderen Worten an Schutz der nationalen Arbeit, an Schutzzöllen, ebensosehr wie der Druck der direkten Steuern den Hauptgrund dafür abgibt, daß gerade die am wenigsten bevölkerten Provinzen die höchste Zahl der Auswanderungen haben. Es ist das Veröden der Hoffnung in dem Menschen, was ihn zur Auswanderung treibt, die terra incognita der Fremde bietet ihm alle mögliche Hoffnung, er könnte dort etwas werden, wozu er es hier niemals bringen kann. Also darin liegt es, daß die Landarbeiter auswandern, weil sie in der Nähe keine Industrie haben und weil sie das Produkt ihrer Arbeit im kleinen nicht verwerten können.

Dann sagt der Herr Abgeordnete: „Gerade in Amerika gibt es keinen Schutzzoll für die Landwirtschaft.“ Hat denn der Herr Abgeordnete den amerikanischen Tarif wirklich nie in seinem Leben gelesen? Meines Wissens ist der amerikanische Schutzzoll gegen Einfuhr des fremden Getreides etwa das Vierfache von dem unserigen, 2 Mark für den Zentner, also ein Prohibitivzoll, während er bei uns eine halbe Mark beträgt. Ich weiß nicht, ob mein Herr Kollege[1] mein Gedächtnis darin unterstützen kann, es kann ja aber gleich nachgeschlagen werden, ich glaube nicht zu irren, und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Richter, mich zu widerlegen, wenn es nicht richtig ist; mit voller Sicherheit behaupte ich nur, daß seine Behauptung, es bestände kein Schutzzoll für die Landwirte, irrig ist; ich kann nicht alle Zahlen in petto haben, habe als Material nichts weiter als diese mir vorliegende Rede. Ich glaube, es ist das Vierfache von unseren landwirtschaftlichen Zöllen, und das ist eine Tatsache, die ich bei Wahlbewerbungen den Gegnern des Herrn Abgeordneten Richter empfehle, daß seine Anführungen nicht so ohne weiteres für richtig anzunehmen sind.

Dann geht der Herr Abgeordnete über auf die Statistik der Tabaksteuerprozesse. Ja, damit plädiert er ja für das Monopol und gegen die von Ihnen beschlossene Tabaksteuer,

[1] Finanzminister Bitter.

die abzuschaffen; da haut er in dieselbe Kerbe wie ich, indem ich sage, die jetzigen Tabakverhältnisse haben auf die Dauer vielmehr Schwierigkeiten für die Interessenten, mit alleiniger Ausnahme der 8000 beim Tabakhandel beschäftigten Köpfe, vielmehr Schwierigkeiten für die Tabakinteressenten, als das Monopol, und ich bin dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar, daß er mir diese, mir bisher unbekannten Angaben gemacht hat, daß die Tabaksteuerprozesse von 2150 auf 15 914 gestiegen sind. Es wird wohl so nicht bleiben, es liegt auf der Hand, daß bei neuen Einrichtungen die Prozesse zuerst häufiger sind, und daß mit der Zeit das Augenmaß der Prozeßführenden schärfer wird; aber je mehr Prozesse, desto stärker ist der Beweis, daß das bisher nicht von der Regierung allein eingeführte, sondern von der Majorität des Reichstages beschlossene Tabaksteuergesetz manche Härten hat, von denen das Monopol frei ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den häufig mir schon gemachten, tausendmal mir gemachten Vorwurf zum tausend und einten Male wiederholt, ich hätte Versprechungen gemacht auf Grund der Gesetzgebung von 1879, die ich nicht erfüllt hätte. Nun könnte ich ja sagen: Seit 1879 ist doch die Wirkung der neuen Zölle noch keine durchschlagende gewesen in so kurzer Zeit; organische Prozesse großer Völker gehen langsam; aber ich kann viel durchschlagender dagegen auftreten: Ich habe gar keine Versprechungen gemacht, nie und nimmer, und das ist eine Unwahrheit, die ich auch schon widerlegt habe. Ich habe keine Versprechungen gemacht, ich habe Bitten ausgesprochen, ich habe gesagt: Helfen Sie mir doch, den Städten oder anderen Steuerbelasteten diese Vorteile zu verschaffen. Dieses Petitionieren bei dem Reichstage, den Armen zu helfen, wird mir dann in eine Versprechung verdreht, die ich gemacht haben soll; — wie kann ich etwas versprechen, was ich nicht habe? Ich kann die Gelder nicht schaffen, wenn sie nicht bewilligt werden, und jeden Versuch zur Beschaffung von Mitteln, wie zum Beispiel den einer erhöhten Branntweinkonsumtionssteuer, abzulehnen und dann zu sagen: Der Kanzler hält seine Versprechungen nicht — da, wo der Kanzler nur gebeten hat: Setzen Sie mich doch in den Stand, daß ich dergleichen versprechen kann — das ist eine Verschiebung der Verhältnisse, die von gewissen Verteidigern, wie wir sie heutzutage vor Gericht kennen, wohl gemacht werden kann, aber hier nicht am Platze ist. Ich bestreite auf das Bestimmteste, daß ich jemals irgend jemandem auch nur einen Pfennig versprochen habe. Ich habe gebettelt beim Reichstage: Setzen Sie mich in die Lage, die Leute schadlos zu stellen; aber versprochen habe ich nichts. Ich habe den Wunsch, die Entlastung der direkten Steuern viel höher zu treiben — und diesen Wunsch habe ich geäußert — bis zu einem Einkommen von 2000 Talern die Einkommensteuer wenn möglich abzuschaffen (Aha! links), und von den direkten Steuern nur die höheren Klassen der Einkommensteuer als eine „Anstandssteuer" beizubehalten. Treiben Sie diese zu hoch in den höchsten Klassen, so drücken Sie den Kapitalisten unter Umständen aus dem Lande hinaus — der Grundbesitzer muß ja bleiben, der liegt immer geschlagen an Gottes offener Sonne — aber der große Kapitalist geht entweder selbst heraus oder domiziliert durch ein einfaches Telegramm seine Kapitalien im Auslande. Und dann kann es mir ja nicht einfallen, diese gewaltigen Summen, die ich als wünschenswert für den preußischen Steuerzahler betrachtet habe, nun von einer plötzlichen Bewilligung des Reichstages zu erhoffen, sondern ich habe bloß geschildert, wie groß die Not ist, und daß es wohl der Mühe lohne, sie zu prüfen, ihr näher zu treten und sich zu bestreben: wie nahe kann man dem Ziele der Abhilfe

kommen? Ich erinnere Sie daran, daß ich vorgestern ganz genau gesagt habe: Erreichen können Sie dieses Ziel nicht, aber ihm näher kommen; es gibt die Richtung an, in der wir streben. Wie kann also der Herr Abgeordnete Richter so unmittelbar den Tag darauf mir unterschieben, als hätte ich die Gesamtheit dieser Erleichterungen sofort versprochen oder auch nur erstrebt?

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwandt werden sollten zu Steuerentlastungen. Nun, meine Herren, die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwandt, sondern wir haben uns verständigt mit den parlamentarischen Körperschaften, mit dieser und dem Preußischen Landtag, über deren Verwendung. Diese parlamentarischen Körperschaften haben in ihrer Majorität diejenigen Beschlüsse gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird; sie haben die Ausgaben, die sie beschlossen haben, jenen vorgezogen, die sonst gemacht werden konnten. Wer also diese Ausgaben angreift, greift das parlamentarische System der Majorität an, der ist ein Reaktionär, indem er als laudator temporis acti die Beschlüsse des Reichstags umstürzen will. Er will Reaktion für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefaßten Beschlüsse der Reichsgesetzgebung sucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich diese Verwendungen gemacht hätte, während sie geprüft und eingehend beraten sind, von Ihnen beschlossen. Die Herren sind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier davon gar nicht zu sprechen, daß es sich um Parlamentsbeschlüsse handelt. Die von Ihnen sonst verehrte Majorität — sobald Sie sie haben, ist der Glanz der Majorität gar nicht hoch genug zu preisen, sobald Sie sie nicht haben, dann schieben Sie die Vertretung der Regierung zu, als ob sie durch willkürliche Akte Unheil angerichtet und ihre Versprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein absolutes System in Händen hätten, von dem wir jederzeit Gebrauch machen könnten, und nicht an Parlamentsbeschlüsse gebunden wären. Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich ist für die Konsolidation des Reichs, auf diese Weise dem leichtgläubigen Leser die Regierung stets als übelwollend, unfähig, toto die darzustellen. Alle diese Äußerungen des Herrn Abgeordneten Richter würden wahrscheinlich unbesprochen ins Publikum gegangen sein, wenn mir nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühstück das erste gewesen wäre diese Rede, und bei dem Interesse, was ich für den Herrn Abgeordneten Richter habe (Heiterkeit), schon in stilistischer Beziehung, und um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter sprachlich gehen kann und die er nicht überschreiten sollte, habe ich sie zuerst gelesen und dann eben Zeit gefunden, auch noch meine Äußerungen dazu zu machen.

Er sagt weiter: „Um diese Ausgaben alle zu decken, reichen fünf Monopole nicht aus.“ Da muß ich wiederholt daran erinnern, daß ich kürzlich selbst gesagt habe: sie können nicht auf einmal gedeckt werden. Es ist mir bloß darauf angekommen, die große Not zu schildern, um dadurch, wenn auch nicht den Herren hier, aber doch im Lande Klarheit über die Verhältnisse zu verbreiten, die Klarheit, die zu schaffen durch den Strike des Preußischen Landtags verhindert wurde. Der Herr Abgeordnete kommt nachher nochmals zurück auf die Versprechen, die an die Kommunen gemacht, aber nicht erfüllt worden wären. „Der Reichskanzler exemplifiziert auf 350 Prozent Klassensteuer.“ Ist das etwa unrichtig? Die amtlichen Angaben, will er sie widerlegen? Die 350 Prozent sind wirklich bezahlt, und den Kommunen ist nicht ein Versprechen gegeben worden, sondern ich bin beim Reichstage

als Bittsteller im Interesse der Kommunen aufgetreten, und haben Sie dann die Mittel, der Not der Kommune abzuhelfen, versagt, so haben Sie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob ich ein Wort von „Versprechung“ gesagt und nicht gehalten hätte.

Die evangelische Kirchensteuer habe ich gar nicht als etwas durch das Monopol zu Deckendes angeführt, sondern ich habe sie aufgeführt als ein „ante lineam“ den Steuerzahler Belastendes, was vorher abgezogen werden muß von seiner Steuerkraft. Um so drückender aber wirkt, was übrigbleibt und durch das Monopol gedeckt werden kann.

„Von allen Aussichten für die Kommunen hat sich nichts erfüllt, dagegen ist die Gebäudesteuer höher veranlagt worden.“ Ich kann letzteres nur im höchsten Grade bedauern. Es widerspricht meinen Absichten und Wünschen. Ich halte die Gebäudesteuer für genau so ungerecht wie die Grundsteuer, ich bekämpfe beide Steuern, nicht weil die Vermögenslage einmal geschädigt ist und ohne analoge Ungerechtigkeit nicht wieder gut gemacht werden kann, ich bekämpfe sie nur als Grundlage und Maßstab für Zuschläge, weil sie mehr als das Vermögen trifft, und die Schulden nicht abgezogen werden. Es ist genau so auch bei der Gebäudesteuer; da ist aber eine Erhöhungsklausel im ursprünglichen Gesetze, die ausgebeutet wird in fiskalischer Richtung, und ich bitte Sie, helfen Sie mir, zu verhindern, daß eine solche Erhöhung nicht wieder stattfindet. Ich halte die Steuer an sich für eine ungerecht veranlagte, gerade wie die Mietssteuer und die Grundsteuer, welche auf das wirkliche Vermögen keine Rücksicht nimmt und die Schulden davon nicht abzieht. Deshalb teile ich das Bedauern darüber vollständig.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, nach meinem Systeme würden die Städte über 25 Millionen — es ist das wohl ein Druckfehler, es soll 25 Tausend heißen — Einwohner nur 6 Millionen erhalten. Da hat es sich der Herr Abgeordnete sehr leicht gemacht, indem er meine gestrige Äußerung nur teilweise zitiert, aber worauf ich den Hauptakzent gelegt, und was ich ganz expressis verbis in Voraussicht der Entstellungen, denen ich ausgesetzt sein würde, gesagt habe, hat der Herr Abgeordnete verschwiegen und fallen gelassen. Ich habe, wie die Herren sich erinnern werden, hinzugefügt, für die großen Städte, welche in größerem Maße gezwungen sind, staatliche Bedürfnisse zu erfüllen, werde nachher mit Bewilligung des Landtages besondere Berücksichtigung stattfinden müssen. Hat der Herr Abgeordnete sich nicht erinnert, hat er nicht zugehört? Jedenfalls wird er sonst die Ungerechtigkeit wieder gut machen wollen, die er mir dadurch zugefügt hat, daß er mich in seiner Rede angeklagt, ich hätte diese Ungleichheit nicht bemerkt oder nicht beachtet.

„Denn vor kurzem hat noch der Herr Reichskanzler für die einzelnen Städte die Schlachtsteuer wieder einführen wollen.“ Das ist mir nicht erinnerlich. Ich habe es als Fehler behandelt, daß man die Schlachtsteuer überhaupt aufgehoben hat, und wenn sie wieder eingeführt würde, so wäre ich der Meinung, sie sollte allgemein wieder eingeführt werden. Wenn ich eine solche Überzeugung habe, so komme ich jeder einzelnen Bewegung, die sich im Detail in der Richtung meiner eigenen Überzeugung bewegt, bereitwillig entgegen, und in dieser Beziehung bitte ich auch die Vertreter der Stadt Berlin, zu erwägen, daß sie diese Möglichkeit, eine Schlachtsteuer wieder einzuführen durch den Schlachtzwang, die sie schon verspielt hatte, nicht gehabt hätte, wenn ich nicht als preußischer Handelsminister fest auf ihre Seite getreten wäre in der damaligen Sitzung des Preußischen Landtages; einer der wenigen Fälle, wo ich dort überhaupt das Wort ergriffen, ist der gewesen, wobei es sich

handelte, der Stadt Berlin die Möglichkeit, für die Schlachtsteuer sich Ersatz zu verschaffen, wiederzugeben. Aber was ich in der Richtung tue — ich bin ja daran gewöhnt, daß das vergessen, ignoriert, niedergeschwiegen wird, und ich muß mir das gefallen lassen. Ich bin auch gegen das, was man gegen mich denkt, ziemlich abgestumpft, das werden Sie mir glauben nach der langen Zeit, wo ich demselben übelwollenden Regime nun schon ausgesetzt gewesen bin, unter dem ich jetzt Resignation lernen könnte, wenn ich sie nicht schon hätte, da werden Sie mir das wohl glauben.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich lang werde und wiederum heute zuviel rede, aber der Herr Abgeordnete Richter ist auch lang gewesen, und ich kann die einzelnen Angriffe nicht in das Land laufen lassen. Ich habe zwar nicht die Mittel, an demselben Tage noch die Antwort auf den Herrn Abgeordneten Richter an die Provinzialpresse zu telegraphieren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinziale Presse, nicht einmal auf die konservativen Blätter. (Heiterkeit links.) Meine Herren! Ist dieses Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich eine Sache sage, gegen die Sie nichts einwenden können, so lacht einer der Chorführer laut, und dann lachen alle mit. Das ist das Signal, darauf folgt ein unartikulierter Ton, der so viel heißen soll: Der Kanzler sagt etwas Lächerliches, ich gebe das Signal — Tambourmajor! (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter sagt, der Wähler würde es lieber sehen, ohne neue Steuer entlastet zu werden. Das glaube ich auch; aber hat der Herr Abgeordnete Richter das Geheimnis dazu erfunden? Wo will er entlasten, wo will er die Ausgaben sparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Versuch, den die Regierung macht, neue Quellen zu öffnen, nicht etwa als Anknüpfung zu Gegenvorschlägen benutzt wird, wenn er jederzeit an und für sich angebrachtermaßen abgewiesen wird, weil er nicht gefällt, so kann der Herr Abgeordnete Entlastung nur durch Verminderung der Ausgaben meinen. Nun hat er einen Luxus zitiert, das ist der bauliche Luxus. Meine Herren, darauf habe ich wenig Einfluß, das müssen Sie an einer anderen Stelle vorbringen. Ich billige Luxusbauten auch nicht, ich bin für das haushälterische System, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in Preußen eingeführt hat, und meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der strengsten spartanischen Einfachheit. Sie können sich da mit dem Herrn Abgeordneten Reichensperger auseinandersetzen, ob er die ornamentale Baukunst in den Hintergrund schieben will. Ich habe dafür kein Interesse, mein Sinn ist auf das rein Praktische gerichtet, ich bin für das Ästhetische ein schlechter Beurteiler.

Im Hintergrunde steht bei Ersparungen schließlich immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns in der Regierung Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es den anderen Ländern, die an uns grenzen und von denen unsere beiden großen Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder an sich mehr Truppen unterhält als das Deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht, oder was sie für Zwecke damit verbinden. Das habe ich nicht zu untersuchen, sondern nur die Tatsache, daß diese Millionen Bajonette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum Europas stehen und schon infolge unserer geographischen Lage, außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsere Schwäche hat früher diese Koalition gefühlt, die Koalition der drei größten Kon-

tinentalmächte der Zeit, Rußland, Frankreich, Österreich und das Deutsche Reich gegen Friedrich den Großen — die Kaunitzsche Politik ist Ihnen ja bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder erzeugen? Wir haben die Objekte, die Gegenstände der Begehrlichkeit für jeden unserer Nachbarn sein können, nach den verschiedensten Seiten, und wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre daran vollständig gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den leider heute nicht anwesenden Marschall[2] hier, und ohne den Respekt, den wir einflößen, ohne die Abneigung, die man hat, mit unseren wohlgeschulten, intelligenten und wohlgeführten Bajonetten anzubinden. (Bravo! rechts.) Tun Sie diesen Respekt aus der Welt, und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, so daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Teilung sein würde, was fruchtbare Grenzprovinzen enthält, die jedermann brauchen kann, und bei dem wenig ausgebildeten nationalen Sinn der Deutschen (Oho! links) — warten Sie das Beispiel ab — gibt auch keine fremde Macht die Hoffnung auf, daß es mit anderen deutschen Landschaften gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutsch sprechende, deutsch abstammende Leute so zu assimilieren, daß sie lieber die Livree Frankreichs tragen mögen, als den Rock des freien deutschen Bauern. (Bravo! rechts.)

Also an die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemütlichkeit auf. (Unruhe links.) Probieren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt.

Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung ohne neue Mittel eigentlich suchen will. Daß der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlte und doch gut regiert und sicher beschützt und vor Fremdherrschaft behütet werden will, das glaube ich gerne; aber wenn man einer solchen Theorie das Wort redet, dann sollte man überhaupt nicht Politik treiben.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in Bezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe wie ich, seine Februarrede im Abgeordnetenhause habe zuerst die Forderung der Aufhebung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an". Ich glaube, in unserem weiteren Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für die Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe dafür gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten, die der Herr Abgeordnete so als theoretisch wünschenswert hingestellt hat. Er kann dann später sagen: Ich habe davon geredet, damit war alles geschehen. Es ist gerade wie mit der Herstellung des Deutschen Reiches — alle die Herren, die jemals dafür geredet haben (Heiterkeit rechts), die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen heut: Wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück, und es ist ja möglich, daß nachher, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen und den Armen von den Kosten für die Schule zu entlasten, daß dann ebenso, wie jetzt die Herren, die in der Konfliktszeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: Wir haben das Deutsche Reich gemacht, denn wir haben es in unserem Herzen getragen, daß ebenso der Herr Abgeordnete Richter sagt: Ich

[2] Grafen Moltke.

habe den Lehrern dies verschafft, denn ich habe schon damals im Jahre 1878 das hingeschrieben: So muß es kommen; ohne meine Anregung wäre das nicht geschehen; der Kanzler hat sich Jahre hindurch die Lunge aus dem Leibe gesprochen und sich bemüht darum, das hat aber nichts geholfen; meine Rede (Heiterkeit rechts) war die Hauptsache.

Der Herr Abgeordnete spricht ferner von einem Steuerzuschlag auf die Kapitalrente. Da überrascht mich nur das „Hört, hört!“ daneben. Es ist ganz natürlich, daß wir darauf zurückkommen können und, in Ermangelung anderer Mittel, zurückkommen müssen, denn das ist die einzige direkte Steuer, die wir überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundierte Einkommen, welches bloß durch Kuponsschneiden erworben wird, höher besteuern, als das mit der Arbeit des Geistes, der Hände und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Risiko mühsam verdiente und unsichere. (Sehr richtig! rechts.) Also verstehe ich nur das „Hört!“ nicht.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, unser ganzes gegenwärtiges Finanzsystem sei eine Folge des großen Staatseisenbahnsystems und der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staatseisenbahnsystem damit zu tun hat. Einzig und allein doch vielleicht das, daß wir seitdem in dem preußischen Budget einen Einnahmetitel haben, den wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe, mit der Sicherheit, daß wir eine große Vereinfachung unseres Eisenbahnsystems überall haben und, soviel ich höre, nach Anerkennung aller beteiligten Interessen und des Publikums, eine wohlgeschultere und höflichere Verwaltung als früher. Das ist freilich zum großen Teile das Verdienst der ausgezeichneten Persönlichkeit[3], die an der Spitze der preußischen Eisenbahnverwaltung steht und die wir nicht immer zu haben rechnen dürfen, die wir aber deshalb schonen und deren Verbrauch durch Arbeit wir nicht steigern sollten dadurch, daß die empfindliche Ehrliebe, die jedermann von Verdienst hat, bei jeder Gelegenheit in irgendeiner Form gekränkt wird. (Bravo! rechts.)

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine der richtigsten Maßregeln gewesen, die wir überhaupt ergriffen haben. Es war eine — der Herr Abgeordnete hat das Thema angeschlagen, ich muß also auch darauf eingehen — es war das früher eine Einrichtung, ursprünglich hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen den Wert der Eisenbahnen, welches mir noch erinnerlich ist aus den Zeiten des Ministers von Bodelschwingh, ich meine nicht des letzten, Ihnen bekannten Finanzministers, sondern des älteren Bodelschwingh. Wie die Anhalter Bahn gebaut werden sollte, da waren gleichzeitig drei Projekte, eins nach Magdeburg, eins auf Leipzig, eins auf Dresden vorliegend, und die damalige preußische Regierung erklärte: Wir haben die sichersten Beweise durch unsere Kenntnis des Güterverkehrs, daß kaum eine einzige Bahn in diesen drei Richtungen überhaupt notdürftig das Leben haben wird, und die wird auch Bankerott machen, wenn der Herzog von Anhalt nicht die Elbbrücke baut. Wir zwangen also diese drei Linien, sich zu diesem unförmlichen Ding, was damals in Roßlau mündete, zu fusionieren, und wir sind lange Zeit auf demselben Anhalter Bahnhof nach Magdeburg und nach Leipzig und auf dem ungeheuerlichen Umwege nach Dresden gefahren. Infolge solcher Anschauungen hat Preußen damals das ebenfalls dem absoluten, ja dem französischen Feudalstaate angehörige System, die Eisenbahnprivatmonopole, aufkommen lassen. Jede Eisenbahn ist in ihrem Bezirke, sobald sie praktisch

[3] Minister Maybach.

eingerichtet, ein Monopol, es kann niemand gegen sie aufkommen, jede andere Verkehrsanstalt muß eingehen, dann ist sie Generalpächterin der ganzen Verkehrsinteressen der ganzen Landschaft, um die es sich handelt, eine geradeso schlimme Institution, wie sie unter dem alten französischen Regime stattfand, daß den Generalpächtern, die eine gehörige Pacht dafür gezahlt hatten — während unsere Bahnen die Ausbeutung gratis privilegiert erhielten —, daß denen die Ausbeutung einer Provinz mit dem Gesetze in der Hand überlassen wurde, und je nach ihren Privatinteressen ihnen die Berechtigung zuerkannt wurde, ihre Dividende so hoch als möglich zu schrauben, ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Verkehr. Das war das System der Privatbahnen, und durch die Verstaatlichung haben wir dem Staate wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, in Anknüpfung an das, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privataktiengesellschaften in der Politik dazu bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des Deutschen Reiches wieder verstaatlicht wird. (Heiterkeit.)

Der Abgeordnete hat nachher, wie der Abgeordnete Bamberger in seiner vorgestrigen Rede, schließlich gegen das Monopol, namentlich unter dem Druck der Autorität seines Freundes und Gesinnungsgenossen Leroy-Beaulieu, eine gewisse Weichheit gegen das Monopol dokumentiert; es sagt auch der Abgeordnete Richter: Auf ewige Zeiten verwahrt sich der Abgeordnete nicht gegen neue Steuern, und das ist nur wieder ein anderer Ausdruck für das Wort: „Diesem Ministerium keinen Erfolg“, oder „Diesem Ministerium bewilligen wir kein Geld — wenn wir daran kommen werden — und darauf rechnen doch die Herren — würden wir neue Steuern einführen, wir wollen uns das nicht entgegenhalten lassen, wir hätten dies auf ewige Zeiten abgesagt. Wir wollen das abwarten.“ Es tut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchsten Autorität in diesem Lande bekleidet zu sein, hätte ich Sie schon vor drei Jahren zur Regierung gerufen, um Sie operieren zu sehen. (Heiterkeit.) Also: „Nicht auf ewige Zeiten“ — das ist doch schon etwas. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächsten Jahre, das weiß ich nicht.

Dann ist der Vorwurf wieder gemacht worden, daß das Verwendungsgesetz zu spät vorgelegt wurde. Indem der Herr Abgeordnete die Verteidigung des meines Erachtens gar nicht zu verteidigenden Preußischen Landtages übernimmt, sagte er: „Erst am 14. März, zwei Monate nach dem Zusammentritt, ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat volle vierzehn Monate gebraucht, um es auszuarbeiten.“ Ja, meine Herren, die Regierung, das geht schon aus dem Namen hervor, die hat doch auch noch einige andere Geschäfte, außer Gesetzvorlagen zu machen, und sie hat auch ab und zu, da sie auch aus Fleisch und Blut besteht, ein gewisses Bedürfnis der Erholung. Die Unmöglichkeit, Sachen rasch zustande zu bringen, geht in Preußen schon aus dem Zustande hervor, den Sie als Palladium der Freiheit betrachten, daß das Staatsministerium ein per majora abstimmendes Kollegium ist, welches unter gegenseitigen Repliken, Dupliken und Quadrupliken, unter gelegentlicher Einwirkung Seiner Majestät sehr allmählich und schwierig mit seinen Entschlüssen zustande kommt. Der Ministerpräsident hat nichts zu befehlen in Preußen, er hat nur zu bitten und zu vermitteln. Im Reich ist es anders, da habe ich schließlich die Berechtigung, wenn die Gründe der Ressortchefs mich nicht überzeugen, so, wie der Ministerpräsident in England sie hat, wie sie bei uns ein Staatskanzler

hatte: das Recht der Entscheidung, da werden auch solche Verschleppungen nicht vorkommen. Aber es kommt bei preußischen Vorlagen vor, daß, wenn man glaubt, die Sache wäre fertig, ein Separatvotum eingeht mit einem untergeordneten oder einem prinzipiellen Bedenken. Das muß erledigt werden, wir können die Herren nicht ab und zur Ruhe verweisen; das zirkuliert, da wird gegenvotiert, und die preußische Maschine arbeitet so notwendigerweise langsamer als die Reichsmaschine. Ich bestreite aber, daß am 14. März die Herren nicht volle Zeit gehabt hätten, doch wenigstens einer Prüfung näherzutreten. Die Reichstagssitzungen haben in pleno doch erst nach Pfingsten begonnen, ich weiß nicht mehr das Datum, ich glaube 21. oder 26. Mai. (Zuruf.) Also 6. Juni. (Zuruf: Ja, nach Pfingsten.) Nun, sollte vom 14. März bis 6. Juni nicht dennoch Zeit gewesen sein für den Preußischen Landtag, wenigstens einige Sitzungen der Prüfung des wirklich sehr bedeutenden Materials zu widmen, welches die Regierung ihm vorgelegt hatte? Wenn nicht andere Gründe obgewaltet hätten, als bloß der äußerlich vorgewandte der Entrüstung über „Verletzung der Würde“ und die Parallelsitzung, ich glaube, sachlich hätte man vollständig Zeit gehabt, und ich muß also die Behauptung des Zuspätvorgelegtwerdens bestreiten. Ich erinnere die Herren daran, daß wir in früherer Zeit im Juli, August und September gesessen haben — diejenigen, die alt genug sind, um mit mir noch des Vereinigten Landtags zu gedenken — wir waren im Sommer beisammen. In der Zeit von 1848 bis in die ersten fünfziger Jahre wurde nach der Jahreszeit nicht gefragt, und wir haben im August hier gesessen, im September und auch im Juli, und das war die Verpflichtung, die wir mit der Wahl übernommen hatten.

Nun aber wird schon am 14. März auf „Nicht beschließen“ hingearbeitet und gesagt, wir haben nicht mehr Zeit, wir können nicht mehr, und man läßt die Zeit verfließen, bis es wirklich recht warm und recht hübsches Wetter und die Unlust außerordentlich groß geworden ist, wenn namentlich alle Landwirte Freude am Wachsen ihrer Ernte zu Hause haben — gerade das Datum des 14. März, das der Herr Abgeordnete anführt, ist ein recht selbstmörderisch schlagendes Argument gegen ihn und seine Freunde, daß noch vollständig Zeit war.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, wir hätten das Gesetz selbst zurückgezogen; „der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen!“ Der Reichskanzler ist in Preußen gar nicht vorhanden, und es ist das wieder darauf berechnet, daß die meisten Herren das Verwendungsgesetz nicht kennen und das Publikum nicht weiß, daß die §§ 1 und 2 überhaupt das ganze Verwendungsgesetz sind, welches damit abgelehnt worden war. Was ist das für eine Laterna magica, Schatten an der Wand erscheinen zu lassen, dem Publikum zu sagen: zwei Paragraphen haben wir abgelehnt, dann hat die Regierung die Vorlage selbst zurückgezogen! Diese zwei Paragraphen waren eben das Essentielle des ganzen Gesetzes, und die Beratung über die andern Paragraphen wäre eine frivole Zeitverschwendung gewesen, über die Sie sich wirklich hätten beschweren können. Also hier zeigt sich nur die Absicht, einen unrichtigen Eindruck auf die Wähler zu machen. Das Bedürfnis zu beraten, lag auf seiten der Regierung, das Bedürfnis, die Sache totzuschweigen, lag auf Seite derjenigen, die es für nützlich halten, daß steuerlich weiter exekutiert und die Unzufriedenheit nach Möglichkeit gesteigert werde. Unsere Aufgabe ist es, diese Tendenz nach Kräften zu bekämpfen.

Der Herr Abgeordnete sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren.“ (Sehr richtig! links.)

Ja, meine Herren, trifft das bloß mich? Sehen Sie nach England, ist es dort etwa leichter geworden in diesem Musterstaat, mit dem Parlament zu regieren? Sehen Sie, was mein verehrter Kollege, Herr Gladstone, für Schwierigkeiten hat, und sehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentarischen Schwierigkeiten sich in Mordtaten, in Gewehr- und Pistolenschüsse und Verstümmelungen von Pächtern übersetzen. So schwierig ist es bei uns noch nicht geworden, wir leben noch in Ruhe und Frieden, und ich glaube, wir können, wenn wir die Verhältnisse rundum in Europa vergleichen, mit dem, was die deutsche und preußische Regierung, der ich seit zwanzig Jahren angehöre, geleistet hat, immer noch zufrieden sein.

Sehen Sie nach England! Ist es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren, als es früher war? Früher war das in England kinderleicht, so lange nur zwei Parteien dort waren, die Whigs und die Torys, beide interessiert an der Erhaltung der Maschine, die stimmten und zählten untereinander ab — wer die Majorität hatte, regierte. Ich habe schon auf dem Vereinigten Landtag im Jahre 1847 das Gefühl gehabt, daß diese Einrichtung schwierig werden würde, sobald es mehr als zwei Parteien, wenn es auch nur drei Parteien sind. Jetzt sind es vier Parteien in England, es wird also notwendig sein, ein Koalitionsministerium zu bilden, das zu einer einheitlichen Politik aus dem Grunde niemals imstande sein wird, sondern die Parteien, die in demselben vertreten sind, werden sich gegenseitig Konzessionen machen müssen. Die Torypolitik hatte die Majorität nicht mehr, die Whigs hatten sie an sich auch nicht, wie sie dieselbe sonst den Torys gegenüber früher öfter gehabt hatten ohne Zustimmung der dritten Partei, der Radikalen, und der vierten Partei: der irischen Katholiken. Ich weiß nicht, ob diese Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken sind, ich habe nicht unter ihnen gelebt — ich glaube aber das erstere, daß sie eben aus nationalen Gründen widerstreben. Jetzt ist eine Regierung in England schwer zu führen, die nicht die über hundert Köpfe zählenden irischen Deputierten für sich hat; infolgedessen ist der parlamentarische Mechanismus in England auch nicht mehr imstande, in seiner ursprünglichen Reinheit — le jeu de nos institutions, wie der Franzose mit Stolz sagt — zu fungieren.

Von Frankreich will ich nicht sprechen, da ich keinen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben; in England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine Gesinnung für England, und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre.

Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Österreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten „Herbstzeitlosen“[1] unter den Deutschen in Österreich haben der Regierung die Möglichkeit, mit den Deutschen zu gehen, ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteiregierung bei uns unmöglich ist: einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindruck der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet notwendig in der Richtung ihres Extrems statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei

[1] Die vom Abgeordneten Herbst geleitete deutsche Verfassungspartei.

wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert; es wird sich immer einer finden, der noch in konservativerer Richtung weitergehende Theorien aufstellt und für die er, wie für alle Extreme, leicht die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den anderen überbieten in Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es England gegangen seit der Reform — und der Überbotene wird immer Unrecht bekommen, und die Neuwahlen brauchen gar nicht mit Kaukus bearbeitet zu werden, wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der Frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Österreich, in Cisleithanien ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung — eine Dynastie, die in Österreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgendeine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen mußte.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstschen Partei in Österreich — der „Herbstzeitlosen" nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit getan — (Heiterkeit) sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruiniert hat. — Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als anderen eigentümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruinieren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden.

Aber so viel über die Schwierigkeiten, mit einem Parlament zu regieren. Der Vorwurf trifft mich einigermaßen ungerecht. Wo haben Sie denn einen Minister, der zwanzig Jahre lang am Ruder geblieben ist? Bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich überhaupt mit einem Parlament nicht regieren und leben könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre — ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, als ich in den Dienst eintrat — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraitable kann ich also nicht sein; und ich glaube auch hier durch das einfache Faktum, daß ich so lange an der Spitze der Geschäfte des Vaterlandes gestanden habe, nachgewiesen zu haben, daß der Abgeordnete Richter mir Unrecht getan hat, indem er sagte, ich könnte mit einem Parlament nicht regieren. Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abgeordnete Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. (Heiterkeit.)

„Auch die Spur einer Selbständigkeit, einer selbständigen geschäftlichen Behandlung verträgt er nicht!" Vertrage ich nicht jede Ablehnung? Wie viel Ablehnungen habe ich mir schon geholt! Der Abgeordnete Bamberger hat gesagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt — gegen wen spricht das? Es ist die Frage: Waren die Vorlagen vernünftig, so ist es eine Niederlage für denjenigen, der sie abgelehnt hat, waren sie unvernünftig, so ist es gut, daß durch die Ablehnung der unrichtige Weg, auf

dem die Staatsregierung gegangen ist, mit einem Schlagbaum geschlossen ist. Darüber sollten Sie doch schweigen. Es ist das natürliche Ergebnis konstitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor, Sie haben die Initiative der Gesetzgebung, warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Die Fälle sind gegenüber den tausend Vorlagen der Regierung zu zählen. Es ist aber außerordentlich bequem, die Regierung immer sozusagen herauskommen zu lassen, sich in die Hinterhand zu setzen und alles anzugreifen, herunterzureißen und zu bekritteln mit Weglassung von notwendigen Argumenten, die für die Regierung sprechen, von dem, was die Regierung irgend vorgebracht hat, nach dem Prinzip: Ich habe keine Meinung, so lange die Regierung keine ausspricht; sobald sie sich ausspricht, werde ich eine haben und werde ihr dann widersprechen. Wozu haben Sie die Initiative? Wie können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative niemals Gebrauch machen, sondern sich bloß aufs Abwarten, aufs Vigilieren, auf die Hinterhand legen, um zu warten, welche Farbe die Regierung ausspielt, um dann das Gegenspiel zu ergreifen. Damit können Sie eine Regierung ermüden, und dadurch würde jemand, der weniger von der Hingabe für vaterländische Zwecke getragen wird als die jetzige Regierung, ermüdet werden, zunächst schon einfach mit dieser Zwickmühle, die der Abgeordnete Richter wieder angeführt hat: „Niemand sollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendenden Summen vorhanden seien", und auf der anderen Seite: „Man hat sich geweigert, das Fell des Bären zu teilen, der noch nicht geschossen ist, und wir weigern uns, im Reichstage den Bären zu schießen." Ja, dann mögen Sie doch ein anderes Jagdobjekt vorschlagen, oder Sie bestreiten, daß wir überhaupt eine Vorlage brauchen.

Das ist also die Frage, die uns künftig beschäftigen wird: die Frage des Bedürfnisses, und auf dem Felde erwarte ich Sie; es wird immer das dem Herrn Abgeordneten Richter so unangenehme Gespenst des preußischen Exekutors sein, welches uns auf diesem Felde immer wieder begegnen wird. Aber ich mache nur darauf aufmerksam: Wäre es nicht wirklich des Preußischen Landtags und des Reichstags würdig, daß, wenn Sie der jetzigen Regierung, die sich quält, Ihnen Vorlagen zu machen, jede Konzession verweigern, Sie endlich Ihrerseits einmal eine Andeutung machen, wohin Sie wollen? Geben Sie uns in dieser Richtung etwas, daß wir es tun, oder daß Sie sich vor dem Lande mit der Erklärung von der Verantwortlichkeit hinstellen: Wir halten die jetzigen Zustände so vortrefflich, wie Candide[5] die Zustände der Welt hielt, und wollen sie in Ewigkeit beibehalten und werden diesem Ministerium, so lange es regiert, nicht gestatten, daß es auf der erstrebten Bahn einen Schritt vorwärtskommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klarstellen. Der Wähler ist ja bisher über die Frage, wen er wählt und wofür, vollständig im Dunkel, er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird; er liest nur seine Presse, und da gibt jeder nur das, was seine Partei gesprochen hat, da herrscht die Agitation der Fraktionen, deren Interessen stehen voran, die Gründe der Regierung bleiben unerwähnt.

Der Herr Abgeordneten hat ferner mir eine Intention untergeschoben, die ich nicht habe und auch nicht kundgegeben, nämlich den Mißbrauch der Auflösung. Er hat gesagt, ich würde so lange auflösen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht. Meine Forderung an den Landtag ist viel konstitutioneller; ich sage: Der König hat das Recht und wird von diesem

[5] Figur aus einem Voltaireschen Roman.

Rechte so lange Gebrauch machen, ihn aufzulösen, bis der Landtag auf die Frage, die vom Könige vorliegt, eine Antwort mit Ja oder Nein gibt. Fällt diese Antwort mit Nein aus, so wird der König sich vor der Verfassung beugen und sagen: Sie haben das Recht, abzulehnen, und die Verantwortung für Ihre Ablehnung. Sie haben das Recht, abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedaure Ihre Ablehnung; aber wegen solcher wird man nicht wiederholt auflösen. Aber den Landtag, der Streik macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung dauernd auflösen, und die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes durch dessen Vertreter zu erfahren, und eine parlamentarische Versammlung, die aus Parteirücksichten, weil ihr die Besprechung der Sache unangenehm ist, weil sie fühlt, daß ihre Sache, die sie dabei vertritt, eine schwache ist, die deshalb die Diskussion totschweigen und verhindern will, die wird fünfzigmal aufgelöst werden können, ohne daß man konstitutionelle Prinzipien verletzt. Ein Recht auf Äußerung, auf „Ja" oder „Nein" haben wir; wir verlangen nur, daß geprüft wird. Sobald der Preußische Landtag seinerseits auch ablehnt, das habe ich ja schon gesagt, dann ist die Sache fertig, dann haben wir weiter nichts zu tun, und ich habe noch hinzuzufügen, daß mir persönlich das nicht unangenehm sein wird.

Der Abgeordnete hat ferner gesagt: „Woraus ist denn in Preußen der Konflikt entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat."

Das bestreite ich; der Konflikt ist entstanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich ihrerseits in Konflikt setzte mit dem Geist und Beruf der preußischen und deutschen Nation. (Sehr richtig! rechts.)

Die Tatsache war, daß der König mit seinen Vorlagen die nationale Sache vertrat, der König mit seiner Armeeorganisation, und daß der König lediglich aus parlamentarischer Machtlust, aus Parteitaktik bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie wären von Anfang an für das Deutsche Reich tätig gewesen, und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zustande gekommen, und sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das letztere, die Priorität, ist einmal nicht da. Wer hat 1813 und 1815, in der ganzen Zeit seither, das Deutsche Reich nicht gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißsporn, wie mir kaum einer bekannt ist; denn selbst ich, ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikade aus 1848 beeinflußt wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat. Diejenigen Herren, die jetzt behaupten, sie hätten die bestehende Gestaltung gemacht, die haben stets fromme Wünsche in ihrem Herzen gehabt, ich habe mich praktisch ans Werk gelegt, diesem Wunsche Folge und Erfüllung zu bieten; Sie haben gerade das Gegenteil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf notwendig war, getan, um die Neubildung des Deutschen Reichs herbeizuführen. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der mußte sich sagen, daß ohne die preußische Armee, und eine starke preußische Armee, der deutschnationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich aneignete; und die Aufgabe lag nicht darin, Reden auf der Tribüne zu halten und zu überzeugten Leuten zu sprechen, sondern sie lag darin, die Zustimmung des Königs von Preußen zu den allein praktischen und durchschlagenden Maßregeln zu gewinnen und dem König von Preußen

eine hinreichend ſtarke Armee in die Hand zu geben, daß er ſich zum Vollſtrecker der nationalen Bedürfniſſe machen konnte. Auf dieſen Gedanken, meine Herren, iſt keiner von Ihnen gekommen; jeder von Ihnen hätte 1862 an meiner Stelle Miniſter werden und beim Könige vielleicht noch beſſere Aufnahme finden können, als ich, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen ſofort in die Hand zu geben. Aber wer von Ihnen hat überhaupt irgend nur einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat den Wunſch ausgeſprochen, Preußen ſoll eine ſtarke Armee haben? Sie haben geſucht, dieſe Armee zu zerbröckeln, zu untergraben (Widerſpruch links), zu einer Miliz zu machen, mit einer zweijährigen Dienſtzeit und einer noch kürzeren; wenn wir forſchen in den damaligen Reden, werden wir die Berufung auf amerikaniſche Zuſtände finden, auf die Miliz. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit das hätte machen können? Sie ſind damit auf dem Holzwege geweſen und haben gerade am unrechten Ende die Sache angefangen; das, was Ihnen helfen konnte, die preußiſche Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt, Sie haben den Offizier gehaßt und angefeindet. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Putzki und dergleichen Erſcheinungen, wie die Preſſe dergleichen Sachen eifrig aufnahm, wie ſie die Vergehen einzelner dem Stande zur Laſt legte. Leſen Sie die Preſſe von damals; wie iſt die Armee verhöhnt worden, die allein der Träger des nationalen Gedankens ſchließlich geworden und geblieben iſt! Es war damals immer die Rede vom Profeſſor und Preſſe auf der einen Seite und Armee auf der anderen Seite, und das erſte, was man bei meinem erſten Auftreten als Miniſter von mir ſagte, was mir ſehr ſchmeichelhaft war, man ſagte mir: dem ſieht man auf den erſten Blick an, der iſt nichts wie ein preußiſcher Offizier in Zivil. Ich habe das Anerkenntnis dankend angenommen, und das Gefühl als preußiſcher Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Beſtrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgendeine parlamentariſche Attribution, die ich hier ausübe. (Bravo! rechts.)

Ich muß nach der Reihenfolge des Leitfadens gehen, den ich hier habe.

Da wird geſagt: „der Reichskanzler war nicht immer gegen die Fraktionen.“ Ja, meine Herren, das kommt ſehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortſchrittsfraktion, das Zeugnis muß mir doch der Herr Abgeordnete geben, bin ich ſeit zwanzig Jahren ſo ſtetig wie eine Magnetnadel immer geweſen, und die Gefahr, die uns von ſeiten der Fortſchrittspartei, von ſeiten dieſer in ihrem Herzen ſtreng royaliſtiſch-republikaniſchen, unbewußt republikaniſchen . . . (Oho! links.) Ja, meine Herren, Sie kennen ſich ſelbſt nicht, das iſt aber doch die erſte politiſche Regel. (Heiterkeit.)

Sie kommen notwendig dahin. Die Leute zur Zeit Mirabeaus haben auch nicht geglaubt, zur Republik zu kommen, und ich weiß noch mehr fremde Staaten, wo die Machthaber der Radikalen es heute noch nicht glauben und den Gedanken mit Entrüſtung zurückweiſen; Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in anderen Ländern das noch vorkommt. Was die geſchichtliche Entwicklung und Beobachtung anlangt, können Sie meinem Urteile immer einigen Glauben ſchenken, wenn ich auch hier in Deutſchland nie auf das Maß von Vertrauen Anſpruch machen werde, was man mir im Auslande ſchenkt.

Alſo es kommt immer auf die Fraktionen an. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas anderes ſei als das Inſtrument und der Weg, ſein patriotiſches In-

tereſſe für die Geſamtheit zu betätigen, und daß die Fraktion jemals Selbſtzweck wird, und ich habe die Befürchtung ausgeſprochen, daß wir auf dem Wege ſind, daß der Fraktionsgedanke den Reichsgedanken verdunkelt, daß wir die allgemeinen Geſichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptſächlich wegen der deutſchen Eigenſchaft: der Korpsgeiſt, wie wir ihn auf den Univerſitäten haben, daß der Kampfeszorn zwiſchen den verſchiedenen rivaliſierenden Parteien zu heftig geworden iſt. Gerade ſo, wie wir in Deutſchland ſehr viel Schwierigkeiten haben, Zwiſtigkeiten zwiſchen den Regimentern einer Garniſon zu verhindern, die verſchiedene Uniform oder nur verſchiedenes Lederzeug tragen — wer Soldat geweſen iſt, weiß, daß der Deutſche ſofort bereit iſt, bande à part zu machen und mit großer Erbitterung gegen den Partei zu nehmen, der nicht dieſelben Knöpfe an der Uniform trägt, der dem Vaterlande auf eine andere Weiſe zu dienen glaubt, wie er ſelbſt. Die Zwecke der Fraktionen bekämpfe ich ja gar nicht, nur die zornigen Auslaſſungen, die es nicht zulaſſen, eine Verſtändigung untereinander herzuſtellen — ich kann eine Verſtändigung nicht zuſtande bringen.

Der Herr Vorredner ſagt ferner:

„Wir ſind feſt und einig, weil unſere Wähler es ſind; die Mehrheit in den Fraktionen iſt nicht beſtimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt.“

Ja, meine Herren, wie denkt der Wahlkreis? Das iſt ſehr ſchwer zu beſtimmen, dann müßte der ganze Kaukus — dieſe ganze Kaukuserfindung iſt es ja, was jetzt die engliſchen Wahlen beherrſcht und in unſeren Wahlen mehr und mehr herrſchend wird: da bildet ſich eine Aſſoziation, die die Fäden der Preſſe, des Vereinsweſens und der Korreſpondenz dergeſtalt in den Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen gibt, die von demſelben Hauptzentrum bedient und geleitet werden, und wo ſofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann, und wenn in irgendeiner Stadt — ich will jetzt einmal von England ſprechen — alſo von dreißig bis vierzig Kaukusaſſoziierten eine Parole, ein Name ausgegeben wird und jeder für einen Einfaltspinſel und Feind gehalten wird, der etwas anderes will, dann ſind vierzig Menſchen, wo außer ihnen ſich keine drei gegenſeitig verſtändigt haben, ein ganz kompaktes Bataillon, die ergreifen nun Beſitz von der Poſition, mehren ſich ſchnell, und man getraut ſich ſchwer, gegen ſie aufzukommen; es iſt gewiſſermaßen eine Beſatzungstruppe, die in jeder Wahlfeſtung von einer beſtimmten Partei unterhalten wird und mit der man durch Telegraph und Preſſe in Verbindung ſteht, und die ſofort imſtande iſt, ſobald der Wahlkriegszuſtand in dieſen Wahlorten erklärt wird, vierzig oder hundert Mann ſtark geſchloſſen, nach einem beſtimmten Befehl laut und ſicher aufzutreten. Mit dieſen Kaukusſtimmen — wer das kennt, der lacht darüber, wenn er nachher von dem Willen der Nation, von den Stimmungen in den Wahlkreiſen hört: nur ein Kaukusaſſocié wird unter Umſtänden den anderen aus dem Sattel heben, und dieſes Ausdemſattelheben des Gemäßigten durch den Weitergehenden liegt in der natürlichen Entwicklung der Zukunft.

Alſo, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger zum Beiſpiel hier im Namen der Nation ſprach, wenn der Herr Abgeordnete Richter ſagte, das Volk ſelber ſchließt ſich immer mehr zuſammen zu einem Ring, ſo möchte ich doch die Frage ſtellen: Was hat denn der Herr Abgeordnete Bamberger für ein Recht, im Namen der deutſchen Nation zu ſprechen, und was hat der Herr Abgeordnete Richter mehr Recht als ich, im Namen der

deutschen Nation zu sprechen? Den Herrn Abgeordneten Bamberger möchte ich bitten, einmal einen Rückblick auf unsere Vergangenheit zu werfen. Wir sind beide — ich im Jahre 1847 und er im Jahre 1848 in die Öffentlichkeit der Politik getreten. Ich will die Tür, durch die wir eintraten, hier ganz außer Betracht lassen, ich rechte mit der Vergangenheit nicht. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Teil seiner Vergangenheit in Paris zugebracht. Soviel ich weiß, liegt seine Auffassungsweise noch mehr domiziliert in jener großen Hauptstadt an der Seine, als bei uns; der Herr Abgeordnete Bamberger würde, wenn das in Frankreich zulässig wäre, jedenfalls sujet mixte sein. Und was hat der Herr Abgeordnete Bamberger in der Zeit praktisch zur Förderung unseres Nationallebens überhaupt getan? Blicken wir auf die dreißig Jahre zurück, was der Herr Abgeordnete Bamberger seitdem gesprochen und geschrieben hat, und was ich seitdem geleistet habe, und dann glaube ich, werden Sie finden, ich bin berechtigt zu der Behauptung, daß ich, der deutsche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaisers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, als Herr Bamberger. Wenn ich nicht durch meine Eigenschaft als Mitglied des Bundesrats behindert wäre, so zweifle ich nicht, daß mir ein Wahlkreis in diesem Lande eröffnet würde, und daß ich dann gerade im Namen der deutschen Nation und des Wahlkreises sprechen könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Jetzt, wo ich bloß den Kaiser, meinen Herrn, und die verbündeten Regierungen und, wie ich glaube, eine gewisse Sympathie habe, deren Teilnehmer nach Köpfen noch stärker ist, als die Majorität, die der Herr Abgeordnete Bamberger bei der Wahl gehabt hat: wenn wir alle die auszählen könnten, die ich für mich hätte, so glaube ich doch, daß ich mehr Anspruch darauf habe, mich für einen Vertreter, ich will nicht sagen, für den Vertreter der deutschen Nation zu halten, als jemand, der mit einer schwachen Majorität aus irgendeinem Wahlkreis hervorgegangen ist. Wenn ich der deutschen Nation widerstrebte, dann wäre ich nicht so lange in dieser Stellung, es würde mich wie der Sturmwind hinweggefegt haben; also diesen meinen Anhalt am deutschen Volke wird mir der Herr Abgeordnete Bamberger nicht nehmen, und sein Baum auf dem Boden wächst nicht an die erste Zweigteilung des meinigen heran.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt: „Uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es gibt viele, die in ihrem Berufe schwere Opfer bringen.“ Findet das nun Anwendung auf alle diejenigen, deren Beruf hauptsächlich in der Tätigkeit in der Presse besteht? Von denen bestreite ich, daß sie irgendein Opfer bringen, im Gegenteil, je länger die Sitzung dauert und je lebhafter sie daran beteiligt sind, desto mehr sind sie in der Lage, sich zugleich mit ihrem Beruf zu befassen und ihn mit mehr Erfolg, mit verdoppelten Kräften und verstärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns, für alle diejenigen, die auch dann noch, wenn sie aufhören, Abgeordnete zu sein, Geschäfte haben, die ihnen am Herzen liegen, die zur Erhaltung ihres Lebensstandes erforderlich sind — für die ist es außerordentlich hart, ist es ein großes Opfer, und ich bedauere, daß wir genötigt sind, das zu fordern. Wir würden es in viel geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr — ich will nicht sagen Entgegenkommen, sondern etwas mehr Offenheit, Aufrichtigkeit und Schnelligkeit im Arbeiten fänden, daß man uns einfach Ja oder Nein sagt, zu früherer Zeit, daß man uns nicht hinhalten möge durch die Tatsache, daß man statt der Vorlagen immer das Ministerium persönlich bekämpft, ohne

es vor einer großen Anzahl der Wähler offen eingestehen zu wollen. Es wird keine Rede gehalten, auch selbst von dem Herrn Abgeordneten Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienste; das glaubt er seinen Wählern schuldig zu sein. (Heiterkeit.) Aber dann kann er um so schärfer und mit um so giftigeren Pfeilen mich angreifen; denn er ist ja mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geschrieben im Jahre 1867, auf das ich stolz bin. Also er ist viel mehr in der Lage, von dieser Stellung aus mich herabzusetzen in der Öffentlichkeit, indem er immer sagen kann: Ich erkenne ja seine Verdienste an. Aber hier findet wirklich das statt, was der Herr Abgeordnete Richter an irgendeiner Stelle, die ich nicht finde, gesagt hat, ich sollte einmal behauptet haben, daß man wahnsinnig sein müsse, um das Geld .... (Zuruf links: Minister Lucius) oder Minister Lucius, nun gut, das ist mein Kollege. Aber vergegenwärtigen sich denn die Herren nicht, daß, wenn Sie das au pied la lettre nehmen, da die Zustimmung der Abgeordneten zur geschehenen Verwendung vorliegt, daß Sie damit denselben Vorwurf der Geisteskrankheit auf die Majorität werfen, die dieser Verwendung zugestimmt hat? Das kann unmöglich in Ihrer Absicht liegen. Herr Lucius kann nur Verwendungen gemeint haben, die willkürlich gemacht würden, ohne Zustimmung gemacht würden. Bloße Vorschläge, bloße Einwilligung in die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Verwendung der Gelder können mit dem Worte unmöglich gemeint sein.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt, ich hätte die Sprache des Absolutismus gesprochen. Ja, meine Herren, das ist nicht zutreffend; aber ich würde, wie ich schon bei früheren Gelegenheiten gesagt habe, keinen Augenblick anstehen, die Sprache des Absolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin — daß Absolutismus und Patriotismus übereinstimmend sind, daß die deutsche Nationalität, die deutsche Unabhängigkeit nach außen und nach innen Schutz und Würdigung nur bei den Dynastien findet, und namentlich bei meinem Herrn, dem König von Preußen. Kurz und gut, wenn ich optieren müßte zwischen meinem Vaterlande und der parlamentarischen Majorität, so kann meine Wahl niemals zweifelhaft sein. Ganz abgesehen davon — soweit ich es hier ausspreche, glaube ich es jedem zum Muster empfehlen zu können, daß er zwischen Patriotismus und Liberalismus nie zweifelhaft sein sollte in der Wahl — wenn ich in meinem innersten Gefühl unter Umständen noch weiter gehe und wenn ich entschlossen bin, selbst mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mein angestammter Herr ist, auch dann zugrundezugehen, wenn er im Unrecht ist — das ist meine ganz persönliche Liebhaberei, die will ich niemand empfehlen. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur soweit, daß ich sage, es ist traurig genug, wenn in der Überzeugung eines Mannes, der so in Geschäften steckt wie ich, und der, wie ich glaube, ein ruhiges Urteil darüber sich bewahrt hat, schließlich die Worte „Absolutismus“ und „Patriotismus“ näher verwandt werden, als verfassungsmäßig wünschenswert ist.

Der Herr Abgeordnete sagte schließlich: „Da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten.“ Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber gesungen, Schützen- und Turnfeste gehalten, so war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für den Gedanken gewirkt und gearbeitet, wer hat den Entschluß gehabt so wie ich — ich habe es

ſchon einmal auf dieſer Stelle geſagt — ſo wie ich es im Jahre 1862 getan habe, daß ich meine ganze Lebensexiſtenz und nach den Behauptungen der damaligen fortſchrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Strafford und Polignac — einſetzte, um die Möglichkeit zu haben, die Zuſtimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutſchen Politik zu gewinnen? Und auf der anderen Seite wollte ich meinem Herrn, der ſagte: Ich weiß niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen? — meine Dienſte nicht verſagen. Ich habe damals Mitwirkung geſucht, ich habe Vertreter geſucht, ich fand keine. Warum haben die Herren, die den deutſchen Gedanken ſo tief im Herzen tragen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskieren (Zuruf links), warum ſind Sie damals nicht hervorgetreten? Was haben Sie riskiert? (Ruf: Gefängnis, alles!) Das war wohl nicht für den nationalen Gedanken, das wird wohl andere Gründe gehabt haben. (Heiterkeit.) Ich will niemand unrecht tun, ich weiß ſolche, die wirklich für den nationalen Gedanken gelitten haben; man braucht nur an die Burſchenſchaft zu denken, und an einige, die in irrtümlicher Auffaſſung der Mittel, weil ihnen das Verſtändnis für die politiſche Situation fehlte, anſtatt zu ſuchen, eine hinreichende Armee in Deutſchland zu ſchaffen, dieſes Mittel in ihrer ſchwachen Fauſt und auf der Barrikade ſuchten. Das kann jedem paſſieren, und für die habe ich keine Ranküne, die habe ich nicht nennen wollen; ich bedaure, daß ihnen das Unglück paſſiert iſt. Aber ich habe eine ſehr angenehme Stellung vollſtändig aufs Spiel geſetzt, und wenn beiſpielsweiſe die innere Kampagne gegenüber der Fortſchrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugeſichert, daß von meinem Vermögen nichts übrigbleiben würde; man hatte ſogar mit Zuchthausſtrafe gedroht. Das iſt die Ausſicht, die mir in fortſchrittlichen Blättern geſtellt wurde. Aber nehmen Sie bloß an: Wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten; außer mir hat niemand riskiert, einen Krieg zu fördern, und aus dem er nicht kommen durfte, wenn der Krieg fehlſchlug; und das hing nicht von mir ab, ob er fehlſchlug.

Ich bin ſehr ſelten geneigt geweſen, eine oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr Abgeordnete Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdienſten für Schaffung des Deutſchen Reichs und des nationalen Gedankens auftreten will, da muß auch ich in dem Sinne ſprechen und ihm einfach ſagen: Da kommen Sie nicht mit mir mit. (Lebhaftes, andauerndes Bravo! rechts. Ziſchen links.)

Abg. Bamberger erklärt, nur deshalb in Oppoſition gegen den Kanzler zu treten, weil er befürchte, daß Fürſt Bismarck mit ſeiner Politik alles durch ihn ſo glorreich Erreichte wieder vernichte; er verteidigt dann die Politik des Freihandels. Der Reichskanzler erwidert:

Ich will zuerſt gegenüber der Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter, daß in Amerika kein Kornzoll exiſtierte, anführen, daß ich mir inzwiſchen den amerikaniſchen Tarif habe geben laſſen, und derſelbe enthält unter Roggen den Satz: per Buſhel 15 Cent; das iſt etwa am Roggen berechnet meiner Annahme nach 50 Pfund, das macht alſo auf den Zentner 30 Cent, 30 Cent ſind etwa ein Drittel eines Dollars, der hat 4 Mark und etwas darüber, alſo es iſt der Schutzzoll, der auf Roggen in Amerika laſtet, mehr wie 1 Mark per Zentner gegen unſere halbe Mark, und der Abgeordnete Richter wird mir danach zugeben, daß er irrtümlich ſeine Behauptung aufgeſtellt hat.

Dann unter Weizen steht: per Bushel 20 Cent; das macht nach meiner Rechnung auf den Doppelzentner Weizen etwa 3,25 Mark, also auf den einfachen 1,62 Mark. Ich habe also vollständig recht gehabt, zu behaupten, daß in Amerika der Schutzzoll erheblich höher ist als bei uns, und der Abgeordnete Richter wird vielleicht selbst Neigung haben, seine Angabe zu berichtigen.

Der Abgeordnete Bamberger nötigt mich, auf einige Angriffe, die doch auch wiederum den Gegenstand viel weniger treffen als meine Person, zu antworten. Da muß ich ihm zuerst allerdings zugeben, daß mir mitunter die Zeit fehlt, alles zu hören und auf alles zu antworten. Auch selbst, wenn ich ganz gesund wäre, würde sie mir fehlen, denn ich habe nicht nur Nebengeschäfte außer den parlamentarischen, sondern mein eigentlicher Beruf ist gar nicht der parlamentarische. Wenn ich als Reichskanzler hier erscheine, so ist meine Legitimation ziemlich zweifelhaft. Ich habe als preußischer Bevollmächtigter ein Recht, hier zu erscheinen, aber doch durchaus nicht die Pflicht; es ist ein freiwilliger Dienst, den ich der gegenseitigen Verständigung leiste, wenn ich überhaupt hierher komme und mit Ihnen diskutiere; ich habe eine verfassungsmäßige Verpflichtung dazu nicht[6]; und wenn der König von Preußen sein Gewicht von dem Reichsboden mehr als bisher zurückziehen wollte, dann brauchte er bloß seinen Vertretern im Bundesrate zu empfehlen, im Reichstage nicht mehr zu erscheinen und nicht mehr zu diskutieren. Das wäre nicht verfassungswidrig, denn wir haben keine Verpflichtung. Ich vertrete hier auch nicht meine Ansichten, sondern die Beschlüsse des Bundesrats, der per majora beschließt. Ich prästiere also diligentiam recht erheblich, wenn ich diese Lücke der Verfassung überhaupt decke mit meiner Bereitwilligkeit, hier einzutreten; aber es wird auch der Anspruch, der an mich gestellt wird, dadurch übertrieben, daß viel zu wenig sachlich diskutiert wird (Lachen links), sondern jede Einwendung damit anfängt: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt." Hätte er nun die größte Torheit gesagt, so ändert dies, wie ich schon öfters bemerkt habe, in der Sache gar nichts; man greift immer viel mehr meine Person an, meine Tendenz, meine Politik, man bleibt nicht bei der Sache; meine Person wird also künstlich herangeholt, weit über das Maß hinaus, was berechtigt ist, und dem Rede zu stehen ich verpflichtet bin. Es handelt sich hier darum, ob Vorlagen, die ich bringe, zweckmäßig sind, aber nicht darum, ob ich überhaupt ein brauchbarer oder wünschenswerter Minister bin oder nicht. Die Herren weichen immer ab von der Sache (Lachen links), ebenso wie früher ein Preußischer Landtag. Es tönt mir die Stimme des Herrn Abgeordneten Virchow noch in den Ohren: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt"; anders hat er nie einen Satz angefangen. Was ich gesagt habe, war unter Umständen ganz gleichgültig. Wenn er gesagt hätte: die Vorlage, dann hätte ich das zugegeben. Es ist erstaunlich, wie oft mein Name angeführt ist; er ist ganz gleichgültig, es ist hier von keiner Politik des Reichskanzlers die Rede, sondern ich vertrete die Beschlüsse des Bundesrats, und wenn Sie sachlich bleiben wollten, müßten Sie sagen: Die verbündeten Regierungen haben die Vorlage gemacht — so müßten Sie mich aus dem Spiel lassen. Aber meine Person reizt Sie, meine Art zu sprechen reizt Sie, ich bleibe Ihnen zu lange an dieser Stelle. Das begreife ich ja, andere wollen ja auch einmal heran; aber lassen Sie mich doch Ihre Verstimmung nicht entgelten, denn ich habe Ihnen

[6] Auf dieser Bestimmung der Verfassung fußend dachte Bismarck im Frühjahr 1890 daran, sich kein Mandat zum Bundesrat mehr geben zu lassen, um den Reichstag durch seine dauernde Abwesenheit zu schwächen.

ja ausdrücklich gesagt: Es ist nicht mit meinem Willen, daß ich bleibe. Ich würde Ihnen sehr gern Platz machen, ich würde mich außerordentlich freuen, Sie operieren zu sehen. Wenn Sie meine Person mehr aus dem Spiele ließen, dann würden Sie dieser Häkeleien, auf die ich genötigt bin zu reagieren, überhoben sein, würden außerordentlich viel Zeit gewinnen, und die Sachen würden dadurch nur gewinnen. Ich muß schließlich lediglich im Interesse des Geschäftsganges mich damit vertraut machen, daß ich überhaupt hier wegbleibe; denn ich wirke gewissermaßen, wie das rote Tuch — ich will den Vergleich nicht fortsetzen — (Heiterkeit) ich habe früher gesagt, wie der Auff, der Uhu in der Krähenhütte: sowie ich komme ist etwas los. Der Herr Abgeordnete Lasker hat gesagt: „Der Reichskanzler wird eine große Aktion machen." Ich hasse große Aktionen und bin vergnügt, wenn ich dessen überhoben bin.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, mein ganzes System sei falsch. Ja, diese Überzeugung ist vollständig gegenseitig, es ist eine petitio principii; ich halte das System des Herrn Abgeordneten Bamberger von Grund aus falsch und das der ganzen Fortschrittspartei; ich halte den ganzen Freihandel für falsch. Also mit dieser allgemeinen Behauptung, daß wir unser System gegenseitig für falsch halten, kommen wir nicht weiter, das ist eine ganz selbstverständliche Sache. Ich glaube, Sie sind im Irrtum, und Sie glauben, ich bin im Irrtum, und wir plädieren jeder für seine Sache vor der Nation, nicht vor der Nation, die der Herr Abgeordnete Bamberger meint zu vertreten, sondern vor der Nation, wie sie in den nächsten zehn Jahren schließlich wählen wird. Meine Politik reicht weiter als bis zu den nächsten Wahlen; wenn ich mich darauf hätte beschränken sollen, wenn ich die nächsten Wahlen hätte befürchten sollen, hätte ich mich auf Politik nicht eingelassen. Ich bin gewohnt, mit weiteren Perioden in der Politik zu rechnen, als mit der einer Reichstagssession.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat behauptet, ich hätte das Schutzzollsystem und das Monopol aus Frankreich genommen. Es ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Geschichte, daß uns Frankreich, weil es früher zu einem einheitlichen Staat gekommen ist, weil es früher seine Unabhängigkeit gehabt hat und eine freiere Anwendung und Bewegung seiner Gesetzgebung auf eine große Nation, was uns ja bis vor kurzem vollständig gefehlt hat, daß Frankreich uns in manchen Beziehungen in der geschickten und wohltuenden Behandlung einer Nation durch die Gesetzgebung einen Vortritt abgewonnen hat. Wollen wir uns nun deshalb, weil Frankreich das Monopol hat, auf den Standpunkt des Herrn Bamberger stellen, daß wir von dergleichen nichts wissen wollen? Ich lerne sehr gerne, ich lerne auch vom Herrn Abgeordneten Bamberger sehr gerne, ich behaupte nicht, ausgelernt zu haben, aber den Schutzzoll haben wir von daher nicht geholt. Wir haben ihn unter Friedrich dem Großen in sehr hohem Maße gehabt, wir haben ihn zur Zeit des alten Zollvereins — der Tradition, auf die man sich so gerne beruft — in dreifach höherem Maße gehabt, und der Versuch, uns davon loszusagen, ist ein ganz neues Experiment, was vor 15 oder 20 Jahren seinen Anfang genommen hat, und was sich nicht bewährt hat, weil es uns nahe an den Hungertod und an die Auszehrung gebracht hat. Alle Nationen, die Schutzzölle haben, befinden sich in einer gewissen Wohlhabenheit, und auch Frankreich, was an dieser angeblich aushungernden Krankheit seit Jahrhunderten und länger, seit Colbert, leidet — wir finden, daß es prosperiert, daß es trotz seiner ungeheuren Verwüstungen, die

durch innere Revolutionen und Kriege entstanden sind, doch eine sehr reiche Nation ist, von der es schon im vorigen Jahrhundert zweifelhaft war, zur Zeit des Siebenjährigen Krieges, ob Frankreich oder England reicher wäre, und die noch heute die ungeheuren Kosten ihrer Revolutionen und Kriege mit einer Sicherheit ertragen kann, wie sie die, die unserige weit übersteigende, Militärlast mit einer Freudigkeit trägt, die uns zum Beispiele dienen sollte.

Was hat Amerika für große Geschäfte gemacht finanziell und wirtschaftlich von dem Augenblick an, wo es den doppelten, fünffachen, zehnfachen unserer Schutzzölle eingeführt hat, wo es überhaupt das Prinzip verfolgt, seine Gesetzgebung nur für den Schutz der Amerikaner zu machen! Amerika ist reich geworden, bezahlt seine großen Schulden von den inneren Kriegen in einem Maße ab, dessen Ziffern auf uns einen unwahrscheinlichen Eindruck machen, aber doch richtig sind.

Unsere übrigen Nachbarn steigern ihre Zölle; Rußland würde ohne seinen Schutzzoll schon lange nicht in der Lage sein, seine Finanzen in der bisherigen Höhe zu halten, und es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn uns die Tatsache immer vorgehalten wird, daß England seinen Schutzzoll abgeschafft hat, nachdem er ihm die hinreichenden Dienste getan hat. England hat die stärksten Schutzzölle gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken! Es ist der stärkste Faustkämpfer auf der Arena der Konkurrenz, es wird immer bereit sein, das Recht des Stärkeren im Handel gelten zu lassen. Das Recht des Stärkeren gibt aber der Freihandel, und England ist durch sein Kapital und durch die Lager von Eisen und Kohlen, durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden; aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutzzölle dem Auslande gegenüber hatte. Nun ist es stark genug und sagt zu den anderen: „Nun kommt her, mit uns frei zu streiten; Ihr werdet doch nicht so töricht sein, Ihr werdet doch Euer Geld unseren Produkten opfern.“ Das zauberische Wort „Freiheit“ wird als Kampfruf an die englische Überlegenheit geknüpft, und mit dieser Maske werden unsere Freiheitsschwärmer an die Aushungerung und Ausbeutung durch den ausländischen Handel gekirrt. Ich hatte lange Zeit nicht die Möglichkeit gehabt, dieser Frage näher zu treten, und ich habe nicht mehr Einsicht wie andere Leute; ich hatte früher anderes zu tun und habe anderen nachgebetet, bis ich durch das Austreten des Herrn Ministers Delbrück gezwungen wurde, mich selbst um die Sache zu bekümmern; da habe ich gefunden, daß ich im Irrtum war. Das war ja auch nicht mein Hauptgeschäft.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner die rhetorische Form gebraucht, mich und meine sachlichen Motive abzuwehren, indem er mich einer ungerechten persönlichen Verletzung — er hat sogar das Wort „Verdächtigung“ gebraucht — angeklagt. Es ist ja das leicht, sich in den Mantel der gekränkten Unschuld zu hüllen, wenn man sachlich nichts zu sagen weiß. Ich bestreite aber, daß ich mit irgendeinem Wort den Herrn Abgeordneten verdächtigt habe, daß ich behauptete, er habe persönliche Motive — den Ausdruck hat er gebraucht; es hat mir vorgeschwebt, daß das vielleicht eine Reminiszenz von vor einigen Tagen gewesen ist, die ihm gekommen ist, wobei ihm die Rede des Herrn v. Ludwig und die meinige in einer Verschwommenheit vorgeschwebt haben, die sonst eigentlich nicht berechtigt ist, und ich bestreite, daß Herr Bamberger irgendwie von mir einen Anlaß bekommen hat,

die Dürftigkeit seiner sachlichen Gründe mit dem Mantel der sittlichen Entrüstung, des persönlichen Gekränktseins zu decken. Ich habe ihn nicht gekränkt und nicht die Absicht gehabt, ihn zu kränken, es hat mir das sehr ferngelegen. Ich habe nur behauptet, daß, wenn er, wie er es getan hat, im Sinne der deutschen Nation zu mir spricht als Vertreter eines Wahlkreises mit, ich weiß nicht, welcher Majorität, wo eine Menge andersdenkender Leute daneben stehen, daß das keine berechtigte Position ist, auf Grund deren er mir, wenn er nicht sachlich widerlegt, widersprechen kann; daß ich die Nation ebensogut vertrete, wie er, meiner Meinung nach, was er mir implicite auch zugegeben hat. Eine persönliche Kränkung liegt darin nicht. Ich habe ihm nicht, wie er behauptet, die persönliche Achtung versagt, ich habe nur die Tatsache angeführt, daß er vermöge seiner langen ausländischen Beziehungen vielleicht noch weniger verwachsen und vertraut ist mit den deutschen Verhältnissen, wie ich, der ich von Kindheit an nie im Auslande gelebt habe. Sujet mixte — darin liegt auch gar keine Kränkung; wir haben eine erhebliche Anzahl von Sujets mixtes zwischen uns und Österreich, die zu den angesehensten Leuten gehören. Ich habe nur gesagt, wenn Frankreich überhaupt Sujet mixtes zugäbe, so würde Herr Bamberger, so viel ich seine sonstigen Verhältnisse kenne, vielleicht vorgezogen haben, die Annehmlichkeiten, auch in Paris Bürgerrecht zu haben, sich zu wahren. Darin liegt kein Vorwurf; wenn ich in seiner Lage wäre, würde ich vielleicht dasselbe tun.

Der Herr Abgeordnete hat immer nachher im Sinne der Majorität gesprochen, die mir gegenübersteht. Meine Herren, wo ist denn die Majorität? (Heiterkeit rechts. — Zurufe links! Tabakmonopol! Zollnovelle!) Die Majorität, die zuletzt eine entscheidende Einwirkung hier geübt hat, hat in der Zollfrage gesprochen, und unter den Beschlüssen dieser Majorität leben Sie, und wenn Sie die anfechten, so treiben Sie Reaktion gegen rite gefaßte Beschlüsse des Reichstages, so sind Sie die Reaktionäre, die unsere jetzige Zollgesetzgebung anfechten. Sie wollen zu dem früheren Auszehrungs- und Schwindsuchtssystem zurückkehren. Aber jetzt, wo haben Sie denn eine Majorität, hat sie Herr Bamberger oder der Fortschritt? (Zuruf links.) — Sie wird schon kommen, sagen Sie? Ja, meine Herren, da würde ich mich herzlich darüber freuen, und dann werde ich mit voller Überzeugung und freudigem Abwarten das Heft in Ihre Hände zu legen dem Könige raten; dann wollen wir einmal sehen, was Sie können. (Heiterkeit.) Dann werden sich also die Verhältnisse der „Neuen Ära“ und von 1848 wiederholen; es fragt sich nur, wie lange es dauert, wie viel Unglück wir in der Zeit erleben werden. Ich verstehe den Zuruf: „Es wird schon kommen“, so; nun, da erwarte ich Sie.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, als ob ich Zwietracht zwischen den Fraktionen stifte. Wie sollte ich das anfangen? Ich habe immer nur meine Überzeugung vertreten; ich habe manchmal bei der einen Fraktion, manchmal bei der anderen Unterstützung gefunden. Sollte ich etwa mein Bestreben für die Einigkeit unter den Fraktionen dadurch betätigen, daß ich die Sezession verhinderte und die alte große Partei erhielt? Dazu bin ich nicht mächtig genug. Hätte Herr Bamberger mich persönlich gefragt, so hätte ich ihm schon früher geraten, auszutreten, und hätte im Interesse der Einigkeit der nationalliberalen Partei empfohlen, diejenigen, die vorher austraten, die jetzt keine Fraktion gebildet haben, zu resorbieren; ich würde im Interesse der Einigkeit tätig gewesen sein. Ich hätte ferner dem Herrn Abgeordneten im Interesse der Konsolidierung der

Parteien geraten, nicht eine Mittelpartei zu bilden, sondern einfach der Fortschrittspartei beizutreten, der er meiner Überzeugung nach angehört. Die Unterschiede, die Sie von dort trennen, sind so minimal, daß schon im Interesse der vielen überwiegenden Punkte, die Ihnen gemeinschaftlich sind, meines Erachtens Sie dieselben vergessen könnten. Wir werden vielleicht mit der Zeit dahin kommen, immer kleinere Fraktionen zu bilden, weil ein jeder, dem eine Fraktion zu groß ist für seine Geltung darin, gleich Sezession macht, weil er lieber mit Caesar der erste in Korfinium (glaube ich) sein will, als in Rom der zweite. Im Interesse der Einigkeit gebe ich den Herren noch heute den Rat, sich mit der Fortschrittspartei zu vereinigen; dann ist die Mannigfaltigkeit der Strahlenbrechung wenigstens um eine vermindert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den Ausdruck „Moloch" bemängelt. Moloch ist ein Götze, der mit einem gewissen Fanatismus angebetet wird; das muß man aber nicht buchstäblich nehmen. Ich nenne „Moloch" heutzutage in der Politik den Dienst einer bestimmten schädlichen Richtung, die mit einem gewissen Fanatismus betrieben wird, so wie vom Cobdenklub ein jeder als Feind oder Narr behandelt wird, der nicht beistimmt. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Eine kränkende Beimessung habe ich nicht beabsichtigt, und der Herr Abgeordnete Bamberger ist in der kämpfenden Dialektik so bewandert, daß ich nicht habe vermuten können, daß er diesen uralten Ausdruck übel empfinden werde. Der Herr Abgeordnete hat ferner an eine Ansicht des Herrn von Blanckenburg erinnert: In Pommern wäre man der Meinung, wenn einer grob würde, müsse man doppelt so grob sein. Meine Herren, ich bin kein Pommer, ich bin ein Altmärker und teile diese Ansicht nicht; ich bin der Meinung, man soll, wenn einen der Zorn übermannt, höflich bleiben. Ich bemühe mich und erkenne die Verpflichtung an, ich ziehe auch gern zurück, wenn ich im Zorn mich übereilt habe, aber die Grobheit erkenne ich nicht als berechtigt an. Der Herr Abgeordnete Bamberger vermeidet auch seinerseits diese Klippe; ich kann ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er mit sehr gewandter Dialektik immer die Formen der guten Gesellschaft seinerseits bebobachtet. Es sollte das geschehen von allen Seiten. (Heiterkeit.)

Aber im übrigen, in Bezug auf das dadurch betätigte Wohlwollen, kann ich nur mit dem Sprichwort antworten: Le diable n'y perd rien. Seine Pfeile, die er mit seinem Wohlwollen unter dem wohltuenden Mantel der Sanftmut und der leidenschaftslosen Sprache abfeuert, sitzen um so fester.

Er hat mir ferner vorgeworfen, daß ich die Massen verachte. Das ist doch ein unberechtigter Vorwurf in dem Momente, wo ich gerade gegenüber der Minorität der Bevölkerung für die Massen kämpfe sowohl in der Besteuerung, als auch in dem Hauptvorwurfe, den mir der Abgeordnete machte — des Sozialismus. Ich erinnere mich nicht genau der Worte, die er sagte; aber der Gedanke, wenn ich nicht irre, war der, es genüge zu meiner Verurteilung, daß ich gesagt hätte, der Staat müsse aktiv einschreiten für die hilfsbedürftigen Klassen. Bei dieser Lage der Sache bin ich doch derjenige, der die Massen vertritt, und der Abgeordnete derjenige, der auch nicht einmal das Kapital mir gegenüber vertritt; denn ich bin kein Feind des Kapitals in den Ansprüchen, auf die es berechtigt ist. Ich bin weit entfernt, dagegen eine feindliche Fahne zu schwingen, aber ich bin der Meinung, daß die Massen auch ein Recht haben, berücksichtigt zu werden, und ich kann die Masse in

den Wahlmännern in der Majorität des Herrn Abgeordneten in seinem Wahlkreise nicht vertreten finden; ich glaube im Gegenteil, daß der Herr Abgeordnete mit seiner Politik eine Minorität im Lande vertritt, höchstens die Minorität, die in der Beratung der Zollgesetze sich herausstellte, und die Massen viel mehr auf meiner Seite sind.

Er hat dann meine Erörterung über den Getreidezoll, ich kann kaum sagen angefochten, sondern verurteilt. Nach dem Präambel müßte man glauben, daß eine vernichtende Kritik kommen würde; am Ende hat er weiter nichts gesagt, als daß der Kornzoll den Landwirten, wenn sie keinen Vorteil davon hätten, auch nichts nützt. Ich habe schon damals gesagt, wie ich ihn befürwortete, der Zoll könne Ordnung in unseren Getreidemarkt bringen, daß nicht alles auf den deutschen Markt geworfen wird und dort lagert, bis es zu unmöglichen Preisen verschleudert wird, ehe man sich gezwungen sieht, es wieder zurückzunehmen. Außerdem ist die Not des Landwirts so groß, daß er auch den kleinen Vorteil, den dieser Zoll etwa bringt, nicht verschmäht. Der Zoll, wenn er 14 Millionen beträgt, und zwar auf 200 Millionen Zentner unseres Getreideverbrauchs überhaupt sich verteilt, beträgt etwa meiner oberflächlichen Berechnung nach 7 Pfennige pro Zentner. Auch diese 7 Pfennige pro Zentner sind schon ein Vorteil, den die Landwirtschaft kein Recht hat von sich zu weisen, wenn sie auch ihrerseits noch immer für den Zentner, im Inlande erbaut, 1 Mark direkter Abgaben zu zahlen hat, und auf diese Weise noch immer im ausländischen Interesse und im Interesse des beweglichen Handels, des Zwischenhandels, ausgeschlachtet wird. Für den eigentlichen Kaufmann, für den Zwischenhandel wäre es ja das Erwünschteste, wenn alles, was bei uns gebraucht wird, vom Auslande gekauft, und wenn alles, was bei uns im Inlande produziert wird, nach dem Auslande ausgeführt würde. Da müßte alles durch seine Hände gehen. Deshalb kann ich auf die Wünsche dieser Kreise einen entscheidenden Wert nicht legen, namentlich weil ihre Kopfzahl außerordentlich gering ist und mit dem Einflusse, den sie auf unsere Gesetzgebung üben, nicht im Verhältnisse steht. Ich bin ein Anhänger der Majorität, aber die Majorität im Deutschen Reiche besteht aus Landwirten, Ackerbauern, und für diese Majorität trete ich, wenn ich das Majoritätsprinzip allein für maßgebend halte, in erster Linie ein. Ich erkenne aber daneben das Prinzip der Intelligenz, der vernünftigen Erwägung der Steuergesetze und das Prinzip des monarchischen Einflusses an, und wenn nach meiner Überzeugung die Vernünftigkeit einer Vorlage mit der monarchischen Autorisation übereinstimmt, dann bringe ich sie, dann kämpfe ich für sie. Sie haben das Recht, sie abzulehnen, und wenn Sie sie ablehnen, so ist es Sache der Taktik, ob und wann wir sie wiederbringen.

Aber was die Anfechtung des Systems betrifft, was durch die Zollgesetzgebung von 1879 mit Majorität inauguriert worden ist, so ist die auch versucht worden in neuester Zeit, und man hat einen großen Sieg darüber verkünden wollen, daß einige neue Anträge auf Schutz der inländischen Produktion in der Minderheit geblieben sind. Nun, meine Herren, wir können ohne Zustimmung der Majorität keine neuen Anträge durchbringen; aber man hat damit den Gedanken verknüpft, als könne man durch Resolutionen und Anträge die verbündeten Regierungen in der Stellung, die sie in der Zollgesetzgebung eingenommen haben, erschüttern oder irgendwie irre machen. Meine Herren, da könnte uns die stärkste Majorität dieses Hauses gegenüberstehen, wir werden in der Beziehung an dem, was wir an Schutzzöllen für die vaterländische Arbeit bisher gewonnen haben, unbedingt festhalten.

Das ist die Überzeugung nicht bloß der preußischen, sondern der sämtlichen verbündeten Regierungen ganz unerschütterlich, und keine Resolution und kein Antrag kann uns darin irremachen, und wenn Sie alle diese Resolutionen mit überwältigender Majorität zur Annahme bringen, so wird uns die Überzeugung von dem, was dem Reiche und Deutschland von Nutzen ist, doch höher stehen, als die Majorität. (Bravo! rechts.)

Nach Reden der Abg. Richter und Hasenclever (Soz.) wird das Tabakmonopol mit 276 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Der Reichstag wird bis zum 30. November vertagt.

29. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Januar 1883.

Auf eine Interpellation der Abg. Richter und Rickert betr. die Zulassung der Einfuhr von Produkten amerikanischer Schweinezucht macht Fürst Bismarck folgende Mitteilung:

Mein Gesundheitszustand erlaubt mir leider nicht, das Ende dieser interessanten Debatte abzuwarten, und ich muß auch der Versuchung widerstehen, hier die Überzeugung zu entwickeln, daß die verbündeten Regierungen dem deutschen Mitbürger gleichen Schutz sowohl gegen die ausländische wie gegen die deutsche Trichine schuldig sind. Ich muß es den Herren Kommissaren überlassen, diese Überzeugung näher zu entwickeln und darzutun, daß es sich hier nicht um Freihandel, sondern um sanitätspolizeiliche Aufgaben handelt, und daß der Bundesrat die „Trichine des armen Mannes“ nicht unter seinen Schutz nehmen kann. (Heiterkeit.)

Im übrigen aber — ich bitte wegen dieser Digression um Verzeihung, nach dem Worte: „Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“ — würde ich gern auf Widerlegungen eingehen, aber meine Kräfte gestatten es mir nicht. Ich habe für einen anderen, gänzlich heterogenen Gegenstand zu sprechen, wenn Sie mir Ihre Nachsicht gewähren wollen, daß ich ihn inmitten dieser Diskussion in Parenthese anbringe; ich bedarf Ihrer Unterstützung in einem Auftrage, den ich von Sr. Majestät dem Kaiser erhalten habe, und namentlich der Unterstützung eines Teiles der Versammlung, den ich ohne freiwillige Mitwirkung der Herren nicht begrenzen und konstatieren kann. Ich habe von Sr. Majestät die folgende Ordre erhalten:

„Auf Ihren Bericht vom heutigen Tage will Ich als Beihilfe zur Linderung des augenblicklichen Notstandes[1] und um den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß das gesamte Reich einen so schweren Notstand einzelner Teile seines Gebietes mit empfindet, aus Meinem Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse den Betrag von 600 000 Mark bewilligen (Lebhaftes Bravo!), und beauftrage Sie, die Verwendung derselben mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen.“ (Bravo!)

Meine Herren, für die anderweiten Zuwendungen liegen ja die Anträge der einzelnen Regierungen vor. Dieselben werden aber mit großer Beschleunigung sich nicht verwirklichen lassen, einmal weil die Regierungen über keine Geldmittel verfügen, die nicht an die Bewilligung von in der Regel zwei parlamentarischen Körpern gebunden wären, und

[1] Hervorgerufen durch Überschwemmung des Rheins.

zweitens, weil die Vorsorge der Landesregierungen sich wahrscheinlich mehr auf die Erhaltung respektive Wiederherstellung des status quo ante der Beschädigten richten wird, was man in früheren Zeiten bei uns in Preußen Retablissementsgelder nannte, nach dem Kriege, wie also beispielsweise an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Nahrungsstande, an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer beschädigten Gemeindeanlagen, zur Wiederherstellung und notwendigen Verbesserung der beschädigten Deich- und Uferschutzwerke. Darauf sind, soviel ich mich informiert habe, die Bestrebungen der einzelnen Regierungen gerichtet. Es handelt sich aber hier noch um etwas anderes, um die Linderung der augenblicklichen Not, die nach allen uns zugehenden Nachrichten so groß ist, daß die dafür verfügbaren Mittel bei weitem nicht ausreichen. Seine Majestät der Kaiser kann nicht die Absicht haben, mit der erheblichen, aber im Vergleich zu dem Schaden immer noch geringfügigen Summe eine durchgreifende, dauernde Linderung der Notstände herbeizuführen, sondern kann nur die Gesinnung der ganzen Nation als Vertreter derselben dahin betätigen, daß wir alle, daß die gesamte Nation mit derselben Teilnahme wie die nächsten Nachbarn auf dieses Unglück eines Teils unserer Mitbürger sehen.

Aber nichtsdestoweniger ist immerhin die Aufgabe, die durch diese Ordre an mich herantritt, für möglichst schleunige Beförderung, also für eine schleunigere Verwendung als der noch zu bewilligenden Mittel der Landesregierungen, Sorge zu tragen, eine schwierige. Ich habe zu ihrer Erfüllung ein Entgegenkommen gefunden in der Bekanntmachung einer Anzahl von Abgeordneten derjenigen Bundesländer, deren einzelne Landesteile durch die Überschwemmung gelitten haben, und in ihrer Aufforderung zur Sammlung. Ich könnte Seine Majestät bitten, mir zu erlauben, den Kaiserlichen Beitrag einfach dieser Sammlung zu überweisen. Aber nach der Fassung dieses Aufrufs nehme ich an, daß auch diese Sammlung doch nur die entfernteren Bedürfnisse und nicht die augenblicklichen im Auge hat, und außerdem vermisse ich unter den Unterzeichnern des Aufrufs jede Vertretung der Reichslande, namentlich des auch durch Rhein und Ill schwer geschädigten Elsaß. Ich zweifle nicht, daß es den Vertretern der übrigen Bundesstaaten gelingen wird, sich auch aus den Reichslanden den einen oder den anderen Kollegen behufs Mitwirkung zu dem gemeinsamen Zwecke zu kooptieren; mir aber ist es ein Bedürfnis, mit diesen Herren, also mit einem Teile der hohen Versammlung, den ich meinerseits außerstande bin, näher und einzeln zu bezeichnen, in Verbindung zu treten, um mit ihm die Mittel zu überlegen, wie diese kaiserliche Gabe zur Linderung der augenblicklichen Not mit möglichster Beschleunigung an die Beteiligten befördert werden kann. Ich rechne dabei auf die Mitwirkung der Abgeordneten gerade der inundierten Wahlkreise als Vertreter der direkt Beschädigten. Ohne Besprechung und beziehungsweise persönlichen Meinungsaustausch mit den Herren kann ich aber nicht darauf rechnen, den Intentionen des Kaisers gemäß die Verwendung zu machen. Ich möchte daher von meiner Anwesenheit hier den Gebrauch machen, diejenigen von den Herren Unterzeichneten des Aufrufs der Abgeordneten von Baden, Hessen, Bayern, Württemberg, Preußen, welche mir die Ehre erzeigen wollen, mich zu besuchen und diese Frage mit mir einstweilen vertraulich zu diskutieren, zu bitten, daß sie die Freundlichkeit haben wollen, sich heute abend um 9 Uhr in meinem Hause zu versammeln, wo ich dann mit ihnen über die weitere Behandlung der Frage in Verbindung treten würde, hauptsächlich um die Bereitwilligkeit der Herren Abgeordneten zu konstatieren, daß sie sich ihrerseits mit

der Verwendung der Kaiserlichen Bewilligung direkt befassen wollen, weil dem Reiche die direkten Organe hierzu fehlen, und eine amtliche Korrespondenz von Regierung zu Regierung — abgesehen von der Schwierigkeit, daß der Kaiser selbst eine richtige Würdigung der Größe der einzelnen Schäden und eine richtige Verteilung übernehmen müßte — zu zeitraubend sein würde, um dem augenblicklichen, mit der eintretenden Kälte zum Teil bis ins Unerträgliche gesteigerten Notstande wirksam abzuhelfen. Der Zweck, zu dem ich hauptsächlich das Wort ergreife, ist also, die Herren, die ich in der kurzen Zeit nicht persönlich konstatieren, ermitteln kann, um jedem einzelnen zu schreiben, von dieser Stelle aus zu bitten, daß sie mir heute abend um 9 Uhr oder bald nach 9 Uhr behufs Besprechung dieser Frage die Ehre ihres Besuches erzeigen wollen. (Allseitiges lebhaftes Bravo!)

66. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. April 1883.

Da sich die vom Kaiser und Kanzler so dringend gewünschte Erledigung der sozialpolitischen Vorlagen durch den Reichstag immer von neuem verzögerte, sah sich der Monarch von neuem zu einer Allerhöchsten Botschaft an den Reichstag veranlaßt, die Minister Scholz im Auftrag des Reichskanzlers verliest:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche dieselbe Sorgfalt zuzuwenden, welche Wir in Preußen zur Fortbildung der von Unserem in Gott ruhenden Vater im Anfange dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu betätigen suchten. Wir haben Uns diese Pflicht besonders gegenwärtig gehalten seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes, und schon damals Unsere Überzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetze bekämpften Übels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind.

Wir haben dieser Überzeugung insbesondere in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg Unserer Sorgen und Bestrebungen in dieser Richtung in Unserem Königreich Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen von dieser Abgabe an den Staat befreien zu können.

Dankbar für die einmütige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerkes so weit gediehen, daß dem Reichstage beim Beginne der jetzigen Session der Entwurf eines Gesetzes über Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle in neuer, mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen umgearbeiteter Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gesetzentwurf zur Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens.

Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlage mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche wie an der Hoffnung festgehalten, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen werde, ohne daß jene Vorlagen in einer ihrem Zweck entsprechenden, ihre Ziele sichernden und ihre Sanktion als Gesetze ermöglichenden Gestalt zur Annahme gelangten.

Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die ernste Arbeit, welche der Beratung des Krankenkassengesetzes gewidmet worden ist, diesen Teil der Gesamtaufgabe bereits soweit gefördert hat, daß in Bezug auf ihn die Erfüllung Unserer Erwartungen kaum mehr zweifelhaft erscheint.

Mit Sorge aber erfüllt es Uns, daß die prinzipiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist, und daß daher auf deren baldige Durchberatung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann. Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen wegen der Alters- und Invalidenversorgung zur gesetzlichen Verabschiedung gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Beratungen des Reichshaushaltsetats für 1884/85 die Zeit und Kraft des Reichstages noch während der Wintersession in Anspruch nehmen müßten.

Wir haben deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushalts für 1884/85 dem Reichstag jetzt von neuem zur Beschlußnahme vorgelegt wird. Wenn dann die Vorlage über die Unfallversicherung, wie nach dem Stande ihrer Bearbeitung zu befürchten steht, in der laufenden Frühjahrssession vom Reichstage nicht mehr beraten und festgestellt wird, so würde durch vorgängige Beratung des nächstjährigen Etats wenigstens für die Wintersession diejenige Freiheit von anderen unaufschieblichen Geschäften gewonnen werden, welche erforderlich ist, um wirksame Reformen auf sozialpolitischem Gebiete zur Reife zu bringen. Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe Unsere in der Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen eine praktische Betätigung auch nur soweit erhalten, daß sie bei den Beteiligten volles Verständnis und infolgedessen auch volles Vertrauen finden.

Unsere Kaiserlichen Pflichten gebieten Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange Gott Uns Frist gibt zu wirken.

Darum wollen Wir dem Reichstage durch diese Unsere Botschaft von neuem und in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten und treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen.

Gegeben Berlin, den 14. April 1883.

(L. S.) (gez.) Wilhelm.

(ggez.) v. Bismarck.

77. Sitzung des Deutschen Reichstags.

2. Mai 1883.

Abg. Richter hatte den Antrag gestellt, die Militärverwaltung aufzufordern, den Geschäftsbetrieb in Militärwerkstätten für Privatrechnung usw. zu untersagen. Das bedeutete einen Eingriff in die Rechte des Kaisers und den Versuch, unter Umgehung des Reichskanzlers Wünsche des Reichstags der Militärverwaltung unmittelbar kundzutun. Das veranlaßte den Fürsten Bismarck zu folgendem Protestschreiben an den Präsidenten des Reichstags, das in der Sitzung vom 2. Mai verlesen wird:

Unter Nr. 280 der Reichstag-Drucksachen liegt ein Antrag vor:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Militärverwaltung aufzufordern, den Geschäftsbetrieb in Militärwerkstätten für Privatrechnung, den Handelsverkehr der Kantinen mit Zivilpersonen und die Verwendung von Pferden der Militärverwaltung zum Lohnfuhrgewerbe zu untersagen.

Mit Bezugnahme auf Artikel 17 der Reichsverfassung, nach welchem Seiner Majestät dem Kaiser unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze zusteht, und auf Artikel 63, nach welchem das gesamte Reichsheer unter dem Befehl des Kaisers steht, beehre ich mich, darauf aufmerksam zu machen, daß die Militärverwaltung des deutschen Heeres weder im Reichstage noch zu demselben eine Stellung hat, welche ihr die Empfangnahme und Befolgung von Aufforderungen dieser hohen Körperschaft gestattet.

Jeden Gesetzvorschlag und jede für den Bundesrat bestimmte Mitteilung des Reichstags wird der Reichskanzler bereitwillig zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und zur Beratung des Bundesrats bringen, und wenn eine solche Vorlage die Militärverwaltung betrifft, so werden deren Organe im Bundesrat Gelegenheit haben, sich über dieselbe auszulassen. Gegen die dem erwähnten Antrage zugrunde liegende Voraussetzung der Möglichkeit aber, daß die Militärverwaltung des Reichs verpflichtet oder berechtigt sein könnte, direkten Aufforderungen des Reichstags Folge zu leisten oder dieselben auch nur amtlich entgegenzunehmen, glaube ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers Verwahrung einlegen zu sollen und bitte Euere Hochwohlgeboren ergebenst, dieselbe zur Kenntnis des Reichstags zu bringen.

Deutscher Reichstag.

6. März bis 28. Juni 1884.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

6. März 1884.

In Vertretung des Reichskanzlers eröffnet Staatsminister von Boetticher die Sitzungsperiode am 6. März mit folgender Ansprache:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie bei dem Beginn Ihrer Beratungen willkommen zu heißen.

Die bedeutsamste Aufgabe des Reichstags liegt auch für die bevorstehende Session auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der zu wiederholten Malen feierlich und mit besonderem Nachdruck ausgesprochene Wunsch Seiner Majestät des Kaisers, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter durch organische Gesetze zu heben und dadurch den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu fördern, hat im deutschen Volke volles Verständnis gefunden. Die Verhandlungen über das im vergangenen Jahre — dank Ihrer hingebenden Mitarbeit — zustande gekommene Krankenversicherungsgesetz haben den erfreulichen Beweis geliefert, daß der Reichstag sich mit den verbündeten Regierungen in dem Bewußtsein der Bedeutung und Dringlichkeit der erstrebten sozialen Reformen begegnet.

Der nächste Schritt auf diesem Gebiete besteht in der endlichen gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebene. Nachdem auch der im Frühjahr 1882 Ihnen vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes zum legislatorischen Abschluß nicht gelangt war, ist derselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwickelungsgang geschöpften Erfahrungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Dieselbe hat zu dem Plane einer anderweiten Ausgestaltung der in Aussicht genommenen berufsgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgedehnter Selbstverwaltung sowie einer erweiterten Beteiligung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Interessen geführt. Die auf diese Grundlagen gestellte neue Vorlage wird Ihnen unverzüglich zugehen. Für die Erledigung derselben hat der Reichstag durch die frühzeitige Beratung des Reichshaushaltsetats für 1884/85 die erwünschte geschäftliche Freiheit gewonnen.

Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes wird es unsere Aufgabe sein, auf entsprechender organisatorischer Grundlage eine befriedigende Ordnung der Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben.

Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung soll in dieser die Segnungen der friedlichen Entwickelung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Be-

ſtrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beſeitigung der erlaſſenen Ausnahmemaßregeln angebahnt werde. Die verbündeten Regierungen werden ihrerſeits bemüht ſein, auf dieſem Wege den Erwartungen und Zuſagen zu entſprechen, welche die Vorbereitung und den Erlaß des Geſetzes vom 21. Oktober 1878 begleiteten. In der Hoffnung auf Ihre erfolgreiche Mitwirkung an dieſem Werke werden die verbündeten Regierungen Ihre Zuſtimmung zu einer Verlängerung jenes Geſetzes, deſſen Geltung mit dem 30. September d. J. abläuft, nachſuchen.

Durch das Krankenverſicherungsgeſetz werden einige Abänderungen des Hilfskaſſengeſetzes vom 7. April 1876 bedingt. Es wird Ihnen daher der Entwurf einer entſprechenden Novelle zu dieſem Geſetze vorgelegt werden.

Die bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengeſellſchaften hervorgetretenen Ausſchreitungen und die dadurch herbeigeführten Schädigungen des Volkswohlſtandes haben das Vertrauen in die beſtehende Aktiengeſetzgebung erſchüttert. Nach der in der Sitzung des Reichstags vom 27. März 1873 gegebenen Anregung iſt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abänderung des Geſetzes vom 11. Juni 1870 in weiten Kreiſen zur Anerkennung gelangt. Der infolgedeſſen aufgeſtellte Geſetzentwurf, welcher Ihrer verfaſſungsmäßigen Beſchlußfaſſung unterbreitet werden wird, bezweckt die Abſtellung der hervorgetretenen Mißſtände und nimmt zu dieſem Ende insbeſondere die Verſchärfung der Verantwortlichkeit aller bei der Gründung, Leitung und Beaufſichtigung von Aktienunternehmungen beteiligten Perſonen ſowie die Herbeiführung einer wirkſamen Kontrolle über die Verwaltung der Aktiengeſellſchaften in Ausſicht.

Die im Jahre 1882 dem Reichstage vorgelegten Geſetzentwürfe, welche die Zuwendung der durch das Geſetz vom 20. April 1881 den Witwen und Waiſen der Reichsbeamten gewährten Fürſorge auch an die Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine ſowie im Anſchluſſe an das in Preußen geltende Penſionsrecht eine Verbeſſerung des Penſionsweſens für Reichsbeamte und Offiziere in Ausſicht nahmen, ſind damals zur Verabſchiedung nicht gelangt. Die Verhältniſſe, welche zu dieſen Entwürfen geführt haben, beſtehen unverändert fort, und wird der Inhalt derſelben Ihren Beſchlüſſen von neuem unterbreitet werden.

Unter dem fortgeſetzten Bemühen, den Erzeugniſſen unſerer Literatur und des heimiſchen Kunſtfleißes auch außerhalb der Grenzen des Reiches in immer weiterem Umfange eine durch Rechtsſchutz geſicherte Verbreitung zu gewährleiſten, ſind mit Belgien zwei Verträge über den gegenſeitigen Schutz der Rechte an Werken der Literatur und Kunſt ſowie über den gegenſeitigen Schutz der gewerblichen Muſter und Modelle vereinbart worden. Dieſelben werden Ihnen zur verfaſſungsmäßigen Genehmigung zugeſtellt werden.

Die Beziehungen des Reichs zum Auslande bilden für Seine Majeſtät den Kaiſer einen Anlaß hoher Befriedigung, beſonders im Rückblick auf alle Befürchtungen und Vorherſagungen, welche nach der Neubildung des Deutſchen Reiches den friedliebenden Charakter ſeiner Politik in Zweifel geſtellt haben. Die Gleichheit der friedliebenden Geſinnung, welche die uns benachbarten und befreundeten Mächte beſeelt, begründet zwiſchen ihnen und uns eine Solidarität, welche die Erhaltung des Friedens nicht nur für Deutſchland nach menſchlicher Vorausſicht als geſichert erſcheinen läßt. Die Befeſtigung der ererbten Freundſchaft, welche Deutſchland und ſeine Fürſten mit den benachbarten Kaiſer-

höfen verbindet, und die Aufnahme, welche Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz in Vertretung Seiner Majestät des Kaisers in Italien und Spanien gefunden hat, beweisen, daß dem Ansehen der deutschen Nation im Auslande das Vertrauen der Fürsten und der Völker auf unsere Politik zur Seite steht. Seine Majestät der Kaiser rechnet darauf, Sich dieses Vertrauen und Deutschland den Frieden mit Gottes Hilfe zu erhalten.

4. Sitzung des Deutschen Reichstags.

13. März 1884.

Am 5. März war ein parteipolitisches Ereignis eingetreten, das von der größten Bedeutung zu werden schien: die Vereinigung der sog. „Sezessionisten", der freihändlerischen Nationalliberalen, mit der Fortschrittspartei zu der „Deutsch-Freisinnigenpartei". Das Programm war ein Ausdruck der radikal-liberalen Tendenzen unter Vermischung mit demokratischen Forderungen; es verlangte: ein „wahrhaft konstitutionelles Regiment", verantwortliche Reichsminister — eine Forderung, die die gesamte Reichsverfassung und die Rechte der Bundesstaaten antastete — Ablehnung des Staatssozialismus und der Monopole, Durchführung der Gewerbefreiheit, Krieg gegen Bismarcks Wirtschaftspolitik. Bismarck konnte die Gefährlichkeit dieser 99 Mann zählenden Partei nicht verkennen, zumal ihre engen Beziehungen zum Kronprinzen, der jeden Tag Kaiser werden konnte, bekannt waren. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß die Fusion erfolgt war, um dem künftigen Kaiser eine parlamentarische Stütze zu bieten.[1] Diese Hintergründe muß man kennen, um Bismarcks Rede vom 13. März zu verstehen. Am 4. Januar war der Abg. Lasker auf einer Reise in New York gestorben. Darauf faßte das Repräsentantenhaus der Union eine Entschließung, in welcher der Tod Laskers bedauert ward, der durch seine standhafte Vertretung und Hingabe an freisinnige und liberale Ideen die sozialen und politischen Verhältnisse seines Volkes wesentlich gefördert habe. Diese Resolution sollte den Hinterbliebenen und dem Gesandten der Vereinigten Staaten und durch diesen dem Präsidenten des Reichstags übermittelt werden. Am 9. Februar übersandte der Gesandte Sargent dem Reichskanzler diese Resolution mit der Bitte, sie dem Reichstag zu übermitteln. Bismarck aber schickte sie durch den deutschen Gesandten an die Regierung in Washington, weil diese Resolution zugleich ein Urteil über die Richtung und Wirksamkeit Laskers enthalte, das er nicht teilen könne. In der Reichstagssitzung vom 7. März kam diese Angelegenheit in heftigsten Diskussionen zur Sprache. Abg. Richter warf dem Kanzler unbefugte Einmischung vor. Diese Angelegenheit bespricht Fürst Bismarck am 13. März in seiner Rede, die die ungebrochene Kampfeslust und eine Erbitterung über das Grab hinaus sehen läßt, die von manchen Kreisen der Nation verurteilt wurde:

Ich halte es für meine Pflicht, bei meinem ersten Erscheinen in diesem Hause dem Reichstage die Gründe darzulegen, welche mich abgehalten haben, eine Mitteilung, die mir für den Reichstag von seiten des hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten zugegangen war, an Ihre Adresse gelangen zu lassen. Ich habe diese Pflicht zu erfüllen einmal als eine solche der Höflichkeit gegen diese hohe Versammlung, indem ich hier die Gründe auseinandersetze, die mich bewogen hatten, eine an ihre Adresse gerichtete Mitteilung nicht zu befördern. Zweitens erfülle ich damit eine Pflicht meines Auswärtigen Amtes, indem ich feststelle, daß die Vorgänge, um die es sich handelt, weder als Wirkung noch als Ursache mit den freundschaftlichen Beziehungen, die uns mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika verbinden, in irgendwelchem Zusammenhange stehen.

Ich hätte zweifelhaft sein können, ob es noch opportun ist, nach den ausführlichen Debatten in der Presse, die über diesen Vorfall zum Teil voreilig stattgefunden haben, die

[1] Vgl. den Aufsatz von F. Nachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reiche. Zeitschrift für Politik Bd. 5.

Sache noch von neuem zu berühren, wenn ich nicht durch die Art, wie er hier vor einigen Tagen besprochen worden ist, genötigt würde, jeden Zweifel schwinden zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat sich darüber beklagt, daß die Sache, ich weiß nicht wie, verdorben wäre durch eine unberufene oder unbefugte Einmischung des Reichskanzlers. Wenn das wahr wäre, so könnte das ja so aussehen, als wenn ich mutwilligerweise eine für keinen der Beteiligten angenehme und bequeme Amtshandlung vorgenommen hätte, die mir nicht zustand. Es könnte das in Amerika, wenn es wirklich so wäre, daß ich mich unberufen in die Sache gemischt hätte, den Eindruck machen, als wenn mir die Erhaltung unserer guten Beziehungen weniger am Herzen läge, als es in der Tat der Fall ist; und bei der Wichtigkeit der Stellung, die der Herr Abgeordnete Richter an der Spitze der zahlreichsten Fraktion dieses Hauses einnimmt, bei seiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung, bei seiner genauen Kenntnis unserer verfassungs- und staatsrechtlichen Zustände wird man im Auslande schwerlich annehmen, daß ein Mann von dieser Bedeutung sich oder andere getäuscht hätte, indem er meine Einmischung in die Sache eine unberufene nennt. Dieses Vorgehen also des Herrn Abgeordneten Richter legt mir die Notwendigkeit auf, auch wenn ich nicht wollte, das Wort zu ergreifen und über meine Stellung zur Sache mich auszusprechen.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die durch das Verhalten unserer oppositionellen Presse, durch Äußerungen des Herrn Abgeordneten Richter, kurz und gut durch Schritte, die nicht von mir abhängen, die aber absichtlich oder unabsichtlich die Wirkung haben, diesseits und jenseits des Ozeans Verstimmung hervorzurufen, mehr gefährdet werden als durch mein Verhalten, diese Beziehungen sind so alt wie die Vereinigten Staaten. Bekanntlich war Friedrich der Große der erste Monarch in Europa, der den Vereinigten Staaten näher trat, und seitdem sind die guten Beziehungen zwischen Preußen und Amerika ein preußisches Erbteil geblieben, welches wir in das Reich mit eingebracht haben; und seitdem ich an der Spitze der Auswärtigen Angelegenheiten von Preußen und Deutschland stehe, bin ich unausgesetzt bemüht gewesen, diese Beziehungen zu pflegen. Es war dies insbesondere der Fall im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn, wo in Amerika bekanntlich der Sezessionskrieg zum Ausbruch kam, und wir den Versuchungen widerstanden haben, die uns von anderer Seite, von seiten anderer bedeutender Mächte, nahe traten, uns in diese inneren Streitigkeiten Amerikas zu mischen und auf den Zerfall des großen Reichs der Vereinigten Staaten zu spekulieren, indem wir die Südstaaten als kriegführende Macht anerkannt haben würden. Die Tatsache, daß wir uns jeder Mitwirkung geweigert haben, daß wir nicht ohne Verdienst darum sind, daß dergleichen Versuche tatsächlich unterblieben, hat nicht verfehlt, einen dauernd günstigen Eindruck in Amerika zu Gunsten einer Regierung hervorzurufen, die damals nicht für eine liberale, kaum für eine „freisinnige“ galt. Aber auch solange ich nachher Minister gewesen bin, habe ich wahrnehmen können, daß unsere Beziehungen zu Amerika immer vortreffliche waren. Nach den großen Kriegen von 1866 und 1870 habe ich vielfache Beweise von Sympathien von dort bekommen, nicht nur für Preußen, für die Entwickelung Deutschlands im allgemeinen und nicht nur von den Deutschen dort, sondern auch für meine Person und meine Politik viele schmeichelhafte Beweise von Wohlwollen. Und bekannt ist, daß beispielsweise im französischen Kriege die deutschen Interessen durch die amerikanische Gesandtschaft in Paris

vertreten wurden, mit viel Erfolg und mit vieler Wärme vertreten wurden. Ich kann also wohl sagen, daß vom Anfange meines Ministeriums bis auf den heutigen Tag nichts geschehen ist, um die gegenseitigen Beziehungen zu trüben, und daß ich ihnen noch heute dieselbe Kraft und Innigkeit zuschreibe, die ich bei meinem Amtsantritt vorgefunden habe, und daß diese Vorgänge, über die ich augenblicklich spreche, ganz ohne Einfluß darauf sind und bleiben werden.

Ich habe in der Annahme der sogenannten Laskerschen Resolution von seiten des amerikanischen Repräsentantenhauses von Hause aus nichts anderes gesehen als einen Ausdruck des Wohlwollens der Amerikaner für Deutschland, und zwar eines von mir seit lange gepflegten und beförderten Wohlwollens, welches nur für oppositionelle Zwecke durch private Einwirkungen, auf die ich nicht zurückkommen will, utilisiert worden ist gegen mich oder hat utilisiert werden sollen gegen mich. Die günstige Meinung, die in Amerika für Deutschland vorhanden war, hat man benutzt, um eine Resolution in ihrer Totalität zum Antrage zu bringen, deren Einzelheiten sich der genauen Prüfung entzogen.

Nun würde ich diese Resolution ja ohne weiteres an den Reichstag befördert haben, und ohne mich auf die prinzipielle Erörterung der Frage einzulassen, ob Kommunikationen von Parlament zu Parlament völkerrechtlich ohne direkte oder indirekte Vermittelung des beiderseitigen Staatsoberhauptes überhaupt tunlich sind, würde ich Amerika gegenüber das Völkerrecht nicht so auf die Wagschale gelegt haben. Daran hinderte mich indessen eine Wendung, die in dieser Resolution enthalten war, die sich nicht auf den allgemeinen Ausdruck der Sympathien für die Person des Verstorbenen oder für Deutschland beschränkte, sondern die Überzeugung aussprach, daß die politische Tätigkeit des Verstorbenen eine für Deutschland nützliche gewesen sei — ich werde darauf zurückkommen. — Diese Klausel müßte jemand, der die Verhältnisse nicht näher kennt, hüben und drüben leicht für einen berechneten und beabsichtigten Stich auf die Regierungspolitik, die deutsche, ansehen, so wie ich sie nach den Befehlen des Kaisers seit Jahren vertreten habe, und so wie sie der Herr Abgeordnete Lasker seit Jahren bekämpft hat. Hatte Lasker recht, hat seine Politik wirklich für Deutschland den Nutzen gestiftet, der ihm in jenen Worten beigelegt wurde, dann hatte die Politik des Kaisers und die meinige unrecht, denn ich hatte von Lasker nicht Förderung meiner Politik, sondern Opposition von Anfang an gefunden; (Widerspruch links.) — ich werde auf diesen Punkt zurückkommen.

Ich habe nur die Gegenwart ins Auge zu fassen, und da mache ich darauf aufmerksam, daß der Abgeordnete Lasker Mitglied derjenigen Fraktion war, deren Existenzunterlage, solange sie selbständig vorhanden war, nur die gemeinsame Abneigung gegen mich und die von mir vertretene kaiserliche Politik war. Positive Bindemittel hatten die Herren nicht; une haine commune, wie man in Frankreich sagt, war das einzige positive Bindemittel. Sie werden niemand einreden, daß die sezessionistische Fraktion nicht eine Oppositionspartei κατ' ἐξοχήν unter allen Umständen gewesen ist. Indessen ich wiederhole, man hat in Amerika wahrscheinlich nicht näheres über die politische Stellung und die Tätigkeit des Abgeordneten Lasker gewußt. Jeder von uns ist ja in der Lage, die Richtigkeit dieser meiner Ansicht zu prüfen, wenn er sich fragt, wie viel Abgeordnete des amerikanischen Repräsentantenhauses er seinerseits imstande wäre zu nennen, viel weniger ihre Parteistellung und ihre Verdienste und Leistungen zu qualifizieren. Nun sind wir Deutsche aber ein Volk,

welches sich viel mehr um das Ausland bekümmert als das Ausland um uns. Wenn wir also einräumen müssen, daß wir außerstande wären, wenn plötzlich hier ein Antrag käme, über irgendeinen verstorbenen Abgeordneten, vielleicht Ochiltree, uns ein Urteil zu bilden: wie viele würden dann in der Lage sein, zu wissen, was er ist, und wie viele würden imstande sein, der Behauptung, daß er sich um Amerika Verdienste erworben habe, irgendwie mit begründeten Unterlagen widersprechen zu können? Also ich nehme den Amerikanern dies in keiner Weise übel und habe nie daran geglaubt, daß irgendein Stich, eine Malice gegen mich und die kaiserliche Politik, daß der Tadel des Kaisers und seiner Politik, der objektiv darin liegt, von irgendeinem Amerikaner je beabsichtigt worden wäre; sie haben eben nicht gewußt, wer und was Herr Lasker war. Ich beklage mich also nicht — oder vielmehr ich hätte, wenn es sich bloß um meine Auffassung der auswärtigen Politik handelte und der Beziehungen zu Amerika, von dieser ganzen Sache gar keine Notiz genommen.

Nun kam aber dazu, daß die Parteigenossen des verstorbenen Abgeordneten Lasker zu derselben Zeit das Privilegium, welches ihnen die Stellung am Grabe eines Freundes gab, in einer so maßlosen Weise in der Presse ausbeuteten, unter Umständen, wo ein Widerspruch, eine Kritik dem tief in unseren Herzen stehenden „de mortuis nil nisi bene" widersprach — das haben sie ausgenutzt in einer wucherischen Weise (Unruhe links und Rufe: Pfui!), um nun auch, wo . . . — Meine Herren (nach links), wer da „Pfui" sagt, beleidigt mich in einer — ich will es nicht anders charakterisieren, wie — unhöflichen Weise. Er wird vielleicht auch die Freundlichkeit haben, sich zu nennen, sonst rufe ich gegen ihn das Pfui der Verachtung, die mich gegen jeden anonymen Beschimpfer beseelt. (Bravo! rechts.) „Pfui!" hätten Sie sagen sollen, wie Sie am Grabe des Verstorbenen Politik getrieben haben. (Bewegung.)

Das politische Vermögen, das der Abgeordnete Lasker hinterließ, kam ja notwendig seinen Parteigenossen — ich spreche natürlich nicht von den Anwesenden hier — zugute. Dieses Vermögen also nach Möglichkeit zu vergrößern, aufzubauschen, das war ein ganz natürliches Bestreben; nur hätte ich es gern gesehen, wenn einiges Maß und Ziel darin beobachtet worden wäre. Nachdem das nicht geschehen war, mußte ich diesem Satz der Anerkennung des Herrn Lasker meine Aufmerksamkeit zuwenden, denn ich konnte unmöglich zugeben, daß man mich, den Reichskanzler, vor den Triumphwagen der Opposition einspannte und von dort aus dem Kaiser sagte: Deine Politik ist fehlerhaft gewesen, wir haben hier das Zeugnis einer großen parlamentarischen Versammlung und dein Kanzler ist genötigt gewesen, seine Visa darunter zu setzen und es uns einzuhändigen.

Nun bin ich ja nicht in der Lage, auch nur das Akkreditiv von der Hand des befreundetsten Monarchen dem Kaiser vorzulegen, ohne daß ich eine copia vidimata oder copie figurée, will ich lieber sagen, davon habe und mich von dem Inhalt überzeuge, ob ich es vorlegen kann. Wie kann man mir also zumuten, daß ich einen solchen feierlichen Akt, wie einen Parlamentsbeschluß, dem hiesigen Parlament im Namen des Kaisers ungelesen mitteilen soll? — denn ich kann Ihnen nur im Namen des Kaisers Mitteilungen machen; ich bin Beamter des Kaisers, und ohne dessen vorausgesetzte stillschweigende oder ausdrückliche Genehmigung kann ich überhaupt nicht zu Ihnen reden. Daß ich also einen solchen Akt mit meinem Visa versehen soll, der eine Kritik der Politik des Kaisers enthält, ja, daß ich das hätte tun sollen, scheint eigentlich in der Äußerung des Herrn Abgeordneten Richter zu

liegen, wenn er sagt, ich hätte mich „unberufen eingemischt“. Der Hergang, daß ich eine amtliche Mitteilung bekommen habe, daß ich mich geweigert habe, sie ihres Inhalts wegen amtlich weiterzubefördern, kann ihm doch nicht entgangen sein. Er stellt mich als Kanzler des Reichs mit dem Briefträger in eine Kategorie, der nicht das Recht hat, eine Postkarte zu lesen und sich ein Urteil darüber zu bilden, was darin steht, ob er sie auch bestellen kann. Anders kann ich mir die „unbefugte Einmischung“ nicht erklären. Ich bin allerdings als Reichskanzler auch der höchste Beamte der Reichspost, aber ich möchte dem Herrn Abgeordneten Richter doch empfehlen, sich den Unterschied zwischen dem Reichskanzler und dem Briefträger klarzumachen und nicht die Ansichten des Auslandes zu verwirren über das, was der Reichskanzler hätte tun können und müssen, fehlerhafte Vorstellungen zu verbreiten, die, wenn nicht darauf berechnet, doch sehr geeignet sind, das Ausland gegen uns zu verstimmen, und im Auslande Hilfe zu suchen für innere Parteibestrebungen, die keine Chance haben, wenn sie nicht fremde Unterstützung finden. (Bravo! rechts.)

Herr Lasker hat bei seiner Ankunft in Amerika sofort eine Stellung genommen, die mir in Berichten gemeldet wurde, und die auch meine Aufmerksamkeit auf den Wortlaut der Resolution ziehen mußte.

Ich habe aus all den Berichten mit den Belegen von Zeitungen und Zeitungsausschnitten dazu mir nur eines ausschneiden lassen, welches lautet:

> Gleich bei der ersten Interview mit Reportern bei seiner Landung führte er sich als den Vorkämpfer der Freiheit in Deutschland gegen die freiheitsfeindlichen Mächte ein, welche, — so hieß es wörtlich in den Berichten über diese Interview, die durch alle Zeitungen Amerikas gingen —

— groß gedruckt! —

> „wie der Kaiser und der Reichskanzler, der politischen Entwickelung Deutschlands im Wege ständen“.

Haben also der Kaiser und meine Wenigkeit der politischen Entwickelung in Deutschland im Wege gestanden, so kann ich noch weniger mich zum Briefträger eines Schreibens machen, in dem die Politik dieses Oppositionsmitgliedes, das sich so geäußert hat, verherrlicht wird, nachdem das bereits hier im Übermaß geschehen war.

In einer anderen Interview in Galveston äußerte er sich folgendermaßen:

> Ich glaubte, es sei notwendig, eine entschiedenere und allgemeinere Opposition gegen Bismarck einzuleiten, der damals die reaktionäre Politik wieder aufnahm, welche ihren höchsten Ausdruck in der Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel fand.

Er hat sich außerdem noch bei anderen Gelegenheiten als Redner über unsere Zollpolitik und Gesundheitsmaßregeln in einer Weise ausgesprochen, als wenn er die Sache in Ordnung bringen würde, wenn er nur erst wieder zurück wäre.

Das alles mußte mich natürlich veranlassen, auf die Klausel, die zu meinem Bedauern in die Resolution eingeschaltet war, ein größeres Gewicht zu legen, als ich sonst darauf gelegt haben würde.

Ich hatte nicht erwartet, daß irgend jemand in Amerika über diese Lage der Dinge Bescheid wußte; aber ich hatte wohl darauf gerechnet, daß der hiesige Vertreter der nord-

amerikanischen Freistaaten mit unseren inneren Verhältnissen und der Geschichte der letzten Jahre hinreichend vertraut gewesen wäre, oder daß die Berater, die er innerhalb der Parteigenossen des verstorbenen Lasker gehabt hat, aufrichtig genug gewesen wären, um ihn dazu zu veranlassen, daß er vielleicht eine vertrauliche Besprechung erst über diese Mitteilung gesucht hätte. Es ist das aber nicht der Fall gewesen. Mir blieb also nichts übrig, als in höflicher Weise die mir zugedachte Briefträgerrolle abzulehnen. Ich habe dies, wie ich schon bemerkte, absichtlich unter Vermeidung jeder Erörterung völkerrechtlicher Prinzipien getan und ohne Bezugnahme auf den republikanischen Gedanken, der in einigen unserer revolutionären Blätter vertreten gewesen ist, daß man leider den richtigen Modus des Völkerverkehrs von Parlament zu Parlament noch nicht entdeckt hätte — Sie werden ihn auch schwerlich entdecken: auch wenn Sie sich auf die Stellung des französischen Konvents zurückziehen, so werden Sie doch nicht dazu imstande sein. Man sieht daraus, was in allen diesen Kreisen, die in der Presse wirken, für utopische und für die Ruhe des menschlichen Geschlechts im höchsten Grade bedenkliche Anschauungen von Völkerrecht und Staatsrecht spuken. Solange ich imstande bin, meinen Mund in hörbarer Weise zu öffnen, werden Sie mich auch am Platze finden, zu kämpfen gegen eine durch und durch revolutionäre Auffassung von Völkerrecht. (Bravo! rechts.)

Ich habe deshalb in einem, wie ich glaube, höflichen Schreiben unsern Gesandten in Amerika instruiert, zu erklären, daß ich wegen dieses bedauerlichen Zusatzes nicht in der Möglichkeit wäre, die Resolution zu übergeben. Dieses Schreiben ist in unserer Presse systematisch totgeschwiegen: Es paßte nicht in den Charakter, den man mir gegeben hat, in das Zeugnis, was man mir Amerika gegenüber ausgestellt hat, daß ich die Sache mit Wohlwollen Amerika gegenüber behandelt habe; man mußte jede Veröffentlichung unterdrücken, die sich der Behauptung entgegenstellte, ich hätte „uns eine schöne Suppe eingebrockt, die müßten wir nun ausessen", — sagte irgendein revolutionäres Blatt.

Ich habe also damals geschrieben — ich lasse den Eingang weg —:

„Jede Anerkennung, welche die persönlichen Eigenschaften eines Deutschen im Auslande finden, kann für unser Nationalgefühl nur erfreulich sein, insbesondere, wenn sie von einer so hervorragenden Körperschaft ausgeht, wie das amerikanische Repräsentantenhaus —"

wobei ich erwähne, daß die Manifestation nicht vom amerikanischen Kongreß, sondern vom Repräsentantenhaus allein ausging —.

„Ich würde deshalb die Mitteilung des Herrn Sargent dankbar entgegengenommen und Seine Majestät den Kaiser um Ermächtigung zur Vorlage derselben an den Reichstag gebeten haben, wenn nicht die Resolution vom 9. v. M. zugleich ein Urteil über die Richtung und die Wirkungen der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Lasker enthielte, welches mit meiner Überzeugung im Widerspruch steht."

Es heißt in der Resolution mit Bezug auf den Verstorbenen,

— ich habe den englischen Text beibehalten, weil er schwer zu übersetzen ist —

daß „his firm and constant exposition of free and liberal ideas have materially advanced the social, political and economic condition of those people".

— Das sind wir nämlich. (Heiterkeit.)

„Nach meiner Kenntnis des Herganges der politischen und wirtschaftlichen Ent-

wickelung des deutschen Volkes kann ich dieses Urteil nicht als ein solches ansehen, welches den von mir erlebten Tatsachen entspricht. Ich würde nicht wagen, mein eigenes Urteil dem einer so erlauchten Körperschaft, wie das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, gegenüberzustellen, wenn ich nicht bezüglich der inneren Politik Deutschlands durch eine mehr als dreißigjährige aktive Beteiligung an derselben eine Erfahrung gewonnen hätte, die mich ermutigt, auch meinem Urteil innerhalb dieses Gebietes eine gewisse Kompetenz beizulegen.

Ich kann mich nicht entschließen, bei Seiner Majestät dem Kaiser die nötige Ermächtigung zur Mitteilung der Resolution des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten an den Deutschen Reichstag zu beantragen, weil ich dazu ein Urteil mir amtlich aneignen und bei Seiner Majestät vertreten müßte, welches ich als zutreffend nicht zu erkennen vermag."

Ich habe also nur aus dem Gesichtspunkte unserer inneren Politik die Sache abgelehnt, keinesfalls aus einem Gefühle innerer Kränkung, die ich etwa glaubte von Amerika empfangen zu haben, und die ich glaubte erwidern zu müssen. Ich halte mich in der Tat in der deutschen Politik und darüber, ob ein Abgeordneter uns geholfen, ob er dabei mitgewirkt oder gehindert hat, das Deutsche Reich auf seine Füße zu stellen, für einen zweifellos kompetenten Zeugen, und mein Zeugnis gebe ich dahin ab, daß die nationalliberale Fraktion, der der Abgeordnete Lasker angehörte, die Bemühungen der verbündeten Regierungen, das Reich auf sichere Basen hinzustellen, wesentlich gefördert hat, daß ich dieser Fraktion als einem Ganzen für ihre Hilfe, die sie mir besonders in einer Zeit geleistet hat, wo mich die Fraktion, der ich ursprünglich, ehe ich Minister wurde, angehört hatte, vollständig im Stiche gelassen hat — daß ich ihr dafür stets dankbar geblieben bin und dankbar bleiben werde. Es fragt sich nur: Wie stand der Abgeordnete Lasker in und zu der nationalliberalen Fraktion, der ich diesen Dank ausspreche, und der ich alles Gedeihen für die Zukunft wünsche? Er hat jede Unterstützung, die die Regierung und ich als Kanzler von dieser Fraktion erwarten konnten, nach Möglichkeit abgeschwächt, verwässert, sozusagen die Suppe versalzen — die Sache, wenn er sie unterstützte, nach einer anderen Seite hinübergeschoben, wo sie weniger nützlich, weniger annehmbar war. Ich erinnere diejenigen, die zugegen waren, an die Beratung über die Verfassung, namentlich über das ganze Justizwesen, wo ja keine Regierungsvorlage angenommen werden konnte, wenn nicht der Stempel Lasker darauf gesetzt war, und der war nur unter Bedingungen zu haben, die die Sache nach meiner Meinung verschlechterten. Aber er hat diese Fraktion, die einzige, die je einen Anlauf genommen hat, eine Majoritätsfraktion zu werden (sie hatte, glaube ich, 180 Mitglieder), verhindert, das zu werden, was uns fehlt — sie könnte von links oder von rechts kommen, es wäre jede Art der Einheitlichkeit besser, als die Zerrissenheit unseres Fraktionswesens —; die einzige Möglichkeit, die einzige Annäherung, die an ein solches Ziel gemacht ist, hat der Abgeordnete Lasker dadurch zerstört, daß er zuerst durch seinen Einfluß gegen meinen politischen und persönlichen Freund Herrn v. Bennigsen es dazu gebracht hat, daß der rechte Flügel der nationalliberalen Partei unter der Gruppe Schauß-Völk zum Austritt gezwungen wurde; er konnte nicht aufkommen gegen die überlegene, aber verderbliche Beredsamkeit des Kollegen Lasker in der Fraktion. Demnächst ist letzterer nach Möglichkeit bemüht gewesen, die verkleinerte Fraktion nach links hinüber-

zuschieben und in ihrem alten fortschrittlichen Bett wieder unterzubringen, von dem sie abgeleitet war, und es ist eine gewisse Ironie des Schicksals, daß das erst nach seinem Tode den Überresten seiner Getreuen gelungen ist. Aber er ist dann, nachdem es ihm nicht gelang, die ganze Fraktion nach links hinüberzuziehen, zu dieser Sezession, in der die letzte Schwächung der nationalliberalen Partei gefunden werden konnte, übergegangen, er hat die Brücke damit betreten, die schließlich auf das fortschrittliche Ufer die früheren fortschrittlichen Mitglieder aus der Konfliktszeit her wieder zurückgeführt hat.

Dafür soll ich dem Herrn dankbar sein? oder soll mich zum Organ seines Lobes amtlich machen? Wenn auch alles übrige, so würde ich schon dies nicht verzeihen können. Das „de mortuis nil nisi bene" hört hier auf; wo es sich um die Interessen unseres Landes und um die Rechtfertigung unserer Politik handelt, da kann ich mich nicht dem Zwange fügen, daß ich hier einer unhöflichen Ausrufung ausgesetzt sein sollte, sobald ich meine Überzeugung ausspreche. Ich habe so gut wie jeder andere Preuße im Lande das Recht, meine Meinung durch Druck, Schrift und Bild zu vervielfältigen und kundzugeben, und glaube, daß ich namentlich von der κατ' ἐξοχήν „freisinnigen" Partei eine achtungsvolle Berücksichtigung dieses meines preußischen Grundrechtes in diesen Räumen beanspruchen darf, und ich bemerke das auf die Töne, die meine Worte begleiteten, wie ich zum ersten Mal davon sprach, daß ich dem Abgeordneten Lasker keinen Dank schuldig bin, daß ich der nationalliberalen Fraktion diesen Dank schuldig zu sein glaube, und daß ich ihm hauptsächlich die Schuld der Entfremdung gebe, die im Jahre 1878, gerade da, als ich mit Herrn v. Bennigsen in Unterhandlung war über seinen Eintritt in das Ministerium, stattgefunden hat; diese Entfremdung sehe ich hauptsächlich als das Werk des früheren Abgeordneten Lasker und seiner näheren Freunde an. Auch die ganze Bekämpfung unserer wirtschaftlichen, kurz und gut unserer gesamten Politik ist sein Werk gewesen, und Sie werden nicht verlangen, daß ich mich ruhig an den Triumphwagen eines Verstorbenen anspannen lassen soll, der mir das Leben in dem wenigen, was ich für Deutschland habe tun können, saurer gemacht hat als irgendein anderer.

Ich war Ihnen und namentlich unseren auswärtigen Beziehungen diese Auseinandersetzung schuldig. Ich hatte darauf gerechnet, über diese Frage, wie die Zeitungen das in Aussicht gestellt hatten, interpelliert zu werden, und hatte mich darauf gefreut, ungezwungen Gelegenheit zu haben, um mich über die Motive auszusprechen, die omni exceptione majoris den Satz beweisen, daß zwischen uns und Amerika dies weder das Ergebnis irgendeiner Verstimmung noch eine Ursache zur Verstimmung sein kann, und daß mein Wunsch und meine Bestrebungen, die intimen Beziehungen zwischen diesen beiden seit hundert Jahren befreundeten Nationen aufrechtzuerhalten, dieselben sind vorher wie nachher. Nur ein Mißbrauch ist es, der mit diesem unter exzeptionellen Umständen stattgehabten Zwischenfall getrieben worden ist, und der seinen Gipfel in dem Versuch fand, mich selbst zum Boten eines Desaveus meiner eigenen Politik zu machen, ja mich dem Kaiser gegenüber in eine Stellung zu bringen, wo Seine Majestät hätte sagen müssen: Wie können Sie ungelesen so etwas weiterbefördern? Hat Lasker diese Verdienste gehabt — so würde Seine Majestät sagen — dann haben Sie und Ich selbst den Fehler begangen, diesen Mann nicht längst in die Regierung zu berufen, anstatt seine Opposition zu bekämpfen. Es werden viele von Ihnen sein, die sich dessen erinnern, daß die Übereinstimmung zwischen Lasker und

mir, wenn je vorhanden, doch fast ausnahmslos in dem Zustande der Trübung sich befunden hat, und daß zwischen jener Stelle, wo er saß, und dieser hier, wo ich stehe, häufiger als mir lieb ist, die unfreundlichsten Reden von beiden Seiten gewechselt sind, kurz, daß er Oppositionsmitglied κατ' ἐξοχήν war, und ich kann nur die Versicherung geben, daß, wenn in einem fremden Lande ein Oppositionsmitglied einmal stirbt, ich mich vorher sicher erkundigen werde: Wie steht es zur Regierung? und wenn etwa bei uns das Herrenhaus beispielsweise seine Sympathien kundgeben wollte über den Tod eines konservativen Oppositionsmitgliedes gegen das heutige Ministerium in England, so würde ich sicherlich nicht den deutschen Botschafter in England beauftragen, den Minister Gladstone zu ersuchen, er möchte das Lob dieses Gegners dem dortigen Parlamente amtlich kundgeben. Daß hier ähnliches geschehen ist, ist, wie gesagt, nicht die Schuld des amerikanischen Repräsentantenhauses, von dem ich nichts anderes annehme, als daß es ein Wohlwollen für Deutschland zum Ausdruck bringen wollte, über dessen herzliche Erwiderung unserseitig ich keinen Zweifel zu lassen wünschte, und hauptsächlich deshalb habe ich diese Worte gesprochen. (Bravo! rechts.)

Abg. Haenel wendet sich in längerer Rede gegen das vom Reichskanzler gehaltene „Totengericht“, zitiert anderslautende Stellen aus Laskers Interviews und nennt die Resolution des Repräsentantenhauses eine einfache Beileidsadresse. Die ganze Absicht Bismarcks habe darin bestanden, diejenige Politik zu verfolgen, deren Vertreter Lasker gewesen sei; er könne, einer allgemeinen humanen Sitte entgegen, nicht einmal die Anerkennung vertragen, die man einem Feinde zu zollen sich rein menschlich bewogen finde. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete hat die Motivierung meiner Ablehnung eine schwache genannt. Nun, meine Herren, jedermann gibt, was er hat, und ein Schelm, der mehr gibt. Ich will dem Herrn Abgeordneten das Kompliment nicht erwidern, ich will im Gegenteil ihm gerne einräumen, daß seine Erwiderung eine ganz außerordentlich durchschlagende und treffende gewesen ist (Hört! hört! links. Heiterkeit rechts), und das wird sich ja auch in der Öffentlichkeit gewiß zeigen, er hat alles widerlegt, was ich gesagt habe. Ich bin einmal schwach und muß um Ihre Nachsicht und um die Nachsicht des Herrn Abgeordneten bitten. Vielleicht ist das alles Irrtum, daß der Herr Abgeordnete Lasker der Opposition angehört hat, daß er mit mir schwere Kämpfe gehabt hat, daß er die Politik des Kaisers nicht gebilligt hat. Vielleicht habe ich mich darüber getäuscht. Verläßt mich da vielleicht mein Gedächtnis? Ich berufe mich auf das der Versammlung. Wenn aber der Herr Abgeordnete sagt, ich hätte ein Totengericht über Lasker hier aufgerufen, so ist das doch eine Übertreibung, die eigentlich gar nicht hierher gehört, wo wir nüchtern die Geschäfte behandeln. Ich habe das nicht aufgerufen, sondern diejenigen, die den toten Lasker mir gegenüber ausgespielt haben. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich bin ein Christ, aber doch als Reichskanzler nicht so, daß, wenn ich eine Ohrfeige auf die eine Backe bekomme, ich die andere hinhalte und sage: Ist dir nicht die zweite gefällig? Wenn man mich angreift, so wehre ich mich; aber das ehrliche Recht der Selbstverteidigung bei dem ersten Beamten des Reichs, wenn er in seiner Politik mit gewandten, aber nicht ganz ritterlichen Waffen angegriffen wird auf diese Weise, indem die Toten gegen ihn ins Feld geführt werden, und Zeugnisse des Auslandes gegen seine inländische Politik aufgeführt werden — wenn man das als die Herausforderung eines Totengerichts, wenn man das als eine Art von unmenschlicher Rücksichtslosigkeit auf Grab und Tod hier bezeichnen will: ja, meine Herren, dann sehe ich gar nicht ein, wozu ich hier

nötig bin. Ich bin hier, um die Geschäfte zu besprechen, aber nicht, um Sentimentalitäten auszutauschen. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat bedauert und mir gewissermaßen vorgeworfen, daß ich in meiner Herzenshärtigkeit für die Anhänglichkeit des Abgeordneten Lasker gar keinen Sinn gehabt hätte und keine Erwiderung des Dankes. Meine Herren, für eine solche Anhänglichkeit danke ich, die mich öffentlich lobt und anerkennt, um dem Tadel und der Opposition gegen mich einen nur um so stärkeren Nachdruck zu geben, indem man sagt: Ich bin ja gar nicht der Feind dieses Mannes, ich bin sein Freund, ich bin gar nicht blind für seine guten Eigenschaften, aber so übel, wie er sich aufführt, da muß selbst ich, sein Freund, gegen ihn auftreten; wenn ich sein Feind wäre, so wäre mein Zeugnis verdächtig, aber weil ich sein Freund und Anhänger bin, so wird meine Opposition viel mehr Gewicht haben. Das war die Politik, die wir von der Seite hier auch erlebt haben; man getraute sich noch nicht, sich offen von mir loszusagen; es wurde auch bei den Wahlreden immer eine gewisse Anhänglichkeit und Freundschaft mit mir zur Schau gestellt. Das Publikum war früher noch nicht reif, in eine Verurteilung meiner Persönlichkeit so vollständig einzustimmen wie bei den letzten Wahlen; deshalb bedurfte man noch des Scheines, als wenn man mit mir befreundet wäre. Aber das konnte doch höchstens den Vorwurf, den ich Lasker nie gemacht habe, den Vorwurf der Doppelzüngigkeit, gegen ihn involvieren, und von dem spreche ich ihn ganz frei; er hatte nur je nach seiner Impressionabilität nicht mehr am Donnerstag denselben Eindruck wie am Montag, und wenn er gefragt wurde und seine Meinung gehört wurde, so sah er die Sache günstiger an, als wenn er nicht gefragt wurde; er war impressionabel im höchsten Grade und deshalb nicht immer gleich. Aber daß ich mich daran kehren sollte, deshalb meine eigene politische Ehre und Würde in die Schanze schlagen sollte, weil der verstorbene Lasker unter Umständen nach dem Zeugnis von Paul Lindau von Anhänglichkeit zu mir gesprochen hat — da verkennen Sie den Ernst der politischen Stellung, die ich einnehme; mit solchen Einwendungen kommen Sie mir nicht! Prinzipiell war er mein Freund, tatsächlich mein Gegner; eins schloß das andere nicht aus; er hat mich gelobt, aber bekämpft, und wenn mich einer unter den größten Lobeserhebungen auf der politischen Mensur über den Haufen sticht, so kann ich ihm natürlich nicht dankbar sein. (Heiterkeit rechts.)

Sodann hat der Herr Abgeordnete — und da habe ich seine sonst so schlagende Hermeneutik der Entwicklung der Ideen vermißt — er hat mir vorgeworfen, daß ich das selbst gesagt hätte: Wenn es sich nur um eine Beileidsbezeugung gehandelt hätte, also um das rein Menschliche, dann würde ich gar nichts getan haben. Das wäre aber gerade der Fall. Daß zufällig noch mit ein paar Worten eine scharfe Kritik meiner und der kaiserlichen, der Regierungspolitik, interpoliert war, das ändere ja an dem allgemein Menschlichen, an dem rein Menschlichen gar nichts. Für den Herrn Abgeordneten mag die Politik, die Opposition, die Verurteilung des Gegners zu den Erfordernissen des „allgemein Menschlichen“ und des „Herzens“ gehören; ich habe dieses Gebiet der Gemütlichkeit so weit nicht ausgedehnt; gerade das Künstliche dieses Zusatzes, eingeflochten in die Beileidsbezeugung, das gab ihr ja erst die politische Bedeutung. Der Herr Abgeordnete scheint mir nicht mit der Aufmerksamkeit, mit der ich ihm zugehört habe, meiner Verlesung zugehört zu haben. Darauf habe ich ja gerade gesagt, ich würde gar kein Bedenken tragen, wenn dieser über

das rein Menschliche hinausgehende politische Zusatz nicht gewesen wäre, der für meine hiesige politische Stellung, für die Politik und für die Interessen des Reiches nachteilig ist, wenn ich ihn ohne Kritik gehen lasse.

Der Herr Abgeordnete hat mir in demselben tragischen Tone vorgeworfen, daß ich dem Toten Lästerung — oder ich weiß nicht, was — nachrufe. Das ist ja gar nicht der Fall — man hat den Toten zitiert gegen mich und hat ihn reden lassen; Sie haben Spiritismus gespielt mit Lasker, ihn mir gegenüber zitiert, als wenn er redete; und wenn Sie glauben, daß Sie mir durch den Mund des Toten alle möglichen Injurien sagen können, ohne daß ich darauf reagiere, so irren Sie sich; mögen Sie in eigener Person sprechen oder den toten Freund gegen mich reden lassen, das ist mir völlig einerlei.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den Gedanken, daß ein Volk mit dem anderen von Parlament zu Parlament in politischen Verkehr treten könne, als einen „verrückten" bezeichnet. Ich habe mich so stark nicht ausdrücken wollen, weil ich mir nicht ganz klar war, ob nicht bei den ganz zweifellosen Äußerungen, die ich darüber in der Presse gelesen habe, irgend jemand beteiligt sein könnte, den mit einem so harten Worte zu kränken mir meine amtliche Stellung verbietet; aber ich erinnere mich noch sehr genau — und alle die Herren, die hier sitzen, werden es gelesen haben — daß in Berliner Blättern, die keiner anderen Partei als der fortschrittlichen angehört haben können, die Klage darüber stand, daß die richtigen Mittel des Völkerverkehrs von Parlament zu Parlament noch nicht gefunden wären — habe ich mich darin getäuscht? Hat mich auch darin mein Gedächtnis verlassen? — Wenn der Herr Abgeordnete aber dieses zugeben muß, dann bitte ich, daß er in seinem Namen die „verrückten" Zeitungen, die das geschrieben haben, desavouiert. — Ich bin imstande, sie vorzulegen, nur im Augenblick nicht. — Man hat über die Sache seit vierzehn Tagen eine ganz andere Anschauung bekommen. Meine Hoffnung, daß Sie die Sache in Form einer Interpellation zur Sprache bringen werden, hat sich nicht verwirklicht, weil Sie sich überzeugt haben, daß eine unpatriotische Presse wieder einmal viel zu früh Lärm geschlagen; und wer hindert den Herrn Abgeordneten, der mir den Vorwurf macht, daß ich dem amerikanischen Repräsentantenhause den Dank verkümmern wollte — das kann ich nicht — heute noch mit seiner zahlreichen Klientel von 110 Freunden den Antrag zu stellen auf Beschlußfassung einer Dankadresse? Stellen doch Sie das zur Diskussion, aber verlangen Sie nicht von mir, daß ich das tue! Sie kennen ja die ganze Sache.

Ich habe auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten erwidert, was mir der Augenblick eingab, und was mir meine immer noch nicht vollständig hergestellte Kraft erlaubt. Wenn ich aber auch hierbei wiederum schwach gewesen bin, so bitte ich den Herrn Abgeordneten um seine Nachsicht, und es würde jedenfalls liebenswürdiger von ihm sein, wenn er mir diese Schwäche nicht so vor versammeltem Kriegsvolke vorwerfen würde. (Bravo! rechts.)

6. Sitzung des Deutschen Reichstags.

15. März 1884.

Nachdem zwei Regierungsentwürfe zum Unfallversicherungsgesetz vom Reichstag abgelehnt worden waren, ging dem Reichstag am 6. März der dritte Entwurf zu. Hierin war vor allem der Reichszuschuß zu der Versicherung beseitigt, den Bismarck wegen der Gewinnung der Arbeiterschaft ursprünglich gewünscht hatte, der aber als „Staatssozialismus" abgelehnt worden

war. Ferner war der Gedanke einer zentralistisch-bürokratischen Reichsversicherung aufgegeben und der Gedanke der berufsgenossenschaftlichen Assoziation durchgeführt. So trugen die Kosten der Unfallversicherung allein die Berufsgenossenschaften, die von den Unternehmern gebildet waren und die unter der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes standen. Nach diesem Gesetz erhielt der Kranke oder Erwerbsunfähige Krankengeld und Versicherungsgeld, so daß die drückendste Sorge vom Arbeiter genommen war. Ferner enthielt der Entwurf die Ankündigung, daß der Kreis der Versicherten — bisher nur dem Haftpflichtgesetz unterworfen, also rund 3 Millionen Industriearbeiter — erweitert würde. Das geschah 1886, wo die 7 Millionen Land- und Forstarbeiter dem Gesetz unterstellt wurden. Am 13. März begann die Debatte. Der sozialistische Abg. v. Vollmar bekämpfte den Entwurf, weil er zur Konzentration des Kapitals führen werde; der Abg. Bamberger, am 14. März, weil er sozialistisch sei. Nach Reden des Staatsministers v. Boetticher, der Abg. v. Hertling und Loewe wird die Debatte auf den 15. März vertagt. Als erster erhebt sich Fürst Bismarck zu folgender Rede, in welcher er wiederum mit der Opposition abrechnet:

Wenn ich in der Generaldebatte über den vorliegenden Gegenstand das Wort nehme, so kann es nicht meine Absicht sein, in erschöpfende Äußerungen über das ausgedehnte Gesamtgebiet des Gegenstandes, der uns beschäftigt, einzugehen, und noch weniger, der Spezialdebatte über die große Anzahl von Artikeln, die die Vorlage hat, in irgendeiner Weise vorzugreifen. Ich halte aber doch für notwendig, über die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Genesis der heutigen Vorlage und zu den Absichten, welche sie mit derselben verbinden, einige Worte zu sagen, die ich wohl am besten an eine Besprechung derjenigen Einwendungen knüpfe, welche in der bisherigen Debatte gegen das Prinzip des Gesetzes im allgemeinen gemacht sind, um dadurch einen Leitfaden zu erhalten.

Ich wende mich zuerst den Äußerungen des ersten Herrn Redners, des Abgeordneten v. Vollmar, zu, die ich vorgestern zwar gehört, aber doch im Augenblick nur gegenwärtig habe nach Maßgabe eines Auszuges, der sich in meinen Händen befindet, da ich mit zu vielen anderen Geschäften in den ersten Tagen meines Hierseins überhäuft bin, um die Sache so gründlich zu prüfen und zu beleuchten, wie es sonst meine Pflicht sein würde.

Der Herr Abgeordnete v. Vollmar hat zuerst eine gewisse Genugtuung, die nicht frei von Schadenfreude war, darüber ausgesprochen, daß die hochfliegenden sozialistischen Pläne, die der ersten Einbringung dieser Vorlage zugrunde gelegen hätten, verschwunden wären. Ja, meine Herren, das ist doch nur scheinbar der Fall. Die Ähnlichkeit unserer dreimaligen Vorlage mit den sibyllinischen Büchern ist keine vollständige; dasjenige, was wir heute nicht mit vorlegen, ist nicht dem Feuer überantwortet, sondern nur zurückgelegt. Sie haben eine terra incognita zu erforschen. Das Feld dieser Gesetzgebung ist zuerst mit der Haftpflicht im Jahre 1871 von Deutschland betreten worden und von den übrigen Regierungen bisher nur im Anschluß an die mehr theoretischen als praktischen Vorgänge der diesseitigen Gesetzgebung angeschnitten worden — von einigen mehr, von anderen weniger. Da haben wir uns schließlich überzeugt, daß die Schwierigkeiten um so größer sind, je breiter die Front ist, in der wir zuerst auftreten und durch die enge Pforte Ihrer Zustimmung zu marschieren versuchen. Wir haben uns — und zwar auf meinen eigenen Antrag, und deshalb gerade halte ich es für meine Pflicht, mich darüber auszusprechen — wir haben uns zunächst auf den engsten notwendigen Rahmen beschränkt. Mein Kollege v. Boetticher hat gestern schon auseinandergesetzt, daß wir damit nicht die Absicht verbinden, die übrigen Berufszweige fallen zu lassen und nicht zu berücksichtigen, sondern daß wir uns nur vor den Gefahren in acht nehmen wollen, auf die das Sprichwort hinweist, daß das Bessere des Guten Feind ist, und daß, wenn man zuviel im einzelnen versucht, man Gefahr läuft, gar nichts zu erreichen. Ich möchte, daß wir und der gegenwärtige Reichstag

das Verdienst hätten, wenigstens etwas, wenigstens den ersten Anfang auf diesem Gebiete zu machen, und auch darin den übrigen europäischen Staaten vorauszugehen. Die Beschränkung ist geboten durch die Betrachtung, daß, je breiter und umfassender die Vorlage ist, je mehr Interessen berührt sind, desto mehr Widerspruch sie bei den Trägern dieser Interessen nach der einen oder anderen Richtung hin wachrufen und hier zur Sprache bringen muß, daß also die Annahme desto schwieriger ist. Das Maß der Beschränkung war meiner Überzeugung nach durch das Maß des Haftpflichtgesetzes geboten; denn ich betrachte es als die erste Aufgabe eines Schrittes auf diesem Gebiete, die Mängel, die sich an den ersten Versuch von 1871, an das Haftpflichtgesetz, geknüpft haben, zu beseitigen. Der Herr Abgeordnete v. Vollmar hat sich dahin ausgesprochen, daß man das Haftpflichtgesetz früher nicht schlecht genug machen konnte und nun doch an dieses Haftpflichtgesetz anknüpfte. Aber gerade dadurch, daß das Haftpflichtgesetz viele Mängel hat, ist ja die Anknüpfung an dasselbe geboten. Die Gesetzgebung muß sich damit beschäftigen, Durchführungsmängel zu beseitigen, ehe sie neue Eroberungen auf dem Gebiete der Nützlichkeit zu machen bestrebt ist. Damit ist die Anknüpfung an das Haftpflichtgesetz gegeben. Die Klagen darüber, die uns zugekommen sind, sind ziemlich allgemein, jedenfalls allgemein genug bekannt, um mich einer Rekapitulation derselben hier zu überheben. Das Resultat ist für uns gewesen: das Haftpflichtgesetz hat nicht zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, wie wir es anstreben, beigetragen. In welcher Art seine Mängel schließlich zu beseitigen sind, ob es nützlich sein kann, die Ungewißheit und die Chancen der Prozesse, die Veranlassung zu Verstimmungen, die das Haftpflichtgesetz geboten hat, auf alle Betriebe auszudehnen, das will ich hier nicht erwägen, dazu werden wir später Zeit haben.

Der Herr Abgeordnete v. Vollmar hat darüber seine Verwunderung ausgesprochen, daß wir nicht vorwärts gekommen sind mit dieser Gesetzgebung seit mehreren Jahren, daß wir neue und andere Vorlagen machen. Ja, meine Herren, unsere Schuld ist das ja nicht. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gestern den Beruf der Regierung verglichen mit dem eines Schusters, welcher die Schuhe anmißt, die er danach beurteilt, ob sie ihm passen oder nicht, und danach annimmt oder zurückschickt. Ich bin durchaus nicht unzufrieden mit diesem bescheidenen Vergleich, durch den Sie die verbündeten Regierungen auf den Standpunkt eines für Herrn Bamberger maßnehmenden Schuhmachers stellen. Der Beruf der Regierung im Sinne Friedrichs des Großen ist, dem Volke zu dienen, und sei es auch als Schuster; der Gegensatz ist, das Volk zu beherrschen. Wir wollen dem Volke dienen. Aber ich mache an Herrn Bamberger den Anspruch, daß er mein Mitschuster sei, um zu verhüten, daß jemand im Volke barfuß gehe, um dazu zu gelangen, daß dem Volke ein passender Schuh auf diesem brennenden Gebiet gemacht werde. (Bravo!) Das vermisse ich bisher.

Der Herr Abgeordnete v. Vollmar ist dann übergegangen auf den Zusammenhang, in welchen er diese unsere Vorlage mit dem Sozialistengesetz bringt. Das ist so, wie er es auffaßt, nicht richtig, daß wir die Vorlage machten, um dadurch mehr Stimmung für das Sozialistengesetz zu gewinnen. Ein Zusammenhang ist ja da, aber er ist ein anderer. Bei Einbringung des Sozialistengesetzes hat die Regierung und namentlich Seine Majestät der Kaiser und, wenn ich nicht irre, auch der Reichstag in seiner Majorität gewisse Wechsel für die Zukunft unterzeichnet und Versprechungen gegeben dahin, daß als Korollär dieses Sozialistengesetzes die ernsthafte Bemühung für eine Besserung des Schicksals der Arbeiter

Hand in Hand mit demselben gehen solle. Das ist meines Erachtens das Komplement für das Sozialistengesetz; und wenn Sie dauernd entschlossen sind, die Lage der Arbeiter nicht zu verbessern, dann begreife ich, daß Sie das Sozialistengesetz ablehnen. Denn es ist eine Ungerechtigkeit, auf der einen Seite die Selbstverteidigung einer zahlreichen Klasse unserer Mitbürger verhindern und auf der anderen Seite ihnen nicht die Hand entgegenreichen zur Abhilfe desjenigen, was unzufrieden macht. Daß die Führer der Sozialdemokratie diesem Gesetz keinen Vorteil wünschen, das begreife ich; sie brauchen eben unzufriedene Arbeiter. Ihre Aufgabe ist es, zu führen, zu herrschen, und die notwendige Vorbedingung dafür sind zahlreiche unzufriedene Klassen. Jedem Versuch der Regierung, diesem Zustand abzuhelfen, mag er noch so gut gemeint sein, müssen sie natürlich entgegentreten, wenn sie die Herrschaft der von ihnen irregeleiteten Massen nicht verlieren wollen.

Also auf die Einwendungen, die von den Führern der Sozialdemokratie kommen, lege ich keinen Wert; auf die Einwendungen, die von Arbeitern im allgemeinen kommen, würde ich einen sehr hohen Wert legen. Unsere Arbeiter sind, Gott sei Dank, nicht alle Sozialdemokraten und sind nicht in dem Maße unempfänglich für die Bestrebungen der verbündeten Regierungen, ihnen zu helfen, vielleicht auch nicht für die Schwierigkeiten, denen diese Bestrebungen auf dem parlamentarischen Gebiete begegnen. Das Parlament hat ja das Recht, jeden Fortschritt in unserer Gesetzgebung zu hindern; Sie haben das unbedingte Veto in der Gesetzgebung, und durch unbeschränkte Ausübung dieses Vetos, sei es, indem Sie die Regierung prinzipiell, sei es, indem Sie sie nur angebrachtermaßen, aber in jedem einzelnen Falle regelmäßig abweisen, können Sie die Gesetzgebung natürlicherweise lahmlegen. Aber es fehlt dem Parlament dabei noch ein anderes Element, was ich für die Sicherheit unserer Zukunft ganz unentbehrlich halte. Das parlamentarische Element, wenn es nur als Hemmschuh benutzt wird, wenn der Beweis dem Volke geliefert wird, daß es wohlwollenden Absichten der Regierung seine Mitwirkung versagt, daß es nur ein einfaches Nein hat, daß es keinen Versuch macht, der Regierung zu helfen — das muß sich natürlich in hohem Maße abnützen und abschwächen, was ich für ein großes Unglück halten würde, denn ich weiß nicht, wie wir das ersetzen sollen. Ich bin in keiner Weise für eine absolutistische Regierung, ich halte eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für ebenso notwendig und nützlich, wie ich eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich halte. (Bravo! rechts.) Das Parlament soll Übel verhindern können; es soll den Gefahren, die bei einer monarchistischen Regierung und bei jeder Regierung mit Verschwendung, mit bürokratischer Beschränktheit und Auffassung vom grünen Tisch, mit Protektionswesen, männlichem und weiblichem, verbunden sein können — denen soll es sein Veto entgegensetzen können. Es soll verhindern können, daß schlechte Gesetze gemacht werden, es soll verhindern können, daß das Geld des Landes verschwendet wird; aber regieren, meine Herren, kann es nicht. — Ich will darauf nicht eingehen; es wird sich noch andere Gelegenheit finden, eine Vorlesung über die fundamentalen Auffassungen in dieser Beziehung zu halten.

Ich weiß auch nicht, was man an die Stelle eines Parlaments setzen würde, um den Gefahren, mit denen eine unparlamentarische, eine Regierung ohne Öffentlichkeit, ohne Preßfreiheit, verbunden wäre, vorzubeugen. Ich meine das vollständig ernsthaft. Ich bin überhaupt kein Parteimann und kein Parteikämpfer — und wenn ich in dergleichen ver-

falle, so kommt das davon, weil der Widerspruch gegen mich immer vom Parteistandpunkte geführt wird; deshalb muß ich notwendigerweise mich auf diese Basis stellen. Meine Befürchtung für die Zukunft ist, daß das Deutsche Reich, das die verbündeten Fürsten und freien Städte, das das Heer und das die preußische Dynastie geschaffen haben, wenn wir die Unterstützung des Parlaments, deren wir bedürfen, nicht erreichen können, wenn sie überhaupt nicht zu haben ist, für niemand und für keine Seite im vollen Maße einer Majorität — daß das Deutsche Reich wirklich Gefahr läuft, daß es durch Reden und Presse, durch Nichtvertrauen wieder auseinanderfalle oder wenigstens in seinen Bestandteilen so locker werde, daß keine sehr großen europäischen Krisen dazu gehören, um dem Bau, auf dem Sie Kämpfe ausführen, als ob Sie auf Felsengrund, der in der Natur gewachsen ist, ständen, Risse und Erschütterungen beizubringen. Ich hoffe meinerseits, die Verwirklichung dieser meiner Befürchtung nicht zu erleben. Aber wir sind, wenn wir auf diese Weise fortfahren mit dieser Leidenschaftlichkeit der Parteikämpfe untereinander, mit dieser Zerrissenheit der Parteien auf dem besten Wege, den zementierten Bau, den die Taten unseres Heeres und die Politik unseres Kaisers geschaffen haben, zu erschüttern; wenn wir ihn auch nicht zertrümmern, so schwächen wir ihn doch in einer Weise, daß er die imponierende Stellung, die er jetzt in Europa hat, und das Vertrauen verliert (Sehr wahr! rechts.), und ich kann nicht unterlassen, meine warnende Stimme vor der Fortsetzung dieses Krieges zu erheben. Ich werde ja nicht mehr lange dazu imstande sein; denn ich bin nur unter der Bedingung dauernd gesund, daß ich dem Beruf, den ich bisher vertrete, Valet sage. Aber ich kann das nicht ungesagt lassen.

Der Herr Abgeordnete v. Vollmar hat auch seinerseits beklagt, daß wir recht gefährliche Betriebe, deren Aufnahme er dringend wünscht, nicht in diese Vorlage aufgenommen haben. Ich habe nun die Gründe auseinandergesetzt, die uns zu dieser Beschränkung veranlaßt haben. Ich will aber die Zusage für die Zukunft geben, daß, soweit ich auf das Geschäft Einfluß habe, wir sofort nach Annahme dieses Gesetzes, ohne Sie mit einer Sommersitzung zu belästigen, aber sofort nach Annahme von irgendeiner haltbaren Substanz dieses Gesetzes, mit der Erweiterung und mit der Ausdehnung desselben auf andere, und zwar in erster Linie auf die Baugewerbe und auch, wenn die Interessenten sich nicht entschieden dagegen wehren, auf das landwirtschaftliche Gewerbe kommen und Ihnen Vorlagen in dieser Beziehung machen werden. (Bravo! rechts.) Das ist eine Zusage, die, wenn ich noch im Dienste bin, jedenfalls eingelöst werden wird, sobald diese unsere jetzige Vorlage nur eine entgegenkommendere und fruchtbarere Aufnahme bei Ihnen findet als die bisherigen. Wenn sie sie nicht findet, nun, dann bleibt nichts anderes übrig, als dasselbe Spiel einer erneuten Vorlage, vielleicht in einer anderen Gestalt, zu wiederholen. Ich würde mich nicht ermüden lassen dadurch, daß wir hier nur Kritik finden. Die Kritik ist bekanntlich leicht, und die Kunst ist schwer. Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sie ist eben eine Kunst, sie ist ebensowenig eine Wissenschaft, wie das Bildhauen und das Malen. Man kann sehr scharfer Kritiker sein und doch kein Künstler, und selbst der Meister aller Kritiker, Lessing, würde es nie unternommen haben, einen Laokoon zu machen. Ich möchte die Herren doch bitten, die die Fähigkeit zu etwas mehr als zur sterilen Negation in sich fühlen, sich zu erinnern, daß auch der Reichstag die Initiative zur Gesetzgebung hat, damit sie nicht bloß zu allem „Nein“ und, wie zu einer

schlecht gemachten Ferienarbeit, sagen: „Sie taugt nichts, noch einmal machen!“, sondern ihrerseits mehr als bisher tun, um sie so zu korrigieren, wie sie glauben, auf der Basis, die ihnen die Regierung bringt, und die die Regierung für annehmbar hält, die Sache mundrecht machen zu können. Auf die entgegengesetzte Basis wird die Regierung, aber unter Angabe ihrer Gründe, nicht eingehen können, worauf ich nachher kommen werde. Bedenken Sie, daß auf die Dauer im Volke man sich doch auch sagen muß: Die Regierung gibt sich alle mögliche Mühe, auf diesem in der Tat schwierigen und sehr brennenden Gebiete irgend etwas zustande zu bringen, sie findet aber keine Gegenliebe dafür im Reichstag, alles, was sie bringt, wird einfach verworfen. Die Klage von Herrn v. Vollmar, daß sich das schon jahrelang unfruchtbar hinzieht, wird sich vielleicht noch ebensoviele Jahre wiederholen. Aber ich konstatiere vor dem Volke und vor den Wählern, daß die Regierung an dieser Verschleppung unschuldig ist, und daß sie, um vorwärtszukommen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat.

Also die Ausschließung von einigen Gewerben, welche Herr v. Vollmar gehässig nennt, ist nur eine provisorische und vorübergehende. Es wird vielleicht nützlich sein, wenn diese Vorlage wieder abgelehnt wird oder angebrachtermaßen abgelehnt wird, Ihnen eine noch kleinere Front zu stellen, bis auf ein Minimum, damit wir endlich den Punkt der Einigung finden, an dem wir dann kristallisierend weiterbilden können bis zu dem großen Umfange, den wir früher in den ersten Vorlagen erstrebt haben. In dieser Beziehung stimme ich vollständig überein mit dem, was der zweite Redner, Herr von Maltzahn, darüber sagte, indem er als sein Ziel die möglichst auskömmliche Versicherung der Arbeiter, und zwar in Zukunft aller Arbeiter, hinstellte. Damit stimme ich vollständig überein. Er wirft dabei den anderen Parteien vor, die Herren wollen die Privatversicherungsgesellschaften nicht aufgeben und wollen den staatlichen Behörden nicht das nötige Maß von Einfluß bewilligen.

Ich nehme hier Gelegenheit, sofort das Thema der Konkurrenz der Privatversicherungsgesellschaften zur Sprache zu bringen. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat namentlich in diesem Punkte Anklagen gegen die Vorlage erhoben; ich komme auf die Ausdrücke, die er gebraucht hat, nachher zurück, aber ich will hier das Prinzip aussprechen im Namen der verbündeten Regierungen, daß wir Unfälle und Unglücksfälle überhaupt nicht für eine geeignete Operationsbasis zur Gewinnung hoher Zinsen und Dividenden halten (Bravo! rechts.), daß wir dem Arbeiter die Versicherung gegen diese und andere Übel so wohlfeil verschaffen wollen, wie es irgend möglich ist, und daß wir es für unsere Pflicht halten, den Preis der Versicherung soweit als möglich herunterzudrücken im Interesse der Arbeiter und der Industrie, der Arbeitgeber ebenso wie der Arbeiter. Nun, glaube ich, gibt es niemand, der den Preis so wohlfeil stellen kann, wie er durch die Gegenseitigkeit der Versicherung, die jede Verzinsung perhorresziert, durch den Staat, durch das Reich, gemacht werden kann. Sie haben den Reichszuschuß verworfen, und ich habe mich, um nur etwas zustande zu bringen, dieser Notwendigkeit gefügt — oder, ich will richtiger sagen: die verbündeten Regierungen haben sich der Notwendigkeit gefügt, diese ihre Absicht fallen zu lassen und Ihnen so weit entgegenzukommen, daß der Reichszuschuß aus dem Gesetz entfernt ist. Daß jemand eine Privatversicherungsgesellschaft bildet, halte ich nicht für unmoralisch, und ich halte es menschlich auch für ganz natürlich, daß er in diesem Geschäft die Verzinsung seiner Kapitalien erstrebt, wenn es sein kann, auch einen erheblichen Überschuß,

eine möglichst hohe Dividende. Aber die ungeheuerlichen Dividenden, welche einige Feuerversicherungsaktiengesellschaften — 38 bis 50, oder wieviel Prozent jährliche Dividende — verdient haben, halte ich in der Tat mit den Grundsätzen der öffentlichen Moral nicht vollständig vereinbar; wenigstens kann der Staat auf diesen Gedanken nicht eingehen.

Etwas anderes aber ist es, ob der Staat das Recht hat — unter „Staat" hier immer das Reich gedacht —, ob der Staat das Recht hat, die Erfüllung einer staatlichen Pflicht, nämlich der, den Arbeiter vor Unfall und vor Not, wenn er geschädigt oder wenn er alt wird, zu schützen, dem Zufall zu überlassen, daß sich Aktiengesellschaften bilden, und daß diese von den Arbeitern und den Arbeitgebern so hohe Beiträge nehmen, wie sie nur irgend erreichen können. Ob er sich diesen Erscheinungen, diesen Schäden gegenüber der Erfüllung der Pflicht, seinerseits zur Verbesserung der Lage etwas zu tun, entziehen will oder nicht, ist eine andere Frage. Sobald aber der Staat überhaupt diese Sache in die Hand nimmt — und ich glaube, es ist seine Pflicht, sie in die Hand zu nehmen —, so muß er die wohlfeilste Form erstreben und muß seinerseits keinen Vorteil davon ziehen, sondern den Vorteil der Armen und Bedürftigen in erster Linie im Auge behalten. Man könnte ja sonst die Erfüllung von bestimmten Staatspflichten, wie es also unter anderen die Armenpflege im weitesten Sinne des Wortes ist, wie es die Schulpflicht und die Landesverteidigung sind — man könnte ja die Erfüllung aller dieser Staatspflichten mit mehr Recht Aktiengesellschaften überlassen und sich fragen, wer es am wohlfeilsten tut, und wer es am wirksamsten tut. Ist die Fürsorge für den Bedürftigen in höherem Maße, als die jetzige Armengesetzgebung es tut, eine Staatspflicht, dann muß der Staat sie auch in die Hand nehmen, er kann sich nicht damit trösten, daß eine Aktiengesellschaft das übernehmen wird. Es kommt dabei dasselbe zur Sprache, wie bei den Privateisenbahnen, denen das Verkehrsmonopol ganzer Provinzen in Ausbeutung gegeben wurde. Ebenso kann man auch weiter glauben, daß die gesamte Staatspflicht schließlich der freiwilligen Bildung von Aktiengesellschaften überlassen werden müsse. Das Ganze liegt in der Frage begründet: Hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „praktisches Christentum" einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich. Diejenigen Zwecke, die der einzelne erfüllen kann, wäre es Torheit, für eine Korporation oder gemeinsam in die Hand zu nehmen; diejenigen Zwecke, die die Gemeinde mit Gerechtigkeit und Nutzen erfüllen kann, wird man der Gemeinde überlassen. Es gibt Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesamtheit erfüllen kann. Ich will über die über der Gemeinde liegende Korporation der Provinz oder des Einzelstaates hinweggehen. Zu diesen letzten Zwecken gehört die Landesverteidigung, gehört das allgemeine Verkehrswesen, gehört alles mögliche, was in der Verfassung in Artikel 4 besagt ist. Zu diesen gehört auch die Hilfe der Notleidenden und die Verhinderung solcher berechtigter Klagen, die das wirklich nutzbare Material zur Ausbeutung durch die Sozialdemokratie ja in der Tat geben. Das ist die Staatsaufgabe, der wird sich der Staat nicht auf die Dauer entziehen können.

Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne einen solchen können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus. Es gibt ja Staaten, die sich vom Sozialismus so fern halten, daß Armengesetze überhaupt nicht bestehen; — ich

erinnere Sie an Frankreich. Aus diesen französischen Zuständen erklärt sich ganz natürlich die Auffassung des ausgezeichneten Sozialpolitikers, den der Herr Abgeordnete Bamberger zitierte, Léon Say; in diesem spricht sich eben die französische Auffassung aus, daß jeder französische Staatsbürger das Recht hat, zu verhungern, und daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu verhindern. (Hört, hört! rechts.)

Sie sehen auch, daß dort die sozialen Zustände seit Jahren, seit der Regierung der Julimonarchie, nicht vollständig haben zur Ruhe kommen können, und ich glaube, daß Frankreich nicht auf die Dauer umhin können wird, etwas mehr Staatssozialismus zu treiben, als es bisher getrieben hat. War nicht zum Beispiel auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung glorioſen Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch? Gibt es einen stärkeren Staatssozialismus, als wenn das Gesetz erklärt, ich nehme dem Grundbesitzer einen bestimmten Teil des Grundbesitzes weg und gebe denselben an den Pächter, den er bisher darauf gehabt hat, und zwar nicht nach Maßgabe des Bedürfnisses dieses Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjektes, wie es früher bestanden hat? Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Atmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich tue aus eigenem Antriebe meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, solange ich hier das Wort nehmen kann. (Bravo! rechts.) Die Frage, ob ich damit Erfolg habe oder nicht, liegt mir außerordentlich fern, die geht mich nichts an; für die Abstimmungen des Reichstages sind die abstimmenden Herren verantwortlich, nicht ich, und wenn der Reichstag über das, was die verbündeten Regierungen vorschlagen, anderer Meinung ist, so bin ich weit entfernt, dies, wie gewöhnlich der triumphierende Ausdruck der Opposition lautet, als eine Niederlage der Regierung zu betrachten. Ja, wer die Niederlage dabei erleidet — plectuntur Achivi. Ist das Gesetz, das Sie abgelehnt haben, wirklich objektiv betrachtet ein gutes gewesen, so wird die Niederlage im Zeugnis der Geschichte und in der guten Meinung des Landes schließlich auf Seite der Ablehnenden sein; ist es schlecht, ist es fehlerhaft gewesen, nun, dann bin ich der Letzte, der sich für so unfehlbar hält, daß er sich nicht nach Jahren freuen würde, daß er verhindert worden ist, ein schlechtes Gesetz zu machen. Das ist eben, wie ich vorher sagte, die Aufgabe der allgemeinen Zensur, der unsere Gesetze unterworfen sind, des Siebes, durch das sie gehen müssen, ehe sie, wie in der absoluten Monarchie sofort, die Gesetzeskraft erreichen.

Ich kann die Einwendungen übergehen, die der Herr Abgeordnete Oechelhäuser gemacht hat, weil ich die Unmöglichkeit, in diesem Gesetz eine Dividende von Unglücksfällen zuzulassen, oder vielmehr mit als Grundlage des Gesetzes hinzustellen, schon erwähnt habe, und weil seine übrigen Bemerkungen sich doch mehr auf die Spezialdiskussion beziehen als auf die generellen Punkte, die uns gegenwärtig beschäftigen.

Ich kann überhaupt zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Bamberger übergehen, weil derselbe in den seinigen die Vorredner einigermaßen resümiert und so als Leitfaden dienen kann. Der Herr Abgeordnete hat im Eingang seiner Rede erwähnt, daß

„gestern — also vorgestern — als Vorspiel der Tagesordnung wieder einmal das Verderbliche und Verwerfliche jeder Opposition auseinandergesetzt worden“ ist. Meine Herren, das ist doch gar nicht gerecht, meine Stellungnahme zu der Sache so zu charakterisieren, als ob ich jede Opposition als verwerflich behandelt hätte, ich habe es nur abgelehnt, meinerseits mitzuwirken zu den Zwecken der Opposition; meine ganze Rede von damals resümiert sich in dem Satze: Ich will mich nicht vorspannen lassen vor den Triumphwagen der Opposition. Ich habe selbst Opposition gemacht in meinem Leben unter anderen Ministerien. Der Herr Abgeordnete hat doch wohl zuviel gesagt, und bei der milden Auffassung, die ihm ja in seiner ganzen Rede eigentümlich ist, wird er auch gern einsehen, daß er mir Unrecht getan hat. Bei der Kritik, die er nachher macht, vergißt er einigermaßen doch seine Stellung als — wie ich vorher sagte, und der Kürze halber wiederhole — als Mitschuster, da er nämlich verpflichtet ist, mit uns in Gemeinschaft den Weg zu gehen, auf dem wir uns auf dieser neuen terra incognita bewegen können, oder mit klaren Worten zu sagen: Wir wollen überhaupt keine Änderung der Gesetzgebung, wir wollen den status quo beibehalten und sind mit ihm zufrieden. Das hat er aber nicht gesagt, er hat im Gegenteil im Anfang seiner Rede die Hoffnung auf das Zustandekommen ausgesprochen; ich glaube aber, er wäre der Aufrichtigkeit unserer gegenseitigen Beziehungen schuldig, entweder Nein zu sagen und zu sagen: Ich will nichts Derartiges, oder wenn er etwas Derartiges will, doch seinerseits zu präzisieren, wie er es will.

Er nennt die ganze Sache künstlich. Ja, meine Herren, die Sache ist in der Tat nicht so leicht, und ohne Künstlichkeit lassen sich so verwickelte, schwierige, umfängliche Fragen, wie die vorliegende ist, nicht lösen. Wenn die Sache so einfach wäre, dann könnten Sie uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir ein so künstliches Gebäude aufrichten. Machen Sie es doch Ihrerseits besser, weniger künstlich und einfacher — der Reichstag hat die Initiative der Gesetzgebung —, aber stellen Sie sich nicht ganz passiv zu dieser Sache, oder bekennen Sie aufrichtig: Wir wollen fortfahren, die Aktiengesellschaften in ihren Dividenden zu schützen, und nach Kräften die Kapitalien, die in diesen Gesellschaften stecken, auszubeuten, so gut wir können. Das ist auch ein Standpunkt.

Der Herr Abgeordnete hat es als etwas ganz Neues bezeichnet, daß wir ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einführen wollten. Ich habe schon vorhin vorweg genommen, daß das sozialistische Element nichts Neues ist und der Staat gar nicht ohne einen gewissen Sozialismus bestehen kann. Die ganze parlamentarische Bewegung hat sich seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo man anfing, die Rudimente der konstitutionellen Regierung auszuarbeiten, in mißverstandener Analogie mit der historisch herausgewachsenen von England, mit der Teilung zwischen Exekutive und Legislative beschäftigt, und die Parteien, die es da gab, waren nur politische. Meine Herren, daraus sind gewisse Grundsätze stationär geworden, die man in neuester Zeit wieder vergißt, wie der der Trennung zwischen Exekutive und Legislative. Dieselben vermischen sich häufig, und es entstehen Konflikte dadurch, daß die Legislative in die Exekutive übergreift. Diese drei Momente, Exekutive, Legislative und Rechtsprechung, sind ein wirklich nutzbarer Niederschlag von all den Experimenten, die seit Montesquieu und anderen auf diesem Gebiete stattgefunden haben. Daran könnten wir festhalten; im übrigen aber glaube ich, daß die politischen Parteien und die Gruppierung nach hoher Politik und politischen Programmen

sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig tun, gedrängt werden, daß sie Stellung nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen, und mehr als bisher Interessenpolitik treiben. Es liegt das im Geiste der Zeit, der stärker ist, als sie sein werden. Ich begreife, daß es den Parteiführern, die auf der Basis bestimmter Programme auf politischem Gebiete gewählt sind, wie zum Beispiel die Führer der sozialdemokratischen Partei, die ich auch nur für eine politische, nicht für eine wirtschaftliche halte, schwer wird, die eroberte und befestigte Stellung aufzugeben; aber die Parteien werden in der Politik wie Eis und Schnee verschwinden und schmelzen. Sie werden genötigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirtschaftlichem Gebiete umzusehen, und ich zweifle nicht, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Wähler, die das gleiche Interesse haben, sich zusammenfinden und es als nützlich einsehen werden, daß sie sich vorzugsweise durch Leute aus ihrer Mitte vertreten lassen, daß sie sich von dem Glauben losmachen werden, daß der beste Redner auch der geschickteste und loyalste Vertreter ihrer Interessen sei. Ich glaube, wir werden es noch erleben, daß man auf den heutigen Standpunkt, der sich noch mehr an die Zeitperiode der Dreißiger anschließt als an die wirkliche Realität des heutigen menschlichen Lebens, mit Achselzucken zurückblicken wird; jedenfalls werden unsere Kinder und Enkel für unsere heutigen Fraktionskämpfe nur ein Achselzucken haben und ihr Bedauern darüber aussprechen, daß unsere Zeit so gehandelt hat. Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der Sozialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar hingestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staatssozialismus genug treibt; er läßt ein Vakuum an einer Stelle, auf der er tätig sein sollte, und dieses wird von anderen, von Agitatoren, die dem Staat ins Handwerk pfuschen, ausgefüllt. Die Machtmittel, die auf diesem Gebiete zu finden sind, fallen in andere als staatliche Hände, und den Gebrauch, der gemacht wird, können wir doch nicht mit sicherer Ruhe abwarten. Der Herr Abgeordnete v. Vollmar hat, wie ich aus diesem vollständigen Resümee, welches der Herr Abgeordnete Bamberger gegeben hat, ersehen habe, seinerseits zugegeben, daß die Ideale der Sozialdemokratie überhaupt in einem einzelnen Staate nicht verwirklicht werden könnten, sondern nur dann erreichbar wären, wenn eine allgemeine internationale Grundlage gegeben wäre. Ich glaube das auch, und deshalb halte ich sie für unmöglich, denn diese internationale Grundlage wird nie vorhanden sein; aber selbst wenn das der Fall wäre, so möchte doch die Zwischenzeit lang genug sein, um einen modus vivendi für sie zu finden, der für die Bedrückten und Notleidenden bei uns etwas erträglicher und angenehmer ist. Mit Anweisungen, die vielleicht im nächsten Jahrhundert noch nicht fällig sind, können wir sie doch nicht trösten; wir müssen etwas geben, was von morgen oder übermorgen ab gilt.

Dem Herrn Abgeordneten Bamberger hat sich bei dieser Rekapitulation der v. Vollmarschen Äußerungen die Überzeugung aufgedrängt, daß der Herr Abgeordnete v. Vollmar und die Sozialdemokraten die Sache auf einen praktischeren Standpunkt stellen als die verbündeten Regierungen und die Sache geschickter auffassen. Meine Herren, wir wollen über das Maß von Klugheit, das jedem von uns innewohnt, nicht streiten. Ich erkenne sehr gern an, daß sowohl der Herr Abgeordnete v. Vollmar als der Herr Abgeordnete Bamberger beide sehr viel klüger sind als die gesamten Regierungen; aber wir sind nun einmal nicht klüger und müssen, solange wir an dieser Stelle stehen, so verbraucht werden, wie wir sind, in unserer Beschränktheit. Lassen Sie den Mangel an Begabung, der den Regie-

rungen im Vergleich zu den Abgeordneten v. Vollmar und Bamberger innewohnt, die Sache, die wir vertreten, nicht entgelten! Das ist die einzige Bitte.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat eingewendet, daß die vorgeschlagene Organisation mit dem Worte „frei“ und mit dem Begriffe der Freiheit nicht stimmt; es wäre zuviel Zwang dabei, und das Motto des Ganzen wäre: „Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Meine Herren, die Freiheit ist ein vager Begriff; die Freiheit, zu verhungern, kann niemand gebrauchen. Aber hier ist die Freiheit meines Erachtens auch gar nicht beschränkt und nicht in Widerspruch mit sich selbst. Die Vorlage will eine Freiheit in derOrganisation, aber die Leistung will sie obligatorisch machen. Das Wie der Leistung überläßt sie den Beteiligten, die ja ihrerseits — um in dem Bambergerschen Bild zu bleiben — wissen werden, welche Sorte Schuhzeug sie am wenigsten drückt, und wie sie das Leder tragen wollen, was wir ihnen bieten.

Das Wort: „Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ ist ja überhaupt ein unberechtigtes. Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Worte „frei“, und dabei hat es immer noch mehr Zauber, wenn es vor irgendein anderes Adjektiv gesetzt wird. (Heiterkeit.)

Meiner Erfahrung nach versteht jeder unter „Freiheit“ nur die Freiheit für sich selbst und nicht die für andere, sowie die Verpflichtung der anderen, sich jeder Beschränkung der Freiheit des Empfindenden absolut zu enthalten. Kurz, sie verstehen unter „Freiheit“ eigentlich „Herrschaft“; unter „Freiheit der Rede“ verstehen sie „Herrschaft der Redner“, unter „Freiheit der Presse“ verstehen sie den vorherrschenden und vorwiegenden Einfluß der Redaktionen und der Zeitungen. Ja selbst, meine Herren — ich spreche dabei nicht konfessionell — in allen Konfessionen findet es sehr häufig statt, daß unter „Freiheit der Kirche“ die Herrschaft der Priester verstanden wird — ich nehme unsere Konfession nicht aus, ich bin weit entfernt, dabei an den Kulturkampf oder an menschliche Schwächen überhaupt rühren zu wollen —, von der menschlichen Schwäche will ich nicht reden, sondern von der menschlichen Gewohnheit, die eben die Bedeutung der eigenen Person, die Herrschaft der einzelnen Person und ihren Einfluß über die Allgemeinheit stellt unter dem Vorwande, daß die Freiheit es fordere. Das ist ja in unserer deutschen Geschichte markanter ausgeführt als in irgendeiner anderen. Wie scharf ist nicht in den Jahrhunderten des Verfalls des Deutschen Reichs immer die germanische Freiheit akzentuiert worden! Was war denn darunter zu verstehen? Die Freiheit der Fürsten vom Kaiser und die Herrschaft des Adels über die Leibeigenen! Sie wollten ihrerseits frei sein; das heißt „frei sein“ war bei ihnen und auch bei anderen mit dem Begriff „herrschen“ identisch, sie fühlten sich nicht frei, wenn sie nicht herrschten. Deshalb hat mich dieses Wort überall, wo ich „frei“ vor einem anderen Adjektiv lese, argwöhnisch gemacht, auch das Wort „freisinnig“ — sinnig, das mag wohl sein (Heiterkeit.), aber Freisinnigkeit ist eigentlich gleichbedeutend mit Herrschsucht oder Engherzigkeit oder Unduldsamkeit. Kurz und gut, ich traue dem Worte nicht (Heiterkeit.), aus dem Grunde, weil keiner die Freiheit für alle will, jeder will sie für sich, aber nur so frei, daß die anderen ihm zu gehorchen und zu folgen haben. Ich muß meinerseits gegen die Bezeichnung, die diese Fraktion gewählt hat, mich verwahren und werde sie amtlich nicht benutzen. Ich glaube nicht, daß eine Fraktion das Recht hat, sich ausschließlich eine Gesinnung zu vindizieren, an der wir alle den gleichen Anteil haben. (Zustimmung.)

Ich glaube, wir sind alle freisinnig; freisinnig κατ' ἐξοχήν — das heißt: wir; die anderen sind es nicht, aber wir. Eine Partei könnte sich gerade so gut nennen die „ehrliche Partei", was doch lediglich ein Vorwurf für die anderen wäre, daß sie nicht ehrlich sind. (Zuruf links: Konservativ!) Konservativ allerdings auch, das ist ein sehr bedenklicher Ausdruck, das gebe ich Ihnen zu; aber konservativ sind wirklich einige und andere nicht, freisinnig aber glauben wir alle zu sein, und ehrlich glauben wir auch alle zu sein. Es könnte sich auch eine Partei vorzugsweise die monarchische nennen, während wir alle glauben oder behaupten, monarchisch gesinnt zu sein. (Zuruf links: Oder Reichspartei!)

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat sodann gegen das Umlageprinzip im allgemeinen einiges geäußert, was ich nicht so scharf motiviert finde, wie seine Äußerungen sonst zu sein pflegen. Er sagt: Wir versündigen uns mit dem Umlageprinzip an der Zukunft des Reichs, namentlich an der Zukunft, die nach siebzehn Jahren folgen wird, also von 1901 ab. Ich möchte umgekehrt sagen: Wenn wir jetzt sofort die gesamte Last übernehmen, würden wir uns an der Gegenwart versündigen; wir würden uns an der Möglichkeit der Einführung versündigen, wenn wir ganz plötzlich eine sehr viel größere Last, als zur Einleitung und Ausprobierung dieses Systems überhaupt nötig ist, übernehmen wollten. Das ist für mich ein ganz unannehmbarer Gedanke, die Kosten dieser Entdeckungsreise, die wir in ein unbekanntes Land machen, sofort auf einen Maßstab hinaufzuschrauben, der der indizierte wäre, wenn wir dieses unbekannte Land annektiert haben und mit einem gewissen Luxus regieren.

Ich will mich darauf beschränken, dieser Behauptung der Sünde an der Zukunft zu widersprechen. Die Sünde an der Gegenwart halte ich für eine Todsünde. Die Vergangenheit hat manches an uns gesündigt, und wir müssen es eben auch tragen, aber ich glaube, hier liegt noch gar keine Sünde an der Zukunft vor.

Ich habe vorher bei Gelegenheit der Privatversicherungen und deren Konkurrenz eine Seite der Sache noch zu berühren vergessen, das ist nämlich die Privatversicherung auf Gegenseitigkeit. Ich glaube, daß wir durch deren Zulassung uns die Ausführung des Unternehmens, das die verbündeten Regierungen vorhaben, wesentlich erschweren würden; wir würden auf diese Weise eine Konkurrenz herstellen, deren erstes Ergebnis notwendig eine Verteuerung des Unternehmens sein würde wegen Verkleinerung des Wirkungskreises. Der übergroße Wirkungskreis wird hier getadelt. Herr v. Boetticher hat schon gesagt: Er ist nicht größer als der mancher Privatgesellschaft. Aber gerade in seiner Größe liegt die Tragfähigkeit, und die staatliche Einrichtung würde außerordentlich viel kostspieliger werden, wenn sie sich nicht auf das Ganze erstreckte. Die Verwaltung jeder einzelnen Genossenschaft würde kostspieliger werden, wenn sie einen beliebigen Unfall ihrerseits in partes übernehmen könnte für eigene Versicherung. Ich würde darin eine Lähmung sehen für das Gedeihen, die die Aufrichtigkeit, die Wirksamkeit unserer Probe, die wir machen, in Zweifel stellen würde, und die ich für gefährlich halte.

Ich würde nicht glauben, wenn ich auch alle diese Sachen der Spezialberatung vorbehalte, der Meinung der verbündeten Regierungen zu präjudizieren, wenn ich es ausspreche, daß ich meiner Überzeugung nach nur für eine exklusive einheitliche Versicherung stimmen kann ohne Konkurrenz der freien Versicherung. Ich kann mein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß wir, um etwas zustande zu bringen, in der Krankenversicherungsfrage diese Konzession haben machen müssen. Indessen das ist jetzt gültiges Recht, darüber

läßt sich weiter nicht streiten, und ich füge mich ohne weiteres dem, was besteht. Aber ich möchte diese Schwächung der Institution, die in der Beschränkung der Teilnahme eben liegt, doch nicht weiter ausdehnen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger sagt, dies sei keine gewissenhafte Gesetzgebung. Ja, warum treibt ihn sein Gewissen denn nicht, sie anders zu machen durch seine Anträge? Diese Anklage ist ebenfalls eine ungerechte. Sie können vielleicht sagen: Es ist eine unpraktische Gesetzgebung, es ist eine ungangbare Gesetzgebung; aber von Haus aus uns anzuklagen, daß wir gewissenlos wären, indem wir sie vorbringen, das ist gerade das Gegenteil von dem, was der Fall ist. Uns treibt nur unser Gewissen. Wir wenigen Leute, die wir jetzt die verbündeten Regierungen vertreten, was haben wir denn von der Sache, ob es gut oder schlecht geht? Schlechte und gefährliche Entwickelungen können wir ebensogut vertragen wie Sie. Wir müssen es aushalten, wenn es über uns ergeht, wir sind den sozialen Gefahren nicht mehr ausgesetzt als Sie — das ist eine allgemeine Sache; und einen anderen Grund als den, daß uns unser Gewissen treibt, unsere staatliche Pflicht, von der wir glauben, daß sie der Regierung obliegt, zu erfüllen, vorauszusetzen, ist eine Ungerechtigkeit — ich will nicht sagen, eine absichtliche Verdächtigung, aber doch eine objektive Verdächtigung. Es ist ein Redeargument, das Kollegen des Herrn Bamberger wohl öfter anwenden, in Bezug auf die letzten Zwecke der Gesetzgebung. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat sich früher solcher Suggestionen, solcher Appelle an unser eigenes Gewissen enthalten, und ich möchte, daß er dabei bliebe. Daß wir zu den Assignaten kommen könnten, ist eine ungeheure Übertreibung, Herr Bamberger überschätzt die Ausgabe, wenn er behauptet, sie wird auf 200 bis 300 Millionen kommen können, und selbst das wäre noch keine Assignatenwirtschaft für das Deutsche Reich, da bei weitem der größte Teil dieser Summe doch durch Beitragspflicht der leistungsfähigen und zahlbaren Genossenschaften aufgebracht werden würde. Die Summe aber übersteigt um das Vielfache — wenn die Sachverständigen sich darüber äußern, so werden sie den Irrtum besser nachweisen als ich — sie übersteigt um das Vielfache den wirklichen Betrag.

Der Herr Abgeordnete spricht nachher sein Bedauern aus über die „sozialistische Schrulle". — Es ist doch eine harte Äußerung, wenn man die sorgfältigen, drei Jahre lang erwogenen Entschließungen der verbündeten Regierungen in Deutschland, die sie Ihnen nochmals, zum drittenmal, vorlegen in der Hoffnung, endlich Ihre Zufriedenheit zu erlangen, mit dem Wort „sozialistische Schrulle" bezeichnet; eine sozialistische Schrulle ist vielleicht die ganze Staatseinrichtung, und wenn jeder auf eigene Hand leben könnte, so wären vielleicht alle sehr viel freier, aber auch sehr viel weniger geschützt und gedeckt. Wenn der Herr Abgeordnete die Vorlage eine sozialistische Schrulle nennt, so sage ich einfach, es ist nicht wahr, und meine Behauptung hat so viel Recht wie die seinige.

Er braucht ferner den Ausdruck, daß die Alters- und Invalidenversorgung „schimärische Pläne" wären. Es kommt nachher das Wort nochmals in seiner Rede vor „schimärische Unternehmungen". Der Herr möge mir den Ausdruck verzeihen — darin liegt eine Überhebung des Urteils. Schimärisch ist nichts an unserer Vorlage; unsere Vorlagen sind vollständig natürlich, sie sind der Ausdruck eines vorhandenen Bedürfnisses. Ich habe die Überzeugung, der Herr Abgeordnete sieht vielleicht weiter in die Zukunft, er hat das Deutsche Reich ja sehr viel früher tatkräftig erstrebt, als wir anderen noch in preußischen

Partikularismus befangen waren: er sieht also viel weiter in die Zukunft; es kann sein, daß er es ausführt. Dann kann ich nur sagen: magnum voluisse ist auch etwas wert. Aber eine Schimäre ist die Erfüllung einer Staatspflicht niemals, und als solche erkenne ich sie an, als eine Gesetzgebungspflicht. Es ist in der Tat kein erfreuliches Gewerbe, sich einem Kunden gegenüber, wie der Abgeordnete Bamberger ist, diesen staatlichen Schusterdiensten zu widmen, wenn man uns mit Hohn, mit Undank bei wirklichen Anstrengungen behandelt, wenn man eine Vorlage, die ausgearbeitet ist, um es Ihnen recht zu machen, als „Schrulle" und „Schimäre" bezeichnet. Ich möchte überhaupt empfehlen, daß wir in den Ausdrücken, mit denen wir gegenseitig unsere Bestrebungen charakterisieren, etwas milder wären. Die scharfen Ausdrücke dienen ja selten dazu, den andern dankbar zu überzeugen, im Gegenteil, er sucht nur nach mehr Waffen, um seine Überzeugung festzuhalten. Ich möchte doch vorschlagen, daß keiner von uns die Initiative ergreift, den Ton zu verlassen, in dem gebildete Leute bei uns in Berlin überhaupt miteinander zu verkehren pflegen. Ich möchte vorschlagen, denselben namentlich da nicht zu verlassen, wo man sich vor dem Publikum und in zahlreicher Versammlung über viele Stühle hinweg solche unfreundlichen Worte zuruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger davon spricht, daß einer sozialistischen Schrulle zuliebe das längst gefestigte Versicherungswesen im Reiche aufgehoben werden solle, so erwidere ich: Wenn der Staat sich überhaupt mit der Unfallversicherung beschäftigt, so ist das jetzige Versicherungswesen eben zu teuer. Es ist gefestigt, aber auf wessen Kosten? Auf Kosten der notleidenden Armen und auf Kosten der Industrie, deren Exportfähigkeit durch die Lasten, die ihr durch die Versicherung auferlegt werden, gemindert wird, und diese Lasten gerade wollen wir unsererseits erleichtern durch die generelle und deshalb wohltätige Einrichtung.

Ich glaube, ich bin am Ende des Fadens, den mir die Vorredner gegeben haben, angelangt und habe dieser meiner Stellungnahme zu der Diskussion von gestern und vorgestern nur die Bitte hinzuzufügen, daß die Herren den verbündeten Regierungen ihrerseits entgegenkommen und ihnen als Pfadfinder in einem unbekannten Lande, das zu betreten wir für eine staatliche Pflicht halten, als Führer nach ihrer Erfahrung und ihrer Ansicht dienen, aber nicht daran zweifeln, daß es uns ehrlich darum zu tun ist, den inneren Frieden und namentlich den Frieden zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu festigen und zu einem Ergebnis zu gelangen, wodurch wir in den Stand gesetzt werden, auf eine Fortsetzung dieses Ausnahmegesetzes, das wir Sozialistengesetz benennen, zu verzichten, ohne das Gemeinwesen neuen Gefahren dadurch auszusetzen. (Bravo! rechts.)

Nach weiterer Diskussion wird die Vorlage einer Kommission überwiesen. Der in mehreren Punkten umgeänderte Entwurf wird in dritter Lesung am 27. Juni angenommen.

9. Sitzung des Deutschen Reichstags.

20. März 1884.

Beraten wird die Forderung der Regierung, das Sozialistengesetz auf weitere zwei Jahre zu verlängern. Nach der empfehlenden Rede des nationalliberalen Abg. Marquardsen bekämpft Abg. Bebel es in großer Rede, in welcher er darauf hinweist, daß die sozialdemokratische Partei unter dem Druck der Verfolgung zusammengeschweißt sei. Minister v. Puttkamer schildert dann

ausführlich die revolutionäre Gefährlichkeit der Sozialdemokratie unter eingehender Darstellung von Bebels Buch „Die Frau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ und zeichnet damit ein Bild des sozialistischen Zukunftsstaates. Nach ihm spricht Abg. Windthorst gegen das Ausnahmegesetz und sieht den einzigen Schutz gegen die Sozialdemokratie in der Religion. Er hofft, daß Bismarck in Preußen mit der Wiedergabe der Religion an das Volk — auch mit dem Ende des Kulturkampfes — Ernst machen werde. Fürst Bismarck setzt in seiner Rede die Grundgedanken des Sozialistengesetzes und der Sozialpolitik auseinander, wobei er der Freisinnigen Partei und ihrer Agitation die Schuld an dem Anwachsen der Sozialdemokratie zuschiebt:

Meine Herren, es lag nicht in meiner Absicht, nach dem erschöpfenden Vortrage, den mein Kollege[1] zur Rechten über die Sache gehalten hat, überhaupt das Wort zu nehmen; ich bin nur dazu veranlaßt durch einige Bemerkungen, in denen meine Tätigkeit und meine Äußerungen berührt worden sind, und namentlich durch den Appell, den der verehrte Herr Vorredner in diesem Augenblick an mich gerichtet hat in Bezug auf den Vorschub, den seiner Meinung nach die preußische Gesetzgebung der Sozialdemokratie so, wie sie Herr v. Puttkamer Ihnen geschildert hat, leistet. Ich möchte ihm da die Frage stellen, ob er mit der kirchlichen Gesetzgebung in Österreich seinerseits auch unzufrieden ist, ob da dieselben Ursachen obwalten, und ob sie auch dort als Erklärung für die bedauerlichen Verbrechen, die in neuester Zeit zum Durchbruch gekommen sind, gelten können. Ich habe mich bisher immer gefragt, und es ist ja als Maßstab für mich auch wünschenswert und notwendig, das zu wissen — ob es richtig ist, daß, wenn die katholische Kirche in Preußen so gestellt wäre, wie in Österreich, Sie (zum Zentrum) ganz zufrieden sein würden. (Rufe im Zentrum: Nein!) — Also auch dann noch nicht? (Heiterkeit.)

Welches sind nun die Gründe, weshalb die Sicherheit, die Fortschritte zur rechten Ordnung, die bei uns vermißt werden, und deren Abwesenheit, deren Nichtvorhandensein der Herr Vorredner zum Teil wenigstens mit unserer kirchlichen Gesetzgebung in Verbindung bringt, dort in Österreich auch etwas viel zu wünschen lassen? Ich möchte der Überschätzung entgegentreten, die ich bei manchen Katholiken gefunden habe, daß nämlich gerade ihr Glaube stärker gegen die sozialdemokratischen Verirrungen wäre, daß er ein sicherer, festerer Schild dagegen wäre als andere christliche Konfessionen. Gehen Sie die Geschichte der Völker durch, und Sie finden die eigentümliche Erscheinung, daß gerade vorzugsweise die Katholiken sich durch ihre innere Einigkeit, durch innere Ordnung und inneren Frieden nicht ausgezeichnet haben. Nehmen Sie die Polen, nehmen Sie die Irländer, nehmen Sie die romanischen Völker, das allerchristlichste Frankreich: sie sind durch innere Streitigkeiten zerrissen worden. Die italienischen Zustände werden auch dem katholischen Bedürfnis nicht vollständig genügen. Die katholischen Republiken von Südamerika bieten nicht dasselbe Bild eines geordneten und regelmäßigen Friedens, wie die nordamerikanischen Freistaaten; in England sind die Verhältnisse viel günstiger als in Irland, und die bisher fast ausschließlich evangelischen Staaten, wie Holland, Dänemark und Schweden, lassen in Bezug auf ihren sozialen Frieden kaum etwas zu wünschen übrig. Ich will keine Polemik beginnen, keinen Streit darüber, welche Form unseres Bekenntnisses zu Gott die richtigere und wirksamere auf diesem Felde sein wird, ich will nur gewissermaßen in der Abwehr auf diese Seite der Sache hinweisen, in der Abwehr gegen die Vorwürfe, als ob ich Mittel, die anderweit zur Sicherheit des ruhigen und friedlichen Bürgers getroffen wären, bei uns hinderte angewandt zu werden. Ich habe auf diesem Gebiete überhaupt keine so subjektive vorgefaßte Meinung, daß ich

[1] Minister v. Puttkamer.

darüber nicht der Diskussion zugänglich wäre; aber man muß doch die Tatsachen prüfen. — Ich habe bei den katholischen Ländern Spanien nicht erwähnt; Sie werden aber auch da finden, daß die Erscheinung der sogenannten „schwarzen Hand[1]", die den russischen Nihilisten und unseren Sozialdemokraten der nicht parlamentarischen Art am ähnlichsten ist, auch dort durch den großen Einfluß der Priesterschaft nicht hat gehindert werden können.

Ich glaube also nicht, daß wir auf diesem Gebiet allein die Mittel zu suchen haben, um den Übeln, mit denen wir kämpfen, entgegenzutreten, und ich glaube überhaupt nicht, daß es Mittel gibt, die sehr rasch und schnell wirken.

Wenn hier mehrfach von dem ersten Redner und auch wieder von dem Herrn Abgeordneten Windthorst darauf Gewicht gelegt ist, daß wir nur eine zweijährige Verlängerung gefordert hätten, und daraus der Schluß gezogen worden ist, als hofften wir in zwei Jahren merklich vorwärtszukommen mit der Heilung der Krankheit, so erlaube ich mir doch, die Aufmerksamkeit des Reichstags darauf zu verweisen, daß diese Fristbestimmung überhaupt von Hause aus gar nichts mit dem Gedanken zu tun hat, als ließe sich in einer absehbaren Zeit diese außerordentlich schwierige und großartige Aufgabe lösen, sondern daß sie lediglich dem Ausdruck des Mißtrauens der Majorität des Reichstags zu der Art, wie die Regierung ihre Vollmachten benutzen werde, zu danken ist. Sie haben alle paar Jahre sich überzeugen wollen, ob auch nicht von der Schärfe des Einschreitens gegen die Sozialdemokratie irgendein ätzender Tropfen auf die Fortschrittspartei oder sonstwo abspritzen könnte. Sie haben uns auf zwei Jahre limitiert, um uns kontrollieren zu können; einen anderen Grund hat es gar nicht; und wenn ich diesen zwei Jahren zugestimmt habe, so ist es in der Überzeugung geschehen, die mein Kollege Herr v. Puttkamer auch aussprach, daß manchem die Zustimmung dadurch erleichtert werden würde, daß er nach zwei Jahren sich wieder überzeugen kann, ob die Regierung sich den Instruktionen und der Vollmacht, die sie durch das Gesetz erhalten hat, entsprechend verhält oder nicht.

Daß wir in zwei Jahren etwas erreichen könnten, habe ich nicht entfernt gedacht. Ich berufe mich darauf — ich glaube, es war die Schlußäußerung in der Session im Oktober 1878 —, daß ich schon damals mich für 2½ Jahre ausgesprochen und hinzugefügt habe, niemand könne glauben, daß wir uns mit der Hoffnung schmeichelten, in dieser kurzen Frist etwas zur Heilung des Übels zu tun. Die positiven Bestrebungen, auf dem Wege der Reform den Agitationen einen Teil ihres Bodens zu entziehen — den ganzen ihnen zu entziehen, das lassen wir uns nicht träumen, die Hoffnung haben wir nicht, aber doch die, das Übel zu vermindern — die positiven Bestrebungen haben eigentlich erst im Jahre 1881 oder 1880 — ich weiß es nicht genau — begonnen mit der damaligen Kaiserlichen Botschaft, die mir hier vorliegt, wo Seine Majestät gesagt hat:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde."

Also schon 1881 wird von der Sache gesprochen als von etwas Zukünftigem, was erst kommen wird.

[1] Revolutionäre Verschwörergruppe seit 1883.

In Bezug hierauf wird zunächst von den verbündeten Regierungen das Versicherungsgesetz gegen die Unfälle vorgelegt.

Und dann heißt es weiter:

„Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können."

Sie sehen, daß dort von der Anwendung der Mittel, von denen wir uns eine Besserung versprechen, doch nur als von etwas Zukünftigem, Langsamem gesprochen ist, und daß wir weit entfernt sind von so sanguinischen und optimistischen Hoffnungen, als könnten wir mit einem so tiefgreifenden Krankheitszustand in so kurzer Zeit fertig werden. Wenn ich den Herrn Abgeordneten Windthorst richtig verstanden habe, so hat er die Regierung getadelt darüber, daß sie mit ihren Bestrebungen das sozialistische Gebiet beträte, den sozialistischen Zielen ziemlich nahe träte. Ich bin zweifelhaft gewesen, ob ich nach der sonstigen Stellung des Herrn Abgeordneten Windthorst diese Kritik, daß wir im Sozialismus zu weit gehen, auf unsere Reformvorlagen beziehen muß. Beim Abgeordneten Bebel bin ich nicht im Zweifel. Er hat mich willkommen geheißen in dem ihm vertrauten Element und gesagt, auf dem Gebiete würde ich der Lehrling sein und er der Meister. Nun, meine Herren, ich fürchte, dieser Meister wird an seinem Lehrling nicht sehr viel Freude erleben. (Heiterkeit.) Ich möchte auch den Herrn Abgeordneten bitten, zu überlegen, daß, wenn ich mich auf dem Wege der Gesetzgebung bemühen will, Übel zu bekämpfen, ich den Trägern dieser Übel in irgendeiner Form nähertreten muß, und daß meine Pflicht immer bleibt, zu untersuchen, ob ich einen Teil der Beschwerden, die der Krankheit zugrunde liegen, für gerecht halte, ob ich ihm abhelfen kann, und inwieweit. In diesem Sinne bin ich jedem Gegner nahegetreten, in diesem Sinne bin ich nicht bloß den Sozialisten, sondern auch der Fortschrittspartei, ja selbst den ausländischen Gegnern nahegetreten unter Umständen, wie man einer Krankheit nahetritt, um zu sehen, wie man sie heilen kann. Der Abgeordnete Bebel hat überhaupt kein Recht, mein ziemlich bewegtes politisches Leben in der Weise durchzugehen, als ob ich einmal dies und dann wieder sehr viel anderes gewollt hätte. Ich habe schon öfter erklärt, daß ich in jeder Periode meines Lebens das gewollt und erstrebt habe, was ich für das Vaterland und den Herrn, dem ich diene, am nützlichsten hielt. Es war nicht in jeder Periode dasselbe. Ich habe nicht in jeder Periode für alles Zeit gehabt. Es ist unmöglich, dafür die Gründe auseinanderzusetzen; sie sind mit unserer hohen — auswärtigen, will ich sagen — Politik eng verknüpft. Ich habe bis zu den Jahren 1876 und 1877 überhaupt nicht Zeit gehabt, mich um andere Angelegenheiten sehr viel zu bekümmern, sondern bin genötigt gewesen, dieselben in den Händen derer zu lassen, denen sie anvertraut waren. Sie werden mir zugeben, daß in den meisten Ländern, in den meisten Staatswesen großer Nationen, und namentlich in solchen, die in der Mitte von Europa liegen, und die Koalitionen und Angriffen anderer, wie die Geschichte nachweist, mehr ausgesetzt sind als jedes andere die Last der auswärtigen Angelegenheiten allein ausreicht, um die Tätigkeit eines Mannes vollständig zu absorbieren, und daß für die inneren Angelegenheiten so sehr viel Zeit nicht übrigbleibt. Daher habe ich auch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten, soweit ich für sie Zeit hatte, doch mich nicht viel mit dem Prüfen der Fehler, die etwa in unserem sozialen und wirtschaftlichen

Wesen versteckt sein konnten, befassen können. Es sind stets die notwendigsten Neubildungen gewesen, mit denen ich mich befassen mußte. Kurz, ich bin erst seit sieben Jahren ungefähr zu der Muße von anderen mir wichtiger scheinenden Geschäften gelangt, daß ich überhaupt in unsere wirtschaftlichen Fragen mich hineinarbeiten konnte. Sie werden mir die Anerkennung nicht versagen, daß ich, seitdem ich erklärt habe, Zeit dazu zu haben, ununterbrochen mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände in irgendeiner Richtung mich beschäftigt habe.

Die erste Nötigung in dieser Beziehung hat für mich einerseits in den Gefahren gelegen, mit welchen 1878 die agitatorische Aufregung, die sich der Sozialdemokratie bemächtigt hatte, unsere Ruhe bedrohte, anderseits in den Verbrechen, die gegen das geheiligte Haupt Seiner Majestät des Königs begangen wurden, und die den ursprünglichen Ausgangspunkt der Gesetzgebung bilden, die uns heute beschäftigt, die heute noch besteht. Sind die Herren überzeugt, haben Sie die volle Sicherheit, daß dergleichen sich nicht wiederholen werde, nun, dann werden Sie auch mit gutem Gewissen gegen die Verlängerung dieses mäßigen Schutzes sich aussprechen und gegen die Wiederkehr solcher Erscheinungen diesen geringen Schild wegwerfen. Aber Sie werden sich auch darüber nicht täuschen können, daß Sie damit eine erhebliche Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die vielleicht durch den Erfolg nicht gerechtfertigt sein könnte. (Sehr wahr! rechts.) Dies kann um so mehr sein, als wir bisher, dank der Politik Seiner Majestät, uns in friedlichen und ruhigen Verhältnissen bewegen; nehmen Sie an, daß statt dessen Kriegsgefahren, Gefahren innerer Unruhen, kurz und gut Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit bei uns auftreten — Gefahren, denen wir in der Zeit der Blutarmut, der Anämie, im Jahre 1877 ziemlich nahe waren, und die ich zwar für einen glücklich überwundenen Standpunkt für den Augenblick ansehen darf, die aber wiederkehren können — nehmen Sie an, daß Arbeitslosigkeit eintritt, und daß zu den wenigen wirklichen Beschwerden viele Gründe des Hungers und Mangels an Arbeit treten — sind Sie ganz gewiß, daß die Regierung, die dann am Ruder sein wird, die Zügel, die Sie ihr jetzt aus der Hand nehmen, wieder zu ergreifen und Widerstand zu leisten imstande sein wird? Ich weiß es nicht; ich schiebe die Verantwortung dafür denjenigen zu, welche die Zügel zwischen die Pferde werfen — sie werden inzwischen ruhig laufen, warten wir es ab.

Der Herr Vorredner hat es noch nicht an der Zeit gefunden, der Sache jetzt näherzutreten; er will Zeit gewinnen — zur Überlegung, denke ich mir — durch eine Verweisung der Sache in eine Kommission, und er sagt: Durch die bloße Androhung von Gewalttaten, wie sie in einem Buche stehe, werde sein Herz noch nicht gerührt — er muß Blut sehen. (Heiterkeit.) Ich finde darin die Theorie des Preußischen Landrechts von der Notwehr einigermaßen reproduziert. Nach dem Preußischen Landrecht, soviel ich mich erinnere, war man eigentlich zur Abwehr eines Angriffs erst dann berechtigt, wenn es zu spät war, wenigstens wenn man wehrlos war, man konnte wegen der Ungleichheit der Abwehrwaffen, deren man sich auf Angriffe bediente, in die größte Unannehmlichkeit geraten. Ich habe einen unschuldigen Menschen in Ermangelung anderer Räume im Zuchthause gesehen, lediglich weil er bei nächtlichem Einbruch in die Kasse des Herrn den Ladestock in die Brust gerannt dem, der im Dunkeln mit dem Messer einbrach. Man hatte den Mann nachher wegen Überschreitung der Notwehr auf ein Jahr ins Zuchthaus gesteckt.

Der Herr Abgeordnete Windthorst wird ja seine juristischen Gründe haben; aber ich bin soweit nicht Jurist, daß ich mich darauf einlasse. Ich halte doch da, wo es sich um so große Gegenstände und so große Interessen handelt, wie dies der innere Friede der gesamten deutschen Nation ist, prophylaktische Einrichtungen, wenn sie so wohlfeil sind wie die jetzt vorliegenden, wenn ein so mäßiger und bescheidener Gebrauch davon gemacht wird, für notwendig und will nicht abwarten, daß die Sache größere Dimensionen annimmt.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat sich dabei der Wahrnehmung nicht verschlossen, daß die Gefahr im Vergleich mit früher eigentlich zugenommen hat; er hat gesagt — er führte verschiedene Beispiele an, Hamburg, Meiningen, ich weiß nicht, ob noch andere —, es sei ein zunehmendes Wachstum der Sozialdemokratie bemerkbar; aber wenn er damit die Besorgnis anderer hat anregen wollen, so scheint doch die seinige nicht wach zu sein diesem Gedanken gegenüber. Er hat mehr Mut als wir anderen, er sieht die Gefahr kommen, er sieht die Sozialdemokratie wachsen, er fürchtet sich aber nicht, er will abwarten, bis sie Feuer gibt, möglicherweise mit Dynamit oder Petroleum, und dann erst einschreiten. Ich halte das doch mit meinem Gefühl von Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit nicht verträglich, und ich möchte die Herren dringend bitten, die Sache einfach zu machen und ihr nicht in dem Maße die Wichtigkeit beizulegen, die sie von seiten der Gegner erfährt. Dem Staat geschieht kein erheblicher Schaden.

Wenn nun trotz dieses Gesetzes die Zahl der Sozialdemokraten wächst, wenn die Organisation vorsichtiger geworden ist, wenn, wie der Herr Abgeordnete Bebel anzunehmen schien, eigentlich unter der Ägide dieses Gesetzes eine Art Eldorado für die sozialdemokratischen Bestrebungen eingetreten ist, die nirgends besser prosperieren als in dem Treibhaus dieses Spezialgesetzes, dann sollte er doch zufrieden sein, dann, hoffe ich, stimmt er selbst dafür, damit die Vorteile der Sozialdemokratie nicht verloren gehen: hoffentlich tut er es; wenn er es nicht tut, so kann ich sein Verhalten mit seiner Rede nicht vereinigen.

Wenn die Sozialdemokratie trotz der, ich will nicht sagen Lähmung, aber Abschwächung ihrer Agitation, die sie erleidet unter der Regie dieses Gesetzes, dennoch fortwährend sich im Wachstum befunden hat, wenn die Zahl der Unzufriedenen sich mehrt, so liegt das nicht in der Wirkung des Gesetzes, sondern daran, daß der Sozialdemokratie noch die Agitationsbestrebungen anderer Parteien zur Seite stehen, die fortschrittliche Agitation gegen die Regierung, die Verdächtigung der Regierung in der fortschrittlichen Presse, die Verächtlichmachung der Regierung, wodurch Mißtrauen gegen die Regierung, ja selbst gegen die Intentionen Seiner Majestät, wie sie in der Botschaft ausgesprochen sind, wachgerufen wird. Das alles muß die Zahl der Unzufriedenen vermehren, die Zahl derjenigen, die von dieser Regierung nichts erwarten, zu ihr kein Vertrauen haben und zum Kaiser nicht. Ohne das Vertrauen aber bei den Arbeitern zu wecken, ist es unmöglich, daß wir mit unseren Reformbestrebungen etwas bei ihnen ausrichten. Wenn der sozialistisch angehauchte Arbeiter in seiner eigenen Zeitung — es ist vielleicht eine fortschrittliche Zeitung oder eine andere, es braucht nicht eine sozialistische zu sein — liest, was die verbündeten Regierungen, nicht bloß die sogenannte Reichsregierung und die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, für üble Menschen sind, was sie für schmutzige Nebenzwecke haben bei der Politik, die sie verfolgen, was für unredliche und der Freiheit wie der Verfassung gefährliche Leute sie sind, so muß er uns doch für eine Sammlung der elendesten

Böſewichte halten, die ſich zufällig der Unterſchrift des Kaiſers bemächtigt haben, und die zu beſeitigen das Recht jedes ehrlichen Bürgers iſt. Wenn ein Arbeiter, deſſen Bildungsgrad ihn nicht in den Stand ſetzt, die geſamten Verhältniſſe unſeres Vaterlandes zu überſehen, hört, daß in Wahlreden Herren, die die Zierde der Wiſſenſchaft ſind, aber in der Politik bisher etwas dem Lande Nützliches nicht ausgerichtet haben, Herren von hoher Bildung und angeſehenem Namen, von den Trägern der Staatsgewalt, von der Regierung mit einer Geringſchätzung ſprechen und mit einer nachteiligen Beurteilung — wie ſoll der Arbeiter da nicht denken: Mein Gott, was ſollſt du von denen erwarten? Die treiben, um mit dem Organ[3] des Herrn Abgeordneten Richter zu ſprechen, „Schnapspolitik“; das heißt: die Brennereien und die teuren Schnapspreiſe — das ſind die eigentlichen Zwecke, die der Reichskanzler verfolgt. Wenn ſolche Worte in die Maſſe geworfen werden — wo ſoll das Vertrauen herkommen, deſſen die Maſſen bedürfen, um der Regierung zu folgen? (Sehr richtig! rechts.)

Die fortſchrittlichen Beſtrebungen untergraben das Vertrauen zur Regierung und ſind die wichtigſten Vorarbeiter zur Verbreitung der Sozialdemokratie, und der fortſchrittlichen Preſſe ſchreibe ich den numeriſchen Zuwachs, den die Sozialdemokratie erhalten hat unter der Wirkung dieſes Geſetzes zu. Die Leute müſſen ja mit Haß und Verachtung gegen die Regierung erfüllt werden, wenn ſie dieſe ungerechten und verlogenen Deklamationen hören und leſen. Ich könnte dem Wort „Schnapspolitik“ des Herrn Abgeordneten, dem es zugeſchrieben wird, ganz ähnliche Worte und Begriffe gegenüberſtellen. Wenn diejenigen Herren, die von der Preſſe vorzugsweiſe leben und die im Preßgewerbe ihr Einkommen und ihre Nahrung finden, vorzugsweiſe bemüht geweſen ſind, unſere Preßgeſetzgebung ſo zu geſtalten, daß das Preßgewerbe möglichſt einträglich geworden iſt, und ſie wenig geniert werden — wenn ſie das mit Erfolg erreicht haben, iſt es da unſereinem eingefallen, von „Preßbengelpolitik“ zu ſprechen? (Sehr gut! rechts.) Wäre nicht das ebenſo berechtigt geweſen, wie die freche Beleidigung, die im Worte „Schnapspolitik“[4] liegt.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Windthorſt will erſt einſchreiten, wenn zur Tat geſchritten iſt; aber derjenige, der zur Tat verführt, der die Unzufriedenheit dahin treibt, indem er durch Verſprechungen notleidende Leute aufmuntert, ſich ſelbſt zu helfen, und, wenn ſie endlich dazu gebracht ſind, dann nicht da, ſondern irgendwoanders iſt und ruhig wartet, daß die Saat aufgeht, die er geſät hat — der fortſchrittliche Abgeordnete — um Gottes willen! kein Abgeordneter, der fortſchrittliche Zeitungsſchreiber, will ich ſagen; das wird nie ein Abgeordneter tun — der ſeinerſeits die Abſichten der Regierung als egoiſtiſch, als Unſinn, als freiheitsfeindlich darſtellt, der in Wahlreden — natürlich wird er nicht gewählt, denn es ſoll ja von keinem jetzigen Abgeordneten geſagt werden — der Wahrheit ins Geſicht ſchlägt und von Dingen erzählt, die er beſſer weiß, und der nachher, wenn man ihn wegen Injurien belangt, ſagt, ſo hätte er es nicht gemeint — — der trägt ebenſogut zur Vergiftung des gemeinen Mannes bei, wie der Herr Abgeordnete Bebel, deſſen Werk eben verleſen iſt. (Sehr richtig! rechts.) Sie ſind bloß weniger faßbar, und

[3] Der „Reichsfreund“, ein Wochenblatt der Abgeordneten Richter, Pariſius und H. Hermes.

[4] Abgeordneter Richter erwidert darauf in perſönlicher Bemerkung, daß er das Wort Schnaps in anderem Zuſammenhange gebraucht habe, und zwar bei der Beratung des ſpaniſchen Handelsvertrags zur Charakteriſierung der Hamburger Spritklauſel.

ich klage vor Deutschland die Fortschrittspartei an, daß sie in ihren Reden, Preßorganen und Verdächtigungen gegen die Regierung die Unzufriedenheit im Lande nährt und schürt. (Bravo! rechts. Lachen links.) Lachen kann ein jeder, aber besser machen kann er's nicht. Das erinnert mich an den Tambourmajor; Sie machen keinen Eindruck mit diesen Demonstrationen, die verabredeter Art sind — lassen Sie es sein! Als Herr v. Puttkamer sprach, hat sich eine Gruppe in der Gegend von dem Herrn Abgeordneten Struve — ich weiß nicht, wo er zu sitzen pflegt — gebildet, die durch unartikulierte Töne den Redner zu unterbrechen suchte. Widerlegen Sie mich, aber lachen — wie leicht ist das! Sie glauben gar nicht, wie ich lache, wenn Sie nicht dabei sind. (Heiterkeit rechts.)

Der Plan der Reform, den wir nach dem Willen des Kaisers und der verbündeten Regierungen befolgen, läßt sich ja nicht in kurzer Zeit ausführen; er bedarf zu seiner Ausführung eines Zeitraums von Jahren. Wir hatten uns bemüht, die Lage der Arbeiter nach drei Richtungen hin zu verbessern; einmal, indem wir zu einer Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit gering und die Löhne niedrig geworden waren, zum Schutz der vaterländischen Arbeit Maßregeln getroffen haben gegen Konkurrenten, mit anderen Worten, Schutzzölle eingeführt haben zum Schutz der inländischen Arbeit. Infolge dieser Maßregeln hat sich eine wesentliche Besserung der Löhne vollzogen und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeit hat sich seitdem immer mehr wieder eingefunden, und Sie bemühen sich vergebens, andere Gründe dafür zu suchen. Ich glaube im Gegenteil, diese Erscheinung muß eine erhebliche Rückwirkung auf die Beruhigung der sozialistischen Bestrebungen haben. Wer noch die Erinnerung an die Zeit von 1877 bis 1878 hat, an die damaligen Zustände, der wird nicht leugnen, daß doch selbst in den ausländischen Schriften die Hoffnung, an die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrem Schicksal Umsturzpläne zu knüpfen, einigermaßen vermindert ist. Also Nutzen hat dieses schutzzöllnerische System zu dem Zweck gehabt.

Ein zweiter Plan, der im Sinne der Regierung liegt, ist die Verbesserung der Steuerverhältnisse, indem eine geschicktere Verteilung derselben gesucht wird, wodurch namentlich die drückenden Steuerexekutionen wegen kleiner Beträge, wenn nicht abgeschafft, so doch wesentlich vermindert und vielleicht einer weiteren Verminderung entgegengeführt werden. Die Steuerexekutionen haben sehr viele kleine Existenzen im Arbeiterstande früher vernichtet und umgeworfen, und die wenigen Groschen, die für die Steuer am bestimmten Termin aufzubringen waren, sind auch oft der Grund gewesen, warum eine Familie, die nicht auf der untersten Stufe der Wohlhabenheit stand, zurückgeworfen wurde in das Elend. Sie sagen nun, wir hätten mit der einen Hand gegeben und mit der anderen genommen, wir hätten in indirekten Steuern den Arbeitern sehr viel mehr auferlegt als in den direkten. Das ist eine falsche Berechnung, eine Unwahrheit, die dem Arbeiter leicht aufzuhängen ist, die aber doch nicht wahr ist. Wenn Sie dem Arbeiter vorrechnen, was er für Öl und Petroleum und Getreide jetzt an Eingangszoll bezahlen muß und für Speck und was weiß ich, so verschweigen Sie ihm immer, daß weder das Brot noch das Petroleum einen Pfennig teurer geworden sind; im Gegenteil, sie sind trotz der vorigen, ich kann wohl sagen, Mißernte, die wir im Lande gehabt haben, noch wohlfeiler als früher. Dies beweist, daß die Rechnung nicht richtig ist, wenn Sie sagen, daß dem Arbeiter 60 Mark speziell auferlegt worden sind; aber selbst, wenn dadurch eine Verteuerung statt-

fand, so ist ganz sicher, daß es der Arbeiter nicht in letzter Instanz bezahlt. Er bezahlt sie vielleicht das erste Mal, aber die Abwälzung dieser Summe auf den Arbeitgeber und von dem Arbeitgeber auf den Konsumenten ist ja eine ganz zweifellose. Das sogenannte eherne Lohngesetz, daß ein einfacher Arbeiter nie mehr verdienen kann, als er zur notwendigen Erhaltung und zur Bestreitung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse braucht, hat eine gewisse Wahrheit, ist aber doch cum grano salis zu verstehen. Diese Wahrheit wechselt nach Zeit und Ort. Das, was ein Arbeiter an Notwendigem gebraucht, ist der Zeit nach verschieden. Wer von uns fünfzig Jahre zurückdenken kann, der wird wissen, daß der ganze Lebensstand eines Arbeiters, die Nahrung, die er zu sich nimmt, die Wohnung, die Kleidung, die er und seine Kinder tragen, heutzutage besser geworden sind als damals, und daß heutzutage zu dem, was der Arbeiter notwendig gebraucht, eine bessere Kleidung, eine bessere Nahrung, eine bessere Wohnung als damals gehören. Ebenso örtlich. Ich beschäftige Arbeiter in Holstein und in Pommern. In Holstein ist der Tagelohn um 50 Prozent höher als in Pommern, weil die Landessitte dahin geht; nicht daß das Geld dort weniger wert wäre. Es liegt überhaupt nicht am Wechsel der Abnahme des Geldwertes, sondern es liegt daran, daß der holsteinische Arbeiter gewohnt ist, ein höheres Maß von Wohlleben, als notwendig ist zu seinem Bestande, zu haben; und was bleibt mir als Arbeitgeber anders übrig, als daß ich diese Notwendigkeit befriedige? Es ist also der klarste Beweis, daß der Arbeiter das, was er zu seinem Lebensbedarf gebraucht und notwendig hat, auch auf den Arbeitgeber abwälzt, und daß das eherne Lohngesetz in Bezug auf die Höhe ganz unzweifelhaft nicht richtig ist. Es ist ganz unmöglich, daß auf die Dauer ein Betrieb fortbesteht, dessen Arbeiter nicht das bekommen, was sie zu ihrer üblichen und gebräuchlichen Existenz brauchen; denn wenn sie es nicht bekämen, würden sie einfach diesen Betriebszweig aufgeben oder nach Amerika auswandern, was ja ganz leicht ist; es muß ihnen die Lohnerhöhung gewährt werden, die den steigenden Brotpreisen entspricht. Man nehme die Bedürfnisse, die wir alle befriedigen: Schuhzeug, Kleider usw. Wenn jemand zurückdenkt, was er vor fünfzig Jahren für ein Paar Stiefel bezahlt hat, und was er heute dafür geben muß, so wird er sich sagen: Der Wert des Geldes ist etwas gefallen, aber so viel nicht; dagegen lebt der Schuhmacher, von dem wir die Stiefel bekommen, besser, seine Frau ist besser angezogen, seine Kinder werden besser erzogen, sie streben höher hinauf. Der Schuhmacher ist also imstande, das, was er nach seiner jetzigen Überzeugung mehr braucht, als er vor fünfzig, vierzig oder dreißig Jahren brauchte, von seinen Kunden wieder einzuziehen, und wir bekommen keinen Stiefel, wenn wir das nicht bezahlen. Darin also besteht der große Trugschluß, der den Arbeitern gegenüber gemacht wird, der Trugschluß, daß sie die Erleichterung, die ihnen durch Abschaffung der Klassensteuer geworden ist, vielfach bezahlen müßten durch Auflagen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse, deren Preisen die Arbeiter nicht gewachsen sind. Ich wünsche nur, daß es möglich wäre, auch in den kommunalen Abgaben und in Preußen namentlich in den übermäßigen Ansprüchen, die an die Gemeinden für Schulzwecke gestellt werden, eine anderweitige Entlastung eintreten zu lassen. Das ist aber nur möglich, wenn Staatsmittel überwiesen werden können, und um diese überweisen zu können, müssen sie durch anderweitige Zuschüsse gedeckt werden. Bei diesen anderweitigen Zuschüssen von indirekten Steuern auf Luxusgegenstände haben wir uns aber bisher, um mich englisch auszudrücken, einer obstruction, einer Obstruktion,

gegenüber befunden; es ist uns die Tabaksteuer und die Lizenzabgabe verweigert worden, und wir können hier erst helfen, wenn Sie uns Geld bewilligen; denn selbst können wir es nicht beschaffen.

Der dritte Zweig der Reformen, die wir erstreben, liegt in der direkten Fürsorge für die Arbeiter. Die Frage von Arbeitszeit und Lohnhöhe ist durch staatliche Einwirkung, überhaupt durch Gesetze außerordentlich schwierig zu lösen; durch irgendeine Festsetzung, die man macht, läuft man Gefahr, in die persönliche Freiheit, seine Dienste zu verwerten, sehr erheblich und unnütz einzugreifen; denn wenn man die milchgebende Kuh oder die eierlegende Henne mit einem Male schlachtet, so geht damit die Industrie ein, um die es sich handelt, weil sie die ihr aufzulegende Last der kurzen Arbeit für hohe Löhne nicht tragen kann; dann leidet darunter der Arbeiter ebenso wie der Unternehmer. Das ist also die Grenze, die geboten ist, und vor der jede gesetzliche Einwirkung haltmachen muß. Ich habe darüber auch nur sporadische lokale Klagen gehört; der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird. Verfällt er aber der Armut auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat. Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig, namentlich in den großen Städten, wo sie außerordentlich viel schlechter als auf dem Lande ist. Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungssorgen, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. Da würde sofort der Landrat und die Polizei erscheinen und den etwa Exmittierten wieder einsetzen und dem Hungernden durch Exekution zu Speise und Trank verhelfen. Nahrungssorgen sind da gar nicht möglich. Nun scheint es aber, das diejenige landrätliche Behörde, die die Aufsicht über Berlin hat, nicht mit gleicher Schärfe verfährt wie die übrigen in der Provinz. Indessen für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft. Das ist menschlich nicht unnatürlich, und solange der Staat ihm da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staats kein Vertrauen hat, solange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staats durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zu dem sozialistischen Wunderdoktor laufen, wie das Herr v. Puttkamer vorhin uns verlesen hat, und ohne großes Nachdenken sich von ihm Dinge versprechen lassen, die nicht gehalten werden. Deshalb glaube ich, daß die Unfallversicherung, mit der wir vorgehen, sobald sie namentlich ihre volle Ausdehnung bekommt auf die gesamte Landwirtschaft, auf die Baugewerke vor allem, auf alle Gewerke, wie wir das erstreben, doch mildernd auf die Besorgnis und auf die Verstimmung der arbeitenden Klassen wirken wird. Ganz heilbar ist die Krankheit nicht, aber durch die Unterdrückung äußerer Symptome derselben durch

Zwangsgesetze halten wir sie nur auf und treiben sie nach innen. Darauf allein kann ich mich nicht einlassen.

Ich möchte noch eine andere Bemerkung des Herrn Vorredners resümieren. Derselbe behauptete, ich hätte von der „Selbstverteidigung der Sozialdemokratie" gesprochen. Mir ist der Wortlaut nicht genau erinnerlich, ich habe auch den Bericht darüber nicht bei der Hand. Sollte ich aber das wirklich gesagt haben, so würde ich mich unrichtig ausgedrückt haben. Gemeint habe ich die „Selbstverteidigung des Arbeiters", die doch auch beschränkt ist. Es können durch dies Gesetz unter Umständen ganz ähnliche Bestrebungen zur Verbesserung des Loses der Arbeiter, die mit denen des Staates nicht notwendig im Kampfe stehen, getroffen werden, und da habe ich allerdings gesagt: Unser Recht, die Ausnahmegesetze fortbestehen zu lassen, schöpfen wir aus der Pflicht und aus der Erfüllung der Pflicht einer christlichen Gesetzgebung. Nennen Sie es „sozialistische Gesetzgebung" auf der Fortschrittsseite — ich ziehe den Ausdruck „christlich" vor. Der Sozialismus der Zeit der Apostel ging noch sehr viel weiter. Wenn Sie die Bibel vielleicht einmal lesen wollen, werden Sie verschiedenes aus der Apostelgeschichte darüber finden. Soweit gehe ich in unseren heutigen Zeiten nicht. Den Mut aber zu Repressionsmaßregeln schöpfe ich nur aus meinem guten Willen, daran zu arbeiten, daß die wirklichen Beschwerden, die wirklichen Härten des Schicksals, über die die Arbeiter zu klagen haben, soweit eine christlich gesinnte Staatsgemeinschaft es vermag, gemildert werden, und ihnen abgeholfen wird. Wie weit, ja, das ist die Sache der Ausführung; aber durch die Schwierigkeit der Ausführung wird die Pflicht zu tun, was man für Pflicht erkannt hat, nicht aufgehoben, und, wie ich schon neulich sagte, vom Erfolg ist unser Vorgehen vollständig unabhängig.

Ich bin durch die Mannigfaltigkeit des Stoffes in der Erwiderung nicht in der Lage gewesen, auf das System der eigentlichen Vorlage einzugehen, und ich habe auch gefürchtet, Ihnen noch einmal zu sagen, was Herr v. Puttkamer Ihnen schon besser gesagt hat. Ich will deshalb schließen mit der Bitte: Nehmen Sie die Vorlage einfach an. Verweisen Sie sie an die Kommission, gut, so wird sich ja darin auch darüber reden lassen; ich würde es aber bedauern; es ist nicht gerade direkt eine Ablehnung, aber ich prognostiziere daraus schon die Ablehnung und sehe sie voraus. Ich würde also das als eine ungünstige Aufnahme ansehen, wenn Sie sie in die Kommission verweisen. Wir können ja mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst, der selbst doch noch sehr zweifelhaft über seine Stellung zur Sache war, nicht wissen, wie sie aus der Kommission wieder herauskommt. Aber vor allen Dingen möchte ich diejenigen Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, und die angeblich von der Entwicklung derselben dieselben Befürchtungen wie alle übrigen haben, bitten, daß sie aufhören mit Verdächtigungen der Regierung in den Augen des gemeinen Mannes, und daß sie nicht ein Feuer anzünden, das sie selbst zu löschen ganz außerstande sind. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

10. Sitzung des Deutschen Reichstags.

21. März 1884.

Abg. v. Jazdzewski behauptet, erst unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes habe die Sozialdemokratie unter den Polen Fortschritte gemacht. Die von Bismarck behauptete Uneinigkeit

der Polen in früheren Jahrhunderten führt er auf die diplomatischen Umtriebe des Auslandes zurück. Die Regierung habe der sozialdemokratischen Agitation durch Schmähung des Erzbischofs Vorschub geleistet. Fürst Bismarck erwidert:

Ich habe bei Gelegenheit dieser Diskussion nicht die Absicht, die preußische Kirchenpolitik hier zu vertreten oder auch nur hier zu diskutieren. Ich möchte nur den Herrn Vorredner, der gewiß mehr als ich mit der Geschichte seiner eigenen Heimat vertraut ist, darauf aufmerksam machen, daß die polnischen Wirren und die tragischen Folgen, welche sie für die Republik Polen schließlich gehabt haben, doch ursprünglich nicht von den fremden Mächten, den Nachbarn und deren Intrigen ausgegangen, sondern durch die innere Spaltung, vorwiegend religiöser Natur, herbeigeführt worden sind. Ich erinnere nur an die Konföderationen von Bar und Targowice, die Ihnen ja bekannt sind, und die weiteren Folgen der Unterdrückung der Dissidenten, welche die Einmischung der Fremden herbeigezogen hat. Die Mehrzahl der Dissidenten waren Russen griechischer Konfession. Aber auch die Unterdrückung der evangelischen Kirche, wie das Thorner Blutbad von 1724 bezeugt, war nicht unbeteiligt an diesen konfessionellen Wirren, durch welche künstlich die Heranziehung der Nachbarn, die ausländische Einmischung — das, was der Herr Vorredner Intrigen der Großmächte nannte — herbeigeführt wurde. Wären die Dissidenten nicht in dieser Weise verfolgt worden, wäre nicht die Gegenreformation durch die Jesuiten vorhergegangen, welche selbst die großen polnischen Familien evangelischer Konfession, deren Nachkommen heut als eifrige Katholiken unter uns leben, gezwungen, zum Katholizismus zurückzutreten, wären nicht die evangelischen Polen unterdrückt worden, wie es in Thorn und an anderen Orten geschehen ist, dann wären die Polen vielleicht eine kompakt geeinte Masse von 16 Millionen geblieben, welche die Teilung zu hindern vermochte. Ich kann deshalb die Unrichtigkeit meiner gestrigen Ausführungen der historischen Kritik des Herrn Vorredners gegenüber nicht zugeben.

12. Sitzung des Deutschen Reichstags.

26. März 1884.

Die Abg. Barth und Dirichlet haben folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: beim Bundesrat zu beantragen, die in den §§ 30 und 31 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 festgesetzten Ausfuhrvergütungsgesetze nunmehr in vollem Umfange zur Ausführung zu bringen.“ Gegen die staatsrechtlich unzulässige Formulierung des Antrags wendet sich Fürst Bismarck mit folgender Rede:

Bevor einer der anderen Herren Mitglieder und Kommissarien des Bundesrats das Wort über die technische Seite der Sache ergreift, erlaube ich mir einige Worte über die Form des Antrages zu sagen, die meiner Ansicht nach mit dem bestehenden Reichsstaatsrecht nicht vollständig übereinstimmt. Dieselbe geht dahin:

> Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, beim Bundesrat zu beantragen.

Ich will zunächst nur im vorliegenden Falle den Grund anführen, der mich davon abhalten würde, einen solchen Antrag zu stellen. Derselbe würde nämlich in der gewünschten Form die Natur eines Exzitatoriums an den Bundesrat haben, welches ich, als Vorsitzender

desselben in Bezug auf seinen Geschäftsgang geltend machte; es würde damit die Voraussetzung ausgesprochen sein, daß der Bundesrat aus eigenem Antrieb nicht schnell genug die ihm gesetzlich obliegende Aufgabe erfüllte. Der Bundesrat ist nun aber mit der Sache unausgesetzt beschäftigt gewesen, sein letzter Beschluß ist, glaube ich, kaum drei Monate alt, ist im Dezember gefaßt, ist sorgfältig erwogen worden und hat eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung zur Folge gehabt, und der nächste Beschluß, der den Übergang in den künftigen Normalzustand der vollen Ausfuhrvergütung herbeiführen wird, steht in ganz kurzem bevor. Es könnte durch die Annahme eines solchen Antrags den Anschein gewinnen, als ob der Bundesrat nicht proprio motu darauf gekommen wäre, dem Tabakproduzenten sein ihm gesetzlich zustehendes Recht rechtzeitig zu gewähren, sondern als ob es der Anregung der Herren Antragsteller Dr. Barth und Dirichlet bedurft hätte, um den Bundesrat an die rechtzeitige Pflichterfüllung zu erinnern. Ich würde eine Ungerechtigkeit gegen diese sehr arbeitsame Behörde begehen, wenn ich, als ihr Vorsitzender, einen solchen Antrag stellen wollte.

Außerdem liegt darin eine, wie ich glaube, der Verfassung nicht entsprechende Auffassung der Stellung des Reichskanzlers. Es ist mir ja häufig, namentlich von Angehörigen der Partei, von der dieser Antrag ausgeht, vorgeworfen worden, daß ich auf Erweiterung meiner Machtbefugnisse bis zur Stelle eines Hausmeiers — oder wie die Bezeichnung sonst lautete — bedacht wäre. Die Herren tun ja aber selbst alles, um die Stellung des Reichskanzlers breiter und gefürchteter zu machen, indem sie Ihre Wünsche, die an den Bundesrat gehören, in der Regel an den Reichskanzler richten, bald in der freundlichen Form des „Ersuchens", bald in der barscheren einer „Aufforderung". Ich bin dazu gar nicht berufen, Ihre Aufträge an den Bundesrat zu besorgen; Sie haben einen viel direkteren Weg: Sie fassen Ihre Beschlüsse und teilen sie durch Ihr Präsidium dem Bundesrat mit. Die vorliegende Form wäre ungefähr dieselbe, als wenn im Bundesrat beschlossen worden wäre, Ihren Herrn Präsidenten zu ersuchen, er möge hier einen Antrag stellen, dies oder das zu beschließen. Beide gesetzgebenden Körper stehen sich in der Verfassung mit gleichen Rechten in dieser Beziehung gegenüber. Der Bundesrat ist dem Reichstag gegenüber das andere gesetzgebende Haus, und man kann mir, der ich nicht als Reichskanzler, sondern als preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrat hier anwesend bin, nicht ein Kommissorium erteilen, im Bundesrat gewisse Anträge zu stellen. Ich kann Anträge im Bundesrat nur auf Veranlassung Seiner Majestät des Kaisers resp. Königs von Preußen stellen, je nachdem sie geschäftsleitende Anträge des Reichskanzlers oder gewöhnliche Anträge sind, die jedes Mitglied stellen könnte. Ich habe nicht den Beruf, bestimmte Reichstagsbeschlüsse dort zu vertreten. — Wohl bin ich gern bereit, die Beförderung zu übernehmen; aber ich kann weder mitwirken bei solchen Reichstagsbeschlüssen, noch kann ich hier eine Verpflichtung übernehmen — und das würde ich tun, wenn ich dazu schwiege —, Anträge in einem bestimmten Sinne zu stellen, von denen ich noch nicht weiß, ob der Kaiser und König damit einverstanden ist, und von denen ich weiter auch nicht weiß, ob das preußische Staatsministerium, mit dessen Ermächtigung und Übereinstimmung allein preußische Anträge gestellt werden könnten, ihnen zustimmen wird. Es könnte — nur um unsere staatsrechtlichen Beziehungen klarzulegen, ergreife ich hier das Wort —, es könnte in dem Antrage Barth ebensogut statt des Reichskanzlers stehen: den königlich württem-

bergischen Bevollmächtigten zum Bundesrat oder irgendeinen anderen zu ersuchen. — Sie wünschen durch einen Reichstagsbeschluß einen im Bundesrat zu stellenden Antrag hervorzurufen. Meines Erachtens ist der Weg einfacher und kürzer, daß Sie in Form einer Resolution oder eines Antrages auf gesetzliche Bestimmung Beschluß fassen; dieser Beschluß wird unweigerlich dem Bundesrat behändigt und von seiner Seite durch einen Beschluß, der Ihnen späterhin mitgeteilt wird, erledigt werden. Ich möchte nur den Reichskanzler hier aus dem Gefecht ziehen und verhindern, daß die Figur desselben für solche Augen, die die Verfassung nicht genau lesen, größer erscheint, als sie in der Tat ist, und ihren Schatten auf die Autorität des Bundesrats wirft.

Abg. Buhl betont, daß er im letzten Jahr diesen Antrag mit unterzeichnet habe, diesmal nur durch das selbständige Vorgehen der Antragsteller daran verhindert sei, den Antrag zu wiederholen. Fürst Bismarck bemerkt:

Ich glaube, der Herr Vorredner hat aus ganz denselben Gründen das Wort ergriffen wie ich, nämlich um in Bezug auf eine Sache, über welche eine Meinungsverschiedenheit weder in diesem Hause noch im Bundesrate vorhanden ist, zu konstatieren, daß es nicht die Herren Antragsteller allein sind, welche den in ihrem Antrage ausgesprochenen Wunsch hegen. Die letzte Wendung des Herrn Vorredners hat mich darüber erst aufgeklärt. Ich verstand sonst bis dahin nicht recht, warum er mit solcher Wärme eine Sache verteidigte, über die meines Wissens gar keine Meinungsverschiedenheit vorhanden ist. Der Antrag erinnert mich etwas an das französische Sprichwort: „enfoncer des portes ouvertes“, es ist, als ob die Herren die Türen erst einschlagen müßten, die vollständig breit und offen stehen, als ob der Bundesrat seinerseits die Absicht haben könnte, die jetzige unvollständige Vergütung noch eine lange Zeit beizubehalten, und als ob es erst des Antrages Dr. Barth-Dirichlet bedurft hätte, um den Beteiligten die Wohltat der vollen Ausfuhrvergütung zuzuführen. Es könnte das ja die größten Mißverständnisse bei den künftigen Wahlen veranlassen. (Heiterkeit rechts.)

Es könnte den Anschein gewinnen, als ob gerade diese Herren sich ausschließlich für das Wohl des Tabakbaues interessieren, als ob die anderen Fraktionen, zum Beispiel die[1], der der Herr Vorredner angehört und von der im vorigen Jahre ein solcher Antrag gestellt worden ist, weniger, und am allerwenigsten die verbündeten Regierungen dafür Interesse hätten. Ich kann Ihnen nur wiederholen, daß im Bundesrat auch ohne diesen Antrag die Entscheidung sofort erfolgen wird. Stufenweise vorzugehen, war die gesetzliche Pflicht des Bundesrats. Die vorletzte Stufe ist zurückgelegt im Dezember; wenn drei bis vier Monate darauf die allerletzte erfolgt, so ist das zeitig genug, und diese Birne wäre auch ohne das Schütteln durch diesen Antrag gefallen. (Heiterkeit rechts.)

Was nun die staatsrechtliche Seite der Sache anbelangt, die ich vorhin berührte, so ändert eine Üblichkeit nichts an den Bestimmungen der Verfassung. Ich habe früher auf die Form soviel Gewicht nicht gelegt; aber nachdem ich habe vernehmen müssen — und seit der Zeit bin ich durch Krankheit meist verhindert worden, hier anwesend zu sein —, nachdem ich habe vernehmen müssen, daß man von sehr kompetenten — ich kann wohl sagen, gelehrten — Geschichtskennern[2] mich einer Machterweiterungsbestrebung zeiht, bin ich entschlossen, genauer darauf zu halten, daß niemand dem Reichskanzler eine Attri-

[1] Nationalliberale Partei.

[2] Eine Anspielung auf den Abgeordneten Mommsen.

bution, eine Kompetenz beilegt, die ihm verfassungsmäßig nicht zusteht. Meine Herren, ich werde mich bemühen, den Reichskanzler, der aus Bequemlichkeit im Geschäft in der parlamentarischen Statistik ein sehr in den Vordergrund tretender Begriff geworden ist, der gewissermaßen über seine verfassungsmäßige Größe aufgebläht ist, diesen Reichskanzler zu verkleinern, vielleicht kleiner zu machen, als Ihnen hier lieb sein wird[3].

23. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Mai 1884.

Die Kommission zur Beratung der Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes hatte sie mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt, hatte aber folgende Entschließung gefaßt: „Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher den durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend getroffenen Gefahren, welche aus verbrecherischer Anwendung oder aus der unbefugten Bereitung, Innehabung und Verbreitung von Sprengstoffen hervorgehen, entgegentritt." Nach langen Debatten am 8. und 9. Mai, die besonders durch eine gegnerische Rede des Abg. Richter und durch die Verteidigung des Ministers v. Puttkamer gekennzeichnet ist, sagt Fürst Bismarck in einer großen Rede, die angesichts der im Herbst bevorstehenden Wahlen als ein großer Angriff auf die Freisinnige Partei zu betrachten ist:

Ich habe meine Meinung über unsere Situation und über dieses Gesetz in der ersten Beratung so ausführlich ausgesprochen, daß ich nach Wiederdurchlesung des damals von mir Gesagten den Eindruck habe, dem nichts Wesentliches mehr hinzufügen zu können. Das, was ich damals gesagt habe, zu wiederholen, auch nur im Auszuge, würde keinen Nutzen haben und Ihre Zeit unnütz belästigen. Denn ich glaube, es steht erfahrungsmäßig fest, daß in dem Moment, wo wir debattieren, hier in dieser Versammlung niemand mehr Argumenten zugänglich sein würde, die nicht von seinen Fraktionsgenossen, respektive Fraktionsführern ausgehen. Da ich aber nicht die Ehre habe, irgendeiner Fraktion anzugehören, so würde ich vergeblich sprechen, und beschränke ich mich auf einige Zusätze zu meinen früheren Äußerungen, zu denen mir der bisherige Verlauf der Debatte Anlaß gibt.

Es ist in der Kommission und auch hier von verschiedenen Vorrednern ein besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß der Herr Abgeordnete Windthorst bereits am 1. April 1881 einen Antrag gestellt hatte, der sein Interesse für die Sicherheit des erhabenen Souveräns bekundete, bald nach dem russischen Attentate[1]:

> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinigung mit den Regierungen anderer Staaten hinzuwirken, wodurch jeder solcher Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet, den Mord oder den Versuch des Mordes, welche an dem Oberhaupte eines der Vertragsstaaten verübt worden sind, usw., gemeinsam zu bestrafen.

Es sieht aus, als hätte es der Anregung des Herrn Abgeordneten Windthorst und seiner Mitunterzeichner damals bedurft, um die verbündeten Regierungen auf diesen Gedanken zu bringen. Ich halte deshalb für nützlich, Ihnen mitzuteilen, daß Seine Majestät

[3] Damit droht Bismarck mit einer Verfassungsänderung, die er in diesen Jahren wieder und wieder erwog, ohne zu einem bestimmten Entschluß zu kommen.

[1] Der Ermordung Kaiser Alexanders II. am 13. März 1881.

der Kaiser bereits vor der Anregung durch den Herrn Abgeordneten Windthorst, schon im März des Jahres 1881, den analogen Befehl an Sein Staatsministerium und an Seinen Reichskanzler gegeben hat, und daß Sie deshalb voraussetzen können, es wird infolge dieses Kaiserlichen Befehles mit oder ohne die dazugetretene parlamentarische Anregung geschehen sein, was geschehen konnte, und daß ein Vorwurf, als ob die deutschen Regierungen dabei sich in mora befunden hätten, sie nicht treffen kann. Ich erlaube mir das eigenhändige Handschreiben, das Seine Majestät der Kaiser im März 1881 an mich gerichtet, da es von geschichtlichem Interesse ist, zu verlesen:

> Das große Verbrechen vom 13. drängt Mir von neuem die Überzeugung auf, daß die Zeit gekommen ist, der über ganz Europa verbreiteten Anregung zu Mordversuchen aus politischen Gründen gegen Souveräne und Personen aller Stände Einhalt zu tun. Dies kann Meiner Ansicht nach nur durch gemeinsames Handeln der Großmächte geschehen. Die Einlagen —

es sind amtliche Anträge

> entamieren, soviel ich weiß, diese Frage amtlich und öffentlich zum erstenmal. Die Hauptsache ist, England, die Schweiz und auch Frankreich, die bisher den Verbrechern für politischen Mord Asyl gaben, für Herstellung von Gesetzen zu gewinnen, die diesem Unwesen steuern können. Die Aufgabe ist daher keine leichte, da diese Länder solche Gesetze bisher nicht gehabt haben. England ist indessen durch die Vorgänge in seinem eigenen Lande jetzt veranlaßt, seine Gesetzgebung auf diesem Gebiete zu ändern, um schärfer einschreiten zu können. Dies würde also ein günstiges Moment sein, um die englische Regierung für das Eingehen auf den intendierten Vorschlag zu gewinnen. Schwieriger wird es in Frankreich und in der Schweiz sein. Sie wissen, wie Ich über Attentate denke, und daß Polizeimaßregeln gegen dieselben nicht schützen können (Sehr richtig! links.),

— aber doch etwas vorbauen, damit sie seltener versucht werden, bitte ich den Herrn zu bemerken, wenn er ein persönliches Interesse daran hat — (Heiterkeit.)

> wie dieser Mord des Kaisers Alexander von neuem beweist; aber das allgemeine Wohl der Staaten und ihre Ruhe steht auf dem Spiel, wenn diesem Treiben nicht gemeinsam von den Mächten entgegengetreten wird.

Sie finden also hier denselben Gedanken, den der Abgeordnete Windthorst damals angeregt, und worauf er sich mehrmals bezogen hat, bereits unmittelbar nach dem Attentat von Seiner Majestät dem Kaiser auf das bestimmteste angeregt, auch getragen von der Überzeugung, ebenso wie die Windthorstsche Anregung, daß ohne gemeinsame Verständigung der Großmächte, wenigstens der Zentralmächte in Europa, die Aufsichtsbestimmungen, die der einzelne Staat für Dynamit geben könnte, uns nicht sehr weit führen könnten, namentlich bei der Leichtigkeit, mit der die Sprengstoffe aus einfachen und allgemein zugänglichen Bestandteilen zusammengesetzt werden können. Wir waren also zunächst durch den Kaiserlichen Befehl und durch die Natur der Sache darauf angewiesen, mit den fremden Mächten darüber in Verhandlungen zu treten. Wir haben dies auf dem Wege tun zu sollen geglaubt, daß wir zunächst Rußland, als der im damaligen Augenblick am schwersten betroffenen Macht, die Initiative davon zuschoben, indem wir die russische Regierung baten, ihrerseits einen Vorschlag zur Berufung einer Konferenz der Groß-

mächte an sämtliche übrigen zu richten, und unsererseits zusagten, die Beschickung der Konferenz sowohl, wie die Verständigung auf derselben nach unseren Kräften mit allem Einfluß, der uns zu Gebote steht, zu befördern. Die kaiserlich russische Regierung nahm diese unsere Anregung bereitwillig entgegen und lud zu einer Konferenz ein, die in Brüssel stattfinden sollte. Rußland, Deutschland und Österreich waren von Hause aus bereit, diese Konferenz zu beschicken; Frankreich erklärte, seine Entschließung von der Englands abhängig machen zu wollen; England lehnte die Beschickung ab, infolgedessen Frankreich auch, und die Beteiligung der beiden westlichen Mächte hat nachher nicht wieder erreicht werden können. Auch in der Schweiz und selbst in anderen Staaten hat man uns darauf verwiesen, daß man des Vorganges der großen westeuropäischen Mächte bedürfe, wenn man sich einem solchen Verfahren anschließen sollte. Wir haben darauf die Verhandlungen längere Zeit fortgesetzt und versucht, wenigstens zwischen den drei Kaiserhöfen Österreich, Rußland und Deutschland ein Abkommen der Art zustande zu bringen, auf verschiedene Basen begründet, und im ganzen war für alles maßgebend die Bestimmung: „de maintenir la communauté d'action aussi complète que possible", und für die Grundsätze war maßgebend, zu erklären: „dans aucun cas l'assassinat ne pourra être eximé du droit commun". Also hier war nach dem gemeinen Recht, das so vielen der Herren Abgeordneten vorschwebt, ein dringendes Verlangen, um das Privilegium der politischen Mörder einigermaßen abzumindern und um die Praxis zum gemeinen Recht zurückzuführen, um die Fiktion zu beseitigen, als ob ein Mord an sich dadurch, daß er aus politischen Gründen erfolgt, entschuldbar und gerechtfertigt sein könnte — daß beispielsweise die Vergiftung eines Souveräns, um ein anderes System ans Ruder zu bringen, entschuldbar, weil nur ein politisches Verbrechen sei. Wir können auf dieselbe Weise auch „politischen Diebstahl" und „politische Falschmünzerei" konstruieren, wie sie in so ausgedehntem Maße in russischen Assignaten vorgekommen ist; ja kurz, es gibt keine Gattung Verbrechen, die nicht schließlich unter politische Motive subsumiert werden könnte, und diesen Bann, als ob ein Verbrechen dadurch aufhörte, ein Verbrechen zu sein, galt es von den europäischen Völkern zu nehmen — die ihm nicht sowohl im Schoße der Regierungen, als im Schoße ihrer Parlamente unterworfen sind. Diese Parlamente, in denen fast überall die Parteikämpfe soviel Staub aufwirbeln, daß er den freien Blick auf das Ganze blendet und hindert, die Parlamente sind es, die die Regierungen an ihren Entschließungen zur Repression der Verbrechen hindern, und die Furcht vor den Wahlen, und ich weiß nicht, ob überall — ich will auf Motive nicht eingehen, ich will tatsächlich konstatieren, daß auch die kaiserlich österreichisch-ungarische Regierung schließlich sich außerstande gesehen hat, über diese Frage mit uns erfolgreich zu verhandeln, so daß schließlich die beiden Mächte, die zuerst die Initiative ergriffen haben, Deutschland und Rußland, allein noch in der Verhandlung über dieses Thema sind, über die Grundsätze, nach denen Auslieferungen erfolgen können und sollen, und über die Mittel, die den Verkehr mit Sprengstoffen und andere Gefahren beschränken sollen.

Ich hoffe, Sie werden daraus entnehmen, daß die Regierung ihrerseits nicht gesäumt hat, von Hause aus diese Bahn zu gehen, soweit sie konnte. Die Frage, ob die preußische Regierung für sich allein ein Dynamitgesetz machen sollte und könnte, ist in den technischen Stadien, die damals hauptsächlich durch den dem Ingenieur- und Artilleriefach ent-

stammenden Kriegsminister Herrn v. Kameke vertreten wurden, für außerordentlich schwierig und für unfruchtbar erklärt worden, solange nicht wenigstens die Hauptmächte in Europa sich darüber vereinigen, nach gleichen Prinzipien mit dem Dynamit zu verhandeln. Es geht mit solchen leicht transportablen Explosivstoffen wie mit der leichtfertigen Presse. Der einzelne Staat ist ihnen gegenüber nicht stark genug, um sich präventiv oder repressiv auf den Kampf einzulassen, ohne Vereinigung mehrerer Nachbarn. Ich habe übrigens für meine Person diese Sache seit dem Ende des Jahres 1881 aus dem Auge verloren, einmal weil ich durch schwere und schmerzhafte Krankheiten genötigt wurde, meine Beteiligung an den Geschäften auf das Minimum der auswärtigen Angelegenheiten zu beschränken, und dann auch — kann ich nicht leugnen —, weil ich nach den Wahlen im Herbst des Jahres 1881 jede Hoffnung verloren hatte, ähnliche Gesetze in diesem Hause zur Annahme zu bringen. Ich kann nicht leugnen, daß der Ausfall der damaligen Wahlen auf die Hoffnungen, die ich an die Zukunft Deutschlands knüpfte, mir wie ein Meltau der Entmutigung gefallen ist, und ich glaube auch nicht, daß, wenn wir in der Zwischenzeit Ihnen aus unserer Initiative ein Gesetz der Art gebracht hätten, daß Sie es angenommen haben würden. Jetzt haben Sie die Initiative mit einem solchen Gesetze ergriffen; wir nehmen sie dankbar an, akzeptieren sie utiliter und sind überzeugt, daß Sie das damit Ihrerseits gegebene Wort nicht zurückziehen werden.

Daß Sie damit nicht die ganze Gefahr decken, gegen welche die sozialistische Gesetzgebung überhaupt gegeben ist, liegt auf der Hand. Die Attentate, über die wir bei uns im Lande zu klagen haben, sind eben bisher nicht mit Dynamit begangen worden. Über dasjenige[2], was noch sub judice ist — ich weiß nichts Neues darüber — auf dem Niederwald bin ich nicht in der Lage, eine Auskunft zu geben. Wir müssen den Schluß des gerichtlichen Verfahrens abwarten. Aber die schweren Verbrechen, die vor sechs Jahren diese Gesetze ins Leben riefen, hätten auch ohne Dynamit unter dem strengsten Dynamitgesetze begangen werden können. Und außerdem trifft diese Dynamitgesetzgebung gar nicht die allgemeine Gefahr, die dem ruhigen Bürger in der Sorge vorschwebt, was aus ihm werden könnte, wenn die Theorien, wie sie im Schlosse Wyden[3] zu Papier gebracht worden, bei uns die Oberhand erhalten und zur Regierung gelangen könnten. Diese allgemeine Sorge, als ob die Regierung nicht wachsam und stark genug wäre, die Zukunft des ruhigen Bürgers zu schützen, von letzterem zu nehmen, halten wir einstweilen für die Aufgabe, die durch kein Dynamitgesetz erledigt werden kann.

Ich muß dann noch eine andere Frage berühren, die auf dem auswärtigen Gebiete liegt und die mir zeigt, wie unterrichtet unsere Politiker im allgemeinen über die Zustände unserer nächsten Nachbarländer sind. Mehrere Herren Redner haben Vergleiche gezogen zwischen den deutschen und russischen Zuständen, zwischen den Wirkungen der deutschen Gesetzgebung, des uns vorliegenden Gesetzes, und zwischen den Wirkungen, welche die russische unbeschränkte Regierung gegenüber den gleichen Erscheinungen geübt hat. Meine Herren, gleiche Erscheinungen sind aber ja gar nicht vorhanden, die Erscheinungen in Deutschland und Rußland sind himmelweit verschieden. Um die sozialistische Frage, um die Arbeiterfrage handelt es sich in Rußland gar nicht; der Arbeiter in Rußland ist gut

[2] Das gegen den Kaiser bei der Niederwald-Denkmalsenthüllung geplante Dynamitattentat, als dessen Urheber später der Anarchist Reinsdorf ermittelt und hingerichtet wurde.

[3] Wo im August 1880 ein internationaler Sozialistenkongreß getagt hatte.

kaiserlich und schlägt den Nihilisten tot, wenn es ihm erlaubt wird — die Nihilisten bestehen aus ganz anderen Leuten als aus Arbeitern, und die Lieblingsredensart renommistischer Demokraten, die vom „Massenschritt der Arbeiterbataillone" reden, ist dort nicht glaublich; — wenn die Arbeiterbataillone in Rußland auftreten, ist es mit den Nihilisten vorbei. Die Nihilisten bestehen aus dem Abiturientenproletariat (Sehr richtig! rechts.), aus halbgebildeten Leuten, aus dem Überschuß, welchen die gelehrte Bildung der Gymnasien dem bürgerlichen Leben zuführt, ohne daß dieses die Verdauungskraft für diesen Überschuß hätte — sie vermag ihn nicht aufzunehmen, und Sie finden, daß universitätsreife Abiturienten, die sich als Primaner eine Zukunft an der Spitze des Gemeinwesens als Gouverneure und hohe Würdenträger träumten, bald nachdem ihre Stipendien ausgegangen waren, froh sind, wenn sie einen Nachtwächterdienst oder etwas Derartiges finden. Es ist die Überproduktion an halbgebildeten Leuten, die in Rußland die nihilistische Wirkung hat. Und die Prozesse haben ja öffentlich stattgefunden: Sehen Sie sich den Personalbestand der russischen Nihilisten an! Es ist kein einziger Arbeiter darunter, es sind zum Teil feingebildete Leute, viele halbgebildete Leute, es sind verdorbene Studenten, auch unverdorbene Phantasten, es sind Offiziere, die mit ihrer Lage nicht zufrieden sind, entweder weil sie mit den Traditionen des Standes gebrochen haben, oder weil sie ihrer Meinung nach nicht genug vorwärts kommen, es sind Bankierssöhne, recht reiche — der letzte russische Nihilist, mit dem wir hier amtlich Berührung gehabt haben, und der durch eine unaufgeklärte Konnivenz schließlich nach der Schweiz hat entfliehen können, und für den sich hier sehr hochstehende Leute verwandt haben, war der Sohn eines reichen Warschauer Bankiers; der Name Mendelssohn hat nichts Armes und nichts Kommunistisches. (Heiterkeit.) So himmelweit sind die Verhältnisse dort verschieden; — der russische Nihilismus ist mehr eine klimatische Abart des Fortschritts als des Sozialismus. (Heiterkeit rechts.)

Dem gebildeten Führer wird es leicht, den Halbgebildeten mit sich fortzuziehen — ob auch schließlich den Arbeiter, das weiß ich nicht; die Russen sind soweit noch nicht, der Arbeiterstand ist dort noch intakt, er hat noch keine Sorge für seine Zukunft; nach dem russischen Gemeindeeigentum ist ihm die Altersversorgung immer sicher, und zwar unter Umständen auch eine ziemlich arbeitslose. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß das ländliche Eigentum in Rußland nicht dem einzelnen, sondern der Gemeinde gehört und von Zeit zu Zeit neu eingeteilt wird, alle drei Jahre ungefähr, und jeder, der besitzlos ist, das Recht hat auf einen bestimmten Anteil daran; also der Arbeiter ist da ziemlich sorgenfrei gestellt und beteiligt sich bisher nicht bei diesen revolutionären Bestrebungen. Es ist ja möglich, daß die russischen Verhältnisse sich dahin ausbilden, daß auch dort der verdorbene Student, wie ich im allgemeinen ihn bezeichnen will, und der fortschrittliche Malcontente, Herrschsüchtige vielleicht, allmählich den Zunder in die Massen werfen kann. Ja, dann ist dort die Anarchie eingeleitet. Soweit sind die Russen aber noch nicht.

Den russischen Nihilismus und die Schichten, in denen er seine Wurzeln hat, finden Sie am prägnantesten ausgedrückt in dem ersten Auftreten bei dem Prozesse gegen Wera Sassulitsch, wo bei der Freisprechung einer determinierten Mörderin[a] die höchsten Staatsbeamten Rußlands, die unter den Zuhörern saßen, Beifall klatschten. In dieser Art der

[a] Des Generals Trepow, Stadthauptmanns von Petersburg.

Auffassung der Zivilisation von seiten hochstehender Persönlichkeiten hat die erste Quelle des Verderbens der russischen öffentlichen Meinung zugunsten der nihilistischen Mörder gelegen. Die öffentliche Meinung ist jetzt davon geheilt, sie hat gesehen, daß auf dem Wege der Richter über Wera Sassulitsch das Glück Rußlands nicht gefördert wird — oder sie wird mit der Zeit soweit kommen. Wir aber sind schon einen Schritt über das Stadium Sassulitsch hinaus. Auf dem Standpunkt des russischen Nihilismus befanden wir uns schon früher. Vorgestern waren es gerade achtzehn Jahre, als das Attentat von Blind[5] stattfand, der war in keiner Weise dem Arbeiterstande angehörig, er war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, ein Student, und er war das Gefäß, in dem die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister, wie er heut vor Ihnen steht, und der damals Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihm kein Heller bewilligt werden sollte — diese Theorie der fortschrittlichen preußischen Landtagspartei vor 1866 hatte sich bei Blind abgelagert und kristallisiert, und Sie können daraus sehen — wer die Zeit damals miterlebt und mit soviel Interesse studiert hat, wie mir der damalige Vorgang einflößte, wird gesehen haben, wie die sämtlichen fortschrittlichen Blätter damals nach dem Attentate für Blind Partei nahmen und vor sittlicher Entrüstung darüber, daß ich mich nicht hätte von dem Manne erschießen lassen, sich nicht fassen konnten. Sie warfen mir vor, ich trage ein Stahlhemd — ich wollte, ich wäre stark genug dazu — und die höhnischsten Karikaturen über den Mordanfall wurden überall an den Schaufenstern von der Polizei geduldet. Wenn man die fortschrittlichen Blätter, die Karikaturblätter, die heute noch existieren, von damals liest, die damals in den Schaufenstern ausgestellt wurden, so mußte jeder denselben Eindruck bekommen, wie ich ihn damals bekommen habe, daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, viel mehr auf Blinds Seite stand, als auf meiner. — (Lachen links.) Ja, ja, meine Herren, Sie verlegen sich wieder auf das Auslachen, es ist das nur, damit das in den Bericht kommt, in Klammer: „Gelächter". Ich bitte also den Herrn, der da lacht, sich lieber zu nennen, damit gesagt werde, Gelächter von Herrn Abgeordneten soundso — dann weiß man doch, was das Gelächter zu bedeuten hat. Ich habe schon neulich gesagt, Sie lachen, damit es in den stenographischen Bericht kommt, und damit es eine Verminderung der Bedeutung und des Ernstes dessen, was ich hier sage, ausübt. Das ist die letzte Waffe derer, denen alle Gründe und alle Fähigkeit, etwas zu erwidern, ausgegangen sind: man stellt dann — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ein banausisches Gelächter an. Banausisch nenne ich, wenn man von der Sache, über die man lacht, nichts versteht. — Sie sind alle klassisch gebildet genug, den Ausdruck zu verstehen, und ich möchte, daß man dieses Banausentum, wo man mit nichts als mit unartikuliertem Hohngelächter auf ernste Darlegungen antwortet, aus unserer gebildeten Gesellschaft entfernt. (Bravo! rechts.) Machen Sie es, wie ich es tue. Wenn ich allein bin und denke über Sie nach, dann gerate ich auch unwillkürlich in Heiterkeit, aber hier bin ich ernst.

Nun also, bekannt ist der Kultus, der mit der Leiche Blinds im Polizeipräsidium damals getrieben wurde. Namhafte Frauen, die in der wissenschaftlichen Welt, wenigstens ihre Männer, einen gewissen Ruf hatten, bekränzten sie mit Lorbeer und Blumen; das alles ist geduldet worden damals von der Polizei — ohne deren Zulassung konnte man nicht zu

[5] Gegen Bismarck am 7. Mai 1866.

der Leiche dringen — und das allgemeine Ergebnis war für mich in diesen Kreisen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte.

Nun, das war dasselbe Beifallsklatschen für Blind, wie bei Wera Sassulitsch, wo auch die höheren Beamtenkreise so dachten, daß sich leicht auf ihre Autorität noch mehrere finden, die schließlich zum Messer greifen, wenn die Argumente nicht mehr ausreichen. Rußland ist noch nicht so weit wie wir; der Arbeiter ist noch unbeteiligt und steht auf seiten des Kaisers. Sie werden also ohne weitere Argumentation von meiner Seite entnehmen, wie hinfällig die Beweise sind, die die Herren Abgeordneten Frhr. v. Stauffenberg und Windthorst[6] aus Rußland entnommen haben. In beiden Ländern sind himmelweit verschiedene Zustände. Die Russen haben es mit der Gefahr, daß die Massen Partei für die Nihilisten gegen die Regierung ergreifen könnten, noch gar nicht zu tun. Da ist nur der Dolch und der Revolver der einzelnen Mörder die feindliche Macht; bei uns ist es die öffentliche Meinung, die geschädigt und vergiftet wird. Und wenn Sie sagen: Es ist nützlich, daß die Krankheitserscheinungen in die öffentliche Meinung treten, und wenn man sie daran hindert, so werden sie sich auf das Innere werfen — so ist das auch nur ein speziöses Argument, welches nur auf den ersten Anblick Eindruck macht: aber es wäre ganz ebensogut, wenn Sie anstatt der sittlichen Brandstiftung, die hier vorliegt, die natürliche Brandstiftung nehmen und sagen: Hüten wir uns, gegen die Brandleger zu scharf aufzutreten, sonst werden sie ihr Gewerbe künftig heimlich treiben, und sie werden dadurch noch viel gefährlicher. (Ruf links: Aul aul) So ungefähr kommt es mir vor, wenn Sie eine öffentliche Gefahr — meine Herren, ich lasse Ihnen Zeit, den unartikulierten Laut zu artikulieren, ich antworte dann sehr gerne darauf.

Gegenüber der Welt der freien Tätigkeit der Verbrechen — denn diese werden nach dem Wydener Programm geplant — Sie nennen es Revolution, eine gewaltsame Revolution ist an und für sich ein Verbrechen, ich glaube auch nicht an gute Revolutionäre,[7] wie mancher der Herren Kollegen — also wenn Sie gegen Verbrecher offen nicht einschreiten dürfen deshalb, weil sie sonst ihr Verbrechen geheimer betreiben werden, so werden Sie damit außerhalb des Parteikampfes kaum irgend jemand überzeugen, der seine gesunden fünf Sinne hat. Die geheimen Umtriebe auf dem Gebiete, das dem Strafrecht heute öffentlich noch verfallen würde, die werden Sie doch nicht fassen, die werden so töricht nicht sein, zu früh an die Öffentlichkeit zu treten; dazu sind die Herren zu vorsichtig, zu gut geschult und berechnend. Die Frage ist nur die: Wollen Sie die heimliche Agitation allein oder die heimliche und öffentliche Agitation gleichzeitig in den Kauf nehmen? Wir wollen die öffentliche als die gefährlichere, weil sie das Zündmaterial in größerer Masse gleichzeitig entzünden kann, einstweilen — nicht beseitigen, aber nach Möglichkeit vermindern. Zu diesem Zwecke haben Sie vor sechs Jahren das Gesetz bewilligt; zu diesem Zweck verlangen wir die Verlängerung desselben.

Sie haben nun die Frage aufgeworfen: Soll dieses Gesetz von ewiger Dauer sein? Ich habe schon bei der ersten Lesung darauf geantwortet — weder von ewiger, noch von zu kurzer Dauer, sondern wir haben die Hoffnung, auf dem Wege der Reform, die wir erstreben, zwar nicht alle Beteiligten zu bekehren, aber doch den Zulauf, die Rekrutierung

[6] In ihren Reden am Tage zuvor.

[7] Eine vom Abgeordneten Dr. Virchow gebrauchte Bezeichnung.

für die revolutionären Pläne wesentlich zu beschränken, wenn wir dem Arbeiter das geben, was die Kaiserliche Botschaft und was die daran geknüpften Reformvorschläge verheißen haben. Ich habe schon vor einigen Wochen mich darüber ausgesprochen, — wen es interessiert, wird es nachlesen können; daß die Herren es jetzt interessieren wird, nehme ich nicht an. Ich will mich nur dahin resümieren: Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort „Altersversorgung" ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist. Ich glaube, daß Sie bei der Regierung nicht an dem Ernst zweifeln; aber in betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Überzeugung, daß es den Herren ernst darum zu tun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langsam, sie werden angebrachtermaßen abgelehnt nach einem Obstruktionssystem, nach Verzögerungsprinzipien, die sehr kunstreich berechnet sind. Der Reichstag ist jetzt neun Wochen versammelt, er ist zum 6. März zusammenberufen worden. Die Hauptaufgabe, für welche wir die Zeit freigehalten haben, ist die Unfallversicherungsgesetzgebung; das Gesetz hat, glaube ich, 170 Paragraphen; die Kommissionsverhandlungen sind jetzt nach neun Wochen bei der Klippe des Artikels 43 angelangt, und die Frage der Berechtigung der Arbeiterausschüsse ist meines Erachtens eine so wichtige, eine so prinzipielle Frage, über die sich viel reden läßt; es steht also zu befürchten, daß die Sache sich so langsam wie bisher weiter entwickelt. Ich mache der Kommission keinen Vorwurf daraus — ich bin überzeugt, sie arbeitet fleißig; aber der Mangel an Glauben, daß die Sache nützlich sei, der Mangel an ernstem Willen, etwas zustande zu bringen, verlangsamt die Arbeiten unwillkürlich. Wenn es sich um manche andere Dinge, die politisch mehr Interesse haben, handelt, da habe ich die Herren schon sehr rasch arbeiten sehen; aber hier kommt die Sache nicht vorwärts. Wir, die Regierung, können die Verhandlungen über diese Dinge nicht abbrechen, und wenn wir bis zum August oder bis zum natürlichen Ablauf Ihres Mandats hier sitzen sollen; die Regierung kann nicht vom Platze weichen, wir müssen Ihre Antwort auf das Unfallversicherungsgesetz haben, Ja oder Nein, und ich möchte bitten, auf diese Arbeiten für das Wohl einer zahlreichen und zum Teil nicht glücklichen Klasse doch ohne alle Schachzüge — ich will nicht sagen Winkelzüge — aber Schachzüge, wie wir das bei diesem Gesetz dilatorisch erlebt haben — nicht auf diese Art einzuwirken. Sobald wir auf diesem Gebiet der sozialistischen Reformen, auf dem Gebiet der Verbesserung des Loses der Arbeiter im allgemeinen etwas von Gewicht erreicht haben werden, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Regierung selbst die Aufhebung jedes Ausnahmegesetzes beantragt, und wo wir abwarten werden, ob auch nach Erfüllung dessen, nach Erfüllung aller Begehrlichkeiten, welche in den Regierungskreisen wenigstens allgemein für verständlich und berechtigt gehalten werden, ein solches Ausnahmegesetz noch notwendig sein wird. Von dieser Erfüllung sind wir aber weit entfernt. Vor sechs Jahren sind die Versprechungen gemacht — sie sind nicht verwirklicht; ich mache

niemand daraus einen Vorwurf. Ich kann nur zu meiner Entschuldigung anführen: Wäre ich immer so gesund gewesen, wie vor zehn Jahren, nun, so würde ich die Sache mehr betrieben haben; aber können Sie, die Mehrheit von Ihnen, wirklich ehrlich sagen, daß Sie in entgegenkommender Weise auf dem Gebiete der Leistungen zugunsten der Arbeiter die Regierung unterstützt hätten? Ich glaube, wenn Sie die Hand aufs Herz legen, können Sie das nur zu Wahlzwecken aussprechen, aber nicht behaupten und nicht nachweisen. Sie betrachten das als eine lästige Sache, um die Sie herumkommen und die Schuld dafür der Regierung zuschieben möchten; aber Sie arbeiten nicht mit dem Eifer, den die Sache verdient. — Dann also will ich mich gern mit dem Zurückziehen aller Ausnahmegesetze einverstanden erklären.

Wie die Sache aber jetzt liegt, möchte ich die Herren bitten, das grausame Spiel einigermaßen abzukürzen. Warum wollen Sie nicht den Mut Ihrer Meinung haben? Sagen Sie offen Nein, wenn Sie glauben, daß das Gesetz nicht möglich ist. Wir werden Ihnen dann sofort die Gelegenheit geben — und die verbündeten Regierungen sind darüber einig —, mit Ihren Wählern darüber Rücksprache zu nehmen (Heiterkeit.), ob die Wähler mit diesem Nein einverstanden sind. Ich will Ihnen das gar nicht verschweigen; der Ablehnung der Verlängerung dieses Gesetzes wird die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgen. Darüber sind die Regierungen einig, das sind sie sich und dem Lande schuldig. Wir verlieren aber auch gar nichts, denn die Verzögerungsgefahr tritt ja nicht ein; wenn wir heute infolge der Auflösung auseinandergehen, so haben wir die erfreuliche Aussicht, uns und diejenigen, die wiedergewählt werden, am 10. August zusammenzufinden, zu einer schönen Jahreszeit, wo wir die Diskussion von heute fortsetzen können. (Heiterkeit.)

Ich würde an Ihrer Stelle doch das dringende Bedürfnis fühlen, in dieser offenbar sehr zwiespältigen Frage — keine Fraktion ist in sich einig, jede ist gern der Entscheidung überhoben, sucht sie von heute auf morgen aufzuschieben — „Morgen, morgen, nur nicht heute" — allen diesen Kreuz- und Querzügen ein Ende zu machen durch ein einfaches Nein; es muß Ihnen doch daran liegen, sich aus dieser Ungewißheit zu ziehen und sich zu vergewissern, wie Ihre Wähler darüber denken. Wenn sie anders darüber denken sollten, wenn wir dann im Herbste dieses Jahres eine Majorität, groß oder klein, für die Verlängerung dieses Gesetzes erhalten, dann, glaube ich, werden Sie unparteiisch und vaterlandsliebend genug sein, um mit Freuden auf das Werk Ihrer Nachfolger zu blicken.

Wenn es anders kommen sollte, wenn im Falle einer Ablehnung auch der neu zu wählende Reichstag wiederum dasselbe Gesetz nochmals ablehnen sollte, ja, meine Herren, dann ist ja der Fall gekommen, wo die Regierung das Ihrige getan hat, und wo sie den Ereignissen dann sagen kann, daß sie nun auch das Ihrige tun mögen; dann ist die Regierung exkulpiert und kann ihrerseits mit Ruhe, wenigstens mit ruhigem Gewissen ansehen, wie auf der von Ihnen und Ihren Nachfolgern dann geschaffenen freien Bahn des gemeinen Rechts — wie jetzt das Schlagwort lautet — sich die sozialdemokratische Revolution „ganz herrlich offenbaren wird", um das Wort des Dichters nicht weiter zu zitieren.

Sie müssen doch nicht glauben, daß wir, wir Regierungsleute, die wir die Annahme des Gesetzes betreiben, von der sozialdemokratischen Revolution mehr zu fürchten haben, als Sie alle. Wir sprechen und handeln im Interesse des Landes, im Interesse der ruhigen Bürger, im Interesse der Wähler, der Masse des Volkes. Lehnen Sie das ab, hindern

Sie uns, das Nötige zu tun, dann brauchen wir noch gar nicht zu sagen: Si fractus illabatur orbis; zusammenbrechen wird wohl etwas — aber wir können das ebensogut aushalten wie Sie. Ob der ruhige Bürger es aushalten kann, daß man der Sozialdemokratie freie Bahn läßt in ihrer Entwicklung, wo sie 1878 aufhörte — es ist ja doch so sehr lange nicht her, Sie werden sich erinnern, welchen Aufschwung die Entwicklung damals nahm; außerordentlich triumphierend, fast berechtigend zu der Sprache, die der Herr Abgeordnete Frohme gestern geführt hat, so trat sie damals mit fliegendem Banner und siegender Fahne auf — wollen Sie das, glauben Sie, daß der deutsche Bürger im allgemeinen das mit Beruhigung und sorgenfrei betrachtet? — Ich habe gar nichts gegen den Versuch; erwarten Sie nicht, daß die Regierung immer wieder den Pferden in die Zügel fallen werde. Der Wähler hat ja schließlich darüber zu bestimmen und zu beschließen, und deshalb ist es wohl nützlicher, wenn man ihn häufiger fragt, damit er auch häufiger zu Wort kommt. Wenn nur der Wähler dabei nicht in den Irrtum verfällt, daß er glaubt, gegen die Gefahren der Sozialdemokratie sich dadurch zu schützen, daß er fortschrittliche Abgeordnete wählt! Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie, für die Untergrabung zunächst und dann den Umsturz unserer geordneten gesellschaftlichen Verhältnisse, weil die Argumentationen der Fortschrittspartei und die Mitteilungen, welche sie uns über ihre Zukunftspläne geben kann, im ganzen bisher unverdächtiger und für denjenigen, der nicht weiter sieht, annehmbarer, glaubhafter, wahrscheinlicher sind. Die meisten Wähler glauben heut noch, daß mit der Herrschaft der Fortschrittspartei monarchistische Einrichtungen verträglich sind, daß sie nicht notwendig in die reine Wahlherrschaft, in das souveräne Wahlreich hinübergleiten müsse, ähnlich wie Sie das heutzutage in Norwegen sehen, in einem Lande, welches eine konservative achtbare Bevölkerung hat. Aber auf dem Wege kommt man schließlich zu nichts anderem als zur Zersetzung einer jeden monarchischen Einrichtung. Wie die Herren in Norwegen sich das Ende vom Liede denken, geht mich glücklicherweise nichts an. Ich mache aber darauf aufmerksam: Das ist die natürliche Entwicklungsbahn, zu welcher jede fortschrittliche Politik, die Politik, daß die Parlamentsmajorität im Lande regiert und nicht der König, zuletzt notwendig in allen Ländern kommen muß; und daß dies bei einem so achtbaren konservativen Menschenschlag, wie der norwegische Bauer es ist, auch der Fall ist, schlägt alle diejenigen, die noch zweifelhaft sein mögen, die noch an der allgemeinen Wahrheit dieses Grundsatzes zweifelhaft sein konnten, weil früher nur der Pöbel der großen Hauptstädte an der Herrschaft gewesen ist, wie die Jakobiner zur Zeit der großen Revolution in Paris und bei anderen Beispielen. Aber nachdem so etwas an dem grünen Holze des achtbaren norwegischen Volkes geschehen konnte, glauben Sie doch nicht, daß bei uns mit unseren großen Städten, mit unseren Massen von halbgebildeten Leuten, die auf die Wahlen einen Einfluß üben, mit der Geldmacht, die sich allmählich bei den Wahlen wirksam bezeigt — glauben Sie nicht, daß wir zu einem anderen Ziele gelangen werden, wenn wir den Weg einschlagen.

Ich streife dabei ein Thema, das Herr v. Minnigerode gestern berührte; das ist der Wahlfonds und der Diätenfonds. Herr v. Minnigerode brauchte gestern den Ausdruck, daß durch die Annahme der Diäten ein Abgeordneter sich der Fraktion verkaufe. Ich finde den Ausdruck nicht richtig — er vermietet sich an die Fraktion gegen Entgelt. Es ist

meines Erachtens eine nackte und wahre Bestechung, die darin liegt; es wird jemandem eine bestimmte Zahlung zugesichert unter der stillschweigenden Bedingung, daß er mit der Partei, die ihn weiter bezahlt, auch weiter stimmt und es weiter treibt. Es ist das ein verfassungswidriger Zustand — wenn er vorkommt. Mir ist noch kein einziger Fall in glaubhafter Weise vorgekommen; ich würde sonst sofort die Probe anstellen, ob der Staatsanwalt nicht wegen Bestechung eines Abgeordneten einschreiten würde, und einen Prozeß anstrengen; und wenn der Prozeß so ausfiele, daß dies erlaubt wäre, würde ich mit einer gesetzgeberischen Deklaration des Vergehens der Bestechung vor Sie treten und um Ihre Genehmigung bitten. (Heiterkeit links.) — Das können Sie nicht totlachen. Es ist Ihnen innerlich auch gar nicht so lächerlich dabei zumute; es trifft das einen wunden Fleck, und mit dem Staatsanwalt hat niemand gerne zu tun. Ich halte es für verfassungswidrig, und meines Erachtens wäre es der Verfassung entsprechend, wenn das Parlament dergleichen Verfassungsbruch ermittelt, daß es seinerseits das Mandat solcher Abgeordneter, die die Verfassung ihrerseits brechen — kassiert, sonst setzt sich das Parlament selbst eine Verfassung. Aber mir liegt bisher zu meiner Beruhigung kein derartiger Fall vor; indes ich vigiliere darauf, und ich werde mich freuen, wenn mir einer zur nachweislichen Kenntnis kommt.

Ich kann also nur — wenn, wie ja die Möglichkeit hier nahetritt, die Neuwahlen uns nahe bevorstehen — mit dem dringenden Wunsch an die Wähler schließen: Wollen Sie die sozialistische Gefahr los sein, wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten! (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Nachdem Abg. v. Treitschke die Vorlage befürwortet und der sozialdemokratische Abgeordnete Rittinghausen feierlich jede Verwandtschaft mit den Anarchisten geleugnet hat, spricht Abg. v. Köller für die Annahme, während Abg. Richter sich heftig gegen den Kanzler wendet, dessen Proklamierung des Rechts auf Arbeit sozialistisch sei. Dann verteidigt er die Fortschrittspartei gegen den Vorwurf, mit Blind sympathisiert zu haben. Gegenüber den Versuchen Bismarcks, die Parteien zu vernichten und eine Interessenvertretung an ihre Stelle zu setzen, müsse der Liberalismus zeigen, ob er noch eine Zukunft in Deutschland habe. Fürst Bismarck antwortet:

Ich bedaure, daß der Herr Vorredner soweit ausgegriffen hat über das Thema, das uns beschäftigt, hinaus, daß ich fast fürchte, daß meine Kräfte nicht ausreichen werden zur Erwiderung auf alle die interessanten Themata, die er berührt hat.

Ich will zunächst an das, was den frischesten Eindruck gemacht hat, an die Apostrophe, daß es sich darum handle, ob der Liberalismus in Deutschland eine Zukunft habe oder nicht, anknüpfen mit dem Ausdruck meiner ganz bestimmten Überzeugung, daß er keine hat — der Liberalismus, wie ihn der Herr Vorredner vertritt, das heißt die fortschrittliche Demokratie, die Parlamentsherrschaft, wie sie in dem Aktenstück des Bundesrats,[8] auf das der

[8] Dieses Aktenstück ist ein Protest der verbündeten Regierungen gegen die im Programm der deutschfreisinnigen Partei geforderte Errichtung von Reichsministerien. Es heißt in diesem Protest vom 5. April: „Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertragsmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrat üben. Die wesentlichsten Regierungsrechte der Bundesstaaten würden von einem Reichsministerium absorbiert werden, dessen Tätigkeit durch die Art der ihm auferlegten Verantwortlichkeit dem maßgebenden Einflusse der jedesmaligen Majorität des Reichstags unterliegen müßte. Man wird nicht fehl gehen, wenn man in der von der neuen fortschrittlichen Partei erstrebten Einrichtung eines solchen Ministeriums ein Mittel zur Unterwerfung der Regierungsgewalt im Reiche unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickt. Die königlich preußische Regierung würde in einer derartigen Verschiebung der Schwerpunkte der Regierungsgewalt eine große Gefahr für die Dauer der neugeborenen Einheit Deutschlands erblicken. Selbst wenn es gelänge, feste Majoriäten aus den heute im Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für die sichere Einleitung

Herr Vorredner anspielte, charakterisiert ist — und es ist doch klar, daß der Herr Vorredner das Liberalismus nennt. Ich muß es ganz entschieden aussprechen, daß dieser Liberalismus meiner Überzeugung nach keine Zukunft hat, und daß ich es für die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug. (Bravo! rechts. Hört, hört! links.) — Ja, „Hört, hört!“ rufen Sie. Hören Sie doch! Es ist gar kein Zweifel darüber, und ich glaube, niemand ist nach meiner zweiundzwanzigjährigen Vergangenheit an dieser Stelle berechtigt, irgendwie darüber zweifelhaft zu sein, daß ich diese Phantasmagorien von einer möglichen Parlamentsherrschaft bis auf meinen letzten Atemzug bekämpfen werde. Wie können Sie also darüber „Hört, hört!“ schreien? Wie können Sie sich darüber verwundern? Es ist meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit als Diener des Kaisers.

Ich will zunächst — wie weit ich auf dem etwas sandigen Wege, den der Herr Vorredner eingeschlagen, folgen kann, weiß ich nicht —, ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die er überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. Ja, ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, solange ich auf diesem Platze sein werde. Ich befinde mich damit nicht auf dem Boden des Sozialismus, der erst mit dem Ministerium Bismarck seinen Anfang genommen haben soll, sondern auf dem Boden des Preußischen Landrechts. Herr Richter sollte schon seinem Namen nach (Heiterkeit) und auch als Justizgelehrter das kennen; ich glaube, es ist der 19. Titel des zweiten Teils des Landrechts; da steht geschrieben:

> Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. (Zuruf links: Armenpflege.)

— Warten sie doch ab! Sie kennen also das Landrecht gar nicht; sonst würden Sie wissen, daß hier noch ein zweiter Paragraph da ist. Das Landrecht ist ein sehr nützliches Studium; Sie sind ja meist Juristen, aber ich empfehle es Ihnen doch. Also im § 2 ist gesagt:

> Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.

Nun, meine Herren, wo ist denn Ihr unartikulierter höhnischer Zuruf, den Sie vorhin machten? Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen

---

zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutschen Reichs halten. Die Regierung eines großen Volks durch die Mehrheit einer gewählten Versammlung ist untrennbar von all den Schäden und Gefahren, an welchen ein jedes Wahlreich nach den Erfahrungen der Geschichte zugrunde geht. Die Regierungsgewalt, geübt von Parlamenten, welche aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, unterliegt derselben Gefahr, die Bedürfnisse des Landes dem Bedürfnisse des Gewähltwerdens unterzuordnen, durch welche bisher jedes Wahlreich seinem Verfall und seinem Untergange entgegengeführt worden ist.

Der Gedanke an die Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums, wie er nicht bloß in Gestalt eines Programms, sondern in den Verhandlungen des Reichstags von den Jahren 1869 und 1878 zutage getreten, ist deshalb nach Überzeugung der königlichen Regierung überall da, wo er im Reichstag und bei den Wahlen gemacht wird, im Interesse des Reichs, seiner Verfassung und der Sicherheit seines Fortbestandes zu bekämpfen, einmal, weil er sich nicht verwirklichen läßt, ohne die vertragsmäßigen Rechte der Reichsglieder und das Vertrauen auf die Sicherheit der Bundesverträge zu schädigen, dann aber auch, weil er eins von den Mitteln bildet, durch welche der Schwerpunkt der Reichsregierung in die wechselnden Majoritäten des Reichstags hinübergeleitet werden soll, und weil diese Überleitung, wenn sie gelänge, die Wiederauflösung der deutschen Einheit nach Überzeugung der Regierung im Gefolge haben würde.“

proklamiert? Ist es nicht in unseren ganzen sittlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der vor seinen Mitbürger tritt und sagt: Ich bin gesund, arbeitslustig, finde aber keine Arbeit — berechtigt ist, zu sagen: Gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?! Der Herr Vorredner hat gesagt, der Staat würde große Unternehmungen machen müssen. Ja, das hat er schon getan in Zeiten der Not wie 1848, wo infolge des damaligen Überschäumens der fortschrittlichen Bewegung die Arbeitslosigkeit und der Geldmangel groß waren. Wer erinnert sich nicht noch der Rehberger mit ihren roten Hahnenfeder und ihren langen Stiefeln? Da hat der Staat es für seine Pflicht gehalten, diesen Leuten — es waren zum großen Teil Bummler, aber auch ehrliche Leute darunter, die in der Tat nicht wußten, wovon sie leben sollten — Arbeit zu verschaffen. Wenn ähnliche Notstände eintreten, so, glaube ich, ist der Staat auch noch heute verpflichtet, und der Staat hat so weitreichende Aufgaben, daß er dieser seiner Verpflichtung, arbeitslosen Bürgern, die Arbeit nicht finden können, solche zu verschaffen, wohl nachkommen kann. Er läßt Aufgaben ausführen, die sonst aus finanziellen Bedenklichkeiten vielleicht nicht ausgeführt werden würden; ich will sagen, große Kanalbauten, oder was dem analog ist. Es gibt ja eine Menge außerordentlich nützlicher Einrichtungen anderer Art.

Der Herr Vorredner wiederholt dann eine Menge ganz natürlicher Dinge, die sich bei mir ganz von selbst verstehen, in dem Tone des Vorwurfs, hier vor versammeltem Kriegsvolk. Ich will sehen, was ich aus der Blumenlese von all den Sachen finden kann, in denen ich mich schuldig bekenne, zu meiner Ehre schuldig bekenne.

Also zum Beispiel das letzte, was er sagte: meine Liebe zu den Nationalliberalen — ist das ein Vorwurf? Warum soll ich für diese Partei keine Neigung haben? Ich bin sehr lange mit ihr zusammengegangen, und es war nicht mein Gefühl, das uns getrennt hat, sondern eine Empfindung, die aus dem Schoße der Partei kam; es ist ein altes Chamissosches Gedicht, das heißt: „Liebe, liebe immerdar?“, ich weiß nicht, wie es weiter heißt; aber — es wurde den Herren langweilig; sie wollten mit aus der Schüssel essen, und darüber konnten wir uns nicht verständigen (Heiterkeit) — sehr zu meinem Bedauern; aber meine Neigung zu den Herren, meine Achtung vor ihnen und das Bedauern, mit dem ich zurückdenke an die guten Beziehungen zu dieser Partei, sind nicht erstorben. Ich unterhalte zu allen denjenigen, die nationalliberal geblieben sind, die nicht zur Fortschrittspartei übergegangen sind, immer dieselbe Freundschaft in politischer Beziehung, sobald sie ihrerseits bereit sind, sie anzuknüpfen, und dessen schäme ich mich gar nicht.

Der Herr Vorredner hat gesagt, solche Liebe von mir wechselte hin und wieder. Gewiß muß ich wechseln; ich nehme ja meine Stellung zu der Sache nicht aus der Abstimmung der Parteien, sondern aus sachlichen Erwägungen, daraus, ob ich die Dinge für vernünftig, für das Reich oder an anderer Stelle für Preußen für nützlich halte. Wenn ich sie dafür halte, so nehme ich jede Unterstützung dankbar an, die sich mir bietet, und es ist mir einerlei, welcher Fraktion einer angehört. Ich gehöre keiner an.

Es ist auch nicht richtig, daß die Konservativen immer mit mir gegangen sind. Es ist eine recht lange Zeit gewesen, wo eine bittere Feindschaft zwischen uns bestand und wo ich gefunden habe, daß als Feind der Konservative noch konservativer, schärfer und konsequenter ist als liberale Gegnerschaften. Ich habe bittere Erfahrungen mit den Konservativen erlebt und mit meinen nächsten Angehörigen, die dieser Partei angehört haben.

Ich stoße noch auf sehr viele Punkte und bin dem Herrn Vorredner dankbar, daß er mich auf diese Weise angeklagt hat; aber ich muß doch, wenn ich nicht in Verwirrung geraten will — das Repertoire ist zu umfangreich —, nach der Reihe gehen.

Er hat also gesagt: Die Amendements des Herrn Abgeordneten Windthorst geben uns neunzehn Zwanzigstel von der Sache. Nun, meine Meinung steht dem diametral entgegen; ich glaube, auch der Herr Vorredner wird die Richtigkeit der Rechnung nicht beweisen können, und selbst der Herr Abgeordnete Windthorst wird sie nicht glauben und wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß mit seinen Amendements die ganze Gesetzesvorlage für mich den Wert hat einer Nuß, aus der der Kern herausgeschält ist, oder eines Münzstückes, dem der Gold- oder Silberwert entzogen ist, und von dem nur die non-valeurs geblieben sind.

Dann ist weiter eine von den Wahrheiten, zu denen ich mich bekenne, die der Herr Vorredner mir aber wieder in dem hohen Selbstgefühl, das ihn als Fortschrittsmann beseelt, zum Vorwurf macht, die, daß die Fortschrittspartei gefährlicher ist als die Sozialisten. Ich habe heute in meiner ersten Rede — leider muß ich sagen: in der ersten Rede, weil ich jetzt zur zweiten gezwungen bin — damit geschlossen: Ich halte die Fortschrittspartei für viel gefährlicher für die künftige Ruhe und die Fortentwickelung unseres Staates, als die Sozialdemokratie, weil erstere feiner operiert. Die Utopien, die die Sozialisten aufstellen, können vor der Mehrzahl der gebildeten Leute keinen Bestand haben und sind daher vollständig ungefährlich.[9] Ich weiß nicht, ob Sie das schöne Gedicht kennen von Thomas Moore: „The veiled Prophet." Der verschleierte Prophet war so häßlich, daß er immer einen Schleier trug, er getraute sich nicht, sein wahres Gesicht dem Volke zu zeigen, sonst hätte man ihn des häßlichen Gesichts wegen verlassen. So ist es auch mit dem Gesicht der Sozialdemokratie — sie erscheint nie ohne einen Schleier. Die Zukunft, wie sie apokryphisch in wieder desavouierten Schriften entwickelt ist, das Positive, was sie will, hat sie noch nicht gewagt aufzustellen. Deshalb halte ich die Partei auf die Dauer für die Ruhe des Bürgers nicht für gefährlich. Daß sie im Staat zur Herrschaft gelangen, uns in Mark und Blut vergiften wird, das glaube ich nicht. Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus seit fünfzig, hundert Jahren in die Welt gesetzt haben, und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Sozialisten.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, der Sozialismus sei gewachsen wie mein Schatten. Nun, wenn mein Schatten wächst, so geht die Sonne unter, und ich setze voraus, daß er seine eigene Sonne meint, die im Untergang begriffen ist. (Heiterkeit.) Dann wird allerdings für ihn mein Schatten länger.

Nachher hat der Herr Abgeordnete von dem Attentate von Blind gesprochen und die Richtigkeit der Eindrücke bestritten, wie ich sie registriert habe. Darin befindet er sich vollständig im Irrtum. Ich werde Auftrag geben, daß in der Königlichen Bibliothek und sonst noch, wo die Zeitungen von damals sich befinden, nachgeforscht wird, und der Herr Vorredner wird die Unannehmlichkeit haben, daß der alte Kohl noch einmal recht gründlich

[9] Bismarck äußerte einmal im Staatsministerium, die Pläne der Sozialisten seien Utopien, die doch einmal mit dem Schwerte niedergeschlagen werden müßten, der Fortschritt aber erstrebe eine mögliche Staatsform, die Republik.

aufgewärmt wird. Ich weiß ganz genau, was ich damals gelesen habe; ich erinnere mich genau des damals ausgestellten Bildes über das Attentat. — Ich muß um Entschuldigung bitten — der Herr Vorredner nötigt mich, auf diese Dinge nochmals einzugehen, denn er hat mich einer Unwahrheit beschuldigt. Ich erinnere mich also dessen ganz genau. Das Bild war so dargestellt: Ein heldenmütiger Mann — er hatte die Physiognomie von Wilhelm Tell, dem Schweizer Helden — fällt mich von vorn an (während Blind von hinten auf mich schoß) — und feuert mir ins Gesicht. Ich stehe bestürzt da, mein Hut fällt mir vom Kopfe, der Satan schiebt eine Kralle zwischen uns und spricht, indem er die Kugel auffängt: Der gehört mir!

Von den Namen, die der Herr Vorredner verlangt, kenne ich nur einen. Wie soll ich nach achtzehn Jahren noch alles von diesen Lumpereien und Gemeinheiten wissen! Einen Namen weiß ich aber noch, der war Lewald. Da es sich um Damen handelt, so übergehe ich alles andere. Der Herr Vorredner wird daraus ersehen, daß es mir nicht unmöglich sein würde, in diesem Grabe der Verwesung noch tiefer zu wühlen und ihm vielleicht noch näherliegende Dinge nachzuweisen. Also diese Beschuldigung ist völlig ungerechtfertigt.

Ich bemerke dabei noch: Wenn der Herr Vorredner aus den damaligen Begebnissen einen nachteiligen Schluß auf die Qualifikation des damaligen Polizeipräsidenten[10] zieht, so gebe ich ihm doch nicht unbedingt zu, daß das in meinen Worten gelegen hat. Ich habe gesprochen von den mittleren Schichten, also ich meine, von dem, was man so den mittleren Bildungsstand nennt. Es ist ganz zweifellos, daß unter den heutigen Postbeamten es sehr viele Sozialdemokraten gibt; das darf man doch aber nicht dem Generalpostmeister Stephan zur Last legen wollen; der kann dies nicht ändern. Herr v. Bernuth kann überhaupt ein sehr vortrefflicher Regierungspräsident sein und kein geeigneter Polizeipräsident. Ich habe weder die einen noch die anderen zu ernennen; wohl aber erinnere ich mich einer Unterredung, die ich in jener Zeit mit Herrn v. Bernuth gehabt habe, in deren Verlauf er mir verstimmt sagte: Ich bin kein Polizeimann, ich habe mich bis zuletzt gegen meine Ernennung gewehrt. — Ich antwortete: Meiner Überzeugung nach nicht lange genug (Heiterkeit); und darauf erfolgte seine Ernennung zu einer Stelle, für die ich ihn sehr geeignet halte. Es ist kein Tadel, den ich damit ausspreche; es kann jemand ein vorzüglicher Regierungspräsident sein und gerade zum Polizeipräsidenten nicht den Beruf fühlen, wie dieser Herr selbst beweist. — Es ist also damit alles lahmgelegt und liegt längst zu Boden, was der Herr Abgeordnete Richter über diesen Punkt gesagt hat. Wenn ich in der Beantwortung dieselbe Indiskretion begehen wollte, wie der Herr Abgeordnete Richter im Provozieren einer Antwort, so könnte ich noch recht viel weitergehen; aber es ist meine Pflicht, glaube ich, in der Diskussion darüber mehr hinter ihm zurückzubleiben, als vielleicht nützlich ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete wiederum an 1866 angeknüpft, und die große politische Frage, ob die Fortschrittspartei damals eine für das Vaterland unsichere Haltung angenommen hat oder nicht, wieder in Erwägung gebracht. Ich halte es außerhalb der Möglichkeit und auch außerhalb meines Berufs, auf diese geschichtliche Frage einzugehen. Der Herr Vorredner wird mit all seinem Geschick und seinen sophistischen Deduktionen die Weltgeschichte nicht umstoßen, und da bitte ich ihn, nur nachzulesen — die Geschichte läßt sich eben nicht rückwärts reformieren, das sind geschehene Sachen. Daß es nicht nützlich

[10] Herr v. Bernuth.

sei, an den Krieg als Bürgerkrieg zu erinnern — ja, meine Herren, die Ansicht teile ich vollkommen, und ich könnte den Beweis geben, daß ich in noch viel höherem Maße die Abneigung gegen die Erinnerung an diesen Krieg teile; ich hätte gewünscht, daß auf unseren Denkmälern von diesem Kriege nie die Rede gewesen wäre, sondern nur von denen, die wir gegen das Ausland geführt haben. Aber daß man im übrigen unsere inneren Vorgänge der Vergangenheit mit dem Deckmantel des Bürgerkrieges verdecken zu sollen glaubt, das ist nur bei der Fortschrittspartei begreiflich, denn sie hat sich eigentlich ganz fürchterlich blamiert in ihren Vorhersagungen und ihrer patriotischen Haltung. Es kann jeder Partei passieren, aber es wird sich nicht ausradieren lassen; da reicht kein Radiergummi zu, das ist aere perennius feststehend.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir als Verleumdung der Berliner Polizeiverwaltung oder Magistratsverwaltung angerechnet, daß ich davon gesprochen habe, daß in Berlin Selbstmorde aus Nahrungssorgen vorkommen. Das ist doch allen Tatsachen ins Gesicht geschlagen. Nehmen Sie doch jede Zeitung, ich mache mich anheischig, fast in jeder Woche Ihnen zu zeigen, wo ein Selbstmord aus Nahrungssorgen steht. Die meisten der Herren, die in Berlin sind, werden ohne Zweifel mehr Muße haben als ich, sie werden auch mehr Zeitungen gelesen haben als ich, sie werden finden, wie häufig eine verunglückte exmittierte Familie durch Wohltätigkeitsbasars unterstützt wird. Das alles ist auf dem Lande nicht möglich und nicht tunlich, da wird einfach auf den zurückgegriffen, der zur Beschaffung des Unterkommens verpflichtet ist, und je größer sein Grundbesitz ist, um so fester wird auf ihn zurückgegriffen. Das bestreite ich auch gar nicht. Aber wenn die Armenpflege in Berlin als musterhaft dargestellt wird, übernehmen Sie eine Beweislast, der Sie erliegen. Es sind das gar nicht Erzählungen von mir — toto die können Sie das gedruckt lesen, es vergeht kaum ein Tag, wo nicht ein Selbstmord vorkommt, von denen fallen vielleicht 25 Prozent auf unglückliche Liebe und Verdruß, aber weit über 50 Prozent auf Nahrungssorgen, und aus Nahrungssorgen wird sich wohl auf dem Lande niemand töten. Etwas Weiteres habe ich nicht behauptet. Ich kann also nur annehmen, daß der Herr Abgeordnete Richter diese meine Meinung so sicher als falsch hingestellt hat, weil er darauf rechnete, daß mir meine Zeit und meine Kräfte nicht mehr erlaubten, darauf zu erwidern. Es ist vollständig aus der Luft gegriffen, was er bemängelte, und ich möchte das Benefizium für mich in Anspruch nehmen, daß er etwas mehr Schonung beobachtet in der Anführung von Tatsachen mir gegenüber, und daß er mich nicht als Versteller von Tatsachen hinstellt, wo Hunderttausende von Zeitungsexemplaren auf meiner Seite stehen. In der Provinz weiß man, wie schlecht die Berliner Armenpflege ist, und ich kann meine Meinung darüber aussprechen wie jeder andere Staatsbürger; außerdem, daß ich Reichskanzler bin, bin ich noch preußischer Untertan und freue mich des Rechts, das die Verfassung gewährt, meine Ansichten durch Wort und Schrift zu erkennen zu geben, und meine Meinung über die Berliner Stadtverwaltung werde ich mir nicht verkümmern lassen. Die Mietssteuer hat damit nichts zu tun, sie kann nicht abgewälzt werden, denn sie ist ungleich, und eine Steuer, die ungleich ist, die den belasteten Ladenbesitzer so hoch trifft, die den mit zahlreicher Familie versehenen um so härter trifft, die läßt sich nicht abwälzen, denn der Verbraucher von Stiefeln fragt nicht danach, ob der Verkäufer eine zahlreiche Familie hat, oder ob der Ladenbesitzer sehr viele Mietssteuer zahlt.

Dann hat er mir den Vorwurf der Impietät gegen meinen Freund und Kollegen v. Kameke gemacht. Sie haben alle gehört, was ich gesagt habe, und werden ohne mein ausdrückliches Hervorheben bezeugen können, wie frivol und unbegründet dieser Vorwurf ist, als hätte ich gegen Herrn von Kameke etwas gesagt. Ich habe gesagt, wir wären überzeugt gewesen, daß es sehr schwer wäre, in der Sache des Dynamitgesetzes etwas zu tun. Außerdem habe ich ausdrücklich hervorgehoben — der Herr Abgeordnete war vielleicht nicht gegenwärtig in dem Augenblick, als ich das sagte —, daß wir allein nichts machen können, und daß vielleicht die Möglichkeit, uns mit anderen Mächten über Verhandlungen zu verständigen, wegen des Nichtwollens der letzteren nicht vorhanden ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir den Vorwurf gemacht, daß ich meiner Pflicht entsprechend die Anzeige eines Staatsanwalts aus Bayern hierher gebracht habe. Ich kann das nicht vermeiden und bin nicht berechtigt, derartige Anträge zurückzuweisen, sondern dazu hat allein der Reichstag das Recht. Daß er das im vorliegenden Fall getan hat, finde ich vollständig in Ordnung, und ich bin ihm sehr dankbar dafür; denn der Beteiligte hatte gesagt, unsere Gesetzgeber wären Lumpen. Meine Herren, zu den Gesetzgebern gehöre ich mit viel mehr Recht als die Herren, die hier sitzen. Also daraus, daß ich nicht Klage erhoben habe, können Sie sehen, daß ich ein zum Verzeihen geneigtes Gemüt habe; aber vorlegen mußte ich Ihnen den Antrag, das war meine Pflicht. Ich begreife daher nicht, wie man solche Sachen mir in die Schuhe schieben kann, und wie man mich alten, kranken Mann nötigen kann, auf solche Insinuationen etwas zu erwidern. Das ist nicht hübsch.

Dann hat der Herr Abgeordnete[11] mir vorgeworfen — wozu ich wiederum sage, ich bekenne mich schuldig —, daß ich für die Landwirtschaft und deren Interessen mit Entschiedenheit eintrete, und daß ich glaube, daß unsere wirklichen Interessen durch die politischen Parteikämpfe geschädigt werden. Ja, meine Herren, einen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der sich für die Landwirtschaft nicht interessiert, den müßten Sie sofort wegjagen, den kann das Land gar nicht brauchen. Es sind 25 Millionen Menschen von unseren 45 Millionen, deren Interessen von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft abhängen. Sie hängen doch sonst so an Majoritäten und sind für Abstimmungen von 101 gegen 100; aber hier ist bei weitem die überwiegende Menge der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt und nächst dieser in der Industrie. Dem gegenüber steht ein kleines Quantum der unproduktiven Bevölkerung, die zum Teil ganz unproduktiv ist, indem sie von Tausch und Austausch lebt oder nur mit der Kuponschere ihre Tätigkeit abschließt. Ich bin immer eingetreten für die beiden ersteren großen Schlagadern unseres gesellschaftlichen Organismus: für die Landwirtschaft und für die Industrie; wenn ich für diese nicht einträte, würde ich mich vor meinem eigenen Gewissen nicht entschuldigen können, ich würde mich nicht halten können vor der öffentlichen Meinung, ich würde mich vor meinem König nicht verantworten können — Sie würden sehr wohl tun, mir gegenüber zu sagen: Diesem Kanzler keinen Groschen! oder: Fort mit diesem Ministerium! —, wenn ich mich um die Landwirtschaft nicht vorzugsweise bemühte. Es ist das Hauptgewerbe; und wenn die Landwirte mehr zusammenhielten, dann würden sie sich besser zu schützen imstande sein, als sie es bisher imstande gewesen sind. Bisher sind es die Gelehrten gewesen, die uns regieren, teils Beamte,

[11] Unter Erwähnung eines vom Reichskanzler an den Mühlenbesitzer Herleß in Oberlind gerichteten Briefes.

teils sonstige Schriftgelehrte, teils Redakteure aller Art — kurz und gut, die unproduktive Bevölkerung im Reichstag, aber auch außer demselben. An der Stelle, die ich vertrete, sind natürlich die Beamten, die Leute vom grünen Tisch, vorherrschend; die sind es, die uns regieren, und die wollen auch noch die Majorität haben; das Quantum grüner Tisch, was die Regierung hineinbringt, ist nur dann verbrauchbar, wenn aus dem Lande eine Minorität vom grünen Tisch in den Reichstag hineinkommt, und deshalb arbeite ich dafür — und das sollten Sie mir danken, das Land dankt es mir —, daß das Land womöglich von der Vertretung durch gewerbsmäßige Abgeordnete befreit wird, daß Leute, die die Interessen des Landes fühlen und mit durchmachen, hierher geschickt werden, und daß wir wissen, was das Land denkt, nicht, was die Parteien denken. Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft; und da wirft mir der Herr Vorredner vor, als hätte ich damit eine ganz abnorme Beleidigung des Reichstags ausgesprochen. Ich habe nicht den Reichstag beleidigt; wenn ich etwas beleidigt habe, so wären dies die Fraktionen. Aber auch die habe ich nicht beleidigt; ich habe nur gesagt, sie sind nicht erwünscht, nicht nützlich, und wenn das eine Beleidigung wäre, daß etwas nicht erwünscht, nicht nützlich ist, so würden viele beleidigt sein, sich im Gefühl ununterbrochenen Beleidigtseins befinden müssen. (Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Richter gesagt, es sei zwischen mir und meinen Theorien und denen der Sozialdemokratie so gut wie gar kein Unterschied — oder nur ein ganz kleiner, wie wir ihn zwischen Monarchie und Republik machen. Das ist in den Augen des Abgeordneten Richter ein unbedeutender Unterschied, der sich je nach der Entwickelung der Gesetzgebung jedesmal in anderer Richtung ausdrücken kann. Ich glaube aber, es ist doch noch ein erheblicherer Unterschied vorhanden, und wenn der nicht wäre, so weiß ich nicht, warum — ich bin doch ein Mann von Einfluß und auch in meinen Geschäften, ich will mich nicht rühmen, aber wie mir eine zwanzigjährige Erfahrung zeigt, nicht ganz erfolglos —, warum die Sozialdemokraten mich auf diese Weise anfeinden. Warum tun sie es? Sie müssen doch finden, daß zwischen mir und ihnen irgendein unüberwindlicher Unterschied besteht, sonst sollten sie doch froh sein, daß sie einen sozialdemokratischen Reichskanzler hätten, den sie aufrechterhalten sollten — das sollte für sie ein membrum praecipuum sein, und ich finde, die Herren sind gerade entgegengesetzter Ansicht.

Dem, was der Herr Vorredner von Lassalle sagte, habe ich nichts weiter hinzuzufügen; er war ein befähigter und liebenswürdiger Mensch, und das kann ich nicht von allen, die ihn überlebt haben, sagen (Heiterkeit) — ich sage: nicht von allen.

Der Herr Vorredner sagt, der Exekutor fungiere noch immer. Er muß aber doch etwas weniger fungieren als früher. Der Herr Vorredner liest so genau und hat ein sehr gutes Gedächtnis, so daß es mich wundern sollte, daß er das nicht behalten hätte, daß die ganzen Exekutionen bei den letzten beiden Klassensteuerstufen weggefallen sind. Freilich auf eine Million mehr oder weniger Exekutionen wird es dem Herrn Vorredner nicht ankommen; es bleiben immer noch genug Millionen für ihn, um Unzufriedenheit zu erregen, und es ist bezeichnend, daß er und die Seinigen sich jedem Versuche, dieses Motiv der Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen, hartnäckig widersetzen, weil sie es uns immer vorzuwerfen wünschen. Der Exekutor betreibt noch immer sein Werk; er tut es vor allem in der Kommunalverwaltung der großen Städte, und wenn diese nicht darauf zurückkommt,

daß sie selbst um Genehmigung der indirekten Steuern bittet, daß sie bei der Regierung und bei den gesetzgebenden Körpern darum einkommt, daß ihnen größere Berechtigung verliehen wird, dann werden sie einfach Bankerott machen, dann werden sie sich nicht halten auf diesem Wege. — Sie wollen sich vielleicht auch nicht halten; es ist ja ein Grund, um bei der Hauptmasse der Bevölkerung Unzufriedenheit zu erregen. Da sagte mir einst Lippski, ein liebenswürdiger, aber konspirierender Pole: „Schaffen Sie uns direkte Steuern für die große Masse der Bevölkerung; für das Übrige, die Unzufriedenheit, die Revolution, werden wir schon sorgen.“ Wir müssen vielleicht darauf noch warten. Aber es kann noch kommen; ich weiß es nicht; ich bin neugierig. — Und da mache ich umgekehrt den Kommunalverwaltungen, für die der Herr Abgeordnete Richter, wie für die Privateisenbahnen, immer der beredte Advokat gewesen ist, den Vorwurf, daß sie keinen Gebrauch machen von der ihnen erteilten Genehmigung zur Auflegung indirekter Steuern. Es sind einige Städte — ich glaube, Breslau ist darunter —, die haben wenigstens die Schlachtsteuer. Das widerspricht aber den politischen Parteien. Deshalb sage ich: Die Politik macht uns tot, indem sie uns hindert, unsere Interessen wahrzunehmen: sobald es der Parteipolitik, der Fraktionspolitik nicht paßt, so können die Interessen zugrunde gehen, und es kann darüber ausgepfändet werden oder Hungers sterben, wer will — das ist der Fraktion als solcher vollständig gleichgültig; sie fragt nur: Was nützt es meiner Fraktion? Vivat fractio pereat mundus!

Das Recht auf Arbeit erwähnte ich schon, dazu bekenne ich mich ganz ehrlich auch selbst in einer erweiterten Auslegung der Bestimmungen, unter denen wir Preußen seit längerer Zeit gelebt haben, und die die Fürsorge unserer Könige für die arbeitende Klasse auch schon aus dem vorigen Jahrhundert dokumentieren, ein Interesse, welches unser jetzt in Preußen regierender Herr geerbt hat, und nicht nur er, sondern auch sein Nachfolger jedenfalls jederzeit behalten wird. Friedrich der Große sagte: Je veux être roi des gueux. Es ist in seinem scherzhaften französischen Sarkasmus der Ausdruck für denselben Gedanken, den der jetzige Herr damit ausspricht, daß er sich als den Schützer der wirtschaftlich Schwachen betrachtet und für sie zu sorgen entschlossen ist.

Was nun die Verschleppung der Unfallgesetzgebung anlangt, so habe ich der Kommission keinen Vorwurf darüber gemacht. Ich sage, daß sie gearbeitet hat; aber es ist keine rechte Lust zur Sache — so habe ich mich, glaube ich, ausgedrückt. Wir sind nun jetzt etwas über zwei Monate hier versammelt. Ich möchte wohl wissen, wie viel Stunden davon auf die Kommissionssitzungen entfallen; und dann ist ja in den Kommissionssitzungen eine Obstruktion, das Wort heißt Verschleppung; es ist sehr leicht, längere Reden zu halten, besonders an den Abendstunden ist es nur zu leicht möglich. — Ich habe allerdings dabei nicht an die früheren Jahre gedacht.

Daß ich Fühlung suche mit dem Reichstage, daß ich, wenn ich die Fühlung nicht gefunden habe, wie bei der letzten Änderung der Vorlage oder wie bei der ersten Änderung, einsehe, daß der Punkt, auf dem die Fühlung gefunden ist, nicht der richtige ist, einen anderen Weg einschlage — kurz und gut, daß ich in dieser wichtigen Sache mit Vorsicht vorgehe, kann mir der Herr Vorredner doch nicht vorwerfen; es zeigt im Gegenteil, daß ich so eigensinnig, wie er mich zu schildern sucht, so herrschsüchtig nicht bin. Ich habe mich vom Reichstage belehren lassen. Sobald die Herren im Reichstage etwas anderes gewünscht haben, sind wir bereitwillig darauf eingegangen. Meine Kritik vorher bezog sich auf die Erleb-

nisse dieses Jahres, und da muß ich allerdings einräumen, den Vorwurf gemacht zu haben, daß der Reichstag etwas lange Osterferien machte, und nachher wieder acht Tage Ferien. Ich habe das Gefühl, daß wir nicht vorwärtskommen. Diesem Gefühle habe ich Ausdruck gegeben, ohne jemand verletzen zu wollen, und wenn meine Worte dazu führen, daß die Gangart etwas beschleunigt wird, so soll mir das sehr angenehm sein, denn sonst schleppen wir die Arbeit in den heißen Sommer hinein, und wir haben alle Interesse, davon loszukommen. Wenn keine Veränderung der Situation, die sich an das Sozialistengesetz knüpfen kann, eintritt, können wir anstandshalber nicht auseinandergehen, ohne die Unfallversicherung verabschiedet zu haben mit „Ja" oder „Nein". Darum möchte ich in unser aller Interesse und mit Rücksicht auf die steigende Sommerwitterung nur die Bitte aussprechen, diese Arbeit tunlichst zu beschleunigen. Ultra posse nemo obligatur. Aber das darf mir der Herr nicht vorwerfen, daß ich nicht Fühlung suche mit dem Reichstag, da hat er nach meiner Meinung nicht das Richtige getroffen, ich sage nicht: Ich habe das Meinige getan und kann mich darum zur Ruhe setzen; sondern ich mache immer wieder Versuche und sehe, ob ich die Wünsche des Kaisers verwirklichen kann.

Der Herr Abgeordnete hat mir außerdem vorgehalten, ich hätte behauptet, daß das Dynamitgesetz von mir deshalb unterlassen worden wäre, weil der Kriegsminister es nicht so begutachtet hätte, wie ich es erwartete. Das ist gar nicht wahr, wir hatten keine Erwartung; der Kriegsminister war der einzige Dynamitkundige unter uns, und wir mußten uns nach ihm richten. Ich habe auch gar nicht gesagt, der Kriegsminister sei schuld, sondern ich habe gesagt — und in dem Augenblick muß der Herr Abgeordnete wieder nicht anwesend gewesen sein —, daß es mir nicht nützlich erschien, die Sache isoliert fortzusetzen, und daß ich schwer krank gewesen war, so daß ich meinerseits keine Triebkraft auf die Sache hätte verwenden können. Ich glaube, ich habe die Sache ganz objektiv dargestellt und habe niemanden anklagen wollen. Also auch hier schiebt mir der Herr Abgeordnete wieder Anklagen in die Schuhe und mißbraucht die Zeit des Reichstags in so vorgerückter Stunde.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, ich hätte ausdrücklich anerkannt, daß Polizeigesetze die Attentate nicht verhindern könnten. Ja, auf Hinderung von Attentaten ist dieses Gesetz auch gar nicht berechnet, sondern auf Hinderung von Agitationen, welche die Leute zu Attentaten anreizen können. Wenn in wenig gebildete und in einer unbefriedigten Lage sich befindende Massen solche Agitationen, wie sie die Sozialdemokraten betrieben haben, und von denen Herr v. Köller und andere uns viele Beispiele hier verlesen haben, hineingeworfen werden, so können dieselben sehr wohl auf einen Hörer fallen, der mit dem Pulverfaß die Ähnlichkeit hat, daß er sofort zündet und explodiert. Das wollen wir verhindern, und damit steht die Äußerung Seiner Majestät des Kaisers, die ich heute verlesen habe, daß die Polizei Attentate nicht verhindern kann, in keiner Weise im Widerspruch. Die Polizei kann nicht wissen, ob unter den Leuten, die am Wege stehen und respektvoll grüßen, oder unter den Bewohnern der Mietslokale, die am Wege vorhanden sind, ein Mörder sich befindet, der auf den Kaiser zielt. Das kann die Polizei nicht verhindern. Weiter hat nichts gesagt werden sollen, und ich habe die Sache nur erwähnt, um damit nachzuweisen, daß Seine Majestät der Kaiser persönlich gegen solche Attentate in einer bedauerlichen Weise furchtlos ist. Ich habe nie einen Menschen gekannt, der gegen körperliche Gefahren so gleichgültig ist, wie Seine Majestät der Kaiser, und wenn ich die Stelle verlesen habe, so

habe ich damit nur aussprechen wollen, daß die Sorge, die Seine Majestät selbst für Seine persönliche Sicherheit trägt, das allermindeste Motiv für diese Gesetzgebung ist. Der Ausdruck „Polizeigesetz" trifft vielmehr für das von dem Herrn Abgeordneten so bevorzugte Dynamitgesetz zu, das ist eigentlich primär ein Gesetz polizeilicher Kompetenz, aber das unsere gar nicht. — Also auch hier wiederum eine Verschiebung der Tatsachen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete gesagt: Wo bleibt die Million Mark, die aus dem Welfenfonds fließt. Ja, das ist eine recht neugierige Frage. (Heiterkeit.)

Der Welfenfonds ist ursprünglich dazu überwiesen worden, um die Bestrebungen — ich will es kurz nennen: zur Wiederherstellung des früheren Zustandes des Königreichs Hannover und anderer ähnlicher ehemaliger selbständiger Länder zu bekämpfen. Nun ist luce clarius, daß eine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse, eine Vertreibung der preußischen Herrschaft, eine Wiederauflösung des auf dem jetzigen Zustand begründeten Deutschen Reiches niemals aus eigener Kraft von den wenigen Angehörigen der Provinz Hannover, die sich zu der Welfenpartei rechnen, bewirkt werden kann. Die Aussicht hierauf liegt nur in der Voraussicht eines europäischen Krieges, in dem Deutschland, resp. Preußen geschlagen, dergestalt in die Pfanne gehauen werden würde, daß man ihm die Bedingungen diktieren könnte. Unter diesen Bedingungen würde dann wahrscheinlich die Wiederaufrichtung der früheren welfischen und hessischen Dynastie enthalten sein und die Wiederherstellung anderer, vielleicht auch die Reduzierung Preußens. Die Maßregeln zum Schutze des gegenwärtigen Zustandes, zur Verhinderung eines Umsturzes des gegenwärtigen Zustandes, sind also vollständig identisch mit allen Maßregeln zur Erhaltung des europäischen Friedens. Erhalten wir den Frieden, so vermeiden wir den Krieg, der zur Niederlage Preußens führen könnte. Gelingt es uns nicht, den Frieden zu erhalten, dann kommt alles darauf an, daß wir im Krieg siegreich sind, daß wir möglichst stark gerüstet, möglichst einig sind.

Indem ich Ihnen diese Requisite der Erhaltung des Bestehenden schildere, gebe ich Ihnen zugleich das Gebiet an, in welchem eine Verwendung zur Verhinderung dessen, was man seinerzeit „die Umtriebe des Königs Georg" nannte, möglich ist. Außerdem ist eine Verwendung möglich, indem man die Untertanen der früheren Herrschaft mit der neuen Regierung dadurch befreundet, daß man Einrichtungen, die ihnen wünschenswert sind, aus diesem Fonds befördert. Es ist ja jede Rechnungslegung über diesen Fonds ausgeschlossen, was mir eigentlich leid tut. Ich glaube, wir würden gerade vor den Eingeborenen dieser Provinzen, den Hessen und Hannoveranern, mit Ehren bestehen, wenn wir die Summen nachweisen könnten, die auf Meliorationen und andere nützliche Anstalten verwandt worden sind. Ich halte es für vollständig beschlußmäßig und statutenmäßig, daß wir durch die Mittel, die damals vom Landtage zur Verfügung gestellt wurden, einerseits die Befriedigung der Wünsche der Untertanen der früheren Herrscher, anderseits die Erhaltung des Friedens mit denen zu sichern suchen, die allein mächtig genug sind, um die Wiederherstellung des früheren Zustandes herbeizuführen. Ich glaube, daß gegen diese meine Darlegung sich theoretisch von dem Standpunkte, der uns rechtlich durch die Gesetze gegeben ist, gar nichts wird einwenden lassen. Außerdem erfolgen alle Verwendungen aus dem Fonds unter der Decharge einmal des preußischen Finanzministers und dann Seiner Majestät des Königs. Wenn Sie glauben, daß wir aus diesem Fonds mit Ihren Preßfonds rivalisieren könnten,

ſo irren Sie ſich. Ich will nicht ſagen, daß wir nicht Aufwendungen daraus machen könnten; aber wir haben nicht die Kräfte zur Verfügung, die Ihnen freiwillig zufließen. Der Oppoſition dient jeder Unzufriedene bereitwillig und freiwillig; der Verteidigung der belagerten Regierungsfeſtung dient nur derjenige, der amtlich dazu verpflichtet iſt, und wer einen beſtimmten Verdienſt dabei beabſichtigt. Wir ſind in der Beziehung ja ſehr inférieur im Kampfe und ſind viel mehr auf den guten Willen als auf das Intereſſe angewieſen. Wie viele Zeitungen gibt es denn überhaupt, die die Regierung freiwillig vertreten? Die Hauptzeitungen darin ſind gerade ſolche, die nie einen Groſchen von der Regierung beanſprucht und bekommen haben, diejenigen, die reichen Privaten gehören, welche bei der Erhaltung des Beſtehenden auch ihre eigene Rechnung finden und deshalb unter Umſtänden ein gewiſſes Quantum weißes Papier zur Verfügung der Regierung ſtellen. Von ihrem Anerbieten mache ich unter Umſtänden mit demſelben Rechte Gebrauch wie jeder andere Preuße, der ſich ſeiner Grundrechte erfreut.

Dann hat der Herr Abgeordnete die Diätenfrage angebracht und wiederum die Forderung geſtellt, wir ſollten Diäten bewilligen. Ja, wie würde Ihnen das gefallen, wenn von ſeiten des Bundesrats oder der verbündeten Regierungen in jeder Sitzung wieder angeregt würde, Sie möchten doch auf das Privilegium, daß alles, was hier geſagt iſt, ſtraflos ſei, oder auf andere Privilegien verzichten, und immer wieder dasſelbe, oder Sie möchten auf die geheime Abſtimmung verzichten, und das in jedem Jahre wiederum von neuem, und Sie ſagten immer Nein? Da würde man doch ſofort ſagen, die Regierung gehe damit um, die Verfaſſung zu verderben und zu verändern. — Sind wir nicht berechtigt, Ihnen denſelben Vorwurf zu machen, daß Sie damit umgehen, wenn Sie immer wieder darauf zurückkommen, und wenn Sie dulden und die Hand dazu bieten, daß das beſtehende Verbot des Diätenbezugs künſtlich umgangen wird? Ich möchte nicht in der Lage ſein eines Abgeordneten, der Diäten von Privatleuten nimmt. Man würde in Rußland ſagen: Er nimmt. Der Herr Abgeordnete Richter hat in dieſer Beziehung angeführt, ich hätte bei einer früheren Gelegenheit, 1875 glaube ich — (Abgeordneter Richter: 1867!) oder noch früher — ich will erſt einmal auf 1875 zurückkommen — er ſagt, ich hätte damals über die Zeit von 1866 ſehr mild geurteilt. Ja, meine Herren, ich bin Diplomat; 1875 rechnete ich noch, daß freundliche Worte etwas helfen könnten, und darum habe ich nicht geſpart, und darum habe ich mich liebenswürdig ausgedrückt. Ich dachte: Vielleicht gewinne ich die Herren, wenn ich ihnen die Brücke baue, wenn ich ihnen zeige, daß ihre Vergangenheit nicht ſo ſchwarz iſt, daß ſie ſich ihrer zu ſchämen brauchen. Ich möchte Sie bitten, dem Gewerbe, in dem ich aufgewachſen bin, etwas zugute zu halten. Toute vérité n'est pas bonne à dire. Jetzt kommt die Wahrheit heraus; ich denke über Sie jetzt anders, als ich 1875 über Sie geſprochen habe. Ich habe eingeſehen, bei dem Beſtreben, Sie zu gewinnen für eine ſtaatliche Tätigkeit, kommt nichts heraus; an Ihnen iſt Hopfen und Malz verloren; ich habe darauf verzichtet und widerrufe meine Äußerung von 1875, da ſie ſich vollſtändig als nutzlos erwieſen hat. Es war eben ein diplomatiſcher Schachzug, der mir mißlungen iſt. (Heiterkeit.)

Nun führt der Herr Abgeordnete Richter eine frühere Äußerung von mir an, daß ich mit Bezug auf die Annahme von Diäten aus Privatmitteln geſagt hätte: „Da kein Straf-

richter da ist, so ist es auch nicht verboten.“ Nun, damals war die Situation auch noch eine andere. Ich hatte beim Zustandebringen der Verfassung und in den ersten Jahren die Befürchtung, daß die Gefahr für das Bestehen des Reiches und für seine Entwickelung von den Regierungen und den Dynastien herrühren würde, und daß der einzige Sammelpunkt und das einzige Bindemittel der Reichstag sein würde; und deshalb habe ich damals es für meine Pflicht gegen Deutschland und seine Einheit und seinen Zusammenhang gehalten, mit jedem auch vielleicht weniger erlaubten Mittel den Reichstag zu akzentuieren, sein Zusammentreten zu erleichtern, ihm Kräfte zuzuführen, die ohne Geld nicht disponibel sind; — da habe ich auch diese Frage günstiger beurteilt; ich habe damals gesagt: „Wo kein Strafrichter ist, da ist auch nichts verboten.“ Nun sind mir aber Zweifel gekommen, ob meine damalige Ansicht, daß der Strafrichter die Sache nicht angreifen könnte, vollständig richtig ist; ich hielt es damals für nützlich, daß der Strafrichter, wenn er ein solches Recht hätte, es nicht übe — ich halte es heute nicht mehr für nützlich. Ich komme daher auf die Prüfung der Frage, ob für den Strafrichter doch ein Anlaß zum Einschreiten gegeben ist, zurück. Ich habe damals gesagt: Wenn kein Strafrichter vorhanden ist, so kann das ja auch nicht gehindert werden; wäre nun das Gericht — und das werde ich zu ermitteln suchen — anderer Meinung, so würde ich mit Vergnügen den anderen Weg einschlagen, weil ich finde, diese Einrichtung hat sich nicht bewährt, wie der Fürst v. Schwarzenberg von der österreichischen Verfassung bekanntlich sagte. — So viel über die Diäten.

Dann komme ich endlich, rückwärts gehend, zu der ersten Bemerkung des Abgeordneten Richter über meine Empfindlichkeit gegen Heiterkeit. Ja, ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter liest doch mitunter die stenographischen Berichte — sie sind zwar sehr umfänglich, aber er wird doch finden, daß immer ein Unterschied gemacht wird zwischen Heiterkeit und Gelächter. Heiterkeit ist sehr schmeichelhaft für den Redner, Gelächter ist Verhöhnung für den Redner und heißt ungefähr soviel als: Wir wissen zwar augenblicklich noch nicht, worum es sich handelt, wir haben nicht das Wort, wir werden wahrscheinlich auch nicht reden, aber dadurch, daß es in Klammern „Gelächter“ heißt, wollen wir anzeigen, daß das, was gesagt wurde, mit Geringschätzung und Hohn aufgenommen wurde; — das ist doch ein Unterschied. Die Heiterkeit, die hier bei der Rechten unter Umständen vorkommt — sie ist nicht sehr häufig, die Rechte ist überhaupt viel ernsthafter als die Linke, die Linke ist heiterer gestimmt — aber das ist etwas ganz anderes als „Gelächter“. Daß das Gelächter, das ich vorhin als banausisch bezeichnet habe, von dem Herrn Abgeordneten Haenel ausgegangen ist, wußte ich nicht; das zeigt, wie nötig es wäre, daß derjenige, von welchem das Gelächter kommt, seinen Namen nennt. Den Herrn Abgeordneten Haenel würde ich nie für einen Banausen gehalten haben; er ist ein Mann, der mit der Wissenschaft geht. Das ist also ein Mißverständnis von mir, und ich ziehe diesen Ausdruck in Beziehung auf den Herrn Abgeordneten Haenel ganz ausdrücklich zurück. Bei ihm glaube ich an wirkliche Heiterkeit, ich glaube, daß er amüsiert gewesen ist durch das, was ich sagte, und den Ausdruck eines banausischen Gelächters habe ich nur auf das, was so massenhaft aus jener Gegend kam, gebraucht. Ich habe vorher eine Stimme gehört — ich glaubte, die des Herrn Abgeordneten Struve zu erkennen — (lebhafte Heiterkeit) diese Stimme habe ich vorhin sehr verspätet lachen hören. Ich schließe also daraus, daß ihm inzwischen die Sache auseinandergesetzt worden ist, daß eigentlich hätte gelacht werden müssen

bei dieser Stelle, und daß er, da er sich auf der Tribüne nicht bemerklich macht, doch mindestens den Pflichten seiner Partei gegenüber durch Lachen nachgekommen ist. Diese Art geschäftsmäßigen Lachens ist sehr verschieden von dem, was sich bei dem Abgeordneten Haenel, einer Zierde unserer Wissenschaft, findet.

Meine Herren, ich habe das Wort nicht gesucht — ich bin eigentlich dazu gezwungen worden durch den Herrn Abgeordneten Richter, der jeden Satz damit angefangen hat: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt." Ich wurde hierdurch an die Konfliktszeit und an den Abgeordneten Virchow erinnert, der immer sagte: Der Herr Ministerpräsident hat gesagt. Hätte ich nichts gesagt, so wäre nichts geantwortet worden, und es wäre häufig vielleicht besser gewesen.

Ich komme bei dieser Rede mit langen Umwegen darauf zurück, mit der dringenden Aufforderung an das Land und an die Wähler zu schließen: daß sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten wählen möchten. (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Nach einem kurzen Rededuell zwischen Bismarck und Windthorst über die Welfenfrage und den Welfenfonds protestiert Abg. v. Forckenbeck, der Oberbürgermeister von Berlin, gegen Bismarcks Behauptung, daß die Armenverwaltung in Berlin schlecht sei, daß hier Leute Hungers gestorben seien. Derartige Behauptungen verschiedener Zeitungen seien gerichtlich als Verleumdungen festgestellt. Fürst Bismarck erwidert:

Ich würde dem Herrn Vorredner in meiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident sehr dankbar sein, wenn er seine Absicht erfüllen und mir die Erkenntnisse, von denen er sprach, zuschicken wollte. Ich habe allerdings in den Zeitungen gelesen, daß in Berlin Leute vor Hunger gestorben wären — vor Entkräftung, was ungefähr dasselbe ist. Ich erinnere mich nicht, ob ich in früherer Zeit dies ausdrücklich gesagt habe, aber es ist wohl möglich, weil ich es geglaubt habe nach dem, was ich in den Zeitungen las, und noch heute glaube ich, daß in Berlin Leute vor Hunger sterben können, ebensogut, wie das in jeder großen Stadt, in London und Paris möglich ist. Es hat vielleicht seine Schwierigkeiten, das zu verhindern, namentlich wenn jemand sich schämt, die Unterstützung der öffentlichen Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Ich würde aber dem Herrn Vorredner sehr dankbar sein, wenn er mir die Erkenntnisse zustellen wollte, und ich verspreche ihm, die Frage amtlich aufzunehmen. Heute habe ich nur davon gesprochen, daß aus Nahrungssorgen Selbstmorde in Berlin stattfinden. Ja, wenn Sie gegen die Zeitungen, die das behaupten, Klage anstellen wollen, dann werden Sie sich einen eigenen Anwalt bestellen müssen; denn es ist eine fast stehende Rubrik in jeder Woche, daß Leute sich aus Nahrungssorgen erhängt haben. Daß das auch in anderen Gegenden vorkommt, mag sein, aber doch nur in großen Städten. Daß sich bei uns auf dem Lande jemand aus Nahrungssorgen das Leben nimmt, während er Anspruch hat und macht auf die Armenpflege der Gemeinde oder des Gutes, dem er angehört, kommt nicht vor — auch nicht Obdachlosigkeit.

Ich bitte den Herrn Oberbürgermeister, sich auch daran zu erinnern, daß ich als Mitglied mehrerer Vereine einen hinreichenden Anteil an der Privatarmenpflege in Berlin habe, um zu wissen, was ich sage.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird am nächsten Tage die Vorlage mit 189 gegen 158 Stimmen angenommen.

32. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. Juni 1884.

Schon längst war Bismarck der Ansicht, daß es weder der Stellung Deutschlands im Weltpostverein, noch der Bedeutung der deutschen Handelsinteressen in Ostasien und Australien entspreche, daß die anderen Staaten eine Fülle von Postdampferlinien unterhielten, — z. B. England 38, Frankreich 21, wovon 9 bzw. 7 allein nach Ostasien und Australien liefen —, die vom Staate unterstützt wurden, während die deutsche Flagge dort nicht vertreten war. Nach langen Verzögerungen wurden endlich am 23. Mai 1884 dem Reichstage eine Vorlage unterbreitet, deren wichtigster § 1 besagte: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien beziehungsweise Australien andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete Privatunternehmungen zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich vier Millionen Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen." Am 14. Juni steht diese Vorlage zur Beratung. Der Staatssekretär des Reichspostamts Stephan empfiehlt sie in warmen Worten, während der Abg. Bamberger sie in zweistündiger Rede bekämpft. Er kann kein Bedürfnis des Handels anerkennen, und bei der Frage: was besser sei, vom Wehen der Postflagge zu hören oder keine Steuern zu zahlen, ziehe er das letztere vor. Er prophezeit aus den Subventionen schließlich den Ruin der privaten Reedereien und mahnt den Reichstag, angesichts der elenden Lage der niederen Postbeamten, nicht das Geld zu bewilligen in heilloser Verschwendung zur Verstaatlichung der deutschen Reedereien. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich habe nicht die Absicht, auf den sachlichen Inhalt der Rede, welche soeben schließt, zu antworten. Ich werde davon schon durch zwei materielle Gründe abgehalten. Einmal: Um eine Rede von d e r Länge zu beantworten, wäre eine Gegenrede von mehr als dieser Länge notwendig, und ich möchte den Herrn Dr. Bamberger bitten, wenn er die Reichsregierung in Behandlung nehmen will, seine Dosen kleiner einzurichten; uns fehlt für so Großes auf einmal die Rezeptivität. Es ist mir unmöglich, auf die ganze Masse dessen, was er vorgetragen hat — es hat beinahe zwei Stunden gedauert, glaube ich — hier sachlich zu antworten; es ist auch das eigentlich nicht so sehr meine Aufgabe. Außerdem mache ich den Herrn Vorredner für zukünftige ähnliche Lokalverhältnisse darauf aufmerksam, daß, wenn er in seinem gewöhnlichen Ton spricht, hier an der bundesrätlichen Bank gerade so viel von seiner Rede verloren geht, um den größeren Teil derselben unverständlich zu machen. Das liegt unmöglich in seiner Absicht. Nur den letzten Teil, der gewissermaßen mit fettem Druck gesprochen wurde, habe ich klar verstanden; wenn es ihm möglich wäre, zwei Stunden hintereinander so zu sprechen, würden wir dankbar sein.

Der Zweck, zu dem ich dennoch das Wort ergreife, ist, mich zu verwahren gegen die Art von Rollenverteilung zwischen den Regierungen und dem Reichstage, die aus der Rede des Herrn Abgeordneten und aus der ganzen Polemik in den Zeitungen mir hervorzugehen scheint. Es ist, als ob die Regierungen, der Bundesrat und der Reichstag als Parteien in einem Prozeß einander gegenüberständen, und als ob uns, den Regierungen, obliege, mit Ziffern nachzuweisen, daß das, was wir hier angeregt haben, sich in einer gewissen Anzahl von Jahren bezahlen wird, entweder durch einen finanziellen Überschuß oder durch ein volkswirtschaftliches Plus. In dieser Form, meine Herren, sind ja organische Fragen, wie es alle volkswirtschaftlichen Fragen sind, gar nicht zu behandeln. Hier jemand zu überzeugen, jemandem sogar durch das Material, was wir beibringen, durch die Vorlage, durch deren Motivierung zu beweisen, daß die Ausgabe, die wir dem Lande vorschlagen, eine notwendige oder auch nur eine nützliche ist — wer kann denn das von uns erwarten? Wer nicht überzeugt ist, daß diese Ausgabe nützlich ist, der wird nicht zustimmen; aber muten Sie

uns nicht zu, den zu überzeugen! Die Aufgabe zum Beispiel, den Herrn Vorredner davon zu überzeugen, daß irgendwelche Regierungsvorlage nützlich und zweckmäßig ist, würde ich niemals übernehmen, und auch in dieser Lage nicht, weil ich überzeugt bin, daß seine Meinung so wohl erwogen und so fest und so sicher ist, daß keine ministerielle Deduktion sie jemals erschüttern könnte. Ich habe zuviel praktische und erfolgreiche Arbeit auf meinen Schultern ruhen, um solche unpraktische Überredung des Herrn Abgeordneten Bamberger jemals übernehmen zu wollen.

Aber das gilt auch den übrigen Herren gegenüber, der Gesamtheit hier. Meine Herren, wer hier nicht überzeugt hergekommen ist, daß es nützlich sei, diese Subventionen unseren überseeischen Verbindungen zu bewilligen, den werden wir hier zwischen ein und fünf Uhr nicht überzeugen — ich wenigstens nicht — meine Beredsamkeit reicht dazu nicht aus, auch die Kenntnis keines einzigen von uns. Wie viele sind so wohl unterrichtet, wie der Herr Abgeordnete Bamberger? Er ist genau genug unterrichtet, um alle Einzelheiten des überseeischen Verkehrs mit großer Sachkunde und, wie ich voraussetzen kann, ohne Interesse für irgendeine der dabei beteiligten einzelnen Rechnungen zu verstehen; aber dem in der Geschwindigkeit zu folgen und darauf einen Beschluß zu fassen, das ist gar nicht möglich. In solchen Sachen liegt der Regierung nicht die Beweislast ob; was der Regierung obliegt, ist, die Anregung und die Möglichkeit dazu zu gewähren, Fragen, wie beispielsweise die Samoafrage, nach einer gewissen Anzahl von Jahren einmal wieder der gemeinschaftlichen Prüfung mit uns zu unterziehen, der gemeinschaftlichen Prüfung nicht im Interesse der Regierung — meine Herren, mir ist es ja vollständig gleichgültig und jedem anderen Minister persönlich auch, ob diese Sache zustande kommt oder nicht; aber im Interesse des Volks, der deutschen Nation, ihres Exports, ihrer Arbeit, der Reederei liegt es, die Sache zu prüfen, zu erwägen, ob sie nützlich ist oder nicht. Ob es nebenbei dabei auf einen Ehrenpunkt ankommt, das überlasse ich dem persönlichen Ermessen eines jeden; die Ehre ist wesentlich von dem persönlichen Gefühl abhängig.

In der Weise, wie es hier von der Gegenpartei geschehen ist, daß nämlich die Summe der jährlich zu machenden Verwendungen addiert wird — die Zeitungen kommen auf 60 Millionen im ganzen, fünfzehnmal vier; Herr Dr. Bamberger, der das Diskontogeschäft genauer kennt, reduziert diese Summe auf nur 45 Millionen — in dieser Weise läßt sich die Sache doch nicht behandeln. Das Räsonnement, das ich hier in einer fortschrittlichen Zeitung finde: 60 Millionen Mark für das Wehen der Reichsflagge in Asien und Australien, ist dasselbe, was Herr Bamberger berührt; mutatis mutandis, mit einigen Variationen reproduziert er dasselbe. Das läßt sich auf alle nationalen Institutionen anwenden. Ich habe mir hier die Ziffern der Marine ausgezogen; da sind im Ordinarium 27 und im Extraordinarium 10 Millionen, macht 37 Millionen, und das fünfzehnmal genommen macht 555; also Sie können mit demselben Recht sagen: Für das Vergnügen, die deutsche Flagge wehen zu sehen, 555 Millionen. Oder das gesamte Postbudget — praeter propter 160 Millionen — wenn Sie das mit demselben Multiplikator versehen, so kommen Sie auf 2400 Millionen; Sie können das ganze Deutsche Reich unter diese Rechnung bringen mit seinem Budget von 591 Millionen; das macht, fünfzehnmal genommen, 8865 Millionen. Das alles für das Vergnügen, die deutsche Flagge wehen zu sehen! — Das sind also keine ernsten Gründe; darauf sollte man hier nicht zurückkommen.

Aber ich will auf diese materielle Seite der Sache nur soweit eingehen, als ich es mir überhaupt vorgenommen hatte. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat hier Bezug genommen auf die Erklärung der Hamburger Dampfschiffsreedereigesellschaft, die wie er ganz richtig sagt, ihrerseits mit Verlust gearbeitet hat, und von der er voraussetzt, daß sie zu den unbedeutenden Vorarbeiten, die seiner Meinung nach die Regierung überhaupt geliefert hat, im wesentlichen das Material beschafft habe. Gerade dieser Rechnungsbericht, das Promemoria, das gegeben ist in Nr. 162 des „Hamburger Korrespondenten", wo es jeder nachlesen und die Schlüsse bestätigt finden kann, die ich daraus ziehe, fängt damit an:

„Am 1. Juli 1871 konstituierte sich die Deutsche Dampfschiffsreederei zu Hamburg mit einem Kapital von 500 000 Talern = Mark 1 500 000. Damals, vor zirka zwölf Jahren, waren unsere deutschen Schiffsbauwerften noch wenig imstande, den Bau größerer eiserner Dampfschiffe samt Maschinen zu einem im Vergleich zu den auf englischen Werften kuranten Preisen und in einigermaßen gleichen Lieferungsterminen zu übernehmen."

Es ist seitdem ein Fortschritt gemacht worden, seit den zwölf Jahren, zu aller Befriedigung. Ob und inwieweit dieser Fortschritt in Verbindung mit der Gesellschaft zu bringen ist, überlasse ich eines jeden Ermessen. Es ist mir immer merkwürdig, daß bei solchen Gelegenheiten wie die heutige ein Teil der Herren vorher überzeugt ist von der Sache, und der Beredsamkeit der Regierung nicht bedarf, während ein anderer Teil auch vorher überzeugt ist, daß die ganze Sache fehlerhaft ist, und daß es der Beredsamkeit der Opposition nicht bedarf, um die Opposition zusammenzuhalten. Merkwürdig ist hier auch, daß die wirtschaftliche Überzeugung sich genau so abgrenzt, wie die Fraktionen, daß sich selten in der Fraktion ein Mann findet, der anderer Meinung ist, als die Majorität, daß genau mit der Regierungsfreundlichkeit die Übereinstimmung mit den wirtschaftlichen Ansichten der Regierung aufhört, also da, wo die Regierungsfeindlichkeit anfängt, auch die Verurteilung jeder wirtschaftlichen Auffassung der Regierung feststeht und unerschütterlich festbleibt. Es läßt mich das fast auf den Schluß kommen, daß noch andere als wirtschaftliche Erwägungen für diese Überzeugung maßgebend sein müssen; natürlich werden diese Erwägungen indirekt auch immer auf wirtschaftliche Quellen zurückkommen; vielleicht würden diejenigen, die augenblicklich die Wirtschaftspolitik der Regierung mißbilligen, dieselben Maßregeln, die die Regierung ihnen vorschlägt, und die sie heute verwerfen, ihrerseits selbst ausführen, wenn sie Regierung wären, allerdings dann viel geschickter und besser vorbereitet. Der Unterschied liegt darin: Sie würden es selbst machen, Sie lieben die Persönlichkeiten nicht, die gegenwärtig die Verwaltung leiten. Ich wollte, dieser Mangel an Liebe wäre stark genug, um die Verwaltung von mir zu nehmen, aber leider sind Sie alle nicht so mächtig, wie ich Ihnen wünsche. Ich wünschte, Sie wären einmal am Ruder, ich möchte Sie wohl sehen. (Heiterkeit rechts.)

In dem vorher erwähnten Promemoria heißt es dann weiter:

„Mit vier Schiffen übernahm diese Deutsche Dampfschiffahrtsreederei im Juni 1873 die Fahrt nach Penang, Singapore, Hongkong und Shanghai. Deutschland entbehrte bis dahin jeder direkten Dampfschiffsverbindung mit jenen Gegenden."

Ich will Sie nicht mit weiteren Vorlesungen ermüden und Ihre Zeit und meine nicht verschwenden. Hinterher kommt das Resultat, daß diese Gesellschaft, nachdem sie ein er-

hebliches Verlustkonto abgeschrieben hatte, nachdem sie mit Schaden operiert hatte, schließlich doch elf Seedampfschiffe dauernd auf diesem Seewege beschäftigte. Das ist die Tätigkeit dieser einen, offenbar wenig potenten, aber strebsamen Gesellschaft. Wenn schon deren Tätigkeit genügend gewesen ist, um in unseren ganzen Reedereiverhältnissen, in unseren überseeischen Beziehungen eine erhebliche Veränderung herbeizuführen, sollte da die Möglichkeit ganz von der Hand zu weisen sein, daß bei einer noch größeren Ausdehnung mit Zuhilfenahme einer Subvention von seiten der Staaten, alle die Vorteile, die für die nationale Arbeit, für den Handel, für den Export gewonnen werden können, sich in noch größerem Maßstabe zeigen? Wie hat der Verkehr infolge der Anlage von Eisenbahnen sich gehoben, wie hat der Wagenfrachtverkehr infolge der Eisenbahnen sich gehoben, wie haben Hunderttausende anderer Verkehrsarten sich seit meinen Jugendjahren verdreifacht, verzehnfacht und an Umfang zugenommen durch Verbesserung der Verkehrsverbindungen! Weit über jede Berechnung! Der Klügste, meine Herren, wird das Maß der Entwicklung unseres Verkehrs infolge der Anwendung des Dampfes auf unseren Verbindungswegen sowohl zu Wasser wie zu Lande nicht ganz sicher feststellen können. Können Sie also mit Sicherheit nach kaufmännischer Buchführung genau das Verlust- und Gewinnkonto anzeigen, was wir hierbei haben werden? Es ist das eine Überzeugungs-, eine Glaubenssache, die ich aber doch nicht, wie der Herr Vorredner, als Gefühlssache charakterisieren möchte.

Wir fühlen die Verpflichtung, über die Ablehnung von Samoa nicht zu boudieren, sondern — Sie könnten es auch aus Ihrer Mitte tun — Ihnen nach einem gewissen Zeitraum wieder Gelegenheit zur Prüfung zu geben. Sind Sie überzeugt, daß diese Vorlage nützlich ist, dann werden Sie dafür stimmen trotz der langen Rede und der vielen Daten, die Ihnen der Herr Vorredner verlesen hat. Sind Sie davon nicht überzeugt, dann bin ich der letzte, der es Ihnen übelnimmt, wenn Sie in wirtschaftlichen Fragen anderer Überzeugung sind. Für die Regierung entspringt daraus der Vorteil, daß sie von der Verantwortlichkeit für das Nichtinslebenrufen dieses Instituts befreit ist. Wollen wir den Weg, den nicht nur, wie der Herr Vorredner sagte, Frankreich, sondern auch England, Belgien, Holland und alle hauptsächlich seefahrenden Nationen betreten haben, auch Italien — der Herr Generalpostmeister hat die Data darüber, ich habe sie nicht im Kopfe — wollen wir den Weg, den alle diese betreten haben, nicht betreten, weil wir die klugen Deutschen sind, die alles besser wissen, weil wir so viel Gelehrte und so gute Redner haben? Wollen wir uns nicht an der Weiterentwicklung des Verkehrs beteiligen? Wollen wir nichts tun für die Seefahrt, die Arbeit, die Erhaltung unseres Exports, zur Vorbeugung von Nahrungslosigkeit im Lande wegen Mangel an Export und Mangel an Arbeit? Wollen wir nicht vielmehr jedes Mittel wählen, die Ausfuhr zu fördern, auch solche Mittel, für deren Rentabilität wir nicht vorher den Beweis liefern können, an die wir aber glauben?

Wollen wir ablehnen oder annehmen? Die Regierung übernimmt nur dafür die Verantwortung, daß Sie Ihnen Gelegenheit bietet, einen Beschluß zu fassen, daß sie ihrerseits die Initiative ergreift. Der Verantwortlichkeit für das Unterbleiben solcher Einrichtungen bei uns in Deutschland ist sie überhoben. Diese Verantwortlichkeit wird von dem Augenblicke, wo Sie die Vorlage ablehnen, Herrn Bamberger, seinen Freunden und den Ablehnenden ins Konto geschrieben werden, und wir werden die Sache ad acta Samoa schreiben.

1. Sitzung der Budgetkommission des Reichstags.

23. Juni 1884.

Die Dampfersubventionsfrage war an die Budgetkommission verwiesen, die ihre erste Sitzung am 23. Juni hält. Abg. Hammacher (nationallib.) meint, daß die Vorlage im Zusammenhang stehe mit der Überseepolitik der Regierung und bittet den anwesenden Herrn Reichskanzler um Auskunft. Noch bis in die Anfänge der achtziger Jahre war Bismarck Gegner deutscher Kolonialpolitik[1] gewesen. Die gefährdete Lage in Europa verbot die Reibungsflächen mit den Nachbarn zu vermehren und ihnen in der Gestalt deutscher Kolonien leicht erreichbare Beuteobjekte zu geben, zumal Bismarck die kleine deutsche Flotte für unfähig hielt, diese zu schützen. Aber die Agitation für koloniale Erwerbungen, genährt durch das Bedürfnis nach Rohstoffgebieten, nahm zu, seitdem England Ägypten und Frankreich Tunis besetzt hatte. Im Jahre 1882 wurde der deutsche Kolonialverein begründet. Die Lage wurde nach Bismarcks Überzeugung verändert durch zwei Tatsachen. Einmal führte das mitteleuropäische Bündnissystem zu einer Lage, die England und Frankreich in ihrer Rivalität auf Deutschlands Unterstützung hinwiesen; sodann aber hatten deutsche Kaufleute in Übersee Siedlungen und Plantagen begründet, denen der Schutz des Reiches nicht versagt werden durfte. In erster Linie handelte es sich um Landerwerbungen des Bremer Kaufmanns Lüderitz an der südwestafrikanischen Küste. Dieser bat das Reich um Schutz für das gesamte Gebiet an der Bucht von Angra Pequena, einem Gebiet, das wegen der Nachbarschaft der Walfischbai und der eben bekämpften Burenstaaten die Engländer aufs höchste interessierte. Kurz darauf wurden von Deutschen Togo, Kamerun, Gebiete in Ostafrika und am Golf von Guinea erworben. Angesichts der Opposition Englands ging Bismarck sofort mit Frankreich zusammen und erreichte, daß beide Mächte im Winter 1884/85 die Kongokonferenz nach Berlin beriefen und hier gegen die englisch-portugiesischen Absichten den Kongostaat abgrenzten, der unter die Herrschaft des Königs der Belgier trat. Auf die Anfrage des Abg. Hammacher erwidert Fürst Bismarck:

Das Verdikt, welches der Reichstag über die Dampfersubventionsvorlage fällen werde, würde für die Kolonialpolitik der Regierung mit entscheidend sein. In der Samoafrage sei seinerzeit die Entscheidung gegen die Absichten der Regierung ausgefallen, und diese sei hierdurch für längere Zeit entmutigt worden. Die überseeische Politik lege Verantwortlichkeiten auf, die man nur übernehmen könne, wenn die Nation mit Begeisterung der Regierung zur Seite stehe und man sich auf eine national empfindende Vertretung der Nation stützen könne, welche solche Fragen nicht wie Additions- und Subtraktionsexempel behandle. Daß im Lande dieser erste nach der Samoavorlage gemachte Versuch, mit Zustimmung des Reichstags die überseeischen Interessen des Reichs zu fördern, richtig gewürdigt werde, bewiesen die ihm fast täglich zugehenden Zustimmungsadressen und Telegramme aus Kreisen, bei welchen er ein so lebendiges Interesse für diese Fragen kaum vermutet hätte.

Von den Gegnern werde die Form der Vorlage, über welche man ja verschiedener Ansicht sein könne, nur deswegen kritisiert, weil sie entschlossen seien, der Regierung das von dieser vorausgesetzte Vertrauen nicht zu schenken. Die Vorlage biete hierzu formell den Anlaß, weil sie eben für den Reichskanzler eine Vollmacht in Anspruch nehme, die in den Augen seiner Gegner zu weit gehe. Man irre sich aber vielleicht hinsichtlich des Gebrauches, welchen er eventuell von dieser Vollmacht zu machen gedenke.

Er habe sich dahin ausgesprochen, daß er nicht für Regie, sondern für Subventionen sei. Unter Regie verstehe er hier eine staatlich hervorzurufende Linie; er würde vorziehen, die bestehenden Linien nicht zu ignorieren, sondern mit diesen über das Maß der Unterstützung zu verhandeln, dessen sie bedürften, um die im allgemeinen nationalen Interesse an sie zu stellenden Bedingungen erfüllen zu können. Die hierüber zu führenden Verhand-

[1] Vergl. dazu: M. v. Hagen: Bismarcks Kolonialpolitik; ferner die „Große Politik der europäischen Kabinette, Bd. 4. P. Darmstädter: Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas, Bd. 2.

lungen setzten aber voraus, daß der eine Kontrahent, nämlich der Kanzler oder der Generalpostmeister, freie Hand hätten. Diesen Verhandlungen gewissermaßen durch den Reichstag zu präjudizieren, könne nicht vorteilhaft sein. Hierzu sei allerdings das Vertrauen des Reichstages nötig. Dieser habe das Geld zu bewilligen oder zu versagen. Die Zustimmung von einem genauen Beweise der Rentabilität abhängig zu machen, stehe im Widerspruch mit den vielfachen Bewilligungen der Landesvertretungen bei Eisenbahngarantien und Zuschüssen zu anderen nutzbringenden Unternehmungen, wie zum Beispiel zur Gotthardbahn. Wolle man die Bewilligung davon abhängen lassen, ob nicht etwa die aufzuwendende Summe für Gehaltsaufbesserungen und dergleichen mehr ebenfalls nützlich verwertet werden könnte, so würde überhaupt keine nutzbringende Ausgabe möglich sein.

Er habe sich schon früher dagegen ausgesprochen und sei auch heute noch der Ansicht, daß es für uns nicht richtig sein würde, Landstriche, wo wir noch keine Interessen haben, zu okkupieren, um dort künstlich eine deutsche Einwanderung hervorzurufen, ein solches Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und dort Garnisonen zu errichten. Für ein solches Kolonialsystem fehle es uns an hierzu geschulten Beamten, dasselbe würde für uns zu teuer sein und würde unsere Marine zu sehr in Anspruch nehmen, deren Entwickelung durch die geringe Ausdehnung der deutschen Küste und die hieraus sich ergebende schwache seemännische Bevölkerung, sowie durch die niedrige Heuer begrenzt werde, welche unsere Seeleute vielfach veranlaßte, bei den Engländern und Amerikanern Dienste zu suchen. Etwas anderes aber sei es, die aus der deutschen Nation gewissermaßen herauswachsenden freien Ansiedelungen von Reichsangehörigen in Gegenden, welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reichs zu stellen. Er halte es für eine Pflicht des Reichs, den auf diese Art begründeten überseeischen Niederlassungen von Reichsangehörigen, nicht nur ihren Faktoreien, sondern auch den von ihnen erworbenen Territorien, mit dem Schutze des Reichs zu folgen. Auch hier lasse sich der Nutzen nicht rechnungsmäßig vorhersagen, aber man könne ihn auf Grund der von anderen Nationen gemachten Erfahrungen erwarten.

In diesem Sinne habe Seine Majestät der Kaiser sich dazu entschlossen, die von Herrn Lüderitz begründete Niederlassung unter den Schutz des Reichs zu stellen. Um von vornherein die Möglichkeit von Streitigkeiten zu verhüten, habe er, der Reichskanzler, zunächst zu ermitteln versucht, ob der fragliche Küstenstrich irgendeiner anderen Nation gehöre. Es sei aktenmäßig festgestellt worden, daß dies nicht der Fall sei. In amtlichen englischen Dokumenten sei der Oranjefluß als die nördliche Grenze der Kapkolonie bezeichnet worden, und die portugiesischen Besitzungen, südlich vom Kongogebiet, reichten nicht bis dorthin. Zudem hätten Schutzanträge rheinischer Missionäre schon vor einigen Jahren die Gelegenheit zur Anfrage bei der englischen Regierung geboten, ob sie den im Namaqua- und Hererolande sich aufhaltenden Deutschen Schutz gewähren wolle. Wir hätten die Antwort erhalten, daß England nördlich vom Oranjefluß mit einziger Ausnahme der Walfischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotzdem habe der Reichskanzler der Sicherheit wegen im Dezember v. J. an die englische Regierung eine Note mit der Frage gerichtet, ob England an diesen Küstenstrich Eigentumsrechte besitze oder auf denselben einen Anspruch erhebe, und wenn ja, auf welchen Rechtstitel ein solcher Anspruch begründet würde, sowie eventuell, welche Einrich-

tungen englischerseits dort beständen, um Schutz zu gewähren. Hierauf sei lange keine Antwort erfolgt, obwohl eine solche aus den Akten über die faktische Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes wohl möglich gewesen wäre. Es sei vielmehr eine Korrespondenz zwischen London und Kapstadt eingeleitet worden, welche dort so aufgefaßt worden sei, als wenn wir den Schutz Englands für die deutsche Niederlassung herbeiwünschten. In Kapstadt sei eine Ministerkrisis hinzugekommen und dadurch die dortige Beschlußfassung verzögert worden. Als dieser Hergang hier bekannt geworden, sei es angezeigt erschienen, zur Beseitigung jener irrtümlichen Annahme durch den deutschen Konsul in Kapstadt die dortigen Behörden zu benachrichtigen, daß Herr Lüderitz mit seinen Niederlassungen unter dem Schutze des Reichs stehe. Dies sei die Bedeutung des Telegramms vom 24. April, welches zugleich auch der englischen Regierung mitgeteilt wurde. Seit einer gestern eingelaufenen telegraphischen Nachricht aus London dürfe er die Frage als dahin entschieden ansehen, daß die englische Regierung nicht glaube, auf den fraglichen Küstenstrich einen Rechtsanspruch zu besitzen, und daß auch die Kapregierung infolgedessen die deutsche Erwerbung respektieren würde.

Die Frage wegen Sicherstellung der deutschen Interessen im Kongogebiete sei insofern etwas verwickelter, als es sich hierbei um Verhandlungen mit vielen Mächten handle. Der Meinungsaustausch, in dem wir hierüber mit anderen Regierungen eingetreten seien, habe ergeben, daß die Ansprüche Portugals auf das untere Kongogebiet nicht anerkannt würden. Auch sei man im Interesse des Handels nicht geneigt, einer Ausdehnung der portugiesischen Kolonialverwaltung zuzustimmen. Dagegen werde jetzt mit Portugal und den anderen seefahrenden Staaten darüber verhandelt, wie die Kongofrage durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Der Erfolg lasse sich noch nicht mit Gewißheit voraussehen, doch sei kein Grund vorhanden, an dem Zustandekommen einer Verständigung zu zweifeln.

Die Errichtung neuer Freistaaten am Kongo auf der Grundlage der von der Internationalen Afrikanischen Gesellschaft, die er nach ihrem Kristallisationspunkt die belgische nennen wolle, sei ein Unternehmen, das wir zu unterstützen gedächten, falls es gelänge, die deutschen Interessen vorher durch einen Vertrag sicherzustellen, welcher uns dort volle Handels- und Verkehrsfreiheit gewähre.

Auf diese Weise sei also Seine Majestät der Kaiser bestrebt, dem deutschen Handel das weite Gebiet von Zentralafrika zu freier Entfaltung offen zu halten.

Was die Form anbelange, in welcher der Niederlassung von Angra Pequena der Schutz des Reiches zuteil werden solle, so schwebe der Regierung vor, derselben einen kaiserlichen Schutzbrief zu erteilen, ähnlich wie solche unter dem Namen „Royal Charter“ englischerseits der Ostindischen Kompagnie und neuerdings der Nord-Borneogesellschaft gewährt worden seien.

Es werde sich hieran vielleicht die Errichtung von Kohlenstationen und eine Ausdehnung des Konsularsystems knüpfen. Dieses System könne eventuell auch auf andere Unternehmungen dieser Art an der afrikanischen Küste und in der Südsee angewendet werden.

Sein früheres Vertrauen, daß die deutschen Unternehmungen unter englischem Schutze sich ausreichend sicher fühlen würden, sei, wenn auch nicht der großbritannischen Regierung gegenüber, so doch durch das Verhalten englischer Kolonialregierungen erschüttert worden. Er erinnere zum Beispiel daran, daß es nötig gewesen sei, jahrelang gegen die Nichtachtung

der vor der englischen Besitzergreifung auf den Fidschiinseln durch Deutsche gemachten Landerwerbungen zu remonstrieren. Neuerdings hätten die australischen Kolonialregierungen nicht nur ungemessene Ansprüche auf unabhängige Gebiete in der Südsee erhoben, sondern zugleich auch das Prinzip proklamiert, daß alle vor einer eventuellen Besitzergreifung gemachten Landerwerbungen in diesen Gebieten null und nichtig sein würden.

Frage man nach den Mitteln, welche das Reich besitze, um die deutschen Unternehmungen in fernen Gegenden wirksam zu schützen, so komme vor allem der Einfluß des Reichs und der Wunsch und das Interesse anderer Mächte, mit ihm in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, in Betracht. Wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach der Devise: civis romanus sum zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz ohne besondere Kraftanstrengung zu gewähren. Wenn freilich das Ausland sehen müßte, daß wir nicht einig wären, dann würden wir nichts erreichen können und besser tun, auf jede überseeische Entwickelung zu verzichten.

Auf die scharfe Kritik des Abgeordneten Bamberger erwidert Fürst Bismarck:

Da der Abgeordnete Bamberger sich nach seinen Auslassungen über das angestrebte Kolonialsystem als einen Gegner jeder überseeischen Entwickelung der deutschen Nation gezeigt habe, so sei es natürlich, daß er auch gegen die Dampfersubventionen stimmen würde. Der Abgeordnete unterschätze übrigens die reale Macht Deutschlands. Seine Rede würde sich im Munde eines fremden Staatsmannes gut ausgenommen haben; aber im Munde eines Vertreters der deutschen Nation sei sie überraschend. Er möge doch irgendeinen englischen Staatsmann fragen, um sich zu überzeugen, wie hoch man in England die Freundschaft mit Deutschland veranschlage. Darin liege gerade auf die Dauer eine Garantie gegen Herausforderungen Deutschlands durch andere Mächte. Für diese sei die Bundesgenossenschaft des Reichs nicht gleichgültig. In der Möglichkeit, dieselbe der einen oder der anderen Macht zu gewähren oder zu versagen, liege eine Sicherheit gegen sogenannte „Nasenstüber", welche der Vorredner besorge, wenn wir uns auf überseeische Politik einließen.

Die Identifizierung der Absichten der Regierung mit den von dem Abgeordneten erwähnten Projekten für die Anlegung von deutschen Kolonien in geordneten amerikanischen Staaten sei ebenso unzutreffend, wie der Hinweis auf einzelne mißglückte Spekulationen von Angehörigen anderer Nationen. Wir wollen keine Treibhauskolonien, sondern nur den Schutz der aus sich selbst heranwachsenden Unternehmungen. Es sei mit solchen Unternehmungen aber wie in der Landwirtschaft mit manchen Schößlingen, welche zugrunde gingen, während andere sich kräftig entwickelten. Muttersöhnchen, die überhaupt kein Risiko laufen möchten, könnten ja zu Hause bleiben. Ohne ein gewisses Wagnis würden überhaupt nie Kolonien entstanden sein.

In Bezug auf den wirtschaftlichen Nutzen der Vorlage für die allgemeinen nationalen Interessen berufe er sich auf das Zeugnis des französischen Postmeisters Cochéry. Er halte es für Überhebung, wenn wir Deutsche behaupten wollten, daß alles das, was anderen Nationen frommt, für uns nicht tauge.

Dem Abgeordneten Richter, der die Niederlassung von Angra Pequena als einen Haufen von Sand und Stein bezeichnet, entgegnet Fürst Bismarck:

Es handle sich bei solchen kaufmännischen Etablissements ebensowenig um staatliche Zuschüsse, wie bei der Englischostindischen Kompagnie und jetzt bei der Nord-Borneokompagnie, welche von England keinen Zuschuß erhalte. Ob Angra Pequena fruchtbar sei, gehe Herrn Lüderitz an, jedenfalls seien nur einige Quadratmeilen der von ihm gemachten Erwerbungen sandig. Er erwarte jedenfalls eine Erklärung des Herrn Richter darüber, ob wir auch solchen Unternehmungen jeden Schutz versagen sollten. In diesem Falle würden voraussichtlich die Hansestädte den Augenblick verwünschen, wo das Deutsche Reich begründet wurde. Der Abgeordnete Richter scheine den früheren Zustand für einen idealen anzusehen, wo die Deutschen im Ausland mit dem Hut in der Hand sich bei fremden Behörden um Schutz bewerben mußten. Wenn derselbe jetzt die Parole ausgeben sollte, es handle sich bei der Kolonialpolitik der Regierung wieder um eine neue Belastung des Landes, diesmal vielleicht um „200 Millionen neue Steuern", so würde man ihm im Lande wohl keinen Glauben schenken.

42. Sitzung des Deutschen Reichstags.

26. Juni 1884.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Lesung des Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrags mit Korea. Abg. v. Maltzahn-Gültz tadelt die Verschleppung der Dampfersubventionsvorlage durch die freisinnige Partei, die allem widerstrebe, was Deutschlands Ehre und Größe stärke. Der Freisinnige Kapp verwahrt seine Partei entschieden gegen diesen Vorwurf und mißt die Schuld an der Verschleppung dem Reichskanzler zu. Abg. Richter, ihn unterstützend, nennt die ganze Vorlage ein Wahlmanöver Bismarcks und beschwert sich über die lügenhaften Darstellungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" betr. seine Motive. Abg. Windthorst erklärt, erst dann für Kolonien Geld bewilligen zu können, wenn die Bedürfnisfrage geklärt sei. Nach Reden der Abg. Hammacher und Rickert erklärt Fürst Bismarck:

Ich bin durch mehrere Äußerungen, die in Bezug auf mein Verhalten gefallen sind, veranlaßt, das Wort zu nehmen, um einige derselben zurückzuweisen.

Ich höre, daß vor meinem Eintritt ins Haus — ich war nicht darauf gefaßt, daß heute diese Debatte stattfinden würde — von dem Herrn Abgeordneten Kapp angedeutet ist, als wäre die Vorlage dadurch verzögert worden, daß sie zu lange bei mir gelegen habe. Man mag über die Richtung meiner Tätigkeit denken, wie man will, aber den Vorwurf der Trägheit und Nachlässigkeit in meiner amtlichen Tätigkeit hat mir bisher noch niemand außer dem Herrn Abgeordneten Kapp gemacht, und ich glaube, er ist außerordentlich ungerecht. Ich erkläre dem Herrn Abgeordneten Kapp — und gewärtige seinen Gegenbeweis —, daß die Vorlage nie auch nur 24 Stunden bei mir geruht und gelegen hat. Sie ist ja von Hause aus gar nicht von mir betrieben. Der Herr Generalpostmeister vertritt mich ebensogut in meiner Eigenschaft als Reichskanzler, wie andere Herren kraft kaiserlicher Vollmacht. Er hat die Vorlage betrieben. Ich bin, wie ich als bekannt voraussetze und nur für den Herrn Abgeordneten Kapp wiederhole, durch schwere Krankheit lange Zeit verhindert worden, den Geschäften meine volle Tätigkeit zuzuwenden, und wende ihnen jetzt zu, was mir wieder an Gesundheit zuteil geworden ist. Eine solche Behauptung, so leichthin ins Land geworfen, als wenn wir, die wir verantwortlich sind für den Geschäftsbetrieb, wichtige Vorlagen bei uns liegen ließen, meine Herren, die halte ich nicht für fair play und nicht für berechtigt, und ich hoffe, der Herr Abgeordnete Kapp wird so ehrlich

sein, sie entweder zurückzunehmen oder den Beweis zu führen. Ich fordere diesen Beweis von ihm, daß bei mir die Sache auch nur eine Viertelstunde länger gelegen hat, als zu meiner Unterschrift notwendig war. (Hört, hört! rechts.)

Dann muß ich der zweiten Behauptung widersprechen, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen mit dem Seniorenkonvent ihre Zustimmung dazu gegeben habe, daß diese Vorlage vertagt werde. Über die Möglichkeit, einzelne Vorlagen nicht weiter zu urgieren und um ihretwillen die Session des Reichstags nicht über den Wunsch der Majorität hinaus zu verlängern, haben wir, die wir darüber zu beraten haben, vielfach gesprochen und sind in Bezug auf diese Vorlage zu der Überzeugung gekommen, daß es wünschenswert wäre, wenn sie wenigstens noch zur zweiten Beratung käme. Die gegenteilige Überzeugung, daß von ihr überhaupt nicht mehr die Rede sein solle, ist aus dem Schoße dieses Hauses von verschiedenen Elementen und ohne Widerspruch geltend gemacht. Von seiten der Regierungsvertreter ist dabei gesagt worden: Wenn wir ein vollzähliges Haus nicht haben, und wenn das Haus die entschiedene Abneigung hat, diese Vorlage noch zu beraten, so können wir es nicht erzwingen, wenn wir auch die Sitzungen verlängerten; der Reichstag würde nicht mehr beschlußfähig sein. Also auch diese Behauptung ist nicht richtig.

In Bezug auf die Angaben, die der Herr Abgeordnete Rickert über die Vorgänge in der Kommission machte, erlaube ich mir zu bemerken, daß die Äußerungen, die dort der Herr Abgeordnete Bamberger tat, doch ganz anderer Natur waren, als der Herr Abgeordnete Rickert sie heute wiedergab. Ich habe keinen anderen Eindruck gehabt von diesen Äußerungen als den — ich kann es nicht anders bezeichnen — einer höhnenden Persiflage aller deutschen Kolonialbestrebungen. (Oh und lebhafter Widerspruch links.) Ich habe diesen Eindruck auch sofort gehabt, als der Herr Abgeordnete Bamberger das Wort nahm. Der Herr Abgeordnete hat in anekdotischer Weise mit Anführung einzelner Beispiele, die mit unseren Bestrebungen nicht notwendig im Zusammenhang stehen, die deutschen Kolonialbestrebungen dem Fluche der Lächerlichkeit zu unterziehen gesucht, und ich glaube, daß alle, die bei dieser Kommissionssitzung anwesend gewesen sind, diesen Eindruck mit mir geteilt haben — einige der Gegner des Herrn Abgeordneten Bamberger mit einer gewissen Genugtuung, seine Freunde mit einer gewissen Besorgnis und Beunruhigung, wie mir schien. (Heiterkeit rechts.) Aber es läßt sich das nicht aus der Welt schaffen; ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete seine und seiner Parteigenossen ehrliche Meinung gesagt hat, nur daß sie vielleicht gewünscht hätten, es wäre die Aussprache nicht in dieser Weise erfolgt; aber sie ist unbedenklich erfolgt. Über die Richtigkeit der Zeitungswiedergaben kann ich nichts äußern. Was das über die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Gesagte anbetrifft, so habe ich in der nur das gelesen, was von mir gesagt wurde — die Wiedergabe beruhte auf stenographischer Niederschrift. — Ich habe dasjenige gelesen, was mir in den Mund gelegt ist oder was ich gesagt haben soll, und ich habe dagegen nichts zu erinnern gefunden; das andere habe ich nicht gelesen; wenn das nicht richtig ist, so kann ja jeder das seinige richtigstellen, ich hatte zu meinem Teile keine Veranlassung dazu; — aber, wie gesagt, mitgeteilt wurde mir, diese Wiedergabe beruhe auf stenographischer Niederschrift, die von einem der stenographierenden Herren stattgefunden hat.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat sich darüber beklagt, daß der Zusammenhang, in

dem ich meiner Überzeugung nach die Dampfschiffahrtsvorlage mit den Kolonialbestrebungen im allgemeinen bringen muß — ebensogut wie hier die Koreafrage und die Frage der Handelsvertragschließung mit den ostasiatischen Staaten in denselben Zusammenhang gebracht worden ist —, daß dieser Zusammenhang von mir nicht früher geltend gemacht worden wäre. Ja, einerseits muß ich auch da auf Ihre Nachsicht rechnen; Sie überschätzen mitunter das Maß von Zeit und Kräften, über die ich verfüge. Ich habe neben meiner Tätigkeit im Reichstage doch auch eine gewisse Anzahl nicht minder wichtiger Geschäfte, die gerade bei der jetzigen europäischen Lage mich wesentlich in Anspruch nehmen. Ich kann deshalb unmöglich zugeben, daß es meine Pflicht gewesen wäre, jeden meiner Gedanken und Hintergedanken bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Außerdem aber habe ich schon neulich in der Kommissionssitzung in Gegenwart des Herrn Abgeordneten Rickert darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht berechtigt gewesen wäre, über diese Kolonialprojekte früher zu sprechen, als bis die Gefahr überwunden war, daß wir bei dem fait accompli, das wir machten, uns in einem Widerspruch mit befreundeten Mächten, wie England, befinden würden, dessen Lebhaftigkeit und Tragweite sich vorher gar nicht berechnen ließ. (Hört, hört! rechts.) Deshalb habe ich mit großer Sorgfalt und Vorsicht über diese Sache kein Wort geäußert, bis ich die volle Sicherheit hatte, daß die englische Regierung sich überzeugt hatte, daß weder ihr noch ihrer Kapkolonie irgendein den deutschen Bestrebungen entgegenstehendes Recht zur Seite stände, und daß sie kein Interesse dabei hätte, unsere Bestrebungen zu hindern. Von dem Augenblicke an — ich glaube, nicht 24 Stunden, nachdem ich die telegraphischen Mitteilungen von diesem mir erwünschten Abschlusse erhalten hatte — habe ich nicht mehr geschwiegen. Sie könnten von einem Auswärtigen Minister überhaupt nicht verlangen — es wird das in keinem Lande der Welt verlangt —, daß er über alle schwebenden Verhandlungen mit Ihnen cartes sur table spielt und Ihnen die innersten Winkel seines Herzens, alle seine Pläne hier offen darlegt. Ich erlaubte mir in der Kommission schon zu bemerken, wenn Sie überhaupt auswärtige Politik treiben wollen oder Politik, die Sie mit dem Auslande auch nur in Beziehung bringt, wie die Kolonialpolitik, so ist ein gewisses Maß von Vertrauen zu dem Leiter der Auswärtigen Politik, zu den Vorschlägen, die er macht, ganz unentbehrlich (Sehr richtig! rechts), und Sie sagen, Sie hätten das zu mir; nur im Innern, nur in der inneren Politik sei ich der Gegenstand Ihres Mißtrauens und Ihres Widerspruches. So oft ich aber in der äußeren Politik etwas Außergewöhnliches unterstütze, wie diese Dampfervorlage, so habe ich immer noch gefunden, daß auch dort dieses Vertrauen mir nicht zur Seite steht, und wenn der Herr Abgeordnete Rickert von Schmeicheleien spricht, die mir aufgedrungen werden sollen, so lasse ich mir das gerne gefallen, ich bin daran gewöhnt und dagegen abgestumpft, einen Ersatz aber für das Vertrauen, dessen ich bedarf, um ernste auswärtige Geschäfte des Deutschen Reiches zu führen, kann ich in diesen äußerlichen Kundgebungen von Wohlwollen nicht sehen, die nur einen Angriff, der demnächst auf mich erfolgt, mit mehr Nachdruck versehen, indem sie den Schein erwecken, als wenn selbst die wohlwollenden Freunde des Ministers, der sonst ihr Vertrauen verdiene, durch seine Unternehmungen außer Stand gesetzt werden, ihm zu folgen. Solche Versicherung kann ich als einen Ersatz für die solide Basis des Vertrauens nicht annehmen. Außerdem ist von Kolonialbestrebungen in allen unseren Blättern über auswärtige Politik und über inländische in den letzten Monaten soviel die Rede gewesen,

sehr viel mehr, als mir lieb gewesen ist. Es ist sehr schwer, das Geheimnis über die Pläne, die wir hatten, zu bewahren, und ich bin überzeugt, die Herren Abgeordneten Rickert und Bamberger haben bei der Feinfühligkeit, die sie in Bezug auf alle Erscheinungen in der Presse haben, bereits gewußt, um was es sich handelt, und den Zusammenhang zwischen überseeischer Kolonialpolitik und Dampfschiffssubvention erkannt. Ich glaube, dazu hätten Sie meine Führung nicht gebraucht, und mir scheint, Sie haben jetzt das Bedürfnis, von Ihrer Einsicht eine geringere Meinung in den Blättern zu verbreiten, als wirklich der Fall ist. Sie stellen sich so, als wenn Sie das nicht längst klar gesehen hätten; ich will mich nicht schärfer ausdrücken, wie Sie sich stellen (Heiterkeit rechts), aber jeder wird vom Gegner am genauesten gewürdigt, und wenn ich mit Ihren Absichten nicht einverstanden bin, so muß ich doch der Geschicklichkeit und der Einsicht, mit der Sie die Sache vom Parteistandpunkte aus verfolgen, die vollste Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine so weitgehende Gerechtigkeit, daß ich an Ihr Nichtwissen nicht glaube. Meine Pflicht zum Schweigen dehnte sich auch auf meine Beziehungen zu dem eigentlichen Pflegevater dieser Vorlage, dem Herrn Staatssekretär Stephan, aus. Ich habe auch diesem Herrn kein Wort von unseren Kolonialabsichten gesagt, weil ich, wo ich die Verpflichtung habe, zu schweigen, diese Verpflichtung sehr ernsthaft nehme auch den Leuten gegenüber, deren Verschwiegenheit mir vollkommen sicher ist.

Daß ich der Vorlage früher vor meiner Erklärung eine andere Bedeutung gegeben habe, als jetzt durch meine Versicherung, daß sie für mich unbedingt in Zusammenhang mit der Kolonialfrage steht, kann ich unmöglich zugeben. Ich glaube, Herr Rickert spielt da auf die Erklärung an, die ich in der Kommission zuerst abgegeben habe, nämlich daß es in keiner Weise meine Absicht sei, die bestehenden Linien und Interessen zu ignorieren, sondern daß ich schon vor Wochen, als ich einmal Gelegenheit hatte, mich über die Sache zu äußern, gesagt habe, ich wäre nicht für Regie, sondern für Subventionen. Ich habe hinzugefügt, daß ich als Regie jede durch gouvernementalen Einfluß neugeschaffene Linie ansehe. Wie ich dadurch, durch diese meine Erklärung, das Bestehende pflegen und ausbilden zu wollen und nicht durch Konkurrenz zu zerstören, der Sache eine andere Färbung gegeben haben soll, verstehe ich nicht.

Das Vertrauensvotum, welches die Vorlage für den Reichskanzler verlangt, ihm die Verfügung über vier Millionen vollständig zu überlassen, ist in so allgemeinen Ausdrücken gefaßt, daß diese meine Version ebensogut wie jede andere Platz greift, und wenn Sie von Hause aus die einseitige Erklärung der Sache gegeben haben, als müsse die Vorlage dahin führen, wenn sie angenommen würde, die bestehenden Linien durch die Konkurrenz zu ruinieren, so ist das Ihre Sache. Es ist wieder der Mangel an Vertrauen, über den ich vorher zu klagen hatte, daß Sie jederzeit das Gemeinschädlichste und Törichste den Intentionen zugrunde legen, die der Reichskanzler haben könnte, wenn er einer Vollmacht bedarf. Ich habe nie eine andere Absicht gehabt, als mit den bestehenden Firmen zuerst zu verhandeln über die Aufbesserung ihrer Verhältnisse, über die Bedingungen, welche man ihnen zu stellen hätte, wenn sie sich diese Vorlage verdienen wollten. Ich glaube nicht, daß ich den Mut gehabt hätte, wenn ich es beabsichtigte, auf eigene Verantwortung zur Schöpfung einer vollständig selbständigen, gewissermaßen fiskalischen Konkurrenz vorzuschreiten, ohne von neuem die Zustimmung des Reichstages dafür zu gewinnen.

Wenn Sie den Text der Vorlage genau lesen, so können Sie meine Behauptung nicht bestreiten, daß die Vollmacht, die mir durch dieselbe erteilt wird, so allgemein ist, daß sie weder diese, noch ein andere Version ausschließt; sie geht so weit, daß ich mich nie unterstanden haben würde, sie in voller Ausdehnung zu benutzen, ohne durch Kontrolle mich zu versichern, daß ich im Einverständnis mit denjenigen Körperschaften bliebe — nämlich mit dem Bundesrat und Reichstag —, die mir diese weitgehende Vollmacht anvertraut haben. Ich weiß, daß ich in dem, was ich tue, eine wohlwollende Kritik nicht zu erwarten habe, und daß in einer neuen Branche der Tätigkeit, für die ich verantwortlich bin, nur eine neue Unterlage für die Kritik und die Angriffe meiner Tätigkeit geschaffen wird.

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert den Wunsch ausgesprochen hat, daß ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über die Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich in letzter Beziehung mich hier schon dementsprechend geäußert zu haben. Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien — ich will sagen, nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte —, gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten —, daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird —, aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: Womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen hanseatischen Unternehmern, über deren Mut — ich habe die Herren persönlich gesprochen —, über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe — ich sage: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen

wollte: Das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde „Nasenstüber" (Hört, hört! rechts) bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug! — Alles das hat Dr. Bamberger in der Kommission vorgetragen. Aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reichs doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen, und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich geniert haben, den Hilfesuchenden offen zu sagen: Wir sind zu arm, wir sind zu schwach (Bravo! rechts), wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich zu gewähren. (Bravo! rechts.)

Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen. Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlerworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen, mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert. Sie werden mir wohl erlassen, das auseinanderzusetzen, weil es ohne Kritik nicht abginge. Ich habe mich dann entschlossen, an die englische Regierung die Frage zu stellen, ob sie auf Angra Pequena Rechtsansprüche geltend mache, und wie sie, im Fall daß es so wäre, glaube, diese begründen zu können. In Bezug auf andere Landstriche, wo ebenfalls deutsche Kaufleute sich in gleicher Weise zu etablieren beabsichtigen, konnte ich mich ohne Rückfrage bei anderen überzeugen, daß dort nur die eingeborenen Stämme bisher eine Souveränität ausüben, und daß da Zweifel nicht vorliegen. Es wird sich bald Gelegenheit bieten (Hört, hört!), auch hierüber, wenn Sie dann auch freilich nicht mehr versammelt sein werden, Eröffnungen zu machen; es wird sich diese Gelegenheit jedenfalls in der nächsten Session finden, und die Zeitungen werden vorher schon Nachricht davon bringen. Aber in Bezug auf Angra Pequena war es nicht ganz zweifellos, es waren englische Bergwerksunternehmungen da, die gleichfalls von den dortigen Männern Konzessionen erworben hatten, es waren englische Kaufleute dort ansässig, es war dicht dabei eine zweifellos von Engländern früher einmal in Besitz genommene Insel ähnlichen Namens; kurz und gut, es waren dort so viele Zweifel vorhanden, daß ich einer so eng und traditionell befreundeten Regierung und Nation gegenüber, wie es die englische ist, auf keinen Fall leichtfertig vorgehen wollte, um nicht Anlaß zu einem Konflikt zu geben, aus dem wir uns entweder in Erkenntnis unseres Unrechts hätten zurückziehen müssen oder ihn durchfechten auf Kosten einer Freundschaft, auf die wir Wert legen.

Es ist nun die Ermittelung einigermaßen dadurch verwickelt worden, daß die englische Regierung glaubte, nicht ohne Verständigung mit der Kapregierung, wohin die Verbindung noch nicht so schnell ist wie zwischen hier und London, in der Sache vorgehen zu können. Es hat sich hingezogen, und erst die lebhafteren Verhandlungen in den letzten Wochen haben mich erkennen lassen, daß ein günstiges Resultat erreicht werden würde, und in der Tat ist dieses günstige Resultat im Laufe der vorigen Woche durch eine unumwundene Erklärung der englischen Regierung herbeigeführt worden, die dahin lautet, daß die englische Regierung lediglich wünschte, durch einen Notenaustausch die Rechte ihrer Konzessionäre

und Untertanen, die in jenen Bezirken bereits wohnen, sicherzustellen, kurz die Achtung wohlerworbener Rechte von uns zu verlangen — ein selbstverständliches Verlangen, dem wir durch Beantwortung der hierüber zu erwartenden englischen Note entsprechen werden.

Es ist das jederzeit unsere Absicht gewesen, wie wir überhaupt in keine exklusive Kolonialpolitik einzutreten gedenken, wie leider andere, weniger mächtige Staaten als England, sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Kolonien unterdrücken. Das liegt nicht in unserer Absicht, sondern ich glaube, soweit wir überhaupt eine Kolonialpolitik treiben, wird sie selbst die Zufriedenheit der veränderlichen Parteien in unserem Lande sich zu erwerben vermögen. Indessen das gehört der Zukunft an, das wollen wir abwarten.

Es ist sodann von dem Herrn Abgeordneten Richter darauf hingewiesen, daß unsere Kolonialunternehmungen ganz außerordentlich kostspielig und unseren notleidenden Reichsschatz in eine noch schlimmere Lage bringen würden als jetzt. Es ist das allerdings richtig, wenn wir, wie das früher bei ähnlichen Versuchen geschehen ist, damit anfangen wollten, eine Anzahl von oberen und unteren Beamten dorthin zu schicken und zunächst eine Garnison dorthin zu legen, Kasernen, Häfen und Forts zu bauen. Das ist aber nicht entfernt unsere Absicht, wenigstens die meinige nicht. Meine von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwickelung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters, im Anschluß an die ruhmreiche Laufbahn, welche die englische Kaufmannschaft bei Gründung der Ostindischen Kompagnie zurückgelegt hat, und (Hört, hört! rechts) den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können.

Ich denke mir also, daß man dann entweder unter dem Namen eines Konsuls oder eines Residenten bei einer derartigen Kolonie einen Vertreter der Autorität des Reiches haben wird, der Klagen entgegenzunehmen hätte, und daß irgendeines unserer See- und Handelsgerichte — sei es in Bremen oder Hamburg oder wo sonst — die Streitigkeiten entscheiden wird, die im Gefolge der kaufmännischen Unternehmungen entstehen könnten.

Unsere Absicht ist, nicht Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwickelung, auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwickelung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Im übrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Tätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht tut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schade weniger das Reich, denn die Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen, sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem System, welches ich das französische nannte, will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das

Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei diesem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei, und ich sehe auch nicht ein, wie wir ihm das rechtmäßig versagen können.

Ich bedaure, daß mein Gesundheitszustand im Augenblick mir nicht gestattet, meinen Auslassungen die Ausdehnung zu geben, die der Wichtigkeit der Sache und meinen eigenen Wünschen entspricht; ich befinde mich aber leider in den letzten Tagen nicht so, wie ich es im Interesse der Geschäfte wünschen möchte, und deswegen bitte ich, meine Mitteilungen, soweit ich sie gegeben habe, mit Nachsicht aufzunehmen.

Ich kann meinen Wunsch nicht wiederholen, daß jetzt noch Dinge beschlossen werden möchten; es würde auch zu nichts führen. Den Beschluß, jetzt nicht zu beschließen, welchen die Vertreter Ihrer Fraktionen ausdrücklich kundgegeben haben, konnte ich schon aus der dilatorischen Art der Kommissionsverhandlungen entnehmen. Wenn man dort gleich einen Aufschub von acht Tagen zuerst in Aussicht nahm und dann wieder einen von acht Tagen beantragte und dann, anstatt am Dienstag die Beratung fortzusetzen, sie auf den Freitag verschob — nun, meine Herren, ich bin Diplomat genug, um diese Sprache zu verstehen. (Heiterkeit.) Es heißt also: Sie wollen in dieser Session die Vorlage nicht weiter beraten, und ich muß mir daher vorbehalten, wenn ich es erlebe und im Amte bin, sie in der nächsten Session wieder vorzubringen. Ich nehme also nicht für immer von dieser Vorlage Abschied, sondern ich sage: Auf Wiedersehen! (Bravo! rechts.)

Auf verschiedene Reden, von denen die der Abg. Bamberger und Richter scharf oppositionell sind, erwidert Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete Richter hat eine eigentümliche Gabe, über die mein Nachbar, Herr Minister v. Boetticher, sich neulich schon aussprach, die Gabe, die Äußerungen der Regierungsredner in einer Weise zurechtzustellen, daß sie ihm den Angriff erleichtern, aus unseren Äußerungen den Stoff herauszunehmen, um wirksame Angriffe auf uns zu machen und ihnen eine Gestalt zu geben, in der wir unsere eigenen Äußerungen gar nicht wiedererkennen. Ich will es nicht Entstellung nennen; denn ich glaube, es ist keine Absichtlichkeit dabei, es schwebt ihm selbst so vor. Selbst wenn der Abgeordnete Richter wie heute zu meiner Überraschung und Freude in vielen Fällen mit mir einverstanden ist und mir anerkennende Worte ausspricht, so wird doch im ganzen jeder, der die Rede hört und liest, darüber nachdenken: Welcher Stachel liegt hierin verborgen? Denn es ist leider zur Gewohnheit geworden, daß schon der Ton und der Name des Abgeordneten Richter mit einer Anerkennung der Regierung im Publikum für unverträglich gehalten wird. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Bei dem Wohlwollen für alle Menschen und für mich persönlich, das ihn beseelt, bin ich ja überzeugt, daß er alles, was er mir zu sagen hat, in der schonendsten und freundlichsten Weise immer vorbringen wird, und deshalb bin ich überzeugt, das ist ein ungerechtes Vorurteil. Aber man glaubt einmal, wenn der Abgeordnete Richter spricht und den Namen des Reichskanzlers — der, ich weiß nicht viel dutzendmal in der Rede vorkam — nennt, dann muß ein bitterer und harter Angriff folgen. Man prüft erst den Wortlaut genau, und findet man nichts, so legt man zweifelnd das Blatt aus der Hand und denkt: Irgendwo muß es doch sitzen. (Heiterkeit.)

So zum Beispiel hat der Abgeordnete Richter die Geschicklichkeit gehabt, auf Grund

meiner Äußerung, daß ich hoffte, wir würden Garnisonen nicht brauchen, und daß ich mich dem Prinzip der Garnisonen widersetze, nun vor den Augen der erschreckten Wähler den deutschen Landwehrmann in dem Gebiet der Namaquastämme hinter den Negern herlaufend dargestellt (Heiterkeit), als ob ich das gewollt hätte. Ich dachte, hier wäre ich wenigstens ganz sicher; aber latet anguis sub herba! Ich war sehr erstaunt, als der Herr Abgeordnete anfing, im gewöhnlichen Ton anerkennend zu erwähnen, daß ich also Garnisonen nicht brauchte. Damit war er sehr zufrieden; nun aber folgte im gehobenen Tone eine sehr scharfe Mißbilligung der Möglichkeit, daß der deutsche Landwehrmann womöglich im Alter von neununddreißig Jahren seiner Frau und seinen Kindern entrissen werden könnte, um in West- oder Ostafrika, in einer „Sandbüchse" — so dünkt mich, nannte er Angra Pequena — verwendet zu werden, um fliehende Namaquas zu greifen. Und muß nicht jeder, der nur den Herrn Abgeordneten gehört hat, oder der nachher den geschickt zugestutzten Bericht liest, glauben, der Reichskanzler wolle dem deutschen Landwehrmann dergleichen zumuten? Und da knüpft Herr Richter an meine Bemerkung an, in der ich genau das Gegenteil gesagt und mich gegen eine solche Auffassung verwahrt habe. (Sehr richtig! rechts.) Ich wünsche dem Herrn Abgeordneten Glück zu der Geschicklichkeit, aber ich möchte ihm als Warnung zurufen, was der französische Dachdecker im Fallen sagte: Ça va bien, pourvu que ça dure. (Heiterkeit.) Dergleichen kann auf die Dauer nicht behauptet werden, und ich glaube, es ist doch etwas anrüchig, immer dergleichen zu versuchen und auf diese Weise durch geschickte Oratorik der Regierung eine Menge Missetaten unterzuschieben, an die sie nicht entfernt gedacht hat.

Der Herr Abgeordnete sagte, es sei sehr tugendhaft, daß die Regierung es nicht will; aber wenn sie es wollte, das wäre schrecklich, und nun schildert er dieses ganze Wollen — welches der Regierung fehlt — in einer so drastischen Weise, daß es auf den Wähler den Eindruck macht, als ob es wirklich vorhanden wäre.

Dann habe ich aus dem ganzen Inhalt des Richterschen Vortrages entnommen, daß seine Auffassung der der Regierung heute sehr viel näher steht als die des Herrn Abgeordneten Bamberger und als die seinige selbst am vergangenen Montag. Es ist das eine außerordentliche Annäherung. Ich möchte ihn nur bitten: Fahren Sie so fort (Heiterkeit), dann werden wir ein Herz und eine Seele sein, und Sie werden sich als mein getreuer Kamerad an meiner Seite sehen (Heiterkeit), wenn Sie die Annäherung, die in diesen wenigen Tagen vollzogen ist, weiter fortsetzen.

Damals unterschied sich die Richtersche Auffassung kaum von der Bambergerschen: Angra Pequena war eben eine Sandbüchse, und ich erwiderte vergebens darauf, daß das Sache des Herrn Lüderitz und nicht die des Reiches wäre. Der Herr Abgeordnete Richter hatte eine sehr geringe Meinung, eine sehr viel geringere Meinung über die Möglichkeit der Annäherung und der Prüfung, die er heute zugegeben. Ich glaube, ich hätte am Montag abend besser geschlafen, wenn er sich damals so ausgesprochen hätte wie heute. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat vorausgesetzt, daß ich es bedauerte, daß die Beratungen sich hinzögen, und hat sich darüber gefreut, daß gerade dieses Hinziehen Gelegenheit zu interessanten Aussprachen nach dieser Seite gegeben habe. Ich habe mein Bedauern nicht sowohl auf das Hinziehen, auf das Verschleppen gerichtet, als auf die ganz

hoffnungslose Stellung, die ich bei der ersten Beratung, wo ja eigentlich nur der Herr Abgeordnete Bamberger gesprochen hatte — es blieb für andere keine Zeit mehr übrig (Heiterkeit) — und bei der Kommissionsberatung sich geltend machte. Da mußte ich den Eindruck bekommen: die Sache mag sich hinziehen, so lange wie sie will, und mag nach dem Zeugnis der ganzen zivilisierten Welt eine nützliche und zweckmäßige sein; so lange das Land das Unglück hat, diese jetzige Verwaltung an der Spitze zu haben, wird sie nie den Beifall und die Stimme der Herren zu erwerben vermögen, die einmal das πρῶτον ψεῦδος darin erkennen, daß ich nach zweiundzwanzig Jahren noch immer von diesem Platze nicht beseitigt werden konnte. Aber warten Sie nur noch zweiundzwanzig Jahre, meine Herren! (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete hat uns vorgeworfen, wir hätten drei bis vier Monate Zeit gebraucht, um uns über die Sache zu orientieren. Das ist leicht möglich; darüber sind eine Menge Erkundigungen nötig gewesen, die hier nachher leicht ignoriert werden. Und die Herren Abgeordneten brauchten eine gleiche Frist — nimmt Herr Richter vermutlich an: er sagte es nicht, da vier Wochen nicht genügten, auch nachdem die Sache in den Zeitungen besprochen war; — aber er meint, sie brauchen eine gleiche Frist, um sich schlüssig zu machen. Wie dreht sich das um? Über ein Amendement von der größten Tragweite, was plötzlich eingebracht wird, muß man sich in fünf Minuten schlüssig machen, die Regierung muß das, der Präsident muß es nach seiner ganzen Bedeutung klassifizieren, Gegner und Freunde müssen sich orientieren. Wer einmal eine Wahl übernommen hat, hat damit erklärt, daß er in fünf Minuten mit seinem Urteil über alle Dinge, die in der Politik vorkommen, fertig sein will; sonst kann er sich gar nicht auf solche Überraschungen, die ein plötzliches Amendement bringt, dessen Tragweite nur erkennbar ist durch Vergleichung mit dem größten Material, einlassen und sich darüber schlüssig machen.

Meine Herren, nehmen Sie an, ein Minister wird in einer Interpellation über Dinge der verwickeltsten Art gefragt — denken Sie an die Interpellation, die im Jahre 1878 über die Lage der orientalischen Frage gestellt wurde — ja, wenn ich da auch vier Wochen Zeit mir ausbitten würde, dann würden Sie sagen: Die Beantwortung der Interpellation ist einfach abgelehnt, wir werden dilatorisch behandelt. Denselben Eindruck hat natürlich die Regierung, wenn Sie nach vier Wochen hierüber noch immer Informationen und Studium brauchen. Sie hat den Eindruck, ihre Vorlage ist abgelehnt oder dilatorisch behandelt. Es paßt Ihrer Taktik nach irgendeiner Seite hin, sich darüber in diesem Augenblick nicht schlüssig zu machen, vielleicht niemals. Sie müssen doch mit etwas gleichem Maße messen! Geben Sie uns, der Regierung, die Zeit nicht, uns über Anträge, die aus Ihrer Mitte hervorgehen, monatelang oder auch nur wochenlang zu besinnen und zu beraten, geben Sie uns die Zeit nicht, wenigstens nicht freiwillig, zwischen 25 Regierungen ein Einverständnis herbeizuführen, wenn hier eine Interpellation über eine politische Frage gestellt wird, die nur mit Kenntnis der Ansichten aller Regierungen beantwortet werden kann, so sind wir auch berechtigt, von Ihnen zu verlangen, über eine Frage, die jeder nach seinem Verstande und seiner Bildung beantworten muß, in vier Wochen ein Urteil zu fällen. Wer das nicht will, der muß kein Mandat annehmen.

Was dann die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Kapp betrifft über meinen Mangel an Diensteifer, so kann ich es dem Urteil des Auditoriums überlassen, ob das, was

der Herr Abgeordnete Kapp in Bezug hierauf sagte, und die Reproduktion und Verbreitung, die der Herr Abgeordnete Richter in seinem stets bereiten Wohlwollen für mich übernommen hat — ob jene Äußerungen die Bedeutung gewonnen haben, die ich denselben vorhin beilegte. Ich bin durch wichtige Geschäfte genötigt worden, meine hiesige Anwesenheit zu unterbrechen. Ich kann nicht allen Sitzungen beiwohnen. Ich überlasse es den Herren Abgeordneten Kapp und Richter, untereinander auszumachen, wer von ihnen über meinen Diensteifer und mein Pflichtgefühl die schlechteste Meinung hat.

Sodann hat der Herr Abgeordnete Richter wieder ein eklatantes Beispiel gegeben, wie schnell die innere Gärung bei ihm eine Umgestaltung einer ministeriellen Äußerung hervorruft. Er sagte zuerst, in meinem Auftrage wären die Verhandlungen in der Kommission stenographiert worden; wenigstens habe ich es aus seinen ersten Äußerungen so aufgefaßt. Die Herren, die hier anwesend waren — und ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter war auch anwesend, und derselbe hat ein scharfes und schnelles Verständnis, was nicht vier Wochen braucht, um eine solche Sache sich klar zu machen — die Herren haben gehört: ich habe gesagt, es wäre mir die Version vorgekommen, ich hätte meine Äußerungen geprüft, weil mir gesagt worden wäre, sie beruhten auf einer stenographischen Niederschrift. Die Kenntnis, daß überhaupt stenographiert werden würde, hat mir ganz ferngelegen, und ich habe erst nach der Kommissionssitzung davon Mitteilung erhalten. Da dies aber behauptet wurde, habe ich mich verpflichtet gefühlt, meine Äußerungen oder den Auszug meiner Äußerungen, der darin war, durchzulesen, um zu sehen, ob irgendetwas darin stand, was ich in meiner Stellung als Auswärtiger Minister nicht gedruckt zu sehen wünschte oder nicht gesagt zu haben glaubte. Das war für mich einfach Pflichterfüllung. Der Herr Abgeordnete Richter hat daraus einfach die Gelegenheit genommen, der Regierung eine offiziöse Mitschuld aufzubürden, daß seine Äußerungen nur auszugsweise wiedergegeben wären. Ich weiß das nicht; ich habe die Äußerungen anderer eben nicht gelesen; aber ich möchte ihn doch bitten, wenn er sich über die „Norddeutsche Zeitung“ in dieser Beziehung beklagt, ungefähr zu vergleichen, in welchem Auszug die hiesigen Äußerungen eines Ministers oder eines Abgeordneten der Rechten etwa im „Reichsfreund“ wiedergegeben sind (Heiterkeit), ob da eine rücksichtsvolle Ausführlichkeit vorhanden ist, die dem Redner vollständig gerecht zu werden wünscht. Ich glaube nicht — ich weiß es nicht, da ich mit den Herren nicht persönlich bekannt bin — daß die Redaktion der „Norddeutschen Zeitung“ mit dem Herrn Abgeordneten Richter genau auf dem gleichen politischen Standpunkt steht; ich vermute eher nach den Preßerzeugnissen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu den politischen Gegnern des Abgeordneten Richter gehört. Also da möchte ich dem Abgeordneten Richter vorschlagen, doch seine Gegner in Bezug auf die Genauigkeit, in Bezug auf die Feindesliebe in der stenographischen Wiedergabe seiner Äußerungen mit keinem anderen Maßstabe zu messen als mit dem, mit welchem er die ihm selbst Nahestehenden bei Wiedergabe von Regierungs- und konservativen Äußerungen mißt. Peccatur intra muros et extra. Ich bekämpfe immer das Parteiwesen; mein dringender Wunsch wäre, daß alles Fraktionswesen verschwände und bei Strafe verboten würde; aber ich werde das nicht erreichen. In antiken Gesetzgebungen, wo das öffentliche Wohl zwingender an der Spitze aller Aufgaben stand, in solchen Gesetzgebungen wäre es möglich gewesen, Besprechungen und Fraktionsvereinigungen zu gemeinschaftlicher Abstimmung bei Strafe zu

verbieten. Es hat das auch seine zwei Seiten, wie alle Sachen; aber ich finde die eine Seite bei uns, die Seite der Fraktionspolitik, in steigender Progression so akzentuiert, daß die Gesamtheit schließlich nicht mehr zu ihrem Recht kommt und die Existenz der Fraktionen an und für sich ein dem Wohl des Vaterlandes fressendes Übel ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner heute ein dankenswertes Interesse für die Landwirtschaft an den Tag gelegt, indem er seine Besorgnis vor dem Fleischimport, welchen wir aus Australien bekommen würden, und vor der Beförderung der Auswanderung aussprach. Ja, meine Herren, ich glaube kaum, daß gerade die postalischen Sendungen zur Beförderung der australischen Fleischproduktion, der Hammel, die zu 25 000 Stück in einem einzigen Fahrzeug zum Gefrieren gebracht werden und hier in einem nicht sehr vollkommenen Geschmack ankommen — die Herren werden ja am vergangenen Freitag in der Lage gewesen sein, darüber zu urteilen — ich glaube also nicht, daß dazu gerade die postalischen Sendungen benutzt werden würden; das ist mir sehr unwahrscheinlich. Was von Australien und Amerika an Fleisch hierher gebracht werden kann, das bekommen wir ohnehin; das hängt hiermit nicht zusammen. Ich glaube auch nicht, daß dadurch die Auswanderung befördert wird; die Auswanderer haben ja so viel und so reichliche Gelegenheit, daß die stabilen Postdampfer sie nicht mehr als bisher zur Auswanderung verleiten würden. Ich bin kein Freund der Auswanderung im allgemeinen, und namentlich nicht der krankhaften Beförderung der Auswanderung, die wir in den ersten Jahren des Deutschen Reiches gehabt haben — unter meiner Unterschrift, gebe ich ja zu; ich habe aber damals dieser Sache meine Aufmerksamkeit nicht zugewendet. Ich kämpfe gegen die Beförderung der Auswanderung; ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr; ich habe kein landsmannschaftliches Interesse mehr für ihn, und wenn die Beförderung der Korrespondenz und des Verkehrs und unseres Exports eine Beförderung der Auswanderung sein würde, so würde dies ein Grund dagegen sein; aber — ich habe gerade das Wort Export gebraucht — der Export ist ein Mittel, die Auswanderung zu hindern. Es ist eine auffällige Tatsache, daß gerade die bevölkerten Landstriche Deutschlands, die wir die industriellen nennen dürfen, von der Auswanderung so gut wie frei sind, und daß diejenigen Landstriche, in denen keine Industrie ist, die baltischen Provinzen und die, welche in ähnlichem Kulturstande sind, Posen und Mecklenburg, das Hauptkontingent der Auswanderer liefern. Geben Sie denen Industrie, geben Sie denen Export, geben Sie denen Schutzzölle, und die Leute werden nicht mehr auswandern. (Sehr richtig!) Gerade die Förderung des Exports, die Förderung der Verbindung und womöglich tatsächliche Förderung einer sicheren Verbindung hindert die Auswanderung.

Dann haben die Herren stets ihren Patriotismus bei diesen Diskussionen dadurch zu dokumentieren gesucht, daß sie darauf verwiesen, wie sie den Bedürfnissen der Marine ohne weiteres ihr Votum gegeben haben. Ja, meine Herren, das ist kein Verdienst; entweder Sie sind überzeugt, daß die Marine das Geforderte braucht: dann werden Sie zustimmen; oder Sie sind nicht überzeugt: dann werden Sie dagegen stimmen. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß die Marine in der Opposition — ich will es mit einem Worte sagen — populärer ist als das Landheer. Das Landheer hat immer mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als die Marine. Ich will darüber nicht weiter rechten, will der Marine das von Herzen gönnen, daß wenigstens ein Teil unserer Wehrkraft sich der Gunst aller

Parteien erfreut; ich hoffe nur, daß diese Gunst eine dauernde ist und nicht an das Regime Stosch geknüpft ist, sondern auch auf das Regime Caprivi[1] übergehen werde. Daß die frühere Verwaltung der Marine bei der Opposition populär war, das weiß ich. Ich habe häufig davon reden hören — ich weiß nicht, ob mit oder ohne Befriedigung meines früheren Kollegen aus der Marineverwaltung — daß mein Kollege Herr v. Stosch öffentlich als mein möglichst baldiger Nachfolger im Reichskanzleramt angesehen wurde. Ich habe deshalb diesen Herrn immer mit besonderem Interesse angesehen, und ich bin von der Befürchtung nicht frei gewesen, daß die reichlichen Subventionen der Marine, die ihm von der Opposition bewilligt wurden, an deren Spitze der Herr Abgeordnete Rickert stand, der auch für die Danziger Institute eine große Vorliebe hatte — ich habe immer die Befürchtung gehabt, daß das vielleicht beim Austritt des Herrn v. Stosch sich ändern könnte. Zu meiner großen Freude ist dies nicht der Fall gewesen, und ich bitte Sie, dem jetzigen Herrn Chef der Marineverwaltung dasselbe Wohlwollen und Vertrauen zuzuwenden, das Sie seinem Vorgänger nicht versagt haben. Namentlich ist der Herr Abgeordnete Rickert die wesentliche Stütze des Herrn Ministers v. Stosch gewesen.

Ich muß dann noch leider auf einige Worte kommen, die mir trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Herren beweisen, wie gering das Vertrauen ist, das Sie auf die Reichsregierung und persönlich auf meinen guten Willen und meine Einsicht setzen. Also der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, er wolle nicht, daß die Ehre des Reiches nach der Inspiration eines jeden abenteuerlustigen Deutschen engagiert werde; er nimmt also an, daß das Deutsche Reich im allgemeinen in der Lage ist, daß der Beamte, der an seiner Spitze steht, die Ehre desselben engagieren würde — denn ohne denselben kann sie nicht engagiert werden — für einen jeden Abenteurer, der sich in fremden Meeren umhertreibt. Das ist doch wirklich eine Geringschätzung meiner Urteilsfähigkeit und Sachkunde, wie ich sie in ähnlicher Weise selbst von Herrn Bamberger bisher kaum gehört habe. Als ob es hinreichend wäre, daß ein abenteuernder Lump an mich schreibt, damit ich sofort mit der ganzen Schwerfälligkeit der deutschen Rasse für den Mann mich engagieren würde! Wenn Sie jemals einen solchen Narren von Reichskanzler haben, auf den diese Voraussetzungen des Herrn Bamberger passen, dann streichen Sie ihn und jagen ihn weg; das ist das Beste, was Sie tun könnten.

In eine ähnliche Kategorie, obgleich nicht so scharf und verletzend für mich, gehört die Äußerung des Herrn Abgeordneten Richter, der sagt, die Herren[2] würden diesem Ministerium jeden Groschen bewilligen. Ja, meine Herren, darin liegt die Voraussetzung, daß dieses Ministerium, das aus mir allein besteht, jeden Groschen fordern würde. Das ist doch ebenso, als ob wir in unseren maßlosen Forderungen an die Steuerpflichtigen für das Wohl des Landes kein Herz hätten, sondern daß wir jeden Tag bedacht wären, zu nehmen, was wir kriegen können, zu nehmen, was irgendwie bewilligt würde, und daß wäre kaum anders möglich, als daß durch Lug und Trug und Fiktionen nicht vorhandene Bedürfnisse in den Vordergrund gestellt würden, deren Bewilligung unvernünftig wäre. Das alles, die Möglichkeit, daß die jetzige Regierung dergleichen unvernünftige Forderungen machen

[1] General v. Caprivi hatte im März 1883 als Nachfolger Stoschs die Leitung der Admiralität übernommen, die er im Sommer 1888 niederlegte.

[2] Die Konservativen.

könnte, liegt, vielleicht im Hinblick auf die Wahlen, angedeutet in dem: Diesem Ministerium jeden Groschen, mag er noch so ungerecht gefordert werden!

Ja, meine Herren, wenn Sie, nachdem ich nun seit 1862 unter schweren Zeiten an der Spitze Preußens und des Reichs gestanden habe, nicht das Vertrauen zu mir gewonnen haben, daß ich überhaupt auf Albernheiten, Torheiten, Verrücktheiten, Landesverrat nicht hineinfalle — wenn Sie das heute noch von mir nicht glauben, so ist die Zeit, die noch vor mir liegt, zu kurz, um das Vertrauen zu gewinnen. Ich kann es bedauern — es demütigt mich nicht, aber ich muß bekennen: Ich verzichte darauf. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter begreift nicht, wie er es dem Reichskanzler recht machen soll. Trotz seines Lobes habe Bismarck ihn um kein Haar besser behandelt. Die Äußerungen über den deutschen Landwehrmann habe der Kanzler mißverstanden. Von der Kombination, daß Stosch einmal Bismarcks Nachfolger werden solle, habe er niemals gehört. Bezüglich Angra Pequenas halte er seine Ansicht fest. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich möchte zuerst den Herrn Vorredner beruhigen über den Gedanken, daß er mich ärgere, wenn er laut spricht. Im Gegenteil, je lauter, desto lieber höre ich ihn; es ist mir nur verdrießlich, wenn ich ihn nicht ganz genau hören kann; — es mag in der Akustik des Hauses liegen, für die ja keiner kann — die Herren von dort her (links) hört man hier nur dann vollständig, wenn sie laut sprechen; aber ich bitte den Herrn Abgeordneten Richter, immer recht laut zu sprechen; ich glaube, es ist nützlich auch für die Reichsregierung.

Wenn der Herr Abgeordnete Richter vorhin sagte, daß er von der Kombination eines Ministeriums Stosch niemals gehört habe, so ist mir das ganz erklärlich: er war nicht drin, diejenigen Herren, die drin sein wollten, bedurften aber vorher seiner Unterstützung vielleicht noch; also das überrascht mich nicht, daß das ihm verschwiegen geblieben ist. Ich glaube, der Plan war zu Zeiten, wo mein Rücktritt wahrscheinlich war, 1877, ziemlich ausgearbeitet, aber, wie gesagt, ich weiß nicht, ob mit Wissen des Herrn v. Stosch; aber man rechnete eben auf seine Mitwirkung, auf seine Kraft und seine Verbindungen, um dem künftigen Kabinett Haltung zu geben.

Dann die vorliegende Sache betreffend, muß ich noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter relevieren. Er sagte, er habe nicht den deutschen Landwehrmann gegenüber dem afrikanischen Namaqua vorhin im Sinne gehabt, obschon ich das nach dem Zusammenhange seiner Rede glauben mußte; denn er knüpfte es an Garnisonen in Kolonien. Ich halte also seine Berichtigung auf die Gegend von Metz hin für etwas, was ihm später eingefallen ist, daß er das hat sagen wollen; aber ursprünglich knüpfte er es an Garnisonen in Kolonien, indem er meine Ablehnung solcher utilisierte, um etwa zu sagen, das wäre ja noch besser, wenn wir dazu kommen sollten, daß in solchen Gegenden —; aber wenn er so weit geht, daß der deutsche Landwehrmann auch dazu nicht berufen sein soll — um in der Sprache des Herrn Bamberger zu bleiben — Nasenstüber, die wir irgendwo empfangen, unmittelbar an unserer Grenze zu vertreten und abzuwehren, ja, dann weiß ich nicht: wozu haben wir Landwehr und Armee? Dann können wir sie einfach abschaffen (Sehr wahr! rechts.), wenn wir so ängstlich damit sein wollen, daß wir jedem Konflikt, in fernen Meeren sowohl wie in der Nähe, unbedingt aus dem Wege gehen müssen. Wenn daraus hervorgeht, nicht minder groß; — denn jeder Krieg, auch der siegreiche, ist immer auf dem Kontinent hier unsere Truppen sich schlagen müssen, so ist die Unannehmlichkeit, die ein großes Unglück für das Land, das ihn führt; für das Land ist die Ursache ziemlich

gleichgültig, aus der er entsteht — so ist die Unannehmlichkeit für den Landwehrmann, bei Metz erschossen zu werden, gerade so groß, als bei Angra Pequena erschossen zu werden, und dadurch wird, wie ich glaube, das irrtümlich ergriffene Argument des Herrn Abgeordneten Richter nicht saniert, daß er das Lokal jetzt nach Metz übertragen will. Ich muß dabei bemerken, daß dieses Akzentuieren gerade des geographischen Punktes von Metz für mich in der Kommission eine Notwendigkeit war.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger sagte: „Wir können uns gegen „Nasenstüber" nicht decken", so mußte ich die Frage lokalisieren, wie wir uns decken können, sowohl England als Frankreich gegenüber. Wenn aber das nun von dem Herrn Abgeordneten Richter wieder aufgegriffen wird, gerade das Lokal von Metz, so bin ich überzeugt, daß das wieder ein Ausdruck ist seiner immer mehr sich annähernden Übereinstimmung mit der Politik des Reichskanzlers und seines Wohlwollens für mich; aber einen Dienst hat er mir diplomatisch damit nicht erwiesen, indem er gerade diesen Satz unterstreicht und reproduziert. Indessen es schadet das auch nichts; unser Verhältnis zu Frankreich und besonders meine persönlichen Beziehungen zur französischen Regierung sind so gut, daß der Herr Abgeordnete Richter nicht in der Lage ist, ihnen zu schaden. (Unruhe links.)

Ich erinnere an die Zeiten bald nach dem Frankfurter Frieden, wo hier nicht bloß von den rein oppositionellen Fraktionen, sondern von allen angenommen wurde, in kurzer Zeit würden wir wieder Krieg haben. Im Jahre 1875 wurde mir hier einmal — damals ging es vom Zentrum aus — gesagt, die Entscheidung über Krieg und Frieden liege bei Rußland, und wir seien davon abhängig; kurz, unsere ganze Situation machte hier nach dem Frieden von 1870 den Eindruck, als ob sie eine prekäre wäre, als ob wir wie Friedrich der Große nach dem ersten schlesischen Kriege einen zweiten führen mußte, sofort nach dem ersten französischen Kriege einen zweiten führen müßten. Es hat ja nicht an Elementen gefehlt, welche diese Möglichkeit herbeizuführen gesucht haben, in Frankreich natürlicherweise, wo die von uns im Verteidigungskampf geschlagene Wunde noch nicht vernarbt war; aber auch bei anderen Nationen hat es nicht gefehlt an der Neigung, die Eventualität des Krieges näher zu rücken und wahrscheinlicher zu machen, und dennoch, meine Herren, müssen Sie mir das Zeugnis geben, daß die Politik heute, ziemlich vierzehn Jahre nach der Zeit, wo der nächste Krieg in ganz kurzer Zeit erwartet wurde, uns rundum, soweit wir sehen können, nur friedliche Aussichten bietet, und absolute Unwahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß wir in der nächsten Zeit in Krieg geraten könnten (Bravo!), daß wir aber namentlich mit der französischen Regierung, mit der jetzigen sowohl als der vorigen, ununterbrochen in so vertrauensvollen Beziehungen gestanden haben, daß mein persönliches Wort jederzeit genügt hat, die französische Regierung über unsere Absicht für die Zukunft vollkommen zu beruhigen. (Bravo!)

Das ist bei den historischen Verhältnissen, wie sie sich seit 1870 entwickelt haben, außerordentlich viel, diesem Maß von Glauben und Vertrauen in unserer Politik dauernd zu begegnen durch mehrere Regierungen hindurch, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß dieses gegenseitige Vertrauen auch jetzt und für die Zukunft unverändert fortbesteht. Also unsere Beziehungen zu Frankreich und zu der französischen Regierung — wenn es auch Parteien und Zeitungen in Frankreich gibt, die lieber heute als morgen Krieg haben möchten — sind gerade so freundschaftlich und vertrauensvoll, wie zu jeder anderen in

Europa, und es ist keine Befürchtung vorhanden, daß es in der Möglichkeit eines oppositionellen Redners liegen würde, uns dadurch Verlegenheiten mit Frankreich und dessen jetziger Regierung zu bereiten, daß er die Möglichkeit eines französischen Krieges, wenn sie einmal besprochen wird, sehr in den Vordergrund drängt. Zwischen unserer und der Regierung in Frankreich herrscht volles Vertrauen auf die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der gegenseitigen Beziehungen und auf das Wohlwollen, mit dem wir jede französische Bestrebung betrachten, die nicht gerade auf die Wiederherstellung der früheren unnatürlichen Einrichtung, die von Ludwig XIV. her datierte, gerichtet wäre. Es ist aber kein Grund, augenblicklich zu befürchten, daß die französische Politik dahinginge, und es freut mich, daß der Herr Abgeordnete Richter durch seine Wiedererwähnung des Wortes Metz mir Gelegenheit gegeben hat, nicht nur den Reichstag, sondern unsere ganze Bevölkerung über die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich, soweit menschliche Voraussicht reicht, jetzt und für die Zukunft vollständig zu beruhigen. (Bravo! rechts.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abgeordneter Kapp, er habe dem Reichskanzler keineswegs den Vorwurf der Trägheit machen wollen. Er hätte korrekter sagen sollen, die Vorlage habe so lange im Reichsamte gelegen, und es tue ihm unendlich leid, wenn der Reichskanzler durch seine Gesundheit verhindert gewesen, diese Sache früher in die Hand zu nehmen.

Fürst Bismarck erwidert:

Ich war weder durch meine Gesundheit, noch durch etwas anderes verhindert, die Sache in die Hand zu nehmen, sondern ich habe sie jederzeit in die Hand genommen, eine halbe Stunde, nachdem ich sie bekommen habe. Ich weiß ja, daß ich unfähig bin, meine Geschäfte zu besorgen; aber es ist nicht hübsch, mir das immer vorzuhalten.

Staatssekretär v. Boetticher weist aus den Akten nach, daß der Entwurf am 23. März bereits dem Kaiser vorgelegt worden sei und am 24. April dem Bundesrat, der am 15. Mai die Beratung im Plenum vorgenommen habe. Dann sei am 23. Mai die Vorlage dem Reichstag zugegangen.

Abgeordneter Richter weist darauf hin, daß die Vorlage zwei Monate gebraucht habe, um aus dem Kabinett des Kaisers an den Reichstag zu gelangen. Nun dürfe man es doch dem Reichstag nicht verargen, wenn er eine solche Vorlage nicht in vier Wochen erledigen wolle.

Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Abgeordnete Richter stellt den Zeitbedarf des Bundesrats zu seinen Beratungen und den des Reichstages vollständig auf gleiche Linie. Ich hätte bei ihm eine genauere Kenntnis unserer Verfassungszustände vorausgesetzt, als daß er in diesen Irrtum verfallen könnte. Es trifft das leider nicht zu. Bekanntlich brauchen die Mitglieder des Bundesrats für ihre Abstimmungen Instruktionen. Daß der Herr Abgeordnete seinerseits Instruktionen von seinen Wählern bedarf, kann ich mir nicht denken: das wäre im Widerspruch mit der Verfassung, wonach er an keine Instruktion gebunden ist, sondern nach seiner eigenen Überzeugung abstimmt. Die eigene Überzeugung eines jeden Mitgliedes des Bundesrats mag bei demselben von vornherein feststehen; er ist aber nicht berechtigt, danach abzustimmen. Der Abgeordnete ist aber berechtigt, nach seiner eigenen Überzeugung abzustimmen; steht die nicht fest, so ist es das eben, was ich beklage. Ein Mitglied des Bundesrats muß erst nach Hause schreiben und fragen, ob seine Regierung ihm dies erlauben will. Er kann telegraphieren, aber nicht alle Sachen lassen sich telegraphisch erledigen. Es ist in der Diskussion schon darauf hingewiesen, daß die Postbasis, auf der die Vorlage beruht, keine gleichmäßigen Beiträge aller Regierungen bedingt, daß diejenigen

Regierungen, die ihre eigene Post haben, Bayern und Württemberg, besonders zu befragen sind. Dies müßte auch in den Augen eines so strengen Richters, wie des Herrn Vorredners, der Regierung einige mildernde Umstände dafür verschaffen, daß sie eine gewisse Zeit zu diesen Verhandlungen gebraucht hat. Ich weiß nicht, ob in die Zeit gerade Festtage fielen; für die Regierung gibt es keine, wir arbeiten auch Sonntags, und es gibt auch keine dreiwöchigen Ferien; im Gegenteil haben wir dann die Arbeiten nachzuholen, die wir außerhalb der Ferien wegen unserer Beschäftigung im Reichstage haben hinausschieben müssen. Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Arbeitskraft und die Möglichkeit, maschinenmäßig eine Übereinstimmung im Bundesrat herzustellen, nicht zu überschätzen. Die Frist vom 11. bis zum 19. — es war wenig über eine Woche — ist wirklich nicht zu lang, wenn fünfundzwanzig Regierungen miteinander zu korrespondieren haben. Der Herr Abgeordnete aber hat mit niemandem zu korrespondieren, sondern kann, wenn er morgens aufsteht und sich angezogen hat, abstimmen; er trägt seine Überzeugung bei sich wie seinen Rock. Insofern ist dieser Vergleich nicht zutreffend.

Ich würde Ihre Zeit nicht nochmals in Anspruch genommen haben, wenn ich nicht fände, daß Sie überhaupt an die Regierung in dieser Beziehung unbillige Ansprüche machen. Wir sind außerstande, die Übereinstimmung so plötzlich, wie es zu wünschen ist, herzustellen: meine Überzeugungen stehen ebenso fest wie die des Herrn Abgeordneten; ich brauche aber schonende, vorsichtige Verhandlungen und Argumentationen, um meine Überzeugung anderen annehmbar zu machen oder um meinerseits den Überzeugungen anderer Rechnung zu tragen, ohne die eigene Überzeugung zu verletzen. Dazu ist die Zeit sehr kurz bemessen, und sie hat so kurz nur durch den ungewöhnlichen Fleiß und durch die Pflichttreue der Mitglieder des Bundesrats bemessen werden können.

Deutscher Reichstag.

20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

Das Jahr 1884 ist gekennzeichnet durch drei Ereignisse, die für die Gesamtpolitik von großer Bedeutung wurden: Durch die Wiederbelebung des preußischen Staatsrats, durch die Neubildung der Nationalliberalen Partei und durch die Reichstagswahlen vom Herbst.

Um einen Ersatz für den Volkswirtschaftsrat zu haben, ließ Bismarck den 1817 begründeten, eine Art Beamtenparlament darstellenden Staatsrat Preußens reaktivieren. Um zu zeigen, für wie notwendig er die Beratung durch Sachverständige und Nicht-Parlamentarier hielt, wurde festgesetzt, daß alle wichtigen Maßnahmen dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt werden sollten. Unter dem Präsidium des Kronprinzen sollte diese Körperschaft von Prinzen, Generälen, Oberpräsidenten usw. ihr Votum abgeben, während Bismarck sich das Vizepräsidium vorbehielt. Diese Reaktivierung des Staatsrats, die Bismarck noch in den „Gedanken und Erinnerungen" verteidigt, traf selbst bei seinen nächsten Mitarbeitern, wie dem Landwirtschaftsminister Lucius auf volle Verständnislosigkeit, der darin nur eine neue „Friktionsmaschine" sah. Und doch haben tiefer blickende Zeitgenossen vielleicht doch richtig gesehen, wenn sie in der Wiederbelebung des Staatsrats unter Vorsitz des Kronprinzen im Grunde nur das Mittel Bismarcks sahen, den Kronprinzen aus seiner liberal-verärgerten Opposition und seinem tatenlosen Warten herauszureißen, zu beschäftigen, mit den Staatsgeschäften vertraut zu machen, ihn die Verantwortlichkeit der Regierenden zu lehren und so der liberalen Opposition langsam zu entfremden.[1]

Die Neubildung der Nationalliberalen Partei, die an der Opposition gegen Bismarck gleichsam zugrunde gegangen war, geschah unter dem entscheidenden Einfluß des Frankfurter Oberbürgermeisters Miquel, der nach dem Ausscheiden Bennigsens aus dem politischen Leben der leitende Kopf geworden war und der mit seinem Machtwillen und seinem politischen Blick die Partei jetzt auf neue Bahnen führte. Die sog. Heidelberger Erklärung der west- und süddeutschen Parteimitglieder vom Frühjahr 1884 brach mit den alten liberalen Verfassungsgedanken und Doktrinen, stellte die Partei völlig auf den Boden der Bismarckschen Macht-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und schuf so aus der Partei die Vertretung der konservativen Mächte West- und Süddeutschlands, die somit

[1] Vgl. dazu die von mir herausgegebenen Aufzeichnungen des mecklenburgischen 2. Bundesratsbevollmächtigten Oldenburg „Aus Bismarcks Bundesrat" 1879 bis 1885. (1929.)

zugleich zur Partei der deutschen Industrie und Wirtschaft wurde. Diese Wendung wurde den Süddeutschen leichter, weil sie nicht wie die Norddeutschen an der Erinnerung an den Verfassungskonflikt zu tragen hatten; aber bald wurden auch diese gewonnen, so daß Bismarck jetzt in die Partei eine unbedingt zuverlässige Gefolgschaft besaß, die vor allem in heftigster Gegnerschaft gegen die Freisinnigen stand.

In den Wahlkampf vom 28. Oktober zog die Partei Eugen Richters mit großer Zuversicht, mußte aber erleben, daß sie nur mit 67 statt mit 99 Sitzen in den neuen Reichstag kam. Aber diese Verluste wurden ausgeglichen durch die Zahl der Bundesgenossen: mit Zentrum, Sozialdemokraten, Polen, Dänen, Welfen, Elsässer, süddeutscher Volkspartei bildeten sie mit 240 Stimmen von 397 — gegen 78 Konservative, 28 Reichsparteiler und 51 Nationalliberale — eine „feindliche und herrische Majorität", die nur in der Feindschaft gegen den Kanzler völlig einig war. Das innere Barometer wies auf Sturm! Während der Wahlen war es, daß Bismarck im Staatsministerium äußerte: Der oppositionelle Wahlausfall werde das parlamentarische System nur um so eher ruinieren und die Säbelherrschaft vorbereiten.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

20. November 1884.

Der Kaiser verliest folgende Thronrede:

Geehrte Herren!

Ich freue Mich, daß es Mir vergönnt ist, Sie Selbst zu begrüßen, und heiße Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen.

Es gereicht Mir zu besonderer Genugtuung, daß die Wünsche, welche Ich in Meiner Botschaft vom 17. November 1881 an dieser Stelle kundgegeben, seitdem auf dem Wege zu ihrer Erfüllung wesentliche Fortschritte gemacht haben; Ich entnehme daraus am Abend Meines Lebens die Zuversicht, daß der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgschaften herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar sind.

Unsere nächsten Schritte in dieser Richtung werden in der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Landwirtschaft und des Transportwesens und in der Erweiterung der Sparkasseneinrichtungen bestehen, wofür die Vorfragen Ihnen zugehen werden.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für das nächste Rechnungsjahr wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden. Die Fortentwicklung der Einrichtungen des Reiches bedingt naturgemäß ein Anwachsen seiner Ausgaben. Sie werden hierin mit Mir eine Mahnung erkennen, neue Einnahmequellen für das Reich zu erschließen. Der Versuch, der Rübenzuckersteuer im Wege der Reform höhere Reinerträge abzugewinnen, wird für jetzt durch die Notlage der beteiligten Industrie und der in Mitleidenschaft stehenden Landwirtschaft erschwert.

Die Herstellung des einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes im Reich ist durch Verständigung mit der freien Hansestadt Bremen vorbereitet und wird die Bewilligung eines Beitrages hierzu Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Im Anschluß an den revidierten Gesetzentwurf wegen Subventionierung unserer Dampfschiffahrt werden Ihnen Mitteilungen über die unter den Schutz des Reiches gestellten überseeischen Ansiedelungen und die darüber gepflogenen auswärtigen Verhandlungen zugehen. Wenn diese Anfänge kolonialer Bestrebungen nicht alle Erwartungen, die sich daran knüpfen, erfüllen können, so werden sie doch dazu beitragen durch Entwicklung der Handelsverbindungen und durch Belebung des Unternehmungsgeistes die Ausfuhr unserer Erzeugnisse dergestalt zu fördern, daß unsere Industrie zu lohnender Beschäftigung ihrer Arbeiter befähigt bleibt.

Im Einverständnis mit der französischen Regierung habe Ich Vertreter der meisten seefahrenden Nationen hierher eingeladen, um über die Mittel zu beraten, durch welche der Handel mit Afrika gefördert und vor Störungen durch internationale Reibungen gesichert werden kann. Die Bereitwilligkeit der beteiligten Regierungen, Meiner Einladung zu entsprechen, ist ein Beweis der freundschaftlichen Gesinnung und des Vertrauens, von welchem alle Staaten des Auslandes dem Deutschen Reiche gegenüber erfüllt sind. Diesem Wohlwollen liegt die Anerkennung der Tatsache zugrunde, daß die kriegerischen Erfolge, die Gott uns verliehen hat, uns nicht verleiten, das Glück der Völker auf anderem Wege als durch Pflege des Friedens und seiner Wohltaten zu suchen. Ich freue mich dieser Anerkennung, und insbesondere darüber, daß die Freundschaft mit den durch die Tradition der Väter, durch die Verwandtschaft der regierenden Häuser und durch die Nachbarschaft der Länder Mir besonders nahestehenden Monarchen von Österreich und Rußland durch Unsere Begegnung in Skierniewice derart hat besiegelt werden können, daß Ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf. Ich danke dem allmächtigen Gott für diese Gewißheit und für die darin beruhende starke Bürgschaft des Friedens.

3. Sitzung des Deutschen Reichstags.

26. November 1884.

Als eine Maßregel gegen die Opposition und ihre das Reich erfüllende Agitation hatte der Bundesrat durch Erlaß vom 14. November bestimmt, daß die den Abgeordneten 1874 gewährte freie Eisenbahnfahrt nur für die Fahrt vom Heimatsort nach Berlin gelten solle. Ein Antrag Ausfeld und Genossen verlangte demgegenüber die Änderung des Artikels 32 der Verfassung dahin, daß den Parlamentariern Reisekosten und Tagegelder gewährt würden. Abg. Schenk v. Stauffenberg begründet am 26. November diesen Antrag der Freisinnigen und wird von dem sozialdemokratischen Abg. Auer unterstützt. Von den Konservativen ist Graf Udo Stolberg dagegen, für die Nationalliberalen spricht Abg. v. Benda teilweise dafür. Fürst Bismarck entgegnet:

Das Herunterdrücken der Würde des Reichstags durch die Beschränkung der Zirkulationsfreiheit auf den Eisenbahnen ist nicht von dem Herrn Vorredner zuerst behauptet worden, sondern wenn ich nicht irre, von dem Herrn Abgeordneten v. Stauffenberg, der die Diskussion eröffnet hat. Ich bin nun nicht der Ansicht, daß die Entziehung der Freiheit, nach Belieben ohne Bezahlung auf privaten und öffentlichen Eisenbahnen hin und her zu fahren, die Würde des Reichstags irgendwie berühren, irgendwie beeinträchtigen sollte; ich bin vielmehr der Meinung, daß das, was der Herr Vorredner Gebrauch, was ich aber Mißbrauch dieser Karten nenne, dazu beitragen kann, den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen, wenigstens in Gestalt einzelner Mitglieder, die diesen Mißbrauch treiben, herunterzudrücken. Der Herr Vorredner hat gemeint, wo kein Gebrauch vorgeschrieben wäre, da fände auch kein Mißbrauch statt. Nun, der Gebrauch war nicht ausdrücklich vorgeschrieben, es war auch keine Strafbestimmung in Bezug auf die unrechtmäßige Benutzung dieser Karten gegeben, aber es waren die Karten doch nur in dem Vertrauen ausgestellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten benutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnsitzes des Abgeordneten vom Sitz des Parlaments mit sich bringe. Es war ausdrücklich darauf gerechnet, und ich glaube mich auch aus den früheren Diskussionen, die darüber gepflogen sind, zu erinnern, daß diese Karten es den

Abgeordneten möglich machen sollten, jederzeit kostenfrei und ohne große Schwierigkeiten in ihre Heimat zu gelangen. Ob nun die Gebrauchsvorschriften in den jedermann bekannten vertrauensvollen Voraussetzungen liegen oder unter Strafandrohung erlassen sind, das, glaube ich, macht keinen Unterschied. Ein Mißbrauch, welcher zu einer Kritik, die auf den Reichstag und die Institution zurückfallen kann, im Volke Anlaß gibt, ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Gültigkeitszeit von acht Monaten mit dieser Freikarte über 17 000 Kilometer auf den deutschen Eisenbahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat —; (hört! hört!) wenn andere Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 11 000 bis über 12 000 Kilometer — in der Zeit von acht Monaten. Ich glaube doch nicht, daß Sie behaupten wollen, daß das mit der Intention, in welcher die Karten verliehen wurden, im Einklang stände, und daß hier ein Mißbrauch nicht vorläge. Ich selbst gehöre zu den ursprünglichen Anregern dieser Freikarte, allerdings nur in dem Sinne, wie sie heute noch besteht, daß sie freie Hin- und Rückfahrt, so oft dies der Abgeordnete für nützlich hält, gewähren soll. Damals ist durch meinen Kollegen, den Minister Delbrück, die Sache bei mir angeregt worden, und ich habe mein Einverständnis so weit dazu gegeben. Die weitere Ausdehnung hat nie meiner Ansicht entsprochen, und ich würde sie eine Ungerechtigkeit, eine Verkürzung des Blöderen zu Gunsten desjenigen nennen, dem die landesübliche Blödigkeit vollständig fehlt.

Über das Recht der Regierung, diese Sache aufzuheben, und den gänzlichen Mangel an Begründung in der Behauptung, daß damit das Budgetrecht verletzt würde, darf ich in einer Versammlung, worin so viele juristische und budgetkundige Leute sitzen, kaum ein Wort verlieren. Der Regierung ist die Berechtigung, die Befugnis erteilt worden, bis zu einem gewissen Maximalbetrage Gelder für die freie Fahrt der Reichstagsmitglieder auszugeben; aber es ist keineswegs festgestellt und ihr die Verpflichtung auferlegt, noch hat sie eine solche eingegangen, von diesem Recht in einem bestimmten Umfange für jeden einzelnen Gebrauch zu machen. Wenn das der Fall wäre, wenn hier das budgetmäßige Recht vorläge, so wären die Herren vollständig berechtigt, dieses Recht vor dem Richter einzuklagen, und jeder Richter würde die Klage annehmen; indessen ich sehe der Klage mit Ruhe entgegen und werde abwarten, ob Sie irgendein obsiegendes Erkenntnis erwirken.

Also eine Verpflichtung der Regierung liegt nicht vor. Wenn Sie sagen: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft — ja, das ist ein anderes Gebiet, dazu muß die Freundschaft erst vorhanden sein. (Heiterkeit.)

Dann komme ich auf die Diäten, und darin bin ich mit meinem politischen Freunde, dem Redner von der konservativen Seite, nicht einverstanden. Ich würde von dem Grundsatz ausgehen, daß die Budget- und Defizitfrage auf diesem Gebiet gar keine Rolle spielt. Wenn es überhaupt nützlich und gerecht wäre, Diäten zu geben, so würden die Summen, die hierfür oder für die freie Fahrt erforderlich sind, kein Hindernis sein, auch wenn unsere Finanzen noch schlechter lägen, wie sie heute liegen; dann würde man sagen: Was recht und billig ist, das zu bezahlen ist die deutsche Nation noch reich genug. Der Gedanke hat mir vollständig fern gelegen bei der Freikarten- und ebenso bei der Diätenfrage, die uns eigentlich beschäftigt; die erstere habe ich nur incidenter berührt, weil ich die Verantwortlichkeit dafür zu tragen habe, daß die Karten nicht mehr in dem Umfange bewilligt werden, wie früher.

Was die Diätenfrage selbst anbelangt, so hat mich zuerst überrascht, daß der Antrag, der uns hier beschäftigt, von so sehr viel Berlinern unterzeichnet ist. (Heiterkeit.) Es sind unter einigen 50 Antragstellern 24 Berliner. (Heiterkeit.) Es sind das die Herren Dr. Bamberger, Beisert, Brömel, Bunsen — ich nenne Berliner solche, die ihren üblichen Wohnsitz in Berlin haben — Greve, Hermes, Hinze, Hoffmann, Meibauer, Meyer, Munckel, Parisius, Richter, Rickert Schenck, Siemens, Struve, Witt. Ich verlese die Namen, um, falls ich mich geirrt habe in der Ziffer und jemand unter den Verlesenen seinen Wohnsitz nicht in Berlin hat, diesem Gelegenheit zu geben, zu reklamieren. Ich möchte glauben, daß gerade die Berliner am wenigsten der Diäten bedürftig sein sollten. Dieselben haben keine Reisen zu machen, ihre Wohnung auch nicht aufzugeben, ihre Familien nicht zu verlassen, sie sind nicht genötigt, ununterbrochen auf den Betrieb ihrer Geschäfte zu verzichten; sie können aus ihrem Redaktionsbüro oder aus ihrem industriellen Etablissement oder von ihrem Katheder einfach hierher in die Leipziger Straße gehen, sie können sich zu den Abstimmungen oder zu den häuslichen Geschäften abrufen lassen. Kurz, das Abgeordnetersein ist für sie in keiner Weise ein Opfer von irgendeinem Zeit- oder Geldwert, sondern einzig eine Abwechselung in ihrem Leben, eine der vielen Annehmlichkeiten, deren sich die Berliner vor den Bewohnern der Provinzen überhaupt erfreuen.

Also, wenn überhaupt Diäten bewilligt werden sollten — und ich stehe gar nicht der Frage so verschlossen gegenüber, wie Sie glauben mögen — so würde die erste Bedingung sein, daß derjenige, der in Berlin wohnt, keine Diäten bezieht und noch viel weniger freie Fahrkarten erhält.

Zu welchem Zweck die freien Fahrkarten benutzt werden, darüber hat der Abgeordnete Bamberger in einem von ihm herausgegebenen Buch „Deutschland und der Sozialismus“ eine ganz richtige Ansicht ausgesprochen. Er sagte da: „So ist es gar keine Frage, daß die Einführung der freien Eisenbahnfahrkarten zu Gunsten der Abgeordneten mit Erfolg verwandt wird zur Verkündigung der sozialistischen Lehren und vielleicht dazu beigetragen hat, die Zahl ihrer Abgeordneten zu vergrößern.“ Der Herr Vorredner war nicht der Meinung; das mag er mit dem Herrn Abgeordneten Bamberger abmachen.

Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der sozialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet. Bisher sind sie damit im Rückstand geblieben. Was besteht, ist alles schlecht, das unterliegt ihrer Kritik, wird alles verworfen. — Es ist das gar leicht zu sagen . . . Alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen, im höchsten Maße und am allermeisten die staatlichen Einrichtungen. Ja, weil so viele Leute dabei mitzuarbeiten haben, so kommen auch die Unvollkommenheiten der vielen Urheber dabei mit zur Geltung. Also die Kritik ist außerordentlich leicht; aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Sozialdemokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben; wenn sie aber 36 sind, erwarte ich mit Sicherheit, daß sie ihren vollen Operationsplan zur

Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen; sonst glaube ich, sie können nichts. (Heiterkeit.) Bisher liegt uns nichts vor. Stellen Sie Anträge, wie die Verfassung sein soll, legen Sie Ihr Eldorado doch auf den Tisch des Hauses hin, damit jeder andere ein Urteil darüber bekommt. Ich bin überzeugt, es wird vieles darunter sein, von dem ich sagen kann, es steckt Richtiges darin, und worüber ich mit Ihnen verhandeln kann, aber nicht alles. Namentlich wenn Sie genötigt sind, Ihre Pläne erst vor Ihren Wählern vollständig klarzulegen, wird sich deren Urteil klären, (sehr richtig rechts); dann werden Sie dahinter kommen, daß nicht alle Leute, die sozialdemokratisch gewählt haben, dieserhalb alle Pläne der Führer billigen. Man unterschreibt manches, was man nicht kennt; ich bin oft in der Lage. Die Leute, die jetzt für Sie stimmen, das ist die Summe derer, die mit irgend etwas unzufrieden sind, die das Bedürfnis haben, ihre Lage zu verbessern, und die von den Zukunftspolitikern, deren Pläne sie noch nicht übersehen können, die Aufbesserung alles irdischen Elends hoffen. Den Plänen des Altliberalismus, der liberalen Partei, der Fortschrittspartei haben sie auf den Grund gesehen, von denen erwarten sie nicht mehr viel; aber die Sozialdemokraten haben noch immer den Schleier des Propheten, den ich schon öfters zitiert habe, der ein so häßliches Gesicht hatte, daß er sich niemand zeigte — den haben sie noch vor dem Gesicht, den hüten sie sich zu lüften; dann ist noch eine dunkle Hoffnung: „Die Leute könnten ein Geheimnis haben, was mich von all meinem Elend, meiner Qual und Armut befreit“ — kurz, die Zahl ihrer Wähler zeigt: „Wir sind materiell unzufrieden, wir sind solche Leute, die nicht bloß eine Verbesserung ihrer Lage wünschen“ — wer tut das nicht —, „sondern auch von den politischen Maßregeln, von der Gesetzgebung eine solche erwarten.“ Man muß aber doch schon sehr kindlich und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung der persönlichen Lage zu hoffen; alle diese kindlich Vertrauenden, diese Unzufriedenen stimmen mit ihnen, ohne eine Ahnung von dem zu haben, wohin sie wollen; es sind zum Teil sehr königstreue Leute, die mögen ja auch unter den Sozialdemokraten sein, aber ich möchte zur Beruhigung auch aller derer — zu denen ich nicht gehöre — die die Sozialdemokratie als das größte Schreckbild der Zukunft betrachten — ich möchte zur Beruhigung aller dieser sagen: Wenn die Herren erst mit positiven Plänen herauskommen, werden sie viel zahmer werden, als sie sind, auch in ihrer Kritik, und die Zahl ihrer Anhänger wird sich ganz außerordentlich lichten. Ich wollte, wir könnten ihnen eine Provinz einräumen und ihnen in Entrepriſe geben; ich möchte sehen, wie sie wirtschaften; dann würde die Zahl ihrer Anhänger sich lichten, vielleicht über den Bedarf hinaus, denn die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner[1] sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht die Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sehen Sie, in etwas sind wir doch einverstanden. (Heiterkeit.)

[1] Abg. Auer.

Der Grund, warum ich die Diäten bekämpfe, liegt mehr darin, weil sie weit entfernt sind, eine Gleichheit herzustellen, weil sie erst recht eine Ungleichheit unter dem Schein der Gleichheit schaffen. Für den Berliner, wie gesagt, sind die Diäten eine reine bare Zulage, ein Taschengeld, was ihm dafür, daß er sich in seiner äußeren Würde und Annehmlichkeit seiner Beschäftigung als Reichstagsabgeordneter gehoben fühlt, noch zufließt. Für die übrigen, die nicht in Berlin wohnen, sind es ja zum großen Teil doch nicht die Kosten des Aufenthalts in Berlin, die ihnen das größte Opfer auferlegen, sondern die Abwesenheit aus ihrem eigenen Beruf; sie verlieren zu Hause viel mehr, sie haben ihre Wohnung, ihre Familie zu verlassen; ein Advokat ohne Praxis kann das mit Leichtigkeit, ein Arzt ohne Praxis mit noch größerer; für einen Arzt, der Praxis hat, ist es schon eine schwere Aufgabe, sich drei, vier Monate von seinem Domizil zu entfernen; ein Privatmann, der industrielle oder landwirtschaftliche Geschäfte hat, verliert vielleicht das Zehnfache der Diäten, die er bekommen kann, aber er wird als abgefunden angesehen, weil er hier vier oder fünf Taler Diäten bezieht. Das ist kein Vorteil.

Die alleinigen Kosten des Aufenthalts in Berlin sind so teuer nicht; das zeigen die Herren, die Parteidiäten, ich möchte sagen, die verschämte Diäten beziehen, denn es hat sich noch keiner dazu bekannt, das Faktum, daß es geschieht, wird allgemein zugegeben; ich würde es für einen erfreulichen Beweis von Offenheit halten, wenn die Herren, die in der Lage sind, es offen erklärten, und wenn die Herren Spender das auch sagten, damit man ungefähr beurteilen kann: Wird dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis eines Abgeordneten vom anderen geschaffen? Wird dadurch eine Nötigung geschaffen, so zu stimmen, wie der zahlende Abgeordnete es will? Ja, meine Herren, dann, glaube ich, möchte doch, wenn die Sache klargestellt wird, die Beziehung der Situation zum Strafrecht zweifelhaft werden; jedenfalls glaube ich, daß der Abgeordnete, der Diäten aus irgendeiner Quelle bezieht, wenn es amtlich konstatiert wird, die Eigenschaft als Abgeordneter dadurch ipso jure, auf Grund der Verfassung verliert, und wenn es bei der Wahlprüfung konstatiert wird, daß er Diäten bezogen hat, meines Erachtens die Wahl für nichtig erklärt werden muß, weil der Abgeordnete die Bedingung, welche die Verfassung in Bezug auf seine Stellung im Leben von ihm fordert, nicht erfüllt.

Ist es überhaupt in unserem Deutschen Reich und im Preußischen Staat so unerhört, daß jemand gratis etwas leisten muß, ohne Diäten dafür zu beziehen? Welch ungeheure Belästigung liegt in der Funktion als Geschworener, namentlich in dem übertriebenen Maße, in dem die Geschworenen zitiert werden! In dreimal so großer Anzahl wie erforderlich, werden sie geladen und müssen wochenlang, fern von ihrem bürgerlichen Beruf, in dem Gerichtsort ihre Rekusation oder Citation abwarten, sind dem schärfsten richterlichen Verfahren ausgesetzt, wenn sie irgendwie ohne Urlaub sich entfernen. Wie nun, wenn sie Urlaub nicht bekommen, wenn sie in dem Gasthof einer kleinen Stadt zu bleiben gezwungen sind, die Heimat am Abend nicht erreichen können, wochenlang stilliegen müssen, ohne einen Groschen zu beziehen? Und da hängt es nicht von jemand ab, ob er Geschworener werden will, wie beim Abgeordneten; wir haben ja Abgeordnete, die zwei Mandate haben und doch nicht genug beschäftigt sind. Ebenso steht es mit den unbesoldeten Ehrenämtern, auf denen unsere Provinzialverfassung beruht; das sind ungeheure Aufgaben, während hier die meisten Herren, die nicht gerade Referate übernehmen,

doch ein sorgenfreies Leben, otium cum dignitate genießen. Was aber den Geschworenen recht ist, warum soll das nicht den Abgeordneten billig sein?

Was ich hier vertrete, ist ausschließlich die Reichsverfassung und ihre Gültigkeit. Es ist schon mehrfach erwähnt, daß die Verfassung in diesem Punkte kompromißmäßig zustande gekommen ist, und daß die Diätenlosigkeit ein Äquivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugnis, die unser Wahlgesetz verleiht, geben sollte. Inwieweit das erreicht wird, das ist eine andere Frage, über die ich hier nicht zu entscheiden habe; es ist eine Frage der Erfahrung. Tatsache ist, daß die Verhandlungen über die Verfassung die Beabsichtigung des Äquivalents ergeben. Nun sind Sie seit Jahren bemüht, einen von diesen Steinen, aus denen das Gewölbe der Verfassung künstlich und nicht ohne Mühe gefügt ist, herauszukratzen aus der Wand. Sind Sie sicher, daß von der anderen Seite, wo man vielleicht nicht mehr die Furcht vor der Bewegung von 1848, nicht mehr die Furcht vor einem in Waffen stehenden Preußen wie Anno 1866, nicht mehr das erhebende Nationalgefühl von 1871 nach den Siegen in Frankreich hat — sind Sie ganz sicher, daß da überall noch die Bereitwilligkeit vorhanden ist, das Kompromiß, das man damals schloß, als das Eisen heiß genug war, um es zu schmieden, auch heute noch wieder einzugehen, wenn nicht von allen Seiten die Bedingungen gehalten werden, unter denen es zustande gekommen ist?

An der Verfassung zu rütteln, zu zerren, einzelne Stücke herauszureißen nach dem Bedürfnis der einzelnen Abgeordneten, ist für die Verfassung nicht ohne Gefahr, und ich glaube, es ist nicht Sache des Parlaments, gerade mit dem Beispiel voranzugehen, alle Jahre einen Sturm auf gewisse Verfassungsparagraphen zu erneuern. Was würden Sie sagen, wenn der Bundesrat alle Jahre mit einer Vorlage wiederkäme, die Sie im vorigen Jahre abgelehnt hätten, etwa zum Beispiel die Redefreiheit einzuschränken oder das Wahlgesetz zu ändern! Würden Sie da schließlich nicht in eine gewisse Verstimmung geraten und sagen: Wir haben das abgelehnt, und wenn man alle Jahre damit kommt, so sieht das aus, als wollte man uns vergewaltigen oder ermüden oder schließlich durch irgendeine unausgesprochene Drohung im Hintergrund etwas von uns erzwingen, von dem wir schon längst gesagt haben, daß wir es freiwillig nicht geben?

Bemühen Sie sich doch nicht, die Verfassung in irgendeiner Weise ins Wackeln zu bringen! Denken Sie doch mal zwanzig, dreißig Jahre zurück. Wo war damals die deutsche Verfassung? Wir sind ziemlich neu in diesem Genuß, sehr altfundamentiert ist das Gebäude nicht. Früher habe ich sehr angesehene Politiker der ersten jungfräulichen konstitutionellen Tradition gekannt, die sprachen das Wort „Verfassung“ fast nicht aus, ohne den Hut abzunehmen, oder sonst ein Zeichen von Ehrerbietung zu geben, und bei einer Änderung der Verfassung bekreuzten und segneten sie sich — für die war das Wort Verfassung ein Heiligtum. Das geht zu weit, die Verfassung kann geändert werden, namentlich da, wo die Gesetzgebung die eines einheitlichen oder national geschlossenen Staates ist; wo sie auf dem Bundesprinzip beruht, und wo die nationale Einheit doch sehr in den Parlamenten zerrissen ist und durch Parlamente gelockert wird — absichtlich oder unabsichtlich, will ich hier nicht erörtern — da möchte ich doch etwas mehr Achtung von den Verfassungsbestimmungen haben und nicht empfehlen, daß Verfassungsänderungen toto die mit Leichtigkeit beantragt und durchgesetzt werden können; die Regierungen würden sonst auch auf den Gedanken kommen, daß ihnen

manches in der Verfassung nicht gefällt. Jedenfalls halte ich das Wahlgesetz mit der Diätenfrage für völlig solidarisch.

Ich stehe der Diätenfrage, wie gesagt, abgesehen vielleicht von den in Berlin wohnenden Abgeordneten, nicht feindlich gegenüber, aber nur nicht so unabhängig und an und für sich betrachtet. Wollen Sie eine Revision des Wahlgesetzes überhaupt, ja, dann wird vielleicht einer der Herren ein Amendement darauf stellen, — ich will überhaupt keine — aber wenn einer das will: darüber läßt sich handeln, ich gehöre zu dem kompromittierenden Teil der anderen Seite. Es gibt Konzessionen, für die wir die Diäten unter Umständen geben; ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen, aber das müssen Sie sich klarmachen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und da können wir uns leicht verständigen (hört! hört! links); wir werden nichts fordern, was in anderen deutschen Staaten nicht längst existierte.

Ich möchte der Überschätzung der Wirkungen der Diäten entgegentreten, die mir von verschiedenen Seiten begegnet ist. Von der konservativen Seite legt man der Diätenlosigkeit eine größere Wirksamkeit bei, als sich bisher erfahrungsgemäß erwiesen hat, und von der anderen Seite muß ich annehmen, daß man diese politische Wirkung hochschätzt, da ich andere Motive für den Wunsch doch nicht annehmen kann. Ich sehe aber nach den bisherigen Ergebnissen nicht, daß die Frage, ob Diäten gezahlt werden oder nicht, in einer Zusammensetzung der Versammlungen einen erheblichen Unterschied macht. Ich habe in öffentlichen Blättern gesehen, daß man auf Frankreich provozierte, daß dort die Bourbonen durch eine diätenlose Kammer gestürzt worden wären. Das ist richtig. Indessen die Orleans und Napoleon wurden durch eine gut mit Diäten versehene Kammer gestürzt — das ist eben dort die Sitte. (Heiterkeit.) In England hat das diätenlose Parlament bisher noch niemand vom Throne verdrängt. Aber der Vergleich liegt viel näher. Nehmen wir den Preußischen Landtag: er tagt in demselben Orte wie wir, und die Zusammensetzung ist doch im großen und ganzen ziemlich dieselbe, namentlich sehe ich nicht, daß dort durch die Diäten die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, die für dieses Gesetz besonders eintreten, gewonnen haben. Mir sind die Ziffern nicht gegenwärtig; aber wenn ich nicht irre, so sind im Landtag verhältnismäßig weniger Vertreter der Fortschrittspartei und, ich glaube, keiner von der Sozialdemokratie; gerade die Herren Antragsteller würden nach diesem Beispiele ihrem Ziele, ihre Zahl zu vermehren, nicht näher kommen.

Aber auch von der gemäßigten liberalen und konservativen Seite habe ich dieselben Motive ins Feld führen hören. Der Herr Vorredner sagte, es würden manche tüchtige Elemente, welche ohne Diäten fern bleiben, durch Diäten der Versammlung zugeführt werden. Meine Herren, ohne Ihnen zu schmeicheln, ich kann den mit Diäten versehenen Preußischen Landtag in seiner Begabung und Vorbildung unmöglich im Durchschnitt höher anschlagen, wie diesen diätenlosen Reichstag. Ich will meine Landsleute im Landtag nicht zurücksetzen; ich enthalte mich also, das Fazit der Vergleichung zu ziehen, die ich im Innern anstelle. Ich finde die Intelligenz in dieser diätenlosen Versammlung, ohne daß sie gerade mit irdischen Gütern überschüttet würde, im Durchschnitt solchen, die mit Diäten ausgestattet sind, gleich; man überschätzt die Folgen der Verfassungsänderung nach der einen und nach der anderen Seite. Ich bin der Meinung, daß man Verfassungs-

änderungen — und die Verfassung ist ja das einzige Band, welches uns die deutsche Einheit, die wir seit einem halben Menschenalter genießen, sichert — daß man Änderungen der Verfassung nicht ohne zwingenden Grund vornehmen soll.

Wenn es an Kandidaten für den Reichstag fehlen sollte, so weiß ich nicht, ob das ein zwingender Grund ist. Aber weit entfernt davon, haben wir nicht vielfach drei bis fünf Kandidaten für einen Wahlkreis und Stichwahlen zu Hunderten gehabt? Ein Beweis, daß im Gegenteil ein übermäßiger Andrang von Kandidaten stattfindet.

Es liegt also kein Bedürfnis vor, meine Herren, und ohne Bedürfnis sollte die Verfassung ein Noli me tangere sein. Dazu rate ich aufs dringendste, nicht bloß, weil ich bei ihrer Entstehung beteiligt bin, sondern weil ich die Gefahr klar vor meinem politischen Auge sehe, wenn Sie anfangen, an der Verfassung zu rütteln; aber die gesetzgebenden Körper sollen sich dieses Rüttelns enthalten. Es werden sich leider schon andere genugsam finden, die es besorgen; aber ich bitte, lehnen Sie diesen Antrag ab, sowie jede andere Verfassungsänderung, für die nicht ein zwingendes Bedürfnis vorliegt. Hegen Sie diese Achtung vor der Verfassung! (Bravo!)

Nachdem Abg. v. Schorlemer-Alst namens des Zentrums für die Diäten eingetreten ist, spricht Abg. Haenel energisch im selben Sinne. Fürst Bismarck entgegnet:

Mit der letzten Äußerung des Herrn Vorredners, daß es der Würde des Reichstags, wenigstens der seinigen, nicht entspräche, anders als auf Grund des Gesetzes irgendeine Freikarte oder sonst etwas anzunehmen, kann ich die Tatsache nicht ganz in Einklang bringen, daß früher niemand diese Karte zurückgesandt hat, auch der Herr Vorredner nicht; er hat die Karte ganz ruhig benutzt. Ich kann doch nicht denken, daß er jahrelang unter dieser Benutzung das Gefühl seiner eigenen Würde hat leiden lassen. Ich muß also annehmen, daß ihm der Gedanke, diese Würde sei dadurch verletzt, erst heute seit der Beschränkung der Karte gekommen ist. Vorher kann dieses Gefühl nicht vorhanden gewesen sein — logischer Weise und nach der Überzeugung, die ich von dem Herrn Vorredner habe.

Ich habe mich dann gefreut, wenigstens in einem Punkt mit ihm einverstanden zu sein, in demjenigen nämlich, daß, wenn wir überhaupt dahin kommen, Diäten zu bewilligen, die Abgeordneten, die hier in Berlin ihr Domizil haben, keinen Anspruch darauf haben. Ich würde daraus weiter schließen, daß die in Berlin wohnenden Abgeordneten auch an den Landtagsdiäten zu Unrecht beteiligt sind; indessen es ist hier nicht der Ort, davon zu reden, ich nehme nur einstweilen Akt von dem Einverständnis mit dem Herrn Vorredner. Unrichtig ist, wenn er seiner Version die Theorie unterlegt, daß zwar keine Entschädigung, aber doch Ersatz der baren Auslagen stattfinden sollte, und daß das bei allen sonstigen kommunalen und konstitutionellen Einrichtungen bestände. Es ist das nicht der Fall; ich glaube nicht, daß den Geschworenen, von denen ich vorhin sprach, irgendwelche Barauslagen ersetzt werden. Dem Herrn Vorredner wird auch bekannt sein, daß die Kreistagsmitglieder weder auf Ersatz der Barauslagen, der Reisekosten, noch auf Diäten Anspruch haben; ich will von Mitgliedern der Handelskammern gar nicht sprechen, aber der Fall kommt toto die vor, und die Allgemeinheit, mit der der Herr Vorredner die Behauptung aufstellte, daß das etwas Unerhörtes wäre, war also ein Irrtum, den ich für die Zukunft zu notieren bitte.

Mit der Berechnung, wie viel Einkommensteuerpflichtige es im Preußischen Staat gebe und wie viel Geld dazu erforderlich sei, um mit Annehmlichkeit in Berlin leben zu können oder nicht, trifft der Herr Vorredner meines Erachtens das punctum saliens der Sache gar nicht. Es hat sich bei dem Verfassungsgedanken, der dieser Bestimmung zugrunde lag, durchaus nicht um die Möglichkeit, hier eine beliebige Zeit für ein bestimmtes Diätenquantum leben zu können oder nicht, gehandelt, sondern es hat sich um das Bestreben gehandelt, dem gewerblichen Parlamentarismus eine Schranke zu bauen, derjenigen Berufstätigkeit, die damals anfing, sich auszubilden, daß nämlich Leute, die sonst ohne andere Beschäftigung waren, als in der Presse die öffentliche Meinung zu bearbeiten, sich ausschließlich dem Berufe des Abgeordneten widmeten. Der sozialdemokratische Herr Vorredner hat gesagt, daß die Politik seiner Meinung nach den Charakter nicht verdürbe. Ich glaube, er hat sie noch nicht lange genug getrieben, um darüber ein sicheres Urteil zu haben; so ganz unterschreiben kann ich das Urteil doch nicht. Aber auch davon ganz abgesehen, so haben wir nur ein Interesse daran, die Landesinteressen vertreten zu sehen durch solche Leute, die in ihrem Leben denselben nahe stehen, nicht durch Leute, die die Welt bloß aus der Proszeniumsloge oder der Zeitungsredaktion auf der Bühne beobachten, ohne selbst darin mitzuleben. Es ist die Preßtätigkeit die eigentliche Basis der Abgeordneten von Beruf. Diese doppelte Tätigkeit unterstützt sie in einer wunderbaren Weise. Wenn jemand einerseits Redakteur ist, anderseits Abgeordneter, so hat er die große Annehmlichkeit, schon am selben Tage seine eigene Rede zu loben, in seinem Blatte sie vollständig zu geben, die der Gegner mit der üblichen Verkürzung und der leichten Nuance, seine eigene unter Betonung der beigebrachten Gründe. Das ist ein außerordentlicher Vorsprung. Außerdem ist ja gar kein Zweifel, daß die Einträglichkeit des Preßgewerbes durch die Stellung als Abgeordneter außerordentlich gehoben wird; denn man befindet sich in dem Zentrum von Nachrichten, von Mitteilungen, man weiß die Gerüchte, die Möglichkeiten, die die Zeitungen mehr füllen als die wirklichen Tatsachen. Man weiß alles voraus. Die Couloirs des Hauses geben allem möglichen, was die Welt bewegt, das beste Ursprungsattest.

Also das ist die eigentliche Grundlage, und wir halten sie für keine nützliche, einmal weil diese Herren schließlich auch mit dem besten Willen ganz außerstande sind, die Landesinteressen zu vertreten; sie leben nicht in ihnen, sie haben sie nicht, sie teilen sie nicht, sie vertreten schließlich ihre eigenen Interessen zum Zweck ihrer eigenen Herrschaft, ihres eigenen Einflusses.

Dann aber ist die unendliche Dauer der Session mit dem Berufsparlamentarier in der engsten Verbindung, Leute, die nicht Parlamentarier von Beruf sind oder nebenbei Professoren oder Geistliche oder nicht gewohnt sind, Vorträge von längerer als einstündiger Dauer zu halten, können gar nicht in dem Maße die Sitzungen in die Länge ziehen, wie ein Berufsparlamentarier dazu imstande ist, welcher lange Zeit, leicht fünf Stunden zu sprechen vermag, wenn es sein muß, um andere nicht herankommen zu lassen. Das alles muß gelernt sein wie andere Künste. Das Land leidet aber darunter, das Land fährt am besten dabei, wenn die Sitzungen kurz sind und das Parlament aus sachkundigen Mitgliedern besteht.

Das war der Gedanke, der dem Bundesrate oder der Regierung vorschwebte, als sie diesen Satz in die Verfassung brachte. Sie wollten dadurch zur Abkürzung der Sitzungen

beitragen, was um so notwendiger ist, als wir so viele Parlamente in Deutschland haben, die ihrerseits sich auch Zeit nehmen, weil sie Diäten haben. Sie sind ja angenehm beschäftigt, namentlich auch die Beamten, die drin sind. Für diese ist die Teilnahme am Parlament eine Art von Ferienannehmlichkeit, und ich begreife das Gefühl — gerade dasselbe habe ich gehabt, wenn die Hundstagsferien im Gymnasium zuende waren — wenn sie in die Stube des Richters zurückkehren und dort dieselben alten Wände, dieselbe langweilige Beschäftigung vor sich sehen und denselben Vorgesetzten, den sie eben noch vom kurulischen Sessel des Abgeordneten von oben herunter beurteilten, wieder vor sich haben. Also für die ist es immer eine Annehmlichkeit, aber das eigentliche Element des arbeitsamen und erwerbenden Volkes geht uns dabei verloren. Dagegen sollte die Bestimmung eine Kautel sein. Die Frage, ob jemand reich genug sei, um in Berlin zu leben, kommt nicht in Betracht; man kann sehr wohlfeil hier leben, wir haben in dem achtundvierziger Parlamente hier Mitglieder gehabt, die für ihre Verhältnisse Schätze sammelten von den damals mäßigen Diäten, die sie bezogen, und die sogenannten Parteidiäten sind zum Teil so gering, daß sie den Beweis liefern, wie wenig dazu gehört, um hier zu existieren, wenn man nur so bescheiden ist, sich auf die Lebensverhältnisse zu beschränken, an die man gewöhnt gewesen ist.

Also ist das gar nicht die Tragweite der Diätenlosigkeit, sondern wir haben gewünscht, dem Lande die zu langen Sessionen zu ersparen und Zeit zu gewinnen, hier die massenhaften Parlamente, mit denen wir fertig werden müssen, einfügen zu können.

Der Herr Vorredner hat mit dem ihm eigenen Pathos — ich fürchtete, ich würde in der gedruckten Rede die Punkte, auf die er so viel Gewicht legte, nicht genau wiederfinden, ich ziehe deshalb vor, auf einige davon, die mir gerade im Gedächtnis geblieben sind, gleich zu antworten — der Herr Vorredner hat ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Majorität dieses Hauses, die „wachsende" Majorität dieses Hauses wiederholentlich diese Forderung gestellt hätte. Ja, meine Herren, der Herr Vorredner erkennt doch die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Körperschaften an, und ich kann ihm nicht nur eine wachsende, sondern eine einstimmige Majorität des Bundesrats für unendlich viele Verfassungsänderungen anführen, die wir für sehr nützlich und zweckmäßig hielten, und für die Sie die Einstimmigkeit, nicht bloß eine wachsende, sondern eine konstante Majorität des andern Faktors der Gesetzgebung hier schwerlich als Argument gelten lassen möchten, wenn Sie selbst sie für nützlich und zweckmäßig nicht ansähen. Sie werden sich vom Bundesrat nicht imponieren lassen, ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponieren. (O, o!) — Nein, meine Herren, in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer; Sie werden doch wünschen, daß der Reichskanzler eine kühle und ruhige Überzeugung hat; ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponieren lassen, Sie werden nicht die Ersten sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Und, meine Herren, wie setzt sich denn diese Majorität zusammen? Wenn sie eine andere Genesis hätte, wenn sie aus übereinstimmender Überzeugung über die Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit der einzelnen Vorlagen hervorginge, gut, dann würde ich sagen: Das sind mehr wie die Hälfte von 397 achtbaren, einsichtigen Leuten; das hat ein Gewicht. Das ist aber nicht der Fall; sie setzt sich nach den Parteitendenzen zusammen, je nachdem man entschlossen ist, taktisch gegen die Regierung zu stimmen oder für die Regierung. Das Schicksal aller Vorlagen dieser Session ist ja ganz klar vorauszusehen; die Parteien be-

finden sich in einem Kampf um die Herrschaft im Staat und im Reich. Und wie stellt sich da die Ziffer? Ein nationales Interesse — ich will nicht sagen ein nationales, aber ein kaiserliches — wird von drei Fraktionen vertreten; sie sind zusammen 157 Köpfe, sie kämpfen — ich will nicht sagen kämpfen — sie streben danach, die Herrschaft von Kaiser und Reich zu erhalten, wie sie ist. Sie haben nachher rund 100 Herren, die kämpfen für die Herrschaft der Geistlichen. (O! o! — Sehr richtig!) — Ja, meine Herren, Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche. Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche? Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Herrschen der Kirche; sobald diese Herrschaft irgendwie beeinträchtigt wird, dann reden Sie von diokletianischer Verfolgung, sklavischer Unterdrückung; das Herrschen ist Ihnen so angeboren aus alter Tradition. (Widerspruch.) Gestatten Sie mir, meine Überzeugung auszusprechen, ich drücke mich absichtlich milde aus. Nun glauben wir, der Geistlichkeit die Rechte, die für sie in Anspruch genommen werden, nicht einräumen zu sollen aus teils taktischen, teils politischen Rücksichten, teils pro tempore nicht, teils überhaupt nicht, und das ist der Grund, weshalb Sie in Ihre Segelorder hineinschreiben: Immer gegen die Regierung! Sie wollen uns mürbe machen, indem Sie Opposition machen; Sie kriegen uns nicht mürbe, es wird etwas anderes mürbe, das ist der gemeinsame Boden, auf dem wir uns begegnen, aber wir werden es nicht. Ich halte diese Taktik für verfehlt, aber item sie liegt vor; ich beschäftige mich bloß mit der Charakteristik der Konfiguration, die mir der Reichstag bietet.

Sie haben nachher — ich glaube etwa 98 — demokratische Abgeordnete; ich nenne sie — dans mon for intérieur — Republikaner; denn ob jemand fortschrittlicher Royalist oder royalistischer Fortschrittler ist, ob er eine Republik mit einem erblichen oder einem ernannten Präsidenten will, das ist mir absolut gleichgültig. Ich rechne zu dem, was ich Demokratie nenne, die Fortschrittspartei, ich rechne dazu die Sozialdemokraten, ich rechne dazu die Volkspartei, das sind, wenn ich mich recht erinnere, 98 Abgeordnete als Gegner; die haben wir also schon nicht wegen eines gerade vorliegenden Gesetzes und wegen seines Inhaltes, sondern prinzipiell aus taktischen Gründen.

Wir sind bisher im Besitz der Herrschaft für den Kaiser, und Sie wollen sie uns entziehen — auf gesetzlichem Wege natürlich; aber wir sind doch im Kampfe darum, und Sie stimmen nicht gegen unsere Vorlage, weil Sie dieselbe für schädlich halten, sondern weil die Regierung nicht in Ihren Händen ist.

Wir kämpfen um die Herrschaft, die einen für die des Kaisers, die andern für die der Geistlichkeit, die dritten kämpfen für die eigene Herrschaft. Bald die einen, bald die andern finden Unterstützung von den einigen vierzig Elementen, die ich fremdländische nennen möchte, die überhaupt nicht bloß das so regierte Reich, sondern das Reich an sich bekämpfen und nicht wollen; dazu gehören die Polen, die Franzosen — ich meine damit die franzosenfreundlichen Elsässer — und bis zu einem gewissen Grade, als indirekte Mitarbeiter, die Welfen.

Wir haben also gegen uns eine geborene Majorität von fünf Achtel, die voraussichtlich gegen uns stimmen werden, unabhängig von den Vorlagen, die wir bringen; die nur solche Vorlagen annehmen, gegen die sie nicht stimmen können, ohne ihre eigene Wiederwahl zu gefährden, darüber hinaus aber nicht. Also dahin haben wir unsere Rechnung gemacht. Ja, wenn Sie alle einig wären in einer objektiven Meinung, so wäre es eine Überhebung von mir, wenn ich klüger sein wollte als 199 mir Gleichgestellte. Aber

die Majorität entsteht aus ganz anderen Gründen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, und deswegen sage ich: Ob Sie die Diäten mit Einstimmigkeit votieren werden oder nicht, es wird mich doch nicht irremachen.

Der Abgeordnete hat nachher von mir eine Äußerung zitiert aus dem Jahre 1867. Es ist schon recht lange her, und ich könnte darüber sagen, was ich früher schon bei einer ähnlichen Gelegenheit, wo ich in einen viel flagranteren Widerspruch mit meinen Äußerungen gekommen bin, dem Abgeordneten Lasker gesagt habe: Delicta iuventutis meae ne memineris; jeder bedarf dessen unter Umständen. Hier liegt aber kein Deliktum vor. Wenn der Herr Abgeordnete den Sitzungsbericht vollständig gelesen hätte, so würde er doch noch nicht über den Zusammenhang klar geworden sein; denn es liegt mehreres hinter den Kulissen in jener Sitzung. Aber er hat das, was ich gesagt habe, nicht vollständig vorgelesen. Ich habe in jener Sitzung mich zweimal geäußert: das erste Mal so, wie der Herr Abgeordnete vorgelesen hat. Damals hatten wir keine Verfassung; es handelte sich de lege ferenda; von einem Noli me tangere der Verfassung war noch nicht die Rede, sie sollte erst entstehen. Ich war für eine weitergehende Berechtigung des Reichstags, wie meine Kollegen — ich weiß nicht mehr, wie die Behörde damals hieß — die Vertreter der verbündeten Regierungen im allgemeinen; ich hatte damals die Überzeugung, daß die festeste Grundlage des künftigen Reiches der Reichstag in der vollsten und breitesten Berechtigung sein würde, und daß die Gefahr, die dem Reiche etwa künftig drohen könnte, nicht von dem Reichstag, sondern von den Regierungen ausgehen würde. Meine Herren, man hat oft geglaubt, ich sehe in der Politik weiter als ein anderer; hier sehen Sie wieder, was das für ein Irtum ist; meine damaligen Voraussetzungen waren irrtümliche, ich habe mich im Laufe von achtzehn Jahren überzeugt, daß dem Bestande des Reiches weit mehr vom Reichstag als von den Regierungen Gefahr droht, und ich bin deshalb, lediglich im Interesse der Erhaltung der deutschen Einheit, geneigt, mehr vom Reichstag und dessen wilden Parteikämpfen zu fürchten, wie sie sich in und nach den Wahlen gezeigt haben, als eine Störung durch die verbündeten Regierungen zu besorgen. Wir waren damals unmittelbar nach dem Kriege, den man mit Recht den „deutschen Bruderkrieg“ genannt hat, wir waren noch im Gefühl des lebhaften Kampfes und in der Erinnerung an das, was diesen Kampf herbeigeführt hat. Es war also nicht unnatürlich, daß ich etwas stärker, wie politisch richtig, unter dem Druck der Befürchtung stand, daß gerade durch die verbündeten Regierungen die künftige Einheit gefährdet werden könnte, und daß ein in allen seinen Mitgliedern und all seinen Parteischattierungen von ausschließlich nationaler Begeisterung getragener Reichstag das festeste Band der künftigen deutschen Einheit sein würde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten; ich habe einen Reichstag von dieser Beschaffenheit in den letzten zehn Jahren nicht mehr vor mir gesehen. Die Parteikämpfe sind stärker als das nationale Bewußtsein, die Neigung für die Parteiinteressen stärker als die Neigung, für nationale Interessen einzutreten und ihnen irgendein Jota von Parteiinteressen zu opfern. Infolgedessen, kann ich sagen, ist meine Überzeugung nicht mehr dieselbe, sondern steht denen meiner damaligen Kollegen in den verbündeten Regierungen näher als damals. Ich habe das ganze Wahlgesetz bei unseren Bundesgenossen, denen wir doch nicht Gewalt antun wollten, nur durchgesetzt, indem ich ihren Ansprüchen auf Sicherheit der Regierungen gegenüber populärer Bewegung und auf partikularistische Interessen auch meinerseits Konzessionen machte. Zu diesen gehörte die Diätenlosigkeit; die

allein hat mir die Zustimmung der Kollegen für die Verfassung gewonnen. Aus den Gründen, die ich vorher anführte, wegen des Vertrauens, das ich auf den künftigen Reichstag setzte, hatte ich mich etwas leicht und nachgiebig über die Diätenlosigkeit ausgesprochen, wie der Herr Abgeordnete Haenel das vorhin verlesen hat. Ich habe Vorhaltungen meiner Kollegen erleben müssen wegen dieser Erklärung, Vorhaltungen von meinen Kollegen erleben müssen, welche, wenn man die Diätenlosigkeit fallen gelassen hätte, darin eine Konzession gesehen haben würden, die sie von den Konzessionen, die sie ihrerseits gemacht haben, entbunden hätte. Kurz und gut, ich überzeugte mich, daß ich — nennen Sie es den Embryo des Bundesrats — auf der Regierungsseite die Sache kompromittierte. Ich habe meinen Kollegen von den verbündeten Regierungen die Konzession gemacht, daß ich an der Diätenlosigkeit unbedingt festhalten würde, und habe infolgedessen, nachdem Herr v. Friesen gesprochen hatte, nach Schluß der Debatte — so dringend ist das Bedürfnis meiner Kollegen gewesen, diese Äußerung zu haben — eine Erklärung abgegeben, die ich nicht ganz verlesen will; jeder kann sie nachsehen auf S. 476 in der Sitzung vom 30. März 1867. Ich schloß damit:

Die Erklärung, die ich namens der verbündeten Regierungen gegeben habe, hat ihren Schwerpunkt in dem ersten Teile meiner Äußerungen, wonach ich sagte, daß die hohen Regierungen dahin einig seien, daß sie unter keinen Umständen die Zulassung oder Bewilligung von Diäten glaubten akzeptieren zu können.

Das habe ich meinen Kollegen versprechen müssen, nachdem ich eine für den Reichstag entgegenkommende Äußerung gemacht hatte. Damals existierte keine Verfassung; heute aber ist das, was meine Kollegen wollten, und was ich selbst heute für nützlich anerkenne, Verfassungsgesetz geworden. Ich verweigere, die Hand zu einer Abänderung zu bieten, und bevorworte, daß die Verfassungsänderung, die dadurch erstrebt würde, nur mit solcher Majorität im Bundesrat bewilligt werden kann, daß 14 Stimmen genügen, sie abzulehnen, daß Preußen über 17 Stimmen verfügt, und daß diese 17 Stimmen im ablehnenden Sinne abgegeben werden. Die Majorität des Bundesrats ist dem Druck des Herrn Abgeordneten Haenel doch wohl gleichbedeutend und votiert, gestützt auf die Verfassung, ebenso frei wie der Reichstag. (Bravo! rechts.)

Auf diese Rede erfolgen heftige Proteste der Angegriffenen: für das Zentrum leugnet Abg. v. Schorlemer-Alst, für die Herrschaft der Kirche zu kämpfen, für die Welfen Abg. Langwerth von Simmern, für das Ausland zu arbeiten, für die Freisinnigen Abg. Rickert, gegen Kaiser und Reich zu wirken. Seine Partei wünsche nur, daß Deutschland liberal, nicht diktatorisch regiert werde. Der Kanzler habe nicht das Recht der Kritik am Reichstag. Fürst Bismarck antwortet:

Der Herr Vorredner schloß damit, dagegen zu protestieren, daß ich eine Kritik über den Reichstag, seine Zusammensetzung und Parteien übe. Meine Herren, in verfassungsmäßigen Staaten beruhen alle Beziehungen auf Gegenseitigkeit. Wollen Sie denn darauf verzichten, eine Kritik an meinen Ansichten und an meinen Überzeugungen zu üben, die ich hier offen zutage bringe? Ich glaube es kaum, und ich würde es auch nicht wünschen; denn meine eigenen Ansichten können ja durch Kritik geläutert werden. Der Herr Vorredner nimmt das von den Ansichten seiner Partei nicht an; er glaubt nicht, daß diese durch Kritik geläutert werden können, er nimmt für sie Unfehlbarkeit in Anspruch, vor der ich mich neigen soll, ohne meine Meinung darüber zu äußern. Meine Herren, das kann ich nicht akzeptieren; ich werde fortfahren, mir die Freiheit des Worts in keiner Weise verschränken zu lassen und ich hoffe stets in Ausdrücken, die nicht persönlich ver-

letzen, meine Meinung über die Bestrebungen der einzelnen Parteien unumwunden auszusprechen. Ich glaube das dem deutschen Volke schuldig zu sein, daß ich ein Urteil darüber habe, und dieses Urteil gebe ich ab; ich lasse mir den Mund nicht verbieten.

Der Herr Vorredner hat, um meine Worte einer Kritik zu unterziehen, seinerseits doch eine leise Verschiebung derselben für notwendig gehalten. Er legte mir in den Mund, ich hätte drei Millionen Wählern die Treue für Kaiser und Reich abgesprochen. Das habe ich nicht gesagt, es gibt etwa 157 Abgeordnete von drei verschiedenen Fraktionen, die für die Herrschaft von Kaiser und Reich kämpfen, nachdem ich vorausgeschickt hatte, jeder kämpfe hier für irgendeine Herrschaft. Bei der Partei des Herrn Vorredners scheint augenblicklich unterschieden zu werden zwischen den früheren Parteien der Fortschrittspartei und den Secessionisten. Ich glaube, das ist ein Begriff; ich halte mich für berechtigt, das anzunehmen; denn ich glaube nicht, daß die eine Unterfraktion vor der andern eine unabhängige Stellung hat. Inwieweit überhaupt die ganze Fraktion sich eine unabhängige Stellung nach dem Wahlvorgange noch bewahrt hat, inwieweit sie sui juris aus den Wahlen hervorgegangen ist, das will ich dahingestellt sein lassen. (Sehr richtig! rechts.) Sie (nach links) existieren nur noch mit Unterstützung anderer Fraktionen, Sie haben keine selbständige Stellung. (Sehr wahr! rechts. Ruf links: Und die Konservativen? Ruf rechts: Wir nicht!)

Der Herr Vorredner weist es nun als einen fast beleidigenden Vorwurf zurück — nicht geradezu beleidigend — daß ich behaupte, die Herren strebten nach der Herrschaft; er hat das für eine Fabel erklärt, daß er je selbst genannt worden wäre in einer Kombination mit dem Ministerium Stosch. Ja, meine Herren, ist er genannt worden? Mir sind noch mehrere genannt worden, nicht bloß Herr v. Stosch, sondern auch Leute, die damals meine Kollegen waren. Es ist ein on dit, auf das ich weiter kein Gewicht lege; aber daß die Partei des Herrn Vorredners nicht nach der Herrschaft streben sollte, steht mit ihrem eigenen Programm im vollständigen Widerspruch. Sie streben doch nach der parlamentarischen Regierung; das ist Ihr offenes Programm, das ist in vielen Zeitungen von Ihnen kundgegeben bei den Wahlen. Sie streben danach, daß die Königliche und Kaiserliche Regierung sich der Majorität unterordnen soll. Die Majorität fällt natürlich den besten Rednern zu, und dazu rechne ich den Herrn Vorredner unter anderen; er ist ein ausgezeichneter Redner, ich mache ihm mein Kompliment und beneide ihn darum. (Heiterkeit.)

Nun frage ich: Ist das ein Streben nach Herrschaft oder nicht, wenn Sie die parlamentarische Regierung erstreben? Sie wollen natürlich eine parlamentarische Regierung für Ihre Partei oder ab und zu für Ihre Partei, Sie wollen gelegentlich herankommen, es ist unangenehm, wenn durch kaiserlichen Willen ein und dieselbe Regierung über zwanzig Jahre am Ruder bleibt; es ist billig, daß auch andere einmal hereingelassen werden. — Ja, meine Herren, niemand wünscht das mehr als ich, und ich habe Seiner Majestät seit Jahren vergebens Vorschläge gemacht, es doch einmal mit einer andern Partei zu probieren, bloß damit wir sehen — hic Rhodus, hic salta — wie die Herren regieren werden; Seine Majestät haben kein Bedürfnis empfunden, diesen Versuch zu machen.

Der Herr Vorredner fand es wichtig genug, der Versammlung hier mitzuteilen, daß eine Äußerung, die ich heute getan habe, in der ich die Partei eine demokratische nannte, früher in der „Norddeutschen Zeitung“ gestanden habe. Der Herr sagte, er läse sie nur

gelegentlich. Ich, meine Herren, lese sie alle Tage, lese sie mit Vergnügen, und ich habe das vor einigen Wochen darin gelesen. Ich habe lange nach einer kürzeren Bezeichnung für die neue Partei gesucht. „Deutschfreisinnig“ — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal ausspreche, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch, noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das Deutsche Reich und für unduldsam, für den Gegensatz von freisinnig. Also, Sie werden mir die implicite Unwahrheit, die darin liegt, nicht aufzwingen. Auf der anderen Seite möchte ich Ihnen gern den Willen tun. Jeder hat das Recht, sich einen Namen zu geben, und ich glaube, die Bezeichnung „demokratisch“ hat nichts Verfängliches; ich glaube, Sie sind stolz darauf, Demokraten zu sein — ich habe das in mehreren Blättern gelesen — nur nicht „Sozial“; Sie sind Antisozialdemokraten, aber Demokraten. Und was nun ein Republikaner ist, das ist eigentlich eine rein wissenschaftliche Definition. Ich habe mir darüber im Laufe meines Lebens und meiner langjährigen Tätigkeit auch eine Nomenklatur und eine Ansicht gebildet. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen Republik und Monarchie? Doch durchaus nicht die Erblichkeit des Präsidenten. Die polnische Republik hatte einen König, er hieß König und war unter Umständen erblich. Die englische aristokratische Republik hat einen erblichen Präsidenten, der König oder Königin ist; aber in den Begriff einer Monarchie nach deutscher Definition paßt die ganze englische Verfassung nicht. Ich unterscheide zwischen Monarchie und Republik auf der Linie, wo der König durch das Parlament gezwungen werden kann, ad faciendum, irgend etwas zu tun, was er aus freiem Antriebe nicht tut. Ich rechne eine Verfassung diesseits der Scheidelinie noch zu den monarchischen, wo, wie bei uns, die Zustimmung des Königs zu den Gesetzen erforderlich ist, wo der König das Veto hat und das Parlament ebenfalls. Das Parlament hat das Recht, zu verhindern, daß Gesetze, die ihm nicht gefallen, die schädlich, oder die leichtfertig gemacht sind, zustande kommen; aber die monarchische Einrichtung hört auf, diesen Namen zu führen, wenn der Monarch gezwungen werden kann durch die Majorität des Parlaments, sein Ministerium zu entlassen, wenn ihm Einrichtungen aufgezwungen werden können durch die Majorität des Parlaments, die er freiwillig nicht unterschreiben würde, denen gegenüber sein Veto also machtlos bleibt. In der Preußischen Verfassung ist die Übereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags notwendig, um ein Gesetz zustande zu bringen, das heißt, um den Rechtszustand des Landes zu ändern. Das nenne ich eine monarchistische Verfassung. Da ist der König in der Exekutive, in der vollziehenden Gewalt vollständig frei; er kann in betreff der gesetzgebenden Gewalt nicht gezwungen werden, er kann nicht gezwungen werden, Gesetze zu unterschreiben, die er für schädlich hält. Wo er gezwungen werden kann von seiten einer abstimmenden Majorität, da ist die Verfassung republikanisch, mag der Präsident ernannt sein oder nicht. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob sie in eine wissenschaftliche Theorie paßt, ist mir gleich: sie paßt in meine staatsrechtliche Auffassung, und ich werde in meiner Auffassung über den König, die vollziehende Gewalt und erbliche Monarchie dieser die Freiheit zu bewahren wissen, daß sie nicht wider Willen etwas zu tun gezwungen wird. In diesem Sinne lasse ich mir von der Majorität nicht imponieren und werde diese Auffassung vertreten, so lange ich auf diesem Platze stehe.

Der Herr Vorredner hat mir eine gewisse Undankbarkeit vorgeworfen für das Ent-

gegenkommen, welches das Parlament mir gezeigt hätte. Ja, meine Herren, in Worten ganz außerordentlich! Namentlich meine politischen Gegner haben sehr häufig, um den Angriffen, den Ablehnungen mehr Nachdruck zu geben, dies damit eingeleitet, daß sie eine Anerkennung mir gegenüber aussprachen, die ich nur auf eine Überschätzung meiner Person zurückführen kann. Damit ist mir aber nicht geholfen. Sie haben mich in meiner Politik anhaltend und nachhaltig nicht unterstützt. Vorübergehend hat mich die Partei unterstützt, wie jede Partei mich vorübergehend unterstützt und im Stich gelassen hat. Der Gedanke, die Behauptung, daß ich überhaupt keine unabhängige Meinung neben mir dulden könnte, ist vollständig unrichtig. Jede der vorhandenen Parteien habe ich schon als Gegner gehabt, und jeder Partei habe ich die Hand gegeben, wenn ich gefunden habe, daß sie ihrerseits dem zustimmte, was ich im Interesse des Landes, der Nation, des Kaisers und Königs für richtig halte. Das ist meine Grenze. Finde ich dafür keine Unterstützung, dann natürlich lasse ich mich nicht zwingen. Ich wäre verdammenswert wie eine Schildwache, die auf ihrem Posten nicht ihre Schuldigkeit tut, wenn ich dem nicht entgegenträte. Aber jeder, dem ich entgegentrete, sagt, es liege nicht daran, daß seine Meinung unrichtig sei, sondern an der Herrschsucht des Kanzlers, der keinen Widerspruch ertragen kann. Wenn ich keinen Widerspruch ertrüge — dreiundzwanzig Jahre stehe ich auf dieser Stelle — müßte ich längst tot sein. Ich habe im Widerspruche, im Kampf von Anfang bis zu Ende gelebt, und wenn ich mich jedesmal der Majorität des Landtags und des Reichstags hätte fügen wollen, wo wären wir?! (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner sagte, er wolle nur, daß liberal regiert werde. Aber durch wen soll regiert werden? Doch durch die Liberalen! Ich glaube, daß ich mich sehr liberal, viel liberaler, als es häufig den konservativen Parteien angenehm gewesen ist, in vielen Richtungen betätigt habe. Was der Herr Vorredner versteht unter „liberal regiert", heißt doch nur „durch die liberale Partei regiert". Anders kann ich es nicht auslegen. Und, meine Herren, mit dieser Behauptung steht in Widerspruch, wenn er sagt, daß er nicht nach Herrschaft strebe. Ich habe kaum geglaubt, daß gegen diese einfache Behauptung von dem Hauptverfechter der parlamentarischen Regierung, von dem Herrn Abgeordneten Rickert, eine Ableugnung stattfinden würde. Ich habe nicht geglaubt, daß er auf dem Boden des Si fecisti, nega stände; ich glaubte, er würde sich kühn dazu bekennen: „Ja, ich strebe nach der Herrschaft, nach der Spitze, da will ich das Land regieren, auch dann, wenn der König nicht mit mir einverstanden ist, und die Wahl wäre, mich zu entlassen oder mir Folge zu leisten; ich werde mich so einrichten oder einzurichten suchen, daß er mich nicht entlassen kann, daß er mir also Folge leisten muß." Das nenne ich nach der Herrschaft streben, und wenn der Abgeordnete Rickert in seinen Busen greift, wird das wohl das Ideal sein, was ihm vorschwebt.

Ich möchte doch davon abmahnen, manchen Beschuldigungen mir gegenüber durch starke Stimme, durch Unterstreichen, vielleicht wie durch fetten Druck besonderen Nachdruck zu geben. Der Herr Abgeordnete hat zum Beispiel mit einer solchen Stimme, die ich mit fetter Schrift gleichbedeutend finde, gesagt: Wir lassen uns keine Vorschriften machen. Wo befinde ich mich denn nun in der Lage, dem Herrn Abgeordneten Vorschriften zu machen? Er hat mir gerade Vorschriften machen wollen, ich solle die Hand bieten zu einer Verfassungsänderung. Gerade umgekehrt wäre ich im Recht, wenn ich sagte: Ich lasse mir von dem Abgeordneten Rickert nicht Vorschriften machen; da wird aber der

Spieß umgedreht und mit dem Tone sittlicher Entrüstung behauptet: Wir lassen uns von dem Herrn Reichskanzler keine Vorschriften machen. Wird das angewandt auf den Fall, wo der Reichskanzler sich mit Mühe und Not gegen die Majorität wehrt, die ihm als civium ardor prava iubentium in meinem Sinne eine Verfassungsänderung abfordert — wo bleibe ich da als einer, der dem Abgeordneten Rickert Vorschriften macht, und wo bleibt die Berechtigung, mit dem Tone sittlicher Entrüstung es mir gegenüber zu sagen? Das ist etwas, was der Staatsanwalt dem Verbrecher gegenüber beobachten kann, aber nicht ein Abgeordneter gegenüber dem Reichskanzler.

Der Abgeordnete hat ferner meine Worte einigermaßen verschoben, indem er gesagt hat, ich hätte behauptet, die Majorität wäre republikanisch. Das ist ein Irrtum, ein Gedächtnisfehler, das ist unrichtig; ich habe von der Majorität überhaupt nicht gesprochen, ich habe von der Art der Zusammensetzung gesprochen, aber ich habe der Majorität einen einheitlichen Charakter überhaupt nicht beigelegt. Das ist ja das Unglück; hätte sie einen einheitlichen Charakter, dann würde ja heute die Koalition der Parteien, der die beiden Herren Vorredner aus dem Zentrum und aus dem Fortschritt angehören, berufen sein, den Reichskanzler und Minister bei uns zu stellen, und wenn sie homogen wäre, eine dauernde Majorität, wäre ich der erste, der dazu riete; die Parteien sind zwar bei den Wahlen zusammen gegangen, aber ob sie im Ministerium zusammen gehen würden, ist mir noch zweifelhaft. Wenn ich darüber einige Sicherheit hätte, mache ich mich anheischig, Seiner Majestät den Vorschlag zu machen, Seine konstitutionelle Auffassung dadurch zu betätigen, daß die Minorität von der Majorität abgelöst wird. Ich befinde mich in der Minorität einer negativen Majorität gegenüber, die nur in der Negation einig ist, aber nicht in dem ersten Schritt zu einem Vorschlage nach vorwärts. Das ist die Hoffnungslosigkeit, über die ich klage, mit der ich mich aber auch abfinden werde. Es sind nicht wir, die darunter leiden, und wenn das Land darunter leidet, so sind wir nicht schuld daran.

Der Abgeordnete hat gesagt, es sei meine Verpflichtung und die Verpflichtung des Ministers, sich in Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu setzen, und ich hätte das früher gesagt. Ja, meine Herren, ich werde das nur gesagt haben in derselben Richtung, in der ich gesagt habe: Das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen. Es ist allerdings meine Verpflichtung, mich nach Möglichkeit im Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu halten, es ist aber auch die Verpflichtung des Reichstags, sich nach Möglichkeit in Einklang mit dem Bundesrat zu setzen. Nur durch Übereinstimmung kann ein Fortschritt in unserer Gesetzgebung entstehen. Der Abgeordnete Rickert ist also im Unrecht, wenn er mir bloß diese Lehre gibt; ich gebe sie ihm vollständig zurück, und in der Art, wie er diese Forderung seinerseits vorbringt, sehe ich immer wieder den Ausdruck eines Irrtums über die Gleichberechtigung der beiden Faktoren. Der Bundesrat repräsentiert die gesamten deutschen Regierungen. Meine Herren, schätzen Sie diesen Faktor nicht gering! Er ist sehr mächtig, und ich rate Ihnen dringend: Suchen Sie ebenso, wie ich die Übereinstimmung mit dem Parlament und seiner Mehrheit suche, die Übereinstimmung mit der Mehrheit des Bundesrats und der deutschen Regierungen; wir werden uns dann beiderseits finden und auf dem Wege der Gesetzgebung fortschreiten können. Wenn aber einer dem anderen — was der Bundesrat noch niemals getan hat — seinen Willen als Gesetz auferlegt, weil die Majorität da ist, dann werden wir nicht vorwärts kommen, sondern werden die Gesetzgebung des Deutschen Reiches lahmlegen, und das möchte ich

verhütet sehen. Es wird aber folgen, wenn die Theorien, die der Abgeordnete Nickert eben über unsere inländische Verfassung entwickelte, jemals praktisch zur Wahrheit werden sollten. Zur Herrschaft werden sie nicht gelangen, davor ist mir nicht bange; aber lassen Sie nicht eine Überzeugung in die Wähler eindringen, als ob den Wählern an ihrem Rechte eine gewisse Verkürzung geschähe, wenn der Reichstag nicht die allein herrschende Körperschaft in diesem Lande ist; — das ist er nicht und wird er nicht werden. (Bravo!)

Der Antrag auf Gewährung von Reisekosten und Diäten wird mit großer Majorität angenommen, erhält jedoch nicht die Zustimmung des Bundesrats.

6. Sitzung des Deutschen Reichstags.

1. Dezember 1884.

Die unerledigte Vorlage über die Postdampferlinien nach Übersee, diesmal erweitert um eine Hauptlinie nach West- und Ostafrika wird dem Reichstage von neuem vorgelegt. Wegen der Vermehrung der Linien werden statt 4 Millionen jetzt 5 400 000 Mark gefordert. Die Beratung wird durch eine Rede des Staatssekretärs des Reichspostamts Stephan eingeleitet. Nach verschiedenen Reden der Abg. Graf Holstein, Grad, Woermann, Graf Behr, die die Annahme empfehlen, nachdem Abg. v. Huene namens des Zentrums Überweisung an eine Kommission beantragt hat, sprechen die Abg. Stiller und Bamberger dagegen. Fürst Bismarck bemerkt:

Wenn es überhaupt in meiner Absicht läge und nützlich wäre, in diesem Stadium der Beratung in eine ausgedehnte Ausführung einzugehen, so würde ich daran doch augenblicklich verhindert sein, da ich durch notwendige andere Geschäfte abgerufen werde. Ich will deshalb die wenigen Minuten, die mir bleiben, nur benutzen, um einige Voraussetzungen, die der Herr Vorredner[1]) ausgesprochen, richtig zu stellen.

Einmal hat er mit Vergnügen konstatiert, daß in der jetzigen Vorlage ein Zusammenhang mit der Kolonialpolitik nicht ausgesprochen sei. Soviel ich mich erinnere, war ein solcher Zusammenhang auch in der vorjährigen Vorlage nicht ausgesprochen. Der Zusammenhang ist nur hergestellt worden durch meine Erklärung in der Kommission, daß ich zu einer Kolonialpolitik nicht den Mut haben würde, wenn die Sonde, die mit der damaligen Vorlage angelegt werde, den Beweis lieferte, daß ebensowenig Stimmung für überseeische Unternehmungen im Reichstag vorhanden sei wie zur Zeit der Samoavorlage. Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muß jede Regierung in ihrem Parlament, soweit sie von ihm abhängig ist, soweit sie eine konstitutionelle Regierung ist, eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität, eine Majorität, die nicht durch Parteien zerrissen und beeinträchtigt ist, die nicht von der augenblicklichen Verstimmung einzelner Parteien abhängt, hinter sich haben. Ohne eine solche Reserve im Hintergrunde können wir keine Kolonialpolitik und keine überseeische Politik treiben. Die nationale Energie, wenn sie von Parteikämpfen neutralisiert wird, ist gerade in unserem Volke nicht stark genug, um der Regierung den Mut zu machen, solche Wege zu betreten, wie wir sie bei Samoa zuerst versuchten. Ich bin durch die Niederlage der Regierung in der Samoafrage lange Zeit abgehalten worden, etwas ähnliches wieder vorzubringen. Vestigia terrent. Ich habe jetzt den Moment für gekommen und geeignet geglaubt, teils nach den Symptomen, teils auf Grund der Tatsachen, die sich mir aufdrängten, und die den überseeischen Schutz nicht von sich weisen ließen.

[1] Abg. Bamberger.

Wenn aber diese Frage der überseeischen nationalen Entwickelung nach dem Maßstabe aufgefaßt wird, wie der Herr Vorredner sie eben auffaßte, so erinnert mich das lebhaft an meine frühesten Beziehungen, die ich zu der preußischen Politik in meinen provinziellen Verhältnissen gehabt habe. Als der Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Magdeburg projektiert wurde — es lag damals das Berlin-Anhalter Projekt vor und gleichzeitig ein Berlin-Leipziger und Berlin-Magdeburger — da erklärte die damalige preußische Regierung unter dem Einfluß des älteren Ministers von Bodelschwingh, sie hätte ganz genau den gesamten Verkehr, den Post und Fracht zwischen Berlin und Magdeburg und Berlin und Leipzig bisher lieferte, festgestellt und hätte sich überzeugt, daß das Quantum von Verkehr, wie er überhaupt zwischen Berlin und den genannten Städten bestände, nicht eine einzige Eisenbahnlinie ernähren könnte (Heiterkeit rechts); sie müßte das Almosen, das von dem Herzog von Anhalt durch den Bau der Roßlauer Brücke gewährt worden sei, dankbar annehmen und daher einen Umweg von fünf Meilen machen, um nicht das Unternehmen mit diesem Brückenbau zu belasten. Infolgedessen sind wir, die älteren Herren werden das alles noch wissen, jahrelang von Berlin nach Dresden über Wittenberg, Roßlau, Köthen, Halle, Leipzig gefahren, den dreifachen Weg — wir sind nach Magdeburg, der Hauptstadt meiner heimatlichen Provinz, über Wittenberg, Roßlau, Köthen gefahren. Und doch ist die Berechnung, die der Minister v. Bodelschwingh damals anstellte, ganz gewiß ebenso korrekt und vielleicht umfänglicher und genauer gewesen als diejenige, die der Herr Abgeordnete Bamberger uns vorhin aufgestellt hat. (Heiterkeit rechts.)

Die Rentabilität des genannten Eisenbahnprojektes, die Geschichte und die Entwickelung unseres Eisenbahnwesens haben dem sehr patriotisch gesinnten und gewiß das Beste des Preußischen Staates wollenden damaligen preußischen Minister unrecht gegeben. So bin ich auch überzeugt, daß, wenn Sie die Vorlage bewilligen, die Geschichte den Voraussagungen des Herrn Abgeordneten Bamberger unrecht geben werde.

Der Herr Abgeordnete hat ferner unter der Rubrik „Bemerkungen", deren Unrichtigkeit ich glaube gleich auf frischer Tat feststellen zu müssen, angegeben, daß die Verwendungen, die für die Gotthardbahn gemacht worden sind, wenn ich recht verstanden habe, aus militärischen Rücksichten geschehen sind. — Ich muß dabei hervorheben, daß das Organ des Herrn Abgeordneten, obgleich ich nicht zu den Schwerhörigen gehöre, mir nicht leicht verständlich ist, aber ich glaube verstanden zu haben: „militärische Rücksichten". (Zuruf: Ja!)

Dem Herrn Abgeordneten wird die Neutralität der Schweiz und der Gotthardterritorien unzweifelhaft im Gedächtnis sein, und ich halte es schon aus Rücksichten auf unsere Schweizer Nachbarn für notwendig, zu erklären, daß der Herr Abgeordnete nicht im Geheimnis der Regierungspolitik sich befindet, wenn er militärische Rücksichten bei der Gotthardbahn voraussetzt. (Heiterkeit.) Wir sind fest entschlossen, die Neutralität der Schweiz zu achten und auch die der Gotthardbahn, und nicht die leiseste Spur von militärischen Rücksichten ist bei der fraglichen Subvention maßgebend gewesen, sondern man hat geglaubt, die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Nation nach außen hin zum Ausdruck zu bringen; man hat namentlich geglaubt — und das wird wahrscheinlich die Motivierung der damaligen Vorlage, deren Diskussion mir nicht erinnerlich ist, bestätigen — man hat namentlich geglaubt, dem deutschen Handel nach und von Italien eine außer-

ordentliche Erleichterung durch diese Linie zu gewähren. Militärische Rücksichten kann man nur auf Umwegen, vielleicht insofern anführen, daß uns in einem etwaigen Kriege mit anderen Staaten andere Linien gesperrt sein könnten und wir während des Krieges unseren Handel auf der Gotthardbahn durch das neutrale Schweizer Gebiet führen können. Dieser Handel mit Italien während des Krieges hat indes nicht große Bedeutung, und um den allein hätten wir ganz gewiß nicht damals 20 Millionen Mark geopfert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner von der augenblicklichen Hypertrophie und krankhaften Lage der Geschäfte gesprochen: es wäre jetzt nicht der Moment, mit solchen Vorlagen vorzugehen. Ich habe einmal dagegen einzuwenden, daß, wenn Sie heute die Vorlage ablehnen, Sie geraume Zeit, glaube ich, zu warten haben werden, ehe eine Regierung wieder eine ähnliche zu machen den Mut haben wird. Es ist auch ein erheblich abkühlender, erkältender Einfluß auf unsere ganzen überseeischen Beziehungen, einschließlich der Kolonialpolitik, davon zu gewärtigen. Im übrigen aber schien mir aus den Äußerungen des Herrn Abgeordneten nach dieser Richtung hin eine Art pessimistischer Auffassung hervorzuleuchten, die ich nicht teilen kann. Er schien, ich will nicht sagen, nach dem Satze, alles Bestehende wird ruiniert werden, aber er schien doch zu vermuten, daß vieles zugrunde gehen könne, daß „aus den Ruinen neues Leben erst blühen" werde, und daß man sich erst bei diesem neuen Leben beteiligen solle. (Heiterkeit rechts.) Ich hoffe, meine Herren, diese Zeit des neuen Lebens wird noch so weit liegen, daß wir gar keinen Grund hätten, erst abzuwarten, bis die verschiedenen Krisen und Zusammenbrüche überstanden wären, welche niedrige Zuckerpreise und andere Kolonialkalamitäten etwa haben könnten; und wenn wir dann erst wieder mit der Vorlage kommen würden, dann würde der Herr Abgeordnete wahrscheinlich wieder andere Gründe haben, die wir heute noch nicht kennen (sehr wahr! rechts); um unserer Sache zu widersprechen.

Ich kann überhaupt hier nicht die Absicht haben, jemand zu meiner Meinung und der der Regierung zu überreden, ich würde es nicht wagen, in dieser Beziehung den Fraktionsbeschlüssen vorgreifen zu wollen, die uns nachher mit Macht, ich möchte sagen felsenartig, entgegentreten, in Form der kurzen Mitteilung: „Die Fraktion hat beschlossen" — damit ist die Sache abgetan. Wir sind dann ja hier vollständig überflüssig; was können wir gegen den Fels der Fraktionsbeschlüsse anders, als wie kraftlose Wellen abprallen? Das ist kaum würdig. Wozu die Diskussion? Zählen wir ab und ohne Diskussion; wozu sollen wir dem Lande noch unsere Zeit vergeuden? Es wird sich auch gewiß etwas anderes im Sinne der Fraktionstaktik finden, um der Regierung einen Korb zu geben, wenn sie mit einer anderen Vorlage kommt; und ich muß sagen, ich würde den Mut nicht haben, diese Vorlage zu erneuern, ich würde das anderen überlassen.

Wenn der Herr Abgeordnete ferner das Defizit, in dem wir uns augenblicklich befinden, als Motiv für seine Stellungnahme angeführt hat, so muß ich sagen, daß ein Defizit im Reichshaushalt nicht vorhanden ist, und daß ich gegen diesen unbestimmten, unberechtigten, ungesetzlichen Ausdruck protestiere. Der Reichshaushalt kennt kein Defizit, es treten die Umlagen ein, und da ist ein Defizit unmöglich. Ein Defizit ist, was durch Anleihen gedeckt werden muß; ein solches Defizit ist in den einzelnen Staaten möglich, aber der Reichshaushalt kennt kein Defizit, er kennt nur höhere Matrikularbeiträge. Im übrigen hoffe ich, daß das, was Herr Bamberger Defizit nennt, jedenfalls nur eine vorübergehende Situation ist, die ich ganz ausschließlich der Obstruktionspolitik der

Oppositionspartei in den Finanzen zuschreibe. Die Mittel, die die Regierungen vorschlagen konnten und vorschlugen, sind schon von Hause aus vom Parteistandpunkt, vom Fraktionsstandpunkt aus durch die Wahlreden verurteilt und absolut abgeschnitten — die Regierung mag kommen, mit was sie will, es wird abgelehnt. Wenn das Defizit ein Produkt der Armut der deutschen Nation wäre, wäre es etwas anderes, aber keiner von Ihnen wird in nachweislicher Weise bestreiten können, daß, seitdem die neue Wirtschaftspolitik, die Schutzzollpolitik, die Nation von ihrer Blutarmut befreit hat, (sehr richtig! rechts) was 1879 seinen Anfang nahm, die Wohlhabenheit der Nation, Handel und Wirtschaft, das Wachsen von Privatvermögen in erfreulicher und steigender Zunahme begriffen sind; überall sehen wir vermehrten Import, vermehrten Export, vermehrte Schiffahrt in allen Häfen, wir sehen trotz der gedrückten Verhältnisse, in denen sich die bei der Landwirtschaft beteiligte Bevölkerung befindet, steigenden Luxus und Verbrauch, steigenden Verkehr und Export. Also die Gründe, aus denen ein Defizit ein Hindernis abgeben könnte, um für das Wohl des Landes nützliche Maßregeln zu verwerfen, liegen hier nicht vor, das Defizit — ich gebrauche den Ausdruck, den ich verurteile — das Bedürfnis nach größeren Matrikularbeiträgen ist das Ergebnis der Obstruktionspolitik der Oppositionspartei, die der Regierung überall gegenübertritt. Verzichten Sie darauf, so werden wir ein Defizit nicht mehr haben, halten Sie dieselbe aufrecht, nun, dann entsteht zwischen uns die Frage, wer die Kalamitäten, die Unfähigkeit, die Impotenz des Landes am längsten aushält. Wer aber die Schuld daran trägt, das wird bei den Wählern nicht zweifelhaft sein. (Bravo! rechts.)

Die Vorlage wird zur weiteren Beratung einer Kommission überwiesen.

7. Sitzung des Deutschen Reichstags.

3. Dezember 1884.

Nach dem Gesetz vom 4. Mai 1874 konnte einem Geistlichen wegen unbefugter Ausübung von Kirchenämtern der Aufenthalt in bestimmten Orten und Bezirken untersagt werden; ja unter Umständen konnte er aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Gegen dieses „Expatriierungsgesetz" war der Kampf des Abg. Windthorst gerichtet. Schon zweimal — 1882 und 1884 im Juni — stimmte die Reichstagsmehrheit für Aufhebung dieses Gesetzes, ohne daß der Bundesrat dem Folge gegeben hätte. Am 20. November stellte Abg. Windthorst den Antrag zum dritten Male; am 3. Dezember wird er beraten. Abg. Windthorst nennt in seiner Rede die ablehnende Entscheidung des Bundesrats eine Mißachtung des Reichstags. Der sozialdemokratische Abg. Blos verspricht die Unterstützung seiner Partei. Fürst Bismarck benutzt seine Antwort zu einer Abrechnung mit der oppositionellen Haltung des Zentrums:

Es sind nur wenige Wochen vergangen, seit der Bundesrat den gleichen Antrag, der uns heute vorliegt und der im Juni d. J. gestellt worden war, mit einer großen Mehrheit abgelehnt hat. Wenn nun heute, wenige Wochen nach dieser Ablehnung, derselbe Antrag dem Bundesrat zur nochmaligen Erwägung, wie meinem Vernehmen nach der Herr Abgeordnete Windthorst vorhin gesagt hat, zugestellt und ihm zu diesem Behufe der Anknüpfungspunkt eines neuen Antrags gewährt werden soll, so liegt darin doch eine Stellungnahme des Reichsrats dem Bundesrat gegenüber, die ich nicht anders als mit dem Ausdruck „Mißachtung der verbündeten Regierungen" bezeichnen kann. (Widerspruch im Zentrum.) Ich bin hierzu um so mehr berechtigt, als, wie ich eben höre, der Herr

Abgeordnete Windthorst denselben Ausdruck in Bezug auf das Verhalten der Bundesregierungen gegenüber dem Reichstag gebraucht hat. Er hat, wenn ich recht unterrichtet bin, von einer Mißachtung des Reichstags gesprochen. Die Mißachtung ist hier ganz auf Ihrer Seite, meine Herren, indem Sie den Antrag wieder stellen, mit dem Sie in väterlicher Milde dem Bundesrat Gelegenheit geben wollen, von seinem übereilten Beschlusse zurückzukommen. Es ist das ein Maß von Geringschätzung, das der Bundesrat dem Reichstag gegenüber sich niemals erlauben würde. Wenn Sie sich das Maß davon klarmachen wollen, so denken Sie nur, daß die verbündeten Regierungen Ihnen eine Vorlage — ich nehme an, eine Steuervorlage — gemacht hätten, Sie lehnen sie ab nach sorgfältiger Erwägung, und acht Tage darauf wird dieselbe Steuervorlage hier eingebracht, als hätten Sie die erste gar nicht abgelehnt. Wenn das nicht eine Mißachtung des Reichstags wäre, dann weiß ich nicht, was man so bezeichnen soll. Nun stehen aber in dieser Beziehung sich die beiden Faktoren der Gesetzgebung vollkommen gleich, und ich halte es nicht für nützlich und auch nicht für eine Anerkennung dieser Gleichheit, wenn Sie jetzt den Versuch machen, durch wiederholte massenhafte Mehrheitsdemonstrationen die verbündeten Regierungen gewissermaßen einzuschüchtern, eine Pression auf sie zu üben, damit sie wohl erwogene Beschlüsse, drei Wochen nachdem sie gefaßt sind, zurücknehmen. Sie würden dadurch die verbündeten Regierungen in die Lage bringen, ihrerseits an dem Ansehen, dessen sie sich bisher in der Öffentlichkeit erfreut haben, merklich einzubüßen, und ich weiß nicht, ob es im Interesse der Antragsteller liegen kann, das Ansehen der verbündeten Regierungen durch ein solches Wiedervorsetzen eines von ihnen verschmähten Gerichtes unter Pression zu nehmen.

Man sollte glauben, es wäre Gefahr im Verzuge, es wäre eine besondere Eile, um einem Notstande abzuhelfen, vorhanden. (Jawohl! im Zentrum.) Worin besteht denn der Notstand? Dieses Gesetz ist nur unter dem Ministerium Falk in Preußen angewendet worden, so viel ich habe ermitteln können; in den außerpreußischen Bundesstaaten ist es überhaupt nicht angewendet worden, und auch in Preußen ist es unter den Ministerien Puttkamer und Goßler, also seit fünf oder sechs Jahren, überhaupt nicht mehr zur Anwendung gekommen, es ist gar kein Gebrauch mehr davon gemacht, es ist als reponiert betrachtet. Die zweihundert und etwa achtzig Geistliche, die unter dem Ministerium Falk den Wirkungen des Gesetzes ausgesetzt gewesen waren, sind, so weit sie darum eingekommen sind, oder die Bischöfe es gewünscht haben, sämtlich — ich will nicht sagen begnadigt worden, aber die Wirkung des Gesetzes ist in Bezug auf sie aufgehoben. (Hört! hört! rechts.) Es sind nur noch siebenundzwanzig geblieben, verschollene Geistliche, für die niemand das Wort ergriffen hat, die aber wahrscheinlich auch der Wohltat der Repatriierung teilhaftig geworden wären, wenn sie darum nachgesucht hätten, oder wenn die Bischöfe der betreffenden Herren dies gewünscht hätten. Ob die siebenundzwanzig Herren noch leben, das wissen wir nicht; es mögen zum Teil alte Leute gewesen sein, die gestorben sind, sie haben vielleicht auch in anderen, angenehmeren Stellungen im Auslande Unterkommen gefunden oder in anderen geistlichen oder weltlichen Verhältnissen — aber die Regierung weiß nichts davon. Es ist also das Gesetz von den beiden letzten preußischen Kultusministern, mit einer großen Zurückhaltung gegen das ganze System, absolut nicht zur Anwendung gebracht worden, kein einziger Fall liegt vor — und nun kommen Sie mit einer Sturmpetition gegen den Bundesrat: Er soll dieses Gesetz

außer Kraft setzen. Nachdem der Bundesrat von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, diesem Antrage die Zustimmung zu versagen, wird drei Wochen darauf der Antrag erneuert. Ist das etwas anderes, als daß Sie im Namen der Reichstagsmajorität, ich möchte sagen, eine Art von Geßlerschem Hut vor dem Bundesrat aufrichten, den er grüßen soll? Eine andere Wirkung und einen anderen Zweck kann der Antrag nicht haben, als die verbündeten Regierungen zu demütigen. (Sehr wahr! rechts.) Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren!

Aber warum Sie diesen — um mich in der Weise des Herrn von Schorlemer auszudrücken — „Schlag ins Gesicht" der verbündeten Regierungen überhaupt geführt haben, das ist mir heute noch ein Rätsel. Ich hatte geglaubt, Sie suchten die Verständigung mit den verbündeten Regierungen, wenn ich auch bei verschiedenen Gelegenheiten dadurch irre geworden bin, daß in Momenten, wo ich glaubte, der Verständigung in Rom nahe zu sein, stets hier in Deutschland irgendeine stürmische Bewegung, eine Pression in Gang kam, ein Streit entstand, und wenn er mit meiner Person auch nur über häusliche Beziehungen gesucht wurde — (hört! hört! rechts) der uns für den Augenblick die Verständigung unmöglich machte, die Hoffnung auf eine Verständigung mit Rom stets wieder täuschte. Es ist dies eine eigentümliche Erscheinung, die mich irre gemacht hat in manchen Beziehungen, ob nicht hier in Deutschland irgend einflußreiche Kräfte tätig sein könnten, die das Bedürfnis haben, daß der Kampf fortgesetzt werde, und daß die Verständigung mit Rom mißlinge; ich weiß es nicht, (jawohl! rechts) aber jedenfalls hat dieser Sturmlauf für eine zur Verständigung und zum Entgegenkommen geneigte Reichsregierung kaum eine andere Erklärung.

Ob die große Majorität dieses Hauses — ich glaube nicht, daß sie unter dem Druck des bestehenden Gesetzes sich erzeugt haben kann — ob die Herren, von denen damals das Zentrum in seiner Taktik unterstützt worden ist, und die sonst gewohnheitsmäßig die Regierung unterstützen, gerade in Kenntnis dieses Gesetzes und mit der Überzeugung, daß es mit Mißbrauch oder Härte angewendet worden wäre, die Sache unterstützt haben, ist mir sehr zweifelhaft. Ich glaube, daß damals die große Majorität sich zusammengefunden hat, weil andere Fraktionen bei den bevorstehenden Wahlen die Unterstützung der Antragsteller erwarteten, daß diesem Antrage zugestimmt worden ist in der Hoffnung, das Zentrum würde für die anderen stimmen und seine in der Diaspora lebenden Mitglieder oder Wähler, die es selbst nicht brauchte, dem einen oder anderen zur Verfügung stellen.

Nun, diese Rechnung hat, glaube ich, einige derer, die sie aufgestellt haben könnten, vollständig getäuscht. Die Fortschrittspartei oder, wie sie sich selbst nennt, die Deutschfreisinnige Partei hat ja erheblichen Vorteil von dem Hof, den sie dem Zentrum gemacht hat. Inwieweit das bei den Konservativen der Fall ist, weiß ich nicht, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn dieser Grund, für einen solchen Antrag zu stimmen, heute wegfällt, da wir eben Neuwahlen gehabt haben und niemand weiß, was bei den nächsten geschieht, die Herren, welche das vorige Mal dafür gestimmt haben, ohne objektiv und sachlich von der Notwendigkeit ihrer Abstimmung überzeugt zu sein, welche lediglich die Demonstration mitgemacht haben, sich darauf beschränken werden, kund zu geben, nicht daß sie ihre Meinung geändert haben — das verlangt kein Mensch — aber daß sie es nicht für opportun halten, schon jetzt nach einigen Wochen die Regierung wiederum in dieser stürmischen Weise zu mahnen und unter Pression zu nehmen. Ich hoffe, daß die Herren

den Schritt, den ich als eine Geringschätzung des Bundesrats und seiner Beschlüsse charakterisiere, heute nicht mitmachen werden.

Was nun die Gründe anbelangt, aus denen der Bundesrat den Antrag des Reichstags abgelehnt hat, so bin ich ja nicht berufen, die Motive zu erforschen und kund zu geben, die die einzelnen Regierungen dabei geleitet haben. Der Bundesrat stimmt in sich über Motive nicht ab, er stimmt mit Ja und Nein, gerade wie der Reichstag, über die Tatsache, ob ein Antrag die Majorität gefunden hat. Ich stehe aber gar nicht an, diejenigen Motive anzugeben, durch welche die preußische Regierung, die ihrerseits zu der ablehnenden Majorität gehörte, veranlaßt worden ist, dieser Majorität des Reichstags und ihrem Votum nicht beizutreten. Es liegen die Gründe auf dem Boden verschiedener Ressorts. Soweit sie auf dem des Preußischen Kultusministeriums liegen, bin ich zu einer Kritik und Darlegung derselben nicht berufen; ich weiß nicht, ob für die Zwecke, die das preußische Kultusministerium im preußischen Staat zu verfolgen hat, der Fortbestand dieses Gesetzes, die Möglichkeit, es nach fünf oder sechs Jahren Ruhezeit wieder zu benutzen, von erheblichem Wert ist — ich möchte glauben, daß das in betreff der rein deutschen Gebiete des preußischen Staates wahrscheinlich nicht der Fall sein wird, ich weiß es jedoch nicht, ich bin nicht verantwortlich für das Kultusministerium und ich bin froh, daß ich es nicht bin. Meine Herren, ich kann mich nur um den politischen Teil kümmern. Wenn ich also sage, ich weiß nicht, ob das Kultusministerium seinerseits noch Wert darauf legt oder es für notwendig hält, das Gesetz aufrechtzuerhalten, so kann ich immer nur meine persönliche Ansicht mit allem Vorbehalt geben, da ich nicht weiß, ob der Herr Kultusminister sie teilt. Ich würde überhaupt, wie in vielen anderen Konzessionen, gar nicht abgeneigt sein, wenn mir die Bemühungen geglückt wären, in unserer Gesetzgebung eine Scheidelinie zwischen jenen Landesteilen einzuführen, welche polnische Zunge reden, und denen, welche deutsche Zunge reden. Nach meiner Überzeugung kann dieses Gesetz im ganzen, so weit die deutsche Zunge reicht, einfach zurückgenommen werden — ich würde nichts dagegen haben. In den polnischen Bezirken liegt die Frage aber doch etwas anders. Ob da dies Gesetz nicht noch einmal Anwendung finden kann, das weiß ich nicht, das hängt von der Zukunft ab. Die polnische Bewegung hat uns mit der Losreißung von preußischen — man kann jetzt schon sagen altpreußischen — Provinzen, ehe sie polnisch wurden, wie Westpreußen, bedroht. Diese Bewegung ist nicht so sehr gefährlich zu einer Zeit, wo der Friede ringsum vollständig gesichert ist. Wenn das aufhört — woran ich nicht glaube, so lange die jetzige Regierung an Haupt und Gliedern am Ruder ist — aber sie ist nicht unsterblich, und die Politik ist auch genötigt, auf weitere Zeiträume hinzublicken — so könnten doch Momente eintreten, wo eine polnisch-nationale Bewegung für den preußischen Staat sehr unbequem werden kann.

Wenn ich sage, diese Eventualität, die eine Friedensstörung voraussetzt, liegt uns fern, so muß ich Ihnen doch daneben einen Teil unserer gemeinsamen Erlebnisse vergegenwärtigen Wenn Sie zwanzig, einundzwanzig Jahre zurückdenken, an das Jahr 1863, zur Zeit der damaligen polnischen Bewegung, als ein Vertrag zwischen Preußen und Rußland geschlossen wurde, der bekannt war unter dem Namen „Seeschlange“, zur Zeit, wo die Herren Grabow und Behrend Präsidenten des Abgeordnetenhauses waren, da war die Bewegung außerordentlich mächtig, und sie wurde hier in Berlin unterstützt von einer sehr lebhaften, ja, ich kann fast sagen, drohenden Interzession derjenigen Mächte,

welche für Polen gegen Rußland Partei nahmen. Wir hatten außer von Rußland in der damaligen Lage gegenüber dem gesamten übrigen Europa, welches in Gestalt seiner mich fast täglich besuchenden Botschafter fast drohend auf mich einwirkte, im Kriegsfall kaum Beistand zu erwarten; und wenn es zum Kriege gekommen wäre, wie es damals im Wunsche der russischen Regierung — nicht der preußischen — lag, so wäre es sehr ins Gewicht gefallen, ob die preußische Regierung in ihren polnischen Ländern vollständig Herr, und zwar auch dann Herr gewesen wäre, wenn sie mit Österreich nicht einig gewesen wäre. Wenn Sie sich die damalige Situation vergegenwärtigen: Ist einer unter Ihnen — ich bin es ganz gewiß nicht — der 1863 die Situation vorhergesehen hat, in der wir 1870 waren, die Ereignisse, die inzwischen eintraten, der Jahre 1864, 1866? Hat das einer vorausgesehen? Ich führe das nur an, um Ihnen zu beweisen, wie wenig man in der Politik auf die Zukunft, die man augenblicklich übersieht, und die kaum über vierundzwanzig Stunden reicht, rechnen darf. Wir können ebenso, wie wir damals durch mehrere glückliche Kriege in eine ganz neue und glänzendere Lage gekommen sind, durch einen oder mehrere unglückliche Kriege — ich hoffe, wir sind davor bewahrt — in eine Lage kommen, wo wir die Anstrengung aller Kräfte brauchen, um uns zu halten, und alle Gesetze brauchen, um die Bewegungen, die dem Reiche feindlich und schädlich sein können und dem Preußischen Staat — ich spreche jetzt immer nur von Preußen — niederzuhalten. Dies wäre allenfalls ein Grund zu sagen: Wir können nicht wissen, ob wir dieses Gesetz nicht noch einmal brauchen, und jedenfalls umsonst wollen wir es nicht weggeben und darauf verzichten.

Aber, wie gesagt, ich will mich nicht einmal ganz bestimmt zu dieser Überzeugung bekennen, doch will ich die Gründe zu derselben, die ich eben andeutete, noch weiter entwickeln, und zwar ganz sine ira et studio — ich spreche darüber mit der Ruhe eines Schachspielers —; aber ich muß dabei doch wieder von der Konstellation unserer Parteien reden, auf die Gefahr hin, Herrn Richter wieder damit zu langweilen; es sollte mir das leid tun; ich bitte jedoch auch einmal zu erwägen, daß ich eigentlich dazu nicht hier bin, ihn zu amüsieren, und daß, wenn ihn die Langeweile übermannt, es ihm ja frei steht, für die Zeit, wo ich rede, anderen Beschäftigungen sich hinzugeben. Ich bitte ihn auch, mir nicht den Vorwurf zu machen, als brauchte ich dieselben Argumente, aus der Kritik der Parteisituation entnommen, zu häufig, sondern doch einen Rückblick auf seine eigenen Reden einmal zu halten, dann wird er zu der Überzeugung kommen, daß, wenn ihm die Wiederholung sehr oft gebrauchter Argumente untersagt gewesen wäre, er überhaupt seit mehreren Jahren absolut hätte schweigen müssen. (Heiterkeit.)

Ich muß also diese Parteifrage berühren. Eine Regierung, wie die preußische, die verfassungsmäßig regieren will, hat doch notwendig das Streben, sich eine Majorität zu schaffen, und zwar eine Majorität, auf die sie möglichst dauerhaft rechnen kann, um die Wechsel des Systems, nach dem regiert wird, glücklich zu vermeiden, so viel an ihr liegt. Bei diesem Streben, sich eine Majorität zu schaffen, kann sie sich verschiedene Kombinationen denken. Wenn es möglich wäre, eine Majorität zu bilden, welche die konservative Partei, das Zentrum und die Nationalliberalen umfaßt, so wäre das ja eine schöne Sache, dann wäre die konstante Majorität gegeben. Ich appelliere aber an Ihr eigenes Urteil: Sind unter diesen Elementen nicht solche, die untereinander inkompatibel sind, die es absolut ablehnen, in einer gemeinsam die Regierung unterstützenden oder führenden

Majorität zusammen zu bleiben? Ich glaube nicht, daß das möglich ist, die Zentrumspartei mit den Nationalliberalen, ja vielleicht kaum mit den Freikonservativen, in dieser Weise zu verschmelzen; es ist vielleicht möglich mit den Deutschkonservativen, das weiß ich nicht — die sind ja für das Zentrum von einer großen Hingebung beseelt, aber ob das dauernd ist? — wir haben auch schon recht heftige Scharmützel erlebt, und Worte sind gefallen, die sich ehemalige Freunde, die es noch einmal wieder werden wollen, öffentlich kaum sagen sollten oder nicht zu sagen pflegen. Also ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ich will aber einmal annehmen, es ginge, und die Regierung wollte ihr System auf eine Unterstützung durch die Konservativen und durch das Zentrum dauernd einrichten, so würde sie das nicht können, ohne darauf zu rechnen, daß die Unterstützung des Zentrums, an die sie sich nun anlehnt, und um derentwillen sie andere Freunde, die bereit wären, sie zu unterstützen, nur nicht in Gemeinschaft mit dem Zentrum, von sich stößt — daß diese Unterstützung auch eine dauernde und die ersten Bedingungen des Zusammengehens, den status quo festhaltende sein wird. Da kann ich mich nun von der Befürchtung nicht ganz frei machen, daß ein konfessionell gemischtes Staatswesen deutscher Nation, welches mit Ausschließlichkeit oder Unentbehrlichkeit auf die Unterstützung des Zentrums und der römischen Kurie angewiesen wäre, auf die Dauer nicht haltbar ist, daß ein solches Staatswesen nur dann haltbar ist, wenn es zeitweise auch in die Lage kommt, der Unterstützung, die ihm von der römischen Geistlichkeit gewährt wird, vorübergehend entbehren zu können. (Sehr gut! rechts.)

Ich bin sehr weit entfernt, vielleicht weiter, als Sie glauben, von der Neigung, dem Zentrum entgegen zu treten. Die Partei hat vieles an sich, was mich im Vergleich mit den anderen im hohen Grade anzieht und besticht. Sie hat eine sehr strenge Disziplin, (Heiterkeit) sie hat monarchische Einrichtungen in sich; sie ist weder eine aristokratische noch eine demokratische Republik. Viele ihrer Grundsätze sind mir vollständig sympathisch, und ich teile sie. Man kann mit ihr rechnen; sie hat für mich nur die Gefahr: man kann sich mit ihr nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben, man wird auf die Dauer davon erfaßt, und es kommt immer wieder der Moment, wo es heißt: Willst du jetzt fechten, oder willst du weiter mit mir gehen? Das ist die Perspektive, die ich fürchte; — es mag Mangel an Mut sein, (Heiterkeit rechts) aber ich kann mich davon auf Kosten des Reiches nicht vollständig losreißen. Wenn man — nicht mit dem Papst, sondern mit einer dauernden inländischen Vertretung des Katholizismus, ein „Bis hierher und nicht weiter“ abschließen könnte, gewissermaßen ein der preußischen Gesetzgebung unterworfen bleibendes Konkordat, das nicht überschritten werden soll — ja, davon ließe sich reden; aber vorläufig sind wir von einer solchen Möglichkeit ziemlich weit entfernt. Ich sehe auch gar nicht die Möglichkeit einer praktischen Ausführung der Sache; aber es würde mir außerordentlich lieb sein, nicht für meine persönliche Bequemlichkeit, sondern im Interesse des Landes, wenn ich einen modus vivendi mit dem Zentrum wüßte, ohne mich und den Staat ihm mit Haut und Haar zu eigen zu geben.

Die Befürchtung, daß der Kampf immer wieder erneuert werden wird, auch nach jeder Konzession, daß die Konzession nur ein Ausgangspunkt für neue Forderungen sein würde von seiten des Zentrums, hat niemand eifriger und bedrohlicher genährt als der absolute Leiter des Zentrums, der Abgeordnete Windthorst. Er hat uns, wie Sie sich erinnern werden, in Aussicht gestellt, daß es mit diesem jetzigen Kampf nicht vorbei sein

werde; es würden andere von noch viel größerer Tragweite kommen; nur die Schule wollte er beispielsweise nennen — also tief eingreifend in unsere bürgerlichen Verhältnisse —; ich weiß nicht, was noch.

Ich fürchte nur, es würde mit diesem Streben ein Friede nicht möglich sein, so lange nicht alles in Deutschland vernichtet ist, was an das ehemalige Corpus Evangelicorum erinnert. (Widerspruch im Zentrum.) Es wäre mir lieb, wenn ich mich darin täuschte, es wäre mir lieb, wenn das Maßhalten in den Ansprüchen von seiten der Zentrumspartei — ich will keinen verletzenden Ausdruck gebrauchen, deshalb bleibe ich bei diesem, erlauben Sie mir, vollständig unzutreffenden — einen modus vivendi finden ließe; wenn ich ein Geheimnis wüßte, daß das Zusammenleben mit der Zentrumspartei möglich machte, so würde ich darin eine große Verbesserung sehen, aber bedingungslos kann ich mich nicht unterwerfen und ich kann auch keine Konzession machen, so lange ich der Gegenkonzession und des Wertes davon nicht sicher bin; das do ut des haben Sie selbst in die Politik hineingebracht, und daran müssen wir festhalten. Hier verlangen Sie eine Kleinigkeit, das gebe ich zu, aber Sie verlangen sie ganz ohne Gegenleistung und ganz intempestiv und stürmisch, dem können wir in der Folge nicht nachgeben. Wir fürchten uns außerdem in eine Lage zu geraten, in der wegen Verstimmung aller anderen Parteien die Unterstützung des Zentrums uns ganz unentbehrlich sein würde, weil die hauptsächliche Direktion, die das Zentrum in seinem politischen Verhalten zu empfangen hat, in seinem Schwerpunkt außerhalb des Deutschen Reiches liegt. (Widerspruch im Zentrum.) Ich kann es der römischen Kurie nicht verargen, wenn Völker, die rein katholisch geblieben sind wie die Franzosen und Polen, ihrem Herzen näher stehen als das durch den Kirchenstreit zerrüttete und ihr zum Teil entfremdete Deutschland. Es ist auch wohl nicht unnatürlich, wenn sich in Rom die Tradition forterhält des alten Bundes mit den Welfen unter den Hohenstaufen, wobei ich unter Welfen nicht bloß die paar Hannoveraner verstehe, die den Namen führen, sondern alles, was antighibellinisch, was ein Gegner der Reichseinheit aus weltlichen Gründen und Partikularismus ist. Diese Beziehungen, die politischen Intimitäten zwischen Rom und den Welfen in diesem erweiterten Sinne, sind sehr alte, von der Schlacht von Legnano her — sechshundertjährige; sie haben sich von Zeit zu Zeit immer wieder erneuert.

Alle diese natürlichen und historisch berechtigten Reminiszenzen der Kurie würden gegen eine Regierung ins Gewicht fallen, die auf die Unterstützung des Zentrums, also indirekt auf das Wohlwollen der Kurie, angewiesen wäre. Wir können nicht verlangen, daß der oberste Priester der römischen Kirche auf einen evangelischen deutschen Kaiser mit demselben Wohlwollen blicken solle als wie auf den erstgeborenen Sohn der Kirche in Frankreich oder auf die um jeden Preis getreuen Polen.

Sie sehen, ich setze, ohne irgend jemand verletzen zu wollen, alle Gründe auseinander, die jemand in meiner Stellung in Erwägung nehmen muß, (Bravo! rechts) wenn er eine Konzession machen will. Daß Sie doch darauf verzichteten, dies alles als einen Ausfluß von Willkür und Rechthaberei anzusehen, wenn wir zu dergleichen Nein sagen! Das ist eine Frage von sehr ernster und großer Tragweite, namentlich aber um deshalb, weil die Freundschaft zwischen Regierung und Zentrum für Kleinigkeiten und Einzelheiten, wie die kleine Münze, um die es sich hier handelt, nicht zu haben ist. Entweder ganz oder gar nicht! Und ganz können wir uns ihm nicht anvertrauen.

Nun schien außerdem vorher ein Ausdruck von Mißbilligung vorzukommen, als ich sagte, daß der Schwerpunkt der Zentrumspartei außerhalb Deutschlands gelegen sei. Ich bestehe nicht darauf; es ist mein Eindruck. Aber jedenfalls ist die preußische Regierung genötigt, den modus vivendi mit den preußischen Untertanen am Rhein, in Westfalen und im Großherzogtum Posen in Rom zu suchen und in Rom darüber zu unterhandeln, wie es möglich ist, sich mit den katholischen Untertanen hineinzufinden in einen modus vivendi, der die Billigung des Papstes hat. Da ist nun ein weites Feld, wo die Frage, ob dieses Gesetz im Reichstage angenommen oder abgelehnt werden soll, sich ablöst und es zu einer rein praktischen Frage auf dem Gebiete der Diplomatie wird, ob sie den Zeitpunkt für gekommen hält, Konzessionen zu machen oder mit solchen zurückzuhalten, wovon sie sich einen besseren Erfolg verspricht. Die Unterhandlungen mit der römischen Kurie schweben nunmehr über sechs Jahre. Es war im August 1878, wenn ich nicht irre, wo ich mit dem Nuntius Masella unterhandelte, damals auf einer Basis, die bereits weit hinter uns liegt, die durch die Konzessionen, welche die preußische Regierung der Kirche gemacht hat, seitdem weit überholt ist. Damals wurde die Ernennung eines preußischen Gesandten in Rom noch als ein erhebliches Objekt der Konzession behandelt; es war in der Blüte der strengsten Maigesetzgebung, mit allen ihren Konsequenzen, die ich meinerseits nie gebilligt habe — ich bin in den ganzen Kampf nur durch die polnische Seite der Sache hineingezogen worden. Ich habe vor zwanzig Jahren ebenso gedacht wie heute, daß man in deutschredenden Gegenden eine große Latitude lassen kann; aber ich bin in den Kampf damals hineingezogen worden, weil mir der überzeugende Beweis geliefert wurde, daß unter der Leitung der Geistlichkeit in Westpreußen namentlich, aber auch in Schlesien polonisiert wurde, (hört!) in Westpreußen mit dem Erfolge, daß die Enkel von Großeltern, die zweifellos Deutsche waren, deutschen Ursprungs, deutschen Namens, schon nicht mehr wußten, daß sie Deutsche waren, nicht mehr deutsch sprechen konnten und sich für Polen hielten. Ich habe mich damals, wo ich mehr Zeit hatte, der Sache mehr widmen können und habe den Eindruck gewonnen, daß diese ganze polonisierende Tätigkeit der Geistlichkeit ihren Ausgangspunkt hier in Berlin hatte, bei der damaligen katholischen Abteilung, die ihrerseits unter dem Einfluß von polnischen Magnaten stand. (Hört! hört!) Und das ist der Grund, weshalb ich Front gemacht habe, und schließlich, da es unmöglich war, die Polonisierung abzuschneiden, ohne die Wurzel, die katholische Abteilung, zu beseitigen, habe ich den Antrag gestellt, diese abzuschaffen, und erst auf diese Weise bin ich in den Kampf hineingeraten, der sich in seinen ersten Anfängen im Jahre 1873 ja ganz ohne meine Mitwirkung vollzogen hat. Ich war damals weder Kultusminister, noch Ministerpräsident, noch war ich imstande, tätig zu sein; Ministerpräsident war der Graf Roon, und ich war wegen Krankheit beurlaubt.

Also die Unterhandlungen vom Jahre 1878 konnten noch in Aussicht nehmen, daß man sofort eine Art von zweiseitigem Abkommen schließen würde, und ich war damals mit dem päpstlichen Nuntius so gut wie einig, bis plötzlich die Nachricht ankam, daß unerwarteter- und auffälligerweise der Kardinal Franchi[1] gestorben sei. (Hört! hört!) Von dem Augenblick an dauerten die Verhandlungen noch zehn bis vierzehn Tage und fingen dann auf einem anderen Fuße wieder an, der ihnen keinen Fortgang brachte. Dann ist der Versuch,

[1] Starb am 1. August 1878 nach kurzer choleraartiger Krankheit. Ein damals auftauchendes Gerücht behauptete, der Kardinal sei vergiftet worden.

ein gleichzeitiges Entgegenkommen von weltlicher und kirchlicher Seite, ein reines do ut des — zu sagen: Wir wollen dies geben, wenn Ihr das gebt — mehrere Jahre hindurch fortgesetzt worden, und hat — wie es bei einem so weiten Felde natürlich ist — zu keinem anderen Ergebnis geführt als zu dem oft — und vielleicht zu oft — wiederholten gegenseitigen Briefwechsel, wo immer die Abneigung, etwas zu tun, in den möglichst liebenswürdigsten Redensarten von beiden Seiten verbrämt wurde. Aber man kam damit nicht über höfliche fins de non recevoir hinaus. Darauf habe ich versucht, einen Weg, den ich für einen praktischeren hielt, einzuschlagen, indem ich unsererseits mit Konzessionen vorausging, gewissermaßen einen Vorschuß darauf leistete in der Hoffnung und Überzeugung, daß von seiten der Kurie dem mit gleicher Münze würde entgegengekommen werden, und daß, wenn sie nur sehe, daß es uns aufrichtig darum zu tun sei, wir auch auf Gegenleistungen rechnen könnten, besser als wenn wir uns verklausulierten. Es ist auf diese Weise doch — wie die Herren mir zugeben werden — eine erhebliche Änderung und Besserung geschaffen: alle diese kleinlichen Verfolgungen seelsorgender Priester, das Verfolgen des Spendens von Sakramenten, dieses ganze Aufbieten der Gendarmerie mit ihrer schwerfälligen Rüstung gegen leichtfüßigere und gewandte Herren in Zivil, die geistliche Funktion ausüben — das findet gegenwärtig nicht mehr statt. Es sind Bistümer in erheblicher Anzahl besetzt, es sind die Sperren aufgehoben worden, kurz, wir haben an Konzessionen eine recht anständige Summe von Vorschüssen geleistet; es fehlt aber noch jede Gegenleistung bis zu diesem Augenblick. Und wie wir nun dahin gelangen wollen, diese Gegenleistungen herbeizuführen — das ist eine Sache, die müssen Sie der Diplomatie schon überlassen, die geht durch die Gesandtschaften, und die kann durch das Einbringen von Sturmpetitionen und Anträgen hier nur gestört und beirrt werden, wie das mehrmals schon der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!)

Wir glaubten im vorigen Sommer, unsere Hauptaufgabe sei für jetzt, die Bischofstühle in Posen und Köln wieder zu besetzen — nicht als ob die Regierung ein Bedürfnis nach Bischöfen an sich hätte, aber die katholischen Einwohner in der Posener Diözese entbehrten der Wohltaten einer geordneten Diözesanverwaltung, und nach allem, was hier berichtet wurde, haben wohl die Geistlichen selbst das Bedürfnis gefühlt, namentlich in der Diözese Posen, daß die bischöfliche Zucht fühlbarer werde, als sie bisher war. Wir glaubten mit Rom im vorigen Sommer vollständig geeinigt zu sein, so daß ich auch damals von dem Antrage, wie er jetzt wiederholt worden ist, meinerseits wenig Notiz nahm. Wir glaubten, daß die Situation sich wesentlich geändert habe, und daß wir einer Einigung über die Wiederbesetzung des Posenschen Stuhles nahe wären. Inzwischen aber machte sich ein Einfluß geltend, der nur zum Teil polnischer Natur war, und dieser Einfluß arbeitete darauf hin, in Rom die Hoffnung zu erwecken, daß die Regierung nachgeben würde, wenn man nur fest auf sie drücke, sich im Parlamente recht unentbehrlich mache, das do ut des recht scharf und schneidig durchführte, bei den Wahlen Stimmen gewönne und die feindlichen Parteien gegen die Regierung unterstütze.

Also es ist damit nichts gewonnen worden — mit den Konzessionen und dem Abwarten. Wir lassen uns dadurch nicht verstimmen, aber ich habe als Diplomat, der gar manche Unterhandlungen in diesem Leben schon geführt hat, die nicht ohne Erfolg gewesen sind, den Eindruck, daß weitere Konzessionen uns das Spiel nur verderben, und daß wir jetzt in der Lage sind, ruhig abzuwarten, ob endlich eine Spur von Gegenkonzessionen in Rom

geboten wird. Wir werden sie dann freundlich und wohlwollend entgegennehmen und uns freuen, wenn uns Gelegenheit geboten wird, sie weiter zu entwickeln. Bis wir aber die Farbe und das Gepräge der ersten päpstlichen Konzession, die uns gemacht werden könnte, deutlich und faßlich in der Hand haben, so lange wird mit meinem Willen auch nicht um ein Haar breit nachgegeben werden. (Bravo! rechts. Unruhe im Zentrum.) Unsere Tür wird jederzeit offen sein, und wir werden vollständig bereit sein, in die Verhandlungen einzugehen, die uns entgegengebracht werden; aber wir sind dazu augenblicklich nicht in der Möglichkeit, und aus diesem Grunde wollen wir diese kleine Konzession gratis nicht geben — wir würden das Prinzip damit durchbrechen, und ich weiß ja nicht, ob das preußische Staatsministerium nicht der Meinung ist, in Polen dies Gesetz auch unter Umständen gebrauchen zu müssen. Die Verhandlungen über die Wahl des künftigen Kirchenfürsten in Posen und Gnesen sind ja noch immer im Gange. Die preußische Regierung läßt sich dabei von dem Grundsatze leiten, daß sie nur einem solchen Prälaten ihr Plazet geben kann, von dem sie ganz sicher ist, daß er keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darauf hinausgehen können, die polnisch sprechenden Landesteile Posen, Westpreußen und Oberschlesien jemals von Preußen loszureißen. Einem solchen Prälaten würde sie ihr Votum nicht geben können. Aber das ist auch die einzige Bedingung, die wir stellen. Wir wollen und können in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was wir Revolution nennen, der das, was die Polen Herstellung der Republik Polen nennen, mit wohlwollendem Auge ansieht. Wenn uns diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, wird Posen vakant bleiben, und so lange, wie die jetzige Regierung am Ruder ist, werden wir um kein Haar breit nachgeben.

Auf deutschem Gebiete liegt, wie gesagt, mein Bedenken weniger, als Sie glauben — da wüßte ich kaum etwas, was ich von dem, was bisher gefordert wird, zu versagen für absolut notwendig hielte; nur glaube ich, daß wir die Konzessionen, die wir überhaupt noch auf Lager haben — es sind ja gar nicht so ungeheuer viele — uns aufsparen müssen, um sie als Aquivalent zu verwerten, wenn künftig der große Kampf losgeht, den der Herr Abgeordnete Windthorst uns in Aussicht gestellt hat. (Heiterkeit.) Dann werden wir darauf eingehen, wir werden dann sehr viel mehr nachgeben, um den Frieden zu gewinnen, der uns bisher sorgfältig, überlegter- und berechneterweise, in der Hoffnung, mehr von uns herauszudrücken, versagt wird — sehr zu unserem Bedauern. Wir werden fortfahren, ihn in der bisherigen Weise zu erwarten, und dann werden wir zu solchen Unterhandlungen bereit sein. (Lebhaftes Bravo! rechts. Vereinzeltes Zischen im Zentrum.)

Abg. Windthorst findet es unbegreiflich, daß Bismarck die Aufhebung eines verwerflichen Gesetzes nur gegen Zugeständnisse der Kurie wolle. Die Ernennung von Bischöfen trotz des bestehenden Zustandes sei eine große Konzession des Heiligen Stuhls. Als Ziel der Zentrumsforderungen bezeichnet er den Zustand unter König Friedrich Wilhelm IV. Die Schule sei der künftige Gegenstand des Kampfes; diese müsse dem Einfluß der Kirche wieder unterstellt werden. Für Beseitigung des Gesetzes verspricht er der Regierung Unterstützung in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Auf diese Rede, die die Debatte zu einer großen politisch-diplomatischen Aktion zwischen Bismarck und dem Zentrum erhebt, entgegnet Fürst Bismarck:

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, mich zu loben wegen des ruhigen Tons, in dem ich heute gesprochen hätte; ich kann ihm dieses Lob nicht zurückgeben; es machte mir namentlich der Anfang seiner Rede den Eindruck, als ob er innerlich dächte: „Ich bin des trocknen Tons nun satt“ usw., und daß er in eine andere Tonart hinüberspielen wollte, daß er das Bedürfnis gehabt habe, mit großen, unterstrichenen Worten zu sprechen,

die er mit zorniger Stimme hervorgebracht hat. Er sprach von der „Möglichkeit des Interdikts", von „Tyrannen", die die Religionsfreiheit vernichten, und zum Beleg für das alles hat er ausgeführt, daß diese Tyrannei sich so weit vergißt, unter Umständen einer persona minus grata im Erzbistum Posen das Königliche Plazet zu verweigern, was ein vollkommen vertragsmäßiges Recht ist, das unbestrittene Recht des Königs von Preußen, nicht jeden ihm verdächtigen polnischen Geistlichen zum Bischof einsetzen zu lassen. Das hat der Herr Abgeordnete, wie es scheint, unter der Rubrik „Tyrannei" und „Unterdrückung der Religionsfreiheit" verstanden, was er mit dem — wenn er will — ihm eigenen Pathos hier vorgetragen hat. Er hat es gewissermaßen als eine öffentliche Anklage erhoben. Es sind uns allerdings einige polnische Prälaten von Rom vorgeschlagen worden, darunter aber auch solche, die, nachdem wir die uns bekannt gewordenen, in Rom aber nicht bekannten Antezedentien zur Kenntnis gebracht hatten, sofort zurückgezogen worden sind, und ich habe nie daran zu erinnern für nützlich gehalten, daß sie uns überhaupt jemals vorgeschlagen worden sind. Ich kann nur wiederholen: den Erzbischof von Posen, der unter Umständen seinen Segen zur Losreißung Posens von der Krone Preußens gibt, diese persona minus grata auszuscheiden, hat man das Recht, und die Ausübung desselben ist keine „Tyrannei" und keine „Bedrückung der Religionsfreiheit". Da übertreibt der Herr Redner.

Er hat von mir gesagt, daß ich im Preußischen Landtage früher mit großer Lebhaftigkeit diese Dinge verteidigt hätte. Meine Heren, die „Lebhaftigkeit", mit anderen Worten, die Erregung im Sprechen, steckt einigermaßen an. Wir sind damals von den Herren Rednern, die noch heute mitunter im Namen der Fraktion sprechen, mit so beleidigenden, beschimpfenden Worten und Wendungen angegriffen worden — ich kann mich auf die stenographischen Berichte von damals berufen — es sind uns „Lügen" ins Gesicht geworfen worden und andere Ausdrücke, daß es nicht zu verwundern ist, wenn es aus dem Walde herausschallt, wie man in den Wald hineinschreit; und wenn ich einmal lebhaft werde, so kann ich Ihnen versichern: Es ist mir wirklich so zu Mute, die Sache bewegt mich. Ich kann es von denjenigen, die mir gegenüber lebhaft werden, nicht immer glauben. (Hört!) Ich glaube es nicht; es ist ein Pathos, das vielleicht zum Eindruck der Sache erforderlich ist, dem aber die innere Überzeugung des Redners, anscheinend wenigstens, nicht zur Seite steht. Es mag nützlich sein; noch nützlicher aber, wenn man den Ton so drucken könnte, wie er gesprochen wird. (Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete hat von „Annahme dieses Antrags" gesprochen — ich kann mir nicht denken, daß er darauf würde rechnen können, daß es möglich sei, daß der Bundesrat nun gleich das Gegenteil von dem beschließt, was er vor drei Wochen beschlossen hat — und hat gesagt, wir hätten uns damals die Sache nicht recht überlegt, wir wären eben leichtfertig vorgegangen. Der Herr Abgeordnete Windthorst, seine Fraktion und alle, die verpflichtet sind, ihm Heeresfolge zu leisten, bleiben immer bei dem Gedanken — drei Wochen lang, da freilich bitte ich um Entschuldigung — wir würden jetzt pater peccavi sagen und würden die Sache anerkennen. Glauben Sie wirklich, daß dem Bundesrat das möglich ist? Die Herren können sich das nicht sagen, und wenn sie wirklich daran glaubten, warum wollen sie nicht, wo jetzt, wie ich voraussehe, die Ablehnung sich wiederholt, nach acht Tagen nochmals diesen Antrag bringen — und so in infinitum? Wir können uns doch

lieber mit der Ruhe, in der ich vorhin gesprochen habe, als in der Erregtheit, in der der Vorredner sprach, immer de rebus omnibus et quibusdam aliis unterhalten; wir haben ja die ganze nächste Zeit vor uns. Genieren Sie sich nicht, schweigen Sie nicht (Bravo! rechts) und besorgen Sie nicht, daß der Bundesrat sich blamieren wird.

Dann hat der Herr Abgeordnete daran erinnert, daß, wenn wir ein Defizit im Reich hätten, in den einzelnen Bundesstaaten höhere Steuern erhoben werden müßten, und daß wir uns doch darüber nicht täuschen möchten, daß zuletzt der Steuerzahler verdrießlich wird, wenn er mehr Steuern zahlen muß. Steuerzahler ist ja der Wähler; er hat es in der Hand, wieviel Steuern er zahlen will. Wenn er so viel nicht zahlen will, wie für den Geschäftsbetrieb des Reiches gebraucht wird, so muß das Reich seinen Betrieb einschränken.

Ich will nicht übergreifen in Themata, die uns heute nicht vorliegen; aber wenn Sie uns die Ausgaben des Reiches verkürzen und zu weiteren nötigen Ausgaben die Mittel nicht gewähren, dann werden natürlich diese Ausgaben unterbleiben, und die verkürzten Etatspositionen werden die Folge haben, daß die Arbeit derjenigen Beamten, deren Arbeitskräfte damit bezahlt werden sollen, nicht geleistet wird. Es wird dann weniger geschehen. Wir können uns nicht verdoppeln; wir können es aushalten, wenn das Land will, daß die Personen, die dazu nötig sind, nach dem Urteil sachverständiger und ihr Geschäft gut verstehender Leute, nicht angestellt werden sollen. Meine Herren, damit genieren Sie uns gar nicht. Streichen Sie uns die Hälfte des ganzen Personals, dann werden wir sie nicht besolden; wir werden dann nur die Hälfte der Arbeit tun und die Sachen, die wir nicht arbeiten können, nicht besorgen. Damit imponieren Sie mir gar nicht, Sie beschränken mich auch nicht. Je weniger Personen, desto weniger Arbeit haben wir.

Dann muß ich darauf kommen: Der Herr Abgeordnete spielte wieder auf die Auflösung an. Das ist immer ein Mittel, eine gewisse Unruhe und Aufregung im Lande zu erhalten, und ich will deshalb die Gelegenheit benutzen, zu erklären, daß davon gar nicht die Rede ist. Nach dem, was ich eben sagte, können Sie ohne jede Hoffnung auf Auflösung (Heiterkeit) Ihren Geschäften ruhig nachgehen. Wenn der Bestand des Deutschen Reiches und der Regierung davon abhängig wäre, ob einmal in einer Session mit weniger Wohlwollen das Budget behandelt wird, ob die Gesetze abgeändert werden, dann wäre das Deutsche Reich überhaupt nicht auf die Dauer zu halten. Dergleichen Perioden werden in jeder Session vorkommen; zum Beispiel glaubte man zu Anfang der vorigen Session allgemein, es würde in den drei Jahren gar kein Gesetz weiter zustande kommen. Das war der Eindruck nach den Wahlen, die unter den Einwirkungen einer geschickten technischen Agitation zu einer großen fortschrittlichen Majorität geführt hatten. Nachher sind auch eine Menge ganz hübscher Gesetze zustande gekommen, recht nützlicher Gesetze, und so ist es vielleicht auch diesmal. Es knüpften sich an diese Wahlen große Hoffnungen, viel größere, als ich sie geteilt habe, und da ist vielleicht gerade das Umgekehrte möglich, daß wir einmal ein Jahr erleben, wo kein einziges Gesetz zustande kommt; dann plectuntur Achivi, die Achäer tun mir leid, aber ich kann es nicht ändern; wir in der Regierung, wir können mit den bestehenden Gesetzen gerade so leben und fortwirtschaften wie jetzt; nur wenn manches unterbleibt, muß manches darunter leiden.

Ich will auf das nicht zurückkommen, was ich schon vollständig durch meine erste ohnehin längere Äußerung widerlegt habe, und was der Herr Vorredner von neuem aufgestellt

hat, als ob ich es nicht widerlegt hätte. Ich überlasse es den Lesern, es richtig zu stellen. Nur ein paar irrtümliche Behauptungen möchte ich doch noch widerlegen.

Er hat vorhin gesagt, es würde, wenn nur die Regierung sich dazu verstehen wollte, zu dem status quo ante, wie er unter Friedrich Wilhelm IV. gewesen, zurückzukehren, alles gut und vortrefflich werden. Nun, meine Herren, ich appelliere an Sie alle, die damals in der ganzen parlamentarischen Zeit jenes Königs mit mir in der Preußischen Kammer gesessen haben: Hat nicht das damalige Zentrum, bekannt unter dem Namen „Fraktion Reichensperger", ganz ebenso wie heute das Zentrum, in allen prinzipiellen Fragen, die geeignet waren, der preußischen Regierung Verlegenheiten zu bereiten, ihr Zugeständnisse abzuringen, ganz genau so gestimmt, ja viel schlimmer als das heutige Zentrum? Das heutige ist mir in seiner Gesamtheit viel sympathischer als die Fraktion Reichensperger, vielleicht wegen der Personen, vielleicht auch, weil sie weniger zahlreich war — es waren nur vierzig, und heute sind es über hundert; es wächst ja der Mensch mit seinen größeren Zwecken, und auch mit der größeren Zahl wachsen die Zwecke. Die Fraktion Reichensperger ist mir in der Erinnerung als die Fraktion, die immer ganz sicher als Opposition in Ansatz gebracht wurde, und damals lebten wir unter König Friedrich Wilhelm IV., unter einem Zustand, den der damalige Papst[2] als einen solchen bezeichnete, wie er ihn in ganz Europa nur wünschte, seine Beziehungen wären mit keiner Macht so gut wie mit Preußen. Nichtsdestoweniger hat die Regierung an den vierzig katholischen Abgeordneten der damaligen Fraktion Reichensperger viel weniger Unterstützung gefunden als wie die jetzige Regierung vom Zentrum; sie war ein konstanter Faktor der Opposition. Also darin liegt schon der Beweis, daß uns mit der Rückkehr zu dem status quo ante noch nicht geholfen ist.

Der Herr Abgeordnete hat heute wieder — sein kampflustiger Sinn hat ihm keine Ruhe gelassen — das Bedürfnis, offen zu bekennen, daß Kämpfe bevorständen, vielleicht im Hinblick auf die seiner Meinung nach nahe bevorstehenden Wahlen. Ich lege Wert darauf, ihn zu beruhigen; er braucht diese Meinung nicht zu haben, es stehen keine Wahlen meines Wissens bevor, (Heiterkeit) keine Auflösung. Wir werden, soviel ich voraussehe, mit Ihnen heute über zwei Jahre wieder an dieser Stelle sein. Eine Auflösung ist immer ein Eingeständnis der Regierung, daß sie ohne die Hilfe dieser Majorität überhaupt nicht weiterwirtschaften könne. Wenn der Regierung die Möglichkeit gegeben wäre, ruhig zurückzutreten und der Majorität mit stummer Verbeugung zu sagen: Seien Sie so gut und führen es weiter! — dann wäre es ganz schön und leicht zu machen, und dann möchte ich die jetzige Majorität, die für diesen Antrag stimmen wird, zusammengesetzt aus Zentrum, Konservativen, Fortschritt und Sozialdemokraten, bitten, ein Koalitionsministerium zu machen, (Bravo! rechts) dessen Bau an Künstlichkeit doch mindestens das Ministerium Gladstone, wie es früher war, noch bei weitem überragen würde. (Bravo!) Was das für Folgen haben wird, können Sie leicht einsehen. Es gehört eben zu den Unmöglichkeiten. So liegt denn auch für uns die Auflösungsversuchung gar nicht nahe; eine Auflösung hat doch nur den Sinn für die Regierung: Ich will sehen, ob das Land diese Opposition, die mich nichts zustande bringen läßt, hält und bestätigt; dann will ich zurücktreten. Wenn ich aber nach einer Auflösung meinerseits zurückträte, dann würde es bloß ein Bundesrats-

[2] Pius IX.

mitglied weniger geben, und dann würde der Herr Vorredner sehen, daß der Reichskanzler nicht der Bundesrat ist, sondern daß immer noch, ich weiß nicht, nahezu sechzig Mitglieder im Bundesrat bleiben, wenn der Reichskanzler draußen ist. Diese Möglichkeit ist mir leider durch Umstände, die ich nicht berühren will, nicht geboten; ich bin durch meine persönliche Anhänglichkeit an die Person meines Herrn an den Posten gegen meinen Willen geschmiedet; ich weiß, daß ich in Güte und Gnade nicht davon loskomme; ich weiß, ich muß bleiben.

Also mit dem status quo ante unterschätzt der Herr Vorredner seine eigenen Ansprüche oder überschätzt seine Bescheidenheit und Zufriedenheit. Damit würden die Herren nicht zufrieden sein; dann würde erst noch ein neuer Anlaß vorhanden sein für weitere Kämpfe, die der Herr Vorredner noch in petto hat. Also damit kommen wir nicht darüber hinweg.

Nun hat der Herr Vorredner es seinerseits für notwendig gehalten, das Zentrum zu loben und von der Regierung eine Anerkennung des Zentrums zu erwarten. Ich habe nicht geglaubt, daß er nach den ersten Anerkennungen, die ich für das Zentrum aussprach, das Bedürfnis danach empfinden würde; ich glaubte, das würde genügen, und er sei befriedigt. Nachdem dies aber nicht der Fall ist, will ich noch hinzufügen, daß ich nicht bloß die Disziplin, die Stärke, die Geschicklichkeit, die Zuverlässigkeit, das Worthalten des Zentrums, kurz und gut eine Menge Vorzüge anerkenne, sondern daß ich es im höchsten Maße beklagen würde, wenn sich das Zentrum auflösen würde; es würde das die übelsten Folgen haben für die jetzige Parteikonstellation, es würde ein erheblicher Prozentsatz von Ihnen die fortschrittlichen Reihen verstärken; von den anderen würden, wenn die geistliche Unterstützung wegfällt, wahrscheinlich gerade die Herren, deren historische Namen heutzutage eine Zierde der Fraktion sind, nicht wieder unter uns erscheinen; wir würden die Freude, sie zu sehen, entbehren müssen, und es würde sich die größte Verheerung in unserer Parteikonstellation einstellen. Deshalb wünsche ich dringend, das Zentrum zu erhalten in seinem Bestande; ich halte es für nützlich, so wie die Dinge einmal liegen.

Nun frage ich die Herren: Ist dazu nicht ein kleines Residuum von Kulturkampf unentbehrlich? Würden Sie nicht befürchten, daß das starke Band, welches diese Partei zusammenhält, schwach und schlaff werden würde, wenn die Verteidigung gegen „Tyrannei" und „Unterdrückung der Religion" auf einmal überflüssig erschiene? Ich glaube, es würde eine gewisse Verlegenheit eintreten über das, was man nun ergreifen soll. Ich möchte also die Flamme des Kulturkampfes nicht ganz ausblasen im Interesse des Zentrums, und weil ich wünsche, das Zentrum zu erhalten (Heiterkeit rechts), und ich habe, wenn ich mich besinne, wahrscheinlich noch vieles, was ich zum Lobe des Zentrums sagen könnte. Wenn das, was ich gesagt habe, den Herrn Vorredner noch nicht befriedigt, so will ich es zu Hause schriftlich aufsetzen, um zu seinem Lobe in der Öffentlichkeit beizutragen.

Dann hat der Herr Vorredner meine angedeutete Stellung zu den Maigesetzen bestritten und behauptet, daß ich doch nicht so unbeteiligt dabei gewesen. Ich glaube, der Herr Vorredner hat Wichtigeres zu tun gehabt in der Zeit, als sich um meine persönlichen Verhältnisse zu kümmern. Ich war, als die Maigesetze entstanden, ja nicht in Berlin anwesend, ich war nicht Ministerpräsident, Sie werden finden, daß unter den Gesetzen meine

Unterschrift ex post erfolgte, sie steht hinter der des Ministerpräsidenten Grafen Roon; er steht als Ministerpräsident unterschrieben, und meine Unterschrift wurde von mir zum Teil unter dem Druck der Kabinettsfrage verlangt. Es gilt dies auch von dem Zivilstandsgesetz, welches mir am meisten gegen den Strich ging, das ich notgedrungen unterschreiben mußte; ich selbst war krank, mehrere Minister waren bereit, abzugehen, und ich war nicht imstande, sie zu ersetzen. Ich war auch nicht geneigt, den Kampf überhaupt aufzugeben. Ich kann nicht leugnen, daß ich über die Details, über die juristische Ausführung der Gesetze verwundert und nicht angenehm überrascht war; aber ich mußte die Gesetze nachher nehmen, wie ich sie fand. Etwas anderes sind die Junigesetze von 1875, die ein paar Jahre später erlassen wurden. Bei diesen bin ich vollständig beteiligt gewesen und übernahm die volle Verantwortung für die Verfassungsänderung, zu der ich meine damaligen Kollegen, die vor dem Worte „Verfassung“ eine Scheu empfanden, die über meine damalige Empfindung hinaus ging, nur schwer bewegen konnte; — namentlich mein damaliger Kollege Dr. Falk machte am längsten Opposition gegen alles, was Verfassungsänderung hieß. Also da übernahm ich die Verantwortlichkeit; und selbstverständlich auch für dieses Gesetz, welches jetzt vorliegt, und das unter meiner Beteiligung gemacht worden ist.

Wenn der Herr Vorredner sagte, ich hätte dieses Gesetz gering geachtet, als von wenig Bedeutung bezeichnet, und deshalb wäre es besser, daß ich dieses Opfer für die Religionsfreiheit bringen sollte, so mag dies in Bezug auf dieses einzelne Gesetz zutreffen; aber das Gesamtprinzip, keine Konzession mehr ohne Äquivalent zu machen, halte ich nicht für so unbedeutend. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Rechte, die entzogen werden, das Heimatrecht, das Recht, Messen zu lesen in der Heimat, gering wären. Ich habe nur gesagt, daß die Zahl derjenigen Personen eine geringe ist, die noch nicht begnadigt sind. Ich glaube, daß außer den 27 Verschollenen niemand mehr da ist, der keine Begnadigung erfahren hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn mir jemand solche Personen namhaft machen würde; aber so lange mir das nicht nachgewiesen wird mit Namen, unter welchen Bedingungen und warum solche existieren, bestreite ich, daß irgendein Mensch in der Welt existiert, der darunter leidet. (Abgeordneter Dr. Windthorst: Herr v. Goßler hat das ganze Verzeichnis!) — Dessen Nachrichten habe ich; das sind 27, er weiß sonst keinen mehr. (Abgeordneter Dr. Windthorst: Herr Behn!) — Das muß ich bestreiten; die Personen, für die der Herr Vorredner unser Mitleid mit so bewegter Stimme angerufen hat, existieren nicht. Es gibt keine solchen mehr: ich habe trotz der angestellten Forschungen keinen ermitteln können, der augenblicklich noch betroffen wäre. Das mindert die Wichtigkeit und Bedeutung der Demonstration, die mit so großer Majorität im Juni gemacht worden ist, gegenüber dem Bundesrate. Es handelt sich auch nicht um das Messelesen für die Frage, ob wir etwa wider Wunsch und Erwarten in Polen in die Lage kämen, von dem Gesetz Gebrauch zu machen. Es ist nicht das Messelesen, was wir verbieten wollen, sondern die politische Agitation, und die kann gerade von der Kanzel herab erfolgen, wie es in Polen bekanntlich gerne geschieht, wo das Nationale mit dem Religiösen vermischt wird. Da kann das Reich im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und des inneren Friedens nicht anders, als einen polnischen Nationalfanatiker, der den geistlichen Rock trägt, aus dem Kreise, in dem er seine Wurzel hat, und in den seine Tätigkeit gestellt ist, zu entfernen und irgendwo zu internieren. Er kann dann Messe lesen,

so viel er will, aber nicht politisch agitieren. Daß die Polen im Kriege und im Steuerzahlen und sonst ihre Pflicht erfüllt haben, das bestreite ich gar nicht; aber wir wünschen eben, daß sie das auch ferner und ohne Unterbrechung tun. Der Herr Vorredner wird mir aber doch wohl nicht bestreiten können, daß wenigstens ein Teil unter ihnen außer dem Militärdienst und dem Steuerzahlen doch auch ein erhebliches Maß von Insurrektionen zu unserer Lebenszeit geleistet hat, die für das Land sehr kostspielig und nach einem unglücklichen Kriege auch gefährlich hätten werden können. Diese Insurrektionen müssen wir verhindern; daran ist in Polen der Bauer und der kleine Mann auch außerordentlich wenig beteiligt; nur insoweit, als er im Dienst der Edelleute ist, wird er, wenn er seine Stelle nicht verlieren will, genötigt, mitzugehen, und nur als Hausdiener geht er vielleicht mit Vergnügen mit; aber den polnischen Bauer und Arbeiter halte ich nicht für gefährlich. Die ganze Gefahr beruht allein in dem intelligenten und tätigen Teil der polnischen Bevölkerung, in dem polnischen Adel, unterstützt von den nationalpolnischen Geistlichen, und daß wir nicht die Hand dazu bieten, diese Unterstützung der höheren Stände durch das Prälatentum zu fördern, daß wir von den Mitteln, die wir haben, sie zu verhindern, sorgfältig Gebrauch machen, das sind wir der Ruhe und dem Frieden des Landes schuldig; davon werden Sie uns mit allen Deduktionen nicht abbringen.

Die ganze Wiederholung des Antrags wird ein Schlag ins Wasser bleiben; denn ich kann mir nicht denken, daß sich im Bundesrate heute eine andere Majorität finden sollte wie vor drei Wochen. Aber wenn Sie den Antrag nachher nochmals stellen, da können wir ja den Puls des Bundesrats in jedem Monat einmal fühlen, dann bitte ich aber, mich davon zu dispensieren, daß ich mich dagegen wehre, und ein für allemal anzunehmen, daß ich oder die Regierung dem Antrage widersprechen. Früher war ich auch gar nicht so sehr dagegen.

Es kommt bei solchen Angelegenheiten sehr darauf an, welches Maß von politischem Vertrauen man zu den Antragstellern hat, und welche Hoffnung man daran knüpft, und dieses Maß von Vertrauen zu den Antragstellern, was bei mir erheblich gewachsen war — das kann ich nicht leugnen — hat während der Wahlen bis zur Verkündigung nicht gerade zugenommen, im Gegenteil. Ich bedaure das; aber ich kann nicht mehr mit demselben Vertrauen der Fraktion entgegenkommen wie vorher, nachdem sie diese kleine Pandorabüchse in der Hand hat und aus derselben nach rechts und links hin alle möglichen Übel, unter Umständen auch nach anderen Richtungen als konfessionellen, loszulassen imstande ist. Leute, die diese Wirksamkeit kennen, könnten für richtig halten, was der Nuntius Meglia gesagt haben soll, nämlich, daß „uns nur die Revolution helfen könne", und daß die Unterstützung jeder rein politischen und weltlichen Oppositionspartei der erste Anfang dieses Programms sei. (Unruhe im Zentrum.) — Sie brauchen nicht zu widersprechen; ich führe nur an, welchem Verdacht Sie sich aussetzen, und wie sehr ich wünschte, daß Sie diesen Verdacht vermieden, sich rein an dem Ihnen angeborenen konfessionellen Standpunkt des Zentrums hielten und auf die Unterstützung lehnbarer Nebenfraktionen verzichteten; Sie würden Ihr ganzes Verhältnis zu der Regierung reiner erhalten, wenn Sie ihr nur mit eigenen Wünschen und nicht verquickt mit anderen Fraktionen gegenüber ständen. (Bravo! rechts.)

Nach längerer Diskussion wird der Antrag Windthorst mit 217 gegen 94 Stimmen angenommen, vom Bundesrat jedoch wiederum abgelehnt.

8. Sitzung des Deutschen Reichstags.

4. Dezember 1884.

Eine Position von 2700 Mark im Etat der Reichskanzlei für Gehaltsaufbesserung einiger Unterbeamten fordert Abg. Richter zu streichen. Herr v. Rottenburg verteidigt die Position, der Abg. v. Huene (Zentrum) fordert die Überweisung an die Budgetkommission, Graf Herbert Bismarck spricht in warmen Worten für die Beamten der Reichskanzlei, Abg. v. Maltzahn-Gültz wendet sich gegen die Überweisung dieser kleinen Position an die Budgetkommission. Dann erklärt Fürst Bismarck:

Ich glaube, ich habe in meiner amtlichen Tätigkeit nie Anlaß zur Kritik dadurch gegeben, daß ich verschwenderisch in der Verwendung von Hilfsmitteln, in der Verwendung von Personen gewesen bin; ich muß wenigstens hervorheben, daß von seiten der Ausländer, mit denen ich zu tun habe, stets die Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß unsere Zentralmaschine mit so wenigen und geringen Kräften überhaupt auskommt und mit so wenigen Mitteln. Vergleichen Sie alle übrigen, auch nur das Sekretariat eines jeden der französischen und anderer Ministerien damit, so werden Sie finden, daß die Zahl der Personen und Besoldungen eine erheblich höhere ist als bei uns. Daß wir überhaupt mit so wenig Personen auskommen, liegt in der Qualität der Persönlichkeiten, die ich mit der Zeit mir habe heranbilden können; es liegt vielleicht auch daran, daß ich einen größeren Teil der Arbeit selbst übernehme, als von jemand in meiner Stellung überhaupt dauernd erwartet werden kann. Ich sehe voraus, daß unter einem künftigen Ministerium die Zahlen und Kosten mindestens verdoppelt und verdreifacht werden müssen, wenn dieselbe Einrichtung wieder beibehalten werden soll. Ich kann meinen Dienst im Auswärtigen und in den Verbindungen mit allen inneren Behörden nicht auf bestimmte Stunden beschränken; ich muß von acht Uhr morgens an bis zehn Uhr des Abends, ja selbst in der Nacht Leute zur Verfügung haben, die sofort da sind. Es vergeht von früh an bis ziemlich spät kaum eine Viertelstunde, zu manchen Zeiten nicht fünf Minuten, wo meine Tür nicht geöffnet, und ein neues Papier, eine neue Mitteilung hereingebracht wird, über die ich mich entschließen muß, ob sie eine sofortige geschäftliche Behandlung erfordert; und wenn dies der Fall ist, oder auch wenn die Sache nur zu den Akten gehen soll, so muß ich die Reichskanzlei — etwas anderes habe ich nicht zur Verfügung — dort haben; es ist also ganz unmöglich, daß die Stelle unbesetzt bleibt. Daraus folgt also ein Arbeitstag von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends. Ja, die Erledigung dessen, was nachher zum anderen Morgen fertig sein muß, hält die Herren doch gewöhnlich bis elf Uhr abends auf. Daß eine solche Arbeitslast von vier Beamten nicht dauernd besorgt werden kann, zeigt die häufige Wiederholung der Erkrankungen: es ist keiner von den jetzigen Beamten, der nicht schon durch Überarbeitung bis zu Jahr und Tag dienstunfähig gewesen wäre und dann ersetzt werden mußte.

Was nun die Finanzlage anbelangt, so muß ich da befürworten, daß der Ersatz, der bei der Unzulänglichkeit der regelmäßigen besoldeten Kräfte eintritt, ja sehr viel teurer ist; er muß durch Diätare und herangezogene Hilfsarbeiter beschafft werden. Die kosten sehr viel mehr als die Zulagen, die hier gefordert werden. Die Herren in der Reichskanzlei und dem Chiffrierbüro des Auswärtigen Amtes leisten mehr, als durchschnittlich selbst in der anspruchsvollen altpreußischen Verwaltung von den einzelnen gefordert werden kann, für ein Gehalt, das sehr viel geringer ist, als mit der Leistung und Pflichttreue und Zuver-

läſſigkeit, wie ſie da erforderlich ſind, in jedem andern Erwerbszweige gewonnen werden könnte; daß ſie dafür eine Entſchädigung bekommen, iſt billig. Ich kann ja nichts dagegen haben, wenn Sie dieſe Frage ungeachtet meines, wie ich glaube, auf Erfahrung und Sachkunde beruhenden Zeugniſſes nochmals in einer Kommiſſion prüfen wollen. Immerhin iſt mir eine Verweiſung an die Kommiſſion lieber als die Ablehnung, die mich in die Lage ſetzen würde, die Geſchäfte, ſoweit ich ſie nicht vermindern und liegen laſſen kann, durch Hilfsarbeiter, die mehr als 2700 Mark koſten werden, beſorgen zu laſſen. Ich muß dieſe Hilfsarbeiter dem Auswärtigen Amte und anderen höchſten Reichsämtern entziehen; die werden wiederum in die Lage geſetzt, das Manko, das ich ihnen verurſache durch Heranziehung bei mir durch koſtſpielige Heranziehung ihrerſeits zu decken.

Aber ich möchte die Bemerkung, die Herr v. Huene über die Verweiſung machte, daß in der Kommiſſion die Gleichartigkeit der ganzen Forderung geprüft werden ſollte, doch noch von meinem Standpunkt aus beleuchten. Die Anforderungen und Leiſtungen ſind nicht gleichartig. Es gibt, wie ich glaube, keine einzige Stelle im preußiſchen wie im Reichsdienſt, wo von Subalternbeamten für die mäßigen Beſoldungen, die ihnen überhaupt zugänglich ſind, eine ſolche Summe von Arbeit, eine ſolche Sicherheit in der Diskretion, eine ſolche Genauigkeit zu jeder Tageszeit verlangt werden. Das Chiffrieren der Depeſchen — und leider iſt ja ſeit der Erfindung der Telegraphie das eingeriſſen, daß der ſchriftliche Verkehr ſehr zurücktritt im Vergleich zu dem telegraphiſchen und notwendigerweiſe chiffrierten — das Chiffrieren von drei bis vier Folioſeiten mitten in der Nacht, das Dechiffrieren mitten in der Nacht, ſowie die Geſchäfte ein klein wenig anſchwellen, reißt ja niemals ab. Aber ich will von dem Maß von Arbeit, welches dazu erforderlich iſt, gar nicht ſprechen, ſondern nur von dem Maße von Bildung und Genauigkeit: es haben die meiſten von den Herren ſtudiert, ſie ſind zum Teil Aſſeſſoren, es ſind Referendare, und ſie ſtehen inſofern über den Anſprüchen der großen Mehrzahl der Subalternbeamten nach ihrer Vorbildung, die dort unentbehrlich iſt aber ich ſpreche nur von der Wichtigkeit ihrer Diskretion, von ihrer Genauigkeit. Ein einziger Irrtum, eine falſche Kollationierung einer telegraphiſchen Depeſche, die zwiſchen Mächten in einer ſchwierigen Situation gewechſelt wird, welches Unheil kann das anrichten! Dann, meine Herren, welche Verſuchungen können an Leute in dieſer Stellung herantreten — ich bin davon überzeugt, fruchtlos; aber man ſoll doch auch die Feſtigkeit auf keine übermäßige Probe ſtellen! Ich weiß aus den Erfahrungen der anderen Länder und aus Erfahrungen, die ich mitunter auch ſelbſt gemacht habe, wie hoch der Wert der Wiſſenſchaft von Leuten dieſer Stellung mitunter für einen anderen Staat anzuſchlagen iſt, und was man, ohne ſich Vorwürfe darüber zu machen, ausgeben kann; ein Zurückſchrecken vor dem Geben findet bei dieſer Frage in keinem Kabinett ſtatt, ſobald man Leute findet, die nehmen wollen; und das zu vermeiden, daß man bei uns Leute in dieſer Stellung fände, die „nehmen“ wollten, halte ich doch für den oberſten Zweck. Wenn die größere Wahrſcheinlichkeit nach dem Zeugnis eines Mannes, der 22 Jahre lang Auswärtiger Miniſter geweſen iſt, hier vorliegt, ſo ſollten Sie mir doch das nicht beſchneiden, was ich glaube für die Dienſte, die ich dem Lande leiſte, zu gebrauchen. (Bravo! rechts.)

Nach nochmaliger Forderung der Verweiſung an die Budgetkommiſſion und kurzer Erwiderung des Reichskanzlers wird die Poſition an die Kommiſſion verwieſen und ſpäter vom Reichstag bewilligt.

15. Sitzung des Deutschen Reichstags.

15. Dezember 1884.

Es werden im Etat des Auswärtigen Amtes 20 000 Mark gefordert für eine zweite Direktorstelle in der zweiten Abteilung des Auswärtigen Amtes, da die Arbeitslast der Beamten so angewachsen sei, daß diese Schaffung unbedingt notwendig ist. Der Referent der Budgetkommission Abg. Dr. v. Bunsen beantragt Ablehnung dieser Position im Hinblick auf die finanzielle Notlage des Reiches. Unterstaatssekretär Busch erläutert eingehend die Dringlichkeit der Forderung; ihm sekundiert Graf Dönhoff-Friedrichstein. Lediglich aus Opposition um jeden Preis und um der Regierung Schwierigkeiten zu machen, leugnet Abg. Loewe den Mangel an Arbeitskräften im Auswärtigen Amt und lehnt unter Hinweis auf die Finanzlage die Position ab. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Abgeordnete Loewe hat die sachlichen Anführungen der beiden Herren Redner, die — der eine im Namen, der andere im Sinne der Regierung — vor ihm gemacht haben, dadurch zu widerlegen gemeint, daß er sagte, die Sache wäre nicht so schlimm, und die Arbeit könnte recht gut geleistet werden, wenn man sich nur mehr Mühe geben wollte; er hat mir auch einige sehr beachtenswerte Ratschläge über richtige Verteilung der Geschäfte (Heiterkeit) an die Hand gegeben, und ich bin ja überzeugt, daß er dieses wie alles andere sehr viel besser versteht als ich; ich würde ihm gern meinen Platz zedieren und ihm überlassen, mit dem, was vorhanden ist, die Geschäfte zu betreiben.

Außerdem bestreitet er, daß die Arbeitslast sich bisher in eben dem Maße, wie der Herr Unterstaatssekretär es anführte, hätte fühlbar gemacht. Es waren ihm, wenn ich ihn richtig verstand, doch noch nicht genug Leute auf dem Wege unter der Last der Arbeit geblieben. Er führte den einen an, Herrn v. Bojanowski, einen der ausgezeichnetsten Beamten, die wir gehabt haben, an dem ich einen vorzüglichen Generalkonsul in London verloren habe und der Kaiserliche Dienst mit mir, und der mit der ganzen ihm innewohnenden Arbeitslust in die Geschäfte hineingegangen, in sehr kurzer Zeit aber diesen, und ausschließlich nur diesen, erlegen ist.

Dem Herrn Abgeordneten Loewe genügt dies neue Opfer aber nicht. Ich verweise ihn auf weitere. Die Schwierigkeit, die Geschäfte mit dem Vorhandenen zu bestreiten, hatte ja schon früher nicht nur für den einen Reichskanzler, wie der Herr Abgeordnete anzudeuten beliebte, bestanden, sondern auch für den Staatssekretär Herrn v. Bülow, welcher schon vor Jahren ein Bedürfnis neben mir geworden war, weil ich die Arbeit nicht leisten konnte. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß ich im Jahre 1877 meinen Abschied erbeten habe wegen Unzulänglichkeit meiner Gesundheit, den Dienst in der bisherigen Weise zu leisten. Er ist mir abgeschlagen worden, und um meine Tätigkeit dem Dienst zu erhalten, ist das Stellvertretungsgesetz votiert worden. Vermöge dieses Stellvertretungsgesetzes habe ich ein Recht auf einen Staatssekretär als Vertreter, als vollen Vertreter meiner Person; die Person des Reichskanzlers ist berechtigt, ganz auszufallen vermöge des Stellvertretungsgesetzes. Es fällt also schon ein Drittel von den drei Männern, die Herr Loewe plötzlich aus mir gemacht hat, weg, sobald ich das mir durch das Stellvertretungsgesetz verliehene Recht wirklich in Anwendung bringe und den Auswärtigen Geschäften vollständig entsage. Ich bin nach dem Stellvertretungsgesetze dazu berechtigt, und um Ihnen das, was vielleicht in Vergessenheit geraten ist, anschaulich zu machen, erlaube ich mir auf den Text aufmerksam zu machen, dem zufolge ich vertreten werden kann „nicht nur in der Gegenzeichnung, sondern in allen sonstigen mir durch die Verfassung

und die Gesetze des Reiches übertragenen Obliegenheiten". Ich bin nun durch königliche Order in den Auswärtigen Sachen vertreten, soweit ich mir die Geschäfte nicht nach § 3 vorbehalte; ich habe sie mir im Auswärtigen ausschließlich bisher vorbehalten. Wenn mir aber die Mittel dazu nicht gewährt werden, sie zu leisten, so muß ich auf diesen Vorbehalt verzichten, und so kann ich in die Lage gebracht werden, allen inländischen Behörden und auswärtigen Vertretern anzuzeigen, daß ich mich genötigt sehe, wegen Mangel an Mitteln, das Geschäft so, wie ich es erkenne, durchzuführen, von dem Stellvertretungsgesetz den vollen Gebrauch zu machen und meinerseits die fernere Verantwortung für die Führung der Auswärtigen Angelegenheiten abzulehnen. Reichskanzler kann ich deshalb doch bleiben; ich kann mich dann nur mit mehr Muße den angenehmen Unterhaltungen im Reichstage und den Geschäften im Bundesrat widmen, aber den Auswärtigen entsagen. Wenn Sie mir die Mittel, die ich für notwendig halte, versagen, so besorgen Sie es doch selbst, wenn es Ihnen einerlei ist, was daraus wird, wie es mir einerlei ist; ich kann es ja aushalten.

Herr v. Bülow war bekanntlich ein sehr arbeitsfähiger und arbeitslustiger Mann und ging mit dem ihm eigenen Eifer an die Geschäfte; er konnte dieselben aber doch auch nicht allein bestreiten, sondern war, wie dem Herrn Vorredner bei der genauen Kenntnis des Budgets, welche ich bei ihm voraussetze, sicher bekannt sein wird, in kurzer Zeit schon genötigt, sich einen anderen, gleich tüchtigen Amanuensis in der Person des jetzigen Botschafters in Konstantinopel — damals Gesandten in Griechenland — Herrn v. Radowitz zur Seite zu stellen, der ja jahrelang neben Herrn v. Bülow, der Staatssekretär war, die Stelle eines Unterstaatssekretärs verwaltet hat, eine der besten Arbeitskräfte, ein vorzüglicher Redakteur. Wenn Sie die Rechnung nachsehen, so werden Sie sehen, daß diese Einrichtung dem Reich noch teurer geworden ist als die einer Anstellung eines weiteren Direktors. In Griechenland war er als Gesandter pro tempore entbehrlich; aber es war seine volle Berechtigung, daß er im Genuß seiner amtlichen Bezüge blieb, auch während der Zeit, während welcher er in kaiserlichen Diensten abkommandiert war. Ungeachtet dieser Beihilfe ist Herr v. Bülow der Last seiner Geschäfte erlegen. Fragen Sie jeden Arzt, der ihn behandelt hat: er ist zuschanden gearbeitet worden und ist schließlich in seinem amtlichen Sessel, sozusagen unter Feuer, geblieben. Er war erheblich jünger als ich, ein arbeitskräftiger, rüstiger Mann; er hat die Sache auf die Dauer nicht durchführen können.

Nach ihm habe ich die Gefälligkeit des jetzigen Herrn Botschafters in Paris Fürsten Hohenlohe in Anspruch genommen, um eine Zeitlang die Geschäfte zu versehen. Der Fürst hat sich mit der ihm eigenen Zuvorkommenheit und Hingebung für den Dienst dazu bereit finden lassen; aber schon nach einem halben Jahre mußte er erklären, daß die damit verbundene Geschäftslast seine Kraft und Gesundheit überstiege, und hat demnächst abgelehnt.

Nun, meine beiden jetzigen Beistände, Graf Hatzfeldt und der neben mir stehende Herr Unterstaatssekretär, sind ebenfalls von dem Übermaß der auf ihnen ruhenden amtlichen Pflichten derartig geschädigt, daß jeder von ihnen in ziemlich kurz aufeinander folgenden Fristen absolut notwendig einen Urlaub zur Herstellung seiner Gesundheit haben muß, und daß der Herr Unterstaatssekretär auf die ihm liebgewordene Arbeit hier glaubt für die Zukunft verzichten zu müssen, um einen Gesandtschaftsposten zu übernehmen, wodurch seine Arbeitskraft, seine Befähigung und Kenntnis dem kaiserlichen Dienst werden erhalten bleiben.

Dem Herrn Abgeordneten Loewe genügt die Zahl der Opfer, die ich aufzähle, nicht; er will weitere abwarten. Wir sind aber nicht entschlossen, ihm dies Vergnügen zu machen; und wenn keine Erleichterung stattfindet, so können eben die Geschäfte in dem bisherigen Maße und mit der bisherigen Wirksamkeit nicht besorgt werden.

Aus den Äußerungen, die im Namen der Kommission hier fielen, und aus denen des Herrn Abgeordneten Loewe schließe ich, daß man sich doch keine recht klare Vorstellung macht von dem, was ein Direktor in einem Ministerium eigentlich sein soll, und weshalb seine Existenz ein Bedürfnis ist; seine raison d'être ist eigentlich nur schematisch und bürokratisch aus dem Budget nachgewiesen. Der Ursprung dieser Stellung liegt aber in dem Umstande, daß ein Minister außerstande ist, die Gesamtheit der Nummern zu übersehen, für welche er die Verantwortung zu tragen hat.

In den Ministerien, wo dies der Fall ist — es gab früher in Preußen solche — da ist auch gar kein Direktor notwendig; da kann der Ministerialchef selbst in einer Person Minister und Direktor sein. Es gibt Ministerien, und es gab solche, wo der Chef vollständig imstande ist, mit Muße alle seine Eingänge und Ausgänge zu lesen und die Verantwortlichkeit dafür zu tragen. Wo das aufhört, wird es für den Ministerialchef notwendig, jemand zu haben, auf dessen Unterschrift er, gewissermaßen de credulitate, in fidem, unterschreibt, ohne die Sache zu lesen. Es gehen im Auswärtigen Amt etwa 70 000 Nummern durch, und allein in der zweiten Abteilung täglich etwa 160 Konzepte. Die Zahl in der politischen Abteilung ist so groß nicht; dafür sind die Konzepte aber länger, manchmal ein einziges 20 Bogen stark. Es ist mir schon in der politischen Abteilung ganz unmöglich, alle Sachen zu lesen. Auch wenn ich die volle Arbeitskraft noch hätte, mit der ich in den Staatsdienst getreten bin, und die ich seitdem auf dem Altare des Vaterlandes mit Vergnügen geopfert habe, so wäre ich doch nicht imstande, auch nur im Auswärtigen Ministerium die Verantwortlichkeit für die Geschäfte desselben in der Weise zu tragen, daß ich für jede Nummer einstehen könnte.

Wie schon erwähnt, beläuft sich die Zahl der Nummern der zweiten Abteilung auf 58 000; das macht, wenn man im Jahr dreihundert Arbeitstage, wie im Unfallgesetz, rechnet und den Arbeitstag etwa zu zehn Stunden, beinahe auf eine Minute eine Nummer, und es sind Nummern darunter, deren Lesen und Bearbeiten mehrere Tage erfordern. Jede dieser Nummern, auch die kleinste, kann den Keim einer Verwickelung in sich tragen; es ist oft sehr schwer, bei einer politischen Verwickelung das πρῶτον ψεῦδος aufzufinden, wo der falsche Weg, der eingeschlagen ist, von dem richtigen, der hätte eingeschlagen werden müssen, sich getrennt hat. Es ist deshalb notwendig, auch die kleinen Sachen im Auge zu behalten, weil sehr leicht eine Verletzung oder eine unberechtigte Inanspruchnahme darin enthalten sein kann. Der Auswärtige Minister muß also entweder selbst alles sehen, oder er muß so viele Leute, wie notwendig ist, haben, die von der Beschaffenheit sind, daß er sich sagt: Wo dessen Paraphe steht, setze ich meine Unterschrift auch hin — in fidem, ich glaube, daß er ein richtiges Urteil hat. Man kann natürlich nicht jedem jüngeren und älteren Rat diesen Grad von Vertrauen schenken, und deshalb sage ich: Der Direktor einer Abteilung ist der Vertrauensmann des Ministers, auf dessen Unterschrift hin er die seinige hinsetzt, auf dessen Urteil, auf dessen Takt, auf dessen sorgsame Arbeit und Aktenlesung er ich nicht imstande ist, dies alles in jedem ein-rechnet, wenn er, der Minister selbst, persönl zelnen Falle zu leisten.

Nun fragt es sich, wie viel solcher ausgesuchten Vertrauensmänner, die alle diese Eigenschaften besitzen müssen, braucht ein Ministerium nach der Zahl seiner Nummern und der Wichtigkeit seiner Arbeiten? Ich bin bisher mit zweien der Art ausgekommen, aber doch nur, indem ich selbst ein Übermaß von Arbeit übernommen habe, was ich auf die Dauer nicht mehr kann. Der Herr Abgeordnete Loewe hat gesagt, es wäre doch früher mit weniger gegangen, damals hätte man einen Auswärtigen Minister gehabt, jetzt gewissermaßen drei. Worin diese Trinität besteht, habe ich Ihnen schon auseinander gesetzt; aber kann denn der Herr Abgeordnete Loewe sich selbst und den früheren Auswärtigen Ministerien das Zeugnis ausstellen, daß alle Geschäfte dort so besorgt wurden, daß die Zufriedenheit des Landes ihre Erfolge begleitet hätte? Ich darf wohl ohne Überhebung sagen, daß in den letzten zwanzig Jahren die Auswärtigen Geschäfte des Landes zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung (Bravo! rechts) und des Landes geführt worden sind. Können Sie nun behaupten, daß das vor mir geschehen ist? Können Sie behaupten, daß das auch nur in der kurzen Zeit der neuen Ära geschehen ist? Der Herr Abgeordnete Loewe wird geschichtskundig genug sein auch in der neueren Geschichte, um das beurteilen zu können. Ist der Herr Abgeordnete Loewe der Meinung, daß das unter dem Ministerium Manteuffel geschehen sei? Ist er der Meinung, daß es auf dem Wiener Kongreß geschehen sei, daß unsere Geschäfte überall zur Zufriedenheit geführt worden sind? Ohne Überhebung sage ich: Sie werden jetzt besser geführt, als sie vor dieser Zeit geführt worden sind; sie werden aber wiederum schlechter geführt werden, wenn Sie der Geschäftsleitung die nötigen Arbeitskräfte in dieser Art versagen wollen und sich selbst mit Ihrem Urteil an deren Stelle setzen über das, was nötig ist. (Bravo! rechts.)

Wenn ich Ihnen nach nun bald dreiundzwanzigjähriger Erfahrung und re bene gesta auf mein Wort und meinen Diensteid hier versichere: Diese Kräfte sind notwendig — und Sie sagen: Nein, das ist nicht wahr — so bin ich entweder unglaubwürdig oder unwissend und unfähig. (O! o! links.) Tertium non datur. Im ganzen Ausland — kann ich mit einer gewissen Befriedigung sagen, die mir in der Heimat leider versagt ist — werden die Richtigkeit, die Zweckmäßigkeit, mein Verständnis zur Sache und meine Gewissenhaftigkeit allgemein anerkannt; — hier werden sie in Zweifel gezogen, so oft ich amtlich dafür eintrete. (Bravo! rechts.) Ich werde mich darüber zu trösten wissen — ich bedarf Ihrer Anerkennung nicht.

Also immer annehmend, daß ich weder unwissend noch unglaubwürdig sei, will ich für die Sache noch weiter einige Worte sagen. Ich habe schon erwähnt, daß ich selbst früher mehr leisten konnte; und wer mit mir gearbeitet, wird mir nicht das Zeugnis versagen, daß ich immerhin mindestens einen Adlatus erspart habe durch die Arbeitsamkeit, die ich in die Sache gebracht habe, so lange meine Gesundheit das mir gestattete. Sie gestattet es mir jetzt nicht mehr, und ich muß eine weitere Hilfe in Anspruch nehmen, wenn ich nicht von den Benefizien, die mir das Stellvertretungsgesetz gewährt, Gebrauch machen will. Die Scheidung, die Trennung der verschiedenen Ressortverhältnisse ist bei der Sache ja gar nicht die Hauptsache; die ist überhaupt so strenge nicht durchzuführen. Es wird immer eine Menge Geschäfte noch geben, die, wenn drei Abteilungen wären, zweien davon — vielleicht allen dreien — zum Korreferat zuzuschreiben sein werden. Darauf kommt es mir auch gar nicht an; die Verteilung kann eine ziemlich willkürliche sein. Was ich absolut brauche, wenn die Geschäfte wie bisher weiter geführt werden sollen, das ist mehr als ein

Direktor, mehr als eine Persönlichkeit von der Art, auf deren vorgesetzte Unterschrift ich, soweit ein Mensch einen Menschen beurteilen kann, die meinige dreist hinzufügen kann, ohne Gefahr zu laufen, daß durch das, was wir gemeinsam unterzeichnen, eine Ungeschicklichkeit begangen oder durch Mangel an Aktenkenntnis eine unrichtige Situation geschaffen wird. Da brauche ich notwendig mehr als das Vorhandene; und wenn Sie mir das nicht bewilligen, so bin ich eben in der Notwendigkeit, die Geschäfte schlechter werden zu lassen, was ich ungern tue, oder Hilfsarbeiter einzuberufen auf die Gefahr hin, daß mir die Kosten von der Oberrechnungskammer moniert werden. Bis zur Regelung der Sache werde ich ohnehin dazu genötigt sein.

Was der Herr Abgeordnete Loewe über den Gesandten Herrn v. Philipsborn anführte, daß der die Sache so lange allein geführt hätte, ist nicht richtig. Ich habe sie mit ihm geführt, ich habe einen großen Teil der Last getragen. Nichtsdestoweniger ist Herr v. Philipsborn unter dem, was für seine Schultern blieb, doch auch so weit erkrankt und geschwächt worden, daß er um seinen Abschied eingekommen ist, weil er sich außerstande fühlte, dem an ihn von Seiner Majestät dem Kaiser ergangenen Ruf, zeitweise wenigstens die Vertretung des erkrankten v. Bojanowski zu übernehmen, Folge zu leisten. Er erklärte, er fühle sich nicht gesund genug dazu; und daraus wird der Herr Abgeordnete Loewe wohl entnehmen, daß auch dieser Beamte, den er als einen anführte, der alle diese Strapazen doch siegreich überdauert hätte, nicht zu seinen Gunsten spricht und ihm selbst das Zeugnis nicht geben würde, daß er als Beispiel dafür spräche.

Meine Herren, schon daß ich heute überhaupt hierher komme, ist ein Exzeß meines Pflichtgefühls gegen meinen Arzt, der mir streng geboten hat, zu Hause zu bleiben und mich jeder geistigen Anstrengung namentlich zu enthalten. Ich bin hergekommen[1] in dem Gefühl einer wieder erhöhten Rüstigkeit, und ich habe geglaubt, eine Zeitlang, daß ich wieder — wie in alten Zeiten — ein volles Arbeitsmaß tun könne. Wenige Wochen dieses Versuches haben mich davon überzeugt, daß es nicht möglich ist, und daß in meiner Arbeitskraft eben bei diesem Maße in meinem Alter die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, und daß meine Leistungsfähigkeit dabei nicht vorhält. Also: Der Herr Graf Hatzfeldt liegt heute im Bett, der Herr Unterstaatssekretär steht vor Ihnen krank, ebenfalls eine pflichtmäßige Anstrengung machend; ich stehe vor Ihnen, um ankündigen zu müssen, daß ich längere Zeit den Geschäften werde fern bleiben müssen — in diesem Zustande verlangt der Abgeordnete Loewe noch mehr Opfer der Pflichttätigkeit. Ich will hoffen, daß er seinen Fabrikarbeitern gegenüber eine andere Sprache führt, daß er nicht sagt: Es kann immer noch mehr gearbeitet werden mit einiger Anstrengung! Aber das will ich nicht kritisieren — er ist ja als ein vortrefflicher Fabrikherr bekannt; ich möchte ihn nur bitten, daß er doch gegen die Beamten des Staats und des Kaisers, die ihre Gesundheit und ihre Pflichttreue dem Vaterlande zum Opfer bringen, nicht härter in seinen Experimenten verfährt, als seinen eigenen Fabrikarbeitern gegenüber! (Bravo!)

Der Abg. v. Lenz spricht namens der Nationalliberalen aufs wärmste für die Position; der Kanzler, der re optime gesta dastehe, habe ein Recht auf diese Forderung, deren Ablehnung bei der Geringfügigkeit der Position den Verdacht erwecke, es sei eine Politik der Nadelstiche beabsichtigt. Freiherr v. Hammerstein spricht im Namen der Konservativen im selben Sinn und meint, die Deduktionen des Abg. Loewe ließen voraussehen, mit welcher Sachlichkeit bei Herstellung des parlamentarischen Regiments dereinst verfahren werden wird. Abg. Haenel ist dagegen von der Notwendigkeit der Direktorstelle ebensowenig überzeugt wie

[1] Gemeint ist: nach Berlin.

von der Richtigkeit der Behauptung, daß durch ihre Ablehnung die auswärtige Politik geschädigt würde. Die Sparsamkeit verbiete die Annahme der Position. Auf diese Oppositionsrede um jeden Preis erwidert Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete hat kein anderes Moment als das der Notwendigkeit der Sparsamkeit gegen mich ins Feld geführt. Nun gerade aus demselben Motive der Sparsamkeit muß ich wünschen, daß die Auswärtige Politik imstande bleibt, vermöge der Kräfte, die ihr gewährt werden, mit den bisherigen Erfolgen fortzuwirtschaften. Nehmen Sie an, daß anstatt der 20 000 Mark — oder lassen Sie es 50 000 sein — die hier von Ihnen gefordert werden, Sie auch nur die Kosten — ich will gar nicht sagen, eines Krieges, sondern nur einer Mobilmachung zu bezahlen gehabt hätten! Wie stellt sich denn das? In wie viele Millionen Unkosten wäre der Staat dadurch gestürzt worden?

Nun wollen Sie sich erinnern, daß seit 1862, seit ich Minister bin, nicht eine einzige Mobilmachung ohne darauf folgenden Krieg stattgefunden hat. Wenn Sie weiter zurückdenken in die Zeit hinein, welche das Ideal des Herrn Abgeordneten Loewe war, so werden Sie finden, daß fast auf jedes Jahr, fast auf jede zwei Jahre eine erfolglose Mobilmachung kam. Was haben die dem Lande gekostet? Wie fällt dem gegenüber die Position ins Gewicht oder vielmehr in gar kein Gewicht, die ich hier fordere, um die Auswärtigen Geschäfte so, wie ich es nach gewissenhafter Überzeugung für unentbehrlich halte, besorgen zu können! Wenn Sie mir die Mittel, das heißt die notwendige Zahl von Beamten verweigern, um den Dienst in der bisherigen Weise fortzuführen — ja, meine Herren, Sie können es zum Glücke nicht, denn ich kann mir Hilfsbeamte heranziehen, um so, wenn auch mit größeren Kosten für das Reich, wie ich es schon vorhin anführte, die Lücke zu decken, und ich werde sie decken ohne Rücksicht auf die Folgen; denn ich kann das Reich den Gefahren, die aus einer unzulänglichen und unvollkommenen Besetzung des Auswärtigen Amtes hervorgehen, nicht aussetzen. Wenn ich das müßte, so würde ich lieber doch von meinem Rechte Gebrauch machen und sagen: Ich bekümmere mich um die Auswärtigen Geschäfte gar nicht mehr, denn der Deutsche Reichstag bewilligt mir nicht die Mittel, die notwendig sind, um die deutsche Reichspolitik zu besorgen.

Ich habe vorhin gesagt, unsere Politik hat den Krieg vermieden; ich erinnere Sie daran, wie vor zehn Jahren, so um die Zeit von 1872 bis 1875, ein nächst bevorstehender Krieg — mit Bewilligung Rußlands — ohne Bewilligung Rußlands — von mehreren Parteien, und zwar von denen, die der Regierung gewohnheitsmäßig gegenüber stehen, stets in Aussicht gestellt wurde, und wie selbst regierungsfreundliche Leute daran zweifeln konnten, ob der Friede sich so lange würde erhalten lassen, wie es geschehen ist. Wir haben inzwischen auch nicht einmal eine Drohung zu vollziehen gehabt, eine Demonstration, die sicher kostspielig gewesen sein würde. Das ist deshalb möglich gewesen, weil die nötigen Arbeitskräfte für die Besorgung der Geschäfte vorhanden waren, teils durch Überanstrengung meiner eigenen Person, teils durch Überanstrengung derjenigen, die neben mir standen, und die teils, wie ich vorhin auseinander gesetzt habe, dabei gänzlich darauf gegangen sind oder schwer geschädigt wurden an ihrer Gesundheit.

Der Herr Abgeordnete Haenel tut, als ob er meine Rede von vorhin gar nicht gehört hätte, oder als wenn er diese Zeit nicht selbst durchlebt hätte. Er sagt: Wie soll mit einemmal heute denn dieses Bedürfnis entstanden sein, das gestern nicht vorhanden war? Hat denn der Herr Abgeordnete aus meinen Äußerungen vorhin nicht — wenn ich nicht irre, gehört er dem Fache des Staatsrechtes an, er hat also doch einen gewissen Beruf, sich

um die Dinge zu bekümmern, die auf diesem Gebiete passieren — (Heiterkeit) hat er denn nicht selbst wahrnehmen können, daß seit dem Tode des Herrn v. Bülow diese Not schon eingetreten ist, und daß wir seitdem herumtappen und suchen und uns anstrengen, die Lücken zu decken, und schließlich zu der erfahrungsmäßigen Überzeugung gekommen sind, daß es nicht anders geht als auf diese Weise, und daß die Geschäfte so nicht fortzuführen sind?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wollte die Hand nicht dazu bieten, die Beamten des Auswärtigen Ressorts vor Überlastung zu hüten.

Meine Herren, davor werden sie noch immer nicht behütet sein, auch bei Bewilligung der Vorlage; darauf kommt es auch gar nicht an. Es kommt lediglich darauf an, die Kräfte zu schaffen, ohne welche die Geschäfte des Auswärtigen Amts überhaupt nicht besorgt werden können. Und wenn Sie mir darin nicht glauben wollen, wenn ich versichere, sie können ohne das nicht erledigt werden, wenn der Herr Abgeordnete Haenel sagt, ich setzte das Gewicht meiner Persönlichkeit und meiner Vergangenheit ein für eine kleine Position, während ich Ihnen sachlich das Bedürfnis nicht nur ziffernmäßig nachweise — ich glaube mit 58 000 Nummern, die ich allein nicht lesen kann und ein einzelner Direktor auch nicht — wenn ich Ihnen meine amtliche Versicherung darauf gebe, ich kann die Geschäfte unter dem nicht leisten: wie will der Herr Abgeordnete denn nun dem Dilemma entgehen, daß er mich entweder für unglaubwürdig oder für unwissend oder für urteilslos hält und für sich selbst und seine Freunde, Herrn Loewe eingeschlossen, das höhere Urteil in der Bedürfnisfrage beansprucht? Ich begreife ja, daß die Herren das Militärfach besser verstehen als die Spitzen unserer Armee, (Heiterkeit rechts) als der Feldmarschall Moltke und der Kriegsminister! Ich begreife, daß Sie die Finanzsachen besser verstehen als die sämtlichen Finanzminister des Bundes und ihnen darin überlegen sind! Aber bisher haben Sie mein spezielles Auswärtiges Ressort in dieser Beziehung mit einer gewissen Schonung und Rücksicht behandelt. Heute geben Sie mir zum erstenmal die Versicherung, daß Sie auch die Auswärtigen Geschäfte besser verstehen als ich, nachdem ich sie 20 Jahre lang geführt habe, und daß das Urteil darüber, mit wieviel Kräften und Beamten ich auskommen kann, bei Ihnen ein kompetenteres ist als bei mir. Meine Herren, ich will darüber mit Ihnen nicht streiten; ich erkenne die große Begabung, die den Herren nach allen Richtungen hin beiwohnt, an. (Heiterkeit rechts.) Ich kann aber die Sache doch hier nur von meinem Gesichtspunkte aus beurteilen, und ich sage Ihnen: Die Geschäfte lassen sich mit weniger nicht besorgen.

Der Herr Abgeordnete beschuldigt mich, ich wollte dies jedenfalls durchsetzen. Ja, es gibt Dinge, die man jedenfalls durchsetzen muß. Wenn ich in meiner Duldung, in meiner Hingebung für den Dienst, unterstützt von der gleichen Hingebung für den Dienst von allen meinen Mitarbeitern, das Glas bis zum Überlaufen habe voll werden lassen: das Gefäß dessen, was wir zu tragen hatten, bringt schließlich der Tropfen zum Überlaufen, und innerhalb des Auswärtigen Ministeriums habe ich bisher die Vorwürfe zu tragen gehabt, daß ich nicht längst mit etwas derartigem vor den Reichstag getreten bin. Es ist nur meine Sparsamkeit, die ich für eine größere halte als die des Herrn Abgeordneten Haenel, weil ich das Reich vor solchen Ausgaben behüten will, die ein mangelhafter Auswärtiger Dienst herbeiführen kann. Das scheint dem Herrn Abgeordneten Haenel aber ganz gleichgültig zu sein. Entweder hält er uns für Hexenmeister, die auch ohne die nötigen Arbeitskräfte

das Nötige besorgen können, oder es ist ihm vollständig gleichgültig, wie unsere Auswärtige Politik besorgt wird; er denkt: Wir wollen doch sehen, wie in dem Urteil Salomonis, ob die richtige oder die unrichtige Mutter es schließlich besser ertragen kann, daß Reich und Staat Schaden leidet und zugrunde geht; darauf wollen wir es ankommen lassen. Den Eindruck macht mir Ihre Politik. Er hat recht, wenn er annimmt: Wir werden den Schaden nicht zulassen, wir werden das Kind nicht zu Schaden kommen lassen mit oder ohne Ihre Hilfe. (Bravo rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat die Versicherung gegeben, dies sollte kein Mißtrauensvotum weder für meine Vergangenheit noch für meine Zukunft sein, sondern es wäre eine rein budgetmäßige Überzeugung, daß Sie diese 20 000 Mark dem Deutschen Reiche nicht aufbürden wollen. Meine Herren, ich habe auch gar nicht erwartet, daß der Herr Abgeordnete mir ein Mißtrauensvotum geben wollte; es wäre das das Überflüssigste von der Welt. Daß er kein Vertrauen zu mir hat, ist weltbekannt; das weiß ich, das braucht er mir gar nicht zu versichern, ich könnte sagen, das ist auf dem Gebiete der Auswärtigen Politik vollkommen gegenseitig bei uns der Fall.

Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Versicherung entgegenzunehmen, daß ich ein Mißtrauensvotum hierin nicht sehe, sondern daß ich bei ihm so viel Mißtrauen oder so viel Abneigung, mich überhaupt an dieser Stelle ferner zu sehen, voraussetze, (Unruhe links) wie es ja in dem Ausspruch gelegen hat: „Fort mit diesem Ministerium! Fort mit diesem Reichskanzler!" Sie schweigen jetzt bei Wahlen darüber; es hat der Ausspruch im Lande nicht den Anklang gefunden, den Sie erwartet hatten; (sehr richtig! rechts) aber die Grundlage Ihres ganzen Tun und Treibens, die Grundlage dieser kleinen — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, denken Sie ihn sich dazu! — dieser kleinen Abstriche, die Sie mir machen, ist doch nichts anderes, als daß Sie mir das Leben sauer machen wollen. (Sehr wahr! rechts.) Das steht Ihnen vollständig frei. Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Untertan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der sozialdemokratische Abg. v. Vollmar spottet, daß der Reichskanzler die geforderte Position gleichsam auf seinen Diensteid genommen habe. Übrigens habe man in Deutschland mit dem Diensteid so viele unangenehme Erfahrungen gemacht... (Große Unruhe rechts.)

Präsident von Wedell-Piesdorf: Herr Abgeordneter, ich nehme an, daß Sie durch diese Äußerung nicht die Beamten, die den Diensteid geleistet haben, haben verdächtigen wollen.

Abgeordneter v. Vollmar: Ich habe weiter nichts gesagt, als daß wir mit der Institution des Diensteides schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Präsident v. Wedell-Piesdorf: Ich kann nicht dulden, daß Sie in dieser Weise die Beamten, welche alle den Diensteid geleistet haben, angreifen. Ich bitte dies zu unterlassen.

Abgeordneter v. Vollmar erwidert, daß Beamte vor Gericht des Mißbrauchs des Diensteids überführt worden sind: mehr habe er nicht sagen wollen.

Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Der Herr Abgeordnete hat angedeutet, ich hätte diese Position gewissermaßen „auf meinen Diensteid genommen". Er hat darauf gesagt: Man weiß ja, was man auf den Diensteid zu geben hat. Er hat darauf Bezug genommen, daß Beamte vor Gericht ihren Diensteid falsch gegeben haben. Ich kann deshalb die begütigende Erklärung des Herrn Präsidenten meinerseits nicht für diejenige ansehen, die das Publikum diesen Äußerungen unterlegen wird, und ich gebe doch dem Herrn Abgeordneten zu bedenken: Wenn wir solche

ehrenrührige Injurien, wie sie in seiner Äußerung liegen, uns einander zuschleudern, wohin kommen wir dabei in dieser Versammlung? Ich erinnere an Beispiele in ausländischen, transozeanischen Versammlungen, wo einer dem anderen die Lüge vorwirft, und darauf nennt der, den der Vorwurf trifft, den Beleidiger einen meineidigen Schurken, und so geht das sich steigernd in der gegenseitigen Beschimpfung weiter, bis es zu Handgreiflichkeiten kommt. Das kann unmöglich in der Absicht, auch selbst nicht in der Absicht des Herrn Vorredners liegen, bei uns eine solche Tonart einzuführen der persönlichen Beleidigung und Verdächtigung. Ich stehe über dieser Verdächtigung, das darf ich wohl annehmen; aber ich stehe nicht über der Notwendigkeit, mir gegenüber die Anwendung der Formen der gesitteten Gesellschaft zu fordern, und dies liegt außerhalb derselben (Abgeordneter v. Vollmar meldet sich zum Wort) und wenn ich darauf meinerseits nicht mit stärkeren Schimpfworten und gleichen Vorwürfen des Eidbruches antworte, so schreiben Sie das meiner Erziehung zu; (Bravo! rechts) sie schweben mir auf der Zunge, aber ich unterdrücke sie.

Der Herr Abgeordnete hat gefolgert, ich könnte ebensogut ja das ganze Budget auf meinen Diensteid alsdann nehmen. Ja, ich tue es aber doch nicht; ich habe es auch mit dieser Position nicht getan, ich habe eine so feierliche Erklärung nicht abgegeben, ich habe meine Überzeugung in der strengsten Form ausgesprochen, die ich ihr geben kann, aber ein Unterschied ist doch dabei, ein sehr erheblicher. Im ganzen Budget ist ein sehr großer Spielraum für die Herren, ihre Meinung auszusprechen, hier aber in diesem einzelnen Falle glaube ich, daß Sie das Zeugnis des beteiligten Ressortchefs in voller Klarheit und Bestimmtheit haben müssen, und das setze ich dafür ein, daß das Bedürfnis vorliegt. Daraus zu folgern, daß man damit die ganzen Reichstagsverhandlungen überflüssig machte, daß das in jedem Ressort geschehen könnte — ja, das ist doch ein vollständiger Mangel an Logik, wie ihn sich die Herren in ihren Volksreden angewöhnen, wo so genau nicht geprüft wird. Das würde doch erst dann eintreten, wenn irgend jemand einen größeren Teil des Budgets als notwendig auf seinen Diensteid nähme. Es ist auch nicht wahr, daß ich mit dieser Bekräftigung die Forderung unterstützt habe, daß Sie bewilligen müssen; ich bekräftige nur meine Überzeugung, daß ich dies für dienstlich unentbehrlich und den Dienst ohne das nicht zu leisten für möglich halte; eine solche Überzeugung habe ich noch für keine andere Position ausgesprochen.

Was ist es also für eine unberechtigte und weitschweifige Logik, daraus zu folgern: Ja, dann sind wir hier vollständig überflüssig und haben gar nichts mehr zu sagen! Das Recht, Kritik zu üben, das ich bestritten haben soll, das besteht ja ganz zweifellos, das bestreite ich nicht; unser Streitpunkt ist nur der, ob es im Interesse des Landes liegt, gerade an dieser Stelle von dem Recht des Reichstags zur Ablehnung Gebrauch zu machen. Wenn wir darüber nicht mehr streiten dürfen, dann, sage ich umgekehrt, dann ist der ganze Bundesrat überflüssig, dann brauchen wir nicht mehr herzukommen. Das wäre eine Erklärung in Vollmarscher Logik. Hier vertritt jeder seine Meinung; über das, was in dem Auswärtigen Dienst notwendig ist, halte ich aber meine Meinung für kompetenter als irgendeine andere, und ich habe sie nur wiederholt bekräftigt, weil der Abgeordnete Haenel die Aufrichtigkeit derselben bezweifelt zu haben schien.

Der Abgeordnete hat ferner angedeutet, als ob hier die Unterbeamten vernachlässigt würden und nur für die höheren Beamten etwas gefordert würde; aber mit Ausnahme

dieses einzelnen Direktors sind ja alle die Erhöhungen, die wir sonst gefordert haben, und die in der Reichskanzlei gefordert wurden, Erhöhungen nur für Unterbeamte, und der Abgeordnete ist darin wohl der Diskussion nicht gefolgt, oder es fehlt ihm die Unterscheidung; er hält die alle für Räte I. Klasse, für die etwas gefordert wird.

Der Herr Abgeordnete geht überhaupt, wie mir scheint, von dem Grundirrtum sozialdemokratischer Theorien aus, daß jede Arbeit an und für sich objektiv überall gleichwertig sei, und daß kein Unterschied sei in der Qualität und im Werte der Arbeit, und daß der eine so viel Recht hat wie der andere, der Ungeschickte so viel wie der Geschickte, der Unwissende so viel wie der Wissende, der Träge so viel wie der Arbeitsame, der Unredliche so viel wie der Redliche — das ist, glaube ich, die Theorie: die Menschen sind gleich in sich, also soll auch alle Besoldung gleich sein; es darf danach nur Unterbeamte geben — denke ich mir. — Das ist ein einfacher, ein kindlicher Irrtum, den Sie anderen Zuhörern weißmachen können. Hier werden wir doch, so lange wir menschlich und unter Menschen leben, nach dem Grundsatz handeln müssen, daß verschiedene Leistungen verschiedene Werte haben, und daß die eine Arbeit objektiv einen höheren Wert hat als die andere. Zu diesem Exzesse von Freiheit und Gleichheit werden Sie einen vernünftigen und ehrlich bestehenden Staat niemals bringen; das kann wohl einmal auf acht Tage irgendwo gelten, bis sie sich untereinander die Hälse abschneiden. (Heiterkeit rechts.)

Die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten geben mir zu weiteren Erwiderungen keinen Anlaß; nur bitte ich ihn, doch einigermaßen den Grundsatz zu beherzigen im Sinne seiner Partei, der ich im großen und ganzen nicht so feindlich gegenüberstehe, daß ich hier auf Roheiten mit Roheiten erwidern möchte — im Sinne seiner Partei möchte ich bitten: Sie sind eine starke und wachsende Partei; beherzigen Sie den Grundsatz: Noblesse oblige! — und wenn Sie in der Politik eine Geltung haben wollen, so lernen Sie die Formen der anständigen Gesellschaft respektieren und sich danach richten, und insultieren Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Nach weiterer Debatte wird die neue Direktorstelle mit 141 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Diese Ablehnung rief im Lande einen Sturm der Entrüstung hervor. Wohl aus diesem Grunde wurde bei der dritten Lesung des Etats am 5. März 1885 auch diese Position mit 172 gegen 153 Stimmen angenommen.

19. Sitzung des Deutschen Reichstags.

8. Januar 1885.

Bei der Etatsposition Auswandererwesen behauptet Abg. Dirichlet, daß infolge der neuen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1880 bis 1883 die Auswanderung fünf- und sechsmal so stark gewesen sei wie 1876 bis 1879. Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Ich kann — wie jedermann — die Anführungen des Herrn Vorredners über die Ziffern der Auswanderung in verschiedenen Jahren ja nur für richtig anerkennen; nur über den Kausalnexus bin ich ganz verschiedener und entgegengesetzter Meinung wie er. Er nimmt an, daß die Auswanderung eine Folge des Druckes sei, den das 1879 eingeführte Schutzzollsystem auf unsere Wohlhabenheit geübt habe — so habe ich wenigstens verstanden das Resümee der früheren Diskussion, der ich nicht beigewohnt habe. Ich erwidere ihm darauf: Die Ziffer der Auswanderung ist ein ganz genauer Maßstab für das Steigen unseres Wohlstandes; je besser es uns geht, desto höher ist die Ziffer der Auswanderung;

und daß die Ziffer der Auswanderung 1880/81 höher war, ist der Beweis, daß der Schutzzoll seine Wirkung auf unsere Industrie getan hat, und daß es viel mehr Leute in dem Jahre gab, die das Geld für die Überfahrt und den Landankauf drüben besaßen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist allein der Maßstab, nach dem sich die Auswanderung richtet. In den Jahren der Anämie, des Blutmangels, in dem wir uns unter dem Freihandel befanden, schwand die Ziffer der Auswanderung, sie ging herunter, weil die Leute das Geld der Überfahrt und des Ankaufs drüben nicht erschwingen konnten. In dem Jahre 1871/72, wo ja bei uns alles im Golde der Milliarden sich reich fühlte, fanden sich wiederum sehr viel mehr Leute, die bereit waren, auszuwandern.

Ich gebe zu, daß unter Umständen die Neigung, sich dem Militärdienst, bei den Bauern die Neigung, sich den Grundsteuern und den hohen Kommunallasten zu entziehen, dabei mitwirken kann; (sehr richtig! rechts) aber im ganzen ist die steigende Auswanderungsziffer jedenfalls ein unwiderleglicher Beweis des steigenden Vermögens und Erwerbs im Lande; und wenn die Herren das nicht wissen und nicht glauben, dann kennen sie das Geschäft einfach nicht, über das sie hier diskutieren. Jeder Sachkundige, jeder Auswanderungsverständige, jedermann, der in der Provinz lebt und die Dinge mit unbefangenem, nicht von Erbitterung gegen die Regierung und von dem Bedürfnis, zu tadeln, befangenem Auge ansieht, wird mir recht geben: Nur wohlhabende Leute wandern aus (Widerspruch links) — nur die besseren Arbeiter, diejenigen, die so viel verdienen. Nach dem Gut, wo viel Verdienst ist, ziehen sie hin aus weitem Umkreis, weil sie sagen: Da kommen wir rasch so weit, daß wir uns drüben in Amerika eine selbständige Hufe kaufen können. Durch die Gesetzgebung, durch die törichte Abschaffung der Erbpacht ist es außerordentlich erschwert worden, daß die Leute sich selbständig machen können. Außerdem ist der Druck der Kommunalabgaben, der Gemeindelasten, der Kreislasten, der Grundsteuer, alles desjenigen, was an Abgaben und sonstigen Verpflichtungen bei uns dem Landwirt die Ausbeutung seiner Scholle erschwert, so viel größer als in Amerika, daß das an sich anzieht; aber nur die privilegierten unter den Arbeitern, die etwas verdient haben, die gute Einnahmen haben, die besseren, sparsameren Arbeiter, die etwas zurückgelegt haben, die wandern aus; die anderen, das sind die paupers, die in Amerika zurückgewiesen und die vielleicht weggeschickt werden. Es sind nicht die Elenden, die auswandern, das ist ein vollständiger Irrtum und eine Umkehr der ganzen Sachverhältnisse, wie sie wirklich liegen. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter weist auf die Auswanderung der Tabakarbeiter hin, die im Zusammenhang mit der Beunruhigung der Tabakindustrie stehe. Ferner beweise die Auswanderung aus den ackerbautreibenden Gebieten, daß die Auswanderung kein Symptom der Wohlhabenheit sei. Jedenfalls habe die Wirtschaftspolitik seit 1879 die Auswanderung befördert. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Vorredner hat, soviel ich gehört habe, gar nicht einmal den Versuch gemacht, meine Behauptung zu widerlegen, daß die Auswanderungszahl einen Maßstab für die steigende Wohlhabenheit und für die wirtschaftliche Kraft in unserer Bevölkerung bilde. Er ist darum herumgegangen nach seiner gewöhnlichen Art, hat einzelnes herausgerissen, etwas, was ich gar nicht bestritten habe, behauptet, als ob ich es bestritten hätte, und zwingt mich da, seiner Fährte ein klein wenig nachzugehen.

Er hat also zuerst als Widerlegung dessen, daß die Fähigkeit, auszuwandern und das Passagegeld zu bezahlen, ein Zeichen von vergleichsweiser Wohlhabenheit sei, angeführt,

es seien nach den Tabaksteueranträgen eine erhebliche Anzahl — lange Züge, wie er sich, glaube ich, ausdrückte — von Tabakarbeitern ausgewandert. Nun, meine Herren, diese Arbeiter müssen doch immer die Mittel gehabt haben, ihre Überfahrt zu bezahlen. Wenn sie diese gehabt haben, so widerspricht das ja gar nicht meiner Behauptung, daß nur Wohlhabende auswanderten. Außerdem glaube ich nicht, daß das mit unseren Tabakversuchen zusammenhängt. So schüchtern ist der Deutsche im ganzen nicht, daß er vor dem bloßen Gespenste einer Drohung mit irgendeiner Form der Tabaksteuer schon die Flucht über die See ergriffe, um sich davor zu retten nach einem Lande hin, wo der Tabak zwanzigmal oder zehn- oder sechsmal — ich weiß nicht, wie viel höher besteuert ist als bei uns (sehr richtig! rechts), und wo das ganze Tabakgeschäft unter einem Druck und unter einer Kontrolle sich vollzieht, von der man in Deutschland keine Vorstellung hat. Daß das Eldorado für die Tabakarbeiter gerade Amerika sein sollte, habe ich mir bisher nicht denken können. (Bravo! rechts.) Das ist ein ganz außerordentlich unglücklich gewähltes Beispiel von Herrn Richter, daß er den Tabakarbeiter unter der amerikanischen Gesetzgebung Schutz suchen läßt, nachdem er Deutschland verlassen hat. Das schwebt also vollständig in der Luft.

Er hat gesagt, diese Leute seien ausgewandert, weil sie ruiniert wurden, weil ihre Zukunft verkümmert wurde. Wenn ich seinen Satz auf irgendeinen Teil der Bevölkerung als richtig gelten lassen kann, so ist es für die Landwirte. Die sehen, wenn sie noch nicht ruiniert sind, doch vor Augen, daß sie bei der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes dem Ruine entgegen gehen, und daß sie am besten tun, zu verkaufen, was sie noch haben, um drüben ein neues Leben anzufangen. (Sehr richtig! rechts.) Damit fällt denn auch dieses ganze, mir auch für einen so feinen Kenner von Argumenten ganz unbegreifliche Argument, was der Herr Abgeordnete für sich, aber im Grunde gerade für mich anführte, daß nämlich aus den landwirtschaftlichen Gegenden die Auswanderung gerade am zahlreichsten und daß sie aus den wohlhabenderen Gegenden weniger zahlreich ist; mit anderen Worten, daß aus den westlichen Provinzen, aus den dichter bevölkerten Provinzen, aus denen, wo eine blühende Industrie existiert, die Auswanderung geringer ist. Da, wo bloß die Landwirtschaft den Haupterwerbszweig bildet, ist sie sehr viel stärker. Was zeigt denn das? Wohin weist dieser Wegweiser uns? Dahin, unsere Industrie zu schützen und zu entwickeln und dort, wo sie bisher noch nicht vorhanden ist, einzuführen. Wo Industrie und Landwirtschaft sich unter die Arme greifen, wie in Westfalen und am Rhein, wo die höheren Kornpreise sind, die Sie immer fürchten, da sind die Leute hinreichend in der Lage, um auf die Auswanderung zu verzichten, da leben sie ruhig und zufrieden. Der Industrielle und der Handwerker kaufen dort für sehr erheblich höhere Preise, als die Schwankungen betragen, die bei uns überhaupt vorkommen, dem Landwirt seine Produkte ab, und der Landwirt ist der kaufkräftige Abnehmer für die industriellen Produkte. Da ist das Gleichgewicht der verschiedenen Zweige des Erwerbs und der Tätigkeit hergestellt. In den rein landwirtschaftlichen Provinzen — der Herr Vorredner hat Westpreußen angeführt, er kann auch noch Pommern, Posen und Mecklenburg anführen — da zeigt es sich überall, wie der Landwirt fühlt, daß er allmählich unter der deutschen Gesetzgebung der Verarmung entgegengeht, und er wendet sich dahin, wo die „Segnungen des Schutzzolls", wie der Vorredner ironisch sagte, viel höher ausgebildet sind, nämlich nach Amerika, wo jede Arbeit geschützt wird; er flüchtet sich dorthin gegen die Nachwirkungen des Freihandels-

systems, die bei uns noch sind, er sucht sich unter den Schutz der amerikanischen Zölle zu flüchten; Amerika schützt die nationale Arbeit — ob zu hoch oder zu gering, lasse ich dahingestellt sein. Bei uns ist sie vielleicht noch zu niedrig geschützt — wir werden ja davon noch sprechen können. Vor allem aber kann er in Amerika einen lohnenden Ackerbau treiben; ob er das bei uns noch kann, ist sehr zweifelhaft. Es wäre eine sehr große Kalamität, wenn bei uns die Preise für Getreide so weit sinken würden, daß für dieselben Getreide bei uns unter unseren Steuer- und Schuldverhältnissen überhaupt nicht mehr gebaut werden könnte; es wäre ein großes nationales Unglück, das größte, was uns betreffen könnte, weil es die zahlreichste Erwerbsklasse im Lande treffen würde. Dieser Kalamität sich zu entziehen, wandern hauptsächlich die kleinen Bauern, die kleinen Besitzer nach Amerika aus, wo die Landwirtschaft noch rentiert, obschon die Preise wohlfeiler sind. Aber man hat für das amerikanische Korn wenigstens deutsche Abnehmer, und deshalb ist das ja ganz natürlich und die Konsequenz der Fehler in unserer Gesetzgebung, die ich bekämpfe, und die der Herr Abgeordnete Richter zu vertreten pflegt, daß aus den landwirtschaftlichen Provinzen die Auswanderung am zahlreichsten ist, und aus den industriellen, die, infolge der früheren Schutzzölle in günstigen Verhältnissen, noch imstande sind, sich und andere zu ernähren, geringer. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Richter für die schlagenden Argumente, die er in dieser Beziehung für meine Meinung angeführt hat, sehr dankbar.

Er hat ferner gesagt, die Kommunallasten in den genannten Landesteilen seien nicht am höchsten. Die Kommunallast ist es ja nicht allein. Ich habe sie vorher genannt — ich habe nicht die Gewohnheit in dem Maße, wie der Herr Vorredner, öffentlich zu sprechen, ich habe deshalb nicht in demselben Maße den Überblick über alles, was man sagen könnte, weil ich nicht in der Lage bin, dieselben Reden häufiger und an anderen Orten auch zu halten — (Heiterkeit) ich sage, was mir augenblicklich einfällt. Ich habe allerdings die Kommunalabgaben allein genannt. Ich hätte mich richtiger ausgedrückt, wenn ich statt dessen gesagt hätte: Der Mangel an Schutz für das Gewerbe, was der Landwirt überhaupt betreibt, und die übermäßigen Lasten, die gerade auf dieses Gewerbe allmählich abgeschoben sind von allen Seiten her; in erster Linie eine Schullast von einer für manche Gemeinden kaum erträglichen Höhe, (sehr richtig! rechts) für die die Staatshilfe dringend notwendig ist; die Wegebaulast, die Grundsteuer — ich will bloß von den Lasten sprechen, die in den letzten Zeiten aufgelegt worden sind —; kurz alles das, was der Staat für gut findet, aus Nützlichkeitsgründen oder aus Popularitätsbedürfnis, im allgemeinen dem Säckel der Untertanen aufzulegen; es ist das außerordentlich bequem und einfach, diese Lasten auf die Kommune abzuschieben, da braucht man nicht für jedes Mal die Bewilligung des widerstrebenden Landtags und Reichstags. So sind alle die drückenden Lasten, die im Grunde genommen Staatslasten sind, weil unsere Gesetze sie geschaffen haben, auf die Gemeinden abgeschoben neuerdings, und in den alten landwirtschaftlichen Provinzen ebensogut wie in den industriellen. Nehmen Sie die Armenpflege; dieselbe ist geschaffen durch Staatsgesetze, sie liegt also in der Hauptsache dem Staate ob, der Staat kann sie durch die Gemeindeorgane, durch die Gemeinden als seine staatlichen Organe ausüben lassen, aber er hat sie ganz ausschließlich und in einzelnen Fällen bis zur drückendsten Ungerechtigkeit den Gemeinden in die Schuhe geschoben. Ebenso die Schullast; der Staat hat befohlen, es soll jedermann lesen und schreiben können; die Gemeinden haben dafür

zu sorgen, wie das auszuführen ist, einige mit Bequemlichkeit, andere mit Kummer und Sorgen. Es ist meines Erachtens ein Fehler in der Gesetzgebung; der Staat müßte einen größeren Anteil daran tragen und die Gemeinden entlastet werden, und darin liegt der Kern des Steuerdruckes im Bauern- und im Arbeiterhause, der unter Umständen die Leute zur Auswanderung bringt, und den sie glauben in Amerika nicht wiederzufinden. Das wird zum Teil Irrtum sein, sie wissen es aber nicht vorher, und die Agenten sagen es ihnen auch nicht. Es sind dann die neuesten Einrichtungen, die wir gehabt haben, also die lokalen Verwaltungsbehörden, die Amtsverwaltung, die Standesbuchführung mit ihren neuen Lasten, mit einer zahlreichen kleinen Schreiberwirtschaft — das alles ist abgeschoben auf die kleinen Gemeinden, die das nun noch als Zuschläge zu ihren sonstigen Ausgaben aufbringen müssen. Daß alle diese Sachen zusammen auch in den landwirtschaftlichen Provinzen eine Kommunallast bilden, die den zum Teil kärglichen Grundstücken, auf denen die Landwirtschaft betrieben wird, nicht abzudrücken ist, daß infolgedessen einer leichter als früher bei der Leichtigkeit des Transportes auf den Gedanken kommt: Ich wills über See versuchen, ob ichs da besser haben kann — das liegt wohl außerordentlich nahe.

Wir kommen aber dadurch, daß jeder folgende Redner — und ich natürlich auch — mehr auf den Vorredner antwortet, als sich an die Sache, an das thema probandum hält, gänzlich ab von der Frage, die uns hier ursprünglich beschäftigte: Ist die Zollgesetzgebung von 1879 ein Grund, daß die Auswanderung sich gesteigert hat, oder nicht? Und ich sage: Sie ist unter Umständen Grund; aber dadurch, daß sie die Wohlhabenheit vermehrt und mehr Leute in den Stand gesetzt hat, auswandern zu können. Wenn Sie das behaupten, haben Sie ganz recht; wenn Sie aber sagen: Deshalb, weil die Leute durch den Schutzzoll bedrückt, zur Verzweiflung an den heimischen Zuständen getrieben werden, greifen sie zum Wanderstab — wenn Sie das behaupten — ich kann kaum annehmen, daß Sie selbst daran glauben, was Sie sagen — aber wenigstens bezeuge ich, und die meisten im Lande werden es mitbezeugen, daß es durch und durch objektive Unwahrheit ist. (Bravo rechts.)

Abg. Dirichlet schließt aus dem leichten Rückgang der Auswanderung in den letzten Jahren höhnisch auf den Rückgang des allgemeinen Wohlstandes. Die Abbürdung der Schul- und Armenlasten auf die Gemeinden habe zur Auswanderung keineswegs beigetragen. Die liberale Wirtschaftspolitik habe den Ruhm, durch Erleichterung den Zinsendienst für Kapitalien infolge der Herabsetzung des Zinsfußes von 6 auf 4 Prozent der Landwirtschaft mehr gedient zu haben, als die Bismarcksche Gesetzgebung seit 1879. Der Reichskanzler entgegnet:

Um zunächst an die letzten Worte des Herrn Vorredners anzuknüpfen, so bemerke ich, daß ich Landwirtschaft seit bald fünfzig Jahren treibe, aber noch nie in meinem Leben sechs Prozent Zinsen bezahlte, sondern früher 4½ und jetzt, soweit ich Schulden habe, vier Prozent bezahle; also der Unterschied ist so sehr groß nicht, und die Erleichterungen, die er uns dabei ins Buch schreibt, fallen in keiner Weise ins Gewicht gegen die Zunahme der Lasten. In Bezug auf diesen Fall tut der Herr Vorredner, als ob die Gegenwart ihm ganz unbekannt wäre, und nur mit der Vergangenheit ist er vertraut. Von der Zeit Friedrich Wilhelms I. weiß er, was man an Kommunallasten bezahlt hat. Wenn er jetzt die Ausschreibungen unter dem Minister v. Goßler vergleichen wollte, so glaube ich, daß er auf etwas wie 1000 Prozent und darüber hinaus kommen würde, namentlich in den letzten Jahren. Ich verweise Sie auf die erhöhten Anforderungen an Lehrergehältern. Ich finde dieselben ganz berechtigt; aber der einzelnen Gemeinde sie aufzuerlegen, das finde ich unberechtigt, der Staat sollte sie bezahlen; dazu müßte der Staat

aber Geld haben, und das verweigern Sie ihm. Ebenso ist es mit den Armenlasten; wie hoch beliefen sich die Armenlasten früher, und wie hoch belaufen sie sich jetzt? Der Herr Vorredner schiebt mir unter, als hätte ich den Grund der Auswanderung bei uns in den seit zweihundert Jahren bestehenden Lasten gesucht. Ich habe ihn aber nicht einmal in dem Anwachsen gerade dieser Lasten gesucht. Ich habe angeführt, daß täglich neue auf Kosten der Gemeinden zugefügt werden, und da kommt schließlich der Moment, wo das orientalische Sprichwort gilt: Es kommt der Strohhalm, der dem Kamel den Nacken bricht, das heißt, der den Bauer zur Auswanderung zwingt. Wir haben den Fall gehabt, daß infolge der Lasten, welche nuperrime auferlegt wurden, ganze Gemeinden ohne Ausnahme eines einzigen Bauern — ich glaube, es war im deutschen Teile von Posen — sich zur Auswanderung entschlossen haben, weil sie allein durch die Schullasten zum Konkurse gebracht waren. Also so ganz unberechtigt war diese Ausführung doch nicht. Ich möchte doch den Herrn Vorredner bitten, wo wir von der Gegenwart sprechen, doch nicht mit so reaktionären Reminiszenzen (Heiterkeit) von Friedrich Wilhelm I. zu kommen. Es könnte ihm bei seinen Wählern schaden, wenn er vorzugsweise in die Zeit sich einleben will.

Der Herr Vorredner hat ferner gemeint, ich müßte in der Konsequenz meiner Ansicht aus der Tatsache, daß in den allerletzten Jahren die Auswanderung zurückgegangen, nun wieder den Schluß ziehen, daß unsere Wohlhabenheit wieder gesunken sei. Es ist ja möglich, daß sie einen kleinen Rückschritt gemacht hat in den letzten Jahren — ich will darüber nicht entscheiden. Die statistischen Ermittelungen werden das ja ergeben. Aber das würde den Herrn Vorredner doch noch nicht berechtigen, mir eine solche Konsequenz meiner Äußerung unterzuschieben, daß nun in jedem Jahre, vielleicht in jedem halben Jahre, vielleicht in jeder Woche mit der steigenden Wohlhabenheit die Auswanderung sofort gleichen Schritt halten soll. Außerdem ist die Wohlhabenheit auch nicht das einzige Moment, was zur Auswanderung treibt. Ich kenne eine Menge reicher Leute bei uns, die gar nicht an Auswanderung denken, (Heiterkeit) und auf diese Weise meinen Worten eine Deutung unterzulegen, die sie gar nicht gehabt haben können, ist doch nicht ganz geradsinnig verfahren von seiten des Herrn Vorredners. Außerdem können auf die Vermehrung oder Verminderung der Lust zur Auswanderung doch die Zustände in Amerika auch erheblich zurückwirken. Oder ist es dem Herrn Vorredner denn noch gar nicht eingefallen, daß die Leute sich doch einigermaßen befragen bei ihren zurückkehrenden Kameraden, die dort nicht gefunden haben, was sie gesucht haben, nicht das Eldorado, was ihnen von den Agenten vorgespiegelt ist, daß einzelne kopfscheu werden, wenn sie hören, daß Amerika doch auch Zeiten hat, wo dort das Unterkommen nicht so leicht ist, wie es vielleicht noch vor zehn Jahren oder noch vor vier Jahren war? Also es ist doch nicht ganz fair von dem Herrn Vorredner mir gegenüber gehandelt, wenn er gar keine anderen Auswanderungsmotive außer dem einen, daß ich hier in der Geschwindigkeit gerade angeführt habe, gelten lassen und mich nun beim Worte halten will, daß, ich möchte sagen, mit jedem Kurszettel, der bei uns zurückgeht, auch gleich die Auswanderung zurückgehen muß. Das ist doch eine Übertreibung, gegen die ich mich verwahren muß vor dem Publikum; hier in diesem Raume wird sie keinen Anklang finden.

Abg. Lingens bemerkt, daß in Deutschland niemand auswandere, dem es gut gehe. Für das Rheinland sei der unselige Kulturkampf der Grund zur unerhört gesteigerten Auswanderung. Fürst Bismarck entgegnet in wenigen Worten. In einer heftigen Polemik gegen die Auffassung Bismarcks über die Gründe

der Auswanderung versteigt sich Abg. Richter zu dem Satz: „Die ganze Politik des Herrn Reichskanzlers, das ist der Kern derselben, geht dahin, die Besitzlosen zu belasten zu Gunsten der Besitzenden!“ Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Vorredner hat damit geschlossen, daß er die Regierung beschuldigte, bei ihren Steuervorlagen die Absicht zu haben, den Besitzlosen zu belasten zum Vorteil des Besitzenden. Es ist diese eine der großen Unwahrheiten, die im Interesse der Fraktionspolitik (Unruhe links) und der Bekämpfung der Regierung (Bravo! rechts) durch das Land gehen, und deren häufige Behauptung und Wiederholung mit dem emphatischen Ton der Überzeugung den Behauptenden von jeder Beweislast dispensieren. Wenn man das in einer öffentlichen Versammlung recht fest mit der nötigen Stimme ausruft und das täglich mehrmals wiederholt, so semper aliquid haeret. Es ist aber gerade das Gegenteil wahr; die Bemühungen der Regierung sind nicht darauf gerichtet, den Besitzlosen zu belasten, sondern darauf, den Besitzlosen mitsamt den Besitzenden vor dem Ruin zu schützen. (Sehr richtig! rechts.) Der Ruin zu Gunsten des Auslandes tritt bei uns dann ein, wenn wir die Majorität der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt — wie die statistischen Nachrichten das zeigen — in die Lage setzen, die Landwirtschaft nicht mehr betreiben zu können; dann verliert diese Majorität die Kaufkraft gegenüber der städtischen Minorität, und die städtische Minorität geht auch zugrunde; der Arbeiter mit seinem wohlfeilen Brot verhungert, während wir ihn durch Lohnerhöhung und durch Hebung der Wohlhabenheit des Gesamtstaates in die Lage setzen wollen, zu leben, und wohl zu leben. Das ist die Kehrseite von der Unwahrheit, die aus politischem Agitationsbedürfnis unter den urteilslosen Leuten verbreitet wird, und ich bedaure, daß der Herr Vorredner dieser Ansicht wieder Ausdruck gibt; es ist mir aber lieb, weil es mir Gelegenheit gibt, auch die Kehrseite dem entgegen zu stellen.

Wenn der Herr Abgeordnete fragt, womit wir denn dem Landwirt, der wegen Überlastung durch Abgaben auswandert, helfen wollen, so antworte ich darauf ganz einfach: Durch Verminderung dieser Lasten und durch Erleichterung des Absatzes seiner Produkte, also mit einem Wort: durch Getreidezölle — und ich weiß, was ich damit ausspreche, und ich weiß, daß ich damit den Handschuh aufnehme, den der Herr Vorredner mit seiner Andeutung hinwirft; wir werden Ihnen weitere Vorlagen in Bezug auf die Erhöhung der Getreidezölle bringen (hört! hört! links. Bravo rechts) und sind uns vollständig bewußt, daß wir damit uns um das deutsche Land und um seine Majorität, die aus Landwirten und bei der Landwirtschaft Interessierten besteht, wohlverdient machen. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner sagte, die Besitzenden wanderten nicht aus, sondern nur die Arbeiter wanderten aus. Die Mehrzahl der Auswanderer sind Arbeiter, solche Arbeiter, die sparsam und fleißig gewesen sind, die etwas verdient haben, die die Überfahrt bezahlen können und den Kaufschilling für drüben übrig behalten. Wenn er aber sagt, die Besitzenden wanderten nicht aus, so zeigt er eben, daß er im Lande nicht um sich weiß; er kennt eben nur die großen Städte. Ich weiß zum Beispiel in dem Kreise, dem ich ja sehr nahe stehe — als ich nach Varzin kam, waren dort, ich weiß nicht, ob elf oder zwölf Bauernhöfe, jetzt sind es noch zwei Vollbauernhöfe und etwa vier Halbbauern; die übrigen haben verkauft und parzelliert, um auszuwandern, weil sie drüben glaubten bessere Geschäfte zu machen, und sind sehr froh gewesen, daß ich ihnen zum Teil ihre Höfe zu einem höheren Preise, als sie von der Parzellierung erwarten konnten, abgekauft habe, nachdem sie zur

Auswanderung entschlossen waren. Mit mir grenzt das Kirchdorf Wussow: das hatte sieben Bauern, als ich hinkam; es hat jetzt noch zwei; fünf davon haben parzelliert und sind ausgewandert. Es mag vielleicht in diesem Winkel der Erde allein so aussehen; aber der Herr Abgeordnete Richter wird es ja besser wissen — er sagt, der Besitzer wandere nicht aus. Nun ist es wunderbar, daß bei mir von neunzehn Besitzern gerade neun in der kurzen Zeit von achtzehn Jahren ausgewandert sind. Den Herrn Vorredner wird das ja nicht abhalten, seine Behauptung aufrechtzuerhalten.

Der Herr Vorredner hat sich wiederum darüber beschwert, daß ich Persönlichkeiten — sagen wir: Spitzen — in die Diskussion mische. Ja, er versteht unter Persönlichkeiten immer, wenn man ihn widerlegt, ihm widerspricht. Der Herr Vorredner ist das gar nicht gewöhnt, daß ihm widersprochen wird in den Kreisen, in denen er sich bewegt; sowie einer anderer Meinung ist, so nimmt er das für eine verletzende Persönlichkeit.

Wenn der Herr Vorredner mir Äußerungen und Meinungen unterschiebt, die ich gar nicht gesagt habe, wie die zum Beispiel, daß nur die Besitzer auswanderten, und noch einige andere, auf die ich kommen werde — wie soll ich das anders widerlegen als damit, daß ich dem Herrn Vorredner sage, er hat meine Äußerungen entweder nicht verstanden oder nicht verstehen wollen oder sie so zurecht gelegt, wie er sie für sein Auditorium brauchen kann; für das hiesige Auditorium nicht — denn Sie wissen ja ebensogut, was ich sage, wie der Herr Vorredner — aber für die Presse. Der Herr Vorredner steht ja an der Spitze sehr bedeutender Preßunternehmungen; darin wird er natürlich seine Äußerungen so, wie er sie hier gesagt hat, wiedergeben und mit großer Schnelligkeit verbreiten; die meinigen werden darin wahrscheinlich nicht zu finden sein.

Der Herr Vorredner hat zum Beispiel mir in den Mund gelegt, ich hätte von Getreidezöllen in Amerika gesprochen. Die habe ich mit einbegriffen; aber ich habe — und ich berufe mich auf den stenographischen Bericht und mein Gedächtnis — von Schutzzöllen im allgemeinen gesprochen. Ich habe gesagt: Die Auswanderer flüchten sich unter das Dach der Zölle, die die inländische Arbeit schützen, in Amerika. Das Wort „Getreidezölle“ habe ich in Bezug auf Amerika gar nicht gesagt, obwohl ich mich in dem Augenblick, wo ich sprach, sehr wohl erinnerte, daß ich bei einer früheren Gelegenheit in der Lage war, dem Herrn Vorredner etwas Neues zu sagen, was ihm gewiß selten im Leben passiert ist, daß es nämlich in Amerika wirklich Getreidezölle gäbe. Ich glaube, es war der Herr Vorredner, der das bestritt, oder einer seiner Freunde; das tut nichts zur Sache, denn ich glaube nicht, daß seine Freunde das Recht haben, Meinungen zu äußern, die er nicht billigt. (Widerspruch links.)

Der Herr Vorredner hat mir ferner die Insinuation des Herrn Abgeordneten Dirichlet wiederholt, als hätte ich behauptet, daß alle Wohlhabenden auswandern müßten. Meine Herren, ich habe nicht behauptet, daß Größen wie Hansemann und Bleichröder durch Wohlhabenheit zur Auswanderung gezwungen werden würden, im Gegenteil, ich habe das schon vorhin berichtigt: ich habe nur gesagt: Der Arbeiter wandert nicht aus, wenn er nicht zu den Wohlhabenden gehört; er wandert nur aus, wenn er so viel erworben hat, und die Zeiten, wo es uns in Deutschland gut geht, sind solche, wo die Arbeiter so viel erwerben, daß sie auswandern können. Und deshalb rechne ich das, was der Abgeordnete Richter positiv bestritt, und wovon er sagte, es würde allgemein mit Kopfschütteln beant-

wortet werden, in dieselbe Rubrik, als wenn der Herr Vorredner Deutschland und den Kongo in Bezug auf Handelsfreiheit vergleicht. In den Zuständen dieser beiden Länder sind wirklich noch einige Unterschiede, und da die Kongokommission gerade hier ist, so bin ich in der Lage, etwas genauere Kenntnis zu haben, als dem Herrn Vorredner vielleicht zu Gebote steht. Aber das Kongogebiet ist doch etwas anders bevölkert und organisiert als Deutschland; das wird der Vorredner vielleicht zugeben; und wenn der Herr Vorredner sagt, meine Meinung, daß die Auswanderung ein Wohlhabenheitsmesser für Deutschland sei, würde im Lande überall Kopfschütteln erregen, so sage ich ihm, seine gegenteilige Behauptung wird einfach die Überzeugung erregen, daß er sein Land und seine Zeit nicht versteht. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Richter erklärt, den Handschuh aufnehmen zu wollen, der in der Ankündigung neuer Getreidezölle durch die Regierung liege. Das Ziel der Politik des Reichskanzlers heiße: Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch Erhöhung der Zölle zu Gunsten der Großgrundbesitzer. Bei Neuwahlen werde dies der Preis sein. Fürst Bismarck antwortet:

Der Herr Abgeordnete sprach im Anfang so leise, daß ich mit dem besten Willen nicht verstanden habe, was er sagte; (Heiterkeit rechts) er machte nicht den vollen Gebrauch von dem Organ, was ihm sonst zu Gebote steht. Ich weiß nicht, ob er in Abrede stellte, daß er in irgendeinem Verhältnis zur Presse stand. Ich kann mir das indessen kaum denken und nehme auch an, daß er es nicht getan hat. Ich habe nur von da ab verstanden, wo er sagte, er mache Gebrauch davon, auch nur seine Reden reproduzieren zu lassen, da gouvernementale Zeitungen dasselbe in Bezug auf mich täten. Ich habe ihn deshalb nicht getadelt; ich habe bloß assertorisch zur Unterstützung der Tatsache, daß ich überhaupt auf dergleichen eingehe, gesagt, daß ich in den Zeitungen des Herrn Abgeordneten Richter auf keine Vertretung meiner Ansichten zu rechnen hätte. Ich neide ihm ja seine Herrlichkeit gar nicht.

Dann habe ich nur noch eins zu berichtigen, was auch mehr, um das Land, als hier den Reichstag zu überzeugen, gesprochen ist. Der Herr Abgeordnete sagt, es handle sich bei den Kornzöllen nur um den Großgrundbesitzer. Wenn irgend etwas mir die schlagende Unwissenheit der Großstädter in Bezug auf landwirtschaftliche Dinge beweist, (sehr gut! rechts), so ist es der Gedanke, daß der Bauer sein Korn nicht verkauft, sondern alles selbst ißt. Was müßte der Mann für einen Magen haben, wenn er die Erträgnisse eines Bauernhofes von hundert Morgen — so sind sie durchschnittlich — persönlich verzehren wollte und nicht dabei interessiert wäre, ob er das Korn teuer oder wohlfeil verkaufen kann. Schon ein Besitzer von drei Morgen, wenn er einen Morgen mit Winterkorn baut und auf demselben auch nur fünf Zentner Getreide produziert, müßte eine ziemlich zahlreiche kornessende Familie haben — denn daneben werden noch Kartoffeln gebaut — um diese fünf Zentner selbst zu essen. Alle, die so viel bauen, sind also sicherlich bei den Kornpreisen interessiert, und ein vergeblicher und für den inneren Frieden des Landes nicht dienlicher Versuch, der wiederum zu den Vorfrüchten der Sozialdemokratie, zum Hetzen des Armen gegen den Reichen gehört, (sehr richtig! rechts), ist es, zu behaupten, daß bei solchen Maßregeln, die lediglich zum Wohle und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit des Ganzen von der Regierung gebracht werden, die Regierung doch den Großgrundbesitz im Vergleich zu dem kleinen und armen Mann begünstige. Dieser Unwahrheit, dieser auf einer gänzlichen Unbekanntschaft mit der Landwirtschaft überhaupt beruhenden Behauptung zu

widersprechen, halte ich hier durchaus noch für geboten, wenn ich damit auch die Diskussion noch mehr, als ich wünschte, verlängere.

Der Herr Abgeordnete hat sich ferner darauf berufen, daß er ja nur den Standpunkt vertrete, den ich früher selbst vertreten hätte. Ja, es tut mir leid, den Herrn Abgeordneten auf dem Standpunkte wiederzufinden; denn ich muß eingestehen, daß ich damals in diesen wirtschaftlichen Dingen vollständig unerfahren war und sie nach meinem jetzigen reiferen Urteil für falsch halte, falsch aus Mangel an Erfahrung. Ich hatte bis dahin gar nicht Zeit und habe das schon öfter auf dieser Stelle gesagt, daß ich, bis ich der deutschen Nation im ganzen Frieden nach außen und Einheit geschaffen hatte, überhaupt gar nicht die Zeit gehabt habe, mich um innere und wirtschaftliche Dinge zu bekümmern, sondern die jemandem überlassen habe, von dem ich glaubte, er verstände sie besser als ich. Wenn ich auf den Gang meiner geistigen Entwicklung von damals zurückblicke, so muß ich sagen, daß ich selbst bei meinem hohen Alter in diesen zehn bis fünfzehn Jahren erheblich gelernt habe; dasselbe wünsche ich auch von dem Herrn Abgeordneten Richter; und wenn er sich jetzt auf meinen vergleichungsweise jugendlichen, unerfahrenen Standpunkt von damals beruft, so wünsche ich ihm nur dieselbe Belehrungsfähigkeit, von der ich Zeugnis abgelegt habe — ich, von dem man immer behauptet, ich wäre jeder fremden Meinung und Belehrung unzugänglich, den man im ganzen als einen eigensinnigen Menschen schildert; da tut man mir äußerst unrecht. Ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Richter denselben Bildungsgang, den ich seit meiner wirtschaftlichen Kindheit zurückgelegt habe, seinerseits noch durchmachen wird, und ich glaube vorhersagen zu können, daß er, wenn er vielleicht in späterer Zeit an dieser Stelle stehen wird, (Heiterkeit rechts) sich als ein ganz resoluter Verfechter des Prinzips erweisen wird, daß vor allen Dingen die Getreidepreise bei uns auf der Höhe erhalten werden sollen, daß Getreide im Lande überhaupt noch gebaut werden kann, (sehr richtig! rechts) und daß wir nicht notwendig und zwangsweise auf überseeische Verproviantierung angewiesen sind. Es würde das dieselben Erfolge in höherem Maße haben, wie die bekannte kleine Panik, die vor wenigen Tagen in England stattfand, wo man an das angebliche Auslaufen der Kanalflotte kriegerische Gerüchte knüpfte — ich glaube, von seiten der Börse — und wo die Operation den Erfolg hatte, daß die Papiere einigermaßen fielen, die Kornpreise aber, wenn die Telegramme richtig sind, um zwölf bis fünfzehn Prozent auf der Stelle stiegen, (hört! hört! rechts) weil man sich sagte: Wie wird sich England, im Falle Krieg ausbricht, verproviantieren? Gebe Gott, daß diese Frage niemals für Deutschland vorgelegt werden wird, sondern daß Deutschland immer in der Lage bleibe, das Korn, welches die deutsche Nation ißt, auch selbst bei sich zu Hause zu bauen, (Bravo! rechts), daß wir niemals dahin kommen, daß die Kornpreise niedriger sind als der Kostenpreis, für den der Zentner Roggen überhaupt bei uns gebaut werden kann. — Mag der Herr Abgeordnete Richter es auch dem Kopfschütteln des Landes empfehlen — ich wiederhole wiederum: Er versteht seine Zeit und sein Land nicht, wenn er dem widerstrebt. (Lebhaftes Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Abg. Rickert behauptet in längerer Rede, daß die neue Wirtschaftspolitik nur zu Gunsten Weniger ausschlage und daß daher die große Masse der kleineren Landwirte den Kornzöllen feindlich gesinnt sei. Er protestiert dann gegen den Vorwurf der Demagogie, den die offiziösen Blätter gegen die Freihändler schleudern. Fürst Bismarck erwidert:

Ich will nach meiner Gewohnheit in der Erwiderung bei dem anfangen, was der Herr Vorredner gegen den Schluß sagte, wo er meine Behauptung anfocht, daß ein Besitzer

von drei Morgen unter Umständen — wenn seine Familie nicht zahlreich wäre, glaube ich gesagt zu haben — durch seinen Besitz ernährt werde. Der Herr Vorredner hat nur von einem Ertrag von fünf Zentner Roggen, den ich beispielsweise anführte, gesprochen. Ich habe angenommen, daß ihm als Kenner der Landwirtschaft — denn sonst würde er doch über deren Interessen nicht urteilen — vorschwebe, daß, wer Roggen baut, auch Sommerkorn baut; er baut höchst wahrscheinlich auch Kartoffeln und in einzelnen Fällen Kohl. Daß eine Familie von fünf Köpfen von fünf Zentnern Roggen allein satt werden soll, behaupte ich nicht. Die Familien haben gewöhnlich nicht vier Köpfe, sie schwanken zwischen vier und fünf. Knechte, von denen er sprach, haben solche Familien überhaupt nicht, sondern sie wirtschaften selbst. Der Herr Vorredner kennt das nicht; wenn er mich mal besuchen wollte auf dem Lande, dann würde ich ihm zeigen, wie die Leute leben. Sie bauen also, wenn sie fünf Zentner Roggen gewinnen, doch mit ziemlicher Sicherheit auch vier bis fünf Zentner Sommerkorn daneben und mit großer Wahrscheinlichkeit zirka sechzig Zentner Kartoffeln; das macht also bei dreihundertundsechzig Tagen auf sechs Tage einen Zentner Kartoffeln. Wenn der Herr Vorredner sich den Nahrungswert, der darin steckt, vergegenwärtigt, sechzehn Pfund Kartoffeln auf den Tag, und diesen zu fünf Zentnern Roggen und zu dem betreffenden Gewicht an Sommerkorn addiert, so wird er vielleicht doch meine Meinung nicht so ganz ungereimt finden, wie er vorhin schilderte, sondern wird finden, daß die Besitzer von über drei Morgen im ganzen zu den Kornverkaufenden gehören würden und nicht, wie er behauptet, daß nur die Latifundien Kornverkäufer wären; ja es ist sogar wahrscheinlich, daß der Besitzer von drei Morgen vielleicht noch einen Teil seines Roggens verkauft, wenn er irgendwie durch Naturalverpflegung in seinem Arbeitsverhältnis — denn er wird gewöhnlich nebenher noch arbeiten im Dienst anderer — einen Ersatz für die eigene erbaute Nahrung findet.

Der Herr Vorredner hat dann gesagt, ich hätte im Namen der Bundesregierungen hier Kornzölle angekündigt. Ich spreche im Namen der Bundesregierungen nur dann, wenn sie eine Vorlage haben. Ich habe meine persönliche Ansicht und, wie ich hinzufügen kann, die der königlich preußischen Regierung hier ausgesprochen; ich darf aber voraussetzen, daß die Bundesregierungen, wenigstens in ihrer Mehrheit, den Vorlagen, die wir ihnen über eine Tarifnovelle zu machen beabsichtigen, beitreten werden.

Der Herr Vorredner hat ferner meine Ausführungen über die Auswanderung bestritten und zu diesem Behufe sogar das Arsenal der Bibliothek in Kontribution gesetzt, aus welchem er eine alte Rede von mir vor einigen Jahren herangezogen hat. Ja, ich will mal annehmen, der Herr Vorredner hätte mich mit diesem Zitat geschlagen; aber der Herr Vorredner sowohl wie ich sind beide in der Lage, doch mehr zu sprechen als andere Leute. Wenn man dem Herrn Vorredner die ganze Bibliothek der Reden, die er in seinem Leben gehalten hat, vor Augen bringen könnte, glaubt er nicht, daß man darin Sätze finden würde, die man ohne große Gewalttat als Widerlegung dessen, was er heute gesagt hat, benutzen könnte? Ich glaube, er ist nicht so glücklich gewesen, das bei mir zu finden; und ich habe vorhin schon angedeutet, daß es nicht fair play sei — ich vermied den Ausdruck, daß es nicht ehrlich sei, ich bin genötigt, ihn zu wiederholen, wenn mir die Sache öfter gebracht wird — ausschließlich die Wohlhabenheit als die von mir bezeichnete Ursache der Auswanderung über See anzuführen. Ich habe das dem Herrn Dirichlet geantwortet, ich habe das dem Abgeordneten Richter geantwortet, und ich bin in derselben be-

dauerlichen Notwendigkeit dem Herrn Vorredner gegenüber als ob er meine frühere Antwort gar nicht gehört hätte — ich kann ja nicht verlangen, daß er Gewicht legt auf das, was ich sage — aber es ist mir unerfreulich, dieselbe Sache dreimal zu sagen, und ich will sie dahin fassen: Es gibt in der großen Masse der Auswandernden zwei Sorten. Zunächst diejenigen, die auswandern, weil sie das Geld dazu noch haben, und dazu würde ich die Unzufriedenen rechnen, von denen ich im Jahre 1882 bei Bekämpfung der Klassensteuer gesprochen habe. Ich habe damals den geschildert, der überhaupt noch wegkommen kann, der nur zusieht, daß er wegkommt, daß er über See kommt, um sich dem Druck der Steuern zu entziehen. Die Klassensteuer ist ja noch lange nicht vertilgt, sie ist immer noch als Kommunalsteuer da, und darin macht der gemeine Mann keinen Unterschied. Ich bin hier im Felde beim Reiten Leuten begegnet, die mich anklagten wegen der Kommunalsteuer, die sie noch immer zahlen müßten, indem sie zwischen der Kommune und dem König von Preußen keinen Unterschied machen; daß der König so hart mit ihnen verführe, daß sie noch immer Kommunalsteuern zu bezahlen hätten. Ich hoffe, es wird mit der Zeit der Exekutor auch aus der Kommunalverwaltung verschwinden, wie er aus dem Staatshaushalt bisher verschwunden ist, und der Herr Abgeordnete hat mich ja daran gemahnt — ich werde auch der Mahnung folgen.

Also, es gibt zwei Sorten: Solche, die unzufrieden sind, ihre Unzufriedenheit niederschlucken müssen, wenn sie das Geld nicht mehr haben, um auszuwandern; haben sie es noch, dann werden sie auswandern; ein solcher schwebte mir vor, der durch die Klassensteuerschraube dahin gedrängt worden ist, daß er sagt: In diesem Lande ist nicht zu leben, ich sehe voraus, daß ich hier zugrunde gehe, ich will das letzte noch benutzen, um auszuwandern. Weit größer ist aber die Kategorie derer, die in den letzten Jahren so viel erworben haben, daß sie auswandern können. Das sind also diejenigen, die auswandern, weil sie das Geld noch dazu haben, und diejenigen, welche auswandern, weil sie das Geld dazu schon erworben haben, vielleicht auf Grund der Unterschätzung dessen, was sie dazu bedürfen. So lange der Mensch jung ist, unter dreißig Jahren, wirkt die Hoffnung, das Unbekannte noch immer verführerischer als das Bekannte, in dem er lebt, und das ist die Zulage, die er zu seinem Kapital macht, wenn er hinausgeht. Die Hoffnung täuscht manchen; manche verkommen drüben, manche kommen zurück, wenn andere so gut sind, sie zurück zu bringen. Ich protestiere also gegen die Art, meine Worte auszulegen, wie der Herr Vorredner seinerseits wieder für angebracht gehalten hat; man reißt etwas heraus von dem, was ich hier unvorbereitet vor Ihnen spreche, und was mir nachgerechnet wird fünfzehn Jahre lang. Ich habe gefunden, daß das, was ich vor zwanzig Jahren gesprochen habe, mir hier wieder vorgeklaubt wird. Ich bin nicht in der Lage, meine Reden erst zu überlegen und auszustudieren in Gedanken, was ich sagen will. Ich habe nicht geglaubt, daß ich heute in die Lage kommen würde, das Wort zu nehmen anders, als über Kamerun — dazu bin ich hergekommen. Indessen Sie mögen immerhin Gelegenheit nehmen, alles, was ich heute unüberlegt gesagt habe, mir nach fünfzehn Jahren wieder vorzuhalten, wenn wir das noch erleben. Es ist mir das vollständig gleichgültig, denn ich sage nichts, als was ich denke, und was ich denke, bin im immer bereit zu vertreten.

Also ich akzentuiere nochmals den Unterschied: Es gibt noch andere Kategorien von Auswanderern; solche, die auswandern, weil eine Tochter anderer auswandert, die sie heiraten wollen, solche, welche dort einen Bruder haben, welche ihre Verwandten wieder-

sehen wollen. Es gibt hundert andere Gründe dafür. Was ist das für eine Art zu diskutieren, wenn ich einen Hauptgrund der Auswanderung anführe, mir unterzuschieben, daß ich alle diejenigen Gründe nicht anerkenne, die ich im Augenblick vergessen und übersehen habe? Es kann aus kindlicher, aus elterlicher Liebe sein, daß einer auswandert, aus Verdruß, aus Ärger; es gibt noch tausend Gründe. Aber ich protestiere dagegen, daß mir das untergeschoben wird.

Der Herr Abgeordnete, der vor mir sprach, hat auf die Getreidezölle noch einen Rückblick geworfen, und da kann ich nur bedauern, daß es ungeachtet aller Bemühungen — da sieht man, wie der Einfluß der Regierung auf die Wahlen überschätzt wird — nicht gelungen ist, zu bewirken, daß der frühere Abgeordnete Mommsen gewählt wurde. Ich bin überzeugt, ich würde keinen beredteren und keinen historisch durchgebildeteren Vertreter meiner Überzeugung haben, die ich vorher aussprach, daß es nämlich notwendig ist, die Getreidepreise auf einer Höhe zu halten, daß der Landwirt bestehen kann, als den Herrn Mommsen, der zu meinem Bedauern mit mir ab und zu in Mißverständnisse geraten ist, mit dem ich aber im Grunde vollständig einverstanden bin. Ich kenne ihn mehr aus seiner römischen Geschichte als aus seinem Auftreten im Parlament, und ich bin überzeugt, der würde, wenn er hier wäre, Herrn Rickert in einer Weise widerlegen, daß er es nicht wieder wagen würde, dieses Thema zu berühren.

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, daß ich es immer wäre, der Persönlichkeiten in die Sache hineinbrächte. Ja, meine Herren, Sie greifen die Gesetzgebung, unsere Verhältnisse, die Politik der Regierung an. Wen greifen Sie denn dabei an als die Persönlichkeit? Wen meinen Sie überhaupt, wenn Sie die Politik der Regierung in einer Weise schildern, daß kein gutes Haar an ihr bleibt und daß sie im ganzen eigenen Lande und im Auslande in Mißkredit geraten muß — als wenn wir, die wir an der Spitze der Regierung stehen, eine Versammlnug von Leuten wären, die nur ihre eigenen Interessen nach dem klassischen Wort „Schnapspolitik“ verfolgen, oder die unwissend sind und von dem, was im Lande vorgeht, keine Ahnung haben? Wen trifft denn das sonst? Meinen Sie denn einen andern als mich damit? Ich stehe dreiundzwanzig Jahre an dieser Stelle; wer ist also damit gemeint? Meinen Sie etwa Seine Majestät den Kaiser damit? Das haben Sie oft genug abgelehnt. Sie können also nur mich damit meinen, und ich kann nicht zugeben, daß Sie mir solche Injurien unter der Rubrik „Staat“ an den Hals werfen, ohne daß ich berechtigt sein sollte, zu erwidern. Deshalb nehme ich dieses Recht in Anspruch, und es ist eine ganz künstliche Fiktion, als ob ich, Herr v. Bismarck, nicht zugleich der Reichskanzler wäre, den Sie hier mit allen Ihren anonymen Angriffen meinen, und den Sie treffen in seinem Ehrgefühl viel öfter als in seiner Überzeugung; und deshalb, bis Sie mir angegeben haben, wen Sie mit Ihrer Beschimpfung der bestehenden Gesetzgebung anders meinen als mich, werden Sie mir erlauben müssen, daß ich auf persönliche Injurien unter der Rubrik „Staat“ unter Umständen persönlich erwidere. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Richter nimmt zum vierten Male das Wort, um noch einmal die Nichterfolge in der Finanzpolitik des Reichskanzlers zu betonen. Jede Zollerhöhung und jede Preissteigerung bringe den größeren Besitzern mehr Vorteile als den kleineren. Die Notwendigkeit beständiger Einfuhr ausländischen Brotkorns beweise den Rückgang der inländischen Brotkornproduktion. Wer durch Zollerhöhung die Volksernährung erschwere, dürfe sich über Auswanderung nicht beklagen. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er irgend jemand aus der Versammlung apostrophierte: „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn“. Ich glaube, er sprach damit zu den Landwirten: „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir usw.“ Unter „wir“, denke ich, hat er die fruges consumere nati gegenüber den fruges colere nati verstanden. Ich möchte ihn doch darauf aufmerksam machen, daß die letzteren in diesem Lande die Mehrheit bilden, und daß er alle die, deren Wohlsein von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt — und das, meine Herren, ist die Mehrheit — einigermaßen respektieren möge. Er ist zu dieser Gleichstellung der beiden Parteien nicht berechtigt, daß er sagen könnte: „Sie gewinnen Vorteile, und wir —“. Ich verstehe unter dem „wir“ die Großstädter — wenn er nicht etwa wieder vom Fraktionsstandpunkt gesprochen hat.

Ich muß ferner widersprechen, wenn der Herr Abgeordnete behauptet hat: Wir bedürfen einer zunehmenden Einfuhr des Getreides. Was wir selbst essen, bauen wir drei- und viermal im Lande. Wir haben eine Menge anderer Verwendungen des Getreides als zur menschlichen Nahrung, zu denen wir das eingeführte Getreide benutzen. Diese Verwendung wird sich modifizieren und ermäßigen können; aber es ist mir ganz unzweifelhaft, daß Deutschland imstande ist, nicht nur das Getreide, welches das deutsche Volk ißt, sondern auch dasjenige, was das deutsche Volk zu anderen Zwecken verbraucht, selbst zu bauen, wenn die Bedingungen des Getreidebaues einigermaßen günstiger gestaltet werden, als sie in diesem Augenblick liegen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, der Kartoffelbau habe einen Rückgang des Getreidebaus veranlaßt. Das ist ein ebenso großer Irrtum, wie der in den großen Städten gewöhnlich verbreitete, daß der Zuckerrübenbau einen Rückgang des Getreidebaues veranlasse. Beide Hackfrüchte haben eine sehr viel stärkere Produktion in ihrem Gefolge, indem sie die Intensität der Landwirtschaft verbessern und erhöhen. Wer mehr Hackfrüchte baut, baut auch mehr Roggen und andere Halmfrüchte, und es wäre Zeit, daß die Herren von den großen Städten, wenn sie über die Schicksale der Landwirte hier mit Majorität entscheiden wollen, sich etwas mehr über die tatsächlichen Verhältnisse der Landwirtschaft informierten. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete gesagt hat, der Kornbau sei zurückgegangen, so ist das die ganz natürliche Folge davon, daß der bisherige Kornzoll zu niedrig ist; es ist nicht möglich, den Scheffel Roggen und namentlich den Scheffel Weizen zu dem Preise, zu dem er heute verkauft wird, innerhalb des gesamten Deutschland zu bauen. Infolgedessen geht der Anbau zurück, und er wird noch viel weiter zurückgehen, wenn Sie die Kornzölle nicht erhöhen; dann werden Sie die Folge davon sehen, daß unsere Ernährung mehr und mehr vom Auslande abhängig wird, und daß der inländische Landwirt und Grundbesitzer mehr und mehr außerstande kommt, seinen Verpflichtungen zu genügen, und die Kaufkraft dem nicht landwirtschaftlichen Landsmann gegenüber verliert; dann werden die Herren, die jetzt leben, die jetzt das große Wort haben und die Kalamität verschulden, wahrscheinlich nicht mehr vorhanden sein. Man wird darüber streiten unter den Gelehrten, woher der Rückgang gekommen ist, und erst nach zweitausend Jahren wird sich vielleicht ein Mommsen finden, der sagt: Es hat an den niedrigen Kornpreisen gelegen, daß der Staat zugrunde gegangen ist. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner wiederum darüber geklagt, daß ich Persönlichkeiten in die Debatte hineingebracht habe. Nun frage ich ihn: Ist das nicht eine Persönlichkeit,

wenn er früher seinerseits von „Schnapspolitik", von „Schweinepolitik" mir gegenüber in öffentlichen Äußerungen gesprochen hat? Ist das nicht eine Persönlichkeit, die in diese Debatte notwendig hineinschlägt, und gegen die ich mich allein auf dieser Stelle hier rechtfertigen kann, daß der Herr Abgeordnete mich beschuldigt hat, aus Interesse für mein persönliches Budget irgendeine Politik zu befolgen? Weil ich vielleicht irgendwo Schweine züchte? — Es ist wenig! — Weil ich Branntweinbrennereien habe? — Ist das nicht eine vollständig ehrenrührige Beschuldigung, die der Herr Abgeordnete mit dem einen Wort „Schnapspolitik", „Schweinepolitik" gegen mich schleudert? (Sehr richtig! rechts.) Er reduziert dies nun auf das Wort „Zuckerpolitik" und schiebt mir die Zuckerpolitik in die Schuhe — ich berufe mich auf den stenographischen Bericht von vorher.

Als ich zum erstenmal den Vorzug gehabt habe, den Kaiser Napoleon zu sehen, und zu meinem Allergnädigsten Herrn[1] — der vordem regierte — zurückkam, fragte mich dieser nach meiner Meinung über ihn, und ich antwortete: Er hat das Unglück, daß jede Kalamität, die irgendwo in der Tatarei oder in Frankreich passiert, ihm ins Konto geschrieben wird; es mag passieren, was will, man bringt seinen Namen damit in Verbindung, und wenn in China schlechtes Wetter ist, so hat der Kaiser Napoleon es gemacht. So komme ich nachgerade darauf hinaus, daß man im Inlande und Auslande alles, was den Leuten unangenehm ist, schließlich auch die niedrigen Zuckerpreise und die schlechten Zuckererträge mir aufs Konto schreibt, weil ich an der Spitze der deutschen Reichsverwaltung stehe und von dort aus allerdings einen gewissen Einfluß übe; aber die Elemente und die Entwickelung der Welt beherrsche ich dabei nicht; denn ich kann für die „Zuckerpolitik" nichts, und es ist ungerecht, daß der Herr Abgeordnete mir das Wort „Zuckerpolitik" entgegenwirft, um jedem Zuckerinteressenten und jedem Rübeninteressenten, der in diesem Jahre Unglück gehabt hat, den Eindruck zu machen: Daran war wieder dieser abscheuliche Reichskanzler schuld, der weder etwas versteht, noch ehrlich wirtschaftet. In dem Ausdruck „Schnapspolitik" liegt die Verdächtigung meiner Ehrlichkeit, und in allen übrigen Vorwürfen wenigstens die Verdächtigung meines Verständnisses.

Aber die persönlichen Angriffe gegen mich beschränken sich ja darauf nicht. Der Herr Abgeordnete hat vorhin seine Beteiligung an der Presse — in welcher Form, habe ich nicht hören können — in Abrede gestellt; aber ich erinnere mich sehr wohl, daß ich von denjenigen Zeitungen, die aus der hier bekannten Berliner Fabrik ihre Leitartikel und ihre politischen Artikel beziehen, in meinem Privatleben in einer Weise beobachtet und verleumdet worden bin, wie ich es ehrloser niemals erlebt habe; ich wurde auf Schritt und Tritt beobachtet, es wurden mir Prozesse angedichtet, die ich verloren haben sollte, und mir Roheiten gegen Damen angelogen, die bei mir zur Miete gewohnt hätten — das alles in Zeitungen, die Leitartikel Richterscher Färbung an der Spitze tragen, und die man die „Richtersche Presse" nennt. Man nennt sie im Lande so! Wenn mit Unrecht, dann müßte der Herr Abgeordnete doch energisch von diesem Verleumdungsschwindel sich lossagen! Wenn jemand in einem anonym geschriebenen Brief verleumdet, so hält man das im allgemeinen für eine ehrlose Beschäftigung; wenn jemand aber in gedruckten Blättern verleumdet, ebenso anonym, so ist es „Freiheit der Presse", für die einzutreten ist gegen jedermann, der sich gegen diese Verleumdungen wehren will! Die Herren beklagen sich über

[1] Friedrich Wilhelm IV.

persönliche Angriffe von mir; aber dies alles hängt wie ein Netz zusammen mit dem Richterschen Worte „Schnaps- und Schweinepolitik"! Sie brauchen nur an einem Faden zu ziehen, so zittert das ganze Netz der Richterschen Presse über das Land hinaus, die nur dazu da ist, mein persönliches Privatleben — ich will nicht sagen: zu kränken, denn das kränkt mich nicht — aber zu beobachten und zu diskreditieren; aber es wird ihr nicht gelingen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, die Presse des Reichskanzlers täte dasselbe. Es gibt keine „Presse des Reichskanzlers". Ich habe Zeitungen, die unter Umständen mir weißes Papier zur Verfügung stellen — ich habe es hundertmal von dieser Stelle aus gesagt — und in denen ich mich ausspreche, wenn ich keine andere Gelegenheit habe; aber mich deshalb für alle Artikel verantwortlich zu machen, die darin stehen, das ist doch eine sehr weit getriebene Sache, und ich kann es gewohnheitsmäßig — ich möchte sagen: „sportmäßig" — nicht lassen, daß, wenn ich gerade hier bin, ich mich gegen derartige Angriffe wehre. Im Grunde ist es eine Verschwendung meiner abnehmenden Kraft, daß ich mich überhaupt hier dagegen verteidige. Ich rufe das Land und das deutsche Volk zum Richter auf zwischen mir und dem Herrn Richter, wer in dieser Meinung das Urteil des Landes über seine Aufrichtigkeit für sich hat; — ich bin überzeugt, in dem Streite nicht zu kurz zu kommen. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

20. Sitzung des Deutschen Reichtags.

9. Januar 1885.

Um der Afrikanischen Gesellschaft, die bisher 100 000 Mark vom Reiche erhalten hatte, ihre Expeditionen und Erwerbungen zu erleichtern, waren von der Regierung diesmal 150 000 Mark in den Etat eingestellt worden. Die Budgetkommission trat aber gegen diese Erhöhung ein. Nach lebhafter Debatte für und wider spricht sich Abg. Windthorst, wie sein Kollege Witte, für Rückverweisung der Position an die Kommission aus, um die Regierung zu zwingen, genaue Auskunft über die geplante Verwendung der Summe zu geben. Auf die unklare und gewundene Rede Windthorsts, der nicht nein und nicht ja gesagt hat, entgegnet Fürst Bismarck:

Der Herr Vorredner hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, für Mehrkosten stimmen und wirken zu wollen, wenn dieselben dadurch bedingt würden, daß man eine bestimmte Kolonisation ins Auge faßte und für diese Kosten verwendete, und daß dann, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, wir — worunter also vielleicht die Kommission des Reichstags in Vertretung mit zu verstehen sein würde — das Terrain näher daraufhin untersuchten, ob dasselbe zur Kolonisation geeignet wäre. Ich würde diesen Weg ja sehr gerne betreten und bin für dieses teilweise Entgegenkommen dem Herrn Vorredner schon sehr dankbar; wenn ich ihn nicht betrete, so bin ich genötigt, die Gründe, die mich davon abhalten, doch wenigstens anzudeuten.

Wenn wir ein solches Terrain näher bezeichneten: Glaubt der Herr Vorredner und glaubt der Reichstag, daß andere Nationen, die unsere Kolonisationsbestrebungen nicht mit dem Entgegenkommen aufgenommen haben, wie es ihnen meines Erachtens leicht und unschädlich gewesen sein würde — daß die warten würden, bis wir einen bestimmten Punkt erforscht und erreicht haben? Wenn wir ihn hier andeuten, so reicht das meines Erachtens hin, daß eine fremde Flagge morgen dort aufgezogen wird (sehr richtig! rechts)

— telegraphisch — und andere Nationen haben viel bereitere und nähere Kräfte. Sie können hierüber ebensowenig genauere Auskunft verlangen, wie über manche diplomatische Dinge, deren Erfolg man dadurch nur schädigt, daß man sie vorzeitig veröffentlicht — andere kann man ja dadurch fördern, daß man sie rechtzeitig veröffentlicht, indem man die öffentliche Meinung dafür zu Hilfe nimmt.

Ich möchte dann noch darauf aufmerksam machen, daß die ganzen Kolonialbestrebungen, die wir seit zwei Jahren in Angriff genommen haben, in der deutschen Nation über meine und, ich glaube, über unser aller Erwartungen Anklang und entgegenkommende Aufnahme gefunden haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung hat daraus eine Mahnung genommen, daß sie für den Fond, der gewissermaßen die Vorbereitung im amerikanischen Kolonisationssinn das Pionierwesen, den Pionierdienst für künftige koloniale Ausdehnungen zu leisten hat, in dieser Position Ihnen eine kleine Verstärkung vorschlug. Sie war der Überzeugung, in der Voraussetzung, daß natürlich der Reichstag die öffentliche Meinung der deutschen Bevölkerung vertritt, daß die Regierung hier ein bereitwilliges und freundliches Entgegenkommen finden, ja, daß sie getadelt werden würde, wenn sie die Möglichkeit, die Kolonien, die an der Küste von uns gegründet werden, nach dem Innern hin für den Absatz unserer Industrie, für den Abzug unserer überschüssigen Bevölkerung nutzbar zu machen, wenn sie diese Möglichkeit irgendwie auch nur der Zeit nach versäumte, und wenn sie von Ihnen nicht die Mittel verlangte, die wenigstens eine vorläufige Vorbereitung und Ermittelung möglich machen, ob und nach welcher Richtung unsere Küstenkolonien Aussicht haben, Handelsverbindungen anzuknüpfen und dieselben auszudehnen. Es hat in der ganzen Welt Erstaunen erregt, welche Erfolge einzelne englische und amerikanische Reisende, beispielsweise Mr. Stanley, der vor kurzer Zeit uns hier besucht hat — welche Erfolge diese einzelnen energischen Leute in der Anknüpfung neuer Verbindungen im Interesse ihrer Auftraggeber gehabt haben, so daß einer anonymen Gesellschaft, die erst allmählich sich die Anerkennung der bestehenden Staaten erwirbt und erkämpft, gewaltige Strecken, größer als das ganze Zentrum des europäischen Kontinents, zur Verfügung, und wenn eine staatliche Macht dahinter stände, zur Gesetzgebung und Vorbereitung für die Ausdehnung des eigenen Handels geöffnet worden sind. Diese Öffnung ist natürlich nur dann möglich, wenn man zuerst die Erforschung des Innern betreibt, wenn man das Terrain rekognosziert. Wollen Sie uns nun zu dieser Rekognoszierung die Mittel, die wir im gesteigerten Betrage glaubten fordern zu müssen, um der öffentlichen Meinung genug zu tun, nicht bewilligen, ja, meine Herren, so entmutigen Sie von Hause aus unsere Kolonisationsbestrebungen. Ich habe schon einmal bei einer anderen Gelegenheit gesagt, eine Kolonialpolitik lasse sich von Deutschland nur betreiben, wenn die Regierung eine sichere und mit einem gewissen Schwung und Enthusiasmus national gesinnte Reichstagsmajorität hinter sich hat, (sehr richtig! rechts) und darum wird die Regierung sich vergewissern müssen, ob sie diese Reserve hinter sich hat oder nicht. Hat sie sie, so wird sie mit dem Maßhalten, welches unsere bisherigen Schritte kennzeichnet, auch vorwärts gehen; (Bravo! rechts) hat sie diese Reserve nicht hinter sich, so wird es eben heißen: Contenti estote, seien wir zufrieden mit dem Kommißbrote, das wir selbst bauen! (Bravo! rechts.)

Abg. Richter sagt, daß von den Gründen, die der Reichskanzler soeben angeführt habe, nichts in dem Bericht des Kommissionsberichterstatters enthalten gewesen sei. Deshalb fordert er die Rückverweisung der Vorlage an die Kommission. Fürst Bismarck entgegnet:

Die letzten Worte des Herrn Vorredners veranlassen mich lediglich, eine Verwahrung gegen die Voraussetzung einzulegen, daß die Kommissionen von mir irgendwelche Instruktionen empfingen. Ich würde mich ja dadurch sehr in Nachteil setzen, wenn ich meine Überzeugung — was der Kommissar in meinem Namen amtlich erklärt, das bindet mich — festlegen wollte, ehe im Plenum überhaupt noch verhandelt ist, und ehe ich weiß, ob sie eine Billigung von den verbündeten Regierungen, von denen ich ja nur einen Teil darstelle, hinter sich hat. Die Kommissarien in den Kommissionen sind meines Erachtens dazu da, Erläuterungen und Aufklärungen über solche Punkte zu geben, welche die Vorlage dunkel läßt, wenn sie sie nicht selbst in promptu haben, diese durch Rückfrage bei der Regierung zu beschaffen. Aber bindende Erklärungen für die verbündeten Regierungen abzugeben, dazu ist nicht einmal der Kommissar der einheitlichen preußischen Regierung in den preußischen Landtagskommissionen berechtigt; er würde sich einer disziplinarischen Ahndung aussetzen, wenn er dies täte. Am allerwenigsten aber existiert eine solche Berechtigung hier, wo der Vollmachtgeber ein beschließender gesetzgebender Körper ist, dessen Vollmacht nicht von jedem Kommissar über jede in der Kommission zutage kommende Frage vorweg genommen werden kann. Es kann sehr wohl vorkommen — mitunter, es wird nicht die Regel sein, aber es kann mitunter vorkommen —, daß ein Regierungskommissar in der Kommission Ansichten äußert, die nicht die meinigen sind. In der Regel hat er gar nicht mit mir darüber gesprochen, sondern er ist ein sachkundiger Mann und hat seinerseits als ein ehrlicher Anwalt die Interessen der Regierung wahrzunehmen, noch mehr aber, den Mitgliedern der Kommission in zuvorkommender Weise diejenigen Aufklärungen zu geben, die etwa noch nicht geliefert sind, und deren sie oder ein einzelnes Mitglied der Kommission bedarf. Weiter geht die Machtvollkommenheit eines Kommissars nicht, und ich muß mich dagegen verwahren, die Regierung oder gar die verbündeten Regierungen durch das gebunden zu halten, was ein einzelner Kommissar in der Kommission erklärt hat.

Abg. Dr. Windthorst versichert, nicht die Beteiligung einer parlamentarischen Kommission bei Vorbereitung der Kolonisationen im Sinne gehabt und in keiner Weise die Prärogative der Krone beanstandet zu haben. Er habe noch niemals das monarchische Prinzip beeinträchtigt. Fürst Bismarck erwidert:

Ich weiß nicht, was dem Herrn Vorredner in meinen Worten Anlaß gegeben haben kann, hier mit einer gewissen sittlichen Entrüstung eine Verwahrung für seine monarchische Gesinnung und für sein Nichtübergreifen einzulegen und einen verdächtigen Seitenblick auf andere, weniger monarchisch gesinnte Leute zu werfen. Ich verstehe das gar nicht. — Ich halte mich ganz genau an seine Worte. —

Ich habe auch gar nicht geglaubt, daß er mit dem „wir“ etwas anderes bezeichnete als die Mitglieder der Kommission, wie er jetzt auch wieder von mir verlangt, daß ich denen gegenüber die Dinge klarlegen soll. Ich habe schon vorher den Grund angedeutet, warum es nicht nützlich ist, sie so offen klarzulegen. Außerdem aber muß ich sagen: Was die Herren mir hier nicht glauben, das werden sie mir auch in der Kommission nicht glauben. (Große Heiterkeit.) Ich habe ja unter Umständen Kredit gehabt — Dispositionsfonds von 50 000 Mark und von sehr viel höheren Beträgen, und es ist mir auch ohne die Kontrolle der Afrikanischen Gesellschaft, wie sie hier vorhanden ist, getraut worden, daß sie verständig verwendet werden würden. Warum Sie nun gerade über diese 50 000 Mark, falls Sie sie bewilligen sollten, einer vorgängigen Rechnungslegung bedürfen, wozu sie auf Heller und Pfennig verwendet werden sollen, das verstehe ich nicht

recht. Wenn Sie koloniale Zwecke überhaupt nicht wollen, ja, meine Herren, dann setzen Sie uns beizeiten in den Stand, darauf zu verzichten, indem Sie alles, was dafür gefordert wird, einfach ablehnen, damit wir nicht noch größere Kosten und Mühe darauf verwenden: dann ist eben opera et oleum verloren. Aber wegen 50 000 Mark, ob die für die Erforschung von Afrika in dem Moment, wo die Küsten sich mit neuen Kolonien bedecken, verwendet werden sollen! — wenn Sie dafür nach allem, was darüber gesagt ist, noch von mir verlangen, daß ich über meine Kräfte hinaus spät nächtlichen Kommissionssitzungen beiwohnen soll — ja, meine Herren, ich erfreue mich leider nicht des rüstigen Alters des Herrn Vorredners; es ist für mich schon eine Schwierigkeit, hier den Sitzungen beizuwohnen, und ich würde, wenn der Herr Vorredner sich in ähnlichem leidenden Zustand befände, meinerseits nicht die Grausamkeit haben, ihm zuzumuten, zu einer Zeit, wo ich sonst schon schlafe, zwei steile Treppen in die Höhe zu steigen, um der Kommission beizuwohnen. Ich habe es auch schon getan bei außerordentlichen Gelegenheiten; ich habe es zu bereuen, und mein Arzt hat es zu beklagen gehabt; und ich bedaure, daß ich für diesen Fall dem Herrn Vorredner nicht den Gefallen tun kann, die Unterhaltung in der Kommission fortzusetzen. Hier aber, wo ich stehe, bin ich vollkommen dazu bereit.

Alle Auskunft, die ich geben kann, habe ich gegeben, das heißt ich habe Ihnen angedeutet — es ist mir schon nicht ganz lieb, daß Sie mich in die Notwendigkeit dazu versetzt haben — daß wir eine gewisse Vorsicht zu beobachten haben. Wenn Sie mehr von mir darüber verlangen — nun, dann muß ich mich in das Schicksal ergeben, daß ich keine Chancen habe, bei Ihnen diese Sache durchzusetzen.

Dann möchte ich aber fragen: Wozu noch das Spiel verlängern? Wozu noch in der Kommission? Neues werden Sie nicht mehr erfahren. (Sehr wahr! rechts.) Wenn der Herr Vorredner bestimmte Fragen, über die er noch beunruhigt ist, an mich zu richten hätte, so würde ich bitten, das gegenwärtig zu tun. Die Kommission hat dieselbe Öffentlichkeit — alles, was ich da sagen kann, kann ich auch hier sagen; und dazu bin ich hergekommen mit einiger Anstrengung und Überwindung meiner Schwäche, aber mit dem Gefühl, daß es meine Pflicht ist. In der Kommission zu erscheinen ist meine Pflicht nicht. Ich bin gesetzlich nach dem Stellvertretungsgesetz vertreten. Es ist überhaupt nicht der Platz der Minister, in der Kommission zu sein: denn die Minister sprechen in letzter Instanz, und die Kommission spricht nicht in letzter Instanz, sondern das Plenum allein. Dazu bin ich zu alt in diplomatischen Verhandlungen, um mit Unterhändlern ohne Vollmacht definitiv unterhandeln zu können. Die Kommission ist die Stelle für Kommissarien, die Aufklärungen zu geben haben, und nur in seltenen Fällen wird es sich empfehlen, daß Minister, die das letzte Wort in einer Sache zu sprechen haben, schon in der Kommission ihr Pulver verschießen[1] und nachher erleben, daß die Kommission vom Plenum desavouiert wird und das Plenum anders abstimmt. Auf diesen taktischen Irrweg werden Sie mich nicht verleiten — es gehören andere Fälle und andere Notwendigkeiten dazu, um mein Erscheinen in der Kommission politisch und taktisch zu rechtfertigen. Diesen Fall rechne ich nicht dazu. Aber ich bitte Sie nochmals dringend, im Interesse unserer Kolonialbestrebungen im allgemeinen, und um dieselben nicht zu entmutigen und von Hause aus eine Hand voll kalt Wasser darauf

[1] Dieses Verhalten, das Bismarck den Ministern seit Anfang der 80er Jahre immer wieder einschärfte, war eine Strafe im Kampf mit den Parlamenten: Die Abgeordneten sollten allein vor den Wählern die Verantwortung für etwaige Verschlechterung der Vorlagen tragen.

zu schütten — ich bitte Sie: Bewilligen Sie diese Forderung, und verzögern Sie die Bewilligung nicht durch eine weitere Kommissionsverhandlung.

Es knüpfen sich mehrere provisorische Forderungen auch an diese; auch der Nachtragsetat von 1884, den wir Ihnen zu bringen haben, ist nur deshalb Nachtragsetat, weil die Sache eilig ist. Es sind das alles ganz unentbehrliche Vorausgaben und gleichzeitig Ausgaben für das Kolonisationssystem überhaupt, und wir präjudizieren die Sache durch diese Entscheidung im kleinen und entmutigen den Enthusiasmus, der augenblicklich dafür vorhanden ist. Ob das in der Absicht liegt, ob das nützlich ist, das will ich nicht in Ihrem Sinne entscheiden; in meinem Sinne halte ich es nützlich, jeder begeisterten Anregung der Nation, die nicht oberflächlich und keine „Schützenfeststimmung" ist, sondern die in den gebildetsten Kreisen unserer Nation tief wurzelt, die Berücksichtigung nicht zu versagen. (Bravo rechts.)

Die Position wird nach weiterer Debatte an die Budgetkommission zurückgewiesen und später gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

21. Sitzung des Deutschen Reichstags.

10. Januar 1885.

Die von hanseatischen Firmen und Privaten erworbenen afrikanischen Gebiete — Südwest, Togo, Kamerun, bald auch Ostafrika — wurden unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt. Zum Kommissar der Reichsregierung bestimmte Bismarck den Generalkonsul Nachtigal. Diese deutsche Besitzergreifung war gegen den zähen englischen Widerstand,[1] der nur durch das diplomatische Zusammenwirken Deutschlands mit Frankreich und durch Benutzung des russisch-englischen Gegensatzes überwunden werden konnte, durchgeführt. Im Nachtragsetat für 1884/85 wurden 180 000 Mark zum Bau eines Küstendampfers und einer Dampfbarkasse für den Gouverneur von Kamerun gefordert. Am 10. Januar 1885 steht diese Forderung zur Debatte. Angesichts der großen Kolonialbegeisterung im deutschen Volke sprechen sich sogar die Führer der Opposition — der Welfe Langwerth v. Simmern, der freisinnige Schenk v. Stauffenberg und v. Bunsen — für die Bewilligung aus. Fürst Bismarck ergreift zu einer großen Rede über die Kolonialpolitik und das Verhältnis zu England das Wort, die als eine Warnung nach London wirken sollte:

Wenn ich zu dieser Frage das Wort ergreife, so geschieht es nicht ohne ein gewisses Zagen und unter dem Eindruck, dem ich gegenüber stehe, daß es den Regierungsvorlagen im ganzen nicht nützlich ist, wenn sie von mir persönlich lebhaft befürwortet werden. Ich habe das Gefühl gehabt in der Abstimmung am 15. vorigen Monats, daß die billigen und unentbehrlichen Ansprüche des öffentlichen Dienstes vielleicht leichter durchgegangen wären, wenn ich nicht zu erkennen gegeben hätte, daß ich mich persönlich dafür sehr lebhaft interessierte. Ich bin gestern von gleichen Befürchtungen impressioniert worden und habe bereut, daß ich überhaupt die gestrige Sache befürwortet habe. Ich muß fast fürchten, daß es bei dem jetzigen Stande der Reichstagsmehrheit, wie ich sie mir gegenüber kennenlerne, den Regierungsvorlagen vielleicht nützlicher ist, wenn ich schweige und ungewiß lasse, ob ich mich überhaupt dafür interessiere.

Es ist ja überhaupt ein Nachteil für den Minister, wenn er an den Geschicken seines Vaterlandes einen zu lebhaften Anteil nimmt. Es leitet das ja sehr leicht zu der Berechnung, daß der Mann es in seinem Posten vor Sorge und Bekümmern nicht aushalten wird, wenn die vaterländischen Interessen einigermaßen periklitieren und sich nicht einer besonderen Berücksichtigung erfreuen. Man betrachtet ihn gewissermaßen wie die rechte

[1] Vgl. dazu: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts Bd. 4 und Felix Rachfahl: Deutschland und die Weltpolitik 1871 bis 1914, Bd. 1, Kap. 16 bis 18.

Mutter des salomonischen Kindes, die lieber ihre Ansprüche aufgibt und lieber persönlich darunter duldet, als die Interessen des Vaterlandes benachteiligen zu lassen. In diesem Sinne beabsichtige ich auch, mir in Zukunft mehr Schweigen und Zurückhaltung aufzuerlegen und die Frage, ob ich persönlich gekränkt werden kann durch eine Ablehnung, wenigstens im unklaren zu lassen.

Ich will zu dem, was einer der Herren Vorredner gesagt hat, indem er die Kolonialbildungen aus dem Gesichtspunkt der Auswanderung besonders befürwortete, doch hinzufügen, daß mir vor der Hand und nach der Genesis unserer Kolonien fast noch wichtiger die Gewinnung neuer Absatzmärkte für unsere Industrie ist, auch selbst für die kleinsten Industrien, wie sie gestern an dieser Stelle ein Abgeordneter[1] aus Sachsen geltend machte, die ja kleinlich in ihrer äußerlichen Bezeichnung erscheinen können, die aber doch zu Hause, wo sie etabliert sind, eine ganze Menge Deutsche ernähren und mit lohnender Arbeit versehen.

Aus diesem Grunde bitte ich auch die Kolonien nicht außer Augen zu lassen, die für die Ansiedelungen deutscher Ackerbauer — ich meine also die tropischen Kolonien — nicht unmittelbare Aussicht bieten, sondern nur dafür, daß wir von den Küstenpunkten aus, die wir okkupiert haben, Wege nach Absatzgebieten finden und Verbindungen für Absatz unserer deutschen Industrieprodukte aller Art anzuknüpfen imstande sind. Dazu müssen wir ganz notwendig aber die Länder, mit denen wir Verbindungen anknüpfen wollen, und die Stämme und Völker, welche unsere Abnehmer werden sollen, einigermaßen kennen lernen. Das können wir nur durch Erforschung des Innern von Afrika, indem wir diejenigen Mittel gewähren, über die wir gestern diskutiert haben. Ich will in die gestrige Diskussion nicht zurückgreifen, sondern nur wiederholen, daß ich nach genauer Prüfung und Wiederlesung alles dessen, was vorgebracht und angezweifelt worden ist, nicht die Möglichkeit sehe, daß von seiten der Reichsregierung, sei es in der Kommission, sei es hier im Reichstage, irgendein Novum über die gestrige Frage noch beigebracht werden könnte, und daß ich bitte, in den Kommissionsverhandlungen dergleichen neue, bisher noch unbekannte Mitteilungen nicht zu erwarten, weil überhaupt kein Stoff und keine Möglichkeit dazu vorliegt. Was wir wissen, ist schon erschöpft; es hat aber nicht hingereicht, Sie zu befriedigen. Wir müssen also den Erfolg abwarten.

Ich möchte nur in betreff der Kolonialfrage — oder nach ihrer Entstehung will ich sie lieber so bezeichnen: des Schutzes unserer überseeischen Ansiedelungen, wie sie der Handel mit sich gebracht hat — ich möchte Ihnen also nochmals ans Herz legen, daß für die Kaiserliche Regierung eine wirksame Unterstützung dieser Unternehmungen, eine wirksame Fruktifizierung der Bewegung, welche die deutsche Nation in der Richtung erfaßt hat, ganz unmöglich ist, wenn sie nicht vom Reichstage eine freie, von einer gewissen nationalen Begeisterung getragene Unterstützung hat. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir den Reichstag bitten, quälen, beweiskräftig demonstrieren müssen, und doch jede Mark, die wir verlangen, vom Plenum in die Komission und von der Kommission ins Plenum geschickt wird, wenn wir sehen, daß der Reichstag für diese Dinge überhaupt kein Herz hat in seiner Majorität, daß er der Regierung die spontane, freiwillige Unterstützung nicht gewährt, deren sie bedarf, daß er die Regierung nicht trägt, sondern sie zurückhält, wie er sie zurückhalten kann — dann müssen wir das aufgeben.

[1] Abg. Hartwig.

Wir haben schon mal an der afrikanischen Küste zur kurbrandenburgischen Zeit Ansiedelungen gehabt — in der Zeit der Gamaschen und Perücken sind sie aufgegeben und verkauft worden; und wenn Sie der Regierung nicht mehr Unterstützung entgegenbringen, so ist es besser, wir schreiten zu demselben Liquidationsverfahren so früh wie möglich und machen dem Lande keine unnützen Kosten und Hoffnungen, die wir ohne Ihr freiwilliges Entgegenkommen und Ihren Beistand nicht erfüllen können.

Um dort eine koloniale Aufsicht — will ich es einstweilen nennen — zu etablieren, ist ein Gouverneur ganz unentbehrlich. Dieser Gouverneur bedarf der Zirkulationsmittel, er bedarf eines kleinen, flach gehenden Dampfers, der allein zu seiner Verfügung steht und eines anderen Fahrzeuges. Das ist die Frage, die uns heute beschäftigt; sie ist klein, aber sie ist doch in Verbindung mit der Frage, die uns gestern beschäftigte, entscheidend für das Prognostikon, was man unserer Kolonialpolitik überhaupt stellen darf. Wenn man die Kolonialpolitik will, so müssen diese vorbereitenden und unentbehrlichen Ausgaben bewilligt werden. Wenn man diese Ausgaben abschlägt, so soll man auch von der Regierung nicht verlangen, daß sie sich einer unmöglichen Aufgabe weiter widme. Es ist ein Gouverneur ohne Fahrzeug zu seiner Disposition in jenen Gegenden nicht denkbar. Es ist eine Ordnung in jenen Gegenden nicht denkbar, ohne daß ein Gouverneur da ist. Wir haben einen Gouverneur bisher nicht ernannt, lediglich aus Achtung vor dem Reichstag, vor der parlamentarischen Mitwirkung, weil wir ihn nicht ernennen können, bevor Sie das Gehalt dazu nicht bewilligt haben. Für die Dampfschiffe, deren er bedarf, haben wir die Bewilligung von Ihnen in der Form eines Nachtragsetats für 1884 erbeten, weil das der Weg war, um am schnellsten eine Entschließung von Ihnen zu erlangen. Diese Dampfschiffe bedürfen, so klein wie sie sind, doch mindestens einer Frist von sechs Monaten, um erbaut zu werden. Wenn sie daher in diesem Sommer fungieren sollen, so muß der Anfang mit der Kiellegung sofort gemacht werden, und er wird gemacht werden, sobald wir Ihre Bewilligung in Händen haben. Wenn Sie uns aber wieder damit in die Kommissionsberatung zurückschicken, so weiß ich nicht, wann diese Dampfschiffe in Tätigkeit treten und wann infolgedessen ein Gouverneur dort seinen Bezirk bereisen kann.

Wie notwendig dort eine strenge Aufsicht und eine Ordnung der Dinge ist, werden Sie aus den Ereignissen der neuesten Zeit und der jetzigen Lage entnommen haben; ich glaube, Sie werden in den Zeitungen das Telegramm gelesen haben, was mir durch Vermittelung der Admiralität zugegangen ist. Das gestern abend vom Konteradmiral Knorr eingegangene Telegramm, welches sagt:

> „Bismarck“ — das Schiff nämlich — und „Olga“ haben am 20., 21. und 22. Dezember aufrührerische Negerparteien in Kamerun mit Waffengewalt niedergeschlagen. Mehrere Häuptlinge und größere Zahl ihrer Krieger gefallen, beziehungsweise vertrieben oder gefangen. Ortschaften vernichtet. Autorität der Flagge und Ruhe am Orte wieder hergestellt. Unsere fernere Anwesenheit erforderlich. Proklamation an Einwohner erlassen, darin Waffenkauf untersagt.

Es wird Ihnen vielleicht das Telegramm schon vor Augen gekommen sein, was die „Kölnische Zeitung“ über diese Vorgänge hat, was sehr viel ausführlicher ist, was ich hier aber nicht vorlese, weil ich nicht die amtliche Bürgschaft für alle darin vorkommenden Einzelheiten besitze, sondern abwarten werde, bis ich die amtliche Nachricht habe. Von

diesem an sich bedauerlichen Vorfall, der einem unserer Matrosen das Leben gekostet hat, und bei dem andere und ein Offizier verwundet sind, erlaube ich mir, Ihnen die Genesis einigermaßen zu vergegenwärtigen, weil Sie daraus entnehmen werden, wie notwendig es ist, daß wir entweder das Geschäft dort aufgeben oder unsere Autorität bald herstellen.

Ich habe am 24. November folgenden Vortrag erhalten:

Das Syndikat für Westafrika in Hamburg überreicht eine Beschwerde über das den Frieden in Kamerun gefährdende Verhalten der Vertreter der englischen Firma John Holt und Compagnie und des englischen Vizekonsuls Mr. Buchan. Es wird darauf hingewiesen, daß der Vertreter derselben englischen Firma in Gaboon neuerdings wegen Friedensstörung von dort ausgewiesen worden sei

— Gaboon ist französisch —

und vorgeschlagen, eine ähnliche Maßregel auch unsererseits ins Auge zu fassen.

Die englischen Behörden pflegen in derselben Weise gegen die den Frieden in ihren Kolonien gefährdenden Personen vorzugehen, wie die von dem kaiserlichen Konsul in Lagos eingereichte Proklamation des dortigen Debuty Governor ergibt.

Es fragt sich, ob unser kommissarischer Vertreter in Kamerun, Dr. Buchner, oder etwa der Geschwaderchef ermächtigt werden soll, eine ähnliche Proklamation zu erlassen. Außerdem empfiehlt sich, in London darauf hinzuwirken, daß der englische Vizekonsul Buchan auf die Verpflichtung hingewiesen werde, zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens mit dem deutschen Vertreter zu kooperieren.

Darauf ist an die Botschaft in London geschrieben worden:

Nach Mitteilungen aus Kamerun wird der öffentliche Friede daselbst durch das Verhalten einzelner Engländer bedroht, indem dieselben bei den Eingeborenen das Vertrauen an die Dauer der deutschen Schutzherrschaft zu erschüttern versuchen.

— Das ist aus den Spezialbriefen gezogen, welche das Syndikat in Hamburg als Beilage zu seiner Vorstellung eingesandt hat. —

Es wird in dieser Beziehung besonders der Vertreter der englischen Firma John Holt und Compagnie genannt. Ein Vertreter derselben Firma ist kürzlich wegen Friedensstörung aus Gaboon ausgewiesen worden. Mit Rücksicht hierauf ist uns vorgeschlagen worden, eine ähnliche Maßregel unsererseits ins Auge zu fassen. Die englischen Behörden pflegen gegen die den Frieden in ihren Kolonien gefährdenden Personen in gleicher Weise vorzugehen, wie dies eine jüngst von dem Deputy Governor in Lagos erlassene Proklamation ergibt. Auch der englische Vizekonsul, Mr. Buchan, soll den Umtrieben gegen die Befestigung des deutschen Einflusses im Kamerungebiet nicht fern stehen. (Hört! hört!)

Wir werden deshalb die Frage zu prüfen haben, in welcher Weise derselbe die Anerkennung zur Ausübung konsularischer Befugnis in den unter deutschem Schutz stehenden Gebieten erhalten hat. Sollte sein Verhalten gerechten Anstoß geben, so würden wir in Erwägung nehmen müssen, ob diese Anerkennung zu versagen beziehungsweise zurückzuziehen sein würde. (Bravo!)

Euer usw. beehre ich mich zu ersuchen, Lord Granville dies mit der Bitte mitzuteilen, daß der genannte britische Vertreter auf die Verpflichtung hingewiesen werde, zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens mit dem deutschen Vertreter zu kooperieren.

Dem Bericht über die Erledigung dieses Auftrages sehe ich entgegen.

Ich will gleich, ehe ich weiter lese, befürworten, daß ich die englische Regierung bei diesem Vorgange für vollständig unbeteiligt und ex nexu halte. Der Bereich des englischen Kolonialnetzes rund um den Erdball ist kaum zu übersehen, geschweige denn zu beherrschen; es ist für die englische Regierung weniger möglich als für jede andere, sowohl nach der Ausdehnung wie nach der Organisation ihrer Kolonien, eine straffe Beherrschung der Menschen und Verhältnisse, ja selbst der eigenen Beamten überall auszuüben. Die Kommunikationen sind auch nicht so rasch, daß die höheren Autoritäten schnell genug informiert werden könnten. Kurz, ich bin überzeugt, daß die englische Regierung diese Vorkommnisse, wenn sie richtig geschildert sind — was ich ja einstweilen dahingestellt lassen muß, aber glaube — ganz ebenso mißbilligen und beurteilen wird, wie das von uns hier beurteilt wird. Durch die Unabhängigkeit der englischen Kolonialverwaltung vom Mutterlande und wiederum der Oberaufsicht im Mutterlande von den auswärtigen Geschäften Englands wird ja die Reaktion gegen dergleichen von England ebenso wie von uns gemißbilligte Vorkommnisse verzögert und erschwert.

Es ist darauf unter dem 3. Dezember ein Bericht von London eingegangen, der sagt:

> Ich habe der mir erteilten Instruktion gemäß Lord Granville mitgeteilt, daß der öffentliche Friede in Kamerun durch das Verhalten einzelner Engländer, namentlich usw., bedroht werde, und der englische Vizekonsul Mr. Buchan diesen Aufwiegeleien nicht fern zu stehen scheine, und habe im Sinne des hohen Erlasses gesprochen. Lord Granville versprach, sofort die nötigen Erkundigungen einziehen zu wollen; er habe schon früher die nötigen Instruktionen erteilt, nach denen von englischer Seite alles geschehen solle, um ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschen und Engländern zu erhalten.

— Das ist richtig; es hat aber nicht gewirkt. (Bewegung.) —

> Lord Granville hofft, daß die Besprechung des deutschen Geschwaderkommandanten mit den englischen Behörden alle Differenzen für die Zukunft beseitigen wird.

Dann ist ein weiterer Bericht vom 15. Dezember eingegangen:

> Ew. usw. beehre ich mich, im Anschluß an meinen Bericht vom 3. d. M., das Verhalten gewisser Engländer in Kamerun betreffend, anliegend Abschrift einer Note Lord Granvilles vom 11. d. M. einzureichen, aus welcher sich ergibt, daß der zuständige englische Konsul angewiesen worden ist, umgehend zu berichten, ob die Gerüchte über das Treiben des interimistischen Vizekonsuls Buchan begründet sind.

Diese Note ist in englischem Text, und lautet — die Note ist gerichtet an den Grafen Münster —:

> Mit Bezugnahme auf Ew. Exzellenz Besprechung vom 3. d. M. mit Sir Pauncefote über den Gegenstand des Verhaltens britischer Untertanen am Kamerun habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß John Holt, der jetzt in London ist und kürzlich von Berlin zurückgekommen, ein britischer Kaufmann mit großer Geschäftsausdehnung auf der Westküste von Afrika, aber ohne irgendwelchen amtlichen Charakter ist. Mr. Buchan ist lange Jahre hindurch Resident in Kamerun gewesen und ist ein Handelsmann von großer Respektabilität. Er handelt augenblicklich als britischer Vizekonsul in Erwartung der Ankunft des regelmäßigen Konsularbeamten, und sein ihn beaufsichtigender Konsul ist instruiert worden, Bericht zu erstatten mit der ersten Gelegenheit, ob er

irgendeine Bestätigung der Gerüchte, welche Ew. Exzellenz zu Ohren gekommen sind, geben kann.

So lautet der englische Text nach oberflächlicher Übersetzung.

Inzwischen sind mir von seiten des Hamburger Komitees anderweite Mitteilungen zugegangen vom 30. Dezember:

Ew. usw. beehrt sich das unterzeichnete Syndikat unter Bezugnahme auf die Anlage über die Verhältnisse in Kamerun zu berichten.

Seit der Besitzergreifung hat der dortige englische Konsul aufgehört, irgendwelche Autorität über die Eingeborenen, wie sie bisher gelegentlich zur Geltung gebracht wurde, auszuüben, und haben die letzteren, da der deutsche Vertreter Dr. Buchner nicht die erforderlichen Vollmachten oder aber nicht die erforderlichen Machtmittel besitzt,

— wir haben dort natürlich definitive Anstellungen noch nicht machen können —

um sie im Zaume zu halten, sich wiederholt Übergriffe gegen die Europäer erlaubt und sogar einen englischen Kapitän gefangen genommen, dabei einen seiner Leute verwundet und einen anderen getötet. Es ist daher dringend zu wünschen, daß in kürzester Frist seitens Deutschlands energisch eingeschritten werde, wozu das in nächster Zeit zu erwartende deutsche Geschwader besonders geeignet sein dürfte. Während die englischen Konsularbeamten sich formell jeder Einwirkung in dem deutschen Gebiete enthalten haben, haben unter der Hand sowohl der englische Konsul Hewett wie auch der Konsularagent Buchan, über den wir bereits in unserer Eingabe vom 17. November d. J. Beschwerde geführt haben, der Befestigung und Ausdehnung der deutschen Autorität Schwierigkeiten bereitet, einerseits durch Aufhetzung der Eingeborenen, anderseits durch Versuche, das die deutschen Besitzungen umgebende Gebiet unter englische Autorität zu bringen

— sie sind also mit der Erforschung früher aufgestanden als wir —

und damit die ersteren zu isolieren und ihre weitere Entwicklung zu unterbinden.

— Ist dieser Besitzung die weitere Entwicklung unterbunden, so hat sie wenig Wert, nur den Wert, den ihr der Besitzer des Hinterlandes, der es vorher okkupiert hat, gestatten will, indem er uns Transit gewährt oder nicht. —

Hierüber geht aus den Anlagen über die auf Anstiften des englischen Konsuls von Herrn Rogozinski unternommenen Schritte das Nähere hervor. Das Syndikat erlaubt sich daher, Ew. Durchlaucht ergebenst zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß baldmöglichst ein mit der nötigen Vollmacht versehener Gouverneur,

— aber kein Gouverneur ohne Barkasse —

als welcher sich aus Rücksicht auf die geschilderten Verhältnissen in erster Linie ein Marineoffizier empfehlen dürfte, nach Kamerun geschickt werde, daß das in kurzem in Kamerun zu erwartende deutsche Geschwader zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der deutschen Autorität daselbst, sowie zur Bestrafung der Schuldigen die erforderlichen Maßregeln treffe, und daß ferner in Zukunft regelmäßig in kurzen Zwischenräumen deutsche Kriegsschiffe dort erscheinen. Das Syndikat für Westafrika.

Die Anlage davon ist ein Auszug aus Briefen deutscher Firmen in Kamerun, welcher lautet:

Da von seiten des englischen Konsuls versucht wird, den Innerhäuptlingen Verträge abzulocken, so ist eine schleunige Erklärung der Grenzen geboten. Es ist mir vertraulich mitgeteilt worden, daß Herr Rogozinski vom englischen Konsul ermächtigt

worden ist, mit den Häuptlingen von Bacunde Verträge abzuschließen, und daß derselbe zu dem Zwecke von Viktoria aus die Landwege nach dort benutzen sollte; ferner richtete der englische Missionar in Bacunde an den englischen Kolonialminister Lord Derby mehrere Briefe, so daß wir befürchten, daß wirklich da oben im Lande wir Deutsche umzingelt werden sollen.

Das ist also die Stimmung in der Kolonie.

Darauf ist in diesen Tagen folgender Erlaß an den Grafen Münster in London ergangen:

Mit Bezug auf meinen Erlaß vom 27. November und Ew. usw. Berichte vom 3. und 15. Dezember v. J., betreffend das Verhalten englischer Beamten und Untertanen im Kamerungebiete, beehre ich mich, Ew. usw. auszugsweise eine Eingabe des Syndikats für Westafrika in Hamburg vom 30. v. M. und deren Anlage sowie Übersetzung aus Nr. 278 des „Kuryer Poznanski"

— das bezieht sich auf Rogozinski —

zur gefälligen Kenntnisnahme und gesprächsweisen Verwertung des Inhalts zu übersenden. Ew. usw. werden darin ausreichendes Material finden, um Lord Granville davon zu überzeugen, daß die von uns angebrachten Beschwerden über Versuche englischer Beamten und Untertanen, die Ausdehnung der deutschen Besitzungen von Kamerun nach dem Innern und die Befestigung des deutschen Ansehens daselbst zu erschweren, auf bestimmte Tatsachen gegründet waren. Wir hoffen um so mehr, daß englischerseits alles geschehen wird, um den von Lord Granville uns ausgedrückten freundlichen Absichten durch die Tat zu entsprechen. Ew. usw. wollen zugleich Lord Granville mitteilen, daß der Kaiserliche Geschwaderchef angewiesen worden ist, wegen eines uns gemeldeten und auch schon in der Presse erwähnten Exzesses von Eingeborenen gegen den Kapitän eines englischen Handelsschiffs und dessen Leute nachdrücklich einzuschreiten und die Schuldigen zu bestrafen.

Dieser in Bezug genommene Auszug aus einem polnischen Blatte, einer Quelle, die auf einem großen Umweg uns das unter Augen bringt, was in Fernando Po gesponnen und schließlich in Kamerun zur Ausführung gekommen ist — also die Übersetzung aus dem „Kuryer Poznanski" vom 2. Dezember 1884 — ist überschrieben: „Wichtiges Dokument. Rogozinskis Expedition nach Afrika!" Unter dieser Überschrift teilt der „Kuryer Poznanski" aus dem „Kuryer Warszawski" folgendes mit:

Die gestrige Abendpost brachte uns — so schreibt der „Kuryer Warszawski" — ein Schreiben, welches wir in wörtlicher Übersetzung aus dem Französischen mitteilen, und das unzweifelhaft geeignet ist, lebhaftes Interesse bei unseren Landsleuten zu erwecken, und zwar nicht bloß wegen der für uns hochinteressanten Expedition unseres Landsmannes Rogozinski nach Afrika, sondern auch wegen der Verbindung dieser Expedition mit der afrikanischen Angelegenheit, welche gegenwärtig auf der Tagesordnung der europäischen Politik steht, datiert Santa Isabel de Fernando Po den 29. September 1884:

Herr Redakteur, da ich seit der Zeit meiner Ankunft in der hiesigen Gegend, in der gegenwärtig Ihr Landsmann Herr S. Rogozinski weilt, als Vermittler zwischen der Redaktion des „Kuryer Warszawski" und der Expedition bin und die beiderseitigen Korrespondenzen entgegennehme, so pflege ich mit dem größten Interesse alles zu verfolgen, was in Verbindung mit Ihren Forschungen steht.

— Also auch die Polen haben, wie es scheint, Mittel zur Erforschung des Innern von von Afrika. —

Aus diesem Grunde beeile ich mich, Ihnen diese kurze Korrespondenz zu übermitteln, welche, wie ich glaube, Ihr Blatt im höchsten Grade interessieren wird, erstens deshalb, weil die hier stattgehabten politischen Ereignisse eine ungeheure Tragweite haben, und dann auch aus dem Grunde, weil Herr Rogozinski bei diesen Ereignissen die Hauptrolle spielt.

Seit einigen Monaten hat die deutsche Regierung den Beschluß gefaßt, hier in der Biafra-Bai eine Kolonie zu gründen, und zu diesem Zweck hat ein deutsches Kanonenboot, an dessen Bord sich Dr. Nachtigal in der Eigenschaft als Kommissar des Deutschen Reiches befand, das Gebiet Batanga, den Fluß Kamerun und Bimbia annektiert. Es war auch die Absicht Dr. Nachtigals, die Gebirge von Kamerun in Besitz zu nehmen, in denen die jetzt schon ziemlich ausgedehnten Besitzungen der Station des Herrn Rogozinski belegen sind; jedoch die Absichten der Deutschen in Bezug auf die Gebirge, das heißt in Bezug auf die ganze Küstenlinie bis Calabar, sind durch Herrn Rogozinski paralysiert und vereitelt worden. Nachdem er von Gaboon, wohin er sich mit Janikowski nach dem Tode des Reisegefährten Clemens Tomaczek begeben und wo er von den deutschen Projekten gehört hatte, zurückgekehrt war, beschloß Rogozinski, der mit dieser Nation nicht sympathisierte,

— ich glaube, das sind wir, diese Nation —

seinen ganzen Einfluß unter den Häuptern der einheimischen Stämme aufzubieten, um die deutsche Herrschaft von den Gebirgen fernzuhalten. Da er aber vermutete, daß Dr. Nachtigal schnell handeln werde, so sah er, daß er diesen Zweck nicht auf andere Weise erreichen könne, als dadurch, daß er eine andere Nation bestimmte, den Deutschen zuvorzukommen. Die Nächsten waren die Engländer, deren Vertreter in Bonny residiert. Herr Rogozinski stellte daher demselben die Lage der Dinge vor, überzeugte ihn, daß es sein und der englischen Regierung gemeinschaftliches Interesse sei, die Gebirge unter englisches Protektorat zu nehmen, forderte ihn auf, schnell zu handeln, wenn er dieses Gebiet nicht verlieren wolle, und bot ihm überdies seine Mitwirkung und seinen Einfluß auf die Häupter der einheimischen Stämme an, wenn das englische Kanonenboot noch zur Zeit eintreffen werde.

Ich bemerke dazu, daß wir außerhalb der amtlichen Korrespondenz von englischer Seite die Zusicherung bekommen haben, daß die englische Regierung in keiner Weise die Absicht hege, unsere Kolonien auf Biafra durch Annektierung des Hinterlandes zu umgehen und vom Innern abzuschneiden. Das widerspricht also ihren Absichten. Das hindert aber nicht, daß englische Untertanen und Organe unabhängig und im Widerspruch mit dieser Absicht, dieser uns kundgegebenen Absicht des Lord Granville, vorgehen.

Während Rogozinski und Ihr Korrespondent Janikowski auf Antwort warteten, erlangten sie, die aus dem Verkehre mit den einheimischen Stämmen gewonnene Erfahrung benutzend, von denselben die Abtretung eines Landesteiles als eigenes Eigentum und bestimmten die übrigen Stämme, einen unmittelbaren Vertrag mit England zu schließen. Inzwischen ging die Antwort des englischen Konsuls ein. Es überbrachte sie das Kanonenboot „Torward", dessen Befehlshaber Herrn Rogozinski benachrichtigte, daß Herr Hewett seine Propositionen annehme und um Ausführung derselben bitte.

Infolgedessen unterzeichnete Herr Rogozinski den Vertrag, durch welchen die von ihm erworbenen Länder unter englisches Protektorat gestellt und deren Unantastbarkeit und eigene innere Verwaltung ihm garantiert wurden. Hierauf begab er sich auf dem Kanonenboot nach der an der Küste belegenen Gebirgskette, und die Häupter der einheimischen Stämme, die schon vorher gewonnen waren, unterzeichneten einen gleichen Vertrag in Bezug auf ihre Territorien. Auf diese Weise sind die ganzen Berge

— so sagt nämlich das polnische Blatt —

und die Küste zwischen Viktoria und Calabar dem Wunsche des Herrn Rogozinski gemäß von der deutschen Oberhoheit eximiert worden.

Kaum war dies vollbracht worden, so begegnete das bereits zurückkehrende englische Kanonenboot den deutschen Kriegsschiffen „Leipzig" und „Möwe", an deren Bord sich Dr. Nachtigal befand. Sie richteten ihren Lauf gerade auf diese Küste; aber sie trafen zur großen Befriedigung Ihres Landsmannes post festum ein. Das Werk war zur rechten Zeit ausgeführt worden, denn einen Tag später hätten die Deutschen das Vorrecht gehabt.

— Ja, Herr Rogozinski ist eben durch keine parlamentarischen Notwendigkeiten und Rücksichten gebunden (große Heiterkeit) in seiner Politik. — (Zuruf.)

Herr Rogozinski wird jeden Tag hier erwartet; denn er soll die für ihn gesendeten Gegenstände für die neue Expedition in das Innere des Landes in Empfang nehmen. Alsdann wird er Ihnen jedenfalls selbst noch vor seiner Abreise, die wegen der nahen Regenzeit bald wird erfolgen müssen, Nachricht von sich geben. Ich versichere Sie, daß wir alle hier mit Ungeduld und mit dem höchsten Interesse seine weiteren Schritte verfolgen werden.

Genehmigen Sie usw.

Antonio Borges Silva,
Schuldirektor in Fernando Po,

— der mit den polnischen Emissären dort eng vertraut und befreundet sein muß. Wir haben in Madrid über seine Bedeutung Erkundigungen eingezogen; wenn dieser spanische Lehrer oder Geistliche — ich weiß nicht, was er ist — sich an einer Agitation gegen Deutschland beteiligt hat, so wird er schwerlich im Sinne der uns eng befreundeten spanischen Regierung gehandelt haben.

Ich habe, meine Herren, diesen Mitteilungen weiter nichts hinzuzufügen; ich hoffe aber, sie werden zur Beleuchtung der Situation und der Bedürfnisfrage dort an der afrikanischen Küste einiges beitragen und Sie möglicherweise auch ohne Kommissionsberatung vielleicht überzeugen, daß es nützlich ist, hier bald praktisch und entschieden vorzugehen oder die Hand davon zu lassen. Ich bin ad utrumque paratus, wie Sie darüber befehlen; aber die Verantwortung für den Fall, daß Sie uns weitere Hindernisse schaffen, lehne ich vollständig von uns ab und weise sie der Majorität, die uns einen Hemmschuh anlegt, zu. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Woermann gibt als Chef einer der meist beteiligten Firmen Aufschlüsse über die Ertragsfähigkeit der anzulegenden Faktoreien. Dann erörtert Abg. Windthorst in einer längeren Rede seine Bedenken, die seinen politischen Scharfblick beweisen. Deutschland stehe vor einem der bedeutendsten Schritte seines Lebens. Deutschland wolle auch Seemacht werden, und wenn es das wolle, müsse es auch den stärksten Seemächten gewachsen sein; denn Deutschland werde infolge dieser kolonialen Angelegenheiten in große auswärtige Verwicklungen kommen, und es frage sich, ob Deutschland stark genug sei, neben seiner großen

Landrüstung diese Ausdehnung vorzunehmen. Eine Prüfung durch die Kommission sei unbedingt geboten. Fürst Bismarck erwidert mit Hinblick auf die besondere Lage der Beziehungen zu England:

Der Herr Vorredner hat als Hauptbasis seiner Entwicklungen den Satz genommen, daß die Bewilligung dieser Position ein außerordentlich wichtiger Schritt sei, wichtiger als die Summe, die dahinter steht. Meine Herren, ich gebe das vollkommen zu; aber sehr wichtig nach beiden Seiten. Sowohl die Annahme, wie die Ablehnung, wie die Verzögerung wird Konsequenzen nach sich ziehen.

Die Annahme wird vor der Hand, soweit ich sie übersehen kann, die Konsequenz nach sich ziehen, daß wir überhaupt bei der Absicht, Kolonialpolitik in dem bisher übersichtlichen Umfange zu betreiben, stehen bleiben, daß wir zu diesem Zweck Ihnen in kürzester Zeit einen Nachtragsetat nicht zu 1884, wie er heute diskutiert wird, sondern zu 1885 einbringen, der die Kosten für den Gouverneur, für seinen Kanzler und für ein paar andere Beamte, die Kosten für ein Gebäude für diesen Gouverneur — von Stein oder von Holz, ich weiß es nicht — enthält. Das wird Ihnen in kurzem vorgelegt werden — es wäre Ihnen schon vorgelegt, wenn wir rechtzeitig die Informationen über das Minimum, für welches diese Erfordernisse herzustellen sein würden, hätten beschaffen können; aber die Entfernungen sind weit, und wir sind eben auf das sachkundige Urteil (die Regierung nämlich hat Vertrauen auf Sachkundige), auf das sachkundige Urteil des Syndikats in Hamburg angewiesen, das seinerseits an Ort und Stelle über manche Dinge noch Rückfragen hält. Es hat lange gedauert, aber ich habe doch im Konzept für den Bundesrat die Forderung für den Gouverneur und das, was daran hängt, schon gezeichnet.

Das also sind die Konsequenzen, die die Bewilligung vorläufig nach sich zieht. Der Herr Vorredner hat sie sehr viel weiter ausgesponnen, als sie in der natürlichen Entwickelung der Dinge begründet sind. Er hat dazu eine Situation zugrunde gelegt, die gar nicht vorhanden ist, und hat sie mit den Worten geschildert: Wir sind von Feinden umgeben. Meine Herren, das waren wir vielleicht im Anfang der siebziger Jahre, von Feinden oder von unsicheren Freunden; aber mit der jetzigen Situation ist diese Behauptung des Herrn Vorredners doch kaum verträglich, und bei der politischen Intelligenz, die ihm beiwohnt, kann ich mir wirklich kaum denken, daß das etwas anderes als eine rhetorische Figur von ihm gewesen ist, die ihm entschlüpft ist — so wie eine andere Äußerung, bei der er auch nicht gleich wünschte festgenagelt zu sein — ich weiß nicht mehr, welche.

Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen. (Bravo!) Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiet sehr dankbar sein; vielleicht ist mir irgendeine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen. (Heiterkeit.)

Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen, in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte.

Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen; das gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen, seit der Zeit vor 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden

wie heute. (Hört! hört!) Es ist das das Ergebnis einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohltaten des Friedens ihrerseits ebenso hoch zu schätzen weiß wie wir; beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität gibt als einen deutsch-französischen Krieg. Wir haben das einmal gegenseitig durchgemacht, und für den Sieger und Besiegten ist es ein schweres Unglück, nach beiden Seiten hin; selbst ein siegreicher Krieg von diesen Dimensionen ist ein Unglück für das Land, das genötigt wird, ihn zu führen, und ich glaube, daß auf keiner von beiden Seiten eine Versuchung dazu besteht. Minoritäten, die rerum novarum cupidae sind, und die die jetzige Regierung um jeden Preis stürzen wollen, auch um den, ihr Vaterland in auswärtige Kriege zu stürzen — ja, meine Herren, die finden Sie in jedem Lande. Sie sind nicht in jedem gleich groß — vorhanden sind sie wohl überall, denke ich mir. (Bravo! rechts. Zuruf links.) Ich weiß nicht, ob sich eine dort meldet von den Minoritäten; ich hörte eine unverständliche Stimme, habe aber kein Bedürfnis, sie kennenzulernen.

Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein: „Britannia rules the waves“ etwas verwunderlich aufsieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indes von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise geteilt. Die haben nun eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Untertanen rechtzeitig zu mäßigen. Aber wir stehen mit England in althergebrachten befreundeten Beziehungen, und beide Länder tun wohl daran, diese befreundeten Beziehungen zu erhalten. Wir würden, wenn die englische Regierung sich die Beurteilung mancher ihrer Untertanen in betreff unserer Kolonialpolitik vollständig aneignen sollte, in anderen Fragen, die England nahe interessieren, kaum imstande sein, ohne Mißbilligung von seiten der deutschen Bevölkerung die englische Politik zu unterstützen. Wir würden vielleicht genötigt sein, diejenigen, die, ohne es zu wollen, Gegner von England sind, zu unterstützen und irgendein „do ut des“ herzustellen; aber ich glaube, daß wir auch mit der englischen Regierung in Beziehungen leben und leben werden, die den Satz des Herrn Vorredners, den er brauchte, um die Folgen der Bewilligung recht schrecklich darzustellen, den Satz, daß wir von Feinden umgeben sind, vollständig unanwendbar machen auf diese augenblickliche Situation. (Sehr richtig! Bravo! rechts.) Wir sind von Freunden umgeben in Europa — (Bravo!) das heißt, deshalb will ich den Spruch meines verehrten Freundes, des Grafen Moltke, nicht invalidieren und nicht bekämpfen. Wir sind von Regierungen umgeben, die mit uns das gleiche Interesse haben, den Frieden zu erhalten; es gibt keine einzige Regierung, die einen Krieg besser vertragen könnte, als die deutsche ihn vertragen kann, und wenn eine andere glaubte, ohne Schädigung ihrer sonstigen Interessen den Frieden Europas brechen zu können, so würde Deutschland immer sagen: Wir können das noch eher, wir sind nur gewissenhafter und nehmen mehr Rücksicht. (Bravo! rechts.)

Also ich bin es der öffentlichen Beruhigung schuldig, zu erklären, daß der Herr Abgeordnete Windthorst im Irrtum ist, wenn er meinte, wir wären von Feinden umgeben. Wichtig bleibt der Schritt deshalb doch; denn er zieht immer die weitere Bewilligung eines Gouverneurs nach sich. Die ganze Forderung ist begründet auf der Voraussetzung, daß Sie den Gouverneur bewilligen werden. Denn ohne Gouverneur ist keine Barkasse notwendig: ich wüßte sonst niemand, der sonst darauf fahren sollte. Herr Woermann hat seine eigene. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat es nun so dargestellt, daß er uns die Wahl stellte, entweder auf unsere Kolonialpolitik zu verzichten oder unsere Seemacht auf eine Höhe zu erheben, daß wir überhaupt zur See niemand zu fürchten haben — ich will also einmal sagen: auf die Höhe der Seemacht von England; dann hätten wir immer noch ein Bündnis von England und Frankreich zu fürchten. Die sind immer noch stärker, als eine einzelne Macht jemals in Europa sein kann und sein wird. Dies ist daher ein Ziel, das nie erstrebt werden kann. Ich gebe zu, daß das Fahren zur See immer eine gefährliche Sache für Kaufleute, aber noch mehr für Kriegsschiffe ist; es ist von allerlei Gefahren und von allerlei Kosten umgeben. Aber wie machen es denn andere Mächte? Frankreich also ist zur See vielleicht weniger stark als England, und es fürchtet sich doch nicht, seine Kolonien, die so weit entlegen sind, daß der Seeweg ihm an verschiedenen Stellen unterbunden werden kann, ruhig im Vertrauen auf sein Geschick, seine Tapferkeit und sein Ansehen, sowie auf die Gerechtigkeit und Friedensliebe anderer Staaten durchzuführen. Ich will indes bei Frankreich gar nicht stehen bleiben; auch eine Seemacht wie die französische halte ich gar nicht für Deutschland indiziert. Aber sollte es wirklich für uns unmöglich sein, uns auf die Höhe von Portugal aufzuschwingen, von Holland, von Spanien, von Nordamerika, ja selbst von Rußland? Sollte Deutschland wirklich außerstande sein, eine Seemacht zu halten, die allen übrigen Mächten außer England und Frankreich gegenüber die See halten kann, letzteren gegenüber sie auch halten wird nach dem Geiste, den ich in unseren Seeleuten kenne (Bravo! rechts), entweder über der See oder unter der See? (Erneutes Bravo!)

Also das ist ja eine außerordentliche Übertreibung.

Wenn der Herr Vorredner verlangt, um die Frage zu erörtern, ob der Marineminister, wie er den Herrn Chef der Admiralität nannte, in einer Kommission — das ist das Lieblingsfeld des Herrn Vorredners — (Heiterheit rechts) imstande sein würde, auf seine Überzeugung hin die Versicherung abzugeben, daß Deutschland unter allen Umständen allen Gefahren gewachsen sein könne, die aus Kolonialbesitz überhaupt entstehen mögen, ohne Schwächung der Landarmee — ja, dann verlangt der Herr doch vom Marineminister eine absolute Unmöglichkeit, wie er sie auch von mir auf einem kleineren Gebiete verlangt: ich soll in Kommissionen erscheinen. Meine Herren, was soll ich da? Ich habe in der Tat schon mehr Geschäfte außerhalb der Kommissionen, als ich überhaupt besorgen kann, und ich bin in der Hauptsache doch nicht im Dienste des Parlaments, noch weniger im Dienste der Kommissionen und des Herrn Abgeordneten Windthorst, ich bin in der Hauptsache in dem Dienste Seiner Majestät des Kaisers (lebhaftes Bravo! rechts); dessen Geschäfte habe ich zuerst zu besorgen, die rufen mich nicht in die Kommission. Wenn Sie mir hier oder den Organen der Regierung in der Kommission keinen Glauben schenken wollen, so daß ich bloß ad audiendum verbum dort erscheinen soll, so sage ich Ihnen einfach: Ich komme nicht. — (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen und Heiterkeit links.) Meine Herren, erregt das Ihre Heiterkeit? Würden Sie anders handeln an meiner Stelle? — Ich bin ein großer Feind anonymer Kundgebungen; wenn einer mir in artikulierten Tönen kundgibt, daß ich etwas seiner Meinung nach Unhaltbares gesagt habe, so habe ich es gern, daß die Darstellung gezeichnet wird mit der Unterschrift; dann werden wir uns ja verständigen können.

Also wichtig ist der Schritt ja im höchsten Grade, aber nach zwei Seiten hin. Es ist aber auch wichtig, meine Herren, daß er schnell geschehe. Wenn Sie überhaupt keine Lust haben zu der Sache, wenn Sie entschlossen sind, durch Verschleppung der Sache in Kommissionen die Entwicklung unserer Kolonien zurückzuhalten und abzuwarten — interim fit aliquid — ob man die Regierung nicht aus diesem Geleise herausdrängen kann durch irgendeine andere Frage — wenn Sie das wollen, meine Herren, so möchte ich wirklich bitten, daß Sie Ihr ablehnendes Votum schärfer und klarer aussprechen, als es durch die tatsächliche Rückverweisung der Sache in eine Kommission der Fall ist, damit auf diese Weise die Sache nicht verschleppt werde. (Sehr wahr! rechts.)

Ich habe außer den Nachrichten, die ich Ihnen vorhin mitteilte, gerade an demselben Tage noch ein paar andere erhalten, von denen eine schon gedruckt ist, ein Telegramm aus Wellington:

Die Regierung von Neuseeland hat den Antrag gestellt, die Samoainseln zu annektieren — (hört! hört! rechts), während wir bisher mit der englischen Regierung das stillschweigende, unausgesprochene Abkommen haben, daß keine der beiden Regierungen eine Veränderung des status quo dort vornehmen soll ohne Zustimmung der anderen, und daß wir die Unabhängigkeit der Samoainseln erhalten wollen.

Ein Dampfer hält sich in Neuseeland bereit, abzugehen, sobald die Entscheidung Lord Derbys eingetroffen sein wird.

Eine andere Nachricht, die mir ebenfalls zugegangen ist, und die in ihrem Lakonismus mir noch nicht vollständig verständlich ist, ist: daß die Eingeborenen in Neu-Guinea die dortigen deutschen Okkupationen hinausgeworfen haben. Das Telegramm hat nur fünf bis sechs Worte, ich kann mir das weiter noch nicht erklären. Es ist mir nur merkwürdig die Koinzidenz des Widerstandes der Eingeborenen gegen die deutsche Okkupation, die an den verschiedenen Küsten stattfindet. Auch in Samoa sind es die Eingeborenen, die diese Annexionen seitens der englischen Kolonien beantragt haben.

Kurz, wir sehen andere überall beim tätigen Handeln; während dessen berufen wir Kommissionen und zitieren den Reichskanzler dorthin. Das kommt mir doch etwas vor, wie der Hofkriegsrat in alten Zeiten in Wien. Ich würde mich, wenn ich Abgeordneter wäre, für verantwortlich halten nicht den Wählern, aber dem ganzen Lande gegenüber, wie es der Verfassung entspricht. Der Herr Vorredner hat gestern von den Aufträgen, die er von seinen Wählern erhalten hätte, gesprochen. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß das verfassungswidrig ist. (Heiterkeit im Zentrum.) Alle die Herren sind Abgeordnete des ganzen Volkes und sind an Mandate seitens einzelner Wähler oder Wählerkreise gebunden. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben die Interessen des ganzen Landes hier sorgsam zu erwägen und zu beraten. Der Herr Vorredner knüpfte daran die gewöhnliche Äußerung: Wozu sind wir überhaupt hier, wenn wir das nicht genau prüfen und verwerfen können. Ja, das können Sie jeder Sache gegenüber, bei jedem einzelnen kleinen Gegenstande. Wenn Sie da immer sagen: Wozu sind wir denn überhaupt hier? — so muß ich daraus schließen, Sie sind überhaupt dazu hier, um alles zu verwerfen, alles aufzuhalten, alles zu hemmen, was geschehen kann. (Oh im Zentrum.) Indessen geht die Uhr der Welt vorwärts, und Sie sitzen hier als Hofkriegsrat und ich als Feldmarschall Daun. (Heiterkeit rechts.) Unterdessen werde ich geschlagen, wenn ich mich dazu hergebe, Ihr Daun zu sein. Das werde ich aber nicht. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Kurz und gut, ich muß

meinerseits die Mitwirkung an diesen weiteren Hofkriegsratsberatungen in den Kommissionen ablehnen. Ich will die Mitschuld daran nicht tragen.

Der Herr Vorredner hat so mannigfaltige Fragen berührt, daß ich nicht weiß, ob ich sie alle beantwortet habe. Eine fällt mir noch ein. Er stellte am Eingang seiner Rede die Meinung auf, als hätten wir am 15. Dezember die Direktorstelle im Auswärtigen Amte nur wegen der Kolonialverhältnisse gefordert. Ja, das ist ein vollständiger Irrtum. Da hat der Herr nicht die Güte gehabt, meinen Reden mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen, die ich den seinigen zu widmen pflege, wenn ich sie überhaupt verstehen kann von der Stelle, wo er zu stehen pflegt. Auch wenn Ihr Verdikt so ausfällt, daß wir die Kolonialpolitik ganz aufgeben müssen, und daß wir darüber „Schwamm drüber" sagen müssen, (Heiterkeit) so ist es doch unmöglich, ohne eine neue Direktorstelle im Auswärtigen Amte auszukommen, ohne einen Beamten mehr, der von der prima plana ist, und der unter Umständen in meiner Vertretung unterzeichnen und mir die Gewißheit geben kann, daß ich neben seine Paraphe die meinige setzen kann. Den müssen wir doch haben; und wenn Sie mir den ablehnen, so bin ich genötigt, zwei höhere Beamte aus dem Auswärtigen Dienste einzuberufen, und das kostet dann leicht dreimal so viel, wie wenn Sie diese Stelle bewilligen. Der Dienst kann darunter nicht leiden. Es geht schon jetzt schlechter. Seit wir darüber diskutiert haben, ist der Graf Hatzfeld vollständig erkrankt und für Wochen aus dem Dienste vollständig ausgeschieden. Er kann die Arbeit, die ihm zugemutet ist, nicht mehr leisten, und ich habe jetzt schon einen Gesandten heranziehen müssen. Sie müssen doch bedenken, daß ich nicht mehr wie in alten Zeiten meine zwölf bis sechzehn Stunden des Tages arbeiten kann. Ich habe drei bis fünf Stunden Arbeitszeit am Tage, und mit so wenig Leistungsfähigkeit würde ich ja im Dienste nicht bleiben, wenn nicht zwingende Gründe für mich da wären. Ich habe meinerseits das Gefühl gehabt, daß ich damit nicht tanti bin; aber wenn ich einmal darin bin, so verlangen Sie, daß ich von diesen wenigen Stunden noch einige in Ihren Kommissionen verbringen soll! Auch wenn ich das ablehne, so kann ich doch den Arbeiten nicht die Spitze bieten, die da sind. Ich muß — und selbst wenn ich dem Lande Kosten mache, die ich bedaure — Hilfe dazu heranziehen, oder die Geschäfte gehen so schlecht und so langsam, daß ich die Verantwortung überhaupt nicht tragen kann: 56 000 Nummern im Jahre kann ein einziger Beamter nicht bewältigen.

Der Herr Abgeordnete hat in Aussicht gestellt, daß wir irgendeine Garnison in Afrika haben müßten, und hat sich darauf berufen, daß ich früher gesagt habe — oder wenigstens darauf angespielt — daß eine solche nicht erforderlich sein würde. Ja, meine Herren, dabei bleibe ich auch noch. Haben denn die anderen Nationen dort Garnisonen? Sie sehen, daß die Mannschaft, die die Engländer, die Franzosen auf ihren einzelnen Kolonialpunkten haben — Leute, die viel strengere Begriffe von dem Kolonialregiment haben als wir — aus einem Konsul und ein paar Leuten von der Kategorie besteht, die man im Oriente Kawassen nennt, und die dort anders heißen: Krooneger oder Haussa oder Zanzibarsoldaten, die sie um sich haben. Sie sehen, daß einzelne Engländer unter Umständen gefangen genommen, in Verlegenheit geraten, und daß keine englische Streitmacht sofort zur Hand ist, um dem abzuhelfen. An vielen Stationen — wenn Sie die Blaubuchmitteilungen aufmerksam gelesen haben, so werden Sie das darin gefunden haben — haben unsere Bevollmächtigten beispielsweise einen französischen Zollsoldaten gefunden oder

Douanier — unter der Rubrik ist er bezeichnet; er ist natürlich respektiert worden, er ist eine Autorität, das heißt: er ist nicht etwa ein Franzose und ein Mann von höherer Bildung, sondern ein Neger mit einem gewissen Anzuge (Heiterkeit) und einem gewissen Gürtel, der eine französische Legitimation hat; und der steht an Stelle der französischen Flagge da und wird respektiert. Und deshalb zeugt dieser Gedanke, den der Herr Vorredner in Ihnen anzuregen suchte, als wenn wir dort große Garnisonen anlegen müßten, davon, wie wenig die Herren die Verhältnisse dort kennen; Sie können sie auch nicht kennen, aber wenn ich die Verhältnisse nicht kenne, würde ich in solchen Dingen, wie Guinea und die afrikanische Küste, doch immer noch eher geneigt sein, Herrn Woermann zu folgen, als Herrn Windthorst. (Bravo! rechts.) Ich glaube, daß Herr Woermann die Sachen genauer kennt als Herr Windthorst, während Herr Windthorst gewiß sonst uns allen an mannigfachen Kenntnissen überlegen ist; aber in Bezug auf Afrika habe ich keinen Glauben an ihn. Die Regierung hat Autoritäten wie denen der Herren Woermann, von Jantzen und Thormählen, dieser Hamburger Firmen, dieser angesehenen, fürstlichen Kaufhäuser, die mit ihren eigenen Interessen, mit ihrem ganzen Vermögen für den Erfolg der Unternehmungen engagiert sind, denen hat sie volles Vertrauen geschenkt, sie ist denen in fidem nachgegangen; sie kann ja darin irren, aber es ist nicht wahrscheinlich. Wenn die kaufmännische Aristokratie eines großen Handelsemporiums, des ersten in Deutschland, des ersten auf dem Kontinent, diese Wege aus freier Wahl eingeschlagen hat, nicht etwa genötigt durch irgendeine Regierungsinitiative, und sie steht nachher dafür ein, setzt ihr Vermögen dazu ein: hat denn Deutschland zu dem kaufmännischen Geschick seiner ersten Handelsstadt nicht so viel Zutrauen, daß es ihr da mit 50 000 Mark oder einer Barkasse zu folgen imstande ist? (Bravo! rechts.) Sind die Hamburger so einfältig, daß sie nicht wissen, was ihnen frommt? (Bravo! rechts.) Haben wir gegen Hamburg, den eigentlichen Führer unseres deutschen Exports nach überseeischen Ländern, ein solches Mißtrauen, daß wir glauben, die Leute werden die deutschen Interessen entweder kaufmännisch nicht verstehen oder aus egoistischen Interessen falsch behandeln? — Ja, meine Herren, dann verzichten wir auf die Aktion, dann kriechen wir auf unseren Thüringer Bergen zusammen und sehen das Meer mit dem Rücken an. Das ist das beste, was wir tun können. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich habe für meine Kräfte heute genug geredet, obwohl mein Herz von dieser Sache voll genug ist; aber ich fürchte, ich möchte schließlich in Unmut übergehen, nachdem ich auch heute denselben Kommissionssturm wieder wie gestern gehört habe.

Also ich kann Ihnen nur empfehlen: Nehmen Sie diese Vorlage an, und entscheiden Sie sich damit für Beibehaltung und Befolgung der Kolonialpolitik in dem Sinne, wie sie von den hanseatischen Pionieren unseres Handels begonnen und von der Regierung unter ihren Schutz genommen ist! Wenn Sie die heutige kleine Position ablehnen, so nehme ich an, Sie haben Nein gesagt, und dann — fallen die Folgen auf Ihre Verantwortung, aber nicht auf meine. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nach dem Abg. v. Hammerstein entgegnete Abg. Windthorst dem Reichskanzler. Auswärtige Politik mit 2 Millionen Soldaten zu machen sei kein übermäßiges Kunststück Wenn wir trotz Moltkes Ausspruch von Freunden umgeben seien, könne man einige Armeekorps zu Gunsten von Kolonien und Flotte streichen. Denn die Kolonialpolitik mache eine Flotte nötig, und eine von der Größe der portugiesischen werde nicht ausreichen. Die in England erwachte Eifersucht lege die Möglichkeit eines Krieges mit England nahe

Die Kolonisation, einmal begonnen, könne man nicht beschränken. Übrigens ziehe er angesichts der Erklärung der Freisinnigen Partei seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurück; er werde nun selbst für die Position stimmen, ohne Präjudiz für die Kolonialpolitik selbst. Fürst Bismarck entgegnet:

So ungern ich die Debatte verlängere, die ja nutzlos scheint, so bin ich doch durch die Beredsamkeit des Herrn Vorredners und durch die Stellung, die er als Redner in unseren parlamentarischen Kreisen sich erworben hat, genötigt, auf das, was er in seiner jüngsten Äußerung Neues gesagt hat, mit einigen Worten zu antworten, schon im Interesse meiner persönlichen Reputation als friedfertiger und verträglicher Mensch; denn der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er sein Bedauern darüber aussprach, daß die ruhigste und sachlichste Diskussion gar nicht stattfinden könnte, ohne daß von meiner Seite Persönlichkeiten hineingebracht würden. Nun rufe ich die ganze Versammlung zum Richter an, ob das heute von meiner Seite der Fall gewesen ist. Ich glaube ruhig und sachlich gesprochen zu haben, und am allerwenigsten bin ich geneigt, dem Herrn Vorredner gegenüber Persönlichkeiten einzuflechten, mit dem ich auf keinem ganz gleichen Standpunkte stehe. Ich kann von mir sagen: Von Zeit zu Zeit hör' ich ihn gern und hüte mich, mit ihm zu brechen (lebhafte Heiterkeit); aber ich finde da durchaus keine Gegenseitigkeit, er schont mich durchaus nicht. Er ist ja gewiß in seinen hohen Jahren, bei seiner Stellung wahrheitsliebend mit der größten Genauigkeit; aber ich finde, daß er mir gegenüber einen kleinen Hang zur Übertreibung hat — Jäger ist er nicht, aber der Hang zur Übertreibung ist da. (Heiterkeit.)

Er sagte im Beginn seiner Rede — und er hört so fein, wie wir alle wissen, daß er mich kaum mißhört haben kann — daß ich behauptet hätte, alle anderen Menschen wüßten gar nichts außer mir. Das hat mir doch sehr fern gelegen; ich habe bloß behauptet, daß Herr Woermann und Genossen in dieser Sache mehr wüßten, als Herr Windthorst und ich zusammen. Das behaupte ich auch noch. Das ist doch aber durchaus verschieden von der Art von Überhebung, die der Herr Vorredner mir schuld gibt — ich habe unter Umständen viel Selbstgefühl, aber ich halte mich im ganzen für einen bescheidenen Menschen und möchte mich gegen dieses falsche Licht, das in der öffentlichen Meinung durch ein so angesehenes Urteil auf mich fällt, einigermaßen salvieren. Und das kann ich nur wiederholen, daß ich wirklich ein gewisses Vertrauen auf die hanseatische Kaufmannschaft habe; und wenn der Herr Vorredner sagt, diese — ich weiß nicht, ich verstand so, daß er sie Handelskönige oder etwas ähnliches nannte; ich bin des Ausdrucks nicht ganz sicher, aber ein „König" war dabei — (Heiterkeit) sie seien plötzlich aufgetaucht, wir hätten sie früher nicht gekannt und ohne sie sehr glücklich gelebt — ja, das war in der Zeit, wie Deutschland überhaupt so zerrissen war, daß das Königreich Hannover, in dem der Herr Vorredner Minister war, von den Handelsinteressen Hamburgs, seines Nachbarstaates, sehr wenig oder gar nichts wußte (lebhafte Heiterkeit), sonst würde der damalige hannöversche Minister, doch auch diese Handelskönige, wie er sie, glaube ich, nannte, schon einigermaßen wahrgenommen haben. Daß die infolge der Konsolidation des deutschen Volkes, infolge der Errichtung des Deutschen Reiches größer geworden sind, daß sie angeschwollen — im besten und wünschenswertesten Sinne — seitdem sind, das glaube ich gern; aber eine Ahnung sollte der frühere hannöversche Minister von dieser Zukunft Hamburgs doch immer damals schon gehabt haben. (Heiterkeit rechts. Abgeordneter Dr. Windthorst: Ganz gewiß!) Ich kann das nicht als eine ganz ephemere und unerwartete Erscheinung betrachten, daß Hamburgs Handel seine Fühlfäden nach überseeischen Ländern unter dem Schutze des

deutschen Reichsadlers ausstreckt da, wo er früher mit dem Hute in der Hand bei Fremden bettelnd sich durchzuschlagen suchte (Bravo! rechts) oder, wie Herr Woermann die Sache aus seinen und seines Herrn Vaters Erfahrungen kennt, den Schutz fremder Mächte anrufen mußte, und daß jetzt der deutsche Schutz dafür eintritt. Natürlich, das hat Hamburg ein gewisses Selbstgefühl gegeben; aber das gönne ich ihm. (Bravo rechts.)

Der Herr Vorredner ist ferner in einen eigentümlichen Widerspruch mit seiner ersten Rede geraten. Zuerst sprach er von „Feinden ringsum"; wir wären kleine, ängstliche, unvermögende Leute, die sich zur See und zu Lande nicht in dem Maße wie Portugal wehren könnten und die jedem Ehrgeiz über See entsagen müßten, weil sie nicht stark genug wären, sich auf beiden Elementen zugleich zu verteidigen; jetzt sagt er in seiner Rede: Es ist gar keine Kunst, an der Spitze von zwei Millionen Soldaten (Heiterkeit rechts) europäische Politik mit Erfolg zu treiben. Nun, zwei Millionen — ich hoffe für die Zukunft, daß darin eine Vorbedeutung liegt für die Bewilligung von seiten der Zentrumspartei — (Heiterkeit) so weit gehen unsere Prätentionen noch nicht; aber andere haben eben auch Millionen von Soldaten. Ich bin ja weit davon entfernt, das Verdienst der auswärtigen Politik Seiner Majestät des Kaisers in Vergleich mit dem viel größeren der militärischen Leistung in der preußisch-deutschen Politik irgendwie zu überschätzen. Ich habe mich meiner Leistung nie gerühmt, und ich bin überzeugt, daß jeder an meiner Stelle, gestützt auf die preußische Armee, namentlich aber der Herr Vorredner, es gerade so gut gemacht haben würde wie ich. (Heiterkeit.) Kurz, ich bin nicht ruhmbegierig, ich gönne den — nicht zwei Millionen, aber, sagen wir, einer Million deutscher Soldaten, zu denen ich selbst im geistigen Sinne mich zuzuzählen, mir immer zur Ehre rechne — denen gönne ich das Verdienst in unserer ganzen Entwickelung nicht nur des Deutschen Reiches, sondern auch der Politik, die seitdem getrieben worden ist. Ohne diese Basis hätten wir die nicht treiben können, darin hat der Herr Vorredner ganz recht; aber er behauptet etwas, was ich nie bestritten habe, oder vielmehr er bestreitet etwas, was ich nie behauptet habe, nämlich als ob das diplomatische Verdienst in der deutschen Politik über das militärische hinausgehe. Das ist nicht der Fall. Da sitzt der Herr (auf den Abgeordneten Moltke deutend), dem wir die Einheit des Deutschen Reiches nächst Seiner Majestät dem Kaiser verdanken; nicht mir. (Bravo!) Ich habe über diesen Punkt schon öfter gesprochen, und ich will alte Geschichten von Schlachtfeldern hier nicht wiederholen; aber ohne die Armee kein Deutschland: weder wäre es geworden, noch ist es zu halten.

Dann möchte ich doch den Herrn Vorredner bitten, auch selbst einer so befreundeten Macht gegenüber, wie England, nicht in der leichten Weise von der Tribüne her den Frieden — ich will nicht sagen — zu stören, aber das Vertrauen auf den Frieden, indem er darauf hindeutet in dieser mehr oder weniger politischen Debatte, daß die Möglichkeit vorhanden sei, daß wir England einmal in Waffen gegenüberstehen könnten. Diese Möglichkeit bestreite ich absolut, die liegt nicht vor, und alle diejenigen Fragen, die jetzt zwischen uns und England streitig sind, sind nicht von der Wichtigkeit, um einen Friedensbruch zwischen uns und England weder drüben, noch auf dieser Seite der Nordsee zu rechtfertigen, und ich wüßte nicht, was sonst zwischen uns und England für Streitigkeiten entstehen könnten; sie sind nie gewesen. Wir sind, so viel ich mich rückwärts erinnere, einmal im Leben mit England im Kriege gewesen, das war im Jahre 1805—1806. Ich will die Data hier nicht präzisieren, aber das war eine vollständig unnatürliche Situation, indem das damalige Preußen in einer Zwangslage dem übermächtigen Frankreich gegen-

über sich befand. Ich kann nach meinen diplomatischen Erfahrungen keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen uns und England möglich sein sollte, es müßte denn irgendein unberechenbares Ministerium in England, das weder da ist, noch nach der politischen erblichen Weisheit der englischen Nation wahrscheinlich ist, in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschießen — ja, mein Gott, dann werden wir uns wehren — aber abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit ist gar kein Grund für eine Friedensstörung, und ich bedaure, daß der Herr Vorredner mich in die Notwendigkeit versetzt hat durch seine Andeutung, dieser Möglichkeit meine Überzeugung entgegensetzen zu müssen. Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England werden in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweite haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte vorsichtige Diplomatie, wie sie von unserer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mehrmals mit größter Emphase wiederholt, wir müßten sehr vorsichtig darin urteilen, und wir liefen die größte Gefahr, ins Verderben zu geraten, wenn wir diese Vorsicht nicht in dem Maße übten, wie er es uns vorführe. Nun, ich weiß nicht, sind wir so unvorsichtig und leichtfertig in diese Sachen hineingegangen? Es ist seit Jahren vorbereitet, es sind große auswärtige Korrespondenzen darüber geführt — die liegen Ihnen allen vor — es ist in einer Kommission geprüft, endlich aber kommt doch der Moment, wo man sagen muß: Hic Rhodus, hic salta! jetzt muß der Herr Vorredner zahlen oder protestieren — tertium non datur. (Heiterkeit.) Und daß er seinerseits eine Kolonialpolitik überhaupt nicht will, ja, das ist uns klar aus dem Ganzen. Das ist eine Meinung, deren Berechtigung ich weit entfernt bin zu bestreiten; er befindet sich da auf demselben Boden, wie früher der Herr Abgeordnete Bamberger, und die Herren werden ja darüber einig sein, aus welchen Gründen sie die Kolonialpolitik nicht wollen. Das braucht der Herr Abgeordnete uns nicht zu versichern; wir haben das aus seinen ganzen Deduktionen und aus der Weise, wie er die Entscheidung darüber hinzuhalten sucht — wenn er das ihm Unerwünschte nicht verhindern kann, so will er doch wenigstens einen Aufschub — gestern und heute gesehen; doch daraus mache ich ihm keinen Vorwurf. Es wird seine tiefinnerste Überzeugung sein, daß eine Kolonialpolitik uns schädlich ist. Aber Vorsicht in der Erwägung haben wir nachgerade genug geübt, und ich möchte nur sagen: Worte sind über diese Frage genug gewechselt, lassen Sie uns jetzt die Tat einer Abstimmung sehen! (Bravo! rechts.)

Nach weiterer Debatte wird der Nachtragsetat bewilligt.

25. Sitzung des Deutschen Reichstags.

15. Januar 1885.

Freiherr v. Hertling (Z.), und zahlreiche Freunde brachten am 20. November den Antrag ein, in einem Gesetzentwurf die Sonntagsarbeit in den Fabriken zu verbieten, die Kinder- und Frauenarbeit einzuschränken und die Maximaldauer der Arbeit (Normalarbeitstag) festzulegen Anträge Kropatschek und Lohren (kons.) wünschen das Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, die Einschränkung der Arbeit Jugendlicher (14 bis 16 Jahre), Verbot der Frauenarbeit an Sonn- und Festtagen und zur Nachtzeit Der Abg Buhl (nationall.) kritisiert am 14 Januar diese Anträge und hält ohne vorhergehende Enqueten besonders die Normierung der Arbeitszeit nicht für möglich. Er und seine Freunde beantragen die Erhebung derartiger Untersuchungen.

Am 15. Januar tritt Abg. Baumbach (Freis.) Buhls Ausführungen bei, konstatiert die Arbeiterfreundlichkeit des Reichstags und stellt diese Gesinnung in Gegensatz zu der des Bundesrats, der durch die Erhöhung der Getreidezölle mehr für die Interessen der Großgrundbesitzer als der Arbeiter eintrete. Fürst Bismarck entgegnet in einer Rede, die die Schranken seines sozialpolitischen Denkens klar erkennen läßt: vor allem glaubt er, daß dem Normalarbeitstage ein Normallohnsatz entsprechen müsse:

Ich hatte nicht geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Getreidezölle von dem Herrn Vorredner in die Diskussion gezogen und in der Art und Weise gekennzeichnet werden würde, wie es am Schluß seiner Rede geschehen ist. Ich habe ihm darauf nur in kurzem zu erwidern, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie Ihnen Vorlagen wegen Erhöhung der Getreidezölle machen, dabei eben von den arbeiterfreundlichen Gesinnungen, von denen Sie beseelt sind, geleitet werden. Diese Vorlagen sind gemacht einmal im Interesse der Arbeiter, die bei der Landwirtschaft tätig und die vom Gedeihen derselben abhängig sind — ich glaube, daß in keinem einzigen Gewerbe mehr Arbeiter beteiligt sind als in der Landwirtschaft — dann aber auch im Interesse aller Geschäfte, die überhaupt Arbeit und Brot geben; sie alle werden gedeihen. Es ist ein altes Sprichwort: Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Retten Sie die Landwirtschaft vor Dürftigkeit, vor der Notwendigkeit, ihre Intensität, ihre Arbeiterzahl zu vermindern und immer mehr Arbeiter nach den Städten hineinzuwerfen, die auf dem Lande ihr Brot nicht finden können, weil es nicht mehr lohnt, die Landwirtschaft in dem Umfange zu betreiben wie bisher; erhalten Sie den Landwirten und dem großen Grundbesitz, also der Majorität — ich meine nicht den Großgrundbesitz, sondern die große Masse des Grundbesitzes, den bäuerlichen sowohl wie den ausgedehnten — die Kauffähigkeit, von der allein die übrigen Arbeiter leben, und Sie werden die ganze Industrie und die ganze Arbeiterbevölkerung dadurch unterstützen und ihr Gelegenheit zu dauerndem Verdienste geben. Tun Sie das Gegenteil, wie der Herr Vorredner es zu meinem Bedauern am Schlusse seiner Rede getan hat, die sonst viel Ansprechendes für mich hatte — fassen Sie es von der Seite auf, so kommen Sie dahin, durch Verarmung der Landwirtschaft die Industrie zu schädigen, weil ihr die Abnehmer fehlen. Wird die Industrie geschädigt, so ist der erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Es gibt keine größere Kalamität für die Arbeiter als den Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein, auf welche Weise man will.

Ich bin mit dem Herrn Vorredner über die Unmöglichkeit eines Normalarbeitstages ganz einverstanden. Ich will darauf nicht eingehen, weil ich wiederholen müßte, was der Herr Abgeordnete Dr. Buhl gestern gesagt hat.

Was der Herr Vorredner, ehe er auf die Irrtümer seiner Partei über Getreidezölle geriet, auch seinerseits gesagt hat, das will ich nicht hier wiederholen, sondern nur in kurzen Sätzen zusammenfassen.

Ein Maximalarbeitstag hat die Gefahr, daß nun jeder Arbeitgeber sich berechtigt hält, bis auf das Maximum heraufzugehen, auch der, welcher es früher nicht getan. Wenn es heißt: „Vierzehn Stunden" — was ich für einen ungeheuerlichen Arbeitstag und für unzulässig halte — „dürfen nicht überschritten werden", so wird auch der Arbeitgeber, der bisher nur zehn oder zwölf Stunden arbeiten ließ, sich sagen: Bis vierzehn Stunden kann ich gesetzlich gehen! Darin liegt die Gefahr für eine Maximalbestimmung.

Ein Normalarbeitstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswert. Wer empfindet nicht das Bedürfnis, zu helfen, wenn er den Arbeiter

gegen den Schluß des Arbeitstages müde und ruhebedürftig nach Hause kommen sieht, wenn er ihn mißmutig unter der Zumutung von Überstunden, erbittert darüber findet, daß ihm die Ruhe nicht gestattet ist, die ihm lieber wäre als das Geld, was er für die Überstunden noch verdient — der müßte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Notlage herauszuhelfen. Wie dies gemacht werden soll — ja, da hoffe ich, daß, wenn es dahin kommt, daß die Regierung sich mit den Arbeitern beschäftigt, die Herren, welche den Antrag auf Normalarbeitstag gestellt haben, auch ihrerseits die Leitung der Tätigkeit der Regierung dabei übernehmen werden; denn die Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, wissen offenbar ein Mittel, wie es zu machen sei (Heiterkeit); sonst würden sie den Antrag doch nicht gestellt haben. (Heiterkeit.) Sie würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen tun, wenn sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher aussprechen und die Weisheit, in deren Besitz sie bisher sind und in deren Besitz sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mitteilen wollten, damit wir uns danach richten könnten. Wir würden sehr dankbar sein.

Bisher stoßen wir uns immer an dem ersten Satz. Den will ich kurz nur reassumieren und zwar dahin, daß ein Normalarbeitstag notwendig einen Normallohnsatz bedingt; sonst laufen wir Gefahr, daß, wenn Sie den Arbeitstag um durchschnittlich zwanzig Prozent herunterseßen, der Lohnsatz unaufhaltsam, ohne daß die Regierung es hindern kann, allmählich oder schnell ebenfalls um zwanzig Prozent fällt. Wer soll nun diesen Ausfall tragen? Wer ersetzt das? Wollen Sie das aus Staatsmitteln dem Arbeiter ersetzen, was er durch Lohnverminderung erleidet? Der Arbeiter hat in den meisten Fällen jetzt gerade so viel, wie er bei seinen Bedürfnissen braucht; sinkt der Lohn, so hat er weniger. Also das muß ihm auf irgendeine Weise ersetzt werden. Wollen Sie es dem Arbeitgeber auferlegen, wie ich aus dem Tenor der Rede des Herrn v. Hertling schließe, so ist es möglich, daß eine Anzahl Industrien das tragen können; ob sie es tragen wollen, ob sie sich nicht zurückziehen, ob nicht dadurch, wie ich vorhin sagte, der Tod der eierlegenden Henne eintritt, die Arbeit absolut aufhört, und der Arbeiter gar keine Arbeit mehr findet — das ist eine Frage, die kann durch Enqueten ermittelt werden, und ich bin gegen keine Enquete. Vergegenwärtigen Sie sich doch, daß sich im Augenblick in der Umgebung von Paris Zeitungsnachrichten nach 300 000 brotlose Arbeiter konzentrieren, weil die französische Industrie sich nicht mehr in der Lage befindet, sie zu beschäftigen. Könnte es mit irgendwelchem Gewinne geschehen — daß sich irgendein Fabrikant aufopfert und mit Verlust arbeitet, das erwarten Sie doch wohl selber nicht — könnte also die Industrie in Paris und in Frankreich mit Gewinn betrieben werden, so würden diese 300 000 Leute Arbeit haben; sie würden vielleicht kümmerlich und im Schweiße ihres Angesichts Brot haben und es vielleicht mit einer gewissen Verbitterung genießen, aber sie würden überhaupt Brot haben. Was jetzt daraus werden soll, das weiß ich noch nicht.

Also auch nach der Seite liegt ein Extrem, dem man nicht zu nahe treten muß. Die Konkurrenz im Inlande kann durch allgemeine Bestimmungen beschränkt werden; aber die Spitze unserer Industrie ist die Exportindustrie; lassen Sie die Exportindustrie konkurrenzunfähig werden mit dem Ausland, und unsere ganze Industrie wird darunter leiden; die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, wird sofort erheblich zurückgehen, wenn die Exportindustrie geschädigt und nicht mehr mit dem bisherigen Erfolge zu arbeiten imstande ist. Das sind Klippen, Scylla und Charybdis, auf der einen und auf der anderen Seite; ein allgemeines Rezept, bei jedem Sturm, bei jedem Wetter zwischen Scylla und

Charybdis richtig durchzufahren, wird keiner geben können. Es ist ganz unmöglich, das in genereller Weise zu reglementieren. Es ist überhaupt, wie ich schon vor einigen Wochen oder Monaten von dieser Stelle bemerkt habe, eine ganz außerordentlich gefährliche und, ich glaube undankbare Aufgabe, die Illusion zu nähren, daß sich ein allgemeiner Normalarbeitstag überhaupt festlegen läßt. Die Fiktion, die der Herr Vorredner auch schon berührte, daß Arbeit Arbeit sei, gleichviel wie viel sie wert sei, welchen Ertrag, welchen Lohn sie bringt — daß da gleiche Bezahlung, gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit notwendig sein sollen, das ist ein Irrtum, und es würde in der Praxis sofort sich mit dem größten Schaden für unsere Wohlfahrt bestrafen, wenn wir uns diesem Irrtum hingeben wollen. Ich bedaure, daß der Antrag Hertling in dieser Richtung überhaupt gestellt ist; er macht den Eindruck, als ob er darauf berechnet wäre, den Arbeitern zu sagen: Wir alle, die ihn unterzeichnen, haben die Überzeugung, daß hier zu helfen ist, und die Regierung soll es machen; in zwei Monaten soll sie ein Gesetz der Art vorlegen, sie kann es, sonst würden wir es ihr nicht zumuten; es liegt also bloß an ihrem bösen Willen — wie einer der polnischen Herren[1]) schon gestern sagte: „Cherzez le Chancelier!“ der ist allein schuldig, daß den Arbeitern diese Wohltat, die ihnen zu gewähren in der Hand der Regierung lag, nicht längst gewährt ist. Durch ihren Antrag kündigen Sie öffentlich an: Die Regierung kann das leisten. Das ist Ihre Überzeugung. Können Sie diese Überzeugung rechtfertigen, dann ist es wirklich eine Härte gegen die Regierung und eine Lieblosigkeit gegen Ihr Vaterland, daß Sie das Rezept, mit dessen Kenntnis Sie der Regierung diese Zumutung stellen, nicht offenkundig hergeben. Sie haben ja das Recht der Initiative der Gesetzgebung, so schlagen Sie uns durch ein Gesetz vor, wie das ungefähr zu machen sei. Mein Latein ist dabei zu Ende — ich gestehe aufrichtig, daß ich nicht weiß, wie diese Schwierigkeiten, die Sie in wenigen Monaten in dieser Session für überwindbar halten, und deren Lösung Sie von der Regierung verlangen — wie die gelöst werden sollen: ich bitte Sie auf das dringendste darum, unterrichten Sie mich, wie das zu machen ist, und wenn Sie das nicht vollständig in den Wind geredet haben wollen, so legen Sie in diesen acht Tagen noch einen Gesetzentwurf hier vor, der das verwirklicht, was Sie von der Regierung wollen, wenigstens in der Skizze oberflächlich andeutet, wie diese Schwierigkeiten, die ich anführe, zu umgehen sein würden.

So kommt mir die Sache vor, wie ich wohl von Souveränen gehört habe, die sagten: „Mein Wille ist, daß jeder in meinem Staate glücklich, zufrieden, frei und gehorsam sei; wie das zu machen ist, das ist Sache der Schreiber von Ministern; darum habe ich mich als Fürst nicht zu bekümmern.“ Das ist ungefähr die Stellung, die das Zentrum mit diesem Antrage einnimmt. Wir Schreiber von Ministern sollen uns etwas ausdenken, was Sie selbst nicht wissen. (Bewegung im Zentrum.) Wenn Sie es wissen, so wiederhole ich meine dringende Bitte: Sagen Sie, wie das zu machen ist. Behalten Sie Ihre Weisheit nicht für sich als ein Patent, was geheim gehalten werden soll. Können Sie die Möglichkeit schaffen, daß ein Normalarbeitstag in einer für alle annehmbaren Länge — sagen wir zehn Stunden — geschaffen werde, ohne daß der Arbeiter an Lohn verliert, und ohne daß eine Industrie leistungsunfähig wird, dann tun Sie es.

Aber wenn Sie diese Aufgabe für Deutschland allein erfüllt haben, dann haben Sie noch das Wenigste getan; es sei denn, daß Sie Deutschland mit einer chinesischen Mauer

[1] Abg. Cegielski.

umgeben könnten, und daß wir uns in Konsumtion und Produktion gegenseitig vollständig genügten, die Nation in allen ihren Ständen und Abteilungen. Das ist aber nicht der Fall. Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Abkommen mit der ganzen Welt, so wie der Generalpostmeister einen Weltpostverein gestiftet hat, einen Weltarbeitstagsverein herstellen könnten zugleich mit einem Weltlohnsatzverein, der Amerika, England und alle Länder, die Industrien haben, kurz alle Welt umfaßte, und daß auch keiner sich unterstände, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbeamten — oder diese ihren Arbeitern — zu gestatten, im Interesse der Konkurrenz von diesem Satze im mindesten abzuweichen. Daß das nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben.

Wenn wir aber allein auf diese Bahn uns begeben werden, dann haben wir auch die Folgen unseres Experiments zu tragen, und ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, auch nur einen einzigen unserer Nachbarn zur Nachfolge zu bewegen. Diejenigen, die es getan haben, haben es nur anscheinend möglich machen können. Nicht überall wird das Befolgen der Gesetze so genau überwacht wie bei uns, und infolgedessen ist nicht überall dieselbe Gewissenhaftigkeit vorhanden. Der Arbeitstag ist tatsächlich nirgends durchgeführt; angeblich noch am genauesten in der Schweiz. Daß er auch dort umgangen wird und toto die umgangen wird, daß von den kontrollierenden Beamten überall die Unmöglichkeit eingesehen wird, das gegebene Versprechen zu halten, das ist Ihnen allen bekannt und ist hier von den Rednern auch schon gesagt worden.

Wir, die verbündeten Regierungen, wollen aber keine Versprechungen geben, die wir nicht glauben halten zu können; je mehr wir von dem dringenden Wunsch beseelt sind, für die arbeitenden Klassen nicht bloß, sondern für alle Notleidende und den unteren Steuerklassen Angehörige durch den Staat zu tun, was irgend in den Kräften und der Möglichkeit des Staates ist: um so weniger werden wir uns dazu hergeben, nach Popularität zu haschen dadurch, daß wir Dinge versprechen, die wir nicht für realisierbar halten. (Bravo! rechts.)

Nach längerer Debatte werden die Anträge an eine Kommission verwiesen.

45. Sitzung des Deutschen Reichstags.

10. Februar 1885.

Am 2. Februar ging dem Reichstage die Novelle zum Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 zu. Danach sollten die Getreidezölle wesentlich erhöht werden: für Weizen pro Doppelzentner von 1 auf 3 Mark, für Roggen, Hafer, Hülsenfrüchte und Buchweizen auf 2 Mark. Ebenso wurden höhere Holzzölle gefordert, sowie Zölle auf Baumwollgarne, Branntwein, Luxusartikel in Aussicht genommen. In der ersten Beratung am 10. Februar unterzieht Abg. Rickert (freis.) die Vorlage einer vernichtenden Kritik. Die Verteuerung des Brotes werde eine mächtige Waffe für die Sozialdemokratie, der Holzzoll werde die Ostseehäfen vernichten. Nachdem der Landwirtschaftsminister Lucius und Abg. Frege (kons.) ihm entgegengetreten sind und Abg. Holtzmann (nationall.) sich aus ähnlichen Gründen wie Abg. Rickert als Gegner der Vorlage bekannt hat, nimmt Fürst Bismarck das Wort:

Die Diskussion hat sich heute wesentlich auf dem Gebiete der Spezialfragen über Korn- und Holzzölle bewegt. Ich würde daher mit einer Äußerung abwarten, bis die Spezialdiskussion über diese beiden Punkte herankommt, um mich zu äußern; aber die Rede des letzten Herrn Abgeordneten enthielt doch einige Irrtümer, die ich nicht so lange

unwidersprochen möchte in der Welt bestehen lassen, wie vielleicht Zeit vergeht, bis wir nach der Gangart, die die Diskussion heute nimmt, in die Spezialdiskussion gelangen werden.

Ich will mit den letzten Äußerungen des Herrn Abgeordneten beginnen, ohne mich aber auf das mir gänzlich unbekannte Gebiet der Spitzenklöppelei einzulassen: ich will also bei dem mir vertrauteren der Holzzölle einsetzen. Da hat der Herr Abgeordnete gesagt, wir würden, wenn wir die schwedische Konkurrenz aus Deutschland ausschließen, den schwedischen Holzhändler zu unserem Konkurrenten in Holland und Belgien machen. Dem Herrn Abgeordneten muß nicht bekannt sein, daß diese Konkurrenz längst besteht. Die Herren Abgeordneten aus Ostfriesland und Westfalen werden mir bezeugen, daß das schwedische Holz die Ems aufwärts geht und in den Emshäfen mit dem westfälischen Holze konkurriert. Die Herren vom Oberrhein werden mir bezeugen, daß noch heute, obschon die vor sechs Jahren, glaube ich, beschlossenen Holzzölle die Konkurrenz sehr erschwert haben, das schwedische bearbeitete Holz den Rhein aufwärts geht bis ins badische Oberland. Also die Konkurrenz ist schon längst vorhanden, und die Befürchtung des Herrn Abgeordneten, wir möchten uns dieselbe zuziehen in unserem Holzhandel in Holland und Belgien, ist eine illusorische und ohne Begründung.

Er hat ferner die Besorgnis ausgesprochen, daß schwedische Bretter, deren wir notwendig bedürften, bei uns nicht mehr eingeführt werden könnten. Ja, meine Herren, es ist allerdings mit der Zweck der Vorlage, die Einfuhr schwedischer Bretter zu vermindern; wir wünschen, daß die Schweden ihr Holz im rohen Zustande einführen und dem Deutschen wenigstens die Verarbeitung überlassen. Überhaupt hat der Herr Vorredner die Holzzölle in seiner Deduktion aus einem Gesichtspunkte aufgefaßt, der nicht der der Regierung ist, wenigstens nicht der meinige. Der Herr Vorredner schien als den ausschließlichen Zweck der Holzzölle anzusehen, die Forsten und die Holzzucht an sich zu schützen. Ja, das ist einer der Zwecke; aber der am nächsten liegende ist doch hier der Zweck, die Arbeit zu schützen, welche am Holz und im Walde stattfindet. Vor der jetzigen Zollgesetzgebung habe ich beispielsweise aus Schlesien von Augenzeugen vielfach die Klage gehört, daß die Arbeiter, die der schlesische Wald sonst zu nähren, und die Spannkräfte, die er sonst zu beschäftigen pflegte, feierten, daß die Fuhrleute und die Arbeiter mit trübem Blick an der Eisenbahn ständen und die verarbeiteten galizischen Hölzer durchfahren sähen durch die Wälder, welche ihnen sonst vollauf Beschäftigung gewährt hatten. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist ganz unzweifelhaft, daß ein Wald, der in gutem Bestande ist und in vollem Betriebe, und seinen Absatz hat und ausgebeutet wird, namentlich, wenn man dahin gelangt, daß man auch die Veredelung des Waldproduktes im Walde oder in dessen Nähe selbst betreibt, beinahe so viel Hände beschäftigt wie der Ackerbau. Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen sagen, daß etwa fünfzig Hektar gut bestandener und gut betriebener Wald eine Familie beschäftigen. Die Anzahl der Waldarbeiter, die ich tätig sehe, entspricht ungefähr diesem Verhältnis. Wenn die Wälder, in welchen diese Familien beschäftigt sind, in welchen diese Pferde, Fuhrleute und Pferdehalter arbeiten, wenn die plötzlich, wie das damals in Schlesien die Klage war, tot und leer ständen, und die Leute unbeschäftigt wären, dann entständen Kalamitäten und Gefahren der Art, wie der Herr Vorredner sie befürchtet hat von dem Steigen der Holz- und Kornpreise: dann entsteht

die Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Waldarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter sind auch Arbeiter. Es handelt sich nicht bloß um Fabrikarbeiter in den sächsischen Fabrikbezirken; es handelt sich um den gesamten Arbeiterstand in ganz Deutschland, und von dem bilden die landwirtschaftlichen und Forstarbeiter bei weitem die Mehrzahl (sehr richtig! rechts); für diese zu sorgen ist unsere Aufgabe. Wenn wir einen so wesentlichen Teil der nationalen Arbeit, wie denjenigen der an dem in Deutschland gekauften und verbrauchten Holz stattfindet, rein dem deutschen Arbeiter sichern können, so ist das einer der Hauptvorteile, die ich mir von einem Holzzoll verspreche. Daß nebenher die Möglichkeit, Wald zu halten, Wald zu pflegen, aus Wald eine Rente zu ziehen, gefördert wird, ist ein Nebenvorteil, immer einer, der sowohl für die Staatsrevenuen wie für den Privatwohlstand und die klimatischen Verhältnisse hoch genug anzuschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat auch das unbegründete Bedenken wieder vorgebracht, daß hohe Holzpreise die Waldverwüstung befördern würden. Einmal sind die meisten Wälder in sicheren Händen, im Staats- und im Kommunalbesitz; der Privatbesitz aber von Wald wird gewiß dadurch nicht gefördert, und es werden keine wüsten Wälder, die heruntergehauen sind, aufgeforstet werden, wenn man das Holz möglichst wohlfeil macht. Eine Prämie auf den Waldbesitz, auf die Holzzucht kann doch nur darin bestehen, daß man teure Holzpreise schafft; dann wird sich der Wald von selbst wieder anbauen. Jetzt ist es nicht rentabel, Wald anzulegen, nicht einmal rentabel, heruntergeschlagenen Wald wieder aufzuforsten, und es gehört besondere Liebhaberei und Interesse des Privatbesitzers dazu, wenn er überhaupt Wald, nachdem er ihn verkauft hat, wieder aufforstet; er kann sich mit Hilfe der Zinsaufzinsrechnung vollständig klarmachen, daß ein Sparkassenbuch dem Walde, den er anlegen will, schon in den ersten fünfzig Jahren vorausläuft, und bei hundert Jahren ganz unerreichbar wird. Rentabel ist die Sache bisher nicht, sie wird indessen dennoch gepflegt. Der Herr Vorredner ist also im Irrtum, wenn er unserer Vorlage hauptsächlich die Tendenz zuschreibt, die Holzpreise zu steigern. Die Skala der Verzollung weist nach, daß die Höhe genau mit dem Maße der Arbeit, das in dem Holze steckt, steigt, und meines Erachtens noch nicht in dem ausreichenden Maße.

Ich habe in den Zeitungen Berichte über Verhandlungen von Gegnern der heutigen Vorlage gelesen, wonach dieselben von dem Holzzoll Nachteile in Bezug auf die Verteuerung der Kohlen fürchten. Das zeigt, mit welcher Unwissenheit über diese Dinge geurteilt und gesprochen wird. Jedermann weiß, daß Brennholz zollfrei ist und zollfrei bleibt. Ich habe in denselben Berichten Äußerungen gefunden, daß der Getreidezoll nur einigen Großgrundbesitzern zugute komme. Nun, davon spreche ich nachher; es ist dies eine ganz phantastische Anschauung, die die Herren, wenn sie wirklich im Lande lebten, nicht teilen könnten. Ich werde gleich darauf zurückkommen; ich will nur erst die Frage von dem Holzzoll absolvieren.

Also wir wünschen in der Tat, daß schwedische Bretter zu uns nicht hereinkommen, daß aber schwedisches Holz zur Nährung der Holzindustrien, die längs der Ostseeküste, in Holstein und längs der Nordseeküste vorhanden sind, so viel wie möglich und noch mehr als bisher hereinkommt; wir wollen nur dem Inlande die Arbeit sichern, die an diesem Holze zu verrichten ist, von der ersten rohesten Arbeit des Behauens und des zum Brett

Schneidens bis zum Behobeln. Das ist die Tendenz. Es wird uns nicht ganz gelingen; denn selbst die jetzigen hohen Zölle decken uns noch nicht einmal am Oberrhein vollständig.

Der Herr Vorredner hat ferner darüber geklagt, daß manche Holzindustrien durch die Steigerung des Holzzolles wesentlich leiden würden. Das glaube ich nicht, ich glaube: Wenn nur das Zerkleinern nach diesseits der Grenze übertragen, und das Rohholz nach wie vor eingeführt wird, so wird das in geringem Maße der Fall sein. Er hat zum Belege angeführt, daß die Zellulosefabriken, mit denen er genauer bekannt ist, das Holz zu — ich glaube 12 oder 13 Mark führte er an — das Raummeter bezahlen müssen. (Zuruf links: Festmeter!) Das ist ein außerordentlich hoher Preis. Ich kenne dieses Geschäft ziemlich genau aus eigener Erfahrung; ich verkaufe meinem Mühlenpächter das Holz zur Bearbeitung von Zellulose für 3 Mark weniger 25 Pfennige das Raummeter. (Zuruf links: Festmeter!) Es wird nach Raummetern gehandelt. Sie haben Festmeter genommen; dann kommen Sie pro Raummeter, statt auf 13, auf etwa 10 Mark in Sachsen. Sie haben ferner gefürchtet, daß dadurch viel mehr Nutzholz Brennholz wird. Die Holzqualität ist bei uns noch gar keine verschiedene. Meine Kontrakte, nach denen ich der Zellulosefabrik Holz zu liefern habe, besagen nach dem technischen Ausdrucke: „Klobenbrennholz habe ich zu liefern"; also der Begriff wird ziemlich identisch sein, und die Qualität des Nutzholzes wird dadurch nicht vermindert werden. Sie können meines Erachtens, wenn Sie nicht Knüppelbrennholz unter 3 Zoll Durchmesser nehmen, jedes Brennholz zur Zellulosefabrikation gebrauchen, Kiefer sowohl wie Fichte, und ich kann dem Herrn Vorredner nur vorschlagen: Wenn ihm das Holz in Sachsen zu teuer ist, so bitte ich ihn, nach Pommern zu kommen, ich werde ihm billigeres Holz nachweisen und ihm mit 3 Mark das Raummeter verschaffen.

Die Industrie ist dort nur am unrechten Platze. Warum siedelt sie sich gerade da an, wo das Holz am teuersten ist? Sachsen ist also nicht der rechte Platz für eine solche Industrie. Sie werfen der Forstverwaltung vor, daß sie ihr Geschäft nicht richtig betreibt. Diesen Vorwurf gebe ich dem Herrn Vorredner zurück. Er würde sein Geschäft richtig betreiben, wenn er dahin ginge, wo nicht nur die Wasserkräfte reichlich vorhanden sind — ich weiß wirklich nicht, was sonst diese Industrie nach Sachsen zieht, sondern auch das Holz nur den vierten Teil des Preises hat wie in Sachsen.

Ich komme nun auf eine weitere, sehr wichtige Wirkung der Waldindustrie. Der Wald steht ja ruhig fort, auch wenn das Holz unverkäuflich ist; aber wenn kein Holzverkauf in einer Gegend ist, so stehen die Pferde, die sonst mit der Abfuhr beschäftigt sind, unbeschäftigt im Stalle; der Bauer ist nicht mehr imstande, Pferde zu halten. Der Bauernstand in der Umgegend eines großen Waldes, der tätig ausgebeutet wird, hat den außerordentlichen Vorteil für seine Pferde, namentlich im Winter, aber auch im Sommer, während der unbeschäftigten Zeit, volle Beschäftigung zu haben. Der Fehler der kleinen bäuerlichen Wirtschaften ist der, daß sie nicht groß genug sind, um zwei Pferde, ja selbst kaum ein Pferd dauernd das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen. Die kleinen Wirtschaften prosperieren deshalb nach meiner Erfahrung nur da, wo sie für ihr Zugvieh Nebenbeschäftigung haben während der Zeit, wo sie das eine oder beide Pferde auf dem Acker nicht brauchen, und bei dem heutigen Mangel an Naturweide teuer füttern müssen. Seitdem ich in Varzin eine Waldindustrie von einiger Erheblichkeit angefangen habe, hat sich der Bauernstand in der ganzen Umgegend gehoben; er ist zahlreicher geworden in seinen

Ansiedelungen. Und was nährt die Leute? Das Frachtfuhrwerk. Auf zwei Meilen weit fahren sie zu den dortigen Schleifmühlen etwas wie 17 000 oder 18 000 Raummeter im Jahre heran. Nun, ein Raummeter ist auf unchaussierten und zum Teil schlechten Wegen reichlich eine Pferdeleistung. Es sind also zirka 17 000 Pferdetage, die auf diese Weise von der Waldindustrie beschäftigt werden. Dieselben fallen fort und mit ihnen die Beschäftigung aller der Menschen, die dazu gehören, und ihr vergnügtes Brot haben, sobald die Waldindustrie ausgedehnt wird. Ich führe das Beispiel nur an, um zu zeigen, daß der Herr Vorredner im Irrtum ist, wenn er meint, nur die Forstbesitzer sollten geschützt werden. Der Forstbesitzer ist eben nicht imstande, die Tausende von Arbeitern, die um den Forst herum leben, zu beschäftigen, wenn es ihm nicht möglich gemacht wird, in den Waldprodukten mit dem Auslande zu konkurrieren.

Ich komme dann zu der Frage von den Kornzöllen, mit der der Herr Vorredner begonnen hat. Er hat die Befürchtung ausgesprochen, daß infolge des gesteigerten Zolles die Kornpreise bei uns erheblich in die Höhe gehen, und daß dadurch soziale Gefahren entstehen würden. Auf diese Warnung ist er noch am Schlusse seiner Rede bedeutsam zurückgekommen. Nun, meine Herren, Sie wollen sich erinnern, daß vor sechs Jahren in diesem selben Saale dieselben Prophezeiungen uns zum Teil von denselben Rednern, die heute gesprochen haben oder sprechen werden, gemacht worden sind: Die Preise werden eine unerträgliche Höhe erreichen, sie werden den Arbeiter in seinem Erwerb und in seinem Brote beschränken müssen, und wir werden sozialen Fragen entgegengehen, die wir gerade bekämpfen und beschränken wollen. Alle diese Prophezeiungen sind falsch gewesen; es hat sich nichts davon bestätigt. Die damalige Zollgesetzgebung hat wohltätig überall gewirkt; nur in der einen Richtung war sie unwirksam, die von ihr vielleicht damals erwartet worden ist — von mir nicht; im Gegenteil, ich habe es bestritten, daß sie kommen würde —: eine Verbesserung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, diese Wirkung hat sie nicht gehabt. Im Gegenteil, das Korn ist wohlfeiler, als es seit sehr langen Zeiten war, und nach dem Verhältnis des jetzigen Geldwertes wohlfeiler, als es jemals in diesem Jahrhundert gewesen ist. Diese Folge also, die die Herren vorhergesagt haben, ist in keiner Weise eingetroffen. Ob sie eintreffen würde, wenn der Zoll nunmehr verdreifacht wird, ja, meine Herren, das will ich nicht mit derselben Sicherheit vorhersagen, es ist mir kaum wahrscheinlich. Es kann aber sein; wenn sie eintritt, gut, so wird eine Preisverbesserung dem Landwirt zugute kommen; wenn sie nicht eintritt, so wird der Zoll sicher vom Ausland bezahlt sein, und warum soll der Finanzminister des Deutschen Reichs die Zölle nicht annehmen, die das Ausland, wie Amerika und Rußland, ihm zu zahlen bereit ist? (Sehr richtig! rechts.) Also den Vorteil hätten wir doch jedenfalls sicher. Wäre daneben noch der andere Vorteil, daß die landwirtschaftlichen Preise sich etwas heben, so würde ich den sehr hoch anschlagen. Denn, meine Herren, die Idee, daß niedrige Kornpreise überhaupt glücklich machen und zur Basis eines glücklichen Lebens erforderlich sind, habe ich vor fünf oder sechs Jahren — heute habe ich es nachgelesen, um nicht dasselbe zu wiederholen — mit einer Breite hier bekämpft, die mich davon entbindet, das heute nochmals zu tun. Denn die meisten der Herren sind noch heute hier. Ich habe mich darauf berufen, daß in dem Falle der Litauer, der die wohlfeilsten Preise bei uns hat, sehr viel glücklicher sein müßte als der Rheinländer, daß der Südrusse und der Rumänier mehr prosperieren müßten in ihren ganzen

wirtschaftlichen Verhältnissen, als der Franzose und der Belgier. Das alles ist ja eine wunderliche Behauptung, daß der Zweck des wirtschaftlichen Lebens und der wirtschaftlichen Gesetzgebung sei, wohlfeiles Korn herzustellen. Warum wollen Sie denn einen solchen Zweck gerade auf das Korn beschränken? Warum wollen Sie denn dann nicht weiter gehen? Also beispielsweise Kleidung, Stiefel, Wohnung sind ja ebenso unentbehrliche Bedürfnisse für den Arbeiter, wie Brot; warum wollen Sie denn nicht darauf hinaus gehen, die Fabrikation von den Gegenständen der Bekleidung, kurz aller Bedürfnisse, die der Arbeiter irgend haben kann, so wohlfeil herunterzudrücken, wie irgend möglich, indem Sie alle Schranken der Einfuhr öffnen, indem Sie diesen unentbehrlichen Bedürfnissen des gewöhnlichen Lebens jeden Schutz versagen? Was hilft dem Arbeiter wohlfeiles Brot, wenn er unendlich teurere Kleidung hat und dafür bezahlen muß? Also ist die Billigkeit für die Kleidung gerade so nötig. Was geht Sie der deutsche Schneider an, wenn der Arbeiter sich von dem amerikanischen Schneider in fertigen Kleidern wohlfeiler kleiden lassen kann? Was geht Sie der deutsche Schuhmacher an, die deutsche Lederarbeit? Ja, meine Herren, noch weiter: Wenn wir dieses System verfolgen, wäre es für alle diejenigen, die von ihrem Gelde, vom Honorar oder Gehalt leben, kurz und gut für die ganzen inproduktiven Klassen der Gelehrten und Ungelehrten (Heiterkeit) außerordentlich angenehm, wenn alle Gegenstände des menschlichen Lebensbedürfnisses auf einen Preis herabgedrückt werden, für den sie im Inland gar nicht erzeugt werden könnten, wenn sie so wohlfeil werden könnten, daß sie womöglich gar nichts kosteten. Ja, dann würde vielleicht denen, die ich im allgemeinen als Rentiers bezeichnen will — ich meine solche, die nicht produzieren, die bei Preisverhältnissen nicht interessiert sind, die doch bei uns die maßgebende Majorität vielleicht in den gesetzgebenden Versammlungen bilden — denen würde zuerst der Zustand sehr behaglich sein.

Das erinnert mich an einen sehr trivialen Vorgang. Es gibt Köchinnen, die grausam genug sind, die Krebse kalt an das Feuer zu setzen; wenn dann das Wasser zuerst warm wird, dann geben die Tierchen alle Zeichen des Behagens von sich; es ist ihnen sehr wohl; aber das Ende ist sehr übel. (Heiterkeit.) So würde es auch hier sein; der ganze Staat, das ganze Volk würde zu Grunde gehen. Ziehen Sie doch Ihre Konsequenzen bis zum Extrem. Wenn es Ihnen gelingt, den Preis des Zentners Roggen auf 5 Silbergroschen herabzudrücken, so ist das vielleicht für Sie der Gipfel der Glückseligkeit; nichtsdestoweniger werden Sie mir zugeben, daß unter solchen Umständen das Deutsche Reich und seine ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Zusammenbruch erleiden würden, von dem es sich nie wieder erholen könnte. Wenn es aber ein Glück ist, für Getreide und Brotfrüchte niedrige Preise zu haben, warum wollen Sie dann nicht das Eisen, das Leder — das sind auch ziemlich unentbehrliche Bedürfnisse — Glas, Gewebe, Garn, alles auf die möglichst geringsten Preise drücken? Dann müssen Sie alle Schutzzölle abschaffen.

Wenn irgendein Gewerbe ein Recht auf Schutz hat, so ist es doch in unseren konstitutionellen Verhältnissen, wo die Majorität entscheidet, dasjenige, an dem die Majorität hängt, das der Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Für fünfundzwanzig bis siebenundzwanzig Millionen von den fünfundvierzig Millionen des Deutschen Reichs hängt das Gedeihen von dem Gedeihen der Landwirtschaft gerade so gut ab, wie das Gedeihen der Arbeiter der Textilindustrie von der Möglichkeit des Absatzes der Gewebe. Nehmen Sie nicht bloß den Grundbesitzer, am allerwenigsten bloß den Großgrundbesitzer zum Gegen-

stand Ihrer Erwägungen, sondern sämtliche Arbeiter, die bei der Landwirtschaft mit beschäftigt sind; sie werden möglicherweise nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt, weniger beschäftigt, wenn die Landwirtschaft keinen Betrieb hat; es werden einige von ihnen überflüssig, es werden einige von ihnen entlassen, oder man ist auch genötigt, die Löhne herunterzusetzen, weil man sie nicht mehr zahlen kann. Ich habe in den Verhandlungen der städtischen Abgeordneten, auf die ich vorhin schon anspielte, gelesen, daß die Getreidezölle lediglich im Interesse der gegenwärtigen Großgrundbesitzer lägen. (Sehr richtig! links.) Es ist also da schon vorausgesehen, daß eine Bewegung vielleicht nützlich sein werde, die die gegenwärtigen Grundbesitzer mit einer Welle wegschwemmt und statt ihrer wohlfeile Ankäufer derselben Güter bringt, die dann vielleicht mit weniger auskommen können. Ja, meine Herren, die werden auch nicht mit weniger auskommen; sie werden eben ihre Zinsen nicht bezahlen können.

Das Experiment ist ja gemacht worden zur Zeit der ersten Einführung der Hardenbergschen Gesetzgebung, die vorhin, wie ich höre, der Herr Abgeordnete Rickert im Gegensatz zu uns unwürdigen Schächern (Heiterkeit) gerühmt hat, worauf ich dem Abgeordneten Rickert nur erwidere, daß die Hardenbergsche Gesetzgebung den Bauern von dem Druck der damaligen Gesetzgebung befreite; wir bestreben uns, ihn von dem Druck der jetzigen Gesetzgebung zu befreien. (Sehr richtig! rechts.) Also das ist ganz dieselbe Geschichte. Damals wurde schon der Versuch gemacht — es war unter dem Oberpräsidenten v. Schön — die zeitigen Besitzer der großen Güter als eine unhaltbare Rasse zu betrachten, und der Grundsatz aufgestellt, es müßten diese Güter wohlfeil in andere Hände gebracht werden, damit die Besitzer wieder leben könnten. Infolgedessen wurden von der väterlichen damaligen Regierung achthundert Rittergüter in der Provinz Ostpreußen auf einen Tag und eine Stunde zur Subhastation angesetzt von der damaligen landschaftlichen Verwaltung, an deren Spitze der Oberpräsident stand, mit der Anordnung, auf jedes Gebot zuzuschlagen. Es kauften Schäfer — das sind gewöhnlich die Bankiers auf dem Dorfe — ehemalige Gastwirte und Bauern, die das ihrige zurückgehalten hatten, Viehhändler, in Ostpreußen besonders Pferdehändler, (Heiterkeit) kauften damals Güter; mir sind Beispiele genannt worden, daß für 60 Taler ein Gut zugeschlagen wurde, welches heute weit über 100 000 und 200 000 Taler wert sein mag.

Was hat denn das gefruchtet? Ich habe noch in Pommern, wo nicht ganz so streng, aber doch ähnlich verfahren worden ist, in meinen Kinderjahren ähnliche Erwerber großer Güter gesehen. Ich erinnere mich, daß mein Vater Nachbarn hatte, die früher eben in einer der Eigenschaften, die ich vorher bezeichnete, bekannt gewesen waren, die ich selbst gesehen habe, die in Holzpantoffeln und in bäuerlichen Kostümen ihrer großen Wirtschaft vorstanden. Das ist ja kein Unrecht und kein Übel; aber auf einen grünen Zweig kamen sie nicht. Sie hatten kein Betriebskapital, um die Arbeitskräfte zu bezahlen, die von der Gesetzgebung beseitigt waren, und sie sind zum großen Teil wieder eingegangen; es sind wenige von den damaligen Erwerbern im Besitz geblieben. Diejenigen, die im Besitz geblieben sind, haben die ganze Zeit hindurch nach ihrer früheren Eigenschaft bäuerlich gelebt, was durchaus achtbar ist; aber verdient hat von ihnen auch keiner etwas. Sie haben keinem Handwerker in der Nachbarschaft etwas zu verdienen gegeben und keinen Luxus getrieben — das brauchen sie ja nicht; aber der Luxus ernährt manchen Verkäufer — und sie haben so wenig wie möglich Arbeiter beschäftigt und dieselben hart behandelt. Das

ist ja eine natürliche Folge von solchen Zuständen, und jeder, der auf dem Lande gelebt hat, weiß es.

Aber es handelt sich nicht bloß um die Arbeiter; nehmen Sie die Handwerker auf dem Lande! Es heißt ja im alten Liede: Es ist kein Dörfchen so klein, ein Hammerschmied muß darinnen sein. Aber es ist nicht bloß der Hammerschmied, es ist der Stellmacher, der Rademacher, es ist ein Schneider und Schuhmacher jedenfalls in jedem Dorf, wenn es auch nur ein Schuhflicker ist. Ich will auf die übrigen Handwerker gar nicht eingehen, die im Dorfe sind; sie sind in der Statistik nicht unter der Rubrik „Landwirtschaft" verzeichnet, aber all ihr Gedeihen hängt unbedingt von dem Gedeihen der Landwirtschaft ab. Der Bauer läßt sich keinen neuen Rock machen, wenn er nichts übrig hat; der Bauer hat den großen Vorzug vor dem Großgrundbesitzer, daß er sich immer nach der Decke streckt; wenn sein Überschuß an barem Geld das kalte Fleisch zum Frühstück nicht mehr abwirft, so läßt er es weg und nimmt Käse; und wirft er nicht mehr Käse ab, so nimmt er Butter; und wenn er die nicht hat, so ißt er sein Brot trocken; und er bleibt — ich will nicht sagen: ebenso vergnügt — aber ebenso ruhig in seinem Geleise und drückt und wintert sich durch. Es hat das aber die Folge, daß der Handwerker auch nur etwas von dem Bauern verdient, wenn er Geld hat. Ist der Bauer in der Lage, daß er weder Käse noch Fleisch zu seinem Brot ißt, so läßt er sich weder einen neuen Rock machen, noch setzt er den Schmied in Nahrung, sondern hilft sich mit seinem alten Zeuge und läßt sich auch keine Stiefel anmessen; und so zieht sich das Sprichwort, das ich neulich anführte: „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt" — durch alle Zweige hindurch.

Also ich verlange nur Schutz für einen Erwerbszweig der großen Majorität der Mitbürger. Sie haben ja, wenigstens die meisten Herren, eine so große Achtung vor der Majorität, Ihnen imponiert die Majorität: warum imponiert sie Ihnen in der Landwirtschaft nicht, in den landwirtschaftlichen Arbeitern? Das ist mir unverständlich. Ist das nicht eine Geringschätzung der „Majestät des Volkes", wie mir neulich vorgeworfen ist, weil ich mir von einer Majorität, die nicht aus dem gleichen Gedanken des Volkes hervorgegangen ist, sondern aus einer zufälligen Übereinstimmung in der Negation — weil ich mir von der nicht imponieren lassen wollte? Es ist mir in der ungerechtesten Weise von der Welt vorgeworfen, daß ich mir — von der Majestät des Volkes will ich nicht reden — aber von dem Volke nicht imponieren lassen könne; Majestät hat für mich der Kaiser, sonst niemand. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat also über neue Belastung gesprochen. Da will ich die Erfolge abwarten. Ich sage: Wir gehen versuchend vor. Theoretisch mit sicheren, schlagenden Schlußfolgerungen ist auf diesem Gebiete kein Mensch imstande zu operieren; das ist wie ein ärztliches Gutachten über innere Krankheiten, dasselbe wird immer seinen Irrtümern unterworfen sein, und da traue ich meinem eigenen Urteile nicht und einem anderen Urteile etwas mehr. (Heiterkeit.) Jedenfalls, wenn das Gesetz den Erfolg hätte, daß es die Preise etwas steigerte, so würde ich mich darüber freuen; denn eine Verbesserung der Lage der Landwirte würde der ganzen Bevölkerung eben zugute kommen und weit entfernt sein, anderen zu schaden.

Der Herr Vorredner hat nachher eine Anzahl sehr künstlicher Berechnungen über die Zukunft und die Möglichkeit der Zukunft in Bezug auf Rentabilität und hohen Bodenwert angeführt. Da will ich ihm nicht folgen. Ich habe mich von Konjekturen

niemals leiten lassen; sondern uns steht die nackte Realität des Rückganges, des möglichen Zusammenbruches eines großen Teiles unserer Landwirtschaft gegenüber. Da kann ich mich mit Konjekturen weder abschrecken, noch trösten lassen.

Der Herr Vorredner hat ferner auf die Möglichkeit verwiesen, daß die Preise wieder steigen könnten. Ja, meine Herren, er hat geglaubt, die gegenwärtige würde eine vorübergehende Konjunktur sein. Ich fürchte, das wird nicht der Fall sein; denn die auswärtige Produktion ist weder in ihren alten Hilfsquellen erschöpft, noch ist sie verlegen um Aufsuchung von neuen. Nach den neuesten Nachrichten, die wir haben, ist die indische Weizenproduktion sogar der amerikanischen gefährlich, und zwar infolge der Wohlfeilheit der Arbeit und der Entwicklungsfähigkeit nach Maßgabe des Bodens in gewissen Bezirken Indiens. Die Schutzzölle auf Korneinfuhr in Amerika, die der Herr Abgeordnete Richter mir vor Jahren bestritt, und die ich an dieser Stelle genötigt war, aus dem amerikanischen Tarif als bestehend nachzuweisen, werden also doch praktische Wirksamkeit haben, damit der amerikanische Raubbau in den Steppen Schutz gegen den indischen Weizen findet.

Ich kann mich darin irren; ich habe schon gesagt, daß ich nicht prophezeien will, denn ich habe mit zu viel falschen Propheten in parlamentarischen Verhältnissen zu tun gehabt; (Heiterkeit) ich will nicht prophezeien, aber ich fürchte im Interesse unserer Landwirtschaft, daß die auswärtige Konkurrenz eher steigen als fallen wird. Es ist ja möglich, daß Mißernten kommen, viel leichter im Auslande als bei uns. In einem Lande von alter Kultur wie Deutschland, von der Beschaffenheit der Oberfläche, die zwischen Wald, Wiesen, Berg und Tal in einer Weise wechselt, daß die Niederschläge immer noch ziemlich regelmäßig fallen, sind die Mißernten nicht so häufig wie in großen Ebenen, zum Teil waldlosen Ebenen in den Ländern, die unsere Hauptkonkurrenten in der Erzeugung von Getreide sind. Im südlichen Rußland, in den Steppen dieses Landes und in denen von Amerika, ja selbst noch an der unteren Donau und in Ungarn — diese Länder leiden unter Umständen — da können große Mißernten vorkommen. Es kann auch sein, daß das Getreide einmal sehr teuer wird; dann, meine Herren, glauben Sie nur nicht, daß der Nachlaß von Zoll, der in dem Falle vielleicht eintreten wird — das will ich nicht bestreiten — daß der etwas an der Teuerung ändern wird; denn die Teuerung besteht nicht darin, daß der Zoll zu hoch ist. Der Zoll liegt ja innerhalb der Preisschwankung von zirka 60 bis 80 Mark, in der sich unsere Preise bewegen. Wenn der ganze Zoll auf Roggen selbst nach dem weitgehendsten Vorschlage bewilligt würde, so würde er etwa 30 Mark für die Last, die Tonne, den Wispel sein; und die Schwankungen finden ja in einem Jahre von 130 bis 200 Mark gelegentlich statt. Also der Zoll macht da nichts; und kein Zollnachlaß kann Roggen oder Weizen aus der Erde rufen, der in dem Jahre nicht gewachsen ist. Die Ursache wird eben eine ganz unabänderliche sein. Es ist aber eine Hungersnot nicht wahrscheinlich, weil die Getreideerzeugungsländer unter zu verschiedene Himmelsstriche und Klimate verteilt sind.

In der Regel aber — und mit der Regel allein können wir rechnen — wird Deutschland das Quantum Getreide, was es braucht, annähernd selbst bauen. Der erste Herr Redner, den ich hörte, Herr Frege, meinte, die Zölle wären noch lange nicht hoch genug. Ja, ich will einmal sagen, Sie verbieten die auswärtige Getreideeinfuhr absolut — ein Fall, welcher nicht in der Absicht liegt, aber ich will ihn einmal supponieren —; so bin ich

überzeugt, daß Deutschland im zweiten Jahre, ja schon in demselben Jahre die zirka 30 bis 40 Millionen Zentner Getreide, die wir durchschnittlich einführen, selbst gebaut haben würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir können noch mehr Getreide bauen, als wir jetzt bauen, sobald es lohnt; wir bauen außerdem sehr viel mehr Getreide, als wir essen; wir verzehren durch menschliche Nahrung bei weitem nicht die Hälfte des Getreides, das wir bauen, und eine Not wird immer zuerst nur den Erfolg haben, daß das Tier, das gefüttert wird mit Getreide, Not leidet, daß die Verwendung des Getreides zu Fabrikzwecken, zu Brennereien nachläßt. Kurz und gut, nicht der essende Mensch wird der Entbehrende sein, wenn uns einmal ein paar Millionen Zentner fehlen sollten, sondern die übrigen Verwendungen des Getreides werden verkürzt oder vermindert werden. Ich fürchte also auch die zu hohen Preise nicht; aber wenn sie eintreten, so erinnere ich daran, daß eine Zollermäßigung nicht mehr Roggen schaffen kann, als in der Welt gewachsen ist.

Der Herr Vorredner hat ferner einen Irrtum — in der Allgemeinheit ist es ein Irrtum — behauptet, indem er sagte, daß das auswärtige Getreide höher im Wert wäre als das inländische. Er mag dabei gewisse böhmische Getreidegattungen im Verhältnis zu gewissem Getreide aus dem sächsischen Erzgebirge im Auge haben; er mag an mährische Gerste, wie die Brauereien sie gern haben, gedacht haben; aber in der Regel ist unser deutsches Getreide hochwertiger, und der Vorredner wird sich von jedem freihändlerischen Gesinnungsgenossen der Ostseehäfen Aufklärung darüber verschaffen können, daß der russische Roggen im ganzen stets 5 bis 10 Mark wohlfeiler ist als der deutsche, und daß der deutsche benutzt wird, den schlechteren russischen aufzubessern, um nachher das Produkt als deutschen Roggen — nicht zur Reputation unseres Roggens — zu verkaufen. Ich glaube also: da ist der Herr Vorredner im Irrtum.

Ich möchte noch gleich einen anderen Irrtum berichtigen. Der Herr Vorredner nahm an, daß Amerika nicht zu den meistbegünstigten Staaten gehöre. Faktisch gehört es dazu, nicht infolge von Reichsverträgen, aber infolge von Verträgen mit Preußen und mit mehreren deutschen Staaten, die sich aus dem Reich nicht aussondern lassen. Praktisch behandeln wir uns mit Amerika gegenseitig als meistbegünstigt, was für uns zum Beispiel den Anlaß bildet, wenn der Vertrag, den Spanien für Kuba und Portorico mit Amerika geschlossen hat, sich verwirklicht, für uns, für Deutschland, in Amerika dieselben Vorteile — beispielsweise für die Zuckereinfuhr — zu beanspruchen, die der spanischen Kolonie gewährt werden, und in Spanien ähnliche Vorteile, wie sie Nordamerika und Kuba gewährt werden.

Der spanische Vertrag ist ja unbedingt eine Unbequemlichkeit für die Steigerung des Roggenzolls; denn durch den Vertrag ist er auf vier Jahre — die vier Jahre laufen, wenn ich nicht irre, im Sommer 1887 ab — gebunden. Wir werden also bis dahin genötigt sein, dem spanischen Roggen, was blutwenig ist, aber auch dem Roggen derjenigen Staaten, die mit uns Meistbegünstigungsverträge haben, die Einfuhr zum alten Zoll gegen Ursprungszeugnisse zu gestatten. Daß mit diesen Ursprungszeugnissen die Verschiebung betrieben werden kann, auf die der Herr Vorredner aufmerksam machte, daß man dafür russischen Roggen einführt, das können wir nicht verhindern; aber diese kostspielige Verschiebung — es wird das etwas sehr Bedeutsames nicht sein, und wo Holz gehauen wird, da fallen eben Späne — kann man nicht ändern. Das Ganze dauert ja übrigens nur noch über das Jahr 1886 hinaus, und dann werden wir unter dieser Bedingung den spanischen

Handelsvertrag sicher nicht erneuern. Ich würde diese Bedingung überhaupt nicht eingegangen sein, obschon ich bei Annahme derselben nicht den Gedanken hatte, daß wir einer Steigerung der Kornzölle so nahe ständen wie es in der Tat gewesen ist. Die Kalamität der Landwirtschaft ist reißender, ist schneller und stärker hereingebrochen, als ich es damals befürchtet habe. Aber ich weiß nicht, aus welchem Grunde die spanische Regierung mit einer Hartnäckigkeit, die mit der Geringfügigkeit des spanischen Roggenimports — der ein einziges Mal in einem Jahr ein ganz geringes Quantum betragen hatte — kaum verträglich war, daran festhielt, so daß ich nur die Wahl hatte, den ganzen Vertrag, der in vielen anderen Beziehungen für unseren Handel nützlich war, wegen dieser Roggenklausel fallen zu lassen oder ihn mit derselben abzuschließen. Diese Unbequemlichkeit muß aber überwunden werden; sie hat für unsere wirtschaftlichen Einrichtungen keine weitere Tragweite, da sie in kurzer Zeit ihr Ende erreicht.

Der Herr Vorredner hat befürchtet, daß das Angebot einmal geringer sein könne als die Nachfrage. Ich habe schon vorhin erwähnt, daß ich das nicht glaube; einstweilen ist das Angebot noch immer so viel größer, daß wir durchaus die Auswahl haben. Es liegt gegenwärtig in Rußland noch außerordentlich viel unverkauftes Getreide der beiden letzten Vorjahre; auch in Amerika sind Sendungen rückständig, und man kann sagen, daß die letzten Jahre wohl die fetten Kühe im Josephinischen Traum bedeuten, und daß sie immer noch Deckung, wenn die sieben mageren nachher eintreten sollten, reichlich gewähren werden; — mit Sicherheit kann man in der Politik ja überhaupt nicht entscheiden, aber es ist nicht wahrscheinlich.

Ich bin für heute nicht imstande, auf prinzipielle Erörterungen der Getreide- und Holzzölle noch näher einzugehen, ich will mir bloß erlauben, noch eine Anführung zu kritisieren, die der mit mir sonst vollständig einverstandene Herr Dr. Frege machte. Er führte das Beispiel eines Gutes von fünf Hektaren an und nahm an, daß dasselbe 22 Zentner Korn zum Verkauf übrig haben werde und 17½ Zentner, sagen wir 18, sagen wir 16, selbst konsumiere. Ja, meine Herren, auch bei dieser Selbstkonsumtion ist der Roggenpreis für den Bauer nicht gleichgültig; ich meine damit nicht bloß im technischen preußischen Sinne den spannfähigen Bauer; sondern der kleinste Besitzer — nehmen wir den von drei Morgen — auch der verkauft Korn. Denn der Bauer ißt ja seinen Roggen nicht in natura, er verzehrt ihn nicht; er verkauft ihn ganz sicher, er verkauft ihn in dem gewöhnlichen alten Betrieb an den Müller; der gibt ihm Mehl dafür, und da wird ihm der Müller ja gewiß die Höhe oder Niedrigkeit des Wertes seines Korns zum Ausdruck zu bringen wissen. Aber selbst das ist schon ein überwundener Standpunkt. Das Selbstbacken bei dem kleinen Besitzer kommt mehr und mehr in Abnahme; diese mitunter recht malerischen kleinen Backöfen mit alten Bäumen darüber verschwinden auf dem Lande mehr und mehr; das Übliche ist, daß derjenige, der Roggen baut, seinen sämtlichen Roggen verkauft und nicht Mehl, sondern fertiges Brot kauft. (Heiterkeit links.) Das Gewerbe des Bäckers ist heutzutage meistenteils mit dem des Müllers in Verbindung getreten oder mit dem des Gastwirts, und die Bäcker schicken Wagen, die expreß dazu eingerichtet sind, auf den Dörfern umher, und die Leute haben allmählich gefunden, daß sie auf diese Weise, wenn für dreihundert Einwohner eines Dorfes eine oder zwei Bäckereien vorhanden sind, wohlfeiler zu ihrem Brot kommen und im ganzen, da nicht jede Frau eine geschickte Bäckerin ist, auch besser, als wenn sie selbst fünfzig oder wie viel Backöfen — so viel als

Familien sind — jeden apart heizen und kohlenverbranntes Brot haben. Die Behauptung, daß nur der große Besitzer interessiert wäre, während der kleine unter den Kornpreisen litte, die ist vollständig unrichtig; auch der allerkleinste Besitzer wird den Roggen, den Weizen, den er baut, zunächst verkaufen und sich dafür, so weit er es braucht, Brot anschaffen; so weit er es nicht braucht, schafft er sich andere Dinge für den Erlös des verkauften Kornes an; denn er kann doch den Roggen nicht in natura verzehren, sondern dieser muß immer durch einen Zwischenhandel durchgehen.

Deshalb sind alle diese Behauptungen in der Presse und in Reden, die davon ausgehen, als ob diese ganze Zollgesetzgebung in Bezug auf Getreide und Holz das Mittel wäre, den Großgrundbesitz zu erleichtern auf Kosten des armen Mannes, einmal verlogene Entstellungen der Wahrheit, (sehr richtig! rechts) dann in zweiter Linie ungerechte Aufhetzungen der besitzlosen Klassen, in weit höherem Maße sozial gefährlich und unmoralisch wie alles andere, weil die Leute, die das lesen und denen das mit der Autorität der Gewohnheitsredner, deren Reden durch die Presse in besonderen kleinen Abdrücken verbreitet werden, beigebracht wird — die können ja nicht mit der Sicherheit, wie wir hier, unterscheiden, daß das alles nur zur Schädigung der Regierung und aus Taktik so dargestellt wird, daß es aber von Grund aus erfunden und unwahr ist. (Zuruf links. Bravo! rechts.) Ja, meine Herren, zischen Sie; es bleibt doch wahr! (Bravo! rechts.) Sie bestätigen nur durch Ihr Zischen, daß Sie sich getroffen fühlen. Sehen Sie, das Geschöpf Gottes, von dem das Zischen herkommt, ziscbt ja nicht, wenn es sich nicht beunruhigt fühlt. (Bewegung.)

Meine Herren, ich schließe für heute, indem ich mir vorbehalte, bei der Spezialdiskussion auf das von mir nicht erschöpfte Thema zurückzukommen; ich schließe für heute von neuem mit dem Protest gegen die Unwahrheit, als wenn durch diese Gesetzesvorlage irgend etwas anderes bezweckt würde, als Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Gesamtvermögens, des Armen so gut wie des Reichen. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links.)

47. Sitzung des Deutschen Reichstags.

12. Februar 1885.

In mehr als zweistündiger Rede bekämpft Abg. Bamberger die gesamte Zollpolitik und nennt den Getreidezoll einen Zoll auf Blut, weil Brot Blut macht. Seine Partei, die Freisinnige, habe die Aufgabe, die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation gegen eine rückwärts gehende Bewegung zu verteidigen, die die Arbeit des Jahrhunderts bedrohe. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete, der soeben sprach, hat für sich den Vorzug in Anspruch genommen, nicht von einem faktiösen Standpunkte, nicht faktiös zu reden. Ich gebe ihm gerne zu, daß er ruhiger gesprochen hat als die Herren, die gestern und vorgestern die Regierungsvorlage kritisierten, und daß er die Diskussion auf eine höhere, wissenschaftlichere, lehrreichere Linie gehoben hat als die, auf der sie sich früher bewegt hat. Dabei spricht er in einem angenehmen und friedlichen Tone, so daß ich nicht leugnen kann, daß ich die erste Stunde hindurch mit Vergnügen zugehört habe. (Heiterkeit.) Nachher, muß ich bekennen, ist meine Aufmerksamkeit etwas erlahmt, und ich bin auf die letztere Hälfte seiner Rede nicht imstande, ohne sie vorher gelesen zu haben, einzugehen.

Was mich weniger sympathisch berührt, das ist eine gewisse Kaltherzigkeit, mit der der Herr Vorredner nach seinen Äußerungen den Leiden seiner Mitmenschen im allgemeinen gegenübersteht; er betrachtet sie mehr vom wissenschaftlichen Standpunkte, ich will nicht sagen, wie ein Vivisektor, aber doch wie ein Sektor. (Heiterkeit rechts.) Er legt uns die Schmerzen, welche der Körper unseres Volkes empfindet, auseinander als ganz natürliche, denen man leider nicht abhelfen kann; er teilt uns mit, wie es ganz natürlich ist, daß, wenn man auf diesem Teil des Körpers einen Schmerz hervorruft, der eine Nervenkontraktion auf der anderen Seite bewirke, wie man das im Auditorium an lebenden Kaninchen ja beobachten kann. Aber der Schluß seiner Rede ist trostlos: Er hat keine Hilfe als das ruhige Abwarten; er legt dem Staate und der Gesetzgebung auch nicht das Recht bei, zu prüfen, zu versuchen, ob geholfen werden kann, und mit Ihnen zu beraten, wie das etwa geschehen könne. Er ist in einer traurigen Resignation; das Kismet ist eben: die Überproduktion; es muß ausgestanden und muß abgewartet werden, es kann vieles darüber verhungern, es kann vieles darüber zugrunde gehen, aber der Staat ist hilflos.

Der Herr Abgeordnete hat gerade, wie ich eintrat, ein Gleichnis gebraucht, um die Hilflosigkeit und die Torheit der Bestrebungen, die inländische und nationale Arbeit zu schützen, in das hellste Licht zu setzen. Er sagte, es käme ihm vor wie die Klage des Lichtziehers, der verlangt, daß das Tageslicht abgeschafft werde, damit die Talglichter Absatz finden. Ja, meine Herren, so ganz unzutreffend ist dieser Vergleich nicht, wenn man ihn nur umkehrt, wenn man sagt: Im Interesse des Kornhandels soll die deutsche Landwirtschaft ruiniert werden; dann paßt das ziemlich genau darauf. (Heiterkeit rechts.) Es soll ein ganz unverhältnismäßiger Schaden angerichtet werden, um einen mäßigen Vorteil zu erhalten. Wie viel Kornhändler gibt es, und wie viel Landwirte gibt es? Selbst wenn es bloß die Großgrundbesitzer beträfe, sind sie immer noch zahlreicher, als die mit der Zufuhr des ausländischen Kornes und des ausländischen Holzes nach Deutschland Beschäftigten, und wer der reichste von beiden ist — ich glaube, da wird der Großgrundbesitzer doch immer noch zu kurz kommen. Entbehren kann eher der andere noch etwas; ich gönne aber beiden ihren Verdienst und will keinen berauben; nur möchte ich, wenn man immer von der Benachteiligung des Armen zu Gunsten des Reichen spricht, darauf aufmerksam machen, daß die Reichen auf beiden Seiten dieser Sache zu finden sind, und daß diejenigen, die von den Leiden der Landwirtschaft und der inländischen Holzindustrie ihrerseits Vorteil ziehen, vielleicht sehr viel gewinnreicher noch sind als die Landwirtschaft und die Forstzucht. Indessen, ich würde mich in derselben Art versündigen, wie das von der anderen Seite geschehen ist, wenn ich darauf Wert legen wollte. Ich gönne jedem Seines; aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ist der eine geschützt, und hat er seinen Vorteil, so soll das der andere auch; und die Arbeiter in der einen Branche sind des Schutzes ihrer Tätigkeit ebensowohl würdig, wie in der anderen, namentlich weil sie um das Tausendfache zahlreicher sind.

Was mich bei der Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger in dem unsympathischen Eindruck gerade bestärkte, das waren einige Äußerungen, wie zum Beispiel, daß die Landwirtschaft nicht allein notleidend sei. Es fiel mir unwillkürlich dabei das Wort im Faust ein: „Sie ist die Erste nicht.“ (Heiterkeit.) Sie werden wissen, wo das steht — die zugrunde geht nämlich. Aber die Landwirtschaft ist in höherem Maße notleidend als alle

anderen. Ich gebe übrigens nicht zu, daß alles andere notleidend ist. Wie kommt der Herr Abgeordnete darauf, dies vorauszusetzen? Überproduktion ist gewiß in allen Branchen, und wir bemühen uns, unser Vaterland gegen die Folgen dieser Überproduktion nach Möglichkeit zu schützen, indem wir ihm wesentlich den inländischen Markt zu wahren suchen, damit wir nicht auch den noch mit anderen zu teilen haben. Aber diese Überproduktion hindert nicht, daß in den meisten Branchen der nationalen wirtschaftlichen Tätigkeit ein entschiedener Fortschritt und ein größeres Beharren als zur Zeit vor der letzten Zollgesetzgebung bemerkbar ist, und daß auch — was vorhin von irgend jemanden,[1] ich weiß nicht, ob heute oder gestern, bestritten wurde — die Löhne ganz unbedingt steigen. Es ist ja ein Abstreiten dessen, was in jedem amtlichen Register und in den Kundgebungen aller beteiligten Industriezweige zu lesen ist, daß nämlich die Löhne gestiegen sind, nicht so, daß der Arbeiter sofort reich und behäbig wird, aber doch ganz erheblich — ich weiß nicht, um welchen Prozentsatz. Also es prosperiert fast alles außer der Landwirtschaft, außer den zirka fünf Neunteln der Deutschen, die sich der Landwirtschaft widmen. Den übrigen vier Neunteln geht es gut. Diese fünf Neuntel klagen und verlangen von der Minorität, durch welche sie regiert werden, Abhilfe. Die Abhilfe wird ihnen wiederum von einer Minorität in diesem Reichstage versagt und von der Majorität, hoffe ich, gewährt werden. In allen Lebensbedürfnissen sind die Preise in den fünfzig Jahren, die ich zurückdenken kann, um das Dreifache gestiegen. Nehmen Sie nur die Gegenstände, die jeder von uns an seinem Körper trägt, vom Kopf bis zum Fuß, in der Kleidung, im Schuhzeug, in den Handschuhen; wir bezahlen das Dreifache. Nur die landwirtschaftlichen Produkte sind durchschnittlich auf demselben Preise, ja niedriger, als sie vor fünfzig, dreißig, zwanzig Jahren gewesen sind; bei der Landwirtschaft sind nur gestiegen die Produktionskosten und die Steuern — die ganz erheblich. Wie sollte man da nicht sagen, daß der schweigende, von den Verbindungen mit Zeitungen und Behörden entfernter lebende Landwirt mit der Zeit ins Hintertreffen gekommen ist? Er ist geduldig, er hat geschwiegen, er ist vergessen worden. Artige Kinder fordern nichts, artige Kinder kriegen nichts. (Heiterkeit rechts.) Also die Landwirtschaft ist vergleichsweise in der Tat allein notleidend; insofern widerspreche ich dem Herrn Vorredner; nichts ist in dem Maße notleidend wie die Landwirtschaft, der nur ihre Lasten und nicht ihre Einnahmen nach Verhältnis des sinkenden Geldwertes gestiegen sind.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, der Staat könne der Landwirtschaft blutwenig helfen; das heißt, er sagt mit Achselzucken: Sie muß eben zugrunde gehen, nicht nur die jetzigen Besitzer, sondern die Landwirtschaft im allgemeinen. Denn gegen die wohlfeile Konkurrenz, der wir ausgesetzt sind, können auch künftige Besitzer, wenn sie nach Art der Vorgänge in Ostpreußen, von denen ich vorgestern sprach, die jetzigen wohlfeil ausgekauft haben, so daß die Gläubiger dahinter ausfallen — werden auch die künftigen Besitzer nicht bestehen können. Was ist nun aber das, was der Staat tut, wenn er blutwenig helfen kann? Er legt der Landwirtschaft seit dreißig Jahren ununterbrochen steigende Lasten auf (sehr richtig! rechts) an Steuern, an Leistungen jeder Art für den Staat im Fuhrwesen, in Wegebauten, im Gemeindedienste usw. Der Staat bürdet immer mehr Anstrengungen, die er selbst zu leisten hätte, auf die Gemeinden ab; das alles, weil er der Landwirtschaft blutwenig helfen kann — oder trotzdem. Ist gegenüber dieser stiefmütterlichen

[1] Abg. Bebel.

oder stiefväterlichen Behandlung der Landwirtschaft seitens des Staates denn wirklich gar keine Ausgleichung möglich? Ich meine doch wenigstens darin, daß der Staat einen Teil der Lasten, die er der Landwirtschaft auferlegt hat in der Zeit, wo er ihr blutwenig helfen kann, wieder rückgängig macht, und daß er nicht dieselbe Ungerechtigkeit, die einmal damit begangen ist, täglich und jährlich sich erneuern läßt dadurch, daß die Grundsteuer und die Häusersteuer, die Lasten auf dem Grundbesitz, den Hauptmaßstab für alle kommunalen Zuschläge bilden. Die einmalige ungerechte Lastenverteilung, die in diesen feststehenden Steuern, in dieser Konfiskation eines Teiles der Häuser und des Grundbesitzes zu Gunsten des Staats lag, wird dadurch verewigt und vervielfältigt, daß die stets wachsenden Gemeindelasten nur diesen Zuschlagsmaßstab haben und keinen anderen. Ich bekämpfe deshalb in meiner Eigenschaft als Minister des preußischen Landes so viel wie möglich jeden Versuch, auf diese feststehenden, an und für sich zu dem Vermögen in keinem Verhältnis stehenden Lasten neue Zuschläge zum Nachteil des Grundbesitzes einzuführen. (Bravo! rechts.)

Also so ganz blutwenig kann der Staat doch nicht helfen, er kann sogar einen Teil der Lasten, die er der Landwirtschaft aufgebürdet hat, mit Leichtigkeit abbürden, sogar auf das Ausland, indem er durch die Kornzölle den ausländischen Getreideproduzenten wenigstens eine annähernde, wenn auch noch sehr viel geringere Last auflegt als diejenige, die die Staatsregierung und ihre Gesetzgebung seit dreißig Jahren der inländischen Kornerzeugung aufgebürdet haben. Sind denn alle die Grundsteuern, alle die Lasten, die ich vorher andeutete, ohne sie aufzählen zu können — ich habe sie nicht im Gedächtnis — sind denn die nicht alle ein notwendiges Mittel der Verteuerung des inländischen Getreidebaues — Lasten, die die 300 bis 400 Millionen Zentner treffen, die wir im Lande bauen, im Vergleich mit den 30 bis 40 Millionen Zentnern, die wir vom Auslande importieren? Es sind die Lasten, die auf der Landwirtschaft haften, allein in Preußen auf über 100 Millionen Mark zu veranschlagen, die aus den Produkten der Landwirtschaft bezahlt werden müssen — einige 60 Millionen Staatslasten und mindestens 40 Millionen Zuschläge dazu. Wenn ich die übrigen deutschen Bundesstaaten auch nur im Verhältnis ihrer Volkszahl hinzurechne, was aber nicht ausreicht, da sie im Verhältnis wohlhabender sind, so komme ich auf 160 bis 170 Millionen Mark, die auf dem inländischen Körnerbau ruhen, und die doch auch sicherlich nicht den Zweck und die Wirkung haben können, das Getreide für den armen Mann und den Arbeiter wohlfeiler zu machen. Ebensogut kann ich sagen: Schaffen Sie im Interesse des Arbeiters, damit er wohlfeileres Brot zu essen bekommt, die Grundsteuer ab! Ich verlange das nicht, aber ich sage, es wäre geradeso berechtigt, wie Ihre Forderung, das ausländische Getreide mit dem inländischen gleichzustellen. Wenn Sie den Zoll, den das inländische Getreide tragen soll, auf die zirka 400 Millionen Zentner, um die es sich überhaupt handelt — denn wir dürfen nicht bloß mit den rund 400 Millionen importierten rechnen, sondern mit den 300 bis 400 Millionen, die in Deutschland überhaupt in Verbrauch kommen — wenn Sie einerseits den Zoll auf diese 400 Millionen verteilen, und anderseits die Steuern, welche die inländische Landwirtschaft zu tragen hat, so werden Sie bei der letzten Verteilung auf mindestens 50 Pfennige pro Zentner produziertes Getreide kommen. Der Zoll dagegen von bisher 20 Millionen Mark, auf die ganzen 400 Millionen Zentner verrechnet, wird vielleicht auf den zehnten Teil oder jedenfalls — ich kann es im Augenblick nicht ausrechnen — auf einen geringen Teil dieser Belastung

kommen, so daß der inländische Getreidebau sicher etwa fünf- bis sechsmal so hoch besteuert ist, wie der fremdländische Import.

Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß der Staat dem Landwirt blutwenig helfen könne, ist doch nur eine andere Form für die Erklärung: Ich will nicht helfen. Es ist ja höflicher und wohlwollender, daß man sagt: Ich kann nicht. Das sagt jeder, der nicht helfen will. Ich bin der Meinung, daß wir die Last, die unsere Landwirtschaft trägt, lieber auf das Ausland abwälzen sollen, als daß wir fortfahren, es im Inland durch Steuern aufzubringen.

Daß das Ausland diesen Zoll trägt, darüber sind alle im Auslande vollständig einig — davon kommen die Reklamationen und die Proteste der Kornländer, und ich bedaure aufrichtig unsere Freunde in Ungarn, in Rußland und in Amerika, daß wir ihnen den Schaden zufügen müssen, daß wir ihr Korn besteuern mit einem Zoll, den sie werden tragen müssen, wenn sie nicht auf den Import verzichten wollen. Aber jeder ist sich selbst der Nächste, und wir müssen zunächst für unsere Landwirtschaft sorgen, ehe wir für die befreundete ungarische sorgen können. Das ist eine Pflicht, der sich eine nationale Regierung nicht entziehen kann. Diese Klagen des Auslandes beweisen am besten, daß die Herren da draußen den Zoll tragen werden, und deshalb ist es sehr wahrscheinlich, wenigstens sehr möglich, daß trotz des erhöhten Zolles das Getreide nicht teurer werden wird, was ich nicht wünschen würde — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück — es ist sehr wahrscheinlich, daß sich der russische, ungarische und amerikanische Produzent einfach den Abzug des Zolles gefallen lassen wird, wenn er sein Getreide los sein will; namentlich wird es der Fall sein, wenn die Getreideproduktion in Deutschland, durch den Zoll einigermaßen ermutigt, sich steigern wird und die fehlenden 30 bis 40 Millionen Zentner auch noch liefert. Dann wird das Angebot stärker sein als die Nachfrage, und werden die auswärtigen Getreideländer gar keinen anderen Kunden haben. Beim Holz ist das unzweifelhaft — ich muß das gleich vorweg nehmen, da es in der Generaldiskussion gleichmäßig mit dem Korn behandelt worden ist. Wo soll denn das russische Holz anders hin als nach Deutschland? Die Ströme und die Kanalverbindungen fließen einmal nicht anders, es muß uns kommen. Das russische Holz kann nicht aus den Flüssen und Strömen herausgehoben und die ganze Strecke, die es zurückzulegen hat, per Achse gefahren werden, wenigstens nicht mit demselben Vorteil; und des Absatzes, den das russische und polnische Holz nach überseeischen Ländern hat, dessen erfreut es sich auch jetzt schon. Das Holz, das es bis jetzt uns schon verkauft, wird es für wohlfeilere Preise uns auch weiter verkaufen müssen, bevor es nicht den oberen Dnjepr und Düna und Niemen ableitet und von den Kanalverbindungen löst, vermöge deren jetzt das russische Holz in Thorn und Berlin einmündet.

Der Herr Abgeordnete hat uns einen kleinen Trost konzediert, er hat gesagt, das Bedürfnis eines gewissen Retardierens gebe er zu. Nun möchte er doch die Gefälligkeit haben, das Bedürfnis der deutschen Landwirtschaft, daß sie sich diese 40 Millionen Zentner auch noch nach Möglichkeit sichert, in seine Bereitwilligkeit des Retardierens aufzunehmen. Weiter verlangen wir ja gar nichts; wir stehen — wir, da spreche ich von den Landwirten, ich gehöre dazu und freue mich, dazu zu gehören — wir stehen als Bittende vor Ihnen. Wenn er uns blutwenig helfen kann, so möchte er uns doch wenigstens dieses kleine Almosen nicht versagen, das in der Bereitwilligkeit dieser mäßigen Forderung liegt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner, was ich namentlich im Interesse der Zeit des

Reichstags beklage, einen erheblichen Teil seiner Rede dazu verwandt, um mir Widersprüche mit irgendwelchen früheren Reden oder Äußerungen nachzuweisen oder dieselben in Widerspruch mit der Vorlage zu bringen. Meine Herren, das ist ja ein ganz unfruchtbares Beginnen, das ändert den Wert der Vorlage in keiner Weise. Ich habe das schon oft gesagt: Ich könnte ja die größten Torheiten gesagt haben, ich könnte meine Meinungen geändert haben. Es ändert an dem objektiven Wert der Vorlage für das Reich und seine Interessen nicht das Mindeste, wenn mir der Herr Abgeordnete nachweist, daß ich mit früheren Äußerungen in Widerspruch getreten bin. Es ist das aber hier nicht der Fall — ich werde das gleich dartun; und wenn es der Fall wäre, was ist damit gewonnen? Ich kann darauf antworten: Es gibt eine Menge Leute, die haben ihr ganzes Leben hindurch nur einen einzigen Gedanken, und mit dem kommen sie nie in Widerspruch. (Große Heiterkeit.) Ich gehöre nicht zu denen; ich lerne vom Leben, ich lerne, so lange ich lebe, ich lerne noch heute. Es ist möglich, daß ich das, was ich heute vertrete, in einem Jahre oder in einigen, wenn ich sie noch erlebe, als überwundenen Standpunkt ansehe und mich selbst wundere: Wie habe ich früher dieser Ansicht sein können? Wenn Sie, meine Herren, das nicht mit sich erlebt haben, wenn Sie sich nie fragen: Wie habe ich vor dreißig, zwanzig, zehn Jahren diese Ansicht eigentlich haben können, und nie mit dem überlegenen Lächeln dessen, der es besser weiß, zurücksehen auf Ihre eigenen Torheiten, dann kann ich nur empfehlen: Fangen Sie, so spät es sein mag, fangen Sie mit diesem Selbststudium an; dann sind Sie in Bezug auf das bekannte Griechisch doch noch weiter zurück, als es jemand sein sollte, der über die wichtigsten Interessen des Reiches mitreden will. Unfehlbar darf doch niemand sein. (Bravo! rechts.) Es ist damit außerdem ein ganz erheblicher Zeitverlust für den Reichstag verbunden; der Reichstag, alle meine Gegner, können einen gewissen Triumph darüber empfinden, daß ich nicht jeden Tag dasselbe sage; ich sollte doch meinen, es müßte Ihnen das auch angenehm sein; ich wenigstens empfinde es mitunter peinlich, daß meine Gegner alle Tage dasselbe sagen, (große Heiterkeit) sich stets wiederholen. Ich sehne mich mitunter nach Abwechslung; und wenn ich genötigt bin, um zu rechter Zeit das Wort zu ergreifen, zwei Stunden eine Rede zu hören, die ich mehrmals schon gehört habe, so ist mir das peinlich; variatio delectat.

Der Widerspruch, in den mich der Herr Abgeordnete hier zu verwickeln suchte, war der, ich hätte vor sechs Jahren behauptet, es handle sich hierbei bloß um einen Finanzzoll, und jetzt wollte ich einen Schutzzoll. Aber das ist ja ganz zweifellos richtig, der bisherige Zoll hat sich als reiner Finanzzoll bewährt; er hat 20 Millionen eingebracht, und das ist ja ganz außerordentlich erfreulich. Seien Sie doch froh, daß Sie das nicht mit Klassensteuer aufzubringen brauchen. Wer es bezahlt, das weiß noch niemand; es ist ja erfreulich, wenn man solche anonyme Geschenke bekommt. (Heiterkeit.) Also ein Finanzzoll ist es gewesen. Nun hat sich gegen mein Erwarten, das habe ich schon neulich gesagt, die Unzulänglichkeit der früheren Zölle — der lediglichen Finanzzölle — so rasch herausgestellt, die Erkenntnis ist schnell in weite Schichten der Bevölkerung durchgedrungen; und jetzt bin ich ganz entschieden für einen Schutzzoll.

Der Herr Abgeordnete hat unter anderem auch gesagt, es werde bestritten, daß der Preis des Getreides steigen würde. Ja, meine Herren, ich bestreite das nicht gerade, ich bin nicht sicher; aber diese Unsicherheit ist eine solche, mit der ein gewisses Bedauern verknüpft ist, wenn ich finde, daß das Ziel nicht erreicht ist; ich wünsche, daß der Preis ge-

steigert werde. — (Hört! hört! links.) Ja, hört! Ich bitte Sie, das auch ganz deutlich zu hören. (Heiterkeit.) Es ist das notwendig. Denn es gehört das zu den Sätzen, die ich vorgestern hier ausgesprochen habe, ohne daß einer der Herren Redner darauf zurückgekommen ist. Ich sagte, daß es notwendig eine Grenze geben muß, wo der Staat mit dem Versuch, den Preis zu steigern, eintreten muß. Ich habe das so ausgedrückt, daß ich Sie bat, den Fall zu denken, daß der Preis des Roggens auf 50 Pfennig sänke; oder ich will den Preis nennen, der in der Wirklichkeit in inneren russischen Gouvernements ab und zu vorhanden ist, den Preis von einer Mark. Ist denn nicht ganz klar, daß dann unsere Landwirtschaft vollständig ruiniert würde, nicht weiter bestehen könnte, und mit ihr alle Arbeiter, alle Kapitalisten, die von ihr abhängen? Vom Landwirt ganz abgesehen — das ist ja ein corpus vile, an dem man experimentieren kann von seiten der Herren Städter; also von dem abstrahiere ich; aber die Herren Städter würden an den Landwirten keine Käufer mehr haben, die Arbeiter würden nicht mehr beschäftigt werden können, die Arbeiter würden nach den Städten strömen, kurz und gut: Eine nationale Kalamität ist es ganz unzweifelhaft, wenn der Preis des Getreides, der täglichen Lebensmittel unter den Satz sinkt, für den bei uns überhaupt noch gebaut werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Geben Sie das zu, rufen Sie jetzt auch: „Hört! hört!“ damit ich mal die Überzeugung habe, daß Sie auch für unwiderlegliche Argumente des Gegners eine gewisse Empfänglichkeit haben. Vorhin war Ihr „Hört, hört!“ sehr laut — jetzt schweigen Sie; ich nehme also an, Sie geben zu, es gibt eine Grenze — (Rufe links: Nein!) Sie schweigen nicht? (Pause. Heiterkeit.)

Gut! Dann erlauben Sie mir, darüber stillschweigend wegzugehen. Aber für die anderen Herren — ich glaube, es wird immer das Auditorium minus eins wahrscheinlich sein — werde ich den Satz als zugegeben betrachten können, daß es eine Grenze gibt, unter welche ohne den Ruin unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens die Getreidepreise nicht fallen dürfen. (Sehr richtig! rechts.) Die Frage ist also nur: Ist diese Grenze schon erreicht, oder ist sie noch nicht erreicht? Der preußische Herr Minister Dr. Lucius hat neulich Data hier vorgetragen, nach denen wir zugeben müssen, sie wäre schon erreicht. Sie darf aber nicht erreicht werden; denn wenn sie erreicht ist, ist es schon zu spät, und wir haben schon die ungeheuersten Verluste erlitten. Sobald es aber eine solche Grenze gibt, dann ist Ihr vorheriges „Hört! hört!“ — als ich sagte, die Preise sollen steigen, ein erfreuliches Anerkenntnis der Wahrheit beim Gegner; Sie machen das Volk und die Leser aufmerksam darauf, daß ich die Wahrheit gesagt habe: Es gibt eine Grenze, die der Staat innehalten muß, wenn er große Kalamitäten verhüten will. Da hört jede andere Rücksicht auf. Wenn der Roggen bei uns auf einen Preis kommt, für den er nicht mehr gebaut werden kann, so leben wir in verrotteten Zuständen und gehen zugrunde; das kann durch die aufgespeicherten Kapitalien, von denen wir leben, aufgehalten werden, aber wir schaffen einen unhaltbaren Zustand; das ist klar wie 2×2 = 4 — daran ist nicht zu zweifeln. Nun, ich komme auf diesen Punkt vielleicht noch zurück, ich bin noch nicht fertig mit den Äußerungen des Herrn Vorredners. Ich möchte ihn und auch alle Herren bitten, dieses Suchen in alten stenographischen Berichten — mir ist ja bis zum Vereinigten Landtage vorgehalten worden, was ich da sagte — aufzugeben. Es werden in diesem Jahre nun vierzig Jahre, daß ich parlamentarisch tätig bin, wenn ich den Pommerschen Provinziallandtag von 1845 hinzurechne. Wenn man dieses ganze beschämende Konvolut, das ich seitdem gesprochen

haben kann, zusammenhält und reißt aus diesem oder jenem Jahrgange ab und zu drei Zeilen heraus und hält die zusammen — ja, würde der Herr Abgeordnete Bamberger, der, glaube ich, noch reicher an Elaboraten ist, (Heiterkeit) ganz stichfest in der Beziehung sein? Würde er nicht glauben, daß man drei Zeilen von ihm auftreiben kann, mit denen drei andere im Widerspruch stehen? Es hat ein berühmter französischer Staatsmann gesagt: Gebt mir drei Zeilen, geschrieben von dem unschuldigsten, ehrbarsten Menschen, und ich will ihn damit an den Galgen bringen. Warum sollte man nicht mit drei gedruckten Zeilen jemand an den Galgen bringen können!? Das ist aber unfruchtbares Bemühen. Mir tönen immer die Stimmen der Konfliktszeit entgegen: Der Herr Ministerpräsident hat gesagt. Das ist ja ganz einerlei, was ich gesagt habe; (Heiterkeit) damit schlagen Sie nur unsere und Ihre Zeit tot.

Der Herr Vorredner sagte, unser Export würde geschädigt, wenn wir den Import verhinderten. Ja, wenn es gewisse Nationen gäbe, mit denen wir in einem Verhältnis, das ineinander greift, von Export und Import ständen, wenn zum Beispiel die getreideexportierenden Nationen, wie Amerika, ihrerseits freihändlerisch wären und unsere Produkte bereitwilligst als Tausch entgegennähmen, dann würde ich ihm bis zu einem gewissen Grade recht geben; wenn Rußland dem Ideal des Herrn Vorredners, seine Grenze dem freien Handel zu eröffnen, bereits gefolgt wäre! Aber was wollen Sie denn in Rußland absetzen und in Amerika bei den jetzigen hohen Zollsätzen? Unsere Export- und Importländer decken sich eben nicht, und das ist ein Hiatus in der Argumentation des Herrn Vorredners, den er ganz übersehen hat. Wenn die Redensart so allgemein hingeworfen wird: Ohne Import kein Export, so klingt das ja plausibel; aber es ist doch nur wahr insoweit, als der bei uns Importierende zugleich derjenige ist, der unseren Export in Empfang zu nehmen bereit ist; und das ist eben nicht der Fall. Also die ganze Argumentation, die der Herr Abgeordnete daran knüpfte, der ganze Rückgriff, den er auf die Debatte über die Kolonial- und Dampfersubvention dabei tat, war eigentlich ganz unmotiviert; er fällt mit der fallenden Prämisse, daß die Export- und Importländer dieselben sind. Wir wollen eben beides nicht aufgeben, weder den inländischen Markt — wir wollen den inländischen Markt der inländischen, nationalen Arbeit sichern — noch den ausländischen, soweit wir dazu nicht gezwungen sind. Was ich früher gesagt habe, daß im Auslande der Absatz beschränkt ist und mühsam erworben, erkämpft und vorbereitet werden muß, das bestreite ich heute ja nicht; wie groß die Mühe ist, ihn zu erkämpfen, beweist schon die Schwierigkeit, die wir bei dem bißchen Kolonialgesetzgebung zu überwinden gehabt haben. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mich ferner falscher Prophezeiung beschuldigt, weil ich vorgestern gesagt habe, der indische Weizen werde schließlich eine Ausdehnung der Produktion erreichen, gegen die selbst Amerika nicht gepanzert wäre. Das ist doch etwas zu viel verlangt, daß eine Prophezeiung, die ich vorgestern ausgesprochen habe, heute schon in Erfüllung gegangen sein soll, namentlich in Bezug auf Amerika und Indien. Da ist der Herr Vorredner nicht von seinem gewöhnlichen billigen Wohlwollen für meine Äußerungen erfüllt gewesen. Ja noch mehr, die Tatsachen, die er anführte, um mich zu widerlegen, trugen das Datum von 1883, da mögen die Herren sie ganz anders gelesen haben; es werden wahrscheinlich Tatsachen aus den Jahren 1881/82 sein, die referiert wurden. Nun wird der Herr Abgeordnete, der so schätzbare Kenntnisse über den Handelsverkehr

der ganzen Welt hat und uns leider die nützlichsten davon gerade für die wichtigsten Vorlagen vorenthielt — der wird mir doch zugeben, daß diese ungeheuerliche Vermehrung der indischen Produktion erst gerade in den letzten zwei Jahren stattgefunden hat; ich kann ihm darüber, wie ich glaube — ich habe nicht die Zeit, alle Berichte zu lesen — Konsularberichte vorlegen, bei denen er gewiß bei seiner Liebe zur wissenschaftlichen Erörterung dieser Dinge seine, wie ich glaube, irrtümliche Auffassung gern berichtigen wird. Außerdem kann ich mir denken, daß diese Angaben nicht gerade von unseren Freunden herrühren, sondern von solchen, die im Sinne des großen Cobden Glaubensgenossen des Herrn Vorredners auf den ganzen Gebieten sind, die unsere ganze Wirtschaftspolitik als Schimäre behandeln. Vor zwanzig Jahren stand die Kornproduktion von Amerika auf einem ganz anderen Fuß, und kein Mensch hat damals und noch weniger vor dreißig Jahren erwarten können, daß von dort so ungeheure Massen Korn kommen würden; auch von Rußland hat vor Vollendung des Eisenbahnnetzes niemand diesen Export erwarten können. Warten Sie alle doch noch einmal zwanzig Jahre! — der Herr Abgeordnete ist ein junger Mann, er wird es erleben, und dann wird er vielleicht an mich denken und sagen: Der verstorbene Reichskanzler hat doch recht gehabt! (Heiterkeit.)

Weshalb ich an die unbeschränkte Ausdehnung des indischen Exportes glaube, das ist wegen der Bodenbeschaffenheit Indiens und wegen der erstaunlichen Wohlfeilheit der Arbeit, die bekanntlich in keiner Gegend der Welt in dem Maße vorhanden ist wie im englischen und zum Teil auch im niederländischen Indien. Deshalb kann auch die dortige Zuckerproduktion noch immer Konkurrenz halten mit dem Rübenzucker.

Der Herr Abgeordnete gab auch Preissätze an für indischen Weizen und dessen Transport nach England, die ich nach allen amtlichen Berichten, die mir vorliegen, für unrichtig halten muß, und zwar für weit übertrieben unrichtig. Mir ist gesagt worden — und der Satz ist ja so einfach, daß jeder, der mit dem Kornhandel vertraut ist, ihn wird berichtigen können; ich kann ihn nicht beschwören, aber mir ist gesagt worden, daß der indische Weizen heute nach London geliefert würde einschließlich Fracht pro Zentner zu sechs Mark und einem kleinen Bruchteil von Pfennigen, und bei größerem Zufluß wird das noch wohlfeiler; und wenn die Einrichtung der Verschiffung durch regelmäßige Organisation noch besser wird, so können wir nicht mehr Weizen bauen, und auch England nicht.

Ähnliche Verschiebungen in den Angaben, die wie Proben aus meinen älteren Reden herausgepflückt sind, wie man sie gerade braucht, hat gestern einer der Herren Redner gegeben — ich hatte ihn nicht gehört, sonst würde ich das gleich gesagt haben; es war Herr Dirichlet, der sich der Illusion hingab, daß er von dort sprechend hier vollkommen verstanden würde. Ich bestreite nicht, daß er eine klare, wohltönende Stimme hat; (Heiterkeit) aber es waren doch mitunter die Hauptworte, auf die gerade die Bedeutung seines Satzes ankam, hier verloren, was mir sehr leid tut, und auch namentlich das Wort „Lindau“ hatte ich nicht gehört. Lindau ist bekanntlich der Stapelplatz für das ungarische Exportgetreide, und die dortigen Preise stehen in gar keinem Verhältnis zu den regelmäßigen Preisen im Lande, wie Herr v. Kardorff das nachher bei Besprechung der Remontekäufe ausführte. Aber aus ähnlicher Quelle wie dieses Datum von Lindau können auch mehr oder weniger die landwirtschaftlichen Angaben des Herrn Bamberger fließen; das lasse ich unentschieden, denn man verdankt solchen vereinzelten Sätzen mehr Dunkelheit als Aufklärung.

Ich habe vorher schon erwähnt, daß der Satz, daß es einen so niedrigen Stand der Getreidepreise gibt, daß dessen Eintritt eine Kalamität und einen Zusammenbruch unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt, mir weder widerlegt noch ernstlich bestritten worden ist, daß also, wenn er zugegeben wird, damit das Prinzip der Kornzölle, der Anwendbarkeit der Kornzölle, ja der Notwendigkeit der Kornzölle als rettende Tat für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens gegeben ist, und daß wir uns nur darüber zu fragen haben: Ist diese Grenze eingetreten, und liegt sie heutzutage vor? Darüber werden wir ja diskutieren können.

Ich habe einen anderen Satz aufgestellt, der ebenfalls gar keine Beachtung und Widerlegung gefunden hat, weil er unbequem ist, nämlich den, daß, wenn es überhaupt volkswirtschaftlich angezeigt ist, die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse und aus diesem Grunde das Brot auf einen möglichst niedrigen Preis herunterzudrücken — daß dann diese Aufgabe der Gesetzgebung und des Staatslebens nicht beschränkt sein kann auf das Brot, weil es andere Gegenstände gibt, die ebenso unentbehrlich als Brot für den Armen wie für den Reichen sind. Dazu gehört in erster Linie die Kleidung von Kopf bis zu Fuß mit allen Stoffen, aus denen sie beschafft wird, also: das Handwerk der Schneider, der Schuhmacher, das Gewerbe, was Tuch, was Leinwand, was Baumwolle erzeugt und verarbeitet, was zum notdürftigen Schutze des Armen gegen Witterung dient: warum muß das nicht mit derselben Konsequenz auf den möglichst niedrigen Standpunkt ohne Rücksicht auf die Produzenten heruntergedrückt werden wie das Getreide? (Zuruf links: Gewiß.) Die Herren sagen „Gewiß"; nun gut, machen Sie das mit den Schustern und den Schneidern aus, die dabei beteiligt sind. Ich habe mir bisher eingebildet, Sie hätten nicht den Mut, denen denselben Handschuh hinzuwerfen, vor dem die Landwirtschaft sich dreißig Jahre lang ganz ruhig gebückt hat, weil sie eben auf dem Lande wohnt und nicht die Zugänge zu den Behörden, zu den großen Zeitungen, zu den liberalen Parteien hat wie die Handwerker. Wenn Sie aber auf diese Weise mir mit „Gewiß" antworten, das heißt also: Der Schuhmacher, der Schneider, alle Handwerker, der Weber sollen ebenso im Preise heruntergedrückt werden, daß möglicherweise die Grenze gesucht werden muß: kann er dabei noch bestehen, daß sie möglicherweise überschritten wird, daß, selbst wenn sie überschritten wird, gar keine Rücksicht darauf genommen werden kann, ob diese zahlreichste aller Gewerbsklassen leben oder sterben kann — ja, meine Herren, dann finden Sie sich mit diesen Gewerbsklassen ab, die wohnen in den großen Städten, die werden Ihr Ohr schon zu finden wissen und Ihr Auge in den Zeitungen. Es ist mir lieb, daß Sie mir mit diesem „Gewiß" — wenn ich nur die Unterschrift dafür hätte, wer das „Gewiß" gesagt hat, dann würde ich dafür sehr dankbar sein. — (Abgeordneter Dirichlet meldet sich mit einer Verbeugung.) Ah, Herr Dirichlet! (Große Heiterkeit.)

Nun, dann habe ich mich vielleicht umsonst gefreut. — Sie glauben, das Recht zu haben, vom Landwirt zu fordern, daß er zugrunde geht, daß 25 Millionen sich opfern, und etwa — ich weiß nicht, wie viel Millionen landwirtschaftliche Arbeiter, ich habe die Ziffer nicht im Kopfe, aber es ist bei weitem die Mehrzahl — mit geopfert werden, um den sehr viel geringeren, vielleicht ein bis zwei Millionen städtischen Arbeitern um einen Pfennig das Brot wohlfeiler zu schaffen, daß sie deshalb sich ausschlachten sollen, sich wie Curtius in den Abgrund des Vaterlands stürzen, das sind die Konsequenzen, zu denen Sie kommen; die können Sie dem Landwirt gegenüber vielleicht dreißig Jahre

halten — wenn der Bauer sich aber einmal klar wird, daß er die dupe und der Amboß so viel Jahre lang gewesen ist, dann kriegen Sie das aus seinem Kopf auch nicht mehr heraus. Die Landwirte fangen jetzt an, dank der Bauernvereine, die gebildet sind, sich darüber aufzuklären, daß sie gut tun, ihre Interessen selbst zu vertreten, selbst sie in die Hand zu nehmen und das nicht den Herren Schriftgelehrten aus den großen Städten zu überlassen, die hinkommen auf das Land und an den Verfolgungswahn — der ja in unserer Nation statistisch stärker grassiert als anderswo — an den Verfolgungswahnsinn mit dem Geschrei „Reaktion" appellieren: „Hütet euch vor der Reaktion! Es ist diese verruchte Kaste", die dann weiter bezeichnet wird, „die jetzt wieder nach der Herrschaft strebt!" Wir kennen das ja aus Ihren Wahlversammlungen, teils aktiv, teils passiv. Der Ausdruck „Reaktion" ist nur ein Appell an den Verfolgungswahnsinn, der sich Gefahren einbildet, die nicht bestehen. Aber wenn der Landwirt, und namentlich der kleinere und mittlere Landwirt erst einsieht, daß er genarrt worden ist von diesen Herren lange Zeit — dann, meine Herren, fangen Sie ihn nicht wieder; der verbrennt sich einmal, aber nicht zweimal. Und ich glaube, es wird dahin kommen, daß die Erkenntnis sich mehr und mehr Bahn bricht — dazu hat namentlich die Berufsstatistik außerordentlich viel gewirkt — und daß der Landwirt auch sich dadurch ermutigt fühlt, daß er sieht, er hat die Majorität in der Hand, wenn er nur einig sein und geschlossen gegen diejenigen stimmen will in den Wahlen, die ihn bisher ausgebeutet, die aus seiner Haut die Riemen geschnitten haben. (Sehr richtig! rechts.) Die verbündeten Regierungen werden schwerlich darauf eingehen, den Handel mit Kleidern, Stiefeln, Tuch, Leder ebenso zu ruinieren, wie die Landwirtschaft ruiniert werden würde, wenn die Fortschrittspartei bei uns am Ruder wäre.

Ich habe unter den notwendigen Bedürfnissen noch vergessen das der Häuser. Der Mensch muß doch wohnen in unserem Klima. Nun, die vollständigen Häuser werden importiert; ich habe selbst davon Gebrauch gemacht. In den Nordstaaten, in Schweden, Norwegen, Finnland, werden die Häuser, die in Deutschland bewohnt werden sollen, im Walde vollständig zurecht gemacht; ich kenne das Geschäft; in Pommern betreibe ich es selbst. Diese Häuser, auf Verkauf gearbeitet, werden im Walde gezimmert, zusammengesetzt und von dort verfahren. Dann lassen Sie doch auch alles verzimmerte Holz zollfrei eingehen. Der Handel damit ist ebenso gewinnreich, und der Abgeordnete Dirichlet wird dann zu seinem Protektorat der Handwerker auch noch die Zimmerleute zählen können, denen ich ihn ebenfalls empfehle.

Daneben steht nun die Argumentation, daß bei diesen Zöllen der Reiche auf Kosten des Armen Vorteile gewinnen sollte — ich habe das vorhin schon obiter berührt. Es ist eine Argumentation, die sich in Bezug auf die landwirtschaftlichen Zölle namentlich in der Behauptung konzentriert, daß nur der Grundbesitz Vorteil davon habe. Es ist den Herren in der Stadt, die vorzugsweise mit Fraktionsgeschäften und Presse beschäftigt sind, ja nicht zuzumuten, daß sie die Verhältnisse auf dem Lande so genau kennen; ich bin deshalb in der Notwendigkeit, darauf nochmals zurückzukommen.

Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß die ganze Agitation, die ganze Bewegung zu Gunsten der Getreidezölle vorzugsweise vom Westen und vom Süden Deutschlands ausgegangen ist, insbesondere auch vom Elsaß, also von lauter Landstrichen, in denen der Großgrundbesitz ganz unbedeutend ist, gar keinen Einfluß hat, ja kaum in nennenswerter Weise nach unseren Begriffen vorhanden ist, und daß dort gerade der mittlere und kleinere

Bauernstand der überwiegende ist. Bildet sich dort der Bauer nun einen Notstand bloß ein? Sind das alles imaginäre Begriffe? Oder ist auch der Bauer generell in der Lage, wie es Ihnen der Abgeordnete Dirichlet gestern schilderte, daß er in jugendlichen Jahren als verwöhnter Jüngling aus dem elterlichen Hause in den landwirtschaftlichen Besitz hineinkommt, noble Passionen pflegt? (Heiterkeit rechts.) Ja, ich habe aus dem parlamentarischen Kalender entnommen, daß der Abgeordnete Dirichlet selbst seinerseits in diese Lage gekommen ist: er ist mit vierundzwanzig Jahren bereits selbständiger Wirt geworden, und nach dieser Lebensbeschreibung, die er ja ohne Zweifel selbst geliefert hat, doch kaum mit der genügenden Vorbereitung zu einer so schwierigen Beschäftigung, wie die Landwirtschaft es ist. (Heiterkeit rechts.) Er hat uns also gestern sein eigenes Schicksal erzählt und wollte uns dies als das eines reichen ostpreußischen Junkers glaubhaft machen; es ist aber „de te fabula narrata", er hat seine eigene Lebensgeschichte erzählt. Daß der Abgeordnete Dirichlet nun seinerseits annimmt, daß alle ostpreußischen Junker ebenso gelebt haben würden, wie er, (Heiterkeit) das mag gern sein, aber von dem schwäbischen, bayerischen, thüringischen, hessischen, elsässischen Bauer wird er doch nicht annehmen, daß er ebenso wie der Herr Abgeordnete in einem zu jugendlichen Alter und so mangelhaft vorbereitet, daß sie vielleicht Gerste von Roggen noch nicht genau unterscheiden konnten, auf das Land gekommen ist. Die Leute werden doch wohl ungefähr wissen, was sie wollen und können. Oder ist der ganze Bauernstand wirklich so einfältig, wie der Städter sich einbildet? Da würden die Herren sich doch irren, und mit der Zeit, wenn nur hier im Reichstage der Bauernstand erst einigermaßen zahlreich vertreten wäre, werden die Herren Städter erleben, daß er klüger ist, als sie ihn brauchen können. (Große Heiterkeit rechts.)

Der Großgrundbesitz leidet unter der Kalamität sehr viel weniger als der kleine. Es sind auch bei den Petitionen die Provinzen, in denen die Latifundien vorzugsweise zu finden sind, die preußischen Ostseeprovinzen, viel weniger rührig gewesen, und wo sie es waren, ist es nur auf Antrieb des Bauern geschehen. Der Großgrundbesitzer kann sich helfen, er kann seinen Betrieb verändern, ganz abgesehen davon, ob er Reserven hat. Er kann übergehen aus dem Ackerbau zur Viehzucht, zu anderen Kulturen; er kann Fabriken anlegen, die rentieren. Das alles kann der Bauer nicht, und ich höre so viel Großgrundbesitzer sagen: Wer keine Fabrik hat, der geht zugrunde; lediglich die Fabriken rentieren noch. Ist das nicht auch ein Zeugnis, daß auch die Großgrundbesitzer den Stachel sehr wohl fühlen, der sie drückt? Aber sie sind noch nicht zur Klage gekommen. Die Klagen gehen ganz ausschließlich von den Landesteilen des Deutschen Reiches aus, in denen der mittlere und kleine Besitz vorherrschend ist.

Der Abgeordnete Dirichlet hat uns gestern die Unmöglichkeit nachgewiesen, daß ein kleiner Grundbesitzer — ich glaube, er sprach von 20 Morgen beispielsweise — überhaupt Korn verkaufen könne; ja der hätte eigentlich gar nichts. Das zeigt nur, wie die reichen landwirtschaftlichen Erfahrungen, die der Herr ohne Zweifel früher im Kreise Darkehmen gesammelt hat, in dieser Wüste von Mauersteinen und Pflastersteinen und Zeitungen in Berlin vollständig verloren gegangen sind. (Heiterkeit rechts.) Er hat es vergessen, wie es auf dem Lande aussieht, und ist jetzt wohl im Fraktionsdienst auch, glaube ich, zu ausreichend beschäftigt, (Heiterkeit) um der Landwirtschaft mehr als einen gelegentlichen Blick widmen zu können. Es ist nicht so, wie er gesagt hat. Der kleine Landwirt verkauft alles, was er baut, mit Ausnahme dessen, was er mit seinem Vieh verfüttert — das

ist natürlich. — Aber er kann doch sein Getreide, seinen Roggen, den er gebaut hat — — ja, bei der Gelegenheit komme ich nochmals darauf zurück, weil ich im stenographischen Bericht, wie ich das früher mal gesagt habe, die Bemerkung „Heiterkeit" — ich vermute, in der Region Dirichlet — gefunden habe. Die Herren kennen das Geschäft eben nicht. Glauben Sie denn, daß der Landwirt seinen Roggen in Körnern, in natura kaut und ißt, (Heiterkeit) oder daß er ihn, wie die Alten, zu Hause zwischen Steinen zerreibt? Er muß doch wenigstens seinen Roggen an den Müller verkaufen, um ihn gemahlen zu bekommen. Das kennt man nicht mehr, daß er mit dem Sack dabei steht und wartet, bis der Müller den Roggen mahlt, sondern er bringt seinen Roggen zu einem bestimmten Preise auf die Mühle und nimmt sein Mehl zu einem bestimmten Preise. Also das ist auch ein längst überwundener Standpunkt, wenn die Herren sagen: Der kleine Landwirt verzehrt sein Korn direkt, da bitte ich doch, gehen Sie auf das Land, da will ich es Ihnen zeigen. Wenn einer der Herren mir die Ehre erweisen will, mich zu Hause zu besuchen, werde ich ihn die Parteiverschiedenheit gewiß nicht entgelten lassen, sondern ich werde es mir zur Ehre gereichen lassen, einen deutschen Reichstagsabgeordneten einen Kursus über Landwirtschaft durchmachen zu lassen. Denn es sollte niemand hier sitzen, der nichts davon versteht!

Auch für den Arbeiter, meine Herren, ist doch die schwerste Krisis, die ihn treffen kann, die, daß der Produktionszweig, in dem er beschäftigt ist, zugrunde geht. Schlimmer kann es ihm nicht gehen, als wenn er beschäftigungslos, arbeitslos wird, als wenn die Branche, in der er arbeitet, sich einschränken muß. Das vergessen manche Arbeiter im Kampfe mit der Branche selbst; aber die meisten sind sich doch bewußt, daß, wenn sie sie tot machen, sie eben die Henne abschlachten, von deren Eiern sie leben. So ist es auch mit der Landwirtschaft! Die landwirtschaftlichen Arbeiter wissen es — und bei weitem die meisten Arbeiter stehen in der Landwirtschaft; ihnen nahe kommen höchstens noch diejenigen, die mit der Landwirtschaft sich derartig durchsetzen, daß sie voneinander leben. Und ebenso wissen die Grubenbesitzer und der industrielle Arbeiter mit der Zeit, wenn sie alt genug sind, daß sie Schaden leiden, wenn es dem Landwirt schlecht geht, wenn sie den Wohlstand dieser ganzen zahlreichsten Branche des Hauptgewerbes des deutschen Volkes verkommen und verkümmern lassen! Es ist eine ganz andere Kalamität, als wenn in irgendeiner neu aufgetauchten Industrie eine Kalamität auftritt; die ist zwar auch groß, aber sie ist lokal, ihr kann durch Unterstützung geholfen werden; aber die Kalamität der Landwirtschaft fühlt der ganze Körper des Volkes, und ein annäherndes Zugrundegehen, ein Krankwerden in der Landwirtschaft läßt den ganzen Körper des Volkes kranken; wenn die Krankheit eine sehr ernsthafte ist, so geht er zugrunde; das Volk gerät in Verfall, wenn seine Landwirtschaft verfällt. Daß dann der Arbeiter nichts zu leben hat, weil das Produkt, an dem er in dieser Fabrik arbeitet, keinen Gewinn für den Inhaber mehr bietet, das zeigen die Beispiele der kultiviertesten Länder! Man zerbricht sich vielfach den Kopf über die Kalamitäten, die heutzutage in Frankreich sehr viele Arbeiter beschäftigungslos machen; ich bin überzeugt, daß ein Hauptgrund der Arbeiterkrisis in Frankreich, wo — ich weiß nicht — ungezählte Hunderttausende augenblicklich brotlos sind, darin liegt, daß der französische Landwirt die Kaufkraft verloren, sich einzuschränken hat; er ist der Hauptabnehmer weit über den Export hinaus; der inländische Handel ist doch immerhin noch größer in seinem ganzen Umfange; und wenn der inländische Käufer in der Masse, wie ihn der Landwirt darstellt, in der Majorität erlahmt, dann müssen notwendig die Produktionsmuskeln des

Landes nachlassen, weil der Verkäufer keinen Abnehmer mehr findet. Ich glaube, daß Frankreich nicht unter den Wirkungen der Kriegskalamität, die ein so reiches und arbeitsames Land, wie Frankreich, längst überwunden hat — sondern unter dem Rückgange seiner Landwirtschaft leidet, unter der Überbürdung der Landwirtschaft mit Steuern und der Wohlfeilheit seiner Produkte, die aus überseeischen Ländern, wo kostenlos produziert wird, nach Frankreich hineinströmen, und daß Frankreich uns auf dem Wege der Schädigung, die ein Land durch den Ruin seiner Landwirtschaft erfahren kann, bereits um ein halbes Menschenalter voraus ist. Hüten wir uns, dem nachzufolgen, und remedieren wir beizeiten! (Bravo! rechts.)

Außerdem aber, wenn eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse stattfände, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß der Arbeiter in Feld und Wald gerade so berechtigt ist zu seinem Lebensunterhalt wie der Arbeiter in der Stadt.

Ich habe Ihnen neulich das Beispiel zitiert, wie ein Wald das wirtschaftliche Leben in seiner Umgebung kräftigt, und in welchem Maße er Arbeiter beschäftigt. Wenn dasselbe Verhältnis im ganzen Lande stattfände, was nicht stattfindet — denn es sind nicht alle Wälder gut bestanden, es erfreuen sich nicht alle Wälder einer richtigen Ausbeutung — so könnte man annehmen, daß auf je 50 Hektar immer eine Familie und ein Pferd Beschäftigung finden, die beschäftigungslos werden, sobald dieser Wald betriebslos wird, sobald er durch die ausländische Konkurrenz in seinem Absatze erdrückt wird. Ich weiß nicht auswendig, wieviel Quadratmeilen Wald wir in Deutschland besitzen, ich vermute, es werden um 2000 Quadratmeilen herum sein, ich weiß es nicht — (Zuruf) 2500 sogar. Nun, wenn das überall zuträfe, daß auf 50 Hektar eine Familie leben kann, so würden damit auf der Quadratmeile, die über 5000 Hektar hat, hundert Familien leben können; also wenn es 2500 Quadratmeilen sind, so würde das zweihundertundfünfzigtausend Familien geben, die vom Walde leben können. Nehmen Sie aber auch an, daß die Zahl sehr viel geringer ist. Nun erwägen Sie, wie viele von importiertem Holze leben. Es sind das die Brettschneider und andere, die längs des Bromberger Kanals sich etabliert haben, bis hier nach Berlin heran; ihnen gönne ich ihren Verdienst; aber ich glaube, daß an Kopfzahl schwerlich zehntausend herauskommen werden — ich kenne sie nicht. Aber selbst, wenn sie eben so zahlreich wären wie diejenigen, welche in unseren Wäldern arbeiten, so sind sie doch nicht höher berechtigt. Der Industrielle, der in ausländischem Holze arbeitet, ist nicht höher berechtigt als der inländische Holzbesitzer und seine Arbeiter; der eine soll nicht gegen den anderen bevorzugt werden; aber bevorzugt ist einstweilen der, der in ausländischem, in russischem Holze arbeitet, weil er sein Rohmaterial fast umsonst und auf den Wasserstraßen, die der Staat gebaut hat, hingefahren bekommt.

Man soll nicht sagen, daß das Brettschneiden überhaupt nicht rentiert, wenn es nicht am Kanal geschieht; das weiß ich besser; es rentiert auch noch an der Eisenbahn, es rentiert nur außerordentlich viel mehr an der Wasserstraße, und deshalb haben diejenigen, welche fremdes Holz an unseren Wasserstraßen schneiden, ganz unverhältnismäßige Vorteile augenblicklich, sie sind reiche Leute, sehr viel reicher als die Großgrundbesitzer und die Forstbesitzer und haben ganz andere Revenuen. Wenn Sie nun den Großgrundbesitzer und den Forstbesitzer den Arbeitern gegenüberstellen, so können Sie ihn doch nur denjenigen gegenüberstellen, die aus fremdem Holz arbeiten, und ich stelle dagegen die sehr viel größere Masse der inländischen Arbeiter den wenigen reichen und glücklichen Unternehmern gegen-

über, die rein aus fremdem Holze arbeiten. Die Holzfrage wird uns ja noch später beschäftigen; ich vermute, daß Sie die wenigstens an die Ausschüsse verweisen werden, möchte aber dringend bitten, die Getreidefrage nicht an die Ausschüsse zu verweisen, wenn Sie nicht in der Zwischenzeit noch einen gewaltigen und wahrscheinlich die Berechnung aller, die hier sind, noch übersteigenden Massenimport aus den Ländern haben wollen, in denen das Getreide schon jetzt anfängt verladen zu werden, ja schon vor Weihnachten zum Teil verladen worden ist unter der Berechnung der Möglichkeit, daß bei uns die Zölle erhöht werden würden. Helfen Sie also wirklich und ersparen Sie wenigstens dem Fiskus in seiner Steuer einige Millionen. Sie, meine Herren, die Sie geringfügige, notwendige Ausgaben aus Sparsamkeit versagen, sollten die Millionen nicht wegwerfen, die in der Zwischenzeit an Kornzoll gewonnen werden können. Sie sollten die Zölle rechtzeitig einführen, oder sobald die Wahrscheinlichkeit ist, daß sie eingeführt werden, ein Sperrgesetz erlassen, womöglich noch im Laufe dieses Monats, damit dem Lande einige von den Millionen eingebracht werden, zumal Sie über die Abwesenheit derselben in anderen Verhandlungen ja so schwer klagen und folgenreiche Beschlüsse infolge des Mangels an Geld fassen. Hier ist der Schlag zu Geld, wenn rasch verfahren wird; also möchte ich dringend bitten, dies nicht an den Ausschuß zu verweisen.

Außerdem möchte ich noch an eine gestrige Äußerung ein paar Worte anknüpfen. Der Herr Abgeordnete Dirichlet ist empfindlich geworden darüber, daß ich gesagt habe: „Deshalb sind die Behauptungen in der Presse und in Reden, die davon ausgehen, daß die ganze Zollgesetzgebung in Bezug auf Getreide und Holz das Mittel wäre, den Großgrundbesitz zu erleichtern auf Kosten des armen Mannes, einmal verlogene Entstellungen der Wahrheit, dann in zweiter Linie usw." Nun, ich glaube nicht, daß sich mit diesen Worten irgend jemand getroffen fühlen kann, wenn er sich nicht bewußt ist und einräumt, daß er die Behauptungen gemacht hat. Aber auch selbst dann möchte ich ihn doch bitten, sich nicht getroffen zu fühlen. Wenn ich starke Ausdrücke der Art gebrauche, so bitte ich das immer unter dem Benefiz des englischen Sprichwortes zu akzeptieren: „present persons always excepted", d. h. die Anwesenden sind ja jedenfalls davon ausgenommen, (Heiterkeit) wie die Unteroffiziere bekanntlich von den Herren Freiwilligen sagen. Ich würde mich in Bezug auf die hier anwesenden Herren ja nie eines so unfreundlichen Ausdrucks bedienen, ich würde vielleicht nur von Verschiebung gesprochen oder ich würde einen milderen Ausdruck gebraucht haben, wenn ich dabei an die Herren hier irgendwie gedacht hätte. Ich habe wesentlich an die Presse gedacht und an die Reden, die außerhalb dieses Saales gehalten werden; über die habe ich mich zu beklagen. Ich habe zum Beispiel an Äußerungen gedacht wie Schnapspolitik und Schweinepolitik, (o, links) die notorischerweise in Bezug auf meine Tätigkeit, für die Landwirtschaft einzutreten, angewandt worden sind. Ja, meine Herren, wenn Sie einen Minister in meiner Stellung einen Schweinepolitiker nennen (o! links. Heiterkeit) in dem Augenblick, wo er zum Schutz der deutschen Landwirtschaft auftritt, oder einen Schnapspolitiker — die beiden Ausdrücke sind, so viel ich weiß, gebraucht, so werfen Sie ihm doch damit vor, daß er in einer unredlichen Weise und wider besseres Wissen seine Stellung dazu ausbeutet, um sich persönlich zu bereichern in eigennütziger Art. Kurz und gut, es ist ein vollständig ehrenrühriger Vorwurf, der damit gemacht wird. Verlangen Sie denn, daß ich es stillschweigend hinnehme, wenn dergleichen hier in milderen Worten reproduziert wird, wenn es heißt: Das ist wiederum das Be-

streben, den Reichen auf Kosten des Armen noch reicher zu machen und den Armen noch ärmer? Ich leugne gar nicht, daß ich zu den Reichen und zu den Großgrundbesitzern gehöre; aber ich behaupte, daß ich diesen Vorwurf nicht verdient habe; — und wenn ich in meiner Stellung als Minister zufällig der Majorität meiner Landsleute als Landwirt angehöre und deren Interessen zu vertreten habe, ja, dann ist das ein Vorzug meiner Stellung, und es hat Völker gegeben, wo der Ackerbau gesetzlich privilegiert war. Ich will nicht sagen, daß man von dem leitenden Staatsminister immer verlangen sollte, daß er der zahlreichsten Klasse seiner Mitbürger, den Landwirten, angehören soll, obgleich es so ganz unvernünftig noch nicht wäre, ein Gesetz zu geben: „In Preußen darf niemand Ministerpräsident sein, der nicht Landwirt ist." (Bravo!) Aber es wäre vielleicht nützlich, wenn die Herren, die auf die Gesetzgebung Einfluß hätten, überall auf Revenuen angewiesen würden, die aus irgendeiner gewerblichen Tätigkeit fließen, damit sie fühlen, wie es ist; daß man beispielsweise, wie das ja in alten Zeiten auch war, jedem Minister ein Präbende gebe, aus deren landwirtschaftlichen Erträgen er die 12 000 Taler, die er jetzt bar erhält, herausschlagen kann oder nicht, damit er nicht so ganz gleichgültig gegen das Ergehen der Landwirtschaft wird, sondern an seinen eigenen Einnahmen es empfindet, wenn dieses erste Gewerbe des Deutschen prosperiert, und wenn es Not leidet. Soll ich nun aus der Tatsache, daß ich nicht nur Minister, sondern auch Landwirt bin, einen Anlaß entnehmen, nun gegen jeden Vorschlag, der dahin zielt, der Landwirtschaft zu nützen, oder Schaden von ihr abzuwenden, mich kühl wie der Herr Abgeordnete Bamberger zu verhalten und zu sagen: Ich bitte, laßt mich in Ruhe, das würde meine Uneigennützigkeit verdächtigen, das ist Landwirtschaft, damit habe ich nichts zu tun? im Gegenteil, die zu schädigen und auf ihre Kosten alle anderen wirtschaftlichen Branchen nach Möglichkeit zu fördern, das ist für mich eine Ehrenpflicht, das bin ich meiner Reputation schuldig? Das würde eine ganz elende Eitelkeit von mir sein, und ich würde meine Pflichten gegen die Mehrheit dieses Landes verletzen. Ich führe dies nur an, um meine Berechtigung nachzuweisen, wenn bei den unwürdigen — ich kann wohl sagen — niederträchtigen und infamen Angriffen, denen ich in der Presse ausgesetzt gewesen bin in Bezug auf die Verdächtigung meiner Tätigkeit, mitunter mir die Galle überläuft, und ich auch einen harten Ausdruck gebrauche; und ich will nur ein für allemal erklären: Wenn ich in Zukunft noch einmal hier im Reichstag von Lügen sprechen sollte, so meine ich in Bezug auf Minister und Abgeordnete immer nur Irrtümer. (Heiterkeit. Lebhaftes Bravo! rechts.)

49. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. Februar 1885.

Bei der Spezialdiskussion über die Getreidezölle wendet sich Fürst Bismarck zunächst gegen die Behauptung des Abg. Rickert von Danzigs angeblichem wirtschaftlichem Rückgang und fährt dann fort:

Da ich einmal das Wort habe, und ich nicht weiß, ob ich hier bleiben kann, so möchte ich noch eine Tatsache berichtigen, die ich bei meinem heutigen Suchen nach den Details des Herrn Rickert über den Niedergang von Danzig zufällig fand in einer Rede, die damals der Herr Abgeordnete Bebel gehalten hat. Er hat da Bezug genommen auf die von mir angeführte Tatsache, daß in Barzin Bauernhöfe verkauft werden und die Leute

ausgewandert wären, und daran die Voraussetzung geknüpft, daß natürlich diese Bauernhöfe in meinen Besitz übergegangen wären. Ich muß dieser seiner Voraussetzung widersprechen; sie ist tatsächlich unrichtig. Von den zirka acht oder neun Höfen, die ganz oder teilweise verkauft wurden, habe ich zwei erworben; die anderen, die zu meiner Zeit verkauft wurden, wurden mir ebenfalls angetragen, weil die europamüden Bauern lieber an mich als an einen Güterschlächter verkaufen wollten. Aber ich hatte im Augenblick das Geld nicht übrig und hielt das Geschäft nicht für rentabel. Der Abgeordnete Bebel kann sich also beruhigen, daß durch diese Varziner Bauernhöfe das von ihm so gefürchtete System der Latifundien keinen Zuwachs erhalten hat. Sie sind parzelliert worden, was mir auch sehr angenehm ist; denn ich teile den vorhin geäußerten Wunsch, daß die Zahl der Grundbesitzer bei uns wesentlich vermehrt werde. (Sehr richtig! rechts.) Daß man Domänen verkauft, das ist ein Palliativmittel, welches in Vorpommern versucht ist; das hilft aber nicht. Wenn Sie die Erbpacht nicht aufgehoben hätten, wenn die gestattet wäre, (sehr richtig!) so würden Sie sehr viel kleinere erbliche Besitzer noch entstehen sehen. Aber das war ja damals eine von diesen demokratischen Befürchtungen; sie knüpfte sich an die Neigung, die leider in unseren Landsleuten steckt — wenn es auch nur ein kleiner Prozentsatz ist, der überhaupt dieser geistigen Verirrung verfällt — an die Neigung zum Verfolgungswahnsinn, welche allerdings bei uns viel häufiger ist als bei anderen Nationen. So hat auch die Angst vor der Reaktion und die Angst vor der Aristokratie, die das mißbrauchen würde, den geradezu törichten Beschluß veranlaßt, die Erbpacht aufzuheben und die vorhandenen mit solchen Sätzen abzulösen, daß es sehr schwer sein wird, heutzutage einen Erbpächter zu ermutigen, daß er sich darauf einläßt, gegenüber der Möglichkeit, daß die Gesetzgebung ihm mal wieder das, was er damit im Dienste der wirtschaftlich besseren Verteilung des Grundbesitzes sich gesichert zu haben glaubte, für eine unzulängliche Entschädigung entzieht. Indessen die Richtung, glaube ich, sollte man doch begünstigen; namentlich bin ich Gegner aller Hindernisse der Parzellierung, (Bravo! links) die unsere Gesetzgebung leider immer noch aufrechterhält. Ich freue mich, wenn große Besitzungen zusammen bleiben; aber die Zahl der Grundbesitzer ist bei uns nicht genügend. Wenn wir einmal Kopfzahlwahlen haben, so sollten die Grundbesitzer auch darauf halten, daß ihrer mehr werden. Im ganzen sind die Nichtgrundbesitzer viel leichter dazu geneigt, sich unter sich zu einigen, als die Grundbesitzer, und der Grundbesitzer, der kleine wie der große, wird von dem im Vermögen gleichstehenden Nichtgrundbesitzer mit keinem Wohlwollen angesehen. Also möchte ich, daß die Gesetzgebung darauf hinwirkt, daß der Grundbesitzer im Lande mehr werden, als bis jetzt vorhanden sind. Wir werden das auch bei den Wahlen als nützlich empfinden — nicht gleich, aber vielleicht unsere Söhne und Enkel, wenn dann überhaupt gewählt wird. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, so lange ich Einfluß auf unsere Geschäfte habe, wird es nicht anders werden; denn ich weiß die Sache nicht anders zu machen. Aber es ist sehr leicht möglich, daß die Art, wie das Wahlrecht heutzutage geübt und ausgebeutet wird, ihm selbst mit der Zeit Schaden bringt. Ich würde es bedauern, denn ich weiß nichts Besseres an die Stelle desselben zu setzen augenblicklich; aber ich werde gewiß auch nicht in der Notwendigkeit sein, mir den Kopf darüber zu zerbrechen — er wird mir dann nicht mehr wehe tun.

Aber ich möchte hierbei nur wiederholt darauf aufmerksam machen — und deshalb habe ich an diese Äußerung des Abgeordneten Bebel angeknüpft — daß die Latifundien,

die er fürchtet, durch nichts mehr begünstigt werden als durch den Ruin der Landwirtschaft, durch zu wohlfeile Preise. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß von neuem bedauern, daß ich die Unterstützung des Professors Mommsen hier zu vermissen habe, (Heiterkeit) dieses ausgezeichneten und geistreichsten Altertumsforschers, der dabei so außerordentlich wenig Verständnis für die Gegenwart hat, zu meinem Bedauern. (Heiterkeit.) Ich glaube, hier würde er mich unterstützen müssen. Er hat so schlagend nachgewiesen, daß dieselben Ursachen immer dieselben Folgen haben würden, daß gerade diejenigen Herren, die die Wiedergeburt der Latifundien fürchten, doch suchen müßten, die kleinen Güter von dem Druck der Abgaben zu befreien, der auf dem Grundbesitz, auch auf dem kleinsten, lastet in Gestalt von Häusersteuern und von Grundsteuern. Die Klassensteuer haben wir ihm in Preußen zu erleichtern gesucht; aber der kleinste Grundbesitzer zahlt Grundsteuer, der kleinste Hausbesitzer zahlt Häusersteuer. Wenn Sie ihm die nicht abnehmen, so werden die Latifundien immer häufiger werden.

Der Abgeordnete Bebel hat außerdem den Herrn Dr. Friedenthal in Schlesien und die gräflich Schönburgsche Familie in Sachsen angeführt und hat dabei den eigentümlichen Vorwurf erhoben, daß diese die Grundstücke zu teuer bezahlt hätten, mit ungeheuren Preisen Er sollte doch den kleinen Besitzern diese hohen Preise gönnen. Bei den Ankäufen von Höfen, die ich gemacht habe, sind mir die Verkäufer sehr dankbar gewesen, daß ich ihnen überhaupt so viel gegeben habe, und so wird es auch bei den Grafen Schönburg sein. Wenn jemand eine kleine Parzelle verkaufen muß oder will, dann soll er froh sein, wenn sich ein Käufer findet, der teuer bezahlt. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel dazu mitwirken will, das zu verhindern, so muß er für die Vorlage, für die Kornzölle stimmen und muß suchen, daß auch der Bauer, der doch ganz gewiß zu den Kornverkäufern gehört, in die Lage komme, für seine Arbeit und seinen Aufwand der Art bezahlt zu werden, daß er das Grundstück halten kann. Wenn Sie den Bauern in die Lage bringen, daß er verkaufen muß, dann erzeugen Sie notwendig Latifundien. Der große Besitzer ist so reich, daß er eine Kalamität überdauern kann; zu leben behält er immer noch — er denkt, es kommt eine Zeit, wo es umschlägt, und es ficht ihn so nicht an; eine augenblickliche Lust, der Anblick seiner Gutskarte — die Karten sind bekanntlich der Ursprung jedes Eroberers — (Heiterkeit) erwecken in ihm den Wunsch, sich eine Parzelle zu annektieren; es kommt ihm nicht darauf an, er hält die Kalamität länger aus, er bleibt über Wasser, und alle die Kleinen, die matt werden, die sammelt er auf, und damit ist das Latifundium da mit allen seinen üblen Nachteilen. Zum großen Teil bilden sie sich in den Händen der Kapitalisten, und das ist das Gefährlichste. Der Grundbesitzer, der auf dem Lande wohnt, ist noch nicht der Schlimmste — der Schlimmste ist der Großgrundbesitzer, der in der Stadt wohnt, sei es in Paris, Rom oder Berlin, und der von seinen Gütern und Verwaltungen nur Geld verlangt, der sie auch nicht vertritt im Parlament und sonstwie, auch nicht weiß, wie es ihnen ergeht. Darin liegt das Elend der Latifundien. Latifundien, deren Besitzer auf dem Lande wohnen, sind unter Umständen ein großes Heil und sehr nützlich; und wenn England seine Großgrundbesitzer durch Beibehaltung der jetzigen Korngesetzgebung allmählich zugrunde gehen läßt, so glaube ich nicht, daß das für die Zukunft von England und für das Wohlsein der gesamten ländlichen Bevölkerung nützlich sein wird. Die Großgrundbesitzer werden dann Rentiers werden, die in der Stadt wohnen, Sommers und Winters, die das Landleben nicht mehr kennen und höchstens auf einer fashionablen Jagdpartie mal von der

Stadt herauskommen. Ich halte es für einen der wesentlichsten Vorzüge unseres Lebens in Deutschland, daß ein großer Teil unserer wohlhabenden Klassen das ganze Jahr hindurch, jahraus, jahrein, auf dem Lande lebt, die Landwirtschaft selbst und direkt betreibt; und man kann sagen, wenn man die braungebrannten Herren des Morgens um fünf Uhr auf ihren Feldern umhergehen und reiten, im Schweiße ihres Angesichts das Feld bebauen sieht: Wolle Gott uns noch lange solche Grundbesitzer erhalten, die das Jahr hindurch auf dem Lande bleiben! (Bravo! rechts.) Solche, die dauernd in der Stadt wohnen — ich bin leider dazu gezwungen, freiwillig würde ich es wahrhaftig nicht tun — die von dort aus ihre Güter verpachten und verwalten und bloß Geldsendungen von dort erwarten — nach denen frage ich nicht so viel; und daß in deren Händen der große Grundbesitz sich nicht sammle, dafür bin ich mit Herrn Bebel gern bereit mitzuarbeiten. Aber die Großgrundbesitzer, die wirklich Landwirte sind und aus Passion für dieses Gewerbe Land ankaufen, die halte ich für ein Glück unseres Landes und namentlich der Provinzen, in denen sie zu Hause sind. Und wenn es Ihnen gelänge, diese Rasse zu vertilgen, so würden Sie das in der Lähmung unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens, nicht bloß auf dem Lande merken; Sie selbst würden sie bald zurücksehnen in derselben Weise, wie es nach dem Vereinigten Landtag geschah. Da war mein Hauptgegner ein sehr verdienstvoller, aber sehr liberaler schlesischer Bauer namens Krause. Den sah ich wieder zur Zeit des ersten Preußischen Parlaments hier im Sommer 1848 auf der Straße — und das erste, was er sagte, war: Mein Gott, wie bitte ich um Entschuldigung für alles, was ich getan und gesagt habe im Sinne dieser Freiheit, wie sie sich hier entwickelt; so habe ich mir das nicht gedacht; diese Leute sind ja — er brauchte einen so harten Ausdruck für die damalige Versammlung, (Heiterkeit) daß ich ihn gar nicht öffentlich wiederholen will, obschon der Erfinder des Ausdrucks längst tot ist; er brauchte einen Vergleich, der mehr aus seinen landwirtschaftlichen Erfahrungen, als aus seinem parlamentarischen Verkehr abgeleitet war. (Heiterkeit.) Diese Sorte Parlament scheinen die Herren zu erstreben, die vorzugsweise auf die Bekämpfung des intelligentesten und potentesten Teiles der Landwirte und der Grundbesitzer bedacht sind. Aber, meine Herren, so lange Gott überhaupt noch im Sinne hat, das Deutsche Reich und das Königreich Preußen zu erhalten, wird Ihnen dieser Kampf gegen den Grundbesitz, auch wenn Sie noch so viel Verbündete finden, nicht gelingen. — Ich verstehe unter Grundbesitz, was man im allgemeinen den Ersatz der Ritterschaft im alten Sinne nennt, der sich mehr und mehr mit dem bürgerlichen Grundbesitz verschmilzt, der ja auch, wie die Statistik zeigt, groß ist. — Die Bauern und die früheren Rittergüter bilden nach der Kopfzahl immer eine Minorität. Aber Gott wird uns diese beiden Klassen erhalten, so lange er uns ein geordnetes Regiment im Lande erhalten will; wenn sie wirklich zugrunde gehen sollten, so, fürchte ich, wird das letztere mit zugrunde gehen. (Bravo! rechts.)

50. Sitzung des Deutschen Reichstags.

16. Februar 1885.

Nachdem Abg. Rickert die Ausführungen seiner letzten Rede im wesentlichen wiederholt und die Kornzölle nochmals bekämpft hat, bemerkt Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich bedaure, daß ich nochmals in der Notwendigkeit bin, Ihre vielgeprüfte Geduld — mit anderen Worten, Ihre Zeit — in Anspruch zu nehmen zu einer

Erwiderung. Aber wenn Sie dem Herrn Vorredner es nachgesehen haben ohne Zeichen von Ungeduld, daß er in dieser an Rednern und an langen Reden reichen Debatte zweimal das Wort ergriffen hat, daß er uns in der zweiten Rede die erste in einer anderen Form, etwas anders zusammengesetzt und vielleicht auch in etwas anderer Betonung wiedergegeben hat, ohne den Inhalt wesentlich zu ändern, daß er Ihnen nicht nur seine, sondern auch meine Rede noch einmal gehalten hat, (Heiterkeit rechts) um sie recht im einzelnen, in der Weise, wie er sie sich denkt und wie er sie auslegt, durchzuhecheln und zu zerpflücken — ja, meine Herren, wenn Sie das ruhig mit angehört haben, ohne einen Augenblick, wie es in alten parlamentarischen Zeiten üblich war bei Sachen, die man oft genug gehört hatte, „Schluß!" zu rufen, dann, hoffe ich, werden Sie auch mich in Ruhe anhören.

Der Herr Vorredner hat an die Wahrheiten der Geschichte appelliert; sie sollen bestätigen, was er hier angeführt hat von den verderblichen Wirkungen der Verteuerung der Kornzölle. Ich weiß nicht, welchen Historiker er dabei im Sinne gehabt hat. Ganz sicher nicht den Herrn Professor Mommsen, einen der anerkanntesten unter uns. Jedenfalls muß ich die Geschichte, an die der Herr Vorredner mit einer solchen Feierlichkeit appelliert, als eine tendenziöse unwahre Entstellung der Weltgeschichte bezeichnen. (Bravo! rechts.) Und das hat gerade so viel Autorität und Berechtigung in meinem Munde, wie das Gegenteil im Munde des Herrn Vorredners. — Ich hebe absichtlich auch die Stimme etwas, weil ich fand, daß es bei dem Herrn Vorredner immer einen günstigen Eindruck auf Sie machte, wenn er lauter sprach. (Heiterkeit.) Durch das Lautersprechen wird aber eine Sache nicht wahrer, als sie an sich ist und als sie sich liest, wenn sie gedruckt ist.

Der Herr Vorredner hat ferner, indem er mit scharfen Waffen den Vorwurf der Verhetzung des Armen gegen den Reichen von seiner Darstellung abzuwehren suchte, mir vorgeworfen, ich hätte ja auch den Bauern aufgehetzt, ich hätte daran erinnert, daß die Gesetzgebung bisher aus der Haut des Bauern Riemen geschnitten hätte, um sich andere Klassen zu verbinden, und er hat damit meine Behauptung in Vergleich gestellt, daß in den Reden der Opposition die besitzlosen Arbeiter gegen den Grundbesitz aufgehetzt worden seien. Ja, meine Herren, das ist ganz etwas anderes. Der Bauer gehört nicht zu den Besitzlosen; der Bauer ist der Ruhe und der Ordnung in keiner Weise gefährlich; der Bauer gehört zu der Klasse der Besitzenden. Ja, wenn Sie nach der Kopfzahl rechnen, so zählt er weitaus zu der reicheren Klasse. Im Lande kommt noch lange nicht auf jeden Kopf oder Familie ein Bauernhof, noch nicht der zehnte Teil davon.

Also, wenn ich den Bauern darauf aufmerksam mache, daß seine Interessen in den Händen und dem Munde der Städter schlecht gewahrt sind, so liegt darin für den Staat keine Gefahr. Wenn Sie aber die Millionen von besitzlosen Arbeitern, die in der Tat in noch viel schlimmerer Lage sind als der Bauer in Notjahren — wenn Sie die mit Worten wie „Brotzoll", wie „Blutzoll" aufhetzen gegen die Regierung — ja, meine Herren, dann säen Sie eine Saat, die Sie nicht mehr beherrschen können. Der Arbeiter hat nicht viel zu verlieren; der Bauer hat aber etwas zu verlieren. Und wir haben noch nicht bei uns im Lande gesehen, daß der Bauer sich gegen die Obrigkeit zusammenrottet aus freien Stücken. Das letzte Mal, wo wir erlebt haben, daß der Bauer freiwillig aufstand, das war zur Zeit, wo die Schweden im Lande waren, und wo die Bauern zusammentraten unter der Fahne:

Wir sind Bauern von geringem Gut
Und dienen unserem Kurfürsten mit unserem Blut!

Es waren aber immer Bauern von Gut — der Bauer ist Gutsbesitzer.

Ich habe, als ich vorgestern meine Rede schloß in dem Bedürfnis, sowohl meine Kräfte als Ihre Geduld nicht zu weit zu ermüden, den Gedanken, der mir vorschwebte, kurz und undeutlich ausgesprochen. Was Sie kränkt und was Ihnen unbequem ist, und was Sie veranlaßt, hauptsächlich den Großgrundbesitz aussondern zu wollen aus der Menge, damit Sie eine geringe Kopfzahl sich gegenüber haben, die Sie bei allgemeinen Wahlen überstimmen können — was Sie bekümmert, das ist die Tatsache, daß Bauer und Großgrundbesitzer immer mehr und mehr erkennen, daß sie ein und derselbe Stand, der Stand der Grundbesitzer, sind (sehr wahr! rechts) und ein und dasselbe Gewerbe der Landwirtschaft betreiben. Ich habe vorgestern darauf aufmerksam machen wollen, daß der Begriff der Großgrundbesitzer heutzutage gar nicht mehr paßt, und habe beim Lesen meiner Rede gefunden, daß ich das nur sehr unvollkommen getan habe. Sehen Sie sich die Listen durch von der neuen preußischen Kreisordnung, und sehen Sie, welches da die Wähler vom Großgrundbesitze sind: Sie werden, glaube ich, wenigstens in allen mittleren Provinzen viel mehr Bauern als Rittergutsbesitzer finden. (Sehr wahr! rechts.) Mir sind Bauernhöfe bekannt — selbst in den mittleren, in den gesegneten Provinzen von Deutschland — die bis zu zweitausend Morgen groß sind, und ich glaube, daß es in Ostpreußen und in einigen Gegenden Pommerns mit schlechtem Boden noch größere gibt; dagegen gibt es eine Menge Rittergüter, die wenig über hundert Morgen groß sind.

Die Grundbesitzer sind im ganzen eine Stütze der Monarchie und der bestehenden Regierung nach ihrer ganzen Gesinnung; und in der Tendenz, Zwietracht unter sie zu säen, da geniert es Sie, daß diese Verschmelzung allmählich und unaufhaltsam vor sich geht. Es sind das die heilsamen Folgen der Gesetzgebung, die im Anfange von vielen der Bevorrechtigten peinlich empfunden wurde: die Abschaffung aller rechtlichen und prinzipiellen Prärogative des großen Grundbesitzes und namentlich der früheren Ritterschaft. Wir größeren Grundbesitzer sind heutzutage in unserem Gewerbe nichts weiter als die größten Bauern, und der Bauer ist nichts weiter als der kleinere Gutsbesitzer. Auch die meisten Bauern nennen sich Gutsbesitzer; einige nennen sich Ackerleute, andere nennen sich Landleute. Ich habe mit Mitleid gesehen, wie Sie aus zwei oder drei von den vielen bäuerlichen Petitionen ihre Wolle herauszupflücken suchen; ich kann sie Ihnen zu mehreren Tausenden und zentnerweise geben; unter den Unterzeichnern sind sehr viele Bauern, und die bezeichnen sich vielfach als „Gutsbesitzer", so daß sich in einem Dorf zwanzig bis dreißig Gutsbesitzer fanden.

Ich glaube, diese Einigung, dieses Verständnis aller derer, die das Landwirtschaft-Gewerbe treiben, daß sie zusammengehören und gemeinsame Interessen der bisherigen Ausbeutung gegenüber zu verfechten haben — den Fortschritt dieser Einigung werden Sie nicht erschüttern, obschon ich begreife, daß es Ihnen außerordentlich unbequem ist, die Gesamtheit der Landwirte und der Grundbesitzer in absehbarer Zeit geschlossen und unbeeinflußbar für politische Hetzereien und für all dergleichen Bangemachen mit „Reaktion", und was die sonstigen Phrasen sind, unzugänglich zu sehen und gewärtigen zu müssen, daß alle Ihre Agitation und selbst die berühmte Wahlmache, wie sie jetzt üblich ist, an der Masse der ländlichen Besitzer ablaufen werde, wie das Wasser am Entenflügel.

Der Herr Vorredner wird diese Wahrheit nicht gleich mir erkennen; denn er hat über das, was auf dem Lande vorgeht, doch nur sehr dürftige Vorstellungen. Ich habe eigentlich geglaubt, er wäre auf dem Lande geboren; aber er muß seit lange davon weg sein. Wenn er sagt: „Hat der Städter Geld, so hat es auch der Bauer", so hat er sicher lange nicht auf dem Lande gelebt; sonst würde er wahrgenommen haben, daß eben ein Städter nichts abgibt. Ich gönne dem Städter das seinige; aber Herr Rickert verwechselt Stadt und Industrie und tut, als ob beides dasselbe wäre; das zeigt eben, daß wir mit dem Worte verschiedene Begriffe verbinden.

Die Industrie ist nicht einmal innerhalb der Städte bequem heimisch. Es gibt ja Industriestädte; aber dort wird sie sich doch immerhin mehr in die Vorstädte ziehen, wo sie freiere Bewegung hat. Ihr natürlicher Sitz würde eigentlich auf dem Lande sein. Sie hat außerdem mit der Landwirtschaft das gemeinsam, daß sie produziert, und daß sie ausländische Konkurrenten hat. Parlamentarische Gelehrte, die in Presse, Fraktion und Parlament mit Reden tätig sind, die produzieren nichts, bei dem sie die Konkurrenz des Auslandes zu fürchten hätten, (sehr gut! rechts) und können es mit philosophischer Ruhe ansehen, wenn der Produzent zurückgeht, wenn er keinen Absatz mehr findet, wenn seine Preise so wohlfeil werden, daß er sein Gewerbe nicht mehr betreiben kann; ja, sie können sogar, wie der Herr Abgeordnete Rickert, wenn dieser wie der getretene Wurm sich krümmt und sich einmal aufbäumt, mit einer sittlichen Entrüstung von der Tribüne herab uns den Text lesen; das ist alles menschlich natürlich.

Aber Herr Rickert verwechselt Industrie und Städte, und das punctum saliens, was die Verwandtschaft zwischen Landwirtschaft und Industrie bildet, und was ihr Bündnis für Schutzzölle zu einem natürlichen macht, das hat Herr Rickert denn doch noch nicht durchschaut in diesen letzten sechs Jahren. Sie produzieren beide und verlangen beide für ihre Produkte Schutz, welchen der Städter im engeren Sinne, so wie wir ihn verstehen, nicht braucht, oder doch nur, so weit er Gewerbe treibt; ich komme gleich darauf zurück. Ich will nur einige Irrtümer erst berichtigen.

Herr Rickert gibt also zu, daß der Drescher ein Interesse hat, daß das Korn, das er in natura als Lohn empfängt, teuer sei; er tröstet sich aber damit, daß die wenigsten Leute, nur ein ganz kleiner Teil der ländlichen Arbeiter, Drescher wären. Nun, da ist er wieder in vollständigem Irrtum und weiß auf dem Lande in seiner eigenen Provinz, in Westpreußen und dem benachbarten Pommern, nicht Bescheid. Die Drescher sind bei weitem die Mehrzahl; diejenigen, die am Dreschen, also an der Kornlohnung in natura, nicht teilnehmen, das sind eben Deputanten, die auch wieder ihr Korn in natura geliefert bekommen und einen wesentlichen Teil davon verkaufen, weil dieses Deputat meist reichlich bemessen ist. Das sind Leute wie der Schmied, der Stellmacher, der Rieselmeister und der Müller, wenn eine Mühle da ist. Die dreschen nicht immer; sonst dreschen die, welche das ganze Jahr auf dem Lande arbeiten, alle ohne Ausnahme; und es wäre eine schwere Zurücksetzung für jemand, wenn er nicht zum Dreschen zugelassen würde; denn es ist das mit die gewinnreichste Tätigkeit, die der ländliche Arbeiter überhaupt hat. Es geht das so weit, daß in denjenigen Arbeiterstellen, die augenblicklich von Witwen besetzt sind und so lange übergehalten werden, bis die Witwe entweder einen anderen Mann oder einen erwachsenen Sohn hat, für die Witwe durch die Nachbarn gedroschen wird. So allgemein ist es, und es ist gewissermaßen ein Grundrecht jedes ländlichen Arbeiters, der auf einem Gute jahr-

aus, jahrein, Winter und Sommer lebt, daß er zum Dreschen zugelassen wird; er würde seinen Posten sehr bald kündigen und wo anders hinziehen, wenn er vom Dreschlohn ausgeschlossen wird.

Also auch hier findet sich wieder beim Herrn Abgeordneten Rickert die Wahrheit bestätigt, die der Herr Abgeordnete Möller neulich mit so vielem Nachdrucke verkündete: „Es reicht hin, eine Behauptung mit Sicherheit auszusprechen, um sie für Wahrheit aussprechen zu dürfen.“ (Sehr richtig! links.) So ist es auch mit seiner Behauptung über die Dreschерlöhne.

Der Herr Vorredner hat dann meine Gleichstellung der Landwirtschaft in der Berechtigung mit den anderen Gewerben, welche der ärmeren Klasse und den Arbeitern im allgemeinen die sonstigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse liefern, bemängelt, indem er dabei in einer vollständigen Verschiebung aller Begriffe die Rohstoffe hineinzog. Um die handelt es sich gar nicht; ich habe nur die gleiche Gerechtigkeit für die Landwirtschaft wie für jedes andere Gewerbe verlangt, wie für das Gewerbe der Schuhmacher und der Schneider. Wenn Sie glauben, die Landwirtschaft mit ihren Produkten schutzlos lassen zu dürfen, im Fall sie Not leidet, so nehmen Sie zugleich das Recht in Anspruch, den Schuhmacher, Schneider und den Weber schutzlos zu lassen, im Falle daß die Not leiden. Das ist es, was ich gesagt habe; von Rohstoffen ist gar nicht die Rede gewesen. Wie kann der Abgeordnete Rickert meine Worte so entstellen, nur um das Vergnügen zu haben, es so darzustellen, als hätte ich eine Torheit hier gesprochen! Die Torheit liegt nicht auf meiner Seite. (Heiterkeit rechts.) Beides sind Gewerbe und brauchen wohlfeiles Rohmaterial: die Landwirtschaft ist ebensogut ein Gewerbe.

Es ist hier schon von den Produktionskosten gesprochen worden, aber dem Herrn Abgeordneten Rickert ist es entgangen; ich darf es also wohl wiederholen, wenn auch nur für ihn; die Versammlung hat so lange auf ihn gewartet, vielleicht gönnt sie ihm auch diese Wiederholung. Es wurde, glaube ich, gestern oder vorgestern hier von — wenn ich nicht irre — dem Herrn[1] aus Süddeutschland, der für den Zoll sprach, näher nachgewiesen, wie viele deutsche Arbeit an jedem Scheffel Korn klebt; ich glaube, sie wurde auf 5 bis 6 Mark pro Zentner ausgebracht; — ich erinnere mich nur noch, daß sie etwas höher war, als ich sie selbst einschätzte; — aber 5 Mark Arbeitskraft kleben höchst wahrscheinlich an jedem Zentner Korn. Soll denn diese Arbeit nun nicht geschützt werden? Was ist denn deren Rohmaterial?

Da hat der Herr Abgeordnete Rickert ein Wort in die Welt geworfen, was sich eben bereitwillig eingestellt hat, wo der Gedanke fehlte, um mich zu widerlegen. Das Gewerbe der Landwirtschaft, der Ernährung, und das Gewerbe der Bekleidung, das eine zu 60 Prozent, das andere, wie er sagte, zu 40 Prozent, stehen dem Arbeiter gegenüber ganz gleich notwendig da. Es handelt sich bei beiden um die Befriedigung von Bedürfnissen. Der Arbeiter kann eher noch einen Tag mal hungern als einen Tag unbekleidet über die Straße gehen oder eines der notwendigsten Kleidungsstücke auf seinem Leibe dauernd entbehren. Kleidung und Ernährung sind also gleich notwendig. Ob dem Arbeiter zum Erscheinen im Arbeitssaal nur die 40 Prozent fehlen oder die ganzen 60 — das ist gleichgültig; er muß immer gekleidet sein. Also auch hier hat der Abgeordnete Rickert gar

[1] Abg. Freiherr v. Hornstein.

nichts bewiesen. Wir wollen nicht nur, wie der Herr Abgeordnete Rickert sagte, dem Landmann höhere Preise sichern, obschon das auch nebenher geht — ich bestreite das ja gar nicht — sondern dem ländlichen Arbeiter seine Arbeit und namentlich auch dem kleinsten Produzenten den unverkürzten Ertrag der Produktion seines Ackerbaues sichern.

Ich habe in dem Bericht über die vorgestrige Sitzung gelesen, daß einer der Herren Abgeordneten, den ich hier nicht verstehen konnte — weshalb, wie mir schien, der Herr Abgeordnete Richter mich dort wiederum nicht verstehen wollte — daß der gesagt hat, mit einer Klasse der Landwirte und Grundbesitzer habe er Mitleid; das seien die unter zehn Morgen. Meine Herren, auf die Bauern war er nach dem, was ich gelesen habe, nicht so gut zu sprechen. Er vertritt bekanntlich die Gegend von Zeitz, wo der reiche altenburgische Bauernstand noch zu Hause ist; der ist ihm, wie es scheint, zu wohlhabend, aber die Leute von zehn Morgen und darunter haben sein Wohlwollen. Vielleicht gehört die Mehrzahl seiner Wähler gerade dieser Kategorie an. Es ist zu vermuten, daß die unter zehn Morgen zahlreich sind; und um die Mehrzahl — Zeitz bleibt immer ein landwirtschaftlicher Kreis — nicht ganz zu verlieren, so hat er die herausgeschnitten, er will sie zu Freunden behalten. Es ist im einzelnen dasselbe Manöver, wie es im allgemeinen uns gegenüber immer probiert wird. Es heißt immer: Der Großgrundbesitzer macht alles; und wenn wir ihn, den Gegenstand der besonderen politischen und persönlichen Abneigung der Opposition, nur aussondern könnten, so wollten wir ihn schon kurz kriegen, und er sollte einmal erleben, wenn wir den kleinen in der Masse auf unsere Seite bringen, wie wir ihn in der Gesetzgebung verarbeiten würden.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat die Klasse der Großgrundbesitzer, die er heute der öffentlichen Abneigung zu überliefern suchte, noch enger definiert; er hat von denen gesprochen, die „Quadratmeilen“ besitzen. Nun, meine Herren, das sind allerdings noch weniger; aber selbst diese Wenigen haben Anspruch auf gleiche Gerechtigkeit mit allen und auf gleiche Behandlung; und es ist nicht die Aufgabe einer besonnenen Zukunftspolitik, wie ich sie vor einem Jahre noch dem Herrn Abgeordneten Rickert zugemutet habe, gerade diese Leute, die Quadratmeilen besitzen, mit „hic niger est“ der öffentlichen Abneigung auf diese Weise zu denunzieren. Ich halte das für ein ganz gewöhnliches sozialistisches Hetzmanöver gegen die reicheren und die reichsten Klassen; die Armen gegen die Reichen, die kleineren Besitzer gegen die großen: — kurz: divide et impera.

Jede herrschsüchtige Minorität strebt dahin, die Majorität zu sprengen und zu teilen, und dem Herrn Abgeordneten Rickert schweben offenbar die verschiedensten Richtungen vor, wie bei den phonetischen Figuren auf einer Glasscheibe, nach denen er die jetzige Majorität zu zerschneiden, zu zerlegen wünscht, was die Stützen der jetzigen monarchischen Regierung erschüttern hieße; aber ich hoffe, daß die Phalangen sich auf der anderen Seite infolgedessen um so fester schließen werden; denn wir verlangen nur gleiche Gerechtigkeit für alle. Wir haben noch nie so verfahren wie Herr Rickert; wenigstens erinnere ich mich nicht, daß wir die reichen Kornhändler ganz besonders bezeichnet und denunziert hätten, so daß sie jedermann erkennen kann als diejenigen, die von dem Schweiße der Landwirtschaft sich mästeten, oder die reichen Holzhändler. Sie sind mir sehr gut bekannt, und ich könnte Ihnen eine Liste vorführen. Der Herr Abgeordnete weiß sie auch; auf die zeigt er aber nicht so mit Fingern hin! — (Zuruf links.) Der Herr Abgeordnete Rickert hat seine Rede noch nicht vollendet. Ich würde die Fortsetzung davon gern anhören, wenn

er die Güte haben wollte, sie mir zu wiederholen; (Heiterkeit) ich bin überzeugt, er gibt mir noch breiteren Stoff zu Widerlegungen, als er mir schon gegeben hat.

Der Herr Redner hat eine Konzession im Namen des Kornhandels gemacht; ich weiß nicht, ob er dazu Vollmacht und Ermächtigung besitzt, und ich übersehe auch im Augenblick nicht vollständig das Resultat davon. Er hat gesagt: „Der Import ist uns ganz gleichgültig, wir gönnen der Landwirtschaft die Preise; der Transit ist die Hauptsache!“ Nun, ich weiß nicht, ob dem Kornhandel damit gedient wäre, wenn der Transit vollständig freigegeben würde, so daß er verschlossen von dem einen Ende zum anderen durchgehen könnte, ohne Kontrolle irgendwelcher Art als diejenige, welche notwendig ist für die Sicherheit, daß er aus dem Lande hinausgeht, und wenn auf der anderen Seite der Import ganz verboten oder so hoch besteuert würde, daß er überhaupt unmöglich wäre. Für die Landwirtschaft ist das ja fraglich; sie würde jedenfalls die 40 Millionen Zentner fremdes Korn, die den deutschen Markt überschwemmen, dadurch los werden. So ganz unschädlich für die deutsche Landwirtschaft ist der Transit aber doch nicht!

Unsere Ostseehäfen sind hauptsächlich die Exporteure Rußlands geworden. Das russische Getreide — auf dem beruht der Handel, und den gönnen wir den Seestädten. Früher führten unsere Ostseeprovinzen von ihrem eigenen Getreide mehr aus als jetzt; jetzt können sie mit Rußland nicht mehr konkurrieren. Namentlich aber ist der Transit quer durch Deutschland mit dem russischen wie mit dem österreichischen Getreide sehr nachteilig gewesen für den Absatz, den unsere Landwirtschaft früher nach Westen, nach Belgien, Frankreich und Holland hin hatte. Ich fürchte, das ist eine von den utopischen Anweisungen, die uns der Herr Vorredner auf die Zukunft gegeben hat, hinter der aber auch weiter nichts steckt.

Der Herr Abgeordnete hat dann angeführt, daß seit 1857 das jetzige Jahr in den Roggenpreisen erst das siebzehnte an Wohlfeilheit wäre und in den Weizenpreisen das dritte. Nun ist daran so viel richtig, daß der Weizen noch mehr Not leidet als der Roggen, und die Weizenproduzenten mehr als die Roggenprozudenten; aber der Herr Abgeordnete hat ganz dabei übersehen, daß seit 1857 fast alle anderen Produkte unserer Gewerbetätigkeit und der fremden um das Doppelte und Dreifache im Preise gestiegen sind, (hört!) namentlich alle diejenigen, deren der Landwirt bedarf, um sein Gewerbe zu betreiben; insbesondere ist auch die Arbeit, deren der Landwirt bedarf, im Preise gestiegen. Wenn es dem Herrn Abgeordneten Rickert seine literarischen Mittel erlauben, die üblichen Arbeitslöhne von damals und heute zu vergleichen, wenn er seine eigenen Schuhmacher- und Schneiderrechnungen vielleicht nachsehen will und feststellen, was er 1857 für ein Paar Stiefel gezahlt hat und was er jetzt zahlt — und der Landwirt chaussiert sich eben auch — dann wird er zugeben, daß nach diesem Verhältnis, nach dem Sinken des Geldwertes, nach dem Reicherwerden die jetzigen Preise, wenn nicht die Landwirtschaft stiefmütterlich behandelt worden wäre, mindestens das Doppelte von denen im Jahre 1857 im Durchschnitt sein müßten. Also auch diese Deduktion ist hinfällig.

Der Herr Abgeordnete ist ferner auf die fable convenue wieder zurückgekommen, als wenn ich mich ganz besonders vor allen Menschen dadurch auszeichnete, daß ich alle zwei Jahre meine Ansichten diametral wechselte: „Das können wir Catonen von der Opposition nicht; was wir einmal gesagt haben, das ist unumstößlich; das glauben wir bis ans jüngste Gericht, bis ans Ende, davon gehen wir nicht ab; selbst wenn uns hundert-

mal nachgewiesen würde, daß es nicht wahr ist, unsere Ehre erfordert, daß wir dabei bleiben!" — Ein Abgeordneter kann sich den Luxus des einen einzigen Gedankens erlauben; ein Minister würde verräterisch an seinem Lande handeln, wenn er ebenso sich der besseren Einsicht verschließen wollte. Ich bin mir darin stets gleich geblieben, daß ich immer darüber nachgedacht habe, was im Dienste meines Königs und im Dienste meines Vaterlandes augenblicklich das Nützlichste und Zweckmäßigste wäre. Das ist nicht in jedem Jahre dasselbe gewesen; es gibt eine Menge Sachen, die heutzutage sehr annehmbar sind, mit denen man vor zwanzig Jahren nicht hätte kommen dürfen, und es gibt andere, die vor zwanzig Jahren sehr leicht waren und nützlich, die damals versäumt wurden, und die heute kein Mensch mehr annehmen würde. Also das ist eine tote Abstraktion, wenn man sich, zufrieden mit der eigenen Anerkennung, mit dem Gefühle der eigenen Unwandelbarkeit, gegen die Bedürfnisse und den Nutzen seiner Mitbürger absolut verschließt. „Pereat mundus, aber ich bleibe konsequent; das ist meine innere Überzeugung; ob mein Vaterland darüber Schaden hat oder zugrunde geht, ist mir ganz einerlei; aber ich bin nicht wie der Kanzler ein Mensch, der alle Jahre seine Meinung wechselt." (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete ist ja insofern noch gütig gegen mich gewesen, als er mir auf dem Gebiete der deutschen Einheit einige Verdienste zuerkannt hat. (Abgeordneter Rickert: Einige?) Wenn er „nebenher" sagte, so war das ein lapsus linguae, will ich annehmen. Ich glaube nicht unbescheiden zu sein und bitte mir den Ruhm zu gestatten, daß ich das nie in meinem Leben gewesen bin; (sehr richtig! rechts) ich bin im Innersten meines Herzens bei allem Erfolg vor Gott und Menschen stets demütig geblieben und habe mir denselben nicht zugeschrieben. (Bravo! rechts.) Aber gesteht der Herr Abgeordnete mir gar keinen Anteil an der Tatsache zu, daß wir jetzt seit sechs Jahren einen mäßigen Schutzzoll haben? Ich halte es für eines meiner größten Verdienste, (Bravo! rechts) dazu mitgewirkt zu haben; ich habe es ja nicht allein machen können, aber die Initiative kann ich mir ganz vindizieren. Den Dank des Herrn Abgeordneten werde ich allerdings dadurch nicht erworben haben; dazu müßte er erst zu der Erkenntnis kommen, daß seine Freihandelsüberzeugungen tot geboren und irrtümlich sind. Das wird er ja nie, so lange er lebt. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, daß ich auf diesem Gebiete der inneren Politik das Verdienst in Anspruch nehmen kann, die Kur angeregt zu haben, durch die Deutschland vor Entkräftung, vor Anämie, vor wirtschaftlichem Untergang geschützt worden ist. Hätten wir diese Schutzzölle vor sechs Jahren nicht eingeführt, so würden wir nicht nur den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Landwirtschaft, wie er jetzt gekommen ist, weil die Schutzzölle unzulänglich gewesen sind, sondern zuerst den der Eisenindustrie und all der Industrien, die wir in Schutz genommen haben, erlebt haben. Hätten wir nicht die große französische Kontribution, die Milliarden gehabt, so würde der Zusammenbruch durch Blutleere ein paar Jahre früher gekommen sein; die Milliarden sind ein Palliativmittel gewesen, das uns noch eine Zeitlang vorwärts geholfen hat. (Sehr richtig!) Also dieses Verdienst möchte ich den Herrn Abgeordneten Rickert bitten, mir auch in mein Guthaben zu schreiben, wenn er wieder von mir spricht.

Er wird nun wahrscheinlich nicht zugeben, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1879 im allgemeinen besser geworden sind; indessen die Zeugnisse dafür liegen außerhalb

der fortschrittlichen Partei mit einer solchen Allgemeinheit und Einstimmigkeit vor, daß ich hier auf die Zustimmung der Herren, die nun absolut wollen, daß ich unrecht gehabt haben muß und daß von mir nichts Gutes kommen kann, verzichten kann. Es gehen heutzutage doch im ganzen fast alle Geschäfte ihren guten Gang; die Arbeiterzahl ist gestiegen, und der Verdienst des einzelnen Arbeiters ist gestiegen. Ich will Sie nicht wieder mit statistischen Nachweisungen langweilen; aber sie stehen jedermanns Einsicht offen; und wenn einer meinen Behauptungen widerstreitet, so werde ich noch heute abermals für eine Stunde ums Wort bitten, um Ihnen einige Seiten statistischer Zahlen darüber vorzulesen; ich glaube, Sie schenken das uns beiden.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß seit 1879 Fortschritte gemacht sind, und mit am allermeisten hat trotz aller Ableugnungen des Herrn Abgeordneten Rickert der Handel von Danzig Fortschritte gemacht: der hat sich ganz besonders der Wohltaten der neueren Gesetzgebung erfreut. Ich höre, der Herr Abgeordnete Rickert hat die von mir gegebenen Ziffern einigermaßen bemängelt. Es sind die amtlichen Ziffern, die auf den Angaben der Zollbehörden, der Hafenbehörden und der Handelskammern beruhen, die ich hier verlesen habe, und die vom Statistischen Bureau zusammengestellt und mir aus den amtlichen Akten gegeben sind.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat bemängelt, daß das Jahr 1884 noch nicht dabei wäre: in diesem wäre der Schaden ganz besonders an den Tag gekommen. Worauf stützt sich denn der Herr Abgeordnete Rickert? Er ist wieder in der Lage des Herrn Abgeordneten Möller, etwas mit Sicherheit zu behaupten; aber ich frage: Wo sind denn seine Listen, die er den meinigen gegenüberstellen könnte? Er ist doch so gut wie Danziger, er hat alles viel näher; warum bringt er es uns nicht? Während der Zeit, wo er zu uns gesprochen hat, hätte er uns Hunderttausende von Zahlen bringen können. Er besitzt sie aber nicht. Daß ich das Jahr 1884 nicht habe, ist sehr natürlich. Die Zahlen des Jahres 1884 sind noch nicht einmal in denjenigen Verwaltungen abgeschlossen, welche direkt an Ort und Stelle zählen. Wie soll das Statistische Bureau schon eine Zusammenstellung darüber haben? Das wäre ganz unmöglich; da müßte man fingieren, „mit Dreistigkeit behaupten“ — dann könnte ich Ihnen auch über das Jahr 1884 etwas geben, gerade so, wie der Herr Abgeordnete Rickert Ihnen über das Jahr 1884 schon etwas gibt. Aber es würde weiter nichts als eine Behauptung sein.

Die Zahlen sind unumstößlich dieselben. Die Zufuhr ist gestiegen von 332 000 auf 340 000, und der Export von 227 000 auf 245 000, und der Mehlexport ist gestiegen von 3 735 000 auf 7 711 000. (Hört! hört! rechts.)

Der Export von Kleie und Malzkeimen ist gestiegen von 1 528 000 auf 4 428 000. (Hört! hört! rechts.) Das sind die amtlichen Ziffern, und gegen die wird der Herr Abgeordnete Rickert mit keiner Behauptung und mit keiner Bestreitung, mit keiner — wie ist doch der Kunstausdruck des Herrn Möller? — „mit Dreistigkeit“ ausgesprochenen Behauptung aufzukommen vermögen.

An Sprit, habe ich auch schon angegeben, stieg die Zufuhr von 40 680 Hektoliter auf 131 800, und von 36 000 die Ausfuhr auf 121 000. Also Steigen in allen Verhältnissen! Ich würde in Herrn Rickerts Stelle, wenn ich mit einer Behauptung so schlagend und amtlich und ziffermäßig abgeführt worden wäre, doch die geschickte Taktik gehabt haben,

darauf nicht zurückzukommen, und würde den Reichskanzler nicht in die Lage gesetzt haben, noch einmal in dieselbe Kerbe die Axt einzusetzen.

Wäre selbst seine Behauptung richtig, daß im Jahre 1884 mit einem Male alles anders geworden sei, so muß ich dagegen anführen: Wenn ein ganz konstanter, regelmäßiger Fortschritt fünf Jahre hindurch stattgefunden hat unter der Wirkung desselben Zollgesetzes, und dann mit einem Male für das Jahr 1884 wirklich die unerwiesene Behauptung des Herrn Abgeordneten Rickert ausnahmsweise richtig wäre, so könnte das nur die Folge ganz besonderer einmaliger Zufälle, gewissermaßen ein Extraordinarium sein, aber niemals die Wirkung des Zolles, welcher hintereinander fünf fette Jahre gemacht hat. Wie sollte die günstige Wirkung desselben nach Verlauf von fünf Jahren plötzlich in das Gegenteil umschlagen? (Sehr richtig! rechts.)

Daß Herr Rickert die Zuckerkalamität auf die Zollgesetzgebung schiebt — ja, die ist überall gleich. Hat denn Danzig in Zucker besonders mehr gelitten als Magdeburg? Das wüßte ich nicht. Ebenso ist es bei der Reederei mit den Folgen des allgemeinen Übergangs vom Segelschiff zum Dampfschiff, auf den ich vorgestern schon aufmerksam machte: die schiebt er auch den unschuldigen Zollgesetzen in die Schuhe.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: Wir sollten doch lieber die Landwirtschaft in Notstand erklären — so, wie einzelne Provinzen, denen früher geholfen ist. Einmal möchte das eine recht schwierige Aufgabe sein für die Minorität, einer im Notstande befindlichen Majorität durch extraordinäre Staatsmittel auszuhelfen; dann aber wollen wir gerade diesen Notstand verhüten. Ein Notstand von 25 bis 27 Millionen Einwohnern unter 45 ist eine Kalamität, meine Herren; eine Regierung, die es dazu mit offenen Augen kommen läßt, während sie vielleicht die Möglichkeit gehabt hat, zu helfen, die verdiente Tadel. Wir werden es ganz bestimmt dazu nicht kommen lassen; wir bauen zur rechten Zeit vor.

Der Herr Abgeordnete hat ferner behauptet, in den Schiffslisten, die ich angeführt habe, wären auch die Schiffe in Ballast und die Nothafen suchenden aufgeführt. Das ist ja aber in allen dreißig Jahren der Fall, die hier vorhanden sind, das wird immer derselbe Prozentsatz gewesen sein; ich bestreite, daß die Zahl gestiegen ist. Wenn der Herr Abgeordnete Rickert behauptet, die Zahl der Schiffe in Ballast sei gestiegen, dann bin ich des Beweises gewärtig; aber mir einfach darin zu widersprechen oder von der Tribüne herunter zu behaupten: das ist so! — dazu ist der Herr Abgeordnete Rickert, nach den Angaben, die er uns vorher gemacht hat, und nach dem Widerspruch, in dem sie mit den amtlichen Listen stehen, für mich keine ausreichende Autorität mehr, und ich fürchte, für die Majorität des Reichstags auch nicht. (Bravo rechts.)

Der Herr Abgeordnete Rickert ist über die Zustände des Handels in Danzig in großem Irrtum gewesen; er beharrt bei diesem Irrtum trotz amtlicher Widerlegung. Wir müssen ihr dabei belassen und uns darüber trösten. Ich will meine Erwiderung damit schließen, daß ich die Herren nochmals bitte, nicht zu glauben, daß sie nicht sozialistisch hetzen, wenn sie den Großgrundbesitz immer als Ziel, nach dem zu schießen ist, hinstellen, sondern doch wenigstens dann den Mut ihrer Meinung zu haben und zu sagen: Ja, unsere parlamentarische Taktik macht es uns wünschenswert, Zwist zwischen die verschiedenen Klassen der Landwirte und ihrer Arbeiter zu säen, und deshalb behaupten wir die Verschiedenheit der Interessen. (O! o! links.) Ja, wenn Sie sagen: wir tun das aus parlamentarischer Taktik — die Antwort ist mir manchmal schon recht unerwartet zuteil geworden, wo ich

überzeugte Gegner vor mir hatte, die sagten: Die parlamentarische Taktik gestattet uns nicht, unserer Überzeugung zu folgen — so würden Sie vollkommene Klarheit schaffen; Sie antworten indessen mit einer sittlichen Entrüstung, die Ihrem Herzen und Ihrem Ehrgefühl alle Ehre macht; (Lachen rechts) aber wenn Sie recht tief hineingreifen, sollten Sie nicht auch eine verborgene Kammer in Ihrem Herzen finden, in der herzliche Freude sein würde, wenn es gelänge einige Unruhen und einige Verstimmung herbeizuführen (Oho! links. — Sehr wahr! rechts) und einen Bruch zwischen den kleinen und großen Landwirten? (Sehr wahr! rechts.)

Würden Sie es nicht mit Freuden begrüßen, wenn zum Beispiel bei der Einführung des Getreidezolles auch nur in Danzig — ja, wie heißen diese kräftigen Arbeiter, die Sackträger? ich weiß es nicht — wenn diese auch nur einen kleinen Lärm machen würden? Würden Sie da nicht sagen: Seht, wir haben es vorausgesagt, das Volk kann das nicht ertragen, daß auf diese Weise der „Blutzoll", der „Brotzoll" auf seine Kosten erhöht wird —? Meine Herren, Sie geben durch — wenn auch unartikulierte, aber immerhin verständliche Töne zu erkennen, daß Sie diesen Verdacht weit von sich weisen; aber lassen wir es doch einmal auf eine Probe ankommen, ob ich Ihnen nicht einige Blätter nachweisen kann, die, wenn auch nur verschämt, in einem solchen Falle — er kann ja kommen — ihre Freude darüber haben. In Ihr Inneres, in die Kammer Ihres Herzens kann ich ja nicht hineinsteigen, das überlasse ich Ihrer eigenen Ehrlichkeit; aber ich glaube auch, was ich glaube, und lasse mir von Ihnen nicht das Gegenteil beweisen. (Stürmischer, wiederholter Beifall rechts. Wiederholtes Zischen links.)

Nach einer Erwiderung des Abg. Richter werden die Positionen Roggenzoll 3 Mark und Weizenzoll 3 Mark angenommen.

Personenverzeichnis.[1]

A.

Alexander, Kaiser v. Rußland 444.
Alvensleben, Graf 77.
Antäus 12
Auer, Abg. 495.

B.

Bamberger, Abg. 107. 111 f. 177. 241. 248. 309. 366. 381. 388. 391 f. 417 f. 467 f. 474. 476 f. 482 f. 488/89. 497. 512/13. 514. 578. 593/94. 600/01.
Barth, Abg. 273. 357. 440 f.
Baumbach, Abg. 196. 198/99. 201.
Bebel, Abg. 5. 429 f. 595. 609 f.
Behr, Graf, Abg. 512.
Behrend, Abg. 330, 518.
Beifert, Abg. 497.
v. Benda, Abg. 305. 495.
v. Bennigsen, Abg. 117. 119. 124. 257. 310. 412/13.
Bernstorff, Graf 23.
v. Bernuth 457.
v. Beseler, Abg. 119. 299.
v. Bethmann-Hollweg, Abg. 37.
Bismarck, Graf Herbert 531.
Bismarck Graf Wilhelm 70.
Bitter 152. 174. 273. 374.
v. Blanckenburg 396.
Bleichröder 114. 549.
Blind 448. 453. 456.
Blos, Abg. 515.
v. Bodelschwingh 23. 25. 77. 228. 380. 513.
v. Boetticher 341. 404. 417. 427. 482. 490.
v. Bojanowski 533.
Bonin 77.
Borsig 41.
Brömel, Abg. 497.
Bruce, Robert 124.
Brühl, Graf 180/184.
Buchan, Mr. 564/65.
Dr. Buchner 564 f.
v. Bülow 179. 533/34.
Buhl, Abg. 442. 578 f.
Dr. v. Bunsen, Abg. 497. 533. 561.

C.

Camphausen 17. 27. 59. 77. 157. 160. 163. 174 f. 228. 299.
Candide 385.
Canning 335.
Caprivi 487.
Cegielski, Abg., 581.
Cobden 601.
Colbert 393.
Curtius 602.

D.

Daun 573.
Dechend 111.
Delbrück 21. 26. 28. 107. 124. 137. 163/64. 179. 312. 394. 496.
Delby, Lord 567.
Diergardt 41.
Dirichlet, Abg. 440 f. 542. 546. 549. 552. 602 f.
Dönhoff, Graf 533.
Donalies 330.
Dreyer, Abg. 202.
Duesberg 77.
v. Dümmel 137.

E.

Eulenburg, Graf Botho zu 180. 185. 330.
v. Eynern, Abg. 152.

F.

Falk 117. 157.
v. Flottwell 77. 97.
v. Forckenbeck, Abg. 74. 117. 466.
v. Franckenstein, Abg. 1. 117 f.
Frege, Abg. 582 f.
Friedenthal 117. 610.
Friedrich d. Gr. 335. 372. 379. 393. 407. 461.
Friedrich Wilhelm I. 253. 335. 378. 546/57.
Friedrich Wilhelm III. 316/17.
Friedrich Wilhelm IV. 524. 527. 556.
v. Friesen, A. 507.
Fritzsche, Abg. 5.
Frohme, Abg. 452.

G.

Gareis, Abg. 195.
Gildemeister 138.
Gneist, Abg. 152. 156.
v. d. Goltz 163.
v. Goßler 214. 529. 546.

[1] Die in den Anmerkungen und Einleitungen erwähnten Autoren sind nicht aufgenommen.

Grabow 518.
Grad, Abg. 512.
Granville, Lord 564 f.
Greve, Abg. 497.
Guerber 43.

H.

Hänel, Abg. 10. 49 f. 189. 199. 273. 291. 303. 324. 330. 338. 465. 502. 507. 537 f.
Hammacher, Abg. 471. 475.
v. Hammerstein 537. 575.
Hansemann 77. 549.
Hardenburg 317.
Harnier, Abg. 107.
Hartwig, Abg. 562.
Hasenclever, Abg. 398.
Hasselbach 174.
Hasselmann, Abg. 32.
Hatzfeldt, Graf 534. 537. 574.
Hecker 293.
v. Heeremann, Abg. 114.
Hennig 137.
Herbst, Abg. 383.
Herleß 459.
Hermes, Abg. 497.
v. Hertling, Abg. 313. 417. 578 f.
Herzog 44.
Hinze, Abg. 497.
Hobrecht 77. 117. 160. 174.
Hödel 8.
Hoffmann, Abg. 497.
Hohenlohe, Fürst 534.
Holstein, Graf, Abg. 512.
Holt, John 564/65.
Holtzmann, Abg. 582.
v. Hornstein, Abg. 615.
v. Huene, Abg. 512. 531/32.

J.

Itzenplitz, Graf 23.
Janikowski 568.
v. Jazdzewski, Abg. 439.
Jungmann 37.

K.

v. Kameke 446. 459.
Kapp, Abg. 475. 484/85. 490.
v. Kardorff 601.
Karsten, Abg. 205.
Kaunitz 379.
Mr. King-Harman 35.
Kirchenpaur 138.
v. Kleist, Abg. 305.
v. Klewitz 77.
v. Köller, Abg. 453. 462.
Kropatschek, Abg. 578.
Krupp 41.
Kühn 77.

L.

Laband 138.
v. Landsberg 180.
Langwerth v. Simmern, Abg. 507. 561.
Lasker, Abg. 30. 34 f. 38. 69 f. 124. 133. 177. 196 f. 200 f. 223 f. 230. 280. 286. 363. 393. 406 f. 506.
Lassalle 460.
Latour, Fürst 23.
Leclerc 23.
Leopold I. v. Belgien 335.
Lenz, Abg. 537.
Leuschner, Abg. 309.
v. Liebe 137.
Lewald 457.
Liebknecht, Abg. 5.
Lindau, Paul 415.
Lingens, Abg. 40. 547.
v. Lipski 166. 461.
Loewe, Abg. 215. 220. 417. 533. 538.
Lohren, Abg. 578.
Lorette, A. 42.
Lucius 390. 492. 582. 599.
v. Ludwig 394.
Ludwig XIV. 490.
Lüderitz 471 f. 483.

M.

Maaßen 77.
v. Maltzahn, Abg. 421. 475. 531.
Marquardsen, Abg. 429.
v. Marschall, Abg. 1.
Meibauer, Abg. 497.
Mende, Abg. 5.
Mendel, Abg. 195. 199. 202.
Meyer, Abg. 497.
v. Minnigerode, Abg. 273. 452.
Miquel, Abg. 60. 125.
v. Mirbach, Abg. 250.
Möller, Abg. 615.
Moltke 26. 379. 575. 577.
Mommsen, Abg. 286. 326. 612.
Munckel, Abg. 497.

N.

Nachtigal 561 f.
Napoleon III. 24. 556.
Nobiling 365.
North, Abg. 42.

O.

Ochiltree 409.
Oechelhäuser, Abg. 76. 195. 423.
Oldenberg 367.
Oldenburg 174.

P.

Palmerston 335.
Pape 190.
Parisius, Abg. 497.
Peel 335.
v. Philipsborn 137. 537.
Pitt 335.
Pius IX. 527.
Plimsoll 35.
Polignac 333.

v. Pommer-Esche 23.
v. Puttkamer 241. 335. 429. 436. 438/39. 443.
Putzki 387.

R.

Rabe 77.
Rack, Abg. 42.
v. Radowitz 534.
Reichensperger, August, Abg. 205. 303. 378.
Richter, Eugen, Abg. 21 f. 152 f. 168. 188 f. 210. 236 f. 250 f. 289. 312. 366 f. 398. 402. 406 f. 435. 443. 453. 474 f. 481 f. 488 f. 493. 497. 531. 543. 548 f. 550 f. 554. 556. 558. 621.
Rickert, Abg. 97. 163. 287. 398. 475 f. 487. 497. 507. 511/12. 551 f. 582. 608. 611. 614 f.
Rittinghausen, Abg. 453.
v. Rönne 138.
Rogozinski 566 f.
Rommel 180.
Roon, Graf 529.
Rothen 77.
Rothschild 296.
v. Rottenburg 531.

S.

Sargent 406.
Sassulitsch, Wera 448/49.
Schauß 412.
Schenck, A. 497.
Schlutow, Abg. 101. 203.
Schneegans, Abg. 42.
Scholz 133. 188. 400.
v. Schorlemer, Abg. 49 f. 502. 507. 517.
Schwarzenberg, Fürst 267. 465.
Schweitzer, Abg. 5.
v. Seydewitz, Abg. 117.
Siemens, Abg. 497.
Silva, Antonio Borges 569.
Simonis 43.
Sonnemann, Abg. 1. 14. 305.
Stanley 558.
v. Stauffenberg, Abg. 449. 495. 561.
Stein 317. 423.
Stephan (Generalpostmeister) 457. 467. 512.
Stiller, Abg. 512.
v. Stolberg, Graf Otto 131. 145. 186.
v. Stolberg, Graf Udo 97. 495.
v. Stosch 487/88, 508.
Struve 295.
Struve, Abg. 214, 436, 465, 497.

T.

Teutsch 43.
v. Thüngen 70.
Tiedemann 216.
Tomaczek 568.
v. Treitschke, Abg. 96. 453.
Turgot 311.

V.

v. Varnbüler, Abg. 17. 114.
Vehn 529.
Virchow, Abg. 299. 301. 327. 392. 466.
Völk 412.
v. Vollmar, Abg. 417 f. 540/41.

W.

v. Wedell 152, 540.
Westphal, Abg. 352.
Wilhelm v. Oranien 335.
Windthorst, Abg. 49 f. 273. 283. 301. 430 f. 443/44. 456. 466. 475. 515 f. 524. 529/30. 557. 559. 569 572. 573 f.
Winterer 43.
Witt, Abg. 497.
Witte, Abg. 29. 557.
Woermann, Abg. 512. 569 f. 575/76/77.

Z.

v. Zedlitz, Abg. 152.
Zimm, Abg. 40.

3 0081 009 593 108